

„Ungarische Revolution“ und „Prager Frühling“

Staatssozialistische Reformversuche zwischen 1956 und 1968 als
Gegenstand einer ungarisch-tschechoslowakischen
Verflechtungsgeschichte

DOKTORARBEIT

VON

HANNES LACHMANN

eingereicht am 24. Februar 2012 an der

**PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT DER
UNIVERSITÄT PASSAU**

GUTACHTER:

**Prof. Dr. Thomas Wunsch
PD Dr. Volker Zimmermann**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Thema	1
Forschungsstand: Bisherige Schwerpunkte und neue Perspektiven	3
Problemstellung	12
Quellen	19
Konzeptionelle und methodische Überlegungen	29
1 Ungarn und die ČSR 1956: Krisenauslöser und stabilisierende Faktoren	45
1.1 „Entstalinisierung“ und „Tauwetter“ in Ost- und Mitteleuropa seit 1953	45
1.1.1 Politischer Kontext in Ungarn: März bis November 1956	47
1.1.2 Politischer Kontext in der Tschechoslowakei: März bis Oktober 1956	52
1.2 Möglichkeiten und Grenzen für Reformen in Ungarn und der ČSR 1953–1956	55
1.2.1 Relative Offenheit politischer und gesellschaftlicher Institutionen	55
1.2.2 Zusammenhalt staatlicher und gesellschaftlicher Eliten	64
1.2.3 Internationale Verbündete nationaler Eliten	75
1.2.4 Kapazität und Bereitschaft für staatliche Repressionen	79
1.3 Organisations- und Mobilisierungsstrukturen reformorientierter Akteursgruppen um 1956	83
1.3.1 Organisationsgrad und Vernetzung von Reformströmungen in Ungarn	84
1.3.2 Organisationsgrad und Vernetzung von Reformströmungen in der ČSR	91
1.4 Intrinsische Voraussetzungen für Reformbestrebungen in Ungarn und ČSR	95
1.4.1 Wahrnehmung von Missständen und Ungerechtigkeit	96
1.4.2 Nationale Identifikation und Abgrenzung	106
1.4.3 Reformbezogene Erfolgserwartungen	116
1.5 Kapitelfazit	123
2 Tschechoslowakische Wahrnehmung der Ungarischen Revolution von 1956	129
2.1 Wahrnehmung des Ungarnaufstands in den tschechoslowakischen Führungsorganen	130
2.1.1 Informationsstand	130
2.1.2 Interpretationsschemata der KSČ-Führung	133

2.2	Politische Reaktionen der KSČ-Führung	150
2.2.1	Außenpolitische Maßnahmen	150
2.2.2	Militärische Vorsichtsmaßnahmen	159
2.2.3	Innenpolitische Rückwirkungen und Reaktionen	163
2.2.4	Informations- und Medienpolitik	168
2.3	Reaktion und Wahrnehmung der tschechoslowakischen Bevölkerung . .	179
2.3.1	Informationsstand	180
2.3.2	Gesellschaftliche Reaktionsmuster	184
2.3.3	Erwartungshaltungen und Erfahrungsräume	191
2.4	Kapitelfazit	206
3	Ungarische und tschechoslowakische Reformdynamik der sechziger Jahre	211
3.1	Kommunistische Restaurations- und Stabilisierungspolitik nach 1956 . .	211
3.1.1	Blockpolitischer Kontext 1956-1961	211
3.1.2	Kádárs Restaurations- und Versöhnungskurs bis 1963	213
3.1.3	ČSR/ČSSR: Neostalinismus und Versorgungspolitik 1957–1962 . .	219
3.1.4	Reformkommunismus der sechziger Jahre in ČSSR und Ungarn . .	224
3.2	Möglichkeiten und Grenzen für Reformen in Ungarn und ČSSR 1963-1968	228
3.2.1	Relative Offenheit politischer und gesellschaftlicher Institutionen	228
3.2.2	Kapazität und Bereitschaft für staatliche Repressionen	241
3.2.3	Zusammenhalt staatlicher und gesellschaftlicher Eliten	245
3.2.4	Internationale Verbündete der Reformen und ihrer Gegner	254
3.3	Organisations- und Mobilisierungsstrukturen reformorientierter Akteurs-	
	gruppen um 1968	263
3.3.1	Organisationsgrad und Vernetzung von Reformströmungen in Un-	
	garn	263
3.3.2	Organisationsgrad und Vernetzung von Reformströmungen in der	
	ČSSR	265
3.4	Intrinsische Voraussetzungen für Reformbestrebungen in Ungarn und ČSSR	271
3.4.1	Wahrnehmung von Versorgungsproblemen und Ungerechtigkeit . .	271
3.4.2	Nationale Identifikation und Abgrenzung	281
3.4.3	Reformbezogene Erfolgserwartungen in beiden Ländern	285
3.5	Kapitelfazit	289
4	Ungarische Wahrnehmung des Prager Frühlings von 1968	295
4.1	Wahrnehmung des Prager Frühlings in der ungarischen Parteiführung . .	295
4.1.1	Informationsstand	295
4.1.2	Standpunkte der MSzMP	301
4.2	Reaktionen der ungarischen Führung auf den Prager Frühling	322
4.2.1	Außenpolitik „an zwei Fronten“	322

4.2.2	Beteiligung an der Militäraktion gegen die ČSSR	331
4.2.3	Innenpolitische Rückwirkungen	336
4.2.4	Informations- und Medienpolitik	344
4.3	Wahrnehmung des Prager Frühlings in der ungarischen Bevölkerung . .	361
4.3.1	Informationsstand vor dem Einmarsch	361
4.3.2	Erwartungen an die Reformentwicklung in der ČSSR	366
4.3.3	Identifikation mit dem Prager Frühling	370
4.3.4	Vorurteile und Ressentiments gegenüber Tschechen und Slowaken	372
4.4	Reaktionen auf den Truppeneinmarsch in der ungarischen Bevölkerung .	375
4.4.1	Informationsstand nach dem Einmarsch	375
4.4.2	Überraschung, Schock und Empörung	376
4.4.3	Zwischen stillem Bedauern und offenem Protest	379
4.4.4	Veränderte Reformerwartungen nach der Militäraktion	383
4.5	Kapitelfazit	391
Synthese		395
	Auslöser und Hindernisse sozialistischer Reformbewegungen	395
	Transnationale Krisenrezeption und nationale Reaktionen	408
	Zusammenhänge zwischen den Krisen des Staatssozialismus	417
	Rekapitulation und Forschungsperspektiven	429
Quellen- und Literaturverzeichnis		439
Abkürzungsverzeichnis		511

Einleitung

Thema

Die „Ungarische Revolution“ von 1956 und der „Prager Frühling“ von 1968 sind zweifellos die bekanntesten und am intensivsten erforschten Krisenerscheinungen des ostmitteleuropäischen Staatssozialismus.¹ Insbesondere in außerwissenschaftlichen Kontexten werden sie oft in einen Zusammenhang gebracht, obwohl es sich bei der ungarischen Krise um eine gewalttätig eskalierende und bei dem Prager Frühling um eine monatelange, von oben eingeleitete Liberalisierungsbewegung handelte. Während diese Unterschiede auf der Hand liegen, fand bisher keine wissenschaftlich systematische Untersuchung der Verbindungen zwischen beiden Reformversuchen statt. Stattdessen beschäftigte ihre militärische Niederschlagung nicht nur die historische, politologische und soziologische Forschung, sondern faszinierte seit jeher auch ein breiteres Publikum. Das zeigte sich erneut und besonders deutlich 2006 und 2008, als sich die Niederschlagung der Reformversuche zum 40. bzw. 50. Male jährte. Erneut meldeten sich ungarische, tschechische und slowakische Historiker und Zeitzeugen zu Wort, immer mehr auch außerhalb ihrer Herkunftsländer. Allerdings brachten ihre Beiträge weder eine Neubewertung noch eine neue Kontextualisierung der beiden, politisch weiterhin brisanten Reformbewegungen mit sich. Zwar war auf den einschlägigen Tagungen mehrfach der Ruf nach einer grenzüberschreitenden und sozialgeschichtlichen Historisierung dieser Krisen zu vernehmen,² doch es folgten ihm bisher nur wenige.

Weiterhin bleibt relativ unklar, welches Gewicht spezifisch nationale Vorbedingungen 1956 und 1968 im großmachtpolitischen Kontext des Ostblocks hatten.³ Ebenfalls unzureichend erforscht sind die bilateralen Rezeptions- und Einflusswege zwischen den kleineren sozialistischen Staaten und deren Bedeutung für die Stabilität der kommunistischen Herrschaftssysteme. Doch diese Zusammenhänge sind für das Verständnis des europäischen Staatssozialismus essenziell. Es genügt daher nicht, den Blick nur auf ein Land in dieser Region und allenfalls noch die Sowjetunion zu richten, wie das bisher

1 Diese stehenden Begriffe werden nachfolgend ohne Anführungszeichen verwendet.

2 Vgl. dazu <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2210> (Zugriff: 30.03.2009); <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1394> (Zugriff: 22.09.2007).

3 „Ostblock“ ist im Folgenden in seiner engeren Auslegung zu verstehen, die neben der Sowjetunion die von ihr dominierten staatssozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas einschließt, nicht aber China, Nordkorea und Kuba.

meist geschah. Vielmehr bedarf es darüber hinaus einer systematisch gegenüberstellenden und verknüpfenden Betrachtung der einzelnen kleineren Staaten Mittel- und Osteuropas.

Hier möchte die vorliegende Arbeit ansetzen, indem sie eine in vierfacher Weise neue Perspektive auf die beiden prominenten Reformversuche einnimmt: (1) Sie betrachtet den Ungarnaufstand und den Prager Frühling aus transnationaler Sicht. Dabei analysiert sie grenzübergreifende Reformdiskurse und Reaktionen auf die Entfaltung und das Scheitern der beiden Liberalisierungsversuche. Gleichzeitig (2) stellt sie den jeweiligen Krisenphasen die relative Stabilität im Nachbarland gegenüber. Dies ermöglicht grundsätzliche Aussagen über die Krisenanfälligkeit staatssozialistischer Systeme und ihre Fähigkeit zur Selbsttransformation. Dabei will sie (3) im Sinne einer „Sozialgeschichte der Politik“ jene Erklärungsversuche hinterfragen,⁴ die die langjährige relative Stabilität der staatssozialistischen Herrschaftssysteme in Ungarn und der Tschechoslowakei allein auf außenpolitische und repressiv-administrative Wirkungskräfte zurückführten. Deshalb werden hier nicht nur die macht- und militärpolitischen Rahmenfaktoren, sondern ebenso die Erfahrungen und Erwartungen wesentlicher politischer und gesellschaftlicher Akteure einbezogen. Ihre (4) Betrachtung über zwölf Jahre soll Aufschluss über die längerfristige Verarbeitung der Krisen und damit verbundene Lernprozesse geben.

Die großen Krisen des Staatssozialismus bieten sich besonders für die Untersuchung von Erfahrungsräumen und Erwartungshaltungen an,⁵ die konstitutive Elemente der kommunistischen Herrschaft waren. Zum einen sind eskalierende Konflikte empirisch besonders zugänglich, da sich dort typischerweise die Komplexität der Kommunikationsstrukturen verringert: Die Anzahl konfligierender Gruppen wird in Krisenzeiten überschaubar und ihre Positionen durch verstärkte Polarisierung besser nachvollziehbar.⁶ Zum anderen sind in diesen Phasen der grenzübergreifende Austausch und landesbezogene Hetero- und Autostereotype unter sozialistischen Staaten besonders deutlich ausgeprägt und dokumentiert.⁷ Diese Kommunikationsverdichtung erleichtert eine noch ausstehende systematische Untersuchung der wechselseitigen Wahrnehmung und Beeinflussung zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei in den fünfziger und sechziger Jahren.

Bisher dominierten in der historischen Aufarbeitung der beiden Krisen im ostmittel-europäischen Staatssozialismus nationalhistorische Narrative und politisierende Opferdiskurse.⁸ Die hier zugrunde gelegte verflechtungsgeschichtliche Perspektive löst die

4 Zu einer „politischen Sozialgeschichte“ bzw. „Sozialgeschichte der Politik“ vgl. Noiriel 1989; Mergel 2002.

5 Die Begriffe „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ orientieren sich im Folgenden an Koselleck 1979, Koselleck 2000; vgl. dazu näher S. 30.

6 Imhof & Romano 1996, S. 276.

7 Dies zeigen auch beziehungsgeschichtliche Studien zur DDR (Zimmermann 2010, S. 338–340) und Polen (Kalous 2006, S. 192–198).

8 Schulze Wessel 2004, S. 322; Machos 1999.

beiden prominentesten Reformversuche dieser Art aus ihrem nationalhistorischen und großmachtpolitischen Kontext. Sie relativiert und erweitert die bisherige Perspektive, indem sie gleichzeitig komparativ und transferanalytisch die Entwicklung von Reformdiskursen in *zwei* Mitgliedsstaaten des Warschauer Bündnissystems miteinander verknüpft. Damit legt sie exemplarisch die Struktur und Bedeutung transnationaler Mechanismen für die Stabilisierung und Destabilisierung kommunistischer Herrschaftssysteme offen und liefert neue Erkenntnisse über deren Krisenanfälligkeit und Stabilisierungspotenzial.

Forschungsstand: Bisherige Schwerpunkte und neue Perspektiven

Bevor die thematische Abgrenzung und das methodische Vorgehen näher erläutert werden, soll die vorliegende Arbeit im Kontext der bisherigen Forschung verortet werden. Diese erweist sich sowohl für die Ungarische Revolution als auch den Prager Frühling als überaus umfangreich. Generationen von Historikern und Sozialwissenschaftlern aus Ost und West beschäftigen sich mit diesen Phänomenen als politische Ereignisse. All ihre Ergebnisse hier darzustellen, wäre weder möglich noch sinnvoll. An dieser Stelle können deshalb nur die wichtigsten Strömungen und für die vorliegende Arbeit entscheidenden Werke genannt werden, die vor allem in den frühen neunziger Jahren erschienen. Darüber hinaus sei auf die ständig aktualisierten und überaus umfangreichen Bibliografien der ungarischen und tschechischen bzw. slowakischen Forschungsinstitute verwiesen, die sich jeweils speziell mit den hier zentralen Reformbewegungen befassen.⁹ Diese enthalten auch jene Arbeiten, die vor 1989 im Westen erschienen und daher nur sehr eingeschränkten Zugang zu wesentlichen Quellen hatten. Zum Teil handelt es sich dabei auch um die Eindrücke selbst beteiligter Politiker, Militärs und Intellektueller, die ihre Sichtweise auf 1956 beziehungsweise 1968 in Form von Augenzeugenberichten und

9 Eine sehr gute aktuelle mehrsprachige Bibliografie mit detaillierten Angaben zum Forschungsstand zur ungarischen Reformbewegung von 1956 findet sich in Kipke 2006, S. 188–208. Eine Hunderte von Titeln umfassende und ebenfalls aktuelle Bibliografie zahlreicher ungarischer Titel stellte das *Dokumentations- und Forschungsinstitut der Ungarischen Revolution von 1956* [*Az 1956-os Magyar Forradalom Történetének Dokumentációs és Kutatóintézete Közalapítvány - 1956-os intézet*] zusammen: http://www.rev.hu/portal/page/portal/rev/bibliografia/tartalom_56 (Zugriff: 25.11.2009); außerdem sei auf die knapp 100 hauptsächlich deutschsprachige Titel umfassende Bibliografie vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Collegium Hungaricum Berlin verwiesen: <http://www.ungarn1956.de/site/40208541/default.aspx> (Zugriff: 03.04.2009). Einen sehr guten und kritischen Überblick über die auch inzwischen nur um wenige wesentliche Werke erweiterte Forschungslage zu 1956 gab Mühle 1999, S. 38–45.

Auch die vielen Hundert Titel zum Prager Frühling können hier nicht einzeln aufgelistet werden. Stattdessen findet sich eine nahezu erschöpfende und mehrsprachige Bibliografie des Prager Instituts für Zeitgeschichte (*Ústav pro soudobé dějiny AVČR*) für Veröffentlichungen vor 1989 unter: http://www.68.usd.cas.cz/files/bibliografie/Monografie_sborniky_clanky_67_89.pdf (Zugriff: 03.06.2009); und solche nach 1989 unter: http://www.68.usd.cas.cz/files/bibliografie/Monografie_sborniky_90_08.pdf (Zugriff: 03.06.2009). Einen Überblick über neuere Veröffentlichungen zum Prager Frühling in englischer Sprache bietet Bracke 2003.

Memoiren vortragen.¹⁰ Zu ergänzen bleiben die zahlreichen Publikationen aus den Jubiläumsjahren 2006 und 2008,¹¹ deren Innovationswert jedoch oft gering ist. Viele reproduzieren bzw. präzisieren die seit Mitte der neunziger Jahre bekannten Erkenntnisse und konzentrieren sich weiterhin auf partei- und großmachtpolitische Aspekte.¹² Sozialhistorische und transnationale Prozesse bleiben dagegen im Hintergrund.

Nationaler und großmachtpolitischer Fokus

Die meisten Darstellungen zur Ungarischen Revolution und dem Prager Frühling beschäftigen sich mit national- und großmachtpolitischen Fragen. Die politikgeschichtlich fokussierten Monografien erwiesen sich als faktografische Grundlage auch für die vorliegende Arbeit unverzichtbar, obwohl diese deutlich über die Beschreibung politischer Ereignisse und Strukturen hinausgeht. Besonders hervorzuheben sind hier die solide recherchierten Standardwerke von György Litván zu Ungarn 1956 und von Jan Pauer zum tschechoslowakischen Reformprozess von 1968.¹³ Sie rekonstruieren auf der Basis der nach 1989 schrittweise zugänglich gemachten Archivquellen die politische Krisenentwicklung aus nationaler und ansonsten vor allem sowjetischer sowie teilweise westlicher Perspektive. Ein ähnliches Gesamtbild ergibt sich aus zwei überblicksartigen Quelleneditionen, die zu jeder Krise diplomatische, militärische und innenpolitische Dokumente enthalten.¹⁴

10 Diese zum Teil sehr aufschlussreichen Texte haben v.a. als Primärquellen Bedeutung und werden daher im Abschnitt *Quellen*, S. 19 genauer erläutert.

11 Wichtige monografische Neuerscheinungen über 1956 aus dem Jubiläumsjahr 2006 sind Békés 2006; Eörsi 2006; Dalos 2006; Fink 2006; Gati 2006; Gough 2006; Kipke 2006; Lendvai 2006; Murber & Fónagy 2006; Schmidl & Ritter et al. 2006. Gleichermaßen erschienen im Jahr 2008 zu 1968: Bárta 2008; Hoppe & Suk 2008; Krystlík 2008; Pažout 2008; Hermann 2008. Die zwei neuesten großformatigen und in mehreren Sprachen kommentiert herausgegebenen Bildbände sind Lessing & Fejtő 2006 bzw. Koudelka et al. 1996.

12 Bei einigen Bänden handelt es sich nur um neue Auflagen oder Übersetzungen älterer Werke, z. B. Pauer 2004; Golan 2008.

13 Litván 1992 (ungarische Originalversion) bzw. Litván 1994 (aktualisierte Version auf Deutsch); Pauer 1995 (deutsch) bzw. die tschechische Version Pauer 2004. Zusätzliche Details zum Prager Frühling sind im Epilog des Interviewbandes von Kun 1999 enthalten. Weitere wichtige Gesamtdarstellungen neueren Datums zu Ungarn 1956 liefern Fink 2006 und Lendvai 2006 und zum Prager Frühling: Williams 1997; Skilling 1976; von am historischen Geschehen selbst Beteiligten: Pithart 1990 und Kaplan 2000.

14 Békés & Byrne et al. 2002 und Navrátil 1998; beide englischsprachigen Editionen beruhen auf den sehr viel ausführlicheren mehrbändigen Ausgaben in der jeweiligen Originalsprache, die unter *Quellen*, S. 19ff. genauer erläutert werden.

Weiterhin gibt es zu einigen für die vorliegende Arbeit zentralen Einzelaspekten umfangreichere Teilstudien zu den Medien,¹⁵ militärischen Aspekten,¹⁶ der wirtschaftlichen Entwicklung¹⁷ und der Rolle von Intellektuellen¹⁸. Auch diese Untersuchungen nehmen – wie die Mehrheit der Gesamtdarstellungen – eine nationale Perspektive ein und stellen die sowjetische Großmacht oder die Blockkonfrontation als Ganzes in den Vordergrund, sofern sie grenzüberschreitende Phänomene überhaupt vertiefen.¹⁹ Die wenigen tschechoslowakisch-ungarischen Studien beschränken sich meist auf die Reproduktion von Quellen, die nicht selten von wertenden Kommentaren ohne tiefere Analyse umrahmt werden.²⁰ Dennoch spiegeln diese spezialisierten Monografien und Sammelbandbeiträge den aktuellen Forschungsstand am besten wider, da viele von ihnen aus jüngster Zeit stammen und einige auch transnationale Aspekte einbeziehen.²¹

Da es in der folgenden Arbeit wesentlich um längerfristige Einflüsse geht, erwiesen sich jene Darstellungen als hilfreiche Grundlage, welche die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen über mindestens ein Jahrzehnt nachzeichnen. Solche Studien verfassten für den tschechischen und slowakischen Kontext etwa Karel Kaplan und Jiří Pernes sowie für den ungarischen Rudolf Tókéš und Tibor Huszár.²² Zu Ungarn gibt es nun auch sozialhistorische Darstellungen, die für die vorliegende Thematik besonders wertvoll waren.²³ Außerdem erwiesen sich übergreifende Darstellungen als nützlich,²⁴ um die Krisenereignisse und deren Vor- und Nachlauf in einen großen

15 Zu 1968: Hoppe 2004; Jezdinsky 1973; Kempers 1968; zu 1956: Izsák & Szabó 1996; Szalay 1989; Kaplan & Tomásek 1994; übergreifend: Sükösd 2000; Kalmár 1998.

16 Zu 1968 vgl. Benčík 1998; Bílek 1993; Baláž 1993; zu 1956 Györkei & Horváth 1996; Horváth & Maléter 2002; Štaigl 1994; übergreifend bzw. vergleichend: Granville 1992; Valenta 1984.

17 Zu Ungarn vgl. Berend 1990; Robinson 1973; Nyers 1968; Kaposi 2007; zur Tschechoslowakei: Kosta 2005; Šik 1989; übergreifend: Berend 1996; Batt 1996; Cichy 1990; Boyer 2007; Rösler 2008.

18 Aczel & Meray 1961; Kusin 2002; Pecka et al. 1998; Hegedűs 1997;.

19 So auch Békés 2006; Granville 1992 und Granville 2004 bzw. Pauer 1995 und Gati 2006.

20 Den Eindruck einer gewissen Distanzlosigkeit hinterlassen die Kommentare bei Pilát 1999 oder die suggestiv anmutende Interviewtechnik von Kun 1998 bzw. Kun 1999. Sachlicher und weitgehend faktografisch gehen Pernes 1996 und Bílek 1994 vor.

21 Zu den Sammelbänden über 1956 vgl. die Einleitung in Engelmann et al. 2008, S. 10, Anm. 2; hervorzuheben sind die folgenden mit länderübergreifenden Beiträgen zu 1956: Rainer et al. 2007; Heinemann 1999; Bock & Beyrau 1988; Foitzik 2001; Agethen & Buchstab 2003; Bispinck & Danyel et al. 2004 und zu 1968: Ebbinghaus 2008; Karner 2008; Klimke & Scharloth 2008; Engelmann et al. 2008.

22 Zu den ereignisgeschichtlichen Grundlagen des Sozialismus in der Tschechoslowakei vgl. Kaplan 1988, Kaplan 1992, Kaplan 2005, Kaplan 2000 sowie Pernes 2008 zu den 50er Jahren in der ČSR; zu den langfristigen Folgen der ungarischen Revolution vgl. Tókéš 1998; zur Person Kádárs Huszár 2006 und Gough 2006, jeweils im nationalhistorischen Kontext. Zur langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns vgl. zudem Kaposi 2007.

23 Einen sozialgeschichtlich fundierten Abriss der ungarischen Nachkriegsgeschichte im europäischen Kontext bietet Klimó 2006; zu einer eher quantitativ orientierten ungarischen Sozialgeschichte vgl. Kósa & Valuch et al. 2000.

24 Vykoukal & Litera et al. 2000; Berend 1996.

Kontext einzubetten. Auch diesen Darstellungen fehlt eine Verknüpfung der einzelnen Reformversuche, die auch punktuelle Vergleiche nicht ersetzen können.

Vergleichende und verknüpfende Studien

Die wenigen systematisch-komparativen Studien sind zumeist westlicher Provenienz und nehmen vor allem wirtschafts- und sozialpolitische Perspektiven ein.²⁵ Anhand politischer und gesellschaftlicher Reaktionen in Krisenzeiten zeigen sie die Unterschiede in den langfristig tradierten Sozial- und Wirtschaftsstrukturen zwischen Ländern des staatssozialistischen Mitteleuropas auf. Die vorhandenen Vergleiche strukturieren zwar die diachrone Entwicklung, indem sie langfristige Kategorien einsetzen, allerdings greifen sie mit ihrer theoretischen Ausrichtung auf eine eher schmale empirische Basis zurück. Dadurch gelangen sie zum Teil zu anderen Ergebnissen als die vorliegende Studie.

Besonders hervorzuheben ist der *longue-durée*-Ansatz der französischen Historikerin Muriel Blaive. Sie analysiert das „tschechoslowakische Jahr 1956“ in Gegenüberstellung zu Polen und Ungarn und sucht vergleichend nach herrschaftsstabilisierenden Momenten in der ČSR.²⁶ Ihre empirisch fundierte Analyse ist für den ersten Teil der vorliegenden Arbeit ein wichtiger Ausgangspunkt, hebt sie sich doch in ihrer gesellschaftsgeschichtlichen Ausrichtung von den tschechischen und slowakischen Darstellungen zu dieser Zeit ab. Dabei stellt sie bestehende Erklärungsansätze der einschlägigen tschechischen (und vereinzelt slowakischen) Historiografie explizit in Frage. Durch ihren Perspektivenwechsel bringt Blaive bisher vernachlässigte soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge ans Licht, die auch in der vorliegenden Arbeit aufgegriffen werden. Erst hier werden sie allerdings in eine systematischere Vergleichsstruktur eingebettet, die auch weitere Quellen hinzuziehen muss. Anders als Blaives Arbeit versteht sich die vorliegende Untersuchung nicht als konfrontative Abgrenzung zur tschechoslowakischen Historiografie, sondern stellt auch von ihr losgelöste Hypothesen auf. Vor allem betrachtet sie konsequent die Umdeutungsprozesse nach 1956, die für den tschechoslowakischen Reformprozess der Sechziger wesentlich waren. Insofern kann insbesondere der zweite Teil der vorliegenden Arbeit als Fortsetzung von Blaives Untersuchung angesehen werden, deren Fokus auf der Zeit vor und um 1956 lag.

Politikgeschichtliche Dominanz

Neben der nationalen erscheint in der bisherigen Forschung auch die inhaltliche Perspektive auf beide Krisen einseitig. So liegen – mit den wenigen genannten Ausnahmen –

25 Komparativ zu Ungarn und der Tschechoslowakei arbeiteten mit politischem und wirtschaftlichem Fokus Ekiert 1996 und Batt 1996.

26 Blaive 2001 bzw. Blaive 2005.

den meisten Darstellungen zum Ungarnaufstand und dem Prager Frühling ähnliche Prioritäten zugrunde: einerseits die politischen und militärischen Entscheidungsprozesse;²⁷ andererseits staatliche Repression und Verfolgung, insbesondere in der historischen Forschung der postkommunistischen Länder.²⁸ „Das Regime“ dominiert als personifizierter „Hauptakteur“ die geschichtliche Sicht auf den Staatsozialismus, während sozialhistorische Entwicklungen allenfalls zweitrangig in Erscheinung treten.²⁹

Die begrenzte Optik bisheriger Darstellungen soll hier jedoch nicht abgewertet werden, hat sie doch nachvollziehbare Gründe. Allerdings lässt sie sich sicher nicht allein auf eine größere Nachfrage „ereignisgeschichtlichen“ Wissens in Ostmitteleuropa zurückführen. Auch die Behauptung, nach Jahrzehnten ideologischer Geschichtswissenschaft nun „lieber nur die Fakten“ darstellen zu wollen, dürfte kaum überzeugen.³⁰ Vielmehr geht die Einseitigkeit teils auf politische Vorbehalte zurück. Daneben entspringt sie wohl auch der persönlichen Perspektive zahlreicher Autoren, die über Reformbewegungen forschen, bei denen sie selbst Mithandelnde, Opfer oder zumindest Zeitgenossen in wichtigen Funktionen waren.³¹ Ihre Funde sind bemerkenswert und ihre Interpretationen aufschlussreich. Dennoch entstammen sie einer Wissenschaftstradition, die Sozialwissenschaften als „bourgeois“ diskreditierte.³² Ihre Ergebnisse können daher kaum einzige Grundlage einer staatssozialistischen Krisengeschichte sein. Zwar bieten sie interessante Einblicke in Entscheidungsprozesse und Deutungsmuster der Beteiligten, doch die zeitliche und persönliche Distanz zu den Ereignissen und Quellen fehlt. Ähnlich einseitig erscheinen die im Westen publizierten Versuche, sich der staatssozialistischen Krisengeschichte anzunähern. Auch sie sind von der Denkweise des Kalten Kriegs und zum Teil der emotionsgeladenen Sicht von Emigranten gezeichnet.³³ Die meisten von ihnen entstanden in den siebziger und achtziger Jahren, als keine Einsicht in die we-

27 Ein Beispiel dafür ist die Ausgabe 1999/1 der ungarischen Zeitschrift *História*. Sie beschäftigt sich mit dem Prager Frühling und enthält mehrere Artikel zur ungarischen Beteiligung, die sich durchwegs auf spitzenpolitische und militärische Aspekte konzentrieren: Vida 1999; Kun 1999; Huszár 1999; ähnlich in einer früheren Ausgabe dieser Zeitschrift: Nyers 1993.

28 Puttkamer 2000; Schulze Wessel 2004, S. 320–322. Als Paradebeispiel einer repressionsfokussierten Darstellung, die in mehreren Sprachen und mit hohen Auflagen erschien, vgl. das „Schwarzbuch des Kommunismus“ (Courtois & Kramer 2004).

29 Pullman 2008, S. 704–713.

30 So die Antwort eines tschechischen Historikers auf kritische Rückfragen bzgl. der „Faktenlastigkeit“ ostmitteleuropäischer Beiträge auf einer Konferenz zum Prager Frühling: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2210> (Zugriff: 30.03.2009).

31 z. B. Litván 1992; Hegedűs 1997; Berend 1990 bzw. Kaplan 2000; Kosta 1989; Pithart 1990. Die französische Historikerin Blaive 2001, S. 154–169 widmet sich diesem Phänomen ausführlich (und an der Grenze zur Polemik).

32 Stellvertretend für die zahllosen Abwertungen der „vormarxistischen“ Geschichts- und Sozialwissenschaften in tschechoslowakischen, ungarischen und anderen kommunistischen wissenschaftstheoretischen Abhandlungen mit propagandistischer Ausrichtung vgl. Král 1972, S. 72, der hier auf Lenin verweist.

33 z. B. Czerwiński & Piekalkiewicz 1972; Miller & Kosta 1989.

sentlichen Quellen möglich war.³⁴ Die damals geprägte Sichtweise einer dauerhaften Konfrontation zwischen „Regime“ und „Gesellschaft“ klingt dennoch in vielen nach 1989 erschienenen Publikationen nach.³⁵ Von einer erschöpfenden Aufarbeitung der beiden historischen Schlüsselereignisse kann daher trotz der beachtlichen Produktivität der „Kalte-Kriegs“-Historiografie keine Rede sein.

Die vorliegende Analyse möchte die polarisierende und machtzentrierte Opposition von „Regime“ und „Beherrschten“ relativieren, ohne den diktatorischen Charakter der sozialistischen Herrschaftssysteme in Ungarn und der Tschechoslowakei grundsätzlich infrage zu stellen. Sie geht davon aus, dass nicht nur parteipolitische Fehlentscheidungen zu den Sozialismuskrisen führten, während die sonstige Stabilität dieser Herrschaftsräume deren Gewaltcharakter zuzuschreiben sei. Neben diesen Aspekten möchte die vorliegende Arbeit soziale Akzeptanz, politische und kulturelle Bindungskraft kommunistischer Diktaturen als Erklärungsfaktoren für ihr langjähriges Bestehen untersuchen und damit die jüngst geforderte Verbindung von Sozial- und Politikgeschichte wagen.³⁶ Das Postulat, die in solchen Bindungskräften schriftlich oder symbolisch überlieferte „Konstruktion der Wirklichkeit“ genauer zu betrachten,³⁷ ist zwar nicht neu und in einigen Untersuchungen zum Staatssozialismus bereits verwirklicht,³⁸ in den meisten postkommunistischen Ländern haben sich jedoch bisher nur wenige mit dieser Ebene beschäftigt.³⁹ Dabei scheint die politikgeschichtliche Dominanz in Tschechien noch stärker ausgeprägt als in Ungarn, wo erste Ansätze einer sozialgeschichtlichen Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit erkennbar sind.⁴⁰ Dennoch fehlen in beiden Ländern und auch der Slowakei weiterhin grenzübergreifende Studien mit sozialhistorischer Ausrichtung.

Verflechtung von Krisen statt „Krisenkette“

Obwohl die bisherigen thematischen Prioritäten im Sinne einer historiografischen Erstaufarbeitung naheliegend, zweckmäßig und notwendig erscheinen, blenden sie doch wichtige Fragen über Zusammenhänge zwischen den einzelnen Krisen aus. So gehen

34 z. B. Lomax 1979; Skilling 1976. Auf die Problematik der schmalen Quellenbasis verweist auch Zimmermann 2010, S. 13.

35 Vgl. dazu z. B. den Sammelband Agethen & Buchstab 2003 und die Standardwerke von Pauer 1995 und Litván 1992, die viele ältere Darstellungen zitieren.

36 Sabrow 2007, S. 13.

37 Mergel 2002.

38 Sozial- und alltagsgeschichtliche Arbeiten gibt es v.a. zur DDR, z. B. Kott & Kula et al. 2006; Davis & Lindenberger et al. 2009; Jaraus & Duffy 2006.

39 Auch die rumänisch-amerikanische Anthropologin Verdery 1991, S. 10 plädiert für einen Legitimitätsbegriff, der solche Prozesse mit einbezieht.

40 Einige Beispiele finden sich in Rainer 2005; darüber hinaus: Horváth 2007; Pittaway 1999. In Tschechien beklagen dagegen wichtige Zeithistoriker selbst die Vernachlässigung sozial-, alltags- und mentalitätsgeschichtlicher Themen (Schulze Wessel 2004, S. 327 bzw. Tůma 2002, S. 154).

fast alle umfangreicheren tschechoslowakischen und ungarischen Studien stark von der jeweiligen nationalen Perspektive aus und stellen dieser die Großmachtperspektive der Sowjetunion (und in einigen Fällen der USA) gegenüber. Beziehungsgeschichtliche Untersuchungen zwischen den sogenannten „Satellitenstaaten“ bleiben daneben eine Ausnahme. Dies mag an der Ausgangsposition vieler Autoren liegen, die eine eigenständige Außenpolitik Ungarns und der Tschechoslowakei für nicht oder nur sehr begrenzt möglich hielten. Diese Hypothese ignoriert jedoch die häufige Interessenskongruenz zwischen den Herrschaftseliten der Sowjetunion und denen der anderen kommunistischen Staaten.⁴¹ Die vorliegende Untersuchung arbeitet diese heraus und beleuchtet innerhalb der sowjetischen Hegemonialsphäre die teilweise beachtlichen Spielräume der bilateralen Außenpolitik.

Während sich einige Autoren mit der gesamten Krisengeschichte des ostmitteleuropäischen Sozialismus auseinandersetzen, bleiben große vergleichende und empirisch unterfütterte Analysen der dortigen Reformbewegungen seltene Ausnahmen.⁴² Noch dünner gesät sind bilaterale Transferstudien;⁴³ eine systematische Verknüpfung zweier oder mehrerer Freiheits- und Oppositionsbewegungen im Staatssozialismus fehlt praktisch völlig.⁴⁴ Dennoch war oft von einer „Kette von Aufständen, Revolten und Reformversuchen im ehemaligen Ostblock“⁴⁵ oder „Meilensteine[n] zur Untergrabung des kommunistischen Systems“⁴⁶ und sogar „zyklisch wiederkehrenden Krisen“⁴⁷ die Rede. In diesem „Prozess der Zerfallsgeschichte“ sollen der Juniaufstand in der DDR 1953, die Krisen von 1956 und 1968 sowie die polnische Solidarność-Bewegung nur „Eckdaten“ gewesen sein, die schließlich in dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme um 1989 kulminierten.⁴⁸ Ein empirisch fundierter Nachweis einer solchen Kausalkette steht jedoch noch aus.⁴⁹

41 Zimmermann 2010, S. 13.

42 Békés 2006 bzw. Békés 2004 widmet sich der „Weltpolitik“ und geht entsprechend überblicksartig vor; Ekiert 1996 und Batt 1996 argumentieren stark wirtschafts- und politikwissenschaftlich, allerdings ohne wesentliches Quellenstudium, weshalb sie die nationalen Perspektiven z.T. reproduzieren.

43 Neuerdings gibt es zahlreiche Studien zum Austausch zwischen der DDR und der ČSSR 1968 (vgl. dazu die Listung bei Zimmermann 2010, S. 16, Anm. 25, einschließlich populärwissenschaftlicher und autobiografischer Werke.

44 Einer der wenigen Ansätze besteht in der Verbindung von Ungarn und Polen 1956 und 1980/81 (Tischler 2003). Einige Sammelbandbeiträge oder Buchkapitel greifen Verbindungen zwischen 1956 und 1968 auf, so etwa Tůma 2008 und Klimó & Kunst 2004, bleiben dabei jedoch an der Oberfläche; streng komparativ außerdem: Békés 2008.

45 Pauer 2003, S. 166, im Wortlaut ähnlich: Pauer 1995, S. 391. Karner 2008, S. 43 bezeichnete den Prager Frühling ohne überzeugende Belege gar als „Anfang vom Ende des Ostblocks“.

46 Schmidl 2003, S. 198, Anm. 5.

47 Sikora 1996, S. 73.

48 Agethen & Buchstab 2003, S. 10. Ähnlich argumentieren Bispinck & Danyel et al. 2004, S. 30–31 und Gerlich & Glass 1992, S. 94.

49 Interessante theoretische Ansätze zur Auflösung der staatssozialistischen Systeme lieferten am Beispiel der DDR Thaa 1996 und Häuser & Schenkel et al. 1992.

Zwar streitet auch die vorliegende Untersuchung eine zumindest vorübergehend systemdestabilisierende Wirkung jedes Reformversuchs nicht ab, doch erscheint der Zusammenhang zwischen den einzelnen nationalen Entwicklungen hier viel komplexer. Schon die wenigen bisherigen Vergleiche verdeutlichen, wie unterschiedlich die Krisen trotz oberflächlicher Verwandtschaft strukturell waren.⁵⁰ Wenn also zwischen diesen Ereignissen in Partei und Gesellschaft ein langfristiger Lernprozess stattgefunden haben soll, dann – so hier die Hypothese – deshalb, weil die an sich verschiedenen Begebenheiten teilweise als gleichartig wahrgenommen oder interpretiert wurden. Akzeptiert man dies, so bleibt weiter unklar, wie eine potenziell destabilisierende Wirkung der nationalen Krisen trotz eingeschränkter Informationsmöglichkeiten über Landesgrenzen und zum Teil mehrere Generationen hinweg weitergegeben wurde. Diese Fragen lassen sich nicht intuitiv beantworten, sondern erfordern eine tiefgreifende und systematisch-assoziiierende Analyse einer überschaubaren Zahl von Einzelphänomenen.

Zu einer solchen Untersuchung fiel in der vorliegenden Arbeit die Wahl aus mehreren Gründen gerade auf die zwei prominentesten Krisen. Ihr globalpolitischer Kontext und viele innenpolitische Aspekte sind gut erforscht, was die volle Konzentration auf sozialgeschichtliche und transnationale Zusammenhänge ermöglicht. Letztere lassen sich anhand der bekannten Krisen besonders gut nachvollziehen und demonstrieren. Die beiden Reformversuche ermöglichen daher einen anschaulichen Einstieg in die ungarisch-tschechoslowakische Verflechtungsgeschichte. Dieser ist wichtig, weil grenzübergreifende Studien zur ostmitteleuropäischen Zeitgeschichte im Allgemeinen selten und zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei praktisch nicht vorhanden sind. Eine Ausnahme bildet hier das Dauerthema des ungarisch-slowakischen Nationalitätenkonflikts, dem viel Forschungsinteresse gewidmet wurde, allerdings von den biografisch direkt Betroffenen und oft aus nationalpolitischer Motivation.⁵¹ Das Verhältnis zwischen den staatlichen und gesellschaftlichen Entitäten der ČS(S)R und der Volksrepublik Ungarn bleibt dagegen ein sehr vernachlässigtes Thema. So existiert zwar eine auf die ungarisch-slowakischen Be-

50 Vgl. dazu das Resümee der Vergleichsstudie von Ekiert 1996, S. 306–307.

51 Vgl. zur Minderheitenfrage in den ersten Jahren der Nachkriegstschechoslowakei die ungarisch-slowakische Gemeinschaftspublikation Šutaj & Szarka 2008. Kiss 1999 untersucht die Position der ungarischen Minderheit in der ČSSR zwischen 1964 und 1967 und Popély 2008 im Jahr 1968; zur selben Thematik liefert Szabó 2004 einen Sammelband, der u. a. Dokumente zur Minderheitenfrage im Zusammenhang mit dem Prager Frühling enthält. Esterházy 2000 behandelt die Minderheitenfrage im breiteren europäischen Kontext; Tóth et al. 2000 nimmt eine kulturgeschichtliche Perspektive ein; eine zukunftsorientierte Sicht bietet Mezei 2006; nebeneinander gestellte ungarische, slowakische, österreichische und niederländische Beiträge zur Minderheitenproblematik finden sich bei Aspeslagh & Stengel et al. 1994; eine umfassende slowakische Darstellung bietet Marko & Martinický 1995. Die tschechische Historikerin Irmanová 2005 konzentriert sich im Licht der Minderheitenfrage auf die slowakisch-ungarischen Beziehungen seit 1989.

ziehungen spezialisierte Historikerkommission,⁵² nicht aber eine tschechisch-ungarische, obwohl es in Tschechien und Ungarn eine Reihe von bilateralen Historikerkommissionen mit anderen Ländern gibt.⁵³ Vor diesem Hintergrund führt die vorliegende Arbeit erstmals systematisch die beiden nationalen Forschungsperspektiven auf die Reformversuche von 1956 und 1968 zusammen und erlaubt damit eine fundierte Bewertung vermeintlich nationalspezifischer Krisen- und Stabilisierungsentwicklungen.

Außerdem bieten sich der Ungarnaufstand und der Prager Frühling für eine gegenüberstellende Untersuchung besonders an, weil innerhalb des sie umspannenden Zeitrahmens von zwölf Jahren kein vollständiger Generationswechsel stattfand. Dadurch lässt sich die längerfristige Entwicklung von Erwartungshaltungen im Rahmen der Krisen an den jeweils gleichen Akteuren nachvollziehen. Gleichzeitig durchlief der ostmitteleuropäische Staatssozialismus in dieser Zeit einen grundlegenden Wandel. Durch das Zusammentreffen dieser beiden Voraussetzungen lässt sich zeigen, wie die Reformer und ihre Gegner in der Tschechoslowakei und in Ungarn direkt an diesem Wandel beteiligt waren und inwieweit sich die veränderten Rahmenumstände in ihren Interpretationsmustern im Zeitverlauf niederschlugen.

Schließlich möchte sich die vorliegende Untersuchung von der politischen Instrumentalisierung der kommunistischen Vergangenheit in Ungarn und der Tschechoslowakei abheben. Diese wohl unvermeidliche Begleiterscheinung zeitgeschichtlicher Forschung scheint im Zusammenhang mit der Ungarischen Revolution und dem Prager Frühling besonders ausgeprägt zu sein.⁵⁴ Beide Reformbewegungen spielen im postkommunistischen Erinnerungsdiskurs eine herausragende, wenn auch jeweils sehr unterschiedliche Rolle.⁵⁵ Dabei dominiert weiterhin ein Externalisierungs- und Rechtfertigungszwang,⁵⁶ der wohl erst durch ein umfassenderes Verständnis historischer Zusammenhänge – bis hin zur Detailebene alltäglicher Notwendigkeiten – relativiert werden kann. Mit der Untersuchung auch dieser Bereiche möchte die vorliegende Arbeit zu einer pragmatischeren Debatte über die kommunistische Vergangenheit in beiden Ländern beitragen, so dass sich moralische Urteile erübrigen können.

52 Die slowakisch-ungarische Historikerkommission scheint eine Art „Schattendasein“ zu führen und ist auf ungarischen und slowakischen Internetseiten kaum auffindbar. Vgl. dazu u. a. <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/756078/> (Zugriff: 14.05.2009).

53 Eine in Kommissionen verankerte Kooperation besteht von ungarischer bzw. tschechischer Seite aus mit Russland, Polen, Deutschland, der Ukraine, Bulgarien, Rumänien und Österreich. Vgl. dazu <http://www.mta.hu/index.php?id=1748> (Zugriff: 06.04.2010); <http://www.hiu.cas.cz/cs/zahranicni-spoluprace/prace-v-oborovych-komisich-a-narodnich-komitetech.ep/> (Zugriff: 14.05.2010); Schulze Wessel 2004, S. 312. Das grenzübergreifende Forschungsinteresse ist dagegen seit 1989 zwischen Ungarn und Tschechien eher begrenzt Hlavičková 2004.

54 Vgl. zu diesem Phänomen allgemein Wolfrum 1999, S. 25–26 und Metzler 2004, S. 82.

55 Zum ungarischen Erinnerungsdiskurs zu 1956 vgl. Mink 2008; Machos 1999; Ahamer 2006; Nyssönen 1999, zum tschechischen bzw. slowakischen im Zusammenhang mit dem Prager Frühling vgl. Kopeček 2008; Kunštat & Pešek et al. 2006; Pauer 2008; Danyel 1998.

56 Vgl. dazu die entsprechenden Beiträge zu Ungarn, Tschechien und der Slowakei in Kopeček 2008.

Eine grenzübergreifende und verflechtende Betrachtung der Krisen des „Realen Sozialismus“ kann sich von nationalen geschichtspolitischen und damit konjunkturellen Interessen leichter lösen. Das gilt umso mehr für die Perspektive eines Außenstehenden, der nicht einer der ungarischen, tschechischen oder slowakischen Nationalgemeinschaften angehört. Einen solchen Blickwinkel möchte die vorliegende Arbeit einbringen. Dies wird freilich erst dank umfangreicher Vorarbeiten möglich, ausdrücklich auch jener Historikergenerationen, die selbst Zeitgenossen ihrer Untersuchungsperioden waren. Insofern lässt sich diese Studie nicht nur als wichtige Ergänzung der ungarischen und tschechischen bzw. slowakischen Zeitgeschichtsforschung sehen. Sie versteht sich auch als paradigmatischer Vorschlag für weitere Verflechtungsstudien des ostmitteleuropäischen Staatssozialismus.

Problemstellung

Forschungsziele

Wie die aktuelle Flut an fachhistorischen, populärwissenschaftlichen und belletristischen Büchern, Konferenzen und Zeitungsbeiträgen zur Ungarischen Revolution und zum Prager Frühling zeigt, gehören Reformversuche im europäischen Kommunismus weiterhin zu den gefragtesten, auch ein breiteres Publikum ansprechenden historischen Ereignissen.⁵⁷ Umso überraschender ist es, dass die einzelnen Umgestaltungsbewegungen bisher nur oberflächlich miteinander verknüpft wurden. Die vorliegende Arbeit will deshalb nicht nur eine systematische Gegenüberstellung der beiden Krisen einschließlich ihrer unmittelbaren Vor- und Folgeentwicklung liefern, sondern erstmals auch gezielt die wechselseitigen Wahrnehmungen und Einflüsse analysieren. Dazu sollen im Kontext der im Wesentlichen bekannten Ereignisentwicklung von 1956 und 1968 zunächst krisenauslösende und stabilisierende Faktoren herausgearbeitet werden. Parallel erfolgt eine Untersuchung des transnationalen Austauschs zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei im Lichte der beiden Krisen. Sie soll als Erkenntnisgrundlage für die wechselseitige Wahrnehmung und Beeinflussung dienen, die sich aus Reaktions- und Deutungsmustern der wesentlichen Akteure ergibt. Auf dieser Basis sollen längerfristige Lernprozesse identifiziert werden, die nach der ungarischen Krise von 1956 in Gang kamen. Es handelt sich dabei um persönliche und kollektive Erfahrungen und Interpretationen, die auch

57 In den o.g. Bibliografien sind größtenteils auch die belletristischen und populärwissenschaftlichen Werke enthalten. Die Masse an regionalen und überregionalen Zeitungsartikeln, Rundfunk- und Fernsehberichten in den jeweiligen Jubiläumsjahren kann hier unmöglich wiedergegeben werden; Hinweise auch dazu finden sich unter http://www.68.usd.cas.cz/files/biografie/Clanky_deniky_tydeniky_90_08.pdf (Zugriff: 15.05.2009); http://www.rev.hu/portal/page/portal/rev/bibliografia/tartalom_56 (Zugriff: 25.11.2009).

für das Verständnis der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung beider Länder nach 1968 entscheidend waren.

Die bilaterale Optik soll mit methodologischen und theoretischen Konzepten verbunden werden, die bisher in der ostmitteleuropäischen Zeitgeschichtsschreibung kaum und in der ungarisch-tschechoslowakischen Historiografie überhaupt nicht zum Einsatz kamen. Dazu gehören der bereits in der west- und außereuropäischen Historiografie aufgegriffene Ansatz der Verflechtungsgeschichte sowie der hermeneutische Fokus auf Wahrnehmungsmuster, wie er unter anderem in der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung praktiziert wird.⁵⁸ Vor diesem Hintergrund erscheint das umfangreiche Quellenmaterial zu beiden Krisen in einem neuen Licht.

Der Verflechtungsansatz stellt besondere Herausforderungen an eine narrative Chronologie und die „Dimensionierung relevanter Analyseeinheiten“⁵⁹ und bedarf daher umso mehr einer klaren Fragestellung.

Leitfragen

Zwischen den ungarischen und tschechoslowakischen Krisenerscheinungen von 1956 und 1968 ergeben sich zahlreiche, zum Teil reflexive Querverbindungen. Diesen Komplex von Verflechtungslinien sollen die folgenden Leitfragen vorstrukturieren:

1. *Wie unterschieden sich in der Tschechoslowakei und Ungarn 1956 und 1968 jeweils die Rahmenbedingungen und Wahrnehmungen, die im einen Land eine Reformbewegung hervorriefen, im anderen jedoch nicht?*

Betrachtet man beide Krisen als politische und soziale Bewegungen, so ergeben sich konkrete Wirkungsmechanismen für deren Entstehung und Verlauf.⁶⁰ Von der jeweiligen nationalen Entwicklungsphase losgelöst, lassen sich drei Kategorien für beide Länder untersuchen und miteinander vergleichen: (a) Grenzen und Möglichkeiten der politischen Veränderung; (b) Organisations- und Mobilisierungsstrukturen der revolutionären bzw. reformistischen Akteursgruppen; (c) handlungsleitende bzw. -hemmende Wahrnehmungsmuster wesentlicher Akteure. Diese Matrix umfasst Erklärungsansätze für die Entstehung und das Ausbleiben eines Reformklimas in Ungarn und der Tschechoslowakei zwischen 1956 und 1968.

58 Ausführlich zur Bewegungsforschung und dem Verflechtungskonzept vgl. S. 40ff. Zu den neueren Beispielen einer außereuropäischen *Histoire Croisée* (oder vergleichbarer Ansätze) zählen Pernau 2008; Liu 2006; Gallicchio 2007; zur praktischen Umsetzung einer deutsch-französischen Verflechtungsgeschichte vgl. Pfeil 2004 und Struck & Gantet 2008. Zu den US-amerikanisch-bundesrepublikanischen Wechselbeziehungen vgl. Mauch & Patel 2008.

59 Schriewer 2003, S. 33–43.

60 Eine Erläuterung der terminologischen und methodischen Einordnung der Reformbewegungen folgt im Abschnitt *Begriffe*, S. 29ff.

2. Welche unmittelbaren Reaktionen gab es in der Tschechoslowakei auf die Ungarische Revolution?

Diese Frage widmet sich zunächst dem offiziellen und transnationalen Austausch zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei in den Krisenphasen. Darüber hinaus erstreckt sie sich auf die unmittelbaren Reaktionen der politischen Akteure sowie die von ihnen gesteuerten Medien, den Geheimdienst und das Militär auf die Eskalation im Nachbarland. Zum Teil eng damit verbunden war die Wahrnehmung des Ungarnaufstands in der tschechoslowakischen Bevölkerung. Daher sollen auch die gesellschaftlichen Reaktionsmuster einschließlich ihrer längerfristigen Hintergründe rekonstruiert und analysiert werden.

3. Welche Rolle spielten die Wahrnehmung und Interpretation der ungarischen Revolution und ihrer Folgen bei Entstehung und Verlauf des Prager Frühlings?

In der Tschechoslowakei rezipierten (spätere) Politiker sowie Meinungsbildner kultureller, wissenschaftlicher und bürgerschaftlicher Organisationen die ungarische Krise von 1956. Deshalb soll hier untersucht werden, wie die zum Teil verzerrten Wahrnehmungen und Deutungen dieser Akteure deren Entscheidungen und Handlungen in den sechziger Jahren prägten. Dabei soll es keineswegs nur um die Reformer, sondern auch um deren Gegner gehen. Es soll empirisch herausgearbeitet werden, wie ihre Rekontextualisierung der Ungarischen Revolution die tschechoslowakische Reformbewegung von 1968 konkret beeinflusste.

4. Welche unmittelbaren Reaktionen gab es in Ungarn auf den Prager Frühling und wie wirkten diese auf den tschechoslowakischen Reformprozess zurück?

Die in Ungarn politisch relevanten Akteure reagierten bis Mitte 1968 scheinbar wohlwollend, aber inkonsequent auf die Reformdynamik im Nachbarland. Aufgrund der nun zugänglichen Quellen soll die innere Logik dieses schwankenden Verhaltens in Partei und Bevölkerung untersucht werden. Dabei werden mögliche Zusammenhänge mit den Erfahrungen von 1956 gesondert beleuchtet. Umgekehrt wird die tschechoslowakische Wahrnehmung des ungarischen Standpunkts von 1968 berücksichtigt, die sich anhand der bilateralen Austauschprozesse nachvollziehen lässt.

Aufbau

Aus den vier Leitfragen ergibt sich eine Grobstruktur von zwei Hauptteilen mit jeweils zwei Kapiteln. Der erste Hauptteil konzentriert sich chronologisch auf den Komplex 1956–1961 und der zweite auf 1962–1968. Allerdings gibt es durch den ständigen Wechsel der Innen- und Außenperspektive zahlreiche Überschneidungen. Die Einzelfragen sind daher stark miteinander verquickt und erstrecken sich zum Teil über mehrere Kapitel.

Das erste Kapitel liefert eine komparative Gegenüberstellung der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Ungarn und der ČSR im Jahresverlauf von 1956. Im Kontext der blockpolitischen Entwicklung nach Stalins Tod und dem XX. Parteitag der KPdSU vergleicht es die innerparteilichen und institutionellen Möglichkeiten sowie die gesellschaftliche Bereitschaft für Reformen in beiden Ländern. Damit legt es krisenauslösende und stabilisierende Faktoren in den kleineren staatssozialistischen Ländern offen.

Das zweite Kapitel analysiert die Wahrnehmung der ungarischen Krise in der Tschechoslowakei sowie daraus kurzfristig erwachsene Reaktionen. Es betrachtet dabei einerseits die außenpolitische Interpretation der Ungarischen Revolution in der ČSR und daraus folgende innenpolitische Vorsichtsmaßnahmen. Andererseits untersucht es im Zusammenhang mit dem Ungarnaufstand die Erwartungshaltungen in der tschechoslowakischen Bevölkerung und deren Bedeutung für die relative Stabilität im Land.

Das dritte Kapitel eröffnet den zweiten chronologischen Block, der sich schwerpunktmäßig mit den sechziger Jahren befasst. Es greift analog zum ersten Kapitel komparativ die Grenzen und Möglichkeiten für Reformen in beiden Ländern auf. In seiner Gegenüberstellung der krisenauslösenden Faktoren in der ČSSR und der stabilisierenden Faktoren in Ungarn berücksichtigt es insbesondere die Erfahrungen und Interpretationen der ungarischen Krise von 1956.

Das vierte Kapitel untersucht die ungarische Wahrnehmung des Prager Frühlings. Wie bereits das zweite Kapitel berücksichtigt es gleichzeitig die politische und gesellschaftliche Sphäre. Aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet es zunächst an Einzelbeispielen den grenzübergreifenden Austausch zwischen Politikern, Wissenschaftlern, Kulturschaffenden und Journalisten. Außerdem analysiert das Kapitel die Reaktionen in Ungarn auf den Prager Frühling und deren Rückwirkungen auf die Ereignisse in der ČSSR. Auch hier wird der prägende Charakter der Erfahrungen und Wahrnehmungen der Ungarischen Revolution als ständiger Maßstab diachroner Lernprozesse mit einbezogen.

In einem synthetisierenden und resümierenden Abschlusskapitel werden die Ergebnisse der synchronen Untersuchungen beider Hauptteile einander diachronisch gegenübergestellt. Dies ermöglicht prinzipielle Thesen über die Krisengenenese und Stabilisierung staatssozialistischer Systeme. Auch die grenzübergreifende, ungarisch-tschechoslowakische Wahrnehmung wird abschließend in ihrem langfristigen Verlauf rekapituliert und in einem breiteren zeitlichen und räumlichen Zusammenhang diskutiert. Dabei werden die konkreten Verknüpfungen zwischen dem Ungarnaufstand und dem Prager Frühling herausgestellt und mit bisherigen Auffassungen kontrastiert. Daraus ergibt sich in Ansätzen ein Ausblick auf Verbindungen zu weiteren staatssozialistischen Krisen, insbesondere dem Systemwechsel um 1989.

Den groben Zeitrahmen dieser Untersuchung bilden die Jahre zwischen Stalins Tod 1953 und der sogenannten „Normalisierung“ in der ČSSR. Der genaue Beginn dieser

Restaurationsphase ist umstritten.⁶¹ Hier wird er aus zwei Gründen im Herbst 1968 angesetzt: Erstens wurde die Wiederherstellung des Staatssozialismus nach sowjetischem Muster in der ČSSR bereits mit dem „Moskauer Protokoll“ vom 26. August 1968 eingeleitet und weitgehend bis Jahresende umgesetzt.⁶² Zweitens verließen große Teile der nicht-sowjetischen Warschauer-Pakt-Einheiten im Herbst 1968 bereits wieder die ČSSR, darunter auch die letzten ungarischen Truppen im Oktober 1968. Damit verschwand auch die seinerzeit wichtigste Frage der bilateralen Beziehungen zwischen Ungarn und der ČSSR von der offiziellen Agenda.

Der geografische Schwerpunkt der Arbeit liegt auf Ungarn und der Tschechoslowakei in den Staatsgrenzen der Pariser Friedensverträge von 1947.⁶³ Da andere Warschauer-Pakt-Staaten, insbesondere die Sowjetunion, großen Einfluss auf die Krisenentwicklung hatten, werden diese mit einbezogen, wo sie für die ungarisch-tschechoslowakischen Wechselwirkungen bestimmend waren.

Zwischen den politischen und sozialen Entwicklungen im slowakischen und tschechischen Staatsteil gab es Unterschiede, die berücksichtigt werden, sofern sie für die ungarisch-bilaterale Thematik relevant sind. In jenen Bereichen, die wesentlich durch die Prager Parteiführung zentralisiert waren, findet dagegen keine tiefere Differenzierung statt.

Die großen ungarischen Minderheiten in Rumänien, Jugoslawien und der Ukraine werden ausgeklammert, da sie anderen innenpolitischen Einflussphären unterlagen. Die ungarische Minderheit in der Slowakei beeinflusste dagegen die Krisen von 1956 und 1968 und findet daher hier entsprechende Beachtung. Insgesamt ist der slowakisch-ungarische Nationalitätenkonflikt für die Arbeit jedoch nicht zentral, da er als eigenständiger und umfassender Komplex bereits an anderer Stelle bearbeitet wurde.⁶⁴

Auch die Beziehungen zu Polen und der DDR und den dortigen Krisen (insbesondere 1953 bzw. 1956) werden nur gelegentlich und zu Illustrationszwecken aufgegriffen. Auf eine systematische Berücksichtigung beispielsweise des Posener Aufstands wurde verzichtet, weil für die Beziehungen zu den anderen ostmitteleuropäischen Staaten und deren Krisen bereits grundlegende Studien existieren.⁶⁵ Diese in das vorliegende Einzel-

61 Spiritová 2005, S. 337. Dubčeks Entfernung aus dem Amt des Zentralsekretärs am 17. April 1969 und dessen Unterzeichnung des Gesetzes über das Standrecht (Nr. 99/1969) im August 1969 gehören zu den symbolisch markantesten Anfangspunkten der „Normalisierung“: Pečenka 1999, S. 337–338; Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 572.

62 Pauer 1995, S. 329–334.

63 Zur Grenzdefinition gemäß der Pariser Friedenskonferenz, die in den Verträgen vom 10.2.1947 verankert wurde, vgl. Pečenka 1999, S. 664–665.

64 Vgl. dazu den Abschnitt *Forschungsstand*, S. 3ff.

65 Blaive 2001 und Pernes 2008 greifen die tschechoslowakischen Reaktionen auf die polnische Krise von 1956 auf. Tischler 2003 stellt die 1956 und die *Solidarność*-Bewegung einander gegenüber. Der Sammelband von Blažek & Kamiński et al. 2006 behandelt die gegenseitige Wahrnehmung zwischen Polen und der ČSSR 1968. Zimmermann 2010 und Schwarz 2004 widmen sich den Beziehungen zwischen der DDR und der Tschechoslowakei, zu denen inzwischen zahlreiche Publikationen erschienen.

projekt zu integrieren, würde eine nicht mehr zu überblickende Zahl an Kreuzungslinien und vielschichtigen Verflechtungen produzieren. Die vorliegende Studie konzentriert sich daher ganz bewusst auf zwei exemplarische Fälle, deren globalpolitischer Kontext gut erforscht ist.

Der inhaltliche Fokus liegt auf den Krisenentwicklungen zwischen Oktober und November 1956 bzw. Dezember 1967 und August 1968, also zwischen dem Ausbruch der Ungarischen Revolution einerseits und dem eigentlichen Ende des Prager Frühlings andererseits. Das Hauptaugenmerk gilt dabei neben dem Vergleich und den grenzübergreifenden Austausch- und Wahrnehmungsprozessen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei. Darüber hinaus wird, wenn auch weniger detailliert, die Entwicklung zwischen diesen Referenzereignissen auf grenzübergreifende Prozesse und Bezüge zu den beiden Krisen von 1956 und 1968 untersucht.

Die Zahl der Überschneidungslinien zwischen Ungarischer Revolution und Prager Frühling könnte theoretisch unbegrenzt sein. Die praktische Umsetzung auch eines verflechtungsgeschichtlichen Themas erfordert daher eine Kategorisierung nach Institutionen und Akteuren. Dabei konzentriert sich die vorliegende Arbeit auf die Kommunikations- und Handlungsfelder jener Akteursgruppen, die 1956 und 1968 an der Stabilisierung bzw. Destabilisierung der kommunistischen Herrschaft in beiden Ländern wesentlich beteiligt waren. Darunter fallen politische Akteure aus Parteiführung, Ministerien und Exekutivorganen. Weiterhin gehen die Hinterlassenschaften von als repräsentativ eingestuften Vertretern der Medien und Massenorganisationen sowie kulturelle und wissenschaftliche Persönlichkeiten in die Betrachtung ein. In ihrem Umfeld lassen sich Verarbeitungsformen gesellschaftlicher Erfahrungen an konkreten Kommunikationsbeispielen nachvollziehen.⁶⁶ Abstrakte Untersuchungsobjekte wie „Öffentlichkeit“ und „Zivilgesellschaft“ verlieren dadurch an Bedeutung,⁶⁷ indem sie akteurszentriert aufgeschlüsselt und in einen breiteren sozialen, materiellen und institutionellen Kontext eingebettet werden. Dabei interessieren nicht nur kurzfristige Stimmungen und Reaktionen auf die Krisen im In- und Nachbarland, sondern auch langfristig gefestigte Erfahrungsräume.

Eine völlig symmetrische Gegenüberstellung und Verknüpfung der beiden Umgestaltungsbewegungen wird in der vorliegenden Arbeit jedoch nicht angestrebt. Eine solche Gleichgewichtung kann nur konstruiert sein, denn Asymmetrien ergeben sich zwangsläufig aus der Chronologie der Ereignisse. So wird der zweite Hauptteil diachronische Rückblenden auf 1956 enthalten und dadurch trotz analoger Konzeption umfangreicher sein als der erste. Auch aus den untersuchten Räumen und Krisenkomplexen ergeben

66 Gestrich 1988, S. 21.

67 Zum Begriff „Zivilgesellschaft“ und seiner Anwendung im osteuropäischen Kontext vgl. das Kapitel *Von der Partizipationsromantik zur zivilgesellschaftlichen reflexiven Demokratie* in Beyme 2006, S. 254–269. Auch Müller 2002, S. 229–231 stellt die Beurteilung historischer Prozesse aus der Makroperspektive und mithilfe solcher globalen Begriffe in Frage.

sich unterschiedliche Gewichtungen, die allerdings integraler und analytisch fruchtbarer Bestandteil der Untersuchung sind.

Ausgangsthesen

Die Krisen von 1956 und 1968 stellten die Legitimität der sozialistischen Systeme nicht nur in ihren jeweiligen Epizentren, sondern in mehreren Satellitenstaaten in Frage. Allerdings boten sie den kommunistischen Parteien in den Bündnisstaaten gleichzeitig die Chance, durch Abgrenzung und Entgegenkommen die eigene Machtposition zu stabilisieren. Die politischen Entscheidungsträger erkannten dies und versuchten gezielt, die Krisen im Nachbarland für innenpolitische Zielsetzungen zu instrumentalisieren. Diese Taktik war 1956 im tschechoslowakischen und 1968 im ungarischen Fall mittelfristig erfolgreich: Aus der Niederschlagung der Reformversuche gingen die kompromissorientierten Herrschaftssysteme in den anderen sozialistischen Ländern zunächst gestärkt hervor. Längerfristig erwies sich diese Strategie als kontraproduktiv: Die Kompromisse führten zu einer stärkeren gesellschaftlichen Differenzierung, die neue Erwartungshaltungen schuf. Diese konnten langfristig nicht erfüllt werden, was zur Delegitimierung der kommunistischen Herrschaft beitrug.⁶⁸

Die Ende der fünfziger Jahre in Folge der Ungarischen Revolution betriebene Stabilisierungspolitik in der ČSR war Mitauslöser der tschechoslowakischen Reformbewegung in den sechziger Jahren. Gleichzeitig waren einige Wegbereiter der Ungarischen Revolution wesentliche Ideengeber des Prager Frühlings. Insbesondere aber waren die Erfahrungen von 1956 in beiden Ländern für die verschiedenen politischen Standpunkte von 1968 entscheidend: Befürworter und Gegner der Reformen rekontextualisierten in Ungarn und der ČSSR ihre Erinnerungen an den Ungarnaufstand. Dabei war die ungarische Krise von 1956 für die tschechoslowakischen Reformkommunisten und das konservative Lager in unterschiedlicher Weise Maßstab der eigenen politischen Spielräume. Deren folgenschwere Missdeutung war 1968 in der ČSSR zum Teil eine Konsequenz der gezielten Desinformationspolitik von 1956.

Trotz einer gewissen Abgeschlossenheit der staatssozialistischen Länder untereinander, wurden die großen Krisen im Nachbarland intensiv mitverfolgt.⁶⁹ Die dortigen Reaktionen von Partei und Bevölkerung waren nicht allein von sowjetischen Anweisungen abhängig. Sie basierten auch wesentlich auf innenpolitischen und bisher weitgehend unbeachteten alltags-pragmatischen Überlegungen. Dabei hatten selbst außerparteiliche,

68 Eine ähnliche Begründung liefert Thaa 1996, S. 55 für den Legitimationsverlust der SED in der DDR. Er spricht von einem „Bumerangeffekt“ durch ökonomische Modernisierung, funktionale Differenzierung und erhöhte soziale Komplexität.

69 Der Grad der Abgeschlossenheit bzw. Durchlässigkeit wird in eigenen Abschnitten zum Informationsstand der ungarischen und tschechoslowakischen Bevölkerung behandelt. Dabei wird selbstverständlich nicht der Maßstab der westeuropäischen Integration zugrunde gelegt, wie Boyer 2005, S. 459 befürchtet.

prinzipiell reformwillige Akteursgruppen ein Interesse an der Niederschlagung der Reformbewegungen im Nachbarland. Ihre Motive waren Angst vor einer Gewalteskalation, aber auch der Wunsch, eigene Reformvorhaben weiterzuführen und bereits errungene Spielräume und materielle Vorteile zu erhalten.

Quellen

Die vorliegende Arbeit basiert auf Material aus ungarischen, tschechischen und slowakischen Archiven. Dabei handelt es sich vor allem um Parteidokumente sowie um Berichte der Außenministerien, Geheimdienste und Propagandaabteilungen. Vereinzelt fließen auch Akten der gesellschaftlichen Massenorganisationen, insbesondere der Gewerkschaften und Studierendenverbände ein. Diese Quellen geben Auskunft über die partei- und außenpolitischen, aber auch die kultur- und gesellschaftspolitischen Standpunkte zu den Krisen und ihrer Wahrnehmung im Nachbarland.

Editerte Quellen

Zu innerparteilichen und außenpolitischen Fragestellungen des Ungarnaufstands und des Prager Frühlings gibt es zahlreiche, thematisch differenzierte Quellensammlungen, die für die vorliegende Untersuchung sehr hilfreich waren.⁷⁰ Sie stammen von

70 Die Dokumenteditionen wurden in den folgenden Reihen veröffentlicht: *Az 1956-s Magyar forradalom Története Dokumentáció és Kutatóintézetének sorozata* (herausgegeben vom gleichnamigen Institut zur Dokumentation und Erforschung der Geschichte der 1956er-Revolution) bzw. *Prameny k dějinám československé krize 1967–1970*, herausgegeben vom tschechischen Institut für Zeitgeschichte (Ústav pro soudobé dějiny).

Zum Ungarnaufstand erschienen vor allem folgende Quelleneditionen: Gál 1993; Institut slavjanovedenija 1998; Szereda & Rainer et al. 1996 (sowjetische Entscheidungsprozesse, v. a. aus dem „Jelzin-Dossier“, das der damalige russische Präsident Anfang der 1990er der ungarischen Regierung übergab); Vida 1998 (politische Parteien zur Zeit der Revolution); Cseh & Kalmár et al. 1999 (zu Informationspolitik und Zensur); Baráth & Feitl et al. 1998 (Protokolle der ersten Sitzungen der nach der Revolution neu gegründeten ungarischen Staatspartei); Békés et al. 2006 (Chronologie und Dokumentensammlung der UN zur ungarischen Frage 1956/57).

Zum Prager Frühling: Vondrová et al. 1995; Vondrová & Navrátil 1996; Vondrová & Navrátil et al. 1997 (internationale Dokumente); Vondrová 2000; Vondrová & Navrátil 2001, Vondrová & Navrátil 2003 (interne Struktur und Sitzungsprotokolle der KSČ-Führung); Pecka et al. 1998 (zu den Ansätzen einer „Zivilgesellschaft“); Koudelka et al. 1996 (Innenministerium und Sicherheitsapparat); Benčík & Navrátil et al. 1996; Benčík 1999 (militärische Fragen); neue Dokumente aus russischen Archiven befinden sich (parallel im Original und in deutscher Übersetzung) in Karner 2008 und mit slowakischem Schwerpunkt in Štefanský 1992.

Regierungskommissionen in Ungarn, Tschechien und der Slowakei, die speziell zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Krisen von 1956 bzw. 1968 einberufen wurden.⁷¹ Ihre Dokumenteneditionen enthalten neben den Sitzungsprotokollen der höheren Parteiorgane mehrerer Warschauer-Pakt-Staaten auch zeitgenössische Statistiken und Umfragen. Vereinzelt finden sich dort persönliche Sitzungsaufzeichnungen und Geheimdienstberichte sowie – in Spezialeditionen – Zeugnisse der Kirchen und der 1956 bzw. 1968 gegründeten außerparteilichen Organisationen.

Hauptsächlich basieren die Sammlungen auf Dokumenten aus den Partei-, Presse-, Ministerien- und Geheimdienstarchiven, die nach 1989 zugänglich gemacht wurden. Auf ihrer Grundlage lassen sich die politischen Entscheidungsprozesse und Kommunikationsstrukturen gut nachvollziehen. Über bilaterale Fragestellungen geben sie jedoch nur sehr begrenzt Aufschluss – mit der wichtigen Ausnahme der Beziehungen zur Sowjetunion. Allerdings gibt es für das Jahr 1956 eine Dokumentensammlung zur polnischen Einschätzung und den ungarisch-jugoslawischen Beziehungen.⁷² Umfangreiche Quelleneditionen mit ungarisch-tschechoslowakischer Ausrichtung fehlen dagegen. Auch die drei Bände zu den außenpolitischen Zusammenhängen des Prager Frühlings enthalten trotz guter Archivlage nur eine kleine Auswahl von Dokumenten zur Rolle Ungarns.⁷³ Dies gilt analog für die Edition zum internationalen Kontext des Ungarnaufstands.⁷⁴ Immerhin gibt es eine schmale Dokumentensammlung zu den spitzen- und militärpolitischen Reaktionen in der ČSR auf die ungarische Krise von 1956. Sie diene hier als wichtige Grundlage, da die dort abgedruckten militärischen Dokumente (inzwischen) zum Teil schwer zugänglich sind.⁷⁵

Eine wichtige Determinante der ungarisch-tschechoslowakischen Beziehungen war die Sowjetunion. Deshalb gehen auch editierte Quellen sowjetischer Provenienz in die vorliegende Analyse ein. Auf eine Sichtung der Moskauer Archive musste jedoch aus praktischen Gründen verzichtet werden: Der Zugang zu den Beständen der KPdSU ist weiterhin beschränkt und die hermeneutische Arbeit in einer weiteren Quellsprache hätten den Zeitrahmen des Vorhabens überschritten. Ohnehin erscheint die Aussagekraft der Moskauer Dokumente für die vorliegenden Fragen eher begrenzt. So sind die Ent-

71 Es handelt sich um das *Institut zur Erforschung der Geschichte der Ungarischen Revolution von 1956* [Az 1956-s Magyar forradalom Története Dokumentációs és Kutatóintézet], die tschechische (vormals tschechoslowakische) *Regierungskommission zur Erforschung der Ereignisse zwischen 1967 und 1970* [Komise vlády Č(SF)R pro analýzu událostí let 1967–1970] und ihr slowakisches Pendant [Komisia vlády Slovenskej republiky pre analýzu historických udalostí z rokov 1967–1970].

72 Eine interessante Perspektive auf die ungarischen Ereignisse aus Polen bietet die Edition von Tischler 1996; zu den jugoslawisch-ungarischen Beziehungen in diesem Zusammenhang vgl. Kiss & Ripp et al. 1997.

73 Insbesondere die Editionen von Vondrová 1995–1997.

74 Békés 1996.

75 Bílek 1993. Teilweise wurden die Dokumente im Prager Militärarchiv durch das Hochwasser von 2002 in Mitleidenschaft gezogen.

scheidungsprozesse innerhalb der KPdSU bereits an anderer Stelle untersucht worden und hier daher nicht zentral.⁷⁶ Die hier wichtigeren Auswirkungen der sowjetischen Politik auf die Beziehungen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei lassen sich bereits aus den ungarischen und tschechischen Archiven rekonstruieren und durch sowjetische Dokumente aus den großen Quelleneditionen zu den beiden Krisen ergänzen.⁷⁷

Der Fokus all dieser Editionen liegt – wie auch in der einschlägigen Forschungsliteratur – auf der National- und Großmachtperspektive. Dies zeigt sich in der Auswahl der wiedergegebenen Dokumente und auch in der Prioritätensetzung bei Kürzungen. Dennoch enthalten diese Bände eine Reihe von Quellen, die noch nicht kritisch aufgearbeitet wurden, insbesondere nicht aus grenzübergreifender oder diachroner Perspektive. Auch bieten sie eine hervorragende Erstorientierung über die relevanten Archive, in denen sich weitere und für die vorliegende Thematik oft wichtigere Anhaltspunkte zum grenzübergreifenden Austausch und der gegenseitigen Wahrnehmung fanden.

Archivdokumente aus der Tschechoslowakei

Wie bei anderen zeitgeschichtlichen Untersuchungen ist die Zahl der archivalischen Überreste auch hier sehr groß.⁷⁸ Auch sie sind für die Sozialismuskrisen von 1956 und 1968 bisher nur teilweise und mit politikgeschichtlichem und nationalem Fokus aufgearbeitet worden. Deshalb konzentrierte sich die Archivrecherche hier auf grenzübergreifende und sozialgeschichtliche Fragestellungen. Hinweise zu ungarisch-tschechoslowakischen Interaktionen und Wahrnehmungen fanden sich in verschiedenen Archiven, die zunächst kurz charakterisiert werden sollen.

Sowohl die ungarischen als auch die tschechischen und slowakischen Archive sind (mit Ausnahme der Militärarchive und einiger innenministerieller Fonds) gut zugänglich.⁷⁹ Von besonderer Bedeutung sind hier die staatlichen Zentralarchive in Ungarn und Tschechien. Die Bestände des tschechischen *Nationalarchivs* in Prag (*Národní archiv v Praze* – nachfolgend *NA*) enthalten dabei alle wesentlichen Sitzungsprotokolle der tschechoslowakischen Parteiführung.⁸⁰ Diese geben beispielsweise Aufschluss über

76 Pauer 1995 und Karner 2008 bzw. Szereda & Rainer et al. 1996 und Granville 1992.

77 Zu den sowjetischen Entscheidungsprozessen bieten sich hier auch die Editionen der ins Englische übersetzten politikhistorischen Dokumente an: Békés & Byrne et al. 2002; Navrátil 1998; ähnlich auf Deutsch zum Prager Frühling: Karner 2008.

78 Zur „explosionsartigen“ Vermehrung der zeitgeschichtlich relevanten Quellen vgl. Metzler 2004, S. 55.

79 Zur Archivsituation in Tschechien vgl. Španková 2005; Křen 2005, S. 715; zu Ungarn vgl. Érszegi 2005.

80 Relevant ist hier insbesondere das Archiv des ZK der KSČ [*Archiv ústředního výboru KSČ* – nachfolgend *AÚV KSČ*], das auch die Diskussionen des Politbüros bzw. Parteipräsidiums (Fond 2/1 bzw. 2/2) des Sekretariats des ZK der KSČ [*Sekretariát ÚV KSČ*] (Fond 2/4) enthält. Außerdem beinhaltet es nach den einzelnen Parteichefs benannte Sammlungen (z. B. „Fond Novotný“, „Fond Dubček“ usw.), die deren Direktkorrespondenz sowie Informationsberichte aus allen Politikbereichen enthalten.

Befürchtungen, Aktionspläne und mögliche Alternativszenarien der zentralen politischen Akteure. Darüber hinaus lässt sich in der dortigen Dokumentation politischer Diskussionen aus den sechziger Jahren nachvollziehen, wie die Führung der *Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei* (KSČ) die ungarische Staatspartei außen- und wirtschaftspolitisch einordnete.⁸¹ Außerdem geben diese Dokumente Hinweise darauf, wie die politischen Eliten 1968 in der ČSSR aufgrund spezifischer Interpretationen der Ungarischen Revolution ihre eigenen Spielräume bewerteten.

Für die Analyse der politischen Wahrnehmung Ungarns in der Tschechoslowakei ist der Informationsstand der verschiedenen politischen Gremien entscheidend. Als wichtigste Berichterstatteerin zum Ungarnaufstand, aber auch den ungarischen Reaktionen auf den tschechoslowakischen Reformprozess erscheint dabei die tschechoslowakische Botschaft in Ungarn. Ihre Lageberichte befinden sich im heutigen *Archiv des tschechischen Außenministeriums* in Prag (*Archiv ministerstva zahraničních věcí* – nachfolgend *AMVZ*). Sie berichtete über ökonomische, kulturelle und mediale Entwicklungen in Ungarn und stellte überaus aufschlussreiche Analysen zu den ungarisch-tschechoslowakischen Beziehungen an.⁸² Neben tiefen Einblicken in die tschechoslowakische Sichtweise enthalten diese (geheimen) Berichte auch wertvolle Beobachtungen inoffizieller Meinungen über die Tschechoslowakei und ihre Reformentwicklung. Außerdem finden sich in den Aufzeichnungen der Budapester tschechoslowakischen Botschaft Protokolle informeller Unterhaltungen mit ungarischen Intellektuellen, Wissenschaftlern und Kulturschaffenden. Diese geben oft ein gänzlich anderes Bild ab als die offiziellen Standpunkte und machen Erwartungshaltungen außerhalb des Parteiapparats deutlich.

Interessante Dokumente zu tschechoslowakisch-ungarischen Kontakten auf Gewerkschaftsebene finden sich im Gesamtgewerkschaftsarchiv in Prag [*Všeodborový archiv Praha* – nachfolgend *VOA*].⁸³ Sie geben wichtige Einblicke in die internationalen Beziehungen kommunistischer Massenorganisationen in den Krisenzeiten. Auch zeigen diese Dokumente im Zusammenhang mit dem transnationalen Austausch, inwieweit die zentralen Parteivorgaben bis auf die operativen Ebenen dieser Organisationen durchdrangen. Zudem reflektiert dieses Material Reaktionen auf den Ungarnaufstand in den tschechoslowakischen Betrieben. Umfangreichere Beurteilungen der gewerkschaftlichen Entwicklung in Ungarn durch tschechoslowakische Gewerkschaftsstellen ergänzen schließlich die Prager Perspektive auf Ungarn.

81 KSČ = Komunistická strana Československa (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei).

82 Insbesondere beherbergt das AMVZ in seinen landesspezifischen *Territorialabteilungen* [*Teritoriální oddělení* – nachfolgend *TO*] geheime Informationen zur aktuellen Lage in Ungarn, außerdem regelmäßige und außerplanmäßige politische Berichte, die zu Spezialthemen verfasst wurden. Aufschlussreich ist auch die Sammlung der chiffrierten Telegramme zwischen Ungarn und der ČSSR im Fond *Eingegangene Telegramme* [*Telegramy došlé*].

83 Für die vorliegende Thematik besonders ergiebig war die Internationale Abteilung (*Mezinárodní oddělení 1945–1984* – nachfolgend *MO*) des Zentralrats der Gewerkschaften (*Ústřední rada odborů* – nachfolgend *ÚRO*).

Sehr aufschlussreiche Einblicke in die Wahrnehmung des Ungarnaufstands von tschechoslowakischen Bürgerinnen und Bürgern im Herbst und Winter 1956 bieten die Aufzeichnungen des tschechoslowakischen Geheimdienstes StB [*Státní bezpečnost*]. Die inzwischen im Prager Archiv der Sicherheitsdienstakten [*Archiv bezpečnostních složek*, Praha – nachfolgend *ABS*] aufbewahrten Berichte aus den verschiedenen Regierungsbezirken der ČSR enthalten eine Fülle von persönlichen Einschätzungen zur Krise in Ungarn und der Lage im eigenen Land. Äußerungen am Arbeitsplatz, in Gaststätten und in öffentlichen Räumen gelangten auf verschiedenen Wegen in die Hände des Geheimdienstes und von dort aus in die höchsten Regierungsstellen. Sie sagen daher nicht nur etwas über in der Bevölkerung verbreitete Meinungsbilder aus, sondern geben auch Aufschluss über den Informationsstand der Führungsorgane.

Freilich sind gegenüber diesem Material, deren Urheber ganz eigene Ziele verfolgten, grundsätzlich Vorbehalte angebracht.⁸⁴ Dennoch ist sein Quellenwert nicht zu unterschätzen. So erscheinen die tschechoslowakischen Geheimdienstberichte zumindest für die Zeit um 1956 sehr viel weniger geschönt als etwa die meisten Berichte der Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen.⁸⁵ Dabei sammelten die tschechoslowakischen Sicherheitsorgane sowohl Äußerungen, die den Ungarnaufstand begrüßten als auch solche, die ihm neutral oder ablehnend gegenüberstanden. Erst in den amtlichen Zusammenfassungen zahlreicher Einzelbemerkungen aus den einzelnen Regionen zeigt sich die einseitige Interpretation des „Rohmaterials“ durch die zuständigen Informanten. Allerdings sind in den heimlichen Mitschriften zahlreiche Meinungen zum Ungarnaufstand zu finden, die den Agenten seinerzeit offenbar belanglos erschienen. Damit sind wichtige Zeugnisse zur zeitgenössischen Beurteilung der ungarischen Krise in der ČSR erhalten, die in die vorliegende Analyse einfließen.

Als besonders nützlich für die Fragestellungen des chronologischen Teils zu den sechziger Jahren erwies sich der Archivbestand des Prager Instituts für Zeitgeschichte (*Ústav pro soudobé dějiny AV ČR* – nachfolgend *ÚSD*).⁸⁶ Hier findet sich zum Prager Frühling die umfangreichste Sammlung politischer, militärischer und geheimdienstlicher Dokumente tschechoslowakischer und internationaler Provenienz (meist in Kopie). Unter anderem enthält das Archiv die im AMVZ nur schwer zugängliche, da nicht sortierte diplomatische Korrespondenz zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei, die im blockinternen Vergleich von besonderer Qualität war. Diese Aufzeichnungen sind besonders wichtig für die Frage nach dem ungarischen Einfluss auf den Prager Frühling. Außerdem gibt es im *ÚSD* transkribierte Interviews mit wichtigen Zeitgenossen, darunter dem tschechoslowakischen Botschaftspersonal in Budapest 1968, die das Bild der offiziellen Berichte vervollständigen und Einblicke in das persönliche Krisenerlebnis

84 Křen 2005.

85 Vgl. analog zum Quellenwert der Stasi-Akten Engelmann 1995.

86 Details zum Institut unter: <http://www.usd.cas.cz/>.

von Beteiligten geben.

Archivdokumente aus Ungarn

Viele der ungarischen Dokumente zu 1956 sind in den vorgestellten Quelleneditionen enthalten. Zu 1968 gibt es dagegen nur wenig editierte ungarische Quellen, vermutlich weil dieser Phase in der ungarischen Historiografie bisher ein vergleichsweise geringer Stellenwert zukam. Deshalb wird hier auf Archivmaterial zurückgegriffen, das vor allem im Ungarischen Nationalarchiv (*Magyar Országos Levéltár* – nachfolgend *MOL*) zu finden ist.⁸⁷ Die dort gelagerten Sitzungsprotokolle von Politbüro, (erweitertem) Zentralkomitee der ungarischen Staatspartei und aus János Kádárs Sekretariat geben Aufschluss über die Wahrnehmung des Prager Frühlings in der ungarischen Parteiführung.⁸⁸ Sie enthalten Hinweise auf die Befürchtungen und Hoffnungen, die politische Entscheidungsträger in Ungarn mit dem tschechoslowakischen Reformprozess verbanden. Für die Führungsgremien ausgearbeitete thematische Dossiers verschiedener Ministerien und Regierungsabteilungen geben Auskunft darüber, wie detailliert und über welche Kanäle die ungarischen Partei- und Staatsorganisationen über die Ereignisse in der ČSSR informiert waren. Die internen Diskussionsprotokolle des Zentralkomitees [*Központi Bizottság*] wiederum offenbaren, welche Rolle die Erfahrungen der Ungarnkrise von 1956 in den politischen Strategien der ungarischen Staatspartei (MSzMP) von 1968 spielten.⁸⁹ Auch über den direkten Zusammenhang zwischen der Entwicklung in der ČSSR und der inneren ungarischen Wirtschafts- und Sicherheitspolitik finden sich hier wertvolle Verweise. Die Überlieferungen machen deutlich, inwieweit es auch in der ungarischen Führung verschiedene Auffassungen über die Reformen in der ČSSR gab, die für manche abschreckendes Beispiel, für andere ein Modell eigener Reformansätze darstellten. Überdies lässt sich aus diesem Material die in vielen Punkten an die Erfahrungen von 1956 anknüpfende Propaganda- und Informationsstrategie in Verbindung mit dem tschechoslowakischen Reformprozess rekonstruieren. Nicht zuletzt zeigen die

87 Das hier relevante Material befindet sich in der Sektion M [*M szekció*], dem Parteiarchiv der MDP (bis 1956) und der MSzMP [*Magyar Dolgozók Pártja és Magyar Szocialista Munkáspárt iratai*]. Der im Folgenden hauptsächlich zitierte Unterfonds 288 befindet sich in der Abteilung 11 [*11. sz. referencia*] und enthält Dokumente zu den Zentralorganen der MSzMP zwischen 1956–1989 [*M-KS 288 MSZMP Központi Szervei 1956–1989*].

88 Die hier relevanten Bestände des ZK der MSzMP [*MSzMP Központi Bizottság* – nachfolgend *M-KB*] finden sich im Unterfonds 288/4, Einheiten 90–99 und die des ungarischen Politbüros [*Politikai Bizottság* – nachfolgend *M-PB*] im Unterfonds 288/5 bzw. 288/8. Ebenfalls aufschlussreich ist der Fonds des Parteichefs János Kádárs Sekretariat 1956–1989: M-KS 288/47. Einige dieser Dokumente sind inzwischen auch im Internet verfügbar: <http://www.digitarchiv.hu/> (Zugriff: 04.06.2010).

89 Die ungarische Staatspartei hieß von 1949 bis Oktober 1956 *Magyar Dolgozók Pártja* (*Partei der Ungarischen Werktätigen*), kurz: *MDP*. Nach dem Volksaufstand formierte sie sich neu als *Magyar Szocialista Munkáspárt* (*Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei*), kurz: *MSzMP* (bis Oktober 1989).

Dokumente des Politbüros [*Politikai Bizottság*] die genauen Hintergründe der Entwicklung des ungarischen Standpunkts gegenüber der militärischen Niederschlagung des Prager Frühlings.

Für die Beurteilung von Meinungen und Stimmungen in der ungarischen Bevölkerung im Zusammenhang mit dem tschechoslowakischen Reformexperiment erwiesen sich die MOL-Bestände der *Agitations- und Propagandaabteilung des ZK der MSzMP* [*MSzMP Központi Bizottsága Agitációs és Propaganda Osztály* – nachfolgend *KB APO*] als besonders aufschlussreich.⁹⁰ Sie enthalten unter anderem ein mehrere Hundert Seiten umfassendes Dossier mit Situations- und Meinungsberichten aus kulturellen, kirchlichen, parteilichen und betrieblichen Einrichtungen im ganzen Land. Diese Sammlung von Einzelaussagen und Stimmungstendenzen bietet eine sehr vielschichtige und detaillierte Einsicht in die Wahrnehmung des Prager Frühlings in der ungarischen Bevölkerung. Sie enthält die Aussagen ungarischer Reisender in die ČSSR, Meinungen zur ungarischen Minderheit in der ČSSR, Gerüchte zu den Reformen in der ČSSR und in Ungarn sowie Stimmungsindikatoren aus Betrieben und Intellektuellenkreisen. Diese Momentaufnahmen schlüsseln die Informationsberichte auf den höchsten Ebenen auf, die stark komprimiert und auch interpretatorisch verkürzt waren. Freilich haben solche Einzelaussagen trotz ihrer hohen Zahl nur eingeschränkte Aussagekraft und wirken mit Blick auf ihre Zielgruppen, die jeweils höheren Parteistellen, zum Teil geschönt. Wie die entsprechenden tschechoslowakischen Berichte von 1956 erweitern sie die politikgeschichtliche Perspektive und zeichnen so ein umfassenderes Bild des ungarisch-tschechoslowakischen Verhältnisses.⁹¹ Außerdem scheint die bewusste amtliche Verfälschung der ursprünglichen Aussagen gerade in den Krisenzeiten sehr viel schwächer gewesen zu sein. Insbesondere 1968, in den Tagen nach dem Truppeneinmarsch in die ČSSR, war die Stimmung in Ungarn sehr aufgerührt und gleichzeitig bestand akuter Informationsbedarf in den parteilichen Zentralorganen. Gerade in dieser Phase decken sich die offenbar in großer Eile verfassten Berichte häufig mit den Beobachtungen westlicher und tschechoslowakischer Quellen. Dies erhöht ihren Aussagegehalt hinsichtlich der aktuellen Stimmung. Darüber hinaus erlauben die vielen Einzeläußerungen, die oft auch die offiziellen Medien Ungarns zum Gegenstand hatten, Schlussfolgerungen über die Wirkungsweise der Propaganda.

Ein Gesamteindruck der 1968 in der ungarischen Bevölkerung verbreiteten Positionen gegenüber dem Prager Frühling kann jedoch erst unter Abgleich der Hinterlassenschaften aus verschiedenen Blickwinkeln entstehen. Neben den offiziellen ungarischen Meinungsberichten der MSzMP-Organen und den bereits genannten Erkundigungen der

90 MOL M-KS 288/22/1968 bzw. 1969 – *Agitációs és Propaganda Osztály 1957–1989*, hier v.a. das Dossier mit der Inventarnummer 16.

91 Diese zwischen Individual- und Makroebene vermittelnde Perspektive zielt darauf ab, „die transindividuellen und verallgemeinerbaren Aspekte an individuellen Phänomenen zu identifizieren“ (Straub 1990, S. 174).

tschechoslowakischen Botschaft überlieferten 1968 in Ungarn auch westliche Informanten ihre Eindrücke über die dortige Stimmungslage und Erwartungshaltungen gegenüber dem Prager Frühling. So erstellte der Informationsdienst von *Radio Free Europe* (RFE) 1968 sporadisch (durchschnittlich etwa wöchentlich) ausführliche Berichte über die Stimmung in der ungarischen Bevölkerung. Sie befinden sich in im ungarischen Original im *Open Society Archive* in Budapest (OSA).⁹² Bei den Dokumenten handelt es sich um die offenbar wörtliche Aufzeichnung von Erlebnissen, Meinungen und Situations einschätzungen anonymer ungarischer Informanten. 1968 wurden aus verschiedenen Landesteilen und sozialen Milieus in Ungarn sehr viele solcher Berichte zu den mit dem Prager Frühling verbundenen Erwartungen erstellt. Selbstverständlich handelt es sich auch hierbei um eine Ansammlung subjektiver Zeugnisse, die jedoch dank ihrer großen Zahl ein gewisses Meinungsspektrum wiedergeben kann.

Allerdings sind schon aufgrund der einseitigen Zielsetzung von *Radio Free Europe* Vorbehalte gegenüber diesen Quellen angebracht. Schließlich waren der amerikanische Propagandasender und seine Informationsabteilung vom CIA bzw. dem US-Kongress getragen, unterlagen deren Weisungen und übernahmen zum Teil nachrichtendienstliche Aufgaben.⁹³ Ihr erklärtes Ziel war der Zusammenbruch der kommunistischen Staatssysteme in Mittel- und Osteuropa.⁹⁴ Während sich diese politische Ausrichtung in den Sendebiträgen und ebenso in den zusammenfassenden Berichten eindeutig zeigt, scheinen die anonymen Darstellungen der einzelnen Beobachter nicht gefiltert, sondern im Wortlaut wiedergegeben worden zu sein. Offenbar war man bei der Rekrutierung von Informanten auch um ein regional und soziokulturell breites Spektrum bemüht. Insofern bieten diese Berichte durchaus interessante Einblicke in die Krisenwahrnehmung etwa auch der Landbevölkerung. Das Gesamtbild, das sie unter Einbezug weiterer Quellen mit anderen Entstehungshintergründen und damit verbundenen Einzelinteressen liefern, kann deshalb nur skizzenhaft sein. Dennoch bringen diese bis jetzt völlig unbearbeiteten Quellen eine neue, gesellschaftszentrierte Perspektive ein, die in den bisherigen Darstellungen zur Krisenrezeption entweder gänzlich fehlte oder ohne dokumentarischen Nachweis präsentiert wurde. Es überrascht kaum, dass diese Herangehensweise häufig die Aussagen einiger weniger am Geschehen selbst beteiligter

92 Die Bestände von *Radio Free Europe* befinden sich in der Archivabteilung 300. Dabei handelt es sich um die umfangreichste Sammlung zur Geschichte des Kalten Krieges in Ostmittel- und Osteuropa. Die hier relevanten (oft anonymen) Situations- und Stimmungsberichte der Radio-Free-Europe-Informationsabteilung finden sich im Unterfonds 40 (Hungarian Unit, 1949–1995) bzw. 30 (Czechoslovak Unit, 1951–1994). In der ungarischen Abteilung sind zu 1968 insbesondere die folgenden Unterfonds relevant: 40-4 (Hungarian Unit – Information Items, 1951–1972), 40-2 (Subject Files, 1951–1995), 8-3 (Publications Department, 1950–1994 – Background Reports, 1956–1989).

93 Lepeople 1995 ; speziell zur ungarischen Abteilung von Radio Free Europe vgl. Borbandi 1996.

94 Holt 1958, S. 17–23.

Zeitgenossen reproduzierte und deshalb zu einseitigen Schlussfolgerungen gelangte.⁹⁵ In der Aufarbeitung der westlichen Meinungsberichte ist dagegen zumindest ein Anfang für die Erforschung der breiteren gesellschaftlichen Meinung zu sehen, die auch für spitzenpolitische Entscheidungen ein wichtiger Einflussfaktor waren.

Weitere Erkenntnisse ließen sich vermutlich aus systematischen Oral-History-Projekten gewinnen, auf die hier aus Kapazitätsgründen verzichtet werden musste. Allerdings hatten einige Gespräche des Verfassers mit Zeitzeugen inspirierenden Charakter, da die Gesprächspartner zum Teil auf Namen und Zusammenhänge verwiesen, die sich aus dem reinen Aktenstudium zunächst nicht unmittelbar ergaben. Darüber hinaus gibt es neuerdings umfassende Ansätze einer interviewbasierten Aufarbeitung der Krisen von 1956 und 1968. Diese konzentrieren sich meist noch auf die Befragung der damaligen politischen und intellektuellen Eliten,⁹⁶ neuerdings wenden sie sich aber auch anderen Akteursgruppen zu.⁹⁷

Neben den Situationsberichten finden sich in den Radio-Free-Europe-Beständen auch sehr hilfreiche, thematisch sortierte Zusammenfassungen von Tagespresse und offiziellen Rundfunksendungen. Darunter befinden sich in einem eigenen Dossier speziell die protokollierten ungarischen Radio- und Fernsehbeiträge zum Prager Frühling sowie Beiträge von Regionalblättern zu diesem Thema, die ansonsten nur mit enormem Aufwand hätten recherchiert werden können.⁹⁸ Ein Abgleich der darin enthaltenen Pressemeldungen mit den Originalzeitungen lässt darauf schließen, dass diese thematischen Medienüberblicke 1968 gewissenhaft und weitgehend neutral durchgeführt wurden. Für die vorliegende Arbeit sind sie daher eine wichtige Ergänzung der überregionalen tschechoslowakischen und ungarischen Tagespresse, die hier für die beiden Krisenphasen ebenfalls ausgewertet wurde.

Zeitgenössische Veröffentlichungen

Schließlich liefern die offiziellen Medien in Ungarn und der Tschechoslowakei wichtige Anhaltspunkte zu einigen Fragen der vorliegenden Analyse. Zwar enthalten sie kaum zuverlässige Informationen zu den Ereignissen selbst, doch sie geben Auskunft über die

95 Beispielsweise Kaplan 1996 und Litván 1994 machen zahlreiche Aussagen über die Stimmung in der „Gesellschaft“, ohne entsprechende Belege dafür zu liefern.

96 Vgl. neben den o.g. Interviews im Prager ÚSD auch entsprechende Interviewsammlungen im Budapester OSA, Fonds 314.

97 Zudem läuft am *Oxford's Modern European History Research Centre* (MEHRC) der Universität Oxford und einer Reihe anderer europäischer Hochschulen derzeit ein großes Oral-History-Projekt zu transnationalen Faktoren der Protestbewegungen von 1968. Die ungarische Sektion wird von James Marc betreut, der Life-History-Interviews mit ehemaligen ungarischen Aktivistinnen und Aktivisten durchführte: <http://www.history.ox.ac.uk/research/projects/Around1968.htm> (Zugriff: 08.05.2010).

98 OSA Budapest: 300-40-4, "122.3 Foreign Relations Czechoslovakia, 1965–1971.

inhaltliche Struktur und erfahrungsbezogene Ausrichtung der jeweiligen Propagandastrategie. Zudem bergen sie Hinweise auf den Informationsstand der Bevölkerung. In Gegenüberstellung mit den Meinungsreporten erlaubt die zeitgenössische Publizistik daher Rückschlüsse auf die Wirkungsweise der offiziellen Informationspolitik während der Krisen im Nachbarland.

Gemeinsam mit polizeilichen und wirtschaftlichen Maßnahmen sollten die zentral gesteuerten Medien 1956 in der ČSR und 1968 in Ungarn eine gesellschaftliche Mobilisierung gegen die kommunistische Ordnung verhindern. Mit wechselnder Taktik versuchten sie, die Reformbewegungen im Nachbarland abzuwerten. Diese wird in der vorliegenden Arbeit hauptsächlich in großen Tageszeitungen sowie Rundfunksendungen nachvollzogen;⁹⁹ Fachzeitschriften und Regionalblätter ergänzen das Bild.

Als Sonderfall in der ČSSR ist die Zeit zwischen März und August 1968 anzusehen, in der dort faktische Pressefreiheit herrschte und die journalistische Berichterstattung somit ein relativ unabhängiges Forum des öffentlichen Meinungsaustausches bot. Daher lassen sich aus der damaligen Publizistik beispielsweise Aussagen über die tschechoslowakische Wahrnehmung des ungarischen Reformkurses der sechziger Jahre entnehmen; auch der vergleichende Blick von Journalisten auf die Ungarische Revolution von 1956 ist hier sehr aufschlussreich. Darüber hinaus erwiesen sich die Beobachtungen westlicher Korrespondenten als hilfreich. Sie geben zum Teil ähnliche Alltagseindrücke wieder wie die örtlichen Geheimdienste und ermöglichen damit einen Abgleich dieser Quellen.

Neben der zeitgenössischen Publizistik gibt es eine Reihe weiterer veröffentlichter Quellen, die für die vorliegende Arbeit von Bedeutung waren. So boten die Hinterlassenschaften ehemaliger Parteifunktionäre trotz ihres oft selbstapologetischen Charakters Einblicke in die Denkweise von Reformern und deren Gegnern.¹⁰⁰ Zwar enthalten diese subjektiven Darstellungen meist wenig Neues über die politischen Zusammenhänge; es finden sich dort jedoch Hinweise auf persönliche Einflüsse, Austauschprozesse und wechselseitige Wahrnehmungsmuster von Schlüsselfiguren aus Ungarn und der Tschechoslowakei, die in den amtlichen Quellen nicht zu finden sind.

Auch zeitgenössische wissenschaftliche Texte erwiesen sich als aufschlussreich, weil sie Hinweise auf die zeittypische Forschungspraxis, den Wissensstand und die Publikationsmöglichkeiten zu den hier zentralen grenzübergreifenden Aspekten geben. In dieses Umfeld gehören auch offizielle Handreichungen, die ein bestimmtes Bild der Ungarischen Revolution bzw. des Prager Frühlings zeichnen sollten.¹⁰¹ Sie waren oft die einzigen zugänglichen Darstellungen größeren Umfangs zu diesen Krisen und gingen argumentativ manchmal subtiler vor als die Massenmedien. Trotz ihres propagandistischen

99 Insbesondere handelt es sich hier um die kommunistischen Parteiorgane *Népszabadság* (Ungarn) und *Rudé právo* bzw. *Pravda* (Tschechoslowakei).

100 Rákosi & Feitl et al. 1997; Kádár 1977; Císař 2005; Mlynář 1978; Dubček 1993; Šik 1988; Biřak 1991.

101 Die offiziell abgeseignete ungarische Monografie zum Aufstand von 1965, Molnár 1967, erschien später auch auf Tschechisch (Molnár & Lieska 1972); ähnlich zum Prager Frühling: Král 1970; Oddělení

Charakters waren sie bemüht, unmittelbar erkennbare Zusammenhänge mit ideologischen Grundlinien zu vereinbaren, was freilich immer wieder an unüberbrückbaren Widersprüchen scheiterte.

Einen wichtigen Sonderfall bilden wissenschaftliche Untersuchungen, die 1968 in der ČSSR erschienen. Unter im Staatsozialismus einmaligen Umständen entstanden damals repräsentative Meinungsumfragen, die allerdings mehr über die innere Stimmung in der ČSSR als über die grenzüberschreitende Wahrnehmung preisgeben und daher eher für das vergleichende dritte Kapitel bedeutsam sind.¹⁰²

Schließlich sind für die vorliegende Untersuchung auch einige der hauptsächlich im Westen und im *Samizdat* erschienenen Augenzeugenberichte (oft von Emigranten) zur Ungarischen Revolution und dem Prager Frühling relevant.¹⁰³ Sie liefern Einblicke in Stimmungslagen und Erwartungshaltungen, die zur Mobilisierung bzw. Flucht während der Kriseneskalation geführt haben. Auch in diesen (zur Zeit des Kalten Kriegs vorselektierten) Berichten finden sich nur wenige Hinweise über die grenzübergreifende Wahrnehmung. Dennoch ergänzen sie bei der Gegenüberstellung krisenauslösender Faktoren in beiden Ländern die archivalischen Quellen.

Die vorliegende Arbeit verschränkt die Analyse interner amtlicher Quellen mit einer Betrachtung der offiziellen Veröffentlichungen, Memoiren und Augenzeugenberichten. So ergibt sich ein umfassendes Gesamtbild darüber, wie in Ungarn und der Tschechoslowakei Reformbewegungen in Gang kamen und welche Rolle dabei kurz- und mittelfristig der grenzüberschreitende Austausch von Erfahrungen und Meinungen spielte.

Konzeptionelle und methodische Überlegungen

Begriffe

In den folgenden Ausführungen kommt eine Reihe von Bezeichnungen für die Ungarische Revolution bzw. den Prager Frühling zur Anwendung, deren Bedeutungsgehalt nicht unmittelbar eindeutig ist. Sie sollen daher nun für den vorliegenden Kontext spezifiziert werden. Dabei bedarf es einerseits einer konkreten Benennung der einzelnen Entwicklungsphasen beider Reformversuche; andererseits müssen übergreifende Bezeichnungen für den vorliegenden Kontext definiert werden.

propagandy a agitace ÚV KSČ 1978 oder aus offiziell ungarischer Perspektive auf den tschechoslowakischen Reformprozess das „Weißbuch“ zu den Ereignissen von 1968 in der ČSSR: Pinczési & Bognár 1968.

102 Klímová in *Listy*, 13.2.1969, S. 3; Výskumný ústav kultúry a verejnej mienky, Nr. Predbežná správa z výskumu verejnej mienky - O morálnych postojoch obyvateľstva, [Dezember 1968]: *Umfrageergebnisse des Wissenschaftlichen Meinungsforschungsinstituts (Výskumný ústav kultúry a verejnej mienky) in Bratislava über die "moralischen Standpunkte" der Bevölkerung*, in: PECKA, J. et al. (Hg.) 1998, S. 420–425.

103 Gosztonyi & Hofer 1981; Fryer 1957; Koudelka 2008; Levy 1998.

Krise

Als Oberbegriff für beide hier zentrale Phänomene bietet sich der Begriff *Krise* an. Dieser umgreift jeweils Ursachen und Auslöser der Ungarischen Revolution und des Prager Frühlings, deren Verlauf und Eskalationspunkte sowie den Beginn der anschließenden Restaurationsphasen. Gleichzeitig erfasst er diachrone Dimensionen wie veränderte Erwartungshaltungen und Lernprozesse.

Nach Reinhart Koselleck zeichnet sich eine Krise durch „Unsicherheit, Leiden und Prüfung“ aus und „verweist auf eine unbekannte Zukunft, deren Voraussetzungen sich nicht hinreichend klären lassen.“¹⁰⁴ Gerade diese Zukunftsunsicherheit hat in der Analyse von Bevölkerungsreaktionen in Ungarn und der Tschechoslowakei 1956 und 1968 wesentliche Bedeutung. Koselleck gliedert den Krisenbegriff in drei semantische Modelle: Der in vielen Darstellungen zur Krisengeschichte des Ostblocks anzutreffende *prozessuale* Krisenbegriff sieht die Entwicklung des europäischen Staatssozialismus als permanente Krise.¹⁰⁵ Ein solcher Krisenbegriff ist hier ebenso wenig hilfreich wie der utopische,¹⁰⁶ da es in der vorliegenden Analyse wesentlich um die Abgrenzung kritischer und stabiler Phasen innerhalb staatssozialistischer Herrschaftskomplexe geht. Dafür bietet sich der *iterative Periodenbegriff* an. Er definiert Krise als „einmaligen, sich beschleunigenden Vorgang [. . .], in dem sich viele Konflikte, das System sprengend, zusammenschürzen, um nach der Krise eine neue Lage herbeizuführen“.¹⁰⁷ Damit umfasst dieses Modell die wesentlichen Charakteristika sowohl der Ungarischen Revolution als auch des Prager Frühlings. Es erhebt jedoch keinen Anspruch, die Geschichte des Staatssozialismus dauerhaft zu deuten, sondern fragt vergleichend nach den Voraussetzungen für mögliche Geschichtsverläufe.

Mit einem ähnlichen Begriff operiert auch Kurt Imhof, dessen kommunikationstheoretisches Modell sich auf soziale Krisen der Moderne bezieht. Darunter versteht er „schmerzhaft und kontingente Lernprozesse“, in denen „der zerstörte Zusammenhang von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont immer wieder neu hergestellt“ werden muss.¹⁰⁸ Dies war nach der Niederschlagung des Ungarnaufstands wie auch des Prager Frühlings deutlich zu beobachten.

Weiterhin betont Imhof, dass in solchen Krisen zunächst nicht fundamental-oppositionelle politische Kräfte die Chance zur Beeinflussung der Massen und zur Veränderung erhalten, sondern soziale Kräfte, die ohnehin bereits an der Macht partizipieren. Entsprechend waren es 1956 in Ungarn und 1968 in der ČSSR etablierte Kommunisten, Gewerkschafter und Kulturschaffende, die Reformbewegungen in Gang setzten. Auf

104 Koselleck & Spree et al. 2006, S. 203; zu der historischen Entwicklung und verschiedenen Deutungsmöglichkeiten des Krisenbegriffs vgl. Ebenda, S. 204–207.

105 Ebenda, S. 209–210. Ein Beispiel bietet Bispinck & Danyel et al. 2004, S. 31.

106 Koselleck & Spree et al. 2006, S. 208.

107 Ebenda.

108 Imhof 2006, S. 190.

diesem Boden konnten sich dann vorher an den Rand gedrängte Gruppierungen zu sozialen Bewegungen ausweiten. Dazu gehörten während des Aufstandes in Ungarn junge Rebellen und zu Zeiten des Prager Frühlings Organisationen ehemaliger politisch Verfolgter. Diese erhielten (auf Umwegen) die Möglichkeit, Massenkommunikation und öffentliche Meinung zu beeinflussen, was Imhof ebenfalls als krisentypisches Phänomen ansieht.¹⁰⁹ Auch die Gegner der Reformbewegungen erkannten dies, weshalb 1956 und 1968 Redaktionen und Rundfunkstationen zu den ersten militärisch besetzten Objekten gehörten.

Außerdem betont Imhofs Modell die „für nationale Krisendynamiken“ bedeutsame „Wahrnehmung von internationalen Entwicklungsprozessen“.¹¹⁰ Es schließt damit alle hier relevanten Untersuchungsdimensionen ein: die Krisengenesse aufgrund veränderter Erwartungshaltungen sowohl etablierter Teilhaber als auch ehemaliger Opfer kommunistischer Herrschaft; die kurzfristig ermöglichte Beeinflussung der öffentlichen Kommunikation; die grenzüberschreitende Wahrnehmung dieser Krisenentwicklung einschließlich ihrer nationalen Rückwirkungen. Als Erweiterung zu Kosellecks iterativem Periodenbegriff eignet sich dieser Krisenbegriff als übergeordnete Kategorie, die sowohl die Ungarische Revolution als auch den Prager Frühling umfasst. Gleichzeitig lässt sie eine differenzierte Gegenüberstellung zu, die allerdings spezifischer Unterteilungen bedarf.

Aufstand, Revolution, Reformbewegung

Die Ungarische Revolution und der Prager Frühling waren in ihrer Ausrichtung unterschiedliche Versuche, den Staatssozialismus zu reformieren.¹¹¹ Der von Studenten, Intellektuellen und einigen reformorientierten Kommunisten getragene ungarische Liberalisierungsprozess vom Sommer und Herbst 1956 kann zunächst als *Freiheitsbewegung* verstanden werden.¹¹² Seine Vertreter wollten die starren Einschränkungen der kommunistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in vielen Lebensbereichen verringern oder beseitigen. Diese Bemühungen kulminierten in einer Massenmobilisierung, die am 23. Oktober 1956 zunächst in Großdemonstrationen und bald darauf in einem bewaffneten

109 Imhof & Romano 1996, S. 274–275.

110 Ebenda, S. 276.

111 Im Folgenden grenzt der Begriff „Staatssozialismus“ von der Bezeichnung „Sozialismus“ ab, die die kommunistischen Führungen in Ungarn und Tschechoslowakei selbstattributiv verwendeten. In den meisten aktuellen Darstellungen zu Herrschaftssystemen sowjetischen Typs und auch hier betont „Kommunismus“ bzw. „kommunistisch“ die Außenansicht, also nicht das ursprüngliche marxistisch-utopische Konzept. Zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Begriffen „Kommunismus“ „Sozialismus“ und „Staatssozialismus“, die oft mehrdeutig und variabel verwendet werden, vgl. Roberts 2004.

112 Göllner 2003, S. 107.

Freiheitskampf [szabadságharc] gegen die herrschende Ordnung eskalierte.¹¹³ Diese Phase der massenhaften Erhebung gegen das ungarische Herrschaftssystem stalinistischer Konzeption wird hier als *Aufstand* [felkelés] bzw. *Ungarnaufstand* bezeichnet. Sie endete Anfang November 1956 mit dem (erneuten) Einmarsch sowjetischer Truppen. Diese künstliche Abgrenzung erfolgt hier nach Zielsetzungen und deren Vertretergruppen, denn chronologisch besaß diese fließende Bewegung keine eindeutigen Anfangs- und Endpunkte.¹¹⁴ Nicht einmal der Truppeneinmarsch beendete 1956 in Ungarn endgültig die Mobilisierung. Nach ihm dauerte es noch Monate, bis die restaurierte Kommunistische Partei (KP) unter János Kádár die Reformverbände endgültig zerschlagen konnte. Zwischen diesen Zeitpunkt und die ersten Reformdiskussionen in Intellektuellenkreisen fallen verschiedene politische und gesellschaftliche Reformaktivitäten, die hier zusammenfassend als *Reformbewegung* bezeichnet werden sollen.

Aus langfristiger Perspektive kann der mehrstufige ungarische Wandlungsprozess von 1956 als „Revolution“ angesehen werden. Die Bezeichnung *Ungarische Revolution* [magyar forradalom] wird in Ungarn inzwischen oft emotional und ideologisierend für politische Ziele instrumentalisiert.¹¹⁵ Dennoch kann der Revolutionsbegriff – wie hier – durchaus auch analytisch verstanden und genutzt werden, wobei es erneut unterschiedliche Deutungsschulen gibt.¹¹⁶ Die folgende Begriffsdifferenzierung lehnt sich an Koselleck et al. (2006), S. 240–251, an und umfasst zwei zentrale Erfahrungsbereiche der ungarischen Krise von 1956: erstens die mit Gewalt verbundenen Unruhen eines Volksaufstandes, die – wie Ende Oktober 1956 in Ungarn – eine Veränderung der Herrschafts- und Staatsordnung mit sich bringen; zweitens einen länger währenden strukturellen Wandlungsvorgang, der über die Gestaltung der Staatsordnung hinaus einen breiten sozialen Kontext erfasst.¹¹⁷ Auch diese Ebene spiegelte sich in der ungarischen Krise von 1956 wider: Zwar hob die Restaurationsregierung unter Kádár ab November 1956 die meisten Errungenschaften der mobilisierten Befreiungsbewegung wieder auf. Doch im Vergleich zu den benachbarten staatssozialistischen Ländern lässt

113 Die in Ungarn sehr verbreitete Bezeichnung *Freiheitskampf* [szabadságharc] erscheint auch im ungarischen Titel des Standardwerks zur Ungarischen Revolution von Litván 1992, während sie in den ansonsten gleichlautend übersetzten Titeln der englischen und deutschen Übersetzung fehlt (Litván 1994; Litván & Bak et al. 1996).

114 Eine ähnliche Aufteilung skizzieren Kende 2007, S. 17–18 und Alföldy 1997, S. 22–24.

115 Vgl. dazu Klimó 2004. In diesem semantischen Umfeld ist auch die Bezeichnung „Konterrevolution“ anzusiedeln, die zwischen 1956 und 1988/89 in Ungarn und den meisten anderen staatssozialistischen Ländern offizieller Terminus für die Ungarische Revolution von 1956 war. Vgl. zu den Hintergründen Kende 2007, S. 19–20.

116 Eine über verschiedene Revolutionstheorien gibt Lenk 1991. Der amerikanische Revolutionshistoriker Tilly 1999, S. 29–41 berücksichtigt in seiner griffigen Definition auch *revolutionäre Situationen* und *Prozesse*.

117 Arendt 2000, S. 34, spricht in diesem Zusammenhang von einer Verkoppelung der „Idee der Freiheit und (der) Erfahrung eines Neuanfangs“.

sich in Ungarn ein langfristiger Strukturwandel in Form begrenzter Liberalisierungen beobachten, der eine eindeutige Folge des Aufstands von 1956 war.¹¹⁸ Darüber hinaus gibt es neben dem Revolutionsbegriff laut Rainhard Koselleck „kaum einen geschichtlichen Grundbegriff, der so sehr [. . .] diachrone und synchrone Aspekte in sich versammelt“.¹¹⁹ Nicht zuletzt daher erscheint die Bezeichnung *Ungarische Revolution* für die vorliegende Analyse der ungarischen Krise am besten geeignet.

Während der Ungarischen Revolution ihre Urheber selbst den Namen gaben,¹²⁰ taufte den tschechoslowakischen Reformversuch von 1968 wahrscheinlich ein westlicher Journalist zum „Prager Frühling“.¹²¹ Diese Bezeichnung wird hier – unabhängig von ihrer räumlichen und zeitlichen Ungenauigkeit – metaphorisch für einen komplexen Vorgang verwendet. Sie steht für den Gesamtprozess, dessen Ausgangspunkt im Prager Machtzentrum lag, auch wenn er seinerzeit von einem Slowaken angeführt wurde. Obwohl Reformtendenzen aus allen Landesteilen kamen, ermöglichte zuvorderst die Initiative des Prager Zentralkomitees die Zensuraufhebung im ganzen Land.¹²² Erst diese brachte eine Stimmung des frühlingshaften Erwachens in der Bevölkerung mit sich, die sich schnell ausbreitete.¹²³ Insofern trifft der Begriff den Kern der Bewegung ohne wesentlichen normativen Gehalt. Zudem erscheint es schwierig, eine prägnante Alternativbezeichnung für die tschechoslowakische Krise von 1968 zu finden. Denn der Prager Frühling war kein Aufstand und auch keine Revolution, sondern ein von oben eingeleiteter Liberalisierungsprozess aus drei Strömungen: einer politischen Demokratisierungsbewegung auf Parteiebene, einer slowakischen Emanzipierungsbewegung und einer breiten Massenbewegung mit großer Eigendynamik.¹²⁴ Zwischen Herbst 1967 und Herbst 1968 waren diese drei Komponenten immer gleichzeitig präsent, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Zwischen Januar und Mai 1968 dominierte die politische Reformbewegung auf der parteilichen Führungsebene, während anschließend und besonders nach der Militäraktion im August 1968 die soziale Mobilisierung im Vordergrund stand.

Wie die Ungarische Revolution lässt sich auch der Prager Frühling nicht in klar abgrenzbare Phasen unterteilen, sondern in der übergreifenden Bezeichnung *Reformbewegung* zusammenfassen. Diese differenziert ganz bewusst nicht scharf zwischen *politischen*

118 Tőkés 1998 prägte dafür den Begriff *Negotiated Revolution*.

119 Nach Koselleck & Spree et al. 2006, S. 245 beschreibt der Revolutionsbegriff sowohl die auf Vorerfahrungen beruhenden Impulse zu Erwartungsänderungen als auch die „Aspekte von stiller Dauer oder Wiederholbarkeit“.

120 Kende 2007, S. 23.

121 Pehe 1988, S. 53.

122 Zur spezifischen Rolle der Slowakei im Prager Frühling und den terminologischen Kontroversen vgl. Brown 2008; Bystrický 2008.

123 Die Trope „Frühlingserwachen“ verwendete auch Šik 1988. Der tschechische Philosoph Sviták 1968, S. 19 verglich die Stimmung Anfang 1968 mit dem Erwachen aus einem „dogmatischen Schlummer“.

124 Pauer 2003, S. 130.

und *sozialen* Bewegungen, sondern betrachtet beide Reformversuche als verschiedene Formen kollektiven Handelns. Aus dieser Perspektive handelt es sich nicht um qualitativ voneinander abgrenzbare Phänomene, die unterschiedliche Erklärungsansätze erforderten.¹²⁵ Vielmehr tragen sowohl der Prager Frühling als auch die Ungarische Revolution zumindest phasenweise alle wesentlichen Merkmale sozialer Bewegungen: Beide reflektierten den Wunsch, wesentliche Elemente der Sozialstruktur zu ändern,¹²⁶ indem sie einen „menschlichen Sozialismus“ forderten. Sie zeichneten sich durch einen niedrigen Formalisierungsgrad aus, der sich beispielsweise in Massendemonstrationen und Forderungskatalogen mit wenigen Deutungskonfigurationen (Freiheit, Nationalismus, Demokratie) niederschlug. Außerdem prägten beide Reformversuche basisdemokratische Entscheidungsstrukturen (Interessensgemeinschaften, Studentenverbände, Arbeiterräte), die sich als Gruppen und Netzwerke organisierten. Diese waren sehr stark auf öffentliche Wirkung und die emotionale Bindung ihrer Mitglieder angewiesen. Gemeinsame Feindbilder (Mátyás Rákosi; Antonín Novotný) ermöglichten eine scharfe Außendifferenzierung auf der einen Seite; auf der anderen Seite beriefen sich beide Reformbewegungen auf charismatische Persönlichkeiten (Imre Nagy; Alexander Dubček), die nicht selbst Teil der Mobilisierung sein mussten.¹²⁷

Schließlich lässt sich eine *Reformbewegung* auch als intensivierte Phase der *Interaktion* zwischen der politischen und gesellschaftlichen Ebene verstehen, wie dies in den beiden hier behandelten Reformkrisen eindeutig der Fall war. So reagierten 1956 in Ungarn und 1968 in der ČSSR die herrschenden Eliten und Kommunikationszentren auf die Veränderungswünsche in der Gesellschaft nicht (nur) konfrontativ, also mit Repression und Propagandaarbeit; vielmehr übertrug sich der mit der krisenhaften Entwicklung einhergehende Orientierungsverlust in der Bevölkerung auch auf sie. Dies führte innerhalb der Staatsparteien zur Bildung von Fraktionen, die in breiten Teilen der Bevölkerung populäre Reformanliegen vertraten.¹²⁸ Es handelte sich also um einen wechselseitigen Bewegungsprozess, den gleichzeitig berufspolitische wie außerparteiliche Akteure bestimmten.

Der Oberbegriff *Reformbewegung* erfasst für beide Krisen alle Einzelphasen und auch deren übergreifende Dynamik. Der Bewegungsbegriff ermöglicht auf einer abstrakteren Ebene Vergleiche zwischen den nationalen Entwicklungssträngen von 1956 und 1968.

125 McAdam & McCarthy et al. 1999, S. 9.

126 Diesen Aspekt unterstreicht McCarthy & Zald 1977, S. 1271 in seiner Definition sozialer Bewegungen.

127 Zu den hier eingebundenen Charakteristika sozialer Bewegungen vgl. die einschlägigen Definitionen von Rucht 1999, S. 186; Imhof & Romano 1996, S. 274–275; McCarthy & Zald 1977, S. 1271. Ohne dem analytisch weiter nachzugehen, wurden die beiden Reformbewegungen mehrfach als soziale Bewegungen eingestuft: die Ungarische Revolution: Györkei & Horváth 1999, S. 185; Litván & Bak et al. 1996, S. 87; Knabe 1988, S. 553 sprach nur von einem „Grenzfall“; Prager Frühling: Pauer 2003, S. 130; Strmiska 1989.

128 Solche Reaktionsketten beschreibt Imhof & Romano 1996, S. 274–275 aus kommunikationstheoretischer Perspektive als typische Erscheinungen sozialer Krisen.

Dabei differenziert er – anders als der ihm übergeordnete Krisenbegriff – nicht nur gegenüber den Phasen relativer Stabilität, sondern auch gegenüber den ebenfalls krisenhaften Perioden der Stagnation vor und nach den dynamischen Reformprozessen.¹²⁹

Zielrationale Herrschaft

Die wechselseitige Beeinflussung gesellschaftlicher und politischer Ziele und Entscheidungen muss als konstitutive Begleiterscheinung staatssozialistischer Systeme begrifflich gefasst werden, zumal sie in den beiden Reformkrisen besondere Bedeutung gewann. Es erscheint dabei nicht hilfreich, „Regime“ und „Gesellschaft“ nur als antagonistische Pole zu sehen.¹³⁰ Die Annahme, die Bevölkerung sei der willkürlichen und totalen Macht der politischen Führung hilflos und leidend ausgeliefert, widerspricht bereits dem Herrschafts- und Legitimitätsbegriff Max Webers. Demnach beinhaltet Herrschaft nicht nur den politischen Führungsanspruch, sondern auch die *Bereitschaft* der Beherrschten, einem „Befehl bestimmten Inhalts“ Folge zu leisten.¹³¹ Auch Hannah Arendt ging davon aus, dass selbst „totale Herrschaft, obwohl offen verbrecherisch, von der Zustimmung der Massen getragen wird“ und dies nicht nur auf „die magische Wirkung von Propaganda und Gehirnwäsche“ zurückgeht.¹³² Das hier zugrunde gelegte Herrschaftsverständnis verneint jedoch nicht die prinzipielle Asymmetrie von Herrschaftsverhältnissen, die in den staatssozialistischen Ländern besonders eklatant und oft mit massiven Menschenrechtsverletzungen einherging. Vielmehr richtet es den Blick auf jene „angebbaren Personen“, die nach Webers Herrschaftsverständnis gehorsam, also „folgebereit“ waren.¹³³

Die Ressourcen dieser Folgebereitschaft bzw. *Legitimität* politischer Herrschaft teilte Weber in seine drei berühmten Idealtypen ein,¹³⁴ von denen jedoch keiner den staatssozialistischen Systemen vollständig gerecht wird.¹³⁵ Für sie erscheint das Konzept

129 Havel 1999, S. 95 verglich die Stimmung in der ČSSR in den siebziger Jahre mit der „Ruhe einer Leichenhalle oder eines Grabs“.

130 Zu einer kritischen Auseinandersetzung mit diesem Verständnis kommunistischer Herrschaftssysteme vgl. z. B. Pullman 2008 und Sabrow 2007.

131 Weber & Winckelmann 2002, S. 28.

132 Arendt 1991, S. 473, Anm. 1. Arendt erwähnt ebenfalls geheime Lageberichte des Sicherheitsdienstes als aufschlussreiche Quelle über die öffentliche Meinung in Zeiten, in denen keine freie Meinungsartikulation möglich war (hier in Deutschland während des Zweiten Weltkriegs).

133 Weber & Winckelmann 2002, S. 28.

134 Weber & Winckelmann 2002, S. 122–176; Thaa 1996, S. 56–57; zum hier zugrunde gelegten Legitimitätsbegriff vgl. Verdery 1991, S. 10, die die Fähigkeit, kommunistischer „Regime“ betont, ihre Politik und Zielsetzungen so zu präsentieren, dass sie nicht im Widerspruch zu vorhandenen kulturellen Werten und Glaubenssätzen stehen.

135 Zu einer Begründung vgl. Thaa 1996, S. 56–57.

der *zielrationalen Herrschaft* treffender.¹³⁶ Es umfasst erstens die antipluralistische und zentralisierte Leitung der Gesellschaft durch die kommunistische Staatspartei; zweitens betont es die Notwendigkeit der Selbstlegitimation innerhalb der Führungseliten und drittens deren Abhängigkeit von politisch-gesellschaftlichen Zielkompromissen. Alle drei Phänomene spielten in den hier zentralen Krisen eine wichtige Rolle. So entsprangen die 1956 und 1968 aufflammenden Forderungen nach einer Humanisierung des Sozialismus selbstlegitimatorischen Impulsen aus Teilen der Staatsparteien. Zudem waren die kommunistischen Führungen Ungarns und der Tschechoslowakei während dieser Krisen besonders auf gesellschaftliche Unterstützung angewiesen. Deshalb banden sie ihre offiziellen Ziele an die in der Bevölkerung dominierenden Werte und Interessen oder versuchten dies zumindest entsprechend darzustellen. Weiterhin eigneten sich während der Ungarischen Revolution und des Prager Frühlings Teile der politischen Führungen die Forderungen außerparteilicher Reformer an. Auch in den jeweiligen Stabilisierungsperioden bemühten sich die Parteiorgane um eine zumindest indirekte Bedürfnisanalyse der breiten Bevölkerung, die in ihre Entscheidungen einfluss.

Obwohl innerhalb der zielrationalen Herrschaftssysteme Ungarns und der Tschechoslowakei stille Aushandlungsprozesse stattfanden, gab es dort – im Unterschied zu freiheitlich-demokratisch verfassten Staaten – keine institutionalisierte Partizipation am politischen Entscheidungsprozess. Vielmehr beruht die Legitimität zielrationaler Herrschaft auf „vorpolitischen Gemeinsamkeiten“ zwischen Herrschenden und Beherrschten,¹³⁷ also einer möglichst breiten Interessenskongruenz zwischen politischer Führung und Bevölkerungsmehrheit. Sie ersetzt „den katastrophenträchtigen Zufall“ durch Konsequenz und Geschlossenheit.¹³⁸ Diese für beide Seiten erstrebenswerte Berechenbarkeit der politischen und materiellen Rahmenbedingungen schafft eine wichtige Legitimationsgrundlage. Dabei ist weniger die tatsächliche Interessenskongruenz entscheidend, sondern vor allem ihre glaubwürdige Vermittlung. Wenn es sich aber um Teile der erfahrbaren Welt handelt, führt die Nichteinhaltung von Versprechen zu Glaubwürdigkeits- und damit Legitimationsproblemen.¹³⁹ So trugen in Ungarn 1956 und in der ČSSR 1968 nicht eingelöste Wohlstandsversprechungen zu akuten Herrschaftskrisen bei.

Der zielrationale Herrschaftsbegriff eignet sich auch gut für eine diachrone Betrachtung, denn die „legitimierende Darstellung der Gesellschafts- und Herrschaftsordnung als zielgerichteter Kooperationszusammenhang“ blieb über alle Entwicklungsphasen des Staatssozialismus relativ konstant.¹⁴⁰ Zwar versuchten sich die Staatsparteien in Ungarn

136 Zum Folgenden vgl. Ebenda, S. 55–102. Er führt seine Überlegungen auf einen Herrschaftstypus zurück, den bereits Rigby 1982 beschrieb; demnach hängen Erfolg und Stabilität dieser Art von Herrschaft davon ab, inwieweit allgemeine, für Partei und Gesellschaft gleichermaßen erstrebenswerte Ziele in der Sprache des Marxismus-Leninismus „objektiv“, also für alle erstrebenswert, erscheinen.

137 Thaa 1996, S. 152.

138 Ebenda, S. 150.

139 Ebenda, S. 152.

140 Ebenda, S. 102.

und der Tschechoslowakei über jeweils aktuelle und nationale Themen zu legitimieren; die grundlegenden Zielkategorien waren jedoch langfristig und in beiden Ländern sehr ähnlich.

Im Folgenden werden die Ungarische Revolution und der Prager Frühling also übergreifend als Reformbewegungen innerhalb staatssozialistischer und damit zielrationaler Herrschaftssysteme verstanden. Diese Einordnung ermöglicht den Blick auf politisch-gesellschaftliche Aushandlungsprozesse. Gemeinsam mit dem Krisenbegriff erlaubt sie eine grenzübergreifende und diachrone Gegenüberstellung relativ konstanter Merkmale, die mithilfe des nachfolgend zu erläuternden Kategoriensystems untersucht werden können.

Institutionelle Spielräume, Organisationsstrukturen und Wahrnehmungsmuster

Wenn sich der Prager Frühling und die Ungarische Revolution als (soziale) Bewegungen verstehen lassen, bietet sich für ihre gegenüberstellende Untersuchung ein bewegungsorientiertes Analyseinstrumentarium an. Hier kommt daher ein Modell zum Einsatz, das auf die sozialwissenschaftliche Erforschung westlicher Bürgerrechtsbewegungen der sechziger Jahre zurückgeht.¹⁴¹ Es lässt sich aber problemlos auf die Reformbewegungen im Ostblock übertragen.¹⁴² Für die Untersuchung der Ungarischen Revolution und des Prager Frühlings eignet es sich besonders, weil es losgelöst vom globalen Kontext all jene Faktoren strukturiert, die für die Entstehung und Ausprägung dieser Reformbewegungen entscheidend waren.

Das Modell greift politische und soziale Momente und deren gegenseitige Abhängigkeit auf. Gleichzeitig erlaubt es den Blick auf die transnationale Krisenwahrnehmung als einen dieser Einflussfaktoren. Es abstrahiert von den langfristigen ideologischen und geopolitischen Veränderungen im europäischen Staatssozialismus. Dies ermöglicht für die fünfziger und sechziger Jahre trotz unterschiedlicher national- und geopolitischer Entwicklungsphasen einen übergreifenden Vergleich krisenauslösender und stabilisierender Faktoren in Ungarn und der Tschechoslowakei.

Das Untersuchungsmodell operiert mit drei Analysekategorien: Die erste betrachtet *Möglichkeiten und Grenzen der politischen Veränderung*. Sie umfasst hier (1) die institutionelle Öffnung und Geschlossenheit der ungarischen und tschechoslowakischen Parteidiktaturen um 1956 und 1968. Dazu gehören die Charakteristika der rechtlichen und innerparteilichen Ordnungen und der Grad, in dem sie inhaltliche und personelle

141 Einen konzisen Überblick über die sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung liefern McAdam & McCarthy et al. 1999. Beispiele für die Umsetzung dieses Konzepts mit Bewegungen in Westeuropa und den USA geben Rucht 1999; Willems 1997; Gitlin 2003.

142 Neuere Untersuchungen zu den Umbruchbewegungen um 1989 wenden dieses Analysemodell auf kommunistische Staaten an: Zdravomyslova 1999; Oberschall 1999; Hadjiisky 2010.

Neuerungen zuließen. Damit zusammenhängend erfasst diese Kategorie (2) die Stabilität der systemtragenden Funktionseliten in Partei, Wissenschaft, Betrieben und Kultur. Wesentliche Stabilitätsfaktoren bemessen sich an der zielgebundenen Übereinstimmung und Kooperationsbereitschaft innerhalb der Eliten, aber auch an äußeren (insbesondere sowjetischen) Verbündeten. Schließlich greift diese Kategorie (3) die veränderliche staatliche Kapazität bzw. Bereitschaft zu Repressionen als eskalationsfördernde oder -hemmende Momente in beiden Reformbewegungen auf.

Von den institutionellen Spielräumen abhängig waren die *formellen und informellen Organisationsformen*, die in einer zweiten Kategorie untersucht werden.¹⁴³ Sie betrachtet die zielorientierten, arbeitsteilig strukturierten und ressourcenvereinigenden Instrumente, die den Reformern in Ungarn und der Tschechoslowakei zur Durchsetzung ihrer Interessen zur Verfügung standen.¹⁴⁴ In der vorliegenden Arbeit fallen darunter einerseits die Reformstrukturen innerhalb der Staatsparteien und den angegliederten Massenorganisationen. Andererseits gehören dazu die informellen bzw. teiloffiziellen Netzwerke und Vereinigungen wichtiger Interessensgruppen. Solche entstanden 1956 und 1968 in vielen Betrieben und Hochschulen, aber auch in intellektuellen Kreisen, den Medien und im kulturellen wie kirchlichen Umfeld. Ihre Bedeutung für den Erfolg bzw. Misserfolg von Reformbestrebungen in Ungarn und der Tschechoslowakei soll im ersten und dritten Kapitel genauer nachvollzogen werden.

Eine dritte Kategorie greift die *Krisenwahrnehmung* wesentlicher Akteursgruppen auf.¹⁴⁵ Sie untersucht mit den Reformbewegungen verbundene Interpretationen und *Erwartungshaltungen* und daraus entstehende Handlungsimpulse.¹⁴⁶ Diese Ebene wurde bisher für keine der beiden Bewegungen systematisch erfasst. Sie beinhaltet nicht mehr nur die institutionellen und strukturellen Möglichkeiten für Veränderungen, sondern auch die *Bereitschaft* eine Reformbewegung aktiv zu unterstützen. So ist für die Beteiligung an einer Mobilisierung das Bewusstsein entscheidend, „das Problem durch Kollektivhandeln verändern und Entscheidungen beeinflussen zu können“.¹⁴⁷ Dies lässt sich in den fünfziger und sechziger Jahren auch in Ungarn bzw. der Tschechoslowakei beobachten. In diesem Zusammenhang soll untersucht werden, wie potentielle Reformakteure ihre Erfolgsaussichten beurteilten und von welchen Faktoren diese Einschätzungen

143 Zum hier zugrunde gelegten Organisationsverständnis vgl. Olson 1971, S. 5–8.

144 Diese organisationsstrategischen Kriterien benennt Raschke & Tils 2007, S. 169.

145 Diese Deutungs- und Wahrnehmungsmuster (auch *Frames*, *Diskursmuster* oder *Rahmenkonzepte*) versucht Scheufele 2003, S. 40–44; 89 für verschiedene Wissenschaftsdisziplinen zu differenzieren. In der vorliegenden Untersuchung ist die diagnostische, bewertende und vorschreibende Funktion solcher Muster zentral, die eine verständnisleichternde Vorstrukturierung wahrgenommener Handlungen und Ereignissen ermöglicht (Entman 1993, S. 52–53).

146 Erwartungen sind nach Imhof & Romano 1996 „komplexitätsreduzierende Einschränkungen von Möglichkeitsspielräumen“, die soziale Relevanz gewinnen, „wenn sie als intersubjektiv verfügbar vorausgesetzt“ werden.

147 Scheufele 2003, S. 88.

abhängen.

Dabei wird zunächst zu überprüfen sein, welche Rolle zur Zeit des Ungarnaufstands und des Prager Frühlings vorherige Erlebnisse spielten, die als „Schichten früherer Zeiten zugleich präsent“ waren.¹⁴⁸ Solche über Jahre stabilisierte *Erfahrungsräume* lenken die Wahrnehmung der gegenwärtigen Umwelt in bestimmte Bahnen.¹⁴⁹ Einerseits kommen hier als demobilisierende Kriterien traumatische Erlebnisse von Gewalt und materiellem Verlust in Frage, die noch viele Jahre nachwirken: der Zweite Weltkrieg in der ČSR der fünfziger Jahre und der niedergeschlagene Volksaufstand von 1956 im Ungarn der sechziger Jahre.

Darüber hinaus verstärkte in beiden Ländern die Propaganda die mit den Vorerfahrungen verbundenen Ängste und löste diese zum Teil erst aus. Die eingeschränkten Informationsmöglichkeiten erhöhten dabei die Wirkung der offiziellen Medienpolitik im kommunistischen Ungarn und der Tschechoslowakei.¹⁵⁰ Dort lassen sich die medialen Steuerungsprozesse – anders als in westlichen Demokratien – anhand zentralisierter Propagandaanweisungen direkt nachvollziehen.

Die vorliegende Untersuchung bezieht solche Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte systematisch mit ein, ohne deren Kenntnis die Ereignisse selbst oft inkonsistent und unlogisch erscheinen. Anhaltspunkte dieser Krisenwahrnehmung gibt es in vielen der oben erläuterten Quellen. Dabei handelt es sich um häufig wiederholte Einzelaussagen aus persönlichen Aufzeichnungen, Meinungsberichten und internen Diskussionsprotokollen. Kollektive Erwartungen gehen noch klarer aus veröffentlichten Forderungskatalogen und Unterschriftenlisten hervor.

Diese Dokumente zeigen jedoch auch, dass die Bereitschaft, sich an einer Reformbewegung zu beteiligen, in Ungarn und der Tschechoslowakei wesentlich von der Zufriedenheit mit der aktuellen Lebenssituation abhing. Sowohl die breite Bevölkerung als auch Mitglieder der staatstragenden Eliten förderten Reformbewegungen, weil sie die aktuelle Lage für nicht mehr tragbar hielten. Diese Unzufriedenheit resultierte in Ungarn 1956 und in der ČSSR 1967/68 aus der Vorstellung, ungerecht behandelt zu werden.¹⁵¹ Vor allem die unterschiedliche Wahrnehmung autoritärer Herrschaftspraxis und wirtschaftlicher Mangelversorgung muss hier genauer untersucht werden.

Ein individuelles Ungerechtigkeitsempfinden genügt verständlicherweise nicht, um eine Massenbewegung auszulösen. Vielmehr bedarf es verbindender Elemente, die die Menschen in Form eines *Wir-Gefühls* zusammenschweißen und für ein gemeinsames

148 Koselleck 1979, S. 356.

149 Imhof & Romano 1996, S. 158–162; zum Begriff „Erfahrungsraum“ als empirisch zugängliche Erweiterung des Lebensweltenkonzepts vgl. Koselleck 1979; Kauppert 2008, S. 247–250.

150 Entman 2004, S. 5 bezeichnet diese Versuche der Wahrnehmungssteuerung als *Framing*.

151 Stürmer & Simon 2004, S. 4–5.

Ziel mobilisieren.¹⁵² Eine solche kollektive Identität fördert die Bereitschaft, sich an möglicherweise gefährlichen Reformaktivitäten zu beteiligen, und entsteht durch die Abgrenzung des Eigenen vom Anderen.¹⁵³ Diese Funktion übernahmen während der Ungarischen Revolution und des Prager Frühlings gemeinsame Reformvorhaben, aber auch gemeinsame Feindbilder (insbesondere die Sowjetunion, stalinistische Staatschefs sowie Geheimdienste). Im ungarischen Fall stiftete in den sechziger Jahren auch die geteilte Erfahrung einer eskalierten Krise nachträglich eine gemeinsame Identität, die hier ebenfalls untersucht wird. Während der Eskalationsphasen müssen außerdem die selbstverstärkende Wirkung von Teilerfolgen und das partielle Einlenken der Staatsführung als mögliche Handlungsimpulse in Betracht gezogen werden.

Die sinnlich wahrnehmbare Umwelt, Erfahrungsräume und Fremdinformationen sind für die vorliegende Arbeit also zentrale Untersuchungsgegenstände. In ihnen manifestieren sich die grenzüberschreitende Rezeption der Krisen von 1956 bzw. 1968 und die damit verbundenen längerfristigen Umdeutungsprozesse. Hier muss schließlich überprüft werden, inwieweit Veränderungen der geopolitischen Lage und erfolgreiche Reformbewegungen in den Nachbarstaaten stimulierend oder abschreckend auf Reformbemühungen im eigenen Land gewirkt haben. Die Aufteilung in institutionelle, organisationale und wahrnehmungsbezogene Wirkungskomplexe dient dabei vor allem der Übersichtlichkeit. Ohne diese Systematik wären die einzelnen Vergleichs- und Einflussebenen zwischen beiden Krisen und Ländern kaum mehr nachvollziehbar darzustellen. Gleichwohl standen die Ungarische Revolution und der Prager Frühling in einem intensiven Wechselverhältnis. Die Abhängigkeiten zwischen politischen Zwängen und Ängsten, Organisationsstrukturen und Erfolgserwartungen sowie dem Willen zur Veränderung ergeben sich aus der kategorisierenden Gegenüberstellung. An diesen Verbindungslinien lassen sich dann die grenz- und bewegungsübergreifenden Verflechtungsprozesse nachvollziehen.

Verflechtungsgeschichte als Untersuchungskonzeption

Die methodische Innovation der vorliegenden Untersuchung liegt weder in einer inhaltlichen Neubewertung der Ungarischen Revolution und des Prager Frühlings als nationale Ereignisse, noch soll hier die für beide Krisen entscheidende Rolle der Sowjetunion in Frage gestellt werden. Vielmehr möchte diese Arbeit auf die beiden Krisen eine erweiterte Perspektive einnehmen, die vor allem internationale und auch *transnationale* Prozesse

152 Scheufele 2003, S. 88 beschreibt dieses *Wir-Gefühl* als Gefüge aus Erkenntnisprozessen, Interaktionen und Emotionen. Nach Zald 1999, S. 262–265 entsteht der verbindende Rahmen einer Identität nicht spontan, sondern basiert auf existierenden kulturellen Codes und älterem Erfahrungswissen.

153 Haunss 2004, S. 49.

innerhalb des Verbandes der kommunistischen Bündnisstaaten erfasst.¹⁵⁴ Entlang der ungarischen und tschechoslowakischen Reformbewegungen soll „eine Geschichte von Wechselwirkungen und der Entstehung von Neuem aus solchen Wechselwirkungen“ entwickelt werden.¹⁵⁵ Dies ermöglicht neue Erkenntnisse über bislang unbeachtete Größen der Krisengeschichte des Ostblocks und über dessen inneres Stabilisierungspotential.

Eine Möglichkeit, die bisherige nationalzentrierte Sicht auf die Krisen im Ostblock zu überwinden, ist der *historische Vergleich*, dessen Charakteristika bereits an anderer Stelle erörtert worden sind.¹⁵⁶ Für die vorliegende Problemstellung ist die synchronkomparatistische Methode jedoch nur teilweise nutzbar. So ist eine vergleichende Betrachtung etwa notwendig, um für 1956 und 1968 jeweils die unterschiedlichen Ausgangs- und Rahmenbedingungen in Ungarn und der Tschechoslowakei zu verstehen, in denen sich der grenzübergreifende Austausch abgespielt hat. Auch diachronisch müssen inhaltliche und strukturelle Differenzen zwischen den beiden Reformbewegungen erhoben werden, um langfristige Lernprozesse zu erkennen. Viele der vorliegenden Leitfragen kann eine vergleichende Herangehensweise jedoch nicht beantworten.

Dies liegt an grundsätzlichen Einschränkungen der komparatistischen Methode, die in den letzten Jahren immer wieder zu Kritik und Erweiterungsforderungen geführt haben.¹⁵⁷ Demnach sei ein wirklich ausgewogener und symmetrischer Vergleich, wie er in den Naturwissenschaften gefordert wird, für historische Untersuchungen nicht umsetzbar. Ein (national) vergleichender Historiker nehme immer eher die Perspektive jener sprachlichen und kulturellen Interaktionsgemeinschaft, der er selbst angehöre.¹⁵⁸ Zwar stellt sich für die vorliegende Thematik dieses Problem nur vermittelt, weil der Verfasser beide Referenzsysteme gleichermaßen aus der Außenperspektive kennt.¹⁵⁹ Doch auch hier wäre eine völlig symmetrische Vergleichskonstellation undenkbar, weil besonders spektakuläre Ereignisse gleichzeitigen Phasen relativer Stabilität gegenübergestellt werden. So fällt in einer synchronen Betrachtung der beiden Länder im Jahr 1956 unmittelbar auf, dass die Entwicklung in Ungarn deutlich dramatischer und folgenreicher

154 Die Begriffe „international“ und „transnational“ werden oft nicht scharf voneinander getrennt. Hier folgt die Verwendung dem Begriffsverständnis von Hoerder 2008, S. 82, der *international* nur für klar umgrenzte und strukturierte Einheiten wie Staatsregierungen verwendet; das Attribut *transnational* bezieht sich dagegen v. a. auf die grenzübergreifende Interaktion nicht-staatlicher Akteure.

155 Osterhammel 2003, S. 44.

156 Kaelble 2003, S. 472 versteht unter dem historischen Vergleich „die Gegenüberstellung von mehreren Vergleichsfällen zur Analyse und Typisierung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten.“ Vgl. dazu außerdem: Metzler 2004, S. 74–78; Kaelble 1999, hier insbesondere S. 12–14 und 49–55 sowie Kaelble 1996, S. 101–110. Zur vergleichende Perspektive auf die Krisen im Ostblock äußerten sich Sharman 2003, S. 6; Danyel 2004, S. 215.

157 Werner & Zimmermann 2006; Wirz 2001; Schriewer 2006; Paulmann 1998; Kaelble 2003, S. 476–477.

158 Werner & Zimmermann 2002, S. 610; Espagne 1999, S. 35–45.

159 Reichertz 2004, S. 516–518 fordert als Voraussetzung für die Quellenanalyse ebenfalls eine ausreichende persönliche Distanz zum Forschungsobjekt, wobei die untersuchten Interaktionsgemeinschaften dem Forscher nicht völlig fremd sein dürfen. Beide Bedingungen sind hier erfüllt.

war als die scheinbar unbeteiligte Zurückhaltung in der ČSR.¹⁶⁰ Dies gilt umgekehrt für die tschechoslowakische Reformbewegung und die ungarische Passivität von 1968.

Daher stellt sich die Frage, ob ein Ereignis mit einem „Nicht-Ereignis“ verglichen werden kann. Hier wird davon ausgegangen, dass dies dann möglich ist, wenn für die einander gegenübergestellten Länder gleichermaßen zutreffende Kategorien gefunden werden können. Die bereits erläuterte Dreiteilung in politische, organisational-strukturelle und wahrnehmungsbezogene Einheiten ermöglicht dies. Erleichtert wird dies dadurch, dass beide Staaten über Jahre systematisch dem sowjetischen Muster angepasst wurden und auf institutioneller Ebene zahlreiche Gemeinsamkeiten aufweisen. In diesem Rahmen existierten allerdings unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten, denen eine Eigendynamik zugrunde lag, die sich einer einfachen Vergleichslogik entzieht.

Noch auffälliger ist die Asymmetrie beim Versuch eines diachronen Vergleichs zwischen dem Ungarnaufstand und dem Prager Frühling: Die eine Bewegung manifestierte sich in Gewaltexzessen, die andere beschränkte sich fast ausschließlich auf verbale Proteste und Demonstrationen. In Dauer und Trägergruppen unterschieden sich diese Krisen ebenfalls sehr. Eine paritätisch-komparatistische Betrachtung scheidet deshalb auch hierfür aus. Zudem könnte sie keine Aussagen treffen über die hier zentralen Wechselbeziehungen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei und den dortigen Reformbewegungen.

Für die vorliegende Fragestellung müssen daher auch konzeptionelle Gegenpositionen zum historischen Vergleich geprüft werden. Eine solche bietet die *Transfergeschichte*. Sie konzentriert sich auf Prozesse der „Anverwandlungen von Konzepten, Werten, Normen, Einstellungen, Identitäten bei der Wanderung von Personen und Ideen zwischen Kulturen und bei den Begegnungen zwischen Kulturen“.¹⁶¹ Solche Transfers sind dabei nicht nur als „kulturell“ im engeren Sinne zu verstehen; sie beziehen sich ebenso auf politische, soziale und wirtschaftliche Konzepte und Debatten, die von einem Land in das andere übertragen werden.¹⁶² Diese Bereiche greift auch die vorliegende Analyse auf. Sie untersucht die Weitergabe von Vorstellungen und Bildern über das jeweils andere Land und die dortige Bewegung bzw. Bewegungslosigkeit. Dabei stehen die Transferachsen selbst im Fokus, also die Begegnungen zwischen ungarischen und tschechoslowakischen Akteuren sowie die grenzübergreifende Vermittlung von Nachrichten, Fachzeitschriften und Literatur.

Der transnationale Austausch zwischen den beiden hier untersuchten Ländern verlief unter den besonderen Bedingungen kommunistischer Diktaturen, die bisher kaum Gegenstand verflechtungsgeschichtlicher Untersuchungen waren. Daher fand ein Großteil der

160 Wohl auch deshalb steht eine sehr geringe Zahl an Publikationen über die tschechoslowakische „Anatomie einer Abwesenheit“ (Blaiwe 2001, S. 227) Hunderten von Veröffentlichungen zur Ungarischen Revolution gegenüber.

161 Kaelble 2003, S. 472; zum Prozesscharakter der Transferuntersuchung vgl. Werner & Zimmermann 2002, S. 613–614.

162 Vgl. dazu Kaelble 1999, S. 19; Osterhammel 2001, S. 477.

(dokumentierten) grenzübergreifenden Kontakte zwischen im weitesten Sinne „staatlich“ entsandten Akteuren statt. Doch auch diese Zusammentreffen können als „transnational“ angesehen werden, wenn die beteiligten Amtsträger außerhalb ihrer offiziellen Funktion agierten.¹⁶³ Dies traf 1956 und 1968 für viele der Zusammenkünfte zwischen Ungarn, Tschechen und Slowaken zu. Darüber hinaus gab es einen regen touristischen Reiseverkehr zwischen beiden Ländern, dessen Bedeutung für den Informations- und Ideenaustausch in den Krisenphasen ebenfalls untersucht werden muss. Dies gilt auch für die privaten Kontakte zwischen ungarischen Familien in der Slowakei und denen in der benachbarten Ungarischen Volksrepublik.

Auch eine Transferuntersuchung kann die vorliegende Thematik nur teilweise erschließen. Wie der Vergleich muss auch sie ihre Untersuchungseinheiten *a priori* konstruieren, um festzustellen, worin der Wandel genau besteht, den es zu beschreiben gilt. Während Vergleiche normalerweise gleichzeitige und strukturell ähnliche Untersuchungsobjekte vorher festlegen, benennt die klassische Transferanalyse vorab diejenigen Normen, Werte und Identitäten, die von der einen Gesellschaft in die andere übertragen werden.¹⁶⁴ Diesen apriorischen Zuschnitt der Untersuchungseinheiten möchten der französische Historiker Michael Werner und die französische Politologin Bénédicte Zimmermann überwinden. Sie versuchen den konstruierten Gegensatz zwischen Transfer und Vergleich aufzuheben. In ihrem verflechtungsgeschichtlichen Konzept der *Histoire croisée* fordern sie daher die Auflösung starrer Analyseeinheiten und deren „fließende“, also induktiv-reflexive Erweiterung.¹⁶⁵ Ihr Ziel ist es, auf mehreren Ebenen historische Prozesse zwischen Ländern (oder anderer Raumeinheiten) miteinander zu verknüpfen und gleichzeitig die Überschneidungslinien selbst zu hinterfragen. Das heißt, jedes Problem wird mindestens aus zwei Blickwinkeln betrachtet und die aus der Verflechtung dieser Perspektiven entstandenen Interaktionen gehen direkt in die Untersuchung ein. Induktiv eröffnen sich so im Verlauf einer zunächst komparativen Betrachtung neue Transferfelder, die dann reflexiv untersucht werden.¹⁶⁶ Dieser verflechtungsgeschichtliche Ansatz eignet sich hervorragend für die vorliegende Fragestellung. Dabei orientiert sich diese Arbeit vor allem am Konzept der *Histoire croisée*,¹⁶⁷ das gegenüber anderen verflechtungsgeschichtlichen Modellen programmatisch am weitesten ausgereift erscheint.¹⁶⁸

163 Risse-Kappen 2003, S. 3.

164 Kaelble 2003, S. 477.

165 Werner & Zimmermann 2002, S. 619; ausführlich zum Konzept der *Histoire croisée* vgl. Werner et al. 2004 und Werner & Zimmermann 2006.

166 Werner & Zimmermann 2002, S. 618.

167 Allerdings werden nur die hier genannten (wesentlichen) Grundzüge des Konzepts übernommen, während der von Werner; Zimmermann (2002) ebenfalls geforderte Einbezug der „wissenschaftlichen Akkulturationsprozesse der Forscher“ hier weder nötig noch sinnvoll erscheint.

168 Zu verwandten Konzepten und Begriffen aus Nachbardisziplinen (z. B. Diffusion, Konvergenz/Divergenz, Interaktion, Interdependenz, Intersektion) vgl. Kaelble 2003, S. 470 und das Konzept der *Beziehungsgeschichte* bei Osterhammel 2003, S. 443–444.

Auch in dieser Untersuchung sind im Unterschied zur klassischen Transferanalyse weniger Art und Form der Transfers entscheidend, als deren Auswirkungen auf die Herrschaftsstabilität im jeweiligen Nachbarland. Es wird also nicht darum gehen, beispielsweise für eine bestimmte Periode den gesamten Austausch zwischen tschechoslowakischen und ungarischen Intellektuellen zu analysieren; stattdessen werden im Umfeld des Ungarnaufstands und des Prager Frühlings die in beiden Ländern unter bestimmten Akteursgruppen verbreiteten (dokumentierten) Erwartungshaltungen auf ihren Zusammenhang mit grenzübergreifenden Rezeptionsprozessen überprüft. Den Objektrahmen bilden dabei die Reformbewegungen bzw. deren Ausbleiben selbst, während die „Nationen“ lediglich als empirisches Umfeld angesehen werden.¹⁶⁹ Der Austausch von Meinungen und Erfahrungen wird also von den Krisen ausgehend zurückverfolgt und nicht umgekehrt.

Auf diese Weise lassen sich zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei 1956 und 1968 grenzübergreifende Aktivitäten sowie Wahrnehmungs- und Deutungsprozesse nachvollziehen und miteinander verknüpfen.¹⁷⁰ Der gleichzeitige Fokus auf das interpretatorische Umfeld von Stabilität und Krise erfasst dabei nicht nur Einflüsse aus einer Richtung in die andere, sondern legt die Verflechtungslinien zwischen beiden Staats- und Gesellschaftssystemen offen. Durch ihre Untersuchung wird die Reflexivität zwischen den beiden Bewegungen selbst fassbar.

Eine weitere Stärke des Verflechtungsprinzips besteht schließlich in der *multiperspektivischen* Verschränkung der Untersuchungsobjekte. Dadurch werden konzeptionelle Asymmetrien zu fruchtbaren Bestandteilen des Untersuchungsaufbaus.¹⁷¹ So betont die vorliegende Arbeit im ersten Teil die Transferrichtung von Ungarn in die ČSR, weil die Ungarische Revolution verständlicherweise stärker wirkte als die wenig spektakuläre Entwicklung im Nachbarland. Die Reaktionen in die Gegenrichtung fließen ergänzend ein. Dieses Verhältnis kehrt sich im zweiten Hauptteil der Arbeit um, wo die ungarische Wahrnehmung des Prager Frühlings dominiert. Insgesamt entsteht so wieder ein ausgewogenes Gesamtbild, das beide Einflussrichtungen mit chronologischer Versetzung gebührend berücksichtigt. Art und Ausmaß dieser Asymmetrien müssen vorab in einem Vergleich geklärt werden, der zunächst für das Jahr 1956 in beiden Ländern folgen soll.

169 Einen solchen Ansatz forderte die französische Sozialhistorikerin Sandrine Kott auf einer Konferenz zur polnisch-deutschen *histoire croisée* (1945/49-1990) vom 14./15.1.2006 in Warschau. (Domnitz 2006, S. 1).

170 Werner & Zimmermann 2002, S. 621 bezeichnet dieses Vorgehen als „induktive Pragmatik“.

171 Ebenda, S. 619.

Kapitel 1

Ungarn und die ČSR 1956: Krisenauslöser und stabilisierende Faktoren

Auf den ersten Blick mag es erstaunen, dass die verschiedenen staatssozialistischen Länder Ostmitteleuropas im „internationalen Krisenjahr 1956“¹ so unterschiedliche Wege gingen. Besonders deutlich erscheint die Diskrepanz zwischen Ungarn, das im Herbst jenes Jahres ein landesweiter Aufstand erschütterte, und der Tschechoslowakei, in der es damals relativ ruhig blieb. Das vorliegende Kapitel beschäftigt sich daher mit der Frage, welche unterschiedlichen Faktoren in beiden Ländern für die Entstehungen einer Reformdynamik oder aber deren Ausbleiben verantwortlich waren. Dies geschieht in Form einer komparativen Gegenüberstellung, die für Ungarn und die ČSR die politische und gesellschaftliche Entwicklung im Jahresverlauf von 1956 nachzeichnet. Um die strukturellen Möglichkeiten und die gesellschaftliche Bereitschaft für Reformen in beiden Ländern zu vergleichen, kommen drei Kategorien zur Anwendung: Grenzen und Möglichkeiten der politischen Veränderung; Organisations- und Mobilisierungsstrukturen der revolutionären und reformistischen Akteursgruppen; handlungsleitende Wahrnehmungsmuster wesentlicher Akteure. Diese Matrix legt neben den krisenauslösenden auch die stabilisierenden Faktoren der beiden staatssozialistischen Herrschaftssysteme offen. Diese sind jeweils im Kontext der blockpolitischen Entwicklung und des sowjetischen Einflusses zu sehen, der zunächst kurz erläutert werden soll.

1.1 „Entstalinisierung“ und „Tauwetter“ in Ost- und Mitteleuropa seit 1953

In Moskau war es nach Stalins Tod am 5. März 1953 in der neuen kollektiven Führung zu einem Machtkampf gekommen, bei dem sich Nikita Chruščev gegen Lavrentij Berija und Georgij Malenkov als Erster Sekretär der *Kommunistischen Partei der Sowjetunion* (nachfolgend: KPdSU) durchsetzte. Der neue Parteichef wollte die Beziehungen zum Westen und zu Jugoslawien verbessern und von den Terrormethoden seines Vorgängers Stalin abkommen.² In diesem Geiste hielt Chruščev auf dem XX. Parteitag der KPdSU vom Februar 1956 seine berühmte Geheimrede, von der bald auch die Parteiführungen

1 So der Titel des Sammelbandes von Heinemann 1999.

2 Berend 1996, S. 99; seine Pläne, die Beziehungen zur Jugoslawien zu erneuern und verbessern, erläuterte Chruščev in einem Rundbrief an die Parteiführer der sozialistischen Staaten in Europa, abgedruckt in: Békés & Byrne et al. 2002, S. 136–142.

der anderen europäischen kommunistischen Parteien Kenntnis erhielten.³ Er verurteilte darin Stalins Verfehlungen schwer, verschwieg aber seine eigene Mitverantwortung und die anderer prominenter Mitglieder des sowjetischen Zentralkomitees. Der Parteitag zog damit einen Schlussstrich unter die Stalinära, ohne eine genauere Aufklärung der Verbrechen zu veranlassen. Im Ergebnis war er auf die Zukunft gerichtet und zeigte Chruščevs Bereitschaft, das sowjetische Herrschaftssystem zu reformieren: In erster Linie sollte die Wirtschaft liberalisiert und gleichzeitig die unter Stalin berüchtigte Innenpolitik gelockert werden.⁴

Mit Chruščevs Reformvorschlägen begann in ganz Mittel- und Osteuropa die *Entstalinisierung*. Dieser Abkehr von stalinistischen Herrschaftsmethoden sollten nach den Vorstellungen der sowjetischen Führung auch die europäischen Schwesterparteien folgen. Allerdings reagierten die eher zurückhaltend, denn ihre Führungen waren selbst wesentlich in stalinistische Verbrechen verwickelt. Sie versuchten deshalb vergeblich, die Moskauer Anweisungen im eigenen Land zu verheimlichen. Auf Umwegen über Polen verbreiteten sich die schockierenden Enthüllungen über Stalin und seine Gehilfen auch in Ungarn und der Tschechoslowakei.⁵ Dort setzten sie eine Phase des *Tauwetters*,⁶ also der politischen und kulturellen Liberalisierung, in Gang.

Chruščevs Äußerungen brachten vor allem unter Intellektuellen, aber auch in Teilen der Partei neue Hoffnungen mit sich. Viele meinten, nach der Abrechnung mit Stalin sei nun ein freiheitlicher Sozialismus möglich, der auch national unterschiedliche Ausprägungen zulasse.⁷ Diese Vorstellung teilten in Mitteleuropa jedoch nur die wenigsten kommunistischen Führungspersönlichkeiten, während die meisten der aus Moskau verordneten Konfrontation mit dem Stalinismus Widerstand entgegen setzten.

Allerdings schockierte die Kunde vom XX. Parteitag der KPdSU nicht nur die politischen Führungen der sogenannten Satellitenstaaten, sondern löste auch in der Bevölkerung einen Wandel aus. Dieser war zunächst am deutlichsten in Polen zu beobachten. Dort war die Stimmung schon seit 1953 angespannt, weil soziale und wirtschaftliche Probleme fort dauerten. Ende Juni 1956 eskalierte die Lage dann im westpolnischen Poznań [Posen]: Ein Streik unzufriedener Arbeiter weitete sich zu einem regelrechten Aufstand aus. Er wurde von der polnischen Armee gewaltsam niedergeschlagen, was viele Tote und Hunderte Verletzte forderte. Der Vorfall fand im ganzen Ostblock große Beachtung.⁸

3 Zu einer Dokumentation der Geheimrede Chruščevs auf dem XX. Parteitag der KPdSU am 25.2.1956 vgl. in Herzberg 2006 das Kapitel „Der XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) und Osteuropa“.

4 Judt 2006, S. 346–348 zum Begriff *Entstalinisierung* vgl. Foitzik 2008, S. 35–40.

5 Kramer 2006, S. 8; 11. Bereits im März 1956 wurden in Polen Details aus Chruščevs Rede über westliche Radiosender bekannt (Foitzik 2001, S. 33), später waren sie Parteimitgliedern offiziell zugänglich (Orlow 1999, S. 44–46).

6 Die Bezeichnung *Tauwetter* prägten Ęrenburg 1957 in ihrem gleichnamigen Roman.

7 Hegedűs et al. 2000, S. 201; Békés & Byrne et al. 2002, S. Part I.

8 Dudek 1999, S. 32–33.

In Polen selbst verschlechterte sich daraufhin die gesellschaftliche Stimmung zusehends und es folgten weitere Unruhen. Während die starke Militär- und Polizeipräsenz im ganzen Land vorübergehend für Ruhe sorgen konnte, spielten sich in der Warschauer Parteizentrale interne Machtkämpfe ab. Zu klären war die Nachfolge des stalinistischen Generalsekretärs Bolesław Bierut, der im März 1956 verstorben war.⁹ Dabei setzte sich nach wochenlangem Rangstreit Władysław Gomułka durch. Als ehemaliges Opfer stalinistischer Säuberungsprozesse wurde er zum populären Symbol eines nationalen Wegs zum Sozialismus. Doch auch nach dem XX. Moskauer Parteitag konnte er nicht ohne die Zustimmung des Kremls die Führung übernehmen. Chruščev traute Gomułka offenbar nicht und zeigte sich gewillt, seine sicherheitspolitischen Interessen in Polen notfalls militärisch durchzusetzen. Erst nachdem Gomułka gegenüber Moskau zugesichert hatte, die wesentlichen innen- und blockpolitischen Grundsätze der Sowjetunion einzuhalten, akzeptierte Chruščev in letzter Minute den polnischen Sonderweg. Die Einigung verhinderte gerade noch eine Intervention der bereits mobilisierten sowjetischen Truppen.¹⁰

Obwohl diese Hintergründe den meisten Zeitgenossen in Ungarn und der Tschechoslowakei unbekannt waren, verfolgten dort im Sommer und Herbst 1956 viele die polnische Entwicklung mit großem Interesse. Dies galt gleichermaßen für Partei und die breite Bevölkerung. Während die politischen Führungen fürchteten, die Unruhen könnten auf ihre Länder übergreifen, begrüßten viele Intellektuelle Gomułkas Sonderweg mit Sympathie und Hoffnungen.

1.1.1 Politischer Kontext in Ungarn: März bis November 1956

In Ungarn herrschte schon einige Monate vor dem Posener Aufstand eine politische Krise: Um den im Juni 1953 zum Premierminister erhobenen und knapp anderthalb Jahre später wieder abgesetzten Imre Nagy hatte sich innerhalb der Partei ein reformistischer Flügel gebildet. Auf der anderen Seite der *Partei der Ungarischen Werktätigen* (MDP) stand weiterhin der altstalinistische Flügel unter Generalsekretär Mátyás Rákosi, der sich als „Stalins bester Schüler“ äußerst unbeliebt gemacht hatte.¹¹ Nachdem nun auch aus Moskau ein anderer Wind wehte, richteten sich ungarische Intellektuelle und Arbeiter, zum Teil unterstützt von den Medien, immer offener gegen die altstalinistische Parteiführung. Diese zeigte sich alarmiert über die Ergebnisse des Parteitags in Moskau,

9 Laut Zank in *Die Zeit*, 16.02.2006 soll der polnische Parteichef Bierut ausgerechnet bei der Lektüre von Chruščevs Geheimrede einen Herzanfall erlitten haben; laut Kramer 2006, S. 9 starb er an einer Lungenentzündung.

10 Kramer 1998, S. 173.

11 Eine Reihe von Autoren bezeichnete Rákosi als „besten Schüler Stalins“ [ungarisch: Sztálin legjobb tanítványa], so etwa Pünkösti 2004 im Buchtitel seiner Rákosi-Biografie; laut Klimó 2006, S. 35 war diese Bezeichnung sogar Rákosis offizieller Titel.

obwohl es ihr noch vorher gelungen war, den Hauptreformer Nagy aus seinem Amt und der Partei zu drängen.

Der ungarische Parteichef Rákosi begriff trotz seiner engen Kontakte nach Moskau den Wandel aus dem Kreml erst, als dieser auf dem XX. Parteitag offen proklamiert wurde. Rákosi selbst sollte vor dem Moskauer Kongress ebenfalls eine Rede halten und strich noch im letzten Moment zwei Erwähnungen Stalins.¹² Zurück in Budapest versuchte er dann, Chruščevs verkündeten Neuanfang zu seinen Gunsten auszulegen. Doch dies gelang nicht. Vielmehr erkannten immer mehr ungarische Führungs- und Parteimitglieder Rákosis Unfähigkeit zu wichtigen Neuerungen und sprachen das auch offen aus.¹³

Statt sich dieser Herausforderung konstruktiv zu stellen, versuchte der angeschlagene Parteichef sein Amt mit allen Mitteln zu verteidigen. Dabei richtete er sich auch gegen den Mehrheitswillen der Partei, zum Beispiel als im März 1956 der 1949 hingerichtete Innenminister László Rajk posthum rehabilitiert wurde. Obwohl weithin bekannt war, dass Rákosi selbst die Hauptverantwortung für den damaligen Schauprozess um Rajk trug, stritt dieser das unter fadenscheinigen Erklärungen öffentlich ab. Erst im Mai gestand er seine Mitverantwortung, konnte die zunehmende Spaltung in der Partei jedoch nicht mehr aufhalten.¹⁴ Halbherzige Zugeständnisse verfehlten ihren Zweck und untergruben die alte Führungsriege noch zusätzlich. Als sich Rákosi und seine engeren Verbündeten weiterhin unfähig zur Lösung der innerparteilichen Krise zeigten, stärkte dies den antistalinistischen Flügel der MDP.

Rákosis Gegner, so auch János Kádár, befürworteten zwar einen Führungswechsel, forderten aber ebenfalls keine weitreichende Reform des bestehenden Systems. Es genügte ihnen, die größten Exzesse und offensichtlichsten Rechtsverletzungen der Vergangenheit zu verurteilen und ihre Wiederholung für die Zukunft auszuschließen.¹⁵ Dies war im seit Jahren stalinistisch terrorisierten Ungarn bereits ein beachtlicher Fortschritt. In der Parteibasis und anderen Massenorganisationen lösten diese Neuerungen einen Gärungsprozess aus, der sich alsbald auf die Gesellschaft übertrug.¹⁶ Wenig später äußerten auch immer mehr Ungarn ihren Unmut über die bisherige kommunistische Herrschaftspraxis. Zunächst taten dies hauptsächlich Studenten und Intellektuelle, bald folgten entsprechende Kundgebungen aus dem Arbeitermilieu. Gemeinsam übten sie Druck auf die ungarische Parteiführung aus, der auch im Ausland wahrgenommen wurde.

Das Moskauer Politbüro beobachtete die sich zuspitzende Regierungskrise in Ungarn

12 Dalos 2006, S. 38.

13 Hegedűs et al. 2000, S. 198–199.

14 Hollós et al. 1996, S. 53–54.

15 Békés & Byrne et al. 2002, S. 11.

16 Vida 2001, S. 79.

skeptisch und mischte sich schließlich direkt ein.¹⁷ Anastas Mikoyan,¹⁸ Mitglied der KPdSU-Führung, reiste im Juli 1956 nach Budapest, wo er einen Führungswechsel und härtere Maßnahmen gegen oppositionelle Stimmen in der ungarischen Gesellschaft durchsetzte.¹⁹ Rákosi musste daraufhin ins sowjetische Exil. Sein Nachfolger wurde Ernő Gerő, der zu Stalins Zeiten zweithöchster Funktionär der MDP, aber auch der neuen Moskauer Führung gegenüber völlig loyal war. Mit Rákosi verband ihn neben der Vergangenheit in einer fragwürdigen Parteiführung auch die politische Grundlinie. Daher war Gerő nach seiner Amtsübernahme im progressiven Flügel der MDP kaum beliebter als sein Vorgänger.

Auch in breiten Teilen der ungarischen Gesellschaft fehlte es Gerő an Rückhalt. Dazu trug auch seine Einstellung gegenüber dem Posener Aufstand bei, den er als von „feindlichen Kräften“ inszeniert bezeichnete.²⁰ Außerdem diskreditierte Gerő die reformorientierten Diskussionen und Versammlungen, die seit Mitte 1956 in ungarischen Großstädten gehäuft stattfanden. In seinem Bestreben, die Reformdebatte unter Kontrolle zu bringen, verließ er sich hauptsächlich auf Zwangsmaßnahmen. Diese zeitigten ebenso wenig Wirkung wie gewisse Erleichterungen im Versorgungsbereich: Die innerparteiliche Spaltung blieb bestehen.²¹ Sie verschärfte sich sogar weiter, weil sich Gerő in den wenigen Monaten seiner Amtszeit oft mehr mit außen- als mit innenpolitischen Fragen zu beschäftigen schien. Doch auch hier war die Richtung aus Moskau vorgegeben: Chruščev bemühte sich um eine Normalisierung der Verhältnisse mit Jugoslawien, an der sich auch Budapest beteiligen sollte.²² Ironischerweise war Gerő nun mit der Aufgabe betraut, sich Josip Broz Tito wieder anzunähern, nachdem er in den frühen fünfziger Jahren als Mitglied der stalinistischen ungarischen Parteiführung eine erklärte Erzfeindschaft zu dem jugoslawischen Staatspräsidenten gepflegt hatte.

Allerdings verbrachte in den Sommermonaten von 1956 nicht nur Gerő, sondern auch János Kádár (seinerzeit stellvertretender Sekretär des Ausschusses der MDP) mehr Zeit im Ausland als in Ungarn, obwohl zuhause wichtige Entscheidungen drängten.²³ Sie verhandelten mit Tito, während sich unter dem Eindruck der polnischen Entwicklung in Ungarn immer mehr kritische Stimmen gegen die Parteiführung erhoben. Diese machte weitere Zugeständnisse und erlaubte Anfang Oktober 1956 die Umbettung des

17 Békés & Byrne et al. 2002, S. Doc. 15, S. 143-148.

18 Der Name wird hier aus dem armenischen Original und nicht der russifizierten Version transkribiert.

19 Ebenda, S. 11.

20 Kramer 2006, S. 12–14.

21 Klimó 2006, S. 28 vgl. dazu auch die NATO Archive Brüssel, Nr. Document C-M(56)110, 24.9.1956: *Einschätzungen des Nato-Ministerrats über den jüngsten Liberalisierungsprozess in Osteuropa*, in: BÉKÉS, C. et al. (Hg.) 2002, S. 169–177, hier S. 171.

22 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 276/65, Nr. 117, 13.7.1956: *Chruščevs Brief an M. Rákosi und andere sozialistische Parteiführer zu den sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen und künftigen Möglichkeiten der blockinternen grenzübergreifenden Kooperation*, in: KISS, J. et al. (Hg.) 1997, S. 77–84.

23 Békés & Byrne et al. 2002, S. 12.

prominenten Schauprozessopfers Rajks in ein reguläres Grab. Wenig später folgte die Rückkehr Imre Nagys in die Partei.²⁴

Ausgerechnet in dieser aufgewühlten Atmosphäre flog Mitte Oktober 1956 erneut eine ungarische Delegation mit dem Parteichef an der Spitze zu Verhandlungen nach Belgrad. Als sie am 23. Oktober zurückkam, waren in Budapest bereits die ersten Großdemonstrationen in Gang. Sie hatten mit einem studentischen Protestmarsch begonnen, der erst verboten und dann wieder erlaubt worden war. Unter teilweise chaotischen Umständen schlossen sich den Straßenzügen bis zum Abend über 150.000 Menschen an. Viele von ihnen riefen nach Imre Nagy, der schließlich kurz zur Menge sprach. Allerdings ging er kaum auf die Forderungen der Massen ein. Diese beinhalteten zunächst nur einen Personalwechsel in der Führung, weiteten sich aber schnell auf allgemeine demokratische und nationale Freiheitsrechte aus. Schließlich standen in dem stetig anwachsenden Forderungskatalog auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit Ungarns und der Abzug der sowjetischen Truppen.²⁵

Die Lage spitzte sich zu, als die Demonstranten ihre Forderungen über den Rundfunk verbreiten wollten, was ihnen die politische Führung jedoch verbat. Wenig später griff die Menschenmenge das von der Staatssicherheit bewachte Radiogebäude an. Dort fielen die ersten Schüsse. Daraufhin verurteilte Gerő die Demonstrationen in einer Radioansprache aufs Schärfste, provozierte die aufgebrachten Massen damit aber mehr, als sie abzuschrecken. Fast ungehindert weiteten sich die Protestmärsche in den nächsten Tagen zu einem landesweiten Volksaufstand aus.²⁶

In der Hoffnung, damit die Lage beruhigen zu können, wählte das Zentralkomitee am 24. Oktober 1956 im Eilverfahren den Reformkommunisten Imre Nagy ins Politbüro und ernannte ihn zum Ministerpräsidenten. Gerő blieb zunächst weiterhin Parteichef. Wohl auch deshalb gaben sich die vielen Demonstranten in allen Teilen Ungarns nicht mit der neuen Führungskonstellation zufrieden. Sie verlangten weitere Reformen, woraufhin die völlig überforderte und zudem in sich gesplante Parteiführung in Budapest Chruščev um militärische Hilfe bat.²⁷

Nachdem die in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen ins Geschehen eingriffen, entwickelte sich der zunächst weitgehend friedliche Aufstand zu einem nationalen Unabhängigkeitskampf. Auf der Seite der Aufständischen schlossen sich ihm bald auch Teile der ungarischen Polizei und Armee an. Den auf diese Situation kaum vorbereiteten sowjetischen Einheiten gelang es nicht, die blutigen Kämpfe in den Straßen der

24 Blaive 2001, S. 324–325 und Klimó 2006, S. 28.

25 Der zu dieser Zeit aktuelle Forderungskatalog der ungarischen Studenten bestehend aus 16 Punkten findet sich bei Békés & Byrne et al. 2002, S. Doc. 24, S. 128-190.

26 Eine genau Beschreibung der Protestzüge einschließlich einer entsprechend gekennzeichneten Stadtkarte gibt Litván 1994, S. 66–70, vgl. dazu außerdem Berend 1996, S. 122.

27 Klimó & Kunst 2004, S. 295.

ungarischen Großstädte zu beenden. Daraufhin versuchte Nagy, die Massen durch Überzeugungsarbeit zu beruhigen, und versprach einen demokratischen Sozialismus, den er auf einem spezifisch ungarischen Weg zu erreichen gedachte.

Weder Nagys Versprechungen noch das Maschinengewehrfeuer der Staatssicherheit und der sowjetischen Armee noch das gegen die Aufständischen verhängte Standrecht konnten die Straßenkämpfe unter Kontrolle bringen. Laufend rekrutierten sich neue Aufständische und besetzten für Panzer schwer zugängliche Ecken Budapests und anderer ungarischer Städte.²⁸ Die erbitterten Straßenschlachten mit vielen hundert, später tausenden von Todesopfern gingen weiter, während Kádár Gerő als Parteichef ablöste und Nagy eine Koalitionsregierung bildete.

Der Wendepunkt trat ein, als Imre Nagy und andere Reformkommunisten zwischen dem 27. und 29. Oktober 1956 Parteienpluralismus aushandelten und am 30. Oktober 1956 baldige freie Wahlen versprachen. Sie gründeten eine neue demokratische sozialistische Partei und bald formierten sich auch Sozialdemokraten, Christdemokraten und die Kleinlandwirte als alt-neue Parteien.²⁹ Eine neue Regierung wurde gebildet, die aus einer reformkommunistischen Mehrheit und einigen Angehörigen ehemaliger bürgerlicher Parteien bestand. Während die demokratische Konsolidierung im Parlamentsgebäude fortschritt, bildeten sich in den Fabriken des ganzen Landes Werktätigenräte.³⁰

Am 28. Oktober 1956 verkündete Nagy dann ein für die aufgebrachten Massen annehmbares Regierungsprogramm.³¹ Es befürwortete die Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit und Souveränität sowie den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen.³² Nachdem Nagy also auf alle wesentlichen Forderungen eingegangen war, verurteilte er über den Rundfunk öffentlich die Bezeichnung des Volksaufstandes als „konterrevolutionär“. Damit avancierte er endgültig zum Volkshelden.

Als am 29. Oktober offiziell die sowjetischen Truppen abzogen und einen Tag später Kardinal József Mindszenty freigelassen wurde, schien der spontane Freiheitskampf seine wichtigsten Ziele erreicht zu haben und die Kämpfe in der Hauptstadt hörten auf. Die politische Konsolidierung währte aber nur noch wenige Tage, obwohl Nagy am 1. November 1956 den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt erklärte und damit eine weitere Forderung erfüllte.³³ Diese Neutralitätserklärung wurde zwar mit großer Begeisterung aufgenommen, doch war sie bereits eine Vorsichtsmaßnahme gegenüber einer sich anbahnenden zweiten sowjetischen Intervention: Nagy wusste

28 Ebenda, S. 294.

29 Vgl. dazu Nagys Erklärung zum Mehrparteiensystem vom 30.10.1956 in Békés & Byrne et al. 2002, S. Doc. 290.

30 Sükösd 2000, S. 128.

31 Nagys Radioansprache, in der er die Bildung einer neuen Regierung ankündigt in Békés & Byrne et al. 2002, S. Doc. 44, S. 284-185; vgl. dazu außerdem Litván 1994, S. 85-87; Berend 1996, S. 122-123.

32 Tinschmidt 1997, S. 73-74.

33 Die Telegramme zur Neutralitätserklärung an die Budapester Auslandsmissionen sind abgedruckt in Békés & Byrne et al. 2002, S. 332-333, die öffentliche Erklärung dazu ebd. S. 334.

von den Vorbereitungen eines weiteren sowjetischen Einmarsches und wollte diesem die völkerrechtliche Grundlage entziehen, indem Ungarn aus dem Warschauer Pakt austrat.³⁴ Auch in der Bevölkerung kursierten bereits am 31. Oktober 1956 Gerüchte, dass in Ostungarn neue sowjetische Truppen aufmarschiert wären.³⁵ Die verbreitete Annahme, dass der ungarische Austritt aus dem Warschauer Verteidigungsbündnis Anlass des sowjetischen Einmarsches gewesen sei, trifft also nicht zu.

Allerdings bewirkte Nagys Weitsichtigkeit letztlich praktisch nichts: Bereits am Morgen des 4. November 1956 erreichten neue sowjetische Truppen die ungarische Hauptstadt.³⁶ Gleichzeitig wurde über das Radio eine „ungarische revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung“ mit Kádár an der Spitze ausgerufen. Nagy verurteilte den sowjetischen Angriff und die Neutralitätsverletzung öffentlich, rief jedoch nicht zum aktiven Widerstand auf. Dennoch versuchten im ganzen Land junge Aufständische, aber auch Teile der Armee die erneute Invasion abzuwehren. Dem nun viel größeren und besser vorbereiteten sowjetischen Militäraufgebot waren sie jedoch fast überall chancenlos unterlegen: In wenigen Tagen zerschlug die Rote Armee in blutigen Kämpfen die ungarische Gegenwehr. Gleichzeitig zerfiel auch Nagys Regierung, nachdem sie sich ins vermeintliche Asyl der jugoslawischen Botschaft begeben hatte. Diese Zuflucht erwies sich jedoch als Falle: Die führenden Reformpolitiker wurden – nach sowjetischer Absprache mit Tito – im jugoslawischen Botschaftsgebäude isoliert und damit handlungsunfähig gemacht.³⁷

Nach der Beseitigung der wichtigsten Reformer begannen sowjetische Entsandte gemeinsam mit dem wiederhergestellten ungarischen Geheimdienst die systematische Verfolgung derjenigen, die nach ihrer Auffassung für den revolutionären Aufruhr und den Widerstand gegen die Besatzungstruppen hauptsächlich verantwortlich waren.³⁸ Gleichzeitig setzte János Kádár mit der Hilfe moskautreuer Kader seine von der KPdSU erhaltenen Anweisungen um und bahnte in Budapest die Restauration des kommunistischen Machtapparats an.

1.1.2 Politischer Kontext in der Tschechoslowakei: März bis Oktober 1956

Der XX. Parteitag der KPdSU hatte auch auf die innere Entwicklung der Tschechoslowakei (damals ČSR) großen Einfluss. Allerdings gab es dort keine so offensichtlichen Konflikte, wie sie in Ungarn oder Polen bereits im Sommer 1956 zu beobachten waren.

34 Göllner 2003, S. 107–109.

35 [Http://www.ungarn1956.de/site/40208538/default.aspx#oktober](http://www.ungarn1956.de/site/40208538/default.aspx#oktober) (Zugriff: 28.02.2010).

36 Zu den Hintergründen des Entscheidungsprozesses in Moskau in diesen Tagen und der vorübergehenden Unentschlossenheit des dortigen Politbüros vgl. Kusber 2006; Tinschmidt 1997, S. 75–76; Granville 2004.

37 Zu den geheimen Vereinbarungen zwischen der ungarischen und jugoslawischen Regierung 1956 vgl. die Dokumentensammlung Kiss & Ripp et al. 1997.

38 Litván 1994 beschreibt die Unterdrückungs- und Vergeltungsaufnahmen ausführlich in Kapitel VI.

Im Vergleich zum ungarischen Personalwechsel und wichtigen Rehabilitationen verliefen die Sommermonate in der ČSR daher eher unspektakulär.

Ende März 1956 vermuteten westliche Beobachter, dass der Rehabilitation László Rajks auch bald die des tschechoslowakischen Kommunisten Rudolf Slánský folgen würde, der 1952 ebenfalls nach einem stalinistischen Schauprozess hingerichtet worden war.³⁹ Dies stellte sich jedoch als Irrtum heraus. Der tschechoslowakische Parteichef Antonín Novotný weigerte sich nicht nur 1956 erfolgreich, Slánský zu rehabilitieren, sondern verhinderte eine Revision des Prozesses faktisch bis zum Zerfall des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa.⁴⁰

Ähnlich symptomatisch für die damalige Haltung der KSČ-Führung war Novotnýs Begrüßungsrede auf dem XX. Moskauer Parteitag, in der er die „großen Lehren“ Stalins loben wollte. Der Text war vom KSČ-Zentralkomitee abgeseignet und spricht für dessen positive Einstellung gegenüber Stalin drei Jahre nach dessen Tod.⁴¹ Wie bereits Rákosi strich Novotný diese Passagen im letzten Moment. In den Folgemonaten holte ihn ebenfalls die neue Realität ein: Er konnte sich der Diskussion zu den Enthüllungen über den Stalinismus nicht mehr entziehen. Doch anders als in Ungarn, gelang es in der ČSR diese Debatten auf die Parteiebene zu begrenzen. Dort verliefen sie in sehr beschränkten Bahnen und bezogen sich nur auf einst verurteilte Kommunisten, während andere Opfer des stalinistischen Terrors im Hintergrund blieben. Es fielen keine Namen und Novotný selbst konnte – wie viele andere Spitzenfunktionäre – seine Mitverantwortung für die Schauprozesse weiterhin verschweigen.⁴²

Als die Nachricht über den XX. Parteitag der KPdSU und damit die stalinistischen Verbrechen in der ČSR immer größere Bevölkerungsteile erreichten, wurde hier und da öffentliche Kritik laut. Diese bezog sich, anders als in Ungarn, allerdings nur auf Stalins Personenkult. Der verstorbene tschechoslowakische Diktator Gottwald – ebenfalls ein „guter Schüler“ Stalins – blieb 1956 dagegen verschont. Nur in den höchsten Parteikreisen und unter dem Siegel der Verslossenheit kam die Verantwortung auch anderer Politbüro-Mitglieder für den Personenkult um Gottwald im April 1956 zur Sprache.⁴³

Die gemeinsame Schuld und vermutlich die Angst, öffentlich entlarvt zu werden, schweißte die Prager Kollektivführung im Frühjahr und Sommer 1956 eng zusammen. Im Unterschied zu Ungarn und Polen entstand in der KSČ auch keine wesentliche innerparteiliche Opposition. Alarmiert zeigte sich das tschechoslowakische Politbüro dagegen über Proteste, die einige Schriftsteller und Studenten seit Jahresbeginn mehr

39 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 28, Box-Folder-Report 28-3-169, 1956-03-29: *RFE-Bericht über Rajks Rehabilitierung und westliche Pressestimmen dazu*, 1956-03-29. Zum Slánský-Prozess vgl. Kaplan 1992, außerdem die Aufzeichnung von Slánskýs Frau Slánská 1990.

40 Blaive 2002, S. 46.

41 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 83, Nr. 101, 6.2.1956: *Protokoll der Sitzung des Politbüros der KSČ vom 6.2.1956*, 6.2.1956, Punkt 8, zit. nach Pernes 2000, S. 595.

42 Blaive 2001, S. 337.

43 Pernes 2000, S. 600.

oder weniger direkt an die Regierung richteten.⁴⁴ Die staatlichen Stellen reagierten darauf schnell und entschlossen: Neben der gewaltsamen Unterdrückung und medialen Verunglimpfung jeder Kritik ergriff die Regierung wirtschaftliche Maßnahmen, um Kritikern eine breite gesellschaftliche Grundlage zu entziehen.⁴⁵

Gemeinsam mit parteinahen kulturellen Institutionen verlangte auch die Parteibasis eine Auseinandersetzung mit der stalinistischen Vergangenheit. Diesen Forderungen begegnete die KSČ-Spitze mit einem geschickten Schachzug: Sie erklärte den ohnehin unbeliebten Verteidigungsminister Alexej Čepička zum Sündenbock. Dieser war Gottwalds Schwiegersohn und konnte so auch dessen Sühne symbolisch übernehmen. Dem tschechoslowakischen Politbüro gelang es, ihn für die stalinistischen Entgleisungen in der ČSR verantwortlich zu machen und ihm daraufhin alle politischen Ämter abzusprechen.⁴⁶ Hauptverantwortlicher für die stalinistischen Rechtsverletzungen war nach den öffentlichen Erklärungen der KSČ-Führung jedoch nicht Čepička, sondern der selbst in einem entsprechenden Prozess zum Tode verurteilte ehemalige Generalsekretär Slánský. Damit war nicht nur ein Toter zum Hauptschuldigen erklärt, sondern dessen Bestrafung – eigentlich selbst ein stalinistischer Terrorakt – gewissermaßen legitimiert. Nach dieser innerparteilichen „Selbstläuterung“ konzentrierte man sich in Prag wieder auf die außerparteilichen „Feinde des Sozialismus“.⁴⁷

Neben dem Führungszusammenhalt und (präventiver) Überwachung waren Zugehörigkeiten im Arbeits- und Konsumalltag die wesentlichen Charakteristika der tschechoslowakischen Innenpolitik von 1956. Mit öffentlichen Protesten sah sich die KSČ in dieser Zeit kaum konfrontiert. Nach innen und außen demonstrierte sie Geschlossenheit und uneingeschränkte Loyalität gegenüber der Sowjetunion. Die innere Lage in der ČSR unterschied sich im Sommer und Herbst also stark von der in Polen, wo Arbeiteraufstände eine Reformbewegung in Gang setzten; und in Ungarn, wo die Situation im Herbst von außen einem Bürgerkrieg glich. Den Herausforderungen im Nachbarland konnte die KSČ-Führung daher aus einer relativ stabilen Ausgangsposition begegnen. Ihre Stabilisierungspolitik soll im Folgenden genauer untersucht werden, denn sie trug wesentlich dazu bei, dass es in der ČSR auch in der zweiten Hälfte des Krisenjahrs 1956 erstaunlich ruhig blieb.

44 Tůma 2004, S. 33.

45 Pernes 2008, S. 146.

46 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 95, Nr. 113, 19./20.4.1956: *KSČ-Politbürositzung (Besprechung der Ergebnisse des März-Plenums des ZK der KSČ; Vorbereitung eines weiteren ZK-Plenums)*, 19./20.4.1956.

47 Public Record Office, Nr. Fonds 371, file 128448, Sig. NC 1011/1, 4.1.1957: *Jahresbericht der Britischen Botschaft in Prag über die Situation in der ČSR 1956*, S. 569–582; Pernes 2008, S. 146.

1.2 Möglichkeiten und Grenzen für Reformen in Ungarn und der ČSR 1953–1956

Die skizzierten Unterschiede im politischen Klima Ungarns und der Tschechoslowakei hatten 1956 unmittelbare Auswirkungen auf Gesellschaften beider Länder. Bei oberflächlicher Betrachtung mag es überraschen, dass es gerade in Ungarn zu einer revolutionären Erhebung gegen die herrschende Macht kam. Obwohl die dortige Führung eine gewisse Bereitschaft zu Reformen und Vergangenheitsbewältigung gezeigt hatte, wurde nicht sie, sondern die reformunwillige Staatsführung im Nachbarland von der breiten Bevölkerung akzeptiert oder zumindest toleriert. Dieses scheinbare Paradoxon zeigt sich aber in vielen europäischen Revolutionsbewegungen, wo gerade dem Nachgeben einer Herrschaftselite nach jahrelanger Unterdrückung ein Aufstand folgte.⁴⁸

Wie auch in anderen großen Umstürzbewegungen waren an der Entstehung der ungarischen Reformbewegung neben der politischen Lockerung viele weitere Faktoren beteiligt. Genau diese Bereiche waren umgekehrt für das Ausbleiben einer entsprechenden Bewegung in der ČSR relevant. Sie lassen sich in drei Kategorien einteilen: (1) die systemischen Grenzen und Möglichkeiten für politische Veränderung; (2) Organisationsgrad und -struktur der reformwilligen Akteure und (3) kollektive Wahrnehmungsmuster und deren gezielte Beeinflussung.⁴⁹

Diese drei Ursachenkomplexe sollen nun jeweils für Ungarn und die ČSR analysiert und im Ländervergleich einander gegenübergestellt werden. Dadurch können Detailunterschiede zwischen der politischen und gesellschaftlichen Öffnung sowie handlungsleitende Interpretationsmuster herausgearbeitet werden. In ihrer Summe machen sie verständlich, warum die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Ungarn und der ČSR im Sommer und Herbst 1956 so unterschiedlich verlief. Denn entscheidend waren letztlich nicht einzelne Differenzen, sondern deren Kombination. So konnten Organisationsstrukturen und bestimmte Wahrnehmungsmuster nur im Rahmen der institutionellen Spielräume entstehen, die daher hier zuerst betrachtet werden sollen.

1.2.1 Relative Offenheit politischer und gesellschaftlicher Institutionen

Die formale Rechts- und Institutionsstruktur der politischen Ordnung, also deren Offenheit oder Geschlossenheit, bestimmen in kommunistischen Ländern wesentlich die Grenzen und Möglichkeiten für politische Veränderung.⁵⁰ Diese unterschiedlichen *Gelegenheitsstrukturen* lassen sich für 1956 an den jeweils zeitgleichen Entwicklungen in Ungarn und der Tschechoslowakei anschaulich nachvollziehen. Während sich das

48 Bereits Tocqueville 1955, S. 176 stellte in seiner Abhandlung zur französischen Revolution fest: „When a people which has put up with an oppressive rule over a long period without protest suddenly finds the government relaxing its pressure, it takes up arms against it.“

49 Die Aufteilung folgt dem Modell bei McAdam & McCarthy et al. 1999.

50 McAdam 1999, S. 27.

Ordnungsgefüge in Ungarn bereits zwischen 1953 und 1956 deutlich öffnete, blieben zur gleichen Zeit die politischen Möglichkeiten in der Tschechoslowakei begrenzter. Für die Entstehung des Ungarnaufstands und für das Ausbleiben einer solchen Bewegung in der ČSR war der Öffnungs- bzw. Schließungsgrad der politischen Ordnungen bestimmend. Ihre unterschiedliche Entwicklung soll daher nun im Einzelnen nachvollzogen werden.

Institutionelle, kulturelle und politische Spielräume in Ungarn

In Ungarn ging dem Volksaufstand vom Herbst 1956 ein langsamer, aber viele Politik- und Gesellschaftsbereiche erfassender politischer Liberalisierungsprozess voraus. Er begann mit wirtschaftlichen und personellen Veränderungsmaßnahmen, die Nagy bald nach seinem Antritt als neuer Ministerpräsident im Sommer 1953 vornahm. Im Rahmen des sogenannten Neuen Kurses sollten die exzessive Zwangskollektivierung im Agrarbereich und Rechtsverletzungen auf allen staatlichen Ebenen beseitigt werden.⁵¹ Zwischen 1953 und 1954 amnestierte Nagys Regierung – zunächst auf die Initiative Moskaus – Hunderttausende Häftlinge und versuchte im Justiz- und Polizeiapparat rechtsstaatliche Prinzipien einzuführen. Außerdem erhielt die Landbevölkerung größere Freiräume in der privaten Nutzung von Kulturland.⁵² Diese Maßnahmen waren für viele Menschen in Ungarn unmittelbar spürbar und entspannten das konfliktgeladene Klima, das sich nach mehreren Jahren stalinistischer Repressivherrschaft aufgebaut hatte.⁵³

Allerdings ließ sich die politische Öffnung gegen den Widerstand des stalinistischen Parteiflügels um Rákosi realisieren. Dieser dominierte weiterhin die Führungsgremien der MDP und setzte den Reformen daher enge Grenzen. Bereits am 18. April 1955 war es den Altstalinisten gelungen, Nagy aus seinem Amt und im Dezember 1955 auch aus der Partei zu drängen. Doch danach bemühte sich die nun wieder konservativ geführte ungarische Regierung um eine weitere Stärkung der Rechtsstaatlichkeit. Obwohl ihre Ansätze zögerlich und oft unvollständig waren, gingen sie mit großen öffentlichen Versprechungen einher. Zum Beispiel kündigte der ungarische Justizminister Erik Molnár Ende Juni 1956 in der Parteizeitung *Szabad Nép* an, frühere Urteile gegen Angehörige anderer Parteien aufzuheben. In deutlichen Worten umschrieb er die Ungerechtigkeit und die „illegalen Akte“ nach 1949 und versprach künftig die Einhaltung des geltenden Rechts durch unabhängige Gerichte.⁵⁴ Ähnlich äußerte sich in *Radio Budapest* der Präsident der ungarischen Präsidialkammer István Dobi, der außerdem darauf verwies, dass Rechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Personenkult aufgehoben und

51 Rainer 1999, S. 88–89.

52 Varga 2001, S. 67.

53 Rainer 1999, S. 91; Varga 2001, S. 60.

54 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 28, Box-Folder-Report 28-3-91, 1956-6-27: *Ungarische Pressestimmen über Äußerungen des Justizministers Molnár zur Wiedereinführung der Rechtsstaatlichkeit* (. BOX-FOLDER-REPORT: 28-3-9; Molnar on Hungarian Legality), 1956-6-27.

Rehabilitationen nun schneller durchgeführt werden sollten. Wie zuvor Nagy gab auch er zu, dass viele kleinere und mittlere Landeigentümer fälschlich als Kulaken eingestuft worden seien.⁵⁵ Solche Ankündigungen, denen auch sichtbare Amtshandlungen folgten, führten der Bevölkerung die politische Lockerung deutlich vor Augen und stellten gleichzeitig die in den Vorjahren propagierte Unfehlbarkeit der kommunistischen Führung infrage.

Die Öffnung betraf in Ungarn auch die Gewerkschaften, deren Arbeit eng an die Direktive der Staatspartei gekoppelt war. Schon die Offenheit der Diskussion auf der gesamtstaatlichen Gewerkschaftskonferenz vom 3. Oktober 1956 erstaunte Beobachter aus anderen sozialistischen Staaten. Auf dem Treffen kamen heikle Themen wie der Personenkult und die Überbürokratisierung und -zentralisierung der gewerkschaftlichen Arbeit zur Sprache. Vor allem kritisierten die Vertreter der Gewerkschaftsverbände ihre Verpflichtung zur politischen Arbeit, die ihnen von der KP auferlegt worden war. Die meisten Gewerkschaftsrepräsentanten schlossen sich in ihren Forderungen den Reformern innerhalb der MDP an, bekannten sich aber prinzipiell zum Führungsprimat der Staatspartei.⁵⁶

Im Jahr 1955 kam zudem eine von Nagy bereits vorbereitete Lockerung der Kulturpolitik zum Tragen. Zuerst schwanden allmählich die Regulationen und Auflagen für musikalische Aufführungen. Ungarische Komponisten konnten ihre Partituren wieder im Ausland veröffentlichen und ausländische Komponisten wurden in Ungarn wieder zugänglich. Einige vormals indizierte (also verbotene) Musiker wurden rehabilitiert, darunter auch Béla Bartók. Andere konnten wieder patriotische Themen verarbeiten. Dies galt auch für die Literaturszene, die schon 1953 eine kleine Renaissance erfahren hatte. Damals hatten viele ungarische Autoren, die vormals überzeugte Parteimitglieder gewesen waren, ihre Illusionen in Bezug auf den Staatssozialismus aufgeben. Nun konnten sie ihre ernüchternden Einsichten auch ungestraft literarisch verarbeiten. Die neuen Spielräume für Veröffentlichungen weiteten sich bis Mitte 1956 kontinuierlich aus und erreichten bald die Theaterbühnen im ganzen Land.

Auch die Kirchen, insbesondere die katholische, profitierten in Ungarn von den Reformen Nagys und den Lockerungen nach dem XX. Parteitag der KPdSU. In der folgenden Tauwetter-Stimmung gestand die ungarische Geheimpolizei sich sogar selbst ein, dass die brutale Unterdrückung des religiösen Lebens das katholische Milieu und seine Verankerung in der Gesellschaft eher gestärkt als vernichtet habe. In der Folge wurden Bischöfe aus der Haft entlassen und im Sommer 1956 konnte in Ungarn sogar eine

55 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 28, Box-Folder-Report 28-3-96, 1956-6-25: *RFE-Bericht über Äußerungen des Präsidenten der ungarischen Präsidialkammer I. Dobi in Radio Budapest*, 1956-6-25.

56 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, MPZ-T 26/1956, 5.10.1956: *Tschechoslowakischer Botschaftsbericht über gesamtstaatliche Gewerkschaftskonferenz in Ungarn vom 3.10.1956*, 5.10.1956.

internationale ökumenische Konferenz stattfinden.⁵⁷ Es ist daher nicht erstaunlich, dass die katholische Kirche und insbesondere ihr lange inhaftierter Primas József Mindszenty während des Aufstandes im Oktober 1956 eine entscheidende Rolle spielte.⁵⁸

Darüber hinaus öffneten sich staatliche Forschungs- und Bildungseinrichtungen liberaleren Vorstellungen und selbstständigeren Diskursen. Dies betraf zunächst die führenden Wissenschaftsgremien. Dort wurde immer häufiger Kritik an den rein klassenbasierten Kriterien laut, die bisher für die inhaltliche Ausrichtung und die personale Besetzung von Forschung und Lehre maßgeblich gewesen waren. In einigen Fällen wurden die Kritiker erhört: Hochrangige Politiker beseitigten den Marxismus als einziges Auslegungsprinzip aus einigen Forschungsbereichen, so beispielsweise aus dem wirtschaftswissenschaftlichen. Freiere Debatten in vielen Fachbereichen ermöglichten erstmals wieder eine problemorientierte Wissenschaft.⁵⁹ Davon blieben auch die Geisteswissenschaften nicht ausgeschlossen. Mitte 1956 war zum Beispiel in den offiziellen pädagogischen Entscheidungsgremien bereits freimütige Kritik an den bisherigen epistemologischen Arbeitsgrundsätzen möglich. Sie richtete sich gegen eine sowjetische, marxistisch-leninistische Kanonisierung und Parteibeschlüsse als einzige Grundlage der pädagogischen Arbeit. Pädagogen forderten auf einer öffentlichen Diskussionsrunde über das Schulwesen im September 1956 eine Renaissance der eigenen Meinung, des individuellen Denkens und nationaler Traditionen. Viele der anwesenden Studenten und Pädagogen waren anscheinend „von der einzigartigen Möglichkeit des offenen Gesprächs und der aufrichtigen Meinungsäußerung begeistert, gleichsam verzaubert“ gewesen.⁶⁰ Weniger enthusiastisch über diese offensichtliche Öffnung zeigte sich die tschechoslowakische Botschaft in Budapest, die an den ungarischen Hochschulen „nationalistische, chauvinistische und kosmopolitische“ Ansichten zu erkennen glaubte.⁶¹

Nachdem das gesamte ungarische Kulturleben einschließlich Forschung und Lehre über Jahre vom sowjetischen Internationalismus gezeichnet gewesen war, wurde dem spezifisch Ungarischen nun wieder mehr Raum gewährt. Dies übertrug sich auch auf den politischen Diskurs. So lösten in Nagys Antrittsrede als Ministerpräsident die „kleinen Ungarn“ das sowjetische Vorbild als zukünftige Hoffnungsträger ab.⁶² Auch nach dem innerparteilichen Rückschlag des Reformflügels hielt dieser Trend an: Justizminister Molnár bemerkte beispielsweise im Juni 1956, es könne keinen Zweifel geben, dass sich jeder ungarische Richter, der „sein Land liebe“, begeistert an der Durchsetzung der

57 Klimó 2006, S. 199; ausführlich zur katholischen Kirche in Ungarn im Jahr 1956 vgl. Rosdy 2006.

58 Zur Lebensgeschichte József Mindszentys und seiner Rolle 1956 vgl. die Dokumentensammlung Somorjai & Zinner 2008.

59 Péteri 2001, S. 48.

60 Pukanszky 2004, S. 100.

61 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, MPZ-T 27/1956, 11.10.1956: *Tschechoslowakischer Botschaftsbericht über beginnendes akademisches Jahr an ungarischen Hochschulen*, 11.10.1956.

62 Rainer 1999, S. 89.

sozialistischen Rechtsgrundsätze beteiligen würde.⁶³ Dass nationale Gefühle nun wieder politikfähig waren, schlug sich bald auch in der Gesellschaft nieder, was während des Aufstands im Oktober 1956 deutlich zutage trat.

Auch über kultur- und bildungspolitische Fragen hinaus gab es 1956 in Ungarn immer offenere Reformdiskussionen. In einem als *Petőfikreis* [Petőfi Kör] bezeichneten Diskussionsforum debattierten Intellektuelle und Studenten seit dem Frühjahr 1956 regelmäßig über mögliche politische Reformen. Es bestand vor allem aus kommunistischen Studenten und Intellektuellen und war noch während Nagys Ministerpräsidentschaft und unter der Ägide der kommunistischen Jugendorganisation DISZ entstanden. Den Veranstaltungen wohnten insgesamt tausende Interessierte bei, die dort viele aktuelle Themen öffentlich diskutieren konnten. Immer häufiger wurde dabei Kritik an der Parteiführung laut, wobei die Zugehörigkeit zum sowjetischen Lager und das Einparteiensystem zunächst unangetastet blieben.⁶⁴ Auch wegen des enormen Zulaufs scheute sich die Parteiführung, das unliebsam gewordene Gesprächsforum zu verbieten. So erreichten die kritischen Diskussionsbeiträge über Monate eine immer breitere Öffentlichkeit. Dies war nicht zuletzt der Unterstützung mancher Massenmedien zu verdanken, über die die Parteiführung im Sommer 1956 ebenfalls zunehmend die Kontrolle verlor.⁶⁵

Als den zahlreichen Warnungen von Rákosi und später Gerő kaum Taten folgten, weiteten sich die Grenzen für Kunst, freie Meinungsäußerung, Regimekritik und Diskussionsversammlungen immer weiter aus. Abtrünnige Massenorganisationen wie Gewerkschaften, Bildungs- und Kulturverbände sowie immer größere Teilnehmerzahlen auf reformorientierten Diskussionsveranstaltungen ließen der MDP-Führung neuerliche Einschränkungen offenbar aussichtslos erscheinen. Als sie versuchte, durch eine eingeschränkte Öffnung bestimmter Bereiche des gesellschaftlichen Lebens das Konfliktpotenzial zu entschärfen, nutzten die über Jahre frustrierten gesellschaftlichen Akteure in Ungarn diese Räume, um ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten weiter auszubauen. Dieser Prozess entwickelte eine Eigendynamik, die von oben kaum mehr zu kontrollieren war.

Institutionelle, kulturelle und politische Spielräume in der Tschechoslowakei

In der Tschechoslowakei kam es zwischen 1953 und Anfang 1956 zu keiner wesentlichen Veränderung. Erst nach dem XX. Parteitag der KPdSU sah sich die Prager Führung auf Moskaus Anraten zu einigen Lockerungen veranlasst. Im Vergleich zu Ungarn und auch Polen hielten sich diese jedoch in noch engeren Grenzen, weshalb man sich dort über die Tschechen und Slowaken 1956 oft lustig machte.⁶⁶ Wie aus einer zeitgenössischen

63 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 28, Box-Folder-Report 28-3-91, 1956-6-27.

64 Tóth 2005, S. 586; Pukanszky 2004, S. 97–98.

65 Granville 2001, S. 1059.

66 Pernes 2008, S. 137; Blaive 2001, S. 29; Rupnik 1986, S. 12.

Befragung polnischer und ungarischer Touristen hervorgeht, schätzten diese die Lage in der ČSR relativ realistisch ein. Demnach fehlten den tschechoslowakischen Nachbarn politische und nationale Freiheiten, auch wenn sie günstigere Lebensbedingungen hätten.⁶⁷ Die KSČ galt als konservativste und dogmatischste aller kommunistischen Parteien unter den ostmitteleuropäischen Warschauer-Pakt-Staaten.⁶⁸ Außerdem kursierte in den kommunistischen Nachbarländern der ČSR die Vorstellung einer tschechoslowakischen Komplizenschaft mit der Sowjetunion,⁶⁹ die ein gemeinsames Vorgehen der Satellitenstaaten für mehr Unabhängigkeit von der Sowjetunion untergrub.

Trotz der im Selbstvergleich realistischen Wahrnehmung bei den Nachbarn gab es im Frühjahr 1956 auch in der ČSR in manchen Lebensbereichen wichtige Öffnungen. Allerdings waren diese zeitlich sehr begrenzt und offenbar auch geschickter dosiert als in den Nachbarstaaten. Langfristig war die Prager Führung auch weder fähig noch willens, die geforderte Entstalinisierung ernsthaft durchzusetzen; ihre Spitzenvertreter waren dafür selbst zu sehr in die stalinistischen Verbrechen verstrickt.⁷⁰ Folglich ging die Rehabilitation der Opfer des Stalinismus viel langsamer vonstatten als in Ungarn oder Polen. Zwar sprach das Politbüro bereits 1954 von der Notwendigkeit, die „sozialistische Gesetzmäßigkeit“ zu wahren und zu festigen; nach einigen Entlassungen beim Geheimdienst und der Polizei verstärkte die Parteiführung jedoch eher ihren Einfluss auf diese Organe. Anders als in Ungarn war kaum etwas über die Wiederaufnahme stalinistischer Urteile in den Medien zu erfahren; ohnehin waren Revisionen selten. Während zumindest dieser Teil der stalinistischen Vergangenheit in Ungarn bereits kurz nach dem XX. Moskauer Parteitag geklärt war, warteten in der Tschechoslowakei viele des „Titoismus“ oder „slowakischen Nationalismus“ Angeklagten noch 1960 auf ihre Haftentlassung. Dies betraf übrigens auch spätere Spitzenpolitiker wie Gustav Husák und Josef Smrkovský.⁷¹

Als im Frühjahr 1956 die Ergebnisse des XX. Parteitags der KPdSU 1956 trotz gegenteiliger Bemühungen in der Tschechoslowakei öffentlich bekannt wurden, weitete sich die Diskussion darüber schnell über die Parteigrenzen hinaus aus. Durch die unerwartete Kursänderung aus Moskau war plötzlich Kritik an der Parteiführung möglich. Die ließ auch nicht lange auf sich warten: Auf Parteiversammlungen und verschiedenen Verbandstreffen wurde die bisherige Partei-, Wirtschafts-, Kultur- und Bildungspolitik

67 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 113, Nr. 134, Punkt 30 (Anhang III), 27.8.1956: *Offizieller Bericht über den Missbrauch des grenzüberschreitenden Fremdenverkehrs mit Ungarn und Polen*, 27.8.1956.

68 Kaplan 1996, S. 42.

69 NA Praha, Nr. Fonds 02/2, Bd. 122, Nr. 155, Punkt 22, 13.11.1956: *Interner Bericht des tschechischen ČTK-Korrespondenten Zdeněk Hoření über seinen Aufenthalt in Budapest Mitte November 1956* (. Beilage III zum Politbüro-Sitzungsprotokoll vom 19.11.1956), 13.11.1956.

70 Zu einer Auflistung der in die Schauprozesse der frühen fünfziger Jahre verwickelten Politbüromitglieder vgl. Sikora 1996, S. 75.

71 Pernes 2008, S. 113–116.

zum Teil vehement in Frage gestellt. Einige Stimmen forderten die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags, was einem Misstrauensvotum gegen die Parteiführung gleichkam: Ein vorzeitiger Parteitag hätte das bestehende Politbüro abwählen und eine neue Parteilinie für die nächsten Jahre festlegen können.⁷² Die KSČ-Spitze tolerierte diese vornehmlich innerparteiliche Kritik zunächst, offenbar weil sie selbst ohne klare Zukunftsorientierung war. Bald versuchte sie aber, die Diskussion in eine bestimmte Richtung zu lenken und besonders engagierte Kritiker auszuschließen.⁷³

Ebenfalls aufgrund der einige Wochen währenden Orientierungslosigkeit der Prager Führung ließ sich im außerparteilichen Leben der ČSR nach dem XX. Parteitag der KPdSU eine gewisse Öffnung beobachten. Vor allem die Gewerkschaften versuchten die neuen Spielräume zu nutzen und forderten – wie ihre ungarischen Pendanten – mehr Unabhängigkeit von Partei- und Betriebsleitung. Auch Jugendverbände und Studierende beanspruchten mehr Eigenverantwortung; gleichzeitig kritisierten sie die ans Licht gekommenen politischen Verfehlungen der Vergangenheit. So fanden im Mai 1956 erstmals seit 1948 wieder landesweit große studentische Feierlichkeiten unter der Bezeichnung *Majáles* statt. Ihre karnevalsartig verkleideten Teilnehmer parodierten in Straßenzügen das Regime mit originellen Transparenten und prangerten so auf humorvolle Art Missstände an den Hochschulen und im Staatswesen an.⁷⁴ Auch in der Tschechoslowakei störte den wissenschaftlichen Nachwuchs und sogar viele kommunistische Pädagogen die „geistlose, dogmatische Wiederholung“ des Marxismus-Leninismus.⁷⁵ Die Forderungen wurden in abgeschwächter Form auch von der Studentenpresse in die Öffentlichkeit getragen.⁷⁶ Spätestens damit überschritten die Aktivisten allerdings das für die kommunistische Parteiführung akzeptable Maß. Anders als ihre ungarischen Kollegen scheuten sich die tschechoslowakischen Führungsgremien nicht, nach den Straßenzügen hart gegen die Studierenden vorzugehen. Eine Wiederholung der *Majáles* war daher nach dem Mai 1956 vorerst ausgeschlossen und auch die Reformdiskussionen an den Hochschulen konnten allenfalls im Untergrund weitergeführt werden. Lediglich eine häufige Forderung der Studenten wurde per Politbürobeschluss erfüllt: Die sowjetische Hymne sollte als abschließende Melodie des täglichen Radioprogramms abgelöst werden.⁷⁷

Auch in anderen Lebensbereichen blieb es bei symbolischen Erleichterungen, ansonsten schlossen sich die nach dem XX. Parteitag aufgestoßenen Türen bald wieder. Zunächst aber gelang es im Frühsommer 1956 den nicht-kommunistischen Parteien, die nur noch formal existierten, neue Mitspracherechte einzufordern. Auch Vertreter der

72 Pelikán 1977, S. 171.

73 Kaplan 1996, S. 36–37.

74 Vgl. zu diesen Studentenfeiern ausführlich Matthews 2003, S. 55–86 und zur besonderen Situation in der Slowakei Marušiak 2007, S. 18–64 außerdem: Pernes 2000, S. 602–609 und Pernes 2008, S. 145 auf die Bedeutung dieser Demonstrationen verwies schon früh Kusin 2002, S. 25.

75 Marušiak 2007, S. 35.

76 Čierna-Lantayová 2006, S. 12.

77 Pernes 2008, S. 150–151.

katholischen Kirche nutzten die Gunst der Stunde, um einen Abbau der staatlichen Kontrolle zu verlangen.⁷⁸ In den vorausgegangenen Jahren des sogenannten sozialistischen Aufbaus wäre diese kritische Offenheit undenkbar gewesen; nun öffneten sich sogar die staatlich dominierten Medien solchen Diskussionen.⁷⁹ In dieser Phase hatte es auch – übrigens auf Anraten Moskaus – zahlreiche Strafminderungen für während der Schauprozesse verurteilte Geistliche gegeben. Weiterhin blieben aber die meisten potenziell parteikritischen Kleriker in Haft. Außerdem verfolgte der Geheimdienst angesichts der polnischen und ungarischen Unruhen die kirchliche Entwicklung sehr genau.⁸⁰

Ähnlich wie an den Hochschulen bemühten sich auch in religiösen Fragen beide Seiten – sowohl die reformorientierten Kritiker als auch die konservative Führungsspitze der ČSR – direkte Konfrontationen zu vermeiden. Dies galt auch für die tschechoslowakischen Wissenschaftler, Künstler und Literaten, die eine Rückbesinnung auf nationale Traditionen forderten. Dennoch wirkte die kurze Phase des Tauwetters in der Tschechoslowakei stimulierend auf die Kunst- und Literaturszene. Dies nahm allerdings nicht die in Ungarn zu beobachtenden Ausmaße an. In der ČSR förderten stalinistisch geschulte Ausstellungsorganisatoren weiterhin den sozialistischen Realismus und den Anschluss an die sowjetische Kultur. Parallel arrangierten sich jedoch bereits eigenständige aufgeschlossene Aussteller, die erstmals wieder tschechische Kubisten und Surrealisten präsentieren konnten. Dennoch soll hier nicht der Eindruck entstehen, die kulturpolitischen Lockerungen in der ČSR wären besonders umfangreich gewesen. Vielmehr blieben auch in der Tauwetterphase unabhängige Vereinigungen zeitgenössischer und innovativer Künstler verboten. Auch die einschlägige Presse unterlag weiterhin der Zensur, obwohl sie sich über einige Wochen liberaler präsentieren konnte. Staatliche Stellen überwachten Ausstellungsprogramme und Kunstkataloge und filterten „abweichlerische“ Veröffentlichungen heraus.⁸¹ Allerdings dauerte es einige Zeit, bis der Überwachungs- und Zensurapparat nach dem Schock von Chruščevs Enthüllungen wieder auf dem vorherigen Niveau arbeiten konnte.

Schneller, aber nicht länger als im Bereich der bildenden Kunst wirkte die Entspannung unter den tschechoslowakischen Schriftstellern. Diese gründeten neue Zeitschriften, darunter *Květen* und *Světová literatura*,⁸² die auch bisher unbekannte und progressive Autoren wie Josef Škvorecký publizierten. Während diese Publikationen zunächst ungeahndet blieben, sorgte der II. Gesamtstaatliche Kongress des tschechoslowakischen Schriftstellerverbands im April 1956 für Konfliktstoff. Seine Teilnehmer kritisierten die kulturpolitischen Verhältnisse laut und weiteten ihre Kritik auch auf allgemeinpolitische Probleme aus. Die kulturelle Wochenzeitung *Literární listy* und andere kleinere

78 Haľko 2006, S. 83.

79 Pernes 2008, S. 156.

80 Kaplan 1990, S. 156–159.

81 Svašek 2001, S. 148–149.

82 Liehm 1988, S. 115.

Presseorgane berichteten über die kontroversen Diskussionsbeiträge der Schriftsteller und gaben dabei kritischen Philosophen wie Ivan Sviták und Karel Kosík ein Forum.⁸³ Diese im Kontext der kommunistischen Tschechoslowakei völlig neuen Vorkommnisse offener Kritik an der Parteiführung wollten im Zentralkomitee und Politbüro der KSČ die wenigsten tolerieren.

Unter dem Eindruck einer sich aus allen Richtungen diffus mehrenden Kritik erklärte das Zentralkomitee der KSČ Anfang Mai 1956 die Diskussion über den XX. Parteitag der KPdSU und seine Konsequenzen für beendet.⁸⁴ In jener Sitzung fielen mehrere Entscheidungen, die dem kurzfristigen Liberalisierungsschub klare Grenzen setzten: Als erstes beschloss das Zentralkomitee, die Partei selbst von allen ideologischen Abweichlern zu säubern. Vor allem sollten jene gehen, die sich für den außerordentlichen Parteitag ausgesprochen hatten. So verschwand auch der vorgezogene Parteitag selbst von der Agenda und mit ihm wurden alle zugehörigen Resolutionen zurückgenommen. Als nächstes wies das Gremium die Autonomieforderungen der Gewerkschaften zurück. Auch die Ansprüche der nichtkommunistischen Parteien wurden verurteilt und abgelehnt. Weiterhin beschloss man, die Kirchen wieder einer strengeren Kontrolle zu unterziehen und diese mit repressiven Maßnahmen durchzusetzen. Schließlich setzte sich der Innenminister Rudolf Barák mit seinem Vorschlag durch, energisch gegen „die Feinde“ unter den Schriftstellern, Studenten und der Intelligenz vorzugehen.⁸⁵

Der im Zentralkomitee beschlossene Kurswechsel zeitigte bald praktische Folgen. Der II. Schriftstellerkongress vom April 1956 wurde offiziell geschmäht und die dort kritisch aufgetretenen Autoren bestraft. Gegen einige von ihnen fanden sogar Hetzkampagnen statt, von denen unter anderem Josef Škvorecký und Milan Kundera betroffen waren.⁸⁶ Die Minderheit jener Schriftsteller, die sich vorher gegen die Reformen ausgesprochen hatte, wurde hingegen mit finanzieller oder karrierebezogener Höhereinstufung belohnt. Sie revanchierte sich, indem sie sich von den kontroversen Debatten anderer Schriftsteller öffentlich distanzierte.⁸⁷

Auch an den Hochschulen war die plötzliche Entschlossenheit der Prager Führung unmittelbar zu spüren. Um die dort andauernden Unruhen einzudämmen, mobilisierte das Innenministerium die Volksmilizen und den Staatssicherheitsdienst. Für den Fall weiterer Demonstrationen drohte man die Schließung der Universitäten an.⁸⁸ Damit gehörten auch die kritischen Artikel von April und Anfang Mai 1956 in der Kultur- und Studentenpresse der Vergangenheit an. Ab Jahresmitte verschärfte sich die Zensur und

83 Ebenda, S. 107–109. Ausführlich zu den kritischen Äußerungen auf und um den 2. Schriftstellerkongress vgl. Holý 2008, S. 41–43.

84 Pernes 2008, S. 150.

85 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 100, Nr. 116, 2.5.1956: *Protokoll der Politbürositzung des ZK der KSČ vom 2.5.1956*, 2.5.1956.

86 Chvatík 1988, S. 138.

87 Hoensch 1992, S. 158; Kaplan 1996, S. 41–42, Kaplan 1988, S. 82.

88 Kaplan 1996, S. 40–42.

jede Polemik mit der aktuellen politischen Situation wurde unterbunden. Das zentrale Ideologiebüro kehrte damit den von vielen Studenten formulierten Wunsch, die Zensur abzuschaffen, ins Gegenteil um.⁸⁹ Dabei wurden nicht nur einzelne Inhalte aus der tschechoslowakischen Presse, sondern ganze Zeitungen aus Polen und Ungarn blockiert. Die Reformideen aus diesen Ländern erschienen den tschechoslowakischen Zensoren zu gefährlich. Die gut kontrollierte tschechoslowakische Presse verzichtete daher nicht nur auf ihre Wiedergabe, sondern verurteilte sie auch in zahlreichen Artikeln.⁹⁰ Aus dem gleichen Grund wurde auch der Fremdenverkehr von und nach Ungarn und Polen beschränkt.⁹¹

Auf die Offenbarungen des XX. sowjetischen Parteitag reagiert die politische Führung der ČSR also zunächst mit Verunsicherung und ließ über wenige Monate eine recht offene Diskussion über vergangene Fehler zu. In diese Phase fielen Lockerungen im kulturellen, medialen und gesellschaftlichen Bereich. Bevor sich in davon betroffenen Strukturen wie in Ungarn eine eigene Reformdynamik entwickeln konnte, nahm die KSČ-Führung die kurzfristige Öffnung in fast allen Bereichen wieder zurück. Zum Teil schränkte sie die Selbstständigkeit außerparteilicher Organisationen sogar über das vorherige Maß hinaus ein. Gewisse Zugeständnisse, so in der Religionsausübung und der Kulturpolitik, blieben jedoch erhalten. Mit dieser Kombination gelang es der Prager Parteiführung bereits im Hochsommer 1956, die Lage unter Kontrolle zu halten, während in Budapest Tausende von Stahlarbeitern gegen die Politik der MDP protestierten. Die dosierte Mischung aus politischer Öffnung und neuer Grenzziehung in der ČSR war demnach 1956 ein wichtiger Faktor zur Verhinderung einer umfangreicheren Reformbewegung.

1.2.2 Zusammenhalt staatlicher und gesellschaftlicher Eliten

Die politischen Öffnungen und deren mehr oder weniger geglückte Rücknahme sind in Ungarn und der Tschechoslowakei 1956 im Kontext des innerparteilichen Zusammenhalts einerseits und der Kooperationsbereitschaft parteinaher Massenorganisationen andererseits zu sehen. Die Durchsetzungsfähigkeit der Parteiführungen hing dabei nicht nur von deren innerer Geschlossenheit ab, sondern auch von ihren Möglichkeiten, die eigenen Entscheidungen über Gewerkschaften und Kulturverbände großen Teilen der Bevölkerung zu vermitteln. Diese Kanäle der Überzeugungsarbeit gewannen durch den Wegfall von Repressivmaßnahmen an Bedeutung. Denn in der Folge des XX. Parteitages der KPdSU waren die Staatsorgane Ungarns und der Tschechoslowakei aus Moskau dazu angehalten, auf Verhaftungen und Geheimdienstterror weitgehend zu verzichten. Die Loyalität einflussreicher nicht-staatlicher Eliten war daher ein entscheidender Faktor der

89 Čierna-Lantayová 2006, S. 12–15.

90 Pernes 2008, S. 158.

91 Kaplan 1996, S. 43.

inneren Stabilität.⁹² In Ungarn zeigten sich diese gesellschaftlichen Eliten 1956 nicht nur immer weniger loyal, sondern brachten auch eine eigene Oppositionsbewegung ins Rollen. Dies war auch deshalb möglich, weil der vormals stabile Herrschaftsverband durch innere Uneinigkeit geschwächt war und damit außerstaatliche Meinungsbildner zum Zuge kommen konnten.⁹³ In dieser Hinsicht unterschied sich die Situation in der ČSR, wo ebenfalls kritische Stimmen aus gesellschaftlichen Organisationen vernehmbar waren, die Parteiführung aber geschlossen gegen sie vorgehen konnte. Eine vergleichende Betrachtung Ungarns und der Tschechoslowakei im Jahr 1956 veranschaulicht dies. Sie stellt das unterschiedliche Potenzial für Reformbewegungen in beiden Ländern einander gegenüber, indem sie die innerparteiliche Homogenität und Loyalität der gesellschaftlichen Eliten untersucht.

Inner- und außerparteiliche Bündnisstrukturen in Ungarn

In Ungarn kam es bereits im Juni 1953 zu einer innerparteilichen Spaltung, nachdem Rákosi sein Ministerpräsidentenamt an Nagy abtreten musste, seine ebenso wichtige Funktion als Parteivorsitzender jedoch behielt. Als er kurz darauf im engsten Parteikreis seine Verantwortung für die stalinistischen Entgleisungen bekannte, schwächte dies die MDP-Führung: Von der stalinistischen spaltete sich eine dem Reformler Nagy zugeneigte Fraktion ab.⁹⁴ Hinzu kamen ältere Differenzen zwischen den ungarischen Kommunisten, die den Krieg in sowjetischer Emigration verbracht hatten, darunter Rákosi und Geró, und jenen, die zu Kriegszeiten im ungarischen Untergrund gearbeitet hatten, darunter János Kádár.⁹⁵

Die halbherzige Selbstkritik Rákosis und ein „neuer Kurs“ sollten die innerparteiliche Kluft ausgleichen und die angespannte politische Lage stabilisieren, stattdessen mündeten sie in eine Führungskrise. Rákosis Umschwung, der doch keiner war, rief in der Parteiführung Unsicherheit hervor. Während dort einige um ihren Besitzstand fürchteten, inspirierten sich andere vom Reformwillen Nagys. Als sich schließlich der konservative Flügel durchsetzte und Nagy aus der Partei ausschloss, konsolidierte sich die Situation keineswegs. Stattdessen bestärkte es die reformorientierten Kommunisten in ihrem Vorhaben, den Neuen Kurs Nagys fortzuführen. Rákosis kompromissloses Verhalten bewirkte also das Gegenteil: Die Entmachtung Nagys sahen viele als Ungerechtigkeit an. Der ehemalige Ministerpräsident wurde dadurch zu einem wichtigen Bezugs- und Ausgangspunkt für den Reformwillen innerhalb der Partei und darüber hinausgehende Strömungen in der Gesellschaft.⁹⁶

92 Tarrow 1994, S. 87–89.

93 McAdam & McCarthy et al. 1999, S. 11.

94 Tóth 2005, S. 582–583.

95 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 178.

96 Rainer 2000, S. 171–175, Rainer 1999, S. 92.

Der innerparteiliche Polarisierungsprozess blieb trotz gegenteiliger Bemühungen der zentralisierten Medien auch der ungarischen Gesellschaft nicht verborgen. Auf sie wirkte er wankelmütig und unberechenbar: Reformistische Vorstöße wechselten sich mit rückschrittlichen Beschlüssen ab, was die Uneinigkeit der Führung verdeutlichte.⁹⁷ Im Zuge der innerparteilichen Auseinanderentwicklung fielen immer mehr Parteisoldaten von der konservativen Rákosi-Gruppe ab und zahlreiche kommunistische Intellektuelle unterstützten die immer noch aktuelle Linie Nagys.

Anders als die politischen, waren sich die intellektuellen Eliten offenbar in ihrem Reformwillen einig: „Von etwa März 1955 bis etwa Ende 1956, für einen historischen Augenblick, schien es, als ob nicht von Hass getriebene Bipolarität, sondern die Aktionen freier, nüchterner, die besten humanistischen Traditionen vertretender Intellektueller das Schicksal Ungarns maßgebend beeinflussen könnten.“⁹⁸

Sie äußerten ihre Kritik zunehmend öffentlich und vor allem in dem halboffiziellen Petőfikreis. Die meisten der dortigen Diskutanten kritisierten die altstalinistische Parteiführung Rákosis ohne allerdings die Abschaffung des kommunistischen Systems zu fordern.⁹⁹ Prominente marxistische Intellektuelle, darunter György Lukács, stellten aber ein Programm der „Renaissance des Marxismus“ vor. Es sollte eine Alternative zum Stalinismus und zur gegenwärtigen Parteilinie sein.¹⁰⁰ Viele dieser Neomarxisten waren zwischen 1953 und 1956 von ihren ehemals stalinistischen Ideen abgekommen und manche wurden später sogar leidenschaftliche Antikommunisten.¹⁰¹

Auch Professoren und Mittelschullehrer forderten in öffentlichen Diskussionen eine vielseitigere Grundlage für ihre Arbeit. Sie wollten bürgerliche Theorien mitberücksichtigen und verlangten eine Abkehr vom Marxismus-Leninismus als einzigem Interpretationsprinzip.¹⁰² Viele von ihnen gehörten im Herbst 1956 zu den einflussreichsten Rednern.¹⁰³

Der konservative Flügel der ungarischen Parteispitze sah sich also Kritik von allen Seiten ausgesetzt. Viele ihrer eigenen Verbände weigerten sich, der rückschrittlichen und zudem uneinheitlichen Parteilinie ihre Loyalität auszusprechen. Dies galt insbesondere für den Petőfikreis, den die MDP selbst ins Leben gerufen hatte, in der Hoffnung, die sich ausweitende Reformdiskussion zu kanalisieren. Stattdessen trat das Gegenteil ein: Die Parteiführung verlor die Kontrolle über die Diskussionsplattform, die sich ständig vergrößerte. Deshalb fiel es der in sich zerstrittenen Parteispitze schwer, die Veranstaltungen zu verbieten.

97 Göllner 2003, S. 96; Mühle 1999, S. 46.

98 Pók 2007, S. 71–72.

99 Lukács & Levine 1991, S. 5.

100 Ebenda, S. 5–6.

101 Pók 2007, S. 67.

102 Pukanszky 2004, S. 99–100.

103 Litván 1994.

Als Rákosi und später Gerő den zaghaft begonnenen Reformkurs wieder zurücknehmen wollten, aktivierte dies die intellektuelle Opposition erst recht. Rákosi riskierte es auch unter der Beobachtung der KPdSU-Führung nicht, mit repressiveren Methoden gegen die Intellektuellen vorzugehen. Stattdessen attackierte er weiterhin öffentlich den Ministerpräsidenten Nagy und verhärtete damit die divergenten Fronten innerhalb und außerhalb der Partei.¹⁰⁴

Die erklärte Hauptzielgruppe der MDP, die ungarische Arbeiterschaft, stand ebenfalls nicht hinter Rákosi. So organisierten im Juli 1956 Tausende von Stahlarbeitern auf der Budapester Csepel-Insel einen Protestzug, bei dem sie die Rücknahme von Lohnkürzungen forderten. Rákosi konstatierte einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen und der Bewegung in Polen und leugnete damit die Hauptursache: seine eigene Politik. Stattdessen versuchte er den Blick aufs Nachbarland zu lenken. Wohl weil in der ČSR zu dieser Zeit nirgends vergleichbare Arbeiterumzüge stattfanden, verwies er auf die Proteste tschechoslowakischer Studenten und plädierte für harte Gegenmaßnahmen.¹⁰⁵ Die Rede sollte abschreckend wirken, verfehlte jedoch ihren Zweck auch innerhalb der eigenen Partei.

Neben den ehemals loyalen Intellektuellen- und Arbeiterverbänden beschritten in Ungarn immer mehr zentral gesteuerte Institutionen eigenständige Wege. Insbesondere die propagandistisch wichtige Parteipresse veröffentlichte nun öfter im Gegensatz zur geltenden Leitlinie. Bereits im Oktober 1954 sprachen sich die Teilnehmer einer Redaktionssitzung der Tageszeitung *Szabad Nép* offen für Nagys Reformkurs aus. Sie stellten fest: „Die Presse kann ein von staatlichen Organen unabhängiges Gewissen der Gesellschaft sein, das kontrolliert, ob die Macht nicht mißbraucht wird.“¹⁰⁶ Diese Haltung ist umso erstaunlicher, weil *Szabad Nép* das parteieigene Organ der MDP war, das jahrelang praktisch wörtlich die zentralen Direktiven abdruckte.

Die immer freieren Medien blieben auch dem sowjetischen Beobachter Mikoyan nicht verborgen, der im Sommer 1956 nach Moskau berichtete: „Presse und Radio (in Ungarn) sind nicht mehr unter der Kontrolle des Zentralkomitees“.¹⁰⁷ Schließlich gestand sich diese Situation auch die ungarische Parteiführung selbst ein.¹⁰⁸

Für die Initialzündung des Aufstands im Oktober 1956 entscheidend erwies sich schließlich ebenfalls eine parteieigene Organisation: der kommunistische Jugendverband. Seine Mitglieder hatten sich seit Monaten immer mehr einer Reformströmung angeschlossen hatten und riefen am 23. Oktober 1956 zur Beteiligung an Straßendemonstrationen auf. In den wenig später folgenden Straßenkämpfen zeigte sich dann,

104 Tóth 2005, S. 585.

105 Rákosi spricht sich „nach den Ereignissen in Polen und der Tschechoslowakei“ für ein resolutes Auftreten der Partei aus: Granville 2001, S. 1059.

106 Varga 2001, S. 73.

107 Békés & Byrne et al. 2002, S. Doc. 15.

108 Granville 2001, S. 1059.

dass weitere staatstragende Eliten gegenüber der politischen Führung nicht mehr loyal waren: Weder die ungarische Polizei noch das Militär waren willens, mit Gewalt gegen die Aufständischen vorzugehen. Der Budapester Polizeipräsident, Sándor Kopácsi, hatte gegenüber dem sowjetischen KGB-Chef Ivan Serov schon vor dem Aufstand eine Polizeiaktion gegen demonstrierende Studenten ausgeschlossen. Dies galt allerdings nicht für die eigenständige und als einziges Sicherheitsorgan wirklich parteitreue Geheimpolizei. Sie schoss auf die Demonstranten, als diese das Budapester Rundfunkgebäude stürmen wollten. Bereitschaftspolizisten und Soldaten widersetzten sich jedoch dem Befehl, das Gebäude zu sichern, und übergaben stattdessen ihre Waffen an Demonstranten.¹⁰⁹

Auch Armeeeoffiziere, darunter der Oberst und spätere Verteidigungsminister Pál Maléter, schlossen sich im Oktober 1956 den demonstrierenden Massen an; junge Rekruten zeigten ihre Solidarität mit ungarischen Fahnen.¹¹⁰ Delegierte der Militärakademie erklärten bereits am 22. Oktober ihre Zustimmung für die studentischen Forderungen: „Wir, Offiziere und Studenten (...) der militärpolitischen Akademie, sind mit den gerechten und berechtigten Forderungen der ungarischen Universitätsjugend einverstanden, und wir unterstützen sie auch. Wir sind die Söhne des Volkes, mit unserem Eid haben wir auf das Volk geschworen, und wir kämpfen mit dem Volk mit Flamme und Schwert.“¹¹¹

Vor diesem Hintergrund wird klar, warum die anrückenden sowjetischen Militäreinheiten von vornherein nicht auf eine Zusammenarbeit mit der ungarischen Armee zählten.¹¹² Nur der Geheimdienst ÁVH gab das stalinistische System nicht auf, sondern verteidigte es erbittert.¹¹³ Dies genügte der intern zerstrittenen Parteiführung jedoch nicht, um die Krise in den Griff zu bekommen. Sie hatte bei fast allen der systemtragenden Eliten den Rückhalt verloren: bei den Intellektuellen, den Arbeitern, den Studenten und vor allem bei den Exekutivorganen. In dieser Lage blieb dem Ende Oktober 1956 permanent tagenden Politbüro wenig anderes übrig, als sich aufzulösen und den Weg für eine besser legitimierbare Führung frei zu machen.

Inner- und außerparteiliche Bündnisstrukturen in der ČSR

In der Tschechoslowakei gab es 1956 keine umfassenden innerparteilichen Konflikte und auch die akademischen, kulturellen und gewerkschaftlichen Eliten begnügten sich mit vorübergehender Kritik. Schon seit dem Zweiten Weltkrieg zeichnete sich die KSČ als besonders geschlossene und einheitliche Partei aus. Anders als in Ungarn gab es keine besonderen Differenzen zwischen den unterschiedlichen kommunistischen Splittergruppen,

109 Göllner 2003, S. 101–103.

110 Litván 1994, S. 66–68.

111 Horváth 1994, S. 19.

112 Pronko 1999, S. 83.

113 Ekiert 1996, S. 52.

die nach dem Krieg aus den verschiedenen Exilregionen in die Nachkriegs-KSČ zurückgekehrt waren. Die ehemalige Londoner Emigration war sich mit der Moskauer Gruppe und den damals daheim Gebliebenen prinzipiell einig. Wo dies nicht der Fall war, wurden Exilkommunisten, die zu Kriegszeiten im Westen waren, seit 1948 in Säuberungswellen und Schauprozessen aus dem Weg geräumt.¹¹⁴ Die letzten internen Kämpfe endeten 1954, als Staatspräsident Antonín Zápotocký Vorschläge für einen Neuen Kurs ins Spiel brachte und dafür aus Moskau kritisiert wurde. Als sein einziger Konkurrent erhielt der KSČ-Generalsekretär Novotný grünes Licht für den Wiederaufbau des Sozialismus, den er nach bisherigem Muster – also ohne Reformen – voranzutreiben gedachte.¹¹⁵

Danach konnte sich in der tschechoslowakischen KP kein Reformflügel mehr etablieren, der bedeutendere Veränderungen eingeleitet hätte.¹¹⁶ Nicht nur fehlte dafür der Rückhalt in Parteiführung und Bevölkerung, sondern es gab auch keinen charismatischen Führer, der eine Alternative zur bestehenden Parteispitze geboten hätte. Nagys Amtsenthebung im Januar 1955 diente der amtierenden Führungselite in Prag dabei als warnendes Beispiel.¹¹⁷ Möglichen Reformern in der KSČ verdeutlichte die Beseitigung Nagys, dass die KPdSU in ihrer Einflussosphäre keine „rechten Abweichungen“ tolerieren würde. Die höchsten tschechoslowakischen Funktionäre boten zudem keine Angriffsfläche. Sie trieben das Prinzip der Kollektivführung bis zur Perfektion; es gab – anders als in Ungarn mit Rákosi – keine exponierte Einzelperson. Das tschechoslowakische Politbüro ließ keine besonders extremen Ansichten in die eine oder andere Richtung zu und ließ sich von den in der Partei verbliebenen Opportunisten schützen.¹¹⁸ Nachdem es Anfang 1956 eine weitere Säuberung der *Nationalen Front* (Národní fronta) gab,¹¹⁹ präsentierte sich die tschechoslowakische Führung im Vergleich zur ungarischen als besonders geschlossen, aber auch besonders einfalllos.¹²⁰ Im Herbst 1956 bekundeten die anderen Parteien der Nationalen Front in einem offenen Brief angeblich sogar freiwillig ihre Loyalität gegenüber der KSČ.¹²¹

Die Homogenität der KSČ selbst geriet nur kurzfristig ins Wanken, als die Enthüllungen des XX. Parteitags der KPdSU im Februar 1956 auf allen Parteiebenen bekannt wurden. Die beiden Schlüsselfiguren Novotný und Zápotocký entzogen sich ihrer Verantwortung für stalinistische Verbrechen, indem sie den verstorbenen Gottwald und seinen Schwiegersohn Čepička zu den Schuldigen erklärten. Nur mit Mühe konnten sie kritische Stimmen an der Parteibasis zurückweisen, die eine Auflösung der Staatssicherheit und

114 Blaive 2001, S. 131–132.

115 Pernes 2007, S. 130–131; ausführlicher zum Kampf um die Führungsposition in der KSČ: Madry 1994, S. 26–28.

116 Marušiak 2007, S. 62.

117 Madry 1994, S. 28.

118 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 377.

119 Marušiak 2007, S. 9.

120 Blaive 2001, S. 129.

121 Pernes 1996, S. 513.

ein ausgeglicheneres Verhältnis zur Sowjetunion forderten.¹²² Wie oben erläutert, gelang es den konservativen Mitgliedern des Zentralkomitees aber bereits im Mai 1956, die Forderung eines außerordentlichen Parteitags zu überstimmen. Damit blieb auch die Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit weiterhin eine offene Frage, allerdings zunächst eine ohne akutes Konfliktpotenzial. Durch ihren inneren Zusammenhalt und ein entschlossenes Vorgehen konnte die Parteiführung der KSČ bis Mitte 1956 eine kurzzeitig drohende Spaltung der Partei erfolgreich abwenden.

Mit den innerparteilichen Streitigkeiten erwachte aber auch Kritik unter Intellektuellen, Gewerkschaftsvertretern und Studenten. Ein wichtiges Beispiel dafür war der bereits erläuterte II. Schriftstellerkongress im April 1956. Anders als bei ähnlichen Veranstaltungen in Ungarn, bekannten sich die meisten tschechoslowakischen Autoren trotz heftiger Kritik an Einzelaspekten zu den „heiligen Ziele des Sozialismus“ und der „Verwirklichung des Vermächtnisses Lenins und der Oktoberrevolution“.¹²³ Auch wurden in Ungarn diejenigen Literaten, die sich durch ihre Affinität zu Rákosi unbeliebt machten, aus den Gremien der Schriftstellerunion abgewählt, während in der ČSR gerade die Günstlinge Novotnýs und Zápotočký in die entscheidenden Positionen kamen.¹²⁴

Doch solche Bekenntnisse genügten der Prager Staatsführung offenbar nicht. Im Sommer 1956 leitete sie Maßnahmen ein, um weitere Kritik zu unterbinden. Mit großer Akribie verfolgte sie dazu die Entwicklungen in den regionalen Parteizentralen und achtete besonders auf die Stimmung in der Armee. Dort mussten zahlreiche Soldaten gehen, die als „politisch schwankend“ eingestuft wurden.¹²⁵ Ähnlich erging es wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen, die ebenfalls Säuberungen über sich ergehen lassen mussten.

Dabei ist fraglich, ob diese Maßnahmen überhaupt nötig gewesen wären, um die Loyalität der außer- und innerparteilichen Organisationen zu gewährleisten. Denn eigens dafür beauftragte Agenten bescheinigten in allen Staatsbereichen „einen gesunden und standhaften Kern in der Partei, der sich in der letzten Zeit noch festigte.“¹²⁶ Diese Berichte schlossen auch Gewerkschaften und das Arbeitermilieu ein. Beide waren auch die Hauptzielgruppe der offiziellen Propaganda, die in den Sommermonaten von 1956 besonders auf eine positive Darstellung der arbeitnehmerbezogenen Wirtschaftspolitik achtete.¹²⁷ Diese Rechnung ging offenbar auf, denn anders als in Ungarn und Polen gab es in dieser Zeit keine größeren Arbeiterproteste in der ČSR.

Große Befürchtungen hatte die KSČ-Führung hinsichtlich der Studentenschaft. Diese Gruppe war nicht nur wichtig, weil sich aus ihr die künftigen Funktionseliten rekrutierten.

122 Marušiak 2007, S. 10–12; Kaplan 1996, S. 44.

123 O. A. in *Literární noviny*, 3.11.1956, S. 6; ähnlich: Holý 2008, S. 42.

124 Tóth 2005, S. 588.

125 Madry 2001, S. 232.

126 Pernes 2008, S. 179.

127 Čierna-Lantayová 2006, S. 12–15.

Auch in der Ausbildungsphase selbst konnte sie sich als einflussreiche gesellschaftliche Kraft erweisen, so etwa im April und Mai 1956, als sie größere Protestaktionen startete. Allerdings sahen diese anders aus als die regelmäßigen und sehr viel kritischeren Diskussionsversammlungen in Ungarn. Dies lag vermutlich auch an der besonderen Situation an den tschechoslowakischen Hochschulen, die seit 1948 systematisch von nichtkommunistischen Lehrern und Studierenden gesäubert worden waren. Die Zulassung funktionierte vorrangig nach politischen Kriterien wie Parteizugehörigkeit und familiärem Arbeiterhintergrund. Wie auch in Ungarn wurden die akademischen Strukturen in den sogenannten Aufbaujahren in vielen Bereichen dem sowjetischen Muster angepasst. Im Gegensatz zu ihren ungarischen Altersgenossen befürworteten viele Tschechen und Slowaken der jüngeren Generation diese Entwicklung jedoch. Ungeachtet der Repressionen in anderen Gesellschaftsbereichen sah sich die tschechoslowakische Studentenschaft als Teil einer revolutionären Bewegung. Ihre Illusion verlor sich erst nach mehrjähriger Erfahrung mit den Nachteilen eines bürokratisch organisierten Staats- und Bildungssystems. Bei vielen Studenten brach sich diese Erkenntnis im Frühling 1956 in den Majáles-Straßenzügen Bahn. Eine prinzipielle revolutionär-sozialistische Grundhaltung blieb jedoch bestehen. Die Demonstrationen richteten sich daher hauptsächlich gegen die Zustände an den Universitäten, die im Widerspruch zur propagierten sozialistischen Ideologie standen, den Sozialismus selbst stellten sie nicht infrage.¹²⁸ Vielmehr betonten die Demonstrierenden mehrfach ihre Loyalität zur KSČ und der Sowjetunion.

Die katholische ebenso wie andere Kirchen in der Tschechoslowakei um 1956 können zwar kaum als Verbündete der Novotný-Führung angesehen werden, doch ging von ihnen auch keine direkte Gefahr für die bestehende Herrschaftskonstellation aus. So besänftigte eine etwas liberalere Kirchenpolitik seit Mitte 1956 das gespannte Verhältnis zwischen der politischen Führung und den tschechoslowakischen Kirchen. Da viele Geistliche aber weiterhin im Gefängnis saßen und andere im Alltag geheimdienstlich überwacht wurden,¹²⁹ konnten sich 1956 die Kirchen trotz erhöhter Aktivität nicht gegen die Parteiführung stellen; auf ihre Unterstützung war die in anderen Massenorganisationen gut vertretene Partei nicht angewiesen.

Von einer dezentralen Oppositionsbewegung wie in Ungarn konnte daher 1956 in der ČSR keine Rede sein. Ohnehin war die Prager Führung nicht gewillt, größere Proteste hinzunehmen.¹³⁰ Neben offenen Drohungen versuchte sie, die harmloseren Forderungen der Studenten in ihr eigenes Programm aufzunehmen, um so den Konflikt zu entschärfen.¹³¹ Auch diese Taktik erwies sich als erfolgreich, denn im weiteren Jahresverlauf von 1956 kam es an den tschechoslowakischen Hochschulen zu keinen nennenswerten Protestaktionen mehr.

128 Pernes 2000, S. 607; Marušiak 2007, S. 13–15.

129 Kaplan 1990, S. 156–159.

130 Pernes 2008, S. 150.

131 Marušiak 2007, S. 35; 40.

Nach Angaben des Gewerkschaftsverbands „Bildungswesen“, dem auch Studenten angehörten, hätten die tschechoslowakischen Hochschullehrer nach dem XX. Parteitag und im Verlauf der Schriftstellerkonferenz insgesamt treu hinter der Partei gestanden.¹³² Auch im Dezember 1956 bekundeten viele Fakultäten gegenüber der kommunistischen Führung noch ihre Loyalität, so etwa die juristische Fakultät der Prager Karlsuniversität und die Hochschulen in Brno [Brünn], Plzeň [Pilsen] und Ostrava [Ostrau].¹³³ Wo an der Parteitreu dennoch Zweifel bestanden, führte eine sogenannte Disziplinarkommission Säuberungen durch. Sie entließ Lehrpersonal und Wissenschaftler, die mit den studentischen Demonstrationen sympathisiert hatten. Außerdem wurde der Zugang zu Jugendorganisationen erschwert, denen nun nur noch junge Leute beitreten konnten, die sich in kommunistischen Organisationen bereits bewährt hatten.¹³⁴ Eine Nutzung des kommunistischen Studentenverbands zur Veranstaltung von Reformdiskussionen war in der ČSR im Gegensatz zu Ungarn in der zweiten Jahreshälfte von 1956 ausgeschlossen.

Anders als ihre ungarischen Pendanten versuchten die tschechoslowakischen Medien zwischen 1953 und 1956 kaum, eigene Wege zu gehen. Sie bekannten sich treu zur Linie der Parteiführung und nur in den ersten Wochen nach dem XX. Parteitag der KPdSU geriet dieses Ritual kurzzeitig aus den Fugen. In dieser Zeit spiegelten Parteipresse und die Publikationsorgane verschiedener kommunistischer Verbände recht genau die kurze Diskussion einschließlich der kritischen Stimmen wider. Noch deutlicher zeigte sich darin allerdings die anschließende Gleichschaltung. Dies traf auch auf die Kulturzeitschriften *Kulturní noviny* (Böhmen und Mähren) und *Kulturný život* (Slowakei) zu, die im Frühjahr 1956 vorübergehend kritischen Schriftstellern ein Forum gegeben hatten. Auch die studentischen Zeitungen *Mladá fronta* und *Mladá tvorba* unterstützten anfangs die Reformforderungen der Studenten, wurden aber schon im Mai 1956 von der verschärften Zensur eingeholt. Nun waren statt Kritik Loyalitätserklärungen von „Bürgern, Pädagogen und ordentlichen Mitarbeitern der Hochschulen“ zu lesen, welche die studentischen Forderungen nach akademischen Freiheiten als „feindlich“ und „reaktionär“ schmähten.¹³⁵

Zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei bestanden 1956 also große Unterschiede, was die politische Linientreue der parteilichen und gesellschaftlichen Eliten betraf. Während sich in der MDP seit Imre Nagys Wahl zum Ministerpräsidenten eine deutliche Spaltung bemerkbar machte, die sich 1955 weiter verhärtete, waren wesentliche Personalfragen nach einem innerparteilichen Machtkampf in der KSČ bereits im Frühjahr 1954 beigelegt worden. Der tschechoslowakische Generalsekretär Novotný hatte, anders

132 VOA Praha, Nr. Fonds OS školství, Karton 36, 25.10.1956: *Protokoll der Parteigruppensitzung ÚVOS Angestellte im Bildungswesen vom 25.10.1956 zu den Ereignissen in Ungarn und der Frühjahrsentwicklung in der ČSR*, 25.10.1956.

133 Marušiak 2007, S. 39.

134 Marušiak 2007, S. 45-46 bzw. 56-57; Čierna-Lantayová 2006, S. 12.

135 Marušiak 2007, S. 36.

als Rákosi, nie ein Schuldeingeständnis geliefert und bot damit keine Angriffsfläche für Kritik. Diese kam in Ungarn oft von früheren Opfern der Schauprozesse, die nun als rehabilitierte Politiker in wichtige Funktionen zurückkehrten und sich teils dem Reformlager anschlossen. In der Tschechoslowakei dauerte währenddessen die Verfolgung unliebsamer Funktionäre noch an; Rehabilitationen gab es nur sehr eingeschränkt. Damit fehlte in der KSČ ein potenziell kritischer Flügel. Die an den stalinistischen Exzessen Beteiligten besetzten in der ČSR die höchsten Positionen. Das eigenwillige Vorgehen eines Einzelnen wäre riskant gewesen, denn die anderen hätten ihn mit der stalinistischen Vergangenheit bloßstellen können. Dieses geteilte Risiko stärkte die innere Geschlossenheit der tschechoslowakischen Führungselite erheblich. Ohnehin gab es dort im Gegensatz zu Ungarn keine charismatische Integrationsfigur, die Reformen oder eine innerparteiliche Opposition hätte anstoßen können und deren mögliche Rückkehr – wie in Ungarn – den Reformdruck für die regierende Elite verstärkt hätte. Unter diesen Voraussetzungen und mit entschlossenem Vorgehen gegen Kritiker gelang es Novotný im Mai 1956 nach kurzer Unsicherheit die Einheit in der KSČ unter konservativen Vorzeichen zu zementieren. Die innerparteiliche Polarisierung und der Zickzack-Kurs Rákosis nach dem XX. sowjetischen Parteitag destabilisierten die MDP-Führung dagegen. Dieser Meinung war übrigens auch der tschechoslowakische Botschafter Major in Budapest bereits Ende 1955. Er hatte die parteiliche Spaltung in Ungarn erkannt und führte sie auf eine mangelhafte Kontrolle der Kaderpolitik, des Produktionsbereichs und der medialen Berichterstattung zurück.¹³⁶ Damit sprach er genau jene Bereiche an, welche die Prager Parteiführung 1956 besonders streng kontrollierte, um die gesellschaftlichen und politischen Eliten auf Linie zu halten.

Auch die Kooperationsbereitschaft außerparteilicher Eliten unterschied sich gegenüber den politischen Führungen beider Länder. Während in Ungarn Intellektuellenverbände, kommunistische Jugendorganisationen und Hochschulveranstaltungen zu Zentren der Opposition wurden, blieben diese in der Tschechoslowakei weitgehend linientreu. Sie hatten auch mehr als in Ungarn mit persönlichen Konsequenzen zu rechnen. Zum Teil deshalb, zum Teil aus langjähriger Überzeugung unterstützten 1956 die meisten außerparteilichen Organisationen in der ČSR die Parteiführung. Ihre ungarischen Pendanten nutzen zeitgleich die innere Schwäche der MDP, um sich von dieser zu distanzieren. Auf öffentlichen Diskussionszirkeln griffen sie die Budapester Führung direkt an. Solche Foren gab es in der Tschechoslowakei nicht, obwohl auch dort vor allem Schriftsteller reformistische Forderungen vorbrachten. Diese hatten jedoch wenig mit der Opposition in Ungarn gemein, die auf einer viel breiteren gesellschaftlichen Grundlage stand und sich nicht über Wochen, sondern Jahre entwickeln konnte.

Rákosi und sein Nachfolger Gerő versuchten, diese abtrünnigen, aber für sie wichtigen

136 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, MPZ-T 6/1955, 1.4.1955: *Außerordentlicher Bericht über die Situation in Ungarn vor der Sitzung des ZK der MSzP im März 1955*, 1.4.1955.

Gruppen zurückzugewinnen, indem sie leere Drohungen aussprachen und Nagy als Integrationsfigur der Reformbewegung öffentlich diskreditierten. Sie bewirkten damit das Gegenteil. Dagegen ging die tschechoslowakische Parteiführung geschickter vor: Sie ging auf einige harmlosere Forderungen ihrer Kritiker ein und vermittelte so den Eindruck kompromissbereit zu sein. Die wichtigeren Emanzipationsforderungen wies sie dagegen mit Drohungen und exemplarischen Repressionen zurück.

Neben den Intellektuellenverbänden waren in allen kommunistischen Systemen die Gewerkschaften wichtige Träger und Vermittler der Parteilinie. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU forderten auch sie in Ungarn und der ČSR mehr Unabhängigkeit von der politischen Führung. Während die ungarischen Arbeitnehmersverbände energisch vorgingen und ein wichtiger Wegbereiter des Aufstands vom Oktober 1956 wurden, unterstützten die tschechoslowakischen Gewerkschaften aber nach kurzer Diskussion wieder die zentrale Parteilinie. Als der ungarische Gewerkschaftsvorstand im Sommer 1956 den tschechoslowakischen Kollegen eine engere Zusammenarbeit unter reformfreudigen Bruderländern vorschlug, lehnte die tschechoslowakische Sekretärin für gewerkschaftliche Außenbeziehungen dies nach eigenen Worten „energisch“ ab. Stattdessen zog sie es vor, nur „von den Erfahrungen der Sowjetunion zu lernen“.¹³⁷

Noch wichtigere Säulen des kommunistischen Systems waren Polizei, Militär und Geheimdienst. Wie sich spätestens im Oktober 1956 zeigte, waren diese in Ungarn teilweise nicht mehr loyal gegenüber der Parteiführung. In der Tschechoslowakei verhielt es sich anders, denn die dortigen Sicherheitsorgane wurden bereits nach dem polnischen Aufstand besonders gründlich auf ihre Parteitreuheit überprüft und entsprechend gesäubert.

Die Bereitschaft verschiedener staatstragender Eliten mit der Parteiführung zusammenzuarbeiten und eigene Emanzipationswünsche zurückzustellen unterschied sich im Frühjahr und Sommer von 1956 also in beiden Ländern deutlich: Während Rákosi und dann Gerő streitbare Parteichefs waren, kritisierte in der Tschechoslowakei niemand aus den höheren Rängen den Parteichef Novotný. Die tschechoslowakischen Schriftsteller fanden mit ihrer Kritik keine Unterstützung in der breiten Bevölkerung. Den studentischen Forderungen kam die Prager Regierung weit genug nach, um – gemeinsam mit Zulassungsbeschränkungen und Säuberungen – eine breitere Opposition zu verhindern. Mit dieser Taktik konnte die tschechoslowakische Parteiführung einen Großteil der gesellschaftlich einflussreichen Eliten an sich binden und einer gesamtgesellschaftlichen Reformbewegung den Boden entziehen. Der in sich geschwächten ungarischen Staatsführung gelang dies nicht. Ihr stand eine relativ breite Front inner- und außerpolitischer Eliten mit ähnlichen Interessen gegenüber, der sie spätestens im Oktober 1956 nicht mehr wirksam entgegentreten konnte. Dieser Kontrollverlust bahnte sich über viele

137 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956: Äußerungen von M. Trojanová, Sekretärin des Gewerkschaftsrats für Auslandsabteilung, auf der KSČ-Plenarsitzung, 5./6.12.1956.

Monate an und ist neben dem Erstarren der inneren Eliten auch auf die internationale Partnerkonstellation zurückzuführen.

1.2.3 Internationale Verbündete nationaler Eliten

Die Stabilität der kommunistischen Systeme und damit die Spielräume für Reformbewegungen hingen nicht nur von der Kooperationsbereitschaft innerstaatlicher Akteursgruppen ab, sondern hatten auch eine internationale Dimension. Diese bestand für Ungarn und die Tschechoslowakei vor allem in der dominanten Rolle der Sowjetunion. Daneben hatten auch die anderen im Warschauer Vertrag offiziell verbündeten kommunistischen Parteien Einfluss auf das Schicksal der einzelnen nationalen Parteiführungen. Ohne die Unterstützung der Bündnispartner, insbesondere die der KPdSU, konnte keine der nationalen Parteieliten im Ostblock dauerhaft ihre Machtposition sichern. Dies hatten bereits der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR und der sogenannte Polnische Oktober (1956) gezeigt.¹³⁸

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU kamen auch die Beziehungen zwischen der sowjetischen Führung und ihren ostmitteleuropäischen Verbündeten auf den Prüfstand. Dabei war die sowjetische Unterstützung der ungarischen KP-Spitze von Anfang an ambivalent und zunächst den Schwankungen im Moskauer Machtzentrum unterworfen. Während sich Rákosi bis zu Stalins Tod als dessen „bester Schüler“ des Beistandes des Kremls gewiss sein konnte, wendete sich das Blatt im Sommer 1953. Die neue Moskauer Kollektivführung kürte Imre Nagy zum Ministerpräsidenten. Als dieser durch seine Reformen bei der KPdSU in Ungnade gefallen war, unterstützte sie 1955 wieder den stalinistischen Flügel Rákosis. Obwohl sie damals den von Rákosi geforderten Parteiausschluss Nagys billigte, bekundeten in der ersten Hälfte des Jahres 1956 zahlreiche kritische Noten an die Budapester Parteiführung das Misstrauen der sowjetischen Führung.¹³⁹ Rákosi versuchte seinen Rückhalt in Moskau zu erneuern, indem er gegenüber dem Botschafter Andropov behauptete, seine Autorität innerhalb der Partei und gegenüber den Arbeitern sei ungebrochen. Auch anderen sowjetischen Genossen versuchte er sich anzubiedern, während er sich bei den anderen Bruderparteien offenbar kaum Mühe gab: In der ersten Jahreshälfte 1956 denunzierte er nicht nur Jugoslawien, sondern auch die führenden polnischen Kommunisten und den ostdeutschen Parteichef Walter Ulbricht.¹⁴⁰ Damit isolierte er sich außenpolitisch weiter, zumal Chruščevs neue Strategie auch verbesserte Beziehungen innerhalb des Warschauer Bündnissystems, aber auch gegenüber Jugoslawien vorsah.

¹³⁸ Vgl. dazu Diedrich 2005 bzw. Orlov 1999.

¹³⁹ Vgl. dazu die Berichte der sowjetischen Gesandten (v.a. Andropov und Mikoyan) an die Moskauer Parteizentrale in: Békés & Byrne et al. 2002, S. Doc. 11, 15, 19, 26.

¹⁴⁰ Dalos 2006, S. 42.

Nachdem Rákosi aus Moskauer Sicht auch die innenpolitische Lage nicht mehr im Griff zu haben schien, intervenierte die KPdSU im Juli 1956 in die ungarische Personalpolitik und setzte den Parteichef ab.¹⁴¹ Dies war aber keine Absage gegenüber dem gesamten konservativen Flügel, denn zum Nachfolger erhob Chruščev mit Gerő einen kaum fortschrittlicheren Genossen in das höchste Parteiamt. Offenbar aber traute man in Moskau auch diesem Generalsekretär nicht zu, selbstständig die ungarischen Regierungsgeschäfte zu leiten. Fast schon prophetisch versicherte der sowjetische Abgesandte Mikoyan der neuen MDP-Führung nach ihrer Inauguration, dass die Sowjetunion jederzeit zur Hilfe kommen würde, falls unvorhergesehene Ereignisse eintreten.¹⁴² Dies klang nur auf den ersten Blick nach einem partnerschaftlichen Angebot. Denn eigentlich war die sowjetische Haltung für den altstalinistischen Flügel der MDP-Führung auch nach Rákosis Amtsenthebung unvorteilhaft: Einerseits kritisierten die Moskauer Beobachter „revisionistische Organisationen“ wie den Petőfikreis in Ungarn,¹⁴³ andererseits banden sie mit den Beschlüssen des XX. Parteitags der ungarischen Staatspartei die Hände für Repressionen.¹⁴⁴ Die konservative Führungselite Ungarns hatte 1956 also in der Sowjetunion keinen Partner, der ihre politische Linie vorbehaltlos unterstützen würde. Allerdings traf dies ebenso wenig auf die reformorientierten Mitglieder der MDP-Führung zu. Die außerparteiliche Reformbewegung stieß in Moskau sogar auf harte Kritik, obwohl sie sich in vielen Punkten nur an den Beschlüssen des letzten Moskauer Parteitags orientierte.

Im Vergleich zur ungarischen genoss die KSČ-Führung aus Moskau deutlich größeren Rückhalt. Das lag laut dem tschechischen Historiker und ehemaligen Reformkommunisten Jiří Pelikán daran, dass die sowjetische Führung „einer kommunistischen Partei ohne Profil und ohne besonderes Ansehen“ den Vorzug gab.¹⁴⁵ Ganz nach den Vorstellungen der Moskauer Parteispitze bemühte sich die KSČ nicht vorrangig um „das Vertrauen der Massen“, sondern vielmehr um straffe innere Parteidisziplin.¹⁴⁶ Gleichzeitig verließ sich die Führung der tschechoslowakischen KP völlig auf die sowjetische Unterstützung bei ihren Entscheidungen, weshalb sie in Moskau als verlässlicher Partner galt.

Die politische Einstellung Novotnýs unterschied sich von der Rákosi prinzipiell wenig. Auch Novotný war im Stalinismus sozialisiert worden und lehnte die Sonderwege Polens und Jugoslawiens strikt ab. Anders als ihre ungarischen Genossen sprachen die tschechoslowakischen Altstalinisten Kritik gegenüber sogenannten sozialistischen Bruderländern nur innerhalb ihrer eigenen Gremien aus. Einen Affront gegenüber den Bündnispartnern leisteten sie sich nicht. Die Moskauer Führung begrüßte die Berechenbarkeit der KSČ, auf die sie sich auch in der tschechoslowakischen Innenpolitik verlassen konnte. Sie stärkte

141 Békés & Byrne et al. 2002, S. 116–118.

142 Pronko 1999, S. 78; 80.

143 Békés & Byrne et al. 2002, S. 11.

144 Ekiert 1996, S. 48.

145 Pelikán 1976, S. 98.

146 Ebenda.

diejenigen Mitglieder des tschechoslowakischen Zentralkomitees, die Veränderung in der politischen Praxis ablehnten – und das war zumindest ab Juni 1956 die Mehrheit des Plenums. Auch die versorgungsorientierte Wirtschaftspolitik Novotnýs entsprach Chruščevs ökonomischen Stabilisierungsabsichten.¹⁴⁷

Unabhängig von der aktuellen Politik der KSČ war die ČSR als Frontstaat im Kalten Krieg für den Kreml aus militärstrategischen Gründen besonders wichtig. An ihrer außenpolitischen Loyalität und inneren Stabilität war Moskau deshalb besonders interessiert.¹⁴⁸ Ungarn war von anderen kommunistischen Staaten und dem neutralen Österreich umgeben und daher in dieser Hinsicht weniger bedeutend.

Nicht zuletzt deshalb verfügte Novotný 1956 – anders als Rákosi – über einen soliden Rückhalt aus der Sowjetunion. Dies ließ er sich auch immer wieder bestätigen, so zum Beispiel nachdem ein sowjetischer Mitarbeiter des Außenministeriums die kurzzeitig sehr freimütige Diskussion nach dem XX. Parteitag der KPdSU in der ČSR kritisierte.¹⁴⁹ Als Novotný mit dem sowjetischen Botschafter über die Kritiker unter den tschechoslowakischen Schriftstellern und Studenten sprach, erhielt er ebenfalls Rückendeckung für den repressiven Kurs gegenüber diesen Gruppen.¹⁵⁰ Auch was die stalinistische Vergangenheitsbewältigung anging, waren sich die neue Moskauer Kollektivführung und die KSČ-Spitze einig. So lehnten sowjetische Vertreter bereits 1955 gegenüber Novotný und seinem Innenminister Barák eine Neubewertung des Slánský-Prozesses genauso ab wie diese selbst. Ende 1956 bezeichneten sie Slánský sogar als „tschechoslowakischen Nagy“, dessen rechtzeitige Beseitigung eine Kontrarevolution ungarischen Typs vermeiden habe.¹⁵¹ Damit billigten sie implizit die Taktik Novotnýs und anderer führender KSČ-Funktionäre, sich mit Verweis auf Slánský von den stalinistischen Rechtsverletzungen zu exkulpieren. Die sowjetische Unterstützung wirkte sich indirekt auch auf Novotnýs Position im Zentralkomitee aus, wo er 1956 auf solide Mehrheiten für seine Entscheidungen zählen konnte.¹⁵²

Für Ungarn als auch die Tschechoslowakei war 1956 eine Partnerschaft mit dem Westen von sehr untergeordneter Bedeutung. Daran änderte auch die geplante Entspannung des Ost-West-Konflikts nach dem XX. Parteitag der KPdSU zunächst nichts. Ohnehin konnte sich die stalinistisch orientierte Parteiführung Ungarns aus dem Westen und von größeren internationalen Organisationen kaum Unterstützung erwarten. Die ungarischen Reformer und später die Aufständischen erhielten zwar in den Westmedien großen Beifall, eine aktive Förderung gab es jedoch allein deshalb nicht, weil dies die

147 Pernes 2007, S. 131.

148 Štaigl 1999, S. 163–164.

149 Madry 1994, S. 29.

150 Kaplan 1988, S. 82.

151 Madry 1994, S. 28.

152 Vgl. dazu die Sitzungsprotokolle des Zentralkomitees von 1956 in NA Praha AÚV KSČ: Fonds 2/2.

Entspannungsbemühungen gegenüber der Sowjetunion hätte gefährden können.¹⁵³ Sehr plastisch kam dies auf der Titelseite des großen amerikanischen Wochenmagazins *Time Magazine* zum Ausdruck: Dort wurde 1956 der Prototyp des ungarischen Freiheitskämpfers zum „Man of the Year“ gekürt; ein Jahr später erhielt die Auszeichnung auf dem Deckblatt wieder eine Figur östlich des Eisernen Vorhangs: Nikita Chrusčev.¹⁵⁴

Während sich die westliche Politik bis auf punktuelle Bemerkungen wenig mit der ungarischen Parteiführung auseinandersetzte, wandte sich die internationale römisch-katholische Kirche 1956 der Oppositionsbewegung zu. Offenbar fühlte sich der Vatikan in der Pflicht, weil die ungarischen Katholiken seit den Nachkriegsjahren unter den staatlichen Terrormaßnahmen besonders gelitten hatten. Die symbolische Schlüsselfigur in diesem Zusammenhang war der über Jahre inhaftierte Kardinal Mindszenty, der in den ersten Tagen des Volksaufstands befreit wurde.¹⁵⁵ Auch in dieser Zeit unterstützte der Vatikan die Revolutionsbewegung, wobei die Behauptung, Papst Pius XII. habe die „Konterrevolution begeistert unterstützt“ sicherlich als Übertreibung der post-revolutionären ungarischen Propaganda anzusehen ist.¹⁵⁶

Die ohnehin kaum dialogbereite KSC konnte ebenso wenig wie Rákosi und Geró mit politischem Beistand aus dem Westen rechnen. Allerdings suchte sie den auch nicht, sondern orientierte sich starr an der Sowjetunion und deren außenpolitischen Interessen. Die Reformströmungen in der ČSR außerhalb der Partei waren zu kurzlebig, als dass sie engeren Kontakt zum Westen aufnehmen hätten können. Lediglich im künstlerischen Bereich gab es eine bereits erwähnte Annäherung, die allerdings ebenfalls weit von einer politisch relevanten Partnerschaft entfernt blieb. Sogar zu den anderen kommunistischen Ländern wurden in der Folge des reformfeindlichen Kurses der KSC-Führung ab Mai 1956 die Kontakte erschwert,¹⁵⁷ weshalb auch dortige potenzielle Verbündete außer Reichweite blieben.

Der reformistisch orientierte Parteiflügel in der ungarischen Staatspartei konnte dagegen mit einer gewissen Unterstützung aus Jugoslawien und Polen rechnen. Inspirierend wirkte hier Gomulkas Rede vom 22. Oktober 1956, die einen nationalen Sonderweg versprach.¹⁵⁸ Zusätzlich kam Hilfe aus Moskau, wo die KPdSU-Führung die ungarischen Politiker aufforderte, das jugoslawische Beispiel zumindest zu tolerieren.¹⁵⁹ Beides führte den Altstalinisten im Budapester Politbüro deutlich vor Augen, dass ihre über Jahre praktizierte starre Linie überall angezweifelt wurde. Bis zum Herbst 1956 gelang es ihnen jedoch nicht, ein funktionsfähiges Alternativprogramm zu etablieren.

153 Zum westlichen Standpunkt gegenüber Ungarn 1956 vgl. ausführlich Dockrill 1999.

154 Dalos 2006, S. 86.

155 Klimó 2006, S. 199; vgl. dazu ergänzend Somorjai & Zinner 2008; Rosdy 2006.

156 So Molnár & Lieska 1972, S. 18–19 in seinem propagandistischen Standardwerk zur Aufarbeitung des Ungarnaufstands, das im Ostblock in mehreren Sprachen erschien.

157 NA Praha, KSC-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 113, Nr. 134, Punkt 30 (Anhang III), 27.8.1956.

158 Békés & Byrne et al. 2002, S. 13.

159 Ebenda, S. Doc. 14.

Als sich Gerő im Oktober 1956 in der ersten Phase des Volksaufstandes verzweifelt an Chruščev wandte, zeigte sich endgültig, dass dieser der im Zerfall begriffenen MDP-Führung nicht mehr vertraute: Ihre Bitte um einen sowjetischen Militäreinsatz lehnte er zunächst ab. Erst als ihm die eigenen sowjetischen Beobachter dazu rieten, ließ er die sowjetischen Truppen in Budapest aufmarschieren.¹⁶⁰ Wie der weitere Verlauf der Ereignisse zeigte, bedeutete dies jedoch keineswegs, dass der reformistische Parteiflügel in Ungarn eher auf die Unterstützung Moskaus hätte zählen können. Allerdings schien es bei der Beschlussfassung im Moskauer Parteipräsidium während des Ungarnaufstands zeitweise denkbar, Ungarn sich selbst zu überlassen. Dieser Vorschlag wurde jedoch nach langer Diskussion und im Einvernehmen mit den Führungen der anderen Warschauer-Pakt-Staaten wieder verworfen.¹⁶¹ Die Sowjetunion hatte sich also weder auf die Seite der ungarischen Reformen noch die ihrer Gegner gestellt, sondern letztlich ihre eigenen Vorstellungen einer funktionsfähigen Staatsführung mit militärischen Mitteln durchgesetzt.

Bald nach der Niederschlagung der Ungarischen Revolution stellte sich heraus, wie schwach die internationalen Partnerschaften der Reformen auf allen Ebenen waren: Nicht nur die Sowjetunion und die konservativen Bündnispartner aus der DDR und der ČSR hatten sich gegen die ungarische Reformbewegung gestellt. Auch ihre ursprünglichen Befürworter, darunter Gomułka und Tito, lehnten nachträglich die radikalisierten Positionen der Revolutionsregierung ab und befürworteten deren Beseitigung durch die Rote Armee.¹⁶² Auch die aus dem Westen, insbesondere den USA, erhoffte Hilfe für die Reformen erwies sich als völlige Illusion.¹⁶³ Selbst Nagys Hilfesuch an die Vereinten Nationen blieb ebenso erfolglos wie seine Kontaktaufnahme mit zahlreichen ausländischen Botschaften in Budapest.¹⁶⁴ Aus Sicht des Westens erschien die Stabilität der Blockgrenzen angesichts der Gefahr eines Atomkrieges wichtiger als die volle Souveränität Ungarns. Innerhalb des Ostblocks wiederum basierte der Bündniskonsens 1956 wesentlich auf der gemeinschaftlich zu leistenden Absicherung der sozialistischen Herrschaftssysteme.

1.2.4 Kapazität und Bereitschaft für staatliche Repressionen

Die institutionellen Spielräume für Neuerungen waren ebenso wie die in- und ausländischen Allianzen von einem weiteren Faktor abhängig: den staatlichen Repressionen. Entscheidend war dabei offensichtlich die jeweilige Einschätzung des Risikos, solche

160 Klimó 2006, S. 32.

161 Békés 2006.

162 Granville 1998, S. 682, Granville 2001, S. 1065; Békés 2006, S. 150.

163 Zur Bewertung der amerikanischen Reaktion auf den Ungarnaufstand vgl. Dockrill 1999.

164 Zu den langwierigen und letztlich aus Sicht der ungarischen Reformen ergebnislosen Verhandlungen der ungarischen Frage bei den Vereinten Nationen vgl. Békés et al. 2006.

Zwangmaßnahmen zu erleiden. Denn die tatsächliche Kapazität und Bereitschaft der politischen Führung, divergente Entwicklungen repressiv zu unterdrücken, dürfte für Zeitgenossen schwierig festzustellen gewesen sein.

Allerdings ist es auch heute kaum möglich, das Ausmaß der staatlichen Repressionen in Ungarn und der Tschechoslowakei objektiv zu erheben. Zwar gab es immer wieder Versuche, die staatliche Gewalt in den unterschiedlichen kommunistischen Ländern in Zahlen auszudrücken und dann zu vergleichen. Doch diese Angaben sind zwangsläufig ungenau: Einerseits führten viele Fälle beispielsweise polizeilicher Gängelung nicht zu Gerichtsverhandlungen und sind daher unzureichend dokumentiert. Andererseits unterscheiden sich verschiedene Quellen über die Anzahl der Verhafteten und Hingerichteten in einem bestimmten Land und Zeitraum bereits sehr. Dennoch behaupten viele Autoren, in dem von ihnen behandelten Land seien die Repressionen häufiger gewesen als in den umliegenden, ohne dafür jedoch einen überzeugenden Nachweis zu erbringen.¹⁶⁵ Problematisch wird es, wenn vor allem auf der Grundlage solcher empirisch nicht gesicherten Annahmen Theorien darüber konstruiert werden, warum es in der ČSR 1956 keinen dem ungarischen ähnlichen Aufstand gab.

Dennoch kann ein Vergleich des Repressionsrisikos für die ungarischen bzw. tschechoslowakischen Reformströmungen wichtige Erkenntnisse über die Ursachen und das Ausbleiben von Reformbewegungen bringen. Schließlich muss eine vergleichende Betrachtung nicht auf absoluten Zahlen beruhen, sondern kann auch relative Veränderungen aufgreifen. Für diese war nicht das numerische Ausmaß staatlicher Zwangsmaßnahmen entscheidend, sondern die jeweilige Wahrnehmung des Repressionsrisikos. Diese hing wiederum eng mit der jeweils propagierten politischen Linie und damit freilich auch den verwirklichten Repressionsdrohungen zusammen. Hier lassen sich zwischen Ungarn und der ČSR von 1953 bis 1956 deutliche Unterschiede erkennen.

Einsatz und Reichweite staatlicher Repressionen in Ungarn

Schon bald nach seiner Amtsübernahme im Sommer 1953 erklärte Nagy öffentlich, den Repressionskurs Rákosis auszusetzen. Ein Aufatmen ging durch die Gesellschaft und bewirkte eine ungekannte Blüte des ungarischen Kultur- und Geisteslebens. Die neue Furchtlosigkeit verstärkte sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU, der die stalinistischen Verfolgungen offiziell verurteilte. Dies interpretierten die Reformer in Ungarn

¹⁶⁵ Blaive 2001, S. 187–195 bringt zahlreiche Beispiele für unterschiedliche Angaben für die Zahl der Verhafteten und Hingerichteten in Ungarn und in der ČSR. Außerdem zeichnet sie anschaulich nach, wie die folgende, auf ungesicherten Informationen beruhende Behauptung Karel Kaplans immer wieder zitiert und zum Teil auch verzerrt wiedergegeben wurde: Schon die ersten tschechoslowakischen Schauprozesse hätten so viele Tote gefordert wie die aller anderen Volksrepubliken zusammen (Kaplan in *Nová mysl*, 1968, S. 914–915).

dahingehend, dass nun auch Rákosi die Autorisierung für Gewaltanwendung abhandengekommen war. Dies schien sich zu bestätigen, als im Petőfikreis und anderen Foren über Monate praktisch ungestraft Reformideen verbreitet werden konnten. Allerdings war es nicht nur die sowjetische Initiative, die 1956 in Ungarn Repressionen reduzierte. Rákosi selbst hielt die Reformbewegung im Sommer 1956 bereits für zu umfangreich, um diese durch Gewalt begrenzen zu können. Nach seinen Worten halfen „Verhaftungen hier nicht (. . .). Verhaften wir die einen, kommen andere; verhaften wir diese, kommen wieder andere, und so wird es weitergehen“.¹⁶⁶ Der Eindruck, dass die ungarische Parteiführung nicht mehr an Repressionen interessiert sei, verstärkte sich, als Führungsmitglieder in den Sommermonaten 1956 ständig im Ausland beschäftigt waren. Um die innere Reformdynamik schienen sie sich nur zweitrangig zu kümmern. Im Oktober 1956 setzte der konservative Parteiflügel der MDP ein weiteres Signal in diese Richtung, als er mit Nagy wieder einen erklärten Vertreter der repressionsfreien Politik in die Partei aufnahm.¹⁶⁷ Für die sich ausweitende gesellschaftliche Reformbewegung sah es daher so aus, als kehrten nun auch die Altstalinisten langsam von ihren autoritär-bürokratischen Methoden ab.

Dies erwies sich allerdings als Trugschluss, wie schon aus den ersten politischen Reaktionen auf die Großdemonstrationen der ungarischen Studenten vom 22. und 23. Oktober 1956 deutlich wurde. Gerő ließ die Massenversammlungen unter Androhung des Standrechts verbieten. Mithilfe von Einsatzplänen für den Notstand wollte er entschlossen gegen die Demonstranten vorgehen.¹⁶⁸ Während die Bereitschaft zur gewaltsamen Unterdrückung im ungarischen Politbüro durchaus vorhanden war, zeigte sich der kommunistische Exekutivapparat dazu aber nicht mehr in der Lage: Zum einen waren die staatlichen Ordnungskräfte, darunter vor allem Polizei und Militär, oft nicht bereit, sich an einer gewaltsamen Auflösung der Proteste zu beteiligen.¹⁶⁹ Zum anderen war es aus Kapazitätsgründen unmöglich, kurzfristig Hunderttausende Demonstrierende zu verhaften: die ungarischen Gefängnisse waren bereits vor dem Aufstand übervoll.¹⁷⁰ Auch die gut bewaffneten und dem Politbüro gegenüber loyalen Geheimdienste waren der zahlenmäßigen Übermacht der Demonstranten nicht gewachsen.¹⁷¹ Außerdem konnte sich die ungarische Führung ein Massaker mit Tausenden von Opfern vor der Weltöffentlichkeit kaum erlauben, zumal nun auch die Unterstützung aus Moskau ungewiss war. Die bloße Androhung von Gewalt genügte Ende Oktober 1956 in Ungarn nicht mehr, um die mobilisierten Massen einzuschüchtern. Diese nahmen die eindeutig ratlose politische Führung wohl auch nicht mehr ernst, nachdem diese schon in den

166 Zit. nach Pronko 1999, S. 78.

167 Békés & Byrne et al. 2002, S. 11-12; Doc. 18, 19.

168 Kiss 2006, S. 120.

169 Litván 1994, S. 66.

170 Varga 2001, S. 68; Blaive 2001, S. 196–197.

171 Ekiert 1996, S. 52.

ersten Tagen des Aufstands mehrfach Demonstrationsverbote und Standrecht verkündet und dann wieder aufgehoben hatte.

In diesen Tagen zeigte sich eindrucksvoll, wie der Druck der öffentlichen Kommunikation die Problemlösungsroutinen des politischen Systems aushebelte und „neue, unter intensiver öffentlicher Aufmerksamkeit stehende Problemlösungsprozesse“ in Gang setzte.¹⁷² Aus eigener Kraft konnte sich die ungarische Staatsführung während des Volksaufstands im Oktober 1956 also nicht mehr behaupten. Die Bereitschaft und auch die physischen Möglichkeiten zur Niederschlagung hatte letztlich nur die sowjetische Führung. Ihrem militärischen Eingriff Anfang November 1956 folgte eine Welle der repressiven Vergeltung gegen die vermeintlich Hauptverantwortlichen des Ungarnaufstands. Daran beteiligte sich auch die restaurierte ungarische KP unter Kádár, nun bereits unter dem neuen Namen *MSzMP*. Gemeinsam mit sowjetischen Beratern, Soldaten und Agenten versuchte sie mit den ihr verbliebenen Organen, insbesondere dem Geheimdienst, über Monate das aufgebrachte Volk unter Kontrolle zu bringen. Teilweise wurden dabei auch minderjährige Aufständische in die Sowjetunion deportiert, Todesurteile und lange Freiheitsstrafen unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhängt und Internierungslager wieder eingeführt. Im Schnelldurchgang erfuhren die Säuberungen der späten vierziger Jahre eine Neuauflage und erfassten weite Teile der Gesellschaft und des Verwaltungsapparats. Doch der Widerstand der Revolutionsverbände war ausdauernd: Noch Ende Dezember 1956 organisierten Arbeiterräte einen landesweiten Streik, den die restaurierte ungarische Staatsmacht durch die Einführung der Todesstrafe für die Anstiftung zur Arbeitsniederlegung zu verhindern versuchte.¹⁷³ Endgültig konnte jedoch erst die sowjetische Armee den Widerstand brechen, als sie die Quartiere des nationalen Arbeiterrats umzingelte und viele Arbeiterräte verhaftete.¹⁷⁴ Während im Winter 1956 und auch im Folgejahr bei der Kádárführung durchaus die Bereitschaft zur gewaltsamen Herrschaftssicherung zu beobachten war, war sie bis zur Erneuerung des ungarischen Exekutivapparats völlig auf die sowjetische Unterstützung angewiesen, um die Repressionen auch durchzusetzen.

In der Tschechoslowakei gab es 1956 zwar keinen Anlass für offene Kampfhandlungen, aber die staatlichen Exekutivorgane waren darauf besser vorbereitet als die ungarischen. Allerdings kam es in der ČSR auch zu keinem vergleichbaren Großeinsatz. Dafür hatte der staatliche Überwachungsapparat dort bereits seit 1953 und dann wieder verstärkt ab Sommer 1956 umfangreiche Präventivmaßnahmen ergriffen. So erstickte Novotnýs Innenpolitik im Herbst 1956 alle aufflackernden Ansätze einer unabhängigen Öffentlichkeit erfolgreich im Keim.

172 Imhof 2008, S. 67. Wie und warum die repressiven Ordnungsstrategien der kommunistischen Führung in Ungarn im Einzelnen versagten, beschreibt eindrucksvoll Kiss 2006.

173 Ormos 1989; Göllner 2003, S. 115–117.

174 Tóth 2005, S. 595.

Einsatz und Reichweite staatlicher Repressionen in der ČSR

Anders als in Ungarn gab es in der kommunistischen Führung der Tschechoslowakei keine Stimmen, die selbst Reformen unterstützt hätten. Deshalb legte die Prager Führungsriege in den Monaten vor und nach dem XX. Parteitag der KPdSU mehr Konsequenz im Umgang mit Reformströmungen an den Tag. Dazu gehörten auch Repressalien, die in der ČSR 1956 allerdings nicht mehr den Massencharakter der „Aufbaujahre“ hatten. Das war auch gar nicht nötig, da zu dieser Zeit in der ČSR nur noch wenige Kräfte existierten, die den bestehenden Herrschaftsstrukturen wirksamen Widerstand entgegensetzen wollten oder konnten. Die wenigen verbliebenen Gegner beseitigten die tschechoslowakischen Überwachungsorgane weiterhin, wenn auch gezielter und differenzierter. Anders als zur Zeit der Schauprozesse Anfang der fünfziger Jahre genügte es nun, unliebsame Stimmen zu isolieren und ihren Einfluss in der Öffentlichkeit zu begrenzen.¹⁷⁵

Die wenigen Bestrafungsakte 1956 richteten sich hauptsächlich gegen demonstrierende Studenten und Hochschullehrer und erst nach dem Posener Arbeiteraufstand vermehrt auch gegen streikwillige Arbeiter.¹⁷⁶ Neben gezielten Säuberungen handelte es sich dabei um exemplarische Aktionen, die mit relativ geringem Aufwand eine Drohkulisse für potenziell mobilisierbare Kritiker aufrechterhielten. Dabei war den Studenten durchaus bewusst, dass sie unter geheimdienstlicher Beobachtung standen.¹⁷⁷ Gleichzeitig wurden die Grenzen für Streiks und andere Protestaktionen propagandistisch vermittelt. Dennoch verzichtete die politische Führung auf umfassende Zwangsmaßnahmen gegen die eigene Bevölkerung, was sie in einem menschlicheren Licht erscheinen lassen sollte. Die Androhung von Vergeltungsmaßnahmen in Ungarn erwies sich dagegen nach den vorherigen Amnestien und Rehabilitationen als inkonsequent und damit kontraproduktiv. Auch folgten ihr – anders als in der ČSR – kaum Taten. Die wenigen tatsächlichen Gewaltanwendungen in der Tschechoslowakei trugen dagegen effektiver zur Stabilisierung der politischen Ordnung bei als die leeren Drohungen Rákosis und Gerő's. Die tschechoslowakische Führung ließ zwischen 1953 und 1956 zu keiner Zeit Zweifel an ihrer Bereitschaft und auch Fähigkeit zur gewaltsamen Sicherung des eigenen Herrschaftsanspruchs.

1.3 Organisations- und Mobilisierungsstrukturen reformorientierter Akteursgruppen um 1956

Mit einer Öffnung der politischen Ordnung allein lässt sich die Entstehung von Reformbewegungen wie der ungarischen im Herbst 1956 jedoch noch nicht hinreichend erklären. Für eine gesellschaftliche Mobilisierung zu Reformzwecken sind außerdem

¹⁷⁵ Marušiak 2007, S. 9–10; speziell zu Repressalien gegen Schriftsteller vgl. Holý 2008, S. 43.

¹⁷⁶ Blaive 2001, S. 133; Kramer 2006, S. 12; 14–15.

¹⁷⁷ Pernes 2000, S. 606–607.

entsprechende Organisationsstrukturen wichtig. Wie Roth und Rucht (2008) darlegen, sind „Bewegungen (...) keine Organisationen; sie benötigen jedoch Organisationen um sich zu bewegen.“¹⁷⁸ Dies legt umgekehrt nahe, dass Reformbewegungen dort nicht oder nur kurzfristig entstehen können, wo aus bestimmten Gründen keine entsprechenden Organisationsstrukturen vorhanden sind. Dies bestätigt sich auch im Vergleich der uneinheitlichen und kaum organisierten reformistischen Strömungen in der Tschechoslowakei mit den zeitweise eng kooperierenden Revolutionskomitees in Ungarn.

1.3.1 Organisationsgrad und Vernetzung von Reformströmungen in Ungarn

Die ungarische Reformbewegung einschließlich ihrer Eskalation im Oktober 1956 erschien vielen Zeitgenossen und Historikern impulsiv, spontan und unorganisiert.¹⁷⁹ Diese Betrachtung ignoriert jedoch einen wichtigen Teil der Entstehungsgeschichte der Ungarischen Revolution. Selbst das vermeintliche Chaos des eigentlichen Aufstands hatte durchaus Methode: Zahlreiche Organisationen formierten sich auf der Basis bestehender Strukturen, andere kurzfristig im Verlauf der Geschehnisse. Insofern schließen sich Organisiertheit und Spontaneität nicht aus. Neuere Studien betonen daher die koordinatorische Bedeutung von Revolutionskomitees und Arbeiterräten.¹⁸⁰ Diese erweisen sich bei näherer Betrachtung als zielorientierte, arbeitsteilig und Ressourcen vereinigend strukturierte Verbände und erfüllten damit alle Kriterien einer Organisation.¹⁸¹ In den meisten westlichen Veröffentlichungen vor 1989 und auch vielen neueren kommt dieser Aspekt zu kurz.¹⁸² Möglicherweise entstand diese Gewichtung in dem Bestreben, sich von der offiziellen Interpretation des ungarischen Restaurationsregimes abzusetzen, wonach der Aufstand von langer Hand von „faschistischen Elementen“ und westlichen „Verschwörern“ vorbereitet und organisiert worden sei.¹⁸³ Obwohl sich nach dem heutigen Forschungsstand die aktive Beteiligung westlicher Agenten und auch spätfaschistischer Agitatoren eindeutig ausschließen lässt, hat die ungarische Reformbewegung von 1956 von anderen Organisationsformen profitiert, die eine genauere Untersuchung verdienen.

Für die Analyse solcher Organisationsstrukturen und den Vergleich mit der tschechoslowakischen Situation bietet sich eine Kategorisierung nach drei Akteursgruppen an: (1) Intellektuelle und Studenten, die im Vorlauf des Ungarnaufstands und in den Monaten nach seiner Niederschlagung programmatisch Forderungen formulierten; (2) Arbeiter, Angestellte und Soldaten, die sich in Arbeiterräten und Revolutionskomitees für

178 Roth & Rucht 2008, S. 25.

179 z. B. Ekiert 1996, S. 49; 101-102; Tůma 2007, S. 46; Berend 1996, S. 122.

180 Gyáni 2006, S. 70–71.

181 vgl. dazu die kompakte Definition von *Organisation* bei Raschke & Tils 2007, S. 169.

182 Eine wichtige Ausnahme bildet die (abschnittweise ideologisierend anmutende) Studie von Lomax 1979.

183 Berecz 1964, S. 15, zit. nach Dömötörfi 2006, S. 46.

basisdemokratische Werte engagierten; (3) junge bewaffnete Arbeiter, die für nationale und freiheitliche Ideale auf der Straße kämpften.¹⁸⁴

Unter diesen Gruppen war die der jugendlichen Straßenkämpfer am wenigsten klar strukturiert. Ihre (freilich ausschlaggebenden) Aktivitäten hatten besonders anfangs improvisatorischen Charakter. Allerdings bildeten auch sie während ihrer Kämpfe Stützpunkte und organisierten sich in lokalen Widerstandsbasen. Diese befanden sich an strategisch wichtigen und gleichzeitig für schweres Geschütz unzugänglichen Punkten in ganz Budapest.¹⁸⁵ Formiert hatten sich diese Widerstandszellen im Rahmen von Freundschaften, lokalen Vereinen und Subkulturen.¹⁸⁶ Untereinander standen die Kämpfergruppen allerdings nur sehr lose in Verbindung.

Die intellektuelle Bewegung hatte in Ungarn dagegen mit dem Petőfikreis ein gemeinsames Forum, um sehr offen die politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Probleme anzusprechen und Reformkonzepte zu verbreiten. Offiziell gehörte der Diskussionszirkel dem kommunistischen Jugendverband (DISZ) an, dessen bestehende Kommunikationsstrukturen auch genutzt wurden. Zwar war der Petőfikreis keine offiziell anerkannte Organisation und eher lose strukturiert, doch seine Mitglieder trafen sich regelmäßig, hatten ähnliche Ziele und arbeiteten an gemeinsamen Programmen. Dafür waren zunächst weder Mitgliedsausweise noch schriftliche Einladungen nötig, was den staatlichen Zugriff erschwerte. András Hegedűs, Mitbegründer des Forums, beschrieb dessen Mitgliederarbeit später so: *„there was no need to bother with sending out invitations, and membership cards had to be introduced later only in order to limit the size of the audience and not for the purpose of certifying whether someone belonged to the organization. Checking attendance was never practised.”*¹⁸⁷ Die Veranstaltungen waren gut besucht, vor allem die Diskussion über die Rolle der Medien vom 27. Juni 1956, an der über 6000 Interessenten teilnahmen.¹⁸⁸

Trotz unterschiedlicher inhaltlicher Prioritäten unter den reformorientierten Intellektuellen in Ungarn waren sich 1956 die einzelnen Strömungen in der Ablehnung eines dogmatischen, fast alle Gesellschaftsbereiche durchdringenden Führungsstils einig. Der Schriftsteller Tibor Déry brachte dies folgendermaßen auf den Punkt: *„Der Ursprung unserer Probleme liegt in einem Mangel an Freiheit.“*¹⁸⁹ Diese Haltung vertraten auch viele Angehörige von Universitäten, Forschungsinstituten und dem Journalistenverband,

184 Diese 3 Akteursgruppen benennt auch Ebenda, S. 64 \textit{cit.}. Vgl. dazu außerdem Varga 2001, S. 62–63.

185 Solche Stützpunkte gab es z. B. in Pest in der Corvin-Passage sowie an verschiedenen Punkten des VIII. und IX. Bezirks; in Buda am Széna- und am Móricz-Zsigmond-Platz, außerdem in den Industriegebieten Csepel und Újpest (Litván 1994, S. 78; s. Karte 1, S. 67).

186 Roth & Rucht 2008, S. 25. Beispiele für solche Kontexte für den ungarischen Fall nennt Dömötörfi 2006, S. 46–48 \textit{cit.}.

187 Hegedűs 1997, S. 116.

188 Vida 2006, S. 26–27; Pukanszky 2004, S. 98–101.

189 Hegedűs et al. 1991, S. 97.

die seit dem Frühjahr 1956 ebenfalls dem Petőfikreis beiwohnten. Das innere Gefühl der Einigkeit stütze sich auf die Prinzipien des XX. Parteitags der KPdSU und die „geistige Begeisterung“, wie Gábor Tánczos, der damalige Hauptsekretär des Kreises, bemerkte.¹⁹⁰

Bestimmte Medien halfen die kritischen Ideen des Petőfikreises zu verbreiten. Neben der Lokalpresse taten dies vor allem Literaturzeitschriften wie *Irodalmi Ujság* und *Új Hang*.¹⁹¹ Auch das Magazin des kommunistischen Jugendverbands *Szabad Ifjúság* stimmte sich immer mehr auf die Reformen ein. Am 23. Oktober 1956 veröffentlichte es als einziges offizielles Medium in voller Länge den Forderungskatalog, den der Petőfikreis tags zuvor herausgegeben hatte.¹⁹² Die mediale Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der reformistischen Intellektuellen war überaus wichtig, um deren Ideen breiteren Gesellschaftsschichten zugänglich zu machen.

Allerdings endete die Aktivität des Kreises bereits, bevor der Aufstand am 23. Oktober 1956 richtig in Gang kam. Im Gegensatz zu anderen Verbänden, die nun die Rolle der öffentlichen Anführer übernahmen, fehlte dem losen Diskussionsforum eine organisierte Plattform und letztlich auch ein konsistentes politisches Programm.¹⁹³ Seine Mitglieder hatten kein zentrales Büro, sondern waren über die Hauptstadt und teilweise das ganze Land zerstreut. Für ratsuchende Vertreter anderer Reformorganisationen waren sie daher im entscheidenden Moment unauffindbar. Erst am 4. November wollte sich das Forum neu organisieren, indem es ein Manifest, ein vielversprechendes Führungsgremium und Pläne für eine eigene Wochenzeitung vorlegte. Doch die Bemühungen kamen zu spät und fielen der zweiten sowjetischen Militäraktion zum Opfer.¹⁹⁴ Während der Revolution hatte der Petőfikreis also keine führende Funktion, weil ihm selbst eine konsistente Struktur fehlte. Nicht zuletzt wegen ihrer losen Struktur verpasste es die Intellektuellenvereinigung in den ersten Tagen des Aufstands, eine breite Öffentlichkeit für ihre vergleichsweise gemäßigten Liberalisierungsforderungen zu begeistern. Diese Funktion übernahmen daher andere, besser organisierte Gruppen. Diese traten ohne den Rat der oft idealistischen Denker wirkungsvoll in Erscheinung, allerdings mit deutlich radikaleren Forderungen, die letztlich auch die militärische Niederschlagung der Ungarischen Revolution begünstigt haben dürften.

Eine dieser radikaleren Gruppen war die ungarische Studentenschaft. Auch sie ließ sich zunächst von den Reformideen der Künstler und Intellektuellen im Petőfikreis inspirieren. Nach dessen Beispiel entstanden an fast allen ungarischen Hochschulen im Sommer und Herbst 1956 studentische Reformzentren, über die die kommunistische Jugendorganisation DISZ langsam die Kontrolle verlor. Gleichzeitig radikalisierte sich

190 Hegedűs 1997, S. 114.

191 Alföldy 1997, S. 20; Litván 1994, S. 62–63; Tóth 2005, S. 586–587.

192 Hegedűs 1997, S. 127.

193 Ekiert 1996, S. 47.

194 Hegedűs 1997, S. 128.

die Bewegung außerhalb der offiziellen Strukturen.¹⁹⁵

In einem unabhängigen Formierungsakt wurde in der südungarischen Universitätsstadt Szeged am 16. Oktober 1956 die seit sechs Jahren verbotene Studentenvereinigung MEFESZ wiedergegründet. Als selbstbestimmte Organisation wählte sie ihre Anführer demokratisch und völlig ohne Parteiprüfung. Allein das kam in einem staatssozialistischen Land bereits einem revolutionären Akt gleich. Dafür spricht zumindest die Reaktion der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest. Diese beobachtete die systematische Erneuerung der alten Studentenverbände bereits seit Anfang 1956 genau und kritisierte sie als „Erbe der Konterrevolution“. Die neu gegründeten Zentren seien teilweise reaktionär und müssten durch staatliche Eingriffe beseitigt werden.¹⁹⁶

Doch die staatlichen Stellen in Ungarn unternahmen zunächst nichts gegen die neuen inneruniversitären Reformzentren. Dadurch geriet auch der offizielle Studentenverband DISZ in Zugzwang und begann sich ebenfalls weiter für Reformen zu öffnen, weil immer mehr seiner Mitglieder in den neuen unabhängigen Verband wechselten. Dieser konnte sich im ganzen Land bald auf Tausende Mitglieder stützen, die überall ähnliche Ziele vorstellten: bürgerliche Freiheitsrechte, nationale Unabhängigkeit und Parlamentarismus. Daraus leiteten sie konkrete Forderungen ab und wählten Sprecher, die entsprechende Resolutionen an andere Hochschulen, Betriebe und staatliche Behörden weitergaben. Auf dieser organisierten Grundlage mobilisierten sie Teilnehmer für Streiks und Demonstrationen.¹⁹⁷

Durch ihr effektives Kommunikationsnetzwerk wurden die studentischen Aktivisten, zusammen mit Schülern und anderen jungen Leuten in ganz Ungarn die Initiatoren der ersten Massenkundgebungen im Oktober 1956. Ihnen folgte laut György Litván ein drehbuchartiges, also nicht nur improvisiertes Vorgehen: „Die Entfernung der Herrschaftssymbole (...) war ein Akt der symbolischen Säuberung der Plätze, eine Art Ikonoklasmus, der die geistige Befreiung ausdrückte. Danach folgte die Formulierung der ‚Punkte‘ eines Forderungskataloges und die Wahl von Delegierten, die mit den lokalen Vertretern der Staatsmacht Verhandlungen führen sollten, es entstanden also die Keimzellen einer Selbstverwaltung, und dann als Schlußakt kam es an vielen Orten zur Konfrontation mit den Kräften des *Ancien Régime*.“¹⁹⁸ Gewalt stand also erst am Ende mehrerer Versuche, alle Forderungen durchzusetzen. Die Studenten in Ungarn hatten den Anfang mit Verhandlungen gemacht. Ihnen folgten bald andere Reformgruppen, die ebenfalls oft aus bereits bestehenden Strukturen hervorgingen.

195 Göllner 2003, S. 99; Litván 1994, S. 62–63.

196 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, MPZ-T 2/1956, 11.1.1957: *Außerplanmäßiger politischer Bericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest zur Situation im Sozialistischen Jugendverband Ungarns (EPOSZ)*, 11.1.1957.

197 Litván 1994, S. 62–63.

198 Ebenda, S. 81.

In der Mobilisierungsphase der Ungarischen Revolution Ende Oktober kristallisierten sich Revolutionskomitees als organisatorisch wichtige Trägergruppen heraus. Sie entstanden seit dem 26. Oktober 1956 landesweit als Regionalorganisationen. Ihre Leitung wurde basisdemokratisch gewählt und übernahm bald kommissarisch die Aufgaben der Gebietskörperschaften. Außerdem kümmerten sie sich um unmittelbar anfallende Verwaltungsarbeiten. Sie leiteten erste praktische Maßnahmen wie die Rückgabe kollektivierten Eigentums ein. Die Ende Oktober 1956 ausgerufene Mehrparteienregierung legitimierte diese Verbände offiziell und stand mit ihnen in direktem Kontakt.¹⁹⁹ In einigen Landesteilen, so in der traditionellen Arbeiterstadt Miskolc, erklärten sich zudem die lokalen Parteikader mit den populären Forderungen solidarisch und arbeiteten in den revolutionären Komitees mit.²⁰⁰ Diese neu oder auf bestehenden Strukturen gegründeten Organisationen bündelten die Interessen der Reformer im ganzen Land und artikulierten diese über Vermittlungspersonen und geeignete Medien. Insofern passen diese Komitees wohl am allerwenigsten in das Bild des unkoordinierten und chaotischen Aufstands gewalttätiger Rebellen, denn nicht die Straßenkämpfer, sondern sie setzten ihre Forderungen gegenüber der ungarischen Staatsführung durch.

Ebenfalls im Widerspruch zu den Chaosszenarien mancher Beobachter standen die sogenannten „Revolutionäre der Ordnung“. Diese kurzfristig gewählten Personen sorgten während des Ausnahmezustands in Ungarn Ende Oktober 1956 vor allem auf dem Land für öffentliche Ruhe und Sicherheit. Sie traten als lokale Organisatoren und Vermittlungsleute in Erscheinung und wurden im Gegensatz zu den parteilichen Stellen allseits respektiert.²⁰¹

Gleichzeitig entstanden aus anderen gesellschaftlichen und beruflichen Gruppen heraus selbstständige Organisationen, darunter spezielle Vertretungen der Studenten, Intellektuellen, Schriftsteller und des Militärs.²⁰² Beispielsweise ließ der Revolutionsrat der ungarischen Intellektuellen am 29. Oktober 1956 seine Forderungen über den Rundfunk ausstrahlen, darunter den sowjetischen Truppenabzug, freie Wahlen, eine gerechtere Verteilungs- und Wirtschaftspolitik sowie Rechtsstaatlichkeit. Außerdem rief er zur Bildung einer nationalen Garde auf, der sich möglichst viele Revolutionäre anschließen sollten, um konzertiert gegen die Unterdrücker von innen und außen vorgehen zu können.²⁰³ Diese Forderungen wurden auch schriftlich veröffentlicht und von zahlreichen angesehenen Schriftstellern, Hochschullehrern, Journalisten und ehemaligen

199 Dömötörfi 2006, S. 55–56; möglicherweise war die Regierung aber gerade aufgrund der schockierenden Aktivitäten der Straßenkämpfer bereit, mit den gemäßigeren Komitees zu verhandeln. Dieses Phänomen taucht in der Bewegungsliteratur als *Radical Flank Effect* auf (Goodwin 2003, S. 347).

200 Ekiert 1996, S. 51–52.

201 Litván 1994, S. 83.

202 Dömötörfi 2006, S. 56.

203 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 28, Box-Folder-Report 28-5-71, 1956-10-29: *Offener Brief des Revolutionskomitees der ungarischen Intellektuellen einschl. biografischer Daten der Signatäre*, 1956-10-29.

Vertretern des Petőfikreises unterzeichnet. Hierin zeigt sich die gute Vernetzung der unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen, die im Oktober und November 1956 in Ungarn trotz anderer sozialer Hintergründe durch ähnliche Interessen vereint waren.

Auch die militärischen Verbände der ungarischen Volksarmee, die sich auf die Seite der Aufständischen geschlagen hatten, begannen sich nach Nagys Regierungserklärung vom 28. Oktober 1956 aktiv zu organisieren. Eine *Revolutionäre Militärkommission* brachte ähnliche Forderungen wie die Intellektuellen und Studenten vor. Unter ihrem Dach wurden am 29. Oktober 1956 Organe zur „Sicherung der revolutionären Disziplin“ gegründet.²⁰⁴ Diesen Gremien traten zwar nicht alle Soldaten und Offiziere bei – viele hatten auch Zuflucht bei den sowjetischen Truppen gesucht –, doch die sichtbare Unterstützung der Reformen durch ausgebildete Soldaten dürfte motivierend, aber auch disziplinierend auf die Massenbewegung gewirkt haben.

Neben verschiedenen Revolutionskomitees formierten sich seit Revolutionsbeginn in den Industriebetrieben Organisationen der Arbeiterselbstverwaltung. Diese sogenannten Arbeiterräte übernahmen kommissarisch die Leitung der Betriebe und vertraten als Interimgewerkschaften betriebliche und politische Interessen der Arbeiter. Auf Werksebene kooperierten sie eng mit den Technikern und Ingenieuren in höherrangigen Positionen.²⁰⁵ Seit dem 26. Oktober 1956 hatten sie auch die offizielle Unterstützung der kommunistischen Partei, die vergleichbare Räte in Jugoslawien noch kurz vorher strikt abgelehnt hatte. Auch die staatlichen Gewerkschaften befürworteten eine Zeit lang die Arbeiterselbstverwaltung.²⁰⁶ Die Arbeiterräte konnten also auf ein breites Netzwerk bestehender Verbindungen zurückgreifen. Daher waren sie die effektivsten und stabilsten Organisationen der Ungarischen Revolution.

Als im ursprünglichen Sinne sozialistische Verbände konnten die Arbeiterräte auch nach der Invasion erstaunlich lange bestehen. Zwar sollten sie im November 1956 mit Gewalt verboten werden, doch sie zwangen die restaurierte Parteiführung nach anhaltenden landesweiten Streiks zu Verhandlungen.²⁰⁷ Kádár ließ sich aber nicht von seinem Vorhaben abbringen, die eigenständigen Arbeiterräte aufzulösen. Dies gelang allerdings erst mit dem massiven Druck repressiver Verfolgung, an dem sich auch das sowjetische Militär beteiligte.²⁰⁸ Wie im Fall der ungarischen Militärkomitees wird hier deutlich, dass jene Reformverbände am effektivsten und stabilsten waren, die sich ehemals offizielle Strukturen zunutze machten und diese für ihre Reformbemühungen instrumentalisieren konnten.

Für die Organisation fast aller ungarischen Revolutionskomitees im Herbst 1956 waren die Massenmedien von größter Bedeutung. Sie fungierten als unverzichtbare

204 Horváth 1994, S. 24.

205 Gyáni 2006, S. 31.

206 Dömötörfi 2006, S. 57; Sükösd 2000, S. 129. Zu den Arbeiterräten in Jugoslawien vgl. Soergel 1979.

207 Göllner 2003, S. 115; Litván 1994, S. 132.

208 Tóth 2005, S. 595.

Katalysatoren bei der Neugründung, strategischen Reorganisation und Wiederbelebung zerschlagener Reformorganisationen. Durch Medienberichte ausgelöst kam es zum Beispiel bei der Gründung von Arbeiterräten zu einer Art Dominoeffekt: Von Miskolc über Egyesült Izzó und Újpest bildeten sich so nacheinander immer mehr neue Räte.²⁰⁹ Darüber hinaus half insbesondere der ungarische Rundfunk, die wichtige Kunde vom politischen Pluralismus auszubreiten, woraufhin sich andere Parteien (re-)organisieren konnten. Er rief zum Beitritt in die wiedergegründeten politischen Parteien auf und gab deren Hauptquartiere bekannt. Auch über die militärische Situation informierten die ungarischen und ausländischen Medien kontinuierlich und zeigten dabei mögliche Risiken oder neue Angriffsziele auf, um den kämpferischen Widerstand zu bündeln. Vor allem aber berichteten sie ständig über die Entstehung neuer Reformverbände, deren Führungsgremien und Regionalbüros. Dies stimulierte weitere Neugründungen. Außerdem artikulierten die Medien die Interessen der Reformer gegenüber der Budapester Parteizentrale.²¹⁰

Damit leisteten die ungarischen Medien im Oktober 1956 einen wesentlichen Beitrag zur politischen Pluralisierung. Noch im November trugen sie zur Koordination revolutionärer Aktionen bei. Ihre Bedeutung war den Aufständischen offenbar von Anfang an bewusst, denn das Rundfunkgebäude stand im Fokus der ersten Budapester Straßenkämpfe. Vermutlich ging es dabei auch um die symbolische Beseitigung des parteilichen Informationsmonopols. Wichtiger dürfte aber die praktische Bedeutung der Sendeanlagen gewesen sein, mit deren Hilfe die Reformforderungen landesweit verbreitet wurden, verschiedene Akteursgruppen zusammenfanden und Aktivisten moralische Unterstützung erhielten.

Nicht nur über die Medien, sondern auch über Direktkontakte arbeiteten die unterschiedlichen revolutionären Organisationen effizient zusammen und unterstützten sich gegenseitig. Beispielsweise enthielten die studentischen Forderungen vom 22./23. Oktober 1956 Mindestlöhne für Werktätige.²¹¹ Auch die Forderungskataloge der Intellektuellen berücksichtigten nicht nur die eigenen Standesinteressen, sondern auch die der Arbeiterschaft.²¹² Der Petőfikreis versuchte wiederum, direkt die Reformkräfte in der MDP-Führung zu mobilisieren. Er schickte am 23. Oktober 1956 eine Delegation zur Parteiführung, um ihr einen interessanten Kompromiss anzubieten: Vertreter des Petőfikreises wollten mit Lautsprecherwagen die radikalisierten Studenten und Arbeitermassen von ihren gemäßigeren Ansichten überzeugen, wenn ihnen die Staatsführung

209 Kozák 2000, S. 230; Litván 1994, S. 82.

210 Sükösd 2000, S. 130.

211 Der studentische Forderungskatalog ist abgedruckt in: Izsák 1991, S. 18–19.

212 In ihrem offenen Brief vom 29.10.1956 forderten die Intellektuellen unter den Punkten 4 und 6 Arbeiterinteressen ein (OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 28, Box-Folder-Report 28-5-71, 1956-10-29).

den Verzicht auf Waffengewalt garantierte.²¹³ Gerós Politbüro lehnte dies ab und vergab so möglicherweise eine Chance, die folgende Gewalteskalation zu verhindern.

Erst als sich die pluralistische Nagy-Regierung formiert hatte, waren die meisten Reformorganisationen zu Verhandlungen bereit. Dabei verbanden sich lokale Revolutionsorgane, um größeren Druck auf die neue Regierung ausüben zu können.²¹⁴ Das konzertierte Vorgehen in Form von Generalstreiks und nationalen Schweigestunden funktionierte sogar noch eine Zeit lang nach Beginn der zweiten sowjetischen Intervention.²¹⁵ Der Einmarsch und die folgende Repressionswelle spornten die revolutionäre Bewegung in Ungarn zunächst weiter an. Überall bildeten sich neue Organisationsstrukturen, weshalb es den Okkupanten und den restaurierten ungarischen Sicherheitskräften trotz ihrer physischen Überlegenheit relativ lange nicht gelang, den Widerstand aufzulösen.²¹⁶ Allerdings nahm der staatliche Terror in den Folgemonaten derart zu, dass jegliche politische Aktivität mit akuter Lebensgefahr einherging. Mit systematischen Gewaltakten, Drohungen und Säuberungen zerschlugen die Kádárführung und die sowjetischen Okkupanten nach und nach die Organisationsstruktur aller revolutionären Organe. Dieser Prozess dauerte viele Wochen, bedeutete aber das endgültige Ende einer Bewegung, die wesentlich auf der Bildung zielgerichteter und kooperierender Reformgruppen basierte.

1.3.2 Organisationsgrad und Vernetzung von Reformströmungen in der ČSR

Auch in der Tschechoslowakei gab es 1956 organisierte Gruppen, die vor allem zwischen April und Mai versuchten, ihre eigenen Interessen und Reformvorstellungen gegenüber der Parteiführung geltend zu machen. Zumindest in der ersten Phase waren ihre Forderungen denen in Ungarn nicht unähnlich. Allerdings waren die Reformer in der ČSR sehr viel weniger vernetzt als in Ungarn. Zudem fehlten ihnen institutionelle Spielräume und die Bereitschaft, die Reformforderungen entschlossen genug vorzubringen.

Wie in Ungarn gehörten auch in der ČSR Schriftsteller und Studenten zu den ersten und wichtigsten Verfechtern politischer und gesellschaftlicher Reformen. Der kommunistische Schriftstellerverband ordnete sich jedoch nach harscher Kritik der Parteiführung – zumindest nach außen – bald wieder der offiziellen Parteilinie unter. Im ungarischen Verband gewannen dagegen die reformistischen Stimmen die Oberhand.

Die tschechischen und slowakischen Studierenden allerdings engagierten sich über mehrere Monate für Reformen. Bereits im Januar 1956 beteiligten sich in der Slowakei nach offizieller Nachricht 200 bis 300 Studenten an einem spontanen Protest in ihren

213 Hegedűs 1997, S. 127–128. Dieses Angebot wurde abgelehnt, offenbar aber neu überdacht, als die Straßenkämpfe kurz darauf in vollem Umfang ausbrachen. Sehr bald ging die politische Führung auf die gemäßigeren Revolutionäre ein. Zu diesem Effekt vgl. Anm. 200

214 Litván 1994, S. 84.

215 Göllner 2003, S. 115.

216 Tóth 2005, S. 594.

Studentenwohnheimen. Es handelte sich um eine improvisierte Aktion am Abend, bei der sich die Beteiligten in Schlafanzügen auf den Wohnheimgängen versammelten. Umgehend rückten Ordnungskräfte, einschließlich des Militärs an, um die sogenannte „Pyjamarevolution“ zu beenden. Auch die Forderungen der Studenten, die in einem improvisierten Katalog zusammengefasst waren, fanden keinerlei Gehör bei den staatlichen Entscheidungsträgern. Stattdessen versuchten diese, die studentischen Organisatoren der Spontandemonstration zu bestrafen.²¹⁷ Für einige Monate blieb es bei dieser erfolglosen Einzelaktion.

Größere und organisierte studentische Proteste folgten im April und Mai 1956 nach Bekanntwerden von Chruščevs Geheimrede. In Straßenzügen parodierte die jungen Leute das Regime und dessen beschränkte Kultur und Bildungspolitik.²¹⁸ Obwohl die Demonstrationen völlig gewaltlos verliefen und die Grundfesten des kommunistischen Systems keineswegs in Frage stellten, wurden sie sofort verboten. Die studentische Initiative wurde in den Medien größtenteils totgeschwiegen und ihre Initiatoren geheimdienstlich überwacht. Deshalb nutzten die Studenten für ihre weiteren Aktivitäten verstärkt den kommunistischen Jugendverband [Československý svaz mládeže – ČSM], da in diesem Rahmen trotz ideologischer Beschränkungen die Möglichkeit für öffentliche Versammlungen fortbestand und Straffreiheit gewährleistet war. Die Parteiführung gestattete innerhalb dieser Organisation jedoch keine öffentliche Diskussion wie in Polen oder Ungarn. Nur auf den internen Mitgliederversammlungen fand im Sommer 1956 ein reger und kritischer Meinungs austausch statt.²¹⁹ Deshalb bot der Jugendverband immerhin ein begrenztes Forum für studentische Reformvorschläge; die institutionelle Verankerung gab der Partei allerdings die Möglichkeit zur ständigen Kontrolle und Steuerung der Reformdiskussion.

An geregelten Reformdiskussionen beteiligten sich im April 1956 auch die tschechoslowakischen Gewerkschaften.²²⁰ Anders als den ungarischen Arbeitnehmerverbänden gelang es ihnen nicht, sich selbstständig zu organisieren. Zu einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den polnischen oder ungarischen Gewerkschaften, die meist radikalere Ansichten vertraten, gab es in der ČSR keine Bereitschaft.²²¹ Die wenigen

217 Marušiak 2007, S. 16–17.

218 Ebenda, S. 62.

219 Pernes 2000, S. 606–607.

220 Vgl. dazu das Gewerkschaftsblatt *Práce* vom 14. und 18.4.1956.

221 Laut Marie Trojanová, Sekretärin für gewerkschaftliche Auslandsangelegenheiten des Zentralen Gewerkschaftsrats (ÚRO) der ČSR, gab es zwar im Sommer 1956 aus Polen und Ungarn Vorschläge einer entsprechenden Zusammenarbeit unabhängig von der Sowjetunion, die tschechoslowakische Seite habe diese jedoch energisch abgelehnt (NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956: *Positionen und Einschätzungen zu den Ereignissen in Ungarn verschiedener hoher Parteifunktionäre sowie deren Schlussfolgerungen für die weitere Tätigkeit der KSČ*, in: BÍLEK, J. (Hg.) 1993, S. 122–143).

Streiks, die 1956 in einigen tschechoslowakischen Betrieben stattfanden, waren außergewerkschaftlich organisiert. Sie dauerten selten mehr als einige Stunden, weil entweder ihre Organisatoren inhaftiert oder die rein betriebsbezogenen Forderungen umgehend erfüllt wurden. Für betriebsübergreifende Aktionen fehlte die Infrastruktur. Vereinzelt Versuche in diese Richtung vereitelte der tschechoslowakische Geheimdienst, der Flugblätter abfing, ausländische Radiosender störte und verdächtige Personen präventiv festnahm.²²² Über einzelne Betriebe hinausgehende Protestveranstaltungen waren allein wegen der überaus beschränkten Kommunikationsmöglichkeiten kaum realisierbar. Das Gleiche galt für den Austausch zwischen studentischen und intellektuellen Reformern. Ein koordiniertes oder gar programmatisches Vorgehen der verschiedenen Reformgruppen war daher in der Tschechoslowakei 1956 nicht möglich.

Allerdings war auch der Wille zur Kooperation unter den verschiedenen Reformgruppen in der ČSR eher gering. Dieses Phänomen beschrieb der später reformkommunistische Historiker und damalige Parteifunktionär Karel Kaplan so: „Die breite Kritik war uneinheitlich, sie bestand in Wirklichkeit aus mehreren nebeneinander her laufenden Rinnsalen, die sich nie zu einem Strom verbanden und nicht einmal den Weg zueinander suchten.“²²³ Überdies zeigte die Arbeiterschaft als zahlenmäßig potenziell größte Gruppe kaum Ambitionen, sich an einer Reformbewegung zu beteiligen. Sie unterstützte größtenteils die aktuelle Parteiführung, weil diese die finanziellen Reserven aus der Währungsreform von 1953 konsequent für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eingesetzt hatte.²²⁴ Darin bestand ein wesentlicher Unterschied zu Ungarn, wo sich bereits seit 1953 verschiedene Organisationen mit ähnlichen Zielen parallel und ab Mitte 1956 sogar gemeinsam engagierten. In der Tschechoslowakei gab es eine solche, sich über Jahre ausweitende Reformentwicklung nicht. Dort waren die späteren Kritiker von den Enthüllungen des XX. Parteitags der KPdSU und der danach aufflammenden Diskussion ebenso überrascht wie die Parteiführung selbst. In den wenigen Wochen der Öffnung gelang es ihnen nicht, ein einheitliches Programm zu formulieren, das eine überzeugende Alternative zur offiziellen Politik bieten und auch die Arbeiterschaft mobilisieren konnte. Die politische Führung der ČSR reagierte schneller und unterminierte die einzelnen Strömungen, bevor sie sich vernetzen konnten.

Eine übergreifende Kooperation fand auch deshalb nicht statt, weil es unter Arbeitnehmern, Schriftstellern und Studenten zu unterschiedliche Standesinteressen gab. Selbst innerhalb einer größeren Interessensgruppe herrschte keine Einigkeit über die Zielrichtung künftiger Veränderungen, so zum Beispiel zwischen den Studierenden slowakischer und tschechischer Hochschulen: Während einige Fakultäten protestierten, stellten sich andere gegen die Demonstrationen.²²⁵ Die tschechoslowakische Parteiführung erkannte

222 Kaplan 1996, S. 38–39; Kramer 2006, S. 12; 14–15.

223 Kaplan 1996, S. 44.

224 Madry 1994, S. 29.

225 Marušiak 2007, S. 39–40.

in solchen Interessenskonflikten eine Chance. Neben gezielten Säuberungen bemühte sie sich, einzelnen, politisch wenig bedeutenden Forderungen verschiedener Gruppen nachzukommen. Durch dieses gruppenspezifische Entgegenkommen verlor ein gemeinsames Vorgehen verschiedener Reformströmungen deutlich an Attraktivität.²²⁶ Bereits solche Präventionsmaßnahmen verhinderten in der ČSR, dass organisierte Wegbereiter einer späteren Mobilisierung Einfluss auf breite Bevölkerungsteile gewinnen konnten.

In der ČSR war 1956 also der Organisationsgrad potenzieller Reformstrukturen sehr viel niedriger als in Ungarn. Während sich in Ungarn über Jahre schwelende Reformideen in verschiedenen halboffiziellen Einrichtungen ausbreiteten, brach sich eine entsprechende Diskussion mit ähnlichen Zielsetzungen in der ČSR erst im April 1956 Bahn. Die wenigen Monate der Verunsicherung der tschechoslowakischen Parteiführung genügten nicht, um nachhaltige Organisationsstrukturen zu schaffen. Vor allem aber waren dort die tschechoslowakischen Verbände kaum untereinander vernetzt. Dem standen Ressortegoismen entgegen. Die Staatsführung förderte bestehende Gegensätze: Einerseits bemühte sie sich, durch Säuberungen und Infiltration Reformideen aus wichtigen Verbänden zu verbannen. Andererseits demonstrierte sie durch Zugeständnisse das lose Zielgefüge der reformorientierten Gruppen untereinander.

Die ungarischen Reformzentren konnten sich dagegen unter wesentlich günstigeren Bedingungen organisieren und vernetzen. Erklärungsversuche, wonach die Ungarische Revolution wesentlich am niedrigen Organisationsgrad kurzfristig gegründeter und inhaltlich fragmentierter Bewegungsorgane gescheitert sei,²²⁷ erscheinen bei genauerer Betrachtung und nicht zuletzt im Vergleich mit der tschechoslowakischen Situation sehr unwahrscheinlich. Denn obwohl die Zustände in den ungarischen Städten im Herbst 1956 chaotisch wirkten und es im Zuge der Masseneuphorie auch antisemitische Gewaltexzesse gab,²²⁸ erwirkten die *ad hoc* gegründeten Reformorganisationen eine politische Wende. Dass sie der übermächtigen Militärgewalt und den brutalen Repressionen schließlich unterlagen, hatte wohl kaum etwas mit mangelnder innerer Organisation zu tun.

Ebenso verfehlt erscheint die These, dass die länger existierenden Koordinationszentren der ungarischen Reformbewegung auch am stabilsten waren.²²⁹ Vielmehr macht der Vergleich mit der ČSR deutlich, dass es nicht auf den Gründungszeitpunkt, sondern auf die strukturelle Zusammensetzung der Komitees ankam. Die wichtigsten Reformorgane des Ungarnaufstands, die auch als letzte kollabierten, waren die Arbeiterräte. Diese wurden erst nach Ausbruch des Aufstandes gegründet, konnten sich aber unter anderem auf gewerkschaftliche Strukturen stützen. Dagegen war es der über Monate bestehende

226 Pernes 2008, S. 150.

227 Ekiert 1996, S. 101–102.

228 Vgl. dazu die bedrückende Beschreibung antisemitischer Ausschreitungen in Miskolc und Kiskunmajsa bei Standeisky 2006, S. 101–103.

229 Ekiert 1996, S. 101–102.

Petőfikreis, der als erster zusammenbrach, weil er nicht ausreichend organisiert war. Auch der mehrere Jahre alte Schriftstellerverband konnte in der Restaurationsphase per Dekret aufgelöst werden, weil ihm als offizieller kommunistischer Organisation unabhängige Ressourcen fehlten. Schließlich zerfielen nach und nach alle anderen Zentren der Ungarischen Revolution, als ihnen im November 1956 militärisch und geheimdienstlich die Kommunikationswege abgeschnitten wurden. Danach befanden sie sich in einer ähnlichen Situation wie die tschechoslowakischen Vereine und Verbände bereits im Spätsommer 1956: Sie wurden gesäubert oder verboten und unterstanden direkter Parteikontrolle. Auch konnten sie nicht mehr untereinander in Kontakt treten, was die tschechoslowakischen Reformer allerdings aufgrund divergierender Eigeninteressen kaum versucht hatten. Außerdem war 1956 in der Tschechoslowakei im Vergleich zu Ungarn die Bereitschaft zu Reformen und Protesten viel geringer ausgeprägt, besonders in der Arbeiterschaft. Dieser Unterschied lässt sich nicht durch fehlende Organisationsstrukturen erklären, sondern bedarf einer Betrachtung weiterer Faktoren.

1.4 Intrinsische Voraussetzungen für Reformbestrebungen in Ungarn und ČSR

Politische Spielräume und reformorientierte Organisationsstrukturen sind nicht Ursachen, sondern wichtige Voraussetzungen dafür, dass sich der Wille zur Veränderung bei ganzen Gesellschaftsgruppen in einer mobilisierten Bewegung Bahn brechen kann. Diese grundsätzliche Bereitschaft entsteht einerseits aus emotionalen Motiven, wie Unzufriedenheit, Zugehörigkeitsgefühl und Entfremdung. Andererseits spielen dafür mehr oder weniger rationale Überlegungen eine Rolle. Obwohl diese Faktoren grundsätzlich individueller Natur sind, sind sie in Konflikt- und Krisenphasen als Wahrnehmungs- bzw. Interpretationsmuster breiter Bevölkerungsteile anzutreffen. Ihre kollektive Ausbreitung wiederum hängt von den verfügbaren Informationsquellen sowie dem zwischenmenschlichen Austausch von Ideen und Interpretationen ab.²³⁰

Auch für die Entstehung der Ungarischen Revolution waren kollektive Wahrnehmungen von Ungerechtigkeit und gemeinsamer Identität von größter Bedeutung, Sie lassen sich aus den Forderungen, den Protesttechniken und der Wahl symbolträchtiger Demonstrationorte herauslesen. Hinzu kam die rationale Erwartung, dass eine nationale Mobilisierung gegen langjährige Missstände machbar und erfolgsversprechend sei. Die Bereitschaft und Entschlossenheit, sich gegen das bestehende Herrschaftssystem aufzulehnen, rührte in Ungarn also auf langjährigen leidvollen Erfahrungen und dem Glauben an eine Verbesserung. Dieser Interpretationsrahmen soll im Folgenden als wichtiger Teil der Krisengenesen genauer untersucht werden. Dazu wird auch eine Gegenüberstellung

230 Zur Veranschaulichung der Entstehung kollektiver Wahrnehmungsmuster vgl. die Grafik bei Klandermans & Goslinga 1999, S. 328.

mit der Situation in der Tschechoslowakei gehören. Denn dort hatten bestimmte Interpretationsrahmen ebenfalls große Bedeutung für die Stabilität der kommunistischen Herrschaft. Die folgende vergleichende Untersuchung dieser Wahrnehmungsmuster soll im Einzelnen offenlegen, welche Rolle ihnen jeweils bei der Stabilisierung oder Gefährdung des kommunistischen Herrschaftssystems zukam. Um diesen Vergleich zu strukturieren, lassen sich die kollektiven Erfahrungs- und Erwartungsstrukturen in drei Kategorien einordnen: die kollektive Wahrnehmung von Ungerechtigkeit; das Gefühl einer gemeinsamen (nationalen) Identität; kollektive Erfolgserwartungen.

1.4.1 Wahrnehmung von Missständen und Ungerechtigkeit

Sowohl in Ungarn als auch der Tschechoslowakei gehörten in den Nachkriegsjahren Erfahrungen mit politischer Willkür und materiellen Mangelercheinungen zum Alltag vieler Menschen. Ungarn war als Kriegsverlierer von Versorgungsproblemen zunächst stärker betroffen als die Tschechoslowakei. Zusätzlich verschlechterte sich der ungarische Lebensstandard in den Jahren des sozialistischen Aufbaus, da die Mehrheit der Bevölkerung zu horrenden Steuerzahlungen und die Landwirte zu überzogenen Ernteabgaben verpflichtet waren. Auf Kosten der Grundversorgung nahmen die Rüstungsausgaben einen großen Teil des Staatshaushaltes in Anspruch. Vor allem aber sank das Lebensniveau zwischen 1949 und 1952 wegen fallender Reallöhne um etwa 20%. Anfang der fünfziger Jahre hatten zwei Drittel der ungarischen Einzelbauern nicht genügend Getreide für die eigene Saat und Ernährung. Die Sorge um die eigene Existenz war damals in Ungarn ein täglicher Begleiter.²³¹ Erst als der Agrarexperte Nagy Mitte 1953 Reformen umsetzte, verbesserte sich innerhalb kurzer Zeit fühlbar das allgemeine Existenzniveau. Die Preise für Kleidung und Lebensmittel begannen zu fallen und 1954 gab es eine allgemeine Lohnerhöhung. Zudem reduzierten Nagys Reformen die Besteuerung und den Lieferzwang der Bauern.²³² Dieser für die meisten Ungarn im täglichen Leben spürbare Unterschied verdeutlichte, dass ein höherer Lebensstandard unter bestimmten Bedingungen durchaus möglich und die Entbehrungen der letzten Jahre keinesfalls naturgegeben, sondern auf entsprechende politische Fehler zurückzuführen waren.

Die verbesserte Versorgungspolitik währte jedoch nur kurz, denn als der beliebte Reformier Nagy 1955 zwangsweise die Partei verlassen musste, wurden viele seiner Reformen rückgängig gemacht. Dies löste große Unzufriedenheit in der ungarischen Gesellschaft aus, die sich noch verstärkte, als erneut ein härterer Kurs in der Wirtschaftspolitik neue Zwangsenteignungen und überhöhte Lieferabgaben mit sich brachte. Außerdem stiegen nun Rentenbeiträge und Arbeitsnormen an, wodurch den Menschen weniger zur Deckung ihrer Lebenskosten übrig blieb. Dies alles geschah in einem volkswirtschaftlich

231 Kósa & Valuch et al. 2000; Tinschmidt 1997, S. 71.

232 Tóth 2005, S. 583.

ungünstigen Klima, in dem Grundnahrungsmittel und Wohnraum besonders knapp waren. Dadurch sank der Lebensstandard 1956 in Ungarn auf das ohnehin niedrige Vorkriegsniveau.²³³ Der Rückschritt gegenüber den Jahren des neuen Kurses unter Nagy war unverkennbar. Er demonstrierte eindrucksvoll die wirtschaftspolitische Inkompetenz der Rákosi-Führung und deren Ignoranz gegenüber den Grundbedürfnissen der Bevölkerung. Nachdem sich die Situation bis Sommer 1956 kaum besserte, empfanden dies große Teile der ungarischen Bevölkerung als empörende Ungerechtigkeit.

Die Wahrnehmung, von der Staatsführung ungerecht behandelt zu werden, breitete sich bis Herbst 1956 immer weiter aus und kam schließlich in den Forderungen des Ungarnaufstands zum Ausdruck. So forderten am 23. Oktober 1956 etwa die studentischen Aktivisten, das gesamte planwirtschaftliche System neu zu bewerten und künftig lokale Bedingungen sowie die essenziellen Interessen des ungarischen Volkes zu berücksichtigen. Auch die Verantwortlichen sowie die Lösung des Problems meinten sie gefunden zu haben: So sollte die Regierung unter der Führerschaft des „Genossen Nagy“ neu geordnet werden und „alle schuldigen Führer“ der Rákosi-Ära sofort entlassen und vor ein Volkstribunal gestellt werden.²³⁴ Auf dem gleichen Plakat wurden Zwangslieferungen sowie industrielle Arbeitsnormen verurteilt, deren Abschaffung später auch der Revolutionsrat der Intellektuellen forderte.²³⁵

Jahrelange Mangelversorgung und staatliche Unterdrückung hatten vor allem bei jenen Ungarn große Ressentiments gegenüber den staatlichen Autoritäten entstehen lassen, die aus den ärmsten und am meisten benachteiligten Milieus stammten.²³⁶ Sie waren auch die aktivsten Kämpfer in den Budapester Straßenschlachten vom Oktober 1956: „Daß sie mit der Waffe in der Hand kämpften, geschah weniger aus wohldurchdachtem politischen Entschluß als vielmehr aus Verbitterung über ihre trostlose Situation.“²³⁷ Auch die Gründer der Arbeiterräte waren größtenteils junge Leute, die während der Rákosi-Ära besonderen Diskriminierungen ausgesetzt waren.²³⁸ Es dürfte kein Zufall gewesen sein, dass sich diese Gruppe, die wohl kaum vorrangig an ideologisch-philosophischen Fragen interessiert war, nun besonders für einen politischen Führungswechsel engagierte. Vielmehr waren es die entwürdigenden Alltagserfahrungen der kommunistischen Diktatur, die sie durch ihr Engagement aus der Welt schaffen wollten.

Gefühle der Ungerechtigkeit und moralischen Entwürdigung entstanden in Ungarn nicht nur wegen der bedarfsfremden und einseitigen Wirtschaftspolitik. Viele hatten unter Rákosi auch direkte Erfahrungen mit politischer Unterdrückung und Rechtsverletzungen gemacht. Das betraf selbst kommunistisch gesinnte Ungarn, die bald von der

233 Békés & Byrne et al. 2002, S. 12.

234 Izsák 1991, S. 18.

235 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 28, Box-Folder-Report 28-5-71, 1956-10-29.

236 Eörsi, S. 13–14.

237 Litván 1994, S. 78–79.

238 Gyáni 2006, S. 71.

stalinistischen Herrschaftspraxis desillusioniert waren. So schrieb der kommunistische Dichter Tibor Déry im November 1956: „Innerhalb von zehn Jahren wurde das Land unter unseren Füßen schrittweise geraubt. Wir dachten, wir seien in der Lage, den Sozialismus aufzubauen. Währenddessen wurden wir in Gefängnismauern aus Blut und Lügen gesperrt.“²³⁹ Insbesondere für Nicht-Kommunisten gehörten geheimdienstliche Überwachung und Verfolgung in den ersten Jahren nach der kommunistischen Machtübernahme zum Alltag: Bis 1953 wurden in Ungarn über hunderttausend Menschen als politische Gefangene interniert und Zehntausende als „Klassenfeinde“ aus der Hauptstadt vertrieben oder anderweitig verfolgt. Zwischen 1948 und 1953 sollen zeitweise pro Tag durchschnittlich 400 Gefängnisstrafen verhängt worden sein.²⁴⁰ Als Imre Nagy im Rahmen seines neuen Kurses eine Amnestie verkündet, wurden 280.000 politisch Verurteilte begnadigt.²⁴¹ Allein das lässt auf das Ausmaß der vorherigen politischen Verfolgung schließen. Diese Zahlen waren den meisten Zeitgenossen in Ungarn vermutlich nicht bekannt und sollten daher nicht überbewertet werden. Allerdings drücken sie Relationen aus, die vermuten lassen, dass fast alle Ungarn direkt oder indirekt mit den stalinistischen Zwangsmaßnahmen in Kontakt gekommen sind. Es handelte sich also nicht um Einzelfälle, die der Mehrheit der Bevölkerung verborgen blieben; vielmehr war die staatliche Gewalt unter Rákosi in Ungarn ständig präsent.

Um diesen Zustand zu ändern, schaffte Nagy bereits wenige Monate nach seiner Amtsübernahme die Internierungslager ab und stoppte laufende Deportationen und außergerichtliche Polizeiturteile. Dies verschaffte ihm großen Kredit bei der Bevölkerung und erhob ihn zu einer volksnahen und glaubwürdigen Führungspersönlichkeit. Als er sich nach nur einem Jahr als Ministerpräsident der Kritik des konservativen MDP-Flügels ausgesetzt sah, weigerte er sich, seine Reformansichten öffentlich zurückzunehmen. Sein darauf folgender Parteiausschluss ließ ihn als Märtyrer erscheinen und seine Popularität weiter ansteigen.²⁴² Nagy personifizierte nun einen Gegenpol zu der weithin als moralisch degeneriert empfundenen altstalinistischen Parteiführung.

Neben der Bevölkerung hatten viele kommunistische Politiker die stalinistische Willkür der frühen fünfziger Jahre am eigenen Leib erfahren. Diejenigen, die die Säuberung und Schauprozesse überlebt hatten, wurden nach Nagys Amtsantritt größtenteils rehabilitiert und konnten wieder politische Ämter übernehmen. Sie waren an einer Aufarbeitung und Revision des Unrechts der Aufbaujahre interessiert und unterstützten meist die Ansichten Nagys. Ihre Haltung soll 1956 in den Augen Rákosis und der Moskauer Führung die allgemeine Unzufriedenheit über die konservative Führung der MDP verursacht haben.²⁴³ Dies ist sicher eine Übertreibung, da die meisten Ungarn genügend eigene

239 *Irodalmi Újság*, 2. November 1956, zit. nach der deutschen Übersetzung von Standeisky 2006, S. 72.

240 Tóth 2005, S. 580; Rainer 1999, S. 71–72.

241 Tinschmidt 1997, S. 71.

242 Göllner 2003, S. 95–97.

243 Pronko 1999, S. 77.

leidvolle Erfahrungen mit der Rákosi-Führung gemacht hatten. Allerdings belebte die Rehabilitation und Rückkehr der politischen Gegner Rákosis die gesellschaftliche Diskussion. Durch sie sickerten seit 1954 immer mehr Informationen über die inszenierten Prozesse und andere Rechtsbrüche der Stalinisten durch.²⁴⁴ Die allgemeine Stimmung verschlechterte sich, je mehr davon ans Licht kam. Gleichzeitig standen Rehabilitation anderer berühmter und beliebter Persönlichkeiten noch aus, so die des charismatischen Kardinals Mindszenty, der 1949 wegen „staatsfeindlicher Aktivitäten“ zu lebenslanger Haft verurteilt worden war.²⁴⁵ Dies vermittelte der traditionell mehrheitlich katholischen ungarischen Bevölkerung den Eindruck, dass zwar kommunistische Politiker nachträglich ihre Rechte zurückerhielten, anderen Opfern der Parteidiktatur – zumal Geistlichen – diese Genugtuung aber vorenthalten blieb. Es überrascht daher nicht, dass gerade dieser Missstand in den Forderungslisten der Aufständischen auftauchte, beispielsweise in der des Arbeiterrats im Industriebezirk Csepel.²⁴⁶ Auch gehörten nach Ausbruch des Ungarnaufstands die Geistlichen zu den ersten, die von den Menschenmassen aus der Haft befreit wurden.

In den Jahren 1955 und 1956 zeigte sich in Ungarn deutlich, dass insbesondere solche politischen Verschärfungen als ungerecht wahrgenommen wurden, die auf eine vorherige Lockerung folgten. So hatte sich zur Zeit des Neuen Kurses unter Nagy die literarische und mediale Öffentlichkeit relativ frei entwickeln können. Als Rákosi seit 1955 versuchte, diese Berufsgruppe wieder in die Rolle eines parteilichen Propagandainstrumentes zurückzudrängen, stieß er auf sehr viel größeren Widerstand als zuvor.²⁴⁷ Ähnliches ließ sich unter den ungarischen Kulturschaffenden und Intellektuellen beobachten, die erst nach Nagys Entlassung aktiv die „Wende, Richtung, Selbstbefreiung und Befreiung der ungarischen Gesellschaft von stalinistischer Tyrannei“ suchten.²⁴⁸ In Ungarn war es also nicht erst der XX. Parteitag der KPdSU, der verschiedene Gesellschaftsgruppen gegen das bestehende Regime aufbrachte. Die ersten Impulse dazu gab vielmehr die plötzliche Rücknahme populärer Reformen, die viele Ungarn sehr verärgerte.

Allerdings animierte der XX. sowjetische Parteitag im Frühjahr 1956 die altstalinistisch dominierte Führung Ungarns dazu, weitere prominente Opfer der Schauprozesse zu rehabilitieren. Diese Rehabilitationen stießen in der ungarischen Bevölkerung auf größtes Interesse, vor allem was die Revision des Schauprozesses um den ehemaligen Innenminister László Rajk betraf. Dieser war 1949 hingerichtet und im März 1956 posthum rehabilitiert worden. Da auch danach keiner der Stalinisten explizit Verantwortung für das spektakuläre Urteil übernehmen wollte, blieb der Fall Rajk auch nach der formellen Rehabilitation ein Stein des Anstoßes. Ihren Unmut über diese Situation

244 Varga 2001, S. 69.

245 Kipke 2006, S. 36.

246 Litván 1994, S. 76.

247 Tóth 2005, S. 585.

248 Pók 2007, S. 68.

taten am 6. Oktober 1956 über 100.000 Ungarn kund, indem sie der Umbettung von Rajks sterblichen Überresten in ein echtes Grab beiwohnten. Damit erwiesen sie ausgerechnet einem Politiker die letzte Ehre, der selbst Tausende ungerechtfertigter Urteile zu verantworten hatte.²⁴⁹ Allerdings wollten die Teilnehmer der Trauerfeier mit dieser Massenveranstaltung lediglich ihre Solidarität mit einem Opfer stalinistischer Willkür und ihre Unzufriedenheit über den immer noch herrschenden Urheber demonstrieren.

Rajks Begräbnis war nur eine von mehreren öffentlichen Kundgebungen der Verbitterung über die lügenhafte und ungerechte Politik der vergangenen Jahre. Die Empfindung von Ungerechtigkeit entsprang nicht zuletzt einer Diskrepanz zwischen offiziell geschürten Erwartungen und den eigenen Alltagserfahrungen. Interessant ist in diesem Zusammenhang die direkte Perspektive eines ungarischen Aufständischen, die aus einem Gespräch mit einem tschechoslowakischen Botschaftssekretär hervorging. Demnach knurrten den ungarischen Arbeitern die leeren Mägen, während die kommunistischen Funktionäre exotische Früchte aßen, in Villen wohnten und der Restbevölkerung erzählten, es ginge ihr besser denn je.²⁵⁰ So erlebten die meisten Ungarn im eigenen Alltag materiellen Mangel und politische Bevormundung, die im völligen Gegensatz zu den utopischen Versprechungen der Partei standen. Die sozialistischen Ideale erwiesen sich als unrealisierbar, obwohl die Medien täglich das Gegenteil predigten. Vor dem Ausbruch des Aufstands wirkte die „stalinistische Gehirnwäsche“ deshalb kontraproduktiv, weil sich die dort beschriebene Welt zu sehr von der in Ungarn mehrheitlich wahrgenommenen Lebenswelt unterschied.²⁵¹

Viele Ungarn empfanden die andauernd realitätsferne Propaganda daher als Provokation. Der ehemals kommunistische Schriftsteller István Örkény formulierte diesen Zusammenhang während des Ungarnaufstands für das *Freie Radio Kossuth* folgendermaßen: „Das Radio war lange Jahre hindurch das Instrument der Lüge. Es hat Befehle ausgeführt. Es log Tag und Nacht, es log auf allen Wellen.“²⁵² Der Wut über diese Situation entsprang in den Tagen des Aufstands der Ruf nach Meinungs- und Pressefreiheit, der damals zentraler Bestandteil verschiedener Manifeste war.²⁵³ Offizielle Radiosendungen, die am 23. Oktober 1956 mit den alten Propagandaphrasen und Drohungen die Protestmärsche auflösen sollten, waren in dieser Stimmungslage völlig chancenlos. Sie

249 Klimó 2006, S. 28.

250 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Informace 3/10/1956, 31.10.1956: *Tschechoslowakische Informationsschrift über das Gespräch eines Botschaftssekretärs mit einem Aufständischen*, 31.10.1956. Der Gesprächsbericht lag der tschechoslowakischen Parteiführung Anfang November 1956 zur internen Ursachenanalyse vor. Im Kontext des Gesamtberichts und weiterer Dokumente aus der Feder dieses Sekretärs ist nicht davon auszugehen, dass der Wortlaut des Gesprächs durch den Sekretär verändert wurde.

251 Sükösd 2000, S. 128. Theoretisch beschreibt diesen sogenannten *feindlichen Medieneffekt* Schenk 2007, S. 548–549.

252 Ständeisky 2006, S. 72.

253 Litván 1994, S. 76.

animierten die Aufständischen vermutlich erst recht zum Sturm auf das Rundfunkgebäude. Außerdem mobilisierten sie ungewollt viele Hörerinnen und Hörer dazu, an den Protestaktionen teilzunehmen, die sonst nicht so schnell von deren Stattfinden erfahren hätten.²⁵⁴

Mehr noch als gegen die Medien richtete sich die langjährige Verbitterung verschiedener Bevölkerungsgruppen während des ungarischen Aufstands gegen die Exekutivorgane der kommunistischen Herrschaft. Besonders die Staatssicherheit (ÁVH) galt unter den Aufständischen als Hauptgegner und gemeinsames Feindbild.²⁵⁵ Die Auseinandersetzungen mit ihr waren während des Ungarnaufstands äußerst gewaltsam und forderten viele Opfer. Sie verliefen vor allem dort sehr blutig, wo der ÁVH in der Vergangenheit besonders brutal zugewandte gewesen war. Auf diese Weise schlug in Miskolc eine vorher organisiert und friedlich verlaufene Demonstration in Lynchjustiz um, der mehrere Angehörige des Sicherheitsdienstes und der Grenzpolizei zum Opfer fielen. In dieser Stadt hatten einige Jahre zuvor kommunistische Einheiten Gewaltexzesse an Gegnern der kommunistischen Partei verübt.²⁵⁶ Dieses Unrecht war der Bevölkerung von Miskolc in Erinnerung geblieben und nun rächte sich der Mob in blindem Aktionismus. Ähnliches geschah, als in Budapest, Győr, Zalaegerszeg oder Esztergom Sicherheitskräfte auf Demonstranten schossen, die mit ihren Forderungen an die Einheiten herantreten waren. Es kam mehrfach zu Massakern mit vielen Opfern auf beiden Seiten, weil das harte Vorgehen des Sicherheitsdiensts den Hass überall weiter anschürte.²⁵⁷ Je brutaler Armee und ÁVH vorgehen, desto energischer formierte sich der Widerstand. Zum Teil waren es auch keine tatsächlichen Angriffe, sondern nur Gerüchte, die zur Mobilisierung der Bevölkerung beitrugen.

Neben dem kommunistischen Überwachungsstaat empfanden viele Ungarn die Präsenz der sowjetischen Armee in ihrem Land als Ungerechtigkeit. Deshalb gehörte der Ruf nach dem Abzug der Besatzungstruppen auch zu den häufigsten Forderungen während des Aufstands.²⁵⁸ Die Situation verschärfte sich, als sowjetische Truppen mit der Niederschlagung der Revolution begannen und Restaurationsmaßnahmen einleiteten.

Die zweite sowjetische Intervention mündete in einen nationalen Befreiungskampf mit noch größerer Beteiligung als in der ersten Phase des Ungarnaufstands. Darüber hinaus war die ungarische Bevölkerung äußerst frustriert über die Rückkehr einer kommunistischen Führung, deren Herrschaftssicherung wieder auf Gewalt beruhte.²⁵⁹ Geradezu zynisch dürfte dabei gewirkt haben, dass ihr Vorsitzender, János Kádár, kurz

254 Sükösd 2000, S. 128.

255 Kipke 2006, S. 34.

256 Ständeisky 2006, S. 101; Litván 1994, S. 85.

257 Tóth 2005, S. 591; Litván 1994, S. 68.

258 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Informace 3/10/1956, 31.10.1956; Litván 1994, S. 73.

259 Kipke 2006, S. 38.

vorher als Reformkommunist in Erscheinung trat und nun stalinistische Verhältnisse wiederherstellte. Noch am 2. November 1956 hatte er über den Rundfunk die Revolution als „den ruhmreichen Aufstand unseres Landes“ bezeichnete, „das nun seine Freiheit erlangt“ und demokratische Parteien erneuert hätte.²⁶⁰ Zwei Tage später, nach der sowjetischen Invasion, ließ er stattdessen verlauten, dass die ungarische Arbeiter- und Bauernregierung die sowjetischen Truppen herbeigerufen habe, um „unserer Nation zu helfen“.²⁶¹ Dabei waren die Arbeiter und Bauern Hauptverlierer der Restauration, denn sowohl die Arbeiterräte wurden verboten, als auch die Zwangskollektivierung fortgesetzt.

Die Niederschlagung der Ungarischen Revolution und die Restauration einer repressiven Diktatur bewirkte im ganzen Land tiefe Bitterkeit, die nach mehrfachem, punktuellen Aufflammen des Widerstands in tiefe Resignation mündete. Dieser Zustand lähmte auch die neue politische Führung Ungarns, die daraufhin krampfhaft versuchte, wenigstens die wirtschaftliche Situation zu konsolidieren.²⁶² Dies bildete den Anfangspunkt eines mehrere Jahre dauernden Aushandlungsprozesses, der die kommunistische Herrschaft in Ungarn wieder auf eine legitimierte Grundlage stellen sollte.

Vergleicht man die wirtschaftliche und politische Nachkriegsentwicklung Ungarns mit der in der ČSR, so zeigen sich in der praktischen Umsetzung des „sozialistischen Aufbaus“ viele Parallelen. Auch in der Tschechoslowakei zeigten sich daher die von den Umgestaltungsmaßnahmen besonders negativ betroffenen Gesellschaftsgruppen enttäuscht über die politische Führung. Ihre Unzufriedenheit brach sich erstmals nach einer unangekündigten Währungsreform Ende Mai 1953 Bahn: Trotz gegenteiliger offizieller Ankündigungen wurde die tschechoslowakische Krone von einem auf den anderen Tag neu bewertet, wodurch die Ersparnisse der Tschechen und Slowaken praktisch wertlos geworden waren. Als es in einigen Städten zu massiven Protesten kam, ging die damals neue Kollektivführung unter Novotný und Zápotocký mit großer Härte gegen die Demonstrierenden vor. Die staatlichen Einschüchterungsmaßnahmen konnten weitere Proteste verhindern, doch die Stimmung in der tschechoslowakischen Gesellschaft verschlechterte sich merklich.²⁶³ Auf flächendeckende und länger andauernde Repressionen verzichtete die Parteiführung dennoch nur aufgrund einer Intervention aus Moskau.²⁶⁴ Danach bemühte sie sich jedoch, einem sich ausbreitenden Unmut zu begegnen, der sich auch immer mehr gegen das kommunistische System selbst richtete. Dazu gehörten insbesondere Verbesserungen in der Versorgungs- und Wirtschaftspolitik, die ihre Wirkung nicht verfehlten.

260 Tóth 2005, S. 592.

261 Békés & Byrne et al. 2002, S. 364.

262 Göllner 2003, S. 97; Békés & Byrne et al. 2002, S. 367.

263 Ausführlich zur Währungsreform vom 30.5.1953 und ihren Konsequenzen vgl. die Beiträge und Dokumente in Musilová 1994.

264 Pernes 1999, S. 98–103.

Nach Jahren der einseitigen Ausbeutung zielte die zentrale Planung ab 1953 konsequenter auf die Verbesserung des allgemeinen Lebensniveaus ab. Vor allem wegen dieser Kursänderungen, die sich im Alltag der tschechoslowakischen Bevölkerung positiv bemerkbar machte, war die Stimmung dort 1956 deutlich besser als in Ungarn. Die vergleichsweise günstige Versorgungssituation in der ČSR bestätigten seinerzeit auch westliche Diplomaten. Nach ihren Beobachtungen, die sich mit den internen Dokumenten der KSČ decken, hatte es zwischen 1953 und 1956 mehrmals Vergünstigungen der realen Nahrungsmittelpreise gegeben. 1956 mussten die Tschechen und Slowaken zur Deckung ihres täglichen Lebensbedarfs 18% weniger ausgeben als noch drei Jahre zuvor. Dabei konnten sie nun auch aus einer breiteren Palette an Produkten auswählen. Zusätzlich gab es seit 1953 deutliche Fortschritte bei der Lösung des chronischen Wohnungsproblems, das für viel Unmut sorgte.²⁶⁵ Wie sich aus diesen Maßnahmen, aber auch direkt aus den zeitgenössischen Verhandlungsprotokollen des tschechoslowakischen Politbüros herauslesen lässt, maß die KSČ-Führung der wirtschaftlichen Entspannung große Bedeutung bei. Mit ihren Beschlüssen arbeitete sie gezielt an der Verbesserung der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung.²⁶⁶ Anders als die ungarische Führung reduzierte sie die Rüstungsausgaben und erhöhte die Produktion von Verbrauchsgütern, was für die Allgemeinheit unmittelbar spürbar war. Diese Wirtschaftspolitik half sehr, die Unzufriedenheit abzubauen, die vor allem zur Zeit der Währungsreform entstanden war. Zwar änderte sich die grundsätzliche Situation nicht, doch der Parteiführung gelang es so, größere soziale Spannungen zu beseitigen und sich aus der eigenen Isolation zu manövrieren.²⁶⁷

Um zu verhindern, dass sich die kritischen Diskussionen, die in der ČSR auf den XX. Parteitag der KPdSU folgten, von Intellektuellenkreisen auf die breite Bevölkerung ausweiteten, reagierte die tschechoslowakische Parteiführung erneut mit zahlreichen Vergünstigungen. Eine im Sommer 1956 besonders gute Ernte erleichterte dabei die Senkung der Lebensmittelpreise. Bis zum Jahresende folgten fast monatlich weitere Entlastungen wie Lohnerhöhungen und die Verkürzung der Arbeitszeit.²⁶⁸ Diese Maßnahmen verfehlten ihre Wirkung nicht, sondern wurden sehr positiv aufgenommen. Laut Karel Kaplan gehörte die dadurch vermittelte wirtschaftliche und soziale Stabilität zu den wichtigsten Faktoren, die die tschechoslowakische Arbeiterschaft davon abhielt, eine parteikritische Reformbewegung zu unterstützen.²⁶⁹ Dieser Auffassung war übrigens auch Chruščev, der die tschechoslowakische Wirtschaftspolitik im Herbst 1956 lobend

265 Pernes 2008, S. 148–150.

266 Pernes 2007, S. 131.

267 Kaplan 1996, S. 33–34.

268 Hoensch 1992, S. 151; Pernes 2000, S. 612–613.

269 Kaplan 1996, S. 44.

hervorhob und dabei auf die Proteste in Polen und Ungarn verwies.²⁷⁰ Während in diesen Ländern eine bedarfsferne Versorgungspolitik breite Massen gegen die staatlichen Autoritäten aufbrachte, bewirkte eine konsequente Verbesserung der Lebensverhältnisse in der ČSR das Gegenteil. Zwar bewegten sich auch dort die versorgungspolitischen Vergünstigungen innerhalb der engen Möglichkeiten der Planwirtschaft, doch trugen sie im Jahr 1956 wesentlich dazu bei, Großteile der tschechoslowakischen Bevölkerung zufriedenzustellen und so die KSČ-Herrschaft zu stabilisieren.

Zur Festigung des kommunistischen Herrschaftssystems genügte freilich nicht die wirtschaftspolitische Entspannung allein. Bei vielen Tschechen und Slowaken waren die Erfahrungen mit staatlicher Gewalt und Unterdrückung aus den frühen fünfziger Jahren noch sehr präsent. Die Erinnerung daran untergrub – ähnlich wie in Ungarn – die Legitimität der tschechoslowakischen Staatspartei. Im Unterschied zu Rákosi waren die nach öffentlicher Meinung Hauptverantwortlichen allerdings 1956 nicht mehr Teil der politischen Führung. Ein vergleichbares personifiziertes Feindbild existierte in der ČSR daher zu dieser Zeit nicht. Außerdem gingen die in den Führungsgremien der KSČ verbliebenen Altstalinisten geschickter mit dem unseligen Erbe der stalinistischen Prozesse um als ihre ungarischen Genossen. Es gelang Novotný, die nach dem XX. Parteitag der KPdSU kurzzeitig aufflammende Diskussion über Rehabilitationen in bestimmte Bahnen zu leiten: Die Hauptverantwortung für den früheren Terror schob er dem hingerichteten Slánský zu. Demnach hätten die Verfolgung und Verhaftung von Parteimitgliedern und unpolitischen Bürgern ebenso in Slánskýs Zuständigkeitsbereich gehört wie die Unterdrückung der katholischen Kirche und rigorose Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. Diese Behauptungen hatten eine reale Grundlage, denn Slánský war tatsächlich wesentlich an diesen Exzessen beteiligt gewesen. Vor seiner Hinrichtung soll er daher einer der am meisten verhassten kommunistischen Politiker im Lande gewesen sein.²⁷¹ Dennoch trug Slánský die Schuld für den staatlichen Terror selbstverständlich nicht allein. Vielmehr saßen mehrere der Hauptverantwortlichen immer noch in den höchsten Parteiämtern. Diese hüteten sich, den Fall Slánský wieder aufzurollen, denn damit wäre deutlich geworden, dass Slánský selbst auf der Grundlage fingierter Vorwürfe verurteilt worden war. Mit den ihm posthum vorgeworfenen Rechtsverletzungen hatte sein Prozess dagegen ursprünglich nichts zu tun.²⁷² Diesen Zusammenhang konstruierte die tschechoslowakische Parteiführung erst 1956, damit sie einerseits einen Schuldigen für eigene politische Fehler der Vergangenheit vorweisen und andererseits eine Solidarisierung der Massen mit Slánský verhindern konnte, wie sie in Ungarn mit dem zu Lebzeiten ebenso unbeliebten Rajk stattgefunden hatte.

270 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 120, Nr. 147, 24.10.1956: *Protokoll der Sitzung des Politbüros der KSČ am 24.10.1956, u.a. zu den Ereignissen in Ungarn (Punkt 1)*, 24.10.1956.

271 Public Record Office, Nr. Fonds 371, file 128448, Sig. NC 1011/1, 4.1.1957; Blaive 2001, S. 116.

272 Blaive 2001, S. 119.

Die Verantwortung Novotnýs, Zápotockýs und anderer führender Funktionäre der KSČ blieb daher 1956 weitgehend im Dunkeln. Obwohl es zeitweise Forderungen zur genaueren Aufklärung der Zusammenhänge gab, erwies sich die Strategie der KSČ-Führung 1956 letztlich erfolgreicher als die Rákosis: Dieser zog mit seiner „Salamitaktik“²⁷³ des scheinbar schrittweisen Eingestehens in der Bevölkerung größeren Zorn auf sich als die tschechoslowakischen Kommunisten mit ihrem beharrlichen Schweigen.

Obwohl in der ČSR auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU weiterhin politische Urteile gefällt wurden, fanden entsprechende Prozesse nun fernab der Öffentlichkeit statt. Dies galt umgekehrt auch für die juristische Überprüfung stalinistischer Gerichtsverfahren. Diese lief in der ČSR erst auf die Initiative Moskaus an, die seit Ende 1953 auch von ihren Bündnispartnern eine „Entstalinisierung“ forderte. Konsequenterweise amnestierten die sowjetischen Behörden 146 tschechoslowakische Staatsbürger aus sowjetischen Straflagern. Als diese in ihre Heimat zurückkehrten, kamen sie auf Befehl der KSČ-Führung sofort wieder in Isolationshaft, damit sie niemandem ihre Hafterfahrungen mitteilen konnten.²⁷⁴ Im Gegensatz dazu kehrten 1953 in Ungarn Zehntausende aus den Internierungslagern nach Hause zurück und konnten dort von ihren Erfahrungen berichten.²⁷⁵ Zahlreiche Berichte aus beiden Ländern zeugen von der Willkür und Brutalität, die politisch Verfolgte in Vernehmungen und in der Gefangenschaft erlitten.²⁷⁶ Von diesen Exzessen erfuhren in Ungarn also weit mehr Menschen als in der Tschechoslowakei, wo solche Informationen sorgfältig unter Verschluss gehalten wurden. In der ČSR konnten die meisten Bürger das Ausmaß der stalinistischen Verbrechen wohl nur vermuten. Diese dunkle Ahnung ließ sich 1956 noch nicht offiziell bestätigen und genügte daher nicht, um – wie in Ungarn – einen breiten Entrüstungssturm gegen die herrschende Klasse loszutreten.

Dennoch regte sich im Frühjahr 1956 auch in der ČSR in verschiedenen Gesellschaftsgruppen Widerstand gegen die rigide und ineffiziente Parteiherrschaft. Die allgemeine Unzufriedenheit schien deutlich in den Forderungen der Studenten, Schriftsteller und Gewerkschaften durch. Allerdings gab es dort kaum direkte Kritik am Kommunismus und der Parteiführung, sondern vielmehr an den zentralistisch-bürokratischen Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft.²⁷⁷ Um dieser Kritik die Grundlage zu entziehen, beschloss die gesamtstaatliche Konferenz der KSČ im Juni 1956 offiziell eine Entbürokratisierung

273 Ursprünglich bezieht sich der Begriff „Salamitaktik“ auf Rákosis schrittweisen und daher schwer erkennbaren Umbau des ungarischen Staatsapparats nach stalinistischen Kriterien zwischen 1948 und 1952 (Lendvai 2006, S. 39–40).

274 Madry 1994, S. 28.

275 Vida 2006, S. 16.

276 Zur ungarischen Situation vergleiche Tóth 2005, S. 570–576, zur tschechoslowakischen Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 138 und Segert 2002, S. 15–16. Zu einer Reprise der Gewaltanwendung nach dem Ungarnaufstand vgl. Kipke 2006, S. 42.

277 [Http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/ACFB31.pdf](http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/ACFB31.pdf) (Zugriff: 09.08.2008); Holý 2008, S. 41–43.

der halbstaatlichen Organisationen.²⁷⁸ Auch anderen Forderungen kam die Partei nach, darunter solchen zur Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen. Dabei handelte es sich nie um grundlegende, sondern eher kosmetische Korrekturen. Insbesondere die geforderte Presse- und Versammlungsfreiheit blieb ein Tabuthema.²⁷⁹ Selbst die kleinen Veränderungen entwaffneten jedoch viele Kritiker und trugen so dazu bei, eine breite Mobilisierung gegen die KSČ-Politik zu verhindern.

Während sich die Rákosi-Führung zwischen Herbst 1954 und Sommer 1956 in Konfrontation mit Intellektuellen, aber auch den Kirchen und anderen einflussreichen Akteuren befand, vermied die Staatsführung in der ČSR damals die öffentliche Auseinandersetzung. Sie verfolgte stattdessen eine Strategie punktueller Entspannung bei gleichzeitig klarer Grenzsetzung. Beispielsweise entschärfte sie im Sommer 1956 die politische Verfolgung der Kirchen, ebenfalls ohne dies öffentlich kundzutun, behielt sich jedoch beispielsweise das Recht einer personalpolitischen Intervention jederzeit vor.²⁸⁰ Gleichzeitig wich die tschechoslowakische Führung konsequent ihrer Verantwortung für frühere Rechtsverletzungen aus. Dies verhinderte, dass sie selbst zur Zielscheibe einer nicht mehr kontrollierbaren gesellschaftlichen Unzufriedenheit wurde, wie dies in Ungarn 1956 der Fall war.

Durch ihr kleinschrittiges und intransparentes Vorgehen, dessen mittelfristige Auswirkungen aber relativ berechenbar waren, gelang es der kommunistischen Führung der ČSR besser als der ungarischen, wesentliche Quellen der gesellschaftlichen Unzufriedenheit im Griff zu behalten.²⁸¹ Sie ließ keine öffentliche Diskussion über die eigenen Fehler zu, zeigte sich jedoch nach außen gegenüber den Vertretern der kritischen Organisationen gesprächsbereit. Dies nahm der Konfliktentstehung die Spitzen. Die Altstalinisten in Ungarn verunglimpften dagegen ihre Kritiker – allen voran Imre Nagy –, was viele andere Parteimitglieder als ungerecht empfanden. In der sehr unterschiedlichen Wahrnehmung der kommunistischen Führung sind wesentliche Gründe dafür zu sehen, dass sich in Ungarn 1956 ein flächendeckender Wille für Reformen ausbreitete, während entsprechende Tendenzen in der ČSR bereits im Sommer wieder abklangen.

1.4.2 Nationale Identifikation und Abgrenzung

Ein kollektives Ungerechtigkeitsempfinden genügte allerdings nicht, um eine Massenbewegung wie die Ungarische Revolution auszulösen. Vielmehr bedurfte es weiterer verbindender Elemente, um Hunderttausende im Oktober 1956 zu einem teilweise lebensgefährlichen Aufstand zu mobilisieren. Gemeinsame Ziele und Interessen, aber auch

278 Kaplan 1996, S. 42.

279 Marušiak 2007, S. 14.

280 Kaplan 1996, S. 33–34.

281 Imhof; Romano (1996), betont die Bedeutung dieser Berechenbarkeit bzw. „lebensweltlichen Gewissheiten“, die er als „bewahrenden Kern“ einer Gesellschaft ansieht (S. 272).

gemeinsame Feindbilder stifteten damals ein starkes *Wir-Gefühl* unter den Reformern.²⁸² Einerseits bildete sich eine soziale Identität, die stark auf der gemeinschaftlichen Erfahrung mit staatlicher Ungerechtigkeit gründete; den gemeinsamen Willen, dieses Unrecht zu beseitigen, personifizierte in den Augen vieler Imre Nagy. Andererseits gab es eine historisch-kulturelle Identität, die wesentlich auf einer ungarisch-nationalen Abgrenzung vom „Sowjetischen“ konstruiert wurde.²⁸³

In der ČSR gab es 1956 keine flächendeckende Identifikation mit den punktuell vernehmbaren Reformforderungen – obwohl hierfür scheinbar ähnliche Voraussetzungen bestanden. Das soziale und kulturelle Zusammengehörigkeitsgefühl der tschechoslowakischen Bevölkerung konstituierte sich aber um andere, zum Teil längerfristig entstandene Deutungsmuster. Die folgende Gegenüberstellung soll der Entwicklung kollektiver Identitäten in beiden Ländern genauer nachgehen und so Anhaltspunkte für die 1956 so unterschiedliche gesellschaftliche Mobilisierungsbereitschaft finden.

Unter den heterogenen Reformverbänden der Ungarischen Revolution und später des Ungarnaufstands entstand eine gemeinsame Identität, die nationalistische und anti-kommunistische Züge trug. Von einer „Latenz der nationalen Frage“²⁸⁴ konnte dagegen keine Rede sein, denn die ungarisch-nationale Dimension war ein unverkennbarer Teil der Bewegung. Sie kam insbesondere während des Aufstands überall in nationalen Symbolen zum Ausdruck und hatte von Anfang an historische Bezüge. Dazu gehörte auch ein nationaler Opferkomplex, der auf ältere nationale Traumata zurückging und 1956 zum Identifikationspunkt der ungarischen Reformbewegung wurde.

Im kollektiven Bewusstsein Ungarns verbanden sich aktuelle Missstände mit historisch erinnerten Fremdbestimmung, Unterdrückung und Demütigung aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Sie waren Bestandteil des nationalen Gedächtnisses und der ungarischen Erinnerungskultur.²⁸⁵ Zu den wichtigsten Referenzpunkten dieser Art gehörte 1956 – neben dem Verlust großer Territorien nach den beiden Weltkriegen – die Revolution von 1848. Auf sie blickten viele Ungarn einerseits mit Stolz zurück, da es den Ungarischen Revolutionären 1848 kurzzeitig gelungen war, sich aus der Habsburger Vorherrschaft zu befreien. Andererseits nährte dieses historische Ereignis den nationalen Opferkomplex, weil der ungarische Befreiungsversuch 1849 nach erbittertem Kampf an den österreichischen und russischen Armeen gescheitert war.

Im Herbst 1956 rückte das historische Trauma von 1848/49 ins Zentrum des allgemeinen Interesses zurück. Große symbolische Wirkung hatte beispielsweise die Umbettung László Rajks, die ausgerechnet am 6. Oktober 1956 stattfand, das heißt am gleichen

282 Zu den wahrnehmungspsychologischen Hintergründen dieses *Wir-Gefühls* vgl. Scheufele 2003, S. 88, der es als Gefüge von Erkenntnisprozessen, Interaktionen und Emotionen zusammenfasst.

283 Zu solchen Abgrenzungsphänomenen und sich daraus konstituierenden kollektiven Handlungsimperativen vgl. Haunss 2004, S. 49.

284 Eder 2000, S. 42.

285 Dalos 2006, S. 19 (aus seinen Kindheitserinnerungen); Litván 1994, S. 73.

Datum, an dem 1849 die Generäle der Ungarischen Revolution hingerichtet worden waren. Diese letzte Episode des ungarischen Freiheitskampfes gegen Österreich war in Ungarn 1956 sehr bekannt, weil die kommunistische Propaganda sie seit 1944 ausgiebig für ihre antideutschen bzw. antiwestlichen Kampagnen bemüht hatte. Sie hatte dadurch eine nationale Empörung im kollektiven Bewusstsein verankert, die sich nun in einer unvermuteten Assoziation gegen ihre Urheber richtete: Die unter unklaren Umständen erfolgte Hinrichtung Rajks wurde als Unrecht empfunden, wie es sich in ähnlicher Weise 1848 an der ungarischen Nation und ihrer Freiheitsbewegung ereignet habe.²⁸⁶

Die Identifikation der Reformakteure mit nationalhistorischen Motiven wurde gleich zu Beginn des Ungarnaufstands sehr deutlich, als symbolisch bedeutende Orte die ersten Anlaufpunkte der Demonstrationen waren. Dazu gehörte das Denkmal des polnischen Generals Józef Bem, der 1848 die Ungarische Revolutionsarmee angeführt hatte und seitdem in Ungarn als Sinnbild der Auflehnung gegen Fremdherrschaft galt.²⁸⁷ Auf der anderen Seite der Donau (Buda) pilgerten Tausende zur Petőfi-Statue, die an den Nationalhelden und -dichter von 1848 erinnerte. „Viele, die in dem von Nationalhymne und Nationalgedicht eingestimmten Demonstrationen zug mitmarschierten, wähten sich im Einklang mit Volk, Nation und Geschichte.“²⁸⁸

Die ungarische Wahrnehmung der eigenen Nationalgeschichte klang auch in den Forderungen mit, die während des Aufstands in allen Teilen Ungarns vorgetragen wurden. Sie lehnten sich formell und inhaltlich an den Geist der Revolution von 1848 an: Verschiedene revolutionäre Organisationen verlangten die Wiedereinführung des Kossuth-Wappens – Lajos Kossuth war einer der geistigen Führer der 1848er Revolution gewesen; andere wollten den 15. März zum nationalen Feiertag erklären, weil an diesem Tag 1848 die Revolution in Ungarn ausgebrochen war.²⁸⁹

Allerdings hatte die Renaissance ungarischer Nationaltraditionen auch durchaus aktuellere Bezüge: Aus dem Zweiten Weltkrieg ging Ungarn als Kriegsverlierer hervor und bekam als „Hitlers letzter Verbündeter“ nicht nur die Folgen des deutschen Einmarsches, sondern auch der sowjetischen Besatzung auf allen Ebenen des politischen und gesellschaftlichen Lebens zu spüren.²⁹⁰ Die sowjetische Okkupationsmacht und eine durch Kriegsschäden und Reparationsverpflichtungen ruinierte Wirtschaft schufen ein psychologisches Klima der Beklemmung, das die Machtübernahme der ungarischen Kommunisten begünstigte.²⁹¹ Die Führungsposition der MDP stützte sich in Ungarn zunächst ohnehin nur auf den Druck der sowjetischen Kontrollkommission und die

286 Klimó 2006, S. 29.

287 Alföldy 1997, S. 10.

288 Klimó 2006, S. 30.

289 Tóth 2005, S. 589; Litván 1994, S. 76.

290 Klimó 2003, S. 319.

291 Horvath 1998.

Präsenz fast einer Million Rotarmisten. Sie ging mit offensichtlichen Anomalien wie Wahlbetrug und umfangreichen „Säuberungen“ der anderen Parteien einher.²⁹²

Dies alles blieb der ungarischen Bevölkerung nicht verborgen und viele standen der folgenden Angleichung an den kommunistischen Internationalismus ablehnend gegenüber. Innerhalb von zehn Jahren ersetzte dieser die ungarischen Wappen, Feiertage und Bräuche durch kommunistische und sowjetische Symbole. Rákosi hatte als „Stalins bester Schüler“ die Sowjetisierung fast bis zur nationalen Selbstaufgabe vorangetrieben. Übereifrig hatte er nicht nur Stalins explizite und vermeintliche Anweisungen durchgesetzt, sondern auch andere Bereiche wie den Kulturbetrieb, die Literatur und offizielle Uniformen russischen beziehungsweise sowjetischen Traditionen untergeordnet.²⁹³ Dies verärgerte viele Ungarn und bewirkte eine intensive Rückbesinnung auf nationale Traditionen, als diese nach der Ernennung Nagys zum Ministerpräsidenten möglich wurde. In den Diskussionen des Petőfikreises forderten Intellektuelle sehr direkt ein „gesundes ungarisches Temperament“ gegen den „deformierenden ausländischen Einfluss.“²⁹⁴ Pädagogen und Wissenschaftler wollten eine Rückkehr zu ungarischen Forschungstraditionen und die Abschaffung des Russischen als Pflichtsprache in der Schule. Mehrere Teilnehmer verlangten, dass ungarische Staatsbedienstete wieder ungarische statt sowjetische Uniformen trugen.²⁹⁵

Mit fortschreitender Dynamik der ungarischen Reformbewegung von 1956 wurde die kulturelle, wirtschaftliche und politische Majorisierung durch die Sowjetunion immer offener kritisiert. Große Teile der ungarischen Bevölkerung besannen sich auf ihre nationale Identität, die sie der sowjetischen entgegensetzten. Bewegung und Nationalität wurden plötzlich als identisch wahrgenommen.²⁹⁶ Dabei gingen Geschichtsbilder und eigene Erfahrungen eine eigenartige Verbindung ein, die während des Ungarnaufstands überall sichtbar wurde: 1849 war es die zaristische russische Armee gewesen, mit deren Hilfe der damalige Freiheitskampf niedergeworfen worden war. Im Oktober 1956 sah man in den sowjetischen Besatzern den gleichen Feind. In diesem Sinne sind auch die Worte eines sechzehnjährigen Straßenkämpfers zu verstehen: „Ebenso wie unsere Freiheitskämpfer 1848 gegen die Unterjochung aufstanden, dürfen auch wir nicht dulden, daß in unserer Heimat die fremden Unterdrücker ihr Unwesen treiben.“²⁹⁷

Antisowjetische Ressentiments waren während des Aufstands im Oktober 1956 in Ungarn sehr verbreitet, denn die vorherigen Teilerfolge einer Renationalisierung des ungarischen Bildungs- und Kulturbereichs waren nicht sichtbar genug. Es überrascht

292 Tóth 2005, S. 569–570; Klimó 2006, S. 70; Crampton 1997, S. 223–225; Molnár & Magyar 2001, S. 299.

293 Klimó 2006, S. 35–36, Klimó 2003, S. 393.

294 Pók 2007, S. 65–66.

295 Pukanszky 2004, S. 98–101; Litván 1994, S. 76–77.

296 Die identische Wahrnehmung von Staatszugehörigkeit und Bewegung ist laut Eder 2000, S. 196 eine typische Erscheinung bei der Entstehung sozialer Bewegungen.

297 Litván 1994, S. 68.

daher nicht, dass während der eigentlichen Straßenkämpfe des Ungarnaufstands das Stalindenkmal zu den ersten Opfern des kollektiven Zorns gehörte. Die Aufständischen kippten es vom Sockel, demolierten es mit schwerem Gerät und zerrten seine Einzelteile in der Art eines Triumphzugs durch Straßen Budapests.²⁹⁸ Auch der Rote Stern als allgegenwärtiges Symbol des Sowjetkommunismus wurde zur Zielscheibe der Revolutionäre. Sie entfernten ihn von den Hausdächern, aus offiziellen Dokumenten und bald auch von den volksrepublikanischen Uniformen. In einem symbolischen Kollektivakt gegen die Unterdrückung schnitten die Ungarischen Revolutionäre den Stern aus den Fahnen heraus.²⁹⁹ Die über Jahre aufgestaute Aggression gegen „die Roten“ ging zumindest nach den Beobachtungen der tschechoslowakischen Botschaft noch weiter: Demnach sollen Aufständische auf der Straße einem ungarischen Werksleiter seine rote Krawatte mit der Aufforderung vom Hals gerissen haben, stattdessen die ungarischen Nationalfarben zu tragen.³⁰⁰

In diesem aufgeheizten Klima dürfte der Einsatz sowjetischer Truppen wie eine Bestätigung der historischen Unterdrückungsassoziation gewirkt haben. So entwickelten sich die größtenteils friedlichen Demonstrationen zu einem nationalen Freiheitskampf. Dieses Szenario wiederholte sich mit größerer Heftigkeit nach der zweiten Invasion, als Nagy bereits offiziell die nationale Unabhängigkeit Ungarns erklärt hatte.

Während der gesamten Reformbewegung, einschließlich der sie abschließenden Eskalation im Oktober/November 1956 richtete sich der allgemeine Hass gegen den Sowjetkommunismus nicht nur auf die sowjetischen Truppen und Symbole. Auch die (vermeintlichen) ungarischen Repräsentanten und Bewahrer der sowjetischen Ideologie und Vorherrschaft gerieten ins Fadenkreuz der unzufriedenen Massen. Sie verachteten die „Rákosi-Clique“ als willfährigen Vollstrecker der Moskauer Interessen, aber auch aus antisemitischen Motiven.³⁰¹ Zusammen mit den sowjetischen Besatzern war die stalinistische Führung Ungarns der erklärte Gegner der Reformbewegung: ein gemeinsames Feindbild, das die Reformkräfte zusammenschweißte. Auf der anderen Seite dieser vereinfachenden Interpretation stand die Integrationsfigur des Reformkommunisten Nagy, in der viele Revolutionäre den Exponenten ihrer gemeinsamen Ziele sahen.

An dieser Stelle ist zu betonen, dass sich die ungarische Reformbewegung zum Großteil nicht gegen den Sozialismus selbst wandte, sondern vielmehr gegen dessen sowjetische, insbesondere stalinistische Umsetzung im ungarischen Kontext. Viele der geistigen Urheber der Ungarischen Revolution bekannten sich sogar explizit zum Sozialismus. So

298 Klimó 2006, S. 31. Zur Rezeption der stalinistischen Monumentalkultur in Ungarn vgl. Fowkes 2002.

299 Litván 1994, S. 77.

300 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/312, Information 0443/1956, 25.10.1956: *Information zum Verlauf des konterrevolutionären Aufstands in Budapest*, 25.10.1956.

301 Zu antisemitischen Ausschreitungen vgl. Standeisky 2006; auch die Moskauer Kommunisten kritisierten die ungarischen Kader um Rákosi wegen ihrer mehrheitlich jüdischen Zusammensetzung (Pronko 1999, S. 77).

forderte etwa der sozialistische Philosoph György Lukács im Juli 1956 im Petőfikreis einen „menschlicheren Sozialismus“.³⁰² Auch Nicht-Kommunisten wollten den Sozialismus aus Ungarn nicht gänzlich verbannen, so István Bibó, Vertreter der Petőfi-Partei, der noch im November 1956 „die sozialistischen Errungenschaften mit der Garantie der institutionalisierten Freiheit verbinden“ wollte.³⁰³ Es überrascht daher nicht, dass viele einschlägige Kenner der Ungarischen Revolution diese als genuin sozialistischen Reformversuch ansehen.³⁰⁴ Gerade durch die breite Identifikation mit einem ungarischen Sozialismus, der mit Freiheit und Menschlichkeit kompatibel sein sollte, konnte ein langjähriger und bis zuletzt bekennender Sozialist wie Imre Nagy zur Identifikationsfigur der Bewegung avancieren.

Neben Sozialismus und Freiheit blieben Nationalismus, Antikommunismus und in einigen Regionen auch Antisemitismus die wichtigsten identitätsstiftenden Interpretationsmuster der Ungarischen Revolution. Je einfacher sich diese Deutungszusammenhänge polarisieren ließen, desto stärker schien ihre Massenwirkung im Oktober und November 1956 zu sein. Der Verlauf der Ereignisse, insbesondere die zweite sowjetische Intervention, verhärtete die ungarisch-sowjetischen Fronten im kollektiven Bewusstsein. So stand die Restaurationsregierung unter Kádár vor einem großen Problem, das allein die sowjetische Truppenpräsenz ständig verschärfte. Deshalb führte Kádár noch im Winter 1956 das alte ungarische Nationalwappen wieder ein und distanzierte sich von den am meisten verhassten Emblemen des Sowjetkommunismus.³⁰⁵ Damit bediente er sich einer Taktik, die in ähnlicher Weise die tschechoslowakische Parteiführung bereits sehr viel früher und damit wirkungsvoller umgesetzt hatte.

Anders als in Ungarn formierte sich in der Tschechoslowakei 1956 keine gesamt-nationale Identität gegen die Sowjetunion und ihre tschechoslowakischen Repräsentanten. Auch in der ČSR wurden nationale Themen diskutiert, wobei es dabei eher um das jeweilige Selbstverständnis der dort lebenden Tschechen, Slowaken und Ungarn ging. Theoretisch bargen diese Fragen ebenfalls gesellschaftlichen Konfliktstoff, aber die KSC-Führung konnte einer breiten Diskussion frühzeitig entgegentreten.

Die Voraussetzungen dafür schufen bereits Beneš' Bemühungen um die Errichtung eines homogenen Nationalstaats.³⁰⁶ Entscheidender waren jedoch die kommunistischen Schauprozesse zwischen 1953 und 1954, in denen prominente Slowaken wie der spätere Parteichef Gustav Husák unter dem Vorwurf des „bourgeois Nationalismus“ zu langen

302 Laut Grebing 1977, S. 205–206 soll er gesagt haben, „je menschlicher wir den Sozialismus aufbauen – menschlicher für uns, zu unserem Nutzen, vom Standpunkt unserer eigenen Entwicklung – umso mehr dienen wir auch dem endlichen Sieg des Sozialismus im internationalen Maßstab“.

303 Dalos 2006, S. 198.

304 So bezeichnete der ungarische Philosoph Gaspár M. Tamás die 1956er Revolution im Nachhinein als „last attempt to create true socialism“ (Tamás 1991, S. 103). Der sozialistische Charakter des Ungarnaufstands bildete auch eine der Hauptthesen von Gati 2006, Lomax 1997 und Litván 1992.

305 Tinschmidt 1997, S. 79–80; Békés & Byrne et al. 2002, S. 376.

306 Zu Beneš' oft fragwürdigen Vorschlägen und ihrer Umsetzung vgl. Alte 2003, S. 50–63.

Haftstrafen verurteilt wurden.³⁰⁷ Diese Urteile schafften die potenziellen Anführer einer slowakischen Nationalbewegung aus dem Weg und schreckten gleichzeitig jüngere Slowaken davor ab, sich öffentlich für nationale Ideen zu engagieren. Diese Form der nationalen „Problemlösung“ war nach dem XX. Parteitag der KPdSU allerdings nicht mehr möglich. Nun musste sich die KSČ-Führung direkter mit den slowakischen Forderungen nach mehr Selbstständigkeit auseinandersetzen. Sie kam ihnen im Juni 1956 begrenzt entgegen, indem sie die Vollmachten der slowakischen Selbstverwaltungsorgane und Ausschüsse erweiterte.³⁰⁸ Außerdem konnten slowakische Funktionäre bei öffentlichen Ansprachen neuerdings wieder ihre Muttersprache – und nicht das den Zentralismus repräsentierende Tschechisch – gebrauchen.³⁰⁹

Damit entkräftete die Parteiführung nationale Ressentiments unter den bürokratischen Trägern des kommunistischen Systems, ohne den Prager Zentralismus ernsthaft anzutasten.

Die ungarische Minderheit in der Slowakei stellte wegen ihres geringen Anteils an der Gesamtbevölkerung der kommunistischen Tschechoslowakei keine große Gefahr für deren politische Stabilität dar. Nach den wilden Vertreibungen (1945) und einem „Bevölkerungsaustausch“ (1946/47) hatte sich die Zahl der Ungarn in der Tschechoslowakei bereits deutlich verringert. Das danach folgende kommunistische Assimilierungs- und Reslovakisierungsprogramm schränkte den Entfaltungsspielraum dieser nationalen Minderheit weiter ein.³¹⁰ Gleichzeitig hatte es deutlich gemacht, dass ungarisch-nationale Emanzipationsbestrebungen innerhalb des tschechoslowakischen Staatsgefüges weder erwünscht noch umsetzbar waren.

Antisowjetische Ressentiments waren in der tschechoslowakischen Bevölkerung bis 1968 nur wenig verbreitet. Was das eigene Geschichtsverständnis anging, so war bekannt, dass es 1848 in Böhmen keine Revolution, sondern vielmehr einen *Slawenkongress* gegeben hatte, der die Verbindungen zwischen den mitteleuropäischen Völkern mit dem russischen Volk stärken sollte. In Russland sahen damals viele Böhmen einen Verbündeten, der ihnen gegen die als Bedrohung wahrgenommenen Deutschen beistehen konnte.³¹¹ In Ungarn war Mitte des 19. Jahrhunderts umgekehrt eine Zusammenarbeit mit Österreich langfristig die willkommenere Alternative gegenüber einer „Slawisierung“ durch Russland und die umliegenden Staaten.³¹² Im Gegensatz zu Ungarn bestanden

307 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 376.

308 Kaplan 1996, S. 42.

309 Public Record Office, Nr. Fonds 371, file 128448, Sig. NC 1011/1, 4.1.1957.

310 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 131–133.

311 Zum Slawenkongress vgl. ausführlich Kolejka 1996; Pokorný 2000.

312 Roksandic 1995, S. 80–81. Pütz 1859, S. 383 stellte in seinen Bildinterpretationen bereits Mitte des 19. Jahrhunderts fest: „Wie die Deutschen sich in Böhmen und Mähren zu den Slawen verhalten, so verhalten sich in Ungarn die Slawen zu den Magyaren.“

also in der Tschechoslowakei der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts keine historischen Feindseligkeiten gegenüber Russland, die auf die Sowjetunion übertragen werden konnten.

Auch in der jüngeren tschechoslowakischen Geschichte existierten weniger Anhaltspunkte für eine antisowjetische Identität als in Ungarn. Als die sowjetischen Truppen im Mai 1945 in das „Reichsprotektorat Böhmen-Mähren“ einmarschierten, um die deutschen Okkupationstruppen zu verdrängen, kam es nur vereinzelt zu Übergriffen der sowjetischen „Befreier“ auf die tschechische Bevölkerung. Diese genügten offenbar nicht, um in der Tschechoslowakei ein Gefühl der Russophobie zu erzeugen, das stark genug gewesen wäre, um den Hass gegen Deutschland auszugleichen. In Ungarn waren die negativen Erfahrungen mit der Besatzung dagegen sehr viel intensiver und es gab auch kein entsprechendes Gegengewicht zu den antirussischen Gefühlen.³¹³ Zwar gibt es in einer Gesellschaft nicht nur Raum für *ein* größeres Feindbild, doch die Russenfeindlichkeit in der Tschechoslowakei hatte zumindest vor 1968 keine kollektiv identitätsstiftende Funktion.

Anders verhielt es sich mit den Erinnerungen an das *Münchener Abkommen* vom 30. September 1938, das auf Hitlers Initiative und unter Billigung der europäischen Westmächte das Ende der Tschechoslowakei als selbstständigen Staat einleitete. Die Wirkung dieses nationalen Traumas für die tschechische Identität ist bis heute nicht zu unterschätzen; in den fünfziger Jahren war sie besonders stark und äußerte sich in andauernder Enttäuschung über Westeuropa und verbitterter Feindseligkeit gegen Deutschland. Auf der anderen Seite fand eine Hinwendung zur Sowjetunion statt, die als einzige den vormals souveränen Staat 1938 nicht verraten, sondern später zu dessen Wiederherstellung beigetragen hatte. Anders als in Ungarn, wurde die Sowjetunion daher (zumindest im tschechischen Landesteil) nach dem Zweiten Weltkrieg nicht als Besatzerin, sondern Befreierin wahrgenommen. Bis in die sechziger Jahre ließ die kommunistische Propaganda in der Tschechoslowakei auch keine Gelegenheit aus, die Rote Armee in diesem freilich idealisierenden Licht erstrahlen zu lassen.³¹⁴ Eine ähnliche Taktik der kommunistisch kontrollierten Medien in Ungarn funktionierte dagegen nicht. Dort war allgemein bekannt, dass die Sowjetunion im Januar 1945 der Wiederherstellung der Grenzen von 1937 zugestimmt und Ungarn damit nach nur 25 Jahren erneut zum Kriegsverlierer gemacht hatte: Der schlimmste Verlust bestand dabei in den Augen der meisten Ungarn in der Abtrennung von zwei Dritteln des ehemaligen Territoriums, das mit dem Trianon-Vertrag von 1920 verankert und nach dessen vorübergehender Revision 1945 neuerlich bestätigt wurde.³¹⁵ Nun kam noch hinzu, dass Ungarn ein besetztes Land blieb, weil die sowjetischen Truppen nicht abzogen, sondern sich an der Demontage

313 Blaive 2001, S. 280–281.

314 Schmoller 2008, S. 90–93.

315 Borhi 2004, S. 37.

der bereits durch den Krieg gebeutelten Infrastruktur beteiligten.³¹⁶ Dies hinterließ deutliche Spuren im Alltag.

Im Gegensatz zu Ungarn befand sich die Tschechoslowakei nach dem Krieg in einer relativ günstigen Ausgangssituation, als sie im Mai 1945 durch die amerikanischen und sowjetischen Armeen von der deutschen Besatzung befreit worden war. Zwar hinterließen die Protektorsjahre eine zerstörte Organisations- und Sozialstruktur, ansonsten waren die Kriegsschäden aber vergleichsweise gering.³¹⁷ Während in Ungarn die Rote Armee die Wehrmacht nicht nur aus dem Land getrieben, sondern auch deren Besatzerfunktion übernommen hatte, zogen die alliierten Truppen aus Böhmen und Mähren bald wieder ab.³¹⁸ Daher ist es durchaus verständlich, dass die UdSSR nur in Ungarn zum kollektiven Feindbild wurde, gegenüber dem sich die eigene Reformbewegung abgrenzen konnte. In der ČSR identifizierten sich dagegen zunächst viele mit dem „slawischen“ Element der Sowjetunion und dem von ihr inspirierten kommunistischen Staatssystem.

Im Vergleich zu anderen von der Sowjetunion befreiten bzw. besetzten Staaten Ostmitteleuropas verlief die politische Konsolidierung in der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst relativ geordnet und rechtsstaatlich. So gewannen die tschechoslowakischen Kommunisten – als einziges staatssozialistisches Land Ostmitteleuropas – 1946 die damals freien Wahlen ohne Betrug oder sonstige Manipulation.³¹⁹ Einige der Unregelmäßigkeiten, die in Ungarn zu beobachten waren, gab es jedoch auch in der Tschechoslowakei. So rekrutierten die Kommunistische Partei und ihre Massenorganisationen ebenfalls nachgewiesene Nazikollaborateure;³²⁰ außerdem infiltrierten und kontrollierten sie die Geheimdienste, die sie auch für den weiteren Ausbau ihrer Machtposition nutzten.³²¹ Diese Dinge geschahen jedoch weitgehend im Hintergrund und dürften daher keine besonderen Auswirkungen auf das Prestige der tschechoslowakischen Kommunisten im eigenen Land gehabt haben.

Insgesamt genoss die KSČ in der Nachkriegstschechoslowakei deutlich mehr Unterstützung als die kommunistische Partei in Ungarn. Sie hatte vor allem in dem breiten tschechischen Industrieproletariat großen Rückhalt, der bis in die Zwischenkriegszeit zurückreichte.³²² Zudem förderten einige andere Parteien sowie die Bevölkerung die kommunistische Umgestaltung nach sowjetischem Muster. Unter diesen Voraussetzungen konnte die KSČ 1948 durch prinzipiell legale Wahlen an die Macht kommen.

Danach dauerte es einige Jahre, bis die anfänglichen Illusionen gegenüber dem sozialistischen Aufbau auch in der Tschechoslowakei weitgehend aufgebraucht waren.

316 Klimó 2006, S. 70; 98.

317 Heumos 1994, S. 231.

318 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 126–127).

319 Hoensch 1997, S. 437.

320 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 140–141.

321 Hoensch 1997, S. 437.

322 Matthews 2003, S. 56.

1956 war dies bereits der Fall, doch fehlte in den damaligen Reformdiskussionen eine antisowjetische Dimension wie in Ungarn. Zwar kritisierten insbesondere Studenten die sowjetische Dominanz im kulturellen Alltag der Tschechoslowakei, doch selbst die radikaleren unter ihnen zweifelten nicht an dem Bündnis mit Moskau oder der Mitgliedschaft im Warschauer Pakt.³²³ Im Mai 1956 forderten sie lediglich, auf sowjetische Symbole bei rein inlandsbezogenen Anlässen zu verzichten. Schon in ihrer Begründung zeigt sich der Unterschied zu Ungarn: Sie wollten damit das Ansehen der Sowjetunion bei der tschechoslowakischen Bevölkerung verbessern. Zu anderen Gelegenheiten wie den Jahrestagen des Kriegsendes und der russischen Oktoberrevolution seien dagegen sowjetische Fahnen und Hymne erwünscht gewesen.³²⁴

Derartige Forderungen nahm die KSČ-Führung 1956 sehr ernst. Sie bemühte sich, nationale Befindlichkeiten zu berücksichtigen, wenn diese eine positive Öffentlichkeitswirkung versprachen, ohne außenpolitisch Differenzen mit der Sowjetunion zu provozieren. Beispielsweise kümmerte sich das Politbüro im Sommer 1956 selbst darum, die sowjetische Hymne als Abschlussmelodie des täglichen Radioprogramms abzuschaffen, nachdem dies Studenten öffentlich beanstandet hatten.³²⁵ Auch dem britischen Botschafter in der ČSR fielen diese kleinen, aber symbolisch bedeutenden Änderungen auf. So fehlten 1956 in der zweiten Jahreshälfte sowjetische Flaggen bei offiziellen Gelegenheiten und an Weihnachten kehrte statt dem sowjetischen *Väterchen Frost* (Děda mráz) wieder das traditionelle Christkind zurück in die offizielle Feiertagsallegorie.³²⁶

Ob die unterschiedliche Beurteilung der Sowjetunion in Ungarn und der ČSR nun vor allem langfristige historische Wurzeln hatte oder in den unterschiedlichen Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs zu suchen ist, kann hier nicht abschließend geklärt werden. Sicher war eine Kombination beider Faktoren relevant. Wesentlicher für die vorliegende Fragestellung ist jedoch, dass die kommunistischen Führungen Ungarns und der ČSR diese historischen Komplexe nach dem Krieg aktiv für ihre Zwecke nutzen wollten: Sie versuchten, die Sowjetunion als Partner und Musterbeispiel für die systematische Verwirklichung des sozialistischen Umbaus im eigenen Land darzustellen. Während dies in der Tschechoslowakei aufgrund einer langfristig positiveren Wahrnehmung der Sowjetunion weitgehend gelang, wirkten entsprechende Versuche in Ungarn letztlich kontraproduktiv: Die noch genauer zu betrachtende tschechoslowakische Propaganda vermochte bestehende Identifikationsmuster mit der Sowjetunion zu verstärken. Die konservative ungarische Parteiführung diskreditierte sich dagegen durch ihre übertriebene Imitation des verhassten Sowjetkommunismus selbst.

323 Marušiak 2007.

324 Matthews 2003; Blaive 2001, S. 133.

325 Pernes 2008, S. 150–151.

326 Public Record Office, Nr. Fonds 371, file 128448, Sig. NC 1011/1, 4.1.1957.

1.4.3 Reformbezogene Erfolgserwartungen

Eine größere soziale Bewegung konnte in einem Ostblockstaat nur entstehen, wenn wie in Ungarn und Polen 1956 ein kritisches Maß der Unzufriedenheit überschritten war und sich genügend Menschen mit ähnlichen Ideen identifizieren konnten. Die Beteiligung an Reformbewegungen war jedoch innerhalb des staatssozialistischen Herrschaftsgefüges mit einem besonderen persönlichen Risiko verbunden. Nach mehreren Jahren der gewaltsamen Verfolgung politischer Gegner war allgemein bekannt, dass die kommunistischen Führungen ihre Entscheidung und ihre Machtposition auch mit physischer Gewalt durchzusetzen bereit waren. Entsprechend hoch dürfte 1956 die Hemmschwelle für ein aktives Auftreten gegen die herrschenden Verhältnisse gewesen sein.

Wenn es sich also nicht nur um spontane Einzelaktionen, sondern um eine Massenbewegung wie die Ungarische Revolution handelte, mussten viele Menschen überzeugt sein, durch ihr gemeinsames Handeln Entscheidungen beeinflussen und Probleme lösen zu können.³²⁷ Es geht also nicht nur um den Willen, die aktuelle Lage zu verbessern, sondern auch um den Glauben daran, dass entsprechende Versuche erfolgreich sein werden. Es liegt auf der Hand, dass sich in solchen Abwägungen oft die tatsächlichen Grenzen und Möglichkeiten eines Ordnungssystems widerspiegeln. Dennoch können die systemischen Spielräume nicht mit deren kollektiver Wahrnehmung gleichgesetzt werden. Potenzielle Reformakteure können vorhandene Handlungsspielräume übersehen, was die Entstehung einer Reformbewegung grundsätzlich verhindert, oder sie können diese überschätzen und deshalb mit ihrem Vorhaben in der Umsetzung scheitern. Dies wird auch im Vergleich zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei deutlich, wo im Sommer und Herbst 1956 ganz unterschiedliche Erfolgserwartungen mit den eigenen Reforminitiativen verbunden waren. Gemeinsam mit ihren Ursachen sollen diese nun einander gegenübergestellt werden.

In Ungarn bestanden bereits in den letzten Wochen vor dem eigentlichen Aufstand im Oktober 1956 positive Erwartungen, was die Reformierbarkeit des politischen Systems betraf. Dazu trug eine Reihe von Entwicklungen bei, die bereits im Zusammenhang mit den politischen und institutionellen Möglichkeiten angesprochen wurden. Ein wichtiger Faktor war dabei die offensichtliche Instabilität der politischen Führung, die reformorientierten Akteuren inner- und außerhalb der MDP neue Möglichkeiten zu eröffnen schien. Bereits die seit 1954 begonnenen Rehabilitationen der Schauprozess-Opfer sowie zahlreiche Amnestien vermittelten öffentlich den Eindruck, dass selbst die Parteiführung nicht mehr ohne jede Rechtsgrundlage Zwangsmaßnahmen verhängen könne.³²⁸ Die Abstrafung der alten Eliten brachte innerhalb der MDP nicht nur Spielraum für neue Ideen mit sich, sondern führte auch zu einer innerparteilichen Spaltung. Häufige Personalwechsel, einschließlich der Abberufung Rákosis aus Moskau, demonstrierten eine

327 Scheufele 2003, S. 88.

328 Varga 2001, S. 69.

Führungsschwäche in der Partei.³²⁹ Diese nahmen in Ungarn wiederum außerparteiliche Reformgruppen als Gelegenheit wahr, nun ihre eigenen Vorstellungen in die öffentliche Diskussion mit einzubringen.

Von der inneren Zerstrittenheit der MDP-Führung erfuhr die ungarische Bevölkerung alsbald über die Medien. Diese ließen seit Nagys Zwischenspiel als Ministerpräsident vermehrt reformorientierte Stimmen zu Wort kommen.³³⁰ Da es sich um zentral kontrollierte Zeitungen und Rundfunksendungen handelte, konnten dies im ungarischen Publikum viele dahingehend interpretieren, dass Reformideen nun offiziell akzeptiert seien. Zwar prangerte die Parteipresse weiterhin die radikaleren Diskussionsrunden an, doch damit verbreitete sie auch indirekt die Kunde, dass solche überhaupt möglich waren. Auch andere Medienkampagnen hatten diesen gegenteiligen Effekt: Nagys sechzigster Geburtstag, zu dem über 50 Parteimitglieder und viele andere prominente Gratulanten erschienen, wurde in der Presse als Affront gegen die kommunistische Führung gezeißelt. Dadurch erfuhr in Ungarn eine breite Öffentlichkeit von den Aktivitäten und Verbündeten Nagys, dessen politische Karriere offiziell seit langem zu Ende war.³³¹ Gleichzeitig verdeutlichte die mediale Kritik, dass sich in der Partei viele einflussreiche Befürworter des Reformkurses befanden.

Neben den inländischen Medien beeinflussten in Ungarn Mitte der fünfziger Jahre vor allem ausländische Radiosender die allgemeine Erwartungshaltung. In Ungarn konnte man nicht nur im deutschsprachigen österreichischen Rundfunk, sondern auch in den jugoslawischen Radiosendungen offene Sympathiebekundungen gegenüber Nagy und anderen Reformern hören.³³² Noch wichtiger war der amerikanische Propagandasender *Radio Free Europe*. In seinen Ausstrahlungen sahen viele kommunistische Funktionäre in Ungarn und der Sowjetunion eine große Gefahr, weil sie gezielt die öffentliche Meinung zugunsten von Reformprogrammen beeinflussten. Sie informierten 1953 beispielsweise vor den offiziellen Medien über Stalins Tod und 1956 über Chruščevs Geheimrede.³³³ Beides waren eindeutige Signale der inneren Öffnung des Ostblocks, die in Ungarn neue Hoffnungen und damit eine größere Bereitschaft zur Beteiligung an einer Veränderung auslösten.

Besonders wichtig war die Funktion des amerikanischen Senders in den Tagen der ungarischen Straßenkämpfe. Damals stiegen die Hörerzahlen von Radio Free Europe und damit auch dessen Einfluss auf die mobilisierte Bevölkerung massiv an. Neuere Untersuchungen legen daher nahe, dass Radio Free Europe durch seine Agitation die sowjetische Entscheidung für eine zweite Intervention begünstigt habe.³³⁴ Die Sendungsprotokolle

329 Rainer 1999, S. 92.

330 Tóth 2005, S. 586–587.

331 Ebenda, S. 586.

332 Granville 2004.

333 Ebenda, S. 524–525.

334 Ebenda.

des Propagandasenders zeigen inzwischen eindeutig, dass er ohne offizielle Befugnis die Erfolgserwartungen der ungarischen Kämpfer in die Höhe getrieben hatte. Seine Moderatoren stellten am 4. November 1956, also zu Beginn der zweiten sowjetischen Intervention, militärische Hilfe aus dem Westen in Aussicht, wenn die ungarischen Kämpfer noch einige Tage durchhielten.³³⁵ Mit der Hoffnung auf westliche Truppen wurde der Sieg gegen die sowjetischen Besatzer in den Augen vieler ungarischer Freiheitskämpfer wahrscheinlicher.³³⁶ Diese auf falschen Tatsachen basierenden Erwartungen verbanden sich offenbar mit der bestehenden Euphorie der ungarischen Straßenkämpfer und spielten für deren letzte Mobilisierung eine große Rolle. Illusorische mediale Versprechungen schienen damals stärker zu wirken als die selbst erlebte Wirklichkeit einer eindeutigen militärischen Überlegenheit der sowjetischen Truppen.

Neben den ausländischen Medien spielten schon vor dem Aufstand im Oktober 1956 auch politische Entwicklungen im Ausland eine wichtige Rolle für die Erwartungshaltung der ungarischen Reformer. Dazu gehörte die Neutralitätserklärung Österreichs vom Mai 1955, die im Einvernehmen mit der Sowjetunion stattfand. Sie nährte in Ungarn Hoffnungen auf einen vergleichbaren Status. Wenn dort angesichts der Gründung des Warschauer Pakts auch keine völlige Neutralität möglich war, so erwartete man doch einen Abzug der sowjetischen Einheiten. Deren Anwesenheit war vorher in Ungarn offiziell mit der Sicherung der Nachschubwege nach Österreich begründet worden und dieses Argument fiel nun weg. Weitere positive Erwartungen verbanden die Mitglieder der ungarischen Reformbewegung mit dem UNO-Beitritt. Dieser war den internationalen Verhandlungen um Österreich gefolgt und garantierte über das Warschauer Bündnis hinaus den Schutz einer internationalen, wenn auch nicht sehr einflussreichen Organisation.³³⁷ Die langjährige außenpolitische Isolation nach dem Zweiten Weltkrieg schien sich also deutlich zu lockern und mit ihr die völlige Abhängigkeit von der Sowjetunion. Diese neue außenpolitische Konstellation versprach auch innerhalb Ungarns mehr Raum für eigene Gestaltungsmöglichkeiten.

In Ungarn war 1956 auch der Blick auf Jugoslawien wichtig, weil dort unter Tito seit Jahren ein eigener nationaler Weg zum Sozialismus möglich war. Er unterschied sich vom Sozialismus sowjetischen Typs, weil er ökonomische Dezentralisierung, Arbeiterselbstverwaltung und außenpolitisch „aktive Neutralität“ anstrebte.³³⁸ Stalin und seine ostmitteleuropäischen Verbündeten hatten Tito dafür jahrelang öffentlich verurteilt. Nach Stalins Tod 1953 versuchte die neue Moskauer Kollektivführung Jugoslawien

335 Michie 1963, S. 259–260.

336 Die Sendungen der verschiedenen westlichen Propagandasender aus jenen Tagen sind gut dokumentiert und aufgrund ihrer Brisanz relativ umfangreich aufgearbeitet. Vgl. dazu Borbandi 1996; Nelson 1997; Békés & Byrne et al. 2002, S. Dokumente. 45; 87; 105.

337 Tinschmidt 1997, S. 72; Klimó & Kunst 2004, S. 292.

338 Granville 1998, S. 676.

zurück ins sowjetische Lager zu holen, ohne seinen Sonderweg weiter zu verdammen.³³⁹ Das wurde auch in Ungarn öffentlich bekannt und ließ vermuten, dass ein national spezifischer Weg zum Sozialismus in greifbare Nähe rückte. Verstärkt wurde dieser Eindruck im Sommer 1956, als die ungarische Führung ihre Beziehungen zu Tito stark intensivierte.³⁴⁰ Dies entging auch den sowjetischen Beobachtern in Ungarn nicht, die glaubten, dass insbesondere die ungarischen Intellektuellen vom politischen Mittelweg Jugoslawiens „infiziert“ worden waren.³⁴¹

Während der jugoslawische Mittelweg eher als längerfristiger Ideengeber der ungarischen Reformbewegung in Frage kam, hatten die Ereignisse in Polen im Sommer und Herbst 1956 direkte Wirkung auf sie. Der blutige Ausgang des Posener Aufstands mag noch – wie das ZK der MDP erklärte – „eine Warnung für jeden ungarischen Arbeiter und jeden ehrlichen Patrioten“ gewesen sein.³⁴² Doch spätestens die Wahl Gomułkas zum Ersten Sekretär am 21. Oktober 1956 stieß in Ungarn auf breite Zustimmung. Der neue polnische Parteiführer kündigte einen polnischen Weg zum Sozialismus in einer öffentlichen Rede an, die kurz darauf in voller Länge in der ungarischen Parteizeitung erschien.³⁴³ Moskau schien den polnischen Nationalkommunismus zu billigen, was für die ungarischen Reformen enorme Signalkraft hatte. Der reformorientierte Flügel in der MDP erwartete nun, auch in Ungarn wesentliche Veränderungen innerhalb des sozialistischen Systems vornehmen zu können.³⁴⁴ Doch auch die einfache Bevölkerung zog ihre Lehren aus den Entwicklungen in Polen: „Der Moment ist da, wo handeln möglich, ja sogar geboten ist, denn siehe, zeigt man nur die nötige Entschlossenheit, weicht selbst die sowjetische Führung zurück.“³⁴⁵ Wenig später skandierten die Demonstranten auf Budapests Straßen: „Polen ist unser Vorbild – folgt dem ungarischen Weg!“³⁴⁶

Neben dem Beispiel umliegender kommunistischer Staaten steigerte auch die bewegungsimmanente Dynamik die Erfolgserwartungen der ungarischen Reformen. So zeigte sich bereits in den Diskussionsrunden des Petőfikreises eine sich nach oben schraubende Dynamik immer radikalerer Forderungen. Noch viel deutlicher war dieser Selbstverstärkungseffekt während der Massendemonstrationen ab dem 23. Oktober 1956. Die Philosophin Ágnes Heller und ihr Biograf beschrieben eindrucksvoll, wie im Rausch

339 Békés & Byrne et al. 2002, S. 3.

340 Die Inhalte dieser Beratungsgespräche Gerós und Kádárs mit Tito waren der ungarischen Bevölkerung mehrheitlich unbekannt. Wie aus den nun verfügbaren Gesprächsprotokollen hervorgeht, versuchten die ungarischen Vertreter auf diesen Treffen allerdings gerade, die jugoslawischen Diplomaten und Journalisten von ihrer Reformen befürwortenden und Nagy unterstützenden Linie abzubringen (Granville 1998, S. 680).

341 Ebenda, S. 679.

342 Kramer 2006, S. 13.

343 Während Békés & Byrne et al. 2002, S. 13 die Veröffentlichung der Rede auf den 22.10.1956 datiert, nennen Göllner 2003, S. 99 und Litván 1994, S. 62 den 23.10.1956.

344 Békés & Byrne et al. 2002, S. 13.

345 Litván 1994, S. 62.

346 Zit. nach Ebenda, S. 65.

der Massendemonstration die Parolen immer kühner wurden und viele selbst davon überrascht waren, was plötzlich möglich war: Die Protestzüge wurden wie „in Wellen von einer Losung zur nächsten geworfen“.³⁴⁷ Die zu dieser Zeit staatlich kaum mehr kontrollierten Medien berichteten darüber, wie eine Forderung nach der anderen erfüllt wurde. Das bestätigte die Demonstrierenden in ihrem Vorhaben. Am 25. Oktober 1956 hatte die Bewegung bereits ein solches Selbstvertrauen erlangt, dass ihre Vertreter sich nicht mehr mit Nagys Verhandlungsangebot über einen sowjetischen Truppenabzug zufriedengaben.³⁴⁸ Die Erwartung, das Schicksal des eigenen Landes nun selbst in die Hand nehmen zu können, schien sich für viele Ungarn endgültig zu bestätigen, als zunächst die sowjetischen Truppen abrückten und dann Nagy die Neutralität ausrief.

Die kollektive Euphorie traf erst auf ihre Grenzen, als am 4. November 1956 erneut sowjetische Truppen und diesmal in unverkennbarer Übermacht gegen die Aufständischen anrückten. Die Straßenkämpfer und die wenigen Einheiten der ungarischen Armee stellten sich den Invasoren zunächst noch hoffnungsvoll entgegen. Offenbar glaubten sie angesichts der vorherigen Erfolge und nicht zuletzt auch wegen der Hilfeversprechungen westlicher Radiosender kurzzeitig noch, ihre Errungenschaften sichern zu können. Ihr verlustreicher und weitgehend erfolgloser Widerstand dauerte jedoch nur wenige Tage. Als auch die erhoffte Hilfe aus dem Westen ausblieb, erkannten die ungarischen Widerstandskämpfer die enorme Überlegenheit der sowjetischen Truppen. Diese bestand nicht nur in der Zahl, sondern nun auch in der Qualität ihrer Ausrüstung und Ausbildung.³⁴⁹ Die ungarische Reformbewegung war damit auch an ihren übersteigerten Erfolgserwartungen gescheitert, die nun von der Realität blockinterner Machtinteressen eingeholt wurden.

In der Tschechoslowakei waren die Veränderungserwartungen im Vergleich zu Ungarn vor allem deshalb niedriger, weil die staatliche Kontrolle dort rigider und konsequenter war und entsprechende Diskussionen nur sehr begrenzt zuließ. Schon im Mai 1956 wies die KSČ-Führung Schriftsteller- und Studentenproteste rigoros zurück. Ihre öffentlichen Drohungen und die Säuberung parteinaher Organisationen wirkten ebenfalls abschreckend auf potenzielle Reformer. Deren Erfolgserwartungen waren damals also relativ gering. Anders als in Ungarn gab es in der ČSR auch einen Präzedenzfall, der gezeigt hatte, dass eine Mobilisierung gegen die Staatsmacht wenig aussichtsreich und sogar sehr gefährlich war: 1953 hatten Teile der tschechoslowakischen Bevölkerung, insbesondere Arbeiter in den industriellen Zentren der ČSR, nach der Währungsreform von 1953 bereits einmal versucht, durch öffentliche Streiks und Proteste ihre Reformforderungen durchzusetzen. Dieser Versuch war jedoch an der sofortigen Mobilisierung

347 Heller 1999, S. 170; auch Litván 1994, S. 64 erwähnt die im Verlauf des Abends immer kühner werdenden Formulierungen.

348 Klimó 2006, S. 32.

349 Tóth 2005, S. 593; Kipke 2006, S. 38.

des staatlichen Exekutivapparats gescheitert und hatte für seine Initiatoren sehr unangenehme Konsequenzen.³⁵⁰ Drei Jahre später waren diese Erfahrungen unvergessen, was Hoffnungen für eine mobilisierte Reformbewegung offenbar kaum aufkommen ließ. Darüber hinaus sahen 1956 viele Tschechen und Slowaken keinen unmittelbaren Handlungsbedarf: Weder schätzten sie ihre Lage als besonders ungerecht ein, noch gab es eine gemeinschaftliche Reformidentität. Die Frage nach den Erfolgchancen für Reform- und Protestaktionen stellte sich unter diesen Voraussetzungen für viele überhaupt nicht.

Allerdings gingen die erfolgreichen Reformbemühungen in Polen auch an den Bürgern der ČSR nicht spurlos vorbei. Die Arbeiterproteste im Sommer 1956 ermunterten tschechoslowakische Arbeiter zu Streiks und Gomuľkas polnischer Nationalkommunismus inspirierte auch Mitglieder der KSČ.³⁵¹ Die lange gemeinsame Grenze mit Polen, relativ problemlose Verständigungsmöglichkeiten und polnische Minderheiten in grenznahen Industriegebieten erhöhten die Möglichkeit eines *Spill-Over-Effekts*. Die Stimmungsberichte der Staatssicherheit (StB) bestätigten diese Befürchtungen. Aus der ganzen Republik meldeten Agenten, dass breite Teile der Bevölkerung und vor allem der Arbeiterschaft die Aufstände in Posen begrüßten und einige angeblich sogar ähnliche Aktionen planten.³⁵² Tatsächlich gab es nach dem Posener Aufstand auch in der ČSR vereinzelt Streiks. Diese hielten aber nicht lange an, weil die Betriebsführungen schnell auf die Forderungen eingingen und außerdem administrative Maßnahmen und Verhaftungen androhten.³⁵³ In der zweiten Jahreshälfte von 1956 wiederholten sich die Streiks jedoch nicht und es gab auch keine anderen öffentlichen Proteste. Offensichtlich war den meisten Tschechen und Slowaken zu diesem Zeitpunkt klar, dass breitere Proteste kaum Erfolgchancen, dafür aber erhebliche Risiken bargen.

Diesen Eindruck verstärkte seit Sommer 1956 auch die tschechoslowakische Informationspolitik. Auf Initiative der KSČ-Führung begann eine umfangreiche Propagandakampagne, die neben expliziten Drohungen erneut das Schema der „feindlichen Agenten“ bemühte. Es war dem tschechoslowakischen Publikum bereits durch die offizielle Berichterstattung der Juniwochen von 1953 und 1956 bekannt. Demnach seien westliche Geheimdienste und „faschistische Eindringlinge“ die Initiatoren der Arbeiterproteste von 1953 in der ČSR und der DDR gewesen. Das Gleiche galt laut offizieller Lesart für die tschechoslowakischen Studentenunruhen im Mai und die polnischen Arbeiteraufstände im Juni 1956.³⁵⁴ Mit solchen Parallelen kriminalisierten die kommunistischen Medien

350 Vgl. dazu ausführlich Musilová 1994.

351 Pernes 2008, S. 151–155.

352 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15 - Události v Polsku a Maďarsku - zprávy a poznatky, [Dezember 1956]: *Dossier des tschechoslowakischen Innenministeriums über die Reformbewegungen in Ungarn und Polen von 1956 und deren Einfluss auf die tschechoslowakische Bevölkerung*, [Dezember 1956].

353 Zu weiteren Auswirkungen des polnischen Aufstands und der folgenden politischen Veränderungen vgl. Pernes 2008, S. 151–159, Kapitel 7.5 *Polský příklad*; außerdem: Kramer 2006, S. 12; 14–15.

354 Engelmann et al. 2005, S. 224–225; Dudek 1999, S. 35, Anm. 25.

jegliche Streik- und Protestinitiative und riefen gleichzeitig in Erinnerung, dass alle diese Erhebungen gescheitert und mit schweren Konsequenzen verbunden waren.

Ein genauerer Blick auf die tschechoslowakische Informationspolitik nach Juni 1956 lässt vermuten, warum die Wirkung der polnischen Reformentwicklung auf die ČSR eher kurzfristig und die der ungarischen ohnehin kaum nachweisbar war: Während in Ungarn und Polen 1956 Presse und andere Medien immer unabhängiger und kritischer wurden, war der Zugang zu Informationen über Reformbewegungen der anderen Ländern in der Tschechoslowakei 1956 deutlich erschwert. Dabei spielte die staatliche Zensur eine entscheidende Rolle. Sie versperrte westlichen Informationsquellen den Zugang zur ČSR und blockierte nach den Unruhen in Polen außerdem polnische Medien. Übersetzungen aus dem Polnischen wurden gestoppt und die Störung erst polnischer und dann auch ungarischer Radiosendungen erörtert.³⁵⁵

Erst im Herbst erkannte die KSČ-Führung das Inspirationspotenzial der ungarischen Reformbewegung: Nicht nur Mitglieder der ungarischen Minderheit, sondern auch viele andere Slowaken konnten Ungarisch und unterlagen dem Einfluss der ungarischen Presse. Diese Informationsmöglichkeit stieß offenbar auf großes Interesse, denn neuerdings waren ungarische Zeitungen schnell vergriffen.³⁵⁶ Deshalb schaltete sich bald das tschechoslowakische Amt für Presseüberwachung ein, das im Herbst 1956 alle ungarischen Zeitungen überprüfen musste, die in der Slowakei erhältlich waren; sogenannte „unrichtige“ sollte es zurückhalten.³⁵⁷ In der ČSR war es daher im Oktober 1956 kaum mehr möglich, zuverlässige Informationen über das Ausmaß der Reformbewegungen in anderen kommunistischen Ländern zu erhalten. Die Teilerfolge im Nachbarland blieben dort also unbekannt und konnten somit keine Reformwartungen nähren. Deshalb konnte Gomulka's Beispiel in der Tschechoslowakei höchstens besser informierte Parteifunktionäre zu eigenen Wegen ermuntern. Diese verwarfen ihre Reformpläne aber sofort, nachdem die ungarische Bewegung in einem umfassenden Aufstand eskalierte.

Die tschechoslowakische Bevölkerung wusste von den Hintergründen der Ungarischen Revolution dagegen sehr wenig. Als in Budapest der Straßenkrieg ausbrach, sah sie weder einen konkreten Anlass, eine vergleichbare Erhebung zu starten, noch konnte ihr eine solche erfolgsversprechend erscheinen. Von dem ungarischen Aufstand selbst ging für die ČSR keine stimulierende Wirkung aus; er wirkte im Gegenteil sehr abschreckend. Dies lag sehr wesentlich an einer systematischen Medienkampagne, die die tschechoslowakischen Behörden sofort nach Ausbruch des Ungarnaufstands einleitete. Diese ließ, wie noch auszuführen sein wird, die Möglichkeit eines ähnlichen Aufstands in

355 Kaplan & Tomásek 1994, S. 38.

356 Das Zensurbüro befand drei dieser Zeitschriften als besonders gefährlich, darunter die Literaturzeitschrift *Irodalmi Újság*, die Satirezeitschrift *Lúdas Matyi* und die Bildzeitschrift *Béke és Szabadság* (Čierna-Lantayová 2006, S. 15).

357 Ebenda.

der ČSR völlig unrealistisch erscheinen, indem sie verbreitete Hoffnungen und Ängste instrumentalisierte.

1.5 Kapitelfazit

Der systemische Aufbau des ungarischen und tschechoslowakischen Staatssozialismus war 1956 sehr ähnlich. Er kann daher weder alleiniger Impuls noch alleiniges Hindernis für eine breite Mobilisierung gegen die kommunistische Herrschaft gewesen sein. Diese kann vielmehr im dynamischen Kontext historischer Vorerfahrungen, aktueller Interpretationsmuster und grenzüberschreitender Wahrnehmungen gesehen werden. Wie die komparative Gegenüberstellung systemischer Rahmenbedingungen und kollektiver Wahrnehmungsmuster in beiden Ländern bestätigt, waren es 1956 sowohl institutionelle als auch sozialpsychologische Momente, die eine breite Reformbewegung ermöglichten oder verhinderten. Sie bedingten und beeinflussten sich gegenseitig: Neue Freiräume in der politischen Ordnung ermöglichten die Gründung von Diskussionsforen und Bewegungsorganen, über die sich Hoffnungen auf politische und gesellschaftliche Veränderungen verbreiteten. Die Stabilität dieser Reformorganisationen hing wiederum von ihrer inneren Struktur, aber auch dem Reformeifer ihrer Mitglieder ab. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit war eng mit dem Empfinden verbunden, untragbar gewordene Verhältnisse verändern zu müssen. Die Veränderungsvorschläge mussten aber realistisch erscheinen, das heißt, entsprechende Erfolge versprechen. Und Erfolgserwartungen beruhten auf früheren Erfahrungen, historischen Erinnerungen und Informationsmöglichkeiten der Zeitgenossen.

Der Komplex aus Rahmenbedingungen, Erwartungen und Erfahrungen unterschied sich 1956 in Ungarn und der ČSR erheblich. Die wichtigsten dieser Unterschiede sollen noch einmal zusammengefasst und in ihrer spezifischen Dynamik veranschaulicht werden. Sie verdeutlichen, warum es 1956 nur in Ungarn zu einer umfassenden Reformbewegung kam, während die kommunistische Herrschaft in der ČSR stabil blieb. Die unterschiedlichen Entwicklungen spielten sich vor dem Hintergrund einer ähnlichen Ausgangssituation ab: In beiden Ländern entstand nach dem Zweiten Weltkrieg ein rigides, diktatorisches und ineffizientes Herrschaftssystem sowjetischen Typs. Erst zwischen 1953 und 1955 kam es zu einer politischen Öffnung. Diese war in Ungarn unter Nagy relativ umfangreich, während die ČSR auf stalinistischem Niveau stagnierte. Konsumorientierte Wirtschaftsmaßnahmen begünstigten dort den inneren Frieden, während die ungarische Bevölkerung nach Amnestien und Rehabilitationen die lang propagierte Unfehlbarkeit der kommunistischen Führung öffentlich infrage stellte.

Die Offenbarungen des XX. Parteitags der KPdSU vom Februar 1956 waren für die kommunistischen Führungen beider Länder und die Bevölkerung ein großer Schock. Es folgten ihm in der ČSR einige Wochen der Reformdiskussion. Anders als in Ungarn

spiegelte sich diese aber kaum in den Medien wider und hatte keine Breitenwirkung. Für die KSČ-Spitze als geschlossene Kraft war es daher problemlos möglich, eine Ausweitung der Reformen zu unterdrücken. Das gelang der intern zerstrittenen Budapester Führung nicht. Ihre halbherzigen Geständnisse konnten die bekannt gewordenen stalinistischen Terrorakte nicht mehr entschuldigen. Auf solche Bekenntnisse verzichtete die tschechoslowakische Führung und konnte damit die eigene Verantwortung erfolgreich externalisieren und verschleiern. In Ungarn wurden die stalinistischen Verbrechen dagegen zum Thema öffentlicher Diskussionsforen. An ihnen beteiligten sich Intellektuelle und Studenten ebenso wie die Arbeiterschaft. Auch der antistalinistische Flügel der MDP, der teilweise aus ehemaligen Schauprozessopfern bestand, unterstützte die Reformer und setzte Revisionsverfahren durch.

In der ČSR blieben dagegen die stalinistischen Urteile in Kraft und Reformdebatten auf kleinere Gruppen begrenzt. Weil sie kaum Rückhalt in der breiten Bevölkerung hatten, konnten sie leicht unterdrückt werden. Dazu fehlte der ungarischen Staatsführung im Sommer 1956 bereits die Autorität. Dies erkannten die Reformer, was ihre Erfolgserwartungen nährte. Auch nach außen hinterließ Rákosi den Eindruck der Führungsschwäche, weshalb die KPdSU schließlich seinen Abgang forcierte. Dagegen blieb die KSČ-Führung mit ihrer konsequenten Linie und der sowjetischen Unterstützung fest im Sattel. Dennoch stand sie nach vereinzelt Protesten von Studenten und Intellektuellen ab Mai 1956 in ständiger Alarmbereitschaft. Ihre Exekutivorgane waren seitdem sehr präsent, während die ungarischen Parteispitzen die Innenpolitik wegen außenpolitischer Missionen vernachlässigten. Als in Ungarn Ende Oktober 1956 der Aufstand ausbrach, hatte die dortige Parteiführung keinen Rückhalt mehr bei den systemtragenden Eliten. Sie verlor deshalb gänzlich die Kontrolle über die Ereignisse. In der Tschechoslowakei stützten dagegen im entscheidenden Moment die akademischen, kulturellen und gewerkschaftlichen Eliten trotz vorheriger Kritik die politische Führung.

Die außerparteilichen Organisationsmöglichkeiten der ungarischen Reformer waren 1956 in Ungarn deutlich umfangreicher als in der ČSR. Der Petőfikreis und andere ungarische Reformzentren konnten über Monate agieren, spezielle Gremien wählen und ihre Interessen über Medien und Mittelsmänner artikulieren. Untereinander kooperierten diese Akteure und unterstützten sich gegenseitig. Ganz anders sah es in der ČSR aus, wo keine eigenen Reformverbände entstanden. Gewisse Ansätze dazu gab es innerhalb der Gewerkschafts-, Jugend- und Schriftstellerverbände, doch diese staatlichen Organisationen konnten leicht gesäubert werden. Die dortigen Reformer hatten auch keinen direkten Zugang zu Medien. Vor allem aber hatten sie kein einheitliches Programm und kooperierten kaum untereinander. Sie bezogen die Arbeiterschaft nicht mit ein. Insgesamt genügte die kurze Phase des Tauwetters in der ČSR nicht, um die einzelnen Reforminteressen solide zu vernetzen.

Für eine Bündelung der verschiedenen Reformströmungen fehlte in der ČSR gegenüber Ungarn eine gemeinsame Identität mit nationalen Zielvorstellungen. In Ungarn

waren nationale Gefühle seit der kommunistischen Machtübernahme stärker unterdrückt worden und daher nun umso präsenter. Die meisten Ungarn nahmen die sowjetische Militärpräsenz und die allgegenwärtige Alltagssymbolik des sowjetkommunistischen „Internationalismus“ als große Ungerechtigkeit wahr. Das ungarische Selbstverständnis äußerte sich 1956 vor allem in Abgrenzung zur sowjetischen Besatzungsmacht, die zum kollektiven Feindbild der Reformbewegung wurde. Ein historisch bedingter Antislawismus verstärkte diese Ressentiments, die sich auch gegen Rákosi als ungarischen Repräsentanten der sowjetischen Fremdbeherrschung richteten. Der gemeinsame Angriffspunkt verlieh der ungarischen Bewegung einen nationalrevolutionären Charakter, der zum verbindenden Element des Aufstands im Oktober 1956 wurde.

In der Tschechoslowakei gab es andere Feindbilder als in Ungarn und damit auch keine identitätsstiftende Abgrenzung von der Sowjetunion. Diese galt dort vor allem als Befreierin, während viele die West-Alliierten als Verräter des *Münchener Abkommens* (1938) wahrnahmen. Auch war in der ČSR die Sowjetisierung weniger offensichtlich gewesen. Zudem entschärften kleine Zugeständnisse an die tschechische und slowakische Nationalkultur 1956 nationale Frustrationen in der ČSR. Wohl auch deshalb hegte die Bevölkerung keine prinzipielle Abneigung gegen die tschechoslowakischen Vertreter des Sowjetkommunismus, die anfangs – anders als in Ungarn – in regulären Wahlen an die Macht gekommen waren. Außerdem aktivierte die tschechoslowakische Propaganda historische Sympathien für Russland und den Kommunismus. Entsprechende Versuche der ungarischen Medien standen in krassem Widerspruch zu verbreiteten Meinungen und Alltagserfahrungen und wirkten eher kontraproduktiv. Dadurch war die Bereitschaft, sich für nationale Reforminteressen zu engagieren, in Ungarn 1956 deutlich größer als in der ČSR. Hinzu kam, dass die ungarischen Reformer mit Nagy und Lukács politische und geistige Anführer zu haben glaubten. In der ČSR gab es 1956 keine vergleichbaren Integrationsfiguren, um die sich eine kollektive Identität hätte bilden können.

Vor allem aber waren in der ČSR viel weniger Menschen von einem möglichen Erfolg einer Reformbewegung überzeugt: Nur drei Jahre nach der brutalen Niederschlagung der Arbeiterproteste vom Mai 1953 waren in den tschechoslowakischen Industriezentren die Hemmungen für öffentliches Engagement noch groß. In Ungarn existierte dagegen kein derart abschreckendes Referenzereignis. Dort orientierte man sich an den erfolgreichen Sonderwegen Jugoslawiens und Polens, von denen die tschechoslowakische Bevölkerung aufgrund strenger Informationsbeschränkungen wenig wusste. Die österreichische Neutralitätserklärung von 1955 machte den ungarischen Reformern erneut Hoffnungen auf eine eigene nationale Unabhängigkeit. Diese schien nach dem XX. Parteitag der KPdSU besonders greifbar und wurde schließlich für einige Tage im November 1956 Realität. Kurzfristige Errungenschaften während des Ungarnaufstands verstärkten die Erfolgserwartungen der ungarischen Bewegung: Die Reformzentren vermittelten ihre Erfolge einem breiten Publikum, aus dem sich dann weitere Aktivisten mit höheren Forderungen rekrutierten. Insbesondere der amerikanische Sender *Radio Free Europe*

förderte diesen Prozess. Allerdings unterstützte er auch übertriebene Hoffnungen, die viele Ungarn nach der zweiten sowjetischen Intervention zum aussichtslosen Kampf animierten. Als die Ungarischen Revolutionäre der militärischen Übermacht aus der Sowjetunion unterlagen, folgte den überhöhten Erwartungen eine nationale Depression. In der ČSR bekräftigte die ungarische Niederlage dagegen die Erwartungen vieler Menschen, die eine breite Reformbewegung von vornherein für aussichtslos gehalten hatten.

Der binationale Vergleich bestätigt einerseits, dass Zwangsmaßnahmen und die staatliche Kontrolle parteilicher und gesellschaftlicher Institutionen die Grenzen und Möglichkeiten für politische Veränderungen determinierten. Andererseits geht daraus hervor, dass der Wirkungsgrad von Überwachung und Repression von weiteren wichtigen Faktoren abhängt. Denn für die Entstehung einer Reformbewegung war in Ungarn und der ČSR nicht das absolute Maß repressiver Maßnahmen entscheidend. Vielmehr ging es um das gefühlte Risiko, ihnen zum Opfer zu fallen. Das gefühlte oder tatsächliche Repressionsrisiko unterlag wiederum relativen Veränderungen, die für die gesellschaftliche Grundstimmung und damit die Mobilisierungsbereitschaft eine wichtige Rolle spielten: In Ungarn breitete sich nach der vorübergehenden Aussetzung von Repressivmaßnahmen ein größeres Ungerechtigkeitsempfinden aus als in der Tschechoslowakei, wo Zwangsmaßnahmen nur sehr langsam und begrenzt, dafür aber dauerhaft reduziert wurden. Ähnliches gilt für die kurzfristigen Versorgungserleichterungen unter Nagys erster Ministerpräsidentschaft, deren Rücknahme großen Unmut hervorrief. Geringere, aber konsistente Erleichterungen in der ČSR ließen entsprechende Missstimmungen gar nicht erst aufkommen.

Die gezielten und konsequenten Präventionsmaßnahmen der tschechoslowakischen Staatsführung zeigten sich 1956 also effektiver als die punktuellen und willkürlich wirkenden Drohungen und Verbote in Ungarn, die mit vereinzelten Zugeständnissen gepaart waren. Weder die repressiven noch die versorgungspolitischen Maßnahmen waren berechenbar. Damit fehlte die Orientierung im Alltagsleben, was viele Ungarn als sehr irritierend empfanden.³⁵⁸ Dies förderte die Unzufriedenheit über die politische Führung und gab einen wichtigen Impuls für die Mobilisierung zum Ungarnaufstand von 1956.

Während die KSC-Führung nach konsequenter Konfliktprävention kurzzeitige Reformdiskussionen sofort unterdrücken konnte, war die Staatsführung Ungarns dazu schon im Sommer 1956 nicht mehr in der Lage. In Ungarn war die Unzufriedenheit bereits so verbreitet, dass sich im Falle einer Konfrontation die Massen gegen sie erheben konnten. Zudem fehlte innerhalb der Partei der Rückhalt für entsprechende Maßnahmen. Längst hatten sich in der vormals stabilen politischen Führung Rákosis Risse gebildet, die neuen

358 Zur Bedeutung der politischen Orientierungssicherheit und die soziale Bewegungen stimulierende Funktion ihres Fehlens vgl. Imhof & Romano 1996, S. 272–273.

gesellschaftlichen Eliten Gelegenheit gaben, öffentlich in Erscheinung zu treten. Gesellschaftliche und teilweise parteinahe Einflusträger mit Reformplänen gab es 1956 in beiden Ländern. Zur erfolgreichen Durchsetzung ihrer Ideen brauchten sie jedoch Organisationsstrukturen, die mit dem kommunistischen System kompatibel waren. Solche konnten sich nur im Umfeld entsprechender institutioneller Möglichkeiten bilden, die in der ČSR 1956 sehr begrenzt und in Ungarn in immer größerem Ausmaß vorhanden waren.

Schließlich verliehen den ungarischen Reformgruppen emotional aufgeladene Ziele und ein starkes Erfolgsvertrauen dauerhafte und breite Wirkung. Beides war in der ČSR sehr viel schwächer ausgeprägt, weshalb dort keine durchsetzungsfähigen Reformzentren entstanden. In Ungarn formierten sich dagegen entsprechende Verbände zum Teil auf der Basis bestehender Strukturen. So hatte die MDP-Führung den Petőfikreis selbst geschaffen, um die Reformdiskussion zu lenken. Dies misslang jedoch völlig, denn der Zirkel wurde bald zum wichtigsten Reformforum. Auch die öffentliche Umbettung des Schauprozessopfers Rajk versöhnte die ungarischen Reformen nicht mit dem altstalinistischen Parteiflügel, sondern wurde zur Plattform ihrer ersten Massendemonstration. Die staatlichen Kanalisierungsversuche in Ungarn erwiesen sich also als kontraproduktiv. Das Gleiche galt in viel dramatischerem Ausmaß für Armee und Geheimdienst. Ihr Einsatz gegen die Demonstrierenden am 23. Oktober 1956 verschärfte die Konfrontation: Je brutaler die Einheiten vorgehen, desto radikaler formierte sich der Widerstand.

Die militärischen und administrativen Repressionen, die in Ungarn dem niedergeschlagenen Aufstand folgten, waren also nur die unmittelbare Ursache für das Scheitern der Ungarischen Revolution. Dauerhaft konnten sie in Ungarn die restaurierte kommunistische Diktatur nicht stabilisieren, weil die Ursachen der scheinbar spontanen Reformbewegung komplexer waren. Dies begriff nach einiger Zeit auch die restaurierte kommunistische Führung unter Kádár. Ihre Versuche, die hier erläuterten Phänomene in die eigene Wirtschafts- und Innenpolitik zu integrieren, sind Gegenstand der Folgekapitel. Wie sich dort zeigen wird, hatte die post-revolutionäre Stabilisierungspolitik in Ungarn viele Ähnlichkeiten mit der tschechoslowakischen Parteilinie von 1956. Diese schien sich nach dem gescheiterten Ungarnaufstand in den Augen der KSČ, aber auch vieler Bürger der ČSR als richtig bestätigt zu haben.

Kapitel 2

Tschechoslowakische Wahrnehmung der Ungarischen Revolution von 1956

Als im Herbst 1956 in Ungarn der Volksaufstand ausbrach, geschah dies nur wenige Tage nachdem Gomułka in Polen sein Reformvorhaben vor Chruščev rechtfertigen und damit eine gewisse nationale Selbstständigkeit erwirken konnte. Internationale Beobachter prognostizierten damals eine Kettenreaktion: Mit vereinten Kräften sollten sich die kleineren kommunistischen Staaten in Ostmitteleuropa nationale Eigenwege erkämpfen. Diese Vorstellung war auch in den betroffenen Ländern selbst verbreitet, allerdings mit jeweils unterschiedlichen Erwartungen: Studentische Interessenverbände in Ungarn schlugen eine Donaukonföderation mit den Nachbarstaaten vor, während in der Tschechoslowakei viele glaubten, die Ungarische Revolution könnte über Umwege das eigene Land erreichen. Ein solches Übergreifen fürchtete besonders die Prager Parteiführung, die in den polnischen und ungarischen Reformentwicklungen eine große Bedrohung sah.

Doch zur Enttäuschung vieler westlicher Beobachter zeigten sich im Herbst und Winter 1956 in der ČSR praktisch keine Anzeichen einer oppositionellen Bewegung. Dies galt sowohl für die tschechischen und slowakischen als auch für die mehrheitlich ungarisch bewohnten Landesteile. Der Ungarnaufstand hatte also keine Vorbildfunktion für die Tschechoslowakei. Wie aber hat er sich dann auf die tschechoslowakische Politik und Gesellschaft ausgewirkt? Dieser Frage möchte das folgende Kapitel nachgehen.

Dazu sollen in mehreren Einzelschritten die tschechoslowakische Wahrnehmung der ungarischen Krise und daraus kurzfristig erwachsene Reaktionen untersucht werden. Ausgangspunkt wird die politische Sphäre sein, wobei zunächst die außenpolitische Interpretation der KSČ von Interesse ist. Diese hing eng mit dem Informationsstand der Parteiführung zusammen, der sich aus den verfügbaren Archivquellen gut nachvollziehen lässt. Das gilt auch für die innenpolitischen Vorsichtsmaßnahmen, die die tschechoslowakische Staatsführung in direkter Konsequenz der Gewalteskalation in Ungarn ergriff. Zum Teil eng damit verbunden waren die Reaktionsmuster der tschechoslowakischen Bevölkerung auf den Ungarnaufstand. Sie sollen einschließlich ihrer längerfristigen Hintergründe im Anschluss an die politischen Reaktionen rekonstruiert und kontextualisiert werden.

2.1 Wahrnehmung des Ungarnaufstands in den tschechoslowakischen Führungsorganen

Nachdem die tschechoslowakische Parteiführung Ende Oktober 1956 von dem ungarischen Aufstand und dem Zerfall der dortigen kommunistischen Partei erfahren hatte, versuchte sie sofort eine ähnliche Entwicklung im eigenen Land zu unterbinden. Dabei führten die dramatischen Ereignisse in Ungarn den KSČ-Funktionären im Oktober 1956 deutlich vor Augen, dass zur Sicherung der kommunistischen Herrschaft eine gewisse Akzeptanz der Bevölkerungsmehrheit erforderlich war. Sie begannen daher unmittelbar nach dem Ausbruch des Aufstands mit der systematischen Erfassung von Informationen über Ungarn und das Revolutionspotenzial im eigenen Land. So wollten sie den Entstehungsprozess der Ungarischen Revolution nachvollziehen und auf dieser Grundlage eine eigene Präventivstrategie entwerfen.

2.1.1 Informationsstand

Wie aus den Protokollen der Politbüro- und Zentralkomiteesitzungen der KSČ vom Oktober und November 1956 hervorgeht, waren die politischen Entscheidungen der tschechoslowakischen Führung sehr eng mit der Wahrnehmung der ungarischen Reformbewegung verbunden. Dabei verfügten die tschechoslowakischen Entscheidungsorgane über eine breite Informationsgrundlage aus ungarischen, sowjetischen und eigenen Quellen. Über die innere Lage in der ČSR berichteten Ministerien, Geheimdienst und Presseaufsicht. Sie erarbeiteten umfangreiche Dossiers mit relativ zuverlässigen, wenn auch ideologisierten Berichten zum Ungarnaufstand und dessen Widerhall im eigenen Land.¹

Zu den wichtigsten Informanten über die Lage in Ungarn gehörte die tschechoslowakische Botschaft in Budapest. Diese hatte die reformistischen Strömungen in der MDP und den verschiedenen ungarischen Gesellschaftsgruppen lange vor dem Ausbruch des eigentlichen Aufstands erkannt. Ihr Hauptvertreter, der tschechoslowakische Botschafter Major, konnte daher Ende Oktober 1956 eine relativ fundierte Analyse über die Ursachen des Ungarnaufstands erstellen. Darin hob er die Uneinheitlichkeit der ungarischen Staatspartei unter Rákosi hervor und betonte das über Monate hinweg destabilisierende Potenzial der immer eigenständigeren ungarischen Intelligenz.² Obwohl er Ähnliches bereits seit Mitte 1955 regelmäßig nach Prag berichtet hatte, fand er erst nach dem

-
- 1 Die Sammlung dieser Materialien für das Zentralkomitee der KSČ findet sich unter: NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 100/3, Bd. 110, Nr. 371: *Beurteilung der ungarischen Ereignisse und ihres Widerhalls in der ČSR sowie Schlussfolgerungen für die Arbeit der KSČ*.
 - 2 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, MPZ-T 28/1956, 27.9.1956: *Tschechoslowakische Botschaftsberichte über den Zustand innerhalb der MSzP, 27.9.1956*.

Ausbruch des Ungarnaufstands Gehör. Deshalb zeigte sich die KSČ-Führung am 23. Oktober 1956 über die ersten Großdemonstrationen in Budapest völlig überrascht.³ Dies lag vermutlich daran, dass die Entwicklung in Polen in dieser Zeit viel Aufmerksamkeit band: Die Sowjetunion hatte die KSČ am 18.10. informiert, dass sie eine Militärintervention in Polen plante.⁴

Erst nachdem die KPdSU am 23. Oktober 1956 die KSČ-Spitze über die eskalierenden Demonstrationen in Ungarn informierte, beanspruchte die ungarische Reformentwicklung die ganze Aufmerksamkeit der Prager Führung. Wenig später traf in Prag bereits ein detaillierter Lagebericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest ein.⁵ Der Botschafter beschrieb darin, wie sich die ungarische Armee und andere staatliche Organe den Aufständischen angeschlossen und Waffenlager ausgeraubt hatten. Auch über die Zusammensetzung der Demonstranten machte er Angaben, die sich mit glaubwürdigen ungarischen Quellen decken.⁶ Ende November 1956 folgte ein ausführlicher Bericht über den Verlauf und die Ursachen der Ungarischen Revolution. Dieser benannte Kausalzusammenhänge, die in den folgenden internen Diskussionen der KSČ-Führung zentral blieben. Demnach seien für die Zuspitzung in Ungarn „revisionistische“ Tendenzen verantwortlich gewesen, die sich innerhalb und außerhalb der MDP um Imre Nagy formiert hätten. Politische und ideologische Fehlentwicklungen in der Vergangenheit, darunter Rechtsverletzungen und Dogmatismus hätten den Eklat begünstigt. Die nachträgliche öffentliche Diskussion der Führungsfehler sei ebenfalls falsch gewesen. Wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit in der Bevölkerung hätten ihr Übriges getan, um den gesellschaftlichen Ausbruch zu verursachen. Erst in der Schlussbemerkung lieferte die Botschaft – anders als in den vorherigen Informationen und möglicherweise aus Selbstschutz – auch die offizielle Begründung: „Faschistische Elemente“ hätten von innen und außen die Unruhen angestiftet.⁷ Die Verfasser verfügten dabei über Informationen aus erster Hand: Sie sprachen direkt mit Aufständischen, deren Aussagen sie kommentarlos und offenbar unverfälscht nach Prag weiterleiteten. Auch aus ihnen ging hervor, dass die ungenügende Versorgungslage und die sowjetische Fremdbestimmung den Aufstand ausgelöst haben sollen. Zudem vermittelt dieser Bericht das Bild einer größtenteils gemäßigten Reformbewegung in Ungarn, die kaum antikommunistische, geschweige denn

3 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 120, Nr. 147, 24.10.1956: *Protokoll und Beschlüsse des Politbüros des ZK der KSČ, in denen Maßnahmen der Propagandaarbeit und der Innenpolitik in der Folge des Ungarnaufstands festgelegt werden*, in: BÍLEK, J. (Hg.) 1993, S. 20–21.

4 Marušiak 2007, S. 80.

5 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/312, Information 0443/1956, 25.10.1956: *Information zum Verlauf des konterrevolutionären Aufstands in Budapest*, 25.10.1956.

6 Zu den verschiedenen Akteuren des Ungarnaufstands vgl. Dömötörfi 2006.

7 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, MPZ-T 33/1956, 23.11.1956: *Zusammenfassung der Oktoberereignisse in Ungarn durch die tschechoslowakische Botschaft*, 23.11.1956.

irredentistische Züge trug.⁸ Informationen aus Moskau, die wiederum von sowjetischen Beobachtern aus Budapest stammten, schienen diesen Eindruck für die Situation bis zum 4. November 1956 zunächst zu bestätigen.⁹ Diese Angaben entsprechen weitgehend den einschlägigen Quellenstudien zum Ungarnaufstand wie auch den Erinnerungen von ungarischen Zeitgenossen.¹⁰ Von dieser Seite verfügte die tschechoslowakische Parteiführung also über relativ zuverlässige Informationen.

Ganz andere Darstellungen lieferten Angehörige der ungarischen Ordnungs- und Streitkräfte an die tschechoslowakische Armee. Moskautreue Polizisten und Soldaten flohen offenbar aus Angst um Leib und Leben in die Tschechoslowakei und berichteten von angeblichen Gewaltexzessen gegen die kommunistische Führung. Rückblickend erscheinen diese Schilderungen stark übertrieben, doch damals versetzten sie die tschechoslowakischen Genossen in Alarmbereitschaft.¹¹ Nachdem Nagys Regierung am 28. Oktober 1956 offiziell bestätigt wurde, versiegte die Informationsquelle der ungarischen Armee- und Polizeiberichte.¹² Danach waren die tschechoslowakischen Behörden verstärkt auf sowjetische Informanten angewiesen, die ebenfalls einseitig über die Gewaltexzesse in Ungarn berichteten. Offenbar bereits am 31. Oktober 1956 meldeten sie der KSČ-Führung die Absicht der sowjetischen Führung, die Ungarische Revolution militärisch niederzuschlagen.¹³

Neben den Informationen der Budapester Botschaft und der Moskauer Stellen aktivierte das tschechoslowakische Innenministerium in relativ kurzer Zeit ein umfangreiches Netz zum Teil ungarischsprachiger Informanten und Agenten im eigenen Land. Diese sollten nicht nur über die Entwicklungen in der ungarisch besiedelten Südslowakei, sondern vor allem auch über die Lage in Ungarn selbst berichten.¹⁴ Außerdem schickte die tschechoslowakische Regierung gezielt offizielle Beobachter nach Ungarn, die während des Aufstands und bis März 1957 Informationen sammeln sollten. Diese beschrieben – sehr abfällig, jedoch unbeschönigt und offenbar schockiert – den desolaten Zustand der ungarischen Führung nach der militärischen Niederschlagung der Ungarischen Revolution. Aus ihren Beobachtungen wurde der völlige Legitimationsverlust der restaurierten

8 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Informace 3/10/1956, 31.10.1956: *Tschechoslowakische Informationsschrift über das Gespräch eines Botschaftssekretärs mit einem Aufständischen*, 31.10.1956.

9 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/16, Bd. 3, 24./25.10.1956: *Novotnýs Bericht über seine Gespräche in Moskau vom Vortrag über die ungarischen Ereignisse, die mit den Bündnisstaaten getroffenen Vereinbarungen und seine persönliche Einschätzung der Lage*, 24./25.10.1956; Pilát 1999, S. 340–343.

10 Békés & Byrne et al. 2002; Gosztonyi & Hofer 1981.

11 VHA Praha, Nr. Fonds MNO-GŠ 1956, Sig. 2/8-49b, 26.-27.10.1956: *Sammlung der Berichte des operativen Offiziers des Generalstabs der tschechoslowakischen Volksarmee*, in: BÍLEK, J. (Hg.) 1993, S. 44–49.

12 VHA Praha, Nr. Fonds MNO-GŠ 1956, Sig. 2/8-6b, 29.10.1956: *Protokoll der außerplanmäßigen Sitzung des Kollegiums des Verteidigungsministers*, in: BÍLEK, J. (Hg.) 1993, S. 55–63.

13 Bílek & Pilát 1996, S. 507.

14 Bukovszky 2006, S. 77.

kommunistischen Partei sehr deutlich.¹⁵ Eine ebenfalls interne Berichtsfunktion übernahmen tschechische Journalisten, die sich zwischen Ende Oktober und Mitte November 1956 ohnehin in Budapest aufhielten. Ihre intern übermittelten Schilderungen decken sich größtenteils mit den heutigen Erkenntnissen über die dramatischen Tage der ersten und zweiten sowjetischen Militärintervention.¹⁶ Außerdem lieferten sie interessante Einblicke in die ungarische Wahrnehmung der Tschechoslowakei zu dieser Zeit.

Die tschechoslowakische Parteiführung verfügte also über ein breites und diversifiziertes Informationsnetz. Sie hatte damit Zugriff auf größtenteils realistische Beobachtungen und Ursachenanalysen zu den Vorgängen im Nachbarland. Auf dieser Grundlage stimmten Politbüro, Zentralkomitee und einzelne Ministerien die weiteren innen- und außenpolitischen Maßnahmen ab. Wie sich zeigen wird, spielten bei diesem Entscheidungsprozess auch die eigenen Erfahrungen eine Rolle: Die Berichte aus Ungarn wurden in der ČSR selektiv vor dem Hintergrund der tschechoslowakischen innenpolitischen Entwicklung seit Sommer 1953 rezipiert. Neben diesen Faktoren gaben umfangreiche Erhebungen über die Stimmung im eigenen Land den entscheidenden Impuls für eine möglicherweise übertriebene, jedoch mittelfristig effektive Strategie zur Sicherung und Festigung der kommunistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei.

2.1.2 Interpretationsschemata der KSČ-Führung

Ursachenanalyse

Unmittelbar nachdem die Prager Parteizentrale die Nachricht über die ersten Massendemonstrationen in Budapest erhalten hatte, ließ sie eine Politbürositzung einberufen. Weitere folgten in den nächsten Tagen und auch Verteidigungs- und Innenministerium arbeiteten auf Hochdruck, um ein Übergreifen der ungarischen Unruhen auf die ČSR durch Vorsichtsmaßnahmen auszuschließen. Besonders beunruhigt zeigte sich die politische Führung der Tschechoslowakei über die massive Ausbreitung und den gewalttätigen Charakter der Ungarischen Revolution. Hier setzte daher auch ihre vorläufige Ursachenanalyse an. Diese begann allerdings erst Anfang Dezember 1956 und unter Beteiligung des Zentralkomitees der KSČ. In der damaligen Plenarsitzung sowie einer weiteren im Juni 1957 widmeten die ZK-Mitglieder der Ungarischen Revolution jeweils zwei Sitzungstage, in denen die Suche nach den Ursachen einen entscheidenden Teil einnahm. Die meisten Diskutanten sahen den Hauptgrund für die ungarische Reformbewegung in sogenannten revisionistischen Strömungen in Partei und Gesellschaft. So sprach beispielsweise der KSČ-Chefideologe Jiří Hendrych von einer systematischen ideologischen Entwaffnung der ungarischen Partei durch eine revisionistische Fraktion in der Partei. Diese habe vordergründig einen nationalen Sonderweg zum Sozialismus

15 Pilát 1994, S. 60–61.

16 vgl. dazu z. B. Kyrow & Zselicky 1999.

gefordert, tatsächlich aber antisozialistisch gehandelt.¹⁷ Gemeint war der reformorientierte Parteiflügel um Nagy, der ab Mitte 1957 in der KSČ offiziell als Verräter galt. Hendrychs Standpunkt schlossen sich praktisch alle Wortmeldungen an. Einige ZK-Mitglieder verurteilten den ungarischen „Revisionismus“ auch noch stärker, darunter der slowakische Kreissekretär Vasil Biľak.¹⁸

Als Brutstätte für revisionistische Ideen in Ungarn identifizierten die tschechoslowakischen Parteiobersten jene Einrichtungen, auf die die tschechoslowakische Botschaft in Budapest bereits vor dem eigentlichen Aufstand verwiesen hatte: Intellektuellenverbände, Diskussionszirkel und Hochschulen.¹⁹ Diese Auffassung bestätigte ein Bericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest vom 23. Oktober 1956, wonach vor allem junge Leute unter den Aufständischen seien. Dies sei auf Unzulänglichkeiten in deren politischer Erziehung zurückzuführen.²⁰ Laut Novotnýs sowjetischen Informanten hätten in Ungarn Schriftsteller den „Putsch“ vorbereitet, den dann Studenten in die Tat umgesetzt hätten.²¹ Vor diesem Hintergrund fürchtete Novotný eine „Situation wie in Ungarn“ auch an den eigenen Forschungs- und Lehrinstituten. Die slowakische Akademie der Wissenschaften bezeichnete er als Sammelbecken für „unzufriedene Elemente“, die sich ebenfalls mobilisieren könnten.²² Ähnlich besorgt zeigte sich der Bildungsminister František Kahuda. Dieser forderte, den auch in der ČSR anzutreffenden „revolutionären Elan der studentischen Jugend“ in die gewünschten Bahnen zu lenken. Dazu sei es nötig, die Erziehung der jungen Generation im eigenen Land neu zu bewerten und insbesondere das politische Bewusstsein der Pädagogen zu überprüfen.²³ Im Klartext hieß dies: Säuberungen an den Hochschulen. Der pädagogische Gewerkschaftsverband teilte diese Ansicht und bezeichnete mit Blick auf den Ungarnaufstand den repressiven Umgang mit den Majáles-Demonstrationen im Frühjahr 1956 als richtig.²⁴

17 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956: *Positionen und Einschätzungen zu den Ereignissen in Ungarn verschiedener hoher Parteifunktionäre sowie deren Schlussfolgerungen für die weitere Tätigkeit der KSČ*, in: BÍLEK, J. (Hg.) 1993, S. 122–143.

18 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Bd. 142, Nr. 185/25, 13.-14.6.1957: *Sitzungsprotokoll des ZK der KSČ zum Thema Ideologie, einschl. deren Rolle und Stärkung nach den ungarischen Ereignissen*, 13.-14.6.1957.

19 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, MPZ-T 27/1956, 11.10.1956: *Tschechoslowakischer Botschaftsbericht über beginnendes akademisches Jahr an ungarischen Hochschulen*, 11.10.1956.

20 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, MPZ-T 33/1956, 23.11.1956.

21 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/16, Bd. 3, 24./25.10.1956.

22 SNA Bratislava, Nr. Fonds ÚV KSS, Karton 931, 18.10.1956: *Protokoll über die ZK-Sitzung der KSS vom 18.10.1956, die anlässlich der Rehabilitation von L. Rajk einberufen worden war*, 18.10.1956, zit. nach Čierna-Lantayová 2006, S. 15.

23 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956 1993.

24 VOA Praha, Nr. Fonds OS školství, Karton 36, 25.10.1956: *Protokoll der Parteigruppensitzung ÚVOS Angestellte im Bildungswesen vom 25.10.1956 zu den Ereignissen in Ungarn und der Frühjahrsentwicklung in der ČSR*, 25.10.1956.

Gegenüber den Intellektuellen und Studenten spielte in der tschechoslowakischen Ursachenanalyse die maßgeblich an der Revolution beteiligte Gruppe der ungarischen Arbeiterschaft kaum eine Rolle. Allerdings zeigen interne Reporte und spätere Maßnahmen im Inland, dass dieser Zusammenhang bekannt war.²⁵ Offiziell ignorierten die tschechoslowakischen Entscheidungsträger jedoch wichtige Trägergruppen des Ungarnaufstands, indem sie konkrete „Schuldige“ identifizierten. In den ersten Beratungen der tschechoslowakischen Führung kamen „westliche Agenten“ und „faschistische Kräfte im In- und Ausland“ als Anstifter des ungarischen Aufstands noch kaum zur Sprache.²⁶ Dies änderte sich, als mit der zweiten Militärintervention der sowjetischen Armee ein Rechtfertigungsgrund und damit ein *externer* Auslöser für den Angriff gebraucht wurde. Der vermutlich am besten informierte Parteichef Novotný behandelte diese Erklärung eher am Rande, während andere Mitglieder des Politbüros, namentlich Hendrych, Hasstiraden gegen „den Westen“ zu ihrem Hauptargument machten. Erneut hätten westliche Regierungen versucht, in ihrem imperialistischen Bestreben die friedliebenden sozialistischen Länder ideologisch zu schwächen.²⁷ Diese Lesart wurde über die zentralisierten und schematisierten innerstaatlichen Informationswege an die unteren Ebenen der staatstragenden Organisationen weitergegeben. Daher erscheint sie auch in den Sitzungsprotokollen der Gewerkschaften und kirchlichen Verbände dieser Zeit.²⁸ Die Schlussfolgerungen aus diesen Rohinformationen unterschieden sich in den einzelnen Ressorts meist nur im Detail.

Eine akute Ursache des Ungarnaufstands sahen die tschechoslowakischen Führungsmitglieder im Kontrollverlust der MDP über ihre eigenen Organe. In ihren Beratungen zwischen Ende Oktober und Anfang Dezember 1956 mehrten sich Aussagen, wonach Armee und Polizei in Ungarn auf die Seite der Aufständischen übergelaufen seien. Ján Zeman, politischer Chef der tschechoslowakischen Armee, forderte daher dazu auf, die Ursache für den Ungehorsam zu suchen und gegebenenfalls ähnliche Entwicklungen im eigenen Land rechtzeitig zu beseitigen.²⁹ Ein Problem bestand seiner Meinung nach in der hohen Zahl von Hochschulabsolventen unter den jüngeren Offizieren. Er verwies dabei auf die ideologische Unzuverlässigkeit der Hochschulen in Ungarn und zum Teil

25 Beispielsweise der tschechoslowakische Journalist Zdeněk Hoření, der sich nach der zweiten sowjetischen Intervention in Budapest aufhielt, schilderte in einem internen Bericht an das KSČ-Politbüro, wie sich besonders die Arbeiterschaft gegen die sowjetische Intervention richtete: NA Praha, Nr. Fonds 02/2, Bd. 122, Nr. 155, Punkt 22, 13.11.1956: *Interner Bericht des tschechischen ČTK-Korrespondenten Zdeněk Hoření über seinen Aufenthalt in Budapest Mitte November 1956* (. Beilage III zum Politbüro-Sitzungsprotokoll vom 19.11.1956), 13.11.1956, S. 112.

26 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, MPZ-T 33/1956, 23.11.1956.

27 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956 1993.

28 Zu den Gewerkschaften vgl. die verschiedenen Verbandssitzungen im Herbst 1956 in VOA Praha OS, kar. 23-33; zu den Kirchen Haľko 2006.

29 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956 1993.

in der ČSR.³⁰ Deshalb erarbeitete die tschechoslowakische Spionageabwehr im ersten Quartal des Jahres 1957 einen ausführlichen Bericht über den Zustand der ungarischen Volksarmee und die Ursachen ihrer Zersetzung, der weitgehend die ideologischen und wirtschaftlichen Erklärungsmuster des Zentralkomitees reproduzierte.³¹ Nach diesen Vorschlägen fand in der tschechoslowakischen Armee ein Umstrukturierungsprozess statt, der sich wesentlich an den für Ungarn diagnostizierten Defiziten orientierte.

Über den desolaten Zustand der ungarischen Wirtschaft und die daraus folgende gesellschaftliche Unzufriedenheit waren die tschechoslowakischen Entscheidungsträger über sowjetische Beobachter und ihre Botschaft in Ungarn gut informiert. Diesen Punkt betonte Novotný in einem ersten Lagebericht aus Moskau. Er zitierte Chruščevs Einschätzung, wonach nicht allein ideologische Probleme für die Unruhen verantwortlich gewesen seien, denn „mit vollen Mägen“ würde sich die Bevölkerung auch durch westliche Propagandasender nicht zu Unruhen hinreißen lassen.³² Vor diesem Hintergrund forderte Novotný nachdrücklich auch im eigenen Land ökonomische und soziale Probleme wie den Wohnungsmangel zu beseitigen. Der Unzufriedenheit in der Bevölkerung sei allerdings nicht durch Demokratisierungsmaßnahmen beizukommen. Stattdessen solle man sich in der ČSR weiter auf die bewährte Politik der Anhebung des Lebensstandards konzentrieren. Als Vorbild dafür nannte Novotný wiederholt die Sowjetunion. Dort seien seit 1953 Zehntausende Häftlinge amnestiert worden, die der politischen Führung nach ihrer Entlassung deshalb nicht zürnten, weil sich die dortigen Lebensverhältnisse deutlich verbessert hätten.³³ Trotz solcher Aussagen vertraute die KSČ-Führung offensichtlich selbst nicht nur auf soziale Maßnahmen, wie ein Gegenbeispiel zeigt: Im Dezember 1953 waren über Hundert tschechoslowakische Bürger aus sowjetischen Arbeitslagern in der Sowjetunion amnestiert und an die Tschechoslowakei übergeben worden. In der Heimat angekommen wurden sie allerdings nicht in die Freiheit entlassen, sondern kamen direkt in tschechoslowakische Isolationshaft, um nicht von ihren Erfahrungen erzählen zu können.³⁴ Daran zeigt sich symptomatisch, dass die KSČ-Führung auch nach Stalins Tod neben der sozialen Sicherung weiterhin auf Repressionsmaßnahmen setzte. Dass gerade diese in Ungarn die Unzufriedenheit der Bevölkerung genährt hatten, ignorierten die tschechoslowakischen Politeliten im Herbst und Winter 1956 weitgehend.

30 Ebenda.

31 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 100/3, Bd. 10, Nr. 55, [März 1957]: *Unterlagenmaterial über den Zustand der Ungarischen Volksarmee und die Ursachen ihres Zerfalls im Oktober 1956 für die Beratung des KSČ-Politbüros am 9.4.1957*, in: BÍLEK, J. (Hg.) 1993, S. 140–143.

32 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/16, Bd. 3, 24./25.10.1956. Eine sehr ähnliche (bereits in Kapitel I zitierte) Formulierung lag dem tschechoslowakischen Politbüro von einem ungarischen Aufständischen vor: Demnach knurrten den ungarischen Arbeitern die leeren Mägen, während die Funktionäre behaupteten, es ginge den Arbeitern besser denn je (AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Informace 3/10/1956, 31.10.1956).

33 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/16, Bd. 3, 24./25.10.1956.

34 Madry 1994, S. 28).

Der politische Führungsstil Rákosis und Gerós tauchte daher in der tschechoslowakischen Ursachenanalyse zum Ungarnaufstand zunächst nicht auf. Dies galt auch für die in Ungarn überall anzutreffende ideologische Dominanz der Sowjetunion, obwohl der tschechoslowakischen Führung entsprechende Informationen zur Verfügung standen. So nannte der tschechoslowakische Botschafter in Budapest Major bereits am 23. Oktober 1956 explizit die „dogmatische Vermittlung und Praxis des Marxismus-Leninismus“ als Mitauslöser der Unruhen in Ungarn.³⁵ Dieser Punkt tauchte in den tschechoslowakischen Parteiberatungen nicht auf, obwohl Major sicher keine ideologische Affinität zur ungarischen Reformbewegung unterstellt werden konnte. Allerdings wäre die logische Konsequenz aus der Beratung dieses Provokationsfaktors eine selbstkritische Betrachtung des eigenen Führungsstils gewesen. Doch gegen eine Führungsdebatte sträubte sich die KSČ-Führung. Diese Haltung hatte sie bereits nach den Reformdiskussionen vom Frühjahr 1956 eingenommen und sah sich nach dem Ungarnaufstand nun darin bestätigt.³⁶ Stattdessen bestand die Quintessenz ihrer Diskussionen im Herbst und Winter 1956 in Anschuldigungen und Vorwürfen gegenüber den reformorientierten Budapester Genossen. Diese hätten die falschen Schlussfolgerungen aus dem XX. Parteitag der KPdSU gezogen. Damit unterschieden sich die tschechoslowakischen Kommunisten zum Teil von den Auffassungen der KPdSU und anderer Bruderparteien.³⁷ Dies lag vermutlich daran, dass sich die tschechoslowakische Führung durch die ungarischen Ereignisse an unerwünschte Vorgänge im eigenen Land erinnert fühlte.

Statt infolge der ungarischen Eskalation selbstkritisch nach den Ursachen zu fragen, lobten die tschechoslowakischen Kommunisten auf allen Ebenen die Geschlossenheit ihrer Partei. Während es noch im Frühjahr 1956 Forderungen nach einem vorgezogenen Parteitag gegeben hatte, stellten die verschiedenen Parteigremien nun die Prager Führung nicht mehr infrage. Das Lob auf die innerparteiliche Geschlossenheit taucht in den Quellen so häufig und auffällig auf, dass der Eindruck entsteht, es sollte Selbstzweifel bezüglich der tatsächlichen Parteiloyalität übertönen und Unentschlossene bei der Stange halten.³⁸ Wohl auch deshalb mischten sich in die vielen Beteuerungen der innerparteilichen Einheit immer wieder Drohungen gegenüber möglichen „Abweichlern“.

35 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, MPZ-T 33/1956, 23.11.1956.

36 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/16, Bd. 3, 24./25.10.1956, NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956 1993; Zápotocký in *Rudé právo*, 4.11.1956, S. 1. Den Standpunkt, alles richtig gemacht zu haben, vertrat die KSČ-Spitze auch gegenüber der restaurierten kommunistischen Führung in Ungarn: AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, 15.11.1956: *Protokoll über den Besuch der tschechoslowakischen Regierungsdelegation bei der "revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung der ungarischen Volksrepublik" im Parlament*, 15.11.1956.

37 Die Unterschiede der Positionen verschiedener europäischer KPs stellte für 1956 Hajdu 1996 heraus.

38 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956 1993; VOA Praha, Nr. Fonds OS školství, Karton 36, 25.10.1956; Madry 1994.

Misstrauen und Vorurteile

Paternalismus gegenüber Ungarn

Der gesamte tschechoslowakische Parteiapparat, einschließlich seiner Exekutivorgane im tschechischen und slowakischen Landesteil, legte 1956 gegenüber Ungarn großes Misstrauen an den Tag. Dies bezog sich nicht nur auf die Bevölkerung und die politische Führung der im Nachbarland lebenden Ungarn, sondern auch auf die ungarische Minderheit im eigenen Land. Diese misstrauische Grundhaltung äußerte sich in einem oft unverhüllten Paternalismus der tschechoslowakischen Beobachter, der sich in zahlreichen offiziellen Berichten und Entscheidungen im Zusammenhang mit der ungarischen Reformbewegung nachvollziehen lässt.

Beispielsweise die politischen Lageberichte der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest kritisierten bereits vor dem Aufstand in oft überheblichem Tonfall die Kadernpolitik der ungarischen Kommunisten sowie deren „mangelhafte Organisation“ und „undurchdachtes“ Vorgehen.³⁹ Im Zusammenhang mit dem Volksaufstand unterstellten sie den ungarischen Parteigenossen „ideologische Unreife“.⁴⁰ Diese Sichtweise übernahm auch das Politbüro der KSC, das daher nach Ausbruch des Aufstands der offenbar unfähigen MDP militärische Hilfe schicken wollte.⁴¹ Diese Ansicht übernahmen viele offizielle Stellen in der ČSR auch für den restaurierten ungarischen Parteiapparat unter Kádár. So bezeichneten Monate nach dem Truppeneinmarsch nach Ungarn gesandte Delegaten des tschechoslowakischen Innenministeriums die Arbeit ihrer ungarischen Kollegen als „formell“ und „unsinnig“.⁴² Die tschechoslowakische Botschaft bestätigte dies in einigen Punkten und beschrieb etwa die ungarischen Medien im Dezember 1956 als „nur teilweise verlässlich“.⁴³ Dieser paternalistischen Einstellung gegenüber Ungarn entsprangen viele der außenpolitischen Maßnahmen, auf die noch einzugehen sein wird.

Großem Misstrauen sahen sich auch jene Ungarn ausgesetzt, die in den Wochen des Ungarnaufstands vorübergehend in der Tschechoslowakei weilten. Dies geht nicht nur aus den Parteiprotokollen, sondern auch aus den Aufzeichnungen der Gewerkschaftsverbände hervor, denen zufolge sich angeblich konterrevolutionäre Agenten aus Ungarn in der Slowakei aufhielten.⁴⁴ Direkt betroffen waren ungarische Studenten, die in Prag studierten: Sie sollen in der Nacht zum 4. November 1956 verhaftet und

39 Stellvertretend für viele abwertende Kommentare im Vorlauf des Aufstands sei auf diesen Bericht verwiesen: AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, MPZ-T 19/1955, 12.7.1955: *Bericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest über die dortige Gedenkfeier für Lidice*, 12.7.1955.

40 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, MPZ-T 33/1956, 23.11.1956.

41 Pilát 1999, S. 343.

42 Pilát 1994, S. 61.

43 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/315, MTZ-T 0511/56, 6.12.1956: *Außerplanmäßiger Pressebericht der tschechoslowakischen Botschaft in Ungarn*, 6.12.1956.

44 VOA Praha, Nr. Fonds OS školství, Karton 36, 25.10.1956.

außer Reichweite gebracht worden sein.⁴⁵ Ähnlich erging es einer offiziellen Delegation ungarischer Wirtschaftsexperten, die Ende Oktober 1956 eine Vortragstour durch die Tschechoslowakei machten. Sie wurden nach Ausbruch des Aufstands höflich aber bestimmt nach Hause geschickt, weil sich das slowakische Parteibüro sorgte, sie könnten in der ČSR Reformideen verbreiten.⁴⁶ Das Vertrauen der tschechoslowakischen Autoritäten in den sozialistischen Bruderstaat war also bereits vor, insbesondere aber nach dem Ungarnaufstand deutlich getrübt. Während dies zunächst nur jene Ungarn betraf, die in direktem Kontakt mit den tschechoslowakischen Behörden standen, waren die in der ČSR dauerhaft lebenden Ungarn monatelang einem ähnlichen Misstrauen ausgesetzt.

Misstrauen gegenüber der ungarischen Minderheit

Der Argwohn der tschechoslowakischen Parteiorgane gegenüber den Ungarn, die in der Slowakei lebten, zeigte sich zur Zeit des Ungarnaufstands in einer Reihe interner Richtlinien. So befahl der Innenminister am 25. Oktober 1956, alle verdächtigen Personen im grenznahen und hauptsächlich ungarisch bewohnten Bezirk Košice zu „durchleuchten“.⁴⁷ Die verstärkte staatliche Kontrolle richtete sich zur Zeit der internationalen Krise insbesondere auf den ungarischen Kulturverband in der ČSR (Csemadok). Sie ging so weit, dass die Verbandsfunktionäre konkrete Weisungen für ihre kulturelle Arbeit erhielten.⁴⁸ Außerdem zeigte sich das staatliche Misstrauen im militärischen Rekrutierungsprozess. So durften die lokalen slowakischen Behörden im Rahmen der Grenzsicherungsmaßnahmen vom Oktober/November 1956 keine Reservisten ungarischer Nationalität einberufen.⁴⁹

Gegenüber der ungarischen Minderheit in der Slowakei blieb das Misstrauen noch lange nach der Niederschlagung des Aufstands bestehen. Ungarische Zeitungen gelangten daher erst im Dezember 1956 wieder legal in die slowakischen Verkaufsstellen, und dann auch nur in jenen Gegenden und touristischen Zentren, in denen kaum Angehörige der ungarischen Minderheit wohnten.⁵⁰ Stattdessen versuchte die slowakische Medienaufsicht, den Bedarf an ungarischsprachiger Presse durch eigene Propagandaerzeugnisse zu decken: Sie setzte 17 Tonnen Papier aus der staatlichen Reserve frei, um damit

45 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-1-39, 1956-11-08: *RFE-Situationsbericht über die tschechoslowakischen Reaktionen auf die Ungarische Revolution (bis zum 8.11.1956)*, 1956-11-08.

46 So der Parteisekretär Augustín Michalička über die Delegation der ungarischen Sozial-, Bildungs- und Wissenschaftsassoziation (Társadalom- és Természettudományi Ismeretterjesztő Társulat – TTIT) am 24.10.1956 auf einer Parteibürositzung der KSS (Čierna-Lantayová 2006, S. 18).

47 Bukovszky 2006, S. 76–77.

48 SNA Bratislava, Nr. Fonds ÚV KSS, Karton 933, 29.10.1956: *Sitzung des Politbüros der KSS u. a. zu Vorsichtsmaßnahmen gegenüber der ungarischen Minderheit*, 29.10.1956, zit. nach Čierna-Lantayová 2006, S. 16.

49 Diese Weisung bezog sich i. Ü. auch auf Angehörige deutscher oder polnischer Nationalität. (NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956 1993; außerdem: Štaigl 1999, S. 172.

50 Marušiak 2007.

Extraausgaben der ungarischsprachigen slowakischen Tageszeitung *Új Szó* drucken zu lassen und diese unter den Ungarn in der Südslowakei zu verteilen.⁵¹

Trotz dieser Vorbehalte lobte die Prager Führung auf späteren Sitzungen den „Patriotismus“ und die Loyalität der ungarischen Minderheit gegenüber der ČSR und der KSČ.⁵² Welche Meinung der ungarische Bevölkerungsteil im Süden der Slowakei gegenüber dem Ungarnaufstand mehrheitlich vertritt, lässt sich heute allerdings nur teilweise rekonstruieren.⁵³ Auch dem tschechoslowakischen Innenministerium bereitete es damals Schwierigkeiten, zuverlässige Informanten unter den Angehörigen der Minderheit zu finden. Dies lag vor allem an sprachlichen Beschränkungen, die es den tschechisch- oder slowakischsprachigen Geheimdienstagenten oft unmöglich machten, ungarische Gespräche nachzuverfolgen. Zudem waren die Überwachungsorgane in den ungarisch bewohnten Regionen der Slowakei unterbesetzt, weil es einerseits wenig Anwärter gab und die Auswählenden andererseits vielen ungarischen Kandidaten misstrauten: Aus knapp 500 Anwärtern wurden nur 10% als vertrauenswürdig eingeschätzt.⁵⁴ Möglicherweise lässt sich aus diesem Informationsnotstand und der damit verbundenen Unsicherheit das übertriebene Misstrauen gegenüber der ungarischen Minderheit erklären.

Misstrauen und Paternalismus gegenüber der Slowakei

Wie sich aus den Aufzeichnungen interner Verhandlungen ergibt, erstreckte sich das Misstrauen der KSČ-Führung nicht allein auf die ungarische Minderheit, sondern auf den gesamten slowakischen Landesteil. Die gesamtstaatlichen Beratungen über strategische Reaktionen auf den Ungarnaufstand fanden ausschließlich in Prag statt und auch die Direktiven kamen von dort. Die dortigen Spitzenfunktionäre fürchteten – trotz gegenteiliger öffentlicher Erklärungen –, dass sich im gesamten Staatsgebiet Unruhen ausbreiten könnten. Ihre Besorgnis konzentrierte sich aber vor allem auf die Slowakei, denn dort waren die ungelösten politischen und sozialen Probleme deutlicher spürbar als im tschechischen Landesteil.⁵⁵ Diesen Unterschied konstatierte beispielsweise Novotný schon vor dem Ungarnaufstand. Demnach hätte die politische Führung in Böhmen und Mähren die Mehrheit der oppositionellen Gruppierungen unter Kontrolle und würde weitere schnell erkennen. Den slowakischen Genossen warf er dagegen unzureichende Kenntnisse über parteifeindliche Strukturen in ihrer Region vor. Einzelne Gruppierungen würden sich dort offene Angriffe gegen Partei, Regierung und Regime erlauben.⁵⁶ Diese Vorstellung der Prager Führung verstärkte sich nach Ausbruch des Aufstands in Ungarn. Es war kein

51 Čierna-Lantayová 2006, S. 19.

52 Marušiak 2007, S. 88–89.

53 Vgl. dazu den Abschnitt 2.3.3.

54 (NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 125, Nr. 160, Punkt 14, 13.12.1956: *Informationsbericht des Innenministers für das Politbüro der KSČ über die Rekrutierung ungarischsprachiger Agenten in der Südslowakei*, 13.12.1956).

55 Štaigl 1994, S. 35, Štaigl 1999, S. 169.

56 Čierna-Lantayová 2006, S. 15.

Zufall, dass nun ein Koordinationszentrum für innere und äußere Vorsichtsmaßnahmen gerade in der slowakischen Hauptstadt Bratislava entstand. Dieser Krisenstab unterstand zunächst offiziell dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Slowakei (Kommunistická strana Slovenska – KSS) und die Leitung oblag dem ungarischstämmigen Gyula Lőrinc. Als sich die Lage in Ungarn Ende Oktober 1956 zuspitzte, übernahm der Tscheche Bruno Köhler aus Prag die Direktion.⁵⁷ Zudem konsultierte die KSS-Führung in den folgenden kritischen Wochen vor jeder wichtigen Entscheidung das tschechische Zentralkomitee, obwohl beide Parteisektionen offiziell die gleiche Linie verfolgten.⁵⁸

Gerüchte in der Bevölkerung über „revolutionäre Entwicklungen“ in der Slowakei verstärkten das Misstrauen gegenüber dem östlichen Landesteil der ČSR ebenso wie übertriebene Geheimdienstberichte.⁵⁹ Beides stammte aber oft ebenfalls aus dem tschechischen Landesteil. So äußerte ein tschechischer Zeitgenosse gegenüber einem Agenten, viele Slowaken wären zufriedener gewesen, wenn sie ihren eigenen Staat bekommen hätten; nach anderen Gerüchten wären sie dafür sogar bereit gewesen, einen Anschluss an Ungarn in Kauf zu nehmen.⁶⁰ Ein einheitlicher Standpunkt herrschte hier also offenbar nicht.

Diesen Eindruck verstärkten einige slowakische Mitglieder des Zentralkomitees der KSČ durch ihre Lageberichte aus den Heimatbezirken, welche die Loyalität der regionalen Kader in der Slowakei infrage stellten. Beispielsweise befand der slowakische Innenkommissar Oskár Jeleň: „Es geht darum, dass wir durch einen höheren erzieherischen Einfluss sicherstellen, dass ehrenhafte Genossen, bei denen keine Klarheit herrscht, im Stande sind zu unterscheiden, was Weizen [wörtlich: Korn] und was Spreu ist, was Arznei und was Gift ist, was unserem arbeitenden Volk Gutes bringt und was ihm schadet.“⁶¹ Diese Entscheidungshilfe sollte freilich das Prager Zentralkomitee bieten, das gleichzeitig über richtige und falsche Ansichten befand.

57 Attila 2006; Gyula Lőrinc war der Vorsitzende von Csemadok, dem ungarischen Kulturverband in der ČSR. Bruno Köhler war zwischen 1953 und 1963 Sekretär des ZK der KSČ; in der Zwischenkriegszeit war er KSČ-Funktionär in den deutschsprachigen Gebieten der ČSR.

58 Sikora 1996, S. 74–75.

59 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-1-59, 1956-11-6: *RFE-Situationsbericht über die tschechoslowakischen Reaktionen auf die Ungarische Revolution (bis zum 5.11.1956)*, 1956-11-6, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-1-48, 7.11.1956: *RFE-Situationsbericht über die tschechoslowakischen Reaktionen auf die Ungarische Revolution (bis zum 7.11.1956)*, 7.11.1956; ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. [289], 4.11.1956: *Bericht der Kreisleitung der Volkspolizei (VB) České Budějovice an das Prager Innenministerium*, 4.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 441ff, 7.11.1956: *Interner Bericht des Innenministerium der ČSR über die Stimmung in der Bevölkerung*, 7.11.1956.

60 Blaive 2001, S. 300–301.

61 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956 1993 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H. L.); einen ähnlichen Ton schlug auf diesem ZK-Plenum auch Augustín Michalička an.

Ängste der Parteiführung

Aus den internen Sitzungsprotokollen der KSČ-Führung vom Oktober und November 1956 geht eine große Besorgnis angesichts der Zuspitzung in Ungarn hervor. Immer wieder zitierten die Funktionäre die ungarische Reform- und Revolutionsbewegung von 1956 als warnendes Beispiel. Ihre Befürchtungen bezogen sich dabei weniger auf die Ereignisse in Ungarn selbst, sondern hauptsächlich auf deren Auswirkungen auf die Tschechoslowakei. Solche hielten sie durchaus für wahrscheinlich, weil die lange Staatsgrenze mit Ungarn und die große ungarische Minderheit in der Slowakei als Risikofaktoren galten.

Übergreifen des Aufstands auf die tschechoslowakische Bevölkerung

Die größte Sorge der tschechoslowakischen Parteiführung bestand darin, dass die revolutionären Unruhen in Ungarn auf das Territorium der ČSR übergreifen könnten. Da seit Juni 1956 grenzüberschreitende Kurzreisen zwischen Ungarn und der ČSR ohne Visum und Reisepass erlaubt waren,⁶² konnten ungarische Bürger relativ unkompliziert in die Slowakei gelangen. Das Politbüro der KSČ beschloss daher sofort nach Bekanntwerden des ungarischen Volksaufstands, die slowakische Grenze abzuriegeln, um bewaffneten Einheiten aus Ungarn den Zugang in die ČSR zu verwehren.⁶³ Laut militärischen Berichten sollen ungarische Revolutionäre tatsächlich versucht haben, die Grenze zu überschreiten, um Flugblätter zu verteilen. Einer von ihnen soll im Verhör gestanden haben, mit etwa 120 anderen in der Slowakei eine Demonstration geplant zu haben.⁶⁴ Generaloberst Václav Kratochvíl, Leiter des Generalstaabs der *Tschechoslowakischen Volksarmee* (Československá lidová armáda – ČSLA) meldete daher dem Verteidigungsminister Bohumír Lomský am 29. Oktober 1956 die unmittelbare Gefahr „konterrevolutionärer Kräfte“ aus Ungarn, die den Aufstand in die Slowakei tragen könnten.⁶⁵ Zusätzliche Sorge verursachten Berichte von sowjetischer Seite, wonach am 8. November 1956 40 Ungarn in tschechoslowakisches Gebiet eingedrungen seien und dort den Bahnhof beschossen haben sollen. Weitere hätten versucht, die Positionen tschechoslowakischer Militäreinheiten aufzuzeichnen.⁶⁶ Jeder dieser zum Teil unbestätigten Einzelfälle wurde auf höchster Ebene diskutiert und als Beweis für den Ernst der Lage herangezogen.

Die Angst der tschechoslowakischen Kommunisten vor einem Übergreifen der Ungarischen Revolution auf das eigene Land spiegelte sich auch in Kurzschlussmaßnahmen gegen Unbeteiligte wider. So wurden ungarische Studenten aus Prag ausgewiesen und westlichen Touristen ihre Besuchervisa gekündigt. Tschechischen Reisenden, die zur Zeit

62 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, RPZ-T II/1956, 27.8.1956: *Regelmäßiger politischer Bericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest zum II. Halbjahr, 27.8.1956.*

63 Štaigl 1999, S. 176.

64 VHA Praha, Nr. Fonds MNO-GŠ 1956, Sig. 2/8-49b, 26.-27.10.1956 1993.

65 VHA Praha, Nr. Fonds MNO-GŠ 1956, Sig. 2/8-6b, 29.10.1956 1993; Štaigl 1999, S. 174.

66 Marušiak 2007, S. 85.

des Aufstands aus Budapest zurückkehrten, soll die tschechoslowakische Geheimpolizei strikt verboten haben, über ihre Erlebnisse in Ungarn zu sprechen.⁶⁷ Auch die bereits genannte Ausweisung ungarischer Wissenschaftler gehört in diesen Kontext.

In diesem Zustand der Alarmbereitschaft erreichte die tschechoslowakische Regierung eine Petition der katholischen Kirche für liberalere Kirchengesetze, die sich auch auf Kirchenreformen im benachbarten Ungarn berief. Ihre Urheber hatten die Eingabe bereits vor dem Ungarnaufstand ausgearbeitet, sie ging aber erst am 27. Oktober 1956 in der Parteizentrale ein. Die verantwortlichen Staatsstellen reagierten panisch: Sie sahen darin einen Akt des Widerstands nach dem Beispiel des ungarischen Kardinals Mindszenty, der sich in Ungarn offen gegen das kommunistische Regime gestellt hatte.⁶⁸ Wie sich noch zeigen wird, waren diese Befürchtungen jedoch völlig unbegründet, da sich die meisten Geistlichen in der Tschechoslowakei selbst gegen die Ungarische Revolution aussprachen.

Auch der kommunistischen Führung der ČSR war die zentrale Bedeutung nationaler und kommunistischer Symbole für die revolutionäre Bewegung in Ungarn bekannt. Vermutlich deshalb befürchtete sie nun „feindliche Aktionen“ an zwei symbolträchtigen Feiertagen, deren öffentliche Großinszenierung seit langem geplant war.⁶⁹ Am 28. Oktober 1956 wurde der Gründung des ersten unabhängigen tschechoslowakischen Staats 1918 gedacht. Dieses Datum verbanden viele Tschechen und Slowaken mit dem bürgerlichen und überaus beliebten Präsidenten Masaryk und der Ersten Republik. Die KSČ-Führung befürchtete deshalb, Sympathisanten des Zwischenkriegskapitalismus und des „kapitalistischen Putschversuchs“ in Ungarn könnten gemeinsam die offiziellen Paraden stören oder für ihre Zwecke missbrauchen. Bestärkt wurde diese Angst, als einen Tag vor den geplanten Feierlichkeiten eine kleine Gruppe junger Tschechen im nordböhmischen Jičín ein Munitionslager plünderte. Obwohl der Überfall sofort aufgeklärt wurde, ließ die Parteispitze daraufhin einen Aktionsplan für die Verteidigung der zentralen Organe in Prag am Jahrestag ausarbeiten und auf bestimmten Plätzen sogar Panzer auffahren.⁷⁰ Am Festtag selbst blieb es aber völlig ruhig. Auch die Feierlichkeiten zum Jahrestag der „Großen sozialistischen Oktoberrevolution“ am 7. November 1956 – ebenfalls ein potenziell gefährliches Datum – verliefen ohne wesentliche Zwischenfälle.⁷¹ Lediglich am Rande des offiziellen Geschehens soll es vereinzelte Unzufriedenheitserklärungen gegeben haben.⁷² Allerdings gab es auch für dieses Großereignis einen genau ausgearbeiteten Sicherheitsplan, der neben der Aufsicht der öffentlichen Feierlichkeiten auch

67 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-1-39, 1956-11-08.

68 Haľko 2006, S. 83.

69 Pernes 1996, S. 514.

70 Madry 1994, S. 30–32.

71 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 445, 7.11.1956: *Bericht des tschechoslowakischen Innenministeriums über den Verlauf der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Russischen Oktoberrevolution*, 7.11.1956.

72 Pernes 1996, S. 520.

spezielle Kommandos für die Bewachung der Sprengstoffreserven abstellte.⁷³ Entgegen den Bedenken der tschechoslowakischen Sicherheitsorgane entwickelten sich auch diese groß angelegten Straßenzüge nicht zum Forum für antisowjetische Aktionen.

Mit Blick auf Ungarn konzentrierten sich die Bedenken der tschechoslowakischen Parteiführung und ihrer Exekutivorgane im Oktober und November 1956 vor allem auf Studentenschaft und Intelligenz. Kurz nach dem Ausbruch des ungarischen Aufstands positionierte das tschechoslowakische Innenministerium deshalb Überwachungs- und Sicherheitskräfte an verschiedenen Orten in Prag, darunter dem Rundfunkgebäude, einigen Schulen und den Studentenwohnheimen.⁷⁴ Es dürfte kein Zufall gewesen sein, dass es sich dabei um solche Einrichtungen handelte, die in Budapest zu den Hauptzellen der Reformkräfte gehörten.

Doch auch die eigenen Erfahrungen aus der ersten Jahreshälfte spielten bei den Befürchtungen der tschechoslowakischen Entscheidungsträger eine Rolle. Diese verwiesen zum Beispiel auf die bereits erwähnte „Pyjamarevolution“ in slowakischen Studentenwohnheimen vom Januar 1956 und die Majáles-Studentendemonstrationen um den 1. Mai 1956. In diesem Zusammenhang warnten auch die Vertreter des pädagogischen Gewerkschaftsbunds vor studentischen Unruhen.⁷⁵ Deshalb bekamen die tschechoslowakischen Studenten in den Wochen des Ungarnaufstands besondere Einschränkungen zu spüren. So wurde der für die Jahresfeier der Russischen Oktoberrevolution geplante Laternenzug in Košice verboten, weil das Innenministerium befürchtete, er könnte für antisowjetische Kundgebungen missbraucht werden. Studentische Diskussionen über die Ereignisse in Ungarn waren ebenfalls nur in sehr beschränktem Maße möglich.⁷⁶ Handfeste Hinweise für studentische Oppositionsaktivitäten gab es allerdings im Oktober und November 1956 in der ČSR nicht. Die Befürchtungen und Vorsichtsmaßnahmen der offiziellen Stellen sind daher eher einem übertriebenen Misstrauen zuzuordnen, das durch die ungarischen Studentendemonstrationen deutlich verstärkt wurde.

Einem ähnlichen Generalverdacht sahen sich im Herbst 1956 die tschechoslowakischen Schriftsteller ausgesetzt. So forderten die ZK-Mitglieder Augustín Michalička und Oskár Jeleň, aus den ungarischen Ereignissen unbedingt „die richtigen Lehren“ zu ziehen, denn die slowakischen Schriftsteller hätten auf ihrem Jahreskongress ähnliche Ansichten vertreten wie ihre ungarischen Kollegen nur wenige Monate zuvor.⁷⁷ Zudem attestierte František Kubač, Vorsitzender des slowakischen Nationalrats, den slowakischen Schriftstellern gute Kontakte zu ihren ungarischen Kollegen, deren Einfluss er

73 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 18ff, [November 1956]: *Plan der Sicherheitsmaßnahmen im Umfeld der Feierlichkeiten zum 39. Jahrestag der Russischen Oktoberrevolution vom 6.-9.11.1956*, [November 1956].

74 Bukovszky 2006, S. 76.

75 VOA Praha, Nr. Fonds OS školství, Karton 36, 25.10.1956.

76 Čierna-Lantayová 2006, S. 17.

77 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956 1993.

fürchtete. In diesem Zusammenhang bemerkte er auch, dass die tschechoslowakischen Schriftsteller seit dem Frühjahr 1956 von ihrer kritischen Einstellung prinzipiell nicht abgewichen seien. Nun würden sie sich nur deshalb nicht öffentlich äußern, weil sie strafrechtliche Konsequenzen fürchteten.⁷⁸ Dieses Interpretationsschema tauchte häufig auf: Die als oppositionell eingestuften Gruppierungen im eigenen Land stünden in Kontakt mit den „konterrevolutionären Kräften“ in Ungarn (und Polen), ließen sich aber durch „energetische Kader-Maßnahmen“, also hinlängliche Bedrohungs-, Bestrafungs- und Säuberungsaktionen, einschüchtern und kontrollieren.⁷⁹ Dagegen sprach kein Mitglied des Zentralkomitees der KSČ davon, dass die tschechoslowakischen Studenten oder Schriftsteller – anders als die ungarischen – im Herbst 1956 vielleicht gar keinen Anlass für kritische Äußerungen oder oppositionelle Handlungen sahen.

Erinnerungen an die Währungsreform von 1953

Die Angst der KSČ-Führung vor Reformforderungen oder gar öffentlichen Unruhen infolge der Ungarischen Revolution basierte nicht nur auf den Reformdiskussionen unmittelbar nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Wie aus den Aufzeichnungen der Parteitagen im Oktober und November hervorgeht, kombinierten sich die Eindrücke der Ungarnkrise auch mit Erinnerungen an die Aufstände vom Juni 1953.⁸⁰ Damals hatte es – kurz vor dem Volksaufstand in der DDR – in der Tschechoslowakei in einigen Fabriken und Städten massive Arbeiterunruhen gegeben. Auslöser war eine Währungsreform gewesen, die unangekündigt und entgegen anderslautender Versprechen einen Großteil der Bevölkerung ihrer gesamten Ersparnisse entledigte. Die Entrüstung war verständlicherweise enorm. Gegen die folgenden Demonstrationen und Streiks war die damals neue Kollektivführung unter Novotný und Zápotočký mit großer Härte vorgegangen. Allerdings hatte es sich um regional begrenzte Unruheherde in industriellen Zentren wie Plzeň und Ostrava gehandelt, die die eigenen Sicherheitskräfte unter Kontrolle bringen konnten.⁸¹

Die KSČ-Führung nahm diese Krise überaus ernst und verbesserte daraufhin die Arbeitsbedingungen und das Versorgungsniveau der Gesamtbevölkerung. Gleichzeitig richtete der Geheimdienst in den Betrieben ein engverzweigtes Informations- und Kontrollsystem ein.⁸² Mit dieser Doppelstrategie wollte die Parteiführung künftige Unruhen verhindern. Darüber hinaus erarbeiteten Operativstäbe der tschechoslowakischen Volksarmee, Pläne für eine innere Mobilisierung gegen mögliche künftige Unruhen aus. Sie

78 Čierna-Lantayová 2006, S. 18.

79 So O. Jeleň in seinem Beitrag auf der ZK-Sitzung vom Dezember (NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956 1993).

80 Štaigl 1999, S. 169.

81 Pernes 1999, S. 98–103; zur Währungsreform im Detail vgl. Musilová 1994.

82 Heumos 2008, S. 422.

sahen den Einsatz von Panzern und anderem schwerem Geschütz gegen Protestversammlungen vor. Diese Notfallpläne wurden wieder aus der Schublade geholt, als die KSČ-Führung Ende Oktober 1956 von der für sie schockierenden Wiedereinführung des Mehrparteiensystems in Ungarn erfuhr.⁸³ Für den Fall, dass sich ein ähnliches Szenario in der ČSR anbahnen sollte, forderte der ansonsten eher gemäßigte Staatspräsident Zápotočký mit Verweis auf die Unruhen von 1953, auch gegenüber Arbeitern nicht mit dem Gebrauch von Waffen zu zögern. Nach seiner Ansicht seien im unmittelbaren Kampf mit dem politischen Feind alle Mittel recht und man müsse dann „wie im Krieg“ vorgehen, also ohne zu überlegen, „dass der Feind eine Frau und Kinder habe“.⁸⁴

Spaltung der Einheitspartei

Angesichts der eskalierenden Situation in Ungarn fürchtete die tschechoslowakische Parteiführung jedoch nicht nur eine unkontrollierbare gesellschaftliche Entwicklung, sondern auch eine Destabilisierung der eigenen Partei. Die ungarische Staatspartei hatte nämlich nach der Niederschlagung der Revolution einen enormen Prestigeverlust erlitten, der auch den tschechoslowakischen Kommunisten nicht verborgen blieb: Die tschechoslowakische Botschaft informierte im Januar 1957 darüber, wie die ungarische Partei (nun MSzMP) nach dem Einmarsch 90% ihrer Mitglieder verloren hatte.⁸⁵ Die KSČ-Spitze führte dies auf einen „revisionistischen“ Flügel zurück, der bereits vor dem Ungarnaufstand entstanden sei. Eine entsprechende Entwicklung fürchtete der Parteiideologe Hendrych auch in der ČSR. Er verwies dabei nicht nur auf abweichende Tendenzen in kritisch denkenden intellektuellen Kreisen, sondern sah auch unter den KSČ-Mitgliedern die Gefahr einer „verräterischen“, „revisionistischen Fraktion“ wie in Ungarn. Hendrych forderte mit vielen Verweisen auf die ungarische Entwicklung, derartige Einflüsse in der ČSR zu „entlarven“ und unschädlich zu machen. Zahlreiche Mitglieder des Zentralkomitees stimmten dem energisch zu – vor allem Vasil Biřak, dem auch 1968 eine entscheidende Rolle zukam.⁸⁶ Auch der Vorschlag des KSČ-Politbüros ging in diese Richtung.⁸⁷

Die mehrfach und explizit formulierte Furcht vor einem „konterrevolutionären Umbruch“ unter den tschechoslowakischen Kommunisten war nicht nur ideologisch bedingt.

83 Madry 1994, S. 31; Štaigl 1994, S. 34.

84 Madry 1994, S. 30.

85 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, MPZ-T 1/1957, [2.1.1956]: *Analyse der historischen Bedingungen der Gründung und Veränderung der ungarischen KP durch die tschechoslowakische Botschaft in Budapest*, [2.1.1956] (der zuständige Sachbearbeiter im Außenministerium markierte speziell die Passage über den enormen Mitgliederverlust von 900.000 auf 100.000.).

86 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Bd. 142, Nr. 185/25, 13.-14.6.1957.

87 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 142, Nr. 185, Punkt 12, 11.6.1957: *Vorschlag des KSČ-Politbüros zur Diskussion über ideologische Fragen der Partei auf der folgenden ZK-Sitzung*, 11.6.1957.

Das engere Zusammenrücken in der Partei war 1956 und 1957 wohl vor allem persönlichen Ängsten geschuldet. Vermutlich schien ihnen das individuelle Risiko innerhalb einer geschlossenen parteilichen Gemeinschaft geringer. Denn viele fürchteten nicht nur um ihre Positionen, sondern mit Blick auf die Gewaltexzesse in Ungarn auch um ihre physische Existenz. Der nachmalige Reformkommunist Zdeněk Mlynář erinnerte sich später, dass viele reformorientierte Parteimitglieder der Forderung nach innerparteilicher Einheit deshalb gefolgt seien, weil sie sich dort Schutz erhofften. Größer als die Angst vor möglichen Repressionen seitens der Führung sei die vor den brutalen Konsequenzen einer Situation wie in Ungarn gewesen.⁸⁸

Zu dieser Angst trugen die Aussagen von traumatisierten ungarischen Soldaten bei, die in den Politbürositzungen zitiert wurden. So hatte zum Beispiel ein in die Slowakei geflüchteter ungarischer Grenzzoffizier aus Mosonmagyaróvár über enthauptete Kommunisten und die öffentliche Schändung ihrer Leichen berichtet. Vorher sei seine mit 150 Mann besetzte Kaserne von mehreren Tausend Konterrevolutionären heimgesucht worden.⁸⁹ Diese und ähnliche wahrscheinlich stark übertriebenen Aussagen schürten unter den tschechoslowakischen Kommunisten Angst um ihre eigene Sicherheit und die ihrer Angehörigen. Geheimdienstberichte, in denen tschechoslowakische Bürger den Kommunisten androhten, sie wie in Ungarn zu erschießen und aufzuhängen oder sie auf „die letzte Reise“ zu schicken, taten ihr Übriges.⁹⁰ Einige slowakische Kreisfunktionäre sollen daher in den ersten Tagen des Ungarnaufstands nicht in den eigenen Häusern übernachtet haben.⁹¹ Andere wollten sich aktiv verteidigen: So beschwerte sich Vasil Biľak auf dem ZK-Plenum im Dezember 1956, dass viele Mitglieder seines kommunistischen Kreisverbands nicht mit Schusswaffen, insbesondere Maschinengewehren umgehen könnten. Seiner Meinung nach sei es schließlich nötig, als Kommunist auch solche Dinge zu beherrschen; er schlug entsprechende Ausbildungsmaßnahmen vor.⁹²

Die Angst vor dem „inneren Feind“ führte in der KSČ nicht nur zur inneren Geschlossenheit, sondern ließ ihre Funktionäre auch sehr zurückhaltend im Kontakt mit gesellschaftlichen Organisationen auftreten.⁹³ Selbst einige Gewerkschaftsführer, die auf den Parteitreffen lebhaft die Prager Leitlinien unterstützten, fürchteten sich in der Zeit des Ungarnaufstands offenbar, vor ihre eigenen Mitglieder zu treten. Ihre Forderungen

88 Sikora 1996, S. 76.

89 VHA Praha, Nr. Fonds MNO-GŠ 1956, Sig. 2/8-49b, 26.-27.10.1956 1993.

90 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 414ff, 3.11.1956: *Interner Bericht des tschechoslowakischen Innenministeriums über die Stimmung in der CSR*, 3.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, 6.11.1956: *Interner Situationsbericht des tschechoslowakischen Innenministeriums*, 6.11.1956.

91 Attila 2006, S. 43.

92 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956 1993.

93 Auf den Tagungen des ZK der KSS vom 2.11.1956 und vom 12./13.12.1956 kritisierte Jozef Valo, Mitglied des Parteibüros der KSS, diesen Zustand selbst (Sikora 1996, S. 76).

nach einer deklarativen Ablehnung der „Konterrevolution“ brachten sie über Mittelsmänner und auf anderen Umwegen vor.⁹⁴ Stattdessen schien es den tschechoslowakischen Funktionären angesichts der in Ungarn völlig unerwartet eskalierten Gewalt offenbar geboten, ihre Drohgebärden und „erzieherischen Maßnahmen“ den Exekutivorganen und Massenmedien zu überlassen, also dezentralen und schwer angreifbaren Institutionen.

Innerhalb der KSČ schien nach dem Ungarnaufstand – anders als in der ersten Jahreshälfte von 1956 – von Reformvertretern jede Spur zu fehlen. Einige Frühjahrsreformer entschuldigten sich nun sogar für ihre „Irrtümer“, die, wie sie nun selbst mutmaßten, im Extremfall eine Situation wie in Ungarn hätten auslösen können.⁹⁵ Daraufhin verstummten für mehrere Jahre alle Reformstimmen in der tschechoslowakischen Staatspartei. Die ungarische Tragödie gab Drohungen, wie sie Hendrych häufig aussprach, ein besonderes Gewicht. Denn in der Ablehnung der Ungarischen Revolution waren sich Dogmatiker und potenzielle Reformer einig. Der Fall „Nagy“ diente daher 1957 als Vorwand für die weitere Zentralisierung und Gleichschaltung des tschechoslowakischen Parteiapparates.

Illoyalität der Exekutivorgane

Die tschechoslowakischen Kommunisten zeigten sich bestürzt über den Seitenwechsel mehrerer staatlicher Einrichtungen in Ungarn. Gleichzeitig plagte die KSČ-Spitze seit dem Ausbruch des Ungarnaufstands die Sorge um die Loyalität der eigenen Organe, die sie zur Absicherung der Einparteienherrschaft für unentbehrlich hielt: zentralgesteuerte Medien, Geheimdienst, Polizei und Militärapparat. Ihre Befürchtungen bezogen sich zunächst auf die slowakische Presse, von der einige Funktionäre glaubten, sie könnte sich auf den gleichen Weg wie die ungarischen und polnischen Zeitungen begeben.⁹⁶ Letztlich zeigten die tschechoslowakischen Redaktionen im Herbst 1956 aber bereits keine Ambitionen mehr, zum Sprachrohr für Reformideen zu werden.

Besonders schwer wog in den Augen der tschechoslowakischen Funktionäre das Überlaufen ungarischer Soldaten auf die Seite der Aufständischen. Entsprechend verdächtigten sie auch die eigene Armee. Beispielsweise Ján Zeman, politischer Chef der tschechoslowakischen Armee, forderte angesichts der Entwicklung in Ungarn eine politische Prüfung der eigenen Streitkräfte. Die Armeekader sollten nach ihrem „Klassenstandpunkt“ gemessen werden und müssten im kritischen Moment sofort kampfbereit sein, ohne die Führungsrolle der KSČ anzuzweifeln. Sicherheitshalber sollten daher möglichst alle tschechoslowakischen Offiziere aus der Führungsschicht der KSČ rekrutiert oder zumindest von dieser benannt werden.⁹⁷ Die Überprüfung wurde tatsächlich noch 1956 durchgeführt. Ihre abschließende Bewertung zeigte jedoch, dass die tschechoslowakischen Truppen zur Zeit der Ungarnkrise weitgehend KSČ-loyal waren. So

94 Čierna-Lantayová 2006, S. 16.

95 Pernes 2008, S. 146–147.

96 Čierna-Lantayová 2006, S. 16.

97 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956 1993.

waren 130 Soldaten, davon 84 Offiziere verhört worden, von denen auch 33 entlassen worden waren – allerdings meist nur unter dem Vorwurf, Sympathie für die ungarische Revolte bekundet zu haben.⁹⁸ Da diese Zahlen im Verhältnis zur Gesamtstärke der tschechoslowakischen Armee verschwindend gering waren, erscheinen die damaligen Befürchtungen der KSČ-Führung kaum begründet.

Sorge um die Linientreue hegte die KSČ-Führung nicht nur im Hinblick auf die Armee, sondern auch im Zusammenhang mit den Sicherheitsorganen des Innenministeriums. Zwar lobte der Innenminister seine Einheiten im November 1956 als „zuverlässige Waffe des Volkes, der KSČ und der Regierung“,⁹⁹ doch diese Zuverlässigkeit ließ er in den kritischen Wochen des Ungarnaufstands in einer internen Untersuchung überprüfen. Der abschließende Bericht enthielt mehrere Fälle, in denen auch ranghohe Bedienstete des Innenministeriums die offizielle Ansicht über den Ungarnaufstand nicht teilen wollten. Diese Mitarbeiter verloren ihre Positionen und wurden zum Teil auch strafrechtlich verfolgt.¹⁰⁰

Außerdem befürchtete die Leitung des tschechoslowakischen Innenministeriums, der Zerfall des ungarischen Geheimdienstes könnte sich auf die eigene Arbeit auswirken. So waren offenbar während des Volksaufstandes in Budapest Abhöranlagen und Indizienbestände der ungarischen Staatsicherheit entwendet oder vernichtet worden. In Prag mutmaßte man, westliche Geheimdienste hätten die ungarische Zentrale infiltriert und sensibles Material erbeutet. Da es in der Vergangenheit eine relativ enge Zusammenarbeit zwischen den ungarischen und tschechoslowakischen Sicherheitsbehörden und damit ähnliche Operativstrukturen gegeben hatte, sollten nun sicherheitshalber auch in der ČSR neue Geheimcodes und Abhörleitungen eingeführt werden.¹⁰¹

Die Angst vor dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems und damit dem Verlust der Machtposition rief unter den tschechoslowakischen Kommunisten Furcht vor physischer Bedrohung hervor. Unsicherheit und Zweifel an der Verlässlichkeit der eigenen Organe gingen auf die Erfahrungen von 1953 und die Frühjahrsmonate von 1956 zurück. Konsequenterweise unterzogen die Parteiorgane daher parallel zur Beobachtung Ungarns die eigenen Machtsicherungssysteme einer gründlichen Überprüfung. In der

98 NA Praha, Nr. Fonds 05/11, Bd. 89, Nr. 5, 8.1.1957: *Generalstabsbericht für das tschechoslowakische Verteidigungsministerium mit einer Auswertung über die Tätigkeit der Kommandeure, Stäbe und Truppen im Oktober/November 1956*, in: BÍLEK, J. (Hg.) 1993, S. 190.

99 AMV ČR, Nr. Fonds Sekretariát ministra vnitra, 1956, A 6 III-1070, 20.11.1956: *Geheimbefehl des Innenministers Nr. 132, wonach verschiedene innere Sicherungsmaßnahmen im Kontext des Ungarnaufstands zum 1.12.1956 abgemildert oder aufgehoben werden sollen*, in: BÍLEK, J. (Hg.) 1993, S. 117–119 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H. L.).

100 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 126, Nr. 162, Punkt 15, 21.12.1956: *Informationsbericht des Innenministers an das Politbüro der KSČ über die Einsatzbereitschaft und den politisch-moralischen Zustand der einzelnen Abteilungen des Innenministeriums während der außerordentlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit den Krisen in Ungarn, Polen und Ägypten*, 21.12.1956.

101 Pilát 1994, S. 61.

politischen Führung der KSČ dominierte die Vorstellung, Unruhen im eigenen Land könnten administrativ und ideologisch verhindert werden. Diese Erwartungshaltung mündete in eine operative Strategie, die in den kritischen Wochen des Ungarnaufstands und über Jahre danach wesentlich zur Machtsicherung der KSČ beitrug.

2.2 Politische Reaktionen der KSČ-Führung

Als in Prag am 23. Oktober 1956 die ersten Nachrichten über die Massendemonstrationen in Ungarn eintrafen, ergriff das Politbüro der KSČ umgehend Maßnahmen zur Erhaltung der inneren Sicherheit: Binnen weniger Tage wurden alle Geheimdiensteinheiten mobilisiert und die Volksarmee in Bereitschaft versetzt. Gleichzeitig informierte die Prager KSČ-Zentrale alle niedrigeren Parteiorgane und -aktiven über die Situation in Ungarn und deren mögliche Auswirkungen auf die ČSR. Auch die Propagandamaschinerie lief sofort an. Leitende Politiker beriefen Krisengespräche ein und sagten deshalb kurzerhand ausländische Staatsbesuche ab. Außerdem beschloss das tschechoslowakische Politbüro, bewaffnete Freiwilligeneinheiten zu rekrutieren, die nach Ungarn entsendet werden könnten.¹⁰² Aus dieser ersten Reaktion geht bereits hervor, wie ernst die politische Führung der Tschechoslowakei die Lage in Ungarn nahm, wo zu diesem Zeitpunkt die Straßendemonstrationen noch weitgehend friedlich verliefen.

Den ersten Reflexen folgten in der ČSR eine systematische Sicherungsstrategie nach innen und eine gezielte Konsolidierungspolitik nach außen. Zu diesem Zweck entstand in Bratislava das bereits erwähnte Koordinationszentrum, das mit ranghohen Parteisekretären, Armeeoffizieren und Angehörigen des Sicherheitsapparats besetzt war und Ausgangspunkt zahlreicher Einzelmaßnahmen war.

2.2.1 Außenpolitische Maßnahmen

Offizielle Außenpolitik gegenüber Ungarn

Die außenpolitischen Reaktionen der tschechoslowakischen Regierung orientierten sich stark am aus Moskau vorgegebenen Muster. Am 20. Oktober 1956 forderte Chruščev auf einem Treffen der Parteiführer des Warschauer Pakts in Moskau auf Polemik unter den Bruderparteien zu verzichten.¹⁰³ Folgsam sandten die Prager Regierung und das Zentralkomitee am 29. Oktober 1956 eher zurückhaltende Briefe an die neue ungarische

102 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fond 02/2, Bd. 119, Nr. 146, [23.10.1956]: *Beschlussentwurf für die 146. Sitzung des Politbüros des ZK der KSČ (Punkt 4) mit einer ersten Einschätzung der Ereignisse in Ungarn*, [23.10.1956].

103 NA Praha, Nr. Fonds 07/16, Bd. 3, 24.10.1956: *Aufzeichnungen über das sowjetische Präsidialtreffen mit den Parteichefs der Bündnisstaaten am 24.10.1956 (von A. Novotnýs persönlichem Sekretär Jan Svoboda)*, in: BÉKÉS, C. et al. (Hg.) 2002, S. 222–227.

Regierung unter Nagy, dessen Regierungsprogramm und Stabilisierungspolitik sie prinzipiell anerkannten. Gleichzeitig mahnten beide tschechoslowakischen Gremien jedoch, nur jene „gesunden Kräfte“ um die neue Regierung zu versammeln, die den Sozialismus vorantrieben und den „Verführern“ entschieden entgegentraten.¹⁰⁴

Damit signalisierte die tschechoslowakische Führung auch ihr Interesse an einer rückhaltlosen Partnerschaft mit der Sowjetunion. Diese entsprach durchaus den eigenen Interessen der tschechoslowakischen Staatsführung, die darin einen externen Machtgaranten sah. Entsprechend konform verlief der offizielle tschechoslowakische Standpunkt auch weiterhin zum sowjetischen. Als sich der Moskauer Tonfall gegenüber Ungarn nach wenigen Tagen verschärft hatte, schlug auch Staatspräsident Zápotocký in einer Rundfunkrede kritischere Töne an. Er sprach von „Konterrevolution“ und „faschistischem weißen Terror“ gegen das arbeitende Volk und unterstellte Nagy, mit den kapitalistischen Staaten zu paktieren.¹⁰⁵ Während andere sozialistische Staaten, insbesondere Jugoslawien und Polen, der Niederschlagung der Konterrevolution vorerst kritisch gegenüberstanden, erkannte Prag die restaurative Kádár-Regierung bereits am 5. November 1956 vorbehaltlos an.¹⁰⁶ Eine KSČ-Delegation um den Ministerpräsidenten Viliam Široký besuchte am 15./16. November 1956 als erste ranghohe Abordnung die neue ungarische Parteiführung im halb zerstörten Budapest. Dort sprach sie ihr Vertrauen der neuen Kádár-Regierung aus, die sich ansonsten breiter internationaler Ablehnung ausgesetzt sah. Neben der moralischen Unterstützung stellte die Prager Delegation bei dieser Gelegenheit auch praktische wirtschaftliche und ideologische „Hilfe“ in Aussicht.¹⁰⁷ Das nächste Treffen in Budapest fand zum Jahreswechsel 1956/57 und dann bereits als Gipfel mit weiteren Warschauer-Pakt-Parteien statt. Dort teilten Novotný und Široký Chruščevs Ansicht, dass Imre Nagy der Prozess gemacht werden müsse.¹⁰⁸ Darüber hinaus ergriff die tschechoslowakische Führung eine Reihe weniger offensichtlicher Maßnahmen zur Unterstützung jener ungarischen Kommunisten, die sich gegen die Revolution und für Kádár entschieden hatten.

Umgang mit ungarischen Flüchtlingen

Den Reiseverkehr zwischen Ungarn und der ČSR beschränkten die tschechoslowakischen Behörden nach Ausbruch des Ungarnaufstands auf wichtige Dienstreisen. Allerdings überschritten in den letzten Oktobertagen 1956 noch viele Ungarn illegal die Grenze zur Slowakei. Das tschechoslowakische Innenministerium verfolgte diese Bewegungen

104 O. A. in *Rudé právo*, S. 1.

105 Zápotocký in *Rudé právo*, 4.11.1956, S. 1.

106 Die Parteizeitung *Rudé právo* widmete der in ihrer Darstellung freudigen und dem ungarischen Volk willkommenen Nachricht über den Aufstieg Kádárs am 5.11.1956 fast die ganze Titelseite.

107 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, 15.11.1956.

108 Hajdu 1996, S. 72.

sehr genau und ließ alle als „konterrevolutionäre“ Verdächtige festnehmen. Allerdings registrierten die Behörden vor allem ungarische Privatpersonen. Diese kamen in die ČSR, um dort einzukaufen oder bei Verwandten in der Slowakei unterzukommen. Denn in Ungarn waren Lebensmittelversorgung und persönliche Sicherheit wegen des landesweiten Ausnahmezustands in einigen Regionen nicht gewährleistet. Die ungarischen Familien wurden in der ČSR entweder in Auffanglager gebracht oder konnten bei ihren in der Slowakei lebenden Verwandten unterkommen.¹⁰⁹

Bei einigen Zufluchtsuchenden handelte es sich um ungarische Parteifunktionäre und Geheimdienstangehörige, die aus Angst um ihr Leben das Land verlassen hatten. Für sie interessierte sich das Prager Innenministerium besonders. Einer von ihnen hieß Dudás und war als Kommandeur einer ungarischen Grenzschutzeinheit Ende Oktober 1956 vor den Aufständischen in die Tschechoslowakei geflohen. Angeblich forderten die revolutionären Übergangsbehörden in Ungarn seine Auslieferung, die das Politbüro der KSČ aber strikt ablehnte.¹¹⁰ Stattdessen ordnete es an, gerade den moskautreuen Staatsbediensteten aus Ungarn Asyl zu gewähren. Nach Ansicht der Prager Führung sollten sich diese später am Wiederaufbau des ungarischen Sicherheitsapparates und an der politischen Konsolidierung beteiligen.¹¹¹ Zu solchen in der ČSR besonders willkommenen Flüchtlingen gehörten ranghohe ungarische Kommunisten, wie der Planungsbüroleiter István Kossa, der anschließend unter Kádár Finanzminister wurde.¹¹² Zwischen Mitarbeitern des ungarischen Geheimdiensts ÁVH und kompromittierten ungarischen Stalinisten soll im Oktober 1956 in Bratislava auch der letzte Parteichef Gerő gesichtet worden sein.¹¹³ Sogar Kádárs Familie soll während der kritischen Wochen nach der Niederschlagung des Aufstands in der Tschechoslowakei Zuflucht gefunden haben,¹¹⁴ während Kádár selbst in dieser Zeit nicht im Eigenheim, sondern im schwerstbewachten Budapester Parlament nächtigte.¹¹⁵ Die tschechoslowakische Aufnahmebereitschaft stellte vielen moskautreuen Eliten aus Ungarn eine sichere Ausgangsposition für die bald folgende Restauration zur

109 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 124, Nr. 158, Punkt 14, 10.12.1956: *Bericht des Innenministeriums und der Generalstaatsanwaltschaft an das Politbüro über den Aufenthalt und die Grenzübertritte ungarischer Bürger auf das Gebiet der ČSR*, 10.12.1956.

110 NA Praha, Nr. Fonds 02/2, Bd. 120, Nr. 148, Punkt 23, 29.10.1956: *Beschluss des Politbüros des ZK der KSČ zu den Ereignissen in Ungarn*, 29.10.1956.

111 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 124, Nr. 158, Punkt 14, 10.12.1956.

112 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fond 02/2, Bd. 122, Nr. 155, 19.11.1956: *Beschlüsse der Sitzung des Politbüros der KSČ vom 19.11.1956, hier zu den Informationsberichten der tschechoslowakischen Journalisten über die Situation in Budapest*, 19.11.1956; Marušiak 2007, S. 82.

113 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19: *Zusammenfassender RFE-Bericht über die tschechoslowakischen Reaktionen auf die Ungarische Revolution*, 1957-3-19; diese Aussage westlicher Beobachter ist allerdings fragwürdig, allein schon deshalb, weil z. B. ungarische Geheimdienstmitarbeiter für Außenstehende wohl nicht ohne weiteres erkennbar waren.

114 Pauer 1995, S. 90.

115 NA Praha, Nr. Fonds 02/2, Bd. 122, Nr. 155, Punkt 22, 14.11.1956: *Interner Bericht des tschechischen ČTK-Korrespondenten über seinen Aufenthalt in Budapest Mitte November 1956*, 14.11.1956.

Verfügung. In Ungarn selbst dürfte die tschechoslowakische Unterstützung ausgerechnet jener ungarischen Flüchtlinge, die aufgrund ihrer stalinistischen Politik besonders geächtet wurden, als besondere Provokation empfunden worden sein.

„Brüderliche Aufbauhilfe“

Auch über die Staatsgrenze hinweg versuchten die politischen Entscheidungsträger der ČSR den ungarischen Konsolidierungsprozess zu unterstützen. So sollten die südslowakischen Regionalausschüsse regelmäßige Verbindungen zu den grenznahen Bezirken in Ungarn aufbauen. Zeitweise sollen bis zu 80 solcher „Helfer“ pro Tag aus einem Kreis ausgesandt worden sein.¹¹⁶ Beispielsweise kontaktierte der slowakische Innenkommissar Jeleň den einflussreichen Arbeiterrat in Miskolc. Er und andere slowakischen Parteifunktionäre sollten aus Ungarn Informationen über die politische Entwicklung und die Meinung der Öffentlichkeit liefern. Außerdem sollten sie Einfluss auf die regionalen ungarischen Parteiführer und Arbeiterräte nehmen.¹¹⁷ Deshalb wurden in den ersten Wochen nach der militärischen Niederschlagung des Ungarnaufstands allein aus dem Kreis Košice täglich 30 bis 40 ungarischsprachige Agitatoren nach Ungarn gesandt, um dort an der Erneuerung der kommunistischen Partei mitzuwirken.¹¹⁸ Laut dem slowakischen Zentralkomitee-Mitglied Michalička hätten sich die ungarischsprachigen Aktivisten aus der ČSR dieser Aufgabe umgehend und mit Begeisterung gewidmet.¹¹⁹ Das tschechoslowakische Innenministerium, das diese Entsendungsaktion koordinierte, berichtete dagegen über Schwierigkeiten, auf slowakischer Seite geeignete Mitarbeiter zu finden. Offenbar fürchteten viele ungarischsprachige Kandidaten, mit dem berüchtigten ungarischen Geheimdienst ÁVH zusammenarbeiten zu müssen.¹²⁰ Die tschechoslowakische Agententätigkeit auf ungarischem Territorium hielt sich daher in den ersten Monaten nach dem Ungarnaufstand in Grenzen.

Dafür mischten sich die tschechoslowakischen Politiker ganz offiziell in die ungarischen Angelegenheiten ein, zum Teil allerdings auf ausdrücklichen Wunsch der Regierung Kádár: Am 18. Januar 1957 bat Ferenc Münnich – bezeichnenderweise Innen- und Verteidigungsminister in einem Amt – seinen Prager Amtskollegen Barák um Unterstützung. Er forderte aus der ČSR Expertengruppen an, die beim Wiederaufbau der ungarischen Staatssicherheit helfen sollten. Dem Antrag wurde prompt entsprochen und schon drei Tage später fuhren zwei hochrangige Gesandte des tschechoslowakischen Innenministeriums nach Budapest. Sie zeigten sich schockiert über die Zustände in der

116 Madry 1994, S. 32.

117 Marušiak 2007, S. 81–84.

118 Attila 2006, S. 49; Pešek 1993, S. 439.

119 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956, S. 132–133 1993.

120 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 125, Nr. 160, Punkt 14, 13.12.1956.

ungarischen Hauptstadt. Nach ihrer Einschätzung seien die ungarischen Exekutivorgane ohne die sowjetischen Truppen relativ machtlos gewesen.¹²¹

Neben der personellen Unterstützung leistete die KSČ den moskautreuen Kommunisten in Ungarn bereitwillig materielle Hilfe. Bereits in den ersten Tagen des Ungarnaufstands ließ sie ihnen Treibstoff, Lebensmittel, Medizin, aber auch Waffen und Munition zukommen.¹²² Noch während des Ungarnaufstands sollen die tschechoslowakischen Behörden Waffen an eine Gruppe moskautreuer ungarischer Bergarbeiter aus dem grenznahen Miskolc weitergegeben haben, weil diese gegen Nagy vorgehen wollten.¹²³ Im Januar 1957 bat der neue ungarische Innenminister Münnich dann ganz offiziell um weitere Lieferungen. Daraufhin sendete die KSČ erneut Waffen und Munition, aber auch Fahrzeugteile und technische Geräte zur geheimdienstlichen Überwachung.¹²⁴ Da die Prager Behörden den ungarischen Transportwegen auch 1957 noch misstrauten, nutzten sie inoffizielle Kanäle für ihre Lieferungen im Gesamtwert von 1,6 Millionen Tschechoslowakischen Kronen (Kčs). Dieser Betrag wurde Ungarn als außerplanmäßige Schulden bei der ČSR verbucht.¹²⁵ Dies war zwar innerhalb des RGW-Raums ein eher ungewöhnlicher Vorgang, er war jedoch im Interesse der KSČ, die durch eine schnelle Konsolidierung Ungarns auch den inneren Frieden im eigenen Land absichern wollte.

In Ungarn war die politische „Beratertätigkeit“ der tschechoslowakischen Kommunisten bekannt, denn entsprechende Flugblätter machten keinen Hehl daraus, wie die ČSR dem ungarischen Volk „mit Geschenken und Ratschlägen“ bei der Bekämpfung der Konterrevolution zu Seite stehe.¹²⁶ Solche Versuche, das Ansehen der Tschechoslowakei zu verbessern, dürften für viele Ungarn nach ihrer desillusionierenden Niederlage arrogant bis zynisch gewirkt haben. Gerüchte, wonach sich die tschechoslowakische Armee aktiv an dem Einmarsch in Ungarn beteiligt haben soll, taten ihr Übriges. Hohe Funktionäre der KSČ brachten sie zum Teil selbst in Umlauf, so etwa Václav Koucký, Chefredakteur des KSČ-Pressorgans *Rudé právo*, als er behauptete, die Tschechoslowakei würde der ungarischen Arbeiterklasse selbst zur Hilfe kommen, wenn die sowjetische Armee dies aus irgendwelchen Gründen nicht tun könnte.¹²⁷ Während eine Handvoll ehemaliger Stalinisten in Ungarn die tschechoslowakische Schützenhilfe erleichtert entgegennahmen, dürfte die Mehrheit der Ungarn diese als provokative Einmischung in die inneren Angelegenheiten aufgefasst haben.

121 Pilát 1994, S. 60–61.

122 Attila 2006.

123 Dies soll zumindest Chruščev gegenüber Tito bei einem Zusammentreffen in Brioni am 2./3. November 1956 behauptet haben (Granville 1998, S. 679).

124 Pilát 1994, S. 61–63; Marušiak 2007, S. 85.

125 Attila 2006; Sikora 1996, S. 75.

126 Sikora 1996, S. 77.

127 Štaigl 1994, S. 33.

Humanitäre Hilfe

Wesentlich umfangreicher als die „operativen“ Hilfsleistungen aus der ČSR fiel die humanitäre Unterstützung in Form von Lebensmitteln und Finanzhilfen aus. So wurden laut der slowakischen Gewerkschaftszeitung *Práca* Lebensmittel, Holz, Glas und andere Rohstoffe nach Ungarn geliefert.¹²⁸ Außerdem richtete die tschechoslowakische Staatspartei einen landesweiten „Solidaritätsfonds für das ungarische Volk“ ein, in den jeder Tscheche und Slowake einzahlen konnte und zum Teil auch musste. In diesen sogenannten „Fond 999“ flossen zudem Erlöse von unbezahlter Zusatzarbeit, die alle Betriebe im Land „freiwillig“ erbrachten und mit deren Hilfe die zerstörte ungarische Wirtschaft wieder aufgebaut werden sollte.¹²⁹ Die Sammlung endete im Winter 1956, als eine tschechoslowakische Regierungsdelegation in Budapest nach offiziellen Angaben eine Summe von 90 Millionen Kčs an die ungarische Regierung übergab.¹³⁰ Abgesehen von den Transfers aus der UdSSR war dies die großzügigste Hilfe eines einzelnen sozialistischen Landes.¹³¹ Sie traf relativ schnell und unbürokratisch in einer für den Konsolidierungsprozess besonders kritischen Zeit in Ungarn ein.

Hinter der tschechoslowakischen Spendenaktion verbargen sich nach innen gerichtete propagandistische Überlegungen, aber auch die Hoffnung, auf diese Weise das Image der Tschechoslowakei und damit eines konservativ geführten sozialistischen Landes zu verbessern. Unabhängig davon war der große Betrag den gut gemeinten Spenden vieler Einzelpersonen zu verdanken. Diese waren den ständigen Aufrufen der tschechischen und slowakischen Presse gefolgt, die über den Hilfsfonds und dessen steigendem Umfang ausführlich berichtet hatte.¹³² Auch die Kirchen in der ČSR unterstützten die staatliche Sammlung für Ungarn und stellten dafür ihr Kollektesystem zur Verfügung. Einer staatlichen Direktive folgend versuchten tschechoslowakische Geistliche die Kirchgänger zur Spende zu bewegen, indem sie Bibelzitate mit anschaulichen Beschreibungen der menschlichen Not in Ungarn kombinierten. Dabei vergaßen sie offenbar auch nicht zu erwähnen, wie glücklich sich die Tschechen und Slowaken schätzen müssten, dass ihr Staat eine Insel der Ruhe, Ordnung und geregelten Arbeit sei, in der das Lebensniveau ständig steige.¹³³

Die Spendenaktion wurde in der tschechoslowakischen Bevölkerung unterschiedlich aufgenommen: In einigen Betrieben beschwerte sich die Belegschaft über die Mehrar-

128 O. A. in *Práca*, 7.11.1956, S. 2

129 Pernes 1996, S. 521–524.

130 Marušiak 2007, S. 85; diese war angesichts der damaligen Kaufkraft durchaus beträchtlich, betrug ein durchschnittlicher Monatslohn doch etwa 1000 Kčs (NA Praha, Nr. NS RČS 1954-1960, 27. Sitzung, 16.10.1958: 27. Sitzung der Nationalversammlung der ČSR, u.a. zur Lohnentwicklung in den letzten Jahren, 16.10.1958).

131 Sikora 1996, S. 79.

132 Čierna-Lantayová 2006, S. 19.

133 Haľko 2006, S. 88–89.

beit zugunsten Ungarns. Andererseits rief die Sammelaktion bei vielen Tschechen und Slowaken Mitleid und bei einigen Gefühle der Überlegenheit hervor. Nicht zu unterschätzen sind daher die unabhängigen und freiwilligen Sammlungen zur Unterstützung der ungarischen Bevölkerung. Vor allem Mitglieder der ungarischen Minderheit in der Slowakei spendeten großzügig, nicht nur weil sie sich mit der ungarischen Nationalität identifizierten, sondern auch weil sie über den Rundfunk besser informiert waren als ihre slowakischen Landsleute. Am 31. Oktober 1956 initiierten in Bratislava Angehörige der ungarischen und deutschen Minderheiten auch eine spontane Sammelaktion. Drei Tage später bemühte sich ein ungarischer Lehrer um Medizin, Verbandsmaterial und Grundnahrungsmittel für ungarische Verletzte.¹³⁴ Allerdings verblassten diese einzelnen Akte der Menschlichkeit neben der offiziellen „ideologischen Hilfe“ aus der ČSR, die im Herbst und Winter 1956 den Ungarn gleich tonnenfach zuteilwurde.

Ideologische Arbeit

Neben politischer und materieller Aufbauhilfe engagierten sich die tschechoslowakischen Kommunisten in Ungarn stark im ideologischen Bereich. Mitte November 1956 schickten sie gemeinsam mit politischen Beratern tschechische und slowakische Schriftsteller nach Ungarn, die dort ihren ungarischen Kollegen die Kádár-Regierung anpreisen sollten.¹³⁵ Dies war Teil einer umfangreichen Propagandakampagne zugunsten der restaurierten kommunistischen Regierung in Ungarn, die von einem Propagandazentrum in Bratislava ausging. Dort entstanden unter Mithilfe ungarischer Flüchtlinge Radiosendungen, Presseberichte und Flugblätter auf Ungarisch. Zusätzlich errichteten die slowakischen Kreisparteileitungen in Grenznähe kleine Agitationszentren, aus denen Propagandamaterial nach Ungarn gebracht wurde.¹³⁶ Schon in den ersten Tagen des Ungarnaufstands sandte das slowakische Zentralkomitee täglich 50.000 Sonderexemplare der ungarischsprachigen slowakischen Tageszeitung *Új Szó* in ungarische Betriebe. Außerdem ließ es 20.000 Ausgaben der Jugendzeitschrift *Új Finiság* und 3.000 der Frauenzeitschrift *Dolgozó Nő* ausgeben.¹³⁷ Angehörige der ungarischen Minderheit aus der ČSR verteilten in Ungarn außerdem Tausende von tschechoslowakischen Flugblättern, was zum Teil nicht ungefährlich war. Sie nutzten dafür ihre verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Kontakte.¹³⁸ Hinzu kamen zwei große und vier kleinere Armeesender, die bald fast das gesamte ungarische Staatsgebiet mit tschechoslowakischer Propaganda versorgten, um den Ungarn nach Michaličkas Äußerungen „lebenswichtige Fragen in ihrer Sprache“

134 Marušiak 2007, S. 88.

135 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/313, MKZ-T 2/1957, 8.3.1957: *Außerordentlicher Kulturbericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest über den Besuch der tschechoslowakischen Schriftsteller in Ungarn*, 8.3.1957.

136 Marušiak 2007, S. 84.

137 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956, S. 132–133 1993.

138 Attila 2006, S. 48–49.

beantworten zu können.¹³⁹ Die tschechoslowakischen Sendestationen standen nach dem 4. November 1956 auch kurzzeitig der Kádár-Administration zur Verfügung, die zu den ungarischen Sendevorrichtungen zunächst offenbar keinen Zugang hatte.¹⁴⁰

Hintergrund dieser Einmischung in Ungarns innere Angelegenheiten war das Misstrauen der KSČ gegenüber den ungarischen Medien, das die Pressebeobachter der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest genährt hatten.¹⁴¹ So bestand in der tschechoslowakischen Machtelite auch nach der sowjetischen Intervention die Angst, revolutionäre Zeitungen und Flugblätter könnten aus Ungarn in die ČSR gelangen. Gleichzeitig sollte das Geschehen in Ungarn direkt beeinflusst werden. Dieser Effekt der tschechoslowakischen Propagandakampagne war jedoch sehr gering, wenn nicht kontraproduktiv: Ungarische Offiziere der Grenzwaache machten ihre tschechoslowakischen Kollegen darauf aufmerksam, dass die tschechoslowakischen Propagandaerzeugnisse oft sofort wieder vernichtet wurden.¹⁴² Offenbar halfen auch die ungarischsprachigen Zeitungen aus der Slowakei kaum, die Streiks in Ungarn einzudämmen, denn sie wurden in den ungarischen Betrieben sofort zerrissen. Dies ist kaum überraschend, weil in den Schlagzeilen die Sowjetunion als Befreierin gepriesen wurde.¹⁴³

Die Versuche der KSČ auf die revolutionäre Bevölkerung Ungarns ideologisch einzuwirken, verfehlten aufgrund ihrer Einseitigkeit und des zynisch anmutenden Mangels an Sensibilität ihr Ziel. Erschwerend kam hinzu, dass die damals relativ frei agierenden ungarischen Zeitungen schon vor der Revolution ein eher negatives Bild der tschechoslowakischen Spitzenpolitik gezeichnet hatten, weshalb ihr Verkauf in der Slowakei Mitte Oktober 1956 endgültig verboten wurde.¹⁴⁴ Zudem dürften historische Ressentiments über territoriale und nationale Fragen für grundsätzliche Vorbehalte zwischen beiden Ländern verantwortlich gewesen sein.

Vor diesem Hintergrund schadete die tschechoslowakische Propagandakampagne dem Ansehen der Tschechoslowakei in Ungarn sehr. Dies wird aus den glaubwürdigen und nur intern weitergegebenen Berichten tschechischer Journalisten deutlich, die sich nach dem 4. November 1956 in Budapest aufhielten. Als tschechoslowakischen Staatsangehörigen wurde ihnen in Ungarn tiefste Ablehnung zuteil. So habe der Auslandskorrespondent Hoření, um sich nicht in Lebensgefahr zu begeben, seine mitgebrachte tschechoslowakische Fahne verstecken und durch eine Rotkreuz-Flagge ersetzen müssen. Auf der Straße

139 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956, S. 132–133 1993; Sikora 1996, S. 77.

140 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19.

141 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/315, MTZ-T 0511/56, 6.12.1956.

142 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, 5.12.1956: *Bericht für das Politbüros der KSČ über ein Treffen tschechoslowakischer und ungarischer Offiziere der gemeinsamen Grenzwaache*, in: BÍLEK, J. (Hg.) 1993, S. 120–123.

143 Marušiak 2007, S. 85; Sikora 1996, S. 77.

144 U.a. hatten sie gleichermaßen Unmenschlichkeit und Dilettantismus einiger Politikbereiche der KSČ kritisiert (Sikora 1996, S. 77).

habe er sich zum Teil als westlicher Tourist ausgegeben, um physischen Angriffen zu entgehen, die anderen Tschechen angedroht wurden. Neben der Propaganda sei laut seinen ungarischen Kollegen selbst die materielle Hilfe aus der ČSR zum Teil auf Ablehnung gestoßen. Auch sollen sich vor der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest Menschen versammelt und verbittert die ČSR beschimpft haben.¹⁴⁵ Otakar Svejčína, ein weiterer tschechoslowakischer Korrespondent, bestätigte dieses Bild und beschrieb detailliert, wie er selbst im Krankenhaus von dem ungarischen Personal angefeindet wurde. Nicht nur die Belegschaft, sondern auch die anderen Patienten hätten ihn als Verbündeten der verhassten „Russen“ angesehen. Die dortige medizinische Behandlung empfand er als entsprechenden Racheakt an seiner Person.¹⁴⁶ Die tschechoslowakische Öffentlichkeit sollte davon allerdings nichts erfahren. So veröffentlichte Svejčína in völligem Widerspruch zu seinem internem Bericht im Rundfunk einen „Augenzeugenbericht“, in dem er damit schloss, dass das ungarische Volk wieder in die „Familie der sozialistischen Länder“ zurückgekehrt sei.¹⁴⁷

Besonders die ungarischsprachigen Rundfunkausstrahlungen aus Bratislava förderten in Ungarn eine antitschechoslowakische Stimmung. Ein ungarischer Regionalsender reagierte Ende Oktober 1956 sogar direkt auf die tschechoslowakische Propaganda und sendete auf Slowakisch eine Antwort. Darin kam das Miskolcer Studentenparlament zu Wort und widersprach heftig den Anschuldigungen der slowakischen Rundfunkpropaganda, wonach die Ungarische Revolution irredentistische und revisionistische Absichten verfolge. Die ungarischen Studenten bekannten sich stattdessen zu den aktuellen Landesgrenzen und betonten, dass eines ihrer langfristigen Ziele eine Union kleiner und unabhängiger Staaten entlang der Donau sei, deren nachbarschaftliche Freundschaft bestimmte Kreise mit ihren Verleumdungen nun beenden wollten.¹⁴⁸ Diese Richtigstellung blieb freilich ungehört; stattdessen intensivierten die slowakischen Agitationszentren ihren ideologischen Feldzug.

So wurde auch eine Grundsatzrede des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Zápotocký vom 3. November 1956 übersetzt in Ungarn ausgestrahlt und rief dort große Verärgerung hervor.¹⁴⁹ Ungarische Grenzzoffiziere verwiesen darauf, dass dies die „Hetze

145 NA Praha, Nr. Fonds 02/2, Bd. 122, Nr. 155, Punkt 22, 13.11.1956.

146 So habe Svejčína – aus seiner Sicht medizinisch unbegründet – tagelangen Essensentzug sowie zahlreiche Darmspülungen über sich ergehen lassen müssen (NA Praha, Nr. Fonds 02/2, Bd. 122, Nr. 155, Punkt 22, 14.11.1956).

147 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-1-59, 1956-11-6.

148 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 33, Box-Folder-Report 33-3-285, 1966-3-25: *RFE-Überblicksstudie über die ungarische Außenpolitik sowie die Beziehungen Ungarns zu seinen Nachbarn seit dem Ende des Ersten Weltkriegs bis Mitte der 60er Jahre*, 1966-3-25, S. 8–9. Die Idee der Donaukonföderation geht i. Ü. auf Lajos Kossuth zurück, den populären Vorkämpfer der 1848er Revolution (Molnár & Magyar 2001, S. 195).

149 NA Praha, Nr. Fonds 02/2, Bd. 122, Nr. 155, Punkt 22, 14.11.1956; die Rede in Zápotocký in *Rudé právo*, 4.11.1956, S. 1.

gegen die Tschechoslowakei“ weiter verschlimmere.¹⁵⁰ Dennoch entschlossen sich die tschechoslowakischen Medienverantwortlichen erst im Frühjahr 1957 aktiv mit der Agitation in Ungarn zu beginnen. Dieser Ansicht schloss sich auch der Kulturattaché der tschechoslowakischen Botschaft an, der Anfang 1957 darauf verwies, dass das Bild der Tschechoslowakei „durch die Konterrevolution“ beschädigt sei. Er schlug vor, die tschechoslowakische Propaganda in Ungarn zu verstärken, allerdings vermehrt mit kulturell-künstlerischer Ausrichtung.¹⁵¹ Der gewaltige Prestigeverlust der Tschechoslowakei in Ungarn war damit jedoch nicht kurzfristig zu beheben.

2.2.2 Militärische Vorsichtsmaßnahmen

Die revolutionären Ereignisse in Ungarn trafen die KSČ überraschend, jedoch nicht völlig unvorbereitet. Bereits nach dem Posener Aufstand im Juni 1956 hatte sie die Bereitschaft ihrer Exekutivorgane erhöht und eine geplante Truppenverringerung aufgeschoben. Außerdem hatte sie die Parteitreu der höheren Offiziere überprüft, nachdem im Frühjahr viele leitende Militärs einen außergewöhnlichen Parteitag gefordert hatten. Wer dieser Prüfung nicht standhielt, war bereits im Sommer 1956 entlassen worden.¹⁵²

Allerdings gab es in der ČSR keine Pläne für die Grenzabriegelung oder gar Besetzung eines sozialistischen Bündnisstaates. Dennoch stellte die KSČ-Führung entsprechende Überlegungen schon sofort nach dem Ausbruch des Ungarnaufstands an. Schon am 24. Oktober 1956 wollte das ZK der KSČ freiwillige Kämpfer nach Ungarn senden. Dies geschah in einer Art vorseilendem Gehorsam, da es damals noch keine Absprachen mit der Sowjetunion und den anderen Bündnispartnern gab. Die Freiwilligenaktion hätte der slowakisch-ungarische Kommunist István Fábry anführen sollen, der Ungarisch sprach und bereits im spanischen Bürgerkrieg Felderfahrung gemacht hatte.¹⁵³ Letztlich betraten die Einheiten der Tschechoslowakischen Volksarmee (ČSLA) das ungarische Territorium aber höchstwahrscheinlich nicht. Der tschechoslowakische Alleingang wurde deshalb nicht in die Tat umgesetzt, weil Chruščev den Plan ablehnte.¹⁵⁴

Dennoch erneuerte das tschechoslowakische Politbüro am 2. November 1956 einvernehmlich das Angebot, militärisch in Ungarn einzugreifen, nachdem Novotný und Široký über die sowjetische Entscheidung zum Truppeneinmarsch informiert hatten.¹⁵⁵ Den militantesten Standpunkt vertrat dabei Široký, der eine koordinierte Aktion „von

150 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, 5.12.1956 1993.

151 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/313, MKZ-T 5/1957, 26.4.1957: *Außerordentlicher Kulturbericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest über die Fragen zur erhöhten Propaganda der ČSR in Ungarn*, 26.4.1957.

152 Madry 1994, S. 29.

153 Attila 2006; das Politbüro griff am 25.10.1956 diesen Gedanken wieder auf (Marušiak 2007, S. 82).

154 Bílek & Pilát 1996, S. 501.

155 Ebenda, S. 502.

allen Seiten und das noch heute“ forderte.¹⁵⁶ Die Unterordnung gegenüber der Sowjetunion überwog allerdings den Kampfgeist der tschechoslowakischen Führung: Als der sowjetische Generalstab von der ČSR allein die Absicherung der tschechoslowakisch-ungarischen Grenze verlangte, konzentrierte sich die ČSLA gehorsam auf diese Aufgabe.¹⁵⁷ Da die Mobilisierung entlang der Staatsgrenze insbesondere der inneren Sicherheit diene, konnte sie nur im Sinne der tschechoslowakischen Kommunisten sein.

Die Abriegelung der tschechoslowakischen Südgrenze, für die es wie gesagt keine vorgefertigten Pläne gab, stellte eine große personelle Herausforderung dar. Es dauerte daher bis zum 31. Oktober 1956, bis die 560 Kilometer lange tschechoslowakisch-ungarische Grenze lückenlos bewacht war und zwei Schlagtrupps bereitstanden. Der Krisenstab in Bratislava koordinierte diese Maßnahmen, an denen sich außer dem tschechoslowakischen Militär etwa 4000 Mann anderer Einsatzkräfte beteiligten: Grenzpolizisten, Mitarbeiter der Staatsicherheit und Angehörige der sogenannten Volksmiliz.¹⁵⁸ Sie sollten vor allem Aufklärungsaufgaben übernehmen und die Grenze nach beiden Seiten sichern.¹⁵⁹ Im Fokus standen jene Regionen, in deren Nähe es auf ungarischer Seite zu bewaffneten Zusammenstößen gekommen war. Außerdem wurden alle grenzüberschreitenden Hauptstraßen und Eisenbahnübergänge gesperrt oder streng kontrolliert. Zu diesem Zweck waren allein in der Slowakei zeitweise über 26.000 Soldaten und Sicherheitskräfte im Einsatz.¹⁶⁰ Weil sich die militärischen Vorsichtsmaßnahmen in der ČSR gleichzeitig nach innen und außen richten sollten, musste die Rekrutierung und Positionierung dieser Einheiten aufwendig koordiniert werden.

Zu der Ungarischen Revolution und den potenziellen Unruheherden im eigenen Land kam mit dem Ausbruch der *Suezkrise* Ende Oktober 1956 eine dritte Herausforderung auf die tschechoslowakischen Truppen zu: KPdSU und KSC werteten den Angriff auf Ägypten als imperialistischen Akt der Westmächte und trafen deshalb Vorsichtsmaßnahmen an den westlichen Blockgrenzen.¹⁶¹ Für den möglichen Dreifrontenkampf an den Grenzen mit Ungarn und der BRD sowie mit Unruhestiftern im Landesinneren mussten zehntausende Reservisten aus dem ganzen Land antreten. Sie wurden zum Teil in der Nacht aufgeweckt und in Alarmbereitschaft versetzt. In den letzten Stunden der zweitägigen Rekrutierungsphase sollen die Kreisorgane manche Reservisten ohne Vorankündigung an

156 zit. nach Pilát 1999, S. 343.

157 Ebenda.

158 Volksmilizen gab es in mehreren staatssozialistischen Ländern und sie unterstanden als paramilitärische Einheiten direkt den kommunistischen Parteien, zu deren Schutz und ggf. gewaltsamer Interessensdurchsetzung sie einst gegründet wurden. Vgl. dazu detaillierter Štaigl 1999, S. 168, Anm. 5.

159 Bílek & Pilát 1996, S. 505–507; Hajdu 1996, S. 69.

160 Štaigl 1999, S. 169–178, hier findet sich außerdem eine detaillierte Beschreibung der militärischen Grenzsicherung, einschließlich der Truppenrekrutierung und -bewegung, der Verteilung von Verantwortlichkeiten zwischen Innen- und Verteidigungsministerium sowie Zahlenangaben zu den unterschiedlichen Waffengattungen.

161 Madry 1994, S. 31. Zur Suezkrise vgl. allgemein Moharram 1999.

Ort und Stelle zum Dienst verpflichtet haben.¹⁶² In diesem von ganz oben angeordneten hektischen Vorgehen spiegelt sich große Angst der tschechoslowakischen Staatsführung vor einer grenzüberschreitenden Ausbreitung der ungarischen Unruhen wider.

Die Grenzsicherung, auf die alle tschechoslowakischen Sicherheitsorgane größten Wert legten, hatte nicht nur innenpolitische, sondern auch militärstrategische Bedeutung. Indirekt sollte sie die Rote Armee bei deren zweiten Intervention in Ungarn unterstützen: Die sowjetische Militärführung befürchtete, die Aufständischen könnten vor den anrückenden Truppen über die Staatsgrenzen fliehen.¹⁶³ Darauf verwies der tschechoslowakische Befehlshaber Generalsoberst Kratochvíl schon am 29. Oktober 1956: Er kündigte an, dass „konterrevolutionäre Kräfte“ bei „voranschreitender Liquidierung“ in die ČSR abgedrängt werden könnten, wohin sie auch den Aufstand „hineintragen“ könnten.¹⁶⁴ Vermutlich deshalb erreichte die Konzentration der bewaffneten Kräfte an der ungarisch-slowakischen Grenze ihren Höhepunkt erst am 10. November 1956.¹⁶⁵ Denn mit der Flucht ungarischer Aufständischer war wohl am ehesten einige Tage nach Beginn des sowjetischen Gegenschlags zu rechnen, der in den industriellen Zentren begonnen hatte und sich dann in die Peripherie vorarbeitete.

Die Sicherung der ungarischen Grenze gelang schließlich problemlos, obwohl dies – anders als die Abriegelung der Westgrenze – nicht zum Standardübungsprogramm der Warschauer-Pakt-Truppen gehörte. Auf innere Konflikte war die KSČ-Führung seit der Währungskrise von 1953 ohnehin gut vorbereitet. Das tschechoslowakische Innenministerium befand sich mit all seinen Organen (Polizei, Grenzschutz, Staatsicherheit) seit dem 4. November 1956 in vollständiger Alarmbereitschaft und mobilisierte praktisch alle freien Kräfte zur inneren Sicherung der slowakisch-ungarischen Grenze, der Gefängnisse und Arbeitslager.¹⁶⁶ Gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium orientierte es sich an den zwischen 1953 und 1954 ausgearbeiteten Operativplänen, die eine Zusammenarbeit von Militär und inneren Sicherheitskräften vorsahen.¹⁶⁷ Außerdem kam bei den inneren Sicherungsmaßnahmen der Volksmiliz eine besondere Rolle zu. Ihre paramilitärischen Einheiten waren direkt der Partei unterstellt und gehörten zu den aktivsten Gegnern der Ungarischen Revolution. Die Einsatzmannschaften rekrutierten sich direkt aus den

162 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956 1993.

163 Aus demselben Grund wurden auf sowjetischen Wunsch auch in Rumänien die Grenzen gesichert. Die bereits in Ungarn stationierten sowjetischen Einheiten hatten daher auch schon am 3. November die österreichisch-ungarische Grenze abgeriegelt und damit die Aufständischen im eigenen Land faktisch eingesperrt (Bílek & Pilát 1996, S. 508).

164 VHA Praha, Nr. Fonds MNO-GŠ 1956, Sig. 2/8-6b, 29.10.1956 1993; Štaigl 1999, S. 174.

165 Marušiak 2007, S. 83–84.

166 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 126, Nr. 162, Punkt 15, 21.12.1956; Bílek & Pilát 1996, S. 505.

167 Dabei kam es offenbar auch zu leichten Verwerfungen wegen ungeklärten Fragen der Verantwortlichkeit und der gegenüber der Armee teilweise dominanten Rolle des Innenministeriums (Štaigl 1994, S. 34–36).

Industriebetrieben, die sie während der Ungarnkrise auch bewachten.¹⁶⁸ Angesichts der Gehorsamsverweigerung einiger Staatsorgane in Ungarn wollte die KSČ ihre eigene Miliz stärken. Diese absolut parteitreuen Verbände sollten besser bewaffnet und trainiert werden, damit sie in Zukunft weitere Aufgaben der inneren Sicherheit und des Militärs übernehmen konnten.¹⁶⁹

Erst als sich die Lage in Ungarn auch in den ländlichen Gebieten beruhigt hatte, endete in der ČSR der Alarmzustand. Anschließend würdigte der tschechoslowakische Innenminister die Einsatzbereitschaft der ihm untergeordneten Organe. Die Abwesenheit von öffentlichen Unruhen oder Ausschreitungen innerhalb der Tschechoslowakei begründete er mit dem Kampfgeist seiner Einheiten.¹⁷⁰ Auch die militärischen Entscheidungsträger zogen vor dem Dezember-Plenum des tschechoslowakischen Zentralkomitees eine positive Bilanz: Der Mobilisierungszustand sei demnach erfolgreich gewesen und konnte zum Jahresende wieder außer Kraft treten.¹⁷¹

Andere Quellen, direkt aus den Archiven der jeweiligen Ressorts, klingen jedoch weniger enthusiastisch und lassen vermuten, dass die tschechoslowakischen Exekutivorgane mit ernsthaften Kampfhandlungen zumindest teilweise überfordert gewesen wären. Nach internen Armeeberichten sei die Kampfbereitschaft bei vielen Truppen an der slowakischen Grenze sehr gering gewesen. Auch habe es dort an Fahrzeugen, Fahrern und technischen Spezialisten gemangelt.¹⁷² In diesen Dokumenten wiederholten sich auch die bereits erwähnten Zweifel an der politischen Standfestigkeit der Offiziere. Insbesondere misstraute man Reservisten und darunter wieder vor allem solchen, die einer nationalen Minderheit angehörten.

Wohl aufgrund dieser internen Erhebungen kam es – wie bereits im Sommer 1956 – unter dem Eindruck der ungarischen Ereignisse zu weiteren Säuberungsaktionen in der tschechoslowakischen Armee. Die politische Leitung der ČSLA zog dabei direkte Lehren aus dem Ungehorsam der ungarischen Volksarmee, dessen Entstehung sie inzwischen eingehend untersucht hatte.¹⁷³ Obwohl diese Analyse wichtige Kausalzusammenhänge benannte, übertrieb sie wohl die Bedeutung der „ideologischen Verfassung“ von ungarischen Soldaten.¹⁷⁴ Gerade diesen Punkt übernahmen aber die militärpolitischen Entscheidungsträger der KSČ, die die tschechoslowakischen Truppen vor allem ideologisch eingehend prüften und entsprechende Schulungen verordneten. Sogar der bereits 1951 abgeschaffte Ideologieunterricht für Armeeangehörige wurde Anfang 1957 wieder

168 Štaigl 1999, S. 168.

169 Bílek & Pilát 1996, S. 511.

170 AMV ČR, Nr. Fonds Sekretariát ministra vnitra, 1956, A 6 III-1070, 20.11.1956 1993.

171 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956 1993.

172 Štaigl 1994, S. 35.

173 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 100/3, Bd. 110, Nr. 371.

174 Vgl. dazu die Analyse des Zustandes der ungarischen Armee im Herbst 1956 nach heutigem Kenntnisstand bei Horváth 2001.

eingeführt.¹⁷⁵ Schwerer wogen allerdings die Säuberungen, die Anfang 1957 über 100 Armeeoffiziere trafen, vor allem solche aus sogenannten bourgeoisen oder „slowakisch-nationalistischen“ Familien.¹⁷⁶ Neben der tschechoslowakischen Armee verstärkte die KSČ ihre ideologische und zentralistische Kontrolle jedoch auch auf weitere wichtige Institutionen in der ČSR.

2.2.3 Innenpolitische Rückwirkungen und Reaktionen

Geheimdienstliche Überwachung und Meinungserhebung

Die militärische Mobilisierung war nur ein Teil eines umfangreichen, hauptsächlich nach innen gerichteten Aktionsplans, mit dem die KSČ-Führung im Herbst 1956 auf die Krisenentwicklung in Ungarn reagierte. Eine weitere wichtige Rolle spielte der tschechoslowakische Staatssicherheitsdienst StB. Diesen aktivierte das Innenministerium gleich nach Beginn des Ungarnaufstands. Ein umfangreiches Netz von Berichterstattem und Geheimagenten sollte die Meinungen in der tschechoslowakischen Bevölkerung in Erfahrung bringen und auswerten. Auf dieser Grundlage sollten Polizei und Geheimdienst „feindliche Kräfte“ in der ČSR unschädlich machen. Diese Maßnahmen richteten sich vor allem gegen die Angehörigen der ehemaligen Oberschicht und Intelligenz.¹⁷⁷ Ohne dies offiziell zuzugeben, beobachteten die tschechoslowakischen Überwachungsorgane auch die tschechoslowakische Arbeiterschaft genau, weil diese Gruppe in Ungarn einen großen Teil der Aufständischen gestellt hatte. Entsprechende Informationen erhielten die zentralen Überwachungsorgane vor allem über die einzelnen Gewerkschaftsverbände und die gewerkschaftlichen Kreisträte (KOR), die sich seit Ende Oktober 1956 ebenfalls in Alarmbereitschaft befanden.¹⁷⁸

Die geheimdienstlichen Kreisverwaltungen in der ČSR sendeten im Oktober und November 1956 fast täglich Stimmungsberichte an das Prager Innenministerium, die in einem eigenen Dossier archiviert wurden.¹⁷⁹ Sie sammelten Hunderte Einzelaussagen, die in irgendeiner Weise mit der Ungarischen Revolution in Verbindung standen. Diese liefern ein ausführliches, wenn auch sicher nicht objektives Bild über verbreitete Meinungen zur Ungarischen Revolution. Neben persönlichen Gesprächsaufzeichnungen und Briefkopien enthalten sie die Texte von Flugblättern und Wandaufschriften.

175 Bílek & Pilát 1996, S. 510.

176 NA Praha, Nr. Fonds 05/11, Bd. 89, Nr. 5, 8.1.1957 1993.

177 Pernes 1996, S. 516–517; Bílek & Pilát 1996, S. 516.

178 VOA Praha, Nr. Fonds S-ÚRO II, Karton 69, Nr. 230; Karton 71, Nr. 233-234, [Oktober - November 1956]: *Sammlung gewerkschaftlicher Situationsberichte über die Lage in den tschechoslowakischen Betrieben während der ungarischen Revolution*, [Oktober - November 1956].

179 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15 - Události v Polsku a Maďarsku - zprávy a poznatky, [Dezember 1956]: *Dossier des tschechoslowakischen Innenministeriums über die Reformbewegungen in Ungarn und Polen von 1956 und deren Einfluss auf die tschechoslowakische Bevölkerung*, [Dezember 1956].

Im Zentrum der geheimdienstlichen Überwachung standen offenbar der Klerus, die Intelligenz, ehemalige Großgrundbesitzer, aber auch Soldaten und Reservisten, die an der ungarisch-slowakischen Grenze eingesetzt wurden. Die in dem Dossier enthaltene Rohdokumentation hinterlässt den Eindruck, dass hier durchaus nicht nur oppositionelle oder besonders reformistische Äußerungen gesammelt wurden. Vielmehr erscheint der Großteil der in der ČSR erfassten Aussagen gegenüber der Ungarischen Revolution ablehnend oder neutral. Die Sprache der Aufzeichnungen spricht außerdem dafür, dass hier weitgehend der tatsächliche Wortlaut festgehalten wurde, auch wenn er für geheimdienstliche Zwecke vermutlich belanglos war. Gegen die Urheber antikommunistischer oder antisowjetischer Äußerungen wurden oft Verfahren eingeleitet, wie ebenfalls aus diesem Material hervorgeht.¹⁸⁰ Allerdings finden sich nur wenige Zeugnisse echter oppositioneller Handlungen, die dann auch auf Einzelpersonen beschränkt blieben und keinen organisierten Hintergrund hatten.

Einschränkungen im Kultur- und Bildungsbereich

Auch im kulturellen Leben der ČSR hinterließ die Ungarische Revolution ihre Spuren. Allerdings bemühte sich die KSC-Führung in den kritischen Wochen im November 1956, den kulturellen und religiösen Sektor für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. So luden Funktionäre der KSS zwischen dem 6. und 8. November 1956 bekannte Schriftsteller in die Südslowakei ein. Diese sollten in den hauptsächlich ungarisch besiedelten Gebieten der Bevölkerung in Gesprächsrunden „erklären“, was im Nachbarland vorgegangen sei und warum. Sinn und Zweck dieser Mission war freilich, Sympathien für den Ungarnaufstand zu zerstreuen.¹⁸¹

Auch der Kulturverband der ungarischen Arbeiter in der Tschechoslowakei (Csemadok) erhielt direkte Anweisungen, wie er seine Mitglieder auf die Linie der KSC einbeziehungsweise umstimmen sollte.¹⁸² Einige Kreisfunktionäre beschlossen deshalb, die ungarische Minderheit mit mehr Rechten auszustatten, um dafür deren Treue gegenüber der KSC einfordern zu können.¹⁸³ Die Leitung des Kulturverbands nahm diesen Faden auf und kooperierte problemlos mit den slowakischen Parteiorganen. Viele der Mitglieder des ungarischen Minderheitenverbands protestierten dagegen still, indem sie aus der Organisation austraten, seinen Treffen fernblieben oder die Reden der Vorsitzenden ignorierten.¹⁸⁴

180 Laut Attila 2006 sollen insgesamt 650 Regimegegner verhaftet worden sein, meist aufgrund verbaler Proteste und Sympathieerklärungen für Ungarn.

181 Leikert 2006, S. 102.

182 SNA Bratislava, Nr. Fonds ÚV KSS, Karton 933, 29.10.1956.

183 Haľko 2006, S. 86.

184 Attila 2006, S. 45–46.

Auch Gewerkschaften und Jugendverbände galten in der ČSR nach den ungarischen Erfahrungen als potentielle Unruheherde. Eigens dafür angereiste Parteifunktionäre überwachten daher die zentralen Anweisungen auf regionaler Ebene.¹⁸⁵ Besonderes Augenmerk richteten sie auch auf die Kirchen, die wegen ihrer übernationalen Infrastruktur und persönlichen Beziehungen zu westlichen Diplomaten über verhältnismäßig gute Informationskanäle verfügten.¹⁸⁶ Wie sich allerdings schnell herausstellte, folgten die meisten tschechoslowakischen Kleriker bereitwillig den zentralen Vorgaben und verurteilten den Ungarnaufstand gegenüber ihren Gemeinden.¹⁸⁷

Dennoch meinte die tschechoslowakische Staatsführung unter dem Einfluss der Ungarischen Revolution „ideologische Defizite“ im Kultur- und Bildungsbereich zu erkennen. Sie diskutierte diese bereits Anfang Dezember 1956 ausführlich; die damals beschlossenen „energetischen Kader-Maßnahmen“ erreichten ihren Höhepunkt jedoch erst im Juni 1957.¹⁸⁸ Sie betrafen alle Bereiche des kulturellen, medialen und kirchlichen Lebens. Dabei diente die Ungarische Revolution weiterhin als Vorbehalt, einzelne Regimekritiker zu diskreditieren. Einer von ihnen war Ondrej Pavlík, informeller Leiter des slowakischen Kulturblatts *Kulturný život*, das 1956 bereits in der ersten Jahreshälfte relativ kritische und offene Artikel publiziert hatte. Obwohl Pavlík eigentlich eher mit Gomułka sympathisiert hatte, belegte ihn das slowakische Parteibüro im April 1957 mit einem in jenen Monaten überaus häufigen Vorwurf: Er habe sich wie ein Imre Nagy verhalten.¹⁸⁹ Außer ihm mussten im ganzen Land viele Chefredakteure und Journalisten ihre Posten treuen Parteisoldaten überlassen. Gleichzeitig stärkten neue Gesetze und Vorschriften die Kompetenzen der Zensur. Diese schränkte die künstlerische Freiheit durch redaktionelle Interventionen und einen sogenannten Index weiter ein. Auf dieser Liste befanden sich Autoren wie beispielsweise Ludvík Vaculík, deren Werke nicht mehr publiziert oder verkauft werden durften.¹⁹⁰

Zusätzlich nahmen die tschechoslowakischen Gesetzgeber unter dem Einfluss der ungarischen Krise neue Tatbestände in das Strafgesetzbuch auf. Sie erhielten vage Bezeichnungen wie „Terror“, „Ausschreitungen“ oder „Schmarotzertum“, die gegen jede Art von Kritikern angewendet werden konnten.¹⁹¹ Für sogenannte staatsfeindliche Aktionen wurde das Strafmaß verschärft und die Selbstständigkeit der Gerichte weiter eingeschränkt. Dies alles erschien unter der Losung der „sozialistischen Rechtstaatlichkeit“ in der Presse; *Rudé právo* sah darin eine „Stärkung der erzieherischen Aufgaben“ der

185 Čierna-Lantayová 2006, S. 16.

186 Kaplan 1990, S. 158.

187 Haľko 2006, S. 88–89.

188 So v.a. Michaličky und Jeleň in ihren Beiträgen NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956 1993.

189 Marušiak 2007, S. 95.

190 Bílek 1999, S. 478–480.

191 „Teror“, „výtržnictví“, „příživnictví“ (Bílek & Pilát 1996, S. 504);.

Sicherheitsbehörden und Gerichte.¹⁹²

Währenddessen wurde das Wahlgesetz zugunsten der bestehenden Machtverhältnisse geändert, die Nationale Front noch mehr unter den Einfluss der KSČ gestellt und der Aufgabenbereich der Gewerkschaften beschränkt.¹⁹³ Trotz dieser Einschränkungen bemühte sich die KSČ, nach außen den Eindruck zu vermitteln, die Mitspracherechte der tschechoslowakischen Bürger würden im öffentlichen Bereich steigen. Auch was die augenscheinlichen Rechtsverletzungen in der Vergangenheit anging, schien sie Zugeständnisse zu machen.¹⁹⁴ Hinter den Kulissen verschärfte die Prager Führung jedoch ihren politischen Zugriff und nahm sogar frühere Kompromisse wieder zurück. Ein erstes Anzeichen dafür war am 24. Dezember 1956 die Wiedereinführung der sowjetischen Hymne als täglicher Abschluss des tschechoslowakischen Rundfunkprogramms.¹⁹⁵ Die Ungarische Revolution und ihre Niederlage führten also nicht nur in Ungarn selbst, sondern auch in der Tschechoslowakei zum Verlust bereits erreichter Freiheiten. Der aus Ungarn inspirierte Kreuzzug gegen den Revisionismus war sehr wirksam und fror über Jahre fast alle Reformideen inner- und außerhalb der Partei ein. Allerdings war er langsamer und weniger unmittelbar spürbar.

Dass den Anschuldigungen gegenüber Schriftstellern, Künstlern, Journalisten und anderen Kulturträgern erst verhältnismäßig spät Taten folgten, dürfte gute Gründe gehabt haben. So erschien mit Blick auf Ungarn eine direkte Konfrontation mit als gefährlich eingestuften Personen des öffentlichen Lebens vorerst nicht ratsam, weil von einer Radikalisierung dieser Gruppen auszugehen war. Ein konsequentes Vorgehen folgte daher erst, als sich die Lage international beruhigt und die KSČ die innenpolitische Situation unter Kontrolle hatte.

Zur innenpolitischen Strategie der KSČ gehörte ohnehin nicht nur die Überwachung und Einschüchterung, sondern auch die Integration potenziell gefährlicher Kräfte in die eigenen Vorhaben. Wie erwähnt, wichen die tschechoslowakischen Kommunisten aus Angst zunächst einer unmittelbaren Konfrontation mit potenziellen Systemgegnern aus. Stattdessen setzten sie auf geheime Festnahmen und zentralisierte Direktiven an kulturelle, kirchliche und gesellschaftliche Einrichtungen. Diese Organisationen waren gut in der Bevölkerung verankert und daher wichtige Multiplikatoren der zentralen Parteilinie. Viele dieser halbstaatlichen oder parteilichen Einrichtungen zeigten sich wiederum deshalb kooperativ, weil sie die weithin propagierten Ängste der Staatsführung selbst teilten. Nicht nur wegen staatlicher Eingriffe begannen daher wenige Monate nach der Niederschlagung der Ungarischen Revolution Jahre der Einfallslosigkeit und Monotonie für den gesamten Wissenschafts-, Kultur- und Bildungssektor der Tschechoslowakei.

192 O. A. in *Rudé právo*, 29.11.1956, S. 1–2

193 Bílek 1999, S. 474–475.

194 O. A. in *Rudé právo*, 29.11.1956, S. 1–2

195 Prečan 1996, S. 582

Wirtschafts- und versorgungspolitische Zugeständnisse

Die Maßnahmen, die die tschechoslowakische Parteiführung im Verlauf des Jahres 1957 unter dem Eindruck der Ungarischen Revolution ergriff, erscheinen rückblickend wie eine Art Gegenprogramm zum Neuen Kurs Imre Nagys: Die Strafgesetzgebung und die geheimdienstliche Überwachung und Verfolgung verschärften sich und auch in der Wirtschaftspolitik gab es neue Einschränkungen. 1957 wurde die Verstaatlichung der tschechoslowakischen Landwirtschaft weiter vorangetrieben und es entstanden über 500 neue landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften. Diesen traten oft unter erheblichem Druck 11.000 Bauern mit insgesamt 110.000 Hektar Land bei.¹⁹⁶ Dadurch verbesserte die Partei ihre Kontrolle über die Landbevölkerung. Gleichzeitig machte sie sich dort aber auch unbeliebt, weil die Kollektivisierung für die einzelnen Bauernfamilien meist mit einer deutlichen Verschlechterung der Lebensverhältnisse verbunden war.

Für die Mehrheit der Bevölkerung hatte die Ungarische Revolution jedoch wirtschafts- und sozialpolitisch positive Nachwirkungen. Da Novotný selbst in der unzureichenden Versorgungssituation Ungarns einen der Hauptgründe für den dortigen Gewaltausbruch sah, engagierte er sich für eine großzügigere Preis-, Lohn- und Rentenpolitik in der ČSR. Entsprechende Ansätze hatte es bereits im Sommer 1956 gegeben und diese sollten unter dem Eindruck des Ungarnaufstands baldmöglichst ausgeweitet werden.¹⁹⁷ So wurden bereits Ende November 1956 die Einzelhandelspreise für Grundnahrungsmittel und Gebrauchsgüter deutlich gesenkt.¹⁹⁸ Die Preissenkungen von bis zu 45% (durchschnittlich etwa 15–20%) betrafen praktisch alle Grundnahrungsmittel sowie viele Gebrauchsgüter. Sie ließen den gefühlten Lebensstandard der meisten Tschechen und Slowaken deutlich steigen. Dies blieb auch westlichen Beobachtern, wie dem britischen Botschafter in Prag, nicht verborgen. Er lobte in seinem Jahresbericht die bessere Verfügbarkeit von Konsumgütern und verwies auf die merklichen Preissenkungen.¹⁹⁹

Diese sozialpolitischen Zugeständnisse waren kurzfristig durchaus zielführend: Sie bewirkten im Alltag spürbare Erleichterungen und verbesserten so die Zufriedenheit breiter Bevölkerungsteile mit der aktuellen Politik der KSČ. Die Bedeutung der Vergünstigungen für die Stimmung im Lande ist daher nicht zu unterschätzen. Allerdings schufen diese vorübergehenden Maßnahmen eine Anspruchshaltung, der die volkswirtschaftliche Gesamtproduktivität der ČSR langfristig nicht gerecht werden konnte.

196 Bílek & Pilát 1996, S. 504.

197 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/16, Bd. 3, 24./25.10.1956.

198 O. A. in *Rudé právo*, 29.11.1956, S. 1.

199 Public Record Office, Nr. Fonds 371, file 128448, Sig. NC 1011/1, 4.1.1957: *Jahresbericht der Britischen Botschaft in Prag über die Situation in der ČSR 1956*, S. 569–582.

2.2.4 Informations- und Medienpolitik

Es spricht vieles dafür, dass die tschechoslowakische Medienkampagne zur Ungarischen Revolution im Herbst und Winter 1956 einen wesentlichen Teil zur gesellschaftlichen Meinungsbildung und damit zu der vergleichsweise passiven Stimmung der tschechoslowakischen Bevölkerung beigetragen hat. Deshalb soll die strategische Informationspolitik dieser Zeit im Folgenden genauer betrachtet werden.

Wichtigster Ausgangspunkt ist die KSČ-Zeitung *Rudé právo*. Sie hatte in der ČSR den höchsten Verbreitungsgrad und war in der Auslandsberichterstattung für die anderen tschechischen und slowakischen Zeitungen maßgebend.²⁰⁰ Diese setzten 1956/1957 ebenfalls die zentralen Leitlinien der Partei um – auch die kirchlichen und gewerkschaftlichen Blätter. Ebenso gleichgeschaltet berichteten über die Ungarische Revolution alle offiziellen Radiosendungen in der ČSR, die im Rahmen des *Radio Free Europe News Monitoring* ausführlich schriftlich dokumentiert sind.

Wie daraus hervorgeht, bemühte sich der tschechoslowakische Propagandaapparat gezielt, jene Interpretationsmuster aufzugreifen, die nach Meinung der KSČ-Führung zum ungarischen Aufstand geführt hatten: liberalistische bzw. revisionistische Strömungen in Partei und Volk, Versorgungsprobleme und Ablehnung der sowjetischen Hegemonie. Diese Entwicklungen in Ungarn verurteilten Rundfunk und Presse in der ČSR und stellten ihnen ein sehr viel positiveres Bild des eigenen Landes gegenüber.

Medienstrategie aus Zensur und gezielter Fehlinformation

Dieser polarisierenden Darstellung in der ČSR lag eine zentrale Mediensteuerung zugrunde. Ihre Struktur lässt sich für die Zeit des Ungarnaufstands gut an den Sitzungsprotokollen des tschechoslowakischen Politbüros nachvollziehen. Dabei orientierte sich die Prager Parteiführung an den Moskauer Vorgaben. Sie setzte nach Ausbruch des Ungarnaufstands Chruščevs Vorschlag um, in der Presse zunächst keine Bewertung der ungarischen Ereignisse vorzunehmen. Stattdessen begann sie gewissermaßen prophylaktisch sofort damit, die Propaganda zugunsten der eigenen Partei zu verstärken.²⁰¹

Zurückhaltung gegenüber Ungarn übten die tschechoslowakischen Medien ohnehin nur kurz. Denn als sich Anfang November 1956 abzeichnete, dass es eine zweite sowjetische Militärintervention geben würde, verschärften *Rudé právo* und die anderen Zeitungen ihren Ton gegenüber den ungarischen Revolutionären massiv. Zwischenzeitlich arbeiteten die Medienverantwortlichen im Politbüro der KSČ eine längerfristige Medienstrategie aus. Der Pressesteuerung maßen sie besondere Bedeutung zu, weshalb

200 *Pravda*, das slowakische Pendant der *Rudé právo* unterschied sich vor allem im Auslandsteil inhaltlich kaum von der tschechischsprachigen Leitversion und wird hier daher nicht gesondert berücksichtigt.

201 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/16, Bd. 3, 24./25.10.1956.

sie beschlossen, eng mit den Chefredakteuren der großen Zeitungen zusammen zu arbeiten. Das sollte sicherstellen, dass alle Artikel zu Ungarn „die richtige Linie“ vertraten.²⁰² Diese Linie bestand oft in der Reproduktion sowjetischer Artikel, die zum Teil wörtlich aus der russischen *Pravda* übersetzt wurden.²⁰³

Ein weiterer Kernbereich der tschechoslowakischen Medienpolitik zur Zeit des Ungarnaufstands war die Zensur. Entsprechende Behörden betrieben einen enormen Aufwand, um ihr Informationsmonopol gegenüber ausländischen Medien zu verteidigen. Während Polen und Ungarn im Sommer 1956 die Medienkontrolle gelockert hatten, verschloss sich die tschechoslowakische Parteiführung jeglicher Lockerung. Im Herbst 1956 beschränkte sie sogar die Verfügbarkeit der Medien aus diesen beiden Bündnisstaaten: Slowakische Sendestationen störten die revolutionären Ausstrahlungen aus Westungarn und auch Radio Warschau war wegen staatlicher Störsender in Prag kaum mehr zu empfangen. Außerdem verschwanden polnische und jugoslawische Druckerzeugnisse aus den tschechoslowakischen Zeitungsständen. Laufende Abonnements aus diesen Ländern wurden angeblich aus „technischen Gründen“ plötzlich gestoppt.²⁰⁴ Die Berichte aus Polen und insbesondere Jugoslawien wären für viele Tschechen und Slowaken sprachlich verständlich gewesen. Da die Medien aus diesen Ländern damals oft viel realistischer über die Situation in Ungarn berichteten als die offizielle Berichterstattung in der ČSR, ging von ihnen theoretisch eine Gefahr für die Einflussmöglichkeiten der KSČ aus.

In den Spätsommermonaten 1956 konzentrierten sich die tschechoslowakischen Medien noch auf die innenpolitische Entwicklung in Polen; erst ab dem 25. Oktober 1956 dominierte die Ungarische Revolution über mehrere Wochen den tschechoslowakischen Zeitungsdiskurs. Dabei verbreiteten die zentral gesteuerten Medien bewusst Falschmeldungen und verzerrten die von außen eintreffenden Informationen, um sie den innenpolitischen Zielen der KSČ anzupassen. Es entstand ein deformiertes Bild, das die Partei und das bestehende Staatssystem der ČSR gegenüber anderen kommunistischen Ländern als besonders vorteilhaft erscheinen ließ.²⁰⁵ Eine häufige Behauptung in *Rudé právo* lautete, feindliche Agenten, ehemalige Großkapitalisten, Faschisten und Teile der Intelligenz hätten gegen die Arbeiterschaft eine Konterrevolution gestartet, die nun ihre Betriebe verteidigen müsste.²⁰⁶ Dagegen belegen zeitgenössische Dokumente, dass sich die Aufständischen in Ungarn vor allem aus dem Arbeitermilieu rekrutierten. Auch

202 Bílek & Pilát 1996, S. 501.

203 Z. B. der Leitartikel vom 5.11.1956 in *Rudé právo* (OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19).

204 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19; Čierna-Lantayová 2006, S. 15; Kaplan & Tomásek 1994, S. 57.

205 Zur kommunistischen Medienpraxis in der ČSR der 50er vgl. generell Kaplan & Tomásek 1994; am Beispiel des Prager Frühlings außerdem Kempers 1968, S. 272.

206 O. A. in *Rudé právo*, 29.10.1956, S. 1, O. A. in *Új Szó*, 3.11.1956, O. A. in *Rudé právo*, 5.11.1956, S. 1, O. A. in *Rudé právo*, 6.11.1956, S. 1, O. A. in *Rudé právo*, 25.11.1956, S. 1; Suchý in *Rudé právo*, 26.11.1956, S. 3

waren es zu über zwei Dritteln gerade Arbeiter, die in Ungarn aufgrund „konterrevolutionärer“ Aktivitäten standrechtlich hingerichtet worden waren. Angehörige der Intelligenz und nicht zuordenbarer Gruppen (also möglicherweise auch Ausländer) bildeten eine kleine Minderheit von zusammen weniger als drei Prozent. Auch die Information über Großgrundbesitzer und Anhänger ehemaliger autoritär-faschistischer Regime in Ungarn war falsch, denn die Aufständischen waren hauptsächlich jüngere Personen.²⁰⁷

Diese Fehlinformationen waren im Herbst und Winter 1956 weder auf Informationsdefizite in den tschechoslowakischen Redaktionen noch nur auf ideologische Verblendung zurückzuführen. Vielmehr dienten sie der gezielten Beeinflussung der öffentlichen Meinung über die Ungarische Revolution. Dies geht aus den internen Diskussionen des tschechoslowakischen Politbüros hervor, dessen Informationsstand – wie bereits erläutert – sehr gut war. Auch die tschechoslowakischen Journalisten, die sich im Oktober und November 1956 in Budapest aufhielten, kannten die Situation vor Ort. Dies zeigen ihre inoffiziellen Berichte, die sich von den in der ČSR veröffentlichten Artikeln stark unterscheiden. Besonders krass widersprach der tschechische Auslandskorrespondent Sveřčina seiner vertraulichen Darstellung für die KSČ-Spitze in einem öffentlichen Artikel: Während er dem Prager Politbüro intern mitteilte, dass die ungarischen „Konterrevolutionäre“ hauptsächlich Arbeiter seien,²⁰⁸ behauptet er in einem Zeitungsartikel zum selben Thema, es habe sich um Faschisten, zurückgekehrte Emigranten und westliche Agenten gehandelt.²⁰⁹ Außerdem ist Sveřčinas internem Bericht zu entnehmen, dass die sowjetischen Truppen in Budapest als verhasste Besatzer wahrgenommen wurden. Eine ganz andere Behauptung hatte er kurz zuvor in einem Zeitungsartikel aufgestellt: Die sowjetischen Truppen hätten das ungarische Volk erneut davon überzeugt, dass die „sowjetischen Menschen“ seine „besten Freunde“ seien. Sein Journalistenkollege Hoření, der ebenfalls in den entscheidenden Wochen in Budapest weilte, wies sogar darauf hin, dass es nicht ratsam wäre, die „Wüste“ in Budapest in der Presse „in irgendeiner Weise naturalistisch“ zu beschreiben,²¹⁰ während die sowjetischen Truppen laut *Rudé právo* „Beruhigung“ und ein „Sicherheitsgefühl“ in die „stürmischen Ereignisse“ brachten.²¹¹

Die planmäßige Desinformation der KSČ-Presse war Teil einer größeren Medienkampagne, die eine klare Zielsetzung hatte: Die tschechoslowakischen Arbeiter sollten sich nicht mit den revolutionären Zielen der Ungarischen Revolution identifizieren, sondern

207 Okváth 1999, S. 490.

208 NA Praha, Nr. Fonds 02/2, Bd. 122, Nr. 155, Punkt 22, 14.11.1956, ähnlich auch: NA Praha, Nr. Fonds 02/2, Bd. 122, Nr. 155, Punkt 22, 13.11.1956.

209 Sveřčina in *Rudé právo*, 7.11.1956, S. 6.

210 NA Praha, Nr. Fonds 02/2, Bd. 122, Nr. 155, Punkt 22, 13.11.1956; Hoření sprach sogar von Verwüstungen in der ungarischen Hauptstadt durch die sowjetischen Truppen, die schlimmer als nach dem 2. Weltkrieg gewesen seien; auch westliche Informanten berichteten, dass es zu dieser Zeit in Budapest alles andere als ruhig war (z. B. OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-1-59, 1956-11-6).

211 Sveřčina in *Rudé právo*, 7.11.1956, S. 6.

die ungarischen Familien und insbesondere die Arbeiterschaft als Opfer eines von außen kommenden Terrors wahrnehmen. Deshalb arbeitete die tschechoslowakische Propaganda auch mit Auslassungen. Wie sich an der Berichterstattung in *Rudé právo* vom November und Dezember 1956 nachvollziehen lässt, ging es den tschechoslowakischen Medienkoordinatoren insbesondere darum, die Arbeiterschaft als wichtigste Kraft des Ungarnaufstands zu unterschlagen. Denn die Werktätigen bildeten eine wichtige Legitimationsgrundlage für die KSČ. Außerdem waren Arbeiter – wie sich bereits nach der Währungsreform von 1953 gezeigt hatte – auch in der ČSR die größte und im Falle eines Aufstandes für die kommunistische Einparteiherrschaft gefährlichste Bevölkerungsgruppe. Die konkreten Forderungen der ungarischen Arbeiterräte, aber auch anderer Revolutionskomitees, tauchten daher in der tschechoslowakischen Berichterstattung ganz bewusst nicht auf. Dies zeigt sich in allen *Rudé právo*-Artikeln, die sich zwischen Oktober und Dezember 1956 auf die Ungarische Revolution bezogen; statt die Forderungen konkret zu benennen, berichteten die tschechoslowakischen Propagandatexte nur von deren ansteigender Zahl.

Kurz nachdem die tschechoslowakischen Parteispitzen von dem Aufstand in Ungarn erfahren hatten, legten sie die Grundlinien einer Medienkampagne fest. Dies geschah am 24. Oktober 1956 und war Aufgabe des Chefideologen Jiří Hendrych. Nach seiner Leitlinie sollten die tschechoslowakischen Medien vor allem drei Aspekte betonen: Der Kurs der KSČ seit dem XX. Parteitag der KPdSU sei richtig gewesen und man werde nicht davon abweichen; die wirtschaftliche Situation in der ČSR sei günstig und würde noch verbessert; die Sowjetunion sei Helfer und Partner der Regierung und des Volkes der ČSR.²¹²

Damit war der Rahmen für sämtliche Presse- und Rundfunkmeldungen zu den ungarischen Ereignissen zwischen Ende Oktober und Dezember 1956 geschaffen, den die einzelnen Redaktionen in der ČSR gewissenhaft umsetzten. Sie integrierten die Anweisungen in die ideologischen Schemata, mit denen sie bereits seit mehreren Jahren gearbeitet hatten. Dabei setzten sie genau an jenen Punkten an, die nach Meinung der KSČ-Führung Ursachen des Ungarnaufstands waren. Auf dieser Basis sollte die tschechoslowakische Propaganda einen möglichst deutlichen Kontrast zwischen der Situation in Ungarn und der im eigenen Land konstruieren.

Nach anfänglicher Zurückhaltung verurteilten die tschechoslowakischen Massenmedien die „antisozialistische Konterrevolution“ im Nachbarland, die von Faschisten und westlichen Agenten von langer Hand geplant worden sei.²¹³ In Extraausgaben verkündete die offizielle Presse dann am 5. November 1956 in triumphierenden Worten, dass das ungarische arbeitende Volk über die Konterrevolution gesiegt habe.²¹⁴ Auch der

212 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 120, Nr. 147, 24.10.1956 1993.

213 Hajdu 1996, S. 69; zurückhaltend wirkte noch der Artikel o. A. in *Rudé právo*, 25.10.1956, S. 1; 4.

214 *Rudé právo* 5.11.1956, 1-3.

Rundfunk verbreitete diese Behauptung mit großer Begeisterung und zitierte Kádár und Münnich, denen zufolge „alle ungarischen Patrioten“ die neue Regierung unterstützten.²¹⁵

Positive Selbstdarstellung als Kontrast zur Ungarischen Revolution

Insbesondere nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstands erschöpfte sich die tschechische und slowakische Propaganda nicht mehr in Falschmeldungen, Auslassungen und Verurteilungen. Sie bemühte sich auch auf subtilere Weise, Assoziationen zwischen den Problemen in Ungarn und ähnlichen Erscheinungen in der Tschechoslowakei zu verhindern. Dabei nahm das Eigenlob der KSČ in den Wochen während und unmittelbar nach der Ungarnkrise viel Raum ein. Insbesondere die großzügige Versorgungspolitik der ersten Stunde und die staatlichen Maßnahmen für die innere Sicherheit gehörten zu der massiven Propagandakampagne, die der tschechoslowakischen Bevölkerung über die Massenmedien zuteilwurde. So berichtete *Rudé právo* am 24. Oktober 1956 in einem Leitartikel zunächst ausführlich über die Errungenschaften der tschechoslowakischen Wirtschaft und Regierung;²¹⁶ auf die bereits in vollem Gange befindlichen Unruhen in Ungarn ging sie in dieser Ausgabe mit keinem Wort ein.²¹⁷ Damit gewannen die tschechoslowakischen Redaktionen und deren zentrale Kontrolle Zeit, eine längerfristige Kampagne gegen die ungarische Freiheitsbewegung zu konzipieren.

Auch am 25. Oktober 1956, als die ungarischen Straßenkämpfe bereits im Zentrum des internationalen Interesses standen, widmete *Rudé právo* diesen Ereignissen nur einen kurzen Artikel. Über die eigentlichen Motive und Absichten der ungarischen Demonstranten und Revolutionäre stand darin nichts. Stattdessen handelte die Titelseite der *Rudé právo* von der angeblich vorbildlichen Entwicklung der tschechoslowakischen Industrie.²¹⁸ Die anderen Tageszeitungen schlossen sich diesem Tenor an, so auch das kulturelle Wochenblatt *Literární noviny*, das etwas differenzierter die neue Sozialpolitik der KSČ lobte.²¹⁹ Das Schema der positiven Selbstdarstellung blieb auch nach der zweiten sowjetischen Intervention zentral: Bis Jahresende dominierten in den tschechoslowakischen Tageszeitungen Loblieder auf den Aufbau des Sozialismus sowie den unbezahlbaren Frieden und Wohlstand im eigenen Land, der angesichts der internationalen Unruhen besonders wertvoll sei.

In diesem Bestreben füllte die *Rudé právo* am 29. November 1956 ihre Titelseite mit einer Aufstellung der Preissenkungen für Konsumgüter und den neuen ZK-Beschlüssen

215 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-1-59, 1956-11-6.

216 O. A. in *Rudé právo*, 24.10.1956, S. 1.

217 Bukovszky 2006, S. 76.

218 O. A. in *Rudé právo*, 25.10.1956, S. 1; 4.

219 Chlup in *Literární noviny*, 27.10.1956, S. 3

zur „sozialistischen Rechtsstaatlichkeit“ aus.²²⁰ Später sollte die propagandistisch ausgebreitete Spendenaktion zugunsten Ungarns das positive Selbstbild der ČSR bestärken. Deshalb berichteten die tschechoslowakischen Tageszeitungen ausführlich über die steigenden Eingänge auf dem „Konto 999“ und über Hilfstransporte per Güterzug.²²¹ Auch die kirchliche Presse folgte in der Tschechoslowakei diesem Muster und zeigte sich nicht nur vor Gott, sondern auch gegenüber der KSČ dankbar für die innere Sicherheit, die Wirtschaftspolitik und die kulturellen Angebote im Land.²²² In gemeinsamer, zentral dirigierter Anstrengung konstruierten die verschiedenen Presseorgane in der Tschechoslowakei einen schematischen Gegensatz: Chaos, menschliches Leid und materielle Not in Ungarn standen einem geregelten Alltag und der Versorgungssicherheit in der ČSR gegenüber. Die ČSR sollte im Vergleich zu Ungarn als überlegener sozialistischer Staat erscheinen, dessen Wohlstand auch großzügige Spenden zuließ.

Zugunsten der positiven Selbstdarstellung fanden sich die ungarischen Unruhen schon bald auf den hinteren Seiten der meistverkauften Tageszeitungen. Dort wurde immer wieder behauptet, die Rote Armee und Kádárs neue Regierung hätten die Lage in Ungarn normalisiert, als davon noch keine Rede sein konnte. Nach der zweiten sowjetischen Intervention folgten dann bebilderte Rückblicke auf Budapest in den revolutionären Oktobertagen. Diese suggerierten eine äußerst grausame und blutige Entwicklung in Ungarn. Der Kontrast zwischen den segensreichen Beschlüssen der tschechoslowakischen Regierung auf der Titelseite und den Horrorbildern im hinteren Zeitungsteil hätte kaum größer sein können. Die immer wieder gleichen wenigen Bilder von Gewaltexzessen sprachen dabei eine viel deutlichere Sprache als alle verbalen Verurteilungen: Dutzende aneinander gereihte Frauenleichen, an Straßenlaternen aufgehängte und halb verbrannte menschliche Überreste sowie bis zur Unkenntlichkeit entstellte Tote, zerstreut über Hauptplätze.²²³ Zwar ging aus diesen Gräuelbildern nicht hervor, welcher Seite die Opfer angehörten, doch ihre schockierende Wirkung verfehlten sie sicher nicht. Denn gezielte Bildunterschriften kanalisiert die Emotionen, die die Bebilderung hervorgehoben hatten: Sie schrieben die bestialischen Gewalttaten den „konterrevolutionären Elementen“ zu, bezeichneten die Aufgehängten als loyale Kommunisten (wahrscheinlich waren es Geheimdienstmitarbeiter, die in die Menge geschossen hatten) und behaupteten, dem auf dem Bild kaum mehr als Mensch identifizierbaren ungarischen Offizier hätten die Konterrevolutionäre bei lebendigem Leibe das Herz herausgerissen.²²⁴ Solche Horrorszenarien wurden nicht nur Zeitungslesern zugemutet, sondern wiederholten sich

220 O. A. in *Rudé právo*, 29.11.1956, S. 1.

221 Über den Sozialfond für Ungarn berichteten z. B. o. A. in *Rudé právo*, 6.11.1956, S. 1, o. A. in *Práca*, 7.11.1956, S. 2, o. A. in *Pravda*, 20.11.1956, S. 1. Zum ersten Hilfstransport vgl. Čierna-Lantayová 2006, S. 19.

222 Haľko 2006, S. 87–88.

223 Vgl. dazu die Illustrationen zu den folgenden Artikeln: Oborský in *Rudé právo*, 5.11.1956, S. 2; o. A. in *Rudé právo*, 6.11.1956, S. 2, o. A. in *Rudé právo*, 8.11.1956, S. 4, o. A. in *Rudé právo*, 29.11.1956, S. 3.

224 O. A. in *Rudé právo*, 29.11.1956, S. 3

auch im Kino. Zusätzlich eröffnete die tschechoslowakische Presseagentur ČTK in Prag kurzfristig öffentliche Fotoausstellungen mit ähnlichen Inhalten und Kommentaren.²²⁵

In allen offiziellen Medien der ČSR stand damals das Interpretationsschema „Ungechtigkeit und Leid“, genährt durch Horrorbilder, der positiven Selbstdarstellung der KSČ gegenüber. Auch die Kulturzeitung *Literární noviny* beteiligte sich an der Konstruktion dieses Gegensatzes zwischen dem ungarischen „Bürgerkrieg“ und dem „sicheren, süßen Schirm der Heimat in Frieden“.²²⁶ Um Unrecht und Not im Nachbarland bei der eigenen Bevölkerung mit zurückliegenden Traumata zu verknüpfen, sparte die KSČ-Propaganda nicht mit Bezügen zum Zweiten Weltkrieg. Die Medien bemühten sich, die relativ anonyme Gewalt auf den Zeitungsbildern mit Schicksalsereignissen der Menschen in der Tschechoslowakei zu assoziieren.²²⁷ Dies sollte bestehende Ängste aktivieren und die ablehnende Haltung gegenüber dem ungarischen Experiment verstärken.

Reminiszenzen an den Zweiten Weltkrieg

Reminiszenzen an den Zweiten Weltkrieg zeigten sich schon darin, welche Akteure die tschechoslowakische Propaganda für die Ungarische Revolution verantwortlich machte: „faschistische Agitatoren“, darunter Horthy-Anhänger, Nazis und ehemalige „Pfeilkreuzler“ als Initiatoren der ungarischen „Konterrevolution“.²²⁸ Diese nationalistischen Gruppen, die aus Kriegszeiten in der Tschechoslowakei allseits bekannt und verhasst waren, wurden in Verbindung mit westlichen Agenten und Provokateuren gebracht. Laut *Rudé právo* hätten westliche Geheimdienste gemeinsam mit ungarischen Nationalisten gegen Frieden und Ordnung gekämpft und großes Blutvergießen verursacht. In diesem Zusammenhang zog die KSČ-Zeitung direkte Vergleiche mit der SS, Goebbels und ehemaligen Nazioffizieren, die mit den ungarischen Horthy- und Szálasi-Anhängern in Budapest Seite an Seite gekämpft haben sollen. Sie vergaß dabei nicht zu erwähnen, dass diese Art von Klassenfeind allgegenwärtig und daher auch eine Bedrohung für die ČSR sei.²²⁹

Die vorgebliche faschistische Gefahr gab den in der tschechoslowakischen Bevölkerung verbreiteten Ängsten ein Ziel. Auf eine genaue Erklärung der Ursachen wie auch der einzelnen Forderungen der Ungarischen Revolution konnten die Medien in der Tschechoslowakei daher verzichten. Stattdessen fingierten sie das Szenario einer militärischen

225 Pernes 1996, S. 515–516; Blaive 2001, S. 295.

226 Glazarová in *Literární noviny*, 10.11.1956, S. 1.

227 Zum sozialpsychologischen Prozess medial induzierter Interpretationsmuster und ihrer Übertragung auf einen neuen Kontext vgl. Snow & Rochford et al. 1986, S. 473.

228 Zu dem ungarischen Reichsverweser *Miklós Horthy*, der mehrere Jahre mit Hitler kooperierte und sich dadurch international diskreditierte sowie zu der in seiner Regierungszeit entstandenen ultrarechten *Pfeilkreuzler*-Partei (*Nyilaskeresztes Párt - NYKP*), vgl. Bauerkämper 2006, S. 145–151.

229 Kubka in *Rudé právo*, S. 1; Suchý in *Rudé právo*, 31.10.1956, S. 3; O. A. in *Rudé právo*, 29.11.1956, S. 3; ähnliche Aussagen finden sich in den *Rudé právo*-Ausgaben vom 28.10. bis zum 4.11.1956.

Bedrohung.²³⁰ Erneut stellte die tschechische Gewerkschaftszeitung *Práce* eine direkte Verbindung mit dem deutschen Nationalsozialismus her. Demnach hätten faschistische Elemente der internationalen Reaktion in Ungarn auf ähnliche Weise versucht, an die Macht zu gelangen, wie Hitler und seine Gehilfen im Jahre 1933. Ungarn wäre Ausgangspunkt westlicher Aggressionen gegen die Sowjetunion und den Fortschritt des Sozialismus in den Nachbarländern geworden.²³¹

Literární noviny konstruierte sogar eine Verbindung zwischen der Ungarischen Revolution und Alt-Nazis in der Bundesrepublik. Demnach seien in der Bundesrepublik ehemalige Gehilfen von Hitler und Himmler weiterhin in hohen Positionen, die genau von der Art von Freiheit profitierten, die Adenauer im Zusammenhang mit dem Ungarnaufstand forderte.²³² Solche Analogien zwischen westlichen Regierungen und deren Geheimdiensten zu faschistischen Organisationen richteten sich vermutlich gegen westliche, auch westdeutsche Rundfunksendungen, die in der Tschechoslowakei empfangen werden konnten. Vor allem aber nährten sie seit dem Zweiten Weltkrieg unvergessene Ängste vor den Gefahren eines deutschen Revanchismus für die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Dafür spricht auch die auf der Titelseite der *Rudé právo* publizierte Aussage Rudolf Müllers, des damaligen Vertreters der in der Tschechoslowakei lebenden deutschen Minderheit. Nach seinen Worten lehnten es die Deutschen in der ČSR ab, westdeutsche Propaganda zu hören, die ihnen die Befreiung verspräche. Eine solche Befreiung hätten sie bereits 1938 einmal erlebt und allein im Reichenberger Kreis (Liberecký kraj) mit Tausenden junger Leben bezahlt.²³³ Die Anspielung auf 1938, also auf das Münchner Abkommen und den Ersten Wiener Schiedsspruch, griff nationale Traumata auf, die in Tschechien und der Slowakei bis heute Bedeutung haben.²³⁴

Die tschechoslowakische Propaganda nutzte die Kriegsängste gleichzeitig dazu, die Bevölkerung stärker an die KSČ und die Sowjetunion zu binden. Dies sollte kulturelle Konflikte kaschieren, wie sie tschechische und slowakische Schriftsteller im Frühjahr 1956 kritisiert hatten und wie sie im Herbst in den ungarischen Reformforderungen aufgetaucht waren.²³⁵ „Als Konsequenz der ungarischen und polnischen Ereignisse“

230 O. A. in *Rudé právo*, 28.10.1956, S. 1–2.

231 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-2-163, 1956-11-10: *RFE-Situationsbericht über die tschechoslowakischen Reaktionen auf die Ungarische Revolution (bis zum 10.11.1956)*, 1956-11-10.

232 Nový in *Literární noviny*, 10.11.1956, S. 7; zu den Forderungen Konrad Adenauers vgl. seine Originalrede vom 26. Oktober 1956 „Polen und Ungarn. Eine Lehre und eine Mahnung“, in Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 30.10.1956, Nr. 205, 1957–1958 sowie seine Erklärung zur weltpolitischen Lage (8. November 1956), in Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 09.11.1956, Nr. 211, 2017–2020.

233 Müller in *Rudé právo*, 4.11.1956, S. 1.

234 Vgl. zum Münchner Abkommen und seiner Bewertung bis heute Schmoller 2008; zum Wiener Schiedsspruch Hösch et al. 2004, S. 754–755 bzw. Déak 1997.

235 Vgl. dazu Kapitel I.

entschied der Chefideologe Hendrych daher, den sowjetisch-tschechoslowakischen Monat der Freundschaft medial besonders „aggressiv und ostentativ“ zu inszenieren.²³⁶ *Rudé právo* und die übrige kontrollierte Presse nahmen diese Anweisung offenbar sehr wörtlich.²³⁷ Auch hier spielten Bilder und deren Untertitelung eine wichtige Rolle. Zum Teil wirkt ihre Kombination rückblickend sogar komisch: Am 5. November 1956 druckte *Rudé právo* ein Foto aus Budapest ab, auf dem sowjetische Panzer von Menschen mit erhobenen Armen und Fäusten umgeben sind. Die Erläuterung unter dem Bild mit den protestierenden Ungarn lautete: „Die Arbeiter Budapests heißen die sowjetischen Panzer willkommen.“²³⁸

Das Schema der Sowjetunion als „Befreierin“ erreichte anscheinend selbst jene Tschechen und Slowaken, die sich mit der sowjetkommunistischen Ideologie der Sowjetunion nicht identifizierten; auch sie konnten die Sowjetunion als Friedensstifterin ansehen. In welcher brutaler Form die sowjetischen Truppen in Ungarn den Konflikt auflösten, ging aus den tschechoslowakischen Medien dabei nicht hervor. So erschienen in dem ersten enthusiastischen Artikel über die Niederschlagung der Revolution die sowjetischen Einheiten nur in einem Nebensatz am Ende des Texts.²³⁹ Fast täglich betonte die tschechoslowakische Presse dagegen die Partnerschaft der Tschechoslowakei mit der Sowjetunion als „Bruder, Lehrer und Vorbild“.²⁴⁰ Mit Blick auf Ungarn, wo viele Demonstranten die sowjetische Ausbeutung der heimischen Ressourcen beklagt hatten, betonte die tschechoslowakische Propaganda, dass die Sowjetunion für alle Lieferungen aus den Satellitenstaaten – einschließlich Uran – Weltmarktpreise zahle.²⁴¹ Ungeachtet der militärischen Intervention schloss sich auch die tschechoslowakische Kirchenpresse den Lobeshymnen an die Sowjetunion an, so beispielsweise *Katolícké noviny*. Sie führte aus, wie die Sowjetunion in Großzügigkeit dem ungarischen Volk seine helfende Hand gereicht habe, indem sie riesige Mengen an Nahrungsmitteln und Rohstoffen in das krisengebeutelte Land geliefert habe.²⁴²

Konstruktion einer inneren Einheit

Noch nachdrücklicher als die außenpolitische Partnerschaft betonte die tschechoslowakische Presse die Einheit der KSČ mit den Arbeitern und der Gesellschaft der ČSR. Grundlage dafür war eine einfache Polarisierung: Auf der guten Seite stand „unsere Tschechoslowakei“, repräsentiert durch Parteiregierung und Arbeiter, gestützt durch

236 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fond 02/2, Bd. 119, Nr. 146, [23.10.1956], S. 21.

237 Vgl. dazu insbesondere die Sonderausgabe der *Rudé právo* vom 7.11.1956, z. B. Vitík in *Rudé právo*, 7.11.1956, S. 3.

238 Oborský in *Rudé právo*, 5.11.1956, S. 2 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H.L.).

239 O. A. in *Rudé právo*, 5.11.1956, S. 1

240 Vitík in *Rudé právo*, 7.11.1956, S. 3

241 Public Record Office, Nr. Fonds 371, file 128448, Sig. NC 1011/1, 4.1.1957.

242 Hal'ko 2006, S. 85.

die Sowjetunion.²⁴³ Auf der anderen Seite sollten die bösen Kräfte des Westens stehen, einschließlich Radio Free Europe, CIA und die früheren Verbündeten Hitlers. Auch die kirchliche Propaganda folgte diesem bipolaren Schema und bezeichnete die heimische Politik der KSČ als „gut“ und „vertrauenswürdig“, während die ungarische „böse“ bzw. „schlecht“ [„zlá“] gewesen sei.²⁴⁴

Damit versuchte die tschechoslowakische Propaganda bei der Leserschaft die Vorstellung zu verankern, die ČSR sei ein gut und sicher geführter, relativ wohlhabender Staat. In Ungarn seien dagegen etwa die wirtschaftlichen Probleme vor der Revolution ungleich größer gewesen. Die stalinistische Innenpolitik Rákosis, die auch ein Auslöser der Ungarischen Revolution gewesen war, übergingen die tschechoslowakischen Medien geschickt, wohl um eine Assoziation mit der Repressionspolitik im eigenen Land zu vermeiden. Ohnehin verblassten die Gerüchte um Rákosi im Vergleich zu den scheinbar brutalen und geradezu bestialischen Rebellen der Ungarischen Revolution, deren vermeintliche Opfer überall auf Bildern zu sehen waren. Die Botschaft zwischen den Zeilen war deutlich: Man solle mit der gegebenen Situation in der Tschechoslowakei zufrieden sein und keine Veränderungen von unten provozieren wollen, da solche nur Leid und Elend mit sich brächten.

Der tschechoslowakische Propagandaapparat betrieb einen großen Aufwand, um den Eindruck entstehen zu lassen, die Bevölkerungsmehrheit unterstütze die KSČ und die Sowjetunion vorbehaltlos. In den Wochen der ungarischen Krise erschienen daher in den Zeitungen Loyalitätserklärungen verschiedenster staatlicher und gesellschaftlicher Organisationen. Diese verurteilten die ungarische „Konterrevolution“ und bekannten sich zur KSČ und ihrem Moskauer Vorbild.²⁴⁵ Ärztliche Verbände, Industriebetriebe, studentische Jugendorganisationen und die Kirche im ganzen Land mussten Deklarationen unterzeichnen, in denen sie den Einmarsch der sowjetischen Truppen und die neue kommunistische Regierung in Ungarn guthießen.²⁴⁶ Auch der Schriftstellerverband und andere wichtige Vertreter des tschechischen und slowakischen Kulturlebens reichten vorbereitete Resolutionen ein, die *Rudé právo* dann abdruckte.²⁴⁷

Vor allem stammten diese Erklärungen von Arbeitern. Sie sollten die Treue der Arbeiterklasse gegenüber der KSČ betonen und außerdem ein Gefühl der gemeinsamen Identität nach innen schaffen. Deshalb blieb die suggerierte Einheit von Partei und Arbeiterschaft unter der schützenden Hand der Sowjetunion im November und Dezember 1956 ein zentrales Thema der tschechoslowakischen Propaganda. Eine auf nationalen

243 Dieses Schema erschien bereits am 24.10.1956 im Leitartikel von *Rudé právo* und in den folgenden Wochen immer wieder.

244 Ebenda, S. 87–88.

245 O. A. in *Rudé právo*, 26.10.1956, S. 1; 4.

246 z. B. o. A. in *Rudé právo*, 5.11.1956, S. 1–2; *Radio Bratislava* verlas auch zahlreiche Hörerbriefe, die diese Begeisterung widerspiegeln sollten (OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-2-163, 1956-11-10). Vgl. zu diesen Resolutionen außerdem Kaplan 1996, S. 43.

247 Pernes 1996, S. 513–514.

Vorstellungen basierende Identität wie in Ungarn, die keiner kommunistischen Partei und keines großen Bruders im Osten bedurfte, sollte somit erst gar nicht entstehen können.

Die zahllosen Unterschriftaktionen gegen den Ungarnaufstand, oft versehen mit kämpferischen Formulierungen, sollten nicht zuletzt den Eindruck vermitteln, mögliche Gegner der Einheit zwischen Partei und Gesellschaft stünden einer zahlenmäßig weit überlegenen Mehrheit gegenüber, die gegenüber dem KSČ-Regime loyal sei. Der Tenor der tschechoslowakischen Medien im November 1956 lautete: Weder KSČ noch Sowjetunion noch die Mehrheit der tschechoslowakischen Bevölkerung würde einen Umsturzversuch tolerieren.

Diesen Zusammenhang machten die Medien in der Tschechoslowakei in den Wochen der Ungarnkrise auch explizit, indem sie offene Drohungen gegen die „Feinde des arbeitenden Volks“ aussprachen.²⁴⁸ Dadurch vermittelte die tschechoslowakische Propagandakampagne nicht nur, dass für einen Volksaufstand in der Tschechoslowakei keinerlei Anlass bestehe, sondern sie machte gleichzeitig deutlich, dass entsprechende Bestrebungen keine Erfolgsaussichten hätten. In diesem Geiste forderte *Rudé právo* bereits in den ersten Leitartikeln nach Ausbruch des Ungarnaufstands zu allseitiger Wachsamkeit auf. Sie betonte, jeder noch so kleine „feindliche Akt“ würde mit größter Entschlossenheit und Härte vereitelt und Aufwiegler mit „eisernem Schwert“ ausgelöscht.²⁴⁹ Widerstand gegen die geltende Parteilinie oder gar das kommunistische Regime sollte in der ČSR absurd erscheinen. Mit ihrem Aufstand hätten die ungarischen „Konterrevolutionäre“ laut *Rudé právo* „das Unmögliche“ versucht, nämlich das „Rad der Geschichte zurückzudrehen“ und das Land wieder „unter das kapitalistische Joch“ zu werfen.²⁵⁰

Diese „Unmöglichkeit“ unterstrichen verherrlichende Darstellungen der Sowjetunion einschließlich ihrer Armee. Mitte bis Ende November 1956 berichtete die tschechoslowakische Presse in verschiedenen internationalen Kontexten immer wieder über die „erfolgreichen“ sowjetischen Truppen, insbesondere in Ungarn.²⁵¹ Zwar stand diese Interpretationslinie gewissermaßen im Widerspruch zu der schützenden und befreienden Rolle, die der sowjetischen Militärmacht an anderer Stelle zugesprochen wurde; diesen Gegensatz versuchte die tschechoslowakische Propaganda jedoch aufzulösen, indem sie Freiheit mit dem bestehenden staatssozialistischen System gleichsetzte, während dessen Gefährdung Unfreiheit mit sich brächte. Gleichzeitig versuchten die Medien in der ČSR ab Mitte November 1956 immer mehr, den militärischen Charakter der Konfliktlösung in Ungarn auszublenden. Stattdessen schalteten sie häufigere Berichte über die

248 z. B. o. A. in *Rudé právo*, 25.10.1956, S. 1.

249 O. A. in *Rudé právo*, 25.10.1956, S. 1, O. A. in *Rudé právo*, 26.10.1956, S. 1, O. A. in *Rudé právo*, 31.10.1956, S. 1.

250 O. A. in *Rudé právo*, 25.10.1956, S. 1.

251 O. A. in *Rudé právo*, 5.11.1956, S. 1, O. A. in *Rudé právo*, 5.11.1956, S. 1; Vitík in *Rudé právo*, 7.11.1956, S. 3

Suezkrise.²⁵² Das entfernte und unbekannte Ägypten lenkte vom benachbarten Ungarn ab, das der ČSR viel näher und ähnlicher war. Der Fokus auf den vielfach geschmähten „imperialistischen Angriff“ auf Ägypten ließ die bis nach Mitteleuropa vorgerückten sowjetischen Truppen in den Hintergrund treten.

In ihrer Kampagne gegen die Ungarische Revolution hatten die tschechoslowakischen Medien gegen andere Informationsquellen, besonders westliche anzukämpfen. Diese versuchten die Politik der KSČ infrage zu stellen und die tschechoslowakische Bevölkerung ebenfalls zum Widerstand zu motivieren. Allerdings zeigte sich die mediale Strategie der KSČ letztlich erfolgreicher als die westliche. Denn Protestaktionen oder gar größere Unruhen gab es im Herbst und Winter 1956 in der Tschechoslowakei nicht. Die westlichen Propagandasender verkündeten Unruhen in der ČSR, die dort niemand erkennen konnte. Dagegen deckte sich zumindest die innenpolitische Berichterstattung der offiziellen tschechoslowakischen Medien vielfach mit der Realität, wie sie die tschechoslowakische Bevölkerung im eigenen Alltag wahrnahm. Dazu gehörte das Empfinden einer relativ guten Versorgungslage, verstärkt durch die propagandistisch angekündigten, aber eben auch real durchgeführten Preissenkungen im Oktober und November 1956.²⁵³ Besonders geschickt integrierte die tschechoslowakische Medienkampagne bestehende persönliche Erfahrungsstrukturen (Krieg/Besatzung) und kollektive Traumata (Münchener Abkommen/Wiener Schiedsspruch) in ihre propagandistische Aufarbeitung des Ungarnaufstands. Wie der folgende Abschnitt zeigen soll, waren es nicht zuletzt diese Schemata, die die Menschen in der Tschechoslowakei von oppositionellen Strömungen nach ungarischem Muster abhielten.

Die passive Haltung der tschechoslowakischen Bevölkerungsmehrheit hatte daher auch Züge einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Für die „panische Aufregung“, die Radio Free Europe in der ČSR beobachtet haben wollte,²⁵⁴ gab es in den geheimen Meinungsberichten der KSČ dagegen kaum Hinweise. Letztlich gelang es den Ideologen der KSČ also, mit ihrer strategisch durchdachten Informationspolitik den Einfluss der ungarischen Reformideen auf die ČSR zu begrenzen und zum Teil zu steuern. Dabei wiederholten die zentral gesteuerten tschechoslowakischen Medien in ihrer Berichterstattung über die Ungarische Revolution nicht nur ideologische Allgemeinplätze, sondern integrierten ihre Aussagen geschickt in gesellschaftlich verbreitete Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte.

2.3 Reaktion und Wahrnehmung der tschechoslowakischen Bevölkerung

252 Pernes 1996, S. 522.

253 Vgl. dazu beispielsweise die Preislisten in: o. A. in *Rudé právo*, 29.11.1956, S. 1.

254 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-1-59, 1956-11-6.

2.3.1 Informationsstand

Die offiziellen Medien waren trotz ihrer propagandistischen Aufmachung die wichtigste und einflussreichste Informationsquelle für die tschechoslowakische Bevölkerung. In ihrer verzerrten Berichterstattung erschien der Ungarnaufstand als gewaltsamer Putsch, der den Kapitalismus wieder einführen sollte. Die eigentlichen Reformforderungen waren vielen tschechoslowakischen Redaktionen zwar bekannt, blieben in den relevanten Meldungen aber unerwähnt. Dies sollte eine Solidarisierung der tschechoslowakischen Bevölkerung mit den Zielen der Ungarischen Revolution verhindern.

Ein wichtiger Konkurrent der offiziellen Propaganda waren in der ČSR die Westmedien. Ihre Verbreitung und Rezeption lassen sich nur noch in Form von Einzelaussagen nachvollziehen: Nach der zeitgenössischen Einschätzung des britischen Botschafters genoss der britische Radiosender BBC 1956 eine „bescheidene Beliebtheit“ in der ČSR.²⁵⁵ Die tschechoslowakische Redaktion von Radio Free Europe konstatierte im November 1956, die tschechoslowakische Bevölkerung sei durch amerikanische Propagandasender über die Ungarnkrise „gut informiert“.²⁵⁶ Auch aus den Einzelbefragungen tschechoslowakischer Geheimdienstmitarbeiter ging hervor, dass viele Tschechen und Slowaken zur Zeit der Ungarnkrise verstärkt ausländische Radiosender hörten und diesen offenbar auch mehr glaubten.²⁵⁷ Die tschechoslowakischen Behörden registrierten in diesen Wochen außerdem eine erhöhte Aktivität der westlichen Flugblattpropaganda.²⁵⁸

Allerdings bemühte sich die Medienaufsicht in der ČSR mit allen Mitteln, vor allem durch die Störung westlicher Propagandasender den „feindlichen“ Einfluss abzuwehren.

255 Der britische Botschafter sprach von „modest popularity“ (Public Record Office, Nr. Fonds 371, file 128448, Sig. NC 1011/1, 4.1.1957).

256 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-1-59, 1956-11-6. Zu einer allgemeinen Selbsteinschätzung der Effektivität von Radio Free Europe Mitte der fünfziger Jahre vgl. Holt 1958, S. 120–146.

257 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, 26.10.1956: *Protokoll eines Volkspolizisten (Kalman) über die Rezeption des Ungarnaufstands in Jarošov n. N.*, 26.10.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 66ff, 31.10.1956: *Bericht der innenministeriellen Bezirksabteilung Jindřichův Hradec über den Widerhall der ungarischen und polnischen Ereignisse in der Region*, 31.10.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, 1.11.1956: *Bericht der innenministeriellen Kreisabteilung Jindřichův Hradec über den Widerhall der ungarischen und polnischen Ereignisse auf die Bevölkerung*, 1.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 250-251, 2.11.1956: *Bericht der innenministeriellen Bezirksabteilung Vymperk über den Widerhall der ungarischen Ereignisse in der Region*, 2.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 337-338, 7.11.1956: *Innenministerieller Bezirksbericht aus České Budějovice*, 7.11.1956. Im Folgenden wird exemplarisch auf Geheimdienstinformationen vor allem aus den innenministeriellen Zweigstellen in Jindřichův Hradec, Vymperk, České Budějovice, Prachatice, Strakonice und Lomy zurückgegriffen. Andere Regionen bearbeiteten in Teilen bereits Pernes 1996 und Blaive 2001, die Slowakei vor allem Marušiak 2007. Die hier zitierten Meinungsbilder lassen sich für die meisten Regionen der ČSR nachweisen.

258 Pernes 1996, S. 524.

Laut dem britischen Botschafter in Prag hätten sich seit dem Ungarnaufstand 1956 die Verbindungen zwischen der britischen Botschaft und den tschechischen Journalisten deutlich verschlechtert. Staatliche Sicherheitsmaßnahmen hätten Recherchebesuche und andere Kontakte auf ein Minimum reduziert, obwohl im vorherigen Jahresverlauf eben dieser Austausch verbessert worden war.²⁵⁹ Daher mussten diejenigen, die in der ČSR westliche Berichte hören wollten auf die Emigrantenstimmen in Radio Free Europe zurückgreifen. Dies erforderte einen gewissen technischen Aufwand, war in vielen Landesteilen aber prinzipiell möglich.²⁶⁰ Bei gewöhnlichen westlichen Radiosendern traten dagegen bei zahlreichen Tschechen und Slowaken Sprachprobleme auf. Zwar konnten viele Deutsch oder Französisch, aber oft nicht gut genug, um sich täglich ausführlich zu informieren. Sprachliche Schwierigkeiten führten deshalb auch zu Missverständnissen.²⁶¹ Dies galt freilich nicht für die deutschsprachige Minderheit, deren Angehörige in der Nähe der österreichischen oder bayrischen Grenze lebten. Sie konnten aus den Sendungen der westlichen Nachbarländer mehr über die Ungarische Revolution erfahren und unterstanden daher besonderer geheimdienstlicher Kontrolle.²⁶²

Zahlreiche Meinungsberichte des tschechoslowakischen Innenministeriums legen nahe, dass viele tschechoslowakische Hörer den westlichen Radiosendungen zur Ungarischen Revolution zunächst mehr glaubten als den eigenen Medien.²⁶³ Wie ihre ungarischen Nachbarn hegten auch sie anfangs Illusionen über die Einsatzbereitschaft des Westens. So hofften in der ČSR manche Radio-Free-Europe-Hörer, nach den Präsidentschaftswahlen in den USA würde die US-Armee in den ungarischen Konflikt eingreifen. Auch junge Tschechen identifizierten sich mit der ungarischen Freiheitsbewegung und „den USA für alle Zeiten“, wie entsprechende Wandaufschriften zeigten.²⁶⁴ Dies verwundert kaum, wenn man bedenkt, dass sich gerade das Unterhaltungsprogramm von Radio Free Europe gezielt an ein jüngeres Publikum richtete.²⁶⁵

Allerdings schien die Propaganda aus dem Westen die offizielle Berichterstattung der KSČ teilweise zu bestätigen. So zeigten westliche Flugblätter und Zeitungen, die auf Umwegen in die ČSR gelangt waren, ebenfalls die aus *Rudé právo* und *Pravda* bekannten Gräuelbilder.²⁶⁶ Wer die Begleittexte dieser Grafiken nicht verstand, konnte diese als Bestätigung der heimischen Propaganda angesehen haben. Zudem verloren

259 Public Record Office, Nr. Fonds 371, file 128448, Sig. NC 1011/1, 4.1.1957.

260 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 75, 25.10.1956: *Situationsbericht der innenministeriellen Regionalabteilung in Strakonice*, 25.10.1956.

261 Blaive 2001, S. 70–73.

262 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 250-251, 2.11.1956.

263 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 434ff, 5.11.1956: *Interner Bericht des Innenministerium der ČSR über die Stimmung in der Bevölkerung*, 5.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, 26.10.1956; Blaive 2001, S. 74–75.

264 Pernes 1996, S. 515.

265 Holt 1958, S. 68; Puddington 2003, S. 136–137.

266 Blaive 2001, S. 295.

westliche Sender ihre anfängliche Glaubwürdigkeit, als die USA den ungarischen Freiheitskämpfern nicht zu Hilfe kamen, denn auch in der Tschechoslowakei hatten westliche Radiosender eine amerikanische Intervention in Aussicht gestellt. Dies schuf in der ČSR entsprechende Erwartungen, die durch wilde Gerüchte angeheizt wurden und schließlich Enttäuschung zurückließen.²⁶⁷

Bereits vor dem eigentlichen Ausbruch der Revolution informierte sich ein beträchtlicher Teil der slowakischen Bevölkerung über die relativ freizügigen Zeitungen aus Ungarn. Etwa 300 Titel, darunter Wochenzeitungen, Tageszeitungen, Revuen und Bildzeitschriften waren auf dem slowakischen Markt erhältlich. Das Interesse an den ungarischen Zeitungen war groß, weshalb sie im Herbst 1956 in den größeren Städten der Slowakei oft schnell vergriffen waren. Viele Slowaken wussten daher über Imre Nagys Reformkurs von 1953/54 relativ gut Bescheid. Außerdem konnten sie eine Zeitlang die aktuellere Diskussion über den in den tschechoslowakischen Medien verteufelten Petőfi-Kreis verfolgen. Bald griff jedoch das tschechoslowakische Zensurbüro ein. Es stuft die Literaturzeitschrift *Irodalmi Újság*, das Satireblatt *Lúdas Matyi* und die Bildzeitschrift *Béke és Szabadság* als gefährlich ein und verbat diese. Am 19. Oktober 1956, also unmittelbar nach der Rehabilitierung Rajks, kam in der Slowakei sogar die MDP-Zeitung *Szabad Nép* auf den Index verdächtiger Presseerzeugnisse.²⁶⁸ Das Amt für Presseüberwachung sollte von nun an alle ungarischen Druckerzeugnisse, die in die Slowakei importiert wurden, überprüfen und sogenannte „unrichtige“ zurückhalten.²⁶⁹ Daraufhin begannen Mitglieder der ungarischen Minderheit vermehrt, selbst Zeitungen und Magazine in ungarischer Sprache zu produzieren und in Umlauf zu bringen.²⁷⁰ Diese unterlagen freilich den sehr viel strengeren Zensurrichtlinien der tschechoslowakischen Presseaufsicht.

Auch die polnischen Zeitungen berichteten im Oktober und November 1956 mehr über die Entwicklung in Ungarn als die tschechoslowakische Presse. Da die meisten tschechoslowakischen Leser polnisch relativ gut verstehen konnten, stießen entsprechende Medien auf besonderes Interesse in der ČSR. Offenbar deshalb stoppten staatliche Stellen in den Wochen der ungarischen Krise die offiziellen Vertriebswege für die polnische Presse. Allerdings blieben in Prag weiterhin Exemplare auf dem Schwarzmarkt erhältlich.²⁷¹

Neben den medialen Informationsquellen gelangten Nachrichten über die Ungarische Revolution auch auf informellem Wege in die ČSR. Ihre Übermittler waren vor

267 Nach entsprechenden Gerüchten sollen westliche Sender behauptet haben, dass westdeutsche und amerikanische Truppen schon an der tschechoslowakischen Grenze bereitstünden, um ggf. einen tschechoslowakischen Umsturzversuch zu unterstützen (ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 250-251, 2.11.1956).

268 Attila 2006, S. 42; Marušiak 2007, S. 79; Čierna-Lantayová 2006, S. 11–15.

269 Čierna-Lantayová 2006, S. 15.

270 Marušiak 2007, S. 94.

271 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19.

allem Gäste aus Ungarn und dem Westen oder heimkehrende tschechoslowakische Reisende. So konnten zahlreiche ungarische Grenzgänger, die wegen Einkäufen oder Verwandtschaftsbesuchen in der Südslowakei weilten, aus erster Hand über den Aufstand berichten.²⁷² Von dieser Informationsquelle profitierten in erster Linie die Angehörigen der ungarischen Minderheit in der Slowakei, doch auch viele slowakische Intellektuelle beherrschten in den fünfziger Jahren die ungarische Sprache noch und konnten sich so besser informieren.²⁷³ Es überrascht daher nicht, dass der staatlichen Propaganda in der Slowakei besondere Bedeutung zukam.

Angehörige der ungarischsprachigen Minderheit in der ČSR bemühten sich zuweilen, das undifferenzierte Bild über die südlichen Nachbarn zu korrigieren. Um sich selbst nicht zu gefährden, taten sie dies ohne explizite Kritik an der kommunistischen Staatsordnung. Insbesondere ungarischstämmige Pfarrer forderten eine genauere Ursachenanalyse, so etwa auf ihrer Dekanatsitzung in Šaľa. Ihnen zufolge sei in Ungarn nicht alles schlecht gewesen und dies sollten die Geistlichen dem tschechoslowakischen Volk auch vermitteln. In ihren Predigten verwiesen sie auf die Vernachlässigung traditioneller Potenziale und Interessen in Ungarn. Auch kritisierten sie die dort nach ihrer Ansicht übertriebenen Plannormen und den niedrigen Lebensstandard. Die generelle Gewaltbereitschaft der ungarischen Reformbewegung stellten sie ebenfalls infrage, da die Revolutionäre erst nach erfolglosen Diskussionsversuchen zu den Waffen gegriffen hätten.²⁷⁴

Außerdem berichteten die aus Budapest zurückgekehrten Mitglieder eines slowakischen Hochschulbasketballteams, sowjetische Panzer hätten in eine friedliche Demonstration geschossen. Sie erzählten darüber, wie sich das ungarische Volk in seiner Gesamtheit mit dem Aufstand identifiziere. Die Gewalteskalation schrieben sie dem sowjetischen Eingriff zu.²⁷⁵ Diese Informationen unterschieden sich also deutlich von den offiziellen Nachrichten der tschechoslowakischen Medien und stellten eine Gefahr für das staatliche Informationsmonopol dar. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die tschechoslowakischen Behörden allen Rückkehrern aus Ungarn eine Schweigepflicht auferlegten.²⁷⁶

272 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/2, Bd. 124, Nr. 158, Punkt 14, 10.12.1956.

273 Über die Ungarischkenntnisse nicht-ungarischer tschechoslowakischer Bürger, die den ungarischen Rundfunk verfolgten, berichtete auch der tschechoslowakische Geheimdienst: ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 267ff, 3.11.1956: *Innenministerieller Bezirksbericht aus České Budějovice*, 3.11.1956.

274 Haľko 2006, S. 88.

275 Čierna-Lantayová 2006, S. 17.

276 So mussten laut einem Radio Free Europe-Bericht alle Tschechen und Slowaken, die sich während des Aufstands in Ungarn aufgehalten hatten, eine Erklärung unterschreiben, nicht über ihre Erfahrungen zu erzählen (OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton, Nr. 1326/57, 27.2.1957: *RFE-Bericht eines tschechoslowakischen Informanten über die staatlich verordnete Schweigepflicht für aus Ungarn zurückkehrende Bürgern der ČSR*, 27.2.1957).

Durch diese Einschränkungen war es für die tschechoslowakische Bevölkerung schwierig, zuverlässige Informationen zu erhalten. Dennoch waren offenbar viele über Einzelheiten der ungarischen Krise informiert, die den staatlichen Medien nicht direkt zu entnehmen waren. So diskutierten im persönlichen Umfeld einige das Überlaufen der ungarischen Armee oder die Aktivitäten des Kardinals Mindszenty.²⁷⁷ Allerdings führte die dürftige Informationslage zur Ausbreitung von Gerüchten, die weit über die aktuellen Entwicklungen in Ungarn hinausgingen. Diese von realistischen Informationsquellen zu unterscheiden war vermutlich sehr schwierig.

Daher dominierte in der ČSR letztlich offenbar die offizielle Propaganda den gesellschaftlichen Diskurs über den Ungarnaufstand. Dies geht nicht nur aus zahlreichen Einzelbefragungen, sondern auch aus der passiven Reaktion der meisten Tschechen und Slowaken hervor. Dabei konnten alternative Informationsquellen von der KSČ-Führung unerwünschte Interpretationsmuster begünstigen, sie änderten jedoch wenig an der konformistischen Grundstimmung in der ČSR.

2.3.2 Gesellschaftliche Reaktionsmuster

Was die mehrheitliche Reaktion der tschechoslowakischen Bevölkerung auf die ungarische Krise angeht, so stimmen die Überlieferungen zeitgenössischer Beobachter aus staatlichen Behörden, dem Ausland und der Allgemeinbevölkerung weitgehend überein: Zwar herrschte eine aufgeregte Stimmung in der Tschechoslowakei, doch oppositionelle Äußerungen und Handlungen gab es während der gesamten Dauer des Ungarnaufstand nur sehr vereinzelt. Öffentliche Proteste fanden damals in der ČSR überhaupt nicht statt und selbst im kleinen Kreis waren Solidaritätserklärungen gegenüber den ungarischen Reformern selten. Dieser passiven Grundhaltung in der Tschechoslowakei standen im Herbst und Winter 1956 nicht nur westliche Kommentatoren und Reformer in den Nachbarländern verständnislos gegenüber; auch die tschechoslowakischen Staats- und Parteiorgane zeigten sich angesichts der Heftigkeit des ungarischen Aufstands überrascht über die geringe oppositionelle Initiative im eigenen Land. Eine genauere Betrachtung der Einzelreaktionen innerhalb der tschechoslowakischen Bevölkerung soll daher nun die Hintergründe der grenzüberschreitenden Krisenreaktionen erhellen.

²⁷⁷ Zum Überlaufen der ungarischen Truppen vgl. ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 91, 27.10.1956: *Protokoll eines Gesprächs des StB-Unterleutnants Hrazán am 26.10.1956 mit dem Vorsitzenden des Lokalen Nationalausschusses (MNV) in Lomy*, 27.10.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, 1.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 80ff, 28.10.1956: *Bericht der innenministeriellen Bezirksabteilung Jindřichův Hradec über den Widerhall der ungarischen und polnischen Ereignisse in der Region*, 28.10.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 250-251, 2.11.1956; zu Mindszenty vgl. ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 431f, 4.11.1956: *Interner Bericht des Innenministerium der ČSR über die Stimmung in der Bevölkerung*, 4.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 337-338, 7.11.1956.

Allgemeine Passivität

Die Untersuchungen des tschechoslowakischen Innenministeriums ergaben Mitte November 1956 ein aus Sicht der KSČ-Führung beruhigendes Gesamtbild: Die Mehrheit der tschechoslowakischen Bevölkerung verhielt sich gegenüber der KSČ-Führung loyal und lehnte den ungarischen Volksaufstand ab. In den abgehörten Konversationen und abgefangenen Briefen waren parteikonforme Bemerkungen deutlich häufiger als oppositionelle.²⁷⁸ Dies ist besonders erstaunlich, weil davon auszugehen ist, dass vor allem bereits verdächtige Personen überwacht wurden, also ehemalige Mitglieder bürgerlicher Parteien, frühere Großgrundbesitzer und Intellektuelle. Während viele Befragte Verständnis für die Reaktion der ungarischen Aufständischen zeigten, wurden nur sehr wenige Aussagen registriert, die eine ähnliche Erhebung für die ČSR prognostizierten oder forderten. Wo entsprechende Äußerungen doch auftauchten, kamen sie laut den internen Vermerken auch häufig von alkoholisierten Personen.²⁷⁹

Insgesamt lässt sich aus den Geheimstdokumenten keine allgemeine oppositionelle Gesinnung gegenüber dem KSČ-Regime, sondern vielmehr eine abwartende Haltung herauslesen.²⁸⁰ Einen ähnlichen Eindruck hinterlassen die Beobachtungen zahlreicher westlicher Augenzeugen, die sich in den kritischen Wochen des Herbstes 1956 in der Tschechoslowakei aufhielten. Demnach hätten die meisten Tschechen und Slowaken passiv darauf gewartet, von außen befreit zu werden. An die Möglichkeit, wie und ob sie selbst dazu beitragen könnten, hätten sie dabei nicht gedacht. Während sich viele verbal über das kommunistische Regime beschwerten, habe es keinerlei Anzeichen für ein geplantes Aufbegehren der Menschen in der ČSR gegeben.²⁸¹ Ein Bericht aus dem Teplice-Kreis bescheinigt den Industriearbeitern in der Zeit zwischen Ende Oktober 1956 und Anfang November 1956 absolute Ruhe; die Arbeiter würden eher darauf warten, bis das kommunistische System sich selbst auflöse. Überhaupt hätten die Leute abgewartet und auf Veränderungen von außen „gehofft“. Weder habe es einen organisierten Widerstand noch Entschlossenheit und Stärke gegeben.²⁸² Diese resignative Haltung findet

278 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15 - Události v Polsku a Maďarsku - zprávy a poznatky, [Dezember 1956]. Vgl. dazu außerdem Pernes 1996, S. 524.

279 Vgl. dazu exemplarisch die Äußerungen von Vincent Zettl und Rudolf Cepák in: ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 66ff, 31.10.1956 sowie die eines gewissen Budař in ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 80ff, 28.10.1956; ähnlich: Rudolf Kubinec in ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 267ff, 3.11.1956.

280 Diese Auffassung vertritt auch Pernes 1996, S. 517.

281 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19; diese Ansichten, die Radio Free Europe für seinen zusammenfassenden Hintergrundbericht gesammelt hat, stammen von Journalisten und Wissenschaftlern, u.a. aus Frankreich, Schweden, Westdeutschland, USA.

282 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 14, Nr. 4750/57, 20.8.1957: *Augenzeugenbericht eines tschechischen RFE-Informanten über die Stimmung in der tschechoslowakischen Bevölkerung (bis Mitte August 1957)*, 20.8.1957.

sich auch in zahlreichen Aussagen wieder, die der tschechoslowakische Geheimdienst StB sammelte.

Während die meisten Tschechen und Slowaken nicht bereit waren, sich selbst gegen die kommunistische Staatsordnung zu engagieren, hofften angesichts der ungarischen Ereignisse viele auf eine Veränderung von außen. Vor allem jüngere Leute rechneten dabei mit den USA, die erst in Ungarn und dann auch in der ČSR neue Verhältnisse schaffen sollten. Einige geheimdienstlich überwachte Tschechen glaubten auch an eine Beteiligung Westdeutschlands, dessen Armee dann den sowjetischen Einfluss aus Mitteleuropa verdrängen sollte.²⁸³ Demgegenüber vertraten laut einem schwedischen Beobachter manche Tschechen und Slowaken die Meinung, es sei nutzlos, auf die Amerikaner zu blicken, da die einzige Hoffnung im Kollaps der Sowjetunion läge.²⁸⁴ Wieder andere, darunter insbesondere kritische Schriftsteller, sahen Anzeichen eines langsamen Liberalisierungsprozesses in der ČSR, der nicht durch radikale Forderungen gefährdet werden dürfte, sondern Geduld erfordere.²⁸⁵ Die Ablehnung jeglicher Eigeninitiative war also den meisten der in der ČSR im Herbst und Winter anzutreffenden Meinungsbildern gemeinsam.

Verbale und symbolische Opposition

Im Spätoktober 1956 fanden die tschechoslowakischen Sicherheitsorgane trotz eifriger Suche nur wenige Hinweise auf „reaktionäre“, also antikommunistische Aktionen in der ČSR. Aus ihren landesweiten Berichten gingen keine Hinweise auf Unruheherde oder klandestine Zirkel hervor. Stattdessen präsentierten sie lange Listen von Äußerungen, die neben gleichgültigen und ablehnenden Standpunkten auch Sympathiebekundungen für die Ungarische Revolution enthielten.²⁸⁶ Gelegentlich tauchten auch illegale Übersetzungen ungarischer Zeitungstexte sowie sozialismusfeindliche Aufschriften mit Bezug zum Ungarnaufstand auf, unter anderem auf Häuserwänden oder Schulbänken. Sehr selten traten auch kleinere oppositionelle Gruppen mit weniger als zehn Mitgliedern auf, die aus jungen Leuten bestanden und sich in ihren Forderungen auf die der

283 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 40ff, 7.11.1956: *Bericht der innenministeriellen Bezirksabteilung Jindřichův Hradec über den Widerhall der ungarischen und polnischen Ereignisse*, 7.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 250-251, 2.11.1956. Vgl. dazu auch zeitgenössische Zitate aus anderen Regionen der ČSR bei Blaive 2001, S. 289–290.

284 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19; Auch Blaive 2001, S. 297–302 zitierte ähnliche Aussagen aus Geheimdienstberichten.

285 Kohout 2007, S. 14; für das letzte Jahresdrittel von 1956 bestätigen dies außerdem die Kulturzeitschriften *Kulturný život* und *Literární noviny*.

286 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15 - Události v Polsku a Maďarsku - zprávy a poznatky, [Dezember 1956]. Speziell zur Slowakei vgl. Marušiak 2007, S. 86–90.

ungarischen Studenten und Arbeiterräte bezogen.²⁸⁷ Die meisten oppositionellen Äußerungen und Handlungen gingen jedoch auf Einzelpersonen zurück. Diese registrierten die Regionalmitarbeiter des Geheimdienstes in der Regel genau und übergaben sie zur strafrechtlichen Verfolgung an die entsprechenden Behörden.²⁸⁸ Diesen Ausnahmen stand eine breite Mehrheit der passiven oder konformistischen Haltungen gegenüber.

Nach der zweiten militärischen Intervention der Sowjetunion in Ungarn änderte sich das Meinungsbild in der Tschechoslowakei leicht. Zwar blieben oppositionelle Handlungen weiterhin aus und viele Tschechen und Slowaken unterstützten weiterhin die kommunistische Staatsführung, doch die Zahl der ablehnenden Stimmen wurde höher. Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen sympathisierten auch in der ČSR mehr Menschen mit der Ungarischen Revolution und der Reformbewegung in Polen. Dies zeigten zahlreiche Berichte, die in jenen Tagen aus den verschiedenen Kreisorganisationen ins Innenministerium kamen.²⁸⁹ Demnach legten etwa in Ostrava am 6. November 1956 alle Mitglieder des städtischen Nationalausschusses ihre KSČ-Abzeichen ab.²⁹⁰ Einige Befragte sprachen sich deutlich gegen die Kommunisten aus und äußerten sogar Morddrohungen gegenüber einzelnen Funktionären.²⁹¹ Für ein organisiertes Vorgehen gegen das Regime ergaben sich aus den Aufzeichnungen der Agenten trotz intensiver Suche jedoch keine Anhaltspunkte.

Auch Angehörige der ungarischen Minderheit konnten unter den Bedingungen der strengen geheimdienstlichen und polizeilichen Überwachung gegen die Niederschlagung des Ungarnaufstands allenfalls symbolisch protestieren. Laut Geheimdienstberichten taten sie das, indem sie ungarische Hymnen sangen, auf den Friedhöfen Kränze mit ungarischen Nationalfarben ablegten, ohne familiären Grund Trauerkleidung trugen oder es ablehnten, Resolutionen zu unterzeichnen, die den Ungarnaufstand ablehnten. Selbst diese bescheidenen Akte der Solidarität wurden von den Ordnungskräften manchmal als staatsfeindliche Aktionen mit strafrechtlichen Konsequenzen gewertet.²⁹²

Kleinere Abweichungen von der passiven und nach außen indifferenten Haltung der meisten Tschechen und Slowaken zeigten sich im Herbst und Winter 1956 in mehreren Betrieben.²⁹³ Manche Arbeiter wollten angesichts der Entwicklung in Ungarn nicht mehr

287 Pernes 1996, S. 515; 522-523.

288 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 75, 25.10.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, 1.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 250-251, 2.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 267ff, 3.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 40ff, 7.11.1956.

289 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15 - Události v Polsku a Maďarsku - zprávy a poznatky, [Dezember 1956].

290 Pernes 1996, S. 518.

291 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, 6.11.1956.

292 Attila 2006, S. 46–47.

293 VOA Praha, Nr. Fonds S-ÚRO II, Karton 69, Nr. 230; Karton 71, Nr. 233-234, [Oktober - November 1956].

der Volksmiliz beitreten und verloren ihr Interesse an einer Parteimitgliedschaft.²⁹⁴ StB-Agenten berichteten im Oktober und November 1956 auch über eine erhöhte Unzufriedenheit mit der geltenden Lohnpolitik, weshalb die Streikgefahr gestiegen sei.²⁹⁵ Insbesondere wehrten sich die Mitarbeiter mancherorts offenbar gegen die unbezahlte Zusatzarbeit, die sie zur wirtschaftlichen Unterstützung Ungarns leisten sollten. Der Unmut der Belegschaften äußerte sich jedoch lediglich in mündlichen Beschwerden, dem Fernbleiben von Betriebsitzungen oder der Weigerung, Resolutionen gegen den Ungarnaufstand zu unterzeichnen.²⁹⁶ Die meisten tschechoslowakischen Industriearbeiter unterschrieben die Dokumente dagegen bereitwillig.²⁹⁷

Offenbar erwies es sich trotz einer relativ strengen Strafgesetzgebung für die tschechoslowakischen Sicherheitsorgane als schwierig, ausreichend belastendes Material zu beschaffen, um potenzielle Staatsfeinde zu verhaften. Die tschechoslowakischen Geheimdienstmitarbeiter warteten im Oktober und November 1956 ständig darauf, dass irgendwo Unruhen ausbrechen könnten, um überhaupt wissen zu können, auf welchen Bereich sie ihre Beobachtungen konzentrieren sollten.²⁹⁸ Als häufigsten Verhaftungsgrund nannten sie in ihren Akten verbale Proteste und (anonyme) Briefe.²⁹⁹ Davon gab es allerdings nicht besonders viele, denn noch in der ersten Jahreshälfte hatte es aufgrund „staatsfeindlicher Aktivitäten“ in der ČSR dreißig Prozent mehr Verhaftungen gegeben.³⁰⁰ Dies spricht für eine sehr geringe politische Aktivität der tschechoslowakischen Bevölkerung zur Zeit des Ungarnaufstands.

Von denjenigen Tschechen und Slowaken, die im Herbst und Winter 1956 dennoch inhaftiert wurden, konnten viele die Untersuchungshaft bald wieder verlassen.³⁰¹ Dies könnte daran gelegen haben, dass viele der Verhaftungen die Folge einer panischen Überreaktion der KSČ-Führung gewesen waren. Möglicherweise dienten sie auch der Abschreckung oder sollten etwaige Oppositionelle vorübergehend aus der Öffentlichkeit abziehen.

Die dokumentierten Fälle oppositioneller Handlungen in den umfangreichen Berichten des tschechoslowakischen Innenministeriums sollten daher nicht überbewertet werden.

294 Masár 1958, S. 44.

295 Pernes 1996, S. 519–520.

296 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 75, 25.10.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, 31.10.1956: *Geheimdienstbericht über die Reaktion der Belegschaft des Holzwerks Jihočeské dřevařské závody (Betrieb 503 in Jindřichův Hradec)*, 31.10.1956.

297 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 434ff, 5.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 445, 7.11.1956.

298 Čierna-Lantayová 2006, S. 16–17.

299 Solche Briefe konnten zum Teil Studentenverbänden wie dem in Košice zugeordnet werden: OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19.

300 Attila 2006.

301 Madry 1994, S. 31; zu den politischen Verhaftungen in der ČSR Ende Oktober/Anfang November 1956 vgl. auch OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19.

Bei genauerem Hinsehen handelte es sich fast immer um Lappalien, die auch selten längere Gefängnisstrafen nach sich zogen. Vor allem aber standen sie einer sehr viel größeren Zahl von konformistischen Äußerungen und Handlungen gegenüber.

Parteitreue Organisationen

Die Eskalation der Ungarischen Revolution förderte in der Tschechoslowakei das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Volk und Partei. Dies betraf auch Gruppen, die noch im Frühjahr 1956 der KSČ-Führung gegenüber kritisch aufgetreten waren: Gewerkschaften, Schriftsteller und die Kirchen.³⁰² Praktisch alle in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit sichtbaren Gremien und Verbände bekannten sich mehr oder weniger freiwillig, stets aber gut vernehmlich, zur Haltung der Parteiführung. Diese lehnte den Ungarnaufstand ebenso wie Reformen im Inland strikt ab.

Wie interne Dokumente der KSČ bestätigen, standen die sogenannten Parteiaktiven zur Zeit des Ungarnaufstands fest hinter der Prager Linie. Viele übten sogar Selbstkritik an ihren früheren Forderungen nach einer innerparteilichen Demokratisierung und einem außergewöhnlichen Parteitag.³⁰³ Vereinzelt erreichten die KSČ-Führung nun spontane Unterstützungsschreiben, so zum Beispiel von der Parteiorganisation des S. K.-Neumann-Theaters in Prag, die noch im Frühling den außerordentlichen Parteitag gefordert hatte. Laut ihrem Brief an die Prager Parteizentrale habe sie erst unter dem Eindruck des Ungarnaufstands erkannt, wie wichtig die innerparteiliche Einheit sei.³⁰⁴ Die Ungarische Revolution inspirierte in der ČSR also nicht zu ähnlichen Reformforderungen, sondern band die einzelnen Parteiorgane vielmehr enger aneinander.

Auch mehrere Arbeitnehmervverbände, die freilich unter strikter Kontrolle der Partei standen, betonten angesichts der ungarischen Krise ihre Loyalität zur KSČ-Führung und deren Kurs seit dem Juli 1956 – obwohl dieser ihre eigenen Kompetenzen einschränkte.³⁰⁵ Dies galt offenbar auch für die slowakischen und ungarischen Arbeiter in der Slowakei, die sich eher ihren alltäglichen Sorgen widmeten, statt sich mit den Reformforderungen der ungarischen Revolutionäre zu identifizierten.³⁰⁶ Die Protokolle betriebsinterner Sondersitzungen zur Ungarischen Revolution in Südböhmen suggerierten sogar eine regelrechte Genugtuung der Belegschaften über die Niederschlagung des Aufstands im Nachbarland.³⁰⁷

Ein ähnliches Bild hinterließen die Aufzeichnungen der tschechoslowakischen Schriftstellerverbände. Demnach lehnten in der Slowakei auch jene Schriftsteller die Ungarische

302 Pernes 2008, S. 146.

303 Pernes 2000, S. 616.

304 Pernes 2008, S. 146–147.

305 VOA Praha, Nr. Fonds OS školství, Karton 36, 25.10.1956.

306 Čierna-Lantayová 2006, S. 16.

307 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 431f, 4.11.1956.

Revolution ab, die noch die polnische Unabhängigkeitsbewegung unterstützt hatten. Viele fürchteten zudem, im Gefolge der durch den Ungarnaufstand verschärften Sicherheitsmaßnahmen Nachteile zu erleiden. Ihre Losung lautete daher: nicht diskutieren und sich nicht gegen die Partei stellen. Ein „zweites Ungarn“ schlossen Autoren wie Juraj Špitzer aus, obwohl sie vorher Einwände gegen die Kulturpolitik der KSČ vorgebracht hatten.³⁰⁸ Ähnliches galt für tschechische Autoren wie Milan Kundera und Karel Kosík, die sich Anfang des Jahres noch kritisch geäußert hatten. Seit dem Ungarnaufstand unterstützten sie uneingeschränkt die Politik der KSČ-Führung und die „heiligen Ziele des Sozialismus“, so auch auf dem Redaktionsrat der *Literární noviny*. Dort verurteilten sie die Ungarische Revolution und distanzieren sich von ihren scharfen Äußerungen auf dem Schriftstellerkongress im April 1956.³⁰⁹ Viele slowakische und tschechische Schriftsteller unterzeichneten Resolutionen, die den Ungarnaufstand verurteilten, und nicht wenige stimmten auch dem sowjetischen Truppeneinmarsch zu. Einer der wenigen Mitglieder des tschechoslowakischen Schriftstellerverbands, die sich dieser Resolution verweigerten, war Pavel Kohout.³¹⁰

Auch viele Vertreter des tschechoslowakischen Kunstgewerbes schlossen sich nach dem Ungarnaufstand der offiziellen Parteilinie an und betonten, dass die Einheit mit der KSČ für das Wohl aller nun wichtiger sei als Einzelinteressen.³¹¹ Sogar die Kulturorganisation der ungarischen Minderheit in der Slowakei (Csemadok) ordnete sich bereitwillig den offiziellen Richtlinien unter.³¹²

Eine gleichermaßen kooperative Haltung legten die tschechoslowakischen Kirchen an den Tag. Sie schlossen sich bei der Interpretation der Ungarischen Revolution zumindest in ihren öffentlichen Äußerungen der offiziellen Interpretation an.³¹³ Die Kirchenzeitungen und so mancher Pfarrer predigten Wachsamkeit gegenüber „feindlichen Elementen“ und warnten vor einem Aufbegehren nach ungarischem Muster. In internen Dekanats- und Pfarreisitzungen zeigten sich viele Geistliche darüber hinaus gewiss, dass aktiver Widerstand aus den Reihen ihrer Gläubigen nicht zu erwarten sei.³¹⁴

Angesichts der konformistischen Apathie eines Großteils der tschechoslowakischen Bevölkerung stellt sich die Frage, warum die meisten Tschechen und Slowaken keinen Anlass für oder keine Aussicht auf Reformaktivitäten sahen. Von einer grundsätzlichen Reformfeindlichkeit der Tschechen und Slowaken ist dabei nicht auszugehen, denn in der ersten Jahreshälfte 1956 hatte es durchaus Reformansätze geben und zwischen 1951

308 Leikert 2006, S. 100.

309 O. A. in *Literární noviny*, 3.11.1956, S. 6.

310 Leikert 2006, S. 102. Viele andere Schriftsteller bereuten diese Erklärung später und schoben sie dem Einfluss der Propaganda zu.

311 VOA Praha, Nr. Fonds OS umění, Karton 29, 5.11.1956: *Protokoll eines Treffens des Gewerkschaftsbundes der Angestellten im Kunstgewerbe u. a. zum Ungarnaufstand*, 5.11.1956.

312 Attila 2006, S. 45–46.

313 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 337–338, 7.11.1956.

314 Haľko 2006, S. 87.

und 1953 sogar öffentliche Proteste und Unruhen.³¹⁵ Dagegen sprechen auch die viel größeren Sympathien dem polnischen Experiment gegenüber.³¹⁶ Stattdessen dürften für die allgemeine Passivität in der ČSR die im ersten Kapitel bereits angedeuteten Faktoren von Bedeutung gewesen sein: Nach wie vor gab es im Oktober 1956 in der Tschechoslowakei keine organisierten Widerstandsstrukturen und den politischen Aktionsraum engte die Parteiführung unter dem Eindruck des Ungarnaufstands zusätzlich ein. Zudem verstärkte die Eskalation im Nachbarland spezifische Erwartungshaltungen, die in der ČSR bereits vor dem Ungarnaufstand eine größere Verbundenheit zu KSC und Sowjetunion bewirkt hatten.

2.3.3 Erwartungshaltungen und Erfahrungsräume

Nicht nur die tschechoslowakische Parteiführung, sondern auch die Bevölkerung der Tschechoslowakei zeigte sich im Herbst 1956 überrascht und schockiert über den plötzlichen Gewaltausbruch in Ungarn. Die offizielle Propaganda, verbunden mit der Schwierigkeit, zuverlässige Informationen zu erhalten, verstärkte die allgemeine Verunsicherung. Frühere Krisenerfahrungen mischten sich mit der aktuellen Wahrnehmung der Ungarischen Revolution. Vor diesem Hintergrund sind die Erwartungen der tschechoslowakischen Bevölkerung zu sehen. Ängste und aktuelle Selbsteinschätzungen mündeten in die verbreitete Auffassung, dass der Ungarnaufstand gefährlich und aussichtslos gewesen und daher keineswegs nachahmungswürdig sei.

Kommunismus als unabänderliche Tatsache

Unter den gegebenen geopolitischen Voraussetzungen waren die meisten Tschechen und Slowaken Ende 1956 der Ansicht, dass die staatssozialistische Ordnung in Mitteleuropa unumstößlich sei. Zwar wurden in der ČSR über die Rechtmäßigkeit des ungarischen Reformversuchs unterschiedliche Meinungen aufgezeichnet. Hinsichtlich der Handlungsmotivation im eigenen Land zeigten die Situationsberichte aus der Tschechoslowakei jedoch ein einheitliches Bild: Ohne das Einlenken der Sowjetunion konnte es weder wesentliche Veränderungen im ostmitteleuropäischen Bündnisgefüge noch in den einzelnen staatssozialistischen Ländern geben.³¹⁷ Diese pragmatische Haltung bestärkte der

315 Neben den o.g. Aufständen nach der Währungsreform gehören in diesen Komplex die Brünnner Arbeiterunruhen von 1951, vgl. dazu Pernes 1996.

316 Madry 1994, S. 32.

317 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 83-85, 27.10.1956: *Bericht der innenministeriellen Kreisabteilung Jindřichův Hradec über den Widerhall der ungarischen Ereignisse auf die Bevölkerung*, 27.10.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, 1.11.1956; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19; Marušiak 2007, S. 87–88.

sowjetische Truppeneinmarsch in Ungarn, obwohl diesen viele für ungerechtfertigt hielten.³¹⁸ So sei, laut den Beobachtungen westlicher Besucher, von einem revolutionären Geist nirgends etwas zu spüren gewesen, höchstens von einer stillen Unzufriedenheit, die allenfalls in passiven Widerstand, nicht jedoch in eine offene Revolte übergehen könnte.³¹⁹

Laut den Äußerungen einiger Bürger aus dem Kreis Ústí nad Labem Anfang November 1956 sei das tschechische Volk opportunistisch und zu ängstlich für eine der ungarischen vergleichbaren Aktion. Selbst die Regimegegner würden sich nicht regen, weshalb die Tschechen und Slowaken die letzten blieben, die an die UdSSR gebunden seien.³²⁰ Diese resignative Haltung vertraten auch viele Intellektuelle in der ČSR.³²¹ Dabei hatte die Niederschlagung des Ungarnaufstands die Einsicht mit sich gebracht, dass vom Westen keine Unterstützung einer internen Revolte zu erwarten war. So zitierte ein Radio Free Europe-Informant einen älteren Vertreter der tschechoslowakischen Intelligenz im Januar 1957 folgendermaßen: „Was kann man machen? Wir können uns dieses Schmutzes nicht aus eigener Kraft entledigen und keiner kommt uns von außen zur Hilfe. Also halten wir den Mund und machen weiter wie bisher.“³²² Manche glaubten auch, dass es sich bei der Ungarischen Revolution ohnehin nur um einen Personaltausch unter Kommunisten handelte.³²³

Laut zeitgenössischen Beobachtern aus dem Westen gab es nach der Niederschlagung des Ungarnaufstands in der tschechoslowakischen Bevölkerung die Auffassung, dass die Sowjetunion keine andere Wahl hatte, als einzugreifen. Ansonsten hätte sie ihre Kontrolle über Mitteleuropa abgegeben und davon ging in der ČSR angeblich niemand aus. In dieser Hinsicht befanden sich demnach die Tschechoslowakei und Ungarn in einer ähnlich hoffnungslosen Position.³²⁴ Sollten diese Meinungen tatsächlich weiter verbreitet gewesen sein, dürften sie diejenigen entmutigt haben, die sich Veränderungen wünschten.

Die KSČ-Propaganda verstärkte dabei die resignative Stimmung, indem sie die Stärke der Sowjetunion, aber auch den inneren Zusammenhalt der kommunistischen Kräfte in der ČSR betonte. Diese Anschauung schien sich aber auch im Alltag zu bestätigen: Neben den allgegenwärtigen Loyalitätserklärungen sollten auch der Truppenaufmarsch an der Grenze und die zahlreichen Verhaftungen potenzieller Systemgegner abschreckend

318 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 40ff, 7.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 337-338, 7.11.1956.

319 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19.

320 Blaive 2001, S. 302.

321 Leikert 2006, S. 100.

322 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19 (Übersetzung aus dem Englischen: H. L.).

323 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 80ff, 28.10.1956.

324 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 14, Nr. 4750/57, 20.8.1957.

gewirkt haben. Dadurch befanden sich mögliche reformistische Akteure in der ČSR auf verlorenem Posten.

Die meisten Menschen in der Tschechoslowakei sahen daher im Herbst 1956 in der kommunistischen Parteidiktatur offenbar eine vollendete Tatsache. Es schien ihnen weder ratsam noch erstrebenswert diese infrage zu stellen. Zwar gab es mitunter Bewunderung für das ungarische Engagement, allerdings sahen sich die meisten Menschen in der ČSR in einer gänzlich anderen Situation als ihre Nachbarvölker und daher auch keinen vergleichbaren Handlungsbedarf.

Ungarnbild in der ČSR

Die Ungarische Revolution hatte zum Teil auch deshalb keine stimulierende Wirkung auf tschechoslowakische Reformer und Systemgegner, weil in der ČSR viele den ungarischen Aufstand als spezifischen Ausdruck der ungarischen Nationalkultur sahen. Und dieser standen insbesondere in der Slowakei die meisten kritisch gegenüber. Das Bild, das über Ungarn herrschte, beruhte vor allem auf historischen Erfahrungen, die von zahlreichen Konflikten geprägt waren. Das slowakisch-ungarische Verhältnis war über Jahrhunderte von schwelender Gewalt und teils offener Unterdrückung gekennzeichnet. Auf die länger zurückreichenden Konflikte zwischen den einzelnen Nationalitäten der Habsburger Monarchie kann hier selbstverständlich nicht eingegangen werden.³²⁵ Möglicherweise spielte in der Tschechoslowakei der 1950er Jahre zwar auch der lange Streit um nationale Selbstbestimmung aus dem 19. Jahrhundert eine Rolle,³²⁶ hinsichtlich der Wahrnehmung des Ungarnaufstands treten jedoch die interethnischen Probleme in den Vordergrund. Besonders wichtig erscheinen dabei jene Konflikte, die große Teile der slowakischen Bevölkerung noch selbst miterlebt hatten. Denn das Verhältnis zwischen Ungarn und seinem nördlichen Nachbarn war seit der Zwischenkriegszeit und bis unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg äußerst spannungsreich.³²⁷

Noch in den fünfziger Jahren nährten sich die ungarisch-slowakischen Ressentiments aus den vormals ungeklärten Fragen der sprachlichen und kulturellen Selbstbestimmung bis hin zu Konflikten über den Verlauf der Staatsgrenzen.³²⁸ Insbesondere die Revisionspolitik Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg stieß in der 1. Tschechoslowakischen Republik auf vehemente Ablehnung: Ungarn hatte mit dem Vertrag von Trianon zwei Drittel seines ehemaligen Territoriums und dessen Bevölkerung verloren; ein großer

325 Vgl. dazu zuletzt Puttkamer 2010, S. 39-48 und 283-287.

326 Darauf verweist Blaive 2001, S. 292, allerdings ohne an Meinungsäußerungen aus den 1950er Jahren zu prüfen, ob diese Vorstellungen noch präsent waren.

327 Vgl. dazu Mannová 2007.

328 Einen Überblick über die diplomatischen und machtpolitischen Zusammenhänge der tschechoslowakisch-ungarischen Beziehungen zwischen 1918 und 1948 gibt Dejmek 2002, S. 198-214.

Anteil dessen gehörte von nun an zur Tschechoslowakei. Dort verfolgte man in den dreißiger Jahren sorgenvoll die Bemühungen der ungarischen Regierung, das Kriegsergebnis zu revidieren. Das autoritäre Horthy-Regime in Ungarn bemühte sich auch nicht, dieser Sorge entgegenzutreten. Vielmehr vertrat es seine irredentistischen Forderungen mit lautstarker Propaganda und ungewöhnlichen Untergrabungsmethoden, wie dem Druck tschechoslowakischen Falschgeldes. Gegenseitige Provokationen und Spionage gehörten in den dreißiger Jahren zum angespannten Alltag der ungarisch-tschechoslowakischen Beziehungen. Zudem lebten in dem jungen tschechoslowakischen Staat Hunderttausende ethnischer Ungarn, die größtenteils – ebenfalls wie ihre Landsleute im ungarischen Kernland – eine Revision der sogenannten Trianon-Grenzen anstrebten.³²⁹

Der grenzüberschreitende Konflikt verschärfte sich, als sich die politische Führung Ungarns 1934 unter breiter Unterstützung der ungarischen Öffentlichkeit Hitler-Deutschland zuwandte. Von dort erhielt sie Unterstützung für die Revision des Trianon-Vertrags. In der Tschechoslowakei schürte dies Befürchtungen um die Integrität des eigenen Staatsgebiets, die sich Ende September 1938 zunächst mit dem Münchner Abkommen und einen Monat später mit dem sogenannten Ersten Wiener Schiedsspruch bewahrheiten sollten. Während in München die deutsche Besetzung der sogenannten Sudetengebiete Böhmens und Mährens beschlossen wurde, sprachen in Wien die Achsenmächte einen Großteil der Südslowakei und die Karpatenukraine (Podkarpatsko) Ungarn zu.³³⁰ Aus tschechoslowakischer Sicht endgültig zerrüttet war das Verhältnis, als Ungarn die Südslowakei und die Karpatenukraine im März 1939 militärisch besetzte.³³¹

Es folgten die traumatischen Jahre des Zweiten Weltkriegs. In dieser Zeit versuchten die ungarischen Besatzer die einheimische Bevölkerung zu „madjarisieren“ und räumten ihren „Volksgenossen“ gleichzeitig bessere berufliche und soziale Chancen ein.³³² Unter dem Eindruck dieser jahrelangen Diskriminierung beschloss die tschechoslowakische Exilregierung unter Edvard Beneš noch während des Kriegs den „Transfer“ der ungarischen Minderheit aus der Tschechoslowakei. Der Plan wurde im ersten Regierungsprogramm nach Kriegsende, dem sogenannten *Kaschauer Programm* vom 5. April 1945, bestätigt.³³³

Wenig später begann dann die geplante Umsiedlung der Ungarn aus der Tschechoslowakei. Sie dauerte bis 1947 und verlief in drei Phasen, zum Teil willkürlich und brutal.³³⁴ Nach langen Verhandlungen einigten sich die ungarischen und tschechoslowakischen

329 Klimó 2006, S. 70.

330 Pražák 2002, S. 484–491.

331 Déak 1997, S. 2–7; Lipscher 1979; Kozénski 1991 #1085. Die Bezeichnung „feindlicher Staat“ für Ungarn fiel bereits im Kaschauer Regierungsprogramm vom 5.4.1945, auszugsweise abgedruckt in: Harna 1992, S. 171–172.

332 Długoborski 1981, S. 20.

333 Harna 1992, S. 171–172.

334 Šutaj 1997; Alte 2003, S. 65–66; ergänzend: Jech & Kuklík et al. 2003.

Verhandlungspartner schließlich im Mai 1947 auf einen partiellen Bevölkerungsausgleich zwischen in Ungarn lebenden Slowaken und in der Slowakei lebenden Ungarn. Nachdem bereits 1945 etwa 30.000 Ungarn wild vertrieben worden waren, folgte nun ein Bevölkerungsaustausch, von dem auf beiden Seiten jeweils etwa 70.000 Menschen betroffen waren.³³⁵

Es dürfte kaum überraschen, dass diese Entwicklung auf beiden Seiten der Landesgrenze massive Auseinandersetzungen und langjährige Feindseligkeit nach sich zog. Hinzu kam, dass die offiziellen tschechoslowakischen Medien Ungarn bis zur Durchsetzung des kommunistischen Machtmonopols als potenziellen Aggressor porträtierten.³³⁶ Doch auch danach lösten sich die Spannungen zwischen den beiden Völkern nicht auf. Vielmehr wurden sie auf tschechoslowakischer Seite auch zum innenpolitischen Problem. Denn auf slowakischem Territorium waren nach den Bevölkerungsverschiebungen mehrere Hunderttausend Ungarn verblieben. Ihnen wurde ein in Bratislava und Prag erdachtes Assimilierungs- und Re-Slovakisierungsprogramm zuteil. Dies verschärfte die Differenzen zwischen der slowakischen und ungarischen Bevölkerung jedoch noch mehr.³³⁷ Der andauernde Konflikt wurde unter kommunistischer Herrschaft eher totgeschwiegen als beseitigt. In den fünfziger Jahren blieb er weiterbestehen, auch auf der Ebene des alltäglichen Zusammenlebens beider Nationalitäten. Gerade in diesem Bereich traten zur Zeit des Ungarnaufstands die alten Konflikte und damit verbundene Ängste in der Slowakei wieder in den Vordergrund.

Im Oktober und November 1956 fürchteten daher viele Slowaken die Rückkehr des ungarischen Irredentismus. Alte Vorurteile kochten hoch, denen zufolge die Ungarn per se ein reaktionäres Volk seien, das als letzter Verbündeter Hitlers versucht habe, sich einen Teil des tschechoslowakischen Territoriums abzuschneiden.³³⁸ Auch die ungarische Minderheit hatte darunter zu leiden, denn im Verlauf der Ungarischen Revolution tauchten immer mehr abwertende Losungen gegen sie auf. Viele davon verwiesen auf das Horthy-Regime.³³⁹ Daher befürchteten in der Slowakei einige eine erneute Grenzverschiebung zugunsten Ungarns. Diese Ängste schürte mit entsprechenden historischen Reminiszenzen auch die offizielle Propaganda. Sie stellte den Aufstand als Werk von Imperialisten und „Horthyisten“ dar.³⁴⁰

Laut regionaler Geheimdienstberichte waren viele Slowaken auch der Ansicht, die ungarische Minderheit in der ČSR würde sich als erste auf die Seite der Konterrevolution schlagen, wenn sich diese ausbreiten sollte. Entsprechende Gerüchte spannten die Atmosphäre weiter an: Als (wahrscheinlich irrtümlich) einige Panzergranaten in

335 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 131–133.

336 Štaigl 1999, S. 164.

337 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 131–133.

338 Rupnik 1996, S. 536.

339 Pernes 1996, S. 526.

340 Barnovský 2002, S. 109.

einem grenznahen Ort in der Südostslowakei niedergingen und Menschen verletzen, interpretierten dies manche als ungarischen Eroberungsversuch.³⁴¹ Reisende aus der Slowakei brachten ihre Interpretationen in den tschechischen Landesteil, wo sich ebenfalls abenteuerliche Gerüchte ausbreiteten.³⁴² In einigen Regionen sollen Tschechen sogar die Erwartung geäußert haben, die Slowakei könnte wieder Ungarn angegliedert werden³⁴³ oder – wie zur Zeit des Zweiten Weltkriegs – sich vom tschechischen Landesteil abtrennen.³⁴⁴

In der Slowakei entlud sich die aufgeregte Stimmung im Herbst 1956 auch in gegenseitigen Provokationen: Angehörige der ungarischen Minderheit sprachen davon, dass die Südslowakei unter ungarische Herrschaft zurückfallen werde und slowakische Einwohner vertrieben werden würden. Dies kann wohl als Anspielung auf die Ausweisung ungarischer Einwohner nach dem Krieg verstanden werden, für die nun Vergeltung gefordert wurde. Auf der anderen Seite tauchten Anfang November 1956 in einigen slowakischen Städten ungarnefeindliche Wandaufschriften auf und ungarischsprachige Geschäftsaufschriften wurden übermalt. Außerdem warnten in einigen slowakischen Kirchen die Priester vor „den Ungarn“.³⁴⁵ Die meisten dieser fast immer verbalen Feindseligkeiten spielten sich im privaten Bereich und hinter vorgehaltener Hand ab.

Zum gemeinsamen Erfahrungsraum vieler Slowaken gehörte jedoch nicht nur die Wahrnehmung Ungarns als historischer Erzfeind; ihr stand auch ein positives tschechoslowakisches Selbstverständnis gegenüber. Es berief sich auf demokratische Fortschrittlichkeit, im Sinne einer konsensorientierten, gewaltlosen politischen und kulturellen Tradition.³⁴⁶ Im krassen Kontrast dazu stand die scheinbar ungehemmte Gewalt der ungarischen Straßenschlachten, über die mit unterschiedlichen Schuldzuweisungen kommunistische und westliche Medien berichteten.

Das demokratische Selbstverständnis war weder auf den slowakischen Landesteil noch auf bestimmte Bevölkerungsschichten beschränkt. So soll die intellektuelle Umgebung des tschechischen Schriftstellers Pavel Kohout Unverständnis darüber gezeigt haben, warum die Ungarn für ihr Reformvorhaben anstatt eines ruhigen Übergangs einen „faschistischen Putsch“ wählten.³⁴⁷ Ähnliche Ansichten geben die zahlreichen Stimmungsberichte des tschechoslowakischen Innenministeriums wieder. Demnach würden

341 Marušiak 2007, S. 85.

342 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. [289], 4.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 441ff, 7.11.1956.

343 Blaive 2001, S. 296.

344 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 414ff, 3.11.1956.

345 Marušiak 2007, S. 88.

346 Vgl. dazu auch Rupnik 1996, S. 536 und Prečan 2008, S. 47. Ein zeitgenössisches Beispiel lieferte Duchacek 1958.

347 Kohout 2007, S. 14.

die blutigen Kämpfe in Ungarn zu nichts führen, wichtiger seien Wahlen.³⁴⁸ Im Vergleich zu den Einwohnern der ČSR seien die Ungarn „Wilde“, die „uns nur hinterherhinken“.³⁴⁹ Laut einer in Český Krumlov angeblich vorherrschenden Meinung seien die Ungarn „heißblütig“ und ihre Studenten „schon immer Rebellen“ gewesen.³⁵⁰ Andere bewerteten dagegen die ungarische Initiative positiv, während die Tschechen „Dummköpfe“ seien, „die sich alles gefallen lassen und sich nicht zu Wort melden können“.³⁵¹ Eine in Südböhmen offenbar verbreitete Meinung lautete: „Überall regnet es, nur bei uns passiert immer noch nichts. Die Leute haben zwar genug von alledem, aber sie sind solche Dummköpfe und fürchten sich.“³⁵² Auch aus solchen Aussagen ging jedoch ein pazifistisches tschechoslowakisches Selbstverständnis hervor, das dem der rebellischen Ungarn gegenüberstand.

Eine andere Ansicht vertrat die ungarische Minderheit in der Slowakei. Durch ihren Zugang zu ungarischsprachigen Informationen war sie besser über das Ausmaß der Gewalt wie auch die friedlichen Proteststrategien informiert. Offenbar steigerte der große Freiheitskampf der Verwandten im Nachbarland das Selbstvertrauen der ungarischen Minderheit, das durch das Kriegsergebnis schwer angeschlagen war.³⁵³ Diese Haltung könnte das tschechoslowakische Stereotyp der ungarischen Hegemonialansprüche und möglicherweise auch der Gewaltbereitschaft bekräftigt haben.

Ängste der tschechoslowakischen Bevölkerung

Angst vor Gewalt und Krieg

Die tschechoslowakische Bevölkerung nahm die gewalttätige Konfrontation in Ungarn nicht nur im Kontext älterer Vorurteile wahr, sondern die Unruhen im Nachbarland riefen bei ihr auch akute Angst um die eigene Sicherheit hervor. Zahlreiche zeitgenössische Aussagen sprechen dafür, dass sich viele Tschechen und Slowaken im Herbst 1956 vor einem gewaltsamen Konflikt im eigenen Land fürchteten. Insbesondere hatten sie Angst vor einem neuen Krieg, wie die zeitgenössischen Stimmungserhebungen

348 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 73ff, 31.10.1956: *Bericht der innenministeriellen Bezirksabteilung Jindřichův Hradec über den Widerhall der ungarischen und polnischen Ereignisse in der Region*, 31.10.1956.

349 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 83-85, 27.10.1956.

350 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 77, 26.10.1956: *Bezirksbericht des Innenministeriums aus Český Krumlov*, 26.10.1956.

351 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 414ff, 3.11.1956.

352 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, 1.11.1956.

353 Attila 2006, S. 51.

des tschechoslowakischen Innenministeriums deutlich machen.³⁵⁴ So mutmaßte ein tschechischer Busfahrer: „Die ganze Situation führt zum dritten Weltkrieg. (...) Es wird nicht lange dauern und am Suez wird sich Russland einmischen und auch Amerika wird mitmachen und mit uns allen wird es vorbei sein.“³⁵⁵ Auch Pavel Kohout erinnert sich, dass nach dem Ausbruch der Suezkrise in seinem Umfeld viele befürchteten, der ungarische „Bürgerkrieg“ würde anderen in der Welt die Pforte öffnen.³⁵⁶ Neben der Wahrnehmung des Ungarnaufstands dürfte auch die offizielle Propaganda in der ČSR zur Ausbreitung dieser Angst beigetragen haben. So erzählte eine tschechische Frau im Herbst 1956 einem Geheimdienstmitarbeiter, aufgrund der ungarischen Horrortafeln in den Zeitungen nicht mehr schlafen zu können.³⁵⁷

Wegen solcher Ängste sei der sowjetische Militärschlag gegen die Ungarische Revolution am 4. November 1956 laut Kohout auf allgemeine Erleichterung und Zustimmung gestoßen – sogar bei den Gegnern des Kommunismus.³⁵⁸ Dies bestätigen auch die Erhebungen des tschechoslowakischen Geheimdienstes. Demnach hätten viele Tschechen und Slowaken den sowjetischen Einmarsch als notwendiges Übel betrachtet. Eine ganze Reihe (meist parteiloser) Befragter befürwortete die Militäraktion sogar ausdrücklich.³⁵⁹ Beispielsweise Bewohner der stalinistischen Musterstadt Gottwaldov sollen Stolz darüber geäußert haben, dass gegen die ungarischen „Konterrevolutionäre“ auch Panzer aus tschechoslowakischer Produktion anrollten. Außerdem hätten sie gefordert, die tschechoslowakische Armee gegen die „Provokateure“ einzusetzen.³⁶⁰

Damit hatte die tschechoslowakische Kriegsangst einen indirekt legitimatorischen Effekt für die sowjetisch unterstützte Politik der KSČ. Sogar ihre Kritiker äußerten sich nach dem Ungarnaufstand versöhnlich: „Sollen die Kommunisten bei uns doch so lange an der Macht bleiben wie sie wollen, solange sie uns garantieren, dass es keinen Krieg geben wird. Und sie garantieren das.“³⁶¹ Deutlich seltener war die Ansicht

354 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 83-85, 27.10.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 80ff, 28.10.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 431f, 4.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 337-338, 7.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 334ff, 7.11.1956: *Bericht des innenministeriellen Kreis Ausschusses in Jindřichův Hradec*, 7.11.1956.

355 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 40ff, 7.11.1956 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H. L.).

356 Kohout 2007, S. 14–15.

357 Blaive 2001, S. 307–308).

358 Kohout 2007, S. 14–15.

359 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 431f, 4.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 434ff, 5.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 441ff, 7.11.1956.

360 Pernes 1996, S. 518–519.

361 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 431f, 4.11.1956 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H. L.).

anzutreffen, dass die sowjetische Intervention in Ungarn die geopolitische Stabilität erst recht gefährde.³⁶²

Gut elf Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ging die Angst vor Krieg und Gewalt in der ČSR oft auf persönliche Erfahrungen zurück. So riefen die Bilder der an Straßenlampen aufgehängten, verbrannten ungarischen Kommunisten beispielsweise bei Kohout Erinnerungen an das Kriegsende 1945 hervor. Damals hatte er miterlebt, wie in Prag (vermeintliche) Gestapo-Mitarbeiter an Laternen erhängt wurden. Dies seien traumatische Eindrücke gewesen, unabhängig davon, welcher Seite die bestialisch Gelynchten angehörten.³⁶³ Im Herbst 1956 kehrten diese Erlebnisse ins Bewusstsein vieler Tschechen und Slowaken zurück.

Angst vor deutschem Revanchismus

Die Angst vor einer ungarischen Besetzung in der Slowakei kann wohl auch als spezifische Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg verstanden werden. In Böhmen ließen sich nach Ausbruch des Ungarnaufstands ähnliche Ängste feststellen. Dort richteten sie sich allerdings auf einen deutschen Revanchismus. Daran war erneut die staatliche Propaganda der KSČ beteiligt: Im Jahresverlauf von 1956 bemühte sich die Zeitung des Jugendverbandes *Mladá fronta* in einer Serie von ungefähr 60 Artikeln, die „dauerhafte Bedrohung des deutschen Imperialismus“ auch im Bewusstsein jener jungen Generation nicht untergehen zu lassen, die das deutsche Protektorsregime nicht bewusst miterlebt hatte.³⁶⁴ Ein westlicher Informant berichtete ebenfalls, dass die KSČ sehr erfolgreich in ihrem Bestreben gewesen war, die Angst vor den Deutschen aufrechtzuerhalten.³⁶⁵ Im Oktober und November 1956 tauchten „faschistische Kräfte“ laut *Rudé právo* und anderen tschechoslowakischen Medien plötzlich in Budapest auf.³⁶⁶ Verstärkt wurden solche Theorien durch den Glauben vieler tschechoslowakischer Kommunisten, die Berliner Arbeiterrevolte vom Juni 1953 sei tatsächlich ein Rückkehrversuch der Faschisten gewesen.³⁶⁷

Vor diesem Hintergrund häuften sich nach dem Ungarnaufstand in den geheim-polizeilichen Stimmungsberichten aus Nord- und Südböhmen Kommentare über die angebliche Gefahr, die für die ČSR von Deutschland ausgehe. Viele Aussagen enthielten die Befürchtung, die ungarischen Ereignisse könnten sich zuerst auf Deutschland und dadurch indirekt auf die Tschechoslowakei auswirken. Demnach sollte der Aufbruch

362 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 334ff, 7.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 40ff, 7.11.1956.

363 Kohout 2007, S. 14.

364 Blaive 2001, S. 287.

365 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 14, Nr. 4750/57, 20.8.1957.

366 Suchý in *Rudé právo*, 31.10.1956, S. 3; Sveřčina in *Rudé právo*, 7.11.1956, S. 6; Nový in *Literární noviny*, 10.11.1956, S. 7

367 So die Erinnerungen von Kohout 2007, S. 12.

in Ungarn auch zu Unruhen in Ostdeutschland führen, wo es wegen des Ungarnaufstands wirtschaftliche Probleme gegeben habe. Die mögliche Folge hätte eine deutsche Wiedervereinigung sein können, die wiederum „sehr unangenehm“ für die Tschechen sei, die die deutsche Übermacht aus „erster Hand zu spüren“ bekämen. Beide deutsche Armeen könnten sich zusammenschließen und das kommunistische System in der ČSR beseitigen.³⁶⁸ Zwar begrüßten einige dieses Szenario auch, doch ihre Aussagen unterstreichen somit indirekt die in der tschechoslowakischen Gesellschaft vorherrschende passive Grundhaltung: Die Erwartungshaltung, dass erst einmal in Deutschland etwas passieren müsste – für die meisten eine Schreckensvision, für einige offenbar auch eine heimliche Hoffnung –, lähmte jede Eigeninitiative.

Angst vor materiellen Verlusten

Die Erinnerungen an die Zeit des Zweiten Weltkriegs beschränkten sich im Herbst 1956 in der ČSR jedoch nicht auf die nationale Demütigung, die die deutsche Besatzung mit sich gebracht hatte. Auch die damit verbundenen Entbehrungen im Alltagsleben waren damals im kollektiven Erfahrungsraum noch sehr präsent: Der Ungarnaufstand rief vielen die materielle Not der Kriegs- und Nachkriegszeit ins Gedächtnis. Exemplarisch für viele ähnliche Aussagen jener Zeit war die eines südböhmischen Pfarrers, der Ende Oktober 1956 mitteilte, Angst vor einem Krieg zu haben, weil er dann nichts mehr zu essen und zu rauchen hätte.³⁶⁹ In der Folge dieser und ähnlicher Befürchtungen kam es Anfang November 1956 in der ganzen Tschechoslowakei zu panikartigen Vorratskäufen.³⁷⁰ Insbesondere Grundnahrungsmittel, Konserven, Tabakwaren und Hygieneartikel unterlagen plötzlich einer enormen Nachfrage. Laut internen Angaben des Innenministeriums lag der Umsatz bei diesen Gütern am 5. November 1956 um mindestens ein Drittel über dem täglichen Normalverbrauch.³⁷¹ Viele Lebensmittelläden in der Tschechoslowakei waren deshalb innerhalb kürzester Zeit leer gekauft; vor anderen warteten lange Menschenschlangen.³⁷² Das Einkaufsfieber stieg weiter an und weitete sich auf Textilien und Schuhe aus, als sich die Suezkrise zuspitzte. In der tschechoslowakischen Bevölkerung verbreiteten sich Gerüchte und Befürchtungen, dass der dritte Weltkrieg

368 Blaive 2001, S. 287–290.

369 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 338, 7.11.1956: *Bezirksbericht des innenministeriellen Bezirksausschusses von České Budějovice*, 7.11.1956.

370 Dieses Phänomen ging aus praktisch allen regionalen Situationsberichten des Innenministeriums zwischen dem 4. und 8.11.1956 hervor. Vgl. dazu ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15 - Události v Polsku a Maďarsku - zprávy a poznatky, [Dezember 1956]. Ähnliches berichteten regelmäßig die Beobachter von Radio Free Europe (OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19) und westliche Zeitungen, z. B. die *Mittelbayrische Zeitung* (Regensburg) vom 11.11.1956 oder der *Daily Telegraph* vom 3.11.1956.

371 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 334ff, 7.11.1956.

372 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. [289], 4.11.1956.

ausbrechen könne.³⁷³

Die leeren Regale in den Geschäften schienen die Vorratskäufe zu rechtfertigen und verstärkten sie daher. Außerdem soll der österreichische Rundfunk angekündigt haben, dass es in der ČSR eine weitere Währungsreform und wieder das Lebensmittelkartensystem geben solle.³⁷⁴ So kam es vereinzelt zu panikartigen Reaktionen in den Schlängen vor den Geschäften, bei denen Menschen auch verletzt wurden.³⁷⁵ Die staatlichen Medien in der ČSR kritisierten dieses Kaufverhalten und behaupteten, die zentralen Lager seien voll.³⁷⁶ Speziell dafür eingesetzte Parteiaktivisten und Agitatoren versuchten in Prager Geschäften, die Leute von den Hamsterkäufen abzuhalten, allerdings ohne Erfolg.³⁷⁷ Denn im ganzen Land herrschte Angst vor einer ähnlichen Situation wie während des Zweiten Weltkriegs und in den ersten Nachkriegsjahren, als Grundnahrungsmittel nur gegen Lebensmittelkarten erhältlich waren.³⁷⁸ Auch spielten die schmerzhaften Erfahrungen der Währungsreform von 1953 eine Rolle, nach der die eigenen Ersparnisse von einem auf den anderen Tag fast wertlos geworden waren. Deshalb kauften viele Tschechen und Slowaken nicht nur mehr Nahrungsmittel ein, sondern bemühten sich auch, ihre Ersparnisse in Sicherheit zu bringen, die sie sich von der Bank auszahlen ließen.³⁷⁹ Andere investierten ihre Barmittel in Schmuck, Gold, Uhren und andere Wertgegenstände³⁸⁰ oder auch in Küchenherde, Kühlschränke und Nähmaschinen.³⁸¹ Echte Engpässe, die über die damals in der ČSR übliche Versorgungsknappheit hinausgingen, gab es wegen des Ungarnaufstands offensichtlich nicht. Mit dem Rückgang der Hamsterverkäufe nach einigen Wochen, schienen auch die Lieferprobleme beseitigt.³⁸²

Offensichtlich war das Vertrauen in die tschechoslowakische Staatsführung bezüglich der langfristigen Versorgung nicht sehr groß. Dies überrascht nicht, denn auch vor der für viele folgenschweren Entwertung privater Ersparnisse nach der Währungsreform drei Jahre zuvor hatte es keine Vorwarnung gegeben. In dieser Hinsicht schoss die durch die offizielle Propaganda hervorgerufene panikartige Beunruhigung am Ziel vorbei. Offenbar erschien vielen Menschen in der ČSR die propagierte heile Welt sozialer Sicherheit und eines gewissen Komforts erhaltenswert, allein in die Hände der Staatsführung wollten

373 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-1-59, 1956-11-6; ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 40ff, 7.11.1956.

374 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 89, 6.11.1956: *Bericht eines inoffiziellen StB-Mitarbeiters ("Javor") über die Aussagen eines Bauers in Děbolín*, 6.11.1956.

375 Pernes 1996, S. 519.

376 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-2-163, 1956-11-10.

377 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-1-48, 7.11.1956.

378 Heumos 2008, S. 417.

379 Die täglichen Abhebungen betragen nach Ausbruch des Ungarnaufstands in der ČSR zeitweise das Fünffache des vorherigen Durchschnitts ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 414ff, 3.11.1956; ähnlich: Pernes 1996, S. 519.

380 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 334ff, 7.11.1956.

381 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 414ff, 3.11.1956.

382 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19.

sie dieses Schicksal jedoch nicht legen. Wichtiger als die Systemfrage war für die meisten die eigene Existenzsicherung.

Positive Selbstwahrnehmung und Konformismus

Für die zurückhaltende Reaktion der tschechoslowakischen Bevölkerung auf den Ungarnaufstand und dessen Niederschlagung dürfte die Angst vor Repressionen eine eher untergeordnete Rolle gespielt haben. Sie tauchte in den zeitgenössischen Stimmungsberichten nur sehr vereinzelt auf.³⁸³ Viel häufiger finden sich dort Verweise auf die aktuelle Versorgungslage. Obwohl in dieser Hinsicht gewisse Zukunftsängste bestanden, zeigten sich die meisten Tschechen und Slowaken im November 1956 mit ihrem Lebensstandard relativ zufrieden. Diese Zufriedenheit war möglicherweise wichtiger als die propagandistischen und polizeilichen Abschreckungsmaßnahmen. Schließlich hatte es in der Phase härtester Strafverfolgung zwischen 1948 und 1953 in der ČSR deutlich mehr politische Aktivität in Form von Streiks und Protesten gegeben als zur Zeit der Ungarischen Revolution.³⁸⁴ Im Herbst 1956 ging es den meisten Tschechen und Slowaken eher um die eigene materielle Absicherung als um politische Veränderungen.

Wie aus den verfügbaren Zeugnissen über die Stimmung in der ČSR relativ klar hervorgeht, maßen die meisten Tschechen im Herbst und Winter 1956 ihre materielle Situation an der in den Nachbarländern, aber auch an den eigenen Vorerfahrungen. Dabei erschien den meisten die aktuelle Position offenbar relativ günstig. Sie sahen daher keine Notwendigkeit für bahnbrechende Veränderungen im eigenen Land und wollten den zufriedenstellenden Zustand auch nicht gefährden. Viele der Befragten thematisierten die nach ihrer Einschätzung großen Unterschiede im Lebensniveau zwischen der ČSR und Ungarn.³⁸⁵ Den Ungarnaufstand sahen sie als Folge der materiellen Unterversorgung im Nachbarland, das einem „Hinterherhinken“ gegenüber der ČSR gleichkomme.³⁸⁶ Über diese Auffassung in der ČSR berichteten auch Informanten von Radio Free Europe.³⁸⁷ Manche Tschechen fühlten sich nach dem Ungarnaufstand gerade wegen des Unterschieds im Lebensniveau zur materiellen Hilfe gegenüber Ungarn verpflichtet.³⁸⁸ Allerdings meldete das Innenministerium auch eine erhöhte Streikbereitschaft in mehreren Betrieben, nachdem zur Finanzierung der Ungarnhilfe höhere

383 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15 - Události v Polsku a Maďarsku - zprávy a poznatky, [Dezember 1956]; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19.

384 Heumos 2008, S. 423.

385 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 73ff, 31.10.1956.

386 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 88, 27.11.1956: *Bericht des informellen eines StB-Mitarbeiters ("Jiří") über die Meinung versch. Einwohner von Jindřichův Hradec zum Ungarnaufstand*, 27.11.1956; ähnliche Äußerungen aus Ústí n. L. beschreibt Blaive 2001, S. 300.

387 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 14, Nr. 4750/57, 20.8.1957.

388 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 431f, 4.11.1956.

Arbeitsnormen eingeführt worden waren.³⁸⁹ Doch auch dies zeigt, dass damals materielle Vorteile gegenüber politischen Motiven für viele Bürger der ČSR im Vordergrund standen.

Offenbar sorgte sich die Mehrheit der Tschechen und Slowaken vor allem um ihre Einkommen und die Konsumgüterversorgung. Ihr politisches Interesse an der Entwicklung in Ungarn und Polen war demgegenüber eher gering.³⁹⁰ Darauf verwiesen auch die tschechoslowakischen Gewerkschaftsvorstände der Nahrungsmittelindustrie. Demnach hätten genug Essen und Kleidung in der Tschechoslowakei für Ruhe und Ordnung gesorgt, während in Ungarn der Aufstand ausbrach.³⁹¹ Westliche Beobachter schlossen sich dieser Ansicht ebenfalls an: Sowohl die britische als auch die französische Botschaft in Prag lobten die reichhaltigeren Vorräte in den Geschäften und die höhere Qualität der Verbrauchsgüter.³⁹² Generell scheint Ende 1956 in der ČSR die Auffassung verbreitet gewesen zu sein, dass sich seit 1953 Grundversorgung, Löhne und Renten kontinuierlich verbessert hätten.

Diese positive Selbstwahrnehmung ging nicht nur auf entsprechende Propaganda zurück, sondern ihr standen durchaus reale Verbesserungen gegenüber.³⁹³ Wie aus den Einzelmeinungen hervorgeht, nahmen viele tschechoslowakische Bürger im Winter 1956 die Versorgungssituation vor dem Hintergrund früherer Erfahrungen wahr. Im Vergleich mit der Besatzungs- und Nachkriegszeit, aber auch mit den Jahren der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre bewerteten die meisten ihre aktuelle Lebenssituation als günstig.³⁹⁴ Verstärkt wurde diese positive Selbstwahrnehmung im Vergleich mit Ungarn. So lautete eine typische Meinung aus den geheimdienstlichen Situationsberichten: „Bei uns in der LPG wünscht sich niemand eine Situation wie in Ungarn.“³⁹⁵

In der Folge dieser Selbstzufriedenheit verhielten sich in den Wochen nach dem Ungarnaufstand die meisten tschechoslowakischen Bürger parteikonform. Dem lag vermutlich ein einfaches Risiko-Nutzen-Kalkül zugrunde. Es ging hauptsächlich darum, die eigenen Privilegien zu erhalten und bestehende Einschränkungen nicht zu verschärfen. Medien aus Ost und West hatten spätestens nach der militärischen Niederschlagung der Ungarischen Revolution klar gemacht, dass der Aufstand die Versorgungslage in Ungarn

389 Pernes 1996, S. 519–520).

390 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 88, 27.11.1956; Blaive 2001, S. 301.

391 VOA Praha, Nr. Fonds OS potraviny, Karton 23, 29.10.1956: *Parteigruppenplenium des Gewerkschaftsverbandes der Angestellten in der Nahrungsmittelindustrie, u.a. zum Ungarnaufstand*, 29.10.1956.

392 Public Record Office, Nr. Fonds 371, file 128448, Sig. NC 1011/1, 4.1.1957; Blaive 2001, S. 303–304.

393 Vgl. dazu den Abschnitt 2.2.3

394 Vgl. dazu exemplarisch ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 75, 25.10.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 434ff, 5.11.1956.

395 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 414ff, 3.11.1956 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H. L.).

deutlich verschlimmert hatte. Vor diesem Hintergrund ist es durchaus verständlich, dass beispielsweise die tschechoslowakischen Arbeiter ihre Privilegien nicht verspielen wollten. Um ihre Lohninteressen zu erreichen, genügten in der Regel Streikdrohungen; bei politischen Forderungen hätten sie mit Repressionen rechnen müssen.

Der Ungarnaufstand schien bestätigt zu haben, dass größere Initiativen zum Scheitern verurteilt sind. Laut einem zeitgenössischen „westlichen Experten“ dachten die Menschen in der ČSR im Winter 1956 daher eher darüber nach, wie sie sich am besten an die gegebene Situation anpassen könnten.³⁹⁶ Damit setzten sie im Prinzip die Strategie fort, die sie seit dem Sommer 1956 verfolgt hatten. Ein Beispiel waren die tschechoslowakischen Schriftsteller, die sich nach Protesten im April ab Juni 1956 ostentativ der verschärften Parteilinie unterordneten. Nach den Erinnerungen Pavel Kohouts verstärkte sich diese Tendenz unter dem Eindruck der Ungarischen Revolution und viele Intellektuelle unterwarfen sich einer Art freiwilligen Selbstzensur.³⁹⁷ Auf diese Weise konnten die meisten von ihnen in ihren Positionen verbleiben und ihren bisherigen Besitzstand wahren.

Ein ähnlich konformistisches Verhalten legte nach der Niederschlagung der Ungarischen Revolution die Mehrheit der böhmischen und slowakischen Geistlichen an den Tag. Laut Geheimdienstberichten äußerten sie sich zurückhaltend oder ablehnend zu den ungarischen Reformforderungen und dem sowjetischen Militärschlag. Viele verurteilten den Auftritt des ungarischen Kardinals Mindszenty, weil er durch seine regimefeindlichen Äußerungen den Spielraum der katholischen Kirche in den anderen sozialistischen Staaten beschränkt habe. Sie bezeichneten sein Verhalten als „taktisch unklugen Zug“ und unzulässigen „Eingriff in die Politik“.³⁹⁸ Auch dem Klerus ging es offensichtlich vorrangig um den Schutz der eigenen, auch materiellen Interessen.³⁹⁹

Besonders deutlich zeigte sich die konformistische Haltung nach der Niederschlagung des Ungarnaufstands unter den tschechoslowakischen Arbeitern. Sie verhielten sich in den meisten Fällen loyal gegenüber der Prager Parteiführung.⁴⁰⁰ Gegenüber westlichen Beobachtern hatten tschechoslowakische Fabrikarbeiter behauptet, die „Rechnung“ für Protestaktivitäten letztlich selbst bezahlen zu müssen.⁴⁰¹ Ihre Linientreue lag wohl auch an ihrer guten Integration in den Parteiapparat: Im Gegensatz zu Ungarn bestand die Mitgliederbasis der KSČ 1956 zu 70% aus Arbeitern. Diesen standen attraktive materielle

396 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19.

397 Kohout 2007, S. 14.

398 Haľko 2006, S. 83–84.

399 Die materielle Befürchtungen eines Pfarrers gehen aus Geheimdienerhebungen hervor: ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 338, 7.11.1956.

400 VOA Praha, Nr. Fonds OS školství, Karton 36, 25.10.1956; ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 75, 25.10.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 445, 7.11.1956.

401 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19.

Privilegien zur Verfügung, wie die Möglichkeit zur Lohnnivellierung.⁴⁰² Während ein großer Teil der alten Intelligenz hohe Posten verlassen musste, erhielten viele tschechoslowakische Arbeiter die Möglichkeit, in administrative Positionen des Parteiapparates, der Wirtschaft oder der Exekutivorgane aufzusteigen.⁴⁰³ Gemeinsam mit Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen dürfte diese soziale Mobilität die tschechoslowakische Arbeiterschaft an die zentralen Leitlinien der KSČ gebunden haben.

Die in der ČSR nach dem Ungarnaufstand sehr verbreitete konformistische Grundhaltung gehörte offenbar auch zum Selbstbild vieler Tschechen und Slowaken. Während manche sich dafür rechtfertigen wollten, bezeichneten einige „reaktionäre“ Gesprächspartner der StB-Agenten ihre tschechoslowakischen Landsleute mehr oder weniger direkt als Feiglinge, Dummköpfe und Opportunisten.⁴⁰⁴ Die insgesamt passive Reaktion der tschechoslowakischen Bevölkerung auf die Ungarische Revolution sollte daher nicht als Gleichgültigkeit missverstanden werden. Im persönlichen Umfeld formulierten durchaus viele Selbstkritik und eigene Reformhoffnungen. Pragmatische Überlegungen, die auf frühere Erfahrungen und die negative Wahrnehmung des Ungarnaufstands zurückgingen, überwogen jedoch in den allermeisten Fällen entsprechende Veränderungsimpulse.

Spezialfall: ungarische Minderheit in der Slowakei

Die Mitglieder der ungarischen Minderheit in der ČSR verfügten über andere Informationen zur Ungarischen Revolution und interpretierten diese auch vor einem anderen Erfahrungshintergrund. Zwar reagierten auch die in der Slowakei lebenden Ungarn nach dem Ausbruch des Ungarnaufstands meist passiv, oft aber aus anderen Gründen als ihre tschechischen und slowakischen Landsleute. Auch die ungarische Minderheit hatte in den Kriegs- und Nachkriegsjahren unangenehme Erfahrungen gemacht. Dazu gehörten aus Ungarn entsandte Beamte, die sogenannten Anyás, die während der ungarischen Besatzung der Südslowakei nicht nur die Slowaken, sondern auch die „Oberungarn“ diskriminierten.⁴⁰⁵ Zum anderen mussten in der Slowakei lebende Ungarn nach 1945 den erneuerten tschechoslowakischen Staat bald verlassen oder Assimilationsprogramme über sich ergehen lassen. Diese Erfahrungen führten einerseits dazu, dass die ungarische Minderheit der Volksrepublik Ungarn nicht vorbehaltlos positiv gegenüberstand. Andererseits hatte sie offenbar gelernt, sich verschiedenen zentralistischen Systemen unterzuordnen, gegen die Widerstand aussichtslos schien. Diese Ansicht vertraten ungarischsprachige Bauern, Pfarrer und Lehrer in der Slowakei sowie fast das gesamte

402 Heumos 2004.

403 Rupnik 1996, S. 537.

404 ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, 1.11.1956, ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Nr. Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 414ff, 3.11.1956; Blaive 2001, S. 302.

405 Sikora 1996, S. 75–76.

(freilich nur noch rudimentär vorhandene) ungarische Bürgertum in Košice und Bratislava. Die höhere ungarischstämmige Führungsschicht war nicht bereit, die Interessen der ungarischen Minderheit zu verteidigen. Vermutlich wollte sie ihre attraktiven Positionen nicht gefährden.⁴⁰⁶ In dieser Hinsicht unterschieden sich die Überlegungen der ungarischsprachigen Bevölkerung offenbar wenig von denen der tschechischen und slowakischen Landsleute, die ihre Privilegien ebenfalls nicht verlieren wollten und deshalb im Herbst 1956 auf Proteste verzichteten.

Neben dieser Passivität kollaborierten Vertreter der ungarischen Minderheit in der ČSR auch aktiv mit den kommunistischen Überwachungs- und Sicherheitsorganen.⁴⁰⁷ Dies soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sehr viele Angehörige der ungarischen Minderheit stillschweigend die Ungarische Revolution begrüßten. Sie zeigten sich stolz über die revolutionären Errungenschaften ihrer Verwandten im Nachbarland und deren internationalen Widerhall.⁴⁰⁸ Offenbar hofften sie, der Aufstand könnte auch ihre Situation in der ČSR verbessern. Über private Zustimmung und symbolische Gesten ging diese Verbundenheit jedoch nicht hinaus. Ohnehin ging es den in der Slowakei lebenden Ungarn eher um die Ausweitung ihrer Minderheitenrechte als um politisch-systemische Neuerungen.⁴⁰⁹ Auch sie warteten also nur auf eine Veränderung von außen und wagten es nicht, sich dafür aktiv zu engagieren. Letztlich überwog hier ebenfalls das eigene Sicherheitsbewusstsein, denn auch diese Bevölkerungsgruppe wusste offenbar die soziale und wirtschaftliche Versorgungslage in der ČSR zu würdigen. Durch ihren direkteren Zugang zu Informationen war ihr die besonders nach dem Aufstand dramatische Wirtschaftslage in Ungarn sehr bewusst.

2.4 Kapitelfazit

Die Ungarische Revolution einschließlich ihrer Eskalation im Oktober und November 1956 hatte also keine Vorbildfunktion für die tschechoslowakische Bevölkerung. Stattdessen scheint sich unter dem Eindruck der Krise im Nachbarland der Zusammenhalt des kommunistischen Herrschaftssystems in der ČSR gestärkt zu haben. Mit der tschechoslowakischen Tradition eines braven Soldaten Schwejk lässt sich die passive Reaktion der meisten Tschechen und Slowaken wohl kaum begründen, auch wenn dies zeitgenössische Beobachter aus dem Westen versuchten.⁴¹⁰ Zwar war diese Vorstellung Ende 1956

406 Attila 2006, S. 51.

407 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956, S. 132–133 1993.

408 Blaive 2001, S. 297–299; Attila 2006, S. 41; 51.

409 Attila 2006, S. 44; Die Parteiführung erkannte dies und machte es sich zunutze (Haľko 2006, S. 86).

410 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19; Kusin 2002, S. 27.

auch Teil des tschechoslowakischen Selbstverständnisses, doch die Untersuchung der politischen Präventivmaßnahmen in Verbindung mit bestehenden Interpretationsmustern ergibt ein differenzierteres Bild.

Demnach waren die wesentlichen Ursachen für die innenpolitische Stabilität in der Tschechoslowakei eng verbunden mit den im ersten Kapitel benannten Rahmenfaktoren: Bereits vor dem Ausbruch der Ungarischen Revolution herrschte in der Tschechoslowakei eine Atmosphäre, in der sich keine breite Protestbewegung entwickeln konnte. Erstens waren innerhalb der stabilen und rigiden politischen Strukturen umfassende Veränderungen nicht möglich. Zweitens erachteten viele tschechoslowakische Bürger weitreichende Reformen nicht als notwendig. Diese Wahrnehmung verstärkte sich nach der Niederschlagung des Ungarnaufstands im November 1956, als die Konsequenzen eines Aufbegehrens noch weniger in einem sinnvollen Verhältnis zu möglichen Verbesserungen standen. Dieses Kalkül beruhte auf Erwartungshaltungen, die sich aus den verfügbaren Informationsquellen, historischen Erfahrungen und ländervergleichenden Beobachtungen ergaben.

Die kommunistische Parteiführung bemühte sich mit großem Aufwand, solche Erwartungen und damit auch die Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung zu beeinflussen. Vor einer Mobilisierung wie in Ungarn hatte sie Angst und informierte sich deshalb genau über den Verlauf und die Entstehung der dortigen Reformbewegung. Die verfügbaren Informationen schürten ihr Misstrauen gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen. Zum Teil überstiegen die Ängste führender Kommunisten das Szenario eines Machtverlustes; einige fürchteten um Leib und Leben. Daher bemühten sich die tschechoslowakischen Funktionäre mit einer aktionistischen Außenpolitik indirekt gegen die revolutionäre Bewegung in Ungarn vorzugehen. Diese Maßnahmen stießen bei den dortigen Aufständischen auf breite Ablehnung und Antipathie und bewirkten daher das Gegenteil.

Im Inland erfüllten sie jedoch ihre Zielsetzung: Für die innenpolitische Strategie der tschechoslowakischen Führung spielte die inländische Interpretation der ungarischen Ereignisse eine entscheidende Rolle. Sie basierte auf einer relativ breiten und zuverlässigen Informationsgrundlage, die Politbüro und Zentralkomitee der KSČ jedoch selektiv rezipierten: Sie ignorierten die stalinistische Politik Rákosis und Gerő's als wesentliche Auslöser der ungarischen Reformbewegung und sahen daher auch keinen Anlass für Selbstkritik in den eigenen Reihen. Vielmehr zeigte sich die KSČ-Führung in ihrer neo-stalinistischen Linie bestätigt, zu der sie nach kurzem Wanken bereits im Juni 1956 zurückgekehrt war.

In ihrer Ursachenanalyse zur Ungarischen Revolution konzentrierten sich die Spitzenvertreter der KSČ auf die ideologischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die zur Entstehung eines revolutionären Klimas beigetragen hatten. In diesen drei Bereichen setzte auch ihre umfangreiche Präventivstrategie der tschechoslowakischen Führung an: Ideologische Zuverlässigkeitsprüfungen und Säuberungen fanden in nahezu allen größeren Organisationen statt, vor allem in den Zeitungsredaktionen und den

Exekutivorganen. Große Teile des Militärs und der gesamte Sicherheitsapparat wurden mobilisiert, um innere und äußere Regimegegner aufzuspüren und Protestaktionen im Keim ersticken zu können. Gleichzeitig beschloss die KSČ-Führung wirtschaftliche und soziale Erleichterungen, darunter umfangreiche Preissenkungen und Rentenerhöhungen. Diese Maßnahmen flossen in eine umfassende Propagandakampagne ein, die gezielt auf bestehende Ängste und Hoffnungen der tschechoslowakischen Bevölkerung anspielte.

Auf die Eskalation des Ungarnaufstands reagierte der tschechoslowakische Staats- und Parteiapparat schnell und effektiv. Berichte und Analysen der verschiedenen Ministerien, insbesondere des Außen- und Innenministeriums, fanden umgehend Eingang in die exekutive und mediale Sicherheitsstrategie. Dies zeigen Diskussionen auf höchster Ebene, deren Ergebnisse sich über die zentralisierten Kommunikationskanäle in allen Lebensbereichen niederschlugen.

Die KSČ-Führung war über den plötzlichen Ausbruch in Ungarn überrascht und konnte nur deshalb so koordiniert reagieren, weil bereits nach der Währungskrise von 1953 entsprechende Einsatzpläne ausgearbeitet worden waren. Zudem befand sich der tschechoslowakische Sicherheitsapparat bereits seit Mitte Oktober 1956 wegen der Entwicklung in Polen in Alarmbereitschaft. Daher konnte innerhalb kürzester Zeit ein Krisenstab in Bratislava entstehen, der neben propagandistischen und militärischen Aufgaben auch die schwierige Rekrutierung ungarischsprachiger Agenten übernahm.

Während sich die grenzüberschreitende, auf die ungarischen Rebellen gerichtete Propaganda als völlig kontraproduktiv erwies, erscheint die inländische Informationspolitik der KSČ rückblickend relativ erfolgreich. Dabei konzentrierten sich die zentralisierten Massenmedien in der ČSR im November 1956 auf drei vermeintliche Hauptursachen des Ungarnaufstands: Sie geißelten die liberalistischen und „revisionistischen“ Strömungen der ungarischen Partei und Gesellschaft; ihre Verfechter inszenierten sie als bestialische Gewalttäter; gleichzeitig betonten sie die Mangelversorgung in Ungarn gegenüber der Versorgungslage in der ČSR. Ein weiterer Schwerpunkt der tschechoslowakischen Propaganda war die unerschütterliche Partnerschaft mit der Sowjetunion. Diese Rahmenkonzepte zielten auf das Schutz- und Sicherheitsbedürfnis vieler Tschechen und Slowaken ab, das nach hinreichenden Erfahrungen mit Krieg und Versorgungsengpässen sehr ausgeprägt war. Außerdem aktivierten sie ältere Vorurteile gegenüber Ungarn, von denen auch die ungarische Minderheit in der ČSR nicht ausgespart blieb.

Obwohl die tschechoslowakischen Medien wider besseres Wissen markante Falschmeldungen verbreiteten, war die Propaganda über den Ungarnaufstand 1956 wirksam, da sie sich zu großen Teilen mit der Selbstwahrnehmung der tschechoslowakischen Bevölkerung deckte. Gleichzeitig kompromittierten sich die Westmedien als wichtigste Herausforderer des kommunistischen Informationsmonopols, indem sie leere Versprechungen und haltlose Gerüchte über die innere Situation in der ČSR verbreiteten. Dagegen orientierten sich die staatlichen Medien in der ČSR an den Alltagswahrnehmungen der tschechoslowakischen Bevölkerung. Sie verstärkten und beeinflussten die Gegenwarts-

und Zukunftserwartungen vieler Menschen, indem sie Lohnerhöhungen anpriesen oder Kriegstraumata in Erinnerung riefen. Bei der Darstellung von Gewaltexzessen während des Ungarnaufstands glichen sich die westlichen und tschechoslowakischen Informationsquellen oft ungewollt, was die abschreckende Wirkung verstärkt haben dürfte.

Viele der medienvermittelten Interpretationsmuster waren Bestandteil der Bevölkerungsmeinung in der ČSR. Auch wenn es darüber im Herbst und Winter 1956 keine repräsentativen Umfragen gab, sagen die Stimmungsberichte westlicher und geheimdienstlicher Provenienz gemeinsam mit den Beobachtungen von Zeitgenossen und den Erinnerungen von Zeitzeugen viel über die damals verbreiteten Meinungsbilder aus. Im Vordergrund standen demnach Ängste vor einem Gewaltausbruch wie in Ungarn. Diese förderten eine Hinwendung zu den staatlichen und sowjetischen Autoritäten, die Schutz versprachen. Hinzu kamen pragmatische Überlegungen zur Sicherung gesellschaftlicher Privilegien und des bisherigen Lebensstandards.

Die Mehrheit der tschechoslowakischen Bevölkerung war mit ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lebenssituation offenbar zufrieden und sah keinen wesentlichen Anlass zu Protesten, die – wie in Ungarn – auch das Gegenteil bewirken konnten. Denn an der Beständigkeit der kommunistischen Parteidiktatur zweifelten in der ČSR damals die wenigsten. Selbst kritische Geister resignierten vor der verbreiteten Auffassung, dass die politische Ordnung der ČSR und die geopolitische Machtverteilung unabänderlich seien. Der ungarische Reformversuch war für sie ein eindrucksvoller Präzedenzfall, der deutlich machte, wie wenig selbst Zehntausende gegen die sowjetisch unterstützte Einparteiensherrschaft ausrichten konnten. Vor diesem Interpretationshintergrund wurde das propagandistische Schema der Einheit zwischen Volk und Partei in der ČSR im Herbst und Winter 1956 zur selbsterfüllenden Prophezeiung.

Die Passivität der tschechoslowakischen Bevölkerung im Herbst 1956 war also längst nicht nur kulturell verankerte Reformfeindlichkeit. Vielmehr ging sie auf alltägliche Erwartungshaltungen zurück, die auf älteren Erfahrungen und der Wahrnehmung des Ungarnaufstands beruhten. Mit dem Einsatz eines umfangreichen Kontrollsystems sowie einer militärischen und medialen Droh- und Schutzkulisse gelang es der tschechoslowakischen Staatsführung, diese Muster zu verstärken. Breitere Sympathien für die ungarische Reformbewegung kamen daher in der ČSR nicht auf – mit wenigen Ausnahmen, vor allem innerhalb der ungarischen Minderheit. Die meisten Tschechen und Slowaken zeigten sich über die Eskalation in Ungarn schockiert und folgten kurzfristigen Eigeninteressen. Parteimitglieder, Arbeiter, Intellektuelle und Kirche scharten sich um die kommunistische Partei der Tschechoslowakei, die wiederum Moskaus Unterstützung genoss. Die KSČ-Führung nutzte diesen Konformismus, um unter dem Eindruck des Ungarnaufstands die Zügel fester anzuziehen. In dieser Hinsicht bewirkte die Ungarische Revolution nicht nur im eigenen Land, sondern indirekt auch in der Tschechoslowakei einen langjährigen Rückfall in reformfeindliche Muster.

Kapitel 3

Ungarische und tschechoslowakische Reformdynamik der sechziger Jahre

Das vorliegende Kapitel befasst sich schwerpunktmäßig mit den Reformprozessen der sechziger Jahre in Ungarn und der ČSSR, die 1968 im Prager Frühling und im ungarischen *Neuen Ökonomischen Mechanismus* gipfelten. Analog zum ersten Kapitel greift es die Grenzen und Möglichkeiten für Reformen in beiden Ländern auf. Damit geht es der Frage nach, welche Faktoren für die unterschiedliche Reformdynamik in Ungarn und der ČSSR verantwortlich waren. Dies geschieht in Form einer komparativen Gegenüberstellung, die sich an den Hauptlinien der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in den sechziger Jahren orientiert. Ein Detailvergleich betrachtet strukturelle Möglichkeiten und die gesellschaftliche Bereitschaft für Reformen in beiden Ländern. Dabei kommen erneut die drei aus dem ersten Kapitel bekannten Kategorien zur Anwendung: Möglichkeiten der politischen Veränderung; Organisationsstrukturen; intrinsische Beweggründe. Diese binationale Gegenüberstellung krisenauslösender und stabilisierender Faktoren berücksichtigt die Erfahrungen der ungarischen Krise von 1956, die in vielen Punkten die spätere Reformbereitschaft beeinflusste.

3.1 Kommunistische Restaurations- und Stabilisierungspolitik nach 1956

Die Sozialismusreformen der sechziger Jahre spielten sich im Kontext der blockinternen Entwicklung nach 1956 ab. Der Schritt von der ungarischen Revolution im Jahr 1956 zum tschechoslowakischen Reformprozess von 1968 erscheint dabei zunächst groß. Doch die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung seit den späten fünfziger Jahren verband beide Reformversuche miteinander. Ihre Hauptlinien sollen daher in einem kurzen Zwischenschritt der folgenden Gegenüberstellung vorangestellt werden.

3.1.1 Blockpolitischer Kontext 1956-1961

Von der schweren internationalen Krise der Ungarischen Revolution und ihrer Niederschlagung erholte sich der Ostblock nur langsam. Die gewaltsame Konfrontation mit Tausenden von Toten und Verletzten erschütterte nicht nur Ungarn, sondern den gesamten sowjetischen Machtbereich. Nachdem die Moskauer Führung unter Chruščev durch ihren Einmarsch in Ungarn deutlich gemacht hatte, dass sie kein Ausscheren aus

dem sozialistischen Lager dulden würde, versuchte sie nun durch Zugeständnisse an die Bündnisstaaten ihr schwer beschädigtes internationales Image zu verbessern. Teil dieser Strategie war der Truppenabzug aus Rumänien.¹

Auch die Verzögerung von Nagys Gerichtsverfahren fiel in diesen Bereich. Es fand schließlich erst im Juni 1958 statt, als sich die Lage in Mittel- und Osteuropa bereits wieder einigermaßen stabilisiert hatte. Dennoch bestanden weiterhin internationale Verwerfungen wegen des Nagy-Prozesses und der völkerrechtlich weiterhin ungeklärten Frage des Einmarsches in Ungarn.²

Auch blockintern gab es zum Teil schwere diplomatische Irritationen. So verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion wieder und die stalinistische Führung Rumäniens unter Gheorghiu-Dej lehnte die aus Moskau geforderte Entstalinisierung ab. Zudem begab sich die Moskauer Führung in eine Auseinandersetzung mit China und dem ihm ideologisch nahestehenden Albanien, die beide eine stalinistisch inspirierte Politik betrieben und der Sowjetunion „Revisionismus“ vorwarfen. Wegen dieser Spannungen war die Moskauer Führung vermehrt auf die Unterstützung der anderen, im sowjetischen Lager verbliebenen Bündnisstaaten angewiesen. Deren Spielräume erhöhten sich daher bis Mitte der sechziger Jahre: Die kommunistischen Führungen Ungarns und der Tschechoslowakei (ebenso wie die der DDR und Polens) schlugen innenpolitisch eigene Wege ein, gingen dabei aber nie so weit wie Rumänien oder Albanien. Vielmehr orientierten sie sich an der zaghaften Reformpolitik im wirtschaftlichen Bereich in der Sowjetunion selbst.³ Sie sollte den zunehmenden Wohlstandsunterschied zwischen Ost und West verringern und den Lebensstandard in den Warschauer-Pakt-Staaten erhöhen. Beflügelt durch den erfolgreichen Start des Sputnik-Satelliten am 4. Oktober 1957 sagte Chrusčev unter dem Motto „überholen ohne aufzuholen“ voraus, in den achtziger Jahren das Lebensniveau der USA und anderer kapitalistischer Volkswirtschaften übertroffen zu haben.⁴ Für diese Pläne erhielt der sowjetische Parteichef im Oktober 1961 mehrheitliche Unterstützung auf dem XXII. Parteitag der KPdSU.⁵

Der Moskauer Parteitag leitete neben Wirtschaftsreformen auch eine zweite Welle der Entstalinisierung ein, der sich auch die neostalinistischen Parteiführer der mitteleuropäischen Bündnisstaaten nicht mehr entziehen konnten.⁶ Das betraf neben der DDR vor allem die Tschechoslowakei und Ungarn, deren politische Führungen nach der Erschütterung vom Oktober/November 1956 einen konsequenten Kurs der Machtkonsolidierung verfolgt hatten.

1 Berend 1996, S. 127.

2 Felkay 2003, S. 82.

3 Berend 1996, S. 126–131.

4 Tóth 2005, S. 602–603.

5 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 380.

6 Hoensch 1992, S. 159.

3.1.2 Kádárs Restaurations- und Versöhnungskurs bis 1963

Die Ausgangssituation für János Kádárs restaurierte kommunistische Regierung war unmittelbar nach der blutigen Niederschlagung der Ungarischen Revolution denkbar ungünstig. Seit November 1956 befand sich über mehrere Monate der gesamte Staatsapparat in einem chaotischen Zustand.⁷ Die gesellschaftliche Unterstützung der von Moskau eingesetzten ungarischen Führung war extrem gering. Abgesehen von den sowjetischen Truppen gab es in Ungarn keine funktionierende Exekutive und nur eingeschränkt öffentliche Kommunikationsmittel.⁸ Das Legitimationsvakuum, in dem sich die neu gegründete Kommunistische Partei (nun MSzMP) in Ungarn im November 1956 befand, zeigte sich eindrucksvoll in den Mitgliederzahlen, die von mehreren Hunderttausend auf 40.000 gesunken waren.⁹ Umso erstaunlicher sind die schnellen Erfolge Kádárs: Schon im Januar 1957 gelang es ihm knapp 100.000 neue Mitglieder zu rekrutieren und im weiteren Jahresverlauf waren es sogar 400.000.¹⁰ Allerdings gehörten zu den Rückkehrern viele ehemalige Stalinisten, die vor der Revolution selbst politische Gegner Kádárs gewesen waren.¹¹ Entsprechend gestaltete sich in den Folgemonaten auch die politische Linie der ungarischen Staatspartei.

Neben institutionellen Fragen stand die Kádárregierung im Winter 1956/57 vor enormen versorgungstechnischen Herausforderungen. Die Straßenkämpfe und das schwere Geschütz hatten große Teile der Infrastruktur zerstört und in vielen Großbetrieben verweigerten oder verzögerten die Menschen die Arbeit. Von ebenfalls verheerender volkswirtschaftlicher Bedeutung war die Massenflucht, die bis Februar 1957 anhielt. Unter den über 200.000 Bürgerinnen und Bürgern Ungarns, die das Land verließen, befanden sich viele berühmte Wissenschaftler, Künstler und Sportler und Studenten, aber auch frühere Parteimitglieder. Ihre Abwanderung hinterließ eine spürbare Lücke in der ungarischen Sozialstruktur.¹² Zudem erzählten die ungarischen Flüchtlinge im Westen von ihren Erfahrungen. Dies verschärfte die dortige Ablehnung gegenüber der neuen Führung, die sich außerhalb des Warschauer Bündnisses internationaler Isolation ausgesetzt sah.¹³

Im Januar 1957 deutete das neue ungarische Parteiplenum die revolutionären Ereignisse vom Herbst 1956 offiziell als „Konterrevolution“ um. Demnach hatte es sich bei dem Aufstand um eine geplante Aktion gehandelt, die durch den Führungsstil Rákosis,

7 Tóth 2005, S. 598–599.

8 Ebenda, S. 594.

9 Gosztony 1999, S. 504; Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 526.

10 Grothusen 1987, S. 158; Kontler 1999, S. 435.

11 Tóth 2005, S. 599.

12 Ebenda, S. 596.

13 Felkay 2003, S. 79–82.

sektiererische Tätigkeit innerhalb der Partei und die Aktivitäten reaktionärer und imperialistischer Kräfte im In- und Ausland verursacht worden sei.¹⁴ Zum personifizierten Symbol dieser Tragödie wurde Imre Nagy erklärt, dessen Name als Inbegriff der Systemgefährdung in den offiziellen Diskurs der Kádárära einging.¹⁵ Mit seiner Hinrichtung im Juni 1958 verschärfte sich die in- und ausländische Ablehnung der Kádárführung.

Mittelfristig zeitigten die energischen Bemühungen, den Aufstand und seine Folgen zu de-historisieren und aus dem allgemeinen Bewusstsein zu drängen, jedoch immerhin oberflächliche Erfolge. Sie waren Teil einer Konsolidierungsstrategie, die Kádár im März 1957 mit politischen Vertretern der Sowjetunion festlegte. Sie beinhaltete ein ausdrückliches Bekenntnis zum Kommunismus und zur Sowjetunion bei gleichzeitiger Abkehr von einer dogmatischen Linie Rákosis. In der Propaganda der neuen ungarischen Führung sollten alle Spuren der Ungarischen Revolution verschwinden. Nach diesem Kriterium wurden Massenorganisationen gesäubert und die Arbeitermiliz gestärkt.¹⁶ Gleichzeitig sollten mittelfristig kleinere Lockerungen in vielen Lebensbereichen die gesellschaftliche Ablehnung der neuen Staatsführung relativieren. Außerdem bemühte sich Kádár um eine symbolische Autonomie gegenüber der Sowjetunion.¹⁷

Die frustrierende Niederlage des ungarischen Befreiungskampfes blieb in der Erinnerung vieler Ungarn jedoch ein ständiger Begleiter und machte es der neuen Staatsführung schwer, sich zu etablieren. Die ungarische Parteiführung versuchte daher in den ersten Monaten nach der sowjetischen Besatzung zunächst, jedes Wiederaufkeimen der revolutionären Bestrebungen zu ersticken. Dazu gehörten gezielte Verhaftungen und Hinrichtungen, die zunächst die sowjetischen Besatzer und dann die neu formierten ungarischen Exekutiveinheiten selbst übernahmen.¹⁸ In mehreren Phasen eliminierten sie zwischen April 1957 und Frühjahr 1959 praktische alle Reste des Widerstands. Erst 1963 endete der Terror gegen die an der Revolution Beteiligten und ihre Angehörigen.¹⁹ Dennoch hatten die Jahre dauernden Repressalien eher exemplarischen Charakter.²⁰ Denn eine flächendeckende Strafverfolgung war schon aus Kapazitätsgründen nicht möglich. Außerdem erkannte die ungarische Parteiführung, dass sie auf einen Minimalkonsens mit der Bevölkerung angewiesen war, den sie nicht allein durch Gewalt erreichen konnte. Die Verfolgungskampagne konzentrierte sich daher auf ausgewählte Zielgruppen und oppositionelle Organisationsstrukturen, so etwa gegen die mächtigen Arbeiterräte.²¹ Dennoch erreichten die Zwangsmaßnahmen ungeheure Ausmaße:

14 Bercz 1964, S. 15.

15 Békés & Byrne et al. 2002, S. 370.

16 Gosztony 1999, S. 505.

17 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 526; Klimó 2008, S. 112.

18 Kósa & Valuch et al. 2000; Tóth 2005, S. 595–596; Okváth 1999, S. 486–487.

19 Péteri 2002, S. 128–129; Litván & Bak et al. 1996, S. 135–137; Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 372–373.

20 Tóth 2005, S. 598.

21 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 372.

Arbeitsverbote, willkürliche Verhaftungen und Urteile, Standrecht, Arbeitslager und Folter.²² Die psychologische Wirkung der Repression war beträchtlich, denn fast jeder Ungar kam persönlich oder als Verwandter mit den staatlichen Gewaltmaßnahmen in Kontakt.

Die Verfolgungsjagd auf Konterrevolutionäre wirkte sich auch auf die Organisations- und Personalstruktur des öffentlichen Lebens aus. Nachdem sie die revolutionären Organe einschließlich des Schriftstellerverbands verboten hatte, gründete die neue Staatsführung eigene Gewerkschaften und Verbände.²³ Die Jagd auf „Revisionisten“ erreichte marxistische Philosophen, Wissenschaftler und Pädagogen, wenn sie keine öffentliche Selbstkritik übten.²⁴ Dagegen wehrten sich vor allem die ungarischen Schriftsteller. Sie zeigten sich mit ihren verhafteten Kollegen solidarisch und verweigerten zwischen 1957 und 1958 jegliche literarische Aktivität.²⁵ Um dem entgegenzuwirken, entschied der ungarische Kulturminister György Aczél, die still protestierenden Autoren mit größeren Gestaltungsfreiheiten und anderen Zugeständnissen zurück ins ungarische Literaturleben zu locken.²⁶

Allerdings kehrten ab April 1958 auch viele ungarische Stalinisten aus dem sowjetischen Exil zurück. Diese übernahmen Posten in staatlichen Kulturinstitutionen, die nach den Säuberungen frei geworden waren. Andere besetzten frei werdende Ämter im Verwaltungs-, Polizei- und Armeeapparat.²⁷ Im Frühsommer 1958 folgten gemäß Chruščevs „antirevisionistischer“ Leitlinie weitere Vergeltungsmaßnahmen, die ihren Höhepunkt im Juni 1958 mit der Hinrichtung Imre Nagys und anderer sogenannter Hauptschuldiger erreichten.²⁸

Auch die Kirchen hatten unter Repressalien zu leiden, als zwischen 1957 und 1958 zahlreiche Priester ihre Ämter unter fadenscheinigen Vorwänden verloren oder inhaftiert wurden. Ihre Posten wurden – wie bereits zu Zeiten Rákosis – mit regimetreuen Repräsentanten besetzt.²⁹

Nach kurzfristigen Erleichterungen in der Agrarpolitik folgte Ende 1958 eine weitere Welle der Enteignung, die eine weitere Zentralisierung des Wirtschaftssystems ermöglichen sollte. Nach massivem psychologischem Druck war bis 1961 die Kollektivierung der ungarischen Landwirtschaft abgeschlossen.³⁰

22 Zur genaueren Orientierung über das Ausmaß der jahrelangen Vergeltungskampagne sei auf die einschlägige Literatur verwiesen: Okváth 1999; Kiss 2006; Rainer 2005.

23 Tóth 2005, S. 599.

24 Szabari 2005, S. 663; Grebing 1977, S. 206; Békés & Byrne et al. 2002, S. 375.

25 Cseh & Kalmár et al. 1999, S. 83–84; Kósa & Valuch et al. 2000.

26 Oikari 2002, S. 148–149.

27 Hoensch 1996, S. 230; Tótkés 1998, S. 451.

28 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 374.

29 Tóth 2005, S. 596–597; Kósa & Valuch et al. 2000.

30 Rainer 2005, S. 8; Tótkés 1998, S. 43.

Obwohl diese Jahre der Einschüchterung und Verfolgung zu den dunkelsten Kapiteln der ungarischen Kommunismusgeschichte gehörten, waren die Repressionen sehr viel gezielter als jene der frühen fünfziger Jahre. Deshalb blieb ein relativ großer Kreis der an der Revolution Beteiligten von direkten Konsequenzen verschont; doch Kádárs Terror gegen exponierte Einzelpersonen wirkte äußerst abschreckend.³¹ Es handelte sich um eine pragmatische Kampagne, denn als klar war, dass die ungarische Gesellschaft vor den Repressalien kapituliert hatte, wurden schrittweise Internierungslager und Volksgerichte abgeschafft. Nach Geheimverhandlungen mit den USA im März 1963 endete die Vergeltungswelle.³² Viele wegen ihrer Beteiligung an der Ungarischen Revolution Verhafteten wurden amnestiert und andere Mittel der Herrschaftssicherung traten in den Vordergrund.

Die vorübergehende Wiedereinführung stalinistischer Methoden hatte die Legitimation der ungarischen Führung weiter geschwächt. Um zumindest die passive Akzeptanz der Bevölkerung zu erhalten, bemühte sich die restaurierte kommunistische Führung in Ungarn um symbolische und materielle Zugeständnisse.³³ Auch dem lag ein gewisser Pragmatismus zugrunde: So konnte etwa der Staatsapparat nicht ohne intellektuelle Spitzen existieren, die wiederum fast alle am Ungarnaufstand beteiligt gewesen waren. Massenhafte Abwanderung blieb bis Ende der fünfziger Jahre ein Problem, das verschärfte Grenzsicherungen allein nicht unterbinden konnten.³⁴ Daher versuchte die MSzMP-Führung zunehmend auch reformistische Intellektuelle für sich zu gewinnen, indem sie auf Indoktrination zunehmend verzichtete. Insgesamt stand nun die Lösung praktischer Probleme im Vordergrund, während ideologische Vorgaben nur formaler Rahmen blieben.³⁵

Außerdem distanzierte sich Kádár von Rákosis und Gerós Politik und propagierte einen „Kampf an zwei Fronten“: Sowohl stalinistische als auch „revisionistische“ Extreme sollten gleichermaßen aus der ungarischen Politik verschwinden.³⁶ In einem symbolischen Akt ließ Kádár den in der Bevölkerung immer noch verhassten Rákosi und dessen Gesinnungsgenossen 1957 offiziell aus der Partei ausschließen. 1962 verweigerte er ihm öffentlich die Rückreise aus dem sowjetischen Exil. Auch Innen- und Justizministerium wurden „entstalinisiert“.³⁷ Um Reminiszenzen an die Herrschaftspraxis der frühen fünfziger Jahre zu vermeiden, fanden viele der politischen Prozesse zwischen 1957 und 1963 unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, wobei es exemplarische Ausnahmen gab.³⁸

31 Bán 1992, S. 24; Rainer 2005, S. 11.

32 Okvách 1999, S. 499–500.

33 Rainer 2005, S. 12.

34 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 527.

35 Bernhard 2005, S. 11; Rainer 2005, S. 7; ausführlich zu diesem Komplex Kalmár 1998.

36 Hoensch 1996, S. 227.

37 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 526; Tóth 2005, S. 602.

38 Gosztony 1999, S. 507–508.

Außerdem wurden 1959/60 viele politische Gefangene entlassen, die laut offiziellem Urteil an der Revolution nur marginal beteiligt gewesen waren.³⁹

Damit besänftigte Kádár einen Teil der resignierten Bevölkerung. Ein weiterer Schritt in diese Richtung bestand in der Verbesserung der Versorgungslage, die neben dem Scheitern der Revolution und den folgenden Repressionen eine weitere Quelle gesellschaftlicher Unzufriedenheit war. Als eine der ersten Erleichterungen stiegen die Durchschnittslöhne in Ungarn zum Jahreswechsel 1956/57 um 18 Prozent.⁴⁰ Wenig später wurde die Kinderlosensteuer abgeschafft und der kommerzielle Vertrieb von Autos ermöglicht.⁴¹ Zwangsabgaben in der landwirtschaftlichen Produktion wurden ausgesetzt und Begrenzungen für die private Landbewirtschaftung verringert.⁴² Niedrigere Militärausgaben sowie sowjetische und zum Teil tschechoslowakische Wirtschaftshilfe sollten diese Zugeständnisse finanzieren.⁴³

Diese Unterstützung war seinerzeit überlebenswichtig, konnte jedoch keine mittel- und langfristige Grundlage für die ungarische Versorgungspolitik sein. Außerdem verstärkte sie die Abhängigkeit von der Sowjetunion. Kádárs neue Regierung entschied daher bereits im Dezember 1956, einige Reformideen Nagys wiederzubeleben: Finanzielle Anreize und Expertenwissen sollten Arbeitsproduktivität und Lebensstandard anheben.⁴⁴ Der entsprechend konzipierte Dreijahresplan von 1958 vermochte die wirtschaftlichen Folgewirkungen des Ungarnaufstands jedoch kaum zu entschärfen. Deshalb verabschiedete das ungarische Zentralkomitee im September 1961 einen neuen Fünfjahresplan, der auch die chemische Industrie und den Maschinenbau stärker berücksichtigte. Gleichzeitig sollten innerbetriebliche Anreizsysteme die Mitarbeiterinitiative erhöhen.⁴⁵ Die vom sogenannten Varga-Komitee 1957 vorgeschlagene Totalreform erhielt jedoch keine parteiliche Unterstützung, weshalb das ambitionierte Vorhaben einer nachhaltigen Produktivitätssteigerung der ungarischen Wirtschaft bis Mitte der sechziger Jahre in den Kinderschuhen stecken blieb.⁴⁶

Nicht zuletzt, weil die Ressourcen für materielle Zugeständnisse begrenzt waren, kam die restaurierte kommunistische Führung in Ungarn der Bevölkerung auch in anderen

39 Unter den bekannten Freigelassenen befanden sich u.a. Ferenc Donáth, Zóltan Tildy und die Schriftsteller Tibor Déry und Gyula Háy (Hoensch 1996, S. 233).

40 Irmanová 1998, S. 43.

41 [Http://www.kakanien.ac.at/beitr/wende/GMajtenyi1.pdf](http://www.kakanien.ac.at/beitr/wende/GMajtenyi1.pdf) (Zugriff: 22.07.2008).

42 Hoensch 1996, S. 229.

43 Tóth 2005, S. 600; vgl. dazu auch die Tabelle über Hilfsleistungen aus verschiedenen Ländern in Felkay 2003, S. 81.

44 Vgl. dazu die Resolution der ungarischen KP (MSzMP) im Dezember 1956, abgedruckt in Vass & Ságvári 1979, S. 22; eine ausführliche Diskussion der internen Personalfragen bei György 2002. Zu den wirtschaftswissenschaftlichen Reformkonzepten in Ungarn vgl. Péteri 2001 und Varga 2001, S. 61.

45 Hoensch 1996, S. 235–236; ausführlich zu den verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen Reformkonzepten ungarischer Ökonomen zwischen 1953 und 1956 vgl. Péteri 2001.

46 Romsics 2007 formulierte diesen Sachverhalt treffend: „So when it comes to drawing a balance of the first post-revolutionary attempt at reform, the mountains went into labour and produced a mouse.“

Bereichen entgegen. Sie setzte vor allem auf Konzessionen die politisch zweitrangig, im Alltagsbewusstsein jedoch sehr präsent waren. Beispielsweise wurden Ostermontag und die Weihnachtstage und (mit Einschränkungen) der Jahrestag der 1848er Revolution wieder zu offiziellen Feiertagen erklärt.⁴⁷ Außerdem bemühte sich Kádár, die mit dem sowjetischen Einmarsch verletzten Nationalgefühle zu besänftigen. Seine uneingeschränkte Kooperationsbereitschaft gegenüber Moskau versuchte er öffentlich herunterzuspielen.⁴⁸ Gleichzeitig kehrte der traditionelle Religionsunterricht als Wahlfach in die Schulen zurück und anstatt des früheren Pflichtfachs Russisch konnte eine andere Fremdsprache gewählt werden.⁴⁹ Von ähnlichen Liberalisierungen profitierte das ungarische Kulturleben. So konstatierte im August 1957 der Kulturminister Áczel, dass die Partei zwar sozial-realistische Kunst- und Literaturformen fördere, nun aber auch andere nicht-realistische Richtungen zulasse, sofern sie nicht direkt gegen die kommunistische Ordnung gerichtet seien.⁵⁰ Einige dieser Konzessionen nahm Kádár wieder zurück, nachdem er auf parteilicher Ebene und gegenüber der Bevölkerung seine Machtposition konsolidiert hatte. Prinzipiell blieben er und seine Regierung diesem Kurs der wirtschaftlichen und kulturpolitischen Teilliberalisierung jedoch treu, der Mitte der sechziger Jahre seinen Höhepunkt erreichte.

Schon vorher schien die postrevolutionäre Stabilisierungspolitik in Ungarn ihre Ziele erreicht zu haben: Die MSzMP verfügte Anfang der sechziger Jahre wieder über mehr als 800.000 Mitglieder; die ungarische Landwirtschaft befand sich 1961 fast völlig in der Hand sozialistischer Produktionsgenossenschaften; das politische Verhältnis zwischen Kádár und der sowjetischen Parteiführung war gut.⁵¹ An dieser Situation waren mehrere Faktoren beteiligt: Die sowjetische Militärpräsenz garantierte die kommunistische Herrschaft in Ungarn. Deshalb hatte Kádár im April 1958 sogar ein Angebot Chruščevs abgelehnt, die sowjetischen Truppen abzuziehen.⁵² Für die Stabilisierung der kommunistischen Herrschaft ebenfalls wichtig war die Abschreckungswirkung der staatlichen Gewalt gegen ehemalige Reformer und Revolutionäre. Die Erinnerungen an diese Phase des Terrors gegen die eigene Bevölkerung und die Möglichkeit ihrer Rückkehr schlossen ein erneutes Aufbegehren der Bevölkerung lange aus. Doch nicht nur Gewaltanwendung bzw. -androhung, sondern auch kultur- und personalpolitische Zugeständnisse brachen langsam den Widerstand von Arbeiterschaft und Intelligenz: Kádárs Politik schien zu zeigen, dass es sich lohnte, passiv zu bleiben. Wer sich nicht in direkte Opposition zu MSzMP und Sowjetunion begab, blieb von ideologischer Indoktrination und staatlichen

47 Tóth 2005, S. 598.

48 Gosztony 1999, S. 507–508.

49 Kósa & Valuch et al. 2000.

50 Áczels Kulturbericht ist auf den 6.8.1957 datiert und erschien unter dem Titel „Az irodalmunk helyzetéről“ („Zum Stand unserer Literatur“), im Wortlaut abgedruckt in Vass & Ságvári 1973, S. 142.

51 Gosztony 1999, S. 508; Klimó 2006, S. 85.

52 Tókécs 1998, S. 41.

Zwangmaßnahmen weitgehend verschont, konnte aber von einem immer höheren Lebensstandard profitieren.

3.1.3 ČSR/ČSSR: Neostalinismus und Versorgungspolitik 1957–1962

Auch die KSČ ergriff nach der Niederschlagung des Ungarnaufstands langfristige Stabilisierungsmaßnahmen. Ihre Grundlinien ähnelten bis Ende der fünfziger Jahre den ungarischen Konsolidierungsbemühungen und befanden sich im völligen Einklang mit den Vorgaben aus Moskau. Der Schwerpunkt lag in konsequenter Fortsetzung der ersten Reaktion auf den Ungarnaufstand in der „ideologischen und propagandistischen“ Arbeit sowie Verbesserungen im ökonomischen Bereich.⁵³ Wie in Ungarn sollte die Kollektivierung der Landwirtschaft vorangetrieben werden, „Klassenfeinde“ in Betrieben, Staatsverwaltung und Kultur beseitigt und durch produktivere Betriebe der Lebensstandard erhöht werden.⁵⁴ Dazu gehörten auch umfangreiche Säuberungen in der Partei und den ihr nahestehenden Organen. Unter dem Vorwand der Prävention einer neuen Eskalation begann ein Kampf gegen den „Revisionismus“ in allen Lebensbereichen.⁵⁵ Hauptvertreter dieser neostalinistischen Linie war der KSČ-Generalsekretär Novotný, der seit November 1957 auch Staatspräsident war. Unter seiner Ägide folgten den bereits erläuterten „Zuverlässigkeitsprüfungen“ vom Winter 1956 weitere Säuberungen der Parteikader. Insbesondere jene KSČ-Funktionäre, die gegenüber der Ungarischen Revolution Verständnis geäußert hatten oder die stalinistische Praxis der KSČ-Führung kritisierten, wurden verurteilt oder entlassen.⁵⁶

Auch die neostalinistischen KSČ-Funktionäre verwiesen während ihrer Säuberungskampagne immer wieder auf Nagy und andere ungarische Reformer. Beispielsweise im Juni 1957 forderte der Chefideologe Hendrych auf der ZK-Versammlung eine strengere Kontrolle der Intelligenz und der Kirchen, da „andernorts“ – gemeint war in Ungarn 1956 – gefährliche Stimmen laut geworden seien. Solche Leute gäbe es auch in der ČSR und man dürfe ihnen keine freie Hand lassen, wie die Erfahrungen im Nachbarland gezeigt hätten. Daher sollte eine „Kommission zur Überprüfung revisionistischer Tendenzen“ neomarxistische Interpretationen der sozialistischen Klassiker unterbinden.⁵⁷ Die KSČ-Presse versäumte es nicht, diese Botschaft landesweit publik zu machen.

Wenige Monate vor dem X. Parteitag der KSČ im Juni 1958, ging die Kampagne gegen den Revisionismus in eine neue Runde. Durch ihre Einschüchterungspolitik gelang es der KSČ-Führung, große Teile der Parteibasis an sich zu binden. Offenbar war Novotný

53 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/16, Bd. 3, 24./25.10.1956: *Novotnýs Bericht über seine Gespräche in Moskau vom Vortrag über die ungarischen Ereignisse, die mit den Bündnisstaaten getroffenen Vereinbarungen und seine persönliche Einschätzung der Lage*, 24./25.10.1956, S. 32.

54 Pernes 2008, S. 192–193.

55 Urban 1959, S. 385; Sedlák in *Rudé právo*, 10.6.1958, S. 3.

56 Pernes 1996, S. 519; Mlynář 1978, S. 51.

57 Hendrych in *Rudé právo*, 19.6.1957, S. 12.

selbst überrascht, wie wenig Kritik damals aus den Kreisparteiverbänden kam.⁵⁸ Bestärkt durch den innerparteilichen Rückhalt und die Direktiven aus Moskau fand Mitte Oktober 1958 ein gesamtstaatlicher Kongress zu „Fragen des Kampfes gegen den modernen Revisionismus“ statt, an dem Vertreter des politischen, kulturellen und akademischen Spektrums teilnahmen.⁵⁹ Insbesondere neomarxistische Philosophen und Hochschullehrer standen dabei im Zentrum der Kritik und es gab erneut Anspielungen darauf, dass die „revisionistischen“ Ideen vom ungarischen Petőfikreis in die ČSR gelangt seien.⁶⁰ Diesen ungarischen Einfluss, insbesondere den von Lukács, bestätigten später die damals selbst im Kreuzfeuer der Kritik stehenden Reformgeister in der Tschechoslowakei.⁶¹ In Ungarn selbst wurden zu dieser Zeit solche Intellektuelle bereits in den Machtapparat integriert und auch kritische Veröffentlichungen toleriert, sofern sie sich nicht direkt gegen die Partei richteten.

In der Tschechoslowakei handelte es sich dagegen bei der staatlichen Hetze gegen Andersdenkende nicht um leere Worte. Schon im Frühjahr 1957 traf es die Redakteure der etwas größeren Kulturzeitschriften, wobei erneut die besonderen Vorbehalte gegenüber slowakischen Autoren zu Tage traten.⁶² Im Mai und Juni 1958 unterliefen alle tschechoslowakischen Verlage, der Buchhandel sowie der gesamte Bildungsbereich eine systematische Zuverlässigkeitsprüfung nach politischen Kriterien. Dort und in der staatlichen Verwaltung entdeckten die zentralen Überprüfungskommissionen viele vermeintlich unzuverlässige Mitarbeiter. Von knapp 30.000 überprüften Angestellten wurden über 5.000 herabgestuft oder aus ihren Ämtern ausgeschlossen. Eine ähnliche Säuberungswelle ereilte die Armee: Viele Offiziere, die sich im Frühjahr 1956 für einen außergewöhnlichen Parteitag ausgesprochen hatten, mussten gehen.⁶³ Die Säuberungen erreichten auch die niedrigsten Ränge der Staatsverwaltung sowie die wirtschaftlichen Planungszentren. Der damalige Innenminister Rudolf Barák rechtfertigte die Maßnahmen mit Verweis auf die Frühentwicklung der Ungarischen Revolution.⁶⁴ Vermutlich war Barák nicht darüber informiert, dass in Ungarn viele dieser Reformer gerade in den erneuerten Staatsapparat zurückkehrten, weil sich ihre Sachkompetenz als unverzichtbar erwiesen hatte. Auch der KSČ fehlten aufgrund dieser Säuberungen nun viele überzeugte, teilweise hochrangige Kommunisten, die weiterhin über funktionierende Netzwerke verfügten.

58 Pernes 2008, S. 192–193.

59 Urban 1959, S. 385; Kouckýs Referat in Auszügen auch in o. A. in *Rudé právo*, 17.10.1958, S. 1.

60 Urban 1959, S. 386–387; Štoll in *Rudé právo*, 21.11.1958, S. 2–3.

61 So etwa Mlynář 1978; Kusin 2002; Císař 2005; auch der tschechische Philosoph K. Kosík orientierte sich an Lukács (Prucha 2003); allgemein beschreibt diesen Ideentransfer u.a. Szabari 2005, S. 665.

62 Vgl. dazu Kapitel II.

63 Pernes 2008, S. 182–190.

64 NA Praha, KSČ-ÚV 1945–1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 83, Punkt 8, 16.4.1968: *Protokoll der Diskussion auf dem 68. Treffen des Vorsitzes des ZK der KSČ, in dem die Säuberungen von 1957/1958 behandelt werden*, 16.4.1968, S. 362.

Neben dem tschechoslowakischen Staatsapparat gelangten auch außerparteiliche Organisationen ins Fadenkreuz der konservativen KSČ-Führung. Beispielsweise Sportvereine (Sokol), Religionsgemeinschaften und Jugendverbände (ČSM) wurden 1958 wegen angeblich staatsfeindlicher Aktivitäten strafrechtlich verfolgt.⁶⁵ Die Überwachungsorgane versuchten hier gezielt, bestehende Organisationsstrukturen zu kontrollieren oder zu zerstören.⁶⁶ Um Berufsverboten zu entgehen, übten viele tschechoslowakische Journalisten auf dem gesamtstaatlichen Kongress vom 26. Juni 1957 öffentlich Selbstkritik und bekannten sich zur gültigen Parteilinie. Dennoch erwies sich diese Zeit für einige sehr kritische Autoren, darunter Škvorecký, als überaus produktiv, wenn auch die Möglichkeiten zur Veröffentlichung sehr eingeschränkt waren. Dies galt auch für die Gewerkschaften und die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der ČSR, die seit März 1959 der direkten Steuerung des Sekretariats der KSČ unterstanden.⁶⁷ Die Prager Führung versuchte also, ihr Machtmonopol in allen Gesellschaftsorganisationen weiter zu verankern. Allerdings waren es später gerade diese Institutionen, die sich für politische Reformen einsetzten, als dies politisch möglich wurde.

Anders als in Ungarn machte der zentralisierte Kontrollzwang in der Tschechoslowakei vor ästhetischen und künstlerischen Kriterien keinen Halt.⁶⁸ Die offiziellen Stellen verurteilten über die Medien auch modernistische Tendenzen in der bildnerischen Kunst, wobei Ausstellungen gegenstandsloser Kunstrichtungen nur vereinzelt erlaubt wurden. Dies war jedoch im Kontext der sonstigen Verbote jener Zeit bereits ein Etappensieg der modernen Kunst.⁶⁹ Allerdings verflogen selbst bescheidene Hoffnungen im Kulturbereich bald wieder, als der III. gesamtstaatliche Schriftstellerkongress 1959 modernistische Tendenzen offiziell verurteilte.⁷⁰

In der Tschechoslowakei blieben die staatlichen Richtlinien für kulturelle und wissenschaftliche Arbeit bis weit in die sechziger Jahre viel strenger als in Ungarn. Als die ungarische Kulturpolitik bereits für die meisten ästhetischen Strömungen grünes Licht gegeben hatte, verärgerte die parteiliche Kontrolle fast aller Lebensbereiche in der Tschechoslowakei viele Menschen. Unmut breitete sich aus. Daher bemühte sich die KSČ-Führung um wirtschafts- und versorgungspolitische Verbesserungen. Sie erhöhte zum Beispiel bis 1960 die niedrigsten Renten und das Kindergeld. Sein Versprechen, die Wohnungsfrage zu lösen, konnte Novotný allerdings im Gegensatz zu Kádár nicht mehr einlösen.⁷¹

65 Pernes 2008, S. 190–191.

66 Kusin 2002, S. 26.

67 Hoensch 1992, S. 158–159; Pernes 2008, S. 183–184; 195–196.

68 Pernes 2008, S. 197–198.

69 Svašek 2001, S. 148–150.

70 Hoensch 1992, S. 158–159.

71 Bílek & Pilát 1996, S. 505.

Der verbesserte Lebensstandard in der Tschechoslowakei sollte die Bevölkerung zufriedenstellen, war jedoch mit hohen Kosten verbunden. Diese überforderten bald die Möglichkeiten der ineffizienten Planwirtschaft. Daran änderten auch jene kleinen Dezentralisierungsversuche aus dem Jahr 1958 nichts, die der spätere Chef-Reformer Ota Šik treffend als „konfus, inkonsequent und sinnlos“ bezeichnete.⁷² Deshalb waren Ende der fünfziger Jahre die Reserven eines vergleichsweise hohen Vorkriegsniveaus verbraucht. Dasselbe galt für die staatlichen Erlöse der Währungsreform von 1953.⁷³ Für die Mehrheit der tschechoslowakischen Bevölkerung waren die fatalen Folgen der expansiven Versorgungspolitik jedoch zunächst nicht absehbar. Die meisten erfreuten sich Ende der fünfziger Jahre noch eines spürbar steigenden Lebensstandards. Insofern erreichten die wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorübergehend ihr Ziel. Mittelfristig schufen sie jedoch eine Anspruchshaltung, der die zentrale Versorgungspolitik in der Tschechoslowakei bald nicht mehr gerecht werden konnte.

Mit der sich zuspitzenden Wirtschaftslage in der ČSSR beschäftigte sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ein neuer Flügel reformorientierter Technokraten in der KSČ.⁷⁴ Für das Umdenken dieser oft noch stalinistisch sozialisierten Kommunisten spielte neben den staatlichen Zwangsmaßnahmen die ungarische Revolution und ihre Folgen eine wichtige Rolle. Die Reformbewegungen von 1956 hatten offenbar großen Einfluss auf folgende Reformkonzepte in der Tschechoslowakei, die am so genannten Institut für Marxismus-Leninismus entstanden.⁷⁵ Seine Mitarbeiter versuchten das durch den diskreditierten Stalinismus entstandene Vakuum mit umfassenderen Werten zu füllen.⁷⁶ Entsprechend bemängelte die Parteiführung im Juni 1958, dass in der Wissenschaft und den Künsten „bei der Betrachtung der „ungarischen“ Ereignisse „falsche Ansichten“ zu beobachten seien.“⁷⁷

Der Spielraum der tschechoslowakischen Reformdenker blieb daher begrenzt. Sie blieben teils zwangsweise, teils freiwillig dem aktiven politischen Leben fern. Stattdessen studierten sie die großen Philosophen und Soziologen, die sie auf neue Reformideen brachten. Auf diese Weise entstand bis Anfang der sechziger Jahre bereits ein durchdachtes reformkommunistisches Konzept, das auch etablierte Parteifunktionäre überzeugen konnte.⁷⁸ Schon seit den späten fünfziger Jahren stand hinter den Reformideen ein größerer Teil der tschechoslowakischen Intelligenz und der informierten Bevölkerung. Auch die Basisorganisationen der KSČ schlossen sich schrittweise dieser stillen Bewegung

72 Šik 1989, S. 22.

73 Vgl. dazu Kapitel II.

74 Darauf verweist auch Mlynář 1978, S. 56; ähnlich Dubčeks Bildungsminister Císař 2005, S. 430. Auch Ota Šik erinnerte sich, den ungarischen Liberalisierungsversuch mit Sympathie und Interesse verfolgt zu haben Šik 1988, S. 76-75. Ähnlich: Madry 1994, S. 32.

75 Kusin 2002, S. 19-21; Leikert 2006, S. 104.

76 Mlynář 1978, S. 51-57.

77 Urban 1959, S. 383-384.

78 Mlynář 1978, S. 51-57.

an, die bei der Prager Führung weiterhin auf Ablehnung stieß.⁷⁹ Dies ist auch kaum verwunderlich, denn gerade der politische Führungsstil der KSČ-Spitze war Gegenstand zunehmender Kritik aus den Forschungs- und Kultureinrichtungen der Tschechoslowakei.

Novotný ließ sich jedoch lange nicht von den kritischen Stimmen aus den eigenen Reihen beeindrucken. Wie bereits vor 1956 versuchte er in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren immer wieder, das Tempo der sozialistischen Umgestaltung zu erhöhen. Dadurch sank seine Popularität in der Bevölkerung und bald auch in der eigenen Partei weiter. Unzufrieden über Versorgungsengpässe und niedrige Wachstumsraten zeigten sich besonders die Bewohner der ehemals hochindustrialisierten Landesteile, wo der einseitige „Aufbau des Sozialismus“ nicht zur industriellen Erschließung beigetragen, sondern spürbare Einbußen der Lebensqualität verursacht hatte.⁸⁰

Als symbolischer Meilenstein der konservativen Machtsicherungspolitik Novotnýs erwies sich die neue Verfassung vom Juli 1960: Aus der *Tschechoslowakischen Republik* (Československá republika – ČSR) wurde die *Tschechoslowakische Sozialistische Republik* (Československá socialistická republika – ČSSR).⁸¹ Inhaltlich distanzierte sich die neue Verfassung nicht vom Stalinismus, sondern zeigte vielmehr besondere Ähnlichkeit mit Stalins Verfassung von 1936. Das staatstragende Dokument wurde ohne vorherige Experten-Diskussion verabschiedet, was viele KSČ-Mitglieder verärgerte.⁸² Weiterhin weigerte sich die Führungsspitze der KSČ standhaft, Details der stalinistischen Prozesse transparent zu machen. Noch immer nannten sie den Fall Rajk als Negativbeispiel. Demnach könnte eine Rehabilitation Slánskýs ebenso unkontrollierbare Folgen haben wie die Umbettung Rajks in Ungarn 1956.⁸³ Letztlich war jedoch das Gegenteil der Fall, denn die kompromisslose Haltung der KSČ-Führung brachte längerfristig schwerwiegende Probleme mit sich: Ihre Weigerung sich der eigenen Vergangenheit zu stellen, die nicht mehr finanzierbare Versorgungspolitik und der undurchschaubare Verwaltungs- und Überwachungsapparat schufen ein Klima der Unzufriedenheit. Anfang der sechziger Jahre verschlechterten sich zudem die objektiven Kennzahlen der tschechoslowakischen Wirtschaft auf dramatische Art und Weise und der Reformdruck wurde somit größer.⁸⁴

Die Entstalinisierung in der Tschechoslowakei verlief also wesentlich langsamer und umständlicher als in Ungarn. Dies lag auch daran, dass bedeutende Teile der Prager Führung selbst durch ihre stalinistische Vergangenheit belastet waren, während Kádár dem reformistischen Parteiflügel entstammte. Auch distanzierte sich Kádár als Lehre aus dem Ungarnaufstand von Rákosis verhasstem Erbe. Die KSČ-Führung fürchtete sich wiederum gerade wegen der Ungarischen Revolution vor einer Aufarbeitung der

79 Kusin 2002, S. 24.

80 Šik 1989, S. 22; Boyer 2007, S. 81; Hoensch 1992, S. 159; Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 380.

81 Pernes 2008, S. 200.

82 Kusin 2002, S. 33).

83 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 380.

84 Berend 1996, S. 136–137.

politischen Prozesse. Stattdessen versuchte sie, ihre Macht durch strengere Kontrolle der Gesellschaft und einen zentralisierten Staatsapparat zu konsolidieren, was über einige Jahre auch gelang. Diese Politik säte jedoch auch Unzufriedenheit, die in Partei und Gesellschaft bald Reformforderungen mit sich brachte.

3.1.4 Reformkommunismus der sechziger Jahre in ČSSR und Ungarn

Nachdem sowohl Kádár als auch Novotný ihre Machtposition in den fünfziger Jahren nach innen und außen stabilisieren konnten, kam im Oktober 1961 ein frischer Wind aus Moskau in die Volksdemokratien Mitteleuropas: Chruščev rief auf dem XXII. Parteitag der KPdSU eine zweite Welle der Entstalinisierung aus, der sich auch die tschechoslowakische Parteiführung nicht mehr entziehen konnte. Novotný versuchte daraufhin erneut, sich als früheren Altstalinisten zu präsentieren, indem er Slánský als tschechischen Berija und Verfechter des Personenkults darstellte. Dafür kritisierten ihn – mit Moskaus Rücken- deckung – nun auch immer mehr hohe Funktionäre in der eigenen Partei. Dennoch musste nicht er gehen, sondern der zweitstärkste Mann im Staat: Innenminister Barák. Allerdings forderten viele Delegierte des Zentralkomitees nun auch in der ČSSR offen die Entstalinisierung. Einige verwiesen dabei auf die Situation in Ungarn vor dem Volksaufstand, als die Entstalinisierung aus dem Volk gekommen sei und sich gegen die politische Führung gerichtet habe.⁸⁵ Dieses Argument schien auch Novotný einzuleuchten, der die Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit dennoch nur sehr zögerlich einleitete.

Die tschechoslowakische Entstalinisierung begann auf Moskauer Druck mit einem symbolischen Akt: Das seinerzeit größte Stalin-Denkmal der Welt in Prag wurde in einer Nacht-und-Nebel-Aktion gesprengt. Offenbar fiel es den verantwortlichen Funktionären schwer, ihr ehemaliges Idol auf diese Weise zu stürzen: Sie gaben spezielle Anweisungen, keine Sprengsätze in dem tonnenschweren Kopf der Statue anzubringen.⁸⁶ Von dem Betonkoloss blieb dennoch wenig übrig, doch diesem spektakulären Auftakt folgten weniger energische Maßnahmen. Zwar konnten die sogenannten bürgerlichen Nationalisten aus der Slowakei in die Partei zurückkehren; politisch Verfolgte, die keine KSČ-Mitglieder waren, profitierten jedoch nicht von dieser Rehabilitationswelle. Auch Slánský wurde posthum von seinen Vorwürfen freigesprochen, allerdings nicht im parteilichen Sinne rehabilitiert.⁸⁷ Daran zeigt sich bereits, dass dieser erste Anlauf der Entstalinisierung in der ČSSR viel zaghafter blieb als in Ungarn: Kádár hatte 1963 eine Generalamnestie für die politischen Gefangenen von 1956/57 ausgesprochen, allerdings nicht unter sowjetischem, sondern unter amerikanischem Druck.⁸⁸

85 Hoensch 1992, S. 159; Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 380.

86 Zu den mysteriösen Umständen der unangekündigten und schlecht dokumentierten Sprengung des Stalindenkmals vgl. Szczygiel 2007, S. 65–85; ausführlich Cainer 2008.

87 Hoensch 1992, S. 160.

88 Klimó 2006, S. 82–83; Rainer 2005, S. 12.

Nicht zuletzt aufgrund der Zaghaftheit von Novotnýs Entstalinisierungsmaßnahmen engagierten sich in der Tschechoslowakei seit Mitte der sechziger Jahre viele der ehemaligen Opfer stalinistischer Unterdrückung wieder politisch. Ihre teilweise jahrelangen Gefängnisaufenthalte ließen sie an einer Herrschaftspraxis zweifeln, die gegenüber den frühen fünfziger Jahren in vielen Punkten unverändert war. Da es sich dabei oft um einflussreiche Kommunisten handelte, setzten sich reformistische Kräfte in der tschechoslowakischen Staatspartei, in der Intelligenz und im außerparteilichen Leben immer stärker durch. Sie forderten zunächst nur kleinere gesellschaftliche Reformen. Nach jahrelangem Ringen konnte der Ökonom Ota Šik 1967 immerhin eine umfangreiche Wirtschaftsreform in die Wege leiten. Sie sollte Marktelemente in die Planwirtschaft einführen und den Arbeitern mehr Mitspracherechte zugestehen.⁸⁹ Mit dem politischen Führungswechsel von 1967/68 gewann die Reformbewegung in der ČSSR dann ungeheuer an politischer und gesellschaftlicher Dynamik. Sie kulminierte in einer knapp acht Monate währenden, umfassenden Demokratisierungsbewegung, die ihren Höhepunkt im Frühjahr 1968 erreichte. Das erstmals von westlichen Journalisten zum „Prager Frühling“ getaufte Lebensgefühl ähnelte tatsächlich einem frühlinghaften Wiedererwachen nach einer Phase der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stagnation, in der es zu keiner echten Entstalinisierung gekommen war.⁹⁰ Eingeleitet wurde die Bewegung von der politischen Führung selbst, der seit Januar 1968 Alexander Dubček als Generalsekretär vorstand. Sie gestand Fehler der Vergangenheit ein und versprach, die Unterdrückung und Gängelung der eigenen Bevölkerung mit sofortiger Wirkung zu beenden – es sollte ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ entstehen. Konkret hieß das, die reformorientierten Kommunisten wollten künftig auf Gewalt und totale Überwachung verzichten, Freiheitsrechte garantieren, die Wirtschaft flexibler gestalten und dem slowakischen Landesteil mehr Selbstbestimmung gewähren.⁹¹

Spätestens als im März 1968 die Pressezensur faktisch abgeschafft wurde, übernahmen immer mehr außerparteiliche Akteure eigene Reforminitiativen. Ein plötzliches Aufatmen ging durch die tschechoslowakische Bevölkerung, die vorher jahrelang eher passiv geblieben war. Zeitzeugen schilderten die ersten Monate des Prager Frühling als „eine der schönsten Zeiten“ ihres Lebens.⁹² Die gesamtgesellschaftliche Euphorie stieß jedoch nicht überall auf Gegenliebe: Innerhalb der KSČ selbst gab es mächtige Gegner der neuen Freiheitlichkeit. Noch schwerer wog allerdings die Tatsache, dass die umliegenden sozialistischen Staaten und auch die Sowjetunion dem Sonderweg der Tschechen und Slowaken äußerst ablehnend gegenüberstanden. Diese Bündnispartner versuchten

89 Boyer 2007, S. 81.

90 Pehe 1988, S. 53.

91 Die wichtigsten Reformen sind im sogenannten Aktionsprogramm der tschechoslowakischen KP (KSČ) vom 5. April 1968 nachzulesen: 5.4.1968: *Aktionsprogramm der KSČ, vom ZK angenommen am 5.4.1968*, in: ČAPKA, F. (Hg.) 2002, S. 84–101, S. 84–101.

92 Spiritová 2008, S. 62.

mehrfach die Prager Delegation zur Rücknahme der Reformen zu bewegen. Das gelang ihnen erst mit dem Truppeneinmarsch vom 20./21. August 1968. Dabei erreichten die Panzer jedoch ihr Ziel nicht sofort: In einer beispiellosen gewaltfreien Widerstandsbewegung versuchte die tschechoslowakische Bevölkerung mit Hilfe der im Untergrund weiter funktionierenden Reformstrukturen zu retten, was zu retten war: Viele Journalisten, Intellektuelle, Gewerkschaftsführer, aber auch einige Parteipolitiker wollten sich mit der Reformniederlage nicht abfinden und wählten nach monatelangen Protesten den Weg in die Emigration oder den Dissens.⁹³ Andere wiederum fanden später ihren Platz in den wiederhergestellten neo-stalinistischen Strukturen des sogenannten „Normalisierungssystems“, das sie damit aktiv festigten. Inbegriff dieser restaurativen Phase wurde Dubčeks Nachfolger Gustav Husák, der – obwohl 1968 noch Befürworter der Reformen – 1969 als Parteivorsitzender sukzessive fast alle Liberalisierungsmaßnahmen wieder zurücknahm.

Auch in Ungarn kam es in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre zu zahlreichen Lockerungen, welche die kommunistische Regierung teilweise selbst initiierte. Zunächst gingen diese noch deutlich weiter als die zögerlichen Schritte Novotnýs in der ČSSR: Bereits um 1963 setzte die ungarische Parteiführung politische Amnestien, Reisefreiheit und eine liberalere Kulturpolitik um.⁹⁴ Insgesamt verbesserten sich die Möglichkeiten für kritische und kreative Menschen. Reformorientierte und „para-oppositionelle“ Gruppen bestanden ohne wesentliche staatliche Behelligung. Auch Medien und Literatur konnten sich freier entfalten und einige strittige Fächer, wie Soziologie, fanden den Weg zurück an die Universitäten.⁹⁵ Damit war der ungarische Staatssozialismus freier als in den meisten anderen Ostblockstaaten. Konsequenterweise begrüßte die dortige Parteiführung daher zunächst auch Dubčeks Reformen. Diese waren den ungarischen Konzepten nur im Ansatz ähnlich und gingen in der Praxis weit darüber hinaus. Deshalb warnte Kádár bereits früh davor, dass die Prager Reformen und deren steigende Dynamik außer Kontrolle geraten könnten. Gleichzeitig signalisierte er gegenüber Moskau stets uneingeschränkte Loyalität.⁹⁶ Diese stellte er schließlich auch unter Beweis, indem er der Militäraktion gegen die ČSSR unter ungarischer Beteiligung zustimmte.

Ähnlich wie bereits 1967 in der ČSSR trat Anfang 1968 in Ungarn ein *Neuer Ökonomischer Mechanismus* (NÖM) [*Új gazdasági mechanizmus*] in Kraft. Er sollte Marktelemente in die Planwirtschaft einführen und den Betrieben mehr Entscheidungskompetenzen überlassen. Hinsichtlich seiner theoretischen Konzeption hatte dieses Reformpaket einiges mit den tschechoslowakischen Wirtschaftsreformen gemein. Seine Urheber, allen voran der Ökonom und ehemalige Sozialdemokrat Rezső Nyers, tauschten sich in der

93 Zu dem monatelangen gesamtgesellschaftlichen und gewaltfreien Widerstand vgl. Pauer 1995, S. 263–282.

94 Rainer 2005, S. 13.

95 Niklasson 2005, S. 119–120; zum Begriff Para-Opposition vgl. Schöpflin 1979, S. 142.

96 Lachmann 2008, S. 123–126.

Vorbereitung und während der Umsetzung mit den Reformtheoretikern in Prag aus. Zum Beispiel verbreitete der tschechische Ökonom Ota Šik, der die Wirtschaftsreformen des Prager Frühlings konzipiert hatte, seine Ideen bei öffentlichen Auftritten in Budapest. Sein Buch *Plan und Markt im Kommunismus*⁹⁷ erschien im sozialistischen Ausland nur in Ungarn.⁹⁸

Sowohl die tschechoslowakische als auch die ungarische Wirtschaftsreform waren konzeptionell Bekenntnisse zum Sozialismus. Hier wie dort dominierte der Wille, das System gerade deshalb zu verändern, um es in seiner staatssozialistischen Grundausrichtung zu festigen. In diesem Bestreben lag gleichzeitig der wichtigste Unterschied zwischen den zwei Sonderwegen: Während die ungarischen Reformen ausdrücklich auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt blieben, zeichnete sich das tschechoslowakische Experiment zusätzlich durch politische und gesellschaftliche Umgestaltungen aus. So waren die umfangreichen Partizipationschancen auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene eine Folge der in der Tschechoslowakei sehr viel ambitionierteren Öffnung des gesamten Systems.⁹⁹ Zudem war der Prager Frühling von einer spezifischen Interaktion zwischen Öffentlichkeit und Machtsphäre geprägt, die den Verlauf der Reformen stark beeinflusste.¹⁰⁰ Der wirtschaftliche Demokratisierungsprozess im Umfeld einer sich erneuernden Öffentlichkeit führte zu einer Eigendynamik, die von seinen technokratischen Urhebern weder so beabsichtigt noch kontrollierbar war. Etwas Derartiges fand in Ungarn nicht statt, obwohl auch dort die ökonomische Modernisierung mittel- und langfristige unkontrollierbare Effekte mit sich brachte.¹⁰¹ Denn mit der Dezentralisierung von Teilbereichen entstanden neue Asymmetrien, die sich in der reformfeindlichen Reaktion bestimmter Bevölkerungsgruppen gegenüber dem NÖM äußerten.

Nicht nur in Ungarn, sondern auch in der ČSSR gab es inneren Widerstand gegen die Differenzierungsmaßnahmen, die Nachteile für ideologisch bedeutende Gruppen wie die Industriearbeiterschaft mit sich brachten. In beiden Ländern konnten auch die realwirtschaftlichen Ergebnisse der Reformen nur begrenzt überzeugen. Dies lag einerseits an den zahlreichen Sicherungsmechanismen, die Šiks und noch mehr Nyers' Konzepten immanent waren; diese schlossen viele Wirtschaftsbereiche von einer Effizienzsteigerung von vornherein aus. Andererseits blieb nicht genügend Zeit für die flächendeckende Umsetzung der Reformen, die jeweils in der ersten Phase stecken blieben.¹⁰²

Vor ihrem Scheitern hatten die beiden Wirtschaftsreformen in den sechziger Jahren jedoch bedeutende politische und gesellschaftliche Reformen in Gang gebracht: Sie

97 Zunächst auf Tschechisch erschienen: Šik 1968.

98 Šik 1988, S. 191; außerdem veröffentlichte er sein Buch über sozialistische Wirtschaftsbeziehungen (Šik 1968) in Ungarn.

99 Boyer 2007, S. 86.

100 Pauer 1995, S. 32; Šik 1989, S. 25.

101 Dieses Phänomen beschrieb in einem anderen Kontext bereits Thaa 1996, S. 55.

102 Zu einer ausführlicheren Gegenüberstellung der beiden Reformversuche vgl. Lachmann 2010.

änderten das soziale Bewusstsein und die Einstellung gegenüber Demokratie und Sozialismus.¹⁰³ Diese Entwicklung, die oft zeitlich versetzt stattfand, soll nun in beiden Ländern einander gegenübergestellt werden. Dazu soll die unterschiedliche Dynamik und Geschwindigkeit der Reformen genauer eingegrenzt und ihre Ursachen zurückverfolgt werden.

3.2 Möglichkeiten und Grenzen für Reformen in Ungarn und ČSSR 1963-1968

Ausgehend von dem bereits im ersten Kapitel dieser Arbeit zugrunde gelegten Kategoriensystem soll untersucht werden, warum in Ungarn und der Tschechoslowakei parallele, aber auch jeweils spezifische Reformströmungen entstanden. Die komparative Betrachtung der politischen Möglichkeiten, Organisationsstrukturen und Erwartungshorizonte soll Aufschluss darüber geben, warum Ungarns Reformexperiment sehr viel bescheidener, dafür aber auch langfristig erfolgreicher ausfiel als der 1968 kurzzeitig aufflammende Erneuerungsprozess in der Tschechoslowakei. Die nationalen Ausprägungen des sich über Jahre entwickelnden ungarischen und tschechoslowakischen Reformkommunismus können hier nicht in großer Ausführlichkeit dargestellt werden.¹⁰⁴ Ohne auf wichtige Rückblenden zu verzichten, soll sich die Gegenüberstellung stattdessen auf die späten sechziger Jahre, insbesondere 1968, konzentrieren.

3.2.1 Relative Offenheit politischer und gesellschaftlicher Institutionen

Auch in den sechziger Jahren hingen Organisationsgrad reformwilliger Akteure und kollektive Meinungsbilder wesentlich von den systemischen Grenzen und Möglichkeiten für politische Veränderung ab. Damals lockerte sich die formale Rechts- und Institutionsstruktur in Ungarn und der Tschechoslowakei merklich. Dies betraf gleichermaßen den administrativen, medialen, kulturellen und intellektuellen Bereich. Der Liberalisierungsprozess unterschied sich in beiden Ländern in Geschwindigkeit und Intensität. Diese Unterschiede und ihre Auswirkungen sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

Institutionelle, kulturelle und politische Spielräume in Ungarn

Folgender Ausspruch János Kádárs leitete im Dezember 1961 eine neue Phase der Innenpolitik ein: „Wer nicht gegen uns ist, ist mit uns“.¹⁰⁵ Mit anderen Worten verlangte die kommunistische Partei Ungarns keine Unterstützung aus Überzeugung mehr, sondern gab sich mit passiver Akzeptanz zufrieden. Öffentliche Kritik an Partei und Staatssystem

103 Kalmár 2005, S. 53.

104 Ausführlich zu den jeweiligen Ausprägungen des Reformkommunismus vgl. die einschlägige Literatur: Kaplan 2000; Huszár 2006; Rainer & Péteri 2005.

105 Révész 1997, S. 132 (Übersetzung aus dem Ungarischen: H. L.).

waren dagegen weiterhin nicht möglich. Der Geheimdienst und andere Informationsorgane gingen gegen sie vor, ohne den Eindruck staatlicher Einmischung entstehen zu lassen. Insgesamt sollte der Ausbau des kommunistischen Systems nun aber friedlich verlaufen: Die Theorie des „Klassenkampfes“ verschwand aus der politischen Praxis in Ungarn.¹⁰⁶ Es begann eine Ära, in der das Privatleben weitgehend autonom blieb und politische Zugeständnisse den Alltag spürbar erleichterten. Diese Strategie sollte die seit 1956 immer noch stark beschädigte Legitimation der kommunistischen Führung unter Kádár festigen.¹⁰⁷

Einer der offensichtlichsten Maßnahmen in diese Richtung war die Liberalisierung des Reiseverkehrs: Zwischen 1961 und 1963 hob die ungarische Regierung die Visapflicht für Reisen nach Rumänien und in die ČSSR auf. Dies förderte den Tourismus und damit gegenseitige Begegnungen sehr. Außerdem war es seit März 1961 unter bestimmten Umständen möglich, mit einem Reisepass ins westliche Ausland zu reisen. Dies geschah in einer Zeit, als in der DDR die Berliner Mauer gebaut wurde. Für kritische Intellektuelle oder Schriftsteller war es jedoch schwer, entsprechende Reisedokumente zu erhalten. Auch standen nur in jahrelangen Abständen Devisen zur Verfügung, die für Westreisen unentbehrlich waren. Dennoch stieg der Anteil der erteilten Ausreisegenehmigungen in den Westen zwischen 1960 und 1967 von 35.000 auf über 140.000 pro Jahr an.¹⁰⁸ Ab 1964 reisten auch deutlich mehr Ausländer nach Ungarn ein, viele davon tschechoslowakische Touristen.¹⁰⁹ Auch der Tourismus aus dem Westen stieg sprunghaft an. Er brachte Westdevisen und Eindrücke eines anderen Lebensstils ins Land. Dadurch oder durch eigene Westreisen konnten sich viele Ungarn selbst ein Bild von der Situation auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs machen. Der Blick über den Tellerrand wirkte sich auch auf die Wahrnehmung des eigenen Landes und des kommunistischen Systems aus.¹¹⁰ Ein staatliches Fremdenverkehrsamt sollte diesen Einfluss in Ungarn begrenzen. Es war gleichzeitig für die Devisenzuteilung zuständig, über die der internationale Reiseverkehr kontrolliert werden konnte.¹¹¹ Die ungarischen Behörden standen also dem Dilemma gegenüber, dem verbreiteten Wunsch nach Westkontakten nachzukommen, ohne zu riskieren, dass eben dieser Austausch zu verstärkten Zweifeln gegenüber dem eigenen System führte. Oft hinkten daher die praktischen Möglichkeiten den formalen Garantien hinterher.

Ähnlich sah es im staatsrechtlichen Bereich aus, der Mitte der sechziger Jahre in Ungarn ebenfalls reformiert wurde: Nach dem neuen Wahlgesetz von 1963 konnten auf regionaler Ebene auch andere Kandidaten gelistet werden als die der kommunistisch

106 Rainer 2005, S. 13; Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 527.

107 Heller & Némedi et al. 1995, S. 132; Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 525.

108 Hoensch 1996, S. 234.

109 O. A. 1975, S. 518.

110 Klimó 2008, S. 110; Gosztony 1999, S. 510.

111 Klimó 2006, S. 84–85.

dominierten *Patriotischen Volksfront* [*Hazafias Népfrent*].¹¹² Der Parteitag vom Dezember 1966 erweiterte formal erneut die Rechte der regionalen Parteiverbände. *De facto* bestimmte jedoch die Volksfront weiterhin die Rangfolge der Wahllisten. Außerdem waren die Wahlen in der Praxis nicht geheim.¹¹³ Dadurch konnte die Staatspartei die regionalen Organe bei Bedarf weiterhin kontrollieren, auch wenn ihr Einfluss formal gesunken war.

Größere Fortschritte machte die Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen, die ihren Höhepunkt Ende der sechziger Jahre erreichte: Geheime Gerichtsverfahren wurden seltener, die staatsanwaltliche Beweisführung musste stichhaltiger sein und Angeklagte konnten sich wirksamer verteidigen. Auch die Staatssicherheit konnte nicht mehr völlig willkürlich agieren, sondern musste ihre Aktivitäten zurückfahren. Dies lässt sich auch an den deutlich rückläufigen Zahlen der dort tätigen Agenten feststellen. Auch die Diskriminierung gegen Angehörige des ehemaligen Besitzbürgertums, der Intelligenz und religiöser Glaubensgemeinschaften ließ spürbar nach. Gleichzeitig wurde die Kontaktaufnahme zu verwandten Westemigranten leichter.¹¹⁴ Diese Maßnahmen waren für viele Ungarn im Alltag zu spüren. Allerdings handelte es sich dabei nicht um Bürgerrechte, sondern nur um Konzessionen, die theoretisch jederzeit rückgängig gemacht werden konnten. Formalrechtlich verblieb dem Partei- und Staatsapparat damit die Möglichkeit, repressiv gegen Systemgegner vorzugehen.

Die politische Öffnung in Ungarn zeigte sich seit Mitte der sechziger Jahre auch in den Massenmedien. Diese verzichteten nun weitgehend auf aggressive Propaganda, was offenbar eine Lehre aus der kontraproduktiven Informationspolitik der stalinistischen Regierungen unter Gerő und Rákosi war.¹¹⁵ Bereits 1962 konnten sich ungarische Journalisten über politische Fehler der Vergangenheit lustig machen, solange sie die aktuelle Führung nicht direkt angriffen oder den Staatsozialismus als solchen verspotteten.¹¹⁶ Allerdings mussten sie die Bevölkerung nicht mehr zur Freundschaft mit der Sowjetunion erziehen. Vielmehr bestand ihre Hauptaufgabe nun darin, die Grenzen des Erlaubten klar zu machen und die Arbeit von Partei und Staatsführung in ein gutes Licht zu stellen. Das bedeutete freilich nicht, dass die staatlichen ungarischen Medien völlig auf Hetzattacken gegen den Westen und vermeintliche Oppositionelle verzichtete. Sie blieben das Sprachrohr hoher Parteivertreter, die noch Ende der sechziger Jahre „revisionistische“ Strömungen als Hauptgefahr ansahen.¹¹⁷ Dies beschränkte sich jedoch

112 Zu den Aufgaben und Kompetenzen der *Patriotischen Volksfront* in Ungarn vgl. Dieringer 2009, S. 48.

113 Niklasson 2005, S. 91; Hoensch 1996, S. 239.

114 Klimó 2008, S. 112; Tóth 2005, S. 604.

115 Klimó 2006, S. 82.

116 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 32, Box-Folder-Report 32-1-134, 1962-4-13: *RFE-
Pressebericht über einen Satire-Artikel in Népszabadság vom 4.4.1962*, 1962-4-13.

117 Oikari 2002, S. 139.

hauptsächlich auf die großen Massenmedien, einschließlich Fernsehen, Radio und über-regionaler Presse. Lokalblätter und Bücher mit niedriger Auflage konnten dagegen auch Standpunkte vertreten, die den ideologischen Prinzipien der MSzMP-Führung widerspra-chen. Da sie nur ein begrenztes Publikum ansprachen, konnten sie sogar ausländische Arbeiten wiedergeben.¹¹⁸ 1963 rückte die ungarische Staatsführung einen Schritt weiter von ihrem Informationsmonopol ab, indem sie die Störung westlicher Rundfunksender aussetzte.¹¹⁹ Die freilich begrenzte Öffnung für Informationen aus nicht-sozialistischen Ländern brachte wie auch der Fremdenverkehr neue Sichtweisen und Ausdrucksformen nach Ungarn.¹²⁰

Dennoch war die staatliche Regulierung in Ungarn weiterhin wirksam. Sie griff al-lerdings nicht mehr auf administrative Eingriffe zurück, sondern funktionierte mit finanziellen Anreizsystemen: Redakteure und Autoren, die sich dem ideologisch er-wünschten Tenor anschlossen, erhielten bessere Gehälter und größere Gewinnmargen als ihre parteikritischen Kollegen. Außerdem waren die relativ gut kontrollierbaren Tageszeitungen zu niedrigen Festpreisen erhältlich. Dies galt nicht für unabhängigere wissenschaftliche Fachzeitschriften, die wegen ihrer begrenzten Auflagenzahl sehr teuer wurden. Das machte sie gegenüber den konformistischen Großzeitungen für die meisten Leser unattraktiv.¹²¹ Theoretisch war es in Ungarn also möglich, auch kritische Gedan-ken zu veröffentlichen; Die Leserschaft solcher Publikationen blieb aber naturgemäß begrenzt, während der Anschein einer gewissen Pressefreiheit gewahrt blieb.

Die Liberalisierung der Informationspolitik ist im Zusammenhang mit einer grundle-genden Reform der ungarischen Kulturpolitik zu sehen. Diese ging auf den Kulturminister György Aczél zurück, der bereits seit Anfang der sechziger Jahre auf Verständigung setz-te. In der Umgangssprache ließ sich die neue Kulturpolitik mit drei „T’s“ umschreiben: *tiltás* (Verbot), *tűrés* (Toleranz) und *támogatás* (Unterstützung).¹²² Zwar war damit keineswegs Klarheit über die Grenzen und Möglichkeit kultureller Arbeit gegeben, ein großer Fortschritt war jedoch das zweite T, das einen offiziellen Toleranzbereich erlaubte, der sich als relativ dehnbar herausstellen sollte. Er brachte deutlich mehr Möglichkeiten für kritische, wenn auch nicht oppositionelle Autoren und Künstler.

Was die Redaktionen und deren staatliche Kontrollen letztlich verboten, unterstützten oder tolerierten, wurde in einem stillschweigenden Konsens mit den Autoren an der jeweils herrschenden politischen Situation festgemacht.¹²³ Die Spielräume variierten

118 Vass 1968, S. 505.

119 Borhi 2004, S. 83.

120 Klimó 2006, S. 159.

121 Kalmár 2005, S. 67–68.

122 Oikari 2002, S. 135–141; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 33, Box-Folder-Report 33-4-301, 1967-1-31: *Bericht über die ungarische Literaturpolitik, wie sie auf dem IX. Parteitag der MSzMP im November/Dezember 1966 diskutiert wurde* (. RFE Background Report), 1967-1-31, S. 1.

123 [Http://users.ox.ac.uk/~oaces/conference/papers/Michal_Kopecek.pdf](http://users.ox.ac.uk/~oaces/conference/papers/Michal_Kopecek.pdf) (Zugriff: 16.02.2009).

entsprechend den innerparteilichen Fraktionskämpfen. Indizien dafür lieferten Entlassungen oder Publikationsverbote von Kulturschaffenden und Redakteuren.¹²⁴ Ständige Tabuthemen blieben das Einparteiensystem und die sowjetische Hegemonie in den geltenden Blockgrenzen. Ebenfalls unantastbar blieb die offizielle Interpretation der Ungarischen Revolution. Sie durfte in öffentlichen Texten nur als „Konterrevolution“ erscheinen.¹²⁵ Diese äußersten Grenzen waren den Redaktionen und Verlagen bekannt, die eine entsprechende Selbstzensur praktizierten. Ein Blick auf die veröffentlichten Druckerzeugnisse in Ungarn zwischen 1963 und 1968 zeigt, dass diese Art der freiwilligen Selbstkontrolle mit wenigen Ausnahmen im Sinne der MSzMP funktionierte.

Während die Grundpfeiler des Staatssozialismus in den Veröffentlichungen unangetastet blieben, thematisierten verschiedene Medien und Kulturveranstaltungen konkrete alltagspraktische Probleme und gesellschaftliche Missstände durchaus.¹²⁶ Gleichzeitig förderte der ungarische Staat kulturelle Exporte in den Westen, was Devisen einbrachte, von denen die Künstler und Autoren einen Teil behalten durften. Davon profitierte auch die Staatskasse, die unter chronischem Devisenmangel litt. Auch der inländische Kulturbetrieb war unterfinanziert, weshalb sich die ungarischen Kulturpolitiker über das Vorgehen in der Tschechoslowakei informierten. Dort funktionierte bereits seit 1967 insbesondere im Filmbereich eine marktähnliche Preisbildung. Diese schränkte allerdings auch die Zensurmöglichkeiten ein. Die Verantwortlichen in Ungarn bemühten sich daher ein Optimum zu finden, das gewisse Marktmechanismen aus finanziellen Gründen zuließ, gleichzeitig aber die Steuerbarkeit der Inhalte gewährleistete.¹²⁷ Letztlich erhielten durch diese Praxis auch jene die Möglichkeit, kulturell und wissenschaftlich zu arbeiten, deren Ideen sich außerhalb der sozialistischen Vorgaben bewegten und daher keine Aussicht auf direkte Förderung hatten.

Auch die ungarischen Geistes- und Sozialwissenschaften konnten in den sechziger Jahren langsam aus ihrer internationalen Isolation herausfinden.¹²⁸ Seit den späten fünfziger Jahren waren sozialwissenschaftliche Forschungen wieder in größerem Maße möglich, sogar unter Verwendung sogenannter bourgeoiser Methoden. Allerdings gab es ideologische Einschränkungen, was die veröffentlichten Schlussfolgerungen von Wissenschaftlern anging, die an sozialpolitischen Fragen arbeiteten.¹²⁹ International angesehene marxistische Soziologen wie András Hegedüs konnten in Ungarn daher nur die praktischen Missstände in der Gesellschaft ansprechen, um die Diskrepanz zwischen propagierter Ideologie und gesellschaftlicher Realität herauszustellen.¹³⁰ Das in der ČSSR

124 Kovács 2005, S. 35.

125 Oikari 2002, S. 146; vgl. dazu auch Nyysönen 1999.

126 Oikari 2002, S. 137.

127 Kalmár 2005, S. 57–68.

128 Kósa & Valuch et al. 2000.

129 Kalmár 2005, S. 67.

130 Szabari 2005, S. 665; ausführlich zur Entwicklung der ungarischen Soziologie zwischen 1960 und 1968 vgl. <http://www.mtapti.hu/mszt/19953/szanto.htm> (Zugriff: 29.04.2008).

immer häufiger diskutierte jugoslawische Modell der Arbeiterselbstverwaltung konnte in ungarischen Publikationen dagegen nur indirekt erscheinen, weil es den Ideen der Revolution von 1956 zu nahestand.¹³¹

Während sich die Kulturpolitik gegenüber den ungarischen Jugendlichen in den sechziger Jahren relativ konzilient zeigte,¹³² hatten subkulturelle Jugendgruppen, die sich damals in vielen Teilen der Welt bildeten, in Ungarn kaum Entfaltungsmöglichkeiten. Bezirkspolizei und der kommunistische Jugendverband in Ungarn warfen ihnen vor, von westlichen Einflüssen inspiriert Banden zu bilden und ihr Umfeld zu terrorisieren. Die offizielle Propaganda brachte die schrill gekleideten Jugendgruppen mit dem Volksaufstand von 1956 in Verbindung und behauptete, es handle sich um eine organisierte oppositionelle Kraft.¹³³ Dafür gibt es freilich keine Anhaltspunkte. Stattdessen zeigen Polizeidokumente deutlich, dass die jungen Leute nicht als politische Organisation auftraten.¹³⁴ Vielmehr kamen sie in Konflikt mit der Staatsmacht, weil sie spontane Ausdrucksformen der Non-Konformität an den Tag legten, wie sie auch bei westlichen Hippies zu beobachten waren. So bestand das von der Staatssicherheit säuberlich abfotografierte „Beweismaterial“ größtenteils aus Ansteckern mit den bekannten Phrasen der amerikanischen Jugendbewegung (beispielsweise „*Make love not war*“), oder aber Formeln der bayerischen Gemütlichkeit („*Mir is ois wurscht*“; „*Mei Ruah mecht i!*“), die von den amtlichen Stellen mit teils unterhaltsamen Ergebnissen ins Ungarische übersetzt worden waren.¹³⁵ Viele wurden unter dem Vorwurf der Arbeitsverweigerung oder öffentlichen Ruhestörung verhaftet. Einige ihrer Ansichten kamen jedoch auch der MSzMP nicht ungelegen. Als ungarische Jugendgruppen gegen den Vietnamkrieg demonstrierten, befanden sie sich zunächst im Einklang mit dem offiziellen AntiAmerikanismus. Nachdem sich Ungarn allerdings im August 1968 an der Militäraktion gegen die Tschechoslowakei beteiligt hatte, lehnten Partei und Staatsorgane in Ungarn die pazifistische Grundhaltung der jungen Leute plötzlich ab.¹³⁶ Zu widersprüchlich wäre wohl ein offiziell unterstützter Pazifismus gewesen, während im benachbarten Bruderland ungarische Truppen aufmarschierten.

Die Öffnung für kirchliches Engagement, das der kommunistischen Führung traditionell ein Ärgernis war, blieb in Ungarn auch während der sechziger Jahre beschränkt. Nach jahrelanger Verfolgung und zuletzt umfangreichen Polizeimaßnahmen gegen die

131 Kovács 2005, S. 36.

132 Klimó 2006, S. 159.

133 Horváth 2005, S. 220.

134 Eine Konfrontation zwischen Polizei und Jugendgruppen der skurrilen Art beschreibt Ebenda, S. 216–218.

135 <http://www.natarch.hu/archivnet/old/rovat/cikkepnagy.phtml?kepkod=93&cikkod=50>; <http://www.natarch.hu/archivnet/old/rovat/cikkepnagy.phtml?kepkod=94&cikkod=50>; <http://www.natarch.hu/archivnet/old/rovat/cikkepnagy.phtml?kepkod=95&cikkod=50> (Zugriff: 30.07.2011). Vgl. zum polizeilichen Umgang mit Hippies außerdem Kenyeres 2002.

136 Horváth 2005, S. 214 bzw. Horváth 2007, S. 85.

katholische Kirche Anfang 1961 hatten sich die Kirchenvertreter selbst um einen Modus Vivendi mit der Staatsmacht bemüht. In der Folge kam es Ende Dezember 1964 zu einer Einigung zwischen dem Vatikan und der ungarischen Regierung. Das innerhalb des Ostblocks erste Abkommen dieser Art erkannte die Koexistenz von Kirche und Staat zumindest formal an.¹³⁷ In der Praxis blieben die Religionsgemeinschaften einschließlich der katholischen Kirche jedoch bis in die achtziger Jahre staatlicher Überwachung und Verfolgung ausgesetzt.¹³⁸ Hierin bestand ein Unterschied zu fast allen anderen Bereichen der ungarischen Innenpolitik, die in den sechziger Jahren eine deutliche Lockerung erfuhren.

Institutionelle, kulturelle und politische Spielräume in der Tschechoslowakei

Im Vergleich zu Ungarn verlief die politische Öffnung in der Tschechoslowakei zunächst sehr viel langsamer. 1968 erreichte sie jedoch ein Ausmaß, das weit über die Lockerungen aller anderen sozialistischen Staaten in dieser Zeit hinausging. Dies gilt insbesondere für die politischen Reformen, die die Partei selbst zwischen Januar und Juni 1968 verabschiedete. Ihre Einzelheiten sind in der einschlägigen Literatur zu finden und sollen daher nur überblicksartig der ungarischen Entwicklung gegenübergestellt werden.¹³⁹ Dabei sind die 1968er Reformen in der ČSSR im Kontext einer viel bescheideneren Liberalisierungsphase zu sehen, die bereits Ende 1962 begann.

Im Frühjahr 1963 beschloss das tschechoslowakische Zentralkomitee, den slowakischen Parteichef und StB-Offizier Karol Bacílek sowie die ZK-Sekretäre Václav Slavík und Bruno Köhler als Drahtzieher der stalinistischen Prozesse ihrer Ämter zu entheben.¹⁴⁰ Alle drei hatten 1956 aktiv Reformtendenzen unterdrückt und die geschilderten administrativen und operativen Maßnahmen nach dem Ungarnaufstand mit zu verantworten. Die offensichtliche Inkompetenz einiger Spitzenfunktionäre im Verein mit akut drängenden politischen und wirtschaftlichen Problemen führte zu weiteren Veränderungen: Nach einer Plenarsitzung des ZK der KSČ am 20. September 1963 und intensiven Diskussionen über die stalinistische Vergangenheit mussten in der Partei- und Regierungsspitze viele Reformgegner ihre Posten verlassen. Jüngere reformorientierte Funktionäre erhielten ihre Ämter, darunter Čestmír Císař, der Bildungsminister wurde.¹⁴¹

Mit diesem Personalwechsel begann eine erste Phase der Entstalinisierung: Das Zentralkomitee gab öffentlich bekannt, dass über 400 ehemalige kommunistische Funktionäre zu Unrecht verfolgt worden waren. Es widerrief diese Urteile – in einigen Fällen posthum. Die verheerenden Ausmaße des stalinistischen Terrors gelangten jedoch nicht an die

137 Kósa & Valuch et al. 2000.

138 Klimó 2006, S. 187.

139 z.B. in Pithart 1990; Mlynář 1978; Kural 1993; Skilling 1976.

140 Hoensch 1992, S. 160.

141 Slapnicka 1964, S. 578–580.

Öffentlichkeit, so dass die Bevölkerung darüber weiter nur spekulieren konnte. Für viele Menschen blieb außerdem irritierend, dass nur Kommunisten freigelassen wurden, während Zehntausende unschuldiger Nicht-Kommunisten weiterhin in politischer Haft saßen oder berufliche Nachteile erlitten.¹⁴² Zudem verfügten die im Zentralkomitee verbliebenen Alt-Stalinsten auch in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre über Rückendeckung aus Moskau und konnten somit größere Reformvorhaben blockieren. Angesichts zunehmender Reformforderungen warnten sie unermüdlich vor Revisionisten und kritischen Intellektuellen. Ihren Einfluss machten sie auch in der Praxis geltend: 1963 verschärften sie die Zensur. Damit konnten sie allerdings nicht verhindern, dass einflussreiche Kulturzeitschriften marxistisch begründete Kritik vorbrachten und so eine Liberalisierungsdiskussion anregten.¹⁴³

Aus ähnlichen Gründen wie in Ungarn erleichterten auch die tschechoslowakischen Behörden ab 1963 den Reiseverkehr. Neben der Aufhebung des Visazwangs mit Ungarn, Polen und den Grenzbezirken der DDR sollte vor allem der lukrative Deviseneingang aus und über Österreich vereinfacht werden. Auch in der ČSSR übernahm ein staatliches Fremdenverkehrsamt die Koordination und Kontrolle des wechselseitigen Tourismus.¹⁴⁴ Die Möglichkeit zu Westreisen blieb allerdings für die meisten Bürger der Tschechoslowakei sehr beschränkt, obwohl auch hier zwischen 1965 und 1966 ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen war.¹⁴⁵ Stattdessen konzentrierten sich die tschechoslowakischen Liberalisierungsmaßnahmen auf politisch weniger brisante Bereiche des Alltagslebens: Wie in Ungarn erklärte die KSČ-Führung 1963 den ersten und zweiten Weihnachtsfeiertag wieder für arbeitsfrei. Außerdem galt der sowjetische Nikolausersatz *Väterchen Frost* nun neuerdings als Erscheinung des stalinistischen Personenkults und wurde daher abgeschafft.¹⁴⁶

Die Möglichkeiten der künstlerischen und literarischen Gestaltung öffneten sich vor 1968 in der ČSSR im Gegensatz zu Ungarn kaum. Weiterhin galten Schriftsteller als potenzielle Störenfriede des parteilichen Machtmonopols. Zensur, Publikationsverbote und andere Diskriminierungsmaßnahmen blieben für kritische Autoren in der ČSSR die Regel, während sich in Ungarn damals gemäßigte Autoren in das staatliche Kulturleben integrieren konnten. Eine gewisse Liberalisierung fand in der ČSSR dennoch statt, wie die sogenannte Kafka-Konferenz in Liblice 1963 zeigte. Dortige Redner kritisierten die unmenschlichen und zur Verselbstständigung neigenden bürokratischen Systeme, wie sie in Kafkas Werk, aber auch im Alltag der tschechoslowakischen Parteidiktatur auftauchten. Kommunistische Parteiideologen im In- und Ausland verurteilten diese

142 Navrátil 1998, S. 3.

143 Hoensch 1992, S. 160; zur langfristigen Zensurpraxis der KSČ vgl. Zeman 1995.

144 Slapnicka 1964, S. 581.

145 Holý 2008, S. 59.

146 Slapnicka 1964, S. 584. Zur vorübergehenden Abschaffung der sowjetischen Weihnachtsfigur im Winter 1956 in der ČSR vgl. Kapitel I.

Interpretation, für eine repressive Verfolgung der kritischen Wissenschaftler fehlte in der tschechoslowakischen Führung aber bereits der Rückhalt.¹⁴⁷ In anderen Bereichen ging der Staatsapparat allerdings weiterhin rigoros vor, so auch gegen tschechoslowakische Jugendliche, die sich der westlichen Jugendkultur anschließen wollten. Beispielsweise existierte bis 1967 ein offizielles Verbot, mit langen Haaren in der Öffentlichkeit zu erscheinen.¹⁴⁸ Die Verhaftungen und in einzelnen Fällen auch Schlägereien mit der Polizei glichen wiederum ähnlichen Vorgängen wie in Ungarn.

Zu einer deutlicheren Liberalisierung kam es in der ČSSR ab 1964 in der bildnerischen Kunst. Wie in Ungarn konnten nun auch nicht-sozialistische Künstlerinnen und Künstler öffentlich ausstellen und mit Jindřich Chaloupecký konnte 1964 ein non-konformistischer Künstler Vorsitzender des Kunstverbands werden. Durch seine Initiative konnten vorher diskriminierte Künstler wieder staatliche Fördergelder erhalten. Die künstlerische Freiheit ging dabei bereits Mitte der sechziger Jahre so weit, dass auch Ausstellungen im Ausland möglich wurden.¹⁴⁹ Im Gegensatz zur Literatur unterstellte die immer noch konservativ dominierte Parteiführung der ČSSR den darstellenden Künsten offensichtlich ein geringes politisches Gefährdungspotenzial.

Von einer begrenzten Öffnung profitierten in den sechziger Jahren in der ČSSR auch Wissenschaft und Bildung. Nachdem es hier bereits Ende der fünfziger Jahre eine rege, wenn auch nach außen weitgehend unsichtbare Weiterentwicklung gegeben hatte, erweiterten sich bis 1962 die Spielräume erneut. Redaktionelle Interventionen, die Bevorzugung bestimmter Autoren und die Diskriminierung verhinderten jedoch eine spürbare Liberalisierung von Forschung und Lehre.¹⁵⁰ Außerdem fasste eine Regierungsverordnung von 1963 die Dienstpflicht von Hochschulabsolventen wieder schärfer und schrieb ihnen eine mehrjährige Tätigkeit in Industrie oder Landwirtschaft vor.¹⁵¹ Insgesamt unterlagen Wissenschaft und Bildung in der ČSSR bis 1968 größeren Einschränkungen als in Ungarn. Dagegen wandten sich im April 1965 tschechoslowakische Philosophen auf einer Marxismus-Konferenz. Sie versuchten ihre humanistischen und praxisorientierten Ansichten unter Verweis auf den frühen Marx direkt dem Parteiapparat zu vermitteln. Die offiziellen Ideologen erstellten daraufhin einen Rahmenplan für die philosophische Forschung, der über Jahre „abweichende Philosophen“ in Schach halten sollte.¹⁵² Da damals aber bereits die Mehrheit der Geisteswissenschaftler dem bürokratisierten Herrschaftssystem kritisch gegenüberstand, verweigerten sich immer mehr von ihnen den offiziellen Anweisungen.

147 Schwarz 2001, S. 410–411 und Šik 1988, S. 157–158; vgl. dazu außerdem die Erinnerungen von Michal Raimann in Segert & Coudenhove-Kalergi et al. 2008, S. 131–135.

148 Holý 2008, S. 58–59.

149 Svašek 2001, S. 151.

150 Lobkowitz 1963, S. 12–17.

151 Slapnicka 1964, S. 583.

152 Kusin 2002, S. 51–52.

Von den zunächst halbherzigen Reformen in der Tschechoslowakei waren auch die Kirchen betroffen: 1963 wurden offiziell fünf Bischöfe freigelassen, die seit 1951 in der Ausübung ihres Amt behindert worden und jahrelang inhaftiert gewesen waren. Zu einem formellen Rehabilitationsverfahren kam es allerdings nicht und die Prozesse gegen Geistliche wurden zunächst keiner rechtsstaatlichen Prüfung unterzogen.¹⁵³ Ohnehin änderte sich an der Diskriminierung der Kirche durch den Staat bis 1968 wenig, obwohl harte Repressionen bereits der Vergangenheit angehörten. Der Kompromiss zwischen Kirche und Staat glich sich Mitte der sechziger Jahre also in Ungarn und der Tschechoslowakei.

Die offiziellen Medien spiegelten auch in der Tschechoslowakei das Ausmaß der politischen Öffnung wider. Gerade weil allgemein bekannt war, dass die Grundlinien jeder Veröffentlichung vorher in den politischen Machtzentren diskutiert wurden, lieferten die staatliche Presse und der Rundfunk der Bevölkerung wichtige Anhaltspunkte. Sie signalisierten, welche Meinungen offiziell vertretbar waren oder was erlaubt war und was nicht.¹⁵⁴ Doch dieser Rahmen unterlag ebensolchen Schwankungen wie die parteiliche Kontrolle über die Medien selbst. Die zeitgenössische Tagespresse zwischen 1957 und 1966 machte dies sehr deutlich. Gegen Mitte der sechziger Jahre erklang darin immer direktere Kritik, die sich schließlich nicht mehr nur gegen die Lokalpolitik, sondern gegen das gesellschaftliche System selbst richtete. Immer unverblümter verwiesen Journalisten auf die Diskrepanzen zwischen offizieller Ideologie und alltäglicher Praxis.¹⁵⁵ Ihr Vorgehen entsprach oft den Umwegen der ungarischen Publizistik, die Systemkritik über viele alltägliche Einzelbeispiele vorbrachte.

Wie auch in Ungarn konnten reformorientierte Wissenschaftler in der Tschechoslowakei nach dem 12. Parteitag der KSČ (1962) vermehrt in Fachzeitschriften publizieren. So war es laut einem offiziellen Beschluss theoretisch möglich, gesellschaftliche Missstände in wissenschaftlichen und kulturpolitischen Zeitschriften zu thematisieren. Dies galt auch hier nur für Fachpublikationen mit kleinem Leserkreis. Tagespresse, Rundfunk und Fernsehen folgten dagegen weiter zentralen Vorgaben und kritisierten Reformströmungen, die sich in Nischenbereichen manifestierten.¹⁵⁶ Erst das neue Pressegesetz vom 25. Oktober 1966 (81/1966 Sb.) machte Hintergründe der staatlichen Informationspolitik transparenter; vorher hatte die Pressekontrolle der Geheimhaltung unterlegen.¹⁵⁷ Weiterhin sollte die Zensur in der ČSSR Veröffentlichungen verhindern, die sich gegen die

153 Slapnicka 1964, S. 583–584.

154 Hoppe 2004, S. 8–9.

155 Kusin 2002, S. 25.

156 Hoppe 2004, S. 9–11.

157 Kaplan & Tomásek 1994, S. 14–17; bei der Ausarbeitung des Pressegesetzes spielten auch Reminiszenzen an die Ungarische Revolution eine Rolle, die damit ausgeräumt werden sollten (Hoensch 1992, S. 163).

offizielle Parteilinie richteten. Allerdings oblag nun den Chefredakteuren die Hauptverantwortung für diese Kontrolle, wobei diese im Zweifelsfall von höheren Parteiorganen überstimmt werden konnten.¹⁵⁸ Das tschechoslowakische Pressegesetz blieb also hinter der ungarischen Praxis der freiwilligen Selbstzensur in den Redaktionen zurück. Dennoch schaffte es formal unabhängigere Strukturen, die die tschechoslowakischen Redaktionen 1968 sofort nutzen konnten.

Den Umbruch brachten die Neuwahlen des Generalsekretärs der KSČ am 5. Januar 1968. Nach wochenlangen innerparteilichen Machtkämpfen verlor Novotný das mächtigste Amt im Staat an den Slowaken Alexander Dubček. Gleichzeitig erlangte erstmals eine Gruppe reformwilliger Politiker die Mehrheit im Zentralkomitee der KSČ. Diese sogenannten Reformkommunisten konnten ihre Position weiter stärken, als Novotný im März 1968 auch seine zweite Spitzenposition, das Präsidentenamt, an Ludvík Svoboda abgab. Die neue Führung begann sofort mit der Ausarbeitung eines Reformprogramms, das eine umfassende politische und gesellschaftliche Öffnung vorsah.

Ein Aktionsprogramm des tschechoslowakischen Zentralkomitees fasste am 5. April 1968 die Reformpläne zusammen. Es gilt neben der Regierungserklärung vom gleichen Monat als wichtigstes programmatisches Dokument des Prager Frühlings.¹⁵⁹ Seine Verfasser forderten einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ und eine neue Phase der sozialistischen Revolution, einschließlich einer wirtschaftlichen Neubelebung. Diese Neuerungen sollten den Sozialismus humanisieren und damit letztlich stärken. Dabei blieb die politische Führungsrolle der KSČ, wobei laut Aktionsprogramm andere gesellschaftliche Organisationen an Einfluss gewinnen sollten. Außerdem schlug das Programm eine Neuregelung der tschechisch-slowakischen Beziehungen vor, wobei auch andere nationale Minderheiten volle Gleichberechtigung erhalten sollten. Vor allem aber forderte es eine Demokratisierung der politischen Führungsstruktur: Die Regierung sollte gegenüber der Parteiführung selbstständiger und das Parlament mit umfassenderen Kontrollfunktionen ausgestattet werden. Der staatliche Geheimdienst (StB) durfte künftig nicht mehr für innenpolitische Auseinandersetzungen missbraucht werden. Persönliche und politische Bürgerrechte sollte eine neue Verfassung – und damit den Schutz vor staatlicher Gewalt – garantieren, die sich im April 1968 bereits im Planungsstadium befand.¹⁶⁰ Dieses Vorhaben ging weit über die vielen impliziten Erleichterungen im ungarischen Staatswesen hinaus.

Der Tenor des neuen politischen Programms der KSČ entsprach in vielen Punkten den Ansichten des ungarischen Philosophen Lukács, die dieser auf einer Sitzung des Petöfikreises im Juli 1956 geäußert hatte: „Je menschlicher wir den Sozialismus aufbauen – menschlicher für uns, zu unserem Nutzen, vom Standpunkt unserer eigenen Entwicklung

158 Hoppe 2004, S. 9.

159 Die Regierungserklärung in deutscher Fassung findet sich in Alfred Domes 1969, S. 20.

160 5.4.1968 2002.

– umso mehr dienen wir auch dem endlichen Sieg des Sozialismus im internationalen Maßstab. (...) Denn wenn es uns gelingt, den Sozialismus anziehend zu machen, dann wird er für die Massen kein Schreckgespenst mehr sein.“¹⁶¹ Die Ähnlichkeit mit Lukács‘ Gedanken war dabei kein Zufall, denn viele tschechoslowakische Reformkommunisten hatten sich nach eigenen Angaben von dem ungarischen Neomarxisten inspirieren lassen.¹⁶²

Im Rahmen der tschechoslowakischen Reformpolitik sollten auch die Säuberungsaktionen zwischen 1957 und 1958 aufgerollt und damit verbundenes Unrecht rückgängig gemacht werden. Diese Entscheidung hatte allerdings auch Gegner im Zentralkomitee, die in den internen Diskussionen auf die „tragischen Ereignisse in der ungarischen Volksrepublik im Jahr 1956“ verwiesen. Diese hätten gezeigt, wie wichtig die Verlässlichkeit des Staatsapparates in einem sozialistischen System sei. Doch dieses Argument konnte den Reformflügel in der Parteiführung nicht mehr überstimmen. Vielmehr wurden viele der nach dem Ungarnaufstand in der Tschechoslowakei eingeführten „Schutzmaßnahmen“ wieder aufgehoben und per Gesetz für untauglich erklärt.¹⁶³

Auch im akademischen Leben der Tschechoslowakei kam es 1968 nach zunächst sehr langsamen Verbesserungen zum Durchbruch. Viele tschechoslowakische Wissenschaftler beriefen sich nun auf humanistische Traditionen, Menschenrechte und forderten einen gewissen Ideenpluralismus.¹⁶⁴ Dies war möglich geworden, nachdem die KSČ offiziell beschlossen hatte, die Sozialwissenschaften zu rehabilitieren und neben dem Marxismus auch andere Interpretationsgrundlagen zuzulassen. Die Neuerungen galten laut Aktionsprogramm auch für Kultur, Kunst und Ästhetik, die nun ebenfalls vom internationalen Austausch profitieren sollten.¹⁶⁵ Mit dieser Programmatik übertraf die KSČ bei weitem jene Spielräume, die Aczél’s Kulturpolitik damals den ungarischen Künstlern und Wissenschaftlern einräumte.

Das Aktionsprogramm vom April 1968 sprach auch den Religionsgemeinschaften in der ČSSR grundlegende Freiheitsrechte zu, obwohl die KSČ traditionell nicht mit den kirchlichen Inhalten übereinstimmte. Den Reformern ging es vielmehr um grundlegende Menschenrechte, die auch die Religionsfreiheit einschlossen. Gleichzeitig spielten in den Diskussionen pragmatische Gründe eine Rolle, da sich etwa 60 Prozent der tschechoslowakischen Bevölkerung zum christlichen Glauben bekannten und der Erfolg des Erneuerungsprozesses von der Unterstützung der Kirche als meinungsbildender Kraft

161 Lukács & Ludz 1973, S. 612 (zit. nach Grebing 1977, S. 205).

162 Kusin 2002, S. 38; Císař 2005, S. 505; 630; Grebing 1977, S. 219; Prucha 2003, S. 293–294; Donoso 1980, S. 389.

163 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 83, Punkt 8, 8.4.1968: *Vorschlag für einen Beitrag zur 68. Sitzung des Vorsitzes des ZK der KSČ, auf der ein offizieller Standpunkt des ZK zu den Säuberungen von 1957/58 entworfen werden sollte*, 8.4.1968, S. 359–360.

164 O. A. in *Literární listy*, 18.4.1968, S. 3.

165 Vgl. dazu die entsprechende Passage des Aktionsprogramms der KSČ und den zugehörigen Kommentar bei Pecka et al. 1998, S. 331–336.

abhing.¹⁶⁶ Diese Überlegung erwies sich insbesondere für die Slowakei als zutreffend, wo die Liberalisierung der Religionsausübung auf besonders großen Widerhall stieß.¹⁶⁷ Als sich die Spielräume für die katholische Kirche 1968 in der ČSSR vorübergehend deutlich ausweiteten, änderte sich in Ungarn nichts. Allerdings saß in Prag auch kein Mindszenty in der amerikanischen Botschaft, der – wie in Budapest – die Situation einer im eigenen Land emigrierten Kirche personifizierte.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des tschechoslowakischen Reformprozesses war die Erweiterung der Meinungsfreiheit: Schon seit Januar 1968 verbreiteten die tschechoslowakischen Medien öffentlich die politische Reformdiskussion und trieben diese voran.¹⁶⁸ Im Frühjahr 1968 wurde die Zensur *de facto* abgeschafft, was am 4. März 1968 auch in einem Gesetzesentwurf festgehalten wurde. Diese Gesetzesnovelle (84/1968 Sb.) garantierte völlige Pressefreiheit und trat offiziell am 26. Juni 1968 in Kraft. 86 Prozent der Befragten begrüßten in einer landesweiten Umfrage das neue Gesetz,¹⁶⁹ das eigentlich nur eine Entwicklung legalisierte, die seit Monaten gängige Praxis aller Massenmedien war.

Neben der Abschaffung der inländischen Zensur öffnete sich die ČSSR 1968 auch für westliche Medien. So entschied sich der Innenminister Pavel am 5. Mai 1968 für einen Schritt, den die ungarische Parteiführung bereits fünf Jahre früher vollzogen hatte: Er stellte die Störung westlicher Sender ein.¹⁷⁰ Vor allem stieg das Interesse jedoch an den inländischen Medien, die neuerdings eine ernstzunehmende Informationsquelle darstellten.¹⁷¹ Sogar die KSC-*Zeitung Rudé právo* wollte nicht mehr die Ansichten des Parteipräsidiums allein, sondern die der gesamten Partei repräsentieren.¹⁷² Ehemalige Tabuthemen tauchten in den Monaten des Prager Frühlings regelmäßig in den offiziellen Tageszeitungen und Rundfunksendungen auf: die politischen Prozesse der fünfziger Jahre, die Auflösung der sozialdemokratischen Partei, die Wiedereinführung einer parteilichen Opposition und die internationalen Möglichkeiten und Perspektiven dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs.¹⁷³ Oft übertrafen die Forderungen in den tschechoslowakischen Medien bei Weitem die Vorstellungen der Reformkommunisten im Zentralkomitee. Dies blieb in den Medien der Warschauer Bündnispartner nicht

166 NA Praha, KSC-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Bd. 65, Nr. 73, Punkt 14, 20.3.1968: *J. Špačeks Beitrag auf einer Sitzung des Vorsitzes des ZK der KSC zur Konzeption der Kirchenpolitik*, in: PECKA, J. (Hg.) 1993, S. 197–201, S. 197.

167 Pauer 1995, S. 28.

168 Vgl. dazu mit den Artikel des reformorientierten Parteisekretärs Smrkovský in *Práce*, 21.1.1968, S. 1.

169 {Hoppe 2004 #1163: 11-18}.

170 Hoppe 2004, S. 403; die neue Regelung betrifft auch solche Sender, die auf Tschechisch sendeten.

171 Die Nachfrage nach tschechoslowakischen Presserzeugnissen stieg in dieser Zeit stark an (Ebenda, S. 19).

172 Kolektiv redakce Rudého práva in *Rudé právo*, 20.3.1968, S. 1–2.

173 Hoppe 2004, S. 12–13; Lederer in *Literární listy*, 21.3.1968, S. 2.

unerwidert: Es gab regelrechte Presseschlachten zwischen den freien tschechoslowakischen Zeitungen und ihren ideologisch gesteuerten Pendanten in Polen, der DDR und der Sowjetunion; nur die ungarischen Blätter hielten sich mit ihrer Polemik gegenüber der ČSSR sehr zurück.¹⁷⁴ Der gegenüber den Prager Reformen relativ wohlwollende Kurs der ungarischen Medien blieb allerdings weit entfernt von den kritischen, völlig unabhängigen Veröffentlichungen in der ČSSR.

Trotz zahlreicher politischer und gesellschaftlicher Öffnungen in der ersten Jahreshälfte von 1968 blieben in der ČSSR viele Reformen hinter den Anfangserwartungen zurück. Die meisten der im Aktionsprogramm vorgesehenen Neuerungen konnten nicht mehr umgesetzt werden: Am 21. August 1968 fand der Prager Frühling mit dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen ein jähes Ende. Gescheitert war der Reformprozess jedoch nicht allein daran. Schon Monate vor dem Einmarsch hatten mächtige Gegner innerhalb der KSČ die Umsetzung vieler Reformen blockiert.¹⁷⁵ Abgesehen von inneren Widerständen waren wichtige Staatsorgane, darunter die Staatssicherheit, mit den Organisationen anderer Warschauer-Pakt-Staaten verquickt und konnten daher nicht unilateral liberalisiert werden.¹⁷⁶ Von einer völligen Systemtransformation war die ČSSR also 1968 noch weit entfernt. Dennoch war die systemische Öffnung zwischen März und August 1968 in fast allen Lebensbereichen der ČSSR deutlich spürbar. Sie ging weit über alle anderen reformsozialistischen Experimente hinaus, auch über den Reformkompromiss Kádárs. Der tschechoslowakische Reformversuch war im Staatsozialismus vor allem wegen seines expliziten Verzichts auf staatliche Gewaltanwendung einzigartig.

3.2.2 Kapazität und Bereitschaft für staatliche Repressionen

Für die Entwicklung politischer und gesellschaftlicher Reformbewegungen spielten auch im Staatsozialismus der sechziger Jahre staatliche Repressionen eine entscheidende Rolle. Gegenüber den fünfziger Jahren waren sie in Ungarn und der ČSSR schrittweise zurückgegangen. Dennoch stand in beiden Ländern der Repressionsapparat weiterhin bereit, um aus Sicht der Staatsparteien unerwünschte Handlungen zu unterbinden und abschreckende Exempel zu statuieren.

174 Vgl. zu für die Bündnisstaaten provokativen Artikeln in der tschechoslowakischen Presse: Goldstücker in *Literární listy*, 16.5.1968, S. 10 und Procházka in *MY* 68, 11.6.1968, S. 6–8; zu den sowjetischen Medienreaktionen vgl. Vida 1994, S. 113, zur DDR Schwarz 2004, S. 302–305 und zur medialen Reaktion auf den Prager Frühling in den umliegenden sozialistischen Staaten Kempers 1968. Zu Ungarn vgl. Kapitel IV.

175 Vgl. dazu beispielsweise Kolders Diskussionsbeiträge zu Außenpolitik, Autorität der KSČ sowie zur Rolle von Staatssicherheit und Armee in: NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 85, Punkt 2 (P4174), 7.5.1968: *Protokoll der 70. Sitzung des ZK der KSČ zum Bericht über die KSČ-Kreiskonferenzen und das weitere Vorgehen der Parteiführung (Teil I)*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.) 1999, S. 398–436.

176 Koudelka et al. 1996, S. 19–21.

1959 erreichte die Vergeltungspolitik Kádárs mit zahlreichen Strafurteilen gegen so genannte Konterrevolutionäre ihren letzten Höhepunkt. Die Strafen fielen auf internationalen Druck bereits milder aus und 1963 endete der Terror gegen die an der Revolution Beteiligten und ihre Angehörigen.¹⁷⁷ Auch danach blieben die technischen und administrativen Voraussetzungen zur Unterdrückung potenzieller Regimegegner bestehen und unterlagen weiterhin der völligen Kontrolle der Partei.¹⁷⁸ Auch juristisch war die politische Verfolgung noch möglich, was der ungarischen Bevölkerung mehrheitlich bekannt war. Die Erinnerung an die staatlichen Exzesse zwischen 1956 und 1962 blieb dort auch in den Folgejahren sehr lebendig.¹⁷⁹ Dafür sorgten im Verlauf der sechziger Jahre exemplarische Verhaftungen oder Razzien, die gleichzeitig die Grenzen des Möglichen aufzeigten.

Vor allem junge Leute standen in den sechziger Jahren im Visier von Geheimdienst und Polizei in Ungarn. Sie mussten Erziehungsmaßnahmen, Geldbußen und vereinzelt auch Haftstrafen über sich ergehen lassen.¹⁸⁰ Gerichtlich belangten die ungarischen Behörden vor allem marxistische Intellektuelle, insbesondere Maoisten. Unter dem Vorwurf des „Linksabweichlertums“ wurden im Juni 1968 unter anderem György Dalos und György Pór gerichtlich verurteilt.¹⁸¹ Diese Beispiele zeigten, dass die ungarische Parteiführung vor administrativen Maßnahmen weiterhin nicht zurückschreckte. Hauptsächlich richteten sich diese jedoch gegen Gruppen, denen ohnehin größere Teile der Bevölkerung skeptisch gegenüberstanden. Die meisten Ungarn konnten es in den sechziger Jahren dagegen relativ leicht vermeiden, Opfer des staatlichen Terrors zu werden.

Auch in der Tschechoslowakei existierte in den sechziger Jahren noch ein zentralisierter, hierarchisch strukturierter Polizeiapparat, der über das Innenministerium der direkten Kontrolle der Parteiführung unterlag. Die absolute Mehrheit seiner Angestellten arbeitete direkt für die Staatssicherheit (StB) oder die Schutzpolizei, die sogenannte *Öffentliche Sicherheit* (Veřejná bezpečnost – VB). Die Novotný-Führung verfügte also über umfangreiche Kapazitäten zur Überwachung und Verfolgung der Bevölkerung, die sie bis in die späten sechziger Jahre auch aktiv nutzte. Allerdings war nun auch die tschechoslowakische Staatssicherheit, anders als in den fünfziger Jahren, kein Instrument der politischen Massenverfolgung mehr. So sank die Zahl der jährlich überwachten Personen von etwa 1000 im Jahr 1955 auf durchschnittlich etwa 30 zwischen 1964 und 1967. Nun bekamen vor allem aktive Oppositionelle die weiterhin rigorosen Methoden der Staatspolizei zu spüren. Allerdings ließ Novotný 1967 die Überwachung der Bevölkerung

177 Péteri 2002, S. 128–129; Litván & Bak et al. 1996, S. 135–137; Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 372–373.

178 Lomax 1984, S. 99.

179 Niklasson 2005, S. 102; Ekiert 1996, S. 101.

180 Schulz 1970, S. 781.

181 Heller 1997; Schulz 1970, S. 782.

wieder verschärfen, weil er an den Hochschulen und im Kulturbereich westliche Einflüsse vermutete.¹⁸²

Auch in anderen Lebensbereichen bemühte sich die langsam zerfallende konservative KSČ-Spitze um 1967, die Zügel anzuziehen. Ein bekanntes Beispiel dafür ist ihre Reaktion auf den IV. Tschechoslowakischen Schriftstellerkongress vom 27. bis 29. Juni 1968. Auf dieser staatlichen Veranstaltung forderten die größtenteils kommunistischen Schriftsteller eine Rückkehr zu den nationalen Traditionen sowie eine freiheitliche Ausübung von Literatur und anderen Künsten.¹⁸³ Die Reaktion der Prager Ideologieabteilung ließ nicht lange auf sich warten: Ihr Vorsitzender Jiří Hendrych verurteilte – wie bereits 1956 – die Äußerungen der Schriftsteller auf Schärfste und drohte mit harten Konsequenzen. Gleichzeitig sagte er jenen die Unterstützung der Parteiführung zu, die sich gegen die reformistischen Stimmen aussprachen.¹⁸⁴ Doch dieses Mal gelang es ihm – anders als beim II. Tschechoslowakischen Schriftstellerkongress im Jahr 1956 – auf diese Weise nicht, die sich anbahnende Liberalisierung zu stoppen. Stattdessen musste Hendrych im Januar 1968 selbst seinen Posten verlassen, nachdem er kurz zuvor noch Drohungen und Berufsverbote ausgesprochen hatte.¹⁸⁵

Mit der neuen kommunistischen Führung unter Alexander Dubček änderte sich die Situation in der ersten Jahreshälfte von 1968 in der Tschechoslowakei grundlegend. Im Gegensatz zur stillschweigenden Zurückhaltung der Exekutivorgane in Ungarn endete in der ČSSR die politische Überwachung und Verfolgung nicht nur in der Praxis, sondern auch formal. Dem Aktionsprogramm folgten bald wesentliche Personalentscheidungen: Im April 1968 wurde Josef Pavel zum neuen Innenminister, der zwischen 1951 und 1955 selbst politischer Gefangener gewesen war und die repressiven Methoden der Vergangenheit strikt ablehnte.¹⁸⁶ Er setzte die politische Verfolgung komplett aus und bemühte sich um eine an Transparenz und Rechtsstaatlichkeit orientierte Innenpolitik.¹⁸⁷ Er handelte dabei im Sinne des Reformflügels der KSČ, der ebenfalls mehrheitlich repressive Methoden ablehnte.¹⁸⁸ Allerdings sprachen sich die wenigsten politischen Vertreter für einen völligen Verzicht auf die alten Methoden aus. Beispielsweise Josef Smrkovský, Vorsitzender der Nationalversammlung und einer der führenden Reformkommunisten,

182 Koudelka et al. 1996, S. 7-9; 12.

183 Stellvertretend für viele andere kritische Beiträge, u.a. von Klíma, Liehm und Havel vgl. NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Bd. 39, Nr. 39, 28.6.1967: *Diskussionsbeitrag von Ludvík Vaculík auf dem IV. Kongress der tschechoslowakischen Schriftsteller in Prag (27.-28.6.1967)*, in: PECKA, J. et al. (Hg.) 1998, S. 316–317.

184 Hendrychs Rede in voller Länge findet sich bei Pecka et al. 1998, S. 319–320).

185 Vgl. dazu die Dokumente 102–106 in: Ebenda.

186 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 76, 28.3.1968: *Protokoll über die Diskussion des Präsidiums des ZK der KSČ vom 28.3.1968, u.a. zu Kaderfragen der Regierung*, 28.3.1968; Koudelka et al. 1996, S. 16–17; Pavels Änderungsvorschläge finden sich im Aktionsplan des Innenministeriums (ebenda, Dokument 16, S. 111ff.).

187 Vgl. dazu etwa den Artikel Ambrož; Lustig in *Rudé právo*, 1.5.1968, S. 9.

188 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 83, Punkt 8, 8.4.1968, S. 359–360.

warnte davor, den Erneuerungsprozess für Aktionen gegen das sozialistische System auszunutzen: Wer dies versuche, würde „übel enden“, denn dann hörten „Argumente und Worte“ auf zu wirken.¹⁸⁹ Auch viele andere tschechoslowakische Reformer teilten diesen Standpunkt. Eine der wenigen Ausnahmen bildete František Kriegel, der Vorsitzende der *Nationalen Front*. Als er über Hippies und andere junge Leute sprach, „die Demokratie, Opposition und freie Wahlen“ schrienen, wollte er „diese Tendenzen nicht unterdrücken, auch wenn sie uns nicht gefallen“.¹⁹⁰ Kriegels Standpunkt entsprach bis zum Sommer 1968 der politischen Praxis in der ČSSR, auch wenn er in der KSČ-Führung keine Mehrheit fand.

Darin bestand ein wesentlicher Unterschied zu Ungarn, den auch der Generalsekretär Dubček nach einem Treffen mit Kádár im Juni 1968 konstatierte: „*In letzter Zeit haben sie in Ungarn eine Hochschulgruppe verhaftet, die staatsfeindliche Aktivitäten entwickelte. Hippies wurden eingesperrt, die sich in eine Auseinandersetzung mit der Volksmiliz begaben. Über all das informierten sie die Öffentlichkeit durch die Presse. Auch so fassen sie die Erhaltung der Gesetzlichkeit auf.*“¹⁹¹ Für einige Monate verstand man die Gesetzlichkeit in der ČSSR anders, doch die beispiellose Öffnung zwischen März und Juni 1968 hatte auch viele Gegner.

Unterschiedliche Auffassungen über den Einsatz von Repressionen herrschten im tschechoslowakischen Parteiapparat insbesondere zwischen zwei Gruppen: denen, die sich früher selbst an der Verfolgung beteiligt hatten, und jenen, die zu ihren Opfern gehörten. Zudem beeinflusste die öffentliche Meinung seit Aufhebung der Zensur im Frühjahr 1968 immer stärker die politische Diskussion. Die Rechtsbrüche der Staatssicherheit spielten dabei eine große Rolle. Dies brachte die tschechoslowakische Staatsführung in ein Dilemma: Durch die Abwesenheit von Repressionen gewannen gesellschaftliche Reformer an Mut und Einfluss, den die Parteiführung selbst nicht mehr kontrollieren konnte. Die Reformkommunisten konnten die soziale Dynamik kaum durch Repressionen einschränken, ohne ihren Kredit bei den Massen sofort wieder zu verlieren. Vielen erschien dies sogar gefährlich, weil die gesellschaftliche Reformbewegung im Sommer 1968 bereits zu einer ernstzunehmenden mobilisierten Kraft avanciert war. In diesem Zusammenhang verwiesen die Entscheidungsträger aus beiden Lagern häufig auf die Ungarische Revolution, bei der sich ebenfalls eine unkontrollierbare Dynamik entwickelt

189 AMV ČR, Nr. Fonds A 7, Nr. 642, 6.5.1968: *Rede von J. Smrkovský auf der Versammlung der Mitarbeiter des Innenministeriums*, in: KOUDELKA, F.; SUK, J. (Hg.) 1996, S. 103–109.

190 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 85, Punkt 2 (P4174), 8.5.1968: *Protokoll der 70. Sitzung des ZK der KSČ zum Bericht über die KSČ-Kreiskonferenzen und das weitere Vorgehen der Parteiführung (Teil II)*, in: VONDROVÁ, J.; NAVRÁTIL, J. (Hg.) 2001, S. 437–449 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H.L.).

191 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 82, 25.6.1968: *Protokoll der Verhandlungen zwischen der tschechoslowakischen Partei- und Regierungsdelegation mit der ungarischen Führung in Budapest am 13.6.1968*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.) 1995, S. 246–249, S. 248 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H.L.).

hatte.¹⁹² Aus Angst vor einer Konfrontation verzichtete die KSC- Spitze 1968 auf Repressionen gegen außerparteiliche Reformkräfte. Dies galt auch für jene KSC-Funktionäre, die entsprechende Methoden prinzipiell befürworteten.

Die ungarische Parteiführung entging einer solchen Problematik, indem sie sich von vornherein die Option administrativer und repressiver Maßnahmen offen ließ. Durch den langsamen Abbauprozess dieser Methoden in der politischen Praxis konnte die Bevölkerung in den sechziger Jahren aufatmen. Dennoch konnte sie nicht davon ausgehen, dass der aus den fünfziger Jahren noch wohlbekanntes staatliche Terror für immer der Vergangenheit angehörte. Zu einer euphorischen Selbstbefreiung wie in der ČSSR kam es in Ungarn auch deshalb nicht, weil entsprechende Ansätze öffentlich gebrandmarkt und polizeilich unterdrückt wurden.

3.2.3 Zusammenhalt staatlicher und gesellschaftlicher Eliten

Die Entfaltungsmöglichkeiten des tschechoslowakischen Reformprozesses von 1968 wie auch des sehr viel begrenzteren ungarischen Experiments seit Anfang der sechziger Jahre waren wesentlich von der Unterstützung staats- und gesellschaftstragender Eliten abhängig. Die Ausweitung der öffentlichen Diskussion und der teilweise Wegfall von Repressivmaßnahmen erhöhten die Bedeutung außerparteilicher Akteursgruppen. Diese waren Multiplikatoren der Reformideen und daher in den sechziger Jahren eine wichtige politische Kraft. Das unmittelbare Ausmaß und die Dauerhaftigkeit der reformkommunistischen Bemühungen in der MSzMP und der KSC hingen außerdem wesentlich von der innerparteilichen Unterstützung ab.

Inner- und außerparteiliche Bündnisstrukturen in Ungarn 1963–1968

Der langsame Reformkurs in Ungarn war wesentlich von den Vorstellungen des MSzMP-Generalsekretärs Kádár geprägt. Dieser versuchte bereits Anfang der sechziger Jahre in einem „Kampf an zwei Fronten“, gleichzeitig Stalinisten und „Revisionisten“ aus wichtigen politischen Funktionen zu drängen. Auf dem VIII. Parteitag der MSzMP im November 1962 stimmten die Delegaten dieser zentristischen Linie zu und alle Plätze im

192 NA Praha, KSC-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 85, Punkt 2 (P4174), 7.5.1968, S. 408 1999; AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 6, Karton 75, Nr. 5447, 20.5.1968: *Bericht des ungarischen Botschafters in Prag über die neuesten Entwicklungen in der Tschechoslowakei*, 20.5.1968; NA Praha, KSC-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 102, Punkt 1, 8.7.1968: *Protokoll der 83. Sitzung des Präsidiums des ZK der KSC zu den 5 Briefen der Bündnisstaaten*, in: VONDROVÁ, J. (Hg.) 2000, S. 190–215, NA Praha, KSC-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 104, Punkt 1, 12.7.1968: *Protokoll der 85. Sitzung des Präsidiums des ZK der KSC, u.a. zu den Briefen der "Fünfergruppe" und einer entsprechenden Reaktion des ZK der KSC*, in: VONDROVÁ, J. (Hg.) 2000, S. 227–250; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T MLR 1965-69, Nr. 05/11, 25.7.1968: *Dossier des Außenministeriums über den Artikel O. Machatkas über I. Nagy in Literární listy vom 13.6.1968, 25.7.1968*.

Politbüro wurden entsprechend besetzt. Mit der Rückendeckung im höchsten Entscheidungsgremium konnte Kádár den Staatsapparat und die ökonomische Administration einer gewissen Öffnung unterziehen.¹⁹³ In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zeigte sich im Zentralkomitee der MSzMP jedoch eine differenziertere Interessensverteilung: eine landwirtschaftliche Lobby, eine Gruppe von Wirtschaftsreformern um Nyers und ein ideologisch konservativer Flügel. Zunächst setzte sich die technokratische Lobby der Wirtschaftsreformer durch – allerdings mit vielen Kompromissen.¹⁹⁴ Verbindendes Element aller drei Fraktionen waren die Erfahrungen mit der Ungarischen Revolution von 1956. Dadurch sensibilisiert erkannten die ungarischen Spitzenpolitiker Krisenzeichen schneller als andere kommunistische Parteien und konnten entsprechend reagieren. Dabei war die Angst vor der Wiederholung einer innerparteilichen Spaltung und dem Ausbruch eines Volksaufstandes oft politischer Leitgedanke. Die Funktionäre der ungarischen Staatspartei tendierten daher zur ideologischen Entspannung und einem praxisorientierten, an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichteten politischen Kurs.¹⁹⁵ Kádár selbst war eine wichtige Integrationsfigur der Partei, weil er sowohl in Nagys Übergangsregierung vom November 1956 mitgewirkt als auch die folgende Restauration eingeleitet hatte.

Diese Vermittlerrolle übernahm Kádár in den sechziger Jahren auch gegenüber der ungarischen Gesellschaft. Sein Kompromissangebot richtete sich in erster Linie an die einflussreichen und meinungsbildenden Akteure im Land: Er arrangierte sich mit besonders erfolgreichen Landwirten, die Rákosi noch als Kulaken verfolgt hatte. Wenn diese sich freiwillig bereit erklärten, Arbeitskraft und Land in Genossenschaften einzubringen, erhielten sie Führungspositionen in den Betrieben und konnten ihr Prestige in einer Art Dorfelite erneuern. Ähnlich verfuhr die ungarische Parteiführung mit der Intelligenz. Diese konnte sie natürlich nicht in ihrer Gesamtheit für parteipolitische Ziele gewinnen. Daher galt die Aufmerksamkeit der ungarischen Kulturpolitik besonders bedeutenden und beliebten Autoren und Künstlern jener Zeit.¹⁹⁶ Schriftstellern kam hier ein höherer Stellenwert zu als Wissenschaftlern, da belletristische Werke breiter rezipiert wurden und daher größeren Einfluss auf die Bevölkerung hatten. Gleichzeitig bemühte sich die ungarische Parteiführung, die Intellektuellen selbst in die Kulturpolitik zu integrieren.¹⁹⁷ Diese Strategie erwies sich als erfolgreich: In den sechziger Jahren brachen die Intellektuellen ihr 1957 aus Protest begonnenes Schweigen, nachdem sie wieder eine soziale Stellung erhalten hatten.¹⁹⁸ Diese Politik der Beruhigung, Neutralisierung und Integration von Kulturschaffenden funktionierte zwischen 1963 und 1968 relativ reibungslos.

193 Hoensch 1996, S. 232–233.

194 Kalmár 2005, S. 63.

195 Rainer 2005, S. 14–16.

196 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 528.

197 Oikari 2002, S. 137.

198 Gosztony 1999, S. 507; Tóth 2005, S. 604–607.

Über diese Einflusskanäle konnte die ungarische Parteiführung wirkungsvoll ihr Ansehen erhöhen, ohne sich direkt mit den Mehrheitsinteressen auseinanderzusetzen.

Außerdem sicherte sich Kádár die politische Unterstützung der ungarischen Werkteliten, indem er deren Lohndifferenzierungen stillschweigend tolerierte.¹⁹⁹ Daneben unterlagen in Ungarn die Arbeitnehmerverbände weiterhin einer besonderen staatlichen Kontrolle. Dies lag nicht zuletzt am lange ungebrochenen Widerstand der Arbeiterräte zwischen November und Dezember 1956.²⁰⁰ Kádárs Zurückhaltung bei der geforderten Ausweitung der Gewerkschaftskompetenzen war deshalb von Anfang an groß. Diese tauchte zwar in der ersten Jahreshälfte von 1968 häufig in den ungarischen Medien auf, doch es folgten keine Taten. Nach dem Truppeneinmarsch in die ČSSR war das Thema auch theoretisch wieder vom Tisch. Die Benachteiligung von Gewerkschaften und Arbeiterselbstverwaltung erwies sich für den ungarischen Reformverlauf allerdings als folgenschwer, weil diese die Pläne der ungarischen Parteiführung wenig später boykottierten.²⁰¹

Während entsprechende Organe in der Tschechoslowakei nach anfänglicher Skepsis den Reformprozess energisch unterstützten, verhalfen ihre vernachlässigten Pendanten in Ungarn dem NÖM zu einem frühzeitigen Ende. Anfang der siebziger Jahre sahen sie sich als Verlierer der Reformpolitik und nutzten ihr „sozialistisches Prestige“, um die Fortsetzung des NÖM zu boykottieren.

Wie sich im Herbst 1956 in Ungarn eindrucksvoll gezeigt hatte, konnten die staatlichen Exekutivorgane wesentliche Träger revolutionärer Bewegungen werden. Die politische Loyalität dieser Organe gehörte daher auch nach 1963 zu den Prioritäten der ungarischen Innenpolitik. Die Bemühungen zahlten sich offenbar aus: Die politische Zuverlässigkeit der ungarischen Militärstäbe hatten Säuberungen und Anreizsysteme in den fünfziger Jahren deutlich erhöht. Nach einem Bericht an den sowjetischen Verteidigungsminister Andrej Grečko war die Einsatzbereitschaft und Zuverlässigkeit der ungarischen Armee 1963 bereits wieder zufriedenstellend. Die besondere Berücksichtigung der ungarischen Armee bei der Planung des *Neuen Ökonomischen Mechanismus* sollte ihre Kooperationsbereitschaft gegenüber der Parteiführung weiter erhöhen.²⁰² Ein interessantes Dokument in diesem Zusammenhang ist der Bericht zweier ungarischer Generäle über die Militärübung des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei 1968. Obwohl die Verfasser darin deutlich ihr Missfallen gegenüber dem „undiplomatischen, rücksichtslosen und beleidigenden Verhalten“ der sowjetischen Militärführung ausdrückten, das sie offensichtlich auch selbst ablehnten, hätten die ungarischen Stäbe ihre Aufgaben zur vollen Zufriedenheit des ungarischen Verteidigungsministeriums erfüllt. Der politische Standpunkt habe

199 Tóth 2005.

200 Dömötörfi 2006, S. 57.

201 Racz 1970, S. 638; 642-643; Noti 1987, S. 64.

202 Germuska 2008.

dabei vollkommen dem entsprochen, den das Zentralkomitee der MSzMP vorgegeben hatte.²⁰³

Auch bei den innenpolitischen Exekutivorganen gab es aus Sicht der ungarischen Parteiführung kaum mehr Loyalitätsprobleme: Sie operierten bei der generellen Überwachung der Bevölkerung stets im Sinne der Parteiführung. Dazu motivierte sie erneut eine Doppelstrategie aus politischem Druck und finanziellen oder sozialen Vergünstigungen. Polizeilichen und geheimdienstlichen Eliten standen plötzlich angesehene gesellschaftliche Funktionen zur Verfügung, die sie langfristig an den Parteistaat banden.²⁰⁴

Inner- und außerparteiliche Bündnisstrukturen in der ČSSR 1968

Im Gegensatz zu Kádár konnte Novotný im Verlauf der sechziger Jahre immer weniger auf den Rückhalt in der eigenen Partei zählen. Stattdessen bildete sich dort ein Reformflügel aus, der Ende 1967/Anfang 1968 den Machtwechsel durchsetzte. Der konservative Parteichef und Präsident hatte bereits 1963 zahlreiche Verbündete verloren und diskreditierte sich zunehmend auch gegenüber den slowakischen Funktionären. Die Reformkommunisten, oft jüngere oder erst kurz vorher rehabilitierte Führungsmitglieder, genossen dagegen spätestens seit 1968 die Unterstützung der meisten Kreisfunktionäre.²⁰⁵

Doch der Reformkurs des Prager Frühlings hatte keine sichere Mehrheit in der tschechoslowakischen Parteiführung. Die neuen Kräfte teilten zwar die Ablehnung Novotnýs, oft aber aus verschiedenen Gründen. So dominierten in der slowakischen Sektion der Partei konservativere und nationalkommunistische Standpunkte.²⁰⁶ Einige Reformer im tschechoslowakischen Zentralkomitee, darunter Zdeněk Mlynář und Ota Šik waren an schnellen und umfassenden Neuerungen interessiert; andere verfolgten einen moskautreuen und daher eher reformfeindlichen Kurs, darunter Vasil Biľak und Alois Indra. Zwischen diesen beiden Fronten standen der Generalsekretär Alexander Dubček oder der Ministerpräsident Oldřich Černík. Auf der 70. ZK-Sitzung der KSČ im Mai 1968 offenbarte sich erstmals das ganze Ausmaß der innerparteilichen Spaltung. Wie bereits im April 1956 ging es nun erneut darum, ob ein vorzeitiger Parteitag einberufen werden sollte. Die Gegner der Reformbewegung lehnten diesen Vorschlag vehement ab, weil die Parteibasis eindeutig die Reformkommunisten unterstützte und daher das politische Schicksal des konservativen Flügel auf dem Spiel stand. Ein weiterer

203 Magyar Honvédség Központi Irattára Budapest, Nr. Karton 5/12/2, Dok. 1, 5.7.1968: *Bericht der ungarischen Generäle I. Oláh und F. Sűcs an das Politbüro der MSzMP über die Šumava-Militärübungen im Juni/Juli 1968 in der ČSSR*, in: VOJENSKÝ HISTORICKÝ ÚSTAV (Hg.), Nr. 42, Jg. 5 (1993), S. 144–155.

204 Szólyei 2005, S. 80–83.

205 Vgl. dazu exemplarisch das Fernsehinterview mit Mitgliedern der lokalen Organisation der KSČ in Horoměřice am 13.3.1968 (Hoppe 2004, S. 71–76), das bereits unter den Voraussetzungen der Meinungsfreiheit stattfand.

206 Pauer 1995, S. 30–32.

Streitpunkt war die Frage, ob es sich bei der gesellschaftlichen Reformbewegung um eine „konterrevolutionäre“ Entwicklung handelte. Reformgegner wie Martin Vaculík und Milouš Jakeš (ab 1987 letzter Generalsekretär der KSČ) sprachen sich dafür aus, vor allem die innere Einheit der Partei wiederherzustellen, den Demokratisierungsprozess zu verlangsamen und die Medien wieder unter Kontrolle zu bringen. Das zuweilen „anarchistische“ Vorgehen der Parteipresse kritisierte auch die zentristische Fraktion um Dubček, ohne jedoch die Meinungsfreiheit generell in Frage zu stellen. Als un-nachgiebiger Verfechter der antireformistischen Linie erwies sich dagegen neben den neostalinistischen Präsidiumsmitgliedern Oldřich Švestka, František Babírek und Emil Rigo der Präsidialsekretär Vasil Biřak: Auch er wollte „Ordnung schaffen“ und warnte immer wieder vor einer Parallelentwicklung zwischen dem Prager Frühling und der „ungarischen Konterrevolution“.²⁰⁷ Im Oktober/November 1956 war Biřak leitender Sekretär des Kaschauer Kreiskomitees gewesen und verfügte seinerzeit über genaue Information zum Ungarnaufstand und den Präventivmaßnahmen der Prager Führung.²⁰⁸ Er und andere warnten in diesem Zusammenhang mehrfach vor einem innerparteilichen „Revisionismus“, aber auch dem drohenden Einmarsch der Sowjetunion.²⁰⁹

Einige reformorientierte ZK-Mitglieder bemühten sich daher um einen Kompromiss, beispielsweise Mlynář, der in Bezug auf Indras und Biřaks Vergleich mit dem Ungarnaufstand versuchte, wesentliche Unterschiede zum Prager Frühling herauszustellen: *„Es gibt keine Spaltung des Typs, wie es sie bei Rákosi, Gerő und Nagy gab, und obwohl es ein Problem der Uneinheitlichkeit gibt, existieren hier keine zwei Zentren. (. . .) Dubček ist nicht Nagy, und auch nicht Rákosi. Das Problem ist nicht, dass Nagy theoretisch auftauchen kann, sondern die Gegensätze. Wir müssen so weitermachen, dass unsere Lösung nicht zu einer Uneinheitlichkeit dieser Art führt.“*²¹⁰ Allerdings geht aus dem Protokoll eben dieser ZK-Sitzung deutlich hervor, dass sich die tschechoslowakische Parteispitze durchaus sehr uneinig war. Mlynář spielte damals in seinem Beitrag das Ausmaß der innerparteilichen Spaltung herunter; erst in seinen späteren Erinnerungen gestand er die damalige Existenz mehrerer unvereinbarer Lager in der KSČ zu.²¹¹

Dennoch unterlag auch die Einschätzung der Reformkommunisten in der KSČ-Spitze den früheren Eindrücken der Ungarischen Revolution. Mit entsprechenden Verweisen gab beispielsweise Mlynář zu, große Angst vor einem Aufbegehren der Massen gegen die

207 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 85, Punkt 2 (P4174), 7.5.1968 1999, NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 85, Punkt 2 (P4174), 8.5.1968 2001.

208 Bukovszky 2006, S. 77.

209 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 6, Karton 75, Nr. 5447, 20.5.1968; NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 102, Punkt 1, 8.7.1968, S. 198; 206-207 2000, NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 104, Punkt 1, 12.7.1968 2000; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T MLR 1965-69, Nr. 05/11, 25.7.1968; Biřak & Kukuk 2006, S. 32.

210 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 85, Punkt 2 (P4174), 7.5.1968 1999 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H. L.).

211 Mlynář 1978.

Parteiführung zu haben. Diese Sorge teilte er mit den konservativen KSČ-Funktionären. Insbesondere der slowakische ZK-Sekretär Biľak befürchtete eine Massenmobilisierung gegen die Kommunisten wie seinerzeit beim Ungarnaufstand. Schon im November 1956 hatte Biľak gefordert, die führenden Kommunisten sollten sich bewaffnen.²¹² Offenbar trauten 1968 Reformgegner wie Biľak und Indra der Führung unter Dubček nicht zu, ein vergleichbares Szenario zu verhindern. Sie suchten daher im Geheimen den Kontakt zu hohen Vertretern der Warschauer-Pakt-Staaten. Nicht zuletzt aufgrund der dramatisierenden Einschätzungen dieser KSČ-Funktionäre gewannen die Bündnispartner den Eindruck, in der ČSSR sei eine „Konterrevolution“ in Gange. Außerdem bereiteten diese tschechoslowakischen Reformgegner gemeinsam mit den sowjetischen Führungsspitzen einen antireformistischen Putsch vor: Er sollte in der Interventionsnacht am 21. August 1968 Dubček und die Reformkommunisten entmachten, den Einmarsch legalisieren und die Machtübernahme des konservativen Parteiflügels vorbereiten.²¹³

Obwohl dieser Umsturz völlig misslang, erklärten sich unter dem militärischen und psychologischen Druck der Invasoren, kurz nach dem Einmarsch viele der „Zentristen“ – darunter die Symbolfiguren des Prager Frühlings Černík, Svoboda und Husák – zur Zusammenarbeit mit den Okkupanten bereit.²¹⁴ Daran zeigt sich, dass der Rückhalt für den tschechoslowakischen Reformprozess in der tschechoslowakischen Führung insgesamt sehr begrenzt war. Nur die Parteibasis unterstützte den Reformflügel engagiert und organisierte am 22. August 1968 mit den verbliebenen Reformspitzen den außerplanmäßigen XIV. Parteitag.²¹⁵ Dieser musste kurzerhand in den Prager Randbezirk Vysočany verlagert werden, weil sowjetische Truppen in Prag das Parteigebäude besetzt hatten. Von 1550 KSČ-Delegierten aus dem ganzen Land fanden sich trotz versperrter Verkehrswege etwa 1200 ein, wobei ihnen die Bevölkerung auf unkonventionelle Weise bei der Anreise behilflich war. Der Parteitag wählte ein neues Zentralkomitee, das nur noch 16 Prozent der ursprünglichen Besetzung enthielt.²¹⁶ Vorübergehend erkannten alle anderen Staatsorgane und Massenorganisationen den Parteitag an, der die Invasion verurteilte. Dennoch hatte das theoretisch höchste Entscheidungsorgan in seiner improvisierten Zusammensetzung und unter den Umständen der Okkupation eher symbolische Bedeutung: Fast das gesamte KSČ-Präsidium befand sich in Moskau und das ganze Land war von „befreundeten“ Truppen besetzt. Dem tschechoslowakischen Reformkurs fehlte jedoch bereits zuvor ein stabiles Rückgrat in der politischen Machtelite, der ihn von vornherein anfällig für Widerstände von innen und außen machte. Daran änderte

212 Vgl. dazu Kapitel II [Stichwort: Schusswaffen].

213 Pauer 1995, S. 361; 370.

214 Ebenda.

215 Vgl. dazu die Dokumente und Kommentare in Pelikán 1970.

216 Hejzlar 1976, S. 266–271; das Protokoll des Parteitags wurde in Österreich veröffentlicht: Pelikán 1970.

auch die enorme Popularität der Reformkommunisten wenig, die sie in Parteibasis und Bevölkerung genossen.

Als erste außerparteiliche Elite hatten sich tschechoslowakische Intellektuelle, vor allem Schriftsteller, zum Reformkurs der Dubček-Führung bekannt. Vertreter der staatlichen Akademie der Wissenschaften und der Karlsuniversität erklärten sich im Mai 1968 mit den reformkommunistischen Plänen solidarisch. Darüber hinaus forderten sie, Menschenrechte gesetzlich zu verankern und die Trennung zwischen Kommunisten und Nicht-Kommunisten aufzuheben.²¹⁷ Damit gingen sie über die offizielle Linie des Aktionsprogramms deutlich hinaus.

Auch viele tschechoslowakische Schriftsteller begrüßten den von oben initiierten Reformprozess, verlangten aber bald eine vollständige Liberalisierung von Gesellschaft und Staat. Ein wesentliches Dokument in diesem Zusammenhang ist das *Manifest der 2000 Worte* von Ludvík Vaculík, das am 26. Juni 1968 in *Literární listy* erschien.²¹⁸ Die meisten KSČ-Funktionäre betrachteten diesen Forderungskatalog als Provokation, einige auch als „konterrevolutionär“. Trotz solcher Meinungsverschiedenheiten unterstützten auch radikal-reformistische Schriftsteller wie Pavel Kohout weiterhin die reformkommunistische Führung. Beispielsweise sammelten sie innerhalb von 48 Stunden über eine Million Unterschriften für den politischen Reformkurs, als die außenpolitischen Bündnispartner Druck auf die KSČ-Führung ausüben wollten. Die Erklärung sicherte den Reformkommunisten Solidarität zu und bekannte sich zu Sozialismus, Bündnis, Souveränität und Freiheit.²¹⁹

Gewerkschaften und andere betriebliche Gremien schwankten 1968 in der ČSSR ebenfalls zwischen einer Unterstützung der parteilichen Linie und eigenen Forderungen. Im Rahmen der Wirtschaftsreform wurden die Arbeitnehmerverbände praktisch unabhängig. Daraufhin mussten viele alte Gewerkschaftsfunktionäre ihre Spitzenposten verlassen. Ihre Nachfolger wurden nach freien und geheimen Wahlen eingesetzt und unterstützten oft nach Kräften den politischen Reformprozess. Allerdings stellten sie als echte Arbeitnehmervertreter bald auch höherer Lohnforderungen.²²⁰ Sie umgingen die ursprünglichen Absichten der Reformkommunisten, in den Betrieben die inoffizielle Praxis der Lohndifferenzierung durch ein wettbewerbsbasiertes Selbstmanagementsystem zu ersetzen. Damit zogen sie wiederum den Unmut der politischen Spitze auf sich.²²¹ Die Reformkommunisten räumten den Arbeitnehmerverbänden Handlungsfreiheiten ein, die diese im Widerspruch zu den ursprünglichen politischen Vorhaben nutzten. Dieser Zauberlehrlingseffekt zeigte sich in praktisch allen Gesellschaftsbereichen, die

217 O. A. in *Literární listy*, 18.4.1968, S. 3.

218 Vaculík in *Literární listy*, 27.6.1968, S. 1.

219 Hoppe 2004, S. Dok. 61; S. 257-258.

220 Kosta 2005, S. 109–110; Kaplan 1993, S. 48.

221 Heumos 2008; vgl. dazu auch Černíks Äußerungen bzgl. der politischen Funktion der Gewerkschaften in: NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 85, Punkt 2 (P4174), 7.5.1968 1999.

1968 von den Liberalisierungen betroffen waren: Die unabhängigeren Organisationen unterstützten die Reformen, forderten aber immer mehr. Erst nach dem Truppeneinmarsch solidarisierten sie sich uneingeschränkt mit der Führung unter Dubček, was das Scheitern des Reformprozesses allerdings nicht mehr rückgängig machen konnte.

Während sich 1968 in der ČSSR gesellschaftliche Organisationen zum Teil auch gegen die reformkommunistische Führung wandten, identifizierte sich dort ein erheblicher Teil der Armee mit dem politischen Erneuerungsprozess. Bereits im Januar 1968 trat eine militärische Führungsdelegation an die neu gewählte Parteispitze heran und versicherte, die Armee stehe voll hinter den geplanten Neuerungen.²²² Obwohl es anfänglich auch Skepsis in der tschechoslowakischen Armeeführung gab, befürworteten nach Verabschiedung des Aktionsprogramms immer mehr militärische Einflussträger den Reformprozess. Wie bereits 1956 in Ungarn, zeigte sich nun auch in der ČSSR die Reformbereitschaft vor allem an den militärischen Führungsakademien.²²³

Das tschechoslowakische Innenministerium und damit auch der Polizei- und Sicherheitsapparat befanden sich vor 1968 fest in der Hand des konservativen Parteiflügels unter Novotný. Die Loyalität dieser Organe gründete auf dem sozialen Hintergrund ihrer Mitarbeiter, die zum Großteil aus Arbeiterfamilien stammten und äußerst selten einen Hochschulabschluss erlangt hatten. Die überwiegende Mehrheit der Ende der sechziger Jahre im StB Beschäftigten hatte dort bereits vor 1956 gearbeitet und eine stalinistische Ausbildung genossen.²²⁴ Die durch ideologische Indoktrination vorherrschende Einstellung und Arbeitsweise der leitenden Organe richtete sich auf die Suche nach dem „Klassenfeind“. Dies änderte sich erst im April 1968, als der neue Innenminister Josef Pavel die Leitung über den Sicherheitsapparat übernahm. Als ehemaliges Opfer des Stalinismus begann Pavel sofort mit Umstrukturierungsmaßnahmen in der Führungsebene, die er schrittweise mit Reformbefürwortern besetzte. Dagegen wehrten sich vor allem jene festamtlichen Mitarbeiter des Innenministeriums, die in der Vergangenheit an besonders fragwürdigen Aktionen beteiligt gewesen waren und nun um ihre Zukunft fürchten mussten. Oft hatten sie gute Verbindungen zu den konservativen Parteikreisen und dem KGB. Mit deren Unterstützung organisierten sie ab Anfang Mai 1968 einen aktiven Widerstand gegen Pavels Demokratisierungsmaßnahmen.²²⁵ Deshalb zeigte sich die Staatssicherheit in den ersten Tagen des Truppeneinmarsches nur teilweise loyal gegenüber Pavel und dem Zentralkomitee: Eine Gruppe von StB-Mitarbeitern um den stellvertretenden Minister für Staatssicherheit Viliam Šalgovič arbeitete mit dem

222 VHA Praha, Nr. Fonds MNO; HV KSČ MNO 1968, Sig. 057/1, 13.3.1968: *Brief des Leiters der politischen Hauptverwaltung E. Pepich an die parteipolitischen Organe der Armee über die politische Situation in tschechoslowakischen der Armee und im Verteidigungsministerium*, in: BENČÍK, A. et al. (Hg.) 1996, S. 68–90.

223 Benčík & Navrátil et al. 1996, S. 12–15; vgl. dazu die Dokumente 4, 7, 8 ebenda.

224 Koudelka et al. 1996, S. 7–9.

225 Ebenda, S. 15–18.

KGB zusammen. Sie sollte in der Interventionsnacht sowjetische Einheiten zu strategisch wichtigen Objekten in Prag führen und deren Landung auf dem Prager Flughafen Ruzyně vorbereiten.²²⁶ Außerdem sicherten tschechoslowakische Agenten den Personenschutz für die tschechoslowakischen Kollaborateure auf oberster Ebene (vor allem Indra, Biřak und Kolder). Entgegen den Anweisungen des Innenministers unterstützten sie zusätzlich den KGB bei der Verhaftung der Reformkommunisten und der Sabotage von Telekommunikation, Rundfunk, Fernsehen und Presseagenturen.²²⁷

Andererseits gab es in den tschechoslowakischen Exekutivorganen auch wichtige Entscheidungsträger, die die Neuerungen der Reformkommunisten nachdrücklich befürworteten, insbesondere aus dem höher qualifizierten Spionagesektor. Auch die Führung der Volkspolizei (VB) stimmte dem Reformprozess zu und ihre Einheiten schützten nach dem Einmarsch als einziges sichtbares Staatsorgan die Bevölkerung vor den Okkupanten.²²⁸ Indirekt unterstützten nach dem Truppeneinmarsch jedoch auch andere Staatsorgane den gesamtnationalen organisierten Widerstand der tschechoslowakischen Bevölkerung. So stellte die tschechoslowakische Armee ihre Räumlichkeiten und Gerätschaften zur Verfügung, da die Okkupanten sofort nach dem Einmarsch, die Koordinationszentralen von Partei, Medien und Innenministerium besetzt hatten. Die Mittelwellensender und Druckerpressen des tschechoslowakischen Militärs informierten die Bevölkerung und koordinierten Streiks und andere Protestaktionen. Auch manipulierten tschechoslowakische Soldaten die Waffen der Besatzer (die mit ihren eigenen baugleich waren), organisierten die Bewachung von Militärobjekten, aus denen gesendet wurde und gruben Tunnel unter der Staatsgrenze.²²⁹

Der dramatische Machtkampf auf höchster Ebene im Innenministerium reflektierte die Spaltung vieler tschechoslowakischer Staatsorgane: Pavel selbst war eifriger Befürworter der Humanisierung des Staats- und Sicherheitsapparats, während schon sein direkter Stellvertreter Šalgovič diese Reformen ablehnte und schließlich aktiv dagegen ankämpfte. Diese Konstellation begünstigte das Scheitern des tschechoslowakischen Reformexperiments und den wenig später einsetzenden Restaurationsprozess.

Zwischen der Loyalität der tschechoslowakischen und ungarischen Eliten gegenüber der jeweiligen Parteiführung gab es 1968 also deutliche Unterschiede. Kádár war es in jahrelangen Bemühungen gelungen, die innerparteilichen und gesellschaftlichen Einflussträger auf seine Seite zu bringen. Er verzichtete in der Praxis auf ideologische Indoktrination und erreichte über informelle Absprachen und finanzielle Anreize die

226 AMV ČR, Nr. Fonds IM, 02-7/XV, Bl. 29, 21.8.1968: *Anweisung (per Fernschreiben) des stellvertretenden Innenministers V. Šalgovič an die Kreisabteilung der Staatssicherheit in Ústí n.L.*, in: KOUDELKA, F.; SUK, J. (Hg.) 1996, S. 219–220.

227 Koudelka et al. 1996, S. 20–21.

228 Ebenda, S. 23–25; Ein Jahr später tat sie jedoch genau das Gegenteil, als sie mit Tränengas, Wasserwerfern und Schusswaffen gegen die Demonstranten vorging.

229 Benčík & Navrátil et al. 1996, S. 274–275.

Kooperationsbereitschaft wichtiger Entscheidungsträger. Während in der Tschechoslowakei die Bevölkerungsmehrheit hinter der Reformpolitik stand, konzentrierte sich Kádárs Führung auf meinungsbildende Akteure in Kultur, Politik, Partei und Wirtschaft, denen er eine privilegierte Stellung langfristig garantierte. Vergleichbare Gruppen in der Tschechoslowakei standen den Reformen kritisch gegenüber, wenn ihre begünstigte Position durch die Neuerungen in Gefahr war. Dies betraf insbesondere konservative Parteifunktionäre und die Staatssicherheit. Allerdings gefährdeten in der ČSSR auch jene Eliten aus Kultur und Wirtschaft die politische Stabilität, die die staatlichen Reformen an sich befürworteten, aber deutlich über die Initiativen der Partei hinausgingen. Damit provozierten sie den Widerstand des konservativen KSČ-Flügels und vor allem der Warschauer Bündnisstaaten. Einer solchen Entwicklung entging die ungarische Parteiführung, indem sie für alle Reformen und Zugeständnisse Grenzen definierte, die sowohl konservative Kreise im Inland als auch die Verbündeten im Ausland akzeptieren konnten. Damit schuf sie eine relativ stabile Basis der allseitigen Akzeptanz. Gerade eine solche fehlte Dubček und seinen Mitstreitern 1968: Nicht einmal die inländischen Eliten standen mehrheitlich hinter ihnen, ganz zu schweigen von den internationalen Machträgern.

3.2.4 Internationale Verbündete der Reformer und ihrer Gegner

Der ungarische und tschechoslowakische Reformkommunismus war nicht nur auf Beistand aus den eigenen Reihen angewiesen, sondern auch in hohem Maße von den sozialistischen Verbündeten, insbesondere der Sowjetunion, abhängig. Ohne deren Unterstützung oder zumindest Toleranz hatte im staatssozialistischen Mitteleuropa auch in den sechziger Jahren kein Reformexperiment große Erfolgsaussichten. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihren kleineren Bündnispartnern waren für das Jahr 1968 bereits Gegenstand anderer Untersuchungen.²³⁰ Hier sollen sie nur hinsichtlich ihrer Bedeutung für die national spezifischen Reforminitiativen in Ungarn und der ČSSR aufgegriffen werden.

Internationaler Rückhalt des Systems Kádár

Die Sowjetunion war nach der Niederschlagung der Ungarischen Revolution der wichtigste Garant der restaurierten kommunistischen Führung. Als Kádár im November 1956 die Führung übernahm, geschah dies auf direkten Wunsch und mit operativer Unterstützung der Sowjetunion. Auch in den folgenden Jahren basierte die Stabilität der kommunistischen Herrschaft in Ungarn wesentlich auf der sowjetischen Militärpräsenz: In den fünfziger Jahren wurden in Ungarn die Militärausgaben zugunsten des Wiederaufbaus drastisch reduziert. Kádárs Abhängigkeit von der sowjetischen Armee wurde dadurch

²³⁰ Zu einer ausführlichen Analyse der internationalen Beziehungen der Sowjetunion zu Ungarn bzw. der ČSSR vgl. Pauer 1995 bzw. Békés 2004.

noch größer, weshalb er sich in der Folgezeit sehr um ein gutes Verhältnis zur KPdSU bemühte. Daher sprachen ihm 1958 Chruščev und das sowjetische Politbüro ihr volles Vertrauen aus und ermutigten ihn zum Weitermachen. Ihr Angebot, die sowjetischen Truppen aus Ungarn abzuziehen, lehnte Kádár jedoch wohlweislich ab. Ohne die Drohkulisse der Roten Armee war nicht auszuschließen, dass sich die ungarische Bevölkerung erneut gegen die Staatsführung erheben würde.²³¹ Dieser Schutz hatte jedoch seinen Preis: Die ungarische Parteiführung musste alle wichtigen außenpolitischen Entscheidungen mit Moskau abstimmen, was oft nicht einfach war.²³² Mit seiner pragmatischen Grundhaltung gelang es Kádár jedoch, über diese Hindernisse hinweg langfristig einen eigenen innenpolitischen Stil zu etablieren.

Dabei war der ungarische Staatssozialismus nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich sehr von der Sowjetunion abhängig. Besonders 1956/57 waren sowjetische Sach- und Finanzhilfen überlebenswichtig.²³³ Auch in den frühen sechziger Jahren musste die ungarische Wirtschaftspolitik auf sowjetische Unterstützung zurückgreifen: Dürren und Missernten hatten Getreideimporte aus Nordamerika nötig gemacht, die Ungarn nur mithilfe sowjetischer Devisentransfers finanzieren konnte.²³⁴ Außerdem ermöglichte es die sowjetische Militärpräsenz nach den Worten des Verteidigungsministers Lajos Czinege, die „billigste Armee Europas“ zu unterhalten.²³⁵ Die Einsparungen konnten in die Versorgungspolitik fließen. Es handelte sich um eine unter den Bündnisstaaten privilegierte Stellung, die Kádár der Moskauer Führung mit völliger außenpolitischer Loyalität dankte.

Im Gegenzug akzeptierte der Kreml Kádárs unkonventionelle Innenpolitik, deren Stabilisierungserfolge auch im sowjetischen Interesse lagen. Kádár genoss dabei die besondere Gunst des reformwilligen sowjetischen Staatschefs Chruščev, der ihn mit Lob und Auszeichnungen würdigte. Mit dieser Rückendeckung konnte sich Kádár bis Mitte der sechziger Jahre gegen innerparteiliche Reformgegner durchsetzen.²³⁶ Das Blatt wendete sich allerdings im Oktober 1964, als Brežnev das Amt des sowjetischen Parteichefs übernahm. Obwohl Kádár dieser Personalentscheidung kritisch gegenüberstand, vermied er es, die neue sowjetische Führung zu brüskieren. Nicht zuletzt wegen seiner Kompromissbereitschaft akzeptierten auch Generalsekretär Brežnev und Ministerpräsident Alexej Kosygin den ungarischen Sonderweg. Dafür schloss sich Kádár außenpolitisch völlig der neuen Linie Moskaus an: Er distanzierte sich von den Unabhängigkeitsbestrebungen Rumäniens, Jugoslawiens und Chinas. Gleichzeitig bekannte er sich vorbehaltlos

231 Gosztony 1999, S. 506–508; Tókéš 1998, S. 40–41.

232 Klimó 2006, S. 81–82.

233 Felkay 2003, S. 80–81.

234 Hoensch 1996, S. 229.

235 Tókéš 1998, S. 42.

236 Felkay 2003, S. 79; 111–113; Tókéš 1998, S. 44–46. Zu Chruščevs Reformbestrebungen vgl. Rainer 2005, S. 7–12; Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 525.

zum Sowjetkommunismus und der Blockintegrität.²³⁷

Für die Liberalisierung der Planwirtschaft bekamen die ungarischen Reformer ebenfalls Rückenwind aus Moskau, weil die wirtschaftspolitischen Vorschläge des sowjetischen Ministerpräsidenten Kosygin den ungarischen Plänen relativ nahestanden.²³⁸ Als positives Signal für das wirtschaftliche Reformpaket werteten Kádár und die ungarischen Wirtschaftsreformer auch den Führungswechsel in der Tschechoslowakei, der sich im Dezember 1967 anbahnte. Als Brežnev die tschechoslowakischen Personalquerelen mit „eto vaše delo“ („das ist eure Sache“) kommentierte, signalisierte dies auch den ungarischen Reformkommunisten, dass die Moskauer Führung nicht in die Innenpolitik der anderen Bruderländer eingreifen würde.²³⁹ Entsprechend versuchte die ungarische Parteiführung 1968 zunächst, ihre Spielräume in Wirtschafts- und Kulturpolitik weiterhin auszubauen. Auch dies war jedoch mit schwerwiegenden außenpolitischen Zugeständnissen verbunden: der ungarischen Beteiligung an der Militäraktion gegen die ČSSR.²⁴⁰

Mit deutlich weniger Enthusiasmus, aber diplomatisch erfolgreich bemühte sich Kádár um gute Beziehungen zu den anderen Bündnisstaaten. Die offizielle Außenpolitik Ungarns widersprach dabei zuweilen der innenpolitischen Linie. Beispielsweise begrüßte die ungarische Propaganda im August 1961 den Mauerbau in Berlin, während die Landesgrenzen in Ungarn selbst durchlässiger wurden.²⁴¹ Diese Zweigleisigkeit war typisch für die ungarische Bündnispolitik der sechziger Jahre, die gegenüber den internationalen Partnern Zuverlässigkeit, nach innen aber eine größtmögliche Ausnutzung außenpolitischer Spielräume signalisieren sollte.

Ebenfalls aus pragmatischen Gründen bemühte sich die Kádárregierung um Wirtschaftspartner im Westen.²⁴² Die Ausgangssituation dafür war im November 1956 denkbar schlecht: Der amerikanische Botschafter weigerte sich, die ungarische Restaurationsregierung anzuerkennen, weshalb die US-Botschaft in Budapest bis 1968 nur durch einen *Chargé d’Affaires* besetzt blieb. Erst 1962 bemühte sich Kádár über diplomatische Kanäle um eine Verbesserung der distanzierten Beziehungen mit den USA. Es gelang ihm im Rahmen eines Geheimabkommens, die amerikanischen Verhandlungspartner davon zu überzeugen, die „ungarische Frage“ von der Agenda der Vereinten Nationen zu nehmen. Im Gegenzug sollte Ungarn die sogenannten Konterrevolutionäre amnestieren. Kádár folgte dieser Abmachung noch im selben Jahr und erhöhte damit gleichzeitig sein

237 Tókéš 1998, S. 74; Felkay 2003, S. 86; Hoensch 1996, S. 227–242.

238 Rainer 2005, S. 14.

239 Plaggenborg 2006, S. 279; Tókéš 1998, S. 74; ob Brežnev diese Worte tatsächlich so gebraucht hat, ist nicht gesichert (Renner & Samson 1993, S. 62), aber aufgrund zahlreicher zeitgenössischer Aussagen wahrscheinlich.

240 Vgl. dazu Kapitel IV.

241 Klimó 2006, S. 84–85.

242 Rainer 2005, S. 13.

innenpolitisches Prestige.²⁴³ 1964 gelang es ihm außerdem, eine spektakuläre, inhaltlich aber wenig ergiebige Übereinkunft mit dem Vatikan zu erzielen, die das internationale Ansehen Ungarns verbesserte.²⁴⁴

Diesen Imagegewinn nutzten die ungarischen Wirtschaftsreformer anschließend, um den Außenhandel mit den Vereinigten Staaten, Westdeutschland und Österreich auszubauen.²⁴⁵ Grundlage dieser Zusammenarbeit waren neu gegründete bilaterale Handelszentren, die – so vor allem im Falle Westdeutschlands – auch konsularische Befugnisse ausübten.²⁴⁶ Die ungarische Annäherungspolitik an den Westen war so erfolgreich, dass Ungarn 1966 als nicht-ständiges Mitglied einen Platz im UN-Sicherheitsrat erhielt.²⁴⁷ Dennoch machte die ungarische Staatsführung mehrfach klar, dass die fundamentale Basis ihrer Außenpolitik in einer engen Bindung an die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten bestand. Dafür setzte sie mit ihrer im Westen breit verurteilten Beteiligung am Einmarsch in die ČSSR ein unmissverständliches Zeichen.²⁴⁸

Internationaler Rückhalt der tschechoslowakischen Reformer

Die tschechoslowakischen Reformkommunisten konnten 1968 erst die Regierungsverantwortung übernehmen, nachdem Novotný den Rückhalt aus Moskau verloren hatte. Dieser hatte sich im Gegensatz zu Kádár mit Brežnev nicht so problemlos arrangiert wie vorher mit Chruščev. Trotz entsprechender Versuche gelang es Novotný daher Ende der sechziger Jahre nicht mehr, sich und seinem konservativen Kurs die Zustimmung der neuen Moskauer Führung zu sichern. Außerdem vernachlässigte Novotný die wirtschaftlichen Westkontakte und vergrößerte dadurch die Abhängigkeit von Moskau. Daher blieb die Sowjetunion für die ČSSR mit weitem Abstand der wichtigste Rohstofflieferant und Hauptabnehmer der tschechoslowakischen Exporte. Auch parteipolitisch war die tschechoslowakische Führung auf Moskau angewiesen: Bei seinem Besuch im Dezember 1967 versagte Brežnev Novotný die erhoffte Unterstützung und stärkte damit die Reformkommunisten. Allerdings waren auch diese von sowjetischer Unterstützung abhängig. Beispielsweise konnten die geplanten Wirtschaftsreformen überhaupt erst in Kraft treten, nachdem Moskau eine kräftige Finanzhilfe zugesagt hatte.²⁴⁹

243 Felkay 2003, S. 83–86; zur „ungarischen Frage“, die in der UNO diskutiert wurde, vgl. Békés et al. 2006.

244 Klimó 2006, S. 82–83; generell zur Wahrnehmung Kádárs in den USA und dem Vereinigten Königreich auf Basis diplomatischer Quellen vgl. Vares 2002.

245 Niklasson 2005, S. 117–118.

246 Lindemann 1994, S. 72.

247 Klimó 2006, S. 83–87.

248 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-1-29, 28.10.1968: *RFE-Monitoring eines ungarischen Radiokommentars vom 19.10.1968, 14.45 Uhr auf Radio Budapest*, 28.10.1968.

249 Hoensch 1992, S. 161–162; Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 382–383.

Im Reformjahr 1968 gestalteten sich die Beziehungen zwischen dem Prager Reformpräsidium und der Sowjetunion von 1968 sehr komplex.²⁵⁰ Dabei sollte sich der Eindruck vom Dezember 1967 nicht bestätigen, wonach sich die Sowjetunion nicht in die inneren Angelegenheiten der ČSSR einmischen würde.²⁵¹ Vielmehr geriet die reformkommunistische Führung in Prag bald in die Kritik der Sowjetunion und anderer Bündnisstaaten. Dabei spielten militärstrategische Überlegungen von Anfang an eine wichtige Rolle: Die Tschechoslowakei war durch ihre westliche Grenze ein Frontstaat des Kalten Kriegs. Da die politischen und militärischen Führer des Warschauer Paktes ernsthaft mit der Möglichkeit einer militärischen Auseinandersetzung mit dem Westen rechneten,²⁵² hielten sie eine unabhängige Tschechoslowakei für strategisch undenkbar. Nachträglich brachte dies der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Andrej Grečko im Februar 1969 folgendermaßen auf den Punkt: „Die Tschechoslowakei ist ein strategischer Punkt in Mitteleuropa. Sie zu verlieren würde bedeuten, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu annullieren.“²⁵³ Bereits im März 1968 drückte das sowjetische Politbüro daher in einem offiziellen Brief seine Beunruhigung über die Reformentwicklung in der ČSSR aus. Es kritisierte die Pressefreiheit und erinnerte an die Situation in Ungarn 1956 vor dem Aufstand.²⁵⁴ Diese Haltung vertraten auch Gomułka und Ulbricht, die schon seit Anfang 1968 eine harte Linie gegenüber Dubček forderten.

Dennoch gab es zwischen Januar und August 1968 einen relativ engen, oft aber nicht einvernehmlichen Austausch zwischen Brežnev und Dubček.²⁵⁵ Auf diesem Wege versuchten Dubček und andere Reformer, Vertrauen für ihren Reformkurs aufzubauen. Diese Bemühungen unterwanderte allerdings der konservative Flügel in der KSČ-Führung, der ebenfalls um Unterstützung aus der Sowjetunion warb: Vasil Biřak schickte im März 1968 eine Lageeinschätzung nach Moskau, laut der es in der KSČ keine zentrale Führung mehr gebe.²⁵⁶ Wenig später forderten die Vertreter der DDR, Polens und Bulgariens auf einem Kollektivtreffen der Warschauer-Pakt-Spitzen in Dresden unmissverständlich eine Rücknahme der tschechoslowakischen Reformen. Auch Brežnev schloss sich der Kritik an, wenn auch gemäßiger als seine Vorredner.²⁵⁷ Einen starken Partner für ihre

250 Ausführlich dazu vgl. Pauer 1995; neben den tschechischen Quelleneditionen von Vondrová et al. 1995 liegt nun auch eine umfassende dokumentarische Ausarbeitung in deutscher Sprache, herausgegeben von Karner 2008 vor.

251 Plaggenborg 2006, S. 279.

252 Vgl. dazu Mastny 2005, S. 160–168.

253 Zit. nach Benčík & Navrátil et al. 1996, S. 12 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H.L.); die gleiche Ansicht ließ Brežnev bereits im Sommer 1968 verlauten (Plaggenborg 2006, S. 179).

254 Vgl. dazu das entsprechende Dokument in Navrátil 1998, S. 63–64.

255 Vgl. dazu die Protokolle der Telefonate zwischen in: Vondrová et al. 1995; Vondrová & Navrátil 1996.

256 Die wesentlichen Inhalte dieses Briefs vom 20.3.1968 gibt Pauer 1995, S. 34–37 wieder.

257 SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv J IV 2/201/777 und 778, 23.3.1968: *Stenografische Mitschrift des Warschauer-Pakt-Spitzen Treffens in Dresden am 23.3.1968*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.) 1995, S. 73–117.

Reformen konnten die tschechoslowakischen Vertreter aus diesem Kreis also nicht erwarten, obwohl Kádár die Entwicklungen in der ČSSR damals noch weniger dramatisch beurteilte.

Auch im Lichte dieser Kritik bekannte sich das Aktionsprogramm der KSČ ausdrücklich zu den Bündnisverpflichtungen und der weitgehenden Konformität mit den Blockinteressen. Offenbar war seinen Verfassern klar gewesen, dass ein völliger Alleingang eines sozialistischen Staats kaum aussichtsreich war und die außenpolitische Sphäre stabil bleiben musste. Dennoch erhöhte sich der sowjetische Druck auf die Dubček-Führung: Zwischen April und Juni 1968 versuchte Brežnev energischer und mit lautstarker Unterstützung aus Ost-Berlin und Warschau die Prager Reformer zur Umkehr zu bewegen.²⁵⁸ Auf das Aktionsprogramm der KSČ reagierten sie mit Misstrauen und harscher Kritik. Černík beteuerte, nur die inneren Angelegenheiten selbst lösen, bei Fragen des gesamten Warschauer Pakts aber kooperieren zu wollen. Diese Zusicherung genügte Brežnev jedoch nicht mehr. In einer Mischung aus freundlich-väterlichen Ermahnungen und militärischen Drohgebärden versuchte er, Dubček auf weiteren Gipfeltreffen zur Rücknahme der Reformen zu drängen.²⁵⁹ Ein Wink mit dem Zaunpfahl war schließlich die wochenlange militärische Manöverübung der Warschauer-Pakt-Truppen, die unter dem Namen *Šumava [Böhmerwald]* zwischen Juni und August 1968 auf dem Boden der ČSSR stattfand. Sie war eine Einschüchterungskampagne, diente aber auch der Auskundschaftung des tschechoslowakischen Territoriums für eine mögliche Invasion.²⁶⁰ Unter diesen Umständen konnte die tschechoslowakische Führung das Szenario einer Militäraktion gegen ihren Reformkurs vorausahnen, auch wenn sie sich das bis zuletzt nicht eingestand.

Angesichts dieser äußeren Bedrohung befand sich die Reformpolitik der KSČ 1968 in einem ständigen Dilemma: Einerseits bemühte sie sich um die Einhaltung der Bündnisverpflichtungen, andererseits um außenpolitische Eigeninitiativen und einen eigenen innenpolitischen Kurs. Zwischen März und August 1968 versuchte sie in einer Reihe bilateraler Treffen und telefonischer Absprachen im ganzen Ostblock Unterstützung für ihr Vorhaben zu gewinnen. Dazu gehörte auch die Erneuerung der Freundschafts- und Beistandsverträge mit Bulgarien, Ungarn und Rumänien.²⁶¹ Ostentativ zeigte die KSČ eine konforme Haltung gegenüber den außenpolitischen Grundlinien des Warschauer Paktes und der Sowjetunion: Sie verurteilte Chinas Alleingang und lehnte dessen Unterstützungsangebot ab. Auch die Vermittlungsangebote der kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs schlug die KSČ-Führung aus taktischen Gründen

258 Karner 2008, S. 33.

259 Pauer 1995, S. 45–48.

260 Magyar Honvédség Központi Irattára Budapest, Nr. Karton 5/12/2, Dok. 1, 5.7.1968, Nr. 42, Jg. 5 (1993)); vgl. zum Šumava-Großmanöver außerdem Pauer 1995, S. 102–105.

261 Wie sich wenig später zeigte, hatten diese Verträge nur formalen Charakter, da die dort zugesicherte territoriale Souveränität bereits mit dem Truppenmarsch im August 1968 verletzt wurde.

aus.²⁶² Allerdings genügte diese Strategie der außenpolitischen Konfliktvermeidung und Loyalitätsbekundungen nicht, um das Vertrauen der wichtigsten Bündnispartner zurückzugewinnen; diese forderten weiterhin eine Lösung der innenpolitischen Ursachen des Bündniskonflikts.

Als die Unterstützung aus der Sowjetunion trotz intensiver Beteuerungen Dubčeks ausblieb, bemühte sich dieser ab Juni 1968 verstärkt, mit Rumänien und Jugoslawien Kontakt aufzunehmen. Beide bekundeten prinzipiell Sympathie mit den tschechoslowakischen Reformen. Währenddessen verschärfte sich die Kritik der anderen Bündnisstaaten: Der polnische Generalsekretär Gomułka stand mit seiner Arbeiterpartei an der Spitze der Interventionsbefürworter und for die diplomatischen Kontakte mit den tschechoslowakischen Reformkommunisten ein. Stattdessen nahm er heimlichen Kontakt mit den Reformgegnern in der KSC-Führung auf. Ein ebenso vehementer Feind des Prager Frühlings war der ostdeutsche Parteichef Ulbricht: Er warf Dubček vor, mit Westdeutschland zu kooperieren, wofür er umfangreiches „Beweismaterial“ lieferte. Auch aus Bulgarien erhielt die tschechoslowakische Parteiführung starken Gegenwind.²⁶³ Gegenüber dieser Front war Rumäniens und Jugoslawiens internationaler Einfluss sehr begrenzt. Außerdem kamen sie als potenzielle Partner deshalb nur bedingt infrage, weil ein engeres Bündnis mit ihnen die Verstimmungen mit der Sowjetunion ausweiten konnte.

Aus ähnlichen Gründen schränkte die tschechoslowakische Parteiführung 1968 ihre politischen Annäherungsversuche an den Westen ein. Nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte im Rahmen des Reformprogramms verstärkt werden. Daher hatten Bonn und Prag bereits im August 1967 Handelsvertretungen ausgetauscht, wenn auch nach mehrjährigen Verhandlungen.²⁶⁴ Als im April 1968 das tschechoslowakische Reformexperiment bereits in vollem Gange war, besuchte Egon Bahr, Willy Brandts außenpolitischer Mitarbeiter, Prag: Er diskutierte unter anderem mit Dubček wesentliche Fragen der bilateralen Beziehungen und der europäischen Zusammenarbeit.²⁶⁵ Doch Moskau und insbesondere Ost-Berlin boykottierten schon erste Ansätze, diplomatische Beziehungen mit Westdeutschland aufzunehmen, vehement.²⁶⁶ Die Annäherung zwischen Westdeutschland und der ČSSR endete daher, bevor sie institutionell Fuß fassen konnte.

Aus den USA erhielten die tschechoslowakischen Reformer ebenfalls keine handfeste Unterstützung: Laut dem amerikanischen Botschafter in Prag war aus Washington nicht mehr als „konstruktives Interesse“ für den Reformprozess zu erwarten. Für die Johnson-Regierung standen die Blockbeziehungen größerer Dimension im Vordergrund: Sie machte gegenüber Moskau klar, dass es im Falle einer Militäraktion gegen die

262 Ebenda, S. 71–72.

263 Ebenda, S. 73–87.

264 Schwarz 2004, S. 253; entsprechende Verhandlungen waren zwischen 1964 und 1965 bereits einmal gescheitert (Ebenda, S. 244–247).

265 Zimmermann 2010, S. 419–420

266 Vondrová et al. 1995, S. 276.

ČSSR keine Einmischung des Westens geben werde.²⁶⁷ Auch interne Untersuchungen des KSČ-Präsidiums bestätigten Ende Juli 1968, dass Österreich, Frankreich, Italien, Westdeutschland und die USA im Falle eines Vorgehens der „Bruderländer“ gegen die ČSSR nicht eingreifen würden.²⁶⁸ Diese Einschätzung erwies sich im August 1968 als realistisch: Trotz vorheriger Sympathiebekundungen gegenüber der tschechoslowakischen Bevölkerung blieb für die westlichen Mächte eine militärische Auseinandersetzung ausgeschlossen; sie verzichteten auch weitgehend auf politische oder wirtschaftliche Sanktionen. Eine enge politische Partnerschaft zwischen der Tschechoslowakei und den westlichen Staaten war 1968 also zu keinem Zeitpunkt denkbar.

Nur Ungarn galt lange als möglicher Partner und damit einziger Hoffnungsträger der tschechoslowakischen Reformkommunisten. Seine politischen Vertreter äußerten sich gegenüber dem Prager Frühling deutlich zurückhaltender beziehungsweise wohlwollender als die der anderen Warschauer Bündnisparteien. Ähnliche Wirtschaftsinteressen und die grundsätzliche Nichteinmischungsstrategie Kádárs stießen in der ČSSR auf große Sympathie.²⁶⁹ So bemerkte Dubček nach dem ersten Treffen mit Kádár im Januar 1968, es habe außer dem ungarischen Parteiführer *„keine andere Seele in der Welt gegeben, mit der [er] in der Lage gewesen wäre die gleichen Themen in gleicher Weise zu diskutieren.“*²⁷⁰ Auch gegenüber Brežnev verheimlichte Dubček nicht, wie sehr er Kádár schätzte.²⁷¹ Mlynář erinnert sich an Kádár ebenfalls als einen Politiker, der 1968 sowohl im politischen als auch menschlichen Sinne weit über den anderen kommunistischen Parteichefs gestanden habe.²⁷² Das Vertrauen einiger KSČ-Funktionäre gegenüber ihren ungarischen Genossen ging 1968 sogar soweit, dass brisante Informationen ausgetauscht wurden: Der stellvertretende Ministerpräsident der ČSSR, Lubomír Štrougal, berichtete im März 1968 dem ungarischen Wirtschaftsreformer Nyers hinter vorgehaltener Hand von den tschechoslowakischen Plänen, engere Kontakte mit der Bundesrepublik aufzunehmen.²⁷³

Aus Sicht der tschechoslowakischen Reformkommunisten ging die ungarisch-tschechoslowakische Partnerschaft 1968 jedoch weit über persönliche Sympathien hinaus. Dies betonte der tschechoslowakische Außenminister Jiří Hájek bei einem Treffen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Jenő Fock und dem Außenminister János Péter im Frühsommer 1968. Demnach herrschte ein weitreichendes, freundschaftliches Verständnis

267 Benčík & Navrátil et al. 1996, S. 17; vgl. dazu ebenso Navrátil 1998, S. 87.

268 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, B - Archiv MV, Fonds IM, 27.7.1968: *O. Černíks Bericht über die derzeitige Sicherheitssituation vor dem Präsidium der KSČ*, 27.7.1968.

269 Vgl. dazu ausführlich Kapitel IV.

270 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/5, Nr. 444, 23.1.1968: *Protokoll der Politbürositzungen der MSzMP, in der u.a. Kádár über sein Treffen mit Dubček am 20.1.1968 berichtete*, 23.1.1968 (Übersetzung aus dem Ungarischen: H. L.).

271 Kun 1999, S. 224–225.

272 Gough 2006, S. 171.

273 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/5, Nr. 448, 5.3.1968: *Nyers' Bericht über seinen Aufenthalt in der ČSSR im Frühjahr 1968*, 5.3.1968.

zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei. Die KSČ sehe die „Identität der Ansichten“ sowie die moralische Unterstützung der ungarischen Parteiführung als wichtige Voraussetzung zur Umsetzung ihrer Ziele an.²⁷⁴ Ähnlich rühmte der tschechoslowakische Präsident Ludvík Svoboda im Juni 1968 die politische und ökonomische Zusammenarbeit zwischen Ungarn und der ČSSR.²⁷⁵ Die tschechoslowakischen Reformkommunisten nahmen die diplomatische Besonnenheit Ungarns insbesondere im Vergleich zu den anderen Bündnisstaaten sehr positiv wahr.²⁷⁶ Kádárs höflich zurückhaltende, zuweilen freundlich unterstützende Haltung gegenüber den tschechoslowakischen Reformen weckte bei den tschechoslowakischen Reformkommunisten aber übersteigerte Erwartungen. Insbesondere die reformorientierten Medien in der ČSSR setzten im Sommer 1968 zu große Hoffnungen in die Partnerschaft mit Ungarn. Sie führten die Gesprächsbereitschaft, aber auch die Zurückhaltung der ungarischen Führung auf deren Erfahrungen mit der Ungarischen Revolution zurück.²⁷⁷ Die tschechoslowakischen Diplomaten selbst identifizierten dagegen eher Parallelen zwischen dem post-revolutionären Kurs Kádárs und dem Prager Frühling.²⁷⁸ Auch sie gingen allerdings von Ungarns weitreichender Kooperationsbereitschaft aus.

Die Erwartungen an die ungarische Partnerschaft erwiesen sich als übertrieben. Wie das Folgekapitel ausführlich darlegen wird, befürchtete die ungarische Führung, das tschechoslowakische Experiment könnte außer Kontrolle geraten und damit die bescheideneren Reformen in Ungarn selbst gefährden. Dubček und andere Reformer überschätzten das Unterstützungspotenzial aus Ungarn daher außerordentlich; ebenso sehr unterschätzten sie Kádárs pragmatische Kooperationsbereitschaft gegenüber Moskau. Denn Mitte Juli 1968 entschieden auch ungarische Spitzenpolitiker, die tschechoslowakische Reformbewegung militärisch zu beenden: Nachdem letzte Verhandlungsversuche Anfang August 1968 aus der Sicht Moskaus und seiner Verbündeten gescheitert waren,²⁷⁹ rückten am 20. August 1968 die Truppen der Sowjetunion, Bulgariens, Polens

274 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 24.5.1968: *MTI-Meldung (RFE-Monitoring) über J. Hájejs Einschätzung des ungarisch-tschechoslowakischen Verhältnisses*, 24.5.1968.

275 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 8.6.1968: *MTI-Bericht über Svoboda Äußerungen über das Verhältnis der ČSSR zu ihren sozialistischen Partnern*, 8.6.1968.

276 So z. B.: František Kriegel: *NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989*, Nr. Fonds 02/1, Nr. 104, Punkt 1, 12.7.1968, S. 228 2000.

277 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 28.5.1968: *RFE-Clipping eines Artikels von László Ujlaki in der Pravda (Bratislava) vom 28.5.1968 über ungarische Standpunkte gegenüber den tschechoslowakischen Reformen*, 28.5.1968; O. A. in *Práce*, 16.6.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 21.6.1968: *RFE-Monitoring des tschechoslowakischen Fernsehens und Rundfunks zur ungarischen Unterstützung des Prager Frühlings*, 21.6.1968.

278 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 15/311, PZ-T 13/1968, 25.7.1968: *Politischer Bericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest über den Standpunkt der MSzMP nach dem Warschauer Treffen*, 25.7.1968.

279 Die Verhandlungen fanden in Čierna nad Tisou (27.7.–1.8.1968) und Bratislava (3./4.8.1968) statt; vgl. dazu: Karner 2008, S. 34.

und Ungarns in die ČSSR ein.

3.3 Organisations- und Mobilisierungsstrukturen reformorientierter Akteursgruppen um 1968

Die Warschauer Bündnispartner, insbesondere Ungarn, waren in den sechziger Jahren ebenfalls an wirtschaftlichen und zum Teil gesellschaftlichen Reformen interessiert. Dennoch versuchten sie den tschechoslowakischen Reformprozess mit allen Mitteln aufzuhalten. Ihre Abneigung gegenüber dem Prager Frühling begründeten sie häufig mit der Existenz oder Gefahr einer „organisierten Konterrevolution“ in der ČSSR.²⁸⁰ Für eine solche finden sich zwar rückblickend keine überzeugenden Anhaltspunkte, doch der Organisationsgrad der gesellschaftlichen Reformbewegung in der Tschechoslowakei war dennoch ein entscheidender Erfolgsfaktor für den gesamten Erneuerungsprozess. Hierin bestand auch einer der Hauptunterschiede zu den ungarischen Sozialismusreformen der sechziger Jahre. Eine genauere Gegenüberstellung der Organisationsstrukturen in beiden Ländern gibt dabei auch Aufschluss über die Beständigkeit der staatlichen und gesellschaftlichen Reformbewegungen.

3.3.1 Organisationsgrad und Vernetzung von Reformströmungen in Ungarn

Die langsamen und von Anfang an sehr begrenzten Reformen unter Kádár in den sechziger Jahren konnten nur funktionieren, weil sie von zahlreichen mehr oder weniger stark staatlich dominierten gesellschaftlichen Organisationen mitgetragen wurden. Die parteilich gesteuerten Massenorganisationen waren zur Kooperation mit der Parteiführung prinzipiell bereit, so zum Beispiel der kommunistische Jugendverband und die Gewerkschaften. Allerdings gab es in Ungarn auch lose organisierte Gruppen, die in den sechziger Jahren die ungarische Einparteiherrschaft infrage stellten. Nachdem 1956 systematisch alle potenziell staatsfeindlichen Organisationsstrukturen zerstört worden waren, konnten sich solche Verbände in den sechziger Jahren nur innerhalb sehr eng gesteckter Grenzen formieren. Besonderen Einschränkungen unterlagen noch immer religiöse Vereinigungen.²⁸¹ Diese konnten sich in Ungarn damals allenfalls dezentral bilden, wie ein von der Staatssicherheit beschlagnahmtes Programm der katholischen Jugenderziehung illustriert: „Unsere Arbeit hier lässt sich weder ‚organisieren‘, noch lässt

280 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 6, Karton 75, Nr. 5447, 20.5.1968; SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv, J IV 2/201/790, 15.7.1968: *Inoffizielles Protokoll des Beratungsgesprächs der führenden Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten (ohne ČSSR und Rumänien) in Warschau über die Lage in der Tschechoslowakei und das weitere Vorgehen*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.) 1995, S. 269–296; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 15/311, PZ-T 13/1968, 25.7.1968; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968: *Protokoll der Sitzung des ZK der MSzMP vom 7.8.1968, einschl. Redebeitrag J. Kádárs über die aktuelle internationale Situation (einschl. ČSSR)*, 7.8.1968.

281 Klimó 2008, S. 111–112.

sie sich auf räumlicher Grundlage ausführen, weder militaristisch noch traditionalistisch. Einzig und allein existenziell: durch gute persönliche Beziehungen, Freundschaften, familiäre Zusammenarbeit, vollkommen demokratisch ausgeprägt dezentralisiert, von unten nach oben selbstständig^{.282} Gerade in diesen „persönlichen Beziehungen“ und der entsprechenden Zusammenarbeit bestand die Besonderheit der gesellschaftlichen Organisationsformen in Ungarn. Diese waren staatlich kaum kontrollierbar, konnten jedoch weiterhin Werte transportieren, die im Widerspruch zum weithin akzeptierten Konsumkommunismus der sechziger Jahre standen.

Für junge Leute mit politischen Zielen blieb es in Ungarn jedoch schwierig, sich in irgendeiner Form zu organisieren. Dies zeigte auch das bereits erwähnte Beispiel der 1968 inhaftierten maoistischen Studentengruppen. Jugendverbände wie der *KISZ*²⁸³, die für entsprechende Aktivitäten ein Forum hätten bieten können, befanden sich unter der völligen Kontrolle der Partei.²⁸⁴ Gleichzeitig beeinflusste die ungarische Staatsführung durch finanzielle Zuwendungen die Freizeitindustrie für junge Leute.²⁸⁵ Außerdem bemühten sich die kommunistischen Behörden, Jugendbanden in Sportklubs und andere geregelte Strukturen zu drängen.²⁸⁶ Doch die jungen Leute in Ungarn nutzten diese Verbände oft für ihre eigenen Zwecke. Zudem stützten sie sich auf bereits bestehende soziale Netzwerke aus Verwandten, Arbeitskollegen, Freunden oder Betrieben. Insgesamt bewegten sich die Menschen in der Kádárzeit hauptsächlich in kleinen sozialen Kreisen, die nach außen abgeschirmt waren und es der Staatssicherheit trotz entsprechender Versuche schwer machten, dort Fuß zu fassen.²⁸⁷ Auch systemkritische Gruppen nutzten oft jene Nischen, die die MSzMP zur Kanalisierung und Kontrolle kultureller und wirtschaftlicher Aktivitäten errichtet hatte. Dies betraf insbesondere Wissenschaftler, die in spezialisierten Forschungseinrichtungen Platz fanden. So konnten in den sechziger Jahren beispielsweise vorher aus politischen Gründen entlassene kritische Sozialforscher in das zentrale Statistikamt zurückkehren und dort ihre eigenen Untersuchungen anstellen.²⁸⁸ Aufgrund ihrer für staatliche Zwecke wichtigen Fachkenntnisse konnten sich diese Forscher in einem neutralen Raum relativ frei bewegen und in kleinen Gruppen langfristig etablieren.

Unter dem Eindruck der tschechoslowakischen Krise organisierten sich in Ungarn 1968 kritische Schriftsteller und gründeten eigene Verbände, die nicht mehr der parteilichen Kontrolle des Literaturlebens unterlagen. Gleichzeitig engagierten sich damals kritische

282 Zit. nach Ebenda, S. 108.

283 *KISZ* ist die Abkürzung für *Magyar Kommunista Ifjúsági Szövetség* [Ungarischer Kommunistischer Jugendverband].

284 Hoensch 1996, S. 227.

285 Kósa & Valuch et al. 2000.

286 Schulz 1970, S. 281.

287 Klimó 2008, S. 116.

288 Beispiele waren András Hegedüs, Rudolf Andorka und der spätere Dissident István Bibó: Szabari 2005, S. 664.

Literaten bewusst in offiziellen Kulturorganisationen, um dort aus einer einflussreicheren Position heraus Widerstand gegen den Assimilierungskurs des Kulturministers Aczél zu leisten. Damit pluralisierten sie erfolgreich einen vorher stark bürokratisierten und polarisierten Kulturbereich.²⁸⁹

Auch ungarische Intellektuelle organisierten sich zum Teil in losen Verbänden. So entstand aus verschiedenen Strömungen neomarxistischer Intellektueller Ende der sechziger Jahre die sogenannte *Budapester Schule*. Ihre Mitglieder vertraten unterschiedliche philosophische Ansätze, teilten aber eine kritische Haltung gegenüber Industriegesellschaften sowjetischen Typs. Einige von ihnen gruppierten sich um den ehemals stalinistischen Ministerpräsidenten und danach reformkommunistischen Soziologen András Hegedűs. Wegen seines ehemaligen Spitzenamts, aber auch eines gewissen internationalen Renommées hatte Hegedűs und sein Team für sozialwissenschaftliche Forschungen 1968 praktisch freie Hand.²⁹⁰ Die philosophisch einflussreichere zweite Teilgruppe der Budapester Schule stand in der Denktradition György Lukács', eines der bedeutendsten lebenden sozialistischen Philosophen seiner Zeit. Seine Schüler gruppierten sich vor allem um Ágnes Heller, die wiederum Beziehungen zur Neuen Linken im Westen aufnahm.²⁹¹ Für die ungarische Staatsführung war es schwer, diese ihr gegenüber kritischen Denkergruppen zu marginalisieren: Einerseits genossen sie in der sozialistischen Bewegung weltweites Ansehen. Andererseits argumentierten diese Neomarxisten auf hohem Niveau mit den Werken der sozialistischen Klassiker. Erst als sich Teile dieser Gruppe gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings aussprachen, verloren sie ihre geschützten Positionen, innerhalb derer sie bis 1968 arbeiten und publizieren konnten.²⁹²

3.3.2 Organisationsgrad und Vernetzung von Reformströmungen in der ČSSR

In der Tschechoslowakei gab es bereits unter Novotný informelle Strukturen an wissenschaftlichen Einrichtungen und philosophischen Arbeitsplätzen. In den sechziger Jahren lieferten diese wesentliche Impulse für die späteren Reformen. Sie bereiteten den Boden für die außerparteilich organisierten Reformströmungen, die 1968 in der Tschechoslowakei vielerorts entstanden. Die Voraussetzung dafür schuf das Aktionsprogramm der KSČ, das mehr Unabhängigkeit für Wissenschaft, Bildung, Medien, Kultur und Jugend versprach. Es enthielt explizit die „Lockerung der Organisationsformen“ im kulturellen Bereich, wozu auch unabhängiger verfügbare Finanzmittel gehörten.²⁹³ Auf dieser

289 Oikari 2002, S. 152–153.

290 Hegedűs et al. 1986, S. 4.

291 Klimó 2006, S. 86.

292 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-1-1, 17.12.1968: *RFE-Bericht über den Parteiausschluss dreier Philosophen, die der ungar. Interventionsbeteiligung kritisch gegenüberstanden, einschließlich Hintergrundinformationen zur Gruppe um G. Lukács*, 17.12.1968.

293 Vgl. dazu den Originaltext des Aktionsprogramms der KSČ vom 5.4.1968 Vondrová et al. 1999, hier insbes. S. 346–352.

Grundlage bildeten sich seit dem Frühjahr 1968 in der ČSSR innerhalb weniger Monate kreative Organisationsstrukturen, die den politischen Reformprozess unterstützten, aber auch ausweiteten.

Typisch für die Anfangszeit des Prager Frühlings war die Wiederbelebung bestehender Berufsorganisationen. Als eine der ersten offiziellen Kulturorganisationen bekannte sich der tschechoslowakische Journalistenverband (SČSN) im März 1968 öffentlich zu den Reformen. Er engagierte sich für die Pressefreiheit und erhielt dabei die Unterstützung anderer Kulturverbände. Diese schlossen sich in einem *Koordinationsausschuss der schöpferischen Verbände* (*Koordináční výbor tvůrčích svazů*) zusammen.²⁹⁴ Die Gründung solcher Dachorganisationen auf übergeordneter Ebene war damals keine Seltenheit und erhöhte den politischen Einfluss ihrer Mitgliedsorganisationen. Aufgrund ihrer gebündelten Initiative halfen diese Verbände beispielsweise die Meinungsfreiheit auch unter massivem außenpolitischem Druck bis zum Truppeneinmarsch aufrechterhalten.

Neben den bereits bestehenden bildeten sich bald völlig neue, nicht-staatliche Organisationen, die zu einer erstaunlichen Pluralisierung des Kulturlebens beitrugen. Dazu gehörte ein Kreis unabhängiger Schriftsteller, der im Juli 1968 gegründet wurde. Seine Mitglieder forderten in der Eröffnungserklärung Gleichberechtigung für die nicht-marxistische Intelligenz, die sich ebenfalls politisch und kulturell engagieren und organisieren können sollte.²⁹⁵

Vergleichbare Tendenzen ließen sich in den tschechoslowakischen Jugendorganisationen beobachten. Sie forderten Meinungspluralismus und wollten das Monopol des kommunistischen Jugendverbands (ČSM) in der Jugendarbeit aufheben.²⁹⁶ Wie auch andere große Interessensverbände zerfiel der ČSM in der Folge in einzelne Verbände.²⁹⁷ Außerdem entstanden in der ersten Jahreshälfte in der gesamten ČSSR unabhängige Studentenverbände. In der Südslowakei formierte sich ein eigener ungarischer Jugendverband als organischer Bestandteil der tschechoslowakischen Jugendbewegung.²⁹⁸ Auch entstand im Sommer 1968 in der Tschechoslowakei eine eigene Studentenbewegung, die bald Forderungen stellte, die über die offizielle Politik hinausgingen.²⁹⁹

294 Hoppe 2004, S. 14–15.

295 O. A. in *Literární listy*, 4.7.1968, S. 3; 7.

296 So eine Umfrage, die Ende Mai 1968 im ČSM von Kolín durchgeführt wurde. Die Ergebnisse sind abgedruckt in Pecka et al. 1998, S. 375–381.

297 Pauer 1995, S. 28.

298 O. A. 1973, S. 412–413; im Zuge der „Normalisierung“ wurde der Verband allerdings 1969 - wie auch viele andere Studenten- und Jugendverbände in der ČSSR - 1969 wieder verboten.

299 Exemplarisch zu den sich überall bildenden Studentenverbänden und ihren Forderungen vgl. AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung 1968-169, SVS, České Budějovice, 13.11.1968: *Protokoll des Prager studentischen Aktionsausschusses der Hochschulen über den Empfang der Vertreter des studentischen Hochschulbunds auf der Prager Burg*, in: PECKA, J. et al. (Hg.) 1998, S. 99–103, S. 100 und AÚSD AV ČR, Nr. SVS Č.Bu, 26.5.1968: *Satzung des studentischen Hochschulbunds Böhmens und Mährens*, in: PECKA, J. et al. (Hg.) 1998, S. 93–98. Generell zur tschechoslowakischen Studentenschaft als Teil der Reformbewegung vgl. Pažout 2008, S. 103–144.

So bekannte sich beispielsweise der Olmützer Studentenbund zu den Prinzipien des Sozialismus, forderte aber auch die Einhaltung der UN-Charta der Menschenrechte in der tschechoslowakischen Innen- und Außenpolitik. Seine Vertreter wollten außerdem intensiver mit anderen Jugendorganisationen zusammenarbeiten.³⁰⁰ Neu an diesen Organisationen war neben ihrer selbstständigen Gründung und wechselseitigen Vernetzung der Fokus auf Themen, die bisher allein die Partei und ihre eigenen Organisationen thematisieren durften. Dazu gehörte neben außenpolitischen Stellungnahmen das brisante Thema der Menschen- und Minderheitenrechte.

Nach und nach organisierten sich 1968 in der ČSSR auch politische Kräfte. Am 18. Mai 1968 erneuerte sich die *Tschechoslowakische Sozialdemokratie* [Československá sociální demokracie] als Partei. Ihre Vertreter beriefen sich auf den unfreiwilligen Anschluss an die KSČ von 1948. Sie kündigten an, ab sofort ihre Parteitätigkeit wieder aufzunehmen, bekannten sich aber zum Sozialismus in seiner aktuell praktizierten, humanistisch-demokratischen Variante.³⁰¹ Auch die anderen, bisher praktisch bedeutungslosen Parteien der Nationalen Front erhielten im tschechischen Landesteil wieder Zulauf, stellten aber ebenfalls weder den Sozialismus noch die Führungsrolle der KSČ direkt infrage.³⁰²

Daneben gab es jedoch auch Befürworter einer parteilichen Opposition, zum Beispiel Vaclav Havel.³⁰³ Er gehörte zu den Gründern des *Clubs engagierter Parteiloser* [Klub angažovaných nestraníků – KAN]. Dabei handelte es sich um ein bewusst unpolitisches Diskussionsforum von Nichtkommunisten. Seine Mitgliederstruktur war lose und uneinheitlich: Junge Leute schlossen sich ebenso an wie etablierte Intellektuelle. Bisher zur Passivität verdammt, wollten diese Parteilosen nun die öffentliche Diskussion und damit die soziale Praxis mitprägen. Der Club sollte diesen Bestrebungen einen organisatorischen Rahmen und damit eine politische Stimme geben. Auch seine Mitglieder stellten das kommunistische System nicht explizit infrage, bildeten jedoch zunehmend eine eigene politische Kraft neben der KSČ.³⁰⁴

Mit einer konkreteren Zielsetzung formierte sich im Mai 1968 der *Klub 231* (K 231), der bis zu seinem Verbot nach der Invasion etwa 100.000 Mitglieder zählte.³⁰⁵ Er repräsentierte die in der Vergangenheit vom kommunistischen System verfolgten und entrechteten Personen. Namensgebend war §231 des Strafgesetzbuchs, auf dessen

300 AÚSD AV ČR, Nr. SVS Č.Bu, 26.5.1968 1998; weitere Satzungen und Forderungskataloge aus dieser Zeit finden sich in: Pecka et al. 1998.

301 O. A. in *Student*, 12.6.1968, S. 6; dieser Schritt mag auf den ersten Blick harmlos erscheinen. In der Diktion der meisten Warschauer Bündnispartner war „Sozialdemokratie“ jedoch ein Schimpfwort; vgl. dazu die Sitzungsprotokolle bei Vondrová et al. 1995 und Vondrová & Navrátil 1996.

302 Pauer 1995, S. 28.

303 Havel in *Literární listy*, 4.4.1968, S. 4.

304 Klub angažovaných nestraníků 2003; NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 85, Punkt 2 (P4174), 8.5.1968 2001.

305 Pauer 1995, S. 28.

Grundlage in den fünfziger Jahren zahlreiche politische Urteile vollstreckt worden waren. Über die Hintergründe dieser Prozesse wollte der Verein die Staatsorgane und die Öffentlichkeit informieren und seinen Mitgliedern bei Rehabilitationsansprüchen und Schadensersatzforderungen helfen. Dies sollte durch aktive Öffentlichkeitsarbeit und gegenseitigen Erfahrungsaustausch ermöglicht werden.³⁰⁶

In der Slowakei spielten Reformorganisationen eine deutlich geringere Rolle als im tschechischen Landesteil. Das dortige Engagement fand vor allem in kirchlichen Foren statt.³⁰⁷ Bereits im März 1968 bekannte sich die römisch-katholische Kirche der Slowakei in einer Resolution zum Erneuerungsprozess der KSČ. Gleichzeitig stellte sie einen Katalog konkreter Forderungen auf, in deren Zentrum eine freie Entwicklung des religiösen Lebens stand. Zusätzlich verlangte sie eigenständige Presseorgane und Verhandlungspartner für die Kommunikation mit staatlichen Stellen.³⁰⁸ Ähnliche, allerdings bereits umfangreichere Forderungen stellte die tschechische Kirchenbewegung *Dílo koncilové obnovy* [Werk der Konzilerneuerung] im Juni 1968. Ihr Vorsitzender forderte in einem Brief an die Prager Regierung die freie Religionsausübung. Wie bereits die Studentenverbände berief er sich auf die UN-Charta der Menschenrechte und verlangte die Freilassung aller aus politischen Gründen inhaftierter Geistlicher.³⁰⁹ Zwei Wochen später legte dieselbe Diözese dem Innenministerium einen Antrag zur Verabschiedung ihrer neuen Organisationsordnung vor. Unter Verweis auf das II. Vatikanische Konzil sollten in der neuen Ordnung zahlreiche katholische Freiwilligenorganisationen und deren Aufgaben verankert werden.³¹⁰ Dabei verwiesen die Antragsteller auf das Aktionsprogramm, das eine freiheitliche Religionsausübung garantierte.

Auch auf betrieblicher Ebene gab es in der ČSSR im Verlauf der ersten Jahreshälfte 1968 neue gesellschaftliche und ökonomische Foren. Anfang Februar 1968 bildeten Genossenschaftsbauern eigene Interessensvertretungen, die bis Ende Mai mit konkreten Vorschlägen an die Parteiführung und das Landwirtschaftsministerium herantreten sollten.³¹¹ Ähnliche Komitees entstanden auch in anderen Betrieben. Zum Beispiel

306 APV ČSFR, Nr. Fonds O. Černík, Sekretariát Regierungspräsidium, PV 531, [Mai 1968]: *Undatierte Satzung des K 231*, in: PECKA, J. et al. (Hg.) 1998, S. 37–40, S. 37–38.

307 Ružičková 1992.

308 SNA Bratislava, Nr. Fonds ÚV KSS, Karton 36, 11.3.1968: *Resolution der römisch-katholischen Kirche der Slowakei, die an das ZK der KSS gesandt wurde*, in: PECKA, J. (Hg.) 1993, S. 196–197, S. 196; vgl. dazu außerdem den Brief des Prager Erzbischofs František Tomášek über die Vereinbarkeit von Sozialismus und Religion, der am 21.3.1968 in *Literární listy* erschien und von 83 ehemaligen Gefangenengeistlichen unterschrieben worden war.

309 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, 4.6.1968: *Brief der katholischen Diözese Hradec Králové an die tschechoslowakische Regierung*, in: PECKA, J. et al. (Hg.) 1998, S. 209.

310 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, 47/I, F 38/MK ČR, Signatur 47/1, Karton 325, 14.6.1968: *Brief des Vorbereitungsausschusses der katholischen Organisation "Dílo koncilové obnovy" (Werk der Konzilerneuerung) an das tschechoslowakische Innenministerium*, in: PECKA, J. et al. (Hg.) 1998, S. 210–211.

311 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Bd. 70, Nr. 78, Punkt 30, 20.5.1968: *Unterlagen des Landwirtschaftsministers zum Standpunkt zur Gründung gesellschaftlicher Interessensorganisationen für*

gründeten in Ostrava Beschäftigte der Chemiewerke einen Arbeiterausschuss zum Schutz der Pressefreiheit.³¹²

Dieses Beispiel zeigt ebenso wie das außenpolitische Engagement der Kirchen und Jugendverbände, dass die verschiedenen Gesellschaftsorganisationen in der Tschechoslowakei 1968 nicht mehr nur an Einzelinteressen gebunden waren. Sie standen miteinander in Kontakt und ihre Forderungen betrafen oft allgemeinere politische und gesellschaftliche Probleme. Auffällig ist dabei, dass sich all diese Organisationen zum Sozialismus und dem Reformkurs der KSČ bekannten. Dennoch wurden sie für die tschechoslowakische Parteiführung zum Problem, weil es immer schwieriger wurde, das enorme gesellschaftliche Engagement vor den Bündnisstaaten zu verheimlichen und rechtfertigen.

Die KSČ-Führung konnte ohnehin das gesellschaftliche Reformengagement im Sommer 1968 bereits nicht mehr aufhalten. Der Organisationsgrad und die Mitgliederzahlen dieser Gruppierungen hatte ein solches Ausmaß angenommen, dass an ihre kurzfristige Auflösung nicht zu denken war.

Die Durchsetzungskraft der gesellschaftlichen Reformstrukturen und ihre Fähigkeit zur gegenseitigen Vernetzung zeigten sich deutlich nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen im August und September 1968. Damals erreichte auch der Konsens zwischen reformkommunistischer Führung und außerparteilichen Akteursgruppen kurzfristig einen Höhepunkt. In dieser Zeit verbanden sich die noch funktionsfähigen staatlichen Organe mit einem breiten, gesamtgesellschaftlichen und gewaltfreien Widerstand gegen die Besatzungsmacht: Der außerordentliche Parteitag, die tschechoslowakische Nationalversammlung, der Zentralrat der Gewerkschaften, die Nationale Front, der Nationalrat und die Volksmilizen riefen die Bevölkerung zu einem friedlichen zivilen Widerstand auf und lobten bereits begonnene gewaltfreie Initiativen.³¹³

Mit dieser psychologischen Unterstützung entstanden in kürzester Zeit improvisierte, aber effektive Widerstandszentren. Der hohe Organisationsgrad der tschechoslowakischen Medien erwies sich als großer Vorteil für die Koordination der Widerstandsbewegung. Besonders in der ersten Woche nach der Okkupation spielte der Rundfunk die wichtigste Rolle, weil er in Echtzeit über die heimischen Transistorradios verfügbar war, während die Transportwege für Druckerzeugnisse von Panzern blockiert waren. Die Radiosprecher kündigten Protestmärsche gegen die Okkupation an, warnten vor gefährlichen Konfrontationen mit den Soldaten und berichteten über ausländische Reaktionen. Außerdem vermittelten sie Kontakte zwischen Bürgern und zentralen Organen

Genossenschaftsbauern, in: PECKA, J. et al. (Hg.) 1998, S. 154–161, S. 154–161; zu den Erklärungen und Satzungen der einzelnen Verbände vgl. außerdem die abgedruckten Dokumente in Pecka et al. 1998, S. Dok. 53-56.

312 O. A. in *Práce*, 16.5.1968, S. 5.

313 Pauer 1995, S. 271–273.

sowie zwischen den Regionen und den beiden Metropolen Prag und Bratislava.³¹⁴ Das dezentrale, aber gleichzeitig untereinander in enger Verbindung stehende Sendernetz überraschte die Interventionstruppen, denen es daher zunächst nicht gelang, es zu lokalisieren und zu zerstören.³¹⁵ Die Wirkung der spontan organisierten Gegenbewegung war enorm und hielt auch viele konservative Parteifunktionäre von der Kollaboration mit den Besatzern ab. Zwar konnte sie die Truppen nicht zum Rückzug bewegen, dafür aber die Okkupanten international blamieren.

Diesem Zweck dienten auch spontane Widerstandsaktionen direkt aus der Bevölkerung. So schlugen den Besatzern Tausende von ablehnenden Wandaufschriften, Flugblättern, Gesten und Sprüchen in ihrer eigenen Sprache entgegen.³¹⁶ Die Reime und Losungen machten die einzelnen Besatzernationen lächerlich. Dass jedoch selbst diese Erscheinungen nicht völlig unorganisiert waren, zeigt ein Flugblatt, das genaue Anweisungen für das Verfassen von Wandaufschriften gegen die Okkupation gab. Diese „10 Gebote“ [*Desatero*] riefen zur Vorsicht beim Anbringen der Aufschriften auf, gemahnten eine klare Ausdrucksweise (möglichst in kyrillischer Schrift). Sie gemahnten außerdem, die Straßenschilder zur Desorientierung der Besatzer unkenntlich zu machen.³¹⁷

Damit war der ursprünglich politische Reformprozess in der Tschechoslowakei in seiner letzten Phase endgültig in eine umfassende soziale Bewegung mit eigenen Organisationsformen übergegangen. Die überaus wirkungsvolle Organisation und Koordination des friedlichen Widerstands isolierte die eingerückten Besatzer und machte sie vor der Weltöffentlichkeit lächerlich: Mit Tausenden von Panzern konnten sie wenig gegen die streikenden Massen in der ČSSR ausrichten, die ihre Besatzer wie Luft behandelten.

In den gesellschaftlichen und staatlichen Organisationsformen zeigten sich zwischen Ungarn und der ČSSR 1968 auch vor dem Einmarsch sehr deutliche Unterschiede. Schon aufgrund der institutionellen Rahmenbedingungen entstanden in Ungarn nur kleine, auf persönlichen Strukturen basierende Verbände. Staatlicherseits wurden sie toleriert, ihre Daseinsberechtigung war jedoch nirgends offiziell verankert. Dagegen erhielten die gesellschaftlichen Organisationen in der ČSSR mit dem Aktionsprogramm eine amtliche Grundlage. In eigenen Satzungen konstituierten sich Verbände mit zum Teil Tausenden Mitgliedern. Anders als die ungarischen Einzelgruppen kooperierten die tschechoslowakischen Reformorganisationen untereinander und formierten sogar Dachorganisationen.

Dabei gab es in Ungarn durchaus Interessensgruppen, die den Vorstellungen der selbstständigen tschechoslowakischen Organisationen nahestanden. Eine osmotische

314 Hoppe 2004, S. 15–16; zu den einzelnen Radiomeldungen in kurzen Abständen vgl. Macek 1990.

315 Hejzlar 1976, S. 258–259.

316 Umfangreiche Sammlungen dieser Aufschriften, teilweise abfotografiert, finden sich in: Pažout 2008 und Pecka 1993.

317 Ebenda, S. 18.

Beziehung zwischen Reformkommunisten und gesellschaftlich gewachsenen Organisationsstrukturen gab es in Ungarn jedoch 1968 zu keinem Zeitpunkt. Für eine entsprechende Kooperation fehlten dort nicht nur die Rahmenbedingungen, sondern auch die Bereitschaft. Eine solche entstand in der ČSSR vor dem Hintergrund der militärischen Demütigung, aber auch anderer Faktoren, die Gegenstand des folgenden Unterkapitels sein werden.

3.4 Intrinsische Voraussetzungen für Reformbestrebungen in Ungarn und ČSSR

Die gesetzlichen, institutionellen und organisatorischen Spielräume für Reformbewegungen waren 1968 in der ČSSR deutlich weiter als in Ungarn. Sie bestimmten auch die Erfolgserwartungen reformwilliger Akteure mit. Dennoch sagen diese Rahmenfaktoren wenig über die zugrunde liegenden Motive aus, die für die gesellschaftliche Aktivierung beziehungsweise deren Ausbleiben entscheidend waren. Diese intrinsischen Reformvoraussetzungen lassen sich aus den programmatischen Dokumenten der Reformkommunisten und den Forderungskatalogen der gesellschaftlichen Reformakteure herauslesen.

3.4.1 Wahrnehmung von Versorgungsproblemen und Ungerechtigkeit

Neben der Tschechoslowakei brachen 1968 auch in anderen ostmitteleuropäischen Staaten Protestbewegungen aus, beispielsweise in Polen oder Jugoslawien.³¹⁸ Nur in Ungarn blieb es in diesem bewegten Jahr scheinbar weitgehend ruhig. In den sechziger Jahren waren dort allerdings die politischen Spielräume größer als vor dem Aufstand von 1956, als es zu einer umfassenden Mobilisierung kam. Systemische Grenzen allein können das Ausbleiben einer Reformbewegung also nicht begründen. Wie die tschechoslowakisch-ungarische Gegenüberstellung dieser Motivkonstellation zeigt, waren es auch Ende der sechziger Jahre zunächst kollektive Erfahrungen mit staatlichem Unrecht und Missmanagement, die den Reformdrang förderten.

Ungarn: Konsumversorgung und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten

Noch in den späten fünfziger Jahren hatten in der ungarischen Bevölkerung Versorgungsprobleme und die Vergeltungspolitik der restaurierten kommunistischen Partei zu verbreiteten Frustrationen, Angst und Unsicherheit geführt. Doch im Laufe der sechziger Jahre bemühte sich die ungarische Parteiführung erfolgreich, die allgemeine Stimmung zu verbessern: Viele kleine Maßnahmen erleichterten das Alltagsleben der

318 Zur polnischen Protestbewegung vom März 1968 vgl. Garsztecki 2008 und (aus der Beteiligtenperspektive) Michnik & Lesser 2008 und Bogucka 2008. Zur jugoslawischen Protestbewegung von Jugendlichen 1968 vgl. Kanzleiter 2008.

ungarischen Bürger, ohne von den wesentlichen Grundsätzen des staatssozialistischen Systems abzuweichen: Zwischen 1962 und 1968 erweiterten sich kulturelle Angebote und Konsummöglichkeiten im Vergleich zu den anderen sozialistischen Staaten deutlich. Doch nicht nur der Blick in die Nachbarländer ermöglichte den Ungarn eine positivere Selbstwahrnehmung: Ein weiterer Vergleichsfaktor waren die späten fünfziger Jahre, gegenüber denen die politische Lockerung und bessere Versorgung unübersehbar war. Die Verbesserungen erreichten die Mehrheit der Bevölkerung auf der Ebene des täglichen Lebens und wurden daher sehr positiv aufgenommen.³¹⁹ Die Angst vor Versorgungsengpässen und staatlicher Willkür wichen langsam aus dem Alltag.

Schon Anfang der sechziger Jahre verminderten erweiterte Reisemöglichkeiten das Gefühl des Eingeschlossenseins.³²⁰ Insbesondere der Westtourismus schuf allerdings auch neue Erwartungen, denen die unterhaltungsorientierte Kulturpolitik Aczéls teilweise entgegenkam. Offensichtliche Staatsinterventionen in den Kultursektor gingen zurück, um die Stimmung in der Bevölkerung nicht zu verschlechtern.³²¹ Dies galt auch für die Jugend- und Musikkultur aus dem Westen.³²² Obwohl diese westlichen Einflüsse in der Parteiführung unerwünscht waren, nahmen sie potenziellen politischen Gegnern den Wind aus den Segeln. Denn nach den Erfahrungen der Ungarischen Revolution schien oppositionelles Potenzial insbesondere von Jugendlichen auszugehen. Die Integration westlicher Ausdrucksformen in die eigene Alltagskultur, darunter „farbige Anzüge, Miniröcke, westliche Kleidung, Schallplatten“ konnte die jungen Leute zufriedenstellen und eine Konfrontation zwischen Staat und Jugendbewegung vermeiden.³²³ In diesen Kontext gehört auch die im Ostblock einzigartige Eröffnung einer Coca-Cola-Fabrik im Juni 1968. Die Lizenzproduktion des amerikanischen Modegetränks in Budapest (Kőbánya) war von hoher symbolischer Wirkung, erweiterte sie doch das ungarische Angebot an Erfrischungsgetränken um eine dritte Limonade, auch wenn diese sehr teuer war.³²⁴ Damit entsprach die staatliche Planung nach außen dem Bedürfnis junger

319 Tóth 2005, S. 604.

320 Klimó 2006, S. 155.

321 Kalmár 2005, S. 59.

322 Von Klimó (2006), S. 163, formulierte diesen Wandel anschaulich: „Der Durchbruch der Beatmusik in den ungarischen Medien, auf der Straße und vor allem in den Köpfen der Heranwachsenden schlug eine erste Schneise in einen Wald von Ängsten, Verboten, Konvention, der die Ausdrucksmöglichkeiten und Selbsterfahrung von Heranwachsenden vor allem in den 1950er Jahren stark begrenzt hatte.“

323 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1910/68, 22.10.1968: *Interner Informationsbericht einer Quelle von RFE zu Reaktionen in Ungarn über den Truppeneinmarsch in die ČSSR, Ende August bis Ende September 1968*, 22.10.1968; ähnlich: OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 140, 16.1.1968: *Interner RFE-Bericht über die allgemeine Stimmung in Budapest*, 16.1.1968.

324 So kostete eine kleine 0,2-Literflasche 3 Forint (etwa so viel wie ein Liter Milch oder 1 Kilo Brot bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 1500 Ft.); zur ersten ungarischen Coca-Cola-Fabrik: http://index.hu/belfold/tegnapiujsg/2008/06/17/1968_megerkezik_a_kolaspalackba_zart_szabadsag (Zugriff: 17.07.2008). Zur kommunikativen Botschaft der Marke Coca-Cola vgl. Gries 2008, S. 7–21 und zu den verwandten Warendiskursen in der DDR S. 147–194.

Leute nach westlichen Trends. Gleichzeitig beschränkte sie jedoch den Zugang durch die zentrale Preispolitik. Der Eindruck einer symbolischen Öffnung entsprach also nicht der politischen Realität, konnte jedoch als Geste des Entgegenkommens gewertet werden und so die Abneigung gegen die kommunistische Führung verringern.

In den späten sechziger Jahren begann die Parteiführung Ungarns außerdem, die Atmosphäre und die Wünsche in der Gesellschaft systematisch zu erheben. Dabei baute sie ihren Analyseapparat deutlich aus, verließ sich also nicht nur auf die eher kurzfristigen Stimmungsberichte, sondern gab längerfristige Studien in Auftrag, die die strukturelle Meinungsänderung und auch mögliche Zukunftsentwicklungen realistisch wiedergeben sollten.³²⁵ Erklärtes Ziel dieser Politik war es, einen funktionierenden Kompromiss mit denen einzugehen, die das System nicht aktiv ablehnten. Die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung akzeptierte dies und profitierte damit von einer berechenbaren Grundversorgung, die Planung und persönliche Entfaltung ermöglichte.³²⁶

Die großzügige Lohn- und Sozialpolitik richtete sich insbesondere an die Arbeiterschaft, die seit 1956 ebenfalls als politisch unzuverlässig galt. Ihre Angehörige erhielten im Austausch für den Verlust der Selbstverwaltungsrechte bessere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und einen höheren sozialen Status. Ähnliches galt für die Bauern, die nach einer Landwirtschaftsreform eigenes Land bewirtschafteten und damit ihre materielle Lage erheblich verbessern konnten.³²⁷ Ihr verfügbares Einkommen konnten sie in Konsumgüter umsetzen, die nicht zuletzt aufgrund der Wirtschaftsreform von 1968 in immer größerer Auswahl zur Verfügung standen.

Durch diese Maßnahmen stieg der Lebensstandard in Ungarn gegenüber der Zeit vor 1956 bedeutend an: Bis Mitte der sechziger Jahre verdoppelte sich das Realeinkommen und stieg bis 1969 durchschnittlich um weitere vier bis fünf Prozent pro Jahr. Gleichzeitig erhielten die Bürgerinnen und Bürger eine breite Palette kostenloser oder stark subventionierter Dienstleistungen, darunter Sozialversicherungen und Energie.³²⁸ 1967 verbesserte sich außerdem die staatliche Kinderbetreuung und wurde zum Grundrecht erhoben.³²⁹ Außerdem begann die ungarische Staatsführung seit den frühen sechziger Jahren zielstrebig die in den fünfziger Jahren noch problematische Wohnungsnot zu beseitigen. 1967 startete dann ein staatliches Bauprojekt mit jährlich Zehntausenden neuer, damals durchaus beliebter Plattenbauwohneinheiten.³³⁰

Nicht nur die soziale Absicherung, sondern auch die besonderen Konsummöglichkeiten spielten in Ungarn eine wichtige Rolle für die Zufriedenheit der Bevölkerung und damit

325 Kalmár 2005, S. 69.

326 Tóth 2005, S. 604.

327 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 527; Kósa & Valuch et al. 2000.

328 Tókéš 1998, S. 124.

329 Klimó 2006, S. 121–122.

330 Kósa & Valuch et al. 2000.

das Ausbleiben einer Protestbewegung. Im Vergleich zu den meisten anderen sozialistischen Staaten hatte der ungarische „Gulaschkommunismus“³³¹ in den sechziger und siebziger Jahren deutlich mehr zu bieten: Die einst völlig unzureichende Nahrungsmittelproduktion entwickelte sich zu einer der dynamischsten im internationalen Vergleich. Dies war nicht zuletzt auf die spezielle Arbeitsteilung zwischen Kollektiven und privaten Höfen sowie staatliche Anreizsysteme zurückzuführen.³³² Diese Neuerungen brachten für die ungarische Bauernschaft gleichzeitig eine bessere Selbstversorgung, aber auch Freizeit und Erholungsmöglichkeiten mit sich. Eine der größten Bevölkerungsgruppen in Ungarn war damit zufriedengestellt.³³³

Der Export von Agrargütern aus Ungarn in den Westen verbesserte zudem die Devisenlage, wovon erneut die ungarische Konsumwirtschaft profitierte. Auch zentralisierte Maßnahmen, zum Beispiel der fünfte Fünfjahresplan von 1960–1964, konzentrierten sich auf ein besseres Konsumangebot. Daher verdoppelte sich im Laufe der sechziger Jahre der Absatz von Haushaltswaren, Möbeln, Unterhaltungs- und Elektrogeräten.³³⁴ Außerdem berücksichtigte der ungarische Konsumkommunismus die aktuellen Modewünsche der Bevölkerung. Auch hier kam der Anstoß für eine Liberalisierung der Bekleidungsindustrie aus der Partei selbst.³³⁵ Ende der sechziger Jahre zeigten sich Politiker, Diplomaten und Touristen aus Ost und West fasziniert über den Überfluss in ungarischen Geschäften im Vergleich zu anderen östlichen Ländern.³³⁶ Noch offensichtlicher konnte diese Veränderung die ungarische Bevölkerung selbst wahrnehmen, die ebenfalls einen regen touristischen Austausch mit sozialistischen Ländern pflegte.

Der Fokus auf Alltagsbedürfnisse schuf in der Bevölkerung eine Kompromissbereitschaft gegenüber einer kommunistischen Führung, die auch zwölf Jahre nach ihrer undemokratischen Installation über keine moralische Legitimitätsgrundlage verfügte. Dieser Kompromiss verbesserte die Stimmung im Land dauerhaft und stabilisierte damit auch langfristig das politische System selbst. Dennoch identifizierte sich die ungarische Bevölkerung nicht mehrheitlich mit der sozialistischen Ideologie, auf der das Kádárregime offiziell basierte.³³⁷ Vielmehr interpretierte sie die Reise- und Konsummöglichkeiten, und seit 1968 auch begrenzte unternehmerische Tätigkeiten, als einen Ersatz für politische Partizipation, der sich durchaus auszahlen konnte.³³⁸ Diese Wahrnehmung entstand vor dem Erfahrungshintergrund der fünfziger Jahre, in denen die Grundstimmung deutlich schlechter war. Angst und materielle Unterversorgung waren

331 Den Begriff „Gulaschkommunismus“ prägte angeblich Chruščev (Shafir 1987, S. 179, Anm. 13).

332 Varga 2005, S. 160–161.

333 Kaposi 2007, S. 128: Die ungarischen Bauern bildeten zwischen 1960 und 1970 den mit Abstand größten Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung.

334 Kósa & Valuch et al. 2000; Klimó 2006, S. 153–154.

335 Kósa & Valuch et al. 2000; Klimó 2006, S. 158.

336 Varga 2005, S. 159.

337 Niklasson 2005, S. 87, Niklasson 2005, S. 78.

338 Klimó 2006, S. 121.

damals wichtige Auslöser der Ungarischen Revolution gewesen und hatten auch in der folgenden Repressionsphase den Alltag der Bevölkerung geprägt. Beides gehörte in den sechziger Jahren für die meisten Ungarn der Vergangenheit an – sofern sie nicht in direktem Widerspruch zum staatssozialistischen System standen. Viele Ungarn betrachteten dies als Fortschritt, mit dem sie sich zufriedengaben. Der jüngsten Generation, die die Rákosi-Ära und den Ungarnaufstand nicht bewusst miterlebt hatte, fehlte dieses Kontrasterlebnis allerdings. Gerade ihre Angehörigen schienen den zentral verordneten Konsumkommunismus zum Teil abzulehnen und gerieten in Konflikt mit der Staatsmacht.³³⁹ Für die meisten Ungarn war 1956 und die ersten Folgejahre jedoch durchaus präsent. Ihre Erinnerungen standen im Kontrast zum Lebensgefühl der sechziger Jahre, das geprägt war von sozialer Sicherheit und breiteren Möglichkeiten des Konsums und der persönlichen Entfaltung. Ähnliche Vorteile erhofften sich in den sechziger Jahren auch viele Tschechen und Slowaken – zunächst ohne große Erfolgsaussichten.

ČSSR: Unzufriedenheit als politischer Reformimpuls

Während sichtbare Fortschritte im Alltagsleben einen großen Teil der ungarischen Bevölkerung mit der politischen Führung versöhnten, schuf Novotnýs einseitige Wirtschafts- und Innenpolitik immer größere Unzufriedenheit. Dies galt nicht nur für die tschechoslowakische Bevölkerung, sondern zunehmend auch für die eigene Partei. Besonders die Basis der KSČ sah diesen Führungsstil in den sechziger Jahren als bürokratisch und selbstbereichernd an. Sie machte in den sechziger Jahren knapp zehn Prozent der tschechoslowakischen Bevölkerung aus und sprach Probleme an, die die Mehrheit der Bürger betrafen: die ideologisch konstruierte Diskrepanz zwischen Arbeiterschaft und Intelligenz, die unzureichenden Rehabilitationen und die kargen Einkommens- und Lebensverhältnisse für Arbeiter und Bauern.³⁴⁰

Seit Mitte der sechziger Jahre wuchs auch der gesellschaftliche Unmut außerhalb der Partei. Auf die inner- und außerparteiliche Legitimationskrise reagierte das Prager Zentralkomitee Anfang 1968 mit der Wahl von Reformkommunisten in wichtige Führungspositionen. Die meisten von ihnen hatten bereits selbst unangenehme Erfahrungen mit stalinistischen Herrschaftsmethoden gemacht: Innenminister Josef Pavel, Parlamentspräsident Josef Smrkovský,³⁴¹ Präsidiumsmitglied Zdeněk Mlynář,³⁴² Bildungsminister

339 Schulz 1970, S. 779.

340 Hoppe 2004, S. 71–76.

341 Smrkovský war 1951 und 1955 im Rahmen der Slánský-Prozesse inhaftiert gewesen und erhielt erst nach 1963 schrittweise parteiliche Kompetenzen zurück. Zu seinen biografischen Daten vgl. Segert & Coudenhove-Kalergi et al. 2008, S. 78–79.

342 Mlynář hatte 1955 als Staatsanwalt „schlechte Erfahrungen“ mit dem willkürlichen Rechtssystem der ČSR gemacht: Mlynář 1978, S. 52–56.

Čestmír Císař³⁴³. Daneben waren viele weitere in Dubčeks Führungsgremien ehemalige Opfer jener Methoden, die sie nun abschaffen wollten. Viele Entscheidungen im Verlauf des Prager Frühlings begründeten sie mit Verweis auf ihre eigene Vergangenheit. Auch der Ungarnaufstand von 1956 und seine Folgewirkungen in der Tschechoslowakei spielten in diesen Diskussionen eine wichtige Rolle.³⁴⁴

Damit unterschied sich die tschechoslowakische Politszene deutlich von der in Ungarn: Dort bestand die Parteiführung schon früher aus ehemaligen politischen Häftlingen wie auch Teilnehmern an Nagys revolutionärer Regierung. Die Hauptvertreter des Stalinismus mussten unter Kádár schrittweise ihre Ämter verlassen. Radikale Reformen, wie sie Císař, Smrkovský oder Pavel forderten, hätten Ende der sechziger Jahre also von der ungarischen Führung selbst kommen müssen. Doch die hielt aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen von 1956 eine zu starke Liberalisierung für ausgeschlossen. Reformorientierte Kommunisten wie Lukács oder Hegedüs hatten sich aus dem politischen Leben zurückgezogen und konnten mit ihren Erkenntnissen zwar die Entfremdung der staatsozialistischen Praxis kritisieren, erreichten damit aber kaum die konsumgesättigten Massen.

In der ČSSR beteiligten sich in den sechziger Jahren neben den Parteipolitikern auch viele Akteure aus dem Kulturleben an der Kritik gegen Novotný. Oft inspirierten sie ihre eigenen Erfahrungen mit staatlichem Unrecht zu Reformaktivitäten. Zu ihnen gehörten bekannte Schriftsteller wie Eduard Goldstücker oder der Philosoph Ivan Sviták. Diese kulturelle Reformfront entstand nicht nur vor dem Hintergrund des in den fünfziger Jahren erlebten Unrechts, sondern auch wegen dessen Wiederholung unter Novotný. Beispielsweise wurden nach dem Schriftstellerkongress im Juni 1967 mehrere reformorientierte Autoren aus der Partei ausgeschlossen und erhielten Schreibverbot. Einen von ihnen, Pavel Tigrid, ließ Novotný sogar noch in einem politischen spektakulären Prozess verurteilen.³⁴⁵ Jan Procházka, Ludvík Vaculík und Ivan Klíma wurden aus der Partei ausgeschlossen, wurden aber 1968 zu einem wichtigen Sprachrohr der gesellschaftlichen Reformen.³⁴⁶ In ihrer Kritik verwiesen sie auf die inneren Widersprüche der kommunistischen Praxis: den Unterschied zwischen offiziellen Versprechungen und einer Realität, die dahinter weit zurückblieb.³⁴⁷ Genau dieser Gegensatz mobilisierte in den sechziger Jahren auch immer größere Teile der tschechoslowakischen Bevölkerung.

343 Zwischen 1963 und 1965 arbeitete Císař bereits einmal als Schulminister, wobei er sich den Ruf eines Liberalen erwarb und deshalb von Novotný als Botschafter nach Rumänien abgeschoben wurde (Segert & Coudenhove-Kalergi et al. 2008, S. 83).

344 Mlynář 1978, S. 52–56.

345 Hejzlar 1976, S. 121; 452; 461.

346 Pecka et al. 1998, S. 480–485.

347 Zahlreiche Beispiele für entsprechende Veröffentlichungen von u.a. Procházka, Kohout und Kosík finden sich in der Sammlung zur zeitgenössischen Publizistik des Prager Frühlings bei Hoppe 2004. Vgl. zu dieser Strategie sozialer Bewegungen Joppke 1994, S. 548.

Insbesondere die aus Sicht vieler Tschechen und Slowaken unzureichende Konsumgüterversorgung war in den sechziger Jahren Grund ständiger Frustrationen. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums um 1962 führte zeitweise zu ernsthaften Versorgungsproblemen. Studenten skandierten damals auf den Straßen: „Wir haben Titov und Gagarin, wir wollen Fleisch!“³⁴⁸ Damit kritisierten sie die sozialistische Verteilungspolitik, die der sowjetischen Raumfahrt reichliche Mittel zur Verfügung stellte, dabei aber die Versorgung der Bevölkerung vernachlässigte. Der Unmut in der ČSSR vergrößerte sich, als 1963 die Renten stagnierten und sich andere wirtschaftliche Probleme auf den Lebensstandard der Bevölkerung auswirkten.³⁴⁹ Er äußerte sich öffentlich bei den studentischen Majáles-Demonstrationen von 1963 und 1965. Auf die kritischen Forderungen reagierten die Machthaber in der Parteiführung mit Repressionen, wodurch sich die Stimmung weiter verschlechterte.³⁵⁰

Daher verfolgte das tschechoslowakische Innenministerium – ähnlich wie in Ungarn – die Meinungsbilder in der Gesellschaft nun genauer, auch mit der Absicht besser auf die Bedürfnisse eingehen zu können.³⁵¹ Eine Wirtschaftsreform sollte Abhilfe schaffen, doch die trat erst 1967 nach jahrelangem Ringen in Kraft. Sie sah eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen vor, darunter die Aufstockung der niedrigsten Löhne und der staatlichen Kinderbeihilfe, eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs und Arbeitszeitkürzungen. Diese Änderungen traten jedoch erst 1968 in Kraft,³⁵² während ähnliche Maßnahmen in Ungarn bereits Mitte der sechziger Jahre wirksam waren. Außerdem ging dem tschechoslowakischen Reformprogramm keine Teilreform der Landwirtschaft voraus, die in Ungarn grundlegende Versorgungsprobleme rechtzeitig beseitigen konnte. Novotnýs Führung wehrte sich dagegen lange und erhöhte dadurch in der KSČ und den großen Massenorganisationen den Reformdruck.

Offenbar war die desolante Wirtschaftssituation in der Tschechoslowakei auch Ausgangspunkt der politischen Reformen. So begann laut dem Schriftsteller Antonín Liehm die tschechoslowakische Parteiführung erst auf die Wissenschaftler in ihrer Umgebung zu hören, als das ökonomische System vor dem Kollaps stand und daher Unruhen in der Bevölkerung befürchtet wurden. Auch Goldstücker bezeichnete den Zustand der Wirtschaft Anfang der sechziger Jahre als Impuls für weitere Forderungen, die 1968 gleichzeitig mit den wirtschaftlichen an die Öffentlichkeit drängten.³⁵³

Besonders aktiv waren erneut die tschechoslowakischen Studierenden: Am 31. Oktober 1967 organisierten sie in Strahov (Prag 6) einen Protestzug mit etwa 1.500

348 Blaive 2001, S. 305 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H. L.). Die Anspielung bezog sich auf die beiden sowjetischen Astronauten Vladimir Titov und Jurij Gagarin.

349 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 381.

350 Hejzlar 1976, S. 120.

351 Erkenntnisse über die Stimmung der Bevölkerung und deren Meinung über die ökonomische und politische Situation kamen hauptsächlich aus Quellen der Staatssicherheit: Koudelka et al. 1996, S. 12.

352 Hejzlar 1976, S. 121.

353 Blaive 2001, S. 305–306.

Beteiligten. Laut den an den Ort des Geschehens gerufenen Polizisten, waren die jungen Leute frustriert und verärgert über die andauernden Unzulänglichkeiten im Betrieb der Studentenwohnheime. Beispielsweise regelmäßige Stromausfälle schränkten die Studierenden sehr ein, weshalb ihre zweideutige Losung lautete: „Wir wollen Licht!“ („Chceme světlo!“).³⁵⁴ Die Demonstrationen eskalierten, als sich unter den Demonstranten das (unwahre) Gerücht ausbreitete, mehrere Studenten seien verhaftet worden. Polizisten und dreizehn Studenten wurden in Auseinandersetzungen zum Teil ernsthaft verletzt.³⁵⁵ Das brutale Vorgehen der Polizei gegen friedlich und aus nachvollziehbaren Gründen protestierende junge Menschen stieß auf breite Ablehnung in der tschechoslowakischen Bevölkerung. Der Vorfall wurde zum Inbegriff des willkürlichen Vorgehens der Staatsorgane.

Novotný geriet dadurch weiter in Misskredit, zumal er schon Monate vorher die staatliche Überwachung des Hochschul- und Kulturbereichs verschärft hatte.³⁵⁶ Dieser Rückschritt war für die Bevölkerung besonders spürbar, nachdem die tschechoslowakische Innenpolitik Mitte der sechziger Jahre erste Lockerung erfahren hatte. Wie auch 1956 in Ungarn, als Nagys Reformen unter Rákosi und Gerő wieder zurückgenommen worden waren, wirkte diese Umkehr als Provokation. Der gesellschaftliche Unmut richtete sich vor allem gegen den Staatssicherheitsdienst, dessen Prestige laut Umfragen etwa dem von Kanalreinigungskräften entsprach.³⁵⁷ Auch Smrkovský betonte im Mai 1968 das geringe Ansehen der tschechoslowakischen Sicherheitsorgane.³⁵⁸ Seinen schlechten Ruf hatte sich der StB vor allem wegen seiner unrühmlichen Rolle in den vierziger und fünfziger Jahren erworben.³⁵⁹ Bis in die sechziger Jahre änderte sich daran wenig. Darin bestand ein weiterer Unterschied zu Ungarn: Zwar blieb der dortige Staatssicherheitsdienst aus ähnlichen Gründen verhasst. Allerdings setzte ihn die Parteiführung nicht mehr für spektakuläre und öffentlichkeitswirksame Aktionen ein. Mit seiner zielgruppenspezifischen Ausrichtung blieb der ungarische ÁVH zwar weiterhin ein wichtiges Instrument der staatlichen Kontrolle, doch seine Operationen waren für die Allgemeinheit kaum bemerkbar und traten im gesellschaftlichen Bewusstsein immer mehr in den Hintergrund.

In der ČSSR kam mit der Lockerung der Zensur im Frühling 1968 und der gleichzeitigen Öffnung von Parteiakten das Ausmaß der politischen Prozesse um Slánský

354 Hauner 2008, S. 73.

355 AMV ČR, Nr. Fonds A 2/3, Nr. 2133, 12.3.1968: *Stellungnahme und juristischer Standpunkt des Innenministers Josef Kudrna zu den Studentendemonstrationen in Strahov (Prag) am 31.10.1967 und der Reaktion der Polizei*, in: KOUDELKA, F.; SUK, J. (Hg.) 1996, S. 45–49; diese Stellungnahme zu den Ereignissen in Strahov war auch nach heutigem Ermessen relativ realistisch.

356 Koudelka et al. 1996, S. 12–15.

357 Ebenda, S. 9.

358 AMV ČR, Nr. Fonds A 7, Nr. 642, 6.5.1968 1996 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H. L.).

359 Vgl. in diesem Zusammenhang die Diskussion um den ungeklärten Tod des tschechoslowakischen Außenministers Jan Masaryk vom 10. März 1948 bei Hejzlar 1976, S. 165.

und die sogenannten slowakischen Nationalisten allmählich ans Licht. Vieles war in Führungskreisen schon früher bekannt gewesen. Doch Jan Piller, der Vorsitzende der Aufklärungskommission stalinistischer Verbrechen, sprach sich dagegen aus, die schockierenden Untersuchungsergebnisse zu veröffentlichen.³⁶⁰ Immer noch erschreckend genug waren die Erkenntnisse, die dennoch an die Öffentlichkeit gelangten und sich über die freien Medien schnell verbreiteten: Willkürakte von Justiz und Polizei sowie kriminelle Aktionen von Untersuchungsrichtern und Mitgliedern der Parteiführung. Auch Novotnýs Name tauchte darin auf.³⁶¹ Viele Tschechen und Slowaken zeigten sich empört über die Enthüllungen und das bisherige Totschweigen.³⁶² Die öffentliche Diskussion hatte einen katalytischen Effekt, der bei vielen einen Gesinnungswandel auslöste: Die Reformen erfüllten nun nicht mehr nur eine politische, sondern auch eine moralische Funktion.³⁶³

In den öffentlichen Debatten über staatliches Unrecht stießen die Aktivitäten der inneren Staatsorgane und der Armee auf breite Kritik. Dies hatte zunächst ebenfalls wirtschaftliche Gründe, denn die hohen Ausgaben für Militarisierung und Rüstungsproduktion gingen auf Kosten der Konsumgüterindustrie und Nahrungsmittelversorgung.³⁶⁴ Ende 1967/Anfang 1968 kam ein Skandal auf höchster Ebene hinzu: Der politisch einflussreiche General Jan Šejna, der Novotný nahestand und erklärter Gegner einer Armee reform war, hatte sich persönlich aus der Staatskasse bereichert und war daraufhin mit Hilfe der CIA in die USA geflohen.³⁶⁵ Dies setzte eine Erneuerungsbewegung innerhalb der Armee in Gang, deren Ausstattungszustand und sowjetische Fremdbestimmung auch vielen Soldaten ein Ärgernis waren. Im Laufe des Prager Frühlings bemühte sich deshalb die neue Armeeführung unter Generaloberst Václav Prchlík um eine Verbesserung ihres Ansehens und gleichzeitig der inneren Moral. Die Armee wurde damit zu einem wichtigen Motor der Erneuerungsbewegung, an der sich besonders jene Sektionen beteiligten, die nach 1956 unter den Säuberungen und Materialkürzungen besonders zu leiden hatten.³⁶⁶

Eine weitere wesentliche Quelle gesellschaftlicher und zum Teil innerparteilicher Unzufriedenheit war die ungeklärte Verteilung der Rechte und Kompetenzen zwischen dem slowakischen und dem tschechischen Landesteil. In den sechziger Jahren hatte die

360 Blaive 2002, S. 46; zu Pillers Abschlussbericht vgl. Brügel 1971.

361 Hoppe 2004, S. 13.

362 Kusin 2002, S. 28–29.

363 Ebenda.

364 Benčík & Navrátil et al. 1996, S. 7–8.

365 Ebenda, S. 13; vgl. dazu außerdem das Protokoll der operativen Sitzung der Führung der tschechoslowakischen Armee über den Fall Šejna vom 7.3.1968 in Prag in Ebenda, S. 70–73 sowie den Zeitungsartikel Šíma in *Mladá fronta*, 22.3.1968.

366 Benčík & Navrátil et al. 1996, S. 10; AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, A 666, 13.3.1968: *Auftritt des Oberhauptes des Generalstabs der tschechoslowakischen Armee O. Rytíř auf dem Treffen der Mitarbeiter des Generalstabs* (. Transkription Tonbandaufnahme), in: BENČÍK, A. et al. (Hg.) 1996, S. 78–80.

sogenannte „slowakische Frage“ für die meisten Slowaken eminente Bedeutung. In den politischen Führungskreisen führte sie eine Spaltung herbei, die 1967 kulminierte und wesentlich zum Abdanken Novotnýs und damit dem Beginn des Prager Frühlings beitrug. Ausgangspunkt waren die slowakischen Opfer der politischen Prozesse aus den fünfziger Jahren. Während um 1956 einige tschechische Kommunisten entlassen wurden, blieben die verurteilten slowakischen Funktionäre weiterhin in Haft; im Sommer 1956 wurden sogar weitere entsprechende Urteile vollstreckt.³⁶⁷ Damals gelang es den Zentralisten um Novotný noch, Gegenstimmen in Politbüro und Zentralkomitee zum Schweigen zu bringen.

Der Unmut in der Slowakei wuchs, als die neue tschechoslowakische Verfassung von 1960 dem binationalen Charakter staatsrechtlich erneut kaum Rechnung trug, sondern den slowakischen Landesteil benachteiligte.³⁶⁸ Erst 1963 wurden auch slowakische Funktionäre rehabilitiert und kehrten langsam in Parteiämter zurück. Doch die Forderung des slowakischen Historikers Miloš Gosiorovský nach einer echten Föderalisierung blieb weiterhin ungehört.³⁶⁹ Die Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken verstärkten sich, als sich 1964 der slowakische Nationalaufstand zum 20. Mal jährte und damit entsprechende Nationalgefühle wachgerufen wurden, die allerdings bei den Prager Kommunisten auf taube Ohren stießen.³⁷⁰ Als besonders irritierend empfanden viele Slowaken Novotnýs arrogantes Auftreten ihnen gegenüber.³⁷¹ Die absolute Mehrheit der slowakischen ZK-Angehörigen war empört über Novotnýs Mangel an Sensibilität und hielt daher seine Führung Ende 1967 für nicht mehr tragbar.

Im Verlauf des Erneuerungsprozesses von 1968 blieb die nationale Frage weiterhin zentral. Der zeitgenössische slowakische Publizist Michal Gafrik veröffentlichte unter dem Titel *My, podnájomníci vo vlastnej krajine* („Wir, Untermieter im eigenen Land“) ein pathetisches Plädoyer für die slowakische Nation. Er behauptete, die ungarische Minderheit habe sich gemeinsam mit Prag gegen die „nicht gleichberechtigte, minderwertige“ slowakische Nation gerichtet. In der Vergangenheit hätten sie sich sogar am „Genozid“ an den Slowaken beteiligt.³⁷² Paradoxe Weise entsprachen die Forderungen der ungarischen Minderheit 1968 ziemlich genau denen der Slowaken. Dies zeigt ein Artikel des CSEMADOK-Vorsitzenden Gyula Lőrinc vom März 1968, der – ähnlich emotionsgeladen – den historischen Leidensweg der slowakischen Ungarn beschrieb.³⁷³ Demnach empfanden viele Angehörige der ungarischen Minderheit ihre Situation als ungerecht und entwickelten 1968 großes Engagement, um ihre Position zu verbessern.³⁷⁴

367 Marušiak 2007, S. 9; 12.

368 Kusin 2002, S. 33.

369 Gosiorovský 1968; Hejzlar 1976, S. 117–119.

370 Hoensch 1992, S. 161; zum slowakischen Nationalaufstand vgl. Lacko 2008.

371 Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 381.

372 Gafrik in *Kulturný život*, 19.4.1968, S. 6 (Übersetzung aus dem Slowakischen: H.L.).

373 Új Szó, 27.3.1968, S.5.

374 Vgl. dazu Szabó 2004.

Zunächst fanden unter medialem und gesellschaftlichem Druck sowohl die slowakischen als auch die ungarischen Forderungen Gehör, wobei die ungarischen nach dem Truppeneinmarsch im August 1968 bald wieder zurückgenommen wurden.³⁷⁵ Die staatsrechtliche Gleichberechtigung der Slowakei trat dagegen am 28. Oktober 1968, dem 50. Gründungstag der Tschechoslowakei, in Kraft.³⁷⁶ Als eine der ganz wenigen Errungenschaften des Prager Frühlings überdauerte sie die Warschauer-Pakt-Intervention. Damit war zumindest der slowakische Landesteil weitgehend befriedet.

3.4.2 Nationale Identifikation und Abgrenzung

Ein von großen Bevölkerungsteilen geteiltes Ungerechtigkeitsempfinden genügte 1968 in keinem der beiden Länder, um eine breite Reformbewegung wie den Prager Frühling in Gang zu setzen. Gemeinsame Ziele und Interessen, aber auch gemeinsame Feindbilder stifteten damals in der ČSSR allerdings ein starkes *Wir-Gefühl* unter den Reformern. Gleichermaßen bedurfte es verbindender Elemente, um die ungarische Bevölkerung langfristig an Kádárs Reformkompromiss zu binden. In beiden Fällen bildete sich eine soziale Identität, die einerseits auf der gemeinschaftlichen Erfahrung von Ungerechtigkeit gründete; andererseits gab es hier wie dort eine national-kulturelle Identität, die sich von vergangenen oder ausländischen Sozialismusmodellen abzugrenzen suchte.

Ungarn: „Gulaschkommunismus“ als nationale Identität?

Die ungarische Gesellschaft hatte nach der Niederschlagung der Revolution von 1956 fast alle ihre identitätsstiftenden Momente verloren: Nationalkultur, Eigentum, Tradition und Dynamik, die noch den ersten Zyklus der Sowjetisierung überstanden hatten, schienen danach gelähmt. Erst die sechziger Jahre brachten neben einem bescheidenen Wohlstand und einem bunteren Warenangebot auch eine neue nationale Selbstsicherheit.³⁷⁷ Kádárs Kulturpolitik verzichtete damals auf nationale und historische Symbole zu seiner Legitimierung. Auch dies war ein Erbe des Aufstands von 1956, dem ein besonders nationalistischer Charakter zugeschrieben wurde. Die historische, kulturelle und sprachliche Identität der Ungarn erhielt nun aber mehr Raum im persönlichen Leben. Das nationale Vakuum füllten nicht mehr die großen ideologischen Utopien des Sozialismus, sondern die vorangetriebene Wirtschaftsentwicklung und die Einzigartigkeit des ungarischen „Gulaschkommunismus“.³⁷⁸

Ein Sozialismus, in dem es Familieneigentum, Reisepässe, eigene kulturelle Ausdrucksformen sowie westliche Zeitschriften und Filme gab, erschien den meisten Menschen

375 O. A. 1973, S. 412–415.

376 Pauer 1995, S. 30–32.

377 Rainer 2005, S. 18;.

378 Tókéš 1998, S. 120.

nicht nur erträglich und menschlich, sondern auch typisch ungarisch.³⁷⁹ Vor allem junge Leute fühlten sich in den sechziger Jahren als „Teil einer globalen Revolution“.³⁸⁰ Westliche Musik, Coca-Cola und andere Konsum- und Modetrends waren ihnen leichter zugänglich als ihren Altersgenossen in den meisten anderen staatssozialistischen Gesellschaften. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich viele Ungarn – zum Teil bis heute – mit den sechziger Jahren als „goldenem Zeitalter des Sozialismus“³⁸¹ arrangiert und oft auch identifiziert hatten. Der Eindruck, besser dran zu sein als die Bekannten und Verwandten in anderen sozialistischen Ländern, bestätigte sich oft in den nun problemlos möglichen Auslandsreisen.

Reisen in den Westen hatten allerdings einen gegenteiligen Effekt. Deshalb bemühten sich die zentral gesteuerten Medien in Ungarn in den sechziger Jahren, den konsumwirtschaftlich überlegenen Westen auf anderen Ebenen zu diskreditieren. Sie inszenierten die amerikanische Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen als Beispiel einer degenerierten kapitalistischen Gesellschaft und stellten ihr den ruhigen und zivilisierten Alltag in Ungarn gegenüber.³⁸² Wohl auch aufgrund dieser Propaganda blieben für die meisten Menschen in Ungarn Sicherheit und Planbarkeit im Alltag wichtiger, als die scheinbar unerreichbaren Möglichkeiten im Westen. Risikoreiche Konflikte mit der Staatsmacht kamen seit 1956 ohnehin nicht mehr in Frage. Stattdessen identifizierten sich seit den sechziger Jahren immer mehr Ungarn mit dem Pragmatismus und den Zugeständnissen der Kádárführung. Diese vermittelte geschickt den Eindruck, gegenüber dem Kreml den größtmöglichen Spielraum für einen ungarischen Sonderweg auszuhandeln.

Ihre Taktik ging offenbar auf: Als im April 1965 kurzzeitig Kádárs Rücktritt zur Debatte stand, drohten die ungarischen Arbeiter sofort mit Streiks und überzeugten so die sowjetischen Berater von Kádárs Autorität in Ungarn.³⁸³ Auch die ungarische Landbevölkerung hatte großes Interesse an der Erhaltung des Gesellschaftsvertrags. Hier kehrten mit den neuen Freiheiten im persönlichen Bereich auch verloren geglaubte Werte in den Alltag zurück: Privateigentum gewann an Bedeutung und konnte legal oder illegal an Touristen vermietet werden. Dabei zahlten sich Fleiß, Talent und Einfallsreichtum erstmals wieder aus – oft sogar in Form von Devisen.³⁸⁴ Unter diesen Umständen nahmen sich viele Ungarn mit einer gewissen Selbstzufriedenheit als „lustigste Baracke im sozialistischen Lager“ wahr.³⁸⁵ Diese gemeinsame Identität mag zwar wenig schmeichelhaft erscheinen, doch trug sie wesentlich zur Festigung eines über Jahrzehnte stabilen

379 Rainer 2005, S. 18; vgl. dazu auch die Einblicke in diese Zeit über Oral History in Révész 1997.

380 Klimó 2006, S. 160.

381 Sinngemäß in Szabari 2005, S. 665; Varga 2005, S. 159; Klimó 2006, S. 154; Niklasson 2005, S. 98.

382 Tóth 2005, S. 605–606.

383 Hoensch 1996, S. 234–237.

384 Kósa & Valuch et al. 2000.

385 Der Ursprung dieser überaus verbreiteten Phrase ist unbekannt; sie taucht in beinahe allen populärwissenschaftlichen Abhandlungen zu Ungarn in der Kádárzeit auf. Eine ihrer ersten Erwähnungen in deutscher Sprache findet sich in Wrangel 1966, S. 183.

kompromissorientierten Herrschaftssysteme bei.

ČSSR: Identifikation der Bevölkerung mit dem Reformprozess

Während die ungarische Identifikation mit dem „Gulaschkommunismus“ eher einem resignativen Pragmatismus entsprang, kam es 1968 in der ČSSR zu einer offenen Solidarisierung zwischen der reformkommunistischen Staatsführung und der absoluten Mehrheit der Bevölkerung. Diese sich gegenseitig verstärkende Dynamik war im sozialistischen Ostblock ein einzigartiges Phänomen.

Wie bereits in Ungarn 1956 spielten Ende der sechziger Jahre auch in der Tschechoslowakei Fragen der nationalen Identität eine wichtige Rolle. Sie blieben 1968 auch für die slowakischen Kommunisten zentral, die eine verfassungsmäßige Garantie gegen tschechische Majorisierung forderten. Dies schien dem Mehrheitswillen der slowakischen Bevölkerung zu entsprechen, die im April 1968 in einer repräsentativen Umfrage mit 55 Prozent die Föderalisierung als wichtigstes Element des Erneuerungsprozesses ansah; im tschechischen Landesteil waren es nur fünf Prozent.³⁸⁶

Relativ viele Slowaken konnten sich mit der neuen Staatskonstruktion identifizieren, die auch die militärische Intervention im August 1968 überdauerte. Im November 1968 gaben in einer Umfrage in Bratislava über fünfzig Prozent der Befragten an, stolz auf ihre Staatsbürgerschaft der ČSSR zu sein, während dieses Gefühl vor 1968 nur zwei Prozent hatten.³⁸⁷ Daher überrascht es auch nicht, dass der gewaltfreie Widerstand nach der Militäraktion in der Slowakei weniger ausgeprägt war und sehr viel schneller abflaute als im tschechischen Landesteil.

Noch mehr als in der Slowakei spielten im tschechischen Landesteil längere nationale Traditionen eine Rolle. Dazu gehörte die Rückbesinnung auf die „demokratische“, industriell und moralisch fortschrittliche Tradition der Tschechen, die sich in der symbolischen Wiederbelebung des ersten tschechoslowakischen Präsidenten Tomáš G. Masaryk zeigte.³⁸⁸ Über die historisch gewachsene Ausnahmeposition der Tschechoslowakei waren sich die Reformkommunisten mit führenden Intellektuellen und der Bevölkerung

386 Ostrý 1972, S. 99; in einer Umfrage vom 20./21.4.1968 antworteten außerdem ca. 80 Prozent der befragten Slowaken, sie stimmten der Passage zur Föderalisierung im Aktionsprogramm zumindest teilweise zu, während dies im tschechischen Landesteil nur 52 Prozent taten (Piekalkiewicz 1972, S. 111).

387 Výskumný ústav kultúry a verejnej mienky, Nr. Predbežná správa z výskumu verejnej mienky - O morálnych postojoch obyvateľstva, [Dezember 1968]: *Umfrageergebnisse des Wissenschaftlichen Meinungsforschungsinstituts (Výskumný ústav kultúry a verejnej mienky) in Bratislava über die "moralischen Standpunkte" der Bevölkerung*, in: PEČKA, J. et al. (Hg.) 1998, S. 420–425.

388 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 8, Karton 75, Nr. 5449, 23.5.1968: *Brief des ungarischen Botschafters in Moskau zur sowjetischen Bewertung der tschechoslowakischen Ereignisse*, 23.5.1968.

einig.³⁸⁹ Entsprechende Aussagen finden sich in zahlreichen Zeugnissen der zeitgenössischen Publizistik wie auch in den Erinnerungen der damaligen Reformkommunisten.³⁹⁰

Die Auffassung, etwas Besonderes zu sein, hatte damit einen sehr viel stärker national bestimmten Charakter als in Ungarn. Diese Nationalgefühle wurden verstärkt durch die beständigen Angriffe vor allem der ostdeutschen und sowjetischen Presse. Einen ähnlichen Effekt hatte die wochenlange Präsenz sogenannter verbündeter Truppen auf tschechoslowakischem Territorium im Juni und Juli 1968, wobei die sowjetischen Offiziere gegenüber ihren tschechischen und slowakischen Kollegen sowie der Bevölkerung arrogant und autoritär auftraten.³⁹¹ Diese Umstände schweißten die tschechoslowakische Bevölkerung gegenüber einer äußeren Bedrohung zusammen, welche die Prager Führung beständig herunterspielte.

Für die tschechoslowakischen Reformkommunisten stand 1968 allerdings nicht die nationale, sondern vor allem die politische Identifikation im Vordergrund. Um einen „Sozialismus ohne Kommunisten“ zu verhindern, setzten sie auf eine non-konfrontative Strategie. Daher kamen sie zunächst den slowakischen Forderungen nach. Insgesamt war das Ziel jedoch, der Bevölkerung der ČSSR durch soziale Sicherheit und die Integration von Kritikern die Möglichkeit zu geben, sich mit den Reformen zu identifizieren.³⁹² Diese Pläne erinnern stark an das erfolgreiche Vorgehen Kádárs in Ungarn. Selbst Novotný soll Dubček bei der Amtsübergabe den Rat gegeben haben, dem Beispiel Kádárs zu folgen.³⁹³

Wegen ihres versöhnlichen Kurses genossen Dubček, Smrkovský, Svoboda und Čisář in den Frühlings- und Sommermonaten des Jahres 1968 große Beliebtheit in der Bevölkerung.³⁹⁴ Dies bestätigen wissenschaftliche Studien und Umfragen zu Meinungen in der Bevölkerung, die seit März 1968 methodologisch seriös durchgeführt wurden. Demnach konnten sich die meisten Tschechen und Slowaken mit dem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ identifizieren: Nach einer Umfrage vom März 1968 stimmten zunächst 52 Prozent und einen Monat später dann 81 Prozent der befragten Studenten der neuen innenpolitischen Entwicklung in der ČSSR zu.³⁹⁵ Ende Juni/Anfang Juli 1968 sprachen sich bereits 86 Prozent der Befragten für eine Weiterentwicklung des Sozialismus in der ČSSR aus, während nur 5 Prozent eine Rückkehr zum Kapitalismus wünschten. Ähnliche Ergebnisse erreichte die Zustimmung für die Zensurfreiheit und

389 Čisář in *Rudé právo*, 7.5.1968, S. 1; 3; Goldstücker in *Literární listy*, 16.5.1968, S. 10.

390 Vgl. dazu Hoppe 2004; Mlynář 1978; Čisář 1998; Kusin 2002.

391 vgl. dazu die Beschreibung der ungarischen Generäle in Magyar Honvédség Központi Irattára Budapest, Nr. Karton 5/12/2, Dok. 1, 5.7.1968, Nr. 42, Jg. 5 (1993); außerdem die Äußerungen des Generalstabs der tschechoslowakischen Armee: AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, A 666, 13.3.1968 1996.

392 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 85, Punkt 2 (P4174), 8.5.1968 2001.

393 Tőkés 1998, S. 48.

394 Vgl. dazu u.a. die Abbildung einer spontanen studentischen Solidaritätserklärung unter dem Motto „Čisář na hrad“ (Čisář auf die Burg) bei Pažout 2008, S. 17.

395 Pecka et al. 1998, S. 369.

die Entschädigung der Opfer politischer Prozesse.³⁹⁶ Noch im November 1968 genossen Dubček und Svoboda laut Umfragen das Vertrauen von 90 Prozent der Befragten.³⁹⁷

Durch die bereits erwähnten erweiterten Partizipationsmöglichkeiten in sozialen Organisationen und die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung stieg das allgemeine Interesse am politischen Geschehen enorm. Dies zeigte sich zum Beispiel in einer deutlich höheren Nachfrage der politischen Tagespresse nach Abschaffung der Zensur.³⁹⁸ Auch zu den Feierlichkeiten am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, kamen 1968 allein in Prag erstmals wieder Zehntausende, obwohl die Teilnahme längst nicht mehr verpflichtend war.³⁹⁹

Ihren Höhepunkt erreichte die Identifikation mit einer sozialistischen Tschechoslowakei und ihren reformkommunistischen Vertretern, als sich der internationale Druck auf den Prager Frühling im Sommer 1968 verstärkte: Unmittelbar nach der Intervention betrug laut Umfragen die Zustimmung für die KSČ landesweit fast 95 Prozent.⁴⁰⁰ Die Solidarität mit Dubček und Svoboda zeigte sich zudem überall in Aufschriften auf den Hauswänden: „sme s vami – buďte s nami!“ bzw. „jsme s vámi – buďte s námi!“ („Wir sind mit euch, seid mit uns!“).⁴⁰¹

Dieser Schulterschluss zwischen Politik und Bevölkerung nach der Intervention überbrückte zeitweise die Gegensätze zwischen Tschechen und Slowaken: „Noch nie zuvor schlugen tschechische und slowakische Herzen so synchron wie in diesen Tagen.“⁴⁰² Dabei kulminierte in dieser Phase des zivilen Widerstands nun eine Beziehungsdynamik zwischen Machtsphäre und Bevölkerung, die sich bereits seit Anfang 1968 in einer gesamtnationalen Identifikation entwickelt hatte.

3.4.3 Reformbezogene Erfolgserwartungen in beiden Ländern

Auch in den sechziger Jahren waren die Reformbewegungen innerhalb kommunistischer Diktaturen mit Gefahren verbunden. Die Einschätzung dieser Risiken blieb entscheidend für die Beteiligung an innerparteilichen und gesellschaftlichen Reformaktivitäten. In Ungarn und der Tschechoslowakei wirkten dabei in unterschiedlicher Weise die Erfahrungen von 1956 nach. Zudem beeinflusste die mehr oder weniger starke Öffnung in den sechziger Jahren, inwieweit die Reformakteure an eigene Erfolge glaubten. Dies wird im Vergleich zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei deutlich, wo 1968 ganz unterschiedliche Erfolgserwartungen mit den jeweiligen Reforminitiativen verbunden

396 Klímová in *Listy*, 13.2.1969, S. 3 rekapitulierte die Ergebnisse der Meinungsforschung von 1968 in diesem Artikel, der im Februar 1969 in dem Samisdat-Blatt *Listy* erschien.

397 Výskumný ústav kultúry a verejnej mienky, Nr. Predbežná správa z výskumu verejnej mienky - O morálnych postojoch obyvateľstva, [Dezember 1968] 1998. Smrkovský erreichte immerhin 60 Prozent.

398 Hoppe 2004, S. 19.

399 Vgl. dazu entsprechende Abbildungen bei Pažout 2008, S. 28–29.

400 Klímová in *Listy*, 13.2.1969, S. 3.

401 Zahlreiche Illustrationen finden sich bei Koudelka 2008; Pažout 2008 und im Archiv des ÚSD AV ČR.

402 Pauer 2003, S. 150.

waren. Gemeinsam mit ihren Ursachen sollen diese nun einander gegenübergestellt werden.

Aus Sicht der ungarischen Kommunisten bestimmte im Wesentlichen die Sowjetunion die Erfolgchancen für politische Veränderungen. Denn die ungarische Staatsführung war wirtschafts- und militärpolitisch völlig abhängig von der Sowjetunion: Praktisch die gesamte ungarische Volkswirtschaft war auf sowjetische Rohstoffe, Energie und Produktionsmaterialien angewiesen. Diese Importe hatten sich bis Ende der sechziger Jahre verdoppelt und es hätte genügt, die Freundschaftspipeline *Družba*, aus der die Sowjetunion unter anderem Ungarn mit Öl versorgte, für einige Wochen abzudrehen, um das Land in die Knie zu zwingen, ohne auch nur einen Schuss abzufeuern.⁴⁰³ Gleichzeitig waren die in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen ein Machtgarant der ungarischen Kommunisten, da die eigene Armee klein war und Zweifel an ihrer Loyalität bestanden.⁴⁰⁴ Auch die Reformer in der ungarischen Parteiführung waren sich des sowjetischen Garantiefaktors bewusst und richteten ihre Politik danach aus: Sie versuchten, das gegebene Handlungsspektrum möglichst weit auszunutzen, ohne die Grenzen der sowjetischen Toleranz zu überschreiten.

Auch für die ungarische Bevölkerung war die sowjetische Truppenpräsenz ein psychologisches Signal: Die Sowjetarmee konnte jederzeit gegen eine gesellschaftliche Reformbewegung vorgehen. Meinungsberichte westlicher Beobachter stellten daher in Ungarn 1968 mehrfach fest, dass für die meisten ungarischen Bürger der Standpunkt der sowjetischen Führung entscheidend war, gegen den man nichts ausrichten konnte.⁴⁰⁵ In diese Interpretation spielten auch die Erfahrungen vom November 1956 und dessen jahrelange Nachwehen hinein.⁴⁰⁶ Dazu gehörte auch die Enttäuschung über das fehlende westliche Engagement während der Niederschlagung der Ungarischen Revolution. Die Westmächte hatten 1962 sogar zugestimmt, zugunsten der Großmachtbeziehungen die „ungarische Frage“ von der UN-Agenda zu nehmen.⁴⁰⁷ Danach rechneten die ungarischen Reforminteressenten aus dieser Richtung kaum mehr mit einer Unterstützung für ihre Ziele.⁴⁰⁸

Zusätzlich verstärkten die kommunistischen Spitzen Ungarns selbst den Eindruck,

403 Tóth 2005, S. 603.

404 Gosztony 1999, S. 505–506.

405 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1111/68, 10.6.1968: *RFE-Bericht über das ungarische Interesse am Prager Frühling Anfang Juni 1968*, 10.6.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1510/68, 5.8.1968: *Anonymer Stimmungsbericht aus Ungarn über die dortigen Reaktionen 1968 auf die tschechoslowakische Reformentwicklung (Beobachtungen vom 16.7.1968)*, 5.8.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1664/68, 11.9.1968: *Bericht eines 1956 emigrierten und 1968 besuchsweise zurückgekehrten Ungars über die Atmosphäre in Ungarn während der Militäraktion gegen die ČSSR*, 11.9.1968.

406 Niklasson 2005, S. 184.

407 Felkay 2003, S. 86.

408 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1510/68, 5.8.1968.

dass keine größeren Reforminitiativen aus der Bevölkerung möglich wären. Über ihren Propagandaapparat machten sie unmissverständlich klar, dass mit Repressalien rechnen musste, wer sich aktiv gegen den in den sechziger Jahren etablierten Gesellschaftsvertrag wandte.⁴⁰⁹

Vor allem aber gab es für die ungarische Bevölkerung Ende der sechziger Jahre keine echte Alternative zur herrschenden Ordnung. Die Parteiführung und ihre Medien bemühten sich drei Vergleichsszenarios zu zeichnen: ein repressives Regime wie das Rákosis; eine direkte sowjetische Militärherrschaft wie unmittelbar nach der Niederschlagung der Ungarischen Revolution; andere sozialistische Sonderwege, wie sie etwa in Rumänien unter Ceaușescu praktiziert wurden.⁴¹⁰ Von diesen Möglichkeiten erschien in den sechziger Jahren aufgrund früherer Erfahrungen keine besonders attraktiv.

Erst der Prager Frühling schien eine neue Alternative zu bieten.⁴¹¹ Aus Gründen, die im Folgekapitel noch genauer erläutert werden, zweifelten in Ungarn dennoch viele an den Erfolgchancen des tschechoslowakischen Projekts. Im Vergleich zu 1956 hatten die Ungarn damals bereits wesentlich mehr zu verlieren.⁴¹² Soziale Sicherheit, persönliche Freiräume und einen gewissen Wohlstand wollten die wenigsten missen und diese Vorteile standen in unmittelbarer Verbindung mit dem herrschenden System: 95 Prozent der Bevölkerung arbeiteten 1962 direkt in staatlichen Institutionen, Betrieben und Genossenschaften. Diese Menschen waren existenziell vom kommunistischen Staat abhängig.⁴¹³ Eine Mobilisierung gegen dieses System hätte bedeutet, die eigene finanzielle Grundversorgung zu gefährden. Mit all seinen Fehlern erschien Kádárs sicherheits- und konsumorientierte Diktatur breiten Teilen der ungarischen Bevölkerung daher als das geringste Übel.

In der Tschechoslowakei nährte 1968 gerade der vermeintliche Schulterschluss zwischen Reformkommunisten und außerparteilichen Akteuren die Erfolgserwartungen auf beiden Seiten. Nicht zuletzt deshalb unterschied sich die Einschätzung der politischen Möglichkeiten in der Tschechoslowakei deutlich von der Erwartungshaltung in Ungarn: Während die ungarischen Parteifunktionäre ständig eine Eskalation der gesellschaftlichen Bewegung befürchteten, setzten die tschechoslowakischen Reformkommunisten vor allem auf die gesellschaftlichen „Selbsteilungskräfte“ des Sozialismus. Umgekehrt fürchteten die außerparteilichen Reformer in der ČSSR keine staatlichen Repressionen mehr.

409 Laut Szabó in *Népszabadság*, 19.2.1966, S. 5 kamen einige 1956 bereits einmal inhaftierte, dann aber amnestierte „politische Verbrecher“ 1963 erneut ins Gefängnis, weil sie gegen die herrschende Ordnung agitiert hätten.

410 Niklasson 2005, S. 98–99.

411 Vgl. dazu ausführlich Kapitel IV.

412 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 32, Box-Folder-Report 32-2-153, 1962-06-06: *RFE-Zusammenfassung einer Rezension des Dramas "Az utazás" von L. Németh sowie dessen politische Einordnung*, 1962-06-06.

413 Tóth 2005, S. 600–602.

Außerdem überschätzten die Reformkommunisten in der KSČ im Gegensatz zu ihren ungarischen Kollegen den politischen Spielraum innerhalb des Warschauer-Pakt-Gefüges. So zeigte sich etwa Císař in seiner bereits zitierten Rede vom Mai 1968 überzeugt, dass die Bündnispartner den Sonderweg der KSČ voller Vertrauen verstehen würden.⁴¹⁴ Genau diese Rede rief jedoch auf dem Moskauer Treffen der Bündnisstaaten im Mai 1968 harsche Kritik hervor.⁴¹⁵ Offenbar waren die tschechoslowakischen Reformpolitiker auf der sowjetisch-internationalen Bühne relativ unerfahren. Sie hegten deshalb erhebliche Illusionen hinsichtlich der im Warschauer Vertrag formal verankerten Souveränität der Einzelstaaten. Besonders ihr Glaube an die Vereinbarkeit der eigenen Reformpläne mit den sicherheitspolitischen Interessen der Sowjetunion erwies sich als unrealistisch. Denn ihre Strategie der innen- und außenpolitischen Konfliktvermeidung führte bei den Warschauer-Pakt-Partnern zu erheblichen Irritationen.⁴¹⁶ Davon bekam die Öffentlichkeit in der Tschechoslowakei allerdings wenig mit – abgesehen von der massiven Kritik der osteuropäischen Presse. Daher überschätzten auch viele tschechoslowakische Journalisten den politischen Handlungsspielraum. Sie sprachen von „realen Möglichkeiten im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion“ und „einer aktiven Außenpolitik“ der ČSSR.⁴¹⁷ Übersteigerte gesellschaftliche Erwartungen an den Prager Frühling gingen also von der Informationszurückhaltung der politischen Führung aus und verbreiteten sich über idealisierende Mediendarstellungen.

Die Erfolgserwartungen der tschechoslowakischen Reformkommunisten entstanden oft auch im Interpretationszusammenhang der Ungarischen Revolution von 1956.⁴¹⁸ Viele von ihnen sahen die Grenzen ihres Spielraums dort, wo – wie sie glaubten – 1956 die Entscheidung zur sowjetischen Intervention gefallen war: Ein Austritt aus dem Warschauer Pakt und die Einführung eines pluralistischen Parteiensystems blieben daher aus ihrer Sicht ausgeschlossen.⁴¹⁹ Bei dieser Einschätzung verkannten unter anderem Dubček und Mlynář, dass im November 1956 nicht Nagys Neutralitätserklärung zum sowjetischen Einmarsch geführt hatte, sondern Nagy diesen Schritt vielmehr erst unternahm, um einer bereits beschlossenen Militäraktion ihre völkerrechtliche Grundlage zu entziehen.⁴²⁰ Denn offenbar ging es der sowjetischen Führung weniger um die Angst vor einem Parteienpluralismus; vielmehr fürchtete sie die reformkommunistische

414 Císař in *Rudé právo*, 7.5.1968, S. 1; 3.

415 Vondrová et al. 1995, S. 212.

416 Pauer 1995, S. 383–384.

417 Mikeščík; Müller; Synek in *Rudé právo*, 22.3.1968, S. 7; ähnlich Synek in *Rudé právo*, 19.4.1968, S. 7

418 Vgl. dazu neben den in diesem Zusammenhang bereits zitierten Sitzungsprotokollen NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 85, Punkt 2 (P4174), 7.5.1968 1999.

419 vgl. zu Dubčeks u.a. Beteuerungen der Bündnistreue die Gesprächsprotokolle paktinterner Gipfeltreffen in Vondrová et al. 1995 und Vondrová & Navrátil et al. 1997.

420 Vgl. dazu Kapitel I.; diese zeitgenössische Interpretation taucht auch in neueren Gesamtdarstellungen auf, z. B. bei Plaggenborg 2006, S. 278.

Fraktion innerhalb der tschechoslowakischen Partei selbst.⁴²¹ Diesen Zusammenhang erkannten jedoch in der KSČ die meisten zu spät.

Stattdessen übertrugen die tschechoslowakischen Reformführer ihre Illusionen und Fehleinschätzungen in einer überdies verharmlosenden Informationspolitik auf die euphorische Bevölkerung der ČSSR. Die nie dagewesene innere Einheit, die rapide Ausweitung der persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten und eine geschönte Medienberichterstattung mündeten in ein nationales Hochgefühl, das viele Tschechen und Slowaken 1968 offenbar blind für die drohende Gefahr von außen werden ließ. Der Blick auf Jugoslawien und Rumänien, deren Staatsführer die ČSSR zur Zeit des Prager Frühlings besuchten, schürten weitere Hoffnungen, dass ein spezifisch tschechoslowakischer Weg zum Sozialismus möglich sei.⁴²² Entsprechend setzte sich die soziale Mobilisierung bis zum 21. August 1968 trotz zaghafter Mahnungen von oben ungebremst fort, bevor sie im folgenden zivilen Widerstand ihren Höhepunkt erreichte. Erst als die Reformkommunisten selbst schrittweise ihre eigenen Reformen wieder zurücknahmen und die militärischen Einheiten immer mehr die Kontrolle über die heimische Infrastruktur gewannen, ebte diese gesamt-nationale Mobilisierung ab und schlug in allgemeine Resignation um.

Die Wahrnehmung der nationalen Spielräume unterschied sich in beiden Ländern also wesentlich: Die Reformen, die Dubček und sein Präsidium 1968 einführten, bewegten sich bereits außerhalb des Spielraums, den auch die Reformkommunisten in Ungarn ständig beachteten. Während die ungarische Führung die Erfolgserwartungen auch mit ihrer Propagandapolitik und exemplarischen administrativen Interventionen dämpfte, reproduzierten die tschechoslowakischen Medien die Fehleinschätzungen eines Teils der tschechoslowakischen Führung. Die dadurch übersteigerten Erwartungen begünstigten eine Reformdynamik, die schließlich die Warschauer-Pakt-Staaten zur Intervention bewegte. Die ungarischen Reformervorstellungen blieben demgegenüber 1968 viel zurückhaltender und lösten auch keine soziale Bewegung aus. Sie schienen sich mit der militärischen Niederschlagung des Prager Frühlings zu bestätigen.

3.5 Kapitelfazit

Die Geschwindigkeit und Dynamik der tschechoslowakischen und ungarischen Reformen folgte zunächst den internationalen Rahmenbedingungen, vor allem der militärischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Sowjetunion. Zudem spielten die innersystemischen Grenzen eine entscheidende Rolle. Diese hatten sich in den sechziger Jahren gegenüber der ersten Restaurationsphase nach 1956 deutlich verschoben: Mehrjährigen

421 Vgl. dazu die Telefonate zwischen Dubček und Brežnev (Vondrová et al. 1995) sowie die Erinnerungen des sowjetischen Politbüromitglieds Petro Šelest in: Kun 1999, S. 99–133.

422 Zum außenpolitischen Austausch zwischen ČSSR und Jugoslawien beziehungsweise Rumänien vgl. Pauer 1995, S. 71–77.

Säuberungen und einem „Kampf gegen den Revisionismus“ folgte in beiden Ländern eine politische Öffnung. Sie ging mit wirtschaftlichen Reformplänen einher, die eine verbesserte Versorgungspolitik vorsahen, ohne allerdings eine realwirtschaftliche Gegenfinanzierung bereitzustellen. Dies führte zu verheerenden Haushaltsdefiziten, die bis Ende der sechziger Jahre sowohl die ungarische als auch die tschechoslowakische Parteiführung zu strukturellen Wirtschaftsreformen veranlasste.

Die ökonomische Umgestaltung beeinflusste auch die gesellschaftliche Einstellung gegenüber Demokratie und Sozialismus und brachte politische und gesellschaftliche Reformen in Gang. So lebten in Ungarn und der ČSSR in den sechziger Jahren wieder humanistische Denktraditionen von 1956 auf: Intellektuelle, aber auch Parteifunktionäre forderten einen menschlichen, weniger „entfremdeten“ Sozialismus. Der Erneuerungsprozess verlief in Ungarn langsam und kontinuierlich und war mit einer allgemeinen gesellschaftlichen Öffnung verbunden: Bis Ende der sechziger Jahre genossen die meisten Ungarn breitere Entfaltungsmöglichkeiten und eine bessere Konsumversorgung als die anderen Warschauer-Pakt-Staaten. Teil dieser Entwicklung war die Integration ehemals marginalisierter Intellektueller in das politische und gesellschaftliche Leben. Die tschechoslowakische Parteiführung förderte dagegen nur die konformistischen Intellektuellen. Insgesamt verlief die politische Öffnung selbst in der ČSSR bis 1967 sehr zögerlich und halbherzig. Deshalb entstand innerhalb der KSČ eine Parallelbewegung, die sich vor allem aus verspätet rehabilitierten und entlassenen Opfer des Stalinismus rekrutierte. Sie geriet in immer stärkeren Gegensatz zur konservativen Novotný-Führung. Deren Weigerung, drängende Probleme progressiv anzugehen, provozierte 1968 eine eigendynamische und vermutlich überstürzte politische und gesellschaftliche Erneuerungsbewegung.

Die ungarische Parteiführung entging einer solchen Entwicklung, indem sie sich stets die Option administrativer und repressiver Maßnahmen offen hielt. Durch den langsamen Abbau dieser Methoden in der politischen Praxis konnte die ungarische Bevölkerung in den sechziger Jahren dennoch aufatmen. Allerdings konnte sie nicht davon ausgehen, dass der aus den fünfziger Jahren wohl bekannte staatliche Terror für immer der Vergangenheit angehörte. Dies machten auch die ungarischen Medien mehr als deutlich. Zu einer euphorischen Massenbewegung wie in der ČSSR kam es in Ungarn unter diesen Voraussetzungen deshalb nicht.

Doch auch die ČSSR war 1968 von einer völligen Systemtransformation noch weit entfernt. Bis 1967 waren die gesellschaftlichen Organisations- und Diskussionsmöglichkeiten ohnehin viel beschränkter als in Ungarn. Dafür war die systemische Öffnung zwischen März und August 1968 in fast allen Lebensbereichen der ČSSR unübersehbar. Sie ging weit über alle anderen reformsozialistischen Experimente, einschließlich Kádárs Staatskompromiss, hinaus: Charakteristisch für den sogenannten Prager Frühling war der explizite und im Staatsozialismus einzigartige Verzicht auf staatliche Gewaltanwendung aus politischen Gründen. Ebenso einzigartig war die völlige Pressefreiheit über

mehrere Monate. Beide Faktoren ermöglichten einen gesellschaftlichen Reformdiskurs, der die ursprünglichen Pläne der Reformkommunisten im Zentralkomitee bald weit überstieg. Dies brachte die tschechoslowakische Staatsführung in eine komplizierte Lage: Der Repressionsverzicht ermutigte die gesellschaftlichen Reformer, die stetig an Einfluss gewannen. Es entwickelte sich eine soziale Dynamik, die die Reformkommunisten schließlich nicht mehr kontrollieren konnten. Selbst Repressionen konnte die tschechoslowakische Parteiführung nicht einsetzen, ohne ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren oder eine soziale Gegenbewegung in Gang zu setzen.

Kádár hatte dagegen in jahrelangen Bemühungen mit informellen Absprachen und finanziellen Anreize die innerparteilichen und gesellschaftlichen Einflussträger auf seine Seite gebracht. Anders als die tschechoslowakischen Reformkommunisten konzentrierte sich die ungarische Parteiführung nicht auf die Bevölkerungsmehrheit, sondern auf meinungsbildende Multiplikatoren. Dagegen standen in der ČSSR einflussreiche Akteure und Organisationen den Reformen kritisch gegenüber: Industriearbeiterschaft, Parteifunktionäre und Staatssicherheit sahen zum Teil ihre Privilegien bedroht. Darüber hinaus gefährdeten in der Tschechoslowakei indirekt auch jene Eliten aus Kultur und Wirtschaft den Reformkommunismus, die öffentlich sehr weitreichende Forderungen stellten. Damit provozierten sie im reformfeindlichen KSČ-Flügel und unter den Warschauer Bündnisstaaten erbitterten Widerstand.

Dieser Gefahr setzte sich der sehr viel zurückhaltendere ungarische Reformkommunismus 1968 nicht aus. Seine Reformen und Zugeständnisse kannten Grenzen, die sich an den Ansprüchen aller MSzMP-Fraktionen, aber auch der Verbündeten im Ausland orientierten. Eine derart breite Akzeptanz genossen die tschechoslowakischen Reformkommunisten weder in der eigenen Partei noch unter den internationalen Verbündeten. Unter diesen Voraussetzungen hatte der Prager Frühling geringe Erfolgsaussichten.

Dass es in der Tschechoslowakei 1968 dennoch über Monate zu einer dynamischen Reformbewegung kam, lag zu einem erheblichen Teil an den gesellschaftlichen und staatlichen Organisationsstrukturen: Das Aktionsprogramm der KSČ fixierte ihre Daseinsberechtigung, woraufhin zahlreiche außerparteiliche Verbände mit konkreten Zielen und Tausenden Mitgliedern entstanden. Diese kooperierten oft untereinander und bildeten Dachorganisationen. In Ungarn war so etwas 1968 nicht denkbar: Dort formierten sich aufgrund institutioneller Beschränkungen allenfalls kleine, auf persönlichen Strukturen basierende Interessengemeinschaften ohne offiziellen Schutz. Eine übergreifende Zusammenarbeit gab es hier ebenso wenig wie eine osmotische Beziehung zwischen Reformkommunisten und gesellschaftlich gewachsenen Organisationsstrukturen. Dies lag mitunter daran, dass zur Bildung entsprechender Strukturen in Ungarn die Bereitschaft fehlte. Die restaurierte ungarische KP hatte nach 1956 schrittweise und systematisch die wesentlichen Ursachen für die Unzufriedenheit gelindert: Mangelwirtschaft, stalinistische Methoden und verbotene Nationaltraditionen gehörten in den sechziger Jahren größtenteils der Vergangenheit an. Die meisten Ungarn sahen daher 1968 keinen Grund,

sich an einer mit vielen Risiken verbundenen Reformbewegung zu beteiligen.

In der ČSSR war dagegen die Erwartungshaltung, Missstände und Ungerechtigkeiten aufheben zu können, ein wichtiger Faktor der Krisengenesse: Die KSČ-Führung hatte in den fünfziger Jahren einseitig auf Versorgungspolitik gesetzt und Versprechungen gemacht, die sie schließlich nicht halten konnte. Der Lebensstandard verschlechterte sich in den sechziger Jahren spürbar, was zu Reformanläufen zunächst innerhalb der KSČ führte. Diese scheiterten jedoch an den konservativen Altstalinisten in der tschechoslowakischen Parteiführung, worüber viele Tschechen und Slowaken verärgert waren. Hinzu kam die weiterhin ungelöste Frage der nationalen Gleichberechtigung beider Landesteile, die viele Slowaken frustrierte. Schließlich sorgte die beinahe totale Kontrolle der KSČ über alle administrativen und kulturellen Organisationen für gesellschaftlichen Unmut in der ganzen ČSSR. Diese Kombination motivierte die politischen Akteure zum aktiven Reformengagement.

Warum aber kam es 1968 in der ČSSR zu einer massenhaften *gesellschaftlichen* Identifikation mit dem reformkommunistischen Experiment und seinen Initiatoren? Sicher war die Verbesserung der Lebensverhältnisse, der persönlichen Freiheiten und plötzlich nahezu unbegrenzter Entfaltungsmöglichkeiten dafür eine wesentliche Voraussetzung. Wie der Vergleich mit Ungarn zeigt, konnte dies allein jedoch nicht genügen. Vielmehr sprachen die tschechoslowakischen politischen Führer – oft selbst ehemalige Opfer politischer Verfolgung – vielen Tschechen und Slowaken gewissermaßen aus der Seele: Sie gingen genau jene Probleme an, mit denen zahlreiche Bürger der ČSSR zum Teil seit Jahren zu kämpfen hatten.

Die ungarischen Reformer in der MSzMP konzentrierten sich dagegen auf den Wirtschafts- und Konsumbereich. Auch mit diesem sogenannten Gulaschkommunismus konnten sich viele Ungarn gut identifizieren – insbesondere mit dem vergleichenden Blick auf die eigene Vergangenheit oder die Versorgungssituation in anderen sozialistischen Staaten. Der Fokus auf Alltagsbedürfnisse förderte die Kompromissbereitschaft gegenüber einem Regime, dem eine moralische Legitimitätsgrundlage fehlte. Dennoch kam es in Ungarn nach 1956 nie wieder zu einer so starken Solidarisierung zwischen Reformkräften in Partei und Gesellschaft, wie sie 1968 in der ČSSR zu beobachten war.

Für eine im Wesentlichen gesellschaftlich gestützte Reformbewegung fehlten in Ungarn 1968 außerdem die Erfolgserwartungen: Mit der Niederschlagung der Ungarischen Revolution waren die Hoffnungen auf eine Humanisierung des Sozialismus begraben und später einem konsumorientierten Pragmatismus gewichen. Die ungarischen Medien sowie exemplarische administrative Interventionen machten die geringen nationalen und internationalen Spielräume des gesellschaftlichen, aber auch reformkommunistischen Engagements immer wieder deutlich.

Die Reformen von Dubček und seinem Präsidium 1968 bewegten sich bereits außerhalb dieses Spielraums, auch wenn dies damals weder die Reformkommunisten noch

ihre außerparteilichen Anhänger so wahrnahmen. Fehlende Kenntnisse über die Hintergründe der internationalen Verhandlungen waren dabei nicht der einzige Faktor, der zu einer folgenschweren Überschätzung der eigenen Spielräume führte. Innerhalb und außerhalb der KSČ zogen die Reformakteure auch trügerische Schlüsse aus der Niederschlagung der Ungarischen Revolution: Sie nahmen an, ein Bekenntnis zum Warschauer Verteidigungsbündnis und zum Sozialismus würde den Bruderparteien genügen. Als sich viele Tschechen und Slowaken von den neuen Entfaltungsmöglichkeiten und einer idealisierenden Medienberichterstattung mitreißen ließen, übersahen sie die drohende Gefahr von außen. Dies entfesselte eine Reformdynamik, die nach einigen Monaten die Warschauer-Pakt-Staaten zur Intervention veranlasste.

Im Vergleich dazu erscheinen die ungarischen Reformervwartungen von 1968 sehr bescheiden. Wie das folgende Kapitel noch deutlicher zeigen wird, waren sie in mehrfacher Hinsicht mit der resignativen Selbstzufriedenheit vergleichbar, die 1956/1957 in der Tschechoslowakei anzutreffen war: Ein Aufbegehren gegen die sowjetische Militärpräsenz und die staatliche Übermacht erschien ebenso unnötig wie aussichtslos. Diese Haltung schien die militärische Niederschlagung des Prager Frühlings zu bestätigen.

Kapitel 4

Ungarische Wahrnehmung des Prager Frühlings von 1968

Die Reaktionen der politischen Führung Ungarns auf den tschechoslowakischen Reformprozess erschienen zunächst wohlwollend, dann sehr ablehnend. Betrachtet man die Wahrnehmung des Prager Frühlings in den ungarischen Parteiorganen jedoch genauer, so zeigt sich, dass sie einerseits eng an dessen dynamische Entwicklung gekoppelt und andererseits stark in einen spezifisch ungarischen Erfahrungskontext eingebettet war. Dieser spielte damals auch für große Teile der ungarischen Bevölkerung eine entscheidende Rolle: Sie verfolgte das tschechoslowakische Experiment größtenteils mit Sympathie, war jedoch nach der Militäraktion gegen die ČSSR kaum zu Protesten oder Solidaritätserklärungen bereit. Die Gründe dafür soll das folgende Kapitel untersuchen. Im Zentrum steht dabei die Wahrnehmung des tschechoslowakischen Reformprozesses in der kommunistischen Parteiführung Ungarns einerseits und der ungarischen Bevölkerung andererseits. In diese Betrachtung fließen die Erfahrungen von 1956 ein, die 1968 in Gestalt bestimmter Ängste und Hoffnungen wiederkehrten. Beides ist im Kontext der aktuellen Informationsmöglichkeiten zu sehen, deren Qualität und Verfügbarkeit vorab zu klären sind.

4.1 Wahrnehmung des Prager Frühlings in der ungarischen Parteiführung

4.1.1 Informationsstand

Die ungarische Parteiführung verfolgte die Entwicklung des tschechoslowakischen Reformprozesses seit seinem Beginn im Januar 1968 mit größtem Interesse. Dabei standen ihr verschiedene Informanten zur Verfügung, deren Berichte und Einschätzungen großen Einfluss auf die Wahrnehmung der Geschehnisse im Nachbarland hatten. Eine ihrer wichtigsten direkten Informationsquellen war die ungarische Botschaft in Prag. Schon früh berichtete der dortige Botschafter Imre Kovács über jene Aspekte des tschechoslowakischen Erneuerungsprozesses, die bald zum außenpolitischen Hauptthema des gesamten Warschauer Verteidigungsbündnisses werden sollten. Er erkannte die zunehmende Polarisierung im KSČ-Vorsitz, den er auch mit konkreten Namen dokumentierte, und warnte vor einem generellen Rechtsruck in der KSČ. In den tschechoslowakischen Führungsorganen und auf regionaler Ebene identifizierte er „revisionistische“ und „antikommunistische“ Tendenzen. Auch antisowjetische Kräfte sah er an Einfluss gewinnen, insbesondere in den Medienredaktionen. Ohne besonders zu dramatisieren kritisierte er

die Pressefreiheit in der Tschechoslowakei wegen ihrer „Angriffe auf die sozialistischen Bruderstaaten“,¹ erwähnte aber auch die Absicht des KSČ-Präsidiiums, die „propagandistischen Defizite“ bald zu beseitigen.² Zudem informierte Kovács ausführlich über die Entwicklung „regimefeindlicher“ Organisationen und Verbände, deren Unterstützung durch die KSČ er für unzulässig hielt. Insgesamt sprach er den tschechoslowakischen Kommunisten jedoch sein Vertrauen aus und schloss die Möglichkeit einer bewaffneten Konterrevolution in der ČSSR aus.³ Stattdessen forderte er, die Einheit innerhalb der KSČ wiederherzustellen und die Massenmedien wirksamer zu kontrollieren.⁴

Kovács' Berichte zeigen das hohe Informationsniveau der ungarischen Außenmission. Nur wenige Bewertungen erscheinen übertrieben: Seine Feststellungen zu den verschiedenen Meinungslagern in der tschechoslowakischen Führung, aber auch den Kreisorganen spiegeln erstaunlich genau die parteiinternen Differenzen wider.⁵ Dies war möglich, weil die Mitarbeiter der ungarischen Botschaft in Prag beste Kontakte zu hohen tschechoslowakischen Parteikreisen hatten, die sie in ihren Berichten vertraulich zitierten.

Die Einschätzungen und Empfehlungen der ungarischen Außenmission fielen in Budapest auf fruchtbaren Boden.⁶ Die MSzMP-Führung verarbeitete diese Informationen gemeinsam mit solchen, die sie direkt über sowjetische Kanäle erhielt, zum Beispiel vom sowjetischen Botschafter in Prag, Stepan Vasil'evič Červonenko. Dieser ließ bereits im Februar 1968 wiederum über Kovács mitteilen, dass es in der ČSSR zu viele „anti-sowjetische und antisozialistische“ Erscheinungen in literarischen und publizistischen Veröffentlichungen sowie eine „gefährliche Gruppe“ innerhalb des tschechoslowakischen Zentralkomitees gebe.⁷ Eine ähnlich ablehnende Einschätzung der sowjetischen Führungskreise übermittelte die ungarische Botschaft in Moskau nach Budapest. Demnach gebe es in der ČSSR eine gefährliche „innere Reaktion“, deren Aktivitäten den Sozialismus bedrohten: Ein Mehrparteiensystem sei im Anzug und eine enge Zusammenarbeit

1 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 6, Karton 75, Nr. 5447, 20.5.1968: *Bericht des ungarischen Botschafters in Prag über die neuesten Entwicklungen in der Tschechoslowakei*, 20.5.1968

2 Ebenda

3 Ebenda; ähnlich äußerte sich Anfang Juni 1968 die Auslandsabteilung des Zentralkomitees: AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 10, Karton 75, Nr. 5451, 6.6.1968: *Informationsbericht der Internationalen Abteilung des ZK der MSzMP für das ungarische Politbüro über das Geschehen in der Tschechoslowakei*, 6.6.1968

4 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 6, Karton 75, Nr. 5447, 20.5.1968

5 Diese Diskussionen finden sich in Vondrová et al. 1999.

6 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 6, Karton 75, Nr. 5447, 20.5.1968, AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 13, Karton 75, Nr. 5454, 4.7.1968: *Protokoll der Politbürositzungen der MSzMP vom 4.7.1968*, 4.7.1968.

7 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 4, Karton 75, Nr. 5445, 5.2.1968: *Einschätzung der Situation in der ČSSR des sowjetischen Botschafters in Prag, übermittelt durch die ungarische Botschaft*, 5.2.1968.

zwischen Prag und Bonn geplant.⁸ An dieser Einschätzung dürften die Informationsstellen der DDR beteiligt gewesen sein, die über die Ereignisse in der ČSSR ohnehin ein düsteres Bild lieferten. Demnach sei die Situation in der ČSSR vergleichbar mit der Entwicklung in Ungarn unmittelbar vor dem Ausbruch des Volksaufstandes.⁹

Diese Vorstellungen übernahmen mehrere Spitzenvertreter der Warschauer Bündnisstaaten und tauschten sie auf den Gipfeltreffen zwischen März und August 1968 aus. Gomulka verwies dort in seiner Beschreibung der tschechoslowakischen Reformen ebenfalls auf die ungarische „Konterrevolution“ von 1956. Der tschechoslowakische Reformprozess sei im Gegensatz dazu jedoch ein schleicher Prozess, der den Systemwechsel auf gewaltlosem Wege durchsetzen wolle.¹⁰

Die ungarische Parteiführung unter Kádár pflegte dagegen einen vergleichsweise offenen und häufigen Meinungs austausch mit den Reformern um Dubček.¹¹ Vermutlich deshalb stufte sie die oft übertriebenen und zum Teil frei erfundenen Behauptungen aus der Sowjetunion und der DDR zunächst als Einzelfälle ein. Deren Warnung, wonach die tschechoslowakischen Reformer eine Konterrevolution mithilfe ausländischer Geheimdienste vorbereiteten, erschien den ungarischen Führungsmitgliedern „zu fantastisch“.¹²

Dennoch fand die scharfe Kritik auf den internationalen Treffen auch im ungarischen Politbüro immer mehr Zustimmung, obwohl sie den Informationen der eigenen Direktquellen oft widersprach: Verschiedene ungarische Delegationen, die 1968 die ČSSR besuchten, verfassten umfangreiche Berichte über ihre Begegnungen mit tschechoslowakischen Medien-, Kultur- und Wissenschaftsvertretern. Ihre Einschätzungen gingen direkt an das Budapester Zentralkomitee und flossen in dessen Diskussionen ein. Bezeichnenderweise waren diese Zeugnisse aus erster Hand selten abwertend, sondern zeigten Erstaunen, Neugier und vorsichtige Zustimmung für die Reformen im Nachbarland. Viele befürworteten den offenen und kontroversen Meinungs austausch über sozialistische

8 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 8, Karton 75, Nr. 5449, 23.5.1968: *Brief des ungarischen Botschafters in Moskau zur sowjetischen Bewertung der tschechoslowakischen Ereignisse*, 23.5.1968.

9 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 2506/1968, 11.3.1968: *Telegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Berlin über die Informationspolitik der SED mit Einschätzungen zu den tschechoslowakischen Reformentwicklungen*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.) 1995, S. 66–67, S. 66.

10 SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv, J IV 2/201/790, 15.7.1968: *Inoffizielles Protokoll des Beratungsgesprächs der führenden Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten (ohne ČSSR und Rumänien) in Warschau über die Lage in der Tschechoslowakei und das weitere Vorgehen*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.) 1995, S. 269–296, S. 271–272.

11 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990: *Gesprächsaufzeichnungen eines strukturierten Interviews mit dem ehemaligen tschechoslowakischen Botschafter in Ungarn (1967/68) J. Púčik und dem Botschaftsrat L. Vince (nachträglich redigiert durch die Interviewten)*, 1.6.1990, S. 2; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/312, PZ-T 6/1968, 19.2.1968: *Botschaftsbericht über die ersten ungarischen Reaktionen auf die Plenarsitzung des ZK der KSC vom 5.1.1968*, 19.2.1968.

12 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 15/311, PZ-T 13/1968, 25.7.1968: *Politischer Bericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest über den Standpunkt der MSzMP nach dem Warschauer Treffen*, 25.7.1968.

Reformen in der ČSSR. Die meisten Berichtersteller waren außerdem der Ansicht, dass es den tschechoslowakischen Reformen darum ging, die Fehler der Novotný-Ära zu korrigieren, ohne den Sozialismus als gesellschaftliche und politische Grundlage infrage zu stellen.¹³ Allerdings zeigte sich eine ungarische Journalistendelegation nach ihrem Besuch in der ČSSR im April 1968 erstaunt über die tschechoslowakische Pressefreiheit, die eine parteiliche Kontrolle der tschechoslowakischen Medien ausschloss.¹⁴ Dies kritisierte Anfang Mai auch der Vorsitzende der ungarischen Journalistenunion Norbert Siklósi, der den tschechoslowakischen Reformprozess besonders negativ beurteilte. Offensichtlich hatte er in der ČSSR hauptsächlich mit jenen Journalisten gesprochen, die sich als Opfer des Liberalisierungsprozesses sahen.¹⁵

Im Abgleich mit tschechoslowakischen Quellen erscheinen die direkten Beobachtungen ungarischer Informanten im Vergleich zu den Anschuldigungen aus Moskau, Berlin (Ost) und Warschau gemäßigt und glaubwürdig. Wegen ihrer Uneinheitlichkeit und oft selektiven Herkunft blieben sie allerdings für das ungarische Politbüro nur begrenzt aussagekräftig. Daher stützte sich die ungarische Führung hauptsächlich auf die Erkenntnisse der *Internationalen Abteilung des ZK der MSzMP*.¹⁶ Diese trug Informationen über die tschechoslowakischen Entwicklungen systematisch zusammen und arbeitete sie auf. Sie griff vor allem auf Erkundigungen der ungarischen Botschaft in Prag, aber auch auf Auskünfte der verbündeten Nachrichtendienste, insbesondere des KGB, zurück. In diesem Überblicksmaterial erschien auch Gomulka's These, wonach es sich bei dem Prager Frühling um eine schleichende Konterrevolution handle: Die „parteifeindlichen und imperialistischen Mächte“ hätten vom „Schicksal der ungarischen Konterrevolution viel gelernt“ und planten nun einen „ruhigen Übergang.“¹⁷

Auch die MSzMP-Auslandsabteilung kritisierte die tschechoslowakischen Medien, in denen „aus der Vorbereitungsphase der ungarischen Konterrevolution wohl bekannte Losungen“, unter anderem über demokratischen Sozialismus und Meinungsfreiheit auftauchten.¹⁸ Solche Bezüge auf die ungarische Revolution waren häufig und verstärkten in den politischen Spitzen Ungarns den Eindruck, es handle sich bei den Ereignissen

13 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 2, 23.7.1968: *Bericht über eine Studienreise einer ungarischen Delegation der Akademie der Wissenschaften vom 1.-10.7.1968*, 23.7.1968.

14 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 2, 27.4.1968: *Interner Bericht von Hárs István und Varnai Vilmos (Magyar Rádió) über deren Studienreise nach Prag, Brünn und Bratislava vom 16.-22.4.1968*, 27.4.1968.

15 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, 4.5.1968: *Siklósi Norbert (Vertreter der ungarischen Journalistenunion MUOSZ) berichtet über seinen Besuch in der ČSSR*, 4.5.1968.

16 MSZMP KB Külügyi Osztály

17 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 7, Karton 75, Nr. 5448, 22.5.1968: *Informationen der Internationalen Abteilung des ZK der MSzMP zum tschechoslowakischen Reformprozess für das ungarische Politbüro*, 22.5.1968; ähnliche Bezüge zur Ungarischen Revolution konstruierte auch: AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 10, Karton 75, Nr. 5451, 6.6.1968, Übersetzung aus dem Ungarischen: H.L.).

18 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 7, Karton 75, Nr. 5448, 22.5.1968.

in der ČSSR um eine konterrevolutionäre Situation. Ähnliches bewirkten Berichte über nationalistische Losungen in der Slowakei und die Forderung nach Arbeiterräten,¹⁹ weil es sich bei beidem um Phänomene handelte, die die ungarische Parteiführung mit dem Ungarnaufstand verband.

Manche Parallelen, die das internationale Informationsbüro zwischen dem Prager Frühling und der Ungarischen Revolution konstruierte, waren durchaus nachvollziehbar, denn viele der tschechoslowakischen Reformziele von 1968 entsprachen denen der ungarischen Reformbewegung von 1956. In späteren Lageberichten zur ČSSR erscheinen jedoch Behauptungen, die von ungarischen Informationsstellen so nicht direkt überliefert wurden und höchstwahrscheinlich erfunden waren: Demnach werde die rechte Opposition in der ČSSR von Imperialisten unterstützt und die Grenzen zu Österreich und Westdeutschland seien praktisch offen. Auch die Legende von westlichen Waffenlagern in Westböhmen – wahrscheinlich vom KGB selbst inszeniert – übernahm die ungarische Auslandsabteilung in ihren Bericht.²⁰ Mit Verweis auf sowjetische Quellen behauptete sie außerdem, die politische Polarisierung in der ČSSR diene dem Ziel, die KSČ zu schwächen: Ihre Führungsrolle könnte beseitigt und ein Parteienpluralismus geschaffen werden. Rechte Oppositionelle wollten in der ČSSR die Exekutivorgane übernehmen und die Arbeiterklasse gegen die Partei aufbringen. Außenpolitisch warnte die Abteilung vor einer „Kleinen Entente“ mit den ebenfalls abtrünnigen sozialistischen Staaten Rumänien und Jugoslawien.²¹

Diese Einschätzungen widersprachen nicht nur den Erkenntnissen ungarischer Direktbeobachter, sondern auch den veröffentlichten Dokumenten der tschechoslowakischen Reformbewegung: Das Aktionsprogramm der KSČ und die Satzungen verschiedener Reformverbände bekannten sich eindeutig zum Sozialismus.²² Für die politische Führung Ungarns waren viele Falschbehauptungen jedoch entscheidungsrelevant. Sie hinterließen den Eindruck, die innere Uneinigkeit der KSČ, oppositionelle Gruppierungen und die Meinungsfreiheit könnten den Sozialismus in der ČSSR und darüber hinaus gefährden.

Wie genau die ungarische Parteiführung die Behauptungen ihrer Auslandsabteilung zur Kenntnis nahm, zeigte sie in ihren außenpolitischen Auftritten: Mitte Juli 1968 wiederholte Kádár auf dem Warschauer Spitzentreffen fast wörtlich zahlreiche ihrer Angaben.²³ Lange Zeit übernahm Kádár in der bilateralen außenpolitischen Praxis zwischen Januar und Juli 1968 vor allem eine Schlussfolgerung der Auslandsabteilung: Die Situation in der Tschechoslowakei sei keine Konterrevolution, die Erneuerung der Partei

19 Ebenda.

20 Vgl. die kriminologische Analyse der tschechoslowakischen Staatspolizei über ein angeblich westliches Waffendepot in Westböhmen (Koudelka et al. 1996, S. 194–201).

21 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 10, Karton 75, Nr. 5451, 6.6.1968; AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 7, Karton 75, Nr. 5448, 22.5.1968

22 Vgl. dazu Kapitel III.

23 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/5, Nr. 462, 15.7.1968: *Protokoll der Sitzung des Politbüros der MSzMP vom 15.7.1968 (Kádárs Referat über die tschechoslowakische Situation)*, 15.7.1968.

und die Demokratisierung seien im Grunde positiv, wobei negative Begleiterscheinungen nicht auszuschließen seien. Diese solle aber die tschechoslowakische Parteiführung selbst lösen und dabei Solidarität und Vertrauen der Bündnispartner genießen.²⁴

Vermutlich ging diese vergleichsweise positive Einschätzung der tschechoslowakischen Reformentwicklung auch auf die Einschätzungen der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest zurück, die ebenfalls eine wichtige Informationsquelle für das ungarische Außenministerium war. Sie bemühte sich aktiv, durch Detailinformationen über den tschechoslowakischen Reformprozess die Befürchtungen der Kádárführung zu zerstreuen.²⁵ Zwar schien ihr das zu gelingen, doch andere Informanten aus der ČSSR untergruben ihre Bemühungen: Angehörige der konservativen Fraktion der KSČ-Führung versuchten, die ungarische Parteiführung von der Gefährlichkeit des Prager Frühlings zu überzeugen. Besonders abwegig waren die Behauptungen des Chefredakteurs von *Rudé právo*, Oldřich Švestka, gegenüber ungarischen Führungsvertretern bei einer geheimen Zusammenkunft am Plattensee im Juli 1968. Er bezeichnete den Chef des tschechoslowakischen Staatsfernsehens Jiří Pelikán als ehemaligen Gestapo-Agent und den Reformkommunisten Kriegel als Verschwörer, der Reformgegner „physisch liquidieren“ wollte.²⁶ Einen ähnlichen Eindruck hinterließ bei mehreren Gelegenheiten das konservative Präsidiumsmitglied Vasil Biľak: Er behauptete, kommunistische Funktionäre müssten in der ČSSR vor den „verbitterten Arbeitern“ geschützt werden, wenn sie öffentlich die sowjetische Linie verträten.²⁷

Die konservativen Mitglieder der KSČ-Spitze, die mit Kádár in Kontakt standen, wiesen auch auf dessen außerordentliche Autorität bei Dubček hin. Beispielsweise ZK-Sekretär Drahomír Kolder schlug vor, diesen Umstand auszunutzen. Über die ungarische Botschaft in Prag bat er Kádár darum, seinen Einfluss gegenüber den Reformkommunisten in der Tschechoslowakei geltend zu machen und auf die Gefahren der tschechoslowakischen Situation zu verweisen. Kádárs eigene Erfahrungen mit einer „Konterrevolution“ und ihren historischen Umständen könnten in der ČSSR Illusionen zerstreuen und bei der Planung einer entsprechenden Restauration nützlich sein.²⁸ Mit solchen Äußerungen verstärkten die tschechoslowakischen Reformgegner in Ungarn den Eindruck, dass

24 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 10, Karton 75, Nr. 5451, 6.6.1968

25 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/413, 22.4.1968: *Protokoll über den Besuch des tschechoslowakischen Botschafters im ungarischen Komitat Somogy, einschl. Gesprächsnotizen einiger wichtiger Vertreter der ungarischen Medienlandschaft*, 22.4.1968.

26 Kun 1999, S. 71. Vgl. dazu außerdem MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/47, Nr. 744, 4.9.1968: *Streng vertraulicher Bericht des ungarischen Botschafters Kovács und des ZK-Sekretärs für internationale Angelegenheiten Z. Komócsin*, 4.9.1968.

27 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/S 3, [8.5.1968]: *Protokoll über die Verhandlungen des sowjetischen Zentralkomitees mit den führenden Repräsentanten der Fünfergruppe in Moskau vom 8.5.1968*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.) 1995, S. 193–214, S. 213; ähnlich: AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 15/311, PZ-T 13/1968, 25.7.1968

28 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 6, Karton 75, Nr. 5447, 20.5.1968.

große Parallelen zwischen der Ungarischen Revolution und der tschechoslowakischen Reformbewegung von 1968 bestünden.

Es ist schwer zu beurteilen, wie sehr die ungarische Führung diesen Verschwörungstheorien und persönlichen Verleumdungen glaubte. Zumindest aber bestätigten diese konträren Informationen aus der KSČ-Spitze in den Augen der ungarischen Führung die Uneinigkeit der tschechoslowakischen Kommunisten – und darin sahen die ungarischen Staatsvertreter ein großes Problem. Außerdem übernahm Kádár den Rat, seine Erfahrungen von 1956 gegenüber Dubček und anderen Reformern geltend zu machen. Damit folgte er gleichzeitig einem Vorschlag aus Moskau, der wohl größeres Gewicht gehabt haben dürfte als der konservative Flügel der KSČ.

Insgesamt verfügte die MSzMP 1968 über viele Informationen zur Beurteilung des tschechoslowakischen Erneuerungsprozesses. Trotz unterschiedlicher Schlussfolgerungen stimmten die verschiedenen Quellen zur tschechoslowakischen Reformentwicklung in mehreren Punkten überein, die alarmierend auf die Budapester Führung wirkten: die Pressefreiheit, die Polarisierung innerhalb der KSČ und die Bildung außerparteilicher Reformorganisationen in der ČSSR.

Im Unterschied zu den anderen Führungen der sogenannten Fünfergruppe, die ihren eigenen Geheimdiensten mehr vertrauten als den Erklärungen Dubčeks oder Smrkovskýs, bemühte sich die ungarische Parteispitze von Anfang an, den tschechoslowakischen Standpunkt anzuhören und objektiv zu bewerten. Ihre eigenen Berichtersteller, insbesondere die ungarische Botschaft in Prag und die Internationale Abteilung des ZK speisten sich jedoch zunehmend aus sowjetischen Quellen, was sie zu dramatisierenden Einschätzungen brachte. Zudem verließ sich Kádár ab der Jahresmitte 1968 verstärkt auf die Aussagen des konservativen Flügels in der KSČ-Führung, der selbst an der Aushebelung des Prager Frühlings interessiert war.

4.1.2 Standpunkte der MSzMP

In diesem Abschnitt soll dargestellt werden, wie die ungarische Parteiführung der tschechoslowakischen Reformentwicklung gegenüberstand. Auf den ersten Blick erscheint ihr Standpunkt im Vergleich zu den anderen späteren Interventionstaaten schwankend und inkonsequent. Doch der scheinbare Gesinnungswandel in der ungarischen Parteiführung lässt sich auf konkrete innen- und außenpolitische Erwartungen zurückführen, die ihren Ursprung oft in den Erfahrungen mit der Ungarischen Revolution hatten.

Ausnahmeposition gegenüber dem Prager Frühling

Verständnis, gemeinsame Interessen und Kooperationsbereitschaft

Die ungarische Parteiführung vertrat auf den internen Sitzungen und auf internationaler Bühne gegenüber der Entwicklung in der ČSSR zunächst einen wohlwollenden

und solidarischen Standpunkt. Insbesondere jene Reformen, die sie selbst seit den frühen sechziger Jahren in ähnlicher Form umgesetzt hatte, konnte sie unterstützen. Dazu gehörte die personelle Trennung der höchsten Partei- und Staatsämter in der Tschechoslowakei, die sich in Ungarn ebenfalls bewährt hatte. Die Wahl Dubčeks zum Generalsekretär wurde in Budapest auch deshalb positiv aufgenommen, weil dieser bereits Ende 1967 eine großzügige Politik gegenüber der ungarischen Minderheit in Aussicht gestellt hatte.²⁹

Kádár hatte von Anfang an zu Dubček ein deutlich besseres Verhältnis als zu Novotný, der sich gegenüber der ungarischen Führung oft arrogant verhalten hatte, insbesondere in den ersten Monaten nach der Niederschlagung des Ungarnaufstands.³⁰ Die gute Beziehung zwischen Kádár und Dubček zeigte sich in mehreren bilateralen Spitzentreffen bereits ab Januar 1968. Dort herrschte eine betont freundschaftliche Atmosphäre, in der sich die ungarischen Delegierten solidarisch und zustimmend gegenüber dem tschechoslowakischen Reformvorhaben äußerten.³¹ Die ungarische Parteiführung vertraute auf die Fähigkeit der KSČ, eine Eskalation selbst zu verhindern, auch als die anderen Bündnispartner im April und Mai 1968 den Druck auf die ČSSR erhöhten. An einen Aufstand wie in Ungarn 1956 glaubten die politischen Beobachter in Ungarn – anders als ihre Kollegen in Moskau oder Warschau – damals nicht.³² So erklärte Kádár noch Mitte Juni 1968 vor einer tschechoslowakischen Delegation in Budapest: „Wir glauben euch, wir sind solidarisch mit eurem Kampf und treten auch öffentlich so auf. (...) Euer Kampf ist auch unser Kampf.“³³ Noch expliziter formulierte der ungarische Ministerpräsident Jenő Fock seine Zustimmung: „Wenn die MSZMP und die ungarische Volksrepublik nicht mit dem Demokratisierungsprozess [in der ČSSR] übereinstimmen würden, dann würde sie ihre eigene Politik verraten, die sie seit der Konterrevolution im Jahr 1956 verfolgt.“³⁴ Offenbar nutzte die ungarische politische Führung die Entwicklungen in der ČSSR, um ihren eigenen Reformkurs nach innen und außen zu konsolidieren. In diesem Zusammenhang meinte Kádár sogar Parallelen zwischen seinem Stabilisierungsprogramm vom

29 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/312, PZ-T 6/1968, 19.2.1968.

30 Vgl. dazu auch MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968: *Protokoll der geschlossenen Sitzung des ZK der MSZMP und des Ministerrates vom 23.8.1968*, 23.8.1968; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/413, 11.4.1968: *Protokolle über ein Gespräch des Botschafters mit dem Prorektor der ungarischen Parteihochschule Jozef Szabó vom 10.4.1968*, 11.4.1968, AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 15/311, PZ-T 13/1968, 25.7.1968; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968

31 Vgl. die entsprechenden Protokolle bei Vondrová et al. 1995 bzw. Vondrová & Navrátil 1996

32 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 7, Karton 75, Nr. 5448, 22.5.1968.

33 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 82, 25.6.1968: *Protokoll der Verhandlungen zwischen der tschechoslowakischen Partei- und Regierungsdelegation mit der ungarischen Führung in Budapest am 13.6.1968*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.) 1995, S. 246–249, S. 249 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H. L.).

34 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990, S. 2.

November 1956 und dem Aktionsprogramm der KSČ zu sehen.³⁵

Auch die Medien in Ungarn versicherten den tschechoslowakischen Reformkommunisten ihre Sympathien, was gleichzeitig ein Signal an die tschechoslowakischen Partner und an die eigene Bevölkerung war. Geradezu überschwänglich lobten sie während eines offiziellen Besuchs der KSČ-Spitze im Juni 1968 das bilaterale Verhältnis.³⁶ Insbesondere hochrangige Wirtschaftsfunktionäre identifizierten sich in Ungarn mit den Reformplänen im Nachbarland, die in vielen Punkten ihren eigenen Reformabsichten glichen.³⁷ Auch hinsichtlich der Ausweitung der „sozialistischen Demokratie“ und der bereits erläuterten Liberalisierung der Kulturpolitik gab es ähnliche Ziele.³⁸ Außerdem konnte der Reformflügel der MSzMP die Lage in der ČSSR besser nachvollziehen als die anderen Bündnispartner, weil auch sie ihre Reformmaßnahmen seit Anfang der sechziger Jahre vor den Bruderländern zunächst rechtfertigen mussten.³⁹

Mit den ähnlichen Reformzielen eröffneten sich für Ungarn neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit, die in einen regen politischen und fachlichen Austausch mit der ČSSR mündeten.⁴⁰ Neben dem reinen Wissenstransfer schmiedeten ungarische Politiker und Wissenschaftler konkrete Kooperationspläne für „höhere Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ mit der ČSSR.⁴¹ Dabei scheute sich die ungarische Parteiführung

35 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 82, 25.6.1968, S. 248 1995.

36 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/116, TZ 6/68, 25.6.1968: *Pressebericht über die ungarische Medienberichterstattung im Umfeld des Besuchs der tschechoslowakischen Regierungskoalition vom 14./15.6.1968*, 25.6.1968.

37 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990, S. 7; Kiss & Kellner 1990; Kun 1999, S. 219.

38 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968: *Zusammenfassender Bericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest über die ungarischen Reaktionen auf die tschechoslowakische Krise*, 19.9.1968

39 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 15/311, PZ-T 13/1968, 25.7.1968.

40 Vgl. dazu die Reiseberichte verschiedener wirtschaftspolitischer, wissenschaftlicher und kultureller Delegationen aus Ungarn und der ČSSR in das jeweilige Nachbarland in der ersten Jahreshälfte 1968 in: MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 2, 23.7.1968, MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/5, Nr. 448, 5.3.1968: *Nyers' Bericht über seinen Aufenthalt in der ČSSR im Frühjahr 1968*, 5.3.1968, MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, 4.5.1968; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/413, 11.4.1968, AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/113, 16.4.1968: *Protokoll über den Literaturabend im Club des ungarischen Schriftstellerverbandes in Budapest*, 16.4.1968, AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/211, 19.4.1968: *Protokoll eines Gesprächs des tschechoslowakischen Botschafters Púčík mit dem Leiter des Sekretariats der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der ungarischen Regierung János Szita vom 11.4.1968*, 19.4.1968. Auch die ungarischen Medien berichteten über den regen Wirtschaftsaustausch mit der ČSSR: OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 18./19.3.1968: *RFE-Bericht über ungarische Medienstimmen im I. Quartal 1968 zum Erneuerungsprozess in der ČSSR*, 18./19.3.1968.

41 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/211, 19.4.1968, AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/117, 18.5.1968: *Gespräche des Referenten des Außenministeriums Mohelský mit dem ungarischen Botschaftsrat M. Barity*, 18.5.1968.

zunächst nicht, die Kooperationspläne öffentlich zu machen.⁴² Doch es gab auch Ausnahmen, wie die Zusammenkunft ungarischer, jugoslawischer und tschechoslowakischer Wirtschaftsdiplomaten im Mai 1968 in Belgrad: Hier sollte ohne Wissen der anderen Bündnisstaaten eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der drei Länder jenseits des RGW vereinbart werden.⁴³ Auch Dubček signalisierte Bereitschaft für eine entsprechende Wirtschaftskooperation.⁴⁴ Über die Erfolgsaussichten dieser Dreierkonstellation, die schließlich nicht mehr umgesetzt werden konnte, lässt sich nur spekulieren.⁴⁵ Bemerkenswert ist allerdings bereits der Versuch, innerhalb des rigiden Wirtschaftsgefüges im Ostblock eine unabhängige und offenbar geheime Interessengemeinschaft zu bilden.

Die Wirtschaftsreformen beider Länder wirkten sich auf den Gewerkschaftsbereich aus, wo ebenfalls gemeinsame Interessen bestanden. Zwar hatten die tschechoslowakischen Gewerkschaften noch im Sommer 1967 einen ungarischen Vorschlag zur engeren Zusammenarbeit mit einigen westlichen Staaten abgelehnt,⁴⁶ doch der tschechoslowakische Standpunkt schwenkte um, als sich 1968 Dubčeks Liberalisierungskurs auch in der Gewerkschaftsbewegung niederschlug.⁴⁷ Daraufhin tauschten sich die ungarischen und tschechoslowakischen Gewerkschaften 1968 häufig, auch informell aus. Die ungarischen Vertreter sympathisierten dabei – anders als jene in der DDR oder Polen – größtenteils mit den Prager Reformen. Sie begrüßten insbesondere die Autonomiebestrebungen der tschechoslowakischen Arbeitnehmerverbände und wollten von deren Erfahrungen profitieren.⁴⁸ Das tschechoslowakische Beispiel ging im Sommer 1968 auch in die ungarische Debatte zum gewerkschaftlichen Veto-Recht ein.⁴⁹

Allerdings äußerten die stark zentralisierten ungarischen Gewerkschaftsverbände gegenüber ihren tschechoslowakischen Kollegen auch Bedenken: Einige der Neuerungen in der ČSSR gingen ihnen zu weit und sie befürchteten einen Kontrollverlust der parteigesteuerten Gewerkschaftsvorstände.⁵⁰ Insbesondere lehnten sie das Konzept der

42 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/116, TZ 6/68, 25.6.1968; Vajda in *Népszabadság*, 4.6.1968, S. 1; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 13.6.1968: *Radio Budapest über die tschechoslowakisch-ungarische Zusammenarbeit*, 13.6.1968.

43 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 4370/1968, 3.5.1968: *Telegramm des tschechoslowakischen Botschafters in Belgrad, L. Šimovič zu Überlegungen einer ungarisch-tschechoslowakisch-jugoslawischen Wirtschaftszusammenarbeit*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.) 1995, S. 162–163, S. 162 (Die Informationsschrift war explizit nur an Hayek, Dubček und Černík adressiert, also nur an reformorientierte KSČ-Sekretäre.).

44 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 82, 25.6.1968, S. 247 1995

45 Kučera 2007

46 VOA Praha, Nr. Fonds ÚRO-Předsednictvo, Karton 89, Nr. 456, [Juni 1967]: *Informationsbericht über ein Treffen leitender Repräsentanten der tschechoslowakischen und ungarischen Gewerkschaften in Budapest vom 25.-27.6.1967*, [Juni 1967]

47 Kosta 2005, S. 109–110.

48 VOA Praha, Nr. Fonds ÚRO-Předsednictvo, Karton 89, Nr. 456, [Juni 1967].

49 Racz 1970, S. 643

50 VOA Praha, Nr. Fonds Mezinárodní oddělení, Karton 276, Nr. 1598b, [Oktober 1968]: *Auswertung der Beziehungen zwischen den ungarischen und tschechoslowakischen Gewerkschaften 1968*, [Oktober 1968]

Arbeiterselbstverwaltung als zentralen Bestandteil der tschechoslowakischen Wirtschaftsreformen ab, denn Arbeiterräte waren in Ungarn seit 1956 ein politisches Tabuthema: Die gut organisierten ungarischen Werktätigenverbände hatten im Winter 1956 Kádárs restaurativer Führung am effektivsten und längsten widerstanden.⁵¹ Ein solches Risiko wollten daher 1968 weder die Budapester Führung noch der von ihr abhängige Gewerkschaftsvorsitz eingehen.

Verständnis und Sympathie führender Parteigremien in Ungarn für den tschechoslowakischen Reformprozess hingen also mit den eigenen Reformen der sechziger Jahre zusammen. Gelegentliches Misstrauen und warnende Worte an die Adresse der tschechoslowakischen Genossen beruhten dagegen auf den Erfahrungen von 1956. Die Unterscheidung, ob die tschechoslowakischen Entwicklungen eher der Frühphase der Ungarischen Revolution oder der Konsolidierungsphase danach entsprachen, spaltete die ungarische Parteispitze in ihrer Beurteilung des Prager Frühlings.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Ungarn und seinen Bündnispartnern Anfang der sechziger Jahre erachtete die Moskauer Führung unter Chruščev den ungarischen Reformkurs noch als wichtig, um das kommunistische Herrschaftssystem in Ungarn zu stabilisieren. Brežnev unterstützte den ungarischen Reformkommunismus dagegen viel weniger. Deshalb war die ungarische Führung 1968 auf der Suche nach anderen Gleichgesinnten und Kooperationspartnern im sozialistischen Lager. Für sie war der tschechoslowakische Reformprozess ein willkommenes Anlass, den eigenen Sonderweg gegenüber den reformfeindlichen Kräften im übrigen sozialistischen Block zu verteidigen. Dies schlug sich auch in den ungarischen Medien nieder: Ungarische Redakteure forderten im Interesse Ungarns alternative Wege zum Sozialismus, die „im Einklang mit den nationalen Besonderheiten“ stehen sollten.⁵² Auch der konservative MSzMP-Auslandsekretär Zoltán Komócsin sprach sich nach Dubčeks Wahl zum Generalsekretär in *Népszabadság* dafür aus, die kommunistische Bewegung durch viele Wege und unterschiedliche Methoden zu fördern. Dieser Standpunkt widersprach allerdings der KPdSU: Ihre Parteizeitung *Prawda* druckte Komócsins Artikel zwar nach, allerdings ohne diese heikle Passage.⁵³ Bald begnügte sich die sowjetische Presse nicht mehr mit Auslassungen, sondern griff den Prager Frühling direkt an. Von ihren verurteilenden und oft verzerrten Darstellungen des tschechoslowakischen Reformprozesses distanzierten sich führende ungarische Politiker.⁵⁴ Kádár selbst forderte die sowjetische Führung auf, in der *Prawda* einen weniger aggressiven Ton anzuschlagen.⁵⁵ Außerdem kritisierte er

51 Racz 1970, S. 642–643.

52 Zala Tamás in *Magyar Nemzet*, 30.6.1968, S. 2–3; weitere Beispiele bei Vida 1994, S. 112.

53 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-1-310, 1968-2-26: *Kritik eines New York Times-Artikels, in dem ein ungarischer Artikel mit der russischen Übersetzung in Prawda verglichen wird*, 1968-2-26.

54 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 15/311, PZ-T 13/1968, 25.7.1968.

55 Gough 2006, S. 166, Anm. 13.

die öffentlichen Angriffe sowjetischer Wissenschaftler auf Čiřař.⁵⁶ Damit demonstrierte er erneut seine zustimmende Haltung gegenüber nationalen Sonderwegen innerhalb des Warschauer Pakts. Der ungarische Botschafter in Moskau schloss sich dem an und zeigte ebenfalls Unverständnis über die medialen Angriffe aus der Sowjetunion.⁵⁷ Nach seinen Beobachtungen kritisierten die dortigen Medien die Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit und sozialistischen Demokratie in der ČSSR, also Ziele, um die sich auch die ungarische Parteiführung seit einigen Jahren bemühte.

Doch Kádár fand wenig Gehör, als er vor der Sowjetunion das Recht auf nationale Sonderwege verteidigte. Indirekt kritisierte er Brežněvs Interventionspläne, indem er lobend an Chruščevs „Flexibilität“ gegenüber Gomułka im Jahr 1956 erinnerte.⁵⁸ Mit dieser Parallele zwischen 1968 und 1956 wollte Kádár vermutlich suggerieren, dass im Falle einer sowjetischen Intervention gegen die ČSSR wenigstens der abgeschwächte ungarische Reformkurs weiterbestehen sollte. In ähnlicher Weise hatte Chruščev 1956 Polens weniger radikalen Reformkurs geduldet, den radikalen Aufstand in Ungarn aber niedergeschlagen.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den politischen Vertretern Ungarns und den anderen Bündnisstaaten traten besonders während der Militärübung *Šumava* zutage: Der ungarische Generalstab kritisierte in seinen Lageberichten, dass die sowjetischen Befehlshaber von einer unmittelbar bevorstehenden Konterrevolution in der ČSSR ausgingen, ohne entsprechende Anzeichen in Partei, Militär und Bevölkerung ausreichend zu überprüfen. Die ungarischen Militärs hatten während der Übung dagegen einen anderen Eindruck. Nach ihren Beobachtungen zeigte sich bei den Parteisitzungen aller Ebenen in der ČSSR Treue gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt und die Bereitschaft zum „Kampf an zwei Fronten“. Das Verhalten der sowjetischen Einheiten sei dagegen zuweilen arrogant und dominant gewesen.⁵⁹ Der ungarische Verteidigungsminister Lajos Czinege übernahm die Kritik seiner Offiziere und beschwerte sich zudem, dass die sowjetischen Befehlshaber bewusst ihre Informationspflichten gegenüber den tschechoslowakischen und auch ungarischen Autoritäten verletzt hätten. Nach seiner Ansicht hätten sie die Übung nur verlängert, um den politischen Druck zu erhöhen.⁶⁰

56 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 103, Punkt 3, 25.6.1968: *Bericht des ČTK-Korrespondenten V. Drábka über die parteiinterne Informationsschrift des ZK der MSzMP zu den tschechoslowakisch-ungarischen Beziehungen*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.) 1995, S. 249–250, S. 249.

57 {AÚSD AV ČR 23.5.1968 #1700AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 32, Karton 75, Nr. 5473, 3.9.1968: *Bericht der ungarischen Botschaft in Moskau über die Reaktionen des Truppeneinmarsches bei der Bevölkerung der Sowjetunion*, 3.9.1968.

58 Gough 2006, S. 170

59 Magyar Honvédség Központi Irattára Budapest, Nr. Karton 5/12/2, Dok. 1, 5.7.1968: *Bericht der ungarischen Generale I. Oláh und F. Sűcs an das Politbüro der MSzMP über die Šumava-Militärübungen im Juni/Juli 1968 in der ČSSR*, in: VOJENSKÝ HISTORICKÝ ÚSTAV (Hg.), Nr. 42, Jg. 5 (1993), S. 144–155.

60 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 12b, Karton 75, Nr. 5453, 6.7.1968: *Meldung des ungarischen Generalstabs an das Politbüro der MSzMP über die Stabsübung Šumava*, 6.7.1968.

Dieses Vorgehen erschien den ungarischen Stäben offenbar inakzeptabel. Auf entsprechende Nachfragen antwortete die sowjetische Kommandantur mehrdeutig: Die Präsenz sowjetischer Truppen wäre seinerzeit nur für Imre Nagy ein Problem gewesen, nicht aber für Kádár. Die ungarischen Generäle verstanden dies als Hinweis auf die asymmetrische Kompetenzverteilung im Warschauer Pakt. Der sowjetische Oberbefehlshaber der Warschauer-Pakt-Truppen bekräftigte diesen Eindruck als er kurzfristig und ohne Begründung Termine mit hohen ungarischen Funktionären absagte. In der Konsequenz forderten der ungarische Verteidigungsminister und sein Generalstab vom Zentralkomitee genauere Richtlinien für die künftige militärische Zusammenarbeit im Warschauer Pakt.⁶¹ Offenbar war ihnen während der Šumava-Übung erneut bewusst geworden, wie schnell sich ohne ein eindeutig kodifiziertes Regelwerk die militärische Macht des Warschauer Pakts gegen dessen eigene Mitgliedsstaaten richten konnte.

In Polen und der DDR stieß Ungarns gemäßigter Standpunkt gegenüber dem Prager Frühling ebenfalls auf Widerspruch. Daher versuchte Kádár in der Öffentlichkeit und auf den Kollektivtreffen des Warschauer Pakts, die Diskrepanzen zwischen der Position des ungarischen Politbüros und dem sehr viel kritischeren Standpunkt der anderen sozialistischen Vertreter herunterzuspielen. Doch die parteiinternen Schlussfolgerungen der MSzMP-Führung zur ČSSR unterschieden sich 1968 von den blockpolitischen Leitlinien.⁶² Laut einer internen Information gab es vor allem zwischen Kádár und Gomułka Meinungsverschiedenheiten, weil letzterer in der ČSSR eine „ruhige Konterrevolution“ herannahen sah.⁶³ Ähnliche Differenzen zeigten sich in sowjetisch-ungarischen Einzelgesprächen, oft auch noch nach der Militäraktion.⁶⁴ Kádár begründete dabei seinen abweichenden Standpunkt häufig mit Verweis auf seine direkten Erfahrungen mit der Ungarischen Revolution.⁶⁵ Dieses Argument überzeugte die Bündnispartner jedoch nicht.

Die politische Führung der DDR griff Ungarns zurückhaltenden Standpunkt besonders heftig an. Ihr missfiel nicht nur Kádárs wohlwollende Haltung gegenüber dem tschechoslowakischen Reformprozess, sondern auch die relativ liberale Innenpolitik Ungarns: Bereits im Februar 1968 kritisierte Walter Ulbricht auf einem internationalen Treffen in harten Worten „revisionistische“ Philosophen und deren parteiliche Unterstützung in Ungarn, wobei er Parallelen zu den tschechoslowakischen Reformkommunisten zog.⁶⁶ Auch andere SED-Funktionäre warnten vor den „revisionistischen Gedanken“ aus der

61 Magyar Honvédség Központi Irattára Budapest, Nr. Karton 5/12/2, Dok. 1, 5.7.1968, Nr. 42, Jg. 5 (1993)

62 Gough 2006, S. 165.

63 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 103, Punkt 3, 25.6.1968 1995.

64 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/5, Nr. 462, 15.7.1968, MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/47, Nr. 744, 14.12.1968: *Protokoll eines vertraulichen Gesprächs zwischen Kádár und dem Vorsitzenden des KGB Andropov in Budapest am 6./7.12.1968*, in: VIDA, I. (Hg.), S. 84–94, S. 233–239.

65 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/47, Nr. 744, 14.12.1968, S. 233.

66 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/15, Nr. 225, [Februar 1968]: *Informationsbericht der Internationalen Abteilung des ZK der KSČ über die Standpunkte der Vertreter verschiedener kommunistischer*

Tschechoslowakei, die nach Ungarn exportiert und dort auf fruchtbaren Boden fallen würden.⁶⁷ Obwohl eher ein formaler Akt,⁶⁸ schien selbst der ungarisch-tschechoslowakische Freundschaftsvertrag vom 15. Juni 1968 den Argwohn der ostdeutschen Führung zu beflügeln. Insbesondere an den Reden am Rande der Vertragsunterzeichnung in Budapest nahmen die ostdeutschen Genossen Anstoß.⁶⁹

Das überhebliche und belehrend-einmischende Verhalten der SED-Spitze gegenüber den Vertretern Ungarns und der ČSSR fiel bei mehreren internationalen Treffen deutlich aus dem Rahmen der diplomatischen Gepflogenheiten.⁷⁰ Es verärgerte in der ungarischen Führung auch jenen Flügel, der im Prager Frühling eine Gefahr sah. Die zuweilen aggressive und arrogante Haltung der SED verstärkte damit im ungarischen Zentralkomitee einerseits die stille Solidarisierung, andererseits nährte sie Befürchtungen, Ungarn könnte mit der Tschechoslowakei auf eine Stufe gestellt werden.

Wandel des außenpolitischen Standpunkts der MSzMP

Nicht zuletzt aufgrund der schweren Vorbehalte der Bündnisstaaten rückte die ungarische Parteiführung langsam von ihrem solidarischen Standpunkt gegenüber der KSČ ab. Dennoch wollte Kádár die tschechoslowakische Führung bei der Lösung des inzwischen internationalen Konflikts unbedingt einbeziehen.⁷¹ Dies zeigte sich bereits auf dem Dresdner Gipfeltreffen im März 1968. Kádár sprach hier viel gemäßiger als etwa Ulbricht oder Gomułka zur tschechoslowakischen Frage und bot der Delegation unter Dubček explizit nur solche Hilfe an, die sie selbst wünschte.⁷² Nach dem offiziellen ungarischen Standpunkt handelte es sich bei den Ereignissen in der ČSSR nicht um eine Konterrevolution wie seinerzeit in Ungarn. Allerdings betonte auch Kádár, dass es gewisse Ähnlichkeiten zum „Prolog der ungarischen Konterrevolution zu der Zeit, als sie noch keine Konterrevolution war“ gebe.⁷³ Gleichmaßen an die Adresse der ČSSR und die sowjetischen, polnischen, bulgarischen und ostdeutschen Vertreter forderte Kádár in

Parteien bei deren Besuch in Prag anlässlich der 20. Jahresfeier zum "Siegreichen Februar 1948", [Februar 1968].

67 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/15, Nr. 251, 24.6.1968: *Bericht des ČTK-Korrespondenten Pavel Günsberg in Ostberlin über die Ansichten einiger DDR-Repräsentanten über mögliche negative Auswirkungen des tschechoslowakisch-ungarischen Freundschaftsvertrages*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.) 1995, S. 245–246, S. 245.

68 Vgl. dazu den Vertragstext: o. A. in *Rudé právo*, 16.6.1968, S. 11.

69 Zu den ungarischen und tschechoslowakischen Reden vgl. o. A. in *Rudé právo*, 15.6.1968, S. 1; 7.

70 Vgl. dazu Kun 1999, S. 217; Vondrová et al. 1995, S. 37–38.

71 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 12a, Karton 75, Nr. 5453, 5.7.1968: *Protokoll eines bilateralen Gesprächs zwischen Brežnev und Kosygin und den ungarischen Politbüromitgliedern Fock, Kádár und Aczél*, 5.7.1968

72 SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv J IV 2/201/777 und 778, 23.3.1968: *Stenografische Mitschrift des Warschauer-Pakt-Spitzentreffens in Dresden am 23.3.1968*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.) 1995, S. 73–117, S. 99.

73 Ebenda.

Dresden abschließend: „Nehmt unsere Erfahrungen aus der Konterrevolution sehr ernst (...) wir hätten uns 1949 oder 1950 niemals vorstellen können, daß 1956 in Ungarn eine Konterrevolution sein würde. Wir haben jetzt unsere historischen Lehren aus dieser Tatsache gezogen, und diese Lehren muß man sehr, sehr ernst nehmen.“⁷⁴ Unter dieser Lehre verstand die ungarische Parteiführung den „Kampf an zwei Fronten“, den die MSzMP seit Ende 1956 einerseits gegen die Rákosi nahestehenden Konservativen und andererseits gegen „rechte Elemente“ in der Partei geführt hatte. Der KSČ-Führung empfahl sie nun denselben Kompromiss.⁷⁵

Einen entsprechenden Vorschlag erneuerte Kádár beim nächsten Gipfeltreffen, das am 8. Mai 1968 in Moskau stattfand und zu dem keine tschechoslowakische Delegation eingeladen war. Auch hier zog er Parallelen zwischen dem Prager Frühling und der schwierigen Lage während der Ungarischen Revolution. Er forderte die Bündnispartner auf, in der KSČ-Führung Kräfte zu finden, die zur Zusammenarbeit mit Moskau und den anderen Partnern bereit seien und mit denen man dann gemeinsam vorgehen könne. In Frage kam für ihn dabei zunächst Dubček selbst: Sollte dieser nicht stärker durchgreifen wollen, müsste man nach weiteren „tschechoslowakischen Akteuren“ Ausschau halten.⁷⁶ Zunächst verlangte er jedoch von Dubček mehr Kooperationsbereitschaft und legte ihm gleichzeitig nahe, gemeinsam mit den anderen Warschauer-Pakt-Staaten nach Lösungen zu suchen, insbesondere aber mit der Sowjetunion.⁷⁷ Diesem Rat konnte die tschechoslowakische Führung jedoch nur sehr zögerlich folgen, ohne ihren eigenen Reformkurs rückgängig zu machen. Da sie dies nicht tat, zog sie den Unmut der Bündnispartner auf sich.

Noch im Mai 1968 plädierte die ungarische Parteiführung in den Verhandlungen der späteren Interventionsstaaten konsequent für eine politische Lösung der tschechoslowakischen Krise. Damit bildete sie eine Ausnahme im sowjetischen Lager. Kádár argumentierte, eine Einmischung von außen wäre für die „konterrevolutionären Demagogen“ in der ČSSR ein willkommenes Argument gegen die sozialistischen Bruderländer. Deshalb könne ein bewaffneter Kampf alleine nicht zum Erfolg führen; wichtiger sei das politische Engagement.⁷⁸ Allerdings zeigt diese Aussage, dass Kádár ein gewaltsames Vorgehen gegen den Prager Frühling nicht prinzipiell ausschloss. Vielmehr hoffte er, die tschechoslowakischen Exekutivorgane würden diese Aufgabe selbst übernehmen.⁷⁹

74 Ebenda (Deutsch im Original).

75 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 3114/1968, 27.3.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest*, 27.3.1968.

76 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/S 3, [8.5.1968], S. 203 1995, AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 12a, Karton 75, Nr. 5453, 5.7.1968

77 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968: *Protokoll der Sitzung des ZK der MSzMP vom 7.8.1968, einschl. Redebeitrag J. Kádárs über die aktuelle internationale Situation (einschl. ČSSR)*, 7.8.1968

78 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/S 3, [8.5.1968], S. 204 1995.

79 SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv, J IV 2/201/790, 15.7.1968, S. 279 1995.

Ansonsten sah er sein innenpolitisches Prestige, aber auch das internationale Ansehen des sozialistischen Blocks gefährdet.⁸⁰ Diese Befürchtung ging auf seine eigenen Erfahrungen zurück. Denn auf die sowjetische Intervention im November 1956 in Ungarn war eine internationale Krise gefolgt. In deren Zentrum stand die restaurierte kommunistische Partei Ungarns und diese blieb jahrelanger Isolation durch die Weltgemeinschaft ausgesetzt.⁸¹ Da allerdings auch die sowjetische politische und militärische Führung davon ausging, dass es wie bereits 1956 zu umfangreichen internationalen Protesten und andauernden Diskussionen im In- und Ausland kommen werde, sollte die politische Verantwortung für den Einmarsch in ein verbündetes Land auf möglichst viele weitere Verbündete verteilt werden.⁸²

Hinsichtlich einer politischen Lösung der tschechoslowakischen Krise setzte das ungarische Politbüro große Erwartungen in ein Mitte Juli 1968 kurzfristig anberaumtes Spitzentreffen der fünf Bündnisstaaten. Als das Zentralkomitee der KSČ die Teilnahme ablehnte und stattdessen bilaterale Treffen forderte, zeigte Kádár dafür keinerlei Verständnis. Vielmehr hatten sich die tschechoslowakischen Reformkommunisten damit endgültig gegen die anderen sozialistischen Staaten gestellt.⁸³ Dennoch forderte Kádár anschließend die KPdSU-Führung inoffiziell auf, mit der tschechoslowakischen Führung weiter über eine politische Lösung zu verhandeln.⁸⁴ Er verwies auf die „historische Verantwortung der KPdSU“ und erinnerte an die unterschiedliche Handhabung der polnischen und ungarischen Krisen von 1956. Für die aktuelle Situation in der ČSSR schlug er ein Vorgehen ohne militärische Gewalt vor.⁸⁵ Tatsächlich willigte die sowjetische Führung danach in zwei weitere Spitzentreffen auf tschechoslowakischem Boden ein.⁸⁶

Allerdings überschätzte Kádár die Bedeutung dieser Begegnungen, indem er am 7. August 1968 vor dem eigenen ZK behauptete „ein gewisser Widerspruch, der zwischen unseren sechs Bruderparteien nach dem 8. Juli entstanden war“ habe „aufgehört zu existieren“.⁸⁷ Gleichzeitig spielte Kádár auf eine militärische Intervention in der ČSSR als Alternativszenario an. Dabei schloss er vor dem eigenen Zentralkomitee auch eine ungarische Beteiligung nicht mehr aus: Das ungarische Politbüro habe beschlossen, sich „an der militärischen Mobilisierung zu beteiligen und (...) mit diesen fünf Parteien auch bis zum Ende auszuharren“.⁸⁸

Die ungarische Bereitschaft zum Militäreinsatz machte Kádár sowohl in den eigenen Reihen als auch auf den internationalen Treffen gegenüber den Verbündeten mehrfach

80 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/47, Nr. 744, 14.12.1968, S. 233.

81 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968.

82 Pataky 1993, S. 58

83 SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv, J IV 2/201/790, 15.7.1968, S. 278 1995.

84 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968.

85 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/5, Nr. 462, 15.7.1968.

86 Zu diesen Treffen in Čierna nad Tisou und Bratislava vgl. Karner 2008, S. 34

87 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968

88 Ebenda (Übersetzung aus dem Ungarischen: H. L.).

klar. Allerdings trieb er diese Entwicklung keineswegs direkt voran – anders als die Parteichefs Bulgariens, Polens und der DDR.⁸⁹ Auch aus militärischen Quellen ist ersichtlich, dass die Entscheidung für eine Beteiligung am Truppeneinmarsch den ungarischen Autoritäten keinesfalls leicht gefallen ist.⁹⁰ Bis zuletzt favorisierte die ungarische Parteiführung eine politische Lösung, obwohl sie gegenüber den interventionswilligen Staaten gleichzeitig prinzipielle Loyalität versprach.⁹¹ Gehorsam, wenn auch ohne Begeisterung, löste die ungarische Armee diese Zusicherung im August 1968 schließlich ein.

Warum also schwenkten die ungarischen Entscheidungsträger von ihrem solidarischen Kurs gegenüber dem Prager Frühling zur militärischen Konfliktlösung um? Wie lässt sich erklären, dass Kádár den tschechoslowakischen Generalsekretär Dubček zunächst über Monate als jemanden lobte, „der die richtige Entwicklung garantieren kann“⁹² und wenige Wochen später als „klugen slowakischen Bauern“ bezeichnete, der die „KPdSU und uns alle an der Nase herumführen will“⁹³? Diese Fragen soll eine genauere Betrachtung der parteiinternen und außenpolitischen Kommunikation der MSzMP-Spitze klären. Drei Erklärungsansätze sollen dabei im Zentrum stehen: der Druck der Bündnisparteien auf Ungarn; die ungarische Wahrnehmung der Krisenentwicklung in der ČSSR; die Auswirkungen des Prager Frühling auf die innenpolitische und innerparteiliche Stabilität Ungarns.

Steigender Druck aus den Bündnisstaaten

Der steigende Druck der Sowjetunion und der anderen Bündnisstaaten auf Ungarn war ein wesentlicher Grund, warum die ungarische Parteiführung ihre wohlwollende Position gegenüber der ČSSR langsam aufgab und schließlich einer Intervention zustimmte. Dies verdeutlicht der Auftritt Kádárs bei einer ZK-Sitzung Anfang August 1968, als er die Mobilisierung der ungarischen Truppen verkündete. Demnach könnte man die Ereignisse in der Tschechoslowakei nur solange beeinflussen, wie man Teil des Warschauer Bündnisses sei. „Wir hätten sagen können, dass wir uns an dieser militärischen Mobilisierung nicht beteiligen. (...) Aber wozu hätte das geführt, Genossen? (...) Persönlich denke ich, da ich die Situation und die Umstände und die Leute kenne –, dass sich [die anderen Warschauer-Pakt-Staaten] in der entstandenen Situation zu noch weniger berechenbaren Schritten hätten entschließen können.“⁹⁴ Hier spielt Kádár vermutlich darauf an, dass im Falle einer Verweigerung auch eine Invasion gegen Ungarn nicht auszuschließen sei. Zumindest aber hätte sich Ungarn nach einer Nichtbeteiligung im

89 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968; SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv, J IV 2/201/790, 15.7.1968, S. 280 1995; Gough 2006, S. 169.

90 Pataky 1993, S. 66; Huszár 1998, S. 194.

91 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968.

92 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/413, 11.4.1968 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H. L.).

93 Kun 1999, S. 223.

94 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968 (Übersetzung aus dem Ungarischen: H. L.).

Warschauer Pakt isoliert, wie einige ZK-Mitglieder annahmen,⁹⁵ oder wie Kádár im Dezember 1968 nachträglich feststellte, wäre dann „zur tschechoslowakischen Frage auch noch eine ungarische“ hinzugekommen.⁹⁶

Als sich die Reformkommunisten in der ČSSR aus Sicht der KPdSU-Führung und der anderen Bündnisparteien vollständig diskreditiert hatten, wurde ein enges Bündnis mit der KSC-Führung für Ungarn strategisch ungünstig. Der rege Austausch zwischen Kádár und Dubček und die westlichen Medien konnten den Eindruck vermitteln, es handle sich hier um ein bilaterales, von der Sowjetunion unabhängiges Bündnis.⁹⁷ In Budapest befürchtete man daher, mit der ČSSR auf eine Stufe gestellt und damit dem außenpolitischen Druck der anderen Bündnisstaaten ausgeliefert zu werden. Dieses Szenario dominierte aus ungarischer Sicht das Warschauer Kollektivtreffen im Juli 1968. Die ungarische Parteiführung geriet dort in starke Kritik, weil sich Kádár kurz vorher noch mit Dubček getroffen hatte, obwohl der in den Augen der anderen Parteiführer bereits *persona non grata* war. Die Bündnispartner verbargen ihre Missbilligung nicht, weshalb sich die ungarische Delegation dort „wie irgendwelche Streikbrecher“ vorkam. Laut Kádár sei dies in seiner zwölfjährigen Karriere ein einmaliger Vorgang gewesen,⁹⁸ denn es sei „alles auf die ungarische Delegation hereingebrochen“.⁹⁹ Insbesondere Ulbricht griff die ungarische Delegation offen an. Er behauptete, „der nächste Schlag“ solle sich gegen Ungarn richten, wenn dessen Führung den tschechoslowakischen Reformprozess nicht eindeutig verurteile und die eigene Innenpolitik nicht besser kontrolliere.¹⁰⁰ Auch der bulgarische Generalsekretär Todor Živkov kritisierte auf diesem Treffen – wie bereits im Juni 1968 über seinen Botschafter – Kádárs Standpunkt, wenn auch höflicher als Ulbricht.¹⁰¹ Hinzu kamen Anschuldigungen Gomulkas, die der offenbar konster-

95 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968).

96 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/47, Nr. 744, 14.12.1968, S. 238

97 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 15.5.1968: *RFE- Bericht über westliche Berichterstattung zu Kádárs unterstützender Haltung gegenüber dem Prager Frühling*, 15.5.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-2-36, 1968-08-01: *Darstellung sowjetischer Pressereaktionen auf die vergleichsweise zurückhaltende ungarische Berichterstattung zum Prager Frühling*, 1968-08-01.

98 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968.

99 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 7278/1968, 1.8.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest*, 1.8.1968.

100 SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv, J IV 2/201/790, 15.7.1968, S. 280–281 1995. Im inhaltlich fast identischen polnischen Transskript finden sich leichte sprachliche Abweichungen, wobei Ulbrichts Formulierungen noch unversöhnlicher und überheblicher als im deutschen Protokoll erscheinen (vgl. die polnische Version in Navrátil 1998, S. 218). Zu Ulbrichts auch nach der ungarischen Beteiligung an der Militäraktion unverändertem Standpunkt vgl. NA Praha, KSC-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/15, Nr. 245, 10.1.1969: *Bericht des ČTK-Korrespondenten Drábka über "vertrauliche Gespräche in Ungarn"*, 10.1.1969.

101 SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv, J IV 2/201/790, 15.7.1968, S. 285; 286 1995; AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 11, Karton 75, Nr. 5452, 10.6.1968: *Brief des ungarischen Botschafters Marjai in Belgrad an den stellvertretenden Außenminister Erdélyi mit einem Bericht über die Zusammenkunft mit dem stellvertretenden bulgarischen Außenminister G. Grozev*, 10.6.1968.

nierte Kádár in seinem abschließenden Redebeitrag gar nicht mehr kommentierte.¹⁰² Stattdessen beteuerte er mehrfach seine uneingeschränkte Loyalität gegenüber der Sowjetunion.¹⁰³

Die Angriffe der ostdeutschen und bulgarischen Genossen riefen in der Budapester Parteizentrale große Besorgnis hervor.¹⁰⁴ Entscheidend für die politische Zukunft der MSzMP erschien ihr jedoch die Sowjetunion, der sie bei jeder Gelegenheit die Treue zusicherte.¹⁰⁵ Schließlich konnte die ungarische Parteiführung auf die enge Partnerschaft mit der Sowjetunion weder aus machtpolitischen noch wirtschaftspolitischen Gründen verzichten. Diese Unterordnung war kein reines Lippenbekenntnis: Anfang Juli schrieb das ungarische Politbüro dem tschechoslowakischen Zentralkomitee einen Warnbrief, in dem es eine stärkere Kontrolle der gesellschaftlichen Reformdynamik forderte.¹⁰⁶ Dies geschah nicht aus Eigeninitiative, sondern aus pragmatischen Überlegungen, wie Kádár gegenüber seinem Zentralkomitee klar machte.¹⁰⁷

Es wäre sicher zu kurz gegriffen, den ungarischen Meinungswandel und die Beteiligung an der Militäraktion nur vor dem Hintergrund einer militärischen Bedrohung Ungarns zu sehen, wie sie Ulbricht angedeutet hatte. Vielmehr gab es für die kommunistische Führung in Ungarn keine sinnvollen Alternativen zur sowjetisch dominierten Allianz. Die Vermutungen ausländischer Beobachter, Ungarn könne an einer Art „Kleinen Entente“ mit Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei interessiert sein,¹⁰⁸ dürften eher journalistischem Wunschdenken als konkreten Anhaltspunkten der ungarischen Außenpolitik entsprungen sein.

Allerdings vertraten nicht alle Mitglieder der politischen Führung Ungarns einen uneingeschränkt pro-sowjetischen Standpunkt. So beschwerte sich der ungarische Verteidigungsminister Lajos Csinege bei den sowjetischen Befehlshabern über deren dominantes Vorgehen während der Šumava-Übung. Diesen Schritt verurteilte das ungarische Politbüro jedoch und verlangte künftig absolute Zurückhaltung und Kooperationsbereitschaft

102 SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv, J IV 2/201/790, 15.7.1968, S. 246–277 1995.

103 Ebenda.

104 Dies zeigt sich u.a. noch in Kádárs vertraulichen Erklärungen gegenüber Andropov Ende des Jahres MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/47, Nr. 744, 14.12.1968).

105 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 4370/1968, 3.5.1968, S. 162 1995; AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/S 3, [8.5.1968], S. 205 1995; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/5, Nr. 462, 15.7.1968, MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-1-29, 28.10.1968: *RFE-Monitoring eines ungarischen Radiokommentars vom 19.10.1968, 14.45 Uhr auf Radio Budapest*, 28.10.1968; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/47, Nr. 744, 14.12.1968, S. 238.

106 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/15, 5.7.1968: *Brief des Politbüros der MSzMP an das Präsidium des ZK der KSČ*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.) 1995, S. 260–261.

107 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968

108 Konitzer in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.6.1968; AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 7, Karton 75, Nr. 5448, 22.5.1968.

gegenüber den sowjetischen Militärs.¹⁰⁹ Offenbar wollte es seinen Kredit in Moskau nicht durch Alleingänge ungarischer Regierungsmitglieder gefährden.

Nicht zuletzt aufgrund seiner eigenen Biografie hegte Kádár im Gegensatz zu Dubček keine Illusionen hinsichtlich seiner eigenen Spielräume. Dies zeigte sich im gesamten Verlauf der tschechoslowakischen Krise: Kádár kommunizierte regelmäßig mit Brežnev und kritisierte den Prager Frühling viel offener als im Gespräch mit Dubček.¹¹⁰ In einem dieser Direkttelefonate mit Brežnev erteilte Kádár seine widerwillige Zustimmung zur Militäraktion gegen die ČSSR. Dies war am 26. Juli 1968 und Brežnev soll sich darüber geradezu kindlich erfreut gezeigt haben.¹¹¹ Dabei war Kádárs Zusage ein wichtiges außenpolitisches Signal der Zugehörigkeit Ungarns zum sowjetischen Lager.

Der ungarischen Führung war durchaus klar, dass die sowjetische Führung allein aus strategischen Gründen bei einem Bruch mit Ungarn und der ČSSR keine Kompromisse eingehen würde – anders als bei den weniger exponierten sozialistischen Staaten Jugoslawien und Rumänien. Zwar betonte Kádár, dass sich Moskau vor der Intervention in der ČSSR nicht direkt in die ungarische Entscheidungsfindung eingemischt habe,¹¹² doch sowohl der Einmarsch in die Tschechoslowakei als auch die eigenen Erfahrungen von 1956 verdeutlichten, dass ein Sonderweg für sogenannte Frontstaaten nur mit dem Einverständnis der Sowjetunion möglich war.

Diese Erkenntnis brachte die Budapester Führung in ein Dilemma: Einerseits wollte sie nach innen ihre Herrschaft stabilisieren, indem sie sich im sozialistischen Lager für Reformen und nationale Sonderwege einsetzte. Andererseits waren gute Beziehungen zur Sowjetunion eine wichtige Grundlage für die Herrschaftssicherung der ungarischen Kommunisten. Die Budapester Führungsriege bemühte sich daher, keine Schritte zu unternehmen, die ihre Treue zu Moskau infrage stellte.¹¹³ Gleichzeitig wollte sie jedoch auch den Prager Frühling nicht vollständig verdammen, weil sie sich damit mit ihren Reformbestrebungen im eigenen Land unglaubwürdig machen konnte. Als die Differenzen zwischen dem ungarischen und tschechoslowakischen Reformexperiment jedoch im Verlauf des Prager Frühlings immer deutlicher wurden, verbreiteten sich auch in den ungarischen Parteikreisen ernsthafte Bedenken über die Ausmaße und Auswirkungen des tschechoslowakischen Reformprozesses.

Verselbstständigung des tschechoslowakischen Reformexperiments

Vor der gesellschaftlichen Reformbewegung in der ČSSR warnte die ungarische Parteispitze schon in ihren ersten Begegnungen mit der neu gewählten KSC-Führung.¹¹⁴ Diese

109 Pataky 1993, S. 62.

110 Kun 1999, S. 220–222.

111 Gough 2006, S. 169.

112 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968.

113 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/47, Nr. 744, 14.12.1968.

114 Vida 1994; Kajári 1998.

Bedenken wurden stärker, als sich der tschechoslowakische Reformprozess mit dem Aktionsprogramm und der Abschaffung der Zensur weiter verselbstständigte. Immer offener kritisierten ungarische Funktionäre gegenüber der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest die „rechten Kräfte“ und den „Missbrauch der Massenmedien“ in der ČSSR.¹¹⁵ Nach langer Zurückhaltung verurteilte die Budapester Führung die innenpolitische Lage in der ČSSR im Juli 1968 auch öffentlich.

Die freie Presse in der ČSSR sorgte Mitte Juni 1968 sogar für einen diplomatischen Eklat: Ausgerechnet zur Zeit eines tschechoslowakischen Staatsbesuchs in Ungarn erschien in *Literární listy* ein folgenschwerer Artikel von Osvald Machatka. Der Autor, ein tschechischer Historiker und ehemaliger Kulturattaché an der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest, kritisierte das Todesurteil gegen Imre Nagy vom Juni 1958. Anlässlich dieses Jahrestags sprach er sich dafür aus, Nagys Vorstellungen eines menschlicheren Sozialismus auch in der Tschechoslowakei wahrzunehmen.¹¹⁶ Damit brach er in Ungarn ein politisches Tabu: Kádárs politische Existenz basierte zu einem wesentlichen Teil darauf, die Rechtmäßigkeit des Volksaufstandes und der damaligen Übergangsregierung unter Nagy zu leugnen. Die Hinrichtung Nagys sollte einen Schlussstrich unter diese Episode des ungarischen Staatssozialismus ziehen. Wer sie in Frage stellte, richtete sich auch gegen die aktuelle MSzMP-Diktatur.

Die Empörung in der ungarischen Parteiführung war groß, wie die Aufzeichnungen aus zahlreichen persönlichen Gesprächen mit tschechoslowakischen Politikern und auch schriftliche Proteste zeigten.¹¹⁷ So bezeichnete das Budapester Zentralkomitee in einem offiziellen Brief an das KSČ-Präsidium den Machatka-Artikel als Frontalangriff auf die Politik der MSzMP nach 1956. Der Artikel stellte in verleumderischer und verzerrter Weise den Kampf der ungarischen Staatspartei gegen die ungarische „Konterrevolution“ dar.¹¹⁸ Er wolle zudem gezielt das tschechoslowakisch-ungarische Verhältniss schädigen, indem er zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags erschienen sei.¹¹⁹ Viel wahrscheinlicher ist freilich, dass der Artikel zu einem Datum erschien, das dem zehnjährigen Jahrestag der Hinrichtung entsprach. Außerdem war der Staatsbesuch kurzfristig auf dieses Datum verschoben worden.¹²⁰ Dennoch forderte Kádár seine tschechoslowakischen Genossen vor dem Hintergrund des Artikels nun umso energischer auf, die Massenmedien strenger zu kontrollieren. Dabei erinnerte er auch an das Vorgehen der MSzMP im Dezember 1956, als die gesamte Redaktion der damaligen Parteizeitung

115 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990, S. 3.

116 Machatka in *Literární listy*, 13.6.1968, S. 13.

117 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 103, Punkt 3, 25.6.1968, S. 250 1995.

118 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/15, 5.7.1968, S. 261 1995

119 Machatka in *Literární listy*, 13.6.1968, S. 13.

120 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 3618/1968, 24.5.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest*, 24.5.1968

entlassen wurde, weil sie ZK-Beschlüsse boykottiert hatte.¹²¹ Gegenüber den Warschauer Bündnispartnern bezeichnete Kádár Machatkas Artikel als ernststen Angriff nicht nur gegen die MSzMP, sondern auch gegen die anderen sozialistischen Staaten, die gemeinsam gegen die Konterrevolution gekämpft hätten. Er fügte hinzu: „Wenn die Tschechen diese Frage nun nochmals aufwerfen, so ist das gefährlich, und diese Gefahr kann gewisse Resultate nach sich ziehen.“¹²²

Eine weitere Veröffentlichung verstärkte in Ungarn die Skepsis gegenüber dem tschechoslowakischen Erneuerungsprozess: Ludvík Vaculíks *Manifest der 2000 Worte*. In ihm meinten die ungarischen Genossen „aus ihren Erfahrungen“ einen „Aufruf zu konterrevolutionären Aktionen“ zu erkennen.¹²³ Das Manifest veranlasste Kádár auch, auf dem Warschauer Gipfeltreffen Mitte Juli 1968 „in einem größeren Maße als vor zwei oder drei Monaten ein entschlossenes Vorgehen der kommunistischen Kräfte“ in der ČSSR zu fordern.¹²⁴ Nach seiner Einschätzung war nicht nur der kritische Text selbst problematisch, sondern auch dessen positiver Anklang in den tschechoslowakischen Betrieben. Kádár verwies in diesem Zusammenhang auf die revolutionären Arbeiterräte von 1956 in Ungarn, die sich ebenfalls als politisch unzuverlässig erwiesen hatten.¹²⁵

An der vermehrt ablehnenden Haltung Ungarns änderten weder die schriftlichen Entschuldigungen tschechoslowakischer Politiker noch die Spitzentreffen in Čierna und Bratislava etwas.¹²⁶ Anfang August 1968 verabschiedete sich die ungarische Führung von ihren Bemühungen um objektive Bewertung und sachliche Kritik gegenüber dem Prager Frühling. Stattdessen schloss sie sich den dramatisierenden Pauschalurteilen der Bündnisparteien an. Kádár behauptete vor dem ungarischen ZK, die Bewertung der MSzMP habe sich aufgrund der neuen Situation in der ČSSR geändert, die sich mit „stürmischer Geschwindigkeit“ in eine negative Richtung entwickle: Die KSČ träfe ihre Entscheidungen nur noch unter Einbezug der Öffentlichkeit und befinde sich damit auf dem Weg Imre Nagys.¹²⁷ Diese Analogie zu 1956 tauchte in den internen Verhandlungen der MSzMP-Spitze in den Wochen vor der Intervention häufig auf. Schließlich wurde sie eines der Hauptargumente für die Militäraktion gegen die ČSSR.

121 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 82, 25.6.1968, S. 248 1995; vgl. dazu außerdem AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 15/311, PZ-T 13/1968, 25.7.1968.

122 SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv, J IV 2/201/790, 15.7.1968, S. 278 1995.

123 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 05/117, 28.6.1968: *Protokoll über ein Gespräch des tschechoslowakischen Außenministeriumsreferenten Mohelský mit dem ungarischen Botschafter in Prag vom 27.6.1968*, 28.6.1968

124 SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv, J IV 2/201/790, 15.7.1968, S. 278–279 1995

125 Ebenda.

126 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/15, Bd. 245, 16.7.1968: *Tschechoslowakisches Protokoll eines konfidenziellen Treffens zwischen Dubček, Černík, Kádár und Fock vom 13.7.1968 in Komárom*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.) 1995, S. 300–304, S. 302; AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 7278/1968, 1.8.1968

127 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968

Dabei interpretierte die ungarische Parteispitze den Prager Frühling relativ einseitig auf der Basis ihrer eigenen Erfahrungen. Obwohl sie dadurch einen differenzierten Blick auf die Vorgänge in der ČSSR hatte als die anderen Warschauer-Pakt-Parteien, verkannte sie die enorme Eigendynamik des tschechoslowakischen Reformprozesses: Die gesellschaftliche Bewegung in der Tschechoslowakei war durch administrative Maßnahmen nicht mehr zu stoppen. Ein Beispiel dafür war das vielzitierte Manifest der 2000 Worte. Es reagierte auf die Versuche der tschechoslowakischen Reformkommunisten, den selbst in Gang gesetzten Erneuerungsprozess unter internationalem Druck zu verlangsamen. Insofern erscheint die ungarische Forderung nach einer verstärkten Zensur unrealistisch: Im August 1968 hatte die Liberalisierung der Massenmedien in der ČSSR bereits solche Ausmaße erreicht, dass nicht einmal Hunderttausende von bewaffneten Warschauer-Pakt-Soldaten in der Lage gewesen waren, die Redaktionen unter Kontrolle zu bringen; auch die folgenden systematischen Säuberungen erwiesen sich erst nach vielen Monaten als wirksam. Insbesondere der monatelange zivile Widerstand nach der Besetzung der ČSSR zeigte, dass ein erheblicher Teil der tschechoslowakischen Bevölkerung mobilisiert und bereit war, sich für den Erhalt der Reformen aktiv einzusetzen. Dieser Zustand war den ungarischen Funktionären vor der Intervention nicht bewusst; Dubček, Smrkovský und auch die konservative Garde um Biřak und Švestka erlebte diese Situation dagegen im eigenen Land. Ihnen war im Gegensatz zu den ungarischen Beobachtern klar, dass sich der von oben eingeleitete Reformprozess nicht mehr auf gleichem Wege mit administrativen Maßnahmen und Gewalt eindämmen ließ.

Zur inneren Entwicklung in der Tschechoslowakei kam hinzu, dass die tschechoslowakische Führung nur zögerlich mit den Warschauer Bündnisparteien kooperierte. Dubčeks Weigerung, Mitte Juli 1968 an dem Kollektivtreffen in Warschau teilzunehmen, bezeichnete Kádár mehrfach als größten bisherigen Fehler der KSČ-Führung.¹²⁸ Kádárs außenpolitischer Begleiter und Übersetzer, Károly Erdélyi, behauptete später, er hätte seinen Chef noch nie so verärgert erlebt wie nach jenem bilateralen Treffen, auf dem Dubček die Einladung nach Warschau zum zweiten Mal ausgeschlagen hatte.¹²⁹ Kádárs Ärger ist insofern nachvollziehbar, als Dubčeks Haltung auch die ungarische Position vor der Sowjetunion schwächte: Kádár hatte vor den Bündnispartnern einen weiteren Aufruf an die tschechoslowakische Delegation durchgesetzt. Als Dubček auch diesen ablehnte, entstand eine peinliche Situation für die ungarischen Vertreter, die sich bei dem Warschauer Treffen „wie auf der Anklagebank“ vorkamen.¹³⁰ Dies schien die Gegner des Prager Frühlings in der MSzMP-Führung zu bestätigen. Sie werteten Dubčeks Verhalten als überheblich und kritisierten nun auch Kádár für seine bisherige Unterstützung der

128 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/5, Nr. 462, 15.7.1968; vgl. dazu ebenso AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 15/311, PZ-T 13/1968, 25.7.1968.

129 Gough 2006, S. 167

130 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990; SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv, J IV 2/201/790, 15.7.1968 1995

tschechoslowakischen Reformen.¹³¹ Damit sah sich der ungarische Generalsekretär nicht mehr nur dem außenpolitischen Druck, sondern auch einer innerparteilichen Herausforderung ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund und als die Treffen in Čierna und Bratislava die tschechoslowakische Krise nicht zu lösen vermochten, übernahm Kádár immer mehr den Standpunkt der anderen Bündnisstaaten, wonach in der ČSSR das sozialistische Staatssystem an sich gefährdet sei.

Übergreifen der tschechoslowakischen Reformideen auf Ungarn

Ein gewichtiges Argument der ungarischen Reformgegner bestand in den Auswirkungen, die der tschechoslowakische Erneuerungsprozess auf Ungarn haben könnte. Einige befürchteten schon Mitte Februar 1968, es könnte unter dem tschechoslowakischen Einfluss auch in Ungarn Umbesetzungen innerhalb der höchsten Parteiämter geben.¹³² Zu ihnen gehörten auch hohe Amtsträger der MSzMP, die im April 1968 erwarteten, die tschechoslowakischen Demokratisierungsbestrebungen könnten in Ungarn Anklang finden, wo ebenfalls noch unliebsame Relikte des Stalinismus existierten.¹³³ Auch Zoltán Komócsin, ZK-Sekretär für internationale Angelegenheiten, zeigte sich besorgt über den starken Widerhall der tschechoslowakischen Ereignisse bei der ungarischen Intelligenz, aber auch in der Parteibasis. Nach seiner Ansicht hätten sich in Ungarn mit dem Prager Frühling „kleinbürgerliche Elemente und Schichten“ in Bewegung gesetzt, die offen innerparteiliche Reformen forderten.¹³⁴ Dazu konnten auch Personalentscheidungen gehören, von denen der konservative Flügel des ungarischen Zentralkomitees zuerst betroffen gewesen wäre.

Nachdem in der ČSSR im Juni 1968 das *Manifest der 2000 Worte* und vorher der kontroverse Artikel Machatkas erschienen waren, fürchteten immer mehr MSzMP-Kader ein Übergreifen der tschechoslowakischen Reformdynamik auf die ungarische Bevölkerung. Die Eröffnung der Touristensaison vertiefte diese Bedenken: Die Bewohner beider Länder standen nun „massenhaft miteinander in Kontakt“.¹³⁵ So beschwerte sich Miklós Tóth, Leiter der politisch-organisatorischen Abteilung des ZK der MSzMP, Anfang August 1968 beim Prager Außenministerium, dass „Kolonnen junger Freunde von *Matica slovenská*“ nach Ungarn reisten und einige von ihnen dort den Aufruf *2000*

131 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990.

132 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/312, PZ-T 6/1968, 19.2.1968

133 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ 11, 16.4.1968: *Informationsschrift über den Widerhall der tschechoslowakischen innenpolitischen Entwicklung in Ungarn*, 16.4.1968, S. 4; Barth & Schweizer et al. 2005, S. 88

134 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 3505/1968, 6.4.1968: *Chiffretelegramm des tschechoslowakischen Chargé d’Affaires (Chabada) in Budapest über die Meinungen Komócsins, Gosztonys und verschiedener Ostblockstaaten über die Entwicklung in der Tschechoslowakei*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.) 1995, S. 128–129, S. 128

135 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 6927/1968, 23.7.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest*, 23.7.1968

Worte und Machatkas Artikel über Nagy verteilt hätten. Sie hätten antisowjetische und antisozialistische Propaganda betrieben und öffentlich Kádár und das ZK der MSzMP beschimpft.¹³⁶ Auch andere ungarische Politiker wollten vermeiden, dass die tschechoslowakischen Reformideen in der ungarischen Bevölkerung, insbesondere in den Betrieben übersteigerte Erwartungen auslösten.¹³⁷

Allerdings konnten die Staatsorgane wenig ausrichten gegen den Einfluss der tschechoslowakischen Reformideen, die auf Umwegen nach Ungarn gelangten. Besonders empfänglich waren offenbar Angehörige des ungarischen Klerus. Laut dem staatlichen Kirchenüberwachungsamt hätten sich in der Diözese Veszprém (in Westungarn) mehrere Priester dafür ausgesprochen, die ungarische Kirche aus ihrer Untätigkeit zu führen und nach dem Beispiel der tschechoslowakischen Glaubensgemeinschaften aktiv die eigenen Möglichkeiten zu erweitern.¹³⁸ Obwohl solche Meinungsäußerungen hinter vorgehaltener Hand abliefen, alarmierten sie die ungarischen Überwachungsorgane, die ähnliche Meldungen auch außerhalb der Kirchen erhielten. Beispielsweise berichtete das Parteisekretariat des Komitats *Zala* im Juli 1968 nach Budapest, dass die tschechoslowakischen Reformen „bei einigen antikommunistisch eingestellten Menschen“ große Sympathien hervorgerufen hätten.¹³⁹ In dieser Region konnten tschechoslowakische Rundfunk- und Fernsehsender problemlos empfangen werden, was die ungarischen Behörden als gefährlich einstufte.¹⁴⁰ Dies galt gleichermaßen für die ungarischsprachigen Zeitungen aus der Slowakei, darunter *Új Szó*. Da diese Medien ebenfalls nicht mehr der Zensur unterlagen, gaben sie die tschechoslowakische Reformdiskussion in ihrer ganzen Breite wieder. Aus Sicht der ungarischen Überwachungsorgane war diese Berichterstattung aber „tendenziös und unseriös“.¹⁴¹

136 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/413, 8.8.1968: *Protokoll eines Gespräches des 1. Sekretärs der tschechoslowakischen Außenmission in Budapest M. Petrina mit M. Tóth, dem Leiter der politisch-organisatorischen Abteilung des ZK der MSzMP vom 2.8.1968*, 8.8.1968; *Matica slovenská* ist ein 1863 als Ausdruck des kulturellen Nationalbewusstseins der Slowaken gegründetes slowakisches Kulturinstitut mit Sitz im mittelslowakischen Martin.

137 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, 18.7.1968: *Information für das Budapester Parteibüro über Meinungsbilder in den Budapester Großbetrieben (nagyüzemek) zu den tschechoslowakischen Ereignissen unter leitenden und einfachen Angestellten*, 18.7.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1559/68, 14.8.1968: *RFE-Stimmungsbericht eines anonymen Beobachters aus politischen Kreisen in Ungarn Mitte August 1968*, 14.8.1968

138 So die Beobachtungen des Informanten János Hegyi, Kurator der Amtsdiozese Veszprém in: MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr.16, Bl. 197, 23.4.1968: *Information des ungarischen Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten über Meinungen des Klerus bezüglich der tschechoslowakischen Entwicklung 1968*, 23.4.1968

139 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 232-235, 22.7.1968: *Brief von Gyula Varga, eines MSzMP-Sekretärs des Kreispartei Komitees von Zala an die Budapester Agitprop-Zentrale über den regionalen Widerhall der tschechoslowakischen Antwort auf den Warschauer Brief*, 22.7.1968

140 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 6927/1968, 23.7.1968

141 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/413, 8.8.1968.

Da sich keinerlei Anhaltspunkte für eine koordinierte Unterstützung des Prager Frühlings in Ungarn finden lassen, kann die Angst vor einem Übergreifen der tschechoslowakischen Forderungen auf die ungarische Bevölkerung als übertrieben angesehen werden. Dennoch war sie ein sehr präsender Teil der innerparteilichen und außenpolitischen Diskurse der MSzMP. Die Furcht vor dem grenzüberschreitenden Einfluss war daher ein wichtiger Faktor für den allmählichen Meinungsumschwung in der ungarischen Parteiführung.

Innerparteiliches Desintegrationsrisiko

Weder die Basis der MSzMP noch ihre Führungsgremien waren sich über die Beurteilung des tschechoslowakischen Reformprozesses völlig einig. Dabei erhöhte sich die Zahl seiner Gegner im Laufe der ersten Jahreshälfte von 1968. Während im April 1968 eine Fraktion des ZK der MSzMP den Prager Frühling uneingeschränkt befürwortete, stimmte ihm eine weitere mit gewissen Bedenken zu und eine dritte hegte große Vorbehalte.¹⁴²

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass die erste Gruppe ungarischer Politiker den Prager Frühling als bereits überfällige Korrektur vergangener Fehler und damit lediglich als ein Aufholen gegenüber den jüngsten ungarischen Reformen ansah. Demnach entsprach die Entwicklung in der ČSSR weniger dem Reformkurs von Imre Nagy vor 1956, als vielmehr den letzten zwölf Jahren der Stabilisierungspolitik unter Kádár.¹⁴³ Die Vertreter dieser Ansicht begrüßten den Einfluss des Prager Frühlings auf Ungarn und andere sozialistische Staaten und wollten den Austausch vorantreiben.¹⁴⁴ Als es im August 1968 um die Entscheidung für oder gegen die Militäraktion ging, erwies sich dieser Parteiflügel allerdings als relativ schwach: Auch er war vorrangig an der Erhaltung einer stabilen ungarischen Führung interessiert und ordnete diesem Ziel die reformsozialistischen Ambitionen unter.¹⁴⁵

Kádár sah sich selbst als „Zentristen“ und gehörte der zweiten Meinungsgruppe in der ungarischen Parteiführung an. Ihre Mitglieder äußerten schon im März 1968 Befürchtungen über das Schicksal des Sozialismus in der ČSSR.¹⁴⁶ Anders als die erste Gruppe sahen sie deutliche Parallelen zwischen dem tschechoslowakischen Reformprozess und der Reformstimmung vom Sommer 1956 in Ungarn, die später in den Aufstand gemündet hatte.¹⁴⁷ Dies betraf vor allem die tschechoslowakischen Massenmedien und das breite gesellschaftliche Engagement am Erneuerungsprozess.¹⁴⁸

142 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/413, 11.4.1968

143 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 15/311, PZ-T 13/1968, 25.7.1968

144 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/413, 11.4.1968, S. 4

145 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968.

146 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/311, PZ 11, 16.4.1968; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/413, 11.4.1968, S. 2

147 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/312, PZ-T 6/1968, 19.2.1968

148 So etwa der Prorektor der staatlichen ungarischen Parteihochschule Szabó (AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/413, 11.4.1968).

Viele Vertreter der zentristischen Gruppe schlossen sich nach und nach der dritten Fraktion an,¹⁴⁹ die Dubček ablehnte und die tschechoslowakischen Reformverbände bereits mit den revolutionären Organisationen von 1956 verglich.¹⁵⁰ Sie erwarteten ein baldiges Übergreifen der tschechoslowakischen Krise auf politisch bedeutende Kreise in Ungarn, wodurch sie ihre eigene Machtposition gefährdet sahen. Daher bemühte sich dieser Parteiflügel, Kádár für seinen Standpunkt zu gewinnen; denn der Generalsekretär war in breiten Teilen der ungarischen Parteiführung und -basis anerkannt. Die vermeintlichen tschechoslowakischen Angriffe auf Kádár, z. B. Machatkas Artikel, lieferten dafür ein willkommenes Argument. Auch die häufigen Kontakte der KSČ-Führung zu Jugoslawien und Rumänien unterstützten die ungarischen Reformgegner in ihrer Überzeugungsarbeit: Sie konnten vor einer „Kleinen Entente“ warnen.¹⁵¹

Durch das Erstarken dieses reformfeindlichen Flügels drohte Kádár die Entstehung einer dogmatischen Opposition aus den eigenen Reihen, die durch die interne und außenpolitische Zuspitzung der tschechoslowakischen Krise an Boden gewann.¹⁵² Wohl nicht zuletzt um der konservativen Kritik aus den eigenen Reihen zu begegnen, verurteilte Kádár Anfang August 1968 auf internen Parteisitzungen die tschechoslowakische Parteipraxis ungewöhnlich scharf.¹⁵³ Er war plötzlich einem neuen „Kampf an zwei Fronten“ ausgesetzt: Auf der einen Seite zeigten mächtige Führungskollegen, darunter Premierminister Fock, „aus eigener Erfahrung“ prinzipielles Verständnis für den tschechoslowakischen Reformprozess,¹⁵⁴ auf der anderen Seite forderten die Reformgegner eine Intervention. Kádár entschied sich für die militärische Alternative, wenn auch widerwillig.

Um die Einheit der Partei dennoch wiederherzustellen, versuchte Kádár nachträglich mit allen Mitteln, seine Entscheidung zum Einmarsch zu rechtfertigen. Auch dabei

149 Vgl. dazu die Äußerungen Komócsins AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 7278/1968, 1.8.1968).

150 Vgl. dazu die Ansichten des Politbüro-Mitglieds István Szirmai bei OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-2-120, 7.5.1968: *RFE-Übersetzung und -Kommentar eines Artikels in Pravda vom 20.4.968, den Agitpropchef und MSzMP-Politbüromitglied István Szirmai über den tschechoslowakischen Reformprozess und die Flexibilität sozialistischer Staatlichkeit schrieb*, 7.5.1968, S. 4

151 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T MLR, 1965-69, Nr. 015/117, Protokoll 0188/68, 8.10.1968: *Protokoll eines Gespräches des 1. Sekretärs der tschechoslowakischen Außenmission in Budapest zwischen Matej Petrina und M. Tóth, dem Leiter der politisch-organisatorischen Abteilung des ZK der MSzMP vom 25.9.1968*, 8.10.1968.

152 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990, S. 4

153 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 2843/68, 20.3.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest*, 20.3.1968, AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 3114/1968, 27.3.1968.

154 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 3618/1968, 24.5.1968, AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 15/311, PZ-T 13/1968, 25.7.1968 Vgl. dazu auch AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990).

bemühte er den Vergleich mit der Ungarischen Revolution. Damit konnte er die Militäraktion in der ČSSR als notwendiges Übel ohne echte Alternative darstellen: „In Ungarn brach 1956 eine bewaffnete Konterrevolution aus, es war also zweifellos bewaffnete Hilfe nötig. (...) [Die Geschichte] wird auch das tschechische [sic] Problem lösen, doch hier ist die internationale kommunistische Bewegung ein entscheidender Faktor.“¹⁵⁵ Kádár wollte den Truppeneinmarsch in die ČSSR als Präventivmaßnahme darstellen, die ein Blutbad wie 1956 in Ungarn verhindern sollte. Gleichzeitig sollte die Militäraktion Teil der internationalen kommunistischen Bewegung und damit „keine ungarische Erfindung“ sein. Gegenüber den Interventionsgegnern in der eigenen Partei versuchte er seinen Führungsanspruch zu rechtfertigen: „Es gab 1956 Menschen, die der neuen ungarischen Führung nicht vertrauten. (...) Eine noch wichtigere Lehre, die man aus diesen Zeiten ziehen muss, ist, dass die MSzMP und die ungarische Regierung in diesen ungewöhnlich schwierigen Zeiten in der Lage waren, einen Kampf an zwei Fronten zu führen.“¹⁵⁶

Diese Erklärung akzeptierten im Zentralkomitee die meisten Mitglieder, die die Erfolge der kommunistischen Restauration offenbar auch für sich beanspruchten.¹⁵⁷ Zudem befürchteten alle Fraktionen eine innerparteiliche bzw. gesamtgesellschaftliche Spaltung über die tschechoslowakische Frage, die zum landesweiten Problem werden konnte.¹⁵⁸ Keiner war an einer Konfrontation mit den Gewerkschaften und der Parteibasis interessiert, unter denen eine pro-reformistische Haltung dominierte.¹⁵⁹ Die Führung dieser mitgliederstarken Organisationen war im Zentralkomitee gebündelt. Ihre Schwächung konnte unabsehbare Folgen haben. Vor allem deshalb kam es in der Budapester Führung nicht zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern und Gegner der Invasion. Vielmehr gingen ihre Vertreter pragmatisch vor, vermieden direkte Konflikte und suchten gemeinsam nach konstruktiven Kompromissen zur innenpolitischen Schadensbegrenzung. Dazu gehörte auch die mehrheitliche Zustimmung zur Invasion.

4.2 Reaktionen der ungarischen Führung auf den Prager Frühling

4.2.1 Außenpolitik „an zwei Fronten“

155 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968

156 Ebenda

157 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/313, KS 16/1968, 18.10.1968: *Bericht über die Resonanz der ungarischen kulturellen Öffentlichkeit auf die tschechoslowakischen Ereignisse*, 18.10.1968.

158 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968.

159 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 7278/1968, 1.8.1968

Direkter Austausch mit dem tschechoslowakischen Reformflügel

Die Wahrnehmung des Prager Frühlings wirkte sich direkt auf die Außenpolitik der Kádár-Führung aus. Dafür legte die internationale Abteilung des ZK der MSzMP im Mai 1968 genaue Richtlinien fest, die gemeinsam mit den Bruderparteien umgesetzt werden sollten. Eine von ihnen verlangte, den „gesunden Kern“ der tschechoslowakischen Staatsführung zu unterstützen. Gemeint waren Dubček und weitere Vertreter seiner „zentristischen“ Linie. Zu ihnen sollten die außenpolitischen Vertreter der MSzMP Vertrauen aufbauen und dadurch ein konsequenteres Vorgehen gegen „revisionistische“ Tendenzen in der KSČ erwirken.¹⁶⁰

Diese Empfehlungen erneuerte die MSzMP-Auslandsabteilung im Juni 1968 und ergänzte sie um eine propagandapolitische: Nun sollten auch die ungarischen Medien die tschechoslowakische Pressefreiheit stärker kritisieren.¹⁶¹ Diese und auch andere Maßnahmen gegenüber der ČSSR sollten mit den sozialistischen Bündnispartnern abgestimmt werden – insbesondere mit der sowjetischen Führung, die für die MSzMP weiterhin die wichtigste außenpolitische Konstante war. Eine direkte, zumal militärische Einmischung in die tschechoslowakischen Angelegenheiten war dagegen zu keinem Zeitpunkt erklärtes Ziel der ungarischen Außenpolitik.¹⁶² Vielmehr war die ungarische Führung selbst sehr an einer politischen Lösung der tschechoslowakischen Krise interessiert.

Deshalb verlief der politische Austausch zwischen der neuen KSČ-Führung und den Spitzenvertretern der MSzMP zunächst sehr freundschaftlich.¹⁶³ Dies zeigen die ungarischen und tschechoslowakischen Protokolle der überdurchschnittlich häufigen bilateralen Treffen zwischen Ungarn und der ČSSR. Die Atmosphäre war dort deutlich entspannter als auf den Beratungen der tschechoslowakischen Reformkommunisten mit den anderen Vertretern der Warschauer-Pakt-Staaten: Schon nach der ersten informellen Begegnung am 20. Januar 1968 in der Südslowakei gewann Kádár von Dubček einen „sehr guten Eindruck“.¹⁶⁴ Diese Grundstimmung der ungarischen Außenpolitik hielt in der ersten Jahreshälfte von 1968 an. Die ungarischen Spitzenvertreter stimmten den tschechoslowakischen Reformern in den ersten Monaten nach Dubčeks Führungsübernahme grundsätzlich zu, indem sie die letzten Jahre der Novotný-Führung verurteilten und sich für eine Neuinterpretation des Slánský-Prozesses aussprachen.¹⁶⁵ Dabei erin-

160 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 7, Karton 75, Nr. 5448, 22.5.1968; AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 10, Karton 75, Nr. 5451, 6.6.1968

161 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 10, Karton 75, Nr. 5451, 6.6.1968

162 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/47, Nr. 744, 14.12.1968, S. 234.

163 Zur Chronologie dieser Treffen vgl. Tókécs 1998, S. 48–55 und Gough 2006, S. 162–171.

164 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/5, Nr. 444, 23.1.1968: *Protokoll der Politbürositzungen der MSzMP, in der u.a. Kádár über sein Treffen mit Dubček am 20.1.1968 berichtete*, 23.1.1968

165 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 10, Karton 75, Nr. 5451, 6.6.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 18./19.3.1968.

nerte Kádár etwas belehrend daran, dass Ungarn der KSČ entsprechende Schritte bereits im August 1962 vorgeschlagen hatte.¹⁶⁶

Ansonsten äußerte Kádár gegenüber den tschechoslowakischen Reformkommunisten viel Verständnis und übte nur sachliche Kritik. Damit unterschied er sich wesentlich von der Haltung Ulbrichts oder Živkovs: Auf dem Dresdner Kollektivtreffen im März 1968 vertrat Kádár als einziger Redner die Meinung, dass die KSČ ihre inneren Angelegenheiten selbst lösen und entscheiden sollte.¹⁶⁷ Er forderte die tschechoslowakische Seite auf, möglichst viele Informationen zur Verfügung zu stellen, damit die Bündnispartner die Situation in der ČSSR besser verstehen könnten.¹⁶⁸ Diese ausdrückliche Bereitschaft, sich ein realistisches Bild zu machen, ohne bereits vorab ein vernichtendes Urteil gebildet zu haben, blieb in der ansonsten aggressiven Atmosphäre dieser Versammlung eine Ausnahme. Im Mai 1968 wiederholte Kádárs außenpolitischer Berater Erdelyi diesen Standpunkt gegenüber außenpolitischen Vertretern der ČSSR.¹⁶⁹ Mit dieser Haltung erwarb sich die ungarische Parteiführung unter den tschechoslowakischen Reformkommunisten viel Kredit, denen sie den Eindruck vermittelte, in Ungarn einen aufrichtigen Partner gefunden zu haben.¹⁷⁰

Im Zwiegespräch mit Dubček zeigte sich der ungarische Generalsekretär betont offen für die ambitionierten Pläne der neuen KSČ-Spitze. Anfangs spielte Kádár noch die Kritik der anderen Bündnispartner herunter, indem er behauptete, man könne unter den Bruderparteien keinen gemeinsamen Standpunkt erzwingen, sondern nur Meinungen austauschen.¹⁷¹ Außerdem solle Dubček abweichende Meinungen unter den Bruderparteien zur Kenntnis nehmen und deren Existenz akzeptieren, ohne daran Anstoß zu nehmen.¹⁷² Mit Blick auf die erzürnte DDR-Führung riet er der KSČ allerdings, keine weitere Annäherung an Westdeutschland zu betreiben.¹⁷³ Vor allem gemahnte er, auf die innere Einheit in der KSČ zu achten. Hier gelte es, die Entstehungsgeschichte der

166 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 2843/68, 20.3.1968

167 SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv J IV 2/201/777 und 778, 23.3.1968 1995.

168 Ebenda

169 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 3618/1968, 16.5.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest*, 16.5.1968

170 Vgl. dazu die Aussagen des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, der im Zusammenhang mit Ungarn von einer Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses und der engen Zusammenarbeit in allen Bereichen sprach: OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 20.4.1968: *RFE-Sendungsprotokoll eines Interviews mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten O. Černík auf Radio Budapest vom 20.4.1968, 18 Uhr*, 20.4.1968. Vgl. zur Wahrnehmung Ungarns als Partner außerdem: o. A. in *Práce*, 16.6.1968; Kotyk in *Rudé právo*, 10.7.1968, S. 7; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 28.5.1968: *RFE-Clipping eines Artikels von László Ujlaki in der Pravda (Bratislava) vom 28.5.1968 über ungarische Standpunkte gegenüber den tschechoslowakischen Reformen*, 28.5.1968.

171 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/15, Nr. 225, [Februar 1968]

172 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/5, Nr. 444, 23.1.1968

173 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/211, 19.4.1968

ungarischen „Konterrevolution“ zu berücksichtigen, deren Hauptursache die innerparteiliche Uneinigkeit der ungarischen Staatspartei gewesen sei.¹⁷⁴ Ebenfalls vor diesem Erfahrungshintergrund sprach sich Kádár dafür aus, politische Reformen besonnen und mit Rücksicht auf menschliche Befindlichkeiten durchzuführen.¹⁷⁵ Im Prinzip legte er seinem tschechoslowakischen Amtskollegen also eine politische Linie nahe, die seiner eigenen Innenpolitik seit den frühen sechziger Jahren entsprach. Der ungarische Botschafter in Prag wiederholte diese Empfehlungen im Mai 1968 und forderte aufgrund der veränderten Lage zudem eine „reale und verständliche Massenpropaganda“.¹⁷⁶

Der scheinbar ungetrübte Austausch zwischen Kádár und Dubček kulminierte in einem tschechoslowakischen Staatsbesuch Mitte Juni 1968 in Budapest. Dort wurde die Freundschaft zwischen beiden Volksrepubliken mit großem Aufwand zelebriert.¹⁷⁷ Diese öffentliche Inszenierung konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass aus Ungarn inzwischen vermehrt Warnungen an die tschechoslowakischen Reformkommunisten erklangen. Kádár kritisierte häufiger die tschechoslowakische Innenpolitik gegenüber den anderen Bündnispartnern: Auf dem Moskauer Kollektivtreffen im Mai 1968 stellte er geringschätzig fest, die tschechoslowakischen Reformkommunisten „fürchten sich, als ‚Konservative‘ bezeichnet zu werden. Diese Schranke der Angst haben sie noch nicht überwinden können.“¹⁷⁸

Kádár selbst hatte die Grenze zur Gewalt in den ersten Jahren nach der ungarischen Revolution mehrfach überschritten und erwartete dies nun auch von der tschechoslowakischen Führung. In einer nicht öffentlichen Sitzung während des tschechoslowakischen Staatsbesuchs im Juni 1968 forderte er die KSČ-Führung auf, ihre Beschlüsse notfalls mit administrativen Methoden durchzusetzen, unabhängig davon, was die Öffentlichkeit darüber denke. Erneut verwies er auf seine Erfahrungen nach 1956, als diese Praxis in Ungarn zum Erfolg geführt habe – allerdings in Verbindung mit „Überzeugungsarbeit“. Schließlich signalisierte Kádár seine Bereitschaft, die Tschechoslowakei in der Weise zu unterstützen, wie dies die KSČ im Herbst und Winter gegenüber Ungarn 1956 getan hatte.¹⁷⁹ Die Analogie zur damaligen tschechoslowakischen Außenpolitik gegenüber Ungarn spielte vermutlich auf die antireformistische Propaganda und die militärische Mobilisierung der Novotný-Führung an.¹⁸⁰ Beides setzte die ungarische Parteiführung

174 SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv J IV 2/201/777 und 778, 23.3.1968, S. 99 1995

175 Diesen Punkt betonten auch andere MSzMP-Funktionäre: AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/413, 11.4.1968, S. 3.

176 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 6, Karton 75, Nr. 5447, 20.5.1968

177 Vgl. dazu AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/116, TZ 6/68, 25.6.1968; OSA Budapest, Nr. 300/40/2, Karton 44, 13.6.1968: *MTI-Pressemeldungen (RFE-Monitoring) über die Berichterstattung zum Auftakt des tschechoslowakischen Staatsbesuchs in Budapest*, 13.6.1968.

178 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/S 3, [8.5.1968], S. 204 1995 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H. L.)

179 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 82, 25.6.1968, S. 246 1995.

180 Vgl. dazu Kapitel II.

wenige Wochen später in ähnlicher Weise gegen die ČSSR um.

Die ungarischen Forderungen nach administrativen Maßnahmen in der ČSSR wurden lauter, als das *Manifest der 2000* Worte erschien. In schärferem Ton forderte Kádár die tschechoslowakische Führung nun direkt auf, gegen die Unterzeichner des Manifests disziplinarische Maßnahmen einzuleiten.¹⁸¹ Ein entschlossenes Vorgehen verlangte er auch im Zusammenhang mit Machatkas Artikel über Nagy.¹⁸² Dass der tschechoslowakische Innenminister Pavel seit Januar 1968 keinen einzigen Bürger wegen staatsfeindlicher Äußerungen oder Tätigkeiten verhaftet hatte, bezeichnete Kádár vor dem ZK als „im Leben eines normalen Staates unvorstellbar.“¹⁸³ Dubček gegenüber verzichtete er auf so offene Worte. Stattdessen versuchte er ihm die ungarische Herrschaftspraxis anzupreisen: wegen „staatsfeindlicher Aktivitäten“ verhaftete Hochschulgruppen und Hippies.¹⁸⁴ Kádár betonte, die Erfahrung der konterrevolutionären Ereignisse von 1956 hätten ihn gelehrt, administrativ einzugreifen, wenn die sozialistische Macht gefährdet sei.¹⁸⁵

Dennoch blieb der Ton der ungarischen Kommunisten im Vergleich zu den anderen sozialistischen Staatsparteien weiterhin deutlich versöhnlicher. Dies fiel bei einer konzertierten Briefaktion der Warschauer-Pakt-Staaten zur Abstrafung der KSČ-Führung besonders auf: Während der sowjetische Brief vom 4. Juli 1968 über „frühere Hitleristen“ und „offene Klassenfeinde“ in der ČSSR wettete,¹⁸⁶ zeigte sich die MSzMP in ihrem einen Tag später schriftlich folgenden Standpunkt der MSzMP „solidarisch mit dem Kampf, den die tschechoslowakischen Kommunisten zur Verbesserung der Fehler der Vergangenheit und der weiteren Entwicklung der Kräfte des Sozialismus“ führten.¹⁸⁷ Der ungarische Brief enthielt ebenfalls eindeutige Kritik, war aber bewusst freundschaftlich formuliert. Er sollte der tschechoslowakischen Seite keinen Grund zur Aufregung geben, sondern lediglich die „Befürchtungen und Besorgnis einer Bruderpartei“ vermitteln.¹⁸⁸ Diesen Unterschied nahmen Reformgegner und Reformen in der Prager Führung gleichermaßen positiv auf. Es bestärkte ihre Hoffnungen, die ungarischen Kommunisten auf

181 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 12a, Karton 75, Nr. 5453, 5.7.1968

182 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/15, 5.7.1968 1995; AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 7278/1968, 1.8.1968

183 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968.

184 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 82, 25.6.1968 1995.

185 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 126, Inf. 1, [Ende August.1968]: *Bericht über das Treffen zwischen Dubček und Kádár in Komárno am 17.8.1968, wo es um die innenpolitische Entwicklung der ČSSR nach den Treffen in Čierné nád Tisou und Bratislava ging*, in: VONDROVÁ, J.; NAVRÁTIL, J. (Hg.) 1996, S. 216–219

186 Die Briefe sind jeweils abgedruckt in Vondrová et al. 1995, der hier zitierte sowjetische auf S. 253-257.

187 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/15, 5.7.1968 1995 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H. L.).

188 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968.

ihrer Seite zu haben.¹⁸⁹

Der ungarischen Parteiführung ging es jedoch nicht nur um die tschechoslowakischen Reformkommunisten. Vielmehr war sie an einer ausgewogenen und stabilen Bündnis-konstellation interessiert. Eines ihrer wesentlichen Anliegen gegenüber der KSČ bestand daher seit Anfang Juli 1968 darin, eine Lösung der tschechoslowakischen Krise unter Einbezug der Sowjetunion zu finden. Deshalb forderten Kádár und Fock Dubček auf einem kurzfristigen Treffen am 13. Juli 1968 in aller Deutlichkeit zur Zusammenarbeit mit Moskau auf.¹⁹⁰ Sie rieten der KSČ-Führung eindringlich, sich in ihren Verhandlungen nicht auf die kleineren sozialistischen Republiken einschließlich Ungarns, sondern auf die sowjetischen Repräsentanten zu konzentrieren.¹⁹¹

Als das tschechoslowakische Zentralkomitee entgegen diesem Ratschlag ein neues internationales Kreuzverhör verweigerte, drohte Kádár vage, der politische Kampf habe sich damit auf einen Weg begeben, den niemand gerne beschreiten würde.¹⁹² Verärgert warf er der Prager Delegation vor, die eigene Position gegenüber der Sowjetunion zu überschätzen.¹⁹³ Solche unklaren und im Vergleich zur aggressiven Sprache der anderen Bündnispartner harmlos klingenden Warnungen waren charakteristisch für Kádárs Ratschläge gegenüber Dubček. Ihren Zweck, die KSČ-Führung von einem energischen Umschwung zu überzeugen, erfüllten sie aber ebenfalls nicht, denn Dubček verweigerte anschließend die Teilnahme an dem multilateralen Treffen in Warschau. Dazu bemerkte Kádár später: „Hier haben sich unsere Wege getrennt“.¹⁹⁴ Das offizielle tschechoslowakisch-ungarische Verhältnis kühlte daraufhin deutlich ab.

Die innenpolitische Demokratisierung in der ČSSR und die Weigerung der KSČ-Führung, sich einem erneuten Tribunal zu stellen, waren im Sommer 1968 auch die Hauptstreitpunkte auf den Kollektivtreffen des Warschauer Pakts. Da Dubček und die Mehrheit des Präsidiums ein gewaltsames Vorgehen gegen die Liberalisierungsbewegung in der ČSSR kategorisch ablehnten, scheiterten alle Verhandlungsversuche auf internationaler Bühne. Auch zwischen Kádár und Dubček verhärteten sich die Fronten während des letzten bilateralen Treffens am 17. August 1968. Inhaltlich brachte dieses Gespräch kaum Neues, denn es trafen zwei unversöhnliche Standpunkte aufeinander: Kádár selbst behauptete, gegenüber Dubček konkrete Warnungen ausgesprochen zu haben.¹⁹⁵ Diese waren laut dem tschechoslowakischen Gesprächsprotokoll aber eher zweideutig,

189 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 104, Punkt 1, 12.7.1968: *Protokoll der 85. Sitzung des Präsidiums des ZK der KSČ, u.a. zu den Briefen der "Fünfergruppe" und einer entsprechenden Reaktion des ZK der KSČ*, in: VONDROVÁ, J. (Hg.) 2000, S. 227–250; Kun 1999, S. 217.

190 Vgl. die gleiche Forderung in: NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 07/15, 5.7.1968, S. 261 1995

191 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968

192 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 15/311, PZ-T 13/1968, 25.7.1968

193 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 7278/1968, 1.8.1968; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968

194 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/47, Nr. 744, 14.12.1968

195 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968

was Dubček zu der Frage veranlasst haben soll: „Sind dem Genossen Kádár in diesem Zusammenhang irgendwelche weitere Fakten bekannt, die seine Befürchtungen rechtfertigen?“¹⁹⁶ Falls Dubček damals bereits einen Truppeneinmarsch befürchtete, sollte sich seine Vorahnung nur drei Tage später bestätigen.

Vorher war die ungarische Überzeugungsstrategie in der ČSSR jedoch auf größeres Verständnis gestoßen als die aggressiven, polarisierenden und oft verleumderischen Positionen der anderen vier Bündnisstaaten. Die ungarische Außenpolitik sollte gegenüber Dubček den Anschein der Gleichberechtigung erwecken, doch ihre Vertreter sahen sich 1968 gegenüber der ČSSR zunehmend in der überlegenen Rolle der Ratgeber. Wie sich Dubček später erinnerte, versuchte Kádár, den Anschein von Verständnis und gut gemeintem Interesse zu erwecken.¹⁹⁷ Er sei auf den bilateralen Treffen immer „entspannt und freundlich“ gewesen.¹⁹⁸ Diesen Eindruck bestätigen zum Teil auch die tschechoslowakischen und ungarischen Protokolle dieser Begegnungen, aus denen die ungarische Doppelstrategie aus scheinbarer Zustimmung und höflichen Warnungen durchgängig erkennbar ist.¹⁹⁹ Allerdings erschien Kádár gemäß den offiziellen Aufzeichnungen eher freundlich-distanziert als familiär-verständnisvoll.

Ihre selbsternannte Beraterfunktion rechtfertigten die ungarischen Kommunisten mit zahlreichen Bezügen auf die eigenen Erfahrungen mit der ungarischen „Konterrevolution“ und dem danach erfolgreich eingeleiteten Reformkurs. Dies war nicht nur Überzeugungstaktik, sondern Teil des eigenen Selbstverständnisses der ungarischen Führung: Man hatte aus 1956 die richtigen Lehren gezogen. Wer dies öffentlich infrage stellte, stieß bei Kádár im In- und Ausland auf größten Widerstand. Osvald Machatka hatte dies in seinem Artikel über Nagy getan und Dubček und die Reformkommunisten hatten den Journalisten trotz ungarischer Proteste gewähren lassen. Daraufhin hatte Kádár den Dialog mit Dubček zwar nicht aufgeben, doch er suchte verstärkt nach Ansprechpartnern in der KSČ, die seinen Warnungen und Forderungen mehr Gehör schenken sollten.

Heimliche Kontaktaufnahme zu Reformgegnern in der KSČ

Auch im Juli 1968 bemühte sich die ungarische Parteiführung noch um eine politische Lösung des tschechoslowakischen Konflikts. Dazu wollte sie den „gesunden Kern“ in

196 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 126, Inf. 1, [Ende August.1968] 1996 (Übersetzung aus dem Tschechischen: H. L.); die Aussagekraft des tschechoslowakischen, undatierten Protokolls ist allerdings fragwürdig, weil es vermutlich erst nach dem Einmarsch angefertigt wurde: Vondrová & Navrátil 1996, S. 218, Anm. a.

197 Dubček 1993, S. 198–199

198 Ebenda, S. 217

199 Die entsprechenden Protokolle finden sich (gekürzt) bei Vondrová et al. 1995 bzw. Vondrová & Navrátil 1996

der KSČ unterstützten, worunter sie nun allerdings nicht mehr die reformkommunistischen KSČ-Führer, sondern deren politische Gegner verstand: Im Mai 1968 erstellte der ungarische Botschafter in Prag, Imre Kovács, bereits eine Liste „vertrauenswürdiger“ Kooperationspartner, auf der zum Beispiel Vasil Biľak und Oldřich Švestka standen.²⁰⁰ Beide suchten ihrerseits heimlich Kontakt zu den sowjetischen, aber auch ungarischen Spitzenpolitikern. Ohne die reformkommunistischen Präsidiumsmitglieder darüber zu informieren, trafen sie sich mehrmals mit ungarischen Staatsmännern.²⁰¹ Die Initiative für diese geheime Zusammenarbeit ergriff im Mai 1968 der konservative KSČ-Sekretär Drahomír Kolder, indem er den ungarischen Botschafter aufsuchte. Über diesen Umweg forderte er die Budapester Führung auf, gegenüber den anderen Bündnispartnern die Gefahren des Erneuerungsprozesses in der ČSSR unter einem bestimmten Aspekt hervorzuheben: Die ungarischen Kommunisten sollten im Lichte der ungarischen „Konterrevolution“ Vorschläge für den Umgang mit dem tschechoslowakischen Reformprozess machen.²⁰²

Kádár ließ sich auf diese Konspiration bereitwillig ein und berichtete darüber den anderen Bündnispartnern auf dem Warschauer Kollektivtreffen im Juli 1968.²⁰³ Gegenüber dem heimischen Zentralkomitee erklärte er dieses Vorgehen mit der Notwendigkeit, der ČSSR jegliche Hilfe zum Erhalt des Sozialismus zu leisten.²⁰⁴ Dazu gehörte auch die Kontaktaufnahme mit tschechoslowakischen Kommunisten aus der Umgebung Biľaks. Seinem übertriebenen Urteil zur Lage in der ČSSR vertraute die ungarische Parteiführung im August 1968 offenbar mehr als den Einschätzungen der tschechoslowakischen Führung unter Dubček. Der stellvertretende Außenminister Károly Erdélyi bezeichnete Biľak sogar als einzigen realistischen Informanten.²⁰⁵

Biľak vertrat die Ansicht, Dubček entwickle sich zu einem tschechoslowakischen Imre Nagy.²⁰⁶ Um diesen Standpunkt nicht nur Kádár, sondern auch dem sowjetischen Politbüro-Mitglied Petro Šelest mitzuteilen, reiste er am 20. Juli 1968 heimlich zu Kádárs Ferienvilla am Plattensee in Balatonaliga. Švestka und der slowakische ZK-Sekretär Štefan Sádovský begleiteten ihn. Vermutlich dort vereinbarten die tschechoslowakischen Kollaborateure unter Šelests und Kádárs Leitung die Einzelheiten zur Übergabe eines sogenannten Einladungsbriefs. Dieser sollte später den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten rechtfertigen.²⁰⁷ Während sich Biľak bei der Vorbereitung dieses nachträglich

200 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 6, Karton 75, Nr. 5447, 20.5.1968

201 Kun 1999, S. 73

202 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 6, Karton 75, Nr. 5447, 20.5.1968

203 SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv, J IV 2/201/790, 15.7.1968, S. 280 1995

204 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968

205 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 16c, Karton 75, Nr. 5457, 2.-3.8.1968: *Ungarisches Protokoll über das Gipfeltreffen in Bratislava vom 2./3.8.1968, 2.-3.8.1968.*

206 Biľak & Kukuk 2006, S. 109

207 Zu diesem „Einladungsbrief“ vgl. Janáček & Micháľková 1993. Zu den Besprechungen im Balaton Parteireisort vgl. Biľaks (von Kun kommentierte) Erinnerungen Kun 1999, S. 83–84.

oft als hochverräterisch gewerteten Dokuments zurückhaltend zeigte, förderte er mit seinen Lageberichten die Entscheidung zum Einmarsch: Er kompromittierte mehrere prominente tschechoslowakische Reformer und behauptete, Dubček stünde völlig unter dem Einfluss des rechten Parteiflügels.²⁰⁸ Da Biľak mit seinem antireformistischen Engagement den Zorn der tschechoslowakischen Bevölkerung auf sich ziehen konnte, bot Kádár ihm und seiner Familie an, während der ersten Wochen einer möglichen Militäraktion gegen die ČSSR in Ungarn zu verweilen.²⁰⁹ Damit erwiderte er eine frühere Geste slowakischer Kommunisten, die Kádár im Herbst 1956 angeboten hatten, seine Familie während des Aufstandes in der ČSR unterzubringen.²¹⁰

Allerdings erfüllte die Zusammenarbeit zwischen dem reformfeindlichen Flügel der KSČ-Führung weder die Erwartungen Moskaus noch die der ungarischen Parteiführung: Der Gruppe um Biľak und Indra gelang es vor der Okkupation trotz monatelanger Bemühungen nicht, im KSČ-Zentralkomitee ihre antireformistischen Positionen durchzusetzen. Noch kläglich scheiterte ihr mit Moskau abgestimmter Plan, in der Interventionsnacht eine moskautreue Putschregierung zu bilden.²¹¹ Dies verärgerte auch die Führungskader in Ungarn sehr. Sie hatten den Informationen Biľaks, Švestkas und Kolders geglaubt, wonach in Prag alles für den Machtwechsel vorbereitet war. Insbesondere die Kommandeure der ungarischen Okkupationstruppen beschwerten sich, weil sie mit den Folgen dieser Fehlinformationen während der Militäraktion direkt konfrontiert waren: Man habe mit dem konservativen Flügel gerechnet, doch der habe sich als „nutzlos“, „unfähig und organisatorisch machtlos“ erwiesen. Den Kollaborateuren fehle im Gegensatz zu ihren vorherigen Ankündigungen „jegliche Unterstützung der Massen“, so dass man nun mit jenen zusammenarbeiten müsse, „die wir als feindlich eingestuft haben.“²¹²

Darüber hinaus brachten Biľak und die anderen Signatäre die ungarische Parteiführung im eigenen Land in Erklärungsnot, weil sie sich weigerten, ihre Unterschrift unter dem Einladungsbrief öffentlich zuzugeben. Eine Aufforderung zur militärischen Besatzung des eigenen Landes, deren Autoren nicht bekannt waren, konnte in der Weltöffentlichkeit niemanden von der Rechtmäßigkeit der Militäraktion überzeugen. Vielmehr erschien in einem derart bedeutenden Kontext der Verweis auf ein anonymes Dokument lächerlich. Dies war auch den ungarischen Führungsmitgliedern klar, die sich über das Stillschweigen der tschechoslowakischen Kollaborateure verärgert zeigten. Erdélyi soll Biľaks öffentliches Leugnen kurz nach dem Einmarsch sogar als „Schweinerei“ bezeichnet

208 Ebenda, S. 71–73

209 So Biľak in einem staatsanwaltlichen Vernehmungsprotokoll vom 7.6.1990 (zit. nach Pauer 1995, S. 90).

210 Vgl. dazu Kapitel II.

211 Ebenda, S. 237–243

212 Magyar Honvédség Központi Irattára Budapest, Nr. Karton 5/12/11, Dok. 48, 2.9.1968: *Lagebericht vom ungarischen General F. Szűcs über die Situation in der Tschechoslowakei nach der Okkupation*, in: VOJENSKÝ HISTORICKÝ ÚSTAV (HG.), Nr. 42, Jg. 5 (1993), S. 159–162, S. 160

haben.²¹³

Kádár resümierte im Dezember 1968 gegenüber Andropov, die Kontakte zu der Gruppe um Biľak seien von Anfang an ein Misserfolg gewesen.²¹⁴ Sein Fazit ist im Kontext des ursprünglichen Hauptziels der ungarischen Außenpolitik zu sehen: einer politischen Lösung der tschechoslowakischen Krise. Dieses Ziel sollte mit allen Mitteln erreicht werden, unter anderem durch konspirative Absprachen mit nicht autorisierten KSČ-Vertretern. Davon erhoffte sich die ungarische Führung einen politischen Umschwung innerhalb der KSČ-Führung, oder – nach der endgültigen Entscheidung zum Einmarsch – wenigstens die politische Vorbereitung und Absicherung der Militäraktion. Beides misslang völlig; stattdessen beförderte Kádár mit seinen geheimen Kontakten zur Biľak-Gruppe jene Spaltung in der KSČ, die er eigentlich verhindern wollte.

4.2.2 Beteiligung an der Militäraktion gegen die ČSSR

Die ungarischen Truppen rückten am 20. August 1968 in die ČSSR ein und die letzten von ihnen kehrten Ende Oktober 1968 zurück. Ihre Beteiligung an der Okkupation der Tschechoslowakei war aus militärischer Sicht relativ unbedeutend. Allerdings war die Zustimmung der ungarischen Parteiführung zur Militäraktion aus symbolischen und strategischen Gründen wichtig. Die Hintergründe dieser Entscheidung und ihrer Umsetzung sollen daher im Folgenden betrachtet werden. Im Kontext des bereits gut erforschten operativen Hergangs der ungarischen Militärbeteiligung soll die Wahrnehmung des Prager Frühlings in der ungarischen Armee untersucht werden.

Die ersten militärischen Vorbereitungen für eine mögliche Intervention gegen die ČSSR begannen in Ungarn bereits am 8. April 1968: Eine Richtlinie des ungarischen Verteidigungsministers Czinege informierte darüber, dass die in Ungarn stationierten sowjetischen Einheiten eine sogenannte „Wehrgruppe Süd“ bilden sollten.²¹⁵ Zu dieser Zeit rechnete unter den ungarischen Militärs noch niemand ernsthaft mit der Okkupation eines Bruderlandes. Daran änderte sich auch wenig während der Militärübung *Šumava*, die zwischen dem 30. Mai und dem 3. August 1968 auf tschechoslowakischem Boden stattfand. Außer Rumänien nahmen alle Armeen der Warschauer Vertragsstaaten teil. Die sowjetischen Strategen nutzten die Übung offenbar, um die späteren Einmarschrouten auszukundschaften.²¹⁶ Währenddessen wussten Soldaten und Stäbe der ungarischen

213 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990, S. 12

214 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/47, Nr. 744, 14.12.1968, S. 235

215 Pataky 1993, S. 55–56.

216 Pauer 1995, S. 102–105. Zur operativen Vorbereitung und Durchführung der Militäraktion aus ungarischer Perspektive vgl. die auf zahlreichen ungarischen Militärquellen basierende Quellenstudie von Pataky 1996.

Volksarmee nichts über die Besatzungspläne der Warschauer-Pakt-Spitzen. Sie kannten nur die politische Zielsetzung des Großmanövers: den Aufbau einer Drohkulisse.²¹⁷

Die ungarische Parteiführung war dagegen im Bilde und erließ bereits Anfang Juli 1968 konkrete Anweisungen für einen möglichen Ernstfall: Die Heeresleitung sollte die relevanten Armeegruppen „politisch vorbereiten“ und die prinzipielle Folgebereitschaft der Soldaten in Erfahrung bringen.²¹⁸ Diese Maßnahmen sind im Kontext der Ungarischen Revolution zu sehen, als die ungarische Armee sich auf die Seite der Aufständischen geschlagen hatte. Seitdem bestand seitens der ungarischen Parteiführung großes Misstrauen gegenüber der politischen Zuverlässigkeit ihrer Streitkräfte. Eingehende politische Schulungen und Prüfungen der Offiziere im Vorlauf sollten das Risiko minimieren.

Noch bevor die Šumava-Übung beendet war, informierte der sowjetische Verteidigungsminister Andrej Grečko seinen ungarischen Kollegen Czinege telefonisch über seine Einmarschabsichten. Zwar sprach er an diesem Nachmittag des 22. Juli 1968 noch von „Übung“, doch aus dem Kontext ist unschwer erkennbar, dass es um die tatsächliche Besetzung der ČSSR ging. Daran sollte sich Ungarn „wenigstens mit einer Division beteiligen“; und falls keine ganze verfügbar wäre, „würde auch eine kleinere Einheit reichen.“²¹⁹ Wann genau die Budapester Führung dieser Bitte offiziell entsprach, lässt sich aufgrund der verfügbaren Dokumente nicht zweifelsfrei klären. Nach Meinung mehrerer Autoren kam die Zusage aber bereits am 23. Juli 1968, nachdem sich Kádár, Fock und andere leitende Funktionäre abgesprochen hatten.²²⁰ Der ungarische Generalstab blieb allerdings weiterhin in Unkenntnis: Die meisten verantwortlichen Offiziere gingen immer noch von einer Übung aus, als sie am frühen Morgen des 27. Juli 1968 telefonisch den Befehl für die Mobilisierung ihrer Truppen erhielten.²²¹ Einige wenige erhielten allerdings Angaben über die geplanten Marschrouten. Über die tatsächlichen Gründe der Mobilisierung teilten die sowjetischen Stäbe den operativen Gruppen in Ungarn ebenso wenig mit wie über den Zeitpunkt und die Ziele der geplanten Truppenbewegungen. Dies löste in der ungarischen Armee große Unsicherheit aus, die mit der Hoffnung verbunden blieb, dass es sich nur um eine weitere Übung handele.²²²

Erst am 20. August 1968 verabschiedete das Budapester Politbüro eine endgültige Resolution zu dem Einmarsch in die ČSSR, der noch am selben Tag begann. Ihren Wortlaut hatten die höchsten Vertreter der fünf Interventionsstaaten bereits wenige Tage vorher

217 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 12b, Karton 75, Nr. 5453, 6.7.1968; Magyar Honvédség Központi Irattára Budapest, Nr. Karton 5/12/2, Dok. 1, 5.7.1968, Nr. 42, Jg. 5 (1993); Pataky 1993, S. 60

218 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 12b, Karton 75, Nr. 5453, 6.7.1968

219 Zit. nach Pataky 1993, S. 65).

220 Gough 2006, S. 169; Kun 1999, S. 233; Huszár 1998, S. 194, Anm. 50

221 Pataky 1993, S. 69 zitiert hier u.a. das Tagebuch des leitenden Offiziers.

222 Kiss & Kellner 1990; Pataky 1993, S. 57–58

in Moskau ausgearbeitet: „Wir unterstützen die Aktionen und leisten jegliche Hilfe.“²²³ Gegen Mittag des 20. August 1968 gab der Verteidigungsminister Czinege die entsprechenden Befehle an die ungarischen Offiziere weiter. Diese zeigten sich überrascht, als sie die versiegelten Umschläge mit den Operationsplänen erhielten. Die Waffen wurden erst um 20.00 Uhr ausgehändigt, unmittelbar bevor sich die Truppen in Richtung der ungarisch-tschechoslowakischen Staatsgrenze in Bewegung setzten.²²⁴ Selbst zu diesem Zeitpunkt bekamen die schätzungsweise 12.000 Mann noch die Auskunft, es handle sich um eine Übung. Mit dieser Fehlinformation wollte das ungarische Zentralkomitee „Unzufriedenheit“ unter den Soldaten begrenzen.²²⁵ Bald war freilich nicht mehr zu verbergen, dass es sich bei den Truppenbewegungen um eine Besatzung handelte. Doch auch dann erhielten die Soldaten nur minimale und zum Teil falsche Informationen. Demnach habe die tschechoslowakische Führung die Warschauer-Pakt-Truppen offiziell um Hilfe gebeten, weil in der ČSSR eine Konterrevolution wüte und die NATO einen Angriff an der tschechoslowakischen Westgrenze vorbereite.²²⁶

Auch in dieser maximalen Geheimhaltung zeigte sich die Angst der MSzMP-Führung vor dem Ungehorsam der eigenen Soldaten. Viele ungarische Spitzenpolitiker hatten im Herbst 1956 direkt miterlebt, wie ganze Einheiten der ungarischen Volksarmee auf der Seite der Aufständischen gegen die sowjetischen Besatzer kämpften. Im Sommer 1968 machte die bewusste Zurückhaltung strategischer Informationen und eine verzögerte Waffenausgabe eine organisierte Gegenaktion (von Teilen) der ungarischen Armee praktisch unmöglich.

Unabhängig von den Vorkehrungen der ungarischen Parteiführung sorgten die sowjetischen Oberbefehlshaber dafür, dass die ungarischen Offiziere während der Besatzung keine eigene Entscheidungs- oder Handlungsbefugnis hatten.²²⁷ Dies unterstrich den symbolischen Charakter des ungarischen Engagements: Nach Berechnungen des ungarischen Militärhistorikers Iván Pataky nahmen insgesamt 20.000 Angehörige der ungarischen Volksarmee an der vorbereitenden Mobilisierung teil.²²⁸ Zwischen August und Oktober 1968 befanden sich dann insgesamt 48.055 Angehörige des ungarischen Militärs auf tschechoslowakischem Gebiet.²²⁹ Im Vergleich zur Gesamtstärke der Warschauer-Pakt-Truppen, die 1968 zwischen 300.000 und 800.000 Soldaten schwankte, erscheinen

223 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968 (Übersetzung aus dem Ungarischen: H. L.).

224 Szani 2003, S. 602

225 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 35, Karton 75, Nr. 5476, 23.9.1968: *Informationsschrift der Repräsentanten der militärischen Oberbefehlshaber der zweiten Gruppe des Generalstabs der ungarischen Volksarmee an das Außenministerium über die Stimmung in den ungarischen Okkupationstruppen*, 23.9.1968

226 Kiss & Kellner 1990

227 Pataky 1993, S. 61

228 Ebenda, S. 68–69

229 Darunter laut Pataky (1993), S. 56, 5382 Offiziere und Generäle sowie 213 zivile Mitarbeiter, circa 840 Panzer und 180 Flugzeuge und Hubschrauber.

die ungarischen Truppen militärisch recht unbedeutend.²³⁰ Ihr einziges Einsatzgebiet war die Mittelslowakei, in der sehr viele ungarischstämmige Bürger wohnten.²³¹ Offenbar hofften die Oberbefehlshaber des Warschauer Pakts, die ungarische Armee würde in dieser zum Teil ungarisch besiedelten Region besser aufgenommen.

Aufgabe der ungarischen Einheiten war es, die lokalen tschechoslowakischen Militär- und Polizei quartiere zu besetzen und deren Verbindungskanäle zu den zentralen Kommandostellen zu kappen. Dazu gehörten auch Offiziersschulen, Trainingscamps, Waffen- und Ersatzteillager. Die Lufteinheiten aus Ungarn dienten der Absicherung der sowjetischen Flugstreitkräfte.²³² Die ungarischen Landtruppen verteilten sich gleichzeitig auf verschiedene kleinere Städte in der Slowakei, wo sie außer ihrer Präsenz keine aktive Funktion ausübten. Ihre Offiziere nahmen Kontakt zu slowakischen Kollegen auf, die sie aus den Šumava-Übungen kannten. Dort wurden sie offenbar mit einem gewissen Verständnis aufgenommen und es kam zu keiner Konfrontation.²³³

Neben der systematischen Entwaffnung des lokalen Operativapparats in der ČSSR sollten die ungarischen Einheiten Kontakte zwischen der ungarischsprachigen Bevölkerung der Slowakei und den heimischen Parteifunktionären herstellen. Persönliche Verbindungen sollten Konflikte zwischen den Besatzungstruppen und der slowakischen Bevölkerung verhindern.²³⁴ Dies gelang jedoch nur zum Teil, weil sich ungarische Soldaten, darunter auch Offiziere, zum Teil mit den Menschen im Besatzungsgebiet verbrüderten. Viele wurden daher zurückgezogen und einige wurden wegen ihrer Solidarisierungsversuche sogar verhaftet.²³⁵

Offenbar litten mehrere ungarische Armeeangehörige unter einem inneren Konflikt zwischen Amtseid und politischer Überzeugung, als sie sich über den eigentlichen Charakter der Militäraktion bewusst wurden. Der Selbstmord eines ungarischen Soldaten während der Besatzung der ČSSR könnte ein Hinweis darauf sein.²³⁶ Offenbar erfüllten auch hohe ungarische Offiziere diese Mission nur widerwillig: Als der beteiligte Generaloberst Kiss nach eigenen Angaben Bedenken über den Einmarsch beim Verteidigungsminister Czinege geäußert hatte, soll dieser selbst zugegeben haben, sich nur ungern an der Aktion zu beteiligen. Die ungarische Regierung hätte allerdings keine Alternative gesehen.²³⁷ Auch der Vorsitzende des Generalstabs der ungarischen Armee,

230 Pauer 1995, S. 228.

231 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968.

232 Szani 2003, S. 602–603; zu entsprechenden Befehlen der sowjetischen Heeresleitung vgl. Benčík & Navrátil et al. 1996, S. 280–281, eine zusammenfassende Bewertung des sowjetischen Generals Provalov über die Arbeit der „Heeresgruppe Süd“, einschließlich der ungarischen Einheiten findet sich bei Ebenda, S. 287–294.

233 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968; Kiss & Kellner 1990

234 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968

235 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 35, Karton 75, Nr. 5476, 23.9.1968

236 Szani 2003, S. 604.

237 Kiss & Kellner 1990

Generaloberst Károly Csémi, war prinzipiell gegen die Militäraktion, unter anderem, weil sie die vorher guten Beziehungen zur tschechoslowakischen Armee zerstörte.²³⁸

Die Misstimmung in der ungarischen Militärführung verstärkte sich, weil der politische Putschplan, der die militärische Intervention begleiten sollte, auf ganzer Linie scheiterte. Biľaks Versprechungen hatten sich als völlig unrealistisch erwiesen: Die Bevölkerung der ČSSR war schockiert über den Truppeneinmarsch, während von einer „Konterrevolution“ jede Spur fehlte. Der ungarische Generalstab zeigte daher Verständnis für die abweisende Reaktion der slowakischen Bevölkerung. Sein stellvertretender Leiter, General Ferenc Szűcs urteilte, die ungarischen Einheiten hätten die „politische, völkische und persönliche Ehre der (Tschechen und Slowaken) beschmutzt“.²³⁹

Die meisten Mitglieder des weit vom Schauplatz des Geschehens tagenden MSzMP-Zentralkomitees teilten den kritischen Standpunkt der Armeeführung offenbar nicht. Dennoch gestanden auch sie ein, dass Biľaks Flügel schlecht vorbereitet gewesen sei, während die Reformer einen perfekt aufgestellten Propagandakampf führten. Mehrere Delegierte verglichen die Besetzung der ČSSR mit dem Chaos, das Ende Oktober 1956 in Ungarn herrschte, und fürchteten einen bewaffneten Widerstand. Andere vertrauten auf die „politische Reife“ jener „alten Kämpfer in der KSČ“, die im Winter 1956 in Ungarn die neue Führung unter Kádár unterstützt hatten.²⁴⁰

Auf die Unterstützung tschechoslowakischer Kommunisten hoffte auch die ungarische Militärführung. Anfang September 1968 stellte Szűcs fest: „Es ist zu erwarten, dass unter [den aus Moskau zurückgekehrten politischen Führern des reformistischen Flügels der KSČ] immer mehr Leute des Typus ‚Husák‘ erscheinen werden, die offenbar die historische Situation begreifen, einen Ausgangspunkt suchen und zu unseren Stützen werden (. . .).“²⁴¹ Diese Vermutung basierte möglicherweise auf den Erfahrungen der Konsolidierungsphase nach der Ungarischen Revolution. Damals waren ebenfalls immer mehr enttäuschte Kommunisten in die Partei zurückkehrt. Statt vom „Typus ‚Husák‘“ hätte Szűcs daher ebenso gut vom „Typus ‚Kádár‘“ sprechen können.

Während die tschechoslowakische Parteiführung nach der Unterzeichnung des Moskauer Protokolls am 26. August 1968 vertragsgemäß mit der Rücknahme der Reformen begann, kämpfte der zivile Widerstand in der ČSSR noch monatelang gewaltlos für die Souveränität. In dieser für die Besatzer ausgesprochen unangenehmen Situation warteten die ungarischen Soldaten nur noch auf die Rückkehr nach Hause. Offenbar fühlten sie sich als unwillkommene Besatzer fehl am Platz.²⁴² Wegen der sinkenden

238 Pataky 1993, S. 69

239 Magyar Honvédség Központi Irattára Budapest, Nr. Karton 5/12/11, Dok. 48, 2.9.1968, S. 160, Nr. 42, Jg. 5 (1993)

240 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968

241 Magyar Honvédség Központi Irattára Budapest, Nr. Karton 5/12/11, Dok. 48, 2.9.1968, S. 160, Nr. 42, Jg. 5 (1993)

242 Kiss & Kellner 1990

Moral begannen bald die Absetzbewegungen der ungarischen Armee. Bereits Mitte September 1968 zogen sich alle Einheiten bis auf eine (in Nitra) in die subkarpatischen Wälder zurück. Einem entsprechenden Beschluss der ungarischen Regierung vom 17. Oktober 1968 folgte der endgültige Abzug zwischen dem 21. und 31. Oktober 1968.²⁴³ Laut der offiziellen Bekanntmachung hatte die ungarische Armee ihre Aufgabe ehrenvoll erfüllt und damit die „brüderliche ČSSR“ vor einer unmittelbar drohenden „Konterrevolution“ gerettet.²⁴⁴ In dieser ideologisch motivierten Bilanz fehlten vier Todesfälle, von denen neben dem Selbstmord eines Soldaten einer auf Krankheit und zwei auf Unfälle zurückgingen.²⁴⁵

4.2.3 Innenpolitische Rückwirkungen

Vorrangiges Ziel der ungarischen Innenpolitik von 1968 war es, den Kompromiss zwischen Partei und Gesellschaft zu erhalten, der seit den frühen sechziger Jahren in einem mühevollen Prozess des gegenseitigen Vertrauensaufbaus zustande gekommen war. Der tschechoslowakische Reformprozess gefährdete dieses Gleichgewicht, weil er auch in Ungarn weiterreichende Reformforderungen inspirierte und außenpolitisch das gemäßigte Image der Kádárführung auf die Probe stellte. Kádárs Prestige in der ungarischen Bevölkerung hing stark von seinem öffentlichen Standpunkt gegenüber dem Prager Frühling ab. Ein ungarischer Beobachter der Informationsabteilung von Radio Free Europe behauptete sogar, Kádár könne durch seine Unterstützung des Prager Frühlings den „Geburtsfehler“ seiner Legitimation beseitigen, nämlich, dass er 1956 als Restaurator der repressiven Macht ins Amt gekommen war.²⁴⁶

Allerdings konnte und wollte sich Kádár 1968 nicht nur an den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit orientieren.²⁴⁷ Er sah seine Aufgabe auch darin, zwischen den Reformbefürwortern und deren Gegnern in der eigenen Partei zu vermitteln. Der außenpolitische Druck verstärkte dieses Dilemma: Mehrere Bündnispartner kritisierten im weiteren Verlauf des Prager Frühlings auch die Reformen in Ungarn. Gleichzeitig drängten sie auf eine ungarische Beteiligung an der Militäraktion.²⁴⁸

²⁴³ Szani 2003, S. 603

²⁴⁴ AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 37, Karton 75, Nr. 5478, 17.10.1968: *Beschluss der ungarischen Regierung über den Abzug der ungarischen Truppen aus der ČSSR*, 17.10.1968

²⁴⁵ Szani 2003, S. 604

²⁴⁶ OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1564/68, 14.8.1968: *Interner RFE-Bericht über Reaktionen der ungarischen Bevölkerung zu den tschechoslowakischen Reformentwicklungen*, 14.8.1968

²⁴⁷ AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 16c, Karton 75, Nr. 5457, 2.-3.8.1968.

²⁴⁸ AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ Nr. 2/69, 13.2.1969: *Politischer Bericht über die Wahrnehmung der Tschechoslowakei in Ungarn und deren mediale Präsentation Anfang 1969*, 13.2.1969

Allerdings befürchtete die Budapester Führung, die Entsendung ungarischer Truppen in die ČSSR würde in der Heimat auf breite Ablehnung stoßen. Wohl deshalb verheimlichte sie die Planungen bis zum letzten Tag: Während Kádár noch auf eine politische Lösung hoffte, verschwieg er die Zusage, die er der sowjetischen Führung zu dem militärischen Eingriff bereits gegeben hatte. Damit vermied er es, sich in der eigenen Partei und Bevölkerung Gegner zu schaffen. Die Militäraktion selbst war aber mit massiven Truppenbewegungen innerhalb Ungarns verbunden, die sich nicht verheimlichen ließen. Daher fürchteten die ungarischen Spitzenfunktionäre, den in den letzten Jahren relativ reibungslos funktionierenden Herrschaftskompromiss aufs Spiel zu setzen.²⁴⁹ Dies zeigte sich einerseits in einer Reihe unauffälliger Maßnahmen zur inneren Sicherung und andererseits in einer innenpolitischen Konfrontationsvermeidung in den Wochen vor dem Einmarsch.

Innenpolitische Konfliktvermeidung

Verschiedene politisch aktive Kreise befürworteten in Ungarn das tschechoslowakische Reformexperiment auch noch zu einer Zeit, als es bereits stark in die Kritik zunächst der Bruderparteien und dann der MSzMP-Führung selbst geraten war. Dennoch gab es aus den Budapester Leitungsgremien keine Anweisungen, gegen Sympathisanten des Prager Frühlings vorzugehen. Stattdessen verwarf oder reduzierte das ungarische ZK im März und April 1968 viele der eigenen Reformpläne für das laufende Jahr, um seinen guten Willen zu zeigen. Dem fiel zum Beispiel die geplante Liberalisierung des Wahl- und Verwaltungsrechts zum Opfer.²⁵⁰ Komócsin begründete dies intern damit, dass der Prager Frühling bei der ungarischen Intelligenz und „kleinbürgerlichen Elementen“ zu große Hoffnungen auf eine Ausweitung der ungarischen Reformen hervorgerufen habe. Nun müsse der Anschein vermieden werden, man würde dem „tschechischen“ Beispiel folgen.²⁵¹

Da es in der MSzMP-Basis aber viele Befürworter der tschechoslowakischen wie auch der heimischen Reformen gab, sollte nicht der Eindruck entstehen, die MSzMP wolle ihre kompromissorientierte Politik der letzten Jahre ändern. Einige Bündnispartner verlangten jedoch genau dies von der ungarischen Führung – und die gab diesem Druck nach.

Dennoch lobte die ungarische Parteipresse weiterhin den tschechoslowakischen Reformprozess in einem Atemzug mit den eigenen Neuerungen. Offenbar fürchtete die MSzMP-Führung, eine zu offensichtliche Abkehr vom bisherigen Reformkurs könnte Unruhen hervorrufen. Bei dieser Überlegung spielten die Erfahrungen von 1955/1956 eine große Rolle: Damals hatte die Rücknahme von Nagys Reformen die ungarische

249 Tókéš 1998, S. 53; Gough 2006, S. 175

250 Racz 1970, S. 633–636

251 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 3505/1968, 6.4.1968, S. 128 1995

Bevölkerung gegen die Partei mobilisiert.²⁵² Gleichzeitig fürchtete der konservative Flügel in der MSzMP, die aktuellen Sozial- und Wirtschaftsreformen in Ungarn könnten – wie in der ČSSR – aus dem Ruder laufen. Hinzu kam, dass der Neue Ökonomische Mechanismus einige Einkommensgruppen klar benachteiligte und dort für Unmut sorgte.²⁵³ Damit stand der ungarische „Gesellschaftsvertrag“ auf dem Spiel.

Um die Stimmung im eigenen Land nicht gegen die politische Führung in Ungarn aufzubringen, wollte die ungarische Parteiführung die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen möglichst ohne offene Konflikte integrieren. Dies erwies sich als schwierig oder unmöglich: Insbesondere nach dem Truppeneinmarsch schien der Widerspruch zwischen der ungarischen Reformpolitik und der zeitgleichen Niederschlagung des Reformexperiments im Nachbarland unüberbrückbar. Zwar gelang es Kádár, die Parteispitze trotz unterschiedlicher Sichtweisen vor einer inneren Spaltung zu bewahren, doch bei großen Teilen der ungarischen Bevölkerung konnte er nicht mit der kohäsiven Wirkung gemeinsamer Machtinteressen rechnen. Vielmehr bescheinigten interne Meinungsumfragen, die in Ungarn kurz nach dem Einmarsch in die ČSSR durchgeführt wurden, dem ungarischen Generalsekretär einen gewichtigen Prestigeverlust.²⁵⁴

Diesem Problem ging Kádár auf ungewöhnliche Weise aus dem Weg: Er zog sich über mehrere Wochen völlig aus der Öffentlichkeit zurück. Die Überbringung der unangenehmen Nachricht über den Überfall auf die ČSSR und die fadenscheinigen Erklärungen überließ er den Politbüro-Mitgliedern István Szirmai und Lajos Fehér. Beide bemühten sich vergeblich, gleichzeitig die bisherigen Positionen der MSzMP und den Einmarsch zu verteidigen.²⁵⁵ Dennoch dürften sie ebenfalls an der Erhaltung von Kádárs Popularität interessiert gewesen sein. Denn Kádár war damals die einzige realpolitische Alternative. Er hatte nach 1956 einen stabilen Herrschaftskonsens zustande gebracht und das trauten viele in der Partei auch in Zukunft nur ihm zu.

Kádárs Verschwinden von der Bildfläche war zwar kein besonders eleganter Schachzug, doch er zeigte die gewünschte Wirkung: Während seiner Abwesenheit breiteten sich wilde Gerüchte und auch die Sorge um das mit dieser politischen Integrationsfigur verbundene Schicksal der ungarischen Reformen aus.²⁵⁶ Hinzu kam, dass der ungarische

252 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/47, Nr. 744, 14.12.1968.

253 Vgl. Lachmann 2010, S. 208–209

254 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 7–8

255 Vgl. zu Szirmais Radio- und Fehérs Fernsehansprachen MTI in *Népszabadság*, 30.8.1968, S. 2 bzw. MTI in *Népszabadság*, 30.8.1968, S. 1–2.

256 Beispiele solcher Gerüchte finden sich in: MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 262-264, 4.10.1968: 9. *Agitprop-Stimmungsbericht über Bevölkerungsreaktion zu den Ereignissen in der ČSSR in 6 Komitaten und Budapest*, 4.10.1968; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T MLR 1965-69, Nr. 015/111, 17.9.1968: *Dossier des tschechoslowakischen Außenministeriums über die Resonanz auf Prager Frühling und Truppeneinmarsch in Ungarn*, 17.9.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1732/68, 20.9.1968: *RFE-Bericht über Reaktionen der Budapester Bevölkerung auf den Truppeneinmarsch in die ČSSR*, 20.9.1968; Pecka 1993, S. 33.

Außenminister János Péter nach dem 21. August ebenfalls über mehrere Wochen nicht in seinem Amt anzutreffen war. Dies verstärkte die Unsicherheit in der Bevölkerung.²⁵⁷

Bezeichnenderweise kehrte Kádár am 16. Oktober 1968 auf die öffentliche Bühne zurück, als er vor der Nationalversammlung eine gute Nachricht verkünden konnte: den Abzug der ungarischen Truppen aus der ČSSR.²⁵⁸ Er symbolisierte also nicht den Einmarsch, sondern dessen Beendigung – zumindest innerhalb Ungarns. Hinter den Kulissen war Kádár in den Wochen zwischen dem 21. August und dem 16. Oktober 1968 allerdings durchaus aktiv und bemühte sich indirekt, Konflikte zwischen der ungarischen Bevölkerung und der politischen Führung zu bereinigen. So schlug er auf dem Moskauer Gipfeltreffen am 28. August 1968 vor, in dem Abschlusskommuniqué, das den Prager Frühling offiziell verurteilte, nicht die Namen Dubčeks und Černíks zu nennen.²⁵⁹ Dies dürfte daran gelegen haben, dass Kádár – in Erinnerung an seinen eigenen Auftrag seit November 1956 – beiden Reformpolitikern eine wichtige Rolle bei der folgenden „Normalisierung“ zugedachte. Außerdem hatte er selbst in den Monaten vor dem Einmarsch zu diesen tschechoslowakischen Politikern enge Verbindungen gepflegt, über den die ungarischen Medien ausgiebig und positiv berichtet hatten. Da die offizielle Version des Moskauer Protokolls auch in Ungarn veröffentlicht werden musste, hätte eine Verunglimpfung von Kádárs ehemaligen Gesinnungsfreunden die Widersprüche in der Öffentlichkeit verstärken können. Das wollte er offenbar vermeiden.

Diese nonkonfrontative Innenpolitik bezog sich auch auf die Parteibasis, wo sich zum Teil scharfer Widerstand gegen die Militäraktion in der ČSSR regte.²⁶⁰ Gegen die innerparteilichen Gegner des Truppeneinmarsches leitete die Parteiführung jedoch keine Disziplinarverfahren ein, sondern setzte zunächst auf Überzeugungsarbeit.²⁶¹ Bis Mitte 1969 blieben administrative Maßnahmen gegen Protestierende aus, allerdings wandten sich die offizielle Presse und interne Informationsschriften in Ungarn nun gegen die Kritiker des Einmarsches. Diese defensive Strategie verfolgte die MSzMP-Führung besonders im wissenschaftlichen, künstlerischen und kulturellen Bereich, wo die Ablehnung des Einmarsches am deutlichsten zutage trat.²⁶² Wie aus einer Reihe von Interviews der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest mit ungarischen Schriftstellern, Philosophen und Redakteuren hervorgeht, war der Unmut über das Vorgehen gegen die

257 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T MLR 1965-69, Nr. 015/111, 17.9.1968.

258 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990, S. 5

259 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 95, 27.8.1968: *Bericht für das ZK der MSzMP über die Situation in der Tschechoslowakei und die diesbzgl. Partei- und Regierungsgespräche in Moskau*, 27.8.1968.

260 Vgl. dazu: OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1910/68, 22.10.1968: *Interner Informationsbericht einer Quelle von RFE zu Reaktionen in Ungarn über den Truppeneinmarsch in die ČSSR, Ende August bis Ende September 1968*, 22.10.1968.

261 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 8193/1968, 1.9.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest*, 1.9.1968

262 Vgl. dazu die Äußerungen des Ministerpräsidenten Fock auf einer Parlamentssitzung im Oktober 1968 in: AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/313, KS 16/1968, 18.10.1968

ČSSR unter den Intellektuellen offenbar so groß, dass die Parteiführung bei diesen unverzichtbaren Eliten nicht noch mehr Kredit verspielen wollte.²⁶³ Auch ihnen gegenüber verfolgte Kádár seine Vogel-Strauß-Taktik. Er lehnte im September und Oktober 1968 mehrere Einladungen von ungarischen Schriftstellervereinigungen ab, die ihn aufforderten, persönlich das Vorgehen gegen die ČSSR zu erklären.²⁶⁴ Vermutlich befürchtete er Kritik an der inkonsistenten Haltung der Parteiführung und wollte sich gegenüber diesem rhetorisch geschulten Publikum nicht die Blöße einer durchschaubar inszenierten Rechtfertigung der Militäraktion geben.

Trotz dieser gegenüber Kritikern zurückhaltenden Innenpolitik betonte Kádár bereits zwei Tage nach dem Einmarsch, dass er den gesamtgesellschaftlichen Kompromiss notfalls auch in verschärfter Form durchzusetzen gedachte: Angriffe auf die sozialistische Gesellschaftsordnung und die Sowjetunion würden auch weiterhin nicht toleriert. Wer aber die ungarischen Gesetze einhalte, dem dürfe „kein Leid geschehen“.²⁶⁵ Wer sie allerdings nicht einhalte, gegen den werde man mit aller Härte vorgehen. Kádár betonte dabei, dass die Staatsmacht nicht grundsätzlich die Auseinandersetzung mit jenen suche, die anderer Meinung seien.²⁶⁶ Eine echte Auseinandersetzung folgte erst drei Jahre später, als sich die Wogen um den Prager Frühling bereits geglättet hatten und der Einmarsch für die meisten Ungarn bereits aus dem Alltagsbewusstsein verschwunden war: Zwischen 1971 und 1973 zog die Kádárführung mit Parteiausschlüssen und Berufsverböten jene Intellektuellen zur Rechenschaft, die 1968 gegen den Einmarsch protestiert hatten.²⁶⁷

Operative Vorsichtsmaßnahmen

Nach außen dominierten 1968 in Ungarn die staatlichen Bemühungen, den ungarischen Gesellschaftsvertrag 1968 durch Konfliktvermeidung aufrechtzuerhalten. Dennoch zeigten die ungarischen Exekutivkräfte – alarmiert durch die Demonstrationen und Forderungskataloge in der ČSSR – schon vor der Niederschlagung des Prager Frühlings immer wieder die Grenzen der staatlichen Toleranz auf, indem sie beispielsweise kritische Hochschulgruppen zerschlugen, die sich der internationalen maoistischen Bewegung

263 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/313, KS 15/1968, 14.10.1968: *Meinungen des ungarischen Philosophen G. Lukács zu den derzeitigen politischen Entwicklungen aus einem Gespräch mit dem tschechoslowakischen Botschaftsreferenten A. Horváth in Budapest*, 14.10.1968; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/313, KS 16/1968, 18.10.1968; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T MLR, 1965-69, Nr. 015/117, Protokoll 0188/68, 8.10.1968.

264 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/313, KS 16/1968, 18.10.1968

265 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968:

266 Ebenda.

267 Hoensch 1996, S. 247–248

angeschlossen hatten.²⁶⁸ An öffentlichen Drohungen und Polizeiaktionen, auch gegen andere eigensinnige Jugendgruppen,²⁶⁹ zeigt sich im Jahresverlauf von 1968, dass die ungarische Parteiführung trotz aller Sympathiebekundungen gegenüber dem Prager Frühling im eigenen Land keine ähnliche Dynamik zuließ.

Gegen Aktionen, die in sichtbarem Zusammenhang mit der tschechoslowakischen Liberalisierungsbewegung standen, gingen die ungarischen Autoritäten besonders konsequent vor. Sie nahmen zum Beispiel in einigen slowakisch besiedelten Gebieten Ungarns Mitglieder der slowakischen Kulturorganisation *Matica slovenská* fest und verwiesen sie des Landes. Sie sollen versucht haben, das *Manifest der 2000 Worte* und den Machatka-Artikel zu verteilen; anderen wurde vorgeworfen, antisowjetische und antisozialistische Propaganda betrieben und öffentlich die ungarische Staatsführung beschimpft zu haben.²⁷⁰ Zwar handelte es sich bei diesen als staatsfeindlich eingestuften Aktivitäten um Einzelfälle, doch die boten den ungarischen Staatsorganen die Gelegenheit, abschreckende Exempel zu statuieren.

Für den Fall einer Militäraktion gegen die ČSSR unter ungarischer Beteiligung erwartete das Budapester Innenministerium eine Radikalisierung der Bevölkerung und schloss auch gewaltsame Proteste nicht aus. Es ergriff daher bereits Anfang August 1968 eine Reihe polizeilicher Vorsichtsmaßnahmen. Ein entsprechender Aktionsplan sah für den Ernstfall die Abriegelung der Grenzen und Botschaften vor und verbot jeglichen Kontakt zwischen ungarischen und tschechoslowakischen Staatsbürgern; auch Gespräche mit westlichen Touristen sollten dann verhindert werden. Weiterhin sollten in den Tagen einer möglichen Militäraktion alle wichtigen Staats- und Wirtschaftszentren sowie symbolisch exponierte Orte polizeilich bewacht werden.²⁷¹

Diese Pläne setzten die ungarischen Sicherheitskräfte in den ersten Tagen des Einmarsches gegen die ČSSR auch um: Die Volksmilizen befanden sich in Bereitschaft und die polizeilichen Wachposten waren doppelt besetzt. Die Mitarbeiter der ungarischen Staatssicherheit erhielten – wie bereits 1956 – automatische Waffen; gemeinsam mit der Volkspolizei kontrollierten sie systematisch die Ausfallstraßen vor den größeren Städten.²⁷² Im ganzen Land berichteten Beobachter von einer sichtbar verstärkten Polizeipräsenz (auch nachts) auf den Straßen und einer erhöhten Alarmbereitschaft

268 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 35, Box-Folder-Report 35-4-4.shtml, 1973-1-10: *RFE-Bericht über die Situation an den ungarischen Hochschulen und kleineren Studentenbewegungen in Ungarn in den fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahren*, 1973-1-10; Schulz 1970, S. 287; Vondrová et al. 1995, S. 248

269 Vgl. dazu Klimó 2008; Racz 1970, S. 642.

270 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/413, 8.8.1968

271 Der Wortlaut des Aktionsplans und der entsprechenden Befehle des ungarischen Innenministers András Benkei vom 1.8.1968 findet sich bei Kajári 1998, S. 208–214). Zur Bewachung symbolträchtiger Orte wie sowjetische Kriegsdenkmäler vgl. Gomori 1972, S. 110.

272 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 6

der sogenannten Fabrikwache, die in den Großbetrieben Demonstrationen und Streiks verhindern sollte und nun bewaffnet auftrat.²⁷³

Letztlich blieb es in den ersten Tagen nach dem Einmarsch in die ČSSR in Ungarn fast überall ruhig, wozu sicher auch die vielerorts sichtbaren Ordnungskräfte beitrugen. Nur vereinzelt tauchten antisowjetische Flugblätter und Wandaufschriften auf, die Dubček rühmten.²⁷⁴ Gegen ihre „reaktionären“ Urheber forderten einige ungarische ZK-Mitglieder „ohne Aufschub“ administrative Mittel.²⁷⁵ Dies betraf vor allem die ungarischen Soldaten, die sich geweigert haben sollen, in die ČSSR einzumarschieren, und unverzüglich von Einheiten des Innenministeriums belangt worden seien.²⁷⁶

Von den zur Zeit des Einmarsches zufällig in Ungarn weilenden tschechoslowakischen Staatsbürgern verhielten sich die meisten ebenfalls zurückhaltend. Es gab zwar Gerüchte, wonach sie in Komárom und Szolnok Steine auf ungarische Autos geworfen und ungarunfeindliche Pamphlete verteilt hätten.²⁷⁷ Die ungarischen Behörden wussten jedoch, dass dies frei erfunden war. Allerdings versuchten einige tschechoslowakische Studenten kurz nach der Okkupation in Ungarn im westungarischen Győr die Bewohner von der Rechtmäßigkeit des Prager Frühlings zu überzeugen und wurden daraufhin von der ungarischen Polizei verhaftet.²⁷⁸ Obwohl es sich dabei um einen Einzelfall handelte, widmeten die ungarischen Sicherheitsbehörden damals den Tschechen und Slowaken in Ungarn besondere Aufmerksamkeit. Die meisten dieser rund 40.000 tschechoslowakischen Staatsbürger befanden sich als Urlauber im Land. Sie konnten bis Ende August 1968 nicht in die ČSSR zurückreisen, weil die Grenze gesperrt war. Bis sie die offizielle Erlaubnis zur Ausreise erhielten, durften sie ihre Unterkunft nicht verlassen und dort auch keine Besucher empfangen. Allerdings stellte ihnen das ungarische Außenministerium in Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Botschaft Kost und Logis bereit.²⁷⁹ Nachdem die Ausreisesperre aufgehoben war, wurden viele tschechoslowakische Besucher am Budapester Flughafen Ferihegy gruppenweise für die Rückreise in die ČSSR abgefertigt. Dabei mussten sie abgetrennt von den anderen Fluggästen auf

273 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968: *Interner Informationsbericht eines RFE-Mitarbeiters (offenbar eines ungarischen Westemigranten), der sich vom 17.-28.8.1968 in verschiedenen Teilen Ungarns aufhielt*, 9.9.1968

274 (OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1701/68, 16.9.1968: *RFE-Bericht über die ersten Reaktionen in Budapest auf den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR*, 16.9.1968).

275 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 8193/1968, 1.9.1968

276 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1910/68, 22.10.1968

277 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 49–51, 2.9.1968: *Stimmungsbericht des ZK der kommunistischen Jugendorganisation KISz über die Wahrnehmung des Einmarsches in die ČSSR in verschiedenen Landesteilen*, 2.9.1968

278 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 12; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T MLR, 1965-69, Nr. 015/111, 0185/68, 7.10.1968: *Dossier mit diplomatischen Notizen, die nach dem Einmarsch in Ungarn und der ČSSR ausgetauscht wurden*, 7.10.1968.

279 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968, S. 14; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 12

den Abflug warten.²⁸⁰ Diese Isolationsmaßnahmen sollten wohl verhindern, dass die tschechoslowakischen Touristen Kontakt mit der ungarischen Bevölkerung aufnehmen und unerwünschte Meinungen und Informationen weitergeben konnten. Bei der örtlich verbreiteten Meinung, die Besucher aus der ČSSR müssten zu Tausenden in Arbeitslagern schuften, um ihre Lebenshaltungskosten in Ungarn zu bezahlen, handelte es sich eindeutig um ein Gerücht.²⁸¹

Das ungarische Innenministerium betrachtete nicht nur die Touristen vor Ort, sondern generell den unkontrollierten Informationsaustausch mit der Tschechoslowakei als Sicherheitsrisiko. Daher ließ es auch Brief- und Paketsendungen aus der ČSSR nach dem Einmarsch zurückhalten,²⁸² wohl um die Ausbreitung von Propagandamaterial zu verhindern. Auch die Telefonverbindung zwischen beiden Ländern blieb in den Tagen des Einmarsches unterbrochen, was allerdings auch militärische Gründe hatte.²⁸³ Diese Sicherheitsmaßnahmen waren aber keine spontanen Panikreaktionen, sondern Teil eines länger geplanten Präventivkonzepts, wie innenministerielle Dokumente belegen.²⁸⁴ Dafür spricht auch, dass die ungarische Botschaft in Prag schon am 5. August 1968 die Einrichtung einer Funkverbindung mit Budapest anforderte, weil sie offenbar von den Plänen der späteren Verbindungssperre wusste.²⁸⁵

Wie ist nun der Erfolg der innenpolitischen Doppelstrategie zwischen Konfrontationsvermeidung und den relativ unspektakulären, aber sorgfältig durchdachten Präventivmaßnahmen zu bewerten? Das wichtigste operative Ziel wurde erreicht: die Einhaltung der öffentlichen Ruhe. Die ungarische Bevölkerung sah im Sommer 1968 – anders als die in der DDR, Polen und sogar der Sowjetunion – offenbar weder Möglichkeiten noch Anlass zur aktiven und demonstrativen Unterstützung des Prager Frühlings.²⁸⁶ Allerdings lag dies nur zu einem geringeren Teil an dem umfangreichen Polizeiaufgebot: Zwar könnten die Einheiten des Innenministeriums mancherorts als Drohkulisse gedient haben,²⁸⁷ für ein aktives Eingreifen gab es jedoch kaum Anlass. Auch die Bemühungen, Kommunikationswege zur ČSSR zu sperren, dürften wenig bewirkt haben, weil die westlichen und slowakischen Radiosender ungehindert nach Ungarn senden konnten. Sehr wirksam zeigte sich dagegen die nonkonfrontative Strategie der ungarischen Parteiführung. Denn mit seinem vergleichsweise toleranten Vorgehen in jener Krisenzeit vermied

280 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968

281 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 49–51, 2.9.1968

282 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 14

283 Ebenda, S. 10

284 Kajári 1998

285 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T MLR, 1965-69, Nr. 015/111, 0185/68, 7.10.1968.

286 Zu Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf die Niederschlagung des Prager Frühlings vgl. Wolle 2008; zu Polen vgl. Garsztecki 2008 bzw. Gomori 1972, S. 113–118. In der Sowjetunion unterzeichneten mindestens 88 Schriftsteller ein Protestschreiben gegen den Truppeneinmarsch, das u.a. am 11.11.1968 in der Times veröffentlicht wurde (Tókéš 1972, S. 141; 154).

287 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968

es Kádár, Andersdenkende zu radikalisieren und seinen über Jahre mühevoll aufgebauten Kredit in breiten Bevölkerungsteilen zu verspielen. Zwar gelang es der kommunistischen Führung nach dem Einmarsch zunächst nicht, die eklatanten Widersprüche ihrer Innen- und Außenpolitik zu verdecken. Mit ihrer Konfliktvermeidungspolitik trug sie jedoch wesentlich dazu bei, ein spontanes Aufbegehren der ungarischen Gesellschaft und einen größeren Prestigeverlust der Parteiführung und des geltenden Herrschaftskompromisses zu verhindern.

4.2.4 Informations- und Medienpolitik

Anfang August 1968 brachte János Kádár die ungarische Informationspolitik folgendermaßen auf den Punkt: „Jeder soll sich bewusst machen, (...) worüber ich Nachricht gebe und in welchem Umfang ich sie gebe, das ist Politik.“²⁸⁸ Anders als 1956/57 in der ČSR ging es in Ungarn Ende der sechziger Jahre nicht mehr darum, durch fingierte Behauptungen und Frontalangriffe auf Kritiker die öffentliche Meinung zu steuern. Vielmehr arbeitete der ungarische Propagandaapparat in ihrer Darstellung des Prager Frühlings mit gezielten Auslassungen, Häufungen und für die ungarische Leserschaft besonders zugänglichen Rahmenschemata. Dadurch entstand ein verharmlosendes Bild der Reformentwicklung in der ČSSR, die so als Reformalternative für Ungarn ungeeignet erscheinen sollte.

Diese Propagandastrategie war ein koordinierter Prozess, an dem in unterschiedlicher Ausprägung neben der ungarischen Parteipresse alle großen Medien des Landes beteiligt waren. Rundfunk und Fernsehen folgten den zentralen Richtlinien meist sehr genau, während in der Lokalpresse auch nonkonformistische Kommentare auftauchten. Auch Fachzeitschriften mit einem kleinen Leserkreis konnten etwas freier publizieren.²⁸⁹ Was in den großen Zeitungen Ungarns erschien, befand sich dagegen im völligen Einklang mit der offiziellen Parteilinie, obwohl auch deren Redakteure oft unterschiedliche Auffassungen über die Beurteilung des Prager Frühlings und dessen Parallelen zu den „konterrevolutionären Ereignissen“ von 1956 hegten.²⁹⁰

Da Glaubwürdigkeit und Resonanz der ungarischen Massenmedien doch eher begrenzt waren, hielt die Agitations- und Propagandaabteilung der MSzMP 1968 zusätzlich Informationsveranstaltungen in ihren Basisorganisationen und in Betrieben ab. Ähnliche Aufgaben übernahmen die ungarischen Gewerkschaften und deren Publikationsorgane.²⁹¹ In den letzten Wochen vor dem Truppeneinmarsch fanden weitere staatlich

288 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968 (Übersetzung aus dem Ungarischen: H. L.).

289 Vgl. dazu Vass 1968, S. 505; Borhi 2002, S. 83; Klimó 2006, S. 159; Kalmár 2005, S. 67–68.

290 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/311, PZ 11, 16.4.1968, S. 3.

291 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 18, Box-Folder-Report 18-3-9, 1968-7-31: *Analyse der Medienreaktionen auf den Prager Frühling im Juli 1968 in Ungarn und den anderen Nachbarländern der ČSSR*, 1968-7-31, S. 5.

organisierte Versammlungen und Kundgebungen statt, bei denen die tschechoslowakischen Reformen und ihr Bezug zur heimischen Entwicklung im Fokus standen.²⁹² Die Parteiagitatoren überwachten dabei gleichzeitig die Meinungsäußerungen über den tschechoslowakischen Reformprozess in den Fabriken. Sie stellten zahlreiche Abweichungen vom offiziellen Parteistandpunkt fest.²⁹³ Noch größere Differenzen zur Parteilinie zeigten einige Mitglieder der ungarischen Akademie der Wissenschaften in ihrer Beurteilung des Prager Frühlings.²⁹⁴

Außerdem hielt die ungarische Agitations- und Propagandaabteilung Informationen zurück, die als gefährlich eingestuft wurden. In diese Kategorie fielen 1968 unzensurierte Nachrichten aus der Tschechoslowakei, die nun staatlicherseits unerwünscht waren. Die ungarischen Agitprop-Funktionäre versuchten daher auch aktiv, ihre tschechoslowakischen Kollegen zur neuerlichen Einschränkung der freien Medien in der ČSSR anzuhalten.²⁹⁵ Als dies misslang, verhinderten sie bereits im Frühling 1968 den Verkauf ungarischsprachiger Zeitungen aus der Slowakei, der bis dahin an vielen Budapester Zeitungsständen problemlos möglich gewesen war.²⁹⁶

Zudem erschwerten die ungarischen Kontrollorgane den Zugang zu den westlichen Medien. So verschwanden beispielsweise Zeitungen aus dem Westen kurz nach dem Truppeneinmarsch plötzlich aus den größeren Hotels.²⁹⁷ Im Herbst 1968 wurden dann in Ungarn seit mehreren Jahren erstmals wieder Hörer von *Radio Free Europe* verurteilt, obwohl der Empfang westlicher Rundfunksender offiziell nicht mehr verboten war. Das Urteil ging durch die offizielle Presse und sollte offenbar abschrecken.²⁹⁸

Beschränkungen waren jedoch nur ein Teil der ungarischen Propagandapolitik. Mindestens ebenso bedeutend war die inhaltliche Agenda der ungarischen Medienpolitik, die im Zusammenhang mit dem Prager Frühling 1968 mehrere Etappen durchlief.

292 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968.

293 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, 18.7.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1559/68, 14.8.1968.

294 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 36, Karton 75, Nr. 5477, 17.10.1968: *Auswirkungen der tschechoslowakischen Ereignisse auf die Entwicklung der grenzübergreifenden Beziehungen zwischen den Akademien der Wissenschaften in Ungarn und der Tschechoslowakei*, 17.10.1968.

295 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 6927/1968, 23.7.1968.

296 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1606/68, 6.9.1968: *Anonymer RFE-Stimmungsbericht aus Ungarn über ungarische Reaktionen auf die tschechoslowakischen Ereignisse (Beobachtungszeitraum: früher August 1968)*, 6.9.1968 und Item 1025/68 ebd.

297 Gomori 1972, S. 110

298 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-2-8, 1968-10-16: *RFE-Übersetzung eines Artikels aus Szolnok megyei Néplap, der klar macht, dass es verboten ist, westliche Radiosender zu hören, sofern die Sendungen auch von Außenstehenden zu hören sind*, 1968-10-16.

Zwischen Desinteresse und Wohlwollen

In den ersten Monaten nach Dubčeks Machtübernahme blieb die Berichterstattung der ungarischen Medien gegenüber der Entwicklung in der ČSSR zurückhaltend und es gab nur wenige Direktbeiträge zu diesem Thema. Ein zeitgenössischer Vergleich mehrerer kommunistischer Länder zeigt jedoch, dass das ungarische Parteiblatt *Népszabadság* mehr zum tschechoslowakischen Reformprozess berichtete als die Parteipresse in den anderen kommunistischen Staaten – mit Ausnahme der jugoslawischen *Politika*.²⁹⁹ Zudem bemühten sich die ungarischen Autoren zunächst um Neutralität. Sie beschränkten sich auf offizielle tschechoslowakische Quellen, ohne diese ausführlich zu kommentieren oder wesentliche Passagen auszulassen.³⁰⁰ Diese Zurückhaltung begründeten die verantwortlichen Medienfunktionäre offiziell damit, dass sich die ungarischen Medien nicht in die tschechoslowakischen Angelegenheiten einmischen wollten.³⁰¹ Betrachtet man jedoch den internen Standpunkt der ungarischen Parteiführung, so erscheint ein weiterer Grund wichtiger: Die ungarische Presse sollte weder nach innen den Eindruck erwecken, die tschechoslowakischen Reformen abzulehnen, noch gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten als Befürworter des Prager Frühlings erscheinen.

Bis Mitte März 1968 existierte in Ungarn keine zentrale Medienrichtlinie zu dem Thema, denn auch die Parteibasis war sich nicht im Klaren darüber, wie sie öffentlich auf die Situation in der ČSSR reagieren sollte. Allerdings war man sich in der MSzMP-Spitze einig, dass die ungarischen Medien die eigene Öffentlichkeit umfassender und häufiger über die Ereignisse in der ČSSR informieren sollten, weil sonst ausländische Radiosender dieses Vakuum füllen könnten.³⁰² Deshalb häuften sich Ende März/Anfang April 1968 die ungarischen Berichte, Reportagen und Kommentare über den Prager Frühling in den offiziellen Medien.³⁰³ Ihre Standpunkte variierten und spiegelten damit die Uneinigkeit über die tschechoslowakische Frage innerhalb der MSzMP wider: Einige Redakteure unterstützten die politischen, administrativen und wirtschaftlichen Reformen in der ČSSR und gaben den tschechoslowakischen Reformern Raum in Interviews und Zitaten.³⁰⁴ Andere waren misstrauisch und warnten, der Reformprozess könnte außer

299 Kempers 1968, S. 277; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/312, PZ-T 6/1968, 19.2.1968.

300 Vgl. dazu auch OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 18./19.3.1968

301 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 2843/68, 20.3.1968.

302 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 2641/68, 14.3.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest*, 14.3.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 942/68, 27.5.1968: *RFE-Bericht über politische und generelle Meinungen in der ungarischen Bevölkerung im April/Mai 1968*, 27.5.1968

303 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ 11, 16.4.1968, S. 2.

304 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 18./19.3.1968. Dies betraf auch Fachzeitschriften wie *Élet és Iradalom*, wo z. B. am 4.5.1968 Čestmír Čisař zu Wort kam und am 11.5.1968 Eduard Goldstücker. Auch über das Aktionsprogramm soll die ungarische Presse nach den Erinnerungen des

Kontrolle geraten. Sie erinnerten dabei oft an die Ungarische Revolution von 1956.³⁰⁵

Zu den Skeptikern gehörte János Gosztonyi, Chefredakteur der *Népszabadság*. Er schrieb am 21. März 1968 einen viel beachteten Artikel zu „den extremistischen Erscheinungen“ in der ČSSR, die den Ungarn aus den Zeiten der „Konterrevolution“ wohlbekannt seien. Demnach habe auch der ungarische Aufstand von 1956 nicht mit dem Mord an Kommunisten begonnen, sondern – wie nun in der ČSSR – mit der Revision früherer politischer Fehler. Eine „totale Freiheit der Kritik“ lehnte er mit Blick auf die Erfahrungen von 1956 ab.³⁰⁶ Gosztonyi verwies in pathetischen Worten auf das Leid, das diese Episode der ungarischen Geschichte mit sich gebracht habe und wollte damit offenbar Forderungen nach ähnlichen Experimenten im eigenen Land zuvorkommen.

Gosztonyis Artikel war im Frühjahr 1968 allerdings eine Ausnahme; insgesamt blieb die ungarische Berichterstattung gegenüber dem tschechoslowakischen Reformkommunismus wohlwollend bis unterstützend. Dennoch war dieser Beitrag ein Vorbote der Ende Mai 1968 intern beschlossenen Zentralweisung für die ungarischen Medien. Laut ihr sollte die ungarische Propaganda zwar die Dubček-Führung unterstützen, aber weniger über die gesellschaftliche Reformbewegung in der ČSSR berichten. Gleichzeitig sagte sie „antisozialistischen und revisionistischen Meinungen in der tschechoslowakischen Presse“ den Kampf an und legte fest, auf Parallelen zwischen den aktuellen tschechoslowakischen Reformlosungen und denen während der Vorbereitung der ungarischen „Konterrevolution“ zu verweisen.³⁰⁷

Den ersten, also zustimmenden Teil dieser Richtlinie setzten die ungarischen Massenmedien im Umfeld des tschechoslowakischen Staatsbesuchs Mitte Juni 1968 in Budapest sichtbar um: Die Presse erschien in feierlichen Sonderausgaben und der Aufmacher der großen Tageszeitung *Magyar Hírlap* hieß die Prager Delegation auf Ungarisch und Tschechisch willkommen.³⁰⁸ Die Symbolik dieser Zweisprachigkeit dürfte im Kontext des weiterhin bestehenden Konflikts mit der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei stark gewirkt haben. Auch widmeten alle großen Zeitungen dem Staatsbesuch ihre Leitartikel und sprachen von „aufrichtiger Freundschaft“ zwischen beiden Nationen oder „völliger Unterstützung und Sympathie“ für den tschechoslowakischen Erneuerungsprozess.³⁰⁹ Laut mehreren ungarischen Zeitungen und einem ausführlichen Fernsehkommentar über die Entwicklungen in der ČSSR habe es „nicht die leisesten Zweifel an dem richtigen Weg der Tschechoslowakei“ gegeben. Einschränkende Hinweise

tschechoslowakischen Botschaftssekretärs Vince objektiv und ohne kritische Vorbehalte berichtet haben (AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990, S. 10).

305 Kempers 1968, S. 288.

306 Gosztonyi in *Népszabadság*, 21.3.1968, S. 2

307 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 7, Karton 75, Nr. 5448, 22.5.1968

308 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/116, TZ 6/68, 25.6.1968.

309 OSA Budapest, Nr. 300/40/2, Karton 44, 13.6.1968; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/116, TZ 6/68, 25.6.1968.

verblassten daneben eher, auch wenn sie vor einer Reformeuphorie warnten, die den Sozialismus gefährden könnte.³¹⁰

In vielen ungarischen Medienbeiträgen jener Zeit spiegelte sich subtil wider, welche Aspekte des tschechoslowakischen Erneuerungsprozesses auch die ungarische Parteiführung befürwortete: die Wirtschaftsreformen, die Rehabilitationen, die Stärkung der slowakischen Selbstbestimmung und teilweise auch die Trennung staatlicher und parteilicher Kompetenzbereiche. Diesen Themen widmeten die ungarischen Medien bis zum Juni 1968 besondere Aufmerksamkeit, während die Kritikpunkte – Pressefreiheit, zivilgesellschaftliche Organisationen, Öffnung gegenüber dem Westen – nur am Rande thematisiert oder einfach weggelassen wurden.

Direkte Angriffe auf den Prager Frühling und seine kommunistischen Initiatoren blieben dagegen ein Tabu. Der Verzicht auf mediale Attacken in Ungarn ist jedoch nicht nur auf persönliche Rücksichtnahme zurückzuführen. Die systematischen Auslassungen bewirkten nämlich, dass die ungarische Bevölkerung über viele wesentliche Vorgänge in der ČSSR überhaupt nicht informiert war. Während die Parteizeitungen in den anderen Bündnisstaaten die Reformaktivitäten der außerparteilichen Gruppen und der freien Medien in der ČSSR lautstark verteufelten, schwiegen die ungarischen Medien lange einfach dazu. Dieses Agenda-Setting sollte vermutlich eine Reflektion über Demokratiedefizite im eigenen Land verhindern.

Zum Teil auf außenpolitischen Druck von den Bündnisparteien begannen Ende Juni 1968 allerdings auch die ungarischen Medien damit, ihre Kritik gegenüber den Prager Reformen häufiger und schärfer zu formulieren. Von „Feinden des Sozialismus“ war nun die Rede und von Stimmen in den tschechoslowakischen Medien, die „der Entwicklung der Beziehungen zwischen Ungarn und der ČSSR nicht dienlich“ seien.³¹¹ Dies war eine versteckte Anspielung auf Machatkas Essay über Nagy.³¹² Der Artikel selbst wurde jedoch in Ungarn nicht veröffentlicht und auch inhaltliche Details erschienen lediglich in einer vertraulichen Übersetzung der ungarischen Nachrichtenagentur MTI, die nur höheren Parteikreisen zugänglich war.³¹³ Eine Verbindung zwischen Nagy und Dubček, wie sie Machatkas Artikel implizierte, wollte die ungarische Propagandapolitik unbedingt verhindern. Die Sympathie für Dubček in Ungarn sollte nicht dazu beitragen, auch Nagy in ein positives Licht zu rücken.

310 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/116, TZ 6/68, 25.6.1968.

311 Ebenda (Übersetzung aus dem Slowakischen: H. L.).

312 Vgl. dazu Kapitel III.

313 NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 103, Punkt 3, 25.6.1968, S. 249–250 1995; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-1-104, 1968-7-17: *RFE-Bericht über die Reaktion der Provinzzeitung Kisaföld zum Manifest der 2000 Worte*, 1968-7-17, S. 4–5.

Aus ähnlichen Gründen wurde das *Manifest der 2000 Worte* nirgends in Ungarn veröffentlicht und es waren anscheinend nicht einmal inoffizielle Kopien in Umlauf.³¹⁴ Allerdings kannten einige ungarische Redaktionen den Text und aus deren verurteilenden Kommentaren waren Rückschlüsse auf Inhalt und Bedeutung des Manifests möglich.³¹⁵ In der Lokalpresse erhielt Vaculíks Text sogar vereinzelt ein positives Echo.³¹⁶ Doch auch die großen Zeitungen, einschließlich *Népszabadság*, vermieden es weiterhin, den Reformprozess kategorisch zu verurteilen und betonten stattdessen die Solidarität gegenüber den „progressiven“, also reformfeindlichen Kräften in der KSČ. Gleichzeitig warnten sie vor „Deformationen von links und rechts“, wie sie die MSzMP schon früher habe beseitigen müssen.³¹⁷ Solche Meldungen und Kommentare sollten die Unterschiede zwischen den Reformkommunisten in der KSČ und der zur goldenen Mitte stilisierten Parteilinie in Ungarn deutlich machen.

Ab Mitte Juli 1968 verschärften die ungarischen Medien ihre Kritik am Prager Frühling erneut. Dies ging wohl auch auf eine Initiative Brežnevs auf dem Warschauer Treffen zurück, wonach alle Presseorgane der Bruderparteien auf die Gefahr einer Konterrevolution in der Tschechoslowakei hinweisen sollten. Das ungarische Politbüro der MSzMP rief daraufhin die Chefredakteure der zentralen Blätter zusammen und gab ihnen konkrete Anweisungen zur medialen Umsetzung der Warschauer Beschlüsse.³¹⁸ Die ungarischen Medien forderten daraufhin die tschechoslowakische Parteiführung zum „Kampf an zwei Fronten“ auf, der nun vor allem gegen das rechte Spektrum zu führen sei. Auch die Pressefreiheit und die Rehabilitationen in der ČSSR standen jetzt im Zentrum der ungarischen Medienkritik.³¹⁹ Dennoch blieb der Ton gegenüber der ČSSR weiterhin korrekt und hob sich damit von den teilweise groben Anklagen aus den Medien der DDR, Bulgariens, Polens und der Sowjetunion ab.³²⁰ Die ungarische Propaganda sollte vielmehr den Informationsbedarf über die Entwicklungen in der ČSSR oberflächlich befriedigen und gleichzeitig Kádárs Reformpolitik positiv darstellen. Entsprechende Anweisungen gab Kádár auf der Sitzung des MSzMP-Zentralkomitees vom 7. August

314 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. F-125, 2.7.1968: *RFE-Presseanalyse Ungarn für die 2. Junihälfte 1968*, 2.7.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1564/68, 14.8.1968.

315 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. F-125, 2.7.1968.

316 So etwa in der Regionalzeitung von Győr *Kisaföld* vom 7.7.1968, wo der Chefredakteur selbst die Frage aufwarf, warum ein solches Manifest in einer sozialistischen Demokratie mit Pressefreiheit nicht veröffentlicht werden soll; einige Tage später veröffentlichte derselbe Autor offenbar nach Intervention der Presseaufsicht allerdings einen konformistischen Artikel (OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-1-104, 1968-7-17).

317 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/116, TZ 6/68, 25.6.1968; weitere Beispiele für den schärferen Ton gegenüber der ČSSR in OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 18, Box-Folder-Report 18-3-9, 1968-7-31, S. 4–5; Vida 1994, S. 114.

318 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/5, Nr. 462, 15.7.1968.

319 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 15/311, PZ-T 13/1968, 25.7.1968.

320 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 7278/1968, 1.8.1968.

1968. Demnach hätten die Führungsrolle der Partei, das Bündnis mit der Sowjetunion, der demokratische Zentralismus und das ungarische Verständnis von Pressefreiheit Beispielfunktion.³²¹

Nun befanden sich die ungarischen Medien allerdings in einem Dilemma: Einerseits sollten sie auf Druck der Bündnisstaaten und der MSzMP-Führung gegenüber der ČSSR einen härteren Kurs fahren, andererseits widersprach dies in auffälliger Weise ihrer zustimmenden Linie wenige Wochen zuvor. Kádárs Vorschlag folgend veröffentlichten sie daher nur schrittweise den veränderten Standpunkt. So erschien ab Anfang August 1968 in Ungarn jeden Tag in einer anderen Tageszeitung ein Bericht über angebliche Angriffe der tschechoslowakischen Medien auf die KSČ, die Sowjetunion und andere Bündnisstaaten.³²²

Auch in den letzten Wochen und Tagen vor dem Einmarsch in die ČSSR setzte die ungarische Presse mehr auf Auslassungen als auf Anschuldigungen. Die internen Ergebnisse der Gipfeltreffen in Čierna und Bratislava blieben der ungarischen Öffentlichkeit daher verborgen,³²³ was dazu führte, dass die tschechoslowakische Politik in den ungarischen Medien auch nicht konkret an den internationalen Abmachungen gemessen werden konnte. Die Diskrepanz zwischen den Abmachungen auf höchster Ebene und der tschechoslowakischen Innenpolitik wäre aber Hauptkritikpunkt einer Pressekampagne gewesen, die das internationale Prestige der Warschauer Bündnisstaaten gefährdet hätte. Daher bezog sich die ungarische Medienpolitik nur auf das Treffen zwischen Dubček und Kádár am 17. August 1968 und inszenierte es nach der wenige Tage folgenden Militäraktion rückwirkend als eine Art *Casus Belli*.³²⁴

„Vogel-Strauß-Taktik“ nach dem Einmarsch

Nachdem in der Nacht vor dem 21. August 1968 ungarische Truppen in die Tschechoslowakei einmarschiert waren, verfolgten die MSzMP-Führung und die durch sie gesteuerten Medien zunächst eine Vogel-Strauß-Taktik: Zeitungen und Radiosender in Ungarn schwiegen sich am ersten Besatzungstag über den Einmarsch und dessen Gründe aus. Diese Funkstille hatte offenbar viel damit zu tun, dass die ursprünglichen Propagandapläne nicht umgesetzt werden konnten, weil der Putsch der Biľak-Gruppe gescheitert war. Die eigentlich geplante Machtübernahme der tschechoslowakischen Reformgegner hätte der Aufhänger einer Rechtfertigungskampagne in den Interventionsstaaten sein sollen. Da sich aber fast alle politischen Instanzen in der ČSSR sofort nach dem Einmarsch hinter die Reformkommunisten in der KSČ stellten, gab es – anders als

321 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968.

322 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 7278/1968, 1.8.1968.

323 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968.

324 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 4; Unger 1998, S. 36.

Biľak versprochen hatte – keine positive Erklärung zur Okkupation. Ohne diese standen die ungarischen Redaktionen mit leeren Händen da, als sie den Einmarsch begründen sollten.

Erst am 23. August kam aus dem Zentralkomitee die Weisung, nun schrittweise nur „positive“, also den Einmarsch befürwortende und erst später auch „kurze Nachrichten über negative“ Standpunkte, also den massiven Widerstand in der ČSSR zu schalten.³²⁵ Da es aus dem besetzten Nachbarland zunächst allerdings nichts „Positives“ zu berichten gab, griffen die großen ungarischen Zeitungen auf wörtliche Zitate der sowjetischen Agenturen zurück.³²⁶ Diese stellten den schriftlichen, aber anonymen Hilferuf der tschechoslowakischen Reformgegner in den Vordergrund.³²⁷ Praktisch kommentarlos reproduzierten die ungarischen Medien in den ersten Tagen nach dem Einmarsch die sowjetischen Vorgaben, wonach die Militäraktion als brüderliche Hilfeleistung unvermeidbar gewesen sei. Grund sei eine Konterrevolution in der tschechoslowakischen Partei und Bevölkerung gewesen, die – so das aus dem Oktober 1956 bekannte Schema – westliche „Imperialisten“ inszeniert hätten.³²⁸

In dieser neuerdings unkritischen Übernahme sowjetischer Artikel zeigte sich die große Unsicherheit der ungarischen Redaktionen, die nach dem Einmarsch ihre Spielräume neu ausloten mussten. Über die konkrete Lage in der ČSSR, einschließlich des gesamtnationalen gewaltfreien Widerstands und die dortigen Truppenbewegungen, gab es daher in den ersten Tagen nach der Invasion nichts in den ungarischen Zeitungen zu lesen. Nicht einmal die Parteibasis der MSzMP erhielt genaue Informationen über die Entwicklungen im Nachbarland. Dies ging auf eine zentrale Anweisung Kádárs zurück, die den einzelnen ZK-Mitgliedern vorschrieb, ihren Kreisverbänden nur „täglich einige Sätze zu geben“.³²⁹ Gleichzeitig wollte die ungarische Führung in den Kreisparteiverbänden und den gesellschaftlichen Massenorganisationen den Eindruck eines kontinuierlichen Informationsflusses vermitteln. Daher mussten zentrale Organe wie die *Vaterländische Volksfront*, der gesamtstaatliche Gewerkschaftsrat und einige Großbetriebe als Teil des Propagandaapparats Erklärungen veröffentlichen, in denen sie ihre Unterstützung für den „Kampf um die Erhaltung und weitere Entwicklung des Sozialismus in der ČSSR“ proklamierten.³³⁰ Zudem fanden Ende August 1968 regelmäßige Informationsveran-

325 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968.

326 Felkay 2003, S. 88.

327 Vgl. dazu Népszabadság, Magyar Nemzet und Magyar Hírlap jeweils vom 22.8.1968. Népszabadság druckte den „Hilferuf“ in voller Länge ab, der i.Ü. praktisch identisch mit dem Einladungsbrief war, den Biľak u.a. dem sowjetischen Politbüro übergeben hatte (Janáček & Micháľková 1993).

328 Zur ungarischen Presseberichterstattung in den ersten Tagen nach der Invasion vgl. Unger 1998, S. 35–36 und AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 7278/1968, 29.8.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest*, 29.8.1968; auch dies folgte der zentralen Lenkungs politik des Zentralkomitees (MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968).

329 Ebenda.

330 Ebenda.

staltungen in den Produktionsstätten statt. Die dortigen Versuche, der Belegschaft den Einmarsch zu erklären, reproduzierten allerdings nur die Stereotype der offiziellen Presse.³³¹

Die spärliche Informationspolitik der MSzMP verärgerte große Teile der ungarischen Bevölkerung und verursachte vielerorts Unsicherheit.³³² Dem versuchten führende ungarische Partei- und Regierungsvertreter in öffentlichen Auftritten entgegenzutreten. So hielt István Szirmai, Politbüromitglied und Chef der Propagandaabteilung, am 27. August 1968 eine Rundfunkrede zu den tschechoslowakischen Ereignissen; am 30. August 1968 folgte eine Fernsehansprache des stellvertretenden Regierungsvorsitzenden Lajos Fehér. Beide wiederholten die Behauptung, dass westliche imperialistische Kräfte in der ČSSR den Sozialismus bedroht hätten und verwiesen auf das angebliche Hilfesuch der KSČ-Führung. Gleichzeitig sicherten sie die völlige Kontinuität der ungarischen Innenpolitik zu: beschränkte Reformen bei prinzipiellem Gewaltverzicht.³³³ Dies war wichtig, weil viele Menschen in Ungarn vor allem über die weitere Entwicklung im eigenen Land besorgt waren.

Wie noch auszuführen sein wird, gab es in Ungarn aber auch ein großes öffentliches Interesse an den Ereignissen in der ČSSR. Um davon abzulenken, berichteten die ungarischen Auslandskorrespondenten bereits Ende August 1968 von einer Normalisierung der Lage und betonten den Erfolg der Moskauer sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen.³³⁴ Da zu dieser Zeit aber alle Augenzeugenberichte und westliche Quellen über chaotische Zustände und eine massive Widerstandsbewegung in der Tschechoslowakei informierten, dürften die Ablenkungsversuche der offiziellen ungarischen Medien wenig Wirkung gezeitigt haben. Allerdings ordnete das ungarische Politbüro bald an, den Erfolg der Intervention in der ČSSR in der offiziellen Berichterstattung nicht überzubewerten.³³⁵ Offenbar wollte es damit späteren Korrekturen vorbeugen, denn solche hätten den Eindruck einer inkonsequenten Informationspolitik weiter verstärkt und damit die Glaubwürdigkeit der Medien und der politischen Führung weiter beeinträchtigt.

Aus ähnlichen Gründen erhielten die ungarischen Redaktionen Anfang September 1968 die Anweisung, in Beiträgen über die Tschechoslowakei keine Einzelpersonen anzugreifen, sondern sich auf den Konsolidierungsprozess als solches zu konzentrieren.³³⁶ Dieses Vorgehen sollte eine kontinuierliche Informationspolitik seit dem Frühsommer 1968 suggerieren. Insbesondere vermieden die ungarischen Medien abwertende

331 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1811/68, 8.10.1968: *RFE-Bericht über Reaktionen der ungarischen Bevölkerung auf die Situation in der ČSSR bis Mitte September 1968*, 8.10.1968

332 MOL Budapest [August – Dezember 1968] #1870}.

333 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 7.

334 Unger 1998, S. 38.

335 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 8369/1968, 6.9.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest*, 6.9.1968.

336 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T MLR 1965-69, Nr. 015/111, 17.9.1968.

Kommentare über Dubček. Denn der war zuvor oft als Partner Kádárs in Erscheinung getreten und auch in der ungarischen Bevölkerung beliebt. Seine Diskreditierung hätte also auch das Prestige der ungarischen Parteiführung verschlechtern können. Stattdessen verglichen die ungarischen Medien die Neuordnung in der ČSSR mit dem Stabilisierungsprozess in Ungarn nach der Revolution von 1956. Auch dieser sei ein steiniger Weg mit einem letztlich ansehnlichen Ergebnis gewesen.³³⁷

Gleichzeitig sollten die ungarischen Medien nach dem Einmarsch unerwünschte Stimmen im eigenen Land übertönen. So berichtete der Chefredakteur der Literaturzeitschrift *Kortárs*, es habe nach dem Einmarsch von den höheren Parteiorganen genaue Anweisungen gegeben, welche Artikel er veröffentlichen dürfe. Positive Darstellungen der tschechoslowakischen Reformer durften nun auch in Fachzeitschriften nicht mehr erscheinen.³³⁸

Diese Kontrolle weiteten die ungarischen Behörden sogar auf die Veröffentlichungen der tschechoslowakischen Botschaft aus. So zensierte das ungarische Außenministerium ein Informationsbulletin des tschechoslowakischen Kulturzentrums in Budapest, das aus den offiziellen Informationsquellen der tschechoslowakischen Ministerien schöpfte.³³⁹ Auch eine Pressekonferenz der tschechoslowakischen Botschaft durfte nicht stattfinden, nachdem bekannt geworden war, dass die Lage in der ČSSR dort aus Sicht der tschechoslowakischen Reformer geschildert werden sollte. Die Konferenz sollte Behauptungen entkräften, wonach die Bündnistruppen auf offizielle Einladung der ČSSR eingerückt seien, und wurde daher letztlich von der Presseabteilung der MSzMP verboten.³⁴⁰ Im Sommer 1969 veranlasste Kádár nachträglich die Entlassung der Botschaftsmitarbeiter, die im August 1968 die Initiative ergriffen hatten.³⁴¹

Dennoch waren die Informationsversuche der tschechoslowakischen Botschaft in Ungarn nicht ganz umsonst. Denn ab September 1968 verzichtete die ungarische Propaganda immerhin darauf, den sogenannten Einladungsbrief zu erwähnen. Dies dürfte aber auch noch einen anderen Grund gehabt haben: Da die Medien der Warschauer-Pakt-Staaten der Abmachung nachkamen, die Namen der Unterzeichner des Einladungsschreibens nicht zu publizierten, erwies sich der Verweis auf dieses Dokument ohnehin

337 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 8.

338 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/313, KS 16/1968, 18.10.1968.

339 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T MLR 1965-69, Nr. 015/111, 17.9.1968.

340 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 247-248, 31.8.1968: *Information an den Leiter der Agitprop-Abteilung der MSzMP über die Ablehnung der tschechoslowakischen Botschaft von Lajos Fehérs Rede vom 30.8.1968 zur Situation in der ČSSR*, 31.8.1968; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968.

341 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/413, [Juli 1969]: *Dossier zur Abberufung des Presseattachés Chabada und des Kulturattachés Horváth von der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest*, [Juli 1969]; AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990. Betroffen waren die Attachés Chabada und Horváth sowie später auch der Botschafter selbst (Jozef Púčik) und der Botschaftssekretär Vince.

als Farce und eher kontraproduktiv. Die anderen aus den sowjetischen Medien übernommenen Begründungen reproduzierten die ungarischen Medien jedoch weiterhin. Sie verwiesen auf die Gefahr von Anarchie, Bürgerkrieg und imperialistischen Aggressionen in der ČSSR.³⁴² Diese Behauptungen waren immerhin nicht so einfach zu widerlegen und daher weniger riskant.

Verschärfte Kritik an der tschechoslowakischen Widerstandsbewegung

Während der gewaltlose Widerstand in der ČSSR im weiteren Verlauf des Spätsommers und Herbstes 1968 andauerte, verschärften die ungarischen Medien erneut den Ton gegenüber den tschechoslowakischen Entwicklungen. Gegen Jahresende vertraten die ungarischen Massenmedien bereits einen den anderen vier Interventionsstaaten sehr ähnlichen, also äußerst reformfeindlichen Standpunkt.³⁴³ In diesem Kontext erschien Mitte Dezember 1968 das sogenannte Weißbuch über die Reformbewegung in der ČSSR.³⁴⁴ Auf knapp 175 Seiten diskreditierte das Pamphlet den tschechoslowakischen Erneuerungsprozess in einer einseitigen Auswahl zurechtgekürzter Zitate aus der tschechoslowakischen Presse und den Reden tschechoslowakischer Reformer. Es sollte den konterrevolutionären Charakter des Reformversuchs unterstreichen. In Analogie zu Nagys Unabhängigkeitserklärung im Oktober 1956 behaupteten die Autoren des Weißbuchs, tschechoslowakische Militärstrategen hätten die Neutralität der ČSSR gefordert. In ihrer ebenso einseitigen wie systematisch-propagandistischen Rekapitulation der tschechoslowakischen Ereignisse revidierten sie die gegenüber dem Prager Frühling positive ungarische Publizistik der ersten Jahreshälfte von 1968.

Noch schärfere Kritik an der ČSSR druckten die ungarischen Medien im ersten Quartal von 1969. Nach Ansicht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest dramatisierten diese Beiträge die Lage in der Tschechoslowakei außerordentlich.³⁴⁵ Das hing nicht zuletzt mit der Selbstverbrennung des tschechischen Studenten Jan Palach zusammen. Ferenc Varnai schrieb darüber als ungarischer Korrespondent in der ČSSR Ende Januar 1969 einen ausführlichen Artikel in der *Népszabadság* und klassifizierte Palachs Freitod darin als Folge einer westlichen Verschwörung.³⁴⁶

342 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 8484/1968, 11.9.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest*, 11.9.1968; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 247-248, 31.8.1968.

343 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990, S. 9.

344 Pinczési & Bognár 1968. Der Autor des Pamphlets mit einer Auflage von 20.000 war leitender Verantwortlicher für die Herausgabe von Pressemitteilungen der MTI (AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 11194/1968, 17.12.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest*, 17.12.1968).

345 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ Nr. 2/69, 13.2.1969.

346 Varnai in *Népszabadság*, 25.1.1969, S. 4

Die eigentlichen Hintergründe dieser tragischen Protestaktion waren in Ungarn jedoch bereits bekannt und verursachten in der dortigen Führung größte Nervosität. Diese steigerte sich, als wenige Tage später der ungarische Lehrling Sándor Bauer dem Beispiel Palachs folgte und sich ebenfalls öffentlich verbrannte. Wie aus dem Abschiedsbrief hervorging, war auch dies ein Protest gegen die Okkupation der ČSSR 1968, aber auch gegen die von Ungarn im Herbst 1956. Zwar blieben die Hintergründe dieser Tat der ungarischen Öffentlichkeit verborgen, weil Polizei und sogar Militär sofort alles taten, um den Fall zu vertuschen, doch die offiziellen Medien machten sehr deutlich, dass jeder weitere Protest ebenfalls im Keim erstickt werden würde.³⁴⁷

Betrachtet man die Phasen der ungarischen Berichterstattung zum Prager Frühling 1968 nebeneinander, so erscheint die Informationspolitik im Vergleich mit den anderen Warschauer-Pakt-Ländern inkonsequent. Dies lag zum Teil an der in Ungarn gegenüber den verbündeten Staaten relativ liberalen Zensurpraxis, die in der Lokal- und Fachpresse gewisse Abweichungen erlaubte. Die ungarischen Medien standen daher nicht immer im Einklang mit dem ebenfalls variablen außenpolitischen Standpunkt der MSzMP. Dennoch erscheint ihr Vorgehen rückblickend als Teil einer nach innen gerichteten Propagandastrategie, die versuchte, die Reformbewegung in der ČSSR in unterschiedlichen Schemata mit den ungarischen Erfahrungen zu verknüpfen.

Diskursmuster der ungarischen Propaganda von 1968

Die ungarischen Medien bedienten sich bestimmter Diskursmuster in ihrer Berichterstattung über die tschechoslowakischen Reformen. Diese sollten einen konsistenten Zusammenhang zwischen der ungarischen Außenpolitik und den gesellschaftlichen Erfahrungen und Erwartungen herstellen. Die Redaktionen in Ungarn versuchten daher, die Ursachen, Problemdefinitionen und Verantwortungszuschreibungen der tschechoslowakischen Krise in eine Konsistenzbeziehung mit der offiziellen Parteilinie zu bringen.³⁴⁸ Im Verlauf der inneren und internationalen Entwicklung und den damit verbundenen Phasen der ungarischen Propagandapolitik gewannen unterschiedliche Diskursmuster an Bedeutung.

MSzMP als Unterstützerin des Prager Frühlings

Anfang 1968 vermittelten die ungarischen Nachrichten den Eindruck, die MSzMP unterstütze den tschechoslowakischen Reformprozess und sei daher wesentlich gemäßiger

347 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 233/69, 5.2.1969; *Augenzeugenbericht über Sándor Bauers Selbstmord*, 5.2.1969; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ Nr. 2/69, 13.2.1969; Lachmann 2009, S. 63

348 Zur hier zugrunde gelegten Definition von „Diskursmustern“ vgl. Scheufele 2003, S. 42.

als die anderen Warschauer-Pakt-Parteien. Nach zahlreichen Artikeln diente der tschechoslowakische Reformkurs in vielen Bereichen nicht nur den Interessen des tschechoslowakischen, sondern auch denen des ungarischen Volkes.³⁴⁹ Die westlichen Medien verstärkten dieses Schema, indem sie Ungarn unter den sozialistischen Ländern als Hoffnungsträger darstellten. Beispielsweise der Reuter-Kommentator Vincent Buist sah im Mai 1968 unter den ungarischen Parteiführern die Sympathie für den tschechoslowakischen Erneuerungsprozess stetig ansteigen.³⁵⁰ Diese Fehleinschätzung beruhte vermutlich auf entsprechenden Verlautbarungen in der ungarischen Presse. Die inzwischen zugänglichen Dokumente zeigen dagegen, dass sich in der Parteiführung schon damals Skepsis ausbreitete.³⁵¹ Offenbar reproduzierten die westlichen Nachrichtenagenturen also die offiziellen Medienberichte in Ungarn. Da ihre Meldungen unter anderem über westliche Radiosender auch nach Ungarn gelangten, erhöhten sie den Effekt der dortigen offiziellen Medien.

Ebenfalls verstärkend wirkten sowjetische Artikel, die in ungarischen Übersetzungen erschienen.³⁵² Sie wirkten gegenüber dem Prager Frühling deutlich kritischer als die der ungarischen Autoren. Wohl auch deshalb war laut den geheimen Berichten westlicher und ungarischer Beobachter in Ungarn noch im August 1968 die Ansicht verbreitet, Kádár vertrete gegenüber dem Prager Frühling eine wohlwollendere und neutralere Haltung als die anderen Warschauer-Pakt-Staaten.³⁵³ Wie noch auszuführen sein wird, trug dies damals zur Akzeptanz der politischen Führung in Ungarn wesentlich bei.

Ungarn als Vorbild für Sozialismusreformen

Die ungarischen Medien nutzten die politische Bewegung in der ČSSR auch, um die Reformpolitik der Kádárführung in ein positives Licht zu rücken. Sie diskreditierten den tschechoslowakischen Reformprozess auf geschickte Weise, indem sie ihn als Aufholjagd gegenüber Ungarn darstellten. Beispielsweise der ČSSR-Korrespondent von *Magyar Nemzet* schrieb von einer zeitlichen Verzögerung, mit der „die Tschechen“ nun langsam jene Reformen nachholten, die in Ungarn bereits seit den frühen sechziger Jahren umgesetzt worden seien.³⁵⁴ Seine Darstellung sollte sogar suggerieren, die ungarischen Reformen

349 Stellvertretend für viele andere Artikel in diesem Tenor vgl. den Leitartikel Vajda in *Népszabadság*, 4.6.1968, S. 1.

350 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 18.5.1968: *Reuter-Meldung über den ungarischen Standpunkt zu den tschechoslowakischen Reformern*, 18.5.1968; eine differenziertere westliche Sicht lieferte seinerzeit Konitzer in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.6.1968.

351 Vgl. dazu z.B. AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/S 3, [8.5.1968], S. 204 1995.

352 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 18, Box-Folder-Report 111-1-225, 1968-6-18: *RFE-Presseanalyse aktueller Medienberichte zum Prager Frühling in verschiedenen sozialistischen Staaten*, 1968-6-18

353 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1525/68, 7.8.1968: *Anonymer Stimmungsbericht aus Ungarn über Kontakte zwischen Dubček und Kádár (Beobachtungen vom 10.7.1968)*, 7.8.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1564/68, 14.8.1968

354 Zala Tamás in *Magyar Nemzet*, 30.6.1968, S. 2–3

reichten weiter als das tschechoslowakische Aktionsprogramm. Solche Artikel erschienen im Mai und Juni 1968 in vielen ungarischen Zeitungen. Sie erweckten den Eindruck, der in Ungarn mit großer Sympathie verfolgte Prager Frühling lasse weniger Fortschritte erwarten, als die ungarischen Reformen bereits erreicht hätten, und betonten, dass die tschechoslowakischen Reformer vom ungarischen Vorbild gelernt hätten. Damit wollten die ungarischen Propagandapolitiker den bisherigen Kurs der MSzMP bestätigen und gleichzeitig den Eindruck vermeiden, man würde sich künftig am tschechoslowakischen Beispiel orientieren.³⁵⁵ Ausdrückliche Bekenntnisse zum tschechoslowakischen Reformkurs erschienen in den offiziellen ungarischen Medien daher nicht.³⁵⁶

Stattdessen sollte der Großteil der Bevölkerung einschließlich der mittleren Parteikader und der Armee gezielt in Unwissenheit über die eigentliche Entwicklung in der ČSSR und die geplante Intervention bleiben.³⁵⁷ Dadurch konnte der ungarische Sonderweg als Vorbild für die ČSSR erscheinen. Gleichzeitig suggerierte dies, dass eine Übernahme der tschechoslowakischen Reformdynamik in Ungarn unnötig und rückschrittlich sei. Deshalb rückten die ungarischen Medien in ihren Berichten über die ČSSR jene Reformbereiche in den Vordergrund, in denen die ungarische Partei bereits sichtbare Fortschritte vorzuweisen hatte, also Rehabilitationen, sozialpolitische Erleichterungen, Nationalitätenpolitik und Wirtschaft. Die in der ČSSR entstehenden unabhängigen gesellschaftlichen Organisationen tauchten dagegen in der offiziellen Presse kaum auf. Stattdessen fanden sich dort unklare Warnungen vor einem Kontrollverlust der tschechoslowakischen Reformer. Diese verdeutlichten auch in Ungarn die Grenzen des Erlaubten, ohne explizit zu drohen.³⁵⁸

Deutungshoheit über die Ungarische Revolution

Bei der subtilen Diskreditierung der tschechoslowakischen Reformen spielte auch eine gewisse Überheblichkeit mit. Diese rechtfertigten ihre Verfechter nicht nur mit dem Reformkurs der letzten Jahre, sondern auch mit den Erfahrungen der Krise von 1956 und ihrer Lösung. Viele Journalisten in Ungarn betonten 1968, dass man 1956 Erfahrungen gemacht habe, die den sozialistischen Ländern als Lehre gedient hätten und auch künftig – etwa bei der „Konsolidierung sozialistischer Kräfte“ – dienen könnten.³⁵⁹ Darin offenbarte sich ein Anspruch auf Deutungshoheit für die Ungarische Revolution und ihre Folgen. Dieser zeigte sich besonders in den offiziellen Reaktionen auf Machatkas Artikel über die Hinrichtung Imre Nagys. Weil er direkte Assoziationen zwischen Nagy und Dubček enthielt, brach er ein Tabu und durfte in Ungarn nicht erscheinen.

355 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 3505/1968, 6.4.1968 1995

356 Vgl. dazu das Gespräch mit Endre Zsigmondi, dessen kritischer Artikel in *Népszabadság* nicht erscheinen konnte (AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/311, PZ 11, 16.4.1968, S. 3).

357 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968; Pataky 1993, S. 69

358 Vgl. dazu OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 27.6.1968: *MTI-Bericht über Népszabadságs Kritik am Machátka-Artikel in Literárni listy*, 27.6.1968.

359 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 18, Box-Folder-Report 18-3-9, 1968-7-31

Népszabadság beklagte in diesem Zusammenhang Ende Juni 1968, dass nicht nur die westlichen, sondern auch die Medien in der befreundeten ČSSR den Jahrestag von Nagys Hinrichtung für Angriffe auf Ungarn genutzt hätten, obwohl allein die Ungarn wüssten, „was die Tragödie von 1956 in Ungarn wirklich bedeutete“.³⁶⁰ Aus diesem „Wissen“ leitete *Népszabadság* auch den Anspruch auf Zensur ab. Demnach seien zwar verschiedene Meinungen in der Öffentlichkeit zulässig, nicht aber jene von „Verrätern, die dem Klassenfeind in die Hände spielten“ und damit bereits 1956 für viele Tote verantwortlich gewesen seien.³⁶¹

Solche Beiträge beriefen sich oft indirekt auf den ungarischen Nationalstolz, indem sie ausländischen Journalisten das Recht auf die Interpretation einer „ungarischen Tragödie“ absprachen.³⁶² Appelle an die ungarischen Nationalgefühle tauchten auch in den Publikationen der MSzMP-Propagandaabteilung und wissenschaftlichen Einrichtungen über den Prager Frühling auf.³⁶³ Sie verwiesen auf das mit dem ungarischen Aufstand verbundene große Leid des ungarischen Volkes und instrumentalisierten damit bestehende Ängste vor einer Wiederholung des Traumas um 1956.

Hinzu kamen Meldungen über nationalistische Aktivitäten in der ČSSR. Demnach hätten slowakische Nationalisten ungarische Besucher zusammengeschlagen.³⁶⁴ Die Erhebungen der staatlichen Meinungsbeobachter in Budapester Großbetrieben lassen erkennen, wie solche Berichte abenteuerliche Gerüchte über einen tschechoslowakischen Nationalismus provozierten. So sollen tschechoslowakische Touristen gegenüber ungarischen Bürgern feindliche Parolen geäußert haben. Persönliche Angriffe sollen auch ungarischen Touristen in der Slowakei widerfahren sein.³⁶⁵ Bezeichnenderweise wurde die Quelle dieser Beobachtungen jedoch nicht benannt und auch über die Sprachbarriere finden sich keine Anhaltspunkte. Wenn also Verweise auf einen (tschecho-)slowakischen Nationalismus in den ungarischen Medien die 1968 verbreiteten Sympathien gegenüber der ČSSR verringern sollten, so scheint dies gelungen zu sein.

360 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 27.6.1968

361 Ebenda

362 Ebenda

363 Bárdi 2001, S. 125–126; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/41, Nr. 91, 26.3.1968: *Protokolle über ein Treffen des Agitations- und Propagandakomitees des ZK der MSzMP im März 1968*, 26.3.1968. Vgl. dazu außerdem die Presseberichte der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest von 1968 in AMZV ČR: Budapest: TO-T MLR 1965-1969.

364 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1510/68, 5.8.1968: *Anonymer Stimmungsbericht aus Ungarn über die dortigen Reaktionen 1968 auf die tschechoslowakische Reformentwicklung (Beobachtungen vom 16.7.1968)*, 5.8.1968

365 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, 18.7.1968. Weitere Gerüchte dieser Art finden sich in MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 229-231, 23.7.1968: *Agitprop-Bericht über den Widerhall auf die Reaktion der KSC auf die Briefe der 5 Brudersländer (Mitte Juli 1968) in 4 ungarischen Bezirken (Pest, Nógrád, Csongrád, and Hajdu) und einigen Fabriken (Csepel Eisen- und Metallwerke, Ganz-Mavag, Beloianisz und die Nationale Biergesellschaft)*, 23.7.1968.

Mediale Rechtfertigungsversuche nach dem Einmarsch

Während die Medien in Ungarn 1968 in der ersten Jahreshälfte noch häufig Parallelen zwischen den ungarischen und tschechoslowakischen Reformen gezogen hatten, war dies nach dem 21. August 1968 obsolet. Vielmehr befand sich der ungarische Propagandaapparat nun in Erklärungsnot. Zwar schrieb eine Richtlinie des MSzMP-Zentralkomitees am 23. August 1968 vor, in den Medien die Kontinuität des parteilichen Standpunkts zu betonen,³⁶⁶ doch dies erwies sich als schwierig. Die ungarischen Medien standen plötzlich vor der unlösbaren Aufgabe, den Prager Frühling als Konterrevolution zu bezeichnen, gleichzeitig aber zu versichern, dass jene ungarischen Reformen weiter betrieben würden, die den tschechoslowakischen laut früherer Berichte sehr ähnlich gewesen seien.³⁶⁷ Selbst das Abtauchen verschiedener Spitzenpolitiker konnte dieses Problem nicht lösen, sondern förderte vielmehr Gerüchte, Unsicherheit und Unruhe. Schock und Empörung dominierten die Wahrnehmung der offiziellen Rechtfertigung des Einmarsches in der ungarischen Bevölkerung.³⁶⁸

In ihren ersten Meldungen nach dem Einmarsch informierten die ungarischen Medien dennoch weder über den Verlauf noch über die eigentlichen Hintergründe der Militäraktion. Insbesondere gingen sie in keiner Weise auf die Geheimhaltung ihrer Vorbereitung ein. Stattdessen versuchten sie von den offensichtlichen Widersprüchen abzulenken.³⁶⁹ Nach bekanntem Muster verurteilten sie den Westen und dessen Reaktionen auf den Einmarsch.³⁷⁰ Zum Teil erschienen explizit „westliche Agenten“ als Hauptschuldige der tschechoslowakischen Krise. So behauptete *Népszabadság* am 31. August 1968, der Westen habe das tschechoslowakische Volk zu den Widerstandsaktionen angestiftet.³⁷¹ Auch habe der Westen angesichts des Vietnamkriegs kein Recht, die Militäraktion des Warschauer Pakts zu kritisieren.³⁷² Auch sozialistische Länder gerieten in die Kritik der ungarischen Medien. Dies galt vor allem für Rumänien, Jugoslawien und China, weil deren Führungen die Notwendigkeit der „brüderlichen Hilfe“ nicht anerkannten.³⁷³

Im Einklang mit den sowjetischen Vorgaben rechtfertigten die ungarischen Medien den sowjetisch dominierten Truppeneinmarsch mit Verweisen auf die „Befreiung“ der ČSSR durch die Rote Armee im Mai 1945. Seitdem seien sowjetische Truppen zum Verbleib auf tschechoslowakischem Boden automatisch berechtigt. Diese Truppenpräsenz sei sogar

366 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968

367 Unger 1998, S. 38; AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990, S. 6

368 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1701/68, 16.9.1968.

369 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 262-264, 4.10.1968

370 O. A. in *Magyar Hírlap*, 24.8.1968, S. 1, O. A. in *Magyar Hírlap*, 25.8.1968, S. 3, O. A. in *Magyar Hírlap*, 25.8.1968, S. 1

371 Am deutlichsten geschah dies in dem Artikel o. A. in *Népszabadság*, 31.8.1968, S. 6

372 Dieser Vergleich in *Népszabadság* wurde auch in deutschen Medien widergegeben: o. A. in *Süddeutsche Zeitung*, 24./25.8.1968, S. 9

373 Unger 1998, S. 36

wegen der geopolitischen Rolle der ČSSR als Frontstaat notwendig.³⁷⁴ Vor allem aber sollten die Warschauer-Pakt-Truppen die „Konterrevolution“ in der ČSSR beseitigen, von der die ungarischen Korrespondenten seit Ende August 1968 unermüdlich berichteten. Sie sprachen von nationalistischen Provokateuren in der Tschechoslowakei, darunter Vertreter der Kirche und konterrevolutionäre Organisationen. Auch wollten diese Korrespondenten bei Protestaktionen in der ČSSR Autos mit westlichen Kennzeichen bemerkt haben, woraus sie eine geplante Aktion westlicher Helfer ableiteten.³⁷⁵ Parallelen zur offiziellen Parteiinterpretation der Ungarischen Revolution sind hier unübersehbar, denn auch sie identifizierte westliche, nationalistische und kirchliche Aktivisten als die Hauptverantwortlichen.³⁷⁶

Die meisten der schematischen Rechtfertigungsversuche stammten zwar direkt aus der sowjetischen Presse,³⁷⁷ über Direktzitate hinaus wollte sich die ungarische Presse den sowjetischen Standpunkt aber offenbar nicht zu eigen machen. Einige hochrangige Medien- und Parteivertreter stellten sich gegenüber der tschechoslowakischen Botschaft,³⁷⁸ aber auch wichtigen Multiplikatoren im Westen sogar als Opfer des sowjetischen Drucks dar. Sie machten deutlich, dass die MSzMP nicht immer so handeln könne, wie sie wollte.³⁷⁹ Diese Interpretation der unfreiwilligen Teilnahme Ungarns an der Intervention gelangte über den Umweg der westlichen Medien in die ungarische Öffentlichkeit.³⁸⁰

Auch die Erklärungskampagnen in ungarischen Betrieben kolportierten den Eindruck, Kádár hätte mit der Entscheidung zum Einmarsch nur unter dem Druck der Sowjetunion gehandelt.³⁸¹ Die ursprüngliche Quelle dieser Botschaft, die auch unter den ungarischen Truppen verbreitet war, wurde freilich sorgsam verschwiegen.³⁸² Diese nach innen gerichtete Taktik blieb nach außen unsichtbar und konnte daher die politische Zuverlässigkeit der ungarischen Führung vor den anderen Bündnispartnern nicht infrage stellen. Gleichzeitig begünstigte sie in der ungarischen Bevölkerung die Vorstellung, die Budapester Führung hätte unfreiwillig an der militärischen Intervention teilgenommen und wäre nun auch zu einer entsprechenden Propaganda verpflichtet.

Kádárs plötzliches Verschwinden aus der Öffentlichkeit könnte ein Teil dieser Strategie gewesen sein. Zumindest ersparte es dem Parteichef eine Erklärung gegenüber der eigenen Bevölkerung und schürte zudem Befürchtungen, dass auch er dem sowjetischen

374 O. A. in *Magyar Hírlap*, 24.8.1968, S. 1, O. A. in *Magyar Hírlap*, 25.8.1968, S. 3, O. A. in *Esti Hírlap*, 24.8.1968, S. 1; 5.

375 Unger 1998, S. 37

376 Vgl. dazu Kapitel I.

377 Ebenda;

378 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T MLR, 1965-69, Nr. 015/117, Protokoll 0188/68, 8.10.1968

379 Kun 1999, S. 219

380 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1701/68, 16.9.1968.

381 Ebenda

382 Kiss & Kellner 1990; AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 35, Karton 75, Nr. 5476, 23.9.1968.

Hegemonialstreben zum Opfer fallen könnte.³⁸³ Ein letzter öffentlicher Fernsehauftritt Kádárs kurz vor der Invasion der Warschauer-Pakt-Truppen bereitete den Boden für diese Taktik. Dort hinterließ er durch entsprechende Mimik und Betonung den Eindruck, der sich zuspitzenden internationalen Entwicklung gegenüber machtlos zu sein.³⁸⁴ Durch dieses Vorgehen gelang es der politischen Führung Ungarns – trotz der äußerst unbeliebten Beteiligung an der Militäraktion – ihre Akzeptanz in der Bevölkerung einigermaßen zu wahren. Gleichzeitig gab es den Warschauer Bündnispartnern keinen direkten Anlass zur Intervention.

Schließlich dämpfte die ungarische Propaganda gezielt Hoffnungen und Erwartungen, dass auch in Ungarn umfassendere gesellschaftliche Reformen in der Art eines Prager Frühlings möglich wären. Durch die immer deutlichere Kritik an den tschechoslowakischen Reformern und deren abschließende Verurteilung signalisierten die ungarischen Medien, dass eine vergleichbare Entwicklung in Ungarn unerwünscht und aussichtslos sei. Diesen Eindruck verstärkten in den ungarischen Medien häufige Loyalitätsbekenntnisse gegenüber der Sowjetunion. Die mediale Aufarbeitung des Prager Frühlings und seiner Niederschlagung wirkten sich also direkt auf die grenzübergreifende Wahrnehmung der ungarischen Bevölkerung aus, die Gegenstand des folgenden Abschnitts sein wird.

4.3 Wahrnehmung des Prager Frühlings in der ungarischen Bevölkerung

4.3.1 Informationsstand vor dem Einmarsch

Die offiziellen Massenmedien, vor allem der staatliche Rundfunk und das Fernsehen in Ungarn erreichten ein breiteres Publikum.³⁸⁵ Dennoch waren sie 1968 nicht die einzigen Informationsquellen zu den tschechoslowakischen Reformen. Auch ungarische Fachzeitschriften lieferten dazu einen Beitrag und druckten im Mai und Juni 1968 ausführliche Interviews mit den tschechoslowakischen Reformkommunisten ab, die ihre Ansichten offen darlegen konnten.³⁸⁶

Insgesamt bestand in weiten Teilen Ungarns ein relativ breitgefächertes Informationsangebot zu den Entwicklungen in der ČSSR, das auch ohne rechtliche Konsequenzen in

383 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1732/68, 20.9.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 140, Nr. 1922/68, 23.10.1968: *Interner RFE-Bericht über die politische Stimmung in Budapest*, 23.10.1968

384 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1729/68, 20.9.1968: *RFE-Bericht über Reaktionen der ungarischen Bevölkerung auf Truppeneinmarsch in die ČSSR*, 20.9.1968

385 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/312, PZ-T 6/1968, 19.2.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 20.3.1968: *RFE-Aufzeichnung über persönliche Meinungen in Ungarn zur Entwicklung in der ČSSR*, 20.3.1968

386 Solche Interviews erschienen unter anderem mit den tschechoslowakischen Regierungsmitgliedern Císař und Černík, aber auch mit Schriftstellern wie Novomeský und Goldstücker (AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/116, TZ 6/68, 25.6.1968).

Anspruch genommen werden konnte. Das Interesse an Detailberichten zur innenpolitischen Entwicklung in der ČSSR blieb jedoch gering und die wenigsten machten sich bis Juli 1968 die Mühe, Informationen zu nutzen, die ihnen sprachlich oder technisch nur schwer zugänglich waren. Deshalb war in Ungarn die Rezeption der tschechoslowakischen Reformentwicklung nicht immer gleich stark. Zwar interessierten sich Anfang 1968 laut den Beobachtungen der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest noch viele für den KSC-Führungswechsel, doch das Hauptaugenmerk galt weniger den eigentlichen Reformzielen der KSC als spektakulären Ereignissen wie den Polizeigroßeinsätzen und Spionageaffären in der ČSSR.³⁸⁷ Die innerparteiliche Entwicklung im Nachbarland verfolgte die ungarische Arbeiter- und Bauernschaft dagegen wenig. Ihre Aufmerksamkeit galt laut zeitgenössischen Beobachtern eher inländischen Themen: dem neuen Wirtschaftsmechanismus oder den schlechten Ernten im Sommer 1968, die der ungewöhnlichen Hitze geschuldet und mit einer Erhöhung der Lebensmittelpreise verbunden waren.³⁸⁸ Letztlich standen also für die meisten Ungarn die eigenen Alltagsprobleme im Vordergrund.

In politischen Kreisen, zum Beispiel an der Budapester Parteihochschule, war das Interesse an den tschechoslowakischen Reformen dagegen sehr groß. Hier genügten die öffentlich und parteiintern zugänglichen Materialien oft nicht, um das große Informationsbedürfnis zu stillen.³⁸⁹ Der zähe Informationsfluss wurde auch für die ungarischen Journalisten selbst zum Problem: Sie sollten über den Prager Frühling informieren, obwohl ihnen für Hintergrundberichte das Ausgangsmaterial fehlte.³⁹⁰ Dieses Dilemma beklagten auch Vertreter der Parteibasis, Betriebsleiter und Intellektuelle, die ihren Informationsaufgaben oft nicht nachkommen konnten.³⁹¹ Persönliche Kontakte zu tschechoslowakischen Kollegen konnten das Informationsdefizit nur teilweise verringern, zum Beispiel auf bilateralen Gewerkschaftstreffen oder in Einzelgesprächen mit dem tschechoslowakischen Botschaftspersonal.³⁹²

Die tschechoslowakische Botschaft in Budapest stellte außerdem Verbindungen zwischen ungarischen Journalisten und tschechoslowakischen Interviewpartnern her. Gleichzeitig bemühten sich Angestellte des Prager Außenministeriums, die ungarischen Korre-

387 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/312, PZ-T 6/1968, 19.2.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 526/68, 20.3.1968: *RFE-Stimmungsbericht über Ungarn für den Zeitraum Februar bis Anfang März 1968*, 20.3.1968.

388 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1111/68, 10.6.1968: *RFE-Bericht über das ungarische Interesse am Prager Frühling Anfang Juni 1968*, 10.6.1968; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 232-235, 22.7.1968, MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 229-231, 23.7.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1510/68, 5.8.1968

389 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/413, 11.4.1968

390 Hirš in *Práca*, 16.6.1968

391 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 232-235, 22.7.1968{

392 VOA Praha, Nr. Fonds Mezinárodní oddělení, Karton 276, Nr. 1598b, [Oktober 1968]; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ 11, 16.4.1968, S. 1.

spondenten in der ČSSR von dem tschechoslowakischen Reformprogramm zu überzeugen.³⁹³ Eine aktive Rolle in der Informationsvermittlung nahm das tschechoslowakische Außenministerium allerdings erst nach dem Truppeneinmarsch im August 1968 ein: Über die tschechoslowakische Botschaft in Budapest ließ es Hunderte von Informationsbroschüren zur Lage in der ČSSR drucken, die Botschaftsangestellte heimlich in Budapester Briefkästen warfen. Die Texte gaben den Standpunkt der handlungsunfähigen tschechoslowakischen Führung wieder und verurteilten den Einmarsch sowie die verzerrte Berichterstattung darüber in den ungarischen Medien.³⁹⁴ Als die tschechoslowakische Botschaft in Budapest zu diesem Thema eine Pressekonferenz einberufen wollte, intervenierten jedoch die ungarischen Behörden und unterbanden weitere Versuche der tschechoslowakischen Außenmission, Informationen an die ungarische Bevölkerung weiterzugeben.³⁹⁵

Tschechoslowakische Touristen in Ungarn konnten ebenfalls nur vorübergehend zur Lage in ihrer Heimat berichten, obwohl sie im Sommer 1968 zu Tausenden vor Ort waren.³⁹⁶ Einige dürften Multiplikatoren der tschechoslowakischen Reformstimmung gewesen sein, wobei es schwierig ist, das Ausmaß dieses Austauschs nachträglich zu rekonstruieren. Eine Sprachbarriere existierte nur für die ungarischsprachigen Slowaken nicht, die anderen Feriengäste aus der ČSSR dürften es da schon schwerer gehabt haben. Eindeutige Hinweise auf einen Austausch in den ersten Interventionstagen liefern allerdings die Beobachtungen der tschechoslowakischen Botschaft.³⁹⁷ Um solche Begegnungen zu unterbinden, isolierten die ungarischen Behörden während und kurz nach dem Einmarsch die tschechoslowakischen Gäste systematisch.³⁹⁸

Dennoch waren in Ungarn vor allem Intellektuelle relativ gut über die Reformentwicklung in der ČSSR informiert. Dies lag nicht zuletzt an einem regen persönlichen Informationsaustausch vor dem Einmarsch. So hatten bereits zwischen März und Juli 1968 mehrere gegenseitige Besuche ungarischer und tschechoslowakischer Wissenschaftler und Kulturschaffender stattgefunden: Ungarischstämmige Schriftsteller aus der Slowakei nahmen beispielsweise an Literaturabenden des Budapester Schriftstellerverbandes teil

393 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/111, 25.1.1968: *Langfristige Propagandakonzeption des tschechoslowakischen Außenministeriums für die Präsentation der ČSSR in Ungarn*, 25.1.1968

394 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 12–13.

395 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 13; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 232-235, 22.7.1968, MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 229-231, 23.7.1968

396 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 12

397 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968, S. 14; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 12, AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 12; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T MLR, 1965-69, Nr. 015/111, 0185/68, 7.10.1968.

398 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968.

und Delegationen der ungarischen Akademie der Wissenschaften machten Rundreisen durch die ČSSR. Darüber und über die Begegnungsreisen ungarischer Journalisten und Wirtschaftsexperten in der Tschechoslowakei gibt es ausführliche Berichte.³⁹⁹ Diese spiegeln vermutlich nur einen Teil der tiefen Eindrücke wider, die solche Delegationen aus Gesprächen und Beobachtungen in der Tschechoslowakei mitbrachten; viel mehr dürften die Beteiligten zu Hause in persönlichen Gesprächen weitergegeben haben.

Tschechoslowakische Rundfunk- und Fernsehsendungen konnten in Ungarn vielerorts problemlos empfangen werden. Allerdings blieb die Unkenntnis der slowakischen bzw. tschechischen Sprache auch hier ein Hindernis.⁴⁰⁰ In der größtenteils ungarischsprachigen Südslowakei gab es zwar auch ungarischsprachige Radiosendungen, doch die waren nur im ungarischen Grenzland verfügbar.⁴⁰¹ In Budapest konnten Interessierte die Ereignisse im Nachbarland zudem vorübergehend über die ungarischsprachige Tageszeitung *Új szó* aus der Slowakei verfolgen. Ab Ende April verschwand diese Zeitung nach einer Intervention der ungarischen Medienaufsicht allerdings aus den Budapester Kiosken.⁴⁰² Dies erinnert an den Herbst 1956 als die ungarischen Zeitungen nicht mehr an den slowakischen Zeitungsständen verkauft werden durften und sich die tschechoslowakische Bevölkerung daher über die Reforminhalte im Nachbarland nicht mehr informieren konnte.

Weil die offizielle Berichterstattung über die ČSSR in Ungarn so unzureichend war, informierte sich 1968 insbesondere die Intelligenz zunehmend über westliche Zeitungen und Propagandasender, vor allem über *Radio Free Europe*.⁴⁰³ Sein Programm hatte einen höheren Verbreitungsgrad als die ungarischsprachigen Rundfunksendungen aus der Slowakei, da es in ganz Ungarn empfangen werden konnte. Der Empfang war damals nicht explizit verboten und insbesondere die Unterhaltungssendungen mit westlicher Musik erfreuten sich großer Beliebtheit. Die Nachrichten zu den Reformen in der ČSSR verfolgten 1968 dagegen in Ungarn nur wenige systematisch.⁴⁰⁴ Für Intellektuelle oder den Klerus waren die westlichen Sender und Fachzeitschriften aber eine willkommene Informationsquelle.⁴⁰⁵ Sie stellten – ebenso wie die tschechoslowakischen Ausstrahlun-

399 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/113, 16.4.1968, S. 1; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 2, 23.7.1968, MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 2, 27.4.1968, MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/5, Nr. 448, 5.3.1968

400 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/413, 11.4.1968.

401 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 6927/1968, 23.7.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968.

402 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1025/68, 31.5.1968: *RFE-Situationsbericht Budapest*, 31.5.1968

403 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/312, PZ-T 6/1968, 19.2.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 20.3.1968

404 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1510/68, 5.8.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1606/68, 6.9.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 526/68, 20.3.1968

405 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr.16, Bl. 197, 23.4.1968.

gen – das Informationsmonopol der MSzMP infrage, die sich daraufhin gezwungen sah, die eigene Berichterstattung zu verbessern.⁴⁰⁶

Als die ungarischen Medien im Juli 1968 immer weniger über die ČSSR berichteten und gleichzeitig der Zufluss von Nachrichten aus dem Ausland anwuchs, stieg in Ungarn das Interesse an der tschechoslowakischen Entwicklung.⁴⁰⁷ Dies hing auch damit zusammen, dass in dieser Zeit die Warschauer Briefe veröffentlicht worden waren und damit die Gefahr einer militärischen Intervention plötzlich eminent war.⁴⁰⁸ In dieser Stimmung führte die restriktive offizielle Informationspolitik in vielen Betrieben zu Unverständnis und Irritationen. Die Belegschaften forderten ausführlichere Berichte von offizieller Seite und beklagten, Detailinformationen nur aus westlichen Medien zu erhalten.⁴⁰⁹ Kritik wurde laut, wonach weder das ungarische Fernsehen und Radio noch die Presse mit dem ansteigenden Interesse an der tschechoslowakischen Entwicklung mithalten könnten. In diesem Sinne wendeten sich auch Dutzende Arbeiter in Leserbriefen an die Parteizeitung *Népszabadság*, in denen sie bessere Informationen über die Ereignisse in der Tschechoslowakei in den zentralen Tageszeitungen forderten.⁴¹⁰ Unklarheit herrschte insbesondere darüber, wie bedeutend der Prager Frühling für die anderen sozialistischen Staaten und insbesondere Ungarn tatsächlich war.⁴¹¹ Weil die offiziellen Medien auf diese Kritik nur unzureichend reagierten, breiteten sich Gerüchte aus.⁴¹² Zudem stieg der Anteil regelmäßiger Hörer von *Radio Free Europe*, *BBC*, *Voice of America* und des österreichischen Rundfunks wieder deutlich an, als die offiziellen Medien in Ungarn während des Truppeneinmarschs schwiegen.⁴¹³

Die verschiedenen Informationsmöglichkeiten in Ungarn wirkten sich 1968 stark auf die jeweilige Wahrnehmung der tschechoslowakischen Reformentwicklung aus. Wie der folgende Abschnitt verdeutlichen soll, unterlag dabei ein Großteil der ungarischen Bevölkerung der subtilen Manipulation der offiziellen Medien, die auch am einfachsten zugänglich waren.

406 Vgl. dazu AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 6927/1968, 23.7.1968 sowie den Redebeitrag des ZK-Mitglieds István Csáki in MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968.

407 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1606/68, 6.9.1968

408 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1564/68, 14.8.1968

409 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 229-231, 23.7.1968

410 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/413, 25.7.1968: *Information der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest über Resonanz des tschechoslowakischen Erneuerungsprozesses in Ungarn (Ende Juli)*, 25.7.1968; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 232-235, 22.7.1968

411 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1025/68, 31.5.1968

412 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 232-235, 22.7.1968

413 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1606/68, 6.9.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1701/68, 16.9.1968

4.3.2 Erwartungen an die Reformentwicklung in der ČSSR

Nicht zuletzt aufgrund unterschiedlicher Informationsbedürfnisse und -niveaus in der ungarischen Bevölkerung waren die mit dem Prager Frühling verbundenen Erwartungen keineswegs einheitlich. Dennoch lassen sich dort in den zeitgenössischen Stimmungsberichten ungarischer, tschechoslowakischer und westlicher Provenienz auch gemeinsame Erwartungshaltungen identifizieren. So hegten 1968 im Zusammenhang mit dem tschechoslowakischen Reformprozess viele Ungarn ähnliche Hoffnungen und Ängste. Diese standen zum Teil mit Erinnerungen an die Ungarische Revolution von 1956 in Verbindung. Manche assoziierten den Prager Frühling aber auch mit dem Reformkurs, den Kádár seit Mitte der sechziger Jahre eingeschlagen hatte.⁴¹⁴

Direkte Gemeinsamkeiten zwischen dem Volksaufstand vom Herbst 1956 und der Reformbewegung in der ČSSR sahen bis zum August 1968 in Ungarn nur wenige.⁴¹⁵ Vielmehr geht aus den Stimmungsberichten westlicher Beobachter hervor, dass die meisten Befragten dem Führungswechsel in der KSC eine eher geringe Bedeutung beimaßen und die westliche Euphorie diesbezüglich für übertrieben hielten.⁴¹⁶ Dies änderte sich auch nach der internationalen Zuspitzung im Juli 1968 kaum, wie Meinungsberichte der MSzMP nahelegten.⁴¹⁷

Die zum Teil erstaunliche Indifferenz innerhalb der ungarischen Bevölkerung basierte auf dem Direktvergleich des Prager Frühlings mit der Ungarischen Revolution, den sowohl die westlichen als auch die offiziellen ungarischen Medien zogen – allerdings in unterschiedlicher Ausrichtung. Ihre Gegenüberstellungen reduzierten die beiden Reformbewegungen oft auf Alexander Dubček und Imre Nagy.

Aus der Sicht vieler Ungarn blieb Dubček jedoch in seinen Reformbestrebungen weit hinter Nagy zurück, da er beispielsweise keine nationale Unabhängigkeit forderte. In Ungarn galt der tschechoslowakische Generalsekretär außerdem weithin als unentschlossen und inkonsequent.⁴¹⁸ Die These westlicher Journalisten, wonach die Tschechen und Slowaken 1968 dieselben Ziele verfolgten wie 1956 die ungarische Freiheitsbewegung, findet sich deshalb kaum in den Stimmungsberichten wieder.⁴¹⁹ Stattdessen setzten viele Ungarn 1968 die inneren Reformen in der ČSSR eher mit den kosmetischen Veränderungen der „Rákosi-Clique“ um 1955 gleich. Etwas anderes hielten sie nach ihren eigenen Erfahrungen im sozialistischen Lager für unmöglich.⁴²⁰

414 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1069/68, 7.6.1968: *RFE-Bericht über ungarische Meinungen zum Prager Frühling im Zeitraum Anfang Juni 1968*, 7.6.1968

415 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1564/68, 14.8.1968

416 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 526/68, 20.3.1968

417 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 229-231, 23.7.1968.

418 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 526/68, 20.3.1968; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, 18.7.1968

419 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1606/68, 6.9.1968.

420 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1111/68, 10.6.1968

Diese Sichtweise übergang allerdings eine ganze Reihe manifester Gemeinsamkeiten zwischen den Reformbewegungen von 1956 und 1968. Denn die Forderungen nach Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie die Hoffnung auf einen humanen Sozialismus waren ebenso zentrale Bestandteile des Prager Frühlings wie der Ungarischen Revolution. Die nationale Unabhängigkeit stand dagegen zunächst bei keiner der beiden Reformbewegungen im Fokus.

Dies kam 1968 aber kaum in der ungarischen Bevölkerung an. Breite Teile übernahmen die Sichtweise der offiziellen Medien, wonach die Reformbemühungen in der ČSSR kaum über das in Ungarn bereits erreichte Maß an Verbesserungen hinaus gehen könnten. Zusätzlich dominierte die Vorstellung, dass sich der tschechoslowakische Reformkommunismus nur unwesentlich von dem unterscheidet, was die MSzMP-Führung seit Anfang der sechziger Jahre umgesetzt hatte: Rehabilitationen, eine liberalere Zensur- und Kulturpolitik, Wirtschaftsreformen und erweiterte Reisemöglichkeiten. Laut Meinungsberichten von *Radio Free Europe* verwiesen sogar einige stolz darauf, in welchen Bereichen Kádárs Reformen Vorreiter des tschechoslowakischen Programms gewesen seien.⁴²¹ Entsprechend galt Dubček in Ungarn 1968 lange als Kommunist vom „Typ Kádár“, der zwar Novotnýs Fehler korrigieren wollte, an dessen Loyalität gegenüber der Sowjetunion aber kein Zweifel bestand.⁴²² Diese Ansicht vertraten ungarische Intellektuelle ebenso wie Arbeiter in Großbetrieben. Entsprechend gering waren insgesamt die Erwartungen an echte Veränderungen in der ČSSR oder anderen Ländern im kommunistischen Ostmitteleuropa.⁴²³ Den meisten Ungarn war die Tragweite der tschechoslowakischen Reformen auch im Juni 1968 noch nicht bewusst, obwohl damals die Entfaltungsmöglichkeiten außerparteilicher Organisationen in der ČSSR bereits weit über denen in Ungarn lagen. Dass beispielsweise die Spielräume der Kirchen in der Tschechoslowakei inzwischen viel größer waren, nahmen in Ungarn – außerhalb des Klerus – nur wenige wahr.⁴²⁴

Diese niedrige Erwartungshaltung hielt in Ungarn 1968 bis zum Truppeneinmarsch in die ČSSR an. In ihr spiegelte sich der Erfolg der MSzMP-Medienkampagne wider. Daneben reflektierten viele ungarische Beobachter den Prager Frühling aber auch auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrungen, insbesondere der von 1956. Eine Korrespondentin der FAZ brachte im Juni 1968 die Stimmung gegenüber dem Prager Frühling folgendermaßen auf den Punkt: „Wir Ungarn haben unseren Beitrag zu größerer Freiheit innerhalb des kommunistischen Lagers bereits geleistet. Unser Aufstand von 1956 wurde zwar liquidiert, aber er war nicht umsonst. Durch ihn wurden viele Erleichterungen und

421 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 526/68, 20.3.1968

422 Hírš in *Práca*, 16.6.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 20.3.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1510/68, 5.8.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1606/68, 6.9.1968

423 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 526/68, 20.3.1968

424 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1111/68, 10.6.1968. Zum Informationsniveau des ungarischen Klerus über die Forderungen der katholischen Kirche in der ČSSR vgl. MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr.16, Bl. 197, 23.4.1968.

Verbesserungen eingeleitet. Sollen die Tschechen und Slowaken nachholen, was wir bereits erreicht haben. Erreichen sie mehr als wir – umso besser; dann öffnet sich vielleicht auch bei uns wieder das politische Tor für eine bereits wieder fällige Fortsetzung der Liberalisierungstendenzen, die in Ungarn in den letzten beiden Jahren stagnieren.“⁴²⁵

In dieser Haltung zeigt sich nicht nur ein gewisser Stolz über die bisherigen Errungenschaften des ungarischen Volkes, sondern auch die Überzeugung, man habe 1956 bereits alles denkbar Mögliche versucht und erreicht. Darauf gründete 1968 die ablehnende Position vieler Ungarn gegenüber weiteren Reformen. Im Gegensatz zu ihren tschechoslowakischen Nachbarn, denen die Erfahrung einer sowjetischen Intervention noch fehlte, hielten die meisten Ungarn den Reformspielraum für sehr begrenzt.

Dennoch sahen auch einige Ungarn den Prager Frühling als Möglichkeit, im kommunistischen Mitteleuropa einen weiteren Sonderweg zu etablieren. Gerade weil der tschechoslowakische Reformprozess dem eigenen so ähnlich erschien, bestanden Hoffnungen, dass beide Länder als Partner gegenüber den reformfeindlichen Kräften in Moskau, Ost-Berlin, Sofia und Warschau auftreten könnten. Beispielsweise lobten ungarische Literaturwissenschaftler die Bemühungen reformorientierter Intellektueller in der ČSSR, die den Sozialismus auf seine eigentlichen Grundprinzipien zurückbringen wollten. Sie rechneten hier mit positiven Auswirkungen auf Ungarn, allerdings erst in ferner Zukunft. Auch Vertreter des ungarischen Klerus verfolgten die Entwicklung in der ČSSR genau und hofften, für sie könne sich nun ebenfalls die Möglichkeit für mehr Religionsfreiheit ergeben. Sie schlossen allerdings ebenfalls eine eigene Initiative aus und hofften, der Prager Frühling könne in Ungarn langsamere Veränderungen in Gang setzen.⁴²⁶ Trotz aller Hoffnungen in das tschechoslowakische Reformexperiment hielten es also die meisten Ungarn für sinnvoller, künftige Reformen umsichtig und ohne Hektik oder Aufregung anzugehen.⁴²⁷ Dies geschah im Bewusstsein der gescheiterten Reformbewegung von 1956.⁴²⁸

Für die ungarische Zurückhaltung gab es noch einen weiteren Grund: Die Bedingungen für viele ehemals politisch Verfolgte hatten sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre deutlich verbessert. Der Bedarf einer weiteren Demokratisierung war also 1968 nicht mehr so akut. Dazu erklärte etwa der (in dem Artikel nicht genauer benannte) Herausgeber einer ungarischen Monatszeitschrift gegenüber dem slowakischen Journalisten Peter Hirs, dass man vor einigen Jahren in Ungarn noch seinen Posten verloren hätte, wenn man das geschrieben hätte, was 1968 problemlos veröffentlicht werden

425 Konitzer in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.6.1968; die Journalistin war bereits Anfang November 1956 als Korrespondentin in Budapest und hatte über das dortige Revolutionsgeschehen berichtet: Konitzer in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.11.1956, S. 10, Konitzer in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.11.1956, S. 1, Konitzer in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.12.1956, S. 4.

426 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr.16, Bl. 197, 23.4.1968

427 Hírš in *Práca*, 16.6.1968

428 Dieser Eindruck ergibt sich konsequent aus dem Fonds OSA Budapest: HU 300-40-2, Kart. 44.

konnte. Der ungarische Redakteur behauptete außerdem, dass die Zeitschriftenautoren künftig noch offener schreiben würden, wenn der Reformprozess in der ČSSR weiterhin positiv verlaufe.⁴²⁹ Hier klingen erneute Hoffnungen im Zusammenhang mit dem Prager Frühling durch, gleichzeitig existierten aber auch Ängste. So sollen gegenüber Hirs im Juni 1968 in Budapest alle Befragten sinngemäß gesagt haben: „Wir drücken euch die Daumen“ und: „Wir haben ein bisschen Angst.“⁴³⁰

Als Ende Juni 1968 der internationale Druck auf die ČSSR zunahm und noch nicht durch die beiden Gipfeltreffen offiziell beigelegt worden war, befürchteten viele Ungarn, die tschechoslowakischen Reformen könnten stagnieren und damit auch ihren positiven Einfluss auf die ungarischen Reformen verlieren.⁴³¹ Vor allem aber ging die Angst vor einer sowjetischen Militäraktion gegen die Tschechoslowakei um. Eine solche könnte, so die verbreitete Meinung, auch für die ebenfalls eher gemäßigte MSzMP-Führung zum Problem werden. So tauchte in westlichen Stimmungsberichten die Befürchtung auf, Ungarn und seine bisherigen Reformerrungenschaften könnten nach einer Intervention bei den Bündnispartnern auch in Ungnade fallen.⁴³²

Die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens in der ČSSR rückte mit dem sogenannten Warschauer Brief in immer greifbarere Nähe. Dies rief in Ungarn Erinnerungen an 1956 hervor.⁴³³ Viele Ungarn konnten daher nicht verstehen, warum „die KSČ und die Staatsführer nicht von den ungarischen Ereignissen [von 1956] gelernt haben“.⁴³⁴ Andere mutmaßten im selben Zusammenhang, die ČSSR wolle aus dem sozialistischen Block austreten.⁴³⁵ Die Angst vor einer Wiederholung des blutigen Szenarios vom ungarischen Herbst 1956 tauchte dabei häufig auf. Der ungarische Journalist Árpád Mallat verwies auf „den Schock von 1956“, den man angesichts der Entwicklung in der ČSSR nicht vergessen könne.⁴³⁶ Ein anonymes Beobachter aus Budapest stellte hier eine Verbindung mit der tschechoslowakischen Haltung von 1956 her. Er erinnerte daran, dass Ungarn für seinen Unabhängigkeitskampf schon einmal teuer bezahlt hätte. Daher sei es verständlich, dass die meisten Menschen dort vorsichtiger seien als ihre Nachbarn in der ČSSR. Diese seien 1956 schließlich auch nur teilnahmslos daneben gestanden und hätten die Ereignisse beobachtet, während in Ungarn „die Henker rund um die Uhr gearbeitet“ hätten.⁴³⁷

429 Ebenda.

430 Ebenda (Übersetzung aus dem Slowakischen: H. L.).

431 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1201/68, 27.6.1968: *RFE-Bericht über die politische Atmosphäre in Ungarn Ende Juni 1968*, 27.6.1968; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 229-231, 23.7.1968

432 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1564/68, 14.8.1968

433 Ebenda

434 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 229-231, 23.7.1968

435 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, 18.7.1968

436 Hírš in *Práca*, 16.6.1968.

437 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 526/68, 20.3.1968

Dieses tief verwurzelte Trauma trat mit dem Prager Frühling wieder deutlich ans Licht. So fragten sich im Sommer 1968 manche Ungarn, auf welcher Seite die tschechoslowakische Armee eigentlich stehe.⁴³⁸ Dies war auch im Herbst 1956 für die ungarischen Aufständischen und deren Gegner eine entscheidende Frage gewesen. Nun glaubten einige in Ungarn sogar zu wissen, dass sich die tschechoslowakische Armee darauf vorbereite, einen unvermeidbaren Einmarschversuch in die ČSSR zurückzuschlagen.⁴³⁹ Zudem wagten schon in der ersten Jahreshälfte von 1968 nur wenige Ungarn offen über die Entwicklungen in der ČSSR zu sprechen, obwohl das Thema viele beschäftigte.⁴⁴⁰ Auch nach den Gipfeltreffen in Čierna und Bratislava Anfang August 1968 war die Stimmung in Ungarn nur vorübergehend optimistischer. Viele sahen in den Tschechen und Slowaken „kluge Leute“,⁴⁴¹ denen sie angesichts des außenpolitischen Risikos ein besonnenes Vorgehen zutrauten.

Allerdings gab es im Sommer 1968 in der ungarischen Bevölkerung unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie die Warschauer Bündnisstaaten und die ungarische Staatsführung auf die Reformentwicklung in der ČSSR reagieren sollten. Zwar gab es beispielsweise in den ungarischen Großbetrieben zahlreiche Befürworter des tschechoslowakischen Sonderwegs, aber es fanden sich auch Stimmen, die eine militärische Intervention in der ČSSR befürworteten, weil diese vom sozialistischen Block und von Ungarn Schaden abwenden könnte.⁴⁴² Einige Arbeiter sollen sogar eine baldmöglichste Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten gefordert haben, bevor es in der ČSSR zu einer gewaltsamen Konterrevolution komme, die allen nur schaden würde.⁴⁴³ Solche Ansichten vertraten aber hauptsächlich politisch aktive oder parteinahe Kreise, während die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung in den tschechoslowakischen Reformen weder eine ernste Bedrohung noch eine besondere Chance sah.

4.3.3 Identifikation mit dem Prager Frühling

Sympathien für den Prager Frühling waren 1968 in der ungarischen Gesellschaft sehr verbreitet. Dies lag zum einen an der Hoffnung, dass sich das tschechoslowakische Beispiel positiv auf Ungarn auswirken könnte. Zum anderen gab es eine Reihe von Entwicklungen in der ČSSR, mit denen sich viele Ungarn direkt identifizieren konnten. Dies war vor allem dann und dort der Fall, wo die tschechoslowakischen Reformvorhaben

438 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 232-235, 22.7.1968

439 Ebenda

440 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 229-231, 23.7.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1510/68, 5.8.1968.

441 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968

442 Beide Ansichten wurden z.B. in den Csepel-Stahlwerken und in der Hajdu-Region registriert (MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 229-231, 23.7.1968).

443 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, 18.7.1968

jenen Ideen glichen, die 1956 auch auf der Agenda der ungarischen Revolutionäre gestanden hatten.

Besonders ungarische Intellektuelle ließen sich zum Teil von den immer gewagteren Forderungen in der ČSSR inspirieren und unterstützen diese moralisch. Vor allem in Budapest verstärkte der Prager Frühling die Skepsis gegenüber Kádárs Umgang mit der stalinistischen Vergangenheit Ungarns. Die Kritik an dem komplizierten System der ungarischen Pressezensur weitete sich unter dem Eindruck der tschechoslowakischen Pressefreiheit aus und tauchte sogar in einigen Fachschriften auf. Dort wurden erstmals auch andere lange tabuisierte Fragen diskutiert, darunter intensivere Wirtschaftskontakte außerhalb des RGW.⁴⁴⁴ Insbesondere die in der *Budapester Schule* lose gruppierten Philosophen übernahmen Ansichten der tschechoslowakischen Reformer. So sahen beispielsweise András Hegedüs, Ágnes Heller und Maria Markus ebenso wie die tschechoslowakischen Reformer Karel Kosík und Ota Šik sowohl das kapitalistische als auch das realsozialistische Staatssystem als „verfremdet“. Zum Teil inspiriert von den tschechoslowakischen Reformmarxisten forderten diese ungarischen Marxisten einen Mittelweg, der Sozialismus und Humanismus verbinden und der Arbeiterklasse ein Minimum an Selbstverwaltung zugestehen sollte.⁴⁴⁵

Auch die ungarischen Künstler und Schriftsteller stellten 1968 die rein formale Arbeit vieler ungarischer Kulturorganisationen in Frage, als ihnen bekannt wurde, welche Möglichkeiten der freien Organisation neuerdings in der ČSSR bestanden. Viele MSzMP-Mitglieder schlossen sich dieser Forderung an, wie die Beobachter der Tschechoslowakischen Botschaft, aber auch allgemein zugängliche Zeitschriften berichteten.⁴⁴⁶ Entsprechend hatte sich diese Meinung auch bei der ungarischen Leserschaft etabliert und als die offiziellen Medien Ungarns im Juli 1968 ihre Kritik am Prager Frühling erhöhten, gingen in den Zeitungsredaktionen Leserbriefe ein, die diese Tendenz verurteilten.⁴⁴⁷ Gleichzeitig sprachen laut geheimen staatlichen Umfragen die meisten Ungarn den Tschechen und Slowaken ein Recht auf ihren eigenen Weg zum Sozialismus zu.⁴⁴⁸ Daher war Anfang August 1968 in Ungarn auch eine allgemeine Erleichterung zu spüren, nachdem die internationalen Spannungen nach den Spitzentreffen in Čierna und Bratislava nachzulassen schienen.⁴⁴⁹

444 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, 11.6.1968: *RFE-Bericht über den Einfluss der tschechoslowakischen Reformen auf Intellektuelle in Ungarn*, 11.6.1968

445 Hegedüs 1974; Fehér & Heller 1979; [Http://www.mtapti.hu/mszt/19953/szanto.htm](http://www.mtapti.hu/mszt/19953/szanto.htm) (Zugriff: 29.04.2008)

446 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ 11, 16.4.1968, S. 4. Vgl. dazu auch die Sammlung von Presseartikeln zur tschechoslowakischen Frage in OSA Budapest: 300-40-11, Kart. 10.

447 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 6927/1968, 23.7.1968

448 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 232-235, 22.7.1968

449 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 7278/1968, 1.8.1968

In diesem Zusammenhang waren viele Ungarn stolz auf die vermeintlich unterstützende Außenpolitik Kádárs, wie sie in den offiziellen Medien erschien.⁴⁵⁰ Entsprechend verlangten kommunistische und nichtkommunistische Befürworter des Prager Frühlings die Fortsetzung dieser Unterstützung. Diese sollte nach den Meinungsberichten allerdings so aussehen, dass sie keine sowjetische Aggression provoziere.⁴⁵¹

Die Überzeugungsarbeit, die die tschechoslowakischen Reformer selbst nach dem Einmarsch zunächst noch ohne jede Gewaltandrohung leisteten, sagte vielen Ungarn zu. Hierin sahen sie einen wesentlichen Vorteil gegenüber dem radikalen Vorgehen der ungarischen 1956er-Revolutionäre, die völlig gescheitert waren.⁴⁵² Lob für das taktische und gewaltlose Vorgehen der KSČ gab es auch von bekannten ungarischen Schriftstellern, wie Péter Veres – allerdings nur im persönlichen Gespräch mit den tschechoslowakischen Botschaftsreferenten.⁴⁵³

Viele Ungarn verfolgten 1968 die Entwicklung in der ČSSR nicht nur mit Sympathie, sondern bis zum Einmarsch auch mit einer gewissen Gelassenheit.⁴⁵⁴ Lautstarke Fürsprache für den Prager Frühling gab es dagegen selten. Diese galt als unnötig und zu gefährlich. Außerdem dürfte es einigen Ungarn nicht leicht gefallen sein, ihre prinzipiellen Sympathien, die sie dem Reformprozess im Nachbarland entgegenbrachten, mit älteren Animositäten in Einklang zu bringen, die in Ungarn auch 1968 gegenüber dem Nachbarland bestanden.

4.3.4 Vorurteile und Ressentiments gegenüber Tschechen und Slowaken

Die 1968 zum Prager Frühling dokumentierten Äußerungen in der ungarischen Bevölkerung beinhalteten zum Teil eine gewisse Geringschätzung gegenüber Slowaken. Insofern behinderten die von den offiziellen Medien unterstützten ungarischen Nationalgefühle zum Teil eine engagiertere Unterstützung des Prager Frühlings.

So kursierten in Ungarn 1968 Befürchtungen, eine Art Beneš-Regime könnte in der ČSSR zurückkehren und die Tschechen und Slowaken könnten sich gemeinsam gegen die dortige ungarische Minderheit verbünden. Gerüchte über einen aggressiven tschechoslowakischen Nationalismus und ungarnefeindliche Äußerungen tschechoslowakischer Staatsbürger am Balaton und in der Tatra breiteten sich aus.⁴⁵⁵ Ähnliche Legenden kamen aus Szeged und Salgótarján, wo ungarische Arbeiter behaupteten, nationalistische

450 Hirš in *Práca*, 16.6.1968

451 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1564/68, 14.8.1968

452 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1729/68, 20.9.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968

453 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ 11, 16.4.1968, S. 2; Veres war ehemaliger Vizevorsitzender der Kleinbauernpartei und vor 1956 Wirtschaftsminister und Verteidigungsminister.

454 Konitzer in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.6.1968.

455 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, 18.7.1968;

Losungen auf Zügen aus der ČSSR gelesen zu haben und in böhmischen Restaurants aufgrund ihrer Herkunft nicht bedient worden zu sein.⁴⁵⁶ Nach einer Legende aus Szeged sollten die Ungarn aus der Slowakei gar zwangsausgesiedelt werden und könnten dabei maximal 50 kg Gepäck mitnehmen.⁴⁵⁷

Solche Befürchtungen rührten wohl daher, dass 1968 die 1. Tschechoslowakische Republik in der tschechischen und slowakischen Publizistik wieder in den Vordergrund rückte. Häufig tauchte dabei der Name Edvard Beneš auf. Während dieser in der ČSSR als erster tschechoslowakischer Außenminister und Miterbauer des ersten demokratischen tschechoslowakischen Staats sehr positiv wahrgenommen wurde, verbanden die meisten Ungarn mit ihm die ungarischen Gebietsverluste nach dem Ersten Weltkrieg und den sogenannten „Bevölkerungsaustausch“. Letzterer fand unter Beneš' Federführung zwischen 1945 und 1947 als größtenteils unfreiwillige Umsiedlung ungarischer Bewohner aus der Slowakei statt.⁴⁵⁸

Auch unabhängig von diesen historischen Erfahrungen kursierten über die tschechoslowakischen Nachbarn 1968 wilde Gerüchte. Zur Zeit des Informationsvakuums unmittelbar nach dem Truppeneinmarsch erreichten sie ihren Höhepunkt: So sollen sich die tschechoslowakischen Postboten geweigert haben, Briefe aus Ungarn zuzustellen (obwohl die Warschauer-Pakt-Truppen den Postweg gezielt unterbrochen hatten). Im grenznahen Sátoraljaújhely hieß es sogar, die Slowaken hätten versucht einen ungarischen Trinkwasserzulauf zu vergiften.⁴⁵⁹ Inwieweit solche Geschichten eine Folge traditioneller Ressentiments oder der offiziellen Propaganda in Ungarn waren, lässt sich aufgrund der verfügbaren Quellen nicht einwandfrei klären. Sehr wahrscheinlich handelte es sich um eine Kombination, denn die ungarischen Redaktionen waren angewiesen, gezielt bestehende Befindlichkeiten aus der Zwischen- und Nachkriegszeit aufzugreifen.

Ein weiterer Bezugspunkt für antitschechoslowakische Stimmungen in Ungarn 1968 war die Haltung der tschechoslowakischen Bevölkerung während der Ungarischen Revolution und deren Wahrnehmung in Ungarn. Denn Referenzen zwischen Prager Frühling und der ungarischen Krise von 1956 tauchten nicht nur in den ungarischen und westlichen Medien auf, sondern die ungarische Bevölkerung stellte diesen Zusammenhang auch selbst her. So hätten die Tschechen und Slowaken 1956 nur dagesessen und zugeschaut, als in Ungarn der Volksaufstand wütete und wenig später seine traumatische

456 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 229-231, 23.7.1968

457 Ebenda

458 Vgl. zum „Bevölkerungsaustausch“ Šutaj 1997; Vykoukal & Litera et al. 2000, S. 131; Alte 2003, S. 65–66; Jech & Kuklík et al. 2003.

459 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 260-261, 13.9.1968: 8. *Agitprop-Stimmungsbericht über Bevölkerungsreaktion zu den Ereignissen in der ČSSR in 5 Komitaten und Budapest*, 13.9.1968; ähnliche Behauptungen finden sich bei MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 262-264, 4.10.1968.

Niederlage gefolgt war.⁴⁶⁰ Ein Exilungar, der im Sommer 1968 seine alte Heimat besuchte, behauptete in diesem Zusammenhang, in Ungarn nicht sehr viele Menschen getroffen zu haben, die angesichts des Prager Frühlings besonders begeistert von den Tschechen und Slowaken gewesen seien. Die älteren hätten nicht vergessen, dass „die Tschechen“ 1956 Hindernisse und Gegner der ungarischen Reformbewegung gewesen seien.⁴⁶¹

Nach der Militäraktion äußerten sogar manche Ungarn die Meinung, die Tschechen und Slowaken hätten den Einmarsch „verdient“, weil sie den Ungarnaufstand 1956 nicht unterstützt hätten.⁴⁶² Andere zeigten sogar Schadenfreude: „Endlich haben es die Tschechen auch abgekriegt“.⁴⁶³ Diese Äußerungen dürfen allerdings nicht als Mehrheitsmeinung betrachtet werden. Vielmehr spricht aus ihnen die Verbitterung einiger weniger über die tschechoslowakische Passivität von 1956. Gleichgültigkeit oder Sympathien gegenüber dem Prager Frühling dominierten 1968 auch vor dem Einmarsch die Bevölkerungsmeinung in Ungarn. Danach war bei den meisten Ungarn der Schock über die Invasion größer als ältere nationale Antipathien, die nun vorübergehend in den Hintergrund traten.

460 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 526/68, 20.3.1968

461 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1606/68, 6.9.1968

462 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968

463 Zit. nach Gomori 1972, S. 110 (Übersetzung aus dem Englischen: H. L.).

4.4 Reaktionen auf den Truppeneinmarsch in der ungarischen Bevölkerung

4.4.1 Informationsstand nach dem Einmarsch

Die Nachricht vom Beginn des Truppeneinmarsches in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 breitete sich in Ungarn wie ein Lauffeuer aus. Es herrschte große Unsicherheit über das Ziel und den Sinn der massiven Truppenbewegungen. Die strenge Geheimhaltungspolitik ließ zum Teil sogar die beteiligten Militär- und Sicherheitskräfte in Unwissenheit und zeigte nun Wirkung.⁴⁶⁴ Mund-zu-Mund-Propaganda und Gerüchte ersetzten in den ersten Stunden nach dem Einmarsch die offiziellen Informationsquellen. Die meisten Ungarn erfuhren am 21. August erst aus westlichen Radiosendern von dem Einmarsch, denn am Morgen dieses Tages hatte darüber nichts in den ungarischen Zeitungen gestanden.⁴⁶⁵ Auch am zweiten Tag nach dem Einmarsch gab es lediglich eine offizielle Meldung der Nachrichtenagentur MTI, die wiederum nur den anonymisierten Einladungsbrief wiedergab.⁴⁶⁶

Über westliche Radiosender und Flugblätter breitete sich die Nachricht von der Besetzung der ČSSR dennoch sehr schnell aus, insbesondere in der Hauptstadt. Auch an den Arbeits- und Produktionsstätten im ganzen Land war die Okkupation bald einziges Gesprächsthema.⁴⁶⁷ Das Schweigen der offiziellen Stellen über die Hintergründe und Konsequenzen, auch für Ungarn, irritierte in diesen Tagen dagegen einen Großteil der allgemeinen Bevölkerung. Sogar in den regionalen Parteiorganen war der Informationsstand offenbar unzureichend.⁴⁶⁸ Viele Kreisfunktionäre, aber auch Armeeingehörige waren daher verärgert über die offizielle Informationspolitik, die in der Vergangenheit den tschechoslowakischen Liberalisierungsprozess unterstützt hatte, nun aber dessen Niederschlagung rechtfertigen wollte.⁴⁶⁹

In den ungarischen Betrieben wollten Arbeiter wissen, was die eigentliche Ursache der Militäraktion war, warum Dubček plötzlich ein Konterrevolutionär sein sollte und was es mit dem anonymen Einladungsbrief auf sich hatte.⁴⁷⁰ In den Fabriken beschwerten sich

464 Magyar Honvédség Központi Irattára Budapest, Nr. Karton 5/12/11, Dok. 13, 24.7.1968: *Protokolle über die Verhandlungen des Vorsitzenden des Generalstabs der ungarischen Armee K. Csémi mit dem Oberbefehlshaber K. Provalov der Armeegruppe Süd der sowjetischen Armee auf ungarischem Territorium*, in: BENČÍK, A. et al. (Hg.) 1996, S. 238–239, S. 238; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1737/68, 24.9.1968: *RFE-Bericht über intensivierte Polizei- und Grenzkontrollen in Ungarn am 21.8.1968*, 24.9.1968).

465 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1701/68, 16.9.1968

466 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 5

467 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1910/68, 22.10.1968

468 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968

469 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 35, Karton 75, Nr. 5476, 23.9.1968

470 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1701/68, 16.9.1968

viele Angestellte, dass auch die offiziellen Erklärungen Ende August 1968 weder das offizielle Stillschweigen noch die eigentliche Motivation für den Einmarsch nachvollziehbar erläuterten.⁴⁷¹

Dieses Informationsvakuum brachte Gerüchte in Gang, deren Gegenstand oft Kádár selbst war. Denn dieser war seit dem 4. August 1968 nicht mehr öffentlich aufgetreten und zeigte auch in der angespannten Situation nach dem Einmarsch keinerlei öffentliche Reaktion. Behauptungen, wonach er und auch der Außenminister Péter krank, zurückgetreten oder gar tot seien, zerstreuten sich erst nach der Rückkehr dieser Politiker ins öffentliche Leben Mitte Oktober.⁴⁷² Da auch über die militärische Lage in der ČSSR kaum Informationen durchsickerten, machten sich vor allem die Angehörigen ungarischer Soldaten in der ČSSR Sorgen. So kursierte schon am 26. August 1968 die Legende von 120 in der Slowakei gefallenen ungarischen Soldaten;⁴⁷³ tatsächlich waren es in der gesamten Phase des Einsatzes vier, die außerdem in Folge von Krankheit, Unfällen oder Selbstmord starben.⁴⁷⁴

Unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt trieben solche Gerüchte die Verunsicherung und damit die Hörerzahl des ausländischen Rundfunks in Ungarn in die Höhe. Viele verfolgten dort BBC und VOA und im Grenzland auch österreichische bzw. tschechoslowakische Sendungen.⁴⁷⁵ Die drängendsten Fragen nach den Ursachen des Einmarsches und den Konsequenzen für andere sozialistische Staaten vermochten jedoch auch sie nicht zu beantworten. Deshalb und weil sich ab September 1968 die ungarischen Medien selbst wieder um eine aufschlussreichere Berichterstattung bemühten, verlor der westliche Rundfunk einige Wochen nach dem Einmarsch wieder an Bedeutung.⁴⁷⁶

4.4.2 Überraschung, Schock und Empörung

Die erste Nachricht über den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR traf die meisten Menschen in Ungarn völlig überraschend. Nach den bilateralen Gipfeltreffen in Čierna und Bratislava waren sich viele sicher gewesen, die Gefahr einer militärischen Intervention sei gebannt. Nun waren sie schockiert über den Einmarsch und lehnten ihn vehement ab.⁴⁷⁷ In einigen Betrieben stand die Produktion still, weil die Belegschaft über die neue Situation und ihre Konsequenzen diskutierte.⁴⁷⁸ Gleichzeitig breitete sich in der

471 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 260-261, 13.9.1968

472 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 8484/1968, 11.9.1968; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 140, Nr. 1922/68, 23.10.1968

473 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968

474 Szani 2003, S. 604.

475 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 8484/1968, 11.9.1968

476 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 260-261, 13.9.1968

477 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968

478 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1910/68, 22.10.1968

Bevölkerung Empörung über die Versuche der ungarischen Medien aus, die Militäraktion zu rechtfertigen. Manche nahmen die offizielle Verhüllungstaktik einschließlich ihrer Falschmeldungen über die Tschechen und Slowaken aber auch mit Humor.⁴⁷⁹

Die tschechoslowakische Botschaft in Budapest erhielt aus ungarischen Betrieben von der Belegschaft unterschriebene Resolutionen, die sich für den Einmarsch aussprachen.⁴⁸⁰ Offenbar kamen diese Unterschriftenlisten allerdings ähnlich zustande wie jene gegen den Ungarnaufstand, die im Herbst 1956 in den tschechoslowakischen Betrieben auftauchten: auf Initiative der Partei und ihrer Agitationsabteilung.⁴⁸¹

Als in Nordungarn und in anderen ländlichen Gebieten Ungarns am 20. August 1968 Panzerkolonnen auftauchten, meinten viele Augenzeugen ein Krieg sei im Anzug.⁴⁸² Das Poltern der Panzerketten führte zu unterschiedlichen Spekulationen, was das Ziel der massiven Truppenbewegungen anging. So gingen Gerüchte um, wonach auch Ungarn besetzt werden sollte, oder Jugoslawien und Rumänien ihre Truppen mobilisierte hätten, um an der Seite der tschechoslowakischen Reformer in den Konflikt einzutreten.⁴⁸³ Einige Ungarn fürchteten angesichts des massiven Militäraufgebots auch, der Truppeneinmarsch in die ČSSR sei der Beginn eines Angriffs der Warschauer-Pakt-Staaten auf den Westen.⁴⁸⁴ Laut der ZK-Abgeordneten Nagy Józsefné sollen sich in Ungarn viele Frauen, auch in der Partei, vor dem Ausbruch eines Kriegs gefürchtet haben.⁴⁸⁵ Diese Kriegsangst führte zu Panikkäufen, die zeitweise ähnlich aussahen wie jene im November 1956 in der Tschechoslowakei. Die in Ungarn ansonsten gut gefüllten Lebensmittelgeschäfte waren deshalb im August 1968 mancherorts innerhalb von Stunden buchstäblich leer gekauft.⁴⁸⁶

Die anfängliche Panik schlug bald in Resignation um, als das Motiv des Militäreinsatzes langsam klar wurde. Viele Ungarn empfanden Trauer und Scham über die Beteiligung der ungarischen Truppen an dieser Tragödie.⁴⁸⁷ Internationale Beobachter berichteten in den Tagen des Einmarsches auf Budapests Straßen von Menschen „mit hängenden

479 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1701/68, 16.9.1968

480 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 5–6

481 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1701/68, 16.9.1968.

482 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 5–6

483 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968;.

484 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1732/68, 20.9.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1701/68, 16.9.1968

485 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968

486 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1701/68, 16.9.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1664/68, 11.9.1968: *Bericht eines 1956 emigrierten und 1968 besuchsweise zurückgekehrten Ungars über die Atmosphäre in Ungarn während der Militäraktion gegen die ČSSR*, 11.9.1968

487 AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 8484/1968, 11.9.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 260-261, 13.9.1968

Köpfen“ und „bitteren Gesichtern“. ⁴⁸⁸ Viele erinnerten sich dort im August 1968 an ihre eigenen Erfahrungen mit dem sowjetischen Truppeneinmarsch von 1956 und verglichen die Invasion in der ČSSR damit. ⁴⁸⁹ Die wenigsten wussten aber damals, wie die Militäraktion im Nachbarland überhaupt aussah. Vereinzelt berichteten allerdings Ungarn darüber, die sich zur Zeit des Einmarsches in der Tschechoslowakei aufhielten. Nach ihrer Einschätzung lag der einzige Unterschied zur ungarischen Besatzung von 1956 darin, dass in den tschechoslowakischen Städten nicht geschossen werde. ⁴⁹⁰

Vielen Ungarn, die damals nicht in der ČSSR vor Ort waren, erschien der Einmarsch im August 1968 als Wiederholung ihrer eigenen gescheiterten Revolution. ⁴⁹¹ Man verstand sich „einmal mehr als letzter Satellit auf der Verliererseite.“ ⁴⁹² Scham und Trauer mündeten daher bald wieder in Resignation und Passivität, die eine selbstapologetische Haltung unterstützten.

Nach dem ersten Schock setzte sich in der ungarischen Bevölkerung die Meinung durch, die MSzMP habe den tschechoslowakischen Liberalisierungsprozess unterstützt und zu dessen Niederschlagung nur unter sowjetischem Zwang beigetragen. ⁴⁹³ Viele Ungarn dachten, dass Kádár vor und nach der Intervention auf der Seite des tschechoslowakischen Reformprozesses gestanden habe und zweifelten nicht an seiner Aufrichtigkeit. ⁴⁹⁴

Kádárs Verschwinden verstärkte diesen Eindruck und damit auch Ängste, dass den jüngsten ungarischen Reformen ein ähnliches Schicksal blühen könnte. ⁴⁹⁵ Diese Angst wie auch die Vermutung, die ungarische Führung habe nur unter massiven Drohungen der sowjetischen Führung gehandelt, sicherte die vorübergehend ins Wanken geratene gesellschaftliche Akzeptanz der Kádárführung. Die gleichzeitig restriktive und manipulative Informationspolitik im Zusammenhang mit den tschechoslowakischen Reformen und Entwicklungen erwies sich mittelfristig also noch als erfolgreich. Zudem trugen die wiederbelebten Erfahrungen vom November 1956 zur Erneuerung eines Opferdiskurses bei, der sowohl Ungarn als auch die ČSSR als hilflosen Spielball internationaler Großmachtinteressen sah.

488 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1729/68, 20.9.1968

489 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968

490 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1671/68, 11.9.1968: *Erfahrungsbericht eines Ungarn, der sich vom 20.-24.8.1968 als Urlauber in der Slowakei aufhielt*, 11.9.1968

491 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1664/68, 11.9.1968

492 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1910/68, 22.10.1968

493 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1525/68, 7.8.1968; AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 35, Karton 75, Nr. 5476, 23.9.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1701/68, 16.9.1968

494 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1729/68, 20.9.1968

495 Vgl. dazu die Äußerungen des parteinahen Schriftstellers Lajos Mesterházi bei AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/313, KS 16/1968, 18.10.1968.

4.4.3 Zwischen stillem Bedauern und offenem Protest

Unabhängig von der internationalen Sicherheitslage war in Ungarn die politische Entscheidung zur Truppenentsendung in die ČSSR sehr unpopulär. Laut einer unveröffentlichten staatlichen Meinungsumfrage in Ungarn wenige Tage nach der Intervention lehnte die Mehrheit der politisch relevanten Kräfte in Ungarn den militärischen Eingriff ab.⁴⁹⁶

Mehrere Unterorganisationen der MSzMP schickten verurteilende Noten an das Zentralkomitee in Budapest, das sich davon allerdings nicht beirren ließ.⁴⁹⁷ Auch höhere ungarische Parteivertreter äußerten Vorbehalte gegenüber dem Einmarsch in die ČSSR, für den sie keine überzeugenden politischen Motive sahen. Aus ihrer Sicht überwogen die negativen Folgen für die ČSSR und den restlichen Block jeden Nutzen. Der Widerspruch war offenbar so breit, dass die Budapester Führung zur Vermeidung einer innerparteilichen Konfrontation „mit maximaler Geduld“ gegen die Kritiker vorgehen und auf administrative Maßnahmen verzichten wollte.⁴⁹⁸

Die Belegschaften einiger ungarischer Betriebe wagten es sogar, ihr Missfallen über den Einmarsch in eigenen Resolutionen festzuhalten. Diese sendeten sie dann an die tschechoslowakische Regierung.⁴⁹⁹ Damit setzten sie ein Zeichen gegen die staatlicherseits vorbereiteten Unterschriftenlisten zur Unterstützung des Einmarschs.

Außerdem organisierten ungarische Studierende im August 1968 Protestaktionen gegen den Einmarsch. Diese scheiterten jedoch bereits im Planungsstadium an polizeilichen Gegenmaßnahmen.⁵⁰⁰ Ein Jahr später waren ähnliche Aktionen allerdings erfolgreicher: Als Dubček im April 1969 seinen Posten als Generalsekretär verlor, gab es erneut Proteste an den ungarischen Universitäten. Nun war die Stimmung bereits so aufgeheizt, dass Kádár in Budapest zwei volle Tage mit Studenten diskutierte.⁵⁰¹

Wenige Wochen nach dem Einmarsch berichteten ausländische Touristen in Budapest von satirischen Theateraufführungen und gängigen Witzen über die Sinnlosigkeit der

496 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 8; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1701/68, 16.9.1968; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T MLR, 1965-69, Nr. 015/111, 0185/68, 7.10.1968.

497 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968

498 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968; AMZV ČR, Nr. Eingehende Telegramme, Nr. 8484/1968, 11.9.1968

499 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 21a, Karton 75, Nr. 5462, 27.8.1968: *Brief des ungarischen Botschafters in Prag an den stellv. ungarischen Außenminister; in dem der Botschafter die Lagebeurteilung Tomášeks wiedergibt*, 27.8.1968; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 5–6

500 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968, S. 5–6

501 Schulz 1970, S. 779

Militäraktion.⁵⁰² Die staatliche Toleranz gegenüber satirischer Kleinkunst war aber weiterhin groß. Dies bestätigten auch die damaligen Mitarbeiter der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest. Sie wohnten im Herbst 1968 im ein Jahr vorher eröffneten modernen Kabaretttheater *Mikroszkóp Színpad* in Budapest einer für sie sehr erheiternden Interpretation der tschechoslowakischen Reformentwicklung bei. Die Aufführung parodierte unter anderem die militärische Niederschlagung des Prager Frühlings und stieß beim Publikum offenbar auf großen Zuspruch.⁵⁰³

Selbst ungarische Juristen machten sich laut staatlichen Meinungsbeobachtern über die politische Rechtfertigung des Einmarsches lustig, da die offizielle völkerrechtliche Rechtfertigung des „Hilfsangebots“ der fünf Bruderstaaten offenbar jeder Grundlage entbehrte.⁵⁰⁴ Darauf verwiesen auch Budapester Intellektuelle auf einer Zusammenkunft mit Vertretern der *Vaterländischen Volksfront*. Sie bezogen sich dort auf den Grundsatz der Gleichberechtigung unter den sozialistischen Staaten und zeigten Unverständnis darüber, dass die sowjetische Presse die Tschechoslowakei kritisieren dürfe, aber nicht umgekehrt.⁵⁰⁵

Nach den Einschätzungen eines Exilungars, der in den Wochen nach dem Einmarsch seine alte Heimat besuchte, hoffte im Sommer und Herbst 1968 „jeder Ungar“ aufrichtig auf den Erfolg der tschechoslowakischen Widerstandsbewegung und sei über den Einmarsch sehr betrübt gewesen.⁵⁰⁶ Das Mitgefühl ließ sogar frühere antitschechische Stimmungen vorübergehend verschwinden.⁵⁰⁷ Besonders deutlich zeigte sich dies in Verbrüderungsversuchen der ungarischen Besatzungssoldaten mit der slowakischen Bevölkerung.⁵⁰⁸

Die meisten Ungarn äußerten ihr Mitgefühl für die Tschechen und Slowaken in den Wochen nach dem Einmarsch aber nur hinter vorgehaltener Hand. Dies galt besonders für MSZMP-Mitglieder, die sich mit der offiziellen Linie nicht abfinden wollten.⁵⁰⁹ Aber auch parteilose Intellektuelle und Kulturschaffende zeigten ihre Enttäuschung, Unsicherheit und Verbitterung fast nur in vertraulichen Gesprächen.⁵¹⁰ Große Teile der Akademie

502 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-3-227, 1969-2-24: *Bericht des RFE-Beobachters Slobodan Stanković über die Reaktionen der ungarischen Bevölkerung auf den Truppen-einmarsch in der ČSSR mit Bezügen auf den Korrespondenten Blagoje Lazic der jugoslawischen Zeitung Borba*, 1969-2-24

503 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990, S. 13

504 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 262-264, 4.10.1968.

505 Ebenda.

506 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 140, Nr. 1922/68, 23.10.1968

507 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1811/68, 8.10.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1701/68, 16.9.1968

508 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 35, Karton 75, Nr. 5476, 23.9.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1659/68, 11.9.1968: *RFE-Bericht über die Stimmung in Ungarn am 31. August 1968*, 11.9.1968

509 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1910/68, 22.10.1968

510 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/313, KS 16/1968, 18.10.1968

der Wissenschaften drückten ihren Unmut über den Militärschlag nur indirekt aus, darunter vor allem die Mitarbeiter der internationalen Abteilung. Sie suchten intern Unterstützung für eine Kampagne, die zur Abberufung der ungarischen Einheiten aus der ČSSR aufrufen sollte. Öffentlichen Ausdruck erhielt diese Aktion jedoch nicht, da niemand seine Unterschrift unter ein entsprechendes Gesuch setzen wollte. Aus Angst vor beruflichen Nachteilen blieb auch ein schriftlicher Solidaritätsaufruf der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (ČSAV) offiziell unbeantwortet.⁵¹¹

Ähnlich reagierten die meisten ungarischen Schriftsteller. Sie zeigten ihre Enttäuschung und Scham über den Einmarsch kaum öffentlich. Stattdessen hüllten sie sich – wie bereits 1956/57 – monatelang in demonstratives Schweigen und weigerten sich im November 1968 an einer internationalen Autorenkonferenz in Budapest teilzunehmen.⁵¹² In persönlichen Gesprächen mit tschechoslowakischen Diplomaten sprachen sich mehrere ungarische Schriftsteller allerdings eindeutig gegen den Einmarsch aus.⁵¹³ So konstatierte etwa der Vorsitzende des ungarischen Schriftstellerverbandes Imre Dobozy: „Ein ehrenhafter Schriftsteller, ob nun ein ungarischer oder einer anderer Nationalität, muss den militärischen Eingriff der fünf Warschauer-Pakt-Staaten verurteilen.“⁵¹⁴ Ende Oktober 1968 befürwortete Dobozy auf einer internationalen Schriftstellerkonferenz in Belgrad weiterhin Dubčeks Reformen. Gleichzeitig riet er dort jedoch seinen tschechoslowakischen Kollegen, sich mit den „Dogmatikern“ zu arrangieren, um wenigstens in dem bisher geschaffenen Freiraum ungestört arbeiten zu können.⁵¹⁵ Solche Aussagen zeigen, dass sich auch kritische ungarische Intellektuelle so sehr mit dem politisch-gesellschaftlichen Minimalkonsens dieser Zeit identifizierten, dass sie ihn sogar weiterempfahlen.

Die allgemeine Zurückhaltung mit öffentlichen Protesten war nicht zuletzt ein Ergebnis der eigenen Erfahrungen: Offene Proteste und Streiks hatten sich 1956 letztlich als chancenlos und kontraproduktiv erwiesen, passiver intellektueller Widerstand hatte dagegen größere Freiräume ermöglicht. Wohl auch deshalb lobten im August und September in Ungarn viele den gewaltlosen Widerstand in der ČSSR, den sie – angesichts ihres eigenen Scheiterns im Oktober/November 1956 – als einzig praktikablen Weg für beide Länder ansahen.⁵¹⁶

Dennoch blieben vor allem die Budapester Intellektuellen nach dem Einmarsch in die ČSSR nicht vollkommen apathisch. Sie bezeichneten die Intervention und die andauern-

511 Ebenda

512 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 2387/68, 31-12-1968: *RFE-Bericht über ungarische Schriftsteller auf internationaler Übersetzerkonferenz in Budapest im November 1968*, 31-12-1968.

513 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/313, KS 16/1968, 18.10.1968

514 Ebenda (Übersetzung aus dem Slowakischen: H. L.).

515 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 78-2-10, 1968-12-16: *RFE-Zusammenfassung eines Artikels in der jugoslawischen Zeitung Politika über ungarische Intellektuelle, die gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings und die Reaktionen der MSzMP protestierten*, 1968-12-16

516 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1811/68, 8.10.1968

de Kritik der Warschauer-Pakt-Staaten immerhin öffentlich als „sehr ungeschickt“.⁵¹⁷ Außerdem blieb das Thema unter ungarischen Schriftstellern, Philosophen, Soziologen und Wissenschaftlern 1968 über den gesamten Herbst im Zentrum interner Diskussionen.⁵¹⁸

In den Medien spiegelte sich diese Debatte jedoch kaum wider. Erst die Dezemberausgabe der Zeitschrift *Társadalom* brachte einen kritischen Artikel des marxistischen Historikers Aladár Mód. Auch er bezeichnete die militärische Lösung als „notwendiges Übel“, fügte aber hinzu, es wäre „tausendmal eher willkommen“ gewesen, wenn die Veränderungen in der ČSSR aus dem Inneren und nicht von außen gekommen wären.⁵¹⁹

Einige wenige äußerten in Ungarn ihren Unmut über den Einmarsch dennoch unmissverständlich und öffentlich. Dazu gehörten fünf prominente marxistische Philosophen aus Ungarn, die sich zum Zeitpunkt des Einmarsches auf einer internationalen Konferenz auf der jugoslawischen Insel Korčula aufhielten: Die Lukács-Schüler Ágnes Heller, Maria und György Markus, Vilmos Sós und Zádor Tordai unterzeichneten dort unmittelbar nach der Intervention ein öffentliches Protestschreiben, in dem sie sich mit den tschechoslowakischen Reformen solidarisch zeigten und den Einmarsch verurteilten.⁵²⁰

Auch der Begründer der Budapester Schule, György Lukács, hatte gegen den Einmarsch in einem Brief an das ZK protestiert, allerdings nicht öffentlich, sondern in einem Brief an die MSzMP-Führung.⁵²¹ Deshalb und wohl aufgrund seines internationalen Prestiges und hohen Alters blieb er von Repressionen verschont – anders als seine Schüler: Die Unterzeichner des Korčula-Protests wurden wegen ihrer Kritik am Einmarsch sukzessive aus der MSzMP ausgeschlossen (sofern sie überhaupt noch Mitglieder waren). In den Folgejahren verloren sie außerdem ihre Arbeitsplätze oder erhielten Schreibverbot.⁵²² Ähnlich erging es 1973 dem Soziologen András Hegedűs, der 1968 ebenfalls öffentlich gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings protestiert hatte.⁵²³

Die Korčula-Proteste waren seit 1956 der erste öffentliche Ausdruck direkter Opposition zur offiziellen Parteilinie in Ungarn.⁵²⁴ Daher mag die relativ milde und verzögerte Reaktion der MSzMP-Führung erstaunen. Im Kontext ihrer Konfliktvermeidungsstrategie der Vorjahre erscheint sie jedoch konsequent. Gemeinsam mit den Erinnerungen an die

517 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 260-261, 13.9.1968

518 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/313, KS 16/1968, 18.10.1968

519 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/311, PZ Nr. 2/69, 13.2.1969.

520 Szabó 2008, S. 210; Tókécs 1972; Pražák 2002, S. 493; Csizmadia 1995, S. 464.

521 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/313, KS 15/1968, 14.10.1968; AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapest, Nr. 015/313, KS 16/1968, 18.10.1968

522 Szabari 2005, S. 669; Hoensch 1996, S. 247–248. Den Zusammenhang mit den Protesten von 1968 und den späteren Auflagen beschrieb Ágnes Heller in ihren autobiografischen Interviews: {Heller 1999 #1433: 339-376.}.

523 Kovács 2005, S. 38; Szabari 2005, S. 668; zu den Hintergründen aus der Akteursperspektive vgl. Hegedűs et al. 1986.

524 Dalos 1986, S. 19

schärferen Repressionen bis Mitte der sechziger Jahre reichten die Parteiausschlüsse und Berufsverbote gegen ungarische Intellektuelle offenbar auch Ende der sechziger Jahre aus, um weitere öffentliche Proteste zu verhindern. Daraus wird deutlich, dass der politisch-gesellschaftliche Kompromiss in Ungarn 1968 nicht auf gegenseitigem Vertrauen, sondern vor allem auf der Angst beider Seiten beruhte, das labile Gleichgewicht könnte wieder aus den Fugen geraten.

4.4.4 Veränderte Reformwartungen nach der Militäraktion

In der ungarischen Bevölkerung gab es 1968 zu keiner Zeit Pläne für eine offene Revolte, trotz der dort weit verbreiteten Ablehnung der Militäraktion. Niemand wollte eine „zweite Revolution“.⁵²⁵ Vielmehr kehrten in Ungarn bereits Mitte September 1968 die meisten Menschen wieder zum Alltag zurück. Kriegsängste und Hamsterkäufe waren abgeflaut.⁵²⁶ Die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung hatte also gegenüber dem Scheitern des tschechoslowakischen Reformexperiments resigniert.

Warum aber blieb es in Ungarn nach der Niederschlagung des Prager Frühlings so ruhig, während sich sogar in den straffer regierten Volksrepubliken DDR und Polen offener Protest regte?⁵²⁷ Was genau verstärkte nach dem Prager Frühling noch den gesamtgesellschaftlichen Konsens des Nicht-Aufbegehrens in Ungarn? Auf diese Fragen soll nun der letzte Abschnitt eingehen und dabei die Ängste und Resignationstendenzen in der ungarischen Bevölkerung beleuchten.

Angst vor Freiheitsverlusten und staatlicher Vergeltung

Es waren vor allem Verlustängste, die in Ungarn nach der Niederschlagung des Prager Frühlings aktive Proteste von vornherein verhinderten. Unabhängig von Gesellschaftsschicht und politischer Gesinnung fürchteten nun viele Ungarn, die seit den frühen sechziger Jahren erlangten Freiheiten wieder zu verlieren. Obwohl es dafür auch nach der Okkupation der ČSSR zunächst kaum Anzeichen gab, erwarteten in Ungarn viele, dass der liberalere Kurs ihrer politischen Führung bald ein Ende haben würde. Sie

525 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 140, Nr. 1922/68, 23.10.1968, OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1910/68, 22.10.1968

526 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 262-264, 4.10.1968, MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 260-261, 13.9.1968; im persönlichen Gespräch mit dem Verfasser berichteten ungarische Zeitzeugen, im Sommer 1969 bei der Durchreise durch die ČSSR sehr überrascht über die Anwesenheit der sowjetischen Panzer gewesen zu sein, da die kaum ein Jahr zurückliegende Besatzung bereits aus ihrem aktiven Bewusstsein geschwunden war.

527 Eine Gegenüberstellung zwischen den ungarischen und den sehr viel energischeren polnischen Protesten gegen die Okkupation der ČSSR verfasste Gomori 1972, S. 113–118, allerdings auf der Basis einer zum Erscheinungsdatum notwendigerweise schmalen Quellenbasis. Die Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf die Niederschlagung des Prager Frühlings rekapitulierte Wolle 2008.

befürchteten die Rückkehr stalinistischer Methoden.⁵²⁸ Manche bangten auch um ihre Westkontakte, die sie seit 1963 mühevoll in Brieffreundschaften und gegenseitigen Besuchen aufgebaut hatten.⁵²⁹

Die offiziellen Medien in Ungarn versuchten entsprechende Ängste schon Ende August 1968 zu zerstreuen. Laut ihren Berichten sollte sich nach dem Einmarsch an der liberaleren Praxis der letzten Jahre und den Reformplänen der letzten Monate nichts ändern. Dennoch blieben offenbar die meisten Ungarn vom Gegenteil überzeugt. Sie sahen in den tschechoslowakischen Reformen Parallelen zum Reformkurs im eigenen Land. Da nun das tschechoslowakische Experiment scheinbar allein am Widerstand der Sowjetunion gescheitert war, befürchteten sie ähnliches im eigenen Land. Beschwichtigungsversuche der ungarischen Führung bewirkten hier zunächst wenig.⁵³⁰ Denn vor dem Hintergrund der tschechoslowakischen Tragödie lag eine andere Vermutung näher. Demnach könnten die ungarischen Errungenschaften nur dann erhalten bleiben, wenn in der Sowjetunion und unter den Reformgegnern in der MSzMP der Eindruck herrschte, in Ungarn bestehe keine Gefahr einer „stillen Konterrevolution“ nach tschechoslowakischem Muster.⁵³¹

Diese Schlussfolgerung dürfte wesentlich zur Zurückhaltung in Ungarn beigetragen haben. Sie wurde von vielen Intellektuellen geteilt, die den Einmarsch zwar prinzipiell ablehnten, aber ihre relativ komfortable Situation nicht gefährden wollten.⁵³² So betonte beispielsweise der parteitreue Schriftsteller Lajos Mesterházi, dass die Situation in Ungarn nun deutlich günstiger sei als die „unmenschlichen“ Zeiten des noch immer spürbaren Stalinismus um 1957. Die aktuelle Demokratisierung in Ungarn sei dagegen ein langfristiger Prozess, der Vorsicht und Besonnenheit verlange. Insbesondere dürfe man nicht die Aufmerksamkeit der Sowjetunion auf sich ziehen, in der stalinistische Traditionen im Gegensatz zu Ungarn stärker fortwirkten. Auch seien sowjetische Intellektuelle und Schriftsteller im Vergleich zu ihren ungarischen Kollegen in einer deutlich ungünstigeren Lage.⁵³³

Mehr noch als die konformistischen Schriftsteller in Ungarn, war sich die dortige kritische Intelligenz ihrer verhältnismäßig privilegierten Rolle durchaus bewusst. Ihre Mitglieder waren der Ansicht, dass die ungarische Geisteswelt ihre Freiheiten nur langsam ausweiten und nicht durch offene Solidaritätserklärungen für den Prager Frühling

528 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1670/68, 11.9.1968: *Anonymer RFE-Meinungsbericht eines Ungarn über die Rückwirkungen der Militäraktion auf Ungarn*, 11.9.1968

529 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 140, Nr. 1922/68, 23.10.1968

530 Ebenda

531 Den Begriff „stille Konterrevolution“ prägte Gomulka, vgl. dazu NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Nr. Fonds 02/1, Nr. 103, Punkt 3, 25.6.1968 1995; SAPMO Berlin, Nr. ZK der SED, internes Parteiarchiv, J IV 2/201/790, 15.7.1968 1995.

532 Gough 2006, S. 175

533 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/313, KS 16/1968, 18.10.1968; Mesterházi war allerdings einer der wenigen parteitreuen Autoren, die 1957 nicht an den Schweigeprotesten teilgenommen hatten (Kósa & Valuch et al. 2000).

verspielen sollte. Die offizielle Kulturpolitik unterstützte diese Wahrnehmung.⁵³⁴

Vor diesem Hintergrund erschien 1968 in Ungarn jedes öffentliche Engagement zugunsten der tschechoslowakischen und ungarischen Reformerrungenschaften gefährlich und tendenziell kontraproduktiv. Die schmerzhaften Erfahrungen mit politischer Unterdrückung lagen für die kritischen Intellektuellen in Ungarn damals weniger als zehn Jahre zurück. Der zwischen den einzelnen Ostblockstaaten übliche Austausch zwischen Wissenschaftlern und Literaten dürfte auch gezeigt haben, dass in Ungarn mehr möglich war als in den meisten „Bruderstaaten“. Das Risiko, diese bescheidenen Freiheiten der letzten Jahre wieder zunichtezumachen schwang also ständig mit und schloss eine breitere Mobilisierung praktisch aus.

Doch nicht nur die ungarischen Intellektuellen dachten nach dem Einmarsch in die ČSSR über die weitere politische Entwicklung im eigenen Land nach. Westliche Stimmungsberichte aus verschiedenen Landesteilen Ungarns lassen vermuten, dass Befürchtungen um einen innenpolitischen Rückschlag in Ungarn nach dem Einmarsch ein nahezu gesamtgesellschaftliches Phänomen waren. Demnach gingen die meisten Ungarn davon aus, dass Kádár – wie bereits 1956 – die jüngsten Reformen selbst bald wieder widerrufen würde. Andere erwarteten angesichts der andauernden sowjetischen Truppenverstärkungen in Mitteleuropa eine Reformrücknahme von außen.⁵³⁵ Im zweiten Fall müsste – so eine verbreitete Befürchtung – Kádár seine Leitungsposten an einen kompromisslos moskautreuen Nachfolger abtreten. Denn viele meinten, Kádár hätte sich wegen seiner vermeintlich wohlwollenden Haltung gegenüber Dubček in Moskau bereits diskreditiert.⁵³⁶

Zwar trat kurzfristig keines der beiden Szenarien ein, aber mittelfristig erwiesen sich beide Vermutungen als immerhin teilweise realistisch: In den frühen siebziger Jahren verstärkte Moskau seinen Druck auf Ungarn und Kádár konnte seine Position nur noch unter Schwierigkeiten halten. Dem folgte eine Zuspitzung der innenpolitischen Kontrolle, unter der vor allem jene Intellektuellen litten, die 1968 gegen den Einmarsch in die ČSSR protestiert hatten.⁵³⁷

1968 sorgten sich viele Ungarn aber nicht nur um den Verlust ihrer Privilegien, sondern rechneten im Fall einer Revolte auch mit einem harten Vorgehen des Staatsapparats. Hier waren die Erinnerungen an die ersten Monate nach der Niederschlagung der 1956er Revolution noch sehr lebendig. So befürchteten manche, die ungarischen Soldaten könnten bei ihrem Einsatz in der ČSSR erneut den Gehorsam verweigern. In diesem Fall – so die große Angst – wäre eine erneute Besatzung Ungarns durch die sowjetische Armee

534 Révész 1997, S. 166–169

535 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1664/68, 11.9.1968

536 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1732/68, 20.9.1968

537 Klimó 2006, S. 86

möglich. Diese würde dann das „gute Leben“ und die verhältnismäßig freiheitliche politische und ökonomische Atmosphäre wieder zunichtemachen.⁵³⁸

Schon im Frühling 1968 war in Ungarn die Angst vor neuen Straßenkämpfen und staatlichen Vergeltungsmaßnahmen so groß, dass niemand selbst aktiv werden wollte.⁵³⁹ Dies ging aus westlichen Meinungsberichten ebenso hervor wie aus den Einschätzungen der ungarischen Militärführung. Demnach war die ungarische Bevölkerung gerade wegen der Erinnerung an 1956 noch zwölf Jahre später nicht in der Lage, ihre Unzufriedenheit offen auszudrücken.⁵⁴⁰ Diese Ansicht äußerten 1968 auch mehrere Mitglieder des Zentralkomitees der MSzMP und zwar sowohl mit Blick auf die ungarische Allgemeinbevölkerung als auch auf die kommunistischen Funktionäre.⁵⁴¹

Es gab in Ungarn 1968 nach der Invasion also die verbreitete Tendenz, die tschechoslowakischen Entwicklungen auf der Folie 1956er Revolution zu interpretieren. Da auch der Ungarnaufstand mit friedlichen Protesten begonnen hatte, gingen nun viele Ungarn davon aus, dass sich die Lage in der Tschechoslowakei ebenfalls noch zuspitzen könnte und der gewaltlose Widerstand in der ČSSR nur ein Übergangsphänomen sei.

Deshalb hofften in Ungarn die meisten keineswegs auf einen Gewaltausbruch in der ČSSR. Denn dieser hatte sich in der eigenen Erinnerung als nicht zielführend erwiesen. Außerdem befürchteten manche, dass sich ein eskalierender Konflikt im Nachbarland auch auf Ungarn übertragen könnte. Vielmehr hofften die meisten Ungarn daher auf einen Kompromiss in der Tschechoslowakei, der dem ungarischen Gesellschaftsvertrag ähneln sollte.⁵⁴² Gleichzeitig stand für sie ein aktives Aufbegehren außer Frage, um den Minimalkonsens der Gewaltlosigkeit im eigenen Land nicht zu gefährden.

Angst vor materiellen Verschlechterungen

Die Angst vor staatlichen Vergeltungsmaßnahmen und einer Verringerung des eigenen Handlungsspielraums betraf in besonderem Maße die künstlerisch aktiven und intellektuellen Schichten der ungarischen Bevölkerung. Für die meisten anderen standen die seit den frühen sechziger Jahren verfügbaren und 1968 erneut ausgeweiteten Konsummöglichkeiten im Vordergrund. Die Angst vor dem Verlust dieser materiellen Errungenschaften förderte dabei eine konformistische, allenfalls passiv-oppositionelle Haltung. Vermutlich lässt sich damit auch erklären, warum es in Ungarn auch weiterhin ruhig blieb, nachdem es im eigenen Land in den ersten Wochen nach dem Einmarsch in die ČSSR praktisch keine staatlichen Repressivmaßnahmen gegeben hatte.

538 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968

539 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 526/68, 20.3.1968

540 AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, Z/M 35, Karton 75, Nr. 5476, 23.9.1968

541 Vgl. dazu AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T MLR, 1965-69, Nr. 015/117, Protokoll 0188/68, 8.10.1968, hier insbesondere die Ausführungen des ZK-Mitglieds Tóth.

542 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 260-261, 13.9.1968

So hatten in Ungarn erklärte Gegner der offiziellen Politik gegenüber der ČSSR mittelfristig mit dem Verlust von finanziellen Zuschlägen und Beförderungsmöglichkeiten zu rechnen.⁵⁴³ Wohl auch deshalb zogen es die meisten Ungarn vor, sich auf ihr Privatleben einschließlich seiner Freizeit- und Konsummöglichkeiten zu konzentrieren. Die Auseinandersetzung mit „weltpolitischen Angelegenheiten“ betrachteten dagegen viele als „nicht der Mühe wert“.⁵⁴⁴ Dies traf laut einem ungarischen Informanten für *Radio Free Europe* in unterschiedlicher Weise auf alle Generationen zu: Obwohl viele der politischen Linie gegenüber der ČSSR keineswegs zustimmten, begnügten sich die Älteren damit, bereits 1956 etwas für die „nationalen Möglichkeiten“ getan zu haben. Außerdem scheint politisches Desinteresse hier eng mit der eigenen Orientierung auf Privatleben und materielle Vorteile zusammengehängen zu haben: „Auto, Gartenarbeit und Trinken“.⁵⁴⁵ Der Rückzug ins Privatleben war in Ungarn auch deshalb attraktiv geworden, weil seit Mitte der sechziger Jahre im kleinen Stil der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen möglich war.⁵⁴⁶ Dieser eröffnete nach Feierabend zusätzliche Einkommens- und damit Konsummöglichkeiten.

Das Schicksal des Prager Frühlings interpretierten in Ungarn viele als weitere Bestätigung, dass ihre gegenwärtige Lage zwar nicht optimal, aber durchaus akzeptabel und erhaltenswert war. Die meisten über dreißigjährigen Kleingärtner und Privatbauern dürften sich 1968 noch gut an den Einschnitt von 1955 erinnern haben, als Nagys individualisierende Landwirtschaftspolitik wieder ausgesetzt wurde.⁵⁴⁷

Daran konnten sich die jüngeren Ungarn natürlich nicht erinnern. Dennoch sahen auch sie 1968 wenig Anlass zu revoltieren, solange ihnen „farbige Anzüge, Miniröcke, westliche Kleidung“, „Schallplatten und Tänze“ zur Verfügung standen.⁵⁴⁸ Zudem fehlte ihnen die langjährige Erfahrung mit dem stalinistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

Unabhängig vom Alter hatten 1968 viele Ungarn gehofft, der Prager Frühling würde die Wirtschaftsreformen im eigenen Land vorantreiben. Diese Hoffnungen schlugen mit dem Einmarsch in die ČSSR ins Gegenteil um.⁵⁴⁹ Nun dominierte die Angst, die Niederschlagung des Prager Frühlings könnte sich negativ auf die eigene Wirtschafts- und Versorgungslage auswirken.

543 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1910/68, 22.10.1968

544 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 140, 16.1.1968: *Interner RFE-Bericht über die allgemeine Stimmung in Budapest*, 16.1.1968

545 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1606/68, 6.9.1968

546 Kaposi 2007, S. 124–125

547 Zu Nagys Landwirtschaftspolitik vgl. Kapitel I.

548 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1606/68, 6.9.1968. Nach dieser Quelle konzentrierte sich die Dynamik der Jugend nicht auf politische, nationale oder soziale Angelegenheiten, sondern vielmehr auf „farbige Anzüge, Miniröcke, westliche Kleidung, enorme Spektakel, Schallplatten, Tänze usw.“

549 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1701/68, 16.9.1968

Dabei ging es zunächst um die direkten Konsequenzen der tschechoslowakischen Krise für die ungarische Wirtschaft. So brachten vor allem die geplante ungarische Aufbauhilfe für die ČSSR und der erstarrte bilaterale Wirtschafts- und Reiseverkehr große Unsicherheit mit sich.⁵⁵⁰

Weitere Befürchtungen bezogen sich auf die ungarischen Wirtschaftsreformen, die nun gemeinsam mit dem Prager Frühling blockweiter Kritik ausgesetzt waren. Um entsprechende Ängste zu zerstreuen, behaupteten die ungarischen Medien in den Herbst- und Wintermonaten 1968 unermüdlich, dass sich die mit der Intervention erzwungenen Veränderungen in der ČSSR nicht auf die ungarische Reformpolitik auswirken würden.⁵⁵¹ Viele Ungarn glaubten daran nicht und forderten von den Parteifunktionären in ihrer Umgebung Garantien dafür, dass es nicht auch in anderen sozialistischen Ländern zu tragischen Entwicklungen kommen könnte.⁵⁵²

Da es solche Garantien natürlich nicht geben konnte, blieben die Ängste in der ungarischen Bevölkerung im Herbst 1968 bestehen. Sie dürften auch eine Folge der ungarischen Propaganda in den Monaten vor der Intervention gewesen sein. Denn diese hatte die tschechoslowakischen und ungarischen Wirtschaftsreformen implizit auf eine Stufe gestellt, obwohl es zwischen beiden Reformkonzepten markante Unterschiede gab.⁵⁵³ Da sich in Ungarn aber die wenigsten intensiver mit den beiden Reformkonzepten auseinandergesetzt hatten, herrschte nach dem Einmarsch die verbreitete Meinung, dass sich die wirtschaftlichen und politischen Reformen in Ungarn nun deshalb verlangsamen würden, weil sie den in der ČSSR gerade gescheiterten zu ähnlich seien.⁵⁵⁴ Da viele in Kádár den wichtigsten Garanten des Neuen Ökonomischen Mechanismus sahen, verstärkte das wochenlange Verschwinden des Generalsekretärs auch diese vage Vermutung.⁵⁵⁵ Vor diesem Hintergrund dürften sich daher zumindest die Befürworter der Wirtschaftsreformen sehr bemüht haben, die Parallelen zur tschechoslowakischen Entwicklung nicht noch durch öffentliche Kritik zu unterstreichen.

550 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 260-261, 13.9.1968; MOL Budapest 4.10.1968 #1882; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/47, Nr. 744, 14.12.1968, S. 233.

551 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 140, Nr. 1922/68, 23.10.1968; AÚSD AV ČR, Nr. Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990, S. 6; vgl. dazu insbesondere die Erklärungen des Politbüromitglieds Karoly Németh o. A. in *Magyar Nemzet*, 31.8.1968, S. 1–2 sowie die des Premierministers Fock o. A. in *Népszabadság*, 21.9.1968, S. 1; 2.

552 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 262-264, 4.10.1968

553 Zu einer Gegenüberstellung dieser Unterschiede vgl. Lachmann 2010.

554 AMZV ČR, Nr. Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/313, KS 16/1968, 18.10.1968; OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 140, 9.11.1968: *RFE-Bericht über die generelle Stimmung der ungarischen Gesellschaft Anfang November 1968*, 9.11.1968.

555 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 140, Nr. 1922/68, 23.10.1968; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 262-264, 4.10.1968

Unabänderlichkeit des bestehenden Systems

Neben den Ängsten vor Freiheits- und materiellen Verlusten sowie vor staatlicher Vergeltung gab es 1968 in Ungarn noch einen weiteren Grund, warum die Bevölkerung nach dem Scheitern des Prager Frühlings nicht protestierte: Es fehlte jedes Vertrauen, dass sich durch Proteste überhaupt etwas ändern könnte. Denn spätestens seit dem Scheitern des eigenen Aufstands von 1956 waren die meisten Ungarn der Ansicht, dass das kommunistische Einparteiensystem in Ungarn und seine Zugehörigkeit zum Warschauer Bündnis auf Dauer angelegt seien. Daran konnten nach einer verbreiteten Meinung weder die politische Führung noch die Bevölkerung Ungarns aus eigener Kraft etwas ändern.⁵⁵⁶

Zwar waren in Ungarn viele überzeugt, dass es in der MSzMP auf allen Ebenen auch aufrichtige Befürworter der tschechoslowakischen Reformen gab. Da aber die Erinnerung an die Folgen von 1956 „in den Köpfen der Parteiführer und -mitglieder noch lebendig“ gewesen sei, rechnete man in der Partei auch künftig mit breiter Loyalität gegenüber Kádár und der Moskauer Linie.⁵⁵⁷

Für die meisten Ungarn war ohnehin der Standpunkt der sowjetischen Führung entscheidend. Gegen sie konnte man nichts ausrichten, wie die Niederschlagung der Revolution von 1956 gelehrt hatte.⁵⁵⁸ Diesen Eindruck schien das Scheitern des Prager Frühlings 1968 neuerlich zu bestätigen. Dabei riefen die über Ungarn in die ČSSR einrückenden Panzer den Bewohnern Ungarns die sowjetische Übermacht bildhaft in Erinnerung. Gleichzeitig zerschlug sich mit der ungarischen Militärbeteiligung sicher auch die Illusion, dass Kádár sozialistische Reformbewegungen weiterhin unterstützen würde.

Das Moskauer Protokoll, das das Ende des tschechoslowakischen Reformprozesses vertraglich besiegelte,⁵⁵⁹ bestätigte den ungarischen Pessimismus. Als seine Unterzeichnung bekannt wurde, verschlechterte sich vor allem in Budapest die Stimmung sichtlich. Die resignierte Erkenntnis lautete dort: Die tschechoslowakischen Parteiführer hätten nur die Möglichkeit, den bisherigen Reformkurs aufzugeben und alle in Moskau gestellten Bedingungen zu akzeptieren.⁵⁶⁰ Laut einem zeitgenössischen Beobachter im September 1968 sollen „90% der Ungarn“ überzeugt gewesen sein, dass sich die sowjetische Führung niemals mit dem Reformkurs Dubčeks abfinden und dem Widerstand in der ČSSR nachgeben würde.⁵⁶¹ Denn in Ungarn hatten viele selbst erlebt, wie chancenlos „clevere Taktiken“ gegenüber sowjetischen Panzern und Geheimdienstleuten waren.⁵⁶² Aufgrund

556 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1606/68, 6.9.1968

557 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 942/68, 27.5.1968

558 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1510/68, 5.8.1968

559 Pauer 1995, S. 369–370

560 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968

561 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1664/68, 11.9.1968

562 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1659/68, 11.9.1968

der eigenen Erfahrungen im Winter 1956 rechneten in Ungarn nun auch viele mit einer grausamen Vergeltungswelle in der Tschechoslowakei.⁵⁶³

Nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei verringerten sich daher im ungarischen Bewusstsein die Erfolgsaussichten für eigene Wege und innere Reformen. Ein Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn rückte in noch weitere Ferne.⁵⁶⁴ Stattdessen breitete sich die „allgemeine Meinung“ aus, dass keines der sozialistischen Länder Liberalisierungen vornehmen könne, solange sich die politische Situation in der Sowjetunion nicht grundlegend ändere.⁵⁶⁵ Von einem Umschwung in Moskau ging 1968 aber in Ungarn kaum jemand aus, obwohl man dort mit großem Interesse die kleinsten Reforminitiativen etwa der intellektuellen Kreise in der Sowjetunion wahrnahm.⁵⁶⁶

Illusionen bezüglich der sowjetischen, aber auch der westlichen Großmachtkonstellation gab es in Ungarn also 1968 praktisch nicht. Schon im Frühling hatten dort skeptische Beobachter mit Blick auf die Sowjetunion am Erfolg des Prager Frühlings gezweifelt.⁵⁶⁷ Kurz vor dem Truppeneinmarsch in die ČSSR hatte ein ungarischer Berichterstatter auch richtig prognostiziert, dass die sowjetische Militärmacht in der Tschechoslowakei eingreifen und die Welt „zuschauen und den Kopf schütteln“ wird – wie seinerzeit bei der Ungarischen Revolution.⁵⁶⁸ Insofern kam der Einmarsch im August 1968 für viele Ungarn nicht allzu überraschend.⁵⁶⁹ Die anderen begruben danach ihre Hoffnung, dass echte Reformen im eigenen Land von der Sowjetunion toleriert und vom Westen aktiv unterstützt werden könnten.⁵⁷⁰

Dennoch passte die ungarische Beteiligung an der Militäraktion schlecht in das Muster dieses Großmachtdeterminismus. Viele Ungarn hätten es nach eigenen Angaben besser verstanden, wenn nur die Sowjetunion eingegriffen hätte, wenn sie ihre strategischen Interessen durch den Prager Frühling gefährdet sah.⁵⁷¹ Hier kam nun der offiziellen Propaganda der MSzMP eine entscheidende Rolle zu, die mit einigem Bemühen schließlich erfolgreich den Eindruck hinterließ, die ungarische Parteiführung hätte keine andere Wahl gehabt.

So akzeptierten nach der Erinnerung des ungarischen Dissidenten Ferenc Kőszeg die meisten Ungarn die Niederschlagung des Prager Frühlings letztlich als notwendiges

563 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968

564 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1659/68, 11.9.1968

565 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1664/68, 11.9.1968

566 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1111/68, 10.6.1968; MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 262-264, 4.10.1968.

567 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1659/68, 11.9.1968

568 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1510/68, 5.8.1968; Konitzer in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.6.1968

569 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1664/68, 11.9.1968

570 OSA Budapest, Nr. Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 526/68, 20.3.1968

571 MOL Budapest, Nr. Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 262-264, 4.10.1968

Übel und vermieden so einen klaren moralischen Standpunkt.⁵⁷² Damit übernahmen sie indirekt die Haltung Kádárs, der bei der Entscheidung zur Intervention verlauten ließ, die „geringere Tragödie und nicht die größere“ gewählt zu haben.⁵⁷³ Vieles spricht dafür, dass auch aus der Sicht der Bevölkerungsmehrheit die größere Tragödie der Verlust der bisher erlangten persönlichen Freiheiten und materiellen Zugeständnisse bedeutet hätte – im schlimmsten Fall durch einen Krieg oder die erneute Besatzung Ungarns durch die Rote Armee.

4.5 Kapitelfazit

Die auf den ersten Blick inkonsistenten Reaktionen auf den Prager Frühling erscheinen plausibel, wenn man den spezifischen Erfahrungskontext der politischen Führung, aber auch den der ungarischen Bevölkerung berücksichtigt. Denn bis zum Truppeneinmarsch im August 1968 verfolgten nicht nur Politiker die Reformereignisse im tschechoslowakischen Nachbarland mit großem Interesse. Direkte Begegnungen zwischen Regierungsmitgliedern, Gewerkschaftsvertretern, Wissenschaftlern oder Touristen beiderseits der Grenze schufen ein relativ hohes Informationsniveau über die Entwicklung in der ČSSR.

Die ungarischen Beobachter innerhalb und außerhalb der Partei interpretierten den Erneuerungsprozess im Nachbarland dabei stark auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrungen. Dies galt einerseits für die Reform- und Revolutionsbewegung von 1956, an die sich in Ungarn 1968 noch die meisten lebhaft erinnerten. Gleichzeitig betonten die offiziellen Medien dort seit Jahresbeginn die Parallelen zwischen den eigenen Reformen und den in der Tschechoslowakei geplanten Neuerungen. In der ungarischen Bevölkerung sahen daher viele im Prager Frühling eine Neuauflage der Reformen im eigenen Land.

Die politische Führung Ungarns beobachtete die Pressefreiheit und politische Polarisierung in der ČSSR dagegen kritischer, vor allem als sich die tschechoslowakische Krise international zuspitzte. Als in der Tschechoslowakei auch noch außerparteiliche Reformorganisationen erstarkten, zeigte sich Kádár alarmiert, weil er sich an die Anfänge des Ungarnaufstands erinnert fühlte. Vor allem die dramatisierenden Einschätzungen der Bündnispartner und der tschechoslowakischen Reformgegner ließen ihn immer mehr zögern. Dennoch bemühte er sich, den tschechoslowakischen Standpunkt anzuhören und objektiv zu bewerten. Dies unterschied ihn von den anderen Spitzenvertretern der sogenannten Fünfergruppe im Warschauer Pakt.

Viele Mitglieder der ungarischen Staatspartei verfolgten den tschechoslowakischen Reformprozess 1968 mit Verständnis und Zustimmung. Sie sahen darin eine Chance, weitere Reformen im eigenen Land umzusetzen. Eine Fraktion innerhalb der MSzMP befürchtete dagegen, die Reformbewegung könnte außer Kontrolle geraten – ähnlich wie

572 Pražák 2002, S. 493

573 Gough 2006, S. 170

zwölf Jahre zuvor in Ungarn. Der Standpunkt gegenüber dem Prager Frühling barg daher die Gefahr einer innerparteilichen Spaltung und diese wollten alle Führungsmitglieder unbedingt vermeiden. Viele MSzMP-Mitglieder sahen in der innerparteilichen Einheit ein übergeordnetes Ziel, gegenüber dem sie ihre Sympathien für das tschechoslowakische Experiment zurückstellten.

Der antireformistische Flügel in der MSzMP bemühte sich ebenfalls, direkte Konflikte innerhalb der Partei und zwischen Parteiführung und den parteilichen Massenorganisationen zu umgehen. Dies zeigte sich auch in der ungarischen Innenpolitik. Ihre wesentliche Konstante bestand 1968 in der politisch-gesellschaftlichen Konfrontationsvermeidung. Dem stand nur der Druck der Warschauer Bündnispartner, vor allem der SED, entgegen.

Um Zweifel an der eigenen Blockloyalität auszuräumen, bemühte sich die ungarische Parteiführung eifrig, ihre eigenen Reformbemühungen und den gesellschaftlichen Kompromiss von der tschechoslowakischen Reformbewegung abzugrenzen. Dies äußerte sich bald in einer eher reservierten Außenpolitik gegenüber den Reformkommunisten in der KSČ, die die ungarische Führung in den ersten Monaten von 1968 sehr unterstützt hatte. Innenpolitisch brachte dies die MSzMP-Führung in ein Dilemma, denn es widersprach in wichtigen Bereichen den eigenen Reformversprechen. Diese waren aber wesentlicher Teil einer inneren Stabilisierungsstrategie wie auch einer eigenständigeren Wirtschaftspolitik, an der die Kádárführung arbeitete.

Im weiteren Verlauf des Prager Frühlings fürchteten Teile der ungarischen Parteiführung, die tschechoslowakische Reformbewegung könnte in ihrer basisdemokratischen Ausrichtung zu viele Nachahmer in Ungarn finden. Die immer deutlichere Ausbreitung einer bürgerschaftlichen Bewegung in der ČSSR schien dieses Risiko zu bestärken. Sie führte gemeinsam mit dem Druck aus der Sowjetunion und den Berichten tschechoslowakischer Reformgegner zu einem allmählichen Meinungsumschwung in der ungarischen Parteiführung, der schließlich in die mehrheitliche Zustimmung zur Militäraktion mündete.

Allerdings sah das ungarische Zentralkomitee in der militärischen Besetzung der ČSSR – mehr als die anderen Bündnispartner – eine Ultima Ratio. Dieser ging eine monatelange wohlwollende ungarische Außenpolitik gegenüber den tschechoslowakischen Reformkommunisten voraus. Kádár sah sich dabei gegenüber Dubček in einer Art Beraterrolle. Diese rechtfertigte er mit den eigenen Erfahrungen der ungarischen „Konterrevolution“ und auch seinem späteren Reformkurs. Beides war Teil des Selbstverständnisses der ungarischen Führung. Als tschechoslowakische Reformkräfte dies öffentlich infrage stellten, brach Kádár den Dialog mit Dubček fast ab und suchte vermehrt den Kontakt zu Reformgegnern innerhalb der KSČ. Sein Vorhaben, auf diese Weise eine politische Lösung der tschechoslowakischen Krise zu befördern, scheiterte jedoch. Vielmehr verstärkte es die Spaltung innerhalb der KSČ. Gleichzeitig bestärkten die tschechoslowakischen Reformgegner indirekt die Fehlinformation der Warschauer Vertragspartner, denn Kádár

berichtete regelmäßig über seine geheimen Informanten aus der KSČ. Außerdem erhielt er Weisungen von der KPdSU-Führung in Moskau, die er kontinuierlich in seinem Auftreten gegenüber den tschechoslowakischen Politikern umsetzte.

Es gab also keinen plötzlichen Sinneswandel in der ungarischen Führung. Allerdings war sie auch kein willenloses Werkzeug Moskaus, sondern vertrat durchaus eine eigene, gemäßigte Haltung gegenüber der tschechoslowakischen Reformbewegung. Diese war im Wesentlichen innenpolitisch motiviert, denn an der Beurteilung des Prager Frühlings drohten die Einheit der MSzMP und der Gesellschaftskompromiss zu zerfallen. Die Fortsetzung des Kompromisskurses war jedoch die innenpolitische Priorität der MSzMP-Führung. Dubček und andere Reformer übersahen dies und überschätzten daher die ungarische Bereitschaft zur Unterstützung ihres Reformkurses. Gleichzeitig unterschätzten sie die Bereitschaft der Budapester Führung, mit Moskau und den KSČ-internen Reformgegnern zu kooperieren.

Einer der Gründe, warum Ungarn so lange eine militärische „Lösung“ des tschechoslowakischen Konflikts ablehnte, war die Furcht vor der eigenen Bevölkerung. Außerdem misstraute die ungarische Parteiführung der ungarischen Armee, die schon während des Ungarnaufstands auf die Seite der Aufständischen übergelaufen war. Bis auf wenige Zwischenfälle erwiesen sich diese Ängste jedoch als unbegründet. Denn auch außerhalb der MSzMP überlagerte in Ungarn die Bereitschaft zur Fortführung des Gesellschaftsvertrags einen Freiheits- und Reformwillen, wie ihn die Tschechen und Slowaken an den Tag legten.

Bevor die ungarische Beteiligung am Einmarsch in die ČSSR bekannt wurde, konnte die MSzMP-Führung die Reaktion der ungarischen Bevölkerung jedoch schwer abschätzen. Sie befürchtete eine Solidarisierung mit den Zielen des Prager Frühlings und ergriff daher bereits im Frühjahr 1968 Vorsichtsmaßnahmen. Diese bestanden in einem politischen und medialen Kurs der Konfrontationsvermeidung. Das dehnbare Konzept eines „Kampfes an zwei Fronten“ ermöglichte dabei eine relativ flexible Verlagerung der Propaganda von einer Unterstützung der Reformen hin zu deren Verurteilung.

Gleichzeitig versuchten die offiziellen Medien in Ungarn auf komplexe Weise, Reformervorstellungen innerhalb Ungarns zu zerstreuen, obwohl sie den Prager Frühling in den ersten Monaten von 1968 relativ positiv dargestellt hatten. Sie betonten zudem die Loyalität der MSzMP-Führung gegenüber der Sowjetunion und suggerierten mit Verweis auf 1956 deren mögliches Eingreifen in Ungarn. Abgesehen von einer schmalen Schicht politisch aktiver Intellektueller erlag ein Großteil der ungarischen Bevölkerung Ungarns dieser vergleichsweise subtilen Manipulation.

Kurz vor dem Einmarsch kam die polizeiliche und geheimdienstliche Überwachung hinzu. Die Kombination unauffälliger polizeilicher und medialer Präventivmaßnahmen vermochte in den Tagen des Einmarsches in die ČSSR die öffentliche Ruhe zu erhalten. Denn die ungarische Bevölkerung sah im Sommer 1968 weder Möglichkeiten noch Anlass zur offensiven Unterstützung des Prager Frühlings. Damit war das wesentliche

innenpolitische Ziel erreicht. Allerdings konnte diese Strategie nicht die eklatanten Widersprüche der kommunistischen Innen- und Außenpolitik in Ungarn verdecken, die die ungarische Militärbeteiligung mit sich brachte.

Über die Unmöglichkeit großer Reformen in Ungarn waren sich 1968 Parteiführung und Gesellschaft weitgehend einig. Keine der beiden Seiten hegte Illusionen über die Abhängigkeit von der jeweils anderen. Auch außerhalb politischer Funktionseliten hatten die meisten Ungarn 1968 den Status Quo des herrschenden sozialistischen Staatssystems und seine Zugehörigkeit zum sowjetischen Lager akzeptiert. Dies lag nicht an ideologischer oder politischer Überzeugung, sondern an der Aussichtslosigkeit, die viele in nationalen Reformbewegungen irgendeiner staatssozialistischen Gesellschaft sahen. Ausländische Radiosender verstärkten diese Wahrnehmung oft noch.

Ein Aufbegehren gegen die sowjetische Militärpräsenz und die staatliche Übermacht schien den meisten Ungarn also ebenso unnötig wie chancenlos. Mit externer Hilfe dafür war nicht zu rechnen und die letzten Errungenschaften im Versorgungs- und Konsumbereich erschienen breiten Teilen der Bevölkerung als die beste der wenigen verfügbaren Alternativen. Damit war die Haltung in der ungarischen Bevölkerung 1968 durchaus der resignativen Selbstzufriedenheit vergleichbar, die 1956/1957 in der Tschechoslowakei anzutreffen war.

Zudem war die negative Erwartungshaltung der politischen Führung und Bevölkerung Ungarns eine Spätfolge der traumatischen Erfahrungen von 1956 und der darauf folgenden Restaurationsphase. Die militärische Niederschlagung des Prager Frühlings und die nachfolgende „Normalisierung“ zementierten diese resignative Haltung. Gerade diese Resignation stand politischen Reformen und einer oppositionellen Mobilisierung der ungarischen Bevölkerung nun für weitere zwanzig Jahre entgegen.

Synthese

In einem letzten Schritt sollen nun Entwicklung und transnationale Rezeption der Krisenkomplexe von 1956 und 1968 miteinander verknüpft werden. Für beide Phasen werden dazu zunächst gemeinsame Grundmuster der Krisenentstehung einander gegenübergestellt. Dabei kommen die bereits im ersten und dritten Kapitel zugrunde gelegten Vergleichskategorien zum Einsatz, die beide Ereignisstränge aus ihrem jeweiligen Makrokontext lösen. Resümierend soll die transnationale, ungarisch-tschechoslowakische Wahrnehmung der Reformphase von 1956 mit der um 1968 kontrastiert und gemeinsame Rezeptions- und Reaktionsmuster herausgestellt werden. Die nun diachrone Gegenüberstellung von im Verlauf der Untersuchung synchronisch ermittelten Ergebnissen ermöglicht verallgemeinernde Aussagen über die innere Struktur und transnationale Dynamik staatssozialistischer Reformkrisen. Damit entsteht ein Ausgangspunkt für weitere bilaterale Untersuchungen zwischen Ostblockstaaten, die gemeinsam mit der vorliegenden Studie zu einem differenzierteren Gesamtbild der in dieser historischen Region wirkenden Kohäsions- und Desintegrationskräfte beitragen könnten.

Auslöser und Hindernisse sozialistischer Reformbewegungen

Laut einer kontrafaktischen These westlicher Zeitgenossen von 1956 und 1968 wäre der Ostblock bereits in einem dieser beiden Krisenjahre zusammengebrochen, wären seinerzeit mehrere „Satellitenstaaten“ dem Beispiel des Ungarnaufstands bzw. des Prager Frühlings gefolgt. Obwohl sich diese Behauptung weder beweisen noch widerlegen lässt, ist sie auch heute noch anzutreffen, meist mit Verweis auf das „Wendejahr“ 1989. Der ebenso fragwürdige wie beliebte Umkehrschluss legt nahe, dass das Ausbleiben großer Liberalisierungsbewegungen in anderen Ländern 1956 und 1968 ein frühzeitiges Ende des ostmitteleuropäischen Kommunismus verhindert hat.

Unabhängig vom spekulativen Charakter solcher Thesen, dürfte unmittelbar einleuchten, dass die sozialistischen Krisen viel über die Stabilität jener Staatsstrukturen aussagen, in denen sie sich abspielten. Diese Hinweisfunktion konstatieren praktisch alle größeren Studien zu den einzelnen Freiheitsbewegungen. Demgegenüber überrascht es, dass die Abwesenheit von zeitgleichen Systemkrisen trotz ihrer angeblich epochalen Bedeutung in bisherigen Forschungen kaum Beachtung fand.

Während frühere Untersuchungen bereits einige auslösende Momente der politischen und sozialen Mobilisierung bzw. Demobilisierung für beide Reformkrisen aufgriffen, gab

es bisher kaum differenzierte Erklärungsversuche für das Ausbleiben solcher Bewegungen in den anderen sozialistischen Ländern. Deshalb untersucht die vorliegende Analyse hinsichtlich der Stabilität kommunistischer Herrschaft nicht nur die Krisen, sondern gerade auch die über weite Strecken beständigen Phasen in Ungarn und der Tschechoslowakei. Ohne ihre Kenntnis können auch die am häufigsten genannten Gründe für die Entstehung von Liberalisierungsbewegungen kaum überzeugen. So sollen vor allem repressive Herrschaftsmethoden, die allgegenwärtige Dominanz der Sowjetunion, das Versagen der Planwirtschaft und nationale Traditionen Aufstände und andere Massenbewegungen verursacht haben. Wieso aber geschah dies 1956 ausgerechnet in Ungarn und nicht in der ČSR und wieso 1968 in der ČSSR und nicht in Ungarn? Ebenso könnte man vergleichende Fragen an den 17. Juni 1953 in der DDR, den „Polnischen Oktober“ von 1956 oder die Solidarność-Bewegung 1980/81 stellen. In allen Fällen bleiben die gleichen Fragen offen: Gab es in den jeweiligen Krisenphasen und -regionen wirklich härtere Repressionen, eine schlechtere Wirtschaftsleistung und größeren sowjetischen Druck als in den Teilen Ostmitteleuropas, in denen es ruhig blieb? Wo liegt die Grenze des Erträglichen und wovon hing diese jeweils ab?

Es ist erstaunlich, dass die meisten Untersuchungen zu den ostmitteleuropäischen Sozialismuskrisen diese Fragen nur oberflächlich aufgreifen. Sie führen nationale Spezifika als Ursachen an, die aber in den Nachbarstaaten oft in ähnlicher Form nachgewiesen werden können, obwohl sich die Lage dort nicht (zeitgleich) zuspitzte. Befriedigende Antworten lassen sich daher nur unter gleichzeitiger Berücksichtigung mehrerer sozialistischer Länder und deren Krisen finden. Die vorliegende Arbeit hat diesen Versuch unternommen. Ihre Ergebnisse legen nahe, dass die Erschütterungen von *per se* asymmetrischen und damit krisenanfälligen Herrschaftssystemen weniger einem gleichbleibenden Muster folgten. Vielmehr entwickelten sie sich auf der Basis einer relativen Wahrnehmung der eigenen Situation.

Diese Erkenntnis mag zwar unmittelbar einleuchten, doch hat sich bisher kaum jemand bemüht, die überaus folgenreichen Wahrnehmungsveränderungen als Teil der Krisengeneese genauer zu analysieren. Dies verwundert nicht, denn hier sind grenzübergreifende und langfristige Rezeptions- und Interpretationsprozesse beteiligt, die entsprechende Forschungskonzeptionen schnell an die Grenzen der Machbarkeit bringen. Aus diesem Grund beschränkt sich die vorliegende Studie auch auf zwei Länder und ihre Krisen. Schon diese bifokale Perspektive legt einen hohen Verflechtungsgrad offen. Sie liefert neue Erklärungslinien für die Krisengeneese sowie Einblicke in die Praxis und Bedeutung des bilateralen Austausches im Ostblock, der für Ungarn und die Tschechoslowakei kaum erforscht war. Die vorliegende Arbeit untersucht diese grenzübergreifenden Rezeptionsprozesse und ihre Bedeutung für den Willen zum politischen und gesellschaftlichen Reformengagement. Dieser Vorgang der gegenseitigen Rezeption ist keineswegs intuitiv erfassbar. Er basierte auf Wahrnehmungsmustern, die längerfristig geprägt wurden und die sich innerhalb der eigenen Krisenerlebnisse neu konstituierten. Zwischen Ungarn

und der Tschechoslowakei war der Selbstvergleich mit dem Nachbarland gleichzeitig stabilisierendes Element und Risiko für die kommunistische Herrschaft.

Angesichts der Bedeutung der transnationalen Wahrnehmung mag die fehlende Ausbreitung der Reformbewegungen auf andere sozialistische Staaten überraschen, insbesondere da die politischen und sozialen Voraussetzungen in den benachbarten Ländern scheinbar sehr ähnlich waren. Dieser Anschein entsteht allerdings nur, wenn man Ungarn und die Tschechoslowakei mit den freiheitlich-marktwirtschaftlich ausgerichteten Demokratien im Westen vergleicht – und das taten die meisten westlichen Darstellungen während des Kalten Krieges, deren Befunde bis heute fortwirken. Eine synchrone, aber systemunabhängige Vergleichsanordnung fördert dagegen im ersten und dritten Hauptkapitel für 1956 und 1968 jeweils deutliche Unterschiede zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei zutage. Dies gilt gleichermaßen für die politisch-systemische wie die gesellschaftlich-psychologische Ausgangslage in beiden Ländern. Die kontextunabhängige Kategorisierung ermöglicht nun auch eine langfristige Gegenüberstellung der Einzelbefunde für beide Phasen. Auch diese Sicht offenbart ähnliche Mechanismen, die eine breite Mobilisierung für Reformziele heraufbeschworen bzw. verhinderten.

Zunächst bestätigte die vorliegende Arbeit die bisherige Annahme, dass Verlauf und innere Dynamik beider hier behandelten Reformprozesse wesentlich vom Öffnungsgrad der jeweiligen institutionalisierten Herrschaftsstrukturen und ihrer Unterstützung aus Moskau abhingen. Entscheidend war vor dem Ausbruch beider Krisen der Grad der innerparteilichen Fraktionsbildung. So ließ sich in der ungarischen MSzP bereits seit Mitte 1953 eine Spaltung in den Führungsgremien beobachten, die sich bis in die Basisorgane fortsetzte. In dieser Zeit verlor Rákosi, der faktische Machthaber in Ungarn, zudem das Vertrauen der Parteiführung in Moskau, was seine Position in der eigenen Partei wesentlich schwächte. Die KSČ unter Novotný konsolidierte sich indessen und ihre moskautreue Führung genoss in der KPdSU großes Vertrauen. Erst seit Beginn der sechziger Jahre konnte sie sich einer innerparteilichen Polarisierung ebenfalls nicht mehr entziehen und verlor ihre Autorität binnen weniger Wochen, als ihr Moskau die Unterstützung versagte. Beide Einparteiensysteme wurden also dann angreifbar, wenn es den Führungen nicht mehr gelang, heterogene Interessen innerhalb der Partei zu vereinen und dafür Rückhalt in Moskau zu beanspruchen. Die vorliegenden Ergebnisse weisen darauf hin, dass beide Faktoren eng zusammenhingen. Die Moskauer Unterstützung einer „Satellitenpartei“ beruhte offenbar – also im Fall Kádárs und Husáks – weniger auf der konkreten politischen Zielsetzung dieser Parteiführer als auf deren Fähigkeit, die innerparteiliche Einheit (wieder)herzustellen.

Vor diesem Hintergrund relativiert sich die Bedeutung des „sowjetischen Faktors“ und die Kohäsionskräfte innerhalb der kommunistischen Staatsparteien treten in den Vordergrund. Die Geschlossenheit ihrer Führungen hing dabei von den eigenen Erfahrungen und den aktuellen Beobachtungen der Nachbarstaaten ab, die hier genauer betrachtet werden. So einte 1956 die unter den politischen Spitzenvertretern geteilte

Verantwortung für die stalinistischen Exzesse in der Vergangenheit die höchsten Parteiorgane in der ČSR; für das ungarische Zentralkomitee und Politbüro wirkte 1968 dagegen die gemeinsame Beteiligung an der Niederschlagung des Volksaufstandes integrativ. Umgekehrt trug 1956 in der MSzP und 1968 in der KSČ die politische Präsenz ehemaliger Opfer der stalinistischen Prozesse zur innerparteilichen Spaltung bei. Die Beobachtung einer sich zuspitzenden Krise im Nachbarland schweißte die Staatsparteien dagegen kurzfristig wieder zusammen, wobei nun die antireformistischen Kräfte in den Führungsgremien erst recht die Oberhand gewannen. So gab die Eskalation in Ungarn 1956 den tschechoslowakischen und der Einmarsch in die ČSSR 1968 den ungarischen Reformgegnern ein gewichtiges Argument für einen restaurativen und reformfeindlichen Kurs an die Hand. Zeitweise parallel laufende Reformentwicklungen nahmen unter dem Eindruck der Entgleisung im Nachbarland plötzlich divergente Wege. Daran lässt sich die Rückkehr zu konformen Mustern innerhalb keineswegs homogener Parteistrukturen nachvollziehen. Hierin ist ein wichtiges Moment für die langfristige Stabilität kommunistischer Herrschaftsstrukturen zu sehen, die von konkurrierenden Interessen gezeichnet waren. Wie sich nun besser nachvollziehen lässt, funktionierten diese Mechanismen nur in krisenhaften Ausnahmefällen nicht mehr und erst dann trat die sowjetische Militärmacht in Erscheinung.

Viele Darstellungen zum Ungarnaufstand, Prager Frühling und anderen Reformversuchen im Ostblock suggerieren, die rigide Planwirtschaft und die Unfreiheit hätten unweigerlich in die Legitimitätskrise geführt. Sicherlich spielten diese Faktoren grundsätzlich eine Rolle, doch beantworten sie nicht die Frage, warum sich die fehlende Folgebereitschaft der Mehrheit nur so selten in breiten Befreiungsbewegungen mobilisierte. Eine zentrale Frage dieser Arbeit war daher, welche wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen vor dem Ungarnaufstand beziehungsweise dem Prager Frühling Risse in der Parteiführung begünstigten. Auch hier bestätigte sich zunächst die bisherige Ansicht zum Teil: Die unheilvollen Folgen einer bedürfnisfernen Wirtschafts- und Innenpolitik übten Handlungsdruck auf die Führungsebenen aus, dem sie zum Teil nicht standhalten konnten. Allerdings legt die vergleichende Betrachtung zudem offen, dass dies jeweils in beiden Ländern der Fall war. Wirtschaftsprobleme gab es auch dort, wo die Konflikte nicht eskalierten. Dabei lag der entscheidende Unterschied offenbar weniger im aktiven Krisenmanagement als im präventiven Umgang mit diesem Druck. Die Gegenüberstellung von Ungarn und der Tschechoslowakei legt offen, dass kurzfristige Gegenmaßnahmen und halbherzige Zugeständnisse die Autorität und Handlungsfähigkeit der politischen Führung eher zusätzlich untergruben. Erst in dieser machtpolitisch instabilen Atmosphäre kamen gesellschaftliche Eliten zum Zug, die breitere Reformbewegungen in Gang bringen konnten. Wesentlich war hier also weniger die einseitige Kontrollpolitik oder Verschwörungspläne gegen die Staatsmacht, sondern das Wechselspiel zwischen der Artikulation gesellschaftlicher Bedürfnisse und den politischen Reaktionen darauf. Bisher blieb dieser asymmetrische und zumeist implizite Austausch

zwischen ideologischen und politischen Machtinteressen einerseits und den gesellschaftlichen Versorgungs- und Freiheitsinteressen andererseits in der umfangreichen Literatur zu den beiden hier zentralen Krisen weitgehend unbeachtet. Die vergleichende Analyse der parallel stattfindenden Krisen im Nachbarland erhellt, wie dieses Gleichgewicht aus den Fugen geraten konnte, aber auch wie es im Sinne kommunizierender Röhren in beiden Ländern in den stabilen Phasen fortbestand.

Die Balance zwischen politischem Entgegenkommen und diktierten Einschränkungen war dabei überaus fragil. So überstieg in beiden hier behandelten Krisenphasen die gesellschaftliche Dynamik bald die Pläne der reformkommunistischen Fraktion in den Einheitsparteien. Einmal losgetreten konnte sie von oben kaum mehr kontrolliert werden. Wie nun der Vergleich mit dem Nachbarland offenbart, war eine wirksame Einschränkung der Reformdynamik aber präventiv durchaus möglich. So ergriff 1956 die tschechoslowakische und 1968 die ungarische Parteiführung bereits Monate vor dem Ausbruch der Krise im benachbarten Bruderland einschränkende bzw. repressive Maßnahmen gegenüber gesellschaftlichen Reformansätzen. Allerdings gingen sie dabei konsequenter, gezielter und subtiler vor, als die (Neo-)Stalinisten im jeweiligen Nachbarland, deren willkürlich anmutende Praxis die Unzufriedenheit in der Bevölkerung weiter nährte. In beiden Fällen banden präventive Stabilisierungsmaßnahmen und politische Konsequenz gesellschaftliche Kräfte erfolgreicher an die Parteiführung als unberechenbare Repressionen und sporadische Zugeständnisse. Für den (vorübergehenden) Zusammenbruch des Herrschaftskompromisses entscheidend war also weniger die objektive Existenz oder Nicht-Existenz von Repressionen oder Wirtschaftsreformen, sondern deren dosierte Umsetzung und Vermittlung.

Andererseits genügten weder generelle Unzufriedenheit noch die sie begünstigende innerparteiliche Uneinigkeit alleine, um politische Reformbewegungen auf den Weg zu bringen. Dafür bedurfte es innerhalb und außerhalb der Partei auch durchsetzungsfähiger Organisationen, die in bisherigen Studien nur sporadisch auftauchen. Die innere Organisationsstruktur beider Reformbewegungen wurde bisher jedoch nur punktuell aufgearbeitet, indem einzelne Verbände im Detail beschrieben oder allenfalls ihre Satzungen reproduziert wurden. Die Interaktionen zwischen diesen Vereinigungen in und außerhalb der Partei blieben dagegen im Hintergrund. Die vorliegende Analyse greift die Organisationsstruktur der Reformbewegungen als Ganzes auf. Sie verwendet Kategorien aus der Organisationstheorie, um die Entwicklung und Standhaftigkeit dieser Organisationen für die beiden Reformbewegungen systematisch zu erfassen. Die Ergebnisse offenbaren deutliche Parallelen zwischen dem Ungarnaufstand und dem Prager Frühling und machen gleichzeitig das Ausbleiben entsprechender Bewegungen im Nachbarland verständlicher.

So war für die Entstehung einer organischen Massenbewegung offenbar die Existenz einer geistigen und symbolischen Führungsfigur entscheidend. Bereits in den Wochen vor dem Ungarnaufstand übernahmen diese Rollen in Ungarn politisch eher unfreiwillig

Imre Nagy und spirituell vor allem György Lukács, aber auch József Mindszenty. Eine breite Identifikation mit diesen Persönlichkeiten fand 1956 und dann erneut 1968 unter anderem deshalb statt, weil die jeweiligen Initiatoren des reformkommunistischen Experiments genau jene Probleme ansprachen, die für große Teile der Bevölkerung über Jahre stillschweigend als ungerecht erlebt wurden. Dagegen gab es in der ČSR zu dieser Zeit weder vergleichbare Persönlichkeiten noch entsprechende Ambitionen in den kommunistischen Führungskadern und intellektuellen Eliten. Erst Mitte der sechziger Jahre kehrte sich dieses Verhältnis um. Nun fehlten in Ungarn couragierte geistige Anführer und als einzige, wenn auch streitbare politische Integrationsfigur trat dort János Kádár auf. In der ČSSR dagegen mangelte es damals nicht mehr an engagierten Aktivisten. Beeinflusst von den Vordenkern der ungarischen Revolution, aber auch eigenen Philosophen arbeiteten sich dort charismatische Reformkommunisten wie Josef Smrkovský und Zdeněk Mlynář bis in die obersten Parteifunktionen hinauf. Sie organisierten gemeinsam mit Wirtschaftsreformern den Führungswechsel zugunsten des ebenfalls sehr populären Alexander Dubček. Den damit einsetzenden Reformprozess trugen außerparteiliche Organisationen mit, zum Teil angeführt von bis heute bekannten Persönlichkeiten wie Václav Havel und Pavel Kohout. Die vergleichende Analyse der Entstehung und Verknüpfung dieser Strukturen liefert Anhaltspunkte darüber, welche spezifischen Schnittstellen in welcher Form für die Stabilität des Herrschaftsgefüges in kommunistischen Systemen entscheidend waren.

Wie die meisten Studien zum Ungarnaufstand und Prager Frühling konstatieren, waren in beiden Bewegungen außerparteilich organisierte Reformstrukturen von größter Bedeutung. So unterstützten Hochschulen, Medien, Gewerkschaften und Teile der Exekutivorgane die Reformkommunisten 1956 in Ungarn und 1968 in der ČSSR. Das Ausmaß dieser Unterstützung und gleichzeitig wirkende Beharrungskräfte werden erst mit Blick auf das jeweilige Nachbarland deutlich. Dort fanden die Reformer unter den Intellektuellen und Arbeitern keine mehrheitliche Unterstützung, da sie materiell gesättigt und fest in die parteilichen Strukturen eingebunden waren. Vor allem aber – und hier zeigen sich die Unterschiede besonders deutlich – waren die verschiedenen Interessensgruppen dort nicht untereinander vernetzt. Während des Ungarnaufstands entstanden solche Verbindungen sehr kurzfristig und oft über persönliche Direktkontakte zwischen den revolutionären Vereinigungen. Während des Prager Frühlings vernetzten sich die einzelnen Reformverbände nicht so schnell und sie inspirierten sich gegenseitig über ihre meist veröffentlichten Programme. Die langsamer gewachsenen Verbindungen in der ČSSR 1968 konnten sich nach dem Truppeneinmarsch länger erhalten als die ungarischen Ad-hoc-Komitees von 1956. In beiden Fällen verstärkte die Kooperation vieler Einzelgruppen die außerstaatlichen Reformverbände und beschleunigte die Entstehung neuer Reformstrukturen. Deshalb waren die vernetzten Organisationen im Ungarnaufstand und Prager Frühling deutlich mächtiger als die gleichzeitig im Nachbarland agierenden Reformer, die eher einzelgängerisch in Erscheinung traten und vor allem Standes- und

Individualinteressen verfolgten. Letztere konnten deshalb leichter staatlich kontrolliert und dem konformistischen Druck der zentralisierten Massenorganisationen untergeordnet werden. Auch dieser Gegensatz trug offensichtlich zur ungleichen Dauer und Intensität der beiden Reformbewegungen bei, die bisher meist nur mit dem Verweis auf unterschiedliche Entwicklungsphasen des Staatssozialismus begründet wurde.

Die neuen Erkenntnisse über institutionelle Spielräume und deren Nutzung durch Reformgruppen können entgegen bisheriger Darstellungen begründen, warum die staatlichen Bemühungen, die Reformorganisationen zu steuern, im Verlauf des Ungarnaufstands und des Prager Frühlings oft geradezu kontraproduktiv waren. Außerdem widersprechen die Ergebnisse der bilateralen Gegenüberstellung der verbreiteten Ansicht, die ostmitteleuropäischen Staatsparteien hätten ohne Moskaus Hilfe keine Chance zur Unterdrückung der Massenbewegungen gehabt. So erwies sich Mitte der fünfziger Jahre in der ČSR und Mitte der sechziger Jahre in Ungarn eine Präventivstrategie als überaus wirksam, weil sie klare Grenzen für politisches Engagement in den Massenorganisationen setzte. Zusätzlich integrierten materielle Anreize Intellektuelle und andere Meinungsträger in die parteiliche Zielsetzung. Diese Prozesse lassen sich in dem hier behandelten Zeitraum von zwölf Jahren in beiden Ländern gut nachvollziehen. Ihre national unterschiedliche Ausgestaltung mag auf den ersten Blick darüber hinweg täuschen, dass es sich hier um überaus ähnliche Stabilisierungsstrategien handelte, die allerdings nur im Kontext gesellschaftlich verbreiteter Erwartungshaltungen wirksam waren.

Bereits frühere Darstellungen verweisen darauf, dass sich reformorientierte Organisationen 1956 und 1968 in Ungarn und der Tschechoslowakei überhaupt erst bilden konnten, wenn institutionelle Freiräume dies zuließen. Entsprechend fanden auch die staatlichen Liberalisierungsmaßnahmen breite Berücksichtigung, während die zugrunde liegenden Motive für politische und soziale Initiativen im Hintergrund blieben. In der vorliegenden Analyse spielen Interpretationsmuster der Reformakteure als emotionale Triebfedern dagegen eine ebenso zentrale Rolle wie partei- und außenpolitische Determinanten. Wie daraus hervorgeht, brachten erst Gefühle der Ungerechtigkeit und des Identitätsverlustes vorher konforme oder passive Akteursgruppen in Bewegung. Dies schlug sich während beider Reformversuche in den Programmen und Forderungskatalogen der beteiligten Organisationen nieder, lässt sich aber viel genauer an Meinungsberichten aus der Bevölkerung nachvollziehen, die bisher praktisch unbeachtet blieben.

Wie die Auswertung dieses Materials ergab, bezog sich die Unzufriedenheit der ungarischen Bevölkerung Mitte der fünfziger und der tschechoslowakischen Mitte der sechziger Jahre vor allem auf drei Bereiche: die materielle Versorgungslage, die nationale Identität und die auch im Alltag spürbaren Beschränkungen eines bürokratischen und rigiden Staatssystems. Für eine Gegenüberstellung mit dem Nachbarstaat ist dabei nicht der ohnehin kaum quantifizierbare faktische Grad von Repressionen und administrativen Maßnahmen entscheidend. Vielmehr kommt es darauf an, in welchen Relationen die

ungarische bzw. tschechoslowakische Bevölkerung das Unrecht mehrheitlich wahrnahm, das heißt, welche möglichen Alternativen diese Menschen im Vergleich zu früheren Erfahrungen sahen.

Die relative Wahrnehmung in Form von Meinungsbildern lässt sich anhand umfangreichen Quellenmaterials nachvollziehen. Daraus wird für beide hier zentrale Reformkrisen deutlich, dass nicht nur die Existenz und der Grad administrativer Maßnahmen die allgemeine Unzufriedenheit und damit den Wunsch auf Veränderung nährten, sondern durchaus auch deren inkonsequente Anwendung.

Erst die Parallelbetrachtung der beiden zeitlich wie kontextuell auseinanderliegenden Reformbewegungen stellt heraus, dass gerade die mit dieser Inkonsequenz einhergehende Unberechenbarkeit den stillschweigenden Herrschaftskonsens destabilisierte. So verärgerte die politische Inkonsistenz vor beiden Reformbewegungen gleichermaßen Regionalkader, Angehörige der Exekutivorgane und Medienvertreter. Diese bis dahin konformistischen Einflussträger waren plötzlich unsicher, in welche Richtung sie sich orientieren sollten, um ihre Positionen langfristig abzusichern. Viele schlossen sich daher den Reformbewegungen an, für die sie auch breite gesellschaftliche Unterstützung wahrnahmen. Zudem untergrub der politische Zickzackkurs zwischen Reformen und deren Rücknahme nach wenigen Monaten in der Bevölkerung die Autorität der kommunistischen Führung.

So war die reformpolitische Unbeständigkeit in Ungarn und der Tschechoslowakei schon in den Jahren vor den Krisenhöhepunkten sehr offensichtlich. Die Staatsführungen nahmen spürbare Erleichterungen und damit verbundene Zukunftshoffnungen plötzlich wieder zurück, worüber sich die Betroffenen frustriert zeigten. Außerdem provozierte etwa Rákosis Rücknahme von Nagys Landwirtschaftsreformen und sein Vorgehen gegen demonstrierende Arbeiter und Intellektuelle auch außerhalb der direkt betroffenen Gruppen Unmut. Ähnliches ließ sich in der ČSSR beobachten, wo es seit Mitte der sechziger Jahre innenpolitische Lockerungen insbesondere im kulturellen Bereich gegeben hatte. Als die Novotný-Führung dann 1967 beliebte Schriftsteller wieder mundtot machen wollte und unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit eine studentische Demonstration niederschlug, wurde dies zum Inbegriff der staatlichen Ungerechtigkeit. Die Empörung über diese Signalereignisse spiegelte sich in den meisten tschechoslowakischen Reformdiskursen von 1968 sehr deutlich wider. Der daraus entstandene öffentliche Druck trug wesentlich zu spitzenpolitischen Personalentscheidungen bei, die schon im ersten Jahresdrittel dem Präsidenten, dem Innenminister und dem Chefideologen ihre Ämter kosteten. Sowohl 1956 in Ungarn als auch 1968 in der ČSSR erkannten die parteilichen Führungsgremien diese für ihre Herrschaftsposition gefährliche Entwicklung relativ spät. Ihre Zugeständnisse kamen daher mit zeitlicher Verzögerung, so etwa die öffentlichen Rehabilitation Rajks im Oktober 1956 und der genannte Personalwechsel in der KSČ-Spitze 1968. In dieser bereits spannungsgeladenen Atmosphäre beruhigte das staatliche Entgegenkommen die gesellschaftliche Dynamik nicht mehr, sondern zog

noch radikalere Forderungen nach sich. Offenbar wurde das Einlenken der politischen Führung als Schwäche gewertet und dies nährte Hoffnungen auf weiterreichende Veränderungen. Indirekt hatte demnach die fehlende Planbarkeit des eigenen Alltags für die Krisenentstehung eine weitaus größere Bedeutung als bisher angenommen.

Aus diesem Blickwinkel erscheint auch die relative Stabilität 1956 in der ČSR und 1968 in Ungarn in einem neuen Licht. Damals erhielten die staatlichen Autoritäten eine (implizite) Bedrohung durch staatliche Repressionen unverändert aufrecht und vermieden kurzfristige Liberalisierungsmaßnahmen. Stattdessen bemühten sie sich, die Wirtschafts- und Versorgungslage schrittweise zu verbessern und administrative Interventionen langsam zu reduzieren. Über die jederzeit mögliche Rückkehr von Zwangsmaßnahmen ließen sie dabei keine Zweifel und es fand auch keine kommunistische „Vergangenheitsbewältigung“ statt. Dennoch entstand der Eindruck, dass die wesentlichen Ressourcen der Unzufriedenheit – also Mangelversorgung und ungerechte Herrschaftsmethoden – ständiger Teil der politischen Agenda waren. Gleichzeitig war klar, dass die Beseitigung dieser als ungerecht wahrgenommenen Zustände nur im institutionalisierten politischen Rahmen vonstatten gehen würde. Die Erfolgsaussichten für eine bürgerschaftlich initiierte Reform waren in dieser Situation also sehr gering. Diese hier im Detail nachvollziehbaren Zusammenhänge entkräften die These, dass vor allem Repressionen und Konsumgüter die Herrschaftsstabilität in kommunistischen Ländern aufrechterhielten. Mindestens ebenso wichtig war es, die politischen Entscheidungen konsistent erscheinen zu lassen und damit eine langfristige Planbarkeit zu ermöglichen.

Die bisher dominierende Perspektive westlicher Darstellungen vernachlässigt den Umstand, dass ein Verhältnis gegenseitiger Akzeptanz zwischen der kommunistischen Herrschaftsschicht und der breiten Bevölkerung durchaus für beide Seiten vorteilhaft sein konnte. Es ermöglichte den meisten Beteiligten eine gewisse Planungssicherheit und annehmbare Lebensverhältnisse. Berechenbarkeit als politisches Ziel tauchte in den späten fünfziger Jahren in den innerparteilichen Diskursen der KSČ auf. Noch mehr galt dies für Ungarn in den sechziger Jahren, allerdings unter anderen Rahmenbedingungen. Auch hier brachte die politische Konsequenz und die Abwesenheit sozialer Härten eine beidseitige Berechenbarkeit mit sich. Dieser Kompromiss zwischen Gesellschaft und Partei in beiden Ländern war zwar nach wie vor asymmetrisch und keinerseits von großem Enthusiasmus begleitet, aber er blieb über lange Jahre relativ stabil. Die nationalen Kompromisse konnten dabei durchaus unterschiedlich aussehen. Wie die differenzierte Gegenüberstellung der hier zentralen Fälle veranschaulicht, waren sich die Aushandlungsprozesse im Kern jedoch sehr ähnlich.

Nationalgefühle spielten in den breit mobilisierten Reformbewegungen von 1956 und 1968 eine wichtige Rolle. In beiden Fällen flammten sie besonders stark auf, als ihnen unerwartet Raum gewährt wurde. In Ungarn geschah dies 1956 vor allem in Abgrenzung zur Sowjetunion. 1968 in der ČSSR stand dagegen die tschechisch-slowakische

(innerhalb der slowakischen Teilrepublik: die slowakisch-ungarische) Einflussverteilung im gemeinsamen Staatsgefüge im Vordergrund. Hier wie dort waren die verletzten Nationalgefühle nicht nur ein gesellschaftlich mobilisierender Faktor, sondern trugen auch zur Spaltung in den politischen Führungsgremien bei. Ein Beispiel dafür ist das politische Schicksal Novotnýs, dem seine kompromisslose Haltung gegenüber den slowakischen Anerkennungsansprüchen machtpolitisch zum Verhängnis wurde. Aus der vorliegenden Gegenüberstellung der mobilisierten und unbewegten Phasen in beiden Ländern zeigt sich allerdings, dass die Konstruktion einer nationalen Identität auch stabilisierend wirkte.

So grenzten sich im Herbst 1956 viele Tschechen und Slowaken in ihrer demokratischen Selbstwahrnehmung von dem Vorgehen der angeblich faschistisch gesinnten ungarischen Revolutionäre ab. Die offizielle Propaganda tat im Herbst und Winter 1956 ihr Übriges, um den Aufstand als primitiv und sinnlos darzustellen, was in der ČSR entsprechende Vorurteile aktivierte. In Ungarn ließ sich 1968 dagegen eine relativ breite Identifikation mit dem vermeintlich genuin ungarischen „Gulaschkommunismus“ beobachten. Damals sahen sich viele Ungarn gegenüber den umliegenden sozialistischen Staaten in einer privilegierten Position, die sie als Errungenschaft der Revolution von 1956 wahrnahmen. Dies verstärkte die ohnehin prägenden Erfahrungen des Ungarnaufstands, der so trotz seiner Niederlage identitätsstiftende Bedeutung erhielt. Nationalgefühle mussten also nicht unbedingt als sozialer Sprengstoff wirken, sondern konnten in den entsprechenden Bahnen und ohne große Öffentlichkeitswirksamkeit auch die kommunistischen Staatssysteme stärken.

Wie bereits die genauere Betrachtung der „nationalen Fragen“ zeigt, hing die politische und gesellschaftliche Reformbereitschaft nicht nur von den objektiven Möglichkeiten für Veränderungen ab. Vielmehr war auch der Wille zum Wandel nötig. Dieser speist sich aus subjektiven Ressourcen wie Erfahrungen und Erwartungen. Wenn diese wie in den vorliegenden Fällen allerdings auf viele Akteure in ähnlicher Weise zutreffen, dann tragen sie zur Mobilisierung der Massen bei. Diesen Aspekt vernachlässigen die bestehenden Untersuchungen zu 1956 und 1968 zumeist. Sie können daher nicht erklären, warum die Reformbereitschaft unter den Menschen in Ungarn und der Tschechoslowakei jeweils so unterschiedlich ausgeprägt war, obwohl die ökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen einander glichen.

Die vorliegende Untersuchung betrachtet diese kollektive Wahrnehmungsebene und kommt zu dem Ergebnis, dass die Reformbewegungen 1956 in Ungarn und 1968 in der ČSSR nur entstehen konnten, weil ihre Träger damit entsprechende Erfolgserwartungen verbanden. Auch in längerfristigen kollektiven Erfahrungen liegt ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis der Krisen, weil diese die Erwartungen der Gegenwart beeinflussten. Dabei war für die Mobilisierung in Ungarn bzw. der Tschechoslowakei nicht entscheidend, ob die Erwartungshaltungen rückblickend realistisch waren: Vielen Tschechen und Slowaken erschien ein Aufbegehren gegen die herrschende Ordnung 1956 völlig

aussichtslos. Zum einen war dafür keine breite Mehrheit in Sicht; zum anderen hatten die staatlichen Sicherheitsorgane einen entsprechenden Versuch bereits 1953 im Keim erstickt und die offiziellen Medien ließen im Herbst 1956 keinen Zweifel daran, dass sich dies nötigenfalls wiederholen würde. Aufgrund dieser (wiederbelebten) Erfahrungen sahen die meisten Tschechen und Slowaken im Herbst 1956 kaum Chancen für grundlegende politische Änderungen und blieben deshalb passiv. Die ungarischen Reformer hielten einen Wandel dagegen damals für möglich und konnten ihn auch deshalb teilweise durchsetzen. Für ihre Einschätzung waren allerdings eher aktuelle Beobachtungen entscheidend: Die sozialistischen Sonderwege in Jugoslawien und Polen, der in allen Bündnisstaaten diskutierte Moskauer Kurswechsel nach dem XX. Parteitag im Februar 1956 und die ungeheure Eigendynamik der ersten Demonstrationen im Oktober 1956 bestärkten in Ungarn den Eindruck, der Zeitpunkt sei für grundlegende Reformen günstig. Als während des Ungarnaufstands offizielle Staatsbedienstete ihre Waffen den Aufständischen übergaben und die sowjetischen Truppen scheinbar abrückten, schien der Neuanfang auch für bisherige Zweifler greifbar.

1968 kehrte sich das Bild gewissermaßen um. Nun war es kein Moskauer Parteitag, sondern der Besuch Brežnevs, der in der ČSSR mit einer damals kolportierten Ankündigung der Nichteinmischung übersteigerte Erwartungen hervorrief. Wenige Wochen später verstärkten auch hier die freien Medien den Eindruck nahezu unbegrenzter Möglichkeiten. Dadurch breitete sich eine allgemeine Euphorie aus, die von politischer Führung und Bevölkerung scheinbar gleichermaßen getragen wurde. Die gesellschaftliche Reformbewegung entwickelte sich rasant, während ihre Träger die internationale Bedrohung unterschätzten. Im allgemeinen Enthusiasmus übersahen Reformer in Partei und Gesellschaft offensichtliche Parallelen zu dem blockinternen Tabubruch Ungarns, der Chruščev 1956 zum Einmarsch veranlasst hatte. Weil die tschechoslowakischen Reformer über die Hintergründe der Ungarischen Revolution unzureichend informiert waren, ignorierten sie 1968 entsprechende Warnungen. Sie sahen eher in der innenpolitischen Verlangsamung der Reformen eine Gefahr als in deren äußerer Bedrohung. In Ungarn gab es damals gerade wegen der Vorerfahrungen von 1956 kaum Hoffnungen auf große Veränderungen, weshalb dort praktisch keine Initiative für eine gesamtgesellschaftliche Reformbewegung erkennbar war. In dem Bewusstsein, bereits wesentliche Veränderungen erreicht zu haben, erwarteten die meisten Ungarn von einer erneuten Konfrontation mit der kommunistischen Macht offenbar keine nachhaltige Verbesserung, sondern eher das Gegenteil.

Während also positive Erwartungen die gesellschaftliche Mobilisierung für Reformbewegungen verstärkten, wirkten negative Erfahrungen in der Vergangenheit dafür hinderlich. Es ist erstaunlich, wie wenig Beachtung diese wesentlichen Vorbedingungen in der Krisenforschung des europäischen Staatssozialismus bisher fanden. Dagegen instrumentalisierten bereits die zeitgenössischen Medien in den kommunistischen Ländern gezielt diesen Zusammenhang. Dies zeigt eine Gegenüberstellung der tschechoslowakischen

und ungarischen Propaganda. So aktivierte 1956 in der ČSR die dramatisierende und verzerrende Berichterstattung über den Ungarnaufstand gezielt Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg und damit die Angst vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen und materieller Not. Bestärkt durch ihre Propaganda sahen damals offenbar die meisten Tschechen und Slowaken – anders als vorher ihre ungarischen Nachbarn – ein Ausscheiden aus dem Warschauer Bündnissystem nicht als Chance zur nationalen Selbstverwirklichung, sondern vielmehr als Risiko eines wiederkehrenden ungarischen oder deutschen Revanchismus. Sie fürchteten sich vor einer blutigen Auseinandersetzung im eigenen Umfeld und davor, durch ein Aufbegehren den seit Mitte 1953 kontinuierlich angestiegenen Lebensstandard zu gefährden.

Ähnliches ließ sich 1968 in Ungarn beobachten, wo sich die meisten Menschen ebenfalls relativ zufrieden mit der Konsum- und Versorgungslage zeigten, die sich seit 1956 spürbar gebessert hatte. Diese Entwicklung wollte kaum jemand aufs Spiel setzen. Ohnehin wurde der Spielraum für eigene Reforminitiativen als sehr gering eingeschätzt. Dies hing eng mit den traumatischen Erfahrungen des Ungarnaufstands und seiner Niedererschlagung zusammen, die trotz offizieller Verdrängungspolitik fest im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert waren. Zudem bestärkten die ungarischen Medien 1968 Erinnerungen an den Truppeneinmarsch von 1956, dessen Wiederholung verständlicherweise niemand riskieren wollte. Nicht zuletzt deshalb hielten in Ungarn die meisten potenziellen Reformer eine umfassende Liberalisierung für aussichtslos. Stattdessen dominierte in der zeitgenössischen Meinungsdocumentation die Überzeugung, echte Veränderungen seien nur auf sowjetische Initiative hin möglich und der Kádár'sche Kommunismus nütze bereits das Maximum der blockinternen möglichen nationalen Spielräume. Die pragmatische Zurückhaltung war 1956 in der ČSR und 1968 in Ungarn also auch Ergebnis einer relativen Zufriedenheit mit der aktuellen Situation, die keinen Anlass zu aktiven Veränderungen zu geben schien. Sie wird in beiden Fällen erst verständlich, wenn sie im Zusammenhang mit den persönlichen Erfahrungen der Akteure in Ungarn und der Tschechoslowakei gesehen wird. Vor diesem Hintergrund erscheint der Vergleich mit den besseren Entfaltungsmöglichkeiten in Westeuropa kaum relevant, obwohl Medien und Politikforschung im Westen diesen Faktor seinerzeit häufig betonten.

Allerdings gehörte es seit 1956 insbesondere zum ungarischen Erfahrungshorizont, dass der Westen die Liberalisierungsbewegungen einzelner Ostblockstaaten nicht aktiv unterstützen würde. Dies minderte in Ungarn 1968 die für eine breite Mobilisierung nötigen Erfolgserwartungen. Stattdessen wurde die Hoffnung auf Veränderungen – wie bereits 1956 in der ČSR – nach außen externalisiert: Neben der Sowjetunion erhoffte man sich in Ungarn 1968 positive Impulse aus der ČSSR, ohne selbst tätig werden zu müssen. Die passive Grundstimmung im Herbst 1956 in der ČSSR und im Sommer 1968 in Ungarn entwickelte sich also auf dem Boden ähnlicher Erwartungsmuster.

Diese Erkenntnis widerspricht der These einer spezifisch tschechoslowakischen „demokratischen Tradition“⁵⁷⁴ bzw. einer ungarischen „revolutionären Kultur“⁵⁷⁵. Natürlich mag es dafür kulturgeschichtliche Anhaltspunkte geben; für die Entstehung des Ungarnaufstands und des Prager Frühlings waren sie jedoch allenfalls von zweitrangiger Bedeutung. Dies wird spätestens dann deutlich, wenn man versucht, diese Erklärungsmuster auf die 1956 in der ČSR und 1968 in Ungarn dominierende passive Grundhaltung anzuwenden. Das gelingt nur mit einer äußerst breiten Auslegung der Begriffe „Demokratie“ bzw. „Revolution“, die für eine Zeitspanne von zwölf Jahren völlig gegensätzliche Inhalte zulässt.

Auch wenn die fragwürdige These solcher Nationaltraditionen in der vorliegenden Untersuchung nicht weiterverfolgt wurde, so spielte doch die aktuelle Selbstwahrnehmung eine wichtige Rolle. Demnach wirkte das Paradigma der demokratischen Tradition in der ČSR 1956 einem bewaffneten Aufstand entgegen, der ohnehin unter den gegebenen Umständen nicht wünschenswert schien. „Demokratisch“ war in diesem Fall also die Konformität mit einer „volksdemokratischen“ Herrschaftsform. 1968 entsprach es wiederum dem „demokratischen“ Selbstbild, eben diese Form der „Volksdemokratie“ zu revidieren.

Umgekehrt spielte beim ungarischen Volksaufstand von 1956 die Symbolik der „revolutionären Tradition“ von 1848 eine aktivierende Rolle. 1968 bezogen sich in Ungarn mit Blick auf den Prager Frühling erneut viele Befragte auf die Revolution von 1956, allerdings in einer neuen Lesart: In Ungarn sei die revolutionäre Pflicht durch den Aufstand von 1956 bereits abgegolten und zumindest Teilerfolge erzielt; deshalb seien nun andere an der Reihe. Auch hier wurde der Bezugspunkt so umgedeutet, dass die eigene Tradition in das übrige Motivations- und Prioritätengefüge passte.

Entscheidend war also nicht die tatsächliche Kontinuität eines „demokratischen“ bzw. „revolutionären“ Selbstverständnisses, sondern deren aktuelle Auslegung. Wie die Quellenanalyse gezeigt hat, konnten Autostereotype, die sich 1956 und 1968 auf nationale Traditionen beriefen, Erwartungshaltungen verstärken oder schwächen und damit eine gesellschaftliche Mobilisierung begünstigen oder verhindern. Es genügte also, wenn sich genügend Menschen mit einem in ihren Erwartungshorizont passenden Selbstbild identifizierten. Bereits die Repristination solcher Traditionen bestimmte 1956 und 1968 politisch relevante Entscheidungen und Handlungen.

Ähnliche Interpretationen nationaler Selbstbilder tauchten in beiden Ländern im Zusammenhang mit dem Systemwechsel von 1988/89 auf.⁵⁷⁶ Dieser Umbruch war allerdings in Ungarn im Vergleich mit den anderen mitteleuropäischen Ostblockstaaten

574 Vodička 2005, S. 88; Klicperová-Baker 2007, S. 167; kritisch: Prečan 2008, S. 47.

575 Diese „Revolutionskultur“ betrachtet kritisch Klimó 2004, S. 306.

576 Tókéš 1998 verwendete hierfür den Begriff „negotiated revolution“.

besonders wenig „revolutionär“,⁵⁷⁷ zumindest wenn man das Verständnis dieses Begriffs von 1848 und 1956 zugrunde legt. Die „Samtene Revolution“ in der ČSSR war wohl auch kaum „demokratischer“ als in Polen, der DDR oder eben Ungarn.⁵⁷⁸ Über den Rahmen dieser Arbeit hinaus wäre es daher interessant, die Bedeutung der nationalen Selbstwahrnehmung in diesen Wendephasen vergleichend zu analysieren.

In einer Gegenüberstellung der Demokratisierungsbewegungen von 1989 sollten spezifische Erwartungshaltungen als wichtige Mobilisierungsfaktoren gezielt mitberücksichtigt werden. Wie die vorliegende Arbeit darlegt, waren diese für die Beteiligung an den Reformbewegungen von 1956 und 1968 ein wesentlicher, bisher weitgehend vernachlässigter Faktor. Erst unter ihrer Berücksichtigung lässt sich die Bedeutung von Repressionen und makroökonomischen Problemen in sozialistischen Gesellschaften konkret nachvollziehen und bewerten. Dies gilt auch für die pragmatische Grundhaltung in der Bevölkerung, die darauf abzielte, eigene Privilegien zu erhalten und bestehende Einschränkungen aufzuheben.

Wie die diachrone Perspektive zeigt, ergaben sich Erwartungen aus Eigenerfahrungen und den langfristig verfügbaren Informationen. Sehr wesentlich war in beiden Fällen auch der zeitgenössisch-vergleichende Blick auf die anderen Länder Mittel- und Osteuropas. Die gezielte Informationspolitik der Staats- und Parteiführungen machte sich diese Einflüsse zunutze. Sie integrierte bestehende Ängste, die wiederum auf jüngeren historischen Kriegs- und Krisenerfahrungen sowie deren späteren Interpretationen basierten. Vor diesem Hintergrund lässt sich nicht nur die Genese der beiden Reformbewegungen besser verstehen, sondern auch ihr Ausbleiben in den systemisch eng verwandten Nachbarstaaten.

Transnationale Krisenrezeption und nationale Reaktionen

Die Wahrnehmung krisenhafter Prozesse in den Nachbarländern war für die Stabilität der kommunistischen Herrschaft in Ungarn und der Tschechoslowakei maßgeblich. Daher nimmt die Analyse der grenzübergreifenden Rezeption einen wichtigen Teil der vorliegenden Arbeit ein. Sie beinhaltet sowohl die gesellschaftliche als auch parteiliche Sichtweise auf den jeweiligen Nachbarn. Vergleicht man die Ergebnisse nun in diachroner Perspektive, so zeigen sich interessante Parallelen, die Rückschlüsse auf langfristige Kommunikations- und Wahrnehmungsmuster zwischen benachbarten sozialistischen Staaten zulassen.

577 Zum ungarischen Systemwechsel am „Runden Tisch“ vgl. die Quellenedition von Bozóki & Elbert et al. 1999 bzw. überblicksartig Bozóki 2002; zur symbolischen Wiederkehr der Revolution von 1848 in diesem Zusammenhang vgl. Hofer 1992; Rév 1998.

578 Zum Systemwechsel in der Tschechoslowakei von 1989/90 vgl. Suk 2003. Zum Vergleich mit dem Systemwechsel in anderen sozialistischen Staaten vgl. Kenney 2003.

Die Beobachtung der Krisenentwicklung im Nachbarland beeinflusste die Innen- und Außenpolitik der KSČ 1956 und die der MSzMP 1968 sehr wesentlich. Dabei stützte sich die Wahrnehmung der Parteispitzen auf eine relativ breite Informationsgrundlage, die hier erstmals für beide Fälle systematisch untersucht wurde. Diese Analyse legte offen, wie die Mitglieder der Führungsgremien die ihnen verfügbaren Informationen selektiv aufnahmen und im Kontext der eigenen Erfahrungen ausdeuteten. Diese Interpretationen spiegelten sich etwa in den oft kontroversen Diskussionen und politischen Reaktionen der Parteigremien auf die Krisen im Nachbarland wider. Ihre Untersuchung erhellt die innere Logik der politischen Entscheidungsprozesse und widerlegt die verbreitete These,⁵⁷⁹ wonach die Führungen der anderen sozialistischen Staaten „panik-“ bzw. „reflexartig“ auf die benachbarten Krisen reagiert hätten.

Beispielhaft zeigte sich dies in der Suche nach Ursachen für die Krisen im Nachbarland, um die sich beide Schwesterparteien jeweils aus der Außenperspektive bemühten. Sie kamen dabei zu ähnlichen Ergebnissen: Politische Fehler in der Vergangenheit und deren öffentliche Diskussion seien wesentliche Auslöser der bald unkontrollierbaren Reformbewegungen gewesen. Dies habe zu einer innerparteilichen Spaltung geführt, die – so nur die offizielle Lesart – westlichen Agenten die Kontrolle wichtiger politischer und gesellschaftlicher Strukturen ermöglicht habe. Während beider Krisen stand die ungarische Minderheit in der Tschechoslowakei im Fadenkreuz des gesellschaftlichen und politischen Misstrauens, obwohl beide politische Führungen ihre Unterstützung suchten.

Ein genauer Blick auf die innerparteilichen Debatten offenbart allerdings auch, wie die KSČ-Spitze 1956 die systemischen Ursachen für den Ungarnaufstand ignorierte. Stattdessen schob sie die Verantwortung einzelnen Akteursgruppen zu, insbesondere der („jüdischen“) Parteiführung in Ungarn, ausländischen Agenten, Intellektuellen und studentischen Rebellen. Auf dieser vereinfachenden Schuldzuweisung gründete später die tschechoslowakische Innenpolitik.

Die MSzMP-Führung unter Kádár bemühte sich 1968 dagegen, die Ursachen des Prager Frühlings differenzierter zu verstehen. Allerdings tat sie das ebenfalls auf der Folie ihrer eigenen Erfahrungen. Sie gab daher Empfehlungen an die KSČ-Führung aus, die unter den gegebenen Bedingungen in der ČSSR kaum Erfolgsaussichten hatten. Ihre Ratschläge waren von einem gewissen Misstrauen gegenüber der neuen tschechoslowakischen Führung geprägt und wirkten mitunter arrogant. Das Verhältnis kehrte sich also gegenüber 1956 um, als sich Novotný 1956 gegenüber der restaurierten ungarischen Parteiführung ebenfalls überheblich verhalten hatte. An beiden Fällen lässt sich anschaulich nachvollziehen, wie die mangelnde Bereitschaft oder Fähigkeit, die Situation im jeweiligen „Bruderland“ wirklich zu verstehen, die grenzübergreifenden Bemühungen zur Krisenentschärfung scheitern ließ.

579 Diese These bemühte z. B. Kramer 2008, S. 104

Ebenfalls charakteristisch für die innerparteiliche Wahrnehmung des Ungarnaufstands in der ČSR und des Prager Frühlings in Ungarn war die Angst vor einem Übergreifen der Reformbewegung auf das eigene Land. Sie begünstigte eine restriktive Außen- und Innenpolitik im eigenen Land, während das Interesse am eigentlichen Schicksal des krisengebeutelten „Bruderlands“ in den politischen Führungskreisen eher gering war. Schwerer wog die Sorge um die Stabilität der kommunistischen Herrschaft im eigenen Land. Dies zeigte sich vor allem in der starken Anbindung an Moskau, die 1956 die KSČ und 1968 die MSzMP konsequent betonten. Die inhaltliche Ausrichtung der in diesen Phasen besonders regen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion unterschied sich jedoch 1956 und 1968: Während die KSČ zur Zeit des Ungarnaufstands über die sowjetischen Forderungen noch hinausging und bereit war, sich selbst an der Besetzung Ungarns zu beteiligen, zielte Kádárs Außenpolitik 1968 in erster Linie auf die Vermeidung einer Okkupation der ČSSR ab. Die bilaterale Perspektive veranschaulicht dabei deutlich, wie nationale Interessen die internen Verhandlungspositionen der „Satellitenparteien“ dominierten. Anders als oft behauptet, waren diese nicht vorrangig dem sowjetischen Ziel der Blockintegrität verpflichtet, sondern vielmehr nur mit diesem vereinbar.

Vergleicht man den bilateralen Austausch zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei von 1956 und 1968, so zeigen sich in den beiden Krisenphasen wesentliche Unterschiede: 1956 versuchte die tschechoslowakische Parteiführung, durch eine aktive bis invasive Außenpolitik direkt die ungarische Reformbewegung einzudämmen. Anschließend unterstützte sie engagiert die Restauration der Einparteiendiktatur in Ungarn. Dabei blieb die überhebliche Haltung Novotnýs bei der restaurierten Führung Ungarns offenbar in unangenehmer Erinnerung. Auch deshalb bevorzugte Kádár 1968 gegenüber den tschechoslowakischen Reformkommunisten eine zurückhaltende Außenpolitik, die den Eindruck der Nichteinmischung erwecken sollte. Sie fußte auf einer Doppelstrategie aus Warnungen und gleichzeitig dezenter Unterstützung der Reformvorhaben. Damit sollte der politische Einfluss auf die Führung der ČSSR gewahrt und ein militärischer Eingriff vermieden werden.

Trotz unterschiedlicher Strategien waren sich die außenpolitischen Ziele Novotnýs 1956 und Kádárs 1968 letztlich ähnlich. Beiden ging es darum, die Reformdynamik im Nachbarland einzuschränken, um deren Einfluss auf die eigene Bevölkerung zu minimieren. Deshalb war die allgemeine Innenpolitik 1956/57 in der Tschechoslowakei und 1968/69 in Ungarn wesentlich von der Wahrnehmung der Krisen im Nachbarland gezeichnet. 1956 schürte die ungarische Reformentwicklung bei der KSČ Zweifel an der Loyalität der eigenen Staatsbediensteten; umgekehrt befürchteten die ungarischen Autoritäten 1968, ihre Exekutivorgane könnten durch die Reformen in der ČSSR inspiriert den Gehorsam kündigen.

In beiden Fällen reagierten die politischen Führer auf die Krisen im Nachbarland mit umfangreichen Säuberungs- und Sicherheitsmaßnahmen in Armee, Polizei und Geheimdiensten. Außerdem befanden sich Armee und Polizei in den angrenzenden

sozialistischen Staaten in unmittelbarer Einsatzbereitschaft, während die militärische Niederschlagung der Reformversuche in Gang war. Diese Maßnahmen wurden bisher nur punktuell beschrieben, erhalten aber in der vorliegenden Untersuchung den nötigen Raum. Die genauere Betrachtung von Militär und Polizei hinterlässt den Eindruck, dass deren Einsatz oft gar nicht nötig war, um oppositionelle Handlungen zu verhindern, während sich die Bevölkerung im jeweiligen Nachbarland mobilisierte. Vielmehr führten in dieser Zeit intensive polizeiliche Nachforschungen und allseitige Bewachung ins Leere. Man kann auch nicht von einer besonderen Abschreckungswirkung des damaligen Polizei- und Militäraufgebots sprechen, da es sich trotz seines beträchtlichen Umfangs bewusst im Hintergrund hielt.

Obwohl bisherige Darstellungen den Einsatz von Militär und Polizei nicht eingehend erforscht haben, messen sie diesem Faktor große Bedeutung bei. Möglicherweise deshalb bleiben dort weitere innenpolitische Reaktionen der tschechoslowakischen und ungarischen Führungen auf die Kriseneskalation im Nachbarland im Hintergrund. Die vorliegende Untersuchung analysiert diesen Bereich dagegen ausführlich. Wie daraus deutlich wird, mieden die politischen Führungen während der militärischen Niederschlagung der Freiheitsbewegungen im Nachbarland die Konfrontation mit der Bevölkerung: In der ČSR zogen sich im Herbst und Winter 1956 die höheren kommunistischen Funktionäre aus größeren Versammlungen und dem direkten Kontakt mit Betrieben zurück. Entsprechend verhielten sich ungarische Amtsträger nach dem Einmarsch in die ČSSR von 1968. Einige von ihnen, darunter der Generalsekretär Kádár und der Außenminister Péter, verschwanden gleich für mehrere Wochen von der Bildfläche. Die direkte Kontrolle der Bevölkerung wurde in diesen Phasen den staatlichen Sicherheitsorganen übertragen, die allerdings meist verdeckt arbeiteten und daher ebenfalls kaum in direkte Konflikte mit der Bevölkerung geraten konnten. In beiden Fällen erwiesen sich die Befürchtungen einer grenzüberschreitenden Ausbreitung der gesellschaftlichen Mobilisierung also als weitgehend unbegründet. Die Staatsorgane erwiesen sich hier wie dort loyal und auch die Bevölkerung zeigte keine Anzeichen, aufzubegehren.

Die innenpolitische Konfliktvermeidung begann allerdings nicht erst nach den Militäraktionen. Vielmehr bemühten sich die politischen Führungen mit Blick auf die Bewegung im Nachbarland schon früher, oppositionelle Kräfte, insbesondere in Kulturverbänden, in die eigenen Vorhaben zu integrieren und sie für die politischen Stabilisierungsziele zu instrumentalisieren. Dies geschah bereits im Sommer 1956 im Umfeld der KSČ und seit Mitte der sechziger Jahre in Ungarn. Die Parteiführungen machten wirtschaftliche und zum Teil kulturpolitische Zugeständnisse, die für die Bevölkerung unmittelbar spürbar waren. Ihre besänftigende und herrschaftsstabilisierende Wirkung entfalteten solche Maßnahmen im Gefolge einer massiven Propagandakampagne. Beidem kam eine erhebliche Bedeutung für die innere Stabilisierung zu, die erst in der Gegenüberstellung mit anderen sozialistischen Staaten deutlich wird.

In vielen Darstellungen zu den staatssozialistischen Krisen werden allgemeine Aussagen über die „Gesellschaft“ getroffen, ohne deren Informationsniveau ausreichend zu berücksichtigen. Die zeitgenössischen Medien wurden rückblickend immer wieder als „plumpe Propaganda“ abgetan, der ohnehin kaum jemand geglaubt habe. Die vorliegende Untersuchung thematisiert und analysiert diesen Bereich ausführlicher und kommt zu anderen Ergebnissen. Zwar bestätigt sie, dass Informationsbeschränkungen für die Entstehung und Ausgestaltung von Reformervorstellungen sehr wesentlich waren, darüber hinaus prüft sie aber auch, in welcher Weise Propaganda langfristig wirken konnte. Dabei stehen zunächst die staatlichen Medien in der ČSR und Ungarn im Fokus. Ihnen kam eine wichtige Rolle bei der Interpretation der benachbarten Reformbewegungen zu, weil sie am einfachsten verfügbar waren. Dagegen blieben 1956 in der ČSR die Informationskanäle nicht nur zum Westen, sondern auch zu Ungarn und Polen abgeschnitten. Ähnlich verhielt es sich in Ungarn, wo 1968 tschechoslowakische Medien plötzlich nur noch sehr begrenzt verfügbar waren.

Die staatlichen Medien beteten in beiden Fällen nicht nur ideologische Allgemeinplätze herunter, sondern integrierten ihre außen- und innenpolitische Berichterstattung geschickt in die bestehenden Erfahrungswelten und Erwartungshorizonte. Daher lassen sich in der offiziellen tschechoslowakischen Berichterstattung vom Herbst/Winter 1956 sowie den ungarischen Medien in der ersten Jahreshälfte von 1968 wiederkehrende Schemata nachvollziehen. Diese glichen sich in beiden Ländern sehr, obwohl sie auf den aktuellen nationalen und internationalen Kontext angepasst waren.

Insbesondere betonten die zentral gesteuerten Medien in dieser Zeit die Moskautreue der Novotný- bzw. Kádárführung. Gleichzeitig konstruierten sie in beiden Fällen eine militärische Bedrohung durch den Westen, speziell aus der Bundesrepublik und den USA. Außerdem verknüpften sie die Reformentwicklung im Nachbarland mit zurückliegenden Traumata: 1956 in der ČSR mit dem Zweiten Weltkrieg und der ihm vorausgegangenen Wirtschaftskrise; 1968 in Ungarn mit den blutigen Folgen des Volksaufstands. Dies sollte offenbar schlummernde Ängste aktivieren und bestehende Befürchtungen verstärken. Die Reformbewegungen jenseits der Grenze erhielten dadurch Katastrophencharakter. Gleichzeitig bemühten sich die Medien um eine positive Selbstdarstellung der jeweiligen Parteiführung, die in einen konstruierten Kontrast zu dem krisengebeutelten Nachbarland gebracht wurde. Gezielte Desinformation und Verunglimpfungen sollten 1956 in der ČSR verhindern, dass sich Tschechen und Slowaken mit den Reformen in Ungarn identifizierten und die auslösenden Missstände auch im eigenen Land sahen. Die ungarische Propaganda zum Prager Frühling verfolgte 1968 ähnliche Ziele, verzichtete jedoch weitgehend auf fingierte Behauptungen und Frontalangriffe auf den tschechoslowakischen Reformprozess. In ihren Berichten über die ČSSR arbeitete sie mit subtileren Auslassungen oder Häufungen, die der dafür empfänglichen ungarischen Leserschaft das eigentliche Ausmaß der tschechoslowakischen Reformen verschleiern sollten. Auf den ersten Blick mag die Propaganda auch in diesen Krisenphasen rückblickend plump

erscheinen. Im Bewusstsein vieler Zeitgenossen in der ČSR und Ungarn scheint sie dennoch Spuren hinterlassen zu haben, weil sie auf deren Vorerfahrungen, Ängste und Hoffnungen abzielte.

Neben der aktiven Propaganda war die Zensur in beiden Ländern ein wichtiges Mittel der Meinungssteuerung. In unterschiedlichem Maße bemühten sich sowohl 1956 die tschechoslowakischen als auch 1968 die ungarischen Aufsichtsbehörden, den Informationsfluss aus dem jeweiligen Krisenland und dem Westen zu unterbinden. Dadurch gelang es, den Einfluss der benachbarten Krise zu begrenzen und deren Deutung zu kanalisieren. Wie sich in den beiden Krisenphasen deutlich zeigte, barg die Zurückhaltung von Informationen jedoch gewisse Risiken. Dies galt auch für durchschaubare Fehlinformationen und auffällige Auslassungen. Beides fiel auf die mit den Medien eng assoziierte politische Führung zurück, die sich dadurch unglaubwürdig machte. In Ungarn führte das Informationsvakuum unmittelbar nach dem Einmarsch im August 1968 sogar zu Panik und Irritationen innerhalb der Bevölkerung. Dies blieben der politischen Führung nicht verborgen, die sich hier in einem Dilemma sah. Nach anfänglichen Angriffen auf die ČSSR versuchte sie ihre Informationspolitik bald den Mehrheitsbedürfnissen anzupassen. Darin zeigt sich, wie scheinbar allmächtige kommunistische Parteien auf Impulse aus der Bevölkerung reagierten, um den Herrschaftskonsens nicht zu gefährden.

Im Ergebnis erwies sich die inländische Propaganda der KSC 1956 als relativ erfolgreich, während ihr Export nach Ungarn das Gegenteil bewirkte. Die ungarischen Medien verstrickten sich wiederum 1968 zunehmend in Widersprüche – spätestens, als der Konflikt um den tschechoslowakischen Reformprozess internationale Dimensionen annahm. Dennoch erreichte die ungarische Informationspolitik langfristig ihr Ziel, indem sie versuchte, den Reformprozess im Nachbarland als nicht nachahmungswürdig abzubilden. Zahlreiche zeitgenössische Stimmungsberichte lassen darauf schließen, dass die monatelange verhaltene Diskreditierung des Prager Frühlings in der ungarischen Bevölkerung auf fruchtbareren Boden gefallen war als die anderslautenden, euphorisierenden Berichte westlicher Medien.

Schon bald nach der militärischen Eskalation der beiden Krisen 1956 in der KSC und 1968 in der MSzMP nutzen antireformistische Stimmen das Scheitern der Reformen im Nachbarland zur Stärkung ihrer eigenen Position. Dies führte zu einer Verschärfung der eigenen Innenpolitik, die den Restaurationsmaßnahmen im Nachbarland oft ähnelte. Hier wie dort folgten politische Kontrollen und Säuberungen in Redaktionen, Hochschulen, Akademien und Kulturverbänden. Damit verringerten sich die Spielräume der Meinungsäußerung in den Medien und im kulturellen Bereich. Das Scheitern der Reformversuche brachte also nicht nur in den jeweiligen Epizentren, sondern auch in den benachbarten sozialistischen Ländern vorherige Liberalisierungsansätze zum Erliegen. Gerade solche Rückschläge waren jedoch langfristig an der Entstehung neuer Reformbewegungen beteiligt.

Die gesellschaftliche Wahrnehmung des Ungarnaufstands in der Tschechoslowakei und des Prager Frühlings in Ungarn blieb in bisherigen Studien weitgehend unbeachtet. Der Zusammenhang von gesellschaftlichen Interpretationen und Reaktionen erscheint jedoch zentral für das Verständnis der relativen Stabilität in einigen kommunistischen Regionen. Deshalb wird dieser Komplex hier in größeren Ausschnitten analysiert.

Bisherige Betrachtungen zu Bevölkerungsreaktionen konzentrieren sich auf die militärische Besetzung des jeweiligen Nachbarlandes. Bekanntlich reagierten darauf 1956 in der ČSR und 1968 in Ungarn die meisten Menschen beunruhigt und schockiert. Interessant ist jedoch, dass es in beiden Fällen kaum zu einer offenen Solidarisierung oder aktiven Protesten kam. Während die meisten Tschechen und Slowaken dem Ungarnaufstand mit Unverständnis und Ablehnung gegenüberstanden, herrschte 1968 in der ungarischen Bevölkerung breite, wenn auch stille Zustimmung für den Prager Frühling.

Das passive Verhalten der Nachbarbevölkerung lässt sich auf innere Haltungen zurückführen, über die hier erstmals aufgearbeitete Quellen Aufschluss geben. Die darin erkennbaren Einstellungen und Reaktionen der tschechoslowakischen bzw. ungarischen Bevölkerung sollen nun noch einmal diachron einander gegenübergestellt und langfristig kontextualisiert werden.

Im langfristigen Vergleich fällt zunächst auf, dass 1956 und 1968 in den jeweiligen Krisenphasen sehr unterschiedliche Voraussetzungen für den grenzüberschreitenden Informationsaustausch herrschten. So verfügte die tschechoslowakische Bevölkerung im Herbst 1956 fast nur über offizielle Informationen. Eine Solidarisierung mit den Zielen der Ungarischen Revolution war daher von vornherein praktisch ausgeschlossen, weil diese unbekannt waren.

Obwohl auch 1968 dem ungarischen Publikum vor allem inländische Medien zugänglich waren, konnte es sich im direkten Austausch mit tschechoslowakischen Reformvertretern besser informieren. Zwar machten von dieser Möglichkeit nur wenige Gebrauch, dabei handelte es sich aber oft um wichtige Multiplikatoren. Über sie erlangten die tschechoslowakischen Reformen in Ungarn relativ große Bekanntheit. Die Ideen des Prager Frühlings stießen in der ungarischen Bevölkerung größtenteils auf Sympathie, lösten allerdings auch Unsicherheit aus. Dies lag – ähnlich wie im Herbst 1956 in der ČSR – daran, dass die Qualität der Informationen schwer zu beurteilen war. Zwar existierten 1956 in der ČSR über den Ungarnaufstand und 1968 in Ungarn über den Prager Frühling jeweils unterschiedliche Auffassungen, was die Rechtmäßigkeit der Liberalisierungsbewegungen anging. Zeitgenössische Meinungserhebungen verdeutlichen aber in beiden Fällen, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung gerade mit Blick auf die Zuspitzung der benachbarten Krise für sich selbst politisches Engagement und symbolische Proteste ablehnte. Die Eskalation und das Scheitern der Reformversuche im Nachbarland bestärkte damit eine bereits bestehende passive Grundhaltung.

Die Initiativlosigkeit der tschechoslowakischen Bevölkerung im Herbst 1956 und die der ungarischen 1968 überraschte die zeitgenössischen Beobachter aus dem Westen und verblüffte überdies die damals besonders aktiven staatlichen Sicherheitsorgane. Die Gründe für die Passivität unterschieden sich 1956 und 1968 nur zum Teil: Im Herbst 1956 identifizierten sich in der Tschechoslowakei – abgesehen von Teilen der dort lebenden ungarischen Minderheit – äußerst wenige mit dem Ungarnaufstand. Die meisten Menschen in der ČSR sahen die Proteste im Nachbarland als gefährlich an, da sie unschuldige Opfer fordern könnten. Außerdem verhießen sie der Bewegung geringe Erfolgsaussichten.

Ähnliche Auffassungen waren im Sommer 1968 auch in Ungarn anzutreffen, allerdings in deutlich abgeschwächter Form. Dort orientierten sich die Befürchtungen an den eigenen Erfahrungen vom Oktober/November 1956. Viele verstanden nicht, warum die Tschechen und Slowaken ihr Reformvorhaben nicht vorsichtiger vertraten, weil sie doch von der zwölf Jahre zuvor gescheiterten Ungarischen Revolution wussten. Dennoch verfolgten die meisten Ungarn 1968 den Reformprozess im Nachbarland mit Sympathie. Darin unterschied sich ihre Reaktion von der tschechoslowakischen im Herbst 1956. Zugleich war sie dagegen, was das Engagement für eigene, denen im Nachbarland vergleichbare Reformen anging. Dieses war 1968 in Ungarn ähnlich gering wie 1956 in der ČSR. In beiden Fällen lagen dem Ausbleiben solidarischer Handlungen ähnliche Ängste und Erwartungen zugrunde. Die passive Grundhaltung im Nachbarland war daher kein Ausdruck von Ablehnung oder Gleichgültigkeit gegenüber den Reformen. Vielmehr erschien sie vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen und der verfügbaren Informationen seinerzeit als einzig sinnvolle Alternative.

Wie bereits manche Studien zur slowakisch-ungarischen Nationalitätenfrage konstatieren, waren Nationalgefühle während beider Krisenphasen ein wichtiger Faktor der grenzübergreifenden Wahrnehmung. Zur Zeit des Ungarnaufstands traten die historischen Belastungen des ungarisch-tschechoslowakischen Verhältnisses wieder zutage. Während man in der ČSR den Ungarn stereotyp Irredentismus unterstellte, galten die Tschechen und Slowaken jenseits der Grenze als willige Kollaborateure der Großmächte. Entsprechende Vorurteile verstärkten sich durch die offizielle Außenpolitik der ČSR gegenüber Ungarn und ihre propagandistische Berichterstattung über den Aufstand. Dadurch vertieften sich die nationalen Gegensätze in den Folgejahren weiter.

Allerdings – und diesen Umstand übergangen die Darstellungen der slowakisch-ungarischen Beziehungen bisher – ließ sich Ende der sechziger Jahre wieder eine gegenläufige Entwicklung beobachten. Zur Zeit des Prager Frühlings traten nationale Ressentiments zwischen beiden Völkern zeitweise in den Hintergrund. Dies lag zum einen an der vergleichsweise gemäßigten ungarischen Außenpolitik, die in der Tschechoslowakei sehr positiv aufgenommen wurde. Zum anderen freute man sich in Ungarn über die Stärkung der ungarischen Minderheitenrechte in der ČSSR. Vor allem aber gab es eine in beiden Ländern verbreitete Vorstellung gemeinsamer Reforminteressen und -ziele – und das

wirkte verbindend.

In Ungarn rief das tschechoslowakische Experiment 1968 und insbesondere sein Scheitern Reminiszenzen an die eigene Reformbewegung von 1956 hervor. Schon in der philosophischen Basis der tschechoslowakischen Reformen sahen manche Ungarn Parallelen zu den eigenen Ideen und schließlich gingen einige Ideen des Prager Frühlings tatsächlich auf ungarische Vorbilder von 1956 zurück. Viel lebhaftere Erinnerungen an 1956 löste in Ungarn aber die Okkupation der ČSSR durch die Warschauer-Pakt-Truppen aus. Mitgefühl und auch Bewunderung für den tschechoslowakischen Widerstand überlagerten nun in Ungarn nationale Ressentiments. Hinzu kam eigene Scham über die Beteiligung ungarischer Truppen an dem Überfall.

In der ČSSR hatte der Truppeneinmarsch begreiflicherweise einen gegenteiligen Effekt. Er verschärfte nationale Antipathien, vor allem in den neuralgischen Regionen der Slowakei. Dort stießen die ungarischen Soldaten nicht nur bei den Slowaken auf breiteste Ablehnung, sondern auch bei der dort ansässigen ungarischen Minderheit. Der ungarischen Armee wurde vorgeworfen, den „historischen Verrat“ von 1938/39 zu wiederholen. Mit der ungarischen Beteiligung an der Niederschlagung des Prager Frühlings wurde daher eine der wenigen Chancen zur Annäherung beider Nationalitäten vertan. Dieser hier nur skizzenhaft aufgegriffene Zusammenhang verdient jedoch weitere Beachtung in der historischen Aufarbeitung des bis heute fortdauernden Nationalitätenkonflikts.

Weil der Nationalitätenegensatz die wenigen Untersuchungen der bilateralen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Ungarn und der ČSR bzw. ČSSR dominiert, blieben wesentliche Aspekte der grenzübergreifenden Wahrnehmung bisher unbeachtet. Zwar tauchte die nationale Frage während der Krisenphasen in der Wahrnehmung des jeweiligen Nachbarlands immer wieder auf. Für die erläuterte passive Grundhaltung war sie jedoch von untergeordneter Bedeutung. Dies lassen zumindest die zeitgenössischen Meinungsäußerungen sowohl der tschechoslowakischen Bevölkerung im Herbst 1956 als auch der ungarischen im Spätsommer 1968 vermuten.

Erst im Verein mit der damals allgegenwärtigen staatlichen Überwachung, den propagandistischen Drohungen und einer teilweise akuten Kriegsangst lähmten nationale Ressentiments das Engagement der Bevölkerung. Stärker als sie wirkte die Angst vor dem Verlust materieller Privilegien. Diese äußerte sich auch in Hamsterkäufen, zu denen man sich 1956 in der ČSR genötigt sah. Solche Kurzschlussreaktionen entsprangen der Erinnerung an die Mangelversorgung zu Kriegs- bzw. Nachkriegszeiten, aber auch den leidvollen Erfahrungen im Zusammenhang mit der Währungsreform von 1953.

In Ungarn gab es 1968 nach dem Einmarsch in die ČSSR ähnliche Erscheinungen. Die dortigen Panikkäufe gingen aber eher auf die Erfahrungen kurz nach dem Ungarnaufstand und die Versorgungsengpässe zwischen 1949 und 1953 zurück. Ohnehin waren die Panikreaktionen jeweils nur von kurzer Dauer, denn die materielle Lage verschlechterte sich 1956 in der Tschechoslowakei und 1968 in Ungarn nicht – eher im Gegenteil. Wohl auch deshalb standen wenige Wochen nach den Militäraktionen wieder die Alltagsfragen

im Vordergrund, während das internationale Geschehen an Bedeutung verlor. Noch mehr als vor den Krisen dominierte nun eine abwartende Haltung, in der oppositionelle Aktionen oder Protestpläne keine Rolle mehr spielten.

Zusammenhänge zwischen den Krisen des Staatssozialismus

Die vorliegende Untersuchung bestätigt empirisch Imhofs eingangs erläuterte Krisendefinition für den Prager Frühling und den Ungarnaufstand. Demnach werden in Konfliktsituationen ehemals gültige Vergangenheitsdeutungen und Zukunftserwartungen hinterfragt. Von einer Krise ist erst dann die Rede, wenn der „Zusammenhang von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont“ zerstört wird.⁵⁸⁰ Das kann – wie in Ungarn 1956 – in Form eines gewaltsamen „Fundamentaldissenses“, oder – wie 1968 in der ČSSR – im Rahmen der vorher gepflegten „politischen Kultur“ geschehen.⁵⁸¹ Während echte Krisen also selten auftraten, waren Konflikte im kommunistischen Ungarn und der Tschechoslowakei eine Dauererscheinung. Weil mangelnde Partizipationsmöglichkeiten und andauernde Versorgungsprobleme ständigen Konfliktstoff boten, war die kommunistische Herrschaft selbst in den relativ stabilen Phasen prekär. Zur kritischen Zuspitzung kam es immer nur dann, wenn es nicht mehr gelang, die Erwartungen der Mehrheit zu stabilisieren. Für diese Phasen, in der sich Erwartungshaltungen relevanter Akteursgruppen neu konstituieren, liefert die vorliegende Untersuchung empirische Hintergründe und ermöglicht so ein tieferes Verständnis der Krisengenese. Gleichzeitig beleuchtet sie die relative Erwartungskonsistenz im jeweiligen Nachbarland, woraus verständlich wird, warum dort die Konflikte seinerzeit nicht eskalierten. Auch für die diachrone Perspektive besteht nun eine empirische Basis. Sie enthüllt die Bedeutung von Vorerfahrungen für den Erwartungswandel und die Entscheidungsfindung in Krisenzeiten. Damit sind die konkreten Zusammenhänge zwischen dem Ungarnaufstand und dem Prager Frühling greifbar.

Ein ständiger Fokus dieser Arbeit lag auf der langfristigen, teilweise grenzüberschreitenden Wirkung von Krisenerfahrungen und deren Interpretationen. Insbesondere der zweite Hauptteil widmet sich den Einflüssen der ungarischen Krise von 1956 auf die Diskurse und Handlungsentscheidungen wesentlicher Reformakteure in den Folgejahren. Wie bereits eine oberflächliche Betrachtung zeigt, hinterließ der Volksaufstand von 1956 tiefe Spuren in den politischen Führungen Ungarns, aber auch der Tschechoslowakei. Interessanterweise stärkte die Niederschlagung der Ungarischen Revolution zunächst antiliberalistische Kräfte in beiden Ländern. Allerdings zog die restaurierte kommunistische Parteispitze in Ungarn aus den Krisenereignissen andere Schlüsse als

580 Imhof 2006, S. 190.

581 Imhof & Romano 1996, S. 274–276.

die Novotný-Führung. Während Kádár nach 1956 versuchte sich trotz seines neostalinistischen Vergeltungskurses von dem Erbe Rákosis zu distanzieren, vermied die KSČ-Führung unter dem Eindruck des Ungarnaufstands eine Aufarbeitung ihrer eigenen stalinistischen Vergangenheit. Stattdessen versuchte sie, ihre Herrschaftsposition durch die strengere Kontrolle der Gesellschaft und weitere Zentralisierung des Staatsapparates zu konsolidieren. Diese Strategie erwies sich kurzfristig als wirksam, verursachte jedoch mittelfristig neue Probleme.

Sowohl die tschechoslowakische als auch die ungarische politische Führung sah in „revisionistischen“ Strömungen in Partei und Intelligenz eine wesentliche Ursache des ungarischen Aufstands. Deshalb bekämpften beide Staatsparteien jedweden Reformkommunismus bis Ende der fünfziger Jahre energisch. In dieser Zeit befürchteten die tschechoslowakischen Kommunisten besonders den Einfluss von ungarischen Intellektuellen, insbesondere den Imre Nagys. Deshalb verboten sie bis in die frühen sechziger Jahre alles, was in die Richtung seiner Reformen wies. Dagegen bemühte sich die ungarische Parteiführung damals bereits, Intellektuelle schrittweise in die eigenen Reihen zu integrieren und auch (ehemals) reformistischen Stimmen ein begrenztes öffentliches Forum zu geben. Explizite Kritik an der Einparteienherrschaft und der Sowjetunion war jedoch auch in Ungarn weiterhin untersagt. Allerdings genügten die bescheidenen Entfaltungsmöglichkeiten, um die Geisteswelt und jene Kulturschaffende zu versöhnen, die nach dem Schock von 1956 in die „innere Emigration“ gegangen waren. Da dieser Gruppe eine wesentliche gesellschaftliche Aufgabe zukam, war die neue Kulturpolitik in Ungarn langfristig erfolgreicher als das lange Zeit restriktive Vorgehen in der ČSSR. Dort entwickelten Reformkommunisten ihre Konzepte stattdessen außerhalb der zentralen Parteigremien weiter, wo sie kaum kontrolliert werden konnten. Über Jahre schufen sie ein ideologisches Gegenprogramm, das sie Ende der sechziger Jahre erfolgreich gegen Novotnýs immobile Führungsstrukturen einsetzten. Diese in beiden Ländern divergierende Entwicklung ist wesentlich für das Verständnis der Krisenentstehung, aber auch ihrer Prävention in den späten sechziger Jahren.

Zu den ersten „Lehren“ aus der Ungarischen Revolution gehörte die Verbesserung der Konsumgüterversorgung. Folgerichtig vermuteten die Führungen beider Länder im Versorgungsmangel vor dem Ungarnaufstand eine wichtige Ursache der Krise. Eine relativ großzügige Wirtschaftspolitik war daher hier wie dort wichtiger Bestandteil der folgenden Stabilisierungsstrategie. Allerdings fehlten dafür realwirtschaftliche Gegenwerte und so spitzte sich Anfang der sechziger Jahre in beiden Ländern die Wirtschaftslage dramatisch zu. Die nun drohenden Versorgungsengpässe besaßen soziale Sprengkraft, was den tschechoslowakischen und ungarischen Führungsmitgliedern seit dem Ungarnaufstand besonders bewusst war.

Die ungarischen Spitzenpolitiker reagierten wegen ihrer intensiveren Erfahrungen schneller. Sie verabschiedeten eine Landwirtschaftsreform, die bald die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und damit die Stimmung verbesserte, was einer weiteren

Eskalation präventiv entgegenwirkte.

Anders sah es in der Tschechoslowakei aus, wo die konsequente Umsetzung dringend nötiger Wirtschaftsreformen bis 1967 am Widerstand konservativer Führungsmitglieder scheiterte. Die politische Stagnation führte dort nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch in breiten Teilen der tschechoslowakischen Bevölkerung zu großer Unzufriedenheit. Wie der bilaterale Vergleich nahelegt, verpasste die tschechoslowakische Führung Anfang der sechziger Jahre eine wichtige Gelegenheit, innerparteiliche und gesellschaftliche Gegensätze zu reduzieren. 1967/1968 hatte die Unzufriedenheit dann bereits ein kritisches, also unkontrollierbares Maß erreicht, in der einfache Zugeständnisse nicht mehr ausreichten, um die Lage zu stabilisieren.

Versorgungspolitik allein konnte jedoch auch in Ungarn die gesellschaftliche Stimmung nicht heben. In den sechziger Jahren versuchte daher Kádárs Planungsstab die Popularität der Staatspartei auch auf anderen Ebenen zu steigern. Er ließ die vor der Ungarischen Revolution überall im öffentlichen Raum allgegenwärtigen sowjetischen Symbole auf ein Minimum reduzieren und gewährte auch im privaten Bereich mehr Entfaltungsspielraum. Erneuerte Feiertags- und Folkloretraditionen stärkten die nationale Identität. Offener Nationalismus war dagegen nicht erlaubt, auch weil nach offizieller Lesart die „Konterrevolution“ von 1956 nationalistische und „faschistische“ Züge getragen haben soll. Starke Nationalgefühle betrachtete die kommunistische Führung daher als unkontrollierbares Risiko.

Während in den sechziger Jahren die ideologischen Utopien des Sozialismus auch in Ungarn weitgehend ausgedient hatten,⁵⁸² ersetzte dort ein anderes Phänomen den historischen Nationalismus: die konsumorientierte Wirtschaftsentwicklung und die (vermeintliche) Einzigartigkeit eines genuin ungarischen „Gulaschkommunismus“. Dieser brachte einige Jahre nach dem dramatischen Identitätsverlust vom Winter 1956 nicht nur ein bunteres Warenangebot, sondern auch eine neue nationale Selbstsicherheit mit sich.

Zeitgleich spitzte sich in der Tschechoslowakei die nationale Frage eher zu. Während die Ungarn langsam neues Selbstvertrauen sammeln konnten, spalteten die slowakischen Selbständigkeitsforderungen den tschechoslowakischen Doppelstaat. Außerdem fehlte den Bürgern der Tschechoslowakei die Zukunftssicherheit, die Kádár in Ungarn stetig zu stärken versuchte. Auch stand in der ČSSR weiterhin die ungeklärte stalinistische Vergangenheit im Raum, von der sich in Ungarn inzwischen selbst die Altstalinisten distanziert hatten. Der Kádárführung gelang es daher besser, identitätsstiftende Vergangenheitsdeutungen zu integrieren und diese mit regimekonformen, aber stabilen Zukunftserwartungen zu verknüpfen. Ihr in den sechziger Jahren auch an aktuelle Veränderungen angepasstes Orientierungsangebot vermochte das Konfliktpotenzial über viele Jahre in Maßen zu halten.

582 Zu diesem Utopieverlust, der sich im gesamten Ostblock vollzog vgl. Tarifa 1997.

Weil der tschechoslowakischen Führung im Gegensatz zur ungarischen die direkte Aufarbeitung einer großen Krise und vielleicht auch die Lernbereitschaft fehlten, entwickelten sich zwischen 1963 und 1967 Ungarn und die Tschechoslowakei auch kultur- und wirtschaftspolitisch in andere Richtungen. Zwar gab es formal eine Reihe von Parallelreformen, die in beiden Ländern eine Öffnung der sozialistischen Staaten untereinander und auch gegenüber dem Westen suggerierten. In der Praxis gingen die ungarischen Bemühungen jedoch deutlich weiter, weil mediale, wirtschaftliche und politische Kontakte mit westlichen Ländern möglich wurden. Viele Tschechen und Slowaken beneideten die ungarischen Nachbarn um deren großzügigere Reise- und Konsummöglichkeiten, die ihnen die eigenen Einschränkungen umso bewusster machten. Freiheitsbeschränkungen im eigenen Land wurden in den sechziger Jahren immer mehr Tschechen und Slowaken bewusst. Die Stimmung in der ČSSR verschlechterte sich und erhöhte immer mehr den gesellschaftlichen Druck auf die dortige politische Führung.

Die erfolgreichere Stabilisierungsstrategie der ungarischen Führung war eine direkte Konsequenz der parteiinternen Ursachenanalyse der Krise von 1956: Ein stabiler Herrschaftskonsens war demnach langfristig nur unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Erwartungen und unter Einbezug außerparteilicher Eliten möglich. Die Führungsriege in der ČSSR hatte dagegen aus dem Ungarnaufstand eine andere Lehre gezogen. Sie befürchtete eine Bedrohung ihrer Herrschaftsposition durch allseits vernehmbare Reformforderungen, die sie zu ersticken suchte. Gerade diese Unbeweglichkeit provozierte innerhalb der KSČ und der tschechoslowakischen Bevölkerung so viel Widerstand, dass Novotný 1968 schließlich abtreten musste. Insofern hatte die politische Wahrnehmung des Ungarnaufstands in der Tschechoslowakei den dortigen Herrschaftskonsens nur kurzfristig stabilisiert, mittelfristig aber zu dessen Destabilisierung beigetragen: Der reformfeindliche Kurs der Novotný-Führung in der Folge des Ungarnaufstands begünstigte die Entstehung einer eigenen Reformfraktion in der KSČ, die 1968 an die Macht kam.

Auch in anderer Hinsicht war in der ČSSR die Wahrnehmung der Ungarischen Revolution von 1956 ein wichtiger Faktor für Entstehung und Verlauf des Prager Frühlings gewesen. Schon in den frühen sechziger Jahren inspirierten tragende Ideen der ungarischen 1956er-Bewegung die politischen Reformer in der Tschechoslowakei. Das Prager Aktionsprogramm vom April 1968 folgte in seinem Tenor den Diskussionen des Petőfikreises, wo ebenfalls eine Humanisierung des Sozialismus und die Koexistenz verschiedener Ansichten gefordert wurden.

Wichtiger war für die 1968 politisch aktiven Akteure in der ČSSR jedoch die Interpretation des Ungarnaufstands selbst. Während des Prager Frühlings maßen daran sowohl die tschechoslowakischen Reformer als auch ihre Gegner 1968 die Handlungsspielräume. Immer wieder tauchten in den Reformdiskussionen innerhalb der KSČ Parallelen zwischen dem Prager Frühling und der Entwicklung in Ungarn von 1956 auf. Die ungarische Reformentwicklung von 1956 und ihre Niederlage hatten Grenzen gesetzt, über deren Verlauf allerdings keine Einigkeit herrschte. Die am Prager Frühling beteiligten

Akteure interpretierten die „Lehren aus Ungarn“ unterschiedlich und hatten deshalb auch abweichende Erwartungen bezüglich der Risiken und Möglichkeiten ihrer eigenen Reformen. Während die tschechoslowakischen Reformer 1968 in ihrer Argumentation die (vermeintlichen) Unterschiede zur Ungarischen Revolution und ihrer Vorgeschichte herausstellten, sahen die Reformgegner in der KSČ vor allem die Parallelen.

Diese unterschiedlichen Interpretationen unter den einzelnen Präsidial- und ZK-Mitgliedern lassen sich auf das jeweilige Informationsniveau über den Ungarnaufstand zurückführen. Von ihm hingen auch die mit den eigenen Reformen verbundenen Befürchtungen oder Hoffnungen ab. So waren 1968 die konservativen Mitglieder in der tschechoslowakischen Parteiführung besser über die Hintergründe des Ungarnaufstands informiert. Das lag daran, dass sie 1956 enge Verbindungen nach Ungarn hatten und damals bereits hohe Parteiämter innehatten. Sie verfügten über inoffizielle und damit verlässlichere Informationen zur ungarischen Krise. 1968 konnten sie deshalb rückblickend die äußere Bedrohung und den im Inland drohenden Kontrollverlust realistischer einschätzen. Allerdings fanden ihre warnenden Verweise auf die Eskalation von 1956 bei den tschechoslowakischen Reformern 1968 wenig Gehör.

Die Reformkommunisten in der KSČ-Führung betonten dagegen die Unterschiede zwischen der ungarischen und tschechoslowakischen Krise. Diese erschienen ihnen deshalb so groß, weil sie den Ungarnaufstand und seine Vorgeschichte vor allem aus der stark verzerrenden tschechoslowakischen Parteipropaganda von 1956 kannten. Anders als den meisten Reformgegnern in der KSČ-Spitze waren ihnen 1956 realistische Informationen kaum zugänglich gewesen. Viele waren damals für parteiliche Führungspositionen zu jung gewesen; andere saßen als Spätopfer stalinistischer Säuberungen noch im Gefängnis oder waren politisch isoliert.

Die tschechoslowakischen Reformkommunisten hatten 1968 also ein stark dramatisiertes Bild des ungarischen Reformversuchs von 1956. Deshalb sahen sie 1968 jene Parallelen nicht, die andere Parteiführer der Warschauer Vertragsstaaten und der reformfeindliche Flügel in der KSČ sehr deutlich wahrnahmen. Die Reformer in der KSČ hegten trügerische Erwartungen, was die Möglichkeiten des tschechoslowakischen Reformexperiments innerhalb des gesamten sozialistischen Blockgefüges anging. Zwar fürchteten auch sie eine Mobilisierung der Massen gegen die Kommunisten. Anders als das konservative Lager versuchten sie jedoch, sich mit der Bevölkerung zu verbünden, um diese auf ihre Seite zu bringen. In diesem Schulterchluss, der auch zu funktionieren schien, sahen wiederum die Reformgegner in der Partei eine alarmierende Parallele zu Nagys Zugeständnissen im Oktober 1956. Daher suchten sie für ihre Position heimlich Unterstützung aus Moskau.

Wie aus dem Aktionsprogramm und mehreren Geheimprotokollen der blockinternen Gipfeltreffen hervorgeht, gingen die tschechoslowakischen Reformkommunisten davon aus, außenpolitische Loyalitätsbekenntnisse gegenüber der Sowjetunion und die innenpolitische Zusicherung des Einparteiensystems würden die Moskauer Führung

zufriedenstellen. Eine Abschaffung des Sozialismus schlossen sie daher ebenso aus wie einen Austritt aus dem Warschauer Bündnis.

Bisher war unklar, warum sich die reformkommunistische Fraktion in der KSČ so überzeugt von diesem Standpunkt zeigte, der sich als fataler Irrtum herausstellen sollte. Offenbar waren auch hier Bezüge zur ungarischen Krise von 1956 entscheidend. So geht aus der Analyse der innerparteilichen Diskussionen in der ČSSR hervor, dass die tschechoslowakischen Reformer 1968 neben dem eigentlichen Aufstand gerade in Nagys Bruch der beiden Tabus (Neutralitätserklärung und Mehrparteiensystem) die Gründe für die militärische Niederschlagung der ungarischen Revolution von 1956 sahen. Diese Interpretation übertrugen sie auf die eigene Situation. Sie gingen davon aus, dass Reformen möglich waren, solange sie nicht den Austritt aus dem Warschauer Pakt oder den Parteienpluralismus mit sich brachten. Dabei verkannten die tschechoslowakischen Reformer (und nach ihnen mehrere Historiker), dass im November 1956 nicht Nagys Neutralitätserklärung zum sowjetischen Einmarsch geführt hatte. Vielmehr unternahm Nagy diesen Schritt erst, als sich die sowjetischen Truppen schon in Bewegung gesetzt hatten. Mit der Erklärung wollte er einer bereits angelaufenen Militäraktion innerhalb des Warschauer Pakts die völkerrechtliche Grundlage entziehen. Anders als die tschechoslowakischen Reformer glaubten, hatte also nicht der proklamierte Rücktritt vom Warschauer Vertrag die zweite sowjetische Okkupation hervorgerufen, sondern es war genau umgekehrt.

Dieses Missverständnis war auch deshalb fatal, weil die Protagonisten des Prager Frühlings dadurch andere wichtige Faktoren vernachlässigten, die 1956 zum Einmarsch in Ungarn geführt hatten und die 1968 ebenfalls blockpolitisch aktuell waren. Zwar unterschied sich das Entscheidungskalkül der sowjetischen Führung 1956 und 1968 in vielen Punkten. Doch sie sah zwischen der innenpolitischen Entwicklung in Ungarn vor dem Aufstand und in der ČSSR 1968 zahlreiche Parallelen, welche die Reformer abstritten.

Dennoch bezogen die tschechoslowakischen Reformkommunisten 1968 die „bewaffnete Konterrevolution“ in Ungarn 1956 in ihre Reformstrategien ein. Sie ignorierten nicht völlig, dass die innere Mobilisierung seinerzeit eskaliert war. Deshalb versuchten sie auch, den Rückhalt der KSČ in der Bevölkerung durch Liberalisierungen zu stärken. Davon erhofften sie sich eine positive Außenwirkung: Die Popularität der KSČ sollte den sozialistischen Bündnispartnern als Nachweis für die Führungsrolle der Einheitspartei dienen und so das Argument, Dubček sei ein zweiter Nagy entkräften. Diese Bemühungen liefen jedoch ins Leere, denn das Szenario eines tschechoslowakischen Parteienpluralismus nach Nagys Muster schien für die Moskauer Führung 1968 keine Hauptsorge gewesen zu sein. Auch für die Entscheidung zur Intervention war dieser Punkt offenbar nicht vorrangig. Vielmehr vertrauten die meisten Parteichefs des Warschauer Pakts der reformkommunistischen KSČ selbst nicht mehr. Dabei war die Stabilität der politischen Führung im strategisch wichtigen Frontstaat ČSSR für sie von größter

Bedeutung. Der Schulterschluss der tschechoslowakischen Reformer mit den Massen verstärkte allerdings das Misstrauen der Warschauer Bündnispartner, die gerade hierin eine Parallele zu Nagys Verhalten während des Ungarnaufstands sahen.

Insgesamt interpretierten die tschechoslowakischen Reformkommunisten die Kausalität zwischen Ungarischer Revolution und Einmarsch 1956 und damit ihre eigenen Spielräume auf der Basis unrealistischer Ausgangspositionen. Sie vernachlässigten etwa, dass Nagy bereits lange vor dem Aufstand das Vertrauen in Moskau verloren hatte. Ihr Fokus auf einige Ausschnitte der ungarischen Krise von 1956 ließ sie die blockinterne Gebundenheit unterschätzen. Durch eine entsprechende Informationspolitik übertrugen sie zudem ihre Illusionen auf die reformbegeisterte Bevölkerung in der ČSSR.

Überhaupt war der Ungarnaufstand 1968 auch ein wesentliches Referenzereignis für die außerparteilichen Akteure des Prager Frühlings. Vertreter der Medien sowie intellektuelle und kirchliche Meinungsbildner inspirierten sich schon in den späten fünfziger Jahren von ungarischen Intellektuellen. So griff etwa Karel Kosík Lukács' Ideen eines menschlicheren und weniger bürokratischen Sozialismus auf. Publizisten wie der Historiker Machatka und der Schriftsteller Pavel Kohout zogen 1968 auch direkte, oft positiv wertende Vergleiche zwischen der Ungarischen Revolution und dem Prager Frühling.

Diese Meinungsführer unterlagen in ihrer vergleichenden Lageeinschätzung allerdings ebenfalls der verzerrten zeitgenössischen Propaganda von 1956, die sie zu folgenschweren Rückschlüssen veranlasste. Sie waren der Ansicht, Bekenntnisse zu Sozialismus, KSČ und Sowjetunion sowie der Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt müssten genügen, um eine Wiederholung des Besatzungsszenarios zu verhindern. Daher betonten sie häufig ihre Affinität zum Sozialismus und der Gewaltlosigkeit. So wollten sie sich von den vermeintlich antisozialistischen ungarischen „Konterrevolutionären“ absetzen, über die sie früher gelesen hatten. Allerdings war den verschiedenen Reformakteuren in der ČSSR offenbar nicht bewusst, dass sich die ungarischen Reformer im Sommer und Herbst 1956 zunächst ebenfalls eindeutig zum Sozialismus bekannt hatten und auch keine Gewaltanwendung geplant war. Dieses Unwissen begünstigte 1968 in der ČSSR die Vermutung, die freie Meinungsäußerung würde auch außerhalb der Landesgrenzen akzeptiert, solange sie dem Sozialismus huldige. Dieser Trugschluss begünstigte riskante Veröffentlichungen (wie das *Manifest der 2000 Worte*), die den Reformgegnern im sozialistischen Ausland wiederum einen „Beweis für die Konterrevolution“ in die Hände spielten.

Obwohl in den Reformdiskursen auch der außerparteilichen Akteure des Prager Frühlings die Gefahr eines militärischen Einmarsches mithin als „zweites Ungarn“ allgegenwärtig war, wurde den meisten die Analogie zu 1956 und damit die tatsächliche Bedrohung erst mit dem Einmarsch am 21. August 1968 klar. In den tschechoslowakischen Überlieferungen aus den ersten Besatzungstagen sind daher Verweise auf das „Budapester“ Blutvergießen von 1956 häufig anzutreffen. Diese plötzlich wieder lebhaft

Erinnerung mag auch ein Grund dafür gewesen sein, warum sich die Bevölkerung in der ČSSR nach der Invasion nicht gewalttätig radikalisierte, sondern ihre Kräfte in einem weniger gefährlichen und dennoch effektiven gewaltlosen Widerstand bündelte.

Die langfristigen Interpretationen des Ungarnaufstands waren also in ganz unterschiedlicher Weise entscheidend für die Entwicklung des Prager Frühlings. Sie waren keineswegs gleichförmig, sondern wesentlich abhängig vom ursprünglichen Informationsstand. Auf die Reformkommunisten bezogen, hatte die tschechoslowakische Propaganda vom Herbst und Winter 1956 also langfristig einen gegenteiligen Effekt.

Wie bereits angedeutet, waren die direkten Erfahrungen mit dem Volksaufstand von 1956 – noch mehr als in der ČSSR – konstitutiver Faktor der ungarischen Reformen in den sechziger Jahren. Trotz der offiziellen Rhetorik einer „Konterrevolution“ hatte die ungarische Führung die eigentlichen Quellen der Unzufriedenheit erkannt, die im Oktober 1956 zur Eskalation geführt hatten. In den sechziger Jahren versuchte sie daher gezielt, durch viele kleine Erleichterungen im Alltagsleben die Stimmung in der Bevölkerung zu verbessern, ohne von den wesentlichen Grundsätzen des staatssozialistischen Systems abzuweichen.

Während kleine Verbesserungen im Konsum- und Kulturleben die breite Bevölkerung erreichten, unterlagen die ungarischen Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften weiterhin strenger parteilicher Kontrolle. Auch dies war eine Konsequenz der Erfahrungen vom Herbst und Winter 1956. Damals waren die revolutionären Arbeiterräte wichtige Träger des Aufstands gewesen und hatten die restaurierte KP noch Monate nach ihrer Machtübernahme herausgefordert. Um ihnen nicht zu viel Einfluss zu gewähren, blieben die ungarischen Arbeitnehmerverbände daher aus dem wirtschaftlichen Reformprogramm von 1968 in Ungarn ausgespart. Der ursprüngliche Plan, sie wenigstens teilweise einzubeziehen, war nach dem Einmarsch in die ČSSR endgültig vom Tisch.

Was die Landwirtschaft und einige andere Unterbereiche der Versorgungswirtschaft anging, orientierten sich die ungarischen Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre jedoch auch an jenen, die seinerzeit noch Nagy mit initiiert hatte. Dies galt übrigens auch für die tschechoslowakischen Reformen, die – anders als die ungarischen – durchaus die Arbeiterorganisationen mit einbezogen und ihnen eine starke Selbstverwaltung gewähren sollten.

Der Zusammenhang zwischen den ungarischen und den tschechoslowakischen Reformen wurde bisher noch nicht systematisch analysiert. Wie die vorliegende Detailanalyse offenlegt, war dieser jedoch sehr bedeutungsvoll. Auch hier spielte die Erinnerung an den Reformversuch von 1956 eine wichtige Rolle. Die parteiinternen Diskurse über den Prager Frühling offenbarten auch innerhalb der Budapester Führungsschicht unterschiedliche Ansichten über den tschechoslowakischen Reformprozess. Der Ungarnaufstand trat darin sowohl als positives als auch negatives Referenzargument in Erscheinung:

Einige Führungsmitglieder sahen in den tschechoslowakischen Reformen eine Parallelentwicklung zur ungarischen „Konterrevolution“ und lehnten diese daher ab. Andere verglichen den Prager Frühling eher mit dem reformkommunistischen Kompromiss des Kádársystems. Letzteres sahen sie als begrüßenswert an, da ein solcher Kompromiss in der ČSSR einer antikommunistischen Massenbewegung präventiv entgegenwirken könnte. Vor dem Hintergrund dieser Meinungsdivergenzen lässt sich nachvollziehen, warum die ungarische Parteiführung im Gegensatz zu den anderen Bündnispartnern 1968 lange keinen eindeutigen Standpunkt gegenüber der Entwicklung in der Tschechoslowakei einnahm. Hätte sie den Prager Frühling strikt abgelehnt, hätte sie ihre eigene konsensorientierte Reformpolitik unglaubwürdig gemacht.

Allerdings änderte die ungarische Führung schließlich ihren Standpunkt und stimmte der Besetzung der ČSSR zu. Auch dieser vermeintliche Gesinnungswandel wird erst mit der genauen Untersuchung der innen- und außenpolitischen Debatten der ersten Jahreshälfte von 1968 klar. Bisherige Darstellungen führten als Hauptgrund für den Meinungsumschwung politischen Druck aus der Sowjetunion an. Die vorliegende Untersuchung ergänzt diese Argumentation um eine innerungarische Perspektive, die gleichzeitig eng an die sich zuspitzende Entwicklung in der ČSSR gekoppelt ist.

So befürchtete die ungarische Führung 1968 eine unkontrollierbare Mobilisierung im sozialistischen Nachbarstaat, die auch auf Ungarn übergreifen und damit die eigene Positionen bedrohen könnte. Insbesondere fürchtete man die Pressefreiheit in der ČSSR und die Polarisierung innerhalb der KSČ. Auch die Formierung außerparteilicher Organisationen rief großen Argwohn in der Budapester Machtzentrale hervor, erinnerte sie doch an den Prolog des Ungarnaufstands.

Eben diese Befürchtungen nutzte die interventionswillige Fraktion in der MSzMP für ihre Überzeugungsarbeit. Mit Vergleichen zur ungarischen „Konterrevolution“ stellte sie den geplanten Einmarsch in die ČSSR als Präventivmaßnahme dar, die im Interesse der internationalen kommunistischen Bewegung eine Katastrophe für den gesamten Ostblock verhindern sollte. Ihre Überzeugungstaktik war nicht zuletzt deshalb erfolgreich, weil auch die kompromissbereiteren Führungsmitglieder eine innere Spaltung in der MSzMP vermeiden wollten. Einen innerparteilichen Bruch bewerteten in der ungarischen Führung nämlich alle Meinungsblöcke als gefährlich, weil ein solcher ebenfalls zum Vorlauf des Ungarnaufstands gehört hatte. Es war also durchaus auch innerparteiliche Realpolitik, die zur Entscheidung für die ungarische Militärbeteiligung beitrug. Diese Erkenntnis relativiert nun die zuweilen apologetische und auch heute noch anzutreffende Sicht auf das „Kádárregime“, das angeblich nur auf sowjetischen Druck reagiert habe. Außerdem zeigt sie, wie die Erfahrungen von 1956 die spätere ungarische Außenpolitik auf eigentümlichen Umwegen mitbestimmten.

Oft wirkte das warnende Beispiel der Ungarischen Revolution aber auch ganz direkt. So rechtfertigten Kádár, Péter und andere Spitzenvertreter gegenüber Dubček ihre selbst ernannte Beraterfunktion mit Verweis auf ihre Erfahrungen von 1956 und den danach

erfolgreich eingeleiteten Reformkurs. Dies war nicht nur reine Rhetorik, sondern Teil des eigenen Selbstverständnisses. Es beruhte auf der vermutlich autosuggestiven Gewissheit, aus 1956 die richtigen Lehren gezogen zu haben.

Dennoch nahm die ungarische Außenpolitik gegenüber der ČSSR im Vergleich zu den anderen Warschauer-Pakt-Staaten eine Sonderrolle ein. Die Kritik der ungarischen Parteiführung an der tschechoslowakischen Reformentwicklung war milder, doch sie interpretierte den Prager Frühling relativ einseitig auf der Basis ihrer eigenen Erfahrungen. Dadurch war sie zwar aufgeschlossener gegenüber der Dubček-Führung als etwa Ulbricht oder Gomulka, doch ihr Verständnis der Vorgänge in der ČSSR war durch den WahrnehmungsfILTER „1956“ ebenfalls begrenzt. So missachtete die Budapester Sichtweise lange die enorme Eigendynamik des Prager Frühlings, die durch administrative Maßnahmen nicht mehr zu stoppen war. Kádárs Empfehlungen, die Reformen zu bremsen, gingen daher an der tschechoslowakischen Realität vorbei.

Die ungarische Reflexion des Prager Frühlings außerhalb der parteilichen Sphäre wurde bisher nur sehr oberflächlich aufgegriffen. Erinnerungen an die Erfahrungen von 1956 wurden in diesem Zusammenhang zwar konstatiert, aber nicht näher analysiert. Die vorliegende Untersuchung zeichnet dagegen konkret nach, wie sich viele Ungarn mit den Entwicklungen in der ČSSR direkt identifizierten, weil sie 1956 bereits ähnliche Ideen durchzusetzen versucht hatten. Allerdings widerspricht die empirische Untersuchung der Meinungsbilder in der ungarischen Bevölkerung der Behauptung, dass (fast) alle Ungarn direkte Gemeinsamkeiten zwischen dem Volksaufstand vom Herbst 1956 und dem Prager Frühling vermuteten. Im Gegenteil sahen 1968 die meisten ungarischen Intellektuellen, Geistlichen und reformorientierten Parteimitglieder keine direkten Parallelen zwischen dem Prager Frühling und dem ungarischen Aufstand zwölf Jahre vorher. Vielmehr fühlten sie sich entweder an die dem Aufstand vorausgegangene Liberalisierungsbewegung vom Sommer 1956 erinnert oder aber an den aktuellen Reformkurs Kádárs. Die Interpretation des Prager Frühlings in Ungarn war also auch außerhalb der Parteiführung heterogen.

Viele Ungarn unterstützten in den Fabriken, Kultureinrichtungen und Kirchen die tschechoslowakischen Reformbemühungen moralisch, weil sie darin eine neue Möglichkeit sahen, sozialistische Sonderwege im kommunistischen Mitteleuropa zu etablieren. Man gönnte den Tschechen und Slowaken ihre Reformeuphorie, belächelte sie aber mitunter. Insbesondere glaubte niemand an die schnelle und gleichzeitig dauerhafte Umsetzung radikaler Reformen. Schon bei entsprechenden Versuchen befürchteten die meisten ungarischen Befragten mit Verweis auf ihre Erfahrungen von 1956 eine erneute Konfrontation mit der Sowjetunion. Die militärische Niederlage von 1956 war in Ungarn 1968 ebenso unvergessen wie die ersten Jahre der staatlichen Vergeltung, die ihr folgten.

Die Erinnerungen an diese Phase des Terrors gegen die ungarische Bevölkerung und die potenzielle Möglichkeit ihrer Rückkehr waren wichtige Faktoren, die ein erneutes Aufbegehren der Ungarn verhinderten. Im Umfeld jener Ungarn, welche den sowjetischen

Einmarsch in ihr Land selbst miterlebt hatten, bestärkte die Niederschlagung des Prager Frühlings den eigenen Opferdiskurs. Dieser stellte die kleineren ostmitteleuropäischen Staaten als hilflose Spielbälle der sowjetischen (und westlichen) Großmachtinteressen dar. In dieser Ansicht sahen sich viele Ungarn bestätigt, als die Panzer im August 1968 in die ČSSR rollten.

Der Einmarsch festigte ironischerweise das Kádárregime, da in den Augen der meisten Ungarn nun nicht mehr die Sonderwege Jugoslawiens oder Rumäniens als mögliches Maximum nationaler Spielräume galten. Vielmehr hatte sich der kompromisshafte Kurs Kádárs als einzig praktikable Alternative erwiesen. Dieser wurde nun für sinnvoller und realistischer gehalten als das spektakulär gescheiterte tschechoslowakische Experiment. Indirekt stabilisierte die Wahrnehmung des gescheiterten Prager Frühlings also die Erwartungsgrenzen in der ungarischen Bevölkerung und damit auch den Kádár'schen Herrschaftskompromiss. Dieser blieb in den Augen der meisten das geringere Übel.

Damit sind wesentliche Antworten auf die Ausgangsfrage gefunden, wie die Krisenerfahrungen und ihre Interpretation zwischen 1956 und 1968 die Reformdiskurse in Ungarn und der Tschechoslowakei mitbestimmt haben. Diese Diskurse wirkten sich direkt auf die Stabilität der kommunistischen Herrschaft in beiden Ländern aus: Die unmittelbare Wahrnehmung des Ungarnaufstands in der ČSR hat den dortigen politisch-gesellschaftlichen Herrschaftskonsens kurzfristig stabilisiert und mittelfristig zu dessen Destabilisierung beigetragen. Dabei hatte die Ungarische Revolution auf Partei und Bevölkerung in der Tschechoslowakei zunächst abschreckende Wirkung. Aus mehrjähriger Distanz zogen die tschechoslowakischen Reformakteure und ihre Gegner allerdings unterschiedliche Schlussfolgerungen. Dies brachte widersprüchliche Erwartungshaltungen mit sich, die sich 1968 folgeschwer in der politischen und sozialen Praxis der ČSSR niederschlugen. So blieb in den tschechoslowakischen Reformdiskursen von 1968 der Ungarnaufstand gleichzeitig Maßstab für mögliche Spielräume und abschreckendes Argument der Reformgegner. Entsprechende Hoffnungen und Ängste hingen dabei wesentlich von dem Informationsstand über die frühere Reform- beziehungsweise Revolutionsentwicklung in Ungarn ab. Sowohl Reformkommunisten als auch gesellschaftliche Akteure missdeuteten damals ihre eigenen Spielräume. Insofern bestand ein direkter, wenn auch komplexer Zusammenhang zwischen dem Ungarnaufstand und dem Prager Frühling.

In Ungarn bereiteten die Niederschlagung des Volksaufstandes und die folgende Konsolidierung den Boden für einen politisch-gesellschaftlichen Kompromiss. Vor diesem Hintergrund ist auch die ungarische Wahrnehmung des Prager Frühlings zu sehen. Diese basierte stark auf den Erfahrungen von 1956 und ihren längerfristigen Interpretationen. Da auch sie unterschiedlich waren, gelang es der Budapester Führung 1968 zunächst nicht, gegenüber dem tschechoslowakischen Reformexperiment einen eindeutigen Standpunkt zu vertreten. Stattdessen stellte der Prager Frühling den ungarischen

Gesellschaftsvertrag ernsthaft infrage, denn er brachte eine neue Alternative ins Spiel, die zwischen den Konzepten der Ungarischen Revolution und denen des aktuellen ungarischen Reformkurses stand. Allerdings verstärkte die Niederschlagung des Prager Frühlings – und nicht zuletzt auch die ungarische Beteiligung daran – bestehende Erwartungsgrenzen in der ungarischen Bevölkerung. Sie machte Hoffnungen auf einen „menschlicheren Sozialismus“ endgültig zunichte. So überstand der ungarische Herrschaftskompromiss mit der Militäraktion vom August 1968 seine erste Zerreißprobe, aus der er zunächst sogar gestärkt hervorging. Dieses Erstarren war jedoch nur oberflächlich, basierte es doch auf inneren Widersprüchen, mit denen die ungarische Einparteiherrschaft seit 1956 immer noch zu kämpfen hatte. Wie seinerzeit in der ČSR verstärkten sich die inneren Gegensätze in Ungarn nach 1968 langsam und hinterließen Risse im Herrschaftssystem. Sie zogen eine langsame Desintegration der legitimatorischen Grundlage des „Kádárismus“ nach sich. Langfristig unterminierte der ungarische Beschluss zum Einmarsch also die Glaubwürdigkeit der Kádár'schen Führung, da er im Gegensatz zu den eigens propagierten Reformen stand. Diese Widersprüchlichkeit brachte die politische Führung schon kurz nach dem Einmarsch in Erklärungsnot. Mittelfristig animierte sie außerdem ungarische Intellektuelle zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der ungarischen „Diktatur der Bedürfnisse“. Darin sehen einige Autoren die Geburtsstunde des ungarischen Dissenses.⁵⁸³

Der Prager Frühling wirkte sich auf Ungarn also sowohl systemstabilisierend als auch -destabilisierend aus. Im kollektiven Gedächtnis Ungarns wird er bis heute vom Trauma der 56er-Revolution verdrängt. Nur in intellektuellen Kreisen war und ist er ein wichtiger Bezugspunkt der eigenen Nationalgeschichte.⁵⁸⁴ Erst Ende der achtziger Jahre, als sich das kommunistische System in Ungarn bereits in Auflösung befand, wurde der Prager Frühling auch für andere Akteursgruppen in Ungarn wieder zum Thema. So reisten im Januar und August 1989 studentische Aktivisten aus Budapest nach Prag, um sich an den dortigen Demonstrationen zu beteiligen, die trotz Verbots zu Ehren der Opfer von 1968 stattfanden. Diese jungen Ungarn trugen – noch bevor es nach dem Systemwechsel offizielle Entschuldigungen gab – Plakate mit der Aufschrift durch Prag: „Wir kommen mit Blumen, nicht mit Panzern.“⁵⁸⁵ Diese spontane Solidarisierung zwischen beiden Ländern scheint heute weitgehend in Vergessenheit geraten zu sein. Vermutlich liegt dies auch daran, dass die wesentlichen Hintergründe der ungarisch-tschechoslowakischen Beziehungen bislang weitgehend unbekannt waren. In zwei wesentliche Ereigniskomplexe der gemeinsamen Geschichte liefert die vorliegende Arbeit nun erstmals umfassende

583 Zur „Diktatur der Bedürfnisse“ vgl. das gleichnamige Buch von Fehér & Heller 1979. Die Geburtsstunde des Dissenses sehen in der Niederschlagung des Prager Frühlings z. B. Szabó 2008, S. 210; Kovács 2005, S. 37–42; Tőkés 1998, S. 181–182; Kőszeg 1999, S. 144. Zum demokratischen Widerstand in Ungarn zwischen 1968 und 1988 vgl. ausführlich Csizmadia 1995.

584 Kőszeg 1999, S. 143.

585 Kenney 2003, S. 268 (Übersetzung aus dem Englischen: H. L.).

Einsichten.

Rekapitulation und Forschungsperspektiven

Neben dem synchronen Austausch versucht diese Studie die langfristige Verflechtung der ungarischen und tschechoslowakischen Reformkrisen nachzuvollziehen. Die zugrunde gelegte Kreuzungsperspektive deckte dabei Verbindungslinien auf, die auch über diese beiden Länder hinaus ein besseres Verständnis grenzübergreifender Reformdiskurse im Staatssozialismus ermöglichen. Schon die zwei hier zentralen Fälle weisen viele aufschlussreiche Verknüpfungspunkte auf. Die nun vorliegenden exemplarischen Ergebnisse können in der Untersuchung des Ostblocks als historische Region zu weiteren Verflechtungsstudien inspirieren. Die bilaterale Perspektive und der Fokus auf Denkmuster und Interpretationsstrukturen erlauben neue Erkenntnisse über Genese und Zusammenhänge anderer staatssozialistischer Reformversuche.

Ungeachtet der hier dominierenden ungarisch-tschechoslowakischen Perspektive waren der Ungarnaufstand und auch andere bilaterale Aspekte nicht allein entscheidend für die Entstehung und den Verlauf des Prager Frühlings. Die Krisen von 1956 und 1968 entwickelten sich im Kontext eines mehr oder weniger dynamischen Blockgegensatzes und waren schon deshalb nie auf ein Land beschränkt. Die bilaterale Optik der vorliegenden Studie relativiert jedoch die bisher dominierende, großmachtbezogene und nationale Betrachtungsweise auf die Reformkrisen von 1956 und 1968. Sie illustriert die vielschichtige Verflochtenheit blockinterner Krisen und deren langfristiger Verarbeitung. Beides entging den Studien, die entlang den Achsen Ost-West bzw. Sowjetunion-Satellitenstaat polarisierten.

Die systematische Zusammenführung mehrerer, hier zweier nationaler Forschungsperspektiven erlaubt dagegen eine fundierte Bewertung vermeintlich nationalspezifischer Krisen- und Stabilisierungsentwicklungen. Beispielsweise macht erst der bilaterale Vergleich anschaulich, dass es 1956 nicht nur in Ungarn, sondern auch in der ČSR eine kurzfristige Reformbewegung gegeben hat; umgekehrt lässt sich eine ähnliche Entwicklung 1968 in Ungarn komparatistisch herausarbeiten. Auch der Konsumkommunismus oder die Restaurationsphasen nach den Krisen waren aus dieser Perspektive keine Einzelfälle, sondern in beiden Ländern anzutreffen. Natürlich waren diese Sonderwege jeweils national mehr oder weniger stark ausgeprägt, aber die einzelnen Differenzen werden erst in der Gegenüberstellung deutlich. Unter Einbezug einer langfristigen Perspektive offenbart diese Herangehensweise, dass sowohl der Entstehung als auch der Ausprägung staatssozialistischer Krisen, Konflikte und Lösungsstrategien durchaus ähnliche Ursachen zugrunde lagen. Gleichzeitig differenziert sie scheinbar blockweit konforme Erscheinungen wie langfristige parteipolitische Ziele und Machterhaltungsstrategien, indem sie individuelle Erfahrungshorizonte einbezieht.

Ohne in beiden Krisenphasen die Sowjetunion als bestimmenden Faktor zu leugnen, arbeitet die vorliegende Studie bisher unterschätzte bilaterale Einflüsse zwischen beiden „Satellitenstaaten“ auf. Die systematische Gegenüberstellung der eskalierenden Krisen mit der gleichzeitigen Passivität im Nachbarland lässt in beiden Fällen ähnliche Motivkonstellationen erkennen. Dies galt 1956 und 1968 sowohl für die unterschiedlichen Reaktionen der ungarischen bzw. tschechoslowakischen Führungen als auch für die Bevölkerungen. In beiden Fällen wirkte die Eskalation der Krise im Nachbarstaat zusätzlich abschreckend auf eine Mobilisierung im eigenen Land. Dennoch verfolgte die Bevölkerung das Geschehen im Nachbarland jeweils mit großem Interesse, weshalb sich aus der Abwesenheit offener Proteste keineswegs Gleichgültigkeit ableiten lässt. Vielmehr folgte die nach außen passive Haltung gegenüber der Besetzung des sozialistischen Nachbarlandes einer pragmatischen Logik, die später auch kritische Denkprozesse in Gang setzte.

1956 und 1968 ließen sich in Polen, Bulgarien, der DDR und der Sowjetunion ebenfalls gesellschaftliche Krisenerscheinungen beobachten.⁵⁸⁶ Deren direkter Zusammenhang mit dem Ungarnaufstand und dem Prager Frühling müsste größtenteils noch in Einzelprojekten untersucht werden. Das hier zugrunde gelegte Forschungsdesign soll dazu anregen, denn weitere bilaterale Studien könnten die vorliegenden Thesen zu Ungarn und der Tschechoslowakei ergänzen. Sie könnten außerdem die hier getroffenen Aussagen über grundsätzliche Wirkungen der Sozialismuskrisen auf die Stabilität der kommunistischen Herrschaft im Ostblock validieren. Dies gilt analog für die Stabilisierungsmaßnahmen, die jedem umfassenden Reformprozess in einem staatssozialistischen Land folgten. Denn der ungarisch-tschechoslowakische Vergleich lässt vermuten, dass die Restauration nach einer Liberalisierungsphase alle Ostblockländer in ihrer jeweils eigenen Weise erfasste. Dazu stehen systematische Untersuchungen noch aus, besonders was die Zeit zwischen 1968 und 1989 betrifft.

Durch die Verbindung nationaler und transnationaler, synchroner und diachroner Aspekte kann ein komplexes, wenn auch unvollständiges Gesamtbild der Einfluss- und Austauschprozesse zwischen Ostblockstaaten entstehen. Schon die vorliegende ungarisch-tschechoslowakische Analyse liefert viele Anhaltspunkte, wie aus der aktuellen und längerfristigen Verarbeitung von Sozialismuskrisen im eigenen und benachbarten Land spezifische Erwartungshaltungen entstanden. Transnationale Lernprozesse aus den geographisch nahe gelegenen Krisen hingen dabei einerseits von den aktuell verfügbaren Informationen ab; andererseits strukturierten nationale Vorerfahrungen die Wahrnehmung solcher Krisen. Diese beiden Komplexe müssten auch für die anderen Krisen genauer untersucht werden. Erst dadurch können die oft subjektiven, apologetischen und fragwürdigen Thesen über die unmittelbare und langfristige Verarbeitung solcher Krisen fundiert geprüft werden.

⁵⁸⁶ Vgl. dazu Heinemann 1999 bzw. Ebbinghaus 2008.

Zwar bestätigt auch die vorliegende Untersuchung, dass die Krisenerfahrungen und deren grenzübergreifende Wahrnehmung wichtige Erkenntnisprozesse in Partei und Gesellschaft auslösten. Diese Lernvorgänge verliefen in Ungarn und der Tschechoslowakei jedoch deutlich komplexer und oft auch entgegengesetzt als bisher angenommen. Sie folgten einer jeweils eigenen Logik, die erst unter Einbezug einzelgruppenspezifischer Erfahrungen, Ängste und Hoffnungen verständlich wird. Direkte Lerneffekte waren schon wegen grenz- und generationenüberschreitender Informationsverluste und propagandistischer Fehlinterpretationen nicht möglich. Aus ihnen erklärt sich, warum die „Lehren“ aus dem Ungarnaufstand 1968 weder den Parteiführungen halfen, eine neue Krisen eskalation zu verhindern, noch die Reformkräfte in die Lage versetzten, ihre Vorhaben umzusetzen. So unmittelbar, wie bisher oft konstatiert, war der Kausalzusammenhang zwischen den beiden Reformversuchen daher sicher nicht.

Die langfristige Perspektive auf den Ungarnaufstand und den Prager Frühling zeigt, dass Eskalationsprozesse in einem sozialistischen Nachbarland zunächst stabilisierend auf systemisch verwandte Herrschaftskonstellationen in anderen sozialistischen Staaten wirken können. Auch deshalb gab es keine eindeutige kausale Kette von Krisen, in der ein Reformversuch jeweils den nächsten auslöste. Zwar lassen sich auch direkte Einflüsse erkennen, dabei handelt es sich nach den empirischen Befunden dieser Untersuchung aber eher um inspirierende und nicht konstitutive Momente.

Entscheidender als die unmittelbare Übernahme von Reformkonzepten war der Grad und Charakter der *Abgrenzung* von den (gescheiterten) Reformprozessen im Nachbarland. Diese waren sehr unterschiedlich – sowohl unter den einzelnen Reformakteuren als auch deren Gegnern. Die Abgrenzungsentwicklung lässt sich erst aus kombiniert synchron-diachroner Sichtweise nachvollziehen. Diese zeigt für die hier zentralen Reformbewegungen, dass aufgrund früherer Erfahrungen und deren Interpretationen langfristig entweder eher progressive oder eher negativistische Erwartungshaltungen entstanden, was die Möglichkeiten für Reformen betraf. Diese standen in oft kontraintuitivem Zusammenhang mit dem Scheitern ähnlicher Bemühungen in der Vergangenheit. Abhängig vom Traumatisierungsgrad früherer Krisenerlebnisse überwogen in der Wahrnehmung späterer Krisenphasen die älteren oder aber aktuellen Interpretationen. So war 1968 diejenige Generation führender Kommunisten in der KSČ besonders vorsichtig, die den Ungarnaufstand relativ unmittelbar miterlebt hatte, während die jüngeren und die, die 1956 im Gefängnis saßen oder aus anderen Gründen noch keine politischen Ämter innehatten, viel weiter gingen. Dabei schätzten diejenigen die mit den Reformen verbunden Risiken besonders realistisch ein, die in der vorausgegangenen Krise besonders präzise informiert waren und daher die Hintergründe nicht nur auf der Basis offizieller Propaganda verarbeiten konnten. Erst diese Differenzierung erhellt die komplexen Zusammenhänge zwischen dem Ungarnaufstand und dem Prager Frühling.

Eine weitere bisher nicht ausreichend gewürdigte Determinante der grenzüberschreitenden Krisenwahrnehmung sind die Massenmedien. Hier bilden sie gemeinsam mit

weiteren Informationsquellen einen zentralen Untersuchungsgegenstand. Die Verfügbarkeit auch ausländischer Massenmedien verbesserte sich in den sechziger Jahren deutlich gegenüber 1956. Zum Teil aus Gründen des technischen Fortschritts setzte sich diese Entwicklung in den folgenden beiden Jahrzehnten weiter fort. Damit stieg das allgemeine Informationsniveau in sozialistischen Gesellschaften. Möglicherweise liegt hier auch ein bisher unbeachteter Erfolgsfaktor für den weitgehend gewaltfreien Systemwechsel von 1988/89. Schließlich standen in den achtziger Jahren in der ČSSR und noch mehr in Ungarn bereits ganz andere Informations- und Analysemöglichkeiten zur Verfügung. Diese über den Gegenstand dieser Arbeit hinausgehende Hypothese könnte ein Ausgangspunkt für weitere Forschung sein.

Obwohl der Zusammenhang zwischen Ungarischer Revolution und Prager Frühling nun klarer ist, bleibt weiterhin ungeklärt, inwieweit beide Reformversuche mit dem endgültigen Zerfall des ungarischen und tschechoslowakischen Staatssozialismus verknüpft sind. Die vorliegenden empirischen Befunde lassen vermuten, dass sich die Verbindungen zwischen den Krisen auch für die Zeit nach 1968 nicht in eine einfache Kausalkette einreihen lassen. Weder der Ungarnaufstand noch der Prager Frühling waren eindeutige Anfangspunkte einer langfristigen Desintegrationsentwicklung, die 1988/89 mit dem Zerfall der kommunistischen Diktaturen in Europa endete. Vielmehr wurden die Folgen einer letztlich kontraproduktiven Reformpolitik in diesen Krisensituationen besonders offensichtlich: Der gesellschaftliche Druck einer unkontrollierbaren Massenbewegung war unter intensiver Beteiligung der Bevölkerung plötzlich unmittelbar greifbar.

Im „Wendejahr“ 1989 kehrten beide Krisen in der Gestalt symbolischer Bezugspunkte zurück.⁵⁸⁷ Inwieweit sie für den langen Delegitimationsprozess in der Zwischenzeit mitverantwortlich waren, müsste jedoch erst genauer untersucht werden. So könnte die chronologische Fortsetzung des hier zugrunde gelegten Doppelfokus auf die politischen *und* gesellschaftlichen Erfahrungswelten und Erwartungshaltungen weitere Erkenntnisse liefern. Unter den einzelnen Verbindungslinien zwischen 1968 und 1989 könnte vor allem die generationenübergreifende Weitergabe von Kriseninterpretationen ein möglicher Erklärungsfaktor sein.⁵⁸⁸ Auch diesen Teilaspekt hat die vorliegende Arbeit bereits punktuell aufgegriffen. Eine weitere Ausarbeitung würde wohl zum tieferen Verständnis des Zusammenhangs zwischen den Krisen der fünfziger und sechziger Jahre mit dem Zerfall des mitteleuropäischen Staatssozialismus beitragen.

Welche allgemeineren Thesen ermöglicht nun der vergleichende Blick auf Ungarn und die Tschechoslowakei zwischen 1956 und 1968 über die Stabilität staatssozialistischer Herrschaftsverhältnisse? Die vorliegende Gegenüberstellung gibt Hinweise darüber, warum Repressionen allein die kommunistische Herrschaft in beiden Ländern langfristig

587 Suk & Cuhra et al. 1999, S. 99; Krapfl 2002, S. 3; Mink 2008; Nyssönen 1999.

588 Zur historischen und interdisziplinären Erforschung von Generationenbeziehungen vgl. Bohnenkamp & Manning et al. 2009.

nicht zu sichern vermochten. Oft wirksamer als Gewaltmaßnahmen waren für die (passive) Folgebereitschaft der Bevölkerungsmehrheit Planbarkeit und die Befriedigung aktueller Konsumbedürfnisse. Dies erkannten in den fünfziger und sechziger Jahren auch die ungarischen und tschechoslowakischen Reformkommunisten (und in den siebziger Jahren ihre Gegner). In der Bereitschaft und Fähigkeit, eine grundlegende Orientierung zu vermitteln, lag zumindest in Ungarn und der Tschechoslowakei in den fünfziger und sechziger Jahren ein wesentlicher Faktor der Herrschaftsstabilität.

Insgesamt scheint die Beständigkeit kommunistischer Herrschaftssysteme wesentlich auf einem wechselseitigen, wenn auch asymmetrischen Aushandlungsprozess zwischen Staat und Gesellschaft zu beruhen. Diesen Vorgang veranschaulichten die länderübergreifenden Krisen von 1956 und 1968: Wurden die alltäglichen, insbesondere materiellen Erwartungen nicht befriedigt, spitzte sich die Stimmung im Land krisenhaft zu. Es entstand Druck aus der Gesellschaft, den die politische Führung durch mehr oder weniger umfangreiche Reformen zu verringern versuchte: in Ungarn zwischen 1953 und 1956 und in der ČSSR zwischen 1963 und 1968. Drastische Maßnahmen nach langer Reformresistenz zeigten sich dagegen zur Krisenbewältigung in beiden Fällen kontraproduktiv.

Eine langfristig ähnliche, wenn auch weniger leicht zu erkennende und bisher vernachlässigte Wirkung hatte die präventive Politik der Zugeständnisse. Diese wurde hier für die Zeit zwischen 1953 und 1956 in der ČSR sowie in Ungarn zwischen 1963 und 1968 jeweils vergleichend betrachtet. Im Prinzip unterschieden sich diese prophylaktischen Kompromisse in beiden Ländern wenig. So war beispielsweise der „Gulaschkommunismus“ in seiner Grundidee kein spezifisch ungarisches Phänomen, sondern lediglich eine relativ lange funktionierende Strategie der Konfrontationsvermeidung. Fast alle sozialistischen Staaten kannten solche materiell begründeten Minimalkonsense, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung und Dauer. Systematisch vergleichende und verknüpfende Untersuchungen zu den einzelnen Kompromissmodellen im europäischen Staatssozialismus stehen noch aus,⁵⁸⁹ die vorliegende Gegenüberstellung kann hier nur ein Anfang sein.

Gleichwohl legt bereits die Kontrastierung Ungarns und der Tschechoslowakei nahe, dass partielle Zugeständnisse und eine damit verbundene gesellschaftliche Differenzierung die Legitimität der kommunistischen Einparteienherrschaft immer nur über einige Jahre förderten. Mittelfristig schufen diese Maßnahmen dagegen neue Probleme und auf lange Sicht begünstigten sie den Zerfall des Herrschaftskonsenses.⁵⁹⁰ Auch in den siebziger und achtziger Jahren treten in beiden Ländern Varianten einer konsumorientierten

589 Zu einem ersten Ansatz zu Polen und der DDR sowie skizzenhaft der Tschechoslowakei vgl. Hübner & Hübner et al. 2008.

590 Für die ČSSR prophezeite diese bereits Barnard 1972, S. 534, der konstatierte: „advanced industrialization involves a degree of social differentiation and organizational complexity capable of severely straining a monocratic political structure“.

Kompromisspolitik in Erscheinung.⁵⁹¹ Dabei galt der ungarische „Gulaschkommunismus“ lange als eine Art Patentrezept. An ihm orientierte sich in der ČSSR nach 1968 auch Husáks sogenanntes „Normalisierungsregime“, allerdings mit anderen Schwerpunkten. Diese deutlich rigidere tschechoslowakische Variante der Konfliktvermeidung schuf ebenfalls neue Anspruchshaltungen, die das bürokratisierte Wirtschaftssystem langfristig überlastete.

Mit dieser Überforderung ging ein Delegitimierungsprozess einher, den die vorliegende Arbeit für Ungarn und die Tschechoslowakei in den fünfziger und sechziger Jahren exemplarisch rekonstruiert: Die Staatsparteien beider Länder sahen sich mit praktischen Problemen und inneren Widersprüchen konfrontiert, die auch die zentralgesteuerten Massenmedien nicht mehr verdecken konnten. Informationsdefizite auf beiden Seiten erschwerten langfristig die Konsensbildung. Außerdem existierten in Partei und Gesellschaft Individual- und Gruppeninteressen, die einer wirtschaftlichen und sozialen Radikalreform entgegenstanden und diese zuweilen boykottierten.

Der Legitimitätsverlust zeigte sich besonders deutlich in den hier analysierten Krisenphasen. Zum Beispiel interpretierten bereits vor dem Ausbruch des Aufstands große Teile der ungarischen Bevölkerung das kurzfristige Entgegenkommen der Staatspartei als Führungsschwäche, die dann ausgenutzt werden konnte. Ähnlich war es in der letzten Phase der Novotný-Ära in der ČSSR, als Teilreformen keine stabilisierende Wirkung mehr zeitigten, sondern die Kompetenz der Staatsführung weiter infrage stellten. Solche Beispiele tauchen im Verlauf der Untersuchung in großer Zahl auf. Sie untermauern die These, dass gerade die politische Berücksichtigung gesellschaftlicher Bedürfnisse höhere Erwartungen und damit radikalere Forderungen schafft. Vermutlich galt dies auch für andere Länder und Phasen des Staatssozialismus, zu denen Untersuchungen noch ausstehen.

Die vorliegende Arbeit kombiniert die machtzentrierte und polarisierende Sicht auf den ungarischen und tschechoslowakischen Sozialismus mit dem Blick auf jene Individuen, die an Entstehung und Verlauf der beiden Reformprozesse beteiligt waren. In diesem Sinne wagt sie die häufig geforderte Verbindung von Sozial- und Politikgeschichte. Sie konzentriert sich dabei auf individuelle Erfahrungen und Erwartungen der wesentlichen Reformakteure, die sich in beiden Ländern in differenzierten Mustern wiederholten. Diese lassen sich kategorisieren und damit transnational und diachron vergleichen. Damit eröffnet die Studie neuartige Einblicke in die Krisenanfälligkeit und das Veränderungspotenzial staatssozialistischer Herrschaftssysteme. Gleichzeitig beleuchtet sie detailliert, wie individuelle Bedürfniskonstellationen im Kontext der großen militärischen und wirtschaftspolitischen Einflussfaktoren die sozialistischen Herrschaftsstrukturen langfristig stabilisierten oder ins Wanken brachten.

591 Dazu überblicksartig Berend 1996, S. 214–221.

Außerdem ermöglicht der gegenüberstellende Blick auf die Krisen im sozialistischen Ungarn und der Tschechoslowakei ein tieferes Verständnis der diktatorischen Vergangenheit der Nachfolgerepubliken. Dies ist für die Beurteilung der aktuellen Selbstwahrnehmung wichtig, die im politisch-medialen Raum derzeit zu einer schematisierenden und moralisierenden Externalisierung der sozialistischen Vergangenheit tendiert.⁵⁹² So werden die Krisen von 1968 und noch stärker von 1956 politisch instrumentalisiert und oft als schillernde Beispiele gesellschaftlichen Engagements gegen die kommunistischen Diktaturen zitiert.⁵⁹³ Árpád von Klimó schrieb zum ungarischen Fall treffend: „Die Erinnerung an '56 erlaubte es, über die Diktatur und ihre Opfer zu sprechen und zugleich über die Kádárzeit zu schweigen.“⁵⁹⁴ Daneben gerät in Vergessenheit, dass in beiden Ländern bis zum Schluss etwa 10% der Bevölkerung eingetragene Parteimitglieder waren und sich die meisten Menschen im ungarischen und tschechoslowakischen Staatssozialismus fast über die gesamte Dauer seiner Existenz konform verhielten.⁵⁹⁵

Opferdiskurse und Externalisierungstendenzen dominieren noch heute den öffentlichen Raum, wenn es um den Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit Ungarns und der Tschechoslowakei geht. Dies zeigt sich auch in staatlich initiierten und kontrollierten Einrichtungen. Ein derzeit viel diskutiertes Beispiel ist das für die Aufarbeitung der Geheimdienstakten zuständige *Institut für das Studium totalitärer Regime* (*Ústav pro studium totalitních režimů – ÚSTR*) in Prag.⁵⁹⁶ Eine ebenfalls umstrittene Geschichtsauslegung vermittelt das museal aufgemachte *House of Terror* (*Terror háza*) in Budapest.⁵⁹⁷ Beide Einrichtungen sind wesentliche Repräsentanten der nationalen Erinnerungskultur. Trotz ihrer unterschiedlichen operativen Ausrichtungen teilen sie einige fragwürdige Eigenschaften: Beide wurden staatlich initiiert und stehen unter parteipolitischem Einfluss; beide greifen bezeichnenderweise gleichzeitig die faschistischen und kommunistischen Diktaturen der jeweiligen Nationalgeschichte auf; beide konzentrieren sich auf die Repressionspraxis und die Unterdrückung durch äußere Großmächte.

Über diese Institute hinaus könnte man viele weitere Beispiele für die Beschränkungen des post-kommunistischen Vergangenheitsdiskurses anführen. Der Staatssozialismus wird auf Gewalt und Unrecht reduziert, die vor allem von außen gekommen sein sollen.⁵⁹⁸ Neben den sowjetischen Besatzern steht dabei die Auseinandersetzung mit den kommunistischen Geheimdienstakten im Zentrum des öffentlichen und derzeit auch

592 Laczó 2008, S. 142; Pullman 2008; Kopeček; Spurný in *Lidové noviny*, 9.1.2010, S. 24.

593 Mink 2001; Klimó 2004, S. 304; Szabó 2008, S. 216 bzw. Schulze Wessel 2004, S. 322.

594 Klimó 2004, S. 304.

595 Eine vergleichende Aufstellung der Mitgliederzahlen der ostmitteleuropäischen kommunistischen Parteien zwischen 1945 und 1988 findet sich bei Hanley 2003, S. 1076.

596 [Http://www.ustrcr.cz/](http://www.ustrcr.cz/) (Zugriff: 29.03.2010); für eine kritische Einschätzung vgl. Kopeček; Spurný in *Lidové noviny*, 9.1.2010, S. 24.

597 [Http://www.terrorhaza.hu](http://www.terrorhaza.hu) (Zugriff: 08.03.2010); vgl. dazu die kritische Betrachtung bei Klimó 2006, S. 214–215.

598 Beispielsweise Courtois & Kramer 2004; Liska 2006; Bartošek 2001.

noch wissenschaftlichen Interesses.⁵⁹⁹ Muriel Blaive resümierte dazu treffend, „dass die Tschechen schnell und entschlossen vorgegangen sind, als es um die prinzipielle Verurteilung des kommunistischen Regimes ging, (...) hingegen langsam und vorsichtig“, um „die persönliche Verantwortung festzustellen“.⁶⁰⁰ So treten im Schatten der sowjetischen Vormachtstellung und der Geheimdienste andere tragende Ressourcen der kommunistischen Herrschaft in den Hintergrund. Dies gilt insbesondere für weniger rühmliche Phasen der eigenen Nationalgeschichte. Dazu gehört etwa auch die Haltung der tschechoslowakischen Bevölkerung gegenüber der Ungarischen Revolution. Ähnlich verhält es sich mit Ungarn und seiner Rolle im Prager Frühling. Stattdessen erscheinen in den Erinnerungsdiskursen beide „Satellitenstaaten“ und ihre Bewohner als hilflose Opfer sowjetischer Machtinteressen. Mit welchen alltäglichen Haltungen und Handlungen die gesellschaftlichen Akteure diese vermeintliche Hilflosigkeit selbst mit aufrechterhalten, scheint heute in Ungarn, Tschechien und der Slowakei nur wenige zu interessieren. Vielleicht fehlen zwanzig Jahre nach dem Zerfall des europäischen Staatssozialismus gerade deshalb oft Bewusstsein und Verständnis für Mentalitäten und Alltagsstrategien, die die Wende überdauerten und Hintergrund einer verbreiteten Politikverdrossenheit sein könnten.⁶⁰¹

Aus vergleichender und wahrnehmungszentrierter Perspektive erscheint der Staatssozialismus nicht mehr nur als das „Böse“ und „Fremde“, das von außen in die unschuldigen Gesellschaften Ungarns und der Tschechoslowakei implantiert wurde.⁶⁰² Solche Thesen widerlegt die übergreifende Sichtweise besonders wirkungsvoll, wenn sie sich auf die dramatischsten Momente dieser Epoche richtet. Dazu gehören zweifellos die Ungarische Revolution und der Prager Frühling, die tragende Elemente der „Meistererzählungen“ über den ungarischen und tschechoslowakischen Kommunismus sind.⁶⁰³ Der erweiterte Blick erübrigt moralische Pauschalurteile über die sozialistische Vergangenheit. Stattdessen erweisen sich auch die Krisen als organischer Teil einer historischen Entwicklung. Ihre (Dis-)Kontinuitäten lassen sich nicht absolut erklären und schon gar nicht in eine selbstapologetische Nationalnarrative zwingen. Vielmehr bedarf es eines über Schuldfragen und nationale Stereotype hinausgehenden Verständnisses von Erfahrungen und Erwartungen, um die gleichzeitige Krisenhaftigkeit und dennoch jahrzehntelange relative Stabilität staatssozialistischer Herrschaftssysteme zu beurteilen.

599 Zu den tschechischen und slowakischen Geschichtsdiskursen nach 1989 vgl. Kopeček & Kolář 2007 und Pauer 2004; speziell zu den Geheimdienstakten und ihrer Rolle im historischen Erkenntnisprozess Tůma et al. 2006 und Křen 2005; Berkovits 2009.

600 Blaive 2004, S. 125.

601 Zu entsprechenden Kontinuitäten vgl. Pállinger 1997; Klimó 2006, S. 210–215; Kopeček & Kolář 2007, S. 217–223.

602 Pullman 2008, S. 706 bzw. Laczó 2008, S. 146.

603 Vgl. zu entsprechenden nationalen „Meistererzählungen“ allgemein Jarausch 2002; zu Ungarn Klimó 2004, S. 304; zu Tschechien. Kolář 2006.

Dazu will die vorliegende Studie einen Beitrag leisten, indem sie die parteipolitischen Faktoren der Krisengese gemeinsam mit den sozialen betrachtet und die eigene Dynamik grenzübergreifender Rezeptionsprozesse erforscht. Sie vergleicht die Krisen nicht nur untereinander, sondern stellt ihnen auch konsequent die stabilen Phasen gegenüber. Dadurch werden Krisenanfälligkeit und Veränderungspotenziale staatssozialistischer Herrschaftssysteme in ihrem übernationalen Kontext verständlich. Dazu gehören auch die komplexen Anpassungsprozesse nationaler Systeme nach den Erschütterungen in „Bruderstaaten“. Diese werden in den hier analysierten grenzüberschreitenden Reformdiskursen sehr viel deutlicher als bisher. Sie bestimmten die Beziehungen der kleineren sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas zueinander über 1968 hinaus. Damit bieten sie eine Forschungsperspektive für weitere Verflechtungsgeschichten, die gemeinsam mit der vorliegenden zu einem tieferen Verständnis des aktuellen Verhältnisses dieser Länder beitragen können.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

- Archiv bezpečnostních složek Praha** (Archiv der Sicherheitsdienste in Prag; nachfolgend ABS Praha) – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 40ff, 7.11.1956: *Bericht der innenministeriellen Bezirksabteilung Jindřichův Hradec über den Widerhall der ungarischen und polnischen Ereignisse.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 80ff, 28.10.1956: *Bericht der innenministeriellen Bezirksabteilung Jindřichův Hradec über den Widerhall der ungarischen und polnischen Ereignisse in der Region.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 66ff, 31.10.1956: *Bericht der innenministeriellen Bezirksabteilung Jindřichův Hradec über den Widerhall der ungarischen und polnischen Ereignisse in der Region.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 73ff, 31.10.1956: *Bericht der innenministeriellen Bezirksabteilung Jindřichův Hradec über den Widerhall der ungarischen und polnischen Ereignisse in der Region.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 250-251, 2.11.1956: *Bericht der innenministeriellen Bezirksabteilung Vymperk über den Widerhall der ungarischen Ereignisse in der Region.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 83-85, 27.10.1956: *Bericht der innenministeriellen Kreisabteilung Jindřichův Hradec über den Widerhall der ungarischen Ereignisse auf die Bevölkerung.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, 1.11.1956: *Bericht der innenministeriellen Kreisabteilung Jindřichův Hradec über den Widerhall der ungarischen und polnischen Ereignisse auf die Bevölkerung.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. [289], 4.11.1956: *Bericht der Kreisleitung der Volkspolizei (VB) České Budějovice an das Prager Innenministerium.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 88, 27.11.1956: *Bericht des informellen StB-Mitarbeiters ("Jiří") über die Meinung versch. Einwohner von Jindřichův Hradec zum Ungarnaufstand.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 334ff, 7.11.1956: *Bericht des innenministeriellen Kreis Ausschusses in Jindřichův Hradec.*

- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 445, 7.11.1956: *Bericht des tschechoslowakischen Innenministeriums über den Verlauf der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Russischen Oktoberrevolution.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 89, 6.11.1956: *Bericht eines inoffiziellen StB-Mitarbeiters ("Javor") über die Aussagen eines Bauers in Děbolín.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 338, 7.11.1956: *Bezirksbericht des innenministeriellen Bezirksausschusses von České Budějovice.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 77, 26.10.1956: *Bezirksbericht des Innenministeriums aus Český Krumlov.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15 - Události v Polsku a Maďarsku - zprávy a poznatky, [Dezember 1956]: *Dossier des tschechoslowakischen Innenministeriums über die Reformbewegungen in Ungarn und Polen von 1956 und deren Einfluss auf die tschechoslowakische Bevölkerung.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, 31.10.1956: *Geheimdienstbericht über die Reaktion der Belegschaft des Holzwerks Jihočeské dřevařské závody (Betrieb 503 in Jindřichův Hradec).*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 337-338, 7.11.1956: *Innenministerieller Bezirksbericht aus České Budějovice.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 267ff, 3.11.1956: *Innenministerieller Bezirksbericht aus České Budějovice.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 431f, 4.11.1956: *Interner Bericht des Innenministeriums der ČSR über die Stimmung in der Bevölkerung.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 441ff, 7.11.1956: *Interner Bericht des Innenministeriums der ČSR über die Stimmung in der Bevölkerung.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 434ff, 5.11.1956: *Interner Bericht des Innenministeriums der ČSR über die Stimmung in der Bevölkerung.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 414ff, 3.11.1956: *Interner Bericht des tschechoslowakischen Innenministeriums über die Stimmung in der ČSR.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, 6.11.1956: *Interner Situationsbericht des tschechoslowakischen Innenministeriums.*

- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 18ff, [November 1956]: *Plan der Sicherheitsmaßnahmen im Umfeld der Feierlichkeiten zum 39. Jahrestag der Russischen Oktoberrevolution vom 6.-9.11.1956.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 91, 27.10.1956: *Protokoll eines Gesprächs des StB-Unterleutnants Hrazán am 26.10.1956 mit dem Vorsitzenden des Lokalen Nationalausschusses (MNV) in Lomy.*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, 26.10.1956: *Protokoll eines Volkspolizisten (Kalman) über die Rezeption des Ungarnaufstands in Jarošov n. N..*
- ABS Praha – Oddělení archivních fondů StB, Fonds B 2, Karton 2, Nr. 15, Bl. 75, 25.10.1956: *Situationsbericht der innenministeriellen Regionalabteilung in Strakonice.*
- Archiv Ministerstva zahraničních věcí, Praha** (Archiv des tschechoslowakischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Prag; nachfolgend AMZV ČR), Eingehende Telegramme, Nr. 11194/1968, 17.12.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest.*
- AMZV ČR, Eingehende Telegramme, Nr. 2641/68, 14.3.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest.*
- AMZV ČR, Eingehende Telegramme, Nr. 2843/68, 20.3.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest.*
- AMZV ČR, Eingehende Telegramme, Nr. 3114/1968, 27.3.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest.*
- AMZV ČR, Eingehende Telegramme, Nr. 3618/1968, 16.5.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest.*
- AMZV ČR, Eingehende Telegramme, Nr. 3618/1968, 24.5.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest.*
- AMZV ČR, Eingehende Telegramme, Nr. 6927/1968, 23.7.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest.*
- AMZV ČR, Eingehende Telegramme, Nr. 7278/1968, 1.8.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest..*
- AMZV ČR, Eingehende Telegramme, Nr. 7278/1968, 29.8.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest.*
- AMZV ČR, Eingehende Telegramme, Nr. 8193/1968, 1.9.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest.*
- AMZV ČR, Eingehende Telegramme, Nr. 8369/1968, 6.9.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest.*

- AMZV ČR, Eingehende Telegramme, Nr. 8484/1968, 11.9.1968: *Chiffretelegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T MLR, 1965-69, Nr. 015/111, 0185/68, 7.10.1968: *Dossier mit diplomatischen Noten, die nach dem Einmarsch in Ungarn und der ČSSR ausgetauscht wurden.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T MLR, 1965-69, Nr. 015/117, Protokoll 0188/68, 8.10.1968: *Protokoll eines Gespräches des 1. Sekretärs der tschechoslowakischen Außenmission in Budapest zwischen Matej Petrina und M. Tóth, dem Leiter der politisch-organisatorischen Abteilung des ZK der MSzMP vom 25.9.1968.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Informace 3/10/1956, 31.10.1956: *Tschechoslowakische Informationsschrift über das Gespräch eines Botschaftssekretärs mit einem Aufständischen.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, MPZ-T 1/1957, [2.1.1956]: *Analyse der historischen Bedingungen der Gründung und Veränderung der ungarischen KP durch die tschechoslowakische Botschaft in Budapest.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, MPZ-T 19/1955, 12.7.1955: *Bericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest über die dortige Gedenkfeier für Lidice.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, MPZ-T 6/1955, 1.4.1955: *Außerordentlicher Bericht über die Situation in Ungarn vor der Sitzung des ZK der MSzP im März 1955.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, MPZ-T 2/1956, 11.1.1957: *Außerplanmäßiger politischer Bericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest zur Situation im Sozialistischen Jugendverband Ungarns (EPOSZ).*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, MPZ-T 28/1956, 27.9.1956: *Tschechoslowakische Botschaftsberichte über den Zustand innerhalb der MSzP.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, MPZ-T 26/1956, 5.10.1956: *Tschechoslowakischer Botschaftsbericht über die gesamtstaatliche Gewerkschaftskonferenz in Ungarn vom 3.10.1956.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, MPZ-T 33/1956, 23.11.1956: *Zusammenfassung der Oktoberereignisse in Ungarn durch die tschechoslowakische Botschaft.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, MPZ-T 27/1956, 11.10.1956: *Tschechoslowakischer Botschaftsbericht über das beginnende akademische Jahr an ungarischen Hochschulen.*

- AMZV ČR, Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, RPZ-T II/1956, 27.8.1956: *Regelmäßiger politischer Bericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest zum II. Halbjahr.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/312, Information 0443/1956, 25.10.1956: *Information zum Verlauf des konterrevolutionären Aufstands in Budapest.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/313, MKZ-T 2/1957, 8.3.1957: *Außerordentlicher Kulturbericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest über den Besuch der tschechoslowakischen Schriftsteller in Ungarn.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/313, MKZ-T 5/1957, 26.4.1957: *Außerordentlicher Kulturbericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest über die Fragen zur erhöhten Propaganda der ČSR in Ungarn.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, Nr. 015/315, MTZ-T 0511/56, 6.12.1956: *Außerplanmäßiger Pressebericht der tschechoslowakischen Botschaft in Ungarn.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1945-1959, ZÚ Budapešť, 15.11.1956: *Protokoll über den Besuch der tschechoslowakischen Regierungsdelegation bei der "revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung der ungarischen Volksrepublik" im Parlament.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/111, 25.1.1968: *Langfristige Propagandakonzeption des tschechoslowakischen Außenministeriums für die Präsentation der ČSSR in Ungarn.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/113, 16.4.1968: *Protokoll über den Literaturabend im Club des ungarischen Schriftstellerverbandes in Budapest.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/116, TZ 6/68, 25.6.1968: *Pressebericht über die ungarische Medienberichterstattung im Umfeld des Besuchs der tschechoslowakischen Regierungskoalition vom 14./15.6.1968.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/117, 18.5.1968: *Gespräche des Referenten des Außenministeriums Mohelský mit dem ungarischen Botschaftsrat M. Barity.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/211, 19.4.1968: *Protokoll eines Gesprächs des tschechoslowakischen Botschafters Púčik mit dem Leiter des Sekretariats der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der ungarischen Regierung János Szita vom 11.4.1968.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ 11, 16.4.1968: *Informationsschrift über den Widerhall der tschechoslowakischen innenpolitischen Entwicklung in Ungarn.*

- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ Nr. 2/69, 13.2.1969: *Politischer Bericht über die Wahrnehmung der Tschechoslowakei in Ungarn und deren mediale Präsentation Anfang 1969.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/311, PZ-T Nr. 14/68, 19.9.1968: *Zusammenfassender Bericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest über die ungarischen Reaktionen auf die tschechoslowakische Krise.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/312, PZ-T 6/1968, 19.2.1968: *Botschaftsbericht über die ersten ungarischen Reaktionen auf die Plenarsitzung des ZK der KSC vom 5.1.1968.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/313, KS 15/1968, 14.10.1968: *Meinungen des ungarischen Philosophen G. Lukács zu den derzeitigen politischen Entwicklungen aus einem Gespräch mit dem tschechoslowakischen Botschaftsreferenten A. Horváth in Budapest.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/313, KS 16/1968, 18.10.1968: *Bericht über die Resonanz der ungarischen kulturellen Öffentlichkeit auf die tschechoslowakischen Ereignisse.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/413, [Juli 1969]: *Dossier zur Abberufung des Presseattachés Chabada und des Kulturattachés Horváth von der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/413, 11.4.1968: *Protokolle über ein Gespräch des Botschafters mit dem Prorektor der ungarischen Parteihochschule Jozef Szabó vom 10.4.1968.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/413, 22.4.1968: *Protokoll über den Besuch des tschechoslowakischen Botschafters im ungarischen Komitat Somogy, einschl. Gesprächsnotizen einiger wichtiger Vertreter der ungarischen Medienlandschaft.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/413, 25.7.1968: *Information der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest über die Resonanz des tschechoslowakischen Erneuerungsprozesses in Ungarn (Ende Juli).*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 015/413, 8.8.1968: *Protokoll eines Gespräches des 1. Sekretärs der tschechoslowakischen Außenmission in Budapest M. Petrina mit M. Tóth, dem Leiter der politisch-organisatorischen Abteilung des ZK der MSzMP vom 2.8.1968.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 05/117, 28.6.1968: *Protokoll über ein Gespräche des tschechoslowakischen Außenministeriumsreferenten Mohelský mit dem ungarischen Botschafter in Prag vom 27.6.1968.*

- AMZV ČR, Fonds TO-T 1965-69, ZÚ Budapešť, Nr. 15/311, PZ-T 13/1968, 25.7.1968: *Politischer Bericht der tschechoslowakischen Botschaft in Budapest über den Standpunkt der MSzMP nach dem Warschauer Treffen.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T MLR 1965-69, Nr. 015/111, 17.9.1968: *Dossier des tschechoslowakischen Außenministeriums über die Resonanz auf Prager Frühling und Truppenmarsch in Ungarn.*
- AMZV ČR, Fonds TO-T MLR 1965-69, Nr. 05/11, 25.7.1968: *Dossier des Außenministeriums über den Artikel O. Machatkas über I. Nagy in Literární listy vom 13.6.1968.*
- Archiv Ústavu pro soudobé dějiny Akademie věd ČR** (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte der tschechischen Akademie der Wissenschaften, nachfolgend AÚSD AV ČR), sbírka vlády ČSFR pro analýzu událostí let 1967 – 1970 (Sammlung der Regierungskommission der Tschechoslowakischen Föderation für die Analyse der Ereignisse 1967-1970; nachfolgend Sammlung KV ČSFR), B - Archiv ministerstva vnitra, Fonds IM, 27.7.1968: *O. Černíks Bericht über die derzeitige Sicherheitssituation vor dem Präsidium der KSČ.*
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, R/106, 1.6.1990: *Gesprächsaufzeichnungen eines strukturierten Interviews mit dem ehemaligen tschechoslowakischen Botschafter in Ungarn (1967/68) J. Púčik und dem Botschaftsrat L. Vince (nachträglich redigiert durch die Interviewten).*
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/M 10, Karton 75, Nr. 5451, 6.6.1968: *Informationsbericht der Internationalen Abteilung des ZK der MSzMP für das ungarische Politbüro über das Geschehen in der Tschechoslowakei.*
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/M 11, Karton 75, Nr. 5452, 10.6.1968: *Brief des ungarischen Botschafters Marjai in Belgrad an den stellvertretenden Außenminister Erdélyi mit einem Bericht über die Zusammenkunft mit dem stellvertretenden bulgarischen Außenminister G. Grozev.*
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/M 12a, Karton 75, Nr. 5453, 5.7.1968: *Protokoll eines bilateralen Gesprächs zwischen Brežnev und Kosygin und den ungarischen Politbüromitgliedern Fock, Kádár und Aczél.*
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/M 12b, Karton 75, Nr. 5453, 6.7.1968: *Meldung des ungarischen Generalstabs an das Politbüro der MSzMP über die Stabsübung Šumava.*
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/M 13, Karton 75, Nr. 5454, 4.7.1968: *Protokoll der Politbürositzungen der MSzMP vom 4.7.1968.*
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/M 16c, Karton 75, Nr. 5457, 2.-3.8.1968: *Ungarisches Protokoll über das Gipfeltreffen in Bratislava vom 2./3.8.1968.*

- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/M 21a, Karton 75, Nr. 5462, 27.8.1968: *Brief des ungarischen Botschafters in Prag an den stellv. ungarischen Außenminister, in dem der Botschafter die Lagebeurteilung Tomášeks wiedergibt.*
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/M 32, Karton 75, Nr. 5473, 3.9.1968: *Bericht der ungarischen Botschaft in Moskau über die Reaktionen des Truppeneinmarsches bei der Bevölkerung der Sowjetunion.*
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/M 35, Karton 75, Nr. 5476, 23.9.1968: *Informationsschrift der Repräsentanten der militärischen Oberbefehlshaber der zweiten Gruppe des Generalstabs der ungarischen Volksarmee an das Außenministerium über die Stimmung in den ungarischen Okkupationstruppen.*
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/M 36, Karton 75, Nr. 5477, 17.10.1968: *Auswirkungen der tschechoslowakischen Ereignisse auf die Entwicklung der grenzübergreifenden Beziehungen zwischen den Akademien der Wissenschaften in Ungarn und der Tschechoslowakei.*
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/M 37, Karton 75, Nr. 5478, 17.10.1968: *Beschluss der ungarischen Regierung über den Abzug der ungarischen Truppen aus der ČSSR.*
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/M 4, Karton 75, Nr. 5445, 5.2.1968: *Einschätzung der Situation in der ČSSR des sowjetischen Botschafters in Prag, übermittelt durch die ungarische Botschaft.*
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/M 6, Karton 75, Nr. 5447, 20.5.1968: *Bericht des ungarischen Botschafters in Prag über die neuesten Entwicklungen in der Tschechoslowakei.*
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/M 7, Karton 75, Nr. 5448, 22.5.1968: *Informationen der Internationalen Abteilung des ZK der MSzMP zum tschechoslowakischen Reformprozess für das ungarische Politbüro.*
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/M 8, Karton 75, Nr. 5449, 23.5.1968: *Brief des ungarischen Botschafters in Moskau zur sowjetischen Bewertung der tschechoslowakischen Ereignisse.*
- Magyar Országos Levéltár Budapest** (Ungarisches Staatsarchiv; nachfolgend MOL Budapest), Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, 18.7.1968: *Information für das Budapester Parteibüro über Meinungsbilder in den Budapester Großbetrieben (nagyüzemek) zu den tschechoslowakischen Ereignissen unter leitenden und einfachen Angestellten.*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, 4.5.1968: *Sikósi Norbert (Vertreter der ungarischen Journalistenunion MUOSZ) berichtet über seinen Besuch in der ČSSR.*

- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 229-231, 23.7.1968: *Agitprop-Bericht über den Widerhall auf die Reaktion der KSČ auf die Briefe der 5 Bruderländer (Mitte Juli 1968) in 4 ungarischen Bezirken (Pest, Nógrád, Csongrád, and Hajdu) und einigen Fabriken (Csepel Eisen- und Metallwerke, Ganz-Mavag, Beloianisz und die Nationale Biergesellschaft)..*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 232-235, 22.7.1968: *Brief von Gyula Varga, eines MSzMP-Sekretärs des Kreisparteikomitees von Zala an die Budapester Agitprop-Zentrale über den regionalen Widerhall der tschechoslowakischen Antwort auf den Warschauer Brief.*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 247-248, 31.8.1968: *Information an den Leiter der Agitprop-Abteilung der MSzMP über die Ablehnung der tschechoslowakischen Botschaft von Lajos Fehérs Rede vom 30.8.1968 zur Situation in der ČSSR.*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 260-261, 13.9.1968: *8. Agitprop-Stimmungsbericht über Bevölkerungsreaktionen zu den Ereignissen in der ČSSR in 5 Komitaten und Budapest.*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 262-264, 4.10.1968: *9. Agitprop-Stimmungsbericht über Bevölkerungsreaktionen zu den Ereignissen in der ČSSR in 6 Komitaten und Budapest.*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/22, Nr. 16, Bl. 49–51, 2.9.1968: *Stimmungsbericht des ZK der kommunistischen Jugendorganisation KISz über die Wahrnehmung des Einmarsches in die ČSSR in verschiedenen Landesteilen.*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/22, Nr. 2, 23.7.1968: *Bericht über eine Studienreise einer ungarischen Delegation der Akademie der Wissenschaften vom 1.-10.7.1968.*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/22, Nr. 2, 27.4.1968: *Interner Bericht von Hárs István und Varnai Vilmos (Magyar Rádió) über deren Studienreise nach Prag, Brünn und Bratislava vom 16.-22.4.1968.*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/22, Nr.16, Bl. 197, 23.4.1968: *Information des ungarischen Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten über Meinungen des Klerus bezüglich der tschechoslowakischen Entwicklung 1968.*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/4, Nr. 93, 7.8.1968: *Protokoll der Sitzung des ZK der MSzMP vom 7.8.1968, einschl. Redebeitrag J. Kádárs über die aktuelle internationale Situation (einschl. ČSSR).*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/4, Nr. 94, 23.8.1968: *Protokoll der geschlossenen Sitzung des ZK der MSZmP und des Ministerrates vom 23.8.1968.*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/4, Nr. 95, 27.8.1968: *Bericht für das ZK der MSzMP über die Situation in der Tschechoslowakei und die diesbzgl. Partei- und Regierungsgespräche in Moskau.*

- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/41, Nr. 91, 26.3.1968: *Protokolle über ein Treffens des Agitations- und Propagandakomitees des ZK der MSzMP im März 1968.*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/47, Nr. 744, 4.9.1968: *Streng vertraulicher Bericht des ungarischen Botschafters Kovács und des ZK-Sekretärs für internationale Angelegenheiten Z. Komócsin.*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/5, Nr. 444, 23.1.1968: *Protokoll der Politbürositzungen der MSzMP, in der u.a. Kádár über sein Treffen mit Dubček am 20.1.1968 berichtete.*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/5, Nr. 448, 5.3.1968: *Nyers' Bericht über seinen Aufenthalt in der ČSSR im Frühjahr 1968.*
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/5, Nr. 462, 15.7.1968: *Protokoll der Sitzung des Politbüros der MSzMP vom 15.7.1968 (Kádárs Referat über die tschechoslowakische Situation).*
- Národní archiv Praha** (Tschechisches Nationalarchiv Prag; nachfolgend: NA Praha), KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/2, Bd. 119, Nr. 146, [23.10.1956]: *Beschlussentwurf für die 146. Sitzung des Politbüros des ZK der KSČ (Punkt 4) mit einer ersten Einschätzung der Ereignisse in Ungarn.*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/2, Bd. 122, Nr. 155, 19.11.1956: *Beschlüsse der Sitzung des Politbüros der KSČ vom 19.11.1956, hier zu den Informationsberichten der tschechoslowakischen Journalisten über die Situation in Budapest.*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956: *Äußerungen von M. Trojanová, Sekretärin des Gewerkschaftsrats (Auslandsabteilung) auf der KSČ-Plenarsitzung.*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/1, Bd. 142, Nr. 185/25, 13.-14.6.1957: *Sitzungsprotokoll des ZK der KSČ zum Thema Ideologie, einschl. deren Rolle und Stärkung nach den ungarischen Ereignissen.*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/1, Nr. 76, 28.3.1968: *Protokoll über die Diskussion des Präsidiums des ZK der KSČ vom 28.3.1968, u.a. zu Kaderfragen der Regierung.*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/1, Nr. 83, Punkt 8, 16.4.1968: *Protokoll der Diskussion auf dem 68. Treffen des Vorsitzes des ZK der KSČ, in dem die Säuberungen von 1957/1958 behandelt werden.*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/1, Nr. 83, Punkt 8, 8.4.1968: *Vorschlag für einen Beitrag zur 68. Sitzung des Vorsitzes des ZK der KSČ, auf der ein offizieller Standpunkt des ZK zu den Säuberungen von 1957/58 entworfen werden sollte.*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/2, Bd. 100, Nr. 116, 2.5.1956: *Protokoll der Politbürositzung des ZK der KSČ vom 2.5.1956.*

- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/2, Bd. 113, Nr. 134, Punkt 30 (Anhang III), 27.8.1956: *Offizieller Bericht über den Missbrauch des grenzüberschreitenden Fremdenverkehrs mit Ungarn und Polen.*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/2, Bd. 120, Nr. 147, 24.10.1956: *Protokoll der Sitzung des Politbüros der KSČ am 24.10.1956, u.a. zu den Ereignissen in Ungarn (Punkt 1).*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/2, Bd. 124, Nr. 158, Punkt 14, 10.12.1956: *Bericht des Innenministeriums und der Generalstaatsanwaltschaft an das Politbüro über den Aufenthalt und die Grenzübertritte ungarischer Bürger auf das Gebiet der ČSR.*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/2, Bd. 125, Nr. 160, Punkt 14, 13.12.1956: *Informationsbericht des Innenministers für das Politbüro der KSČ über die Rekrutierung ungarischsprachiger Agenten in der Südslowakei.*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/2, Bd. 126, Nr. 162, Punkt 15, 21.12.1956: *Informationsbericht des Innenministers an das Politbüro der KSČ über die Einsatzbereitschaft und den politisch-moralischen Zustand der einzelnen Abteilungen des Innenministeriums während der außerordentlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit den Krisen in Ungarn, Polen und Ägypten.*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/2, Bd. 142, Nr. 185, Punkt 12, 11.6.1957: *Vorschlag des KSČ-Politbüros zur Diskussion über ideologische Fragen der Partei auf der folgenden ZK-Sitzung.*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/2, Bd. 83, Nr. 101, 6.2.1956: *Protokoll der Sitzung des Politbüros der KSČ vom 6.2.1956.*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/2, Bd. 95, Nr. 113, 19./20.4.1956: *KSČ-Politbürositzung (Besprechung der Ergebnisse des März-Plenums des ZK der KSČ; Vorbereitung eines weiteren ZK-Plenums).*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 07/15, Nr. 225, [Februar 1968]: *Informationsbericht der Internationalen Abteilung des ZK der KSČ über die Standpunkte der Vertreter verschiedener kommunistischer Parteien bei deren Besuch in Prag anlässlich der 20. Jahresfeier zum "Siegreichen Februar 1948".*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 07/15, Nr. 245, 10.1.1969: *Bericht des ČTK-Korrespondenten Drábka über "vertrauliche Gespräche in Ungarn".*
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 07/16, Bd. 3, 24./25.10.1956: *Novotnýs Bericht über seine Gespräche in Moskau vom Vortag über die ungarischen Ereignisse, die mit den Bündnisstaaten getroffenen Vereinbarungen und seine persönliche Einschätzung der Lage.*

- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 100/3, Bd. 110, Nr. 371: *Beurteilung der ungarischen Ereignisse und ihres Wiederhalls in der ČSR sowie Schlussfolgerungen für die Arbeit der KSČ.*
- NA Praha, Fonds 02/2, Bd. 120, 148, Punkt 23, 29.10.1956: *Beschluss des Politbüros des ZK der KSČ zu den Ereignissen in Ungarn.*
- NA Praha, Fonds 02/2, Bd. 122, 155, Punkt 22, 13.11.1956: *Interner Bericht des tschechischen ČTK-Korrespondenten Zdeněk Hoření über seinen Aufenthalt in Budapest Mitte November 1956* (Beilage III zum Politbüro-Sitzungsprotokoll vom 19.11.1956).
- NA Praha, Fonds 02/2, Bd. 122, 155, Punkt 22, 14.11.1956: *Interner Bericht des tschechischen ČTK-Korrespondenten über seinen Aufenthalt in Budapest Mitte November 1956.*
- NA Praha, Národní shromáždění republiky Československé 1954-1960, 27. Sitzung, 16.10.1958: *27. Sitzung der Nationalversammlung der ČSR, u.a. zur Lohnentwicklung in den letzten Jahren.*
- Open Society Archiv Budapest** (nachfolgend: OSA Budapest), Fonds 300/40/2, Karton 44, 13.6.1968: *MTI-Pressemeldungen (RFE-Monitoring) über die Berichterstattung zum Auftakt des tschechoslowakischen Staatsbesuchs in Budapest.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 140, 16.1.1968: *Interner RFE-Bericht über die allgemeine Stimmung in Budapest.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 140, 9.11.1968: *RFE-Bericht über die generelle Stimmung der ungarischen Gesellschaft Anfang November 1968.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 140, Nr. 1922/68, 23.10.1968: *Interner RFE-Bericht über die politische Stimmung in Budapest.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, 11.6.1968: *RFE-Bericht über den Einfluss der tschechoslowakischen Reformen auf Intellektuelle in Ungarn.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, 13.6.1968: *Radio Budapest über die tschechoslowakisch-ungarische Zusammenarbeit.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, 15.5.1968: *RFE-Bericht über westliche Berichterstattung zu Kádárs unterstützender Haltung gegenüber dem Prager Frühling.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, 18./19.3.1968: *RFE-Bericht über ungarische Medienstimmen im I. Quartal 1968 zum Erneuerungsprozess in der ČSSR.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, 18.5.1968: *Reuter-Meldung über den ungarischen Standpunkt zu den tschechoslowakischen Reformern.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, 20.3.1968: *RFE-Aufzeichnung über persönliche Meinungen in Ungarn zur Entwicklung in der ČSSR.*

- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, 20.4.1968: *RFE-Sendungsprotokoll eines Interviews mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten O. Černík auf Radio Budapest vom 20.4.1968, 18 Uhr.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, 21.6.1968: *RFE-Monitoring des tschechoslowakischen Fernsehens und Rundfunks zur ungarischen Unterstützung des Prager Frühlings.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, 24.5.1968: *MTI-Meldung (RFE-Monitoring) über J. Hájeks Einschätzung des ungarisch-tschechoslowakischen Verhältnisses.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, 27.6.1968: *MTI-Bericht über Népszabadságs Kritik am Machátka-Artikel in Literární listy.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, 28.5.1968: *RFE-Clipping eines Artikels von László Ujlaki in der Pravda (Bratislava) vom 28.5.1968 über ungarische Standpunkte gegenüber den tschechoslowakischen Reformen.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, 8.6.1968: *MTI-Bericht über Svobodas Äußerungen über das Verhältnis der ČSSR zu ihren sozialistischen Partnern.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1510/68, 5.8.1968: *Anonymer Stimmungsbericht aus Ungarn über die dortigen Reaktionen auf 1968 auf die tschechoslowakische Reformentwicklung (Beobachtungen vom 16.7.1968).*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1525/68, 7.8.1968: *Anonymer Stimmungsbericht aus Ungarn über Kontakte zwischen Dubček und Kádár (Beobachtungen vom 10.7.1968).*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1559/68, 14.8.1968: *RFE-Stimmungsbericht eines anonymen Beobachters aus politischen Kreisen in Ungarn Mitte August 1968.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1564/68, 14.8.1968: *Interner RFE-Bericht über Reaktionen der ungarischen Bevölkerung zu den tschechoslowakischen Reformentwicklungen.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 1606/68, 6.9.1968: *Anonymer RFE-Stimmungsbericht aus Ungarn über ungarische Reaktionen auf die tschechoslowakischen Ereignisse (Beobachtungszeitraum: früher August 1968).*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. 942/68, 27.5.1968: *RFE-Bericht über politische und generelle Meinungen in der ungarischen Bevölkerung im April/Mai 1968.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/2, Karton 44, Nr. F-125, 2.7.1968: *RFE-Presseanalyse Ungarn für die 2. Junihälfte 1968.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1025/68, 31.5.1968: *RFE-Situationsbericht Budapest.*

- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1069/68, 7.6.1968: *RFE-Bericht über ungarische Meinungen zum Prager Frühling im Zeitraum Anfang Juni 1968.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1111/68, 10.6.1968: *RFE-Bericht über das ungarische Interesse am Prager Frühling Anfang Juni 1968.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1201/68, 27.6.1968: *RFE-Bericht über die politische Atmosphäre in Ungarn Ende Juni 1968.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1649/68, 9.9.1968: *Interner Informationsbericht eines RFE-Mitarbeiters (offenbar eines ungarischen Westemigranten), der sich vom 17.-28.8.1968 in verschiedenen Teilen Ungarns aufhielt.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1659/68, 11.9.1968: *RFE-Bericht über die Stimmung in Ungarn am 31. August 1968.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1664/68, 11.9.1968: *Bericht eines 1956 emigrierten und 1968 besuchsweise zurückgekehrten Ungars über die Atmosphäre in Ungarn während der Militäraktion gegen die ČSSR.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1670/68, 11.9.1968: *Anonymer RFE-Meinungsbericht eines Ungarn über die Rückwirkungen der Militäraktion auf Ungarn.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1671/68, 11.9.1968: *Erfahrungsbericht eines Ungarn, der sich vom 20.-24.8.1968 als Urlauber in der Slowakei aufhielt.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1701/68, 16.9.1968: *RFE-Bericht über die ersten Reaktionen in Budapest auf den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1729/68, 20.9.1968: *RFE-Bericht über Reaktionen der ungarischen Bevölkerung auf den Truppeneinmarsch in die ČSSR.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1732/68, 20.9.1968: *RFE-Bericht über Reaktionen der Budapester Bevölkerung auf den Truppeneinmarsch in die ČSSR.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1737/68, 24.9.1968: *RFE-Bericht über intensivierte Polizei- und Grenzkontrollen in Ungarn am 21.8.1968.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1811/68, 8.10.1968: *RFE-Bericht über Reaktionen der ungarischen Bevölkerung auf die Situation in der ČSSR bis Mitte September 1968.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 1910/68, 22.10.1968: *Interner Informationsbericht einer Quelle von RFE zu Reaktionen in Ungarn über den Truppeneinmarsch in die ČSSR, Ende August bis Ende September 1968.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 233/69, 5.2.1969: *Augenzeugenbericht über Sándor Bauers Selbstmord.*

- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 2387/68, 31-12-1968: *RFE-Bericht über ungarische Schriftsteller auf internationaler Übersetzerkonferenz in Budapest im November 1968.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton 3, Nr. 526/68, 20.3.1968: *RFE-Stimmungsbericht Ungarn für den Zeitraum Februar bis Anfang März 1968.*
- OSA Budapest, Fonds 300/40/4, Karton, Nr. 1326/57, 27.2.1957: *RFE-Bericht eines tschechoslowakischen Informanten über die staatlich verordnete Schweigepflicht für aus Ungarn zurückkehrende Bürgern der ČSR.*
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 14, Nr. 4750/57, 20.8.1957: *Augenzeugenbericht eines tschechischen RFE-Informanten über die Stimmung in der tschechoslowakischen Bevölkerung (bis Mitte August 1957).*
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 18, Box-Folder-Report 111-1-225, 1968-6-18: *RFE-Pressanalyse aktueller Medienberichte zum Prager Frühling in verschiedenen sozialistischen Staaten.*
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 18, Box-Folder-Report 18-3-9, 1968-7-31: *Analyse der Medienreaktionen auf den Prager Frühling im Juli 1968 in Ungarn und den anderen Nachbarländern der ČSSR.*
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 28, Box-Folder-Report 28-3-169, 1956-03-29: *RFE-Bericht über Rajks Rehabilitierung und westliche Pressestimmen dazu.*
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 28, Box-Folder-Report 28-3-96, 1956-6-25: *RFE-Bericht über Äußerungen des Präsidenten der ungarischen Präsidialkammer I. Dobi in Radio Budapest.*
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 28, Box-Folder-Report 28-3-91, 1956-6-27: *Ungarische Pressestimmen über Äußerungen des Justizministers Molnár zur Wiedereinführung der Rechtsstaatlichkeit.*
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-1-59, 1956-11-6: *RFE-Situationsbericht über die tschechoslowakischen Reaktionen auf die Ungarische Revolution (bis zum 5.11.1956).*
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-1-48, 7.11.1956: *RFE-Situationsbericht über die tschechoslowakischen Reaktionen auf die Ungarische Revolution (bis zum 7.11.1956).*
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-4-33, 1957-3-19: *Zusammenfassender RFE-Bericht über die tschechoslowakischen Reaktionen auf die Ungarische Revolution.*
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-2-163, 1956-11-10: *RFE-Situationsbericht über die tschechoslowakischen Reaktionen auf die Ungarische Revolution (bis zum 10.11.1956).*

- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 29, Box-Folder-Report 29-1-39, 1956-11-08: *RFE-Situationsbericht über die tschechoslowakischen Reaktionen auf die Ungarische Revolution (bis zum 8.11.1956)*.
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 32, Box-Folder-Report 32-1-134, 1962-4-13: *RFE-Pressenbericht über einen Satire-Artikel in Népszabadság vom 4.4.1962*.
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 32, Box-Folder-Report 32-2-153, 1962-06-06: *RFE-Zusammenfassung einer Rezension des Dramas "Az utazás" von L. Németh sowie dessen politische Einordnung*.
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 33, Box-Folder-Report 33-3-285, 1966-3-25: *RFE-Überblicksstudie über die ungarische Außenpolitik sowie die Beziehungen Ungarns zu seinen Nachbarn seit dem Ende des Ersten Weltkriegs bis Mitte der 60er Jahre*.
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-2-36, 1968-08-01: *Darstellung sowjetischer Pressereaktionen auf die vergleichsweise zurückhaltende ungarische Berichterstattung zum Prager Frühling*.
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-3-227, 1969-2-24: *Bericht des RFE-Beobachters Slobodan Stanković über die Reaktionen der ungarischen Bevölkerung auf den Truppeneinmarsch in der ČSSR mit Bezügen auf den Korrespondenten Blagoje Lazic der jugoslawischen Zeitung Borba*.
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-1-1, 17.12.1968: *RFE-Bericht über den Parteiausschluss dreier Philosophen, die der ungar. Interventionsbeteiligung kritisch gegenüberstanden, einschließlich Hintergrundinformationen zur Gruppe um G. Lukács*.
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-1-104, 1968-7-17: *RFE-Bericht über die Reaktion der Provinzzeitung Kisaföld zum Manifest der 2000 Worte*.
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-2-8, 1968-10-16: *RFE-Übersetzung eines Artikels aus Szolnok megyei Néplap, der klar macht, dass es verboten ist, westliche Radiosender zu hören, sofern die Sendungen auch von Außenstehenden zu hören sind*.
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-1-310, 1968-2-26: *Kritik eines New York Times-Artikels, in dem ein ungarischer Artikel mit der russischen Übersetzung in Prawda verglichen wird*.
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-2-120, 7.5.1968: *RFE-Übersetzung und -Kommentar eines Artikels in Prawda vom 20.4.1968, den Agitpropchef und MSzMP-Politbüromitglied István Szirmai über den tschechoslowakischen Reformprozess und die Flexibilität sozialistischer Staatlichkeit schrieb*.

- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 78-2-10, 1968-12-16: *RFE-Zusammenfassung eines Artikels in der jugoslawischen Zeitung Politika über ungarische Intellektuelle, die gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings und die Reaktionen der MSzMP protestierten.*
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 34, Box-Folder-Report 34-1-29, 28.10.1968: *RFE-Monitoring eines ungarischen Radiokommentars vom 19.10.1968, 14.45 Uhr auf Radio Budapest.*
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 35, Box-Folder-Report 35-4-4.shtml, 1973-1-10: *RFE-Bericht über die Situation an den ungarischen Hochschulen und kleineren Studentenbewegungen in Ungarn in den fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahren.*
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 28, Box-Folder-Report 28-5-71, 1956-10-29: *Offener Brief des Revolutionskomitees der ungarischen Intellektuellen einschl. biografischer Daten der Signatare.*
- OSA Budapest, Fonds 300/8/3, Karton 33, Box-Folder-Report 33-4-301, 1967-1-31: *Bericht über die ungarische Literaturpolitik, wie sie auf dem IX. Parteitag der MSzMP im November/Dezember 1966 diskutiert wurde.*
- Slovenský národný archív Bratislava** (Slowakisches Nationalarchiv, Bratislava; nachfolgend: SNA Bratislava, Fonds ÚV KSS, Karton 931, 18.10.1956: *Protokoll über die ZK-Sitzung der KSS vom 18.10.1956, die anlässlich der Rehabilitation von L. Rajk einberufen worden war.*
- SNA Bratislava, Fonds ÚV KSS, Karton 933, 29.10.1956: *Sitzung des Politbüros der KSS u. a. zu Vorsichtsmaßnahmen gegenüber der ungarischen Minderheit.*
- Všeodborový archiv Českomoravské konfederace odborových svazů, Praha** (Gesamtgewerkschaftliches Archiv der böhmisch-mährischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände, Prag; nachfolgend: VOA Praha), Fonds Mezinárodní oddělení, Karton 276, Nr. 1598b, [Oktober 1968]: *Auswertung der Beziehungen zwischen den ungarischen und tschechoslowakischen Gewerkschaften 1968.*
- VOA Praha, Fonds OS potraviny, Karton 23, 29.10.1956: *Parteigruppenplenium des Gewerkschaftsverbandes der Angestellten in der Nahrungsmittelindustrie, u.a. zum Ungarnaufstand.*
- VOA Praha, Fonds OS školství, Karton 36, 25.10.1956: *Protokoll der Parteigruppensitzung ÚVOS Angestellte im Bildungswesen vom 25.10.1956 zu den Ereignissen in Ungarn und der Frühjahrsentwicklung in der ČSR.*
- VOA Praha, Fonds OS umění, Karton 29, 5.11.1956: *Protokoll eines Treffens des Gewerkschaftsbundes der Angestellten im Kunstgewerbe u. a. zum Ungarnaufstand.*

- VOA Praha, Fonds S-ÚRO II, Karton 69, Nr. 230; Karton 71, Nr. 233-234, [Oktober - November 1956]: *Sammlung gewerkschaftlicher Situationsberichte über die Lage in den tschechoslowakischen Betrieben während der ungarischen Revolution.*
- VOA Praha, Fonds ÚRO-Předsednictvo, Karton 89, Nr. 456, [Juni 1967]: *Informationsbericht über ein Treffen leitender Repräsentanten der tschechoslowakischen und ungarischen Gewerkschaften in Budapest vom 25.-27.6.1967.*

Gedruckte Quellen

(Sofern bekannt werden auch die Archivsignaturen angegeben, da oft neben den gedruckten Auszügen auch die vollständigen Archivtexte relevant sind.)

- Aktionsprogramm der KSČ, vom ZK angenommen am 5.4.1968*, in: ČAPKA, F. (Hg.): *Sborník dokumentů ke studiu nejnovějších českých dějin*. MU: Brno 2002, S. 84–101.
- Archiv – Ministerstvo vnitra České republiky** (Archiv des tschechischen Innenministeriums; nachfolgend: AMV ČR), Fonds A 2/3, Nr. 2133, 12.3.1968: *Stellungnahme und juristischer Standpunkt des Innenministers Josef Kudrna zu den Studentendemonstrationen in Strahov (Prag) am 31.10.1967 und der Reaktion der Polizei*, in: KOUDELKA, F.; SUK, J. (Hg.): *Ministerstvo vnitra a bezpečnostní aparát v období Pražského jara 1968. Leden-srpen 1968*. Doplněk: Brno 1996, S. 45–49.
- AMV ČR, Fonds A 7, Nr. 642, 6.5.1968: *Rede von J. Smrkovský auf der Versammlung der Mitarbeiter des Innenministeriums*, in: KOUDELKA, F.; SUK, J. (Hg.): *Ministerstvo vnitra a bezpečnostní aparát v období Pražského jara 1968. Leden-srpen 1968*. Doplněk: Brno 1996, S. 103–109.
- AMV ČR, Fonds IM, 02-7/XV, Bl. 29, 21.8.1968: *Anweisung (per Fernschreiben) des stellvertr. Innenministers V. Šalgovič an die Kreisabteilung der Staatssicherheit in Ústí n.L.*, in: KOUDELKA, F.; SUK, J. (Hg.): *Ministerstvo vnitra a bezpečnostní aparát v období Pražského jara 1968. Leden-srpen 1968*. Doplněk: Brno 1996, S. 219–220.
- AMV ČR, Fonds Sekretariát ministra vnitra, 1956, A 6 III-1070, 20.11.1956: *Geheimbefehl des Innenministers Nr. 132, wonach verschiedene innere Sicherheitsmaßnahmen im Kontext des Ungarnaufstands zum 1.12.1956 abgemildert oder aufgehoben werden sollen*, in: BÍLEK, J. (Hg.): *Vojenská a další opatření Československa v době povstání v Maďarsku na podzim 1956*. Historický ústav Armády ČR: Praha 1993, S. 117–119.
- AMZV ČR, Eingehende Telegramme, Nr. 2506/1968, 11.3.1968: *Telegramm der tschechoslowakischen Botschaft in Berlin über die Informationspolitik der SED mit Einschätzungen zu den tschechoslowakischen Reformentwicklungen*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.): *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967- 1970. Prosinec 1967-červenec 1968*. Doplněk: Brno 1995, S. 66–67.

- AMZV ČR, Eingehende Telegramme, Nr. 3505/1968, 6.4.1968: *Chiffretelegramm des tschechoslowakischen Chargé d'Affaires (Chabada) in Budapest über die Meinungen Komócsins, Gosztonys und verschiedener Ostblockstaaten über die Entwicklung in der Tschechoslowakei*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.): *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967- 1970. Prosinec 1967-červenec 1968*. Doplněk: Brno 1995, S. 128–129.
- AMZV ČR, Eingehende Telegramme, Nr. 4370/1968, 3.5.1968: *Telegramm des tschechoslowakischen Botschafters in Belgrad, L. Šimovič zu Überlegungen einer ungarisch-tschechoslowakisch-jugoslawischen Wirtschaftszusammenarbeit*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.): *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967- 1970. Prosinec 1967-červenec 1968*. Doplněk: Brno 1995, S. 162–163.
- Archiv předsednictva vlády ČSFR (Archiv des Regierungsvorsitzes der ČSFR), Fonds O. Černík, Sekretariát Regierungspräsidium, PV 531, [Mai 1968]: *Undatierte Satzung des K 231*, in: PECKA, J. et al. (Hg.): *Občanská společnost 1967–1970. Sociální organismy a hnutí Pražského jara 1967–1970*. Doplněk: Brno 1998, S. 37–40.
- AÚSD AV ČR, Sammlung 1968-169, SVS, České Budějovice, 13.11.1968: *Protokoll des Prager studentischen Aktionsausschusses der Hochschulen über den Empfang der Vertreter des studentischen Hochschulbunds auf der Prager Burg*, in: PECKA, J. et al. (Hg.): *Občanská společnost 1967–1970. Sociální organismy a hnutí Pražského jara 1967–1970*. Doplněk: Brno 1998, S. 99–103.
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, 4.6.1968: *Brief der katholischen Diezöse Hradec Králové an die tschechoslowakische Regierung*, in: PECKA, J. et al. (Hg.): *Občanská společnost 1967–1970. Sociální organismy a hnutí Pražského jara 1967–1970*. Doplněk: Brno 1998, S. 209.
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, 47/I, F 38/MK ČR, Signatur 47/1, Karton 325, 14.6.1968: *Brief des Vorbereitungsausschusses der katholischen Organisation "Dílo koncilové obnovy" (Werk der Konzilerneuerung) an das tschechoslowakische Innenministerium*, in: PECKA, J. et al. (Hg.): *Občanská společnost 1967–1970. Sociální organismy a hnutí Pražského jara 1967–1970*. Doplněk: Brno 1998, S. 210–211.
- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, A 666, 13.3.1968: *Auftritt des Oberhauptes des Generalstabs der tschechoslowakischen Armee O. Rytíř auf dem Treffen der Mitarbeiter des Generalstabs* (Transkription Tonbandaufnahme), in: BENČÍK, A. et al. (Hg.): *Vojenské otázky československé reformy 1967 - 1970. Vojenská varianta řešení čs. krize (1967 - 1968)*. Doplněk: Brno 1996, S. 78–80.

- AÚSD AV ČR, Sammlung KV ČSFR, Z/S 3, [8.5.1968]: *Protokoll über die Verhandlungen des sowjetischen Zentralkomitees mit den führenden Repräsentanten der Fünfergruppe in Moskau vom 8.5.1968*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.): *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967- 1970. Prosinec 1967-červenec 1968*. Doplněk: Brno 1995, S. 193–214.
- AÚSD AV ČR, SVS Č.Bu, 26.5.1968: *Satzung des studentischen Hochschulbunds Böhmens und Mährens*, in: PECKA, J. et al. (Hg.): *Občanská společnost 1967–1970. Sociální organismy a hnutí Pražského jara 1967–1970*. Doplněk: Brno 1998, S. 93–98.
- Magyar Honvédség Központi Irattára Budapest** (Ungarisches militärisches Zentralarchiv, Budapest; nachfolgend: MHKI Budapest), Nr. Karton 5/12/2, Dok. 1, 5.7.1968: *Bericht der ungarischen Generale I. Oláh und F. Sűcs an das Politbüro der MSzMP über die Šumava-Militärübungen im Juni/Juli 1968 in der ČSSR*, in: VOJENSKÝ HISTORICKÝ ÚSTAV (HG.): *Historie a vojenství*, Nr. 42, Jg. 5 (1993), S. 144–155.
- MHKI Budapest, Karton 5/12/11, Dok. 48, 2.9.1968: *Lagebericht vom ungarischen General F. Szűcs über die Situation in der Tschechoslowakei nach der Okkupation*, in: VOJENSKÝ HISTORICKÝ ÚSTAV (HG.): *Historie a vojenství*, Nr. 42, Jg. 5 (1993), S. 159–162.
- MHKI Budapest, Nr. Karton 5/12/11, Dok. 13, 24.7.1968: *Protokolle über die Verhandlungen des Vorsitzenden des Generalstabs der ungarischen Armee K. Csémi mit dem Oberbefehlshaber K. Provalov der Armeegruppe Süd der sowjetischen Armee auf ungarischem Territorium*, in: BENČÍK, A. et al. (Hg.): *Vojenské otázky československé reformy 1967 - 1970. Vojenská varianta řešení čs. krize (1967 - 1968)*. Doplněk: Brno 1996, S. 238–239.
- MOL Budapest, Fonds M-KS 276/65, Nr. 117, 13.7.1956: *Chruščevs Brief an M. Rákosi und andere sozialistische Parteiführer zu den sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen und künftigen Möglichkeiten der blockinternen grenzübergreifenden Kooperation*, in: KISS, J. et al. (Hg.): *Top Secret: Magyar-jugoszlav Kapcsolatok, 1956 Dokumentok*. MTA Jelenkor-kutató bizottság: Budapest 1997, S. 77–84.
- MOL Budapest, Fonds M-KS 288/47, Nr. 744, 14.12.1968: *Protokoll eines vertraulichen Gesprächs zwischen Kádár und dem Vorsitzenden des KGB Andropov in Budapest am 6./7.12.1968*, in: VIDA, I. (Hg.): *Feljegyzés Kádár János és J.V. Andropov 1968 december 6-7-i beszélgetésről*. Társadalmi Szemle 1995 (1), S. 84–94.
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 01, Bd. 51, Nr. 55, 5./6.12.1956: *Positionen und Einschätzungen zu den Ereignissen in Ungarn verschiedener hoher Parteifunktionäre sowie deren Schlussfolgerungen für die weitere Tätigkeit der KSČ*, in: BÍLEK, J. (Hg.): *Vojenská a další opatření Československa v době povstání v Maďarsku na podzim 1956*. Historický ústav Armády ČR: Praha 1993, S. 122–143.

- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/1, Bd. 39, Nr. 39, 28.6.1967: *Diskussionsbeitrag von Ludvík Vaculík auf dem IV. Kongress der tschechoslowakischen Schriftsteller in Prag (27.-28.6.1967)*, in: PECKA, J. et al. (Hg.): *Občanská společnost 1967–1970. Sociální organismy a hnutí Pražského jara 1967–1970*. Doplněk: Brno 1998, S. 316–317.
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/1, Bd. 65, Nr. 73, Punkt 14, 20.3.1968: *J. Špaček's Beitrag auf einer Sitzung des Vorsitzes des ZK der KSČ zur Konzeption der Kirchenpolitik*, in: PECKA, J. (Hg.): *Spontánní projevy Pražského jara. 1968 - 1969*. Doplněk: Brno 1993, S. 197–201.
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/1, Bd. 70, Nr. 78, Punkt 30, 20.5.1968: *Unterlagen des Landwirtschaftsministers zum Standpunkt zur Gründung gesellschaftlicher Interessensorganisationen für Genossenschaftsbauern*, in: PECKA, J. et al. (Hg.): *Občanská společnost 1967–1970. Sociální organismy a hnutí Pražského jara 1967–1970*. Doplněk: Brno 1998, S. 154–161.
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/1, Nr. 102, Punkt 1, 8.7.1968: *Protokoll der 83. Sitzung des Präsidiums des ZK der KSČ zu den 5 Briefen der Bündnisstaaten*, in: VONDROVÁ, J. (Hg.): *Komunistická strana Československa. Konsolidace (květen-srpen 1968)*. Doplněk: Praha, Brno 2000, S. 190–215.
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/1, Nr. 103, Punkt 3, 25.6.1968: *Bericht des ČTK-Korrespondenten V. Drábka über die parteiinterne Informationsschrift des ZK der MSzMP zu den tschechoslowakisch-ungarischen Beziehungen*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.): *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967- 1970. Prosinec 1967-červenec 1968*. Doplněk: Brno 1995, S. 249–250.
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/1, Nr. 104, Punkt 1, 12.7.1968: *Protokoll der 85. Sitzung des Präsidiums des ZK der KSČ, u.a. zu den Briefen der "Fünfergruppe" und einer entsprechenden Reaktion des ZK der KSČ*, in: VONDROVÁ, J. (Hg.): *Komunistická strana Československa. Konsolidace (květen-srpen 1968)*. Doplněk: Praha, Brno 2000, S. 227–250.
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/1, Nr. 126, Inf. 1, [Ende August.1968]: *Bericht über das Treffen zwischen Dubček und Kádár in Komárno am 17.8.1968, wo es um die innenpolitische Entwicklung der ČSSR nach den Treffen in Čierné nád Tisou und Bratislava ging*, in: VONDROVÁ, J.; NAVRÁTIL, J. (Hg.): *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967-1970. Červenec - srpen 1968*. Doplněk: Praha, Brno 1996, S. 216–219.
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/1, Nr. 82, 25.6.1968: *Protokoll der Verhandlungen zwischen der tschechoslowakischen Partei- und Regierungsdelegation mit der ungarischen Führung in Budapest am 13.6.1968*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.): *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967- 1970. Prosinec 1967-červenec 1968*. Doplněk: Brno 1995, S. 246–249.

- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/1, Nr. 85, Punkt 2 (P4174), 7.5.1968: *Protokoll der 70. Sitzung des ZK der KSČ zum Bericht über die KSČ-Kreiskonferenzen und das weitere Vorgehen der Parteiführung (Teil I)*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.): *Komunistická strana Československa. Pokus o reformu (říjen 1967 - kveten 1968)*. Doplněk: Praha 1999, S. 398–436.
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/1, Nr. 85, Punkt 2 (P4174), 8.5.1968: *Protokoll der 70. Sitzung des ZK der KSČ zum Bericht über die KSČ-Kreiskonferenzen und das weitere Vorgehen der Parteiführung (Teil II)*, in: VONDROVÁ, J.; NAVRÁTIL, J. (Hg.): *Komunistická strana Československa. Kapitulace (srpen - listopad 1968)*. Ústav pro soudobé dějiny AV ČR: Praha 2001, S. 437–449.
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/2, 5.12.1956: *Bericht für das Politbüro der KSČ über ein Treffen tschechoslowakischer und ungarischer Offiziere der gemeinsamen Grenzwaiche*, in: BÍLEK, J. (Hg.): *Vojenská a další opatření Československa v době povstání v Maďarsku na podzim 1956*. Historický ústav Armády ČR: Praha 1993, S. 120–123.
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 02/2, Bd. 120, Nr. 147, 24.10.1956: *Protokoll und Beschlüsse des Politbüros des ZK der KSČ, in denen Maßnahmen der Propagandaarbeit und der Innenpolitik in der Folge des Ungarnaufstands festgelegt werden*, in: BÍLEK, J. (Hg.): *Vojenská a další opatření Československa v době povstání v Maďarsku na podzim 1956*. Historický ústav Armády ČR: Praha 1993, S. 20–21.
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 07/15, 5.7.1968: *Brief des Politbüros der MSzMP an das Präsidium des ZK der KSČ*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.): *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967- 1970. Prosinec 1967-červenec 1968*. Doplněk: Brno 1995, S. 260–261.
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 07/15, Bd. 245, 16.7.1968: *Tschechoslowakisches Protokoll eines konfidenziellen Treffens zwischen Dubček, Černík, Kádár und Fock vom 13.7.1968 in Komárom*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.): *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967- 1970. Prosinec 1967-červenec 1968*. Doplněk: Brno 1995, S. 300–304.
- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 07/15, Nr. 251, 24.6.1968: *Bericht des ČTK-Korrespondenten Pavel Günsberg in Ostberlin über die Ansichten einiger DDR-Repräsentanten über mögliche negative Auswirkungen des tschechoslowakisch-ungarischen Freundschaftsvertrages*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.): *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967- 1970. Prosinec 1967-červenec 1968*. Doplněk: Brno 1995, S. 245–246.

- NA Praha, KSČ-ÚV 1945-1989, Fonds 100/3, Bd. 10, Nr. 55, [März 1957]: *Unterlagenmaterial über den Zustand der Ungarischen Volksarmee und die Ursachen ihres Zerfalls im Oktober 1956 für die Beratung des KSČ-Politbüros am 9.4.1957*, in: BÍLEK, J. (Hg.): *Vojenská a další opatření Československa v době povstání v Maďarsku na podzim 1956*. Historický ústav Armády ČR: Praha 1993, S. 140–143.
- NA Praha, Fonds 05/11, Bd. 89, Nr. 5, 8.1.1957: *Generalstabsbericht für das tschechoslowakische Verteidigungsministerium mit einer Auswertung über die Tätigkeit der Kommandeure, Stäbe und Truppen im Oktober/November 1956*, in: BÍLEK, J. (Hg.): *Vojenská a další opatření Československa v době povstání v Maďarsku na podzim 1956*. Historický ústav Armády ČR: Praha 1993, S. 190.
- NA Praha, Fonds 07/16, Bd. 3, 24.10.1956: *Aufzeichnungen über das sowjetische Präsidialtreffen mit den Parteichefs der Bündnisstaaten am 24.10.1956 (von A. Novotnýs persönlichem Sekretär Jan Svoboda)*, in: BÉKÉS, C. et al. (Hg.): *The 1956 Hungarian Revolution. A History in Documents*. Central European University Press: Budapest 2002, S. 222–227.
- NATO Archive Brüssel, Document C-M(56)110, 24.9.1956: *Einschätzungen des Nato-Ministerrats über den jüngsten Liberalisierungsprozess in Osteuropa*, in: BÉKÉS, C. et al. (Hg.): *The 1956 Hungarian Revolution. A History in Documents*. Central European University Press: Budapest 2002, S. 169–177.
- Public Record Office**, Fonds 371, file 128448, Sig. NC 1011/1, 4.1.1957: *Jahresbericht der Britischen Botschaft in Prag über die Situation in der ČSR 1956*, in: *Soudobé dějiny*, Nr. 4, Jg. 4 (1996), S. 569–582.
- Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR** (nachfolgend: SAPMO Berlin), ZK der SED, internes Parteiarchiv J IV 2/201/777 und 778, 23.3.1968: *Stenografische Mitschrift des Warschauer-Pakt-Spitzentreffens in Dresden am 23.3.1968*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.): *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967- 1970. Prosinec 1967-červenec 1968*. Doplněk: Brno 1995, S. 73–117.
- SAPMO Berlin, ZK der SED, internes Parteiarchiv, J IV 2/201/790, 15.7.1968: *Inoffizielles Protokoll des Beratungsgesprächs der führenden Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten (ohne ČSSR und Rumänien) in Warschau über die Lage in der Tschechoslowakei und das weitere Vorgehen*, in: VONDROVÁ, J. et al. (Hg.): *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967- 1970. Prosinec 1967-červenec 1968*. Doplněk: Brno 1995, S. 269–296.
- SNA Bratislava, Fonds ÚV KSS, Karton 36, 11.3.1968: *Resolution der römisch-katholischen Kirche der Slowakei, die an das ZK der KSS gesandt wurde*, in: PECKA, J. (Hg.): *Spontánní projevy Pražského jara. 1968 - 1969*. Doplněk: Brno 1993, S. 196–197.

- Vojenský historický archiv Praha** (Historisches Militärarchiv Prag; nachfolgend: VHA Praha, Fonds MNO; HV KSČ MNO 1968, Sig. 057/1, 13.3.1968: *Brief des Leiters der politischen Hauptverwaltung E. Pepich an die parteipolitischen Organe der Armee über die politische Situation in der tschechoslowakischen Armee und im Verteidigungsministerium*, in: BENČÍK, A. et al. (Hg.): *Vojenské otázky ceskoslovenské reformy 1967 - 1970. Vojenská varianta řešení čs. krize (1967 - 1968)*. Doplněk: Brno 1996, S. 68–90.
- VHA Praha, Fonds MNO-GŠ 1956, Sig. 2/8-49b, 26.-27.10.1956: *Sammlung der Berichte des operativen Offiziers des Generalstabs der tschechoslowakischen Volksarmee*, in: BÍLEK, J. (Hg.): *Vojenská a další opatření Československa v době povstání v Maďarsku na podzim 1956*. Historický ústav Armády ČR: Praha 1993, S. 44–49.
- VHA Praha, Fonds MNO-GŠ 1956, Sig. 2/8-6b, 29.10.1956: *Protokoll der außerplanmäßigen Sitzung des Kollegiums des Verteidigungsministers*, in: BÍLEK, J. (Hg.): *Vojenská a další opatření Československa v době povstání v Maďarsku na podzim 1956*. Historický ústav Armády ČR: Praha 1993, S. 55–63.
- Výskumný ústav kultúry a verejnej mienky** (Forschungsinstitut für Kultur und öffentliche Meinung), Predbežná správa z výskumu verejnej mienky - O morálnych postojoch obyvateľstva, [Dezember 1968]: *Umfrageergebnisse des Wissenschaftlichen Meinungsforschungsinstituts (Výskumný ústav kultúry a verejnej mienky) in Bratislava über die "moralischen Standpunkte" der Bevölkerung*, in: PECKA, J. et al. (Hg.): *Občanská společnost 1967–1970. Sociální organismy a hnutí Pražského jara 1967–1970*. Doplněk: Brno 1998, S. 420–425.

Forschungs- und Erinnerungsliteratur

- ACZEL, Tamas; MERAY, Tibor: *Die Revolte des IntellektS. Die geistigen Grundlagen der ungarischen Revolution*. Langen u.a.: München 1961.
- AGETHEN, Manfred; BUCHSTAB, Günter (Hg.): *Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock*. Herder: Freiburg 2003b.
- AGETHEN, Manfred; BUCHSTAB, Günter: *Vorwort*, in: AGETHEN, M.; BUCHSTAB, G. (Hg.): *Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock*. Herder: Freiburg 2003, S. 7–18.
- AHAMER, Vera Sophie: *Ungarn 1956 – Ein historisches Ereignis als politisches Legitimationsinstrument in Zeitgeschichte*, Nr. 3, Jg. 33 (Mai/Juni 2006), S. 115–134.
- ALFÖLDY, Géza: *Ungarn 1956. Aufstand, Revolution, Freiheitskampf*. Winter: Heidelberg 1997.

- ALFRED DOMES (HG.): *Prag 21. August 1968. Eine Sammlung von Dokumenten zur Besetzung der Tschechoslowakei und ihre Folgen*. Edition Atlantic-Forum: Bonn/Brüssel/New~York 1969.
- ALTE, Rüdiger: *Die Außenpolitik der Tschechoslowakei und die Entwicklung der internationalen Beziehungen 1946 - 1947*. Oldenbourg: München 2003.
- ANTOHI, Sorin (Hg.): *Narratives Unbound. Historical Studies in Post-Communist Eastern Europe*. Central European University Press: New York 2007.
- ARENDET, Hannah: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. I. Antisemitismus, II. Imperialismus, III. Totale Herrschaft*. Piper: München, Zürich 1991.
- ARENDET, Hannah: *Über die Revolution*. Piper: München u.a. 2000.
- ASPESLAGH, Robert; STENGEL, Susanne; MEULEN, Hans van der (Hg.): *Im historischen Würgegriff. Die Beziehungen zwischen Ungarn und der Slowakei in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*. Nomos: Baden-Baden 1994.
- ATTILA, Simon: *A szlovákiai magyarok és a 1956-os forradalom*, in: IVANIČKOVÁ, E.; ATTILA, S. (Hg.): *Az 1956-OS magyar forradalom és Szlovákia*. Historický ústav SAV: Šamorín, Bratislava 2006, S. 41–56.
- ATTILA, Simon: *Hivatalos önteltség és rejtett aggodalom. Csehszlovákia és a magyar forradalom* in *História*, Nr. 10, Jg. 28 (2006b), S. 12–13.
- BALÁŽ, Július: *Dokumenty z maďarského vojenského archívu k událostem v Československu roku 1968* in *Historie a vojenství*, Nr. 5, Jg. 42 (1993), S. 142–162.
- BÁN, Péter: *A pécsi megyei bíróság büntetőperes iratainak néhány társadalomtörténeti tanulsága*, in: KAPILLER, I. (Hg.): *'56 vidéken*. Zala Megyei Levéltár: Zalaegerszeg 1992, S. 23–31.
- BARÁTH, Magdolna; FEITL, István; RIPP, Zoltán (Hg.): *A Magyar Szocialista Munkáspárt ideiglenes vezető testületeinek jegyzőkönyvei. 14.11.1956 – 26.6.1957*. Napvilág: Budapest 1998.
- BÁRDI, Nándor: *Hungary and the Hungarians Living Abroad. A Historical Outline in Regio - Minorities, Politics, Society*, Nr. 18, Jg. 1 (2001), S. 121–138.
- BARNARD, Frederick M.: *Between Opposition and Political Opposition. The Search for Competitive Politics in Czechoslovakia* in *Canadian Journal of Political Science*, Nr. 4, Jg. 5 (1972).
- BARNOVSKÝ, Michal: *Prvá vlna destalinizácie a Slovensko. 1953-1957*. Prius: Brno 2002.
- BÁRTA, Milan: *Oběti okupace. Ústav pro Studium Totalitních Režimů. Československo 21.8. - 31.12.1968. Ústav pro Studium Totalitních Režimů: Praha 2008*.
- BARTH, Bernd-Rainer; SCHWEIZER, Werner; GRIMM, Thomas: *Der Fall Noel Field. Schlüssel-figur der Schauprozesse in Osteuropa*. BasisDruck: Berlin 2005.

- BARTOŠEK, Karel: *Český vězeň. Svědectví politických vězeňkyň a vězňů let padesátých, šedesátých a sedmdesátých*. Paseka: Praha, Litomyšl 2001.
- BATT, Judy: *Economic Reform and Political Change in Eastern Europe. A Comparison of the Czechoslovak and Hungarian Experiences*. Macmillan: Houndmills 1996.
- BAUERKÄMPER, Arnd: *Der Faschismus in Europa 1918-1945*. Reclam: Stuttgart 2006.
- BÉKÉS, Csaba: *Az 1956-os magyar forradalom a világpolitikában*. 1956-os Intézet: Budapest 2006b.
- BÉKÉS, Csaba: *Az 1956-os magyar forradalom a világpolitikában. Tanulmány és válogatott dokumentumok*. 1956-os Intézet: Budapest 1996.
- BÉKÉS, Csaba: *Die Sowjetunion und die Ungarische Revolution*, in: KIPKE, R. (Hg.): *Ungarn 1956. Zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006, S. 137–160.
- BÉKÉS, Csaba: *Európából Európába. Magyarország konfliktusok keresztüztüében, 1945 - 1990*. Gondolat: Budapest 2004.
- BÉKÉS, Csaba: *Ungarn zwischen Prag und Moskau*, in: KARNER, S. (Hg.): *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968*. Böhlau: Köln 2008, S. 481–500.
- BÉKÉS, Csaba; BYRNE, Malcolm; RAINER, János M. (Hg.): *The 1956 Hungarian Revolution. A History in Documents*. Central European University Press: Budapest 2002.
- BÉKÉS, Csaba; KECSKÉS, Gusztáv D.: *A forradalom és a magyar kérdés az ENSZ-ben, 1956-1963. Tanulmányok, dokumentumok és kronológia*. M. ENSZ Társaság: Budapest 2006.
- BENČÍK, Antonín: *Rekviem za Pražské jaro. Důvěrná informace o přípravě a provedení srpnové intervence varšavské pětky v Československu 1968*. Tempo: Třebíč 1998.
- BENČÍK, Antonín: *Vojenské otázky ceskoslovenské reformy 1967 - 1970. Srpen 1968 - kveten 1971*. Doplněk: Brno 1999.
- BENČÍK, Antonín; NAVRÁTIL, Jaromír; PAULÍK, Jan (Hg.): *Vojenské otázky ceskoslovenské reformy 1967 - 1970. Vojenská varianta řešení čs. krize (1967 - 1968)*. Doplněk: Brno 1996.
- BENSUSSAN, Agnès; DAKOWSKA, Dorota; BEAUPRÉ, Nicolas (Hg.): *Die Überlieferung der Diktaturen. Beiträge zum Umgang mit Archiven der Geheimpolizeien in Polen und Deutschland nach 1989*. Klartext: Essen 2004.
- BERECZ, János (Hg.): *A Magyar Szocialista Munkáspárt határozatai és dokumentumai. 1956-1962*: Budapest 1964.
- BEREND, Iván Tibor: *Central and Eastern Europe, 1944 - 1993. Detour from the periphery to the periphery*. Cambridge University Press: Cambridge 1996.

- BEREND, Iván Tibor: *The Hungarian Economic Reforms, 1953 - 1988*. Cambridge University Press: Cambridge England, New York 1990.
- BERKOVITS, Balász: *Erkölcstelen besúgók, tehetséges áldozatok, áldozatos erkölcsbírók in anBlok - Közéleti Tudományos Magazin*, Jg. 3 (2009).
- BERNHARD, Michael: *The Failure to Consolidate Class Power and the End of Soviet-Type Regimes in East Central Europe in Theory and Society*, Jg. 34 (2005), S. 7–13.
- BEYME, Klaus von: *Die politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung*. VS Verl. für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006.
- BILÁK, Vasil: *Paměti Vasila Biľaka*. Agentura Cesty: Praha 1991.
- BILÁK, Vasil; KUKUK, Klaus: *Wir riefen Moskau zu Hilfe. Der "Prager Frühling" aus der Sicht eines Beteiligten*. Ed. Ost: Berlin 2006.
- BÍLEK, Jiří (Hg.): *Vojenská a další opatření Československa v době povstání v Maďarsku na podzim 1956*. Historický ústav Armády ČR: Praha 1993.
- BÍLEK, Jiří: *Československá reakce na maďarské povstání in Historie a vojenství*, Nr. 2, Jg. 43 (1994), S. 187–190.
- BÍLEK, Jiří: *Der Einfluss der Ereignisse in Ungarn auf die Innenpolitik der Tschechoslowakei*, in: HEINEMANN, W. (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*. Oldenbourg: München 1999, S. 469–484.
- BÍLEK, Jiří; PILÁT, Vladimír: *Bezprostřední reakce československých politických a vojenských orgánů na povstání v Maďarsku in Soudobé dějiny*, Jg. 4 (1996), S. 500–511.
- BISPINCK, Hendrik; DANYEL, Jürgen; HERTLE, Hans-Hermann; WENTKER, Hermann: *Krisen und Aufstände im realen Sozialismus. Einleitung*, in: BISPINCK, H. et al. (Hg.): *Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus*. Links: Berlin 2004, S. 9–22.
- BISPINCK, Hendrik; DANYEL, Jürgen; HERTLE, Hans-Hermann; WENTKER, Hermann (Hg.): *Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus*. Links: Berlin 2004b.
- BLAHA, Anton (Hg.): *Pyžamová revolúcia*. Nebojsa: Bratislava 2007.
- BLAIVE, Muriel: *Einige Etappen der Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit seit 1989 in der Republik Tschechien*, in: BENSUSSAN, A. et al. (Hg.): *Die Überlieferung der Diktaturen. Beiträge zum Umgang mit Archiven der Geheimpolizeien in Polen und Deutschland nach 1989*. Klartext: Essen 2004, S. 111–128.
- BLAIVE, Muriel: *Proč nepřišel Alexander Dubček v roce 1956. Několik reflexí o důležitost sociálních dějin*, in: HOPPE, J.; BARTA, M. (Hg.): *Úloha Alexandra Dubčeka v moderních dějinách Československa. Sborník z konference konané 19. listopadu 2001 v Praze*. Masarykova dělnická akademie: Praha 2002, S. 42–50.

- BLAIVE, Muriel: *Promarněná příležitost. Československo a rok 1956*. Prostor: Praha 2001.
- BLAIVE, Muriel: *Une déstalinisation manquée. Tchécoslovaquie 1956*. Éd. Complexe; IHTP-CNRS: Bruxelles, Paris, Cachan 2005.
- BLASIUS, Rainer A. (Hg.): *Von Adenauer zu Erhard. Studien zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*. Oldenbourg: München 1994.
- BLAŽEK, Petr; KAMIŃSKI, Łukasz; VÉVODA, Rudolf (Hg.): *Polsko a Československo v roce 1968. Sborník příspěvků z mezinárodní vědecké konference, Varšava, 4–5. září 2003*. Ústav pro soudobé dějiny AV ČR: Praha 2006.
- BOCK, Ivo; BEYRAU, Dietrich (Hg.): *Das Tauwetter und die Folgen. Kultur und Politik in Osteuropa nach 1956*. Temmen: Bremen 1988.
- BOCK, Petra (Hg.): *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 1999.
- BOGUČKA, Teresa: *Poland in 1968. "The freedom we needed so badly was so obvious elsewhere"*, in: FARIK, N. (Hg.): *1968 Revisited. 40 Years of Protest Movements*: Brüssel 2008, S. 17–20.
- BOHNENKAMP, Björn; MANNING, Till; SILIES, Eva-Maria (Hg.): *Generation als Erzählung. Neue Perspektiven auf ein kulturelles Deutungsmuster*. Wallstein-Verl.: Göttingen 2009.
- BORBANDI, Gyula: *Magyarok az Angol Kertben. A Szabad Európa Rádió története*. Európa: Budapest 1996.
- BORHI, László: *Hungary in the Cold War. 1945 - 1956*. Central European Univ. Press: Budapest 2004.
- BORHI, László: *Kádár and the United States in the 1960s* in *Hungarologische Beiträge*, Jg. 14 (2002), S. 61–98.
- BOSL, Karl (Hg.): *Die erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat. Vorträge der Tagungen des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 24.-27. November 1977 und vom 20.-23. April 1978*. Oldenbourg: München 1979.
- BOYER, Christoph (Hg.): *Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich*. Klostermann: Frankfurt a. M. 2007b.
- BOYER, Christoph: *Die tschechoslowakischen Wirtschaftsreformen und der tschechoslowakische Entwicklungspfad*, in: BOYER, C. (Hg.): *Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich*. Klostermann: Frankfurt a. M. 2007, S. 77–94.

- BOYER, Christoph: *Wegscheide und SchlüsselereigniS. "1956" und die langfristigen Auswirkungen auf die ostmitteleuropäischen Wirtschaften und Gesellschaften in Bohemia - Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder*, Nr. 2, Jg. 46 (2005), S. 452–460.
- BOZÓKI, András: *The Roundtable Talks of 1989. The Genesis of Hungarian Democracy*. Central European University Press: Budapest 2002.
- BOZÓKI, András; ELBERT, Márta et al. (Hg.): *A rendszerváltás forgatókönyve. kerekasztalt árgyalások 1989-ben*. Magvető: Budapest 1999-2000.
- BRACKE, Maud: *The 1968 Czechoslovak Crisis. Reconsidering Its History and Politics in Contemporary European History*, Nr. 3, Jg. 12 (2003), S. 373–383.
- BRENNER, Christiane (Hg.): *Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert. Wissenschaftstraditionen, Institutionen, Diskurse*. Oldenbourg: München 2006.
- BRENNER, Christiane (Hg.): *Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR, 1948 - 1968 ; Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 22. bis 24. November 2002 ; [Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, Band 27]*. Oldenbourg: München 2005.
- BROWN, Scott: *Socialism with a Slovak Face. Federalization, Democratization, and the Prague Spring in East European Politics and Societies*, Nr. 3, Jg. 22 (2008), S. 467–495.
- BRÜGEL, Johann Wolfgang: *Die dunklen Jahre der Tschechoslowakei. Der "Piller-Bericht" über Schauprozesse und Justizmorde in Osteuropa*, Jg. 2 (1971), S. 98–106.
- BUKOVSKÝ, László: *Štátná bezpečnosť a maďarská revolúcia roku 1956*, in: IVANIČKOVÁ, E.; ATTILA, S. (Hg.): *Az 1956-OS magyar forradalom és Szlovákia*. Historický ústav SAV: Šamorín, Bratislava 2006, S. 75–80.
- BYSTRICKÝ, Valerián: *Rok 1968 na Slovensku a v Československu*. Historický ústav SAV: Bratislava 2008.
- CAINER, Rudla: *éulový Stalin. Osudy pomníku a jeho autora*. ARSCI: Praha 2008.
- ČAPKA, František (Hg.): *Sborník dokumentů ke studiu nejnovějších českých dějin*. MU: Brno 2002.
- CHVATÍK, Květoslav: *Metamorphosen der Beziehung zwischen Ideologie und Literatur*, in: BOCK, I.; BEYRAU, D. (Hg.): *Das Tauwetter und die Folgen. Kultur und Politik in Osteuropa nach 1956*. Temmen: Bremen 1988, S. 123–142.
- CICHY, E. Ulrich: *Wirtschaftsreform und Ausweichwirtschaft im Sozialismus. Zur Rolle der Ausweichwirtschaft im Reformprozess sozialistischer Planwirtschaften, dargestellt am Beispiel der DDR, Polens und Ungarns*. Verlag Weltarchiv: Hamburg 1990.

- ČIERNA-LANTAYOVÁ, Dagmar: *Slovenská verejnosť a rok 1956*, in: IVANIČKOVÁ, E.; ATTILA, S. (Hg.): *Az 1956-OS magyar forradalom és Szlovákia*. Historický ústav SAV: Šamorín, Bratislava 2006.
- CINK, Pavel; ROSS, Sabine (Hg.): *Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit. Deutsche und tschechische Wege nach 1989 - ein Vergleich*. BWV: Berlin 2008.
- ČISAŘ, Čestmír: *Človek a politik. Kniha vzpomínek a úvah*. ETC Pub.: Praha 1998.
- ČISAŘ, Čestmír: *Paměti. Nejen o zákulisí Pražského jara*. SinCon: Praha 2005.
- CORBEA-HOISIE, Andrei; JAWORSKI, Rudolf; SOMMER, Monika (Hg.): *Umbruch im östlichen Europa. Die nationale Wende und das kollektive Gedächtnis*. Studien-Verl.: Innsbruck 2004.
- COURTOIS, Stéphane; KRAMER, Mark: *The Black Book of Communism. Crimes, Terror, Repression*. Harvard University Press: Cambridge, Mass, London, England 2004.
- CRAMPTON, Richard J: *Eastern Europe in the Twentieth Century - and after*. Routledge: London 1997.
- CROWLEY, David; REID, Susan Emily (Hg.): *Socialist SpaceS. Sites of Everyday Life in the Eastern Bloc*. Berg: Oxford 2002.
- CRUSIUS, Reinhard (Hg.): *Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen*. Suhrkamp: Frankfurt a. M. 1977.
- CSEH, Gergő Bendegúz; KALMÁR, Melinda; PÓR, Edit (Hg.): *Zárt, bizalmas, számozott: tájékoztatópolitika és cenzúra, 1956-1963*. Osiris Kiadó: Budapest 1999.
- CSIZMADIA, Ervin: *A magyar demokratikus ellenzék, 1968-1988*. T-Twins: Budapest 1995b.
- CSIZMADIA, Ervin: *A magyar demokratikus ellenzék. 1968-1988*. T-Twins: Budapest 1995a.
- CZERWIŃSKI, Edward Joseph; PIEKALKIEWICZ, Jaroslaw (Hg.): *The Soviet Invasion of Czechoslovakia. Its Effects on Eastern Europe*. Praeger: New York 1972.
- DALOS, György: *1956. Der Aufstand in Ungarn*. Beck: München 2006.
- DALOS, György: *Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn*. Donat & Temmen: Bremen 1986.
- DANYEL, Jürgen: *Der Prager Frühling nach der samtene" Revolution - Die Erinnerung an 1968 im postkommunistischen Tschechien* in *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 46 (1998), S. 677–684.
- DANYEL, Jürgen: *Im Schatten der Panzer. Zum Krisenmanagement der SED 1953, der KSČ 1968 und der PVAP 1980/81*, in: BISPINCK, H. et al. (Hg.): *Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus*. Links: Berlin 2004, S. 215–230.
- DAVIS, Belinda; LINDENBERGER, Thomas; WILDT, Michael; LÜDTKE, Alf (Hg.): *Alltag, Erfahrung, Eigensinn. Historisch-anthropologische Erkundungen*. Campus: Frankfurt a. M. 2009.

- DÉAK, Ladislav: *Der Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 und seine Konsequenzen für die Slowakei*, in: PLASCHKA, R. G. (Hg.): *Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948. Aktuelle Forschungen*. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Wien 1997, S. 1–8.
- DEJMEK, Jindřich: *Československo, jeho sousedé a velmoci ve XX. století. 1918 až 1992*. Centrum pro Ekonomiku a Politiku: Praha 2002.
- DIEDRICH, Torsten: *Waffen gegen das Volk – oder – Macht und Ohnmacht des MilitärS. Neue Aspekte zur Niederschlagung des Volksaufstandes*, in: ENGELMANN, R.; KOWALCZUK, I.-S. (Hg.): *Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2005, S. 58–83.
- DIERINGER, Jürgen: *Das politische System der Republik Ungarn. Entstehung - Entwicklung - Europäisierung*. Budrich: Opladen 2009.
- DŁUGOBORSKI, Waław: *Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 1981.
- DOCKRILL, Saki: *Ungarn 1956. Amerikanische Befreiung — Mythos oder Versagen*, in: HEINEMANN, W. (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*. Oldenbourg: München 1999, S. 533–552.
- DOMNITZ, Christian: *Freundschaftstheater. Polnisch-deutsche histoire croisée 1945/49-1990*. Warschau 2006.
- DÖMÖTÖRFI, Tibor: *Akteure des Aufstandes*, in: KIPKE, R. (Hg.): *Ungarn 1956. Zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006, S. 44–65.
- DONOSO, Anton: *The Notion of Man in Kolakowski, Kosík, and Markovic in Studies in Soviet Thought*, Nr. 4, Jg. 21 (Nov, 1980), S. 387–398.
- DUBČEK, Alexander: *Leben für die Freiheit*. Bertelsmann: München 1993.
- DUCHACEK, Ivo: *A "Loyal" Satellite. The Case of Czechoslovakia in Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Nr. 317 (May, 1958), S. 115–122.
- DUDEK, Antoni: *Der politische Umbruch von 1956 in Polen*, in: HEINEMANN, W. (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*. Oldenbourg: München 1999, S. 27–42.
- EBBINGHAUS, Angelika (Hg.): *Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr*. VSA-Verlag: Hamburg 2008.
- EBBINGHAUS, Angelika; LINDEN, Marcel van der; HENNINGER, Max (Hg.): *1968. Ein Blick auf die Protestbewegungen 40 Jahre danach aus globaler Perspektive*. AVA Akademische Verlagsanstalt: Leipzig 2009.
- EDER, Klaus: *Kulturelle Identität zwischen Tradition und Utopie. Soziale Bewegungen als Ort gesellschaftlicher Lernprozesse*. Campus: Frankfurt a. M. 2000.

- EKIERT, Grzegorz: *The State Against Society. Political Crises and Their Aftermath in East Central Europe*. Princeton University Press: Princeton, NJ 1996.
- ENGELMANN, Roger: *Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit*, in: HENKE, K.-D. (Hg.): *Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung*. Links: Berlin 1995, S. 22–39.
- ENGELMANN, Roger; GROSSBÖLTING, Thomas; WENTKER, Hermann (Hg.): *Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2008.
- ENGELMANN, Roger; KOWALCZUK, Ilko-Sascha (Hg.): *Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2005.
- ENTMAN, Robert M.: *Framing. Toward Clarification of a Fractured Paradigm in Journal of Communication*, Nr. 4, Jg. 43 (1993), S. 51–58.
- ENTMAN, Robert M.: *Projections of Power. Framing News, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy*. University of Chicago Press: Chicago 2004.
- EÖRSI, László: *Corvinisták 1956. A VIII. kerület fegyveres csoportjai*. 1956-os Intézet: Budapest.
- EÖRSI, László: *Köztársaság tér 1956*. 1956-os Intézet: Budapest 2006.
- ĚRENBURG, Il'ja G.: *Tauwetter*. Verl. Kultur u. Fortschritt: Berlin 1957.
- ĚRSZEGI, Géza: *Das Staatsarchiv von Ungarn in Europäische Archivnachrichten*, Nr. 10 (Sommer 2005), S. 11–12.
- ESPAGNE, Michel: *Les transferts culturels Franco-Allemands*. Presses Univ. de France: Paris 1999.
- ESTERHÁZY, János: *A kisebbségi kérdés. Válogatott írások, beszédek, interjúk*. Ister: Budapest 2000.
- FARIK, Nora (Hg.): *1968 Revisited. 40 Years of Protest Movements*: Brüssel 2008.
- FAULENBACH, Bernd (Hg.): *"Transformationen" der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989*. Klartext: Essen 2006.
- FEHÉR, Ferenc; HELLER, Agnes: *Diktatur über die Bedürfnisse. Sozialistische Kritik osteuropäischer Gesellschaftsformationen*. VSA-Verlag: Hamburg 1979.
- FELKAY, Andrew: *Hungarian Foreign Policy in the Kádár Era in Hungarian Studies*, Nr. 1, Jg. 17 (2003), S. 79–90.
- FINK, Carole: *1956. European and Global Perspectives*. Leipziger Univ.-Verl.: Leipzig 2006.
- FLICK, Uwe; KARDORFF, Ernst von; STEINKE, Ines (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Rowohlt 2004.

-
- FOITZIK, Jan (Hg.): *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953 - 1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand*. Schöningh: Paderborn 2001b.
- FOITZIK, Jan: *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa. Verlauf, Ursachen, Folgen*, in: ENGELMANN, R. et al. (Hg.): *Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2008, S. 35–60.
- FOITZIK, Jan: *Ostmitteleuropa zwischen 1953 und 1956. Sozialer Hintergrund und politischer Kontext der Entstalinisierungskrise*, in: FOITZIK, J. (Hg.): *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953 - 1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand*. Schöningh: Paderborn 2001, S. 21–54.
- FOWKES, Reuben: *The Role of Monumental Sculpture in the Construction of Socialist Space in Stalinist Hungary*, in: CROWLEY, D.; REID, S. E. (Hg.): *Socialist Spaces. Sites of Everyday Life in the Eastern Bloc*. Berg: Oxford 2002, S. 65–84.
- FRITZ, Regina; SACHSE, Carola; WOLFRUM, Edgar (Hg.): *Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa*. Wallstein-Verl.: Göttingen 2008.
- FRYER, Peter: *Ungarische Tragödie*. Markus: Köln 1957.
- GÁL, Éva: *A "Jelcin-dosszié". Szovjet dokumentumok 1956-ról*. Századvég Kiadó: Budapest 1993.
- GALLICCHIO, Marc S.: *The Unpredictability of the Past. Memories of the Asia-Pacific War in U.S. East Asian Relations*. Duke University Press: Durham 2007.
- GARSZTECKI, Stefan: *Die Bedeutung des Jahres 1968 für Polen. Ein Überblick*, in: EBBINGHAUS, A. (Hg.): *Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr*. VSA-Verlag: Hamburg 2008, S. 94–106.
- GATI, Charles: *Failed Illusion. Moscow, Washington, Budapest, and the 1956 Hungarian Revolt*. Woodrow Wilson Center Press: Washington DC 2006.
- GERLICH, Peter; GLASS, Krzysztof: *Zwischen den Zeiten*. Verb. der WisS. GeS. Österreichs (VWGÖ): Wien 1992.
- GERMUSKA, Pál: *Military-Economic Planning in Socialist Hungary. The History of the General Organisational Department of the National Planning Office* in *Europe-Asia Studies*, Nr. 5, Jg. 60 (2008), S. 809–830.
- GESTRICH, Andreas (Hg.): *Biographie - sozialgeschichtlich. Sieben Beiträge*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 1988.
- GESTRICH, Andreas: *Sozialhistorische Biographieforschung. Einleitung*, in: GESTRICH, A. (Hg.): *Biographie - sozialgeschichtlich. Sieben Beiträge*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 1988, S. 5–28.
- GITLIN, Todd: *The Whole World Is Watching. Mass Media in the Making & Unmaking of the New Left*. University of California Press: Berkeley, CA 2003.

- GOLAN, Galia: *Reform rule in Czechoslovakia. The Dubček era 1968-1969*. Cambridge University Press: Cambridge 2008.
- GÖLLNER, Ralf Thomas: *Die ungarische Revolution von 1956*, in: AGETHEN, M.; BUCHSTAB, G. (Hg.): *Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock*. Herder: Freiburg 2003, S. 89–129.
- GOMORI, George: *Hungarian and Polish Attitudes on Czechoslovakia, 1968*, in: CZERWIŃSKI, E. J.; PIEKALKIEWICZ, J. (Hg.): *The Soviet Invasion of Czechoslovakia. Its Effects on Eastern Europe*. Praeger: New York 1972, S. 107–119.
- GOODWIN, Jeff: *The Social Movements Reader. Cases and Concepts*. Blackwell: Malden, MA 2003.
- GOSIOROVSKÝ, Miloš: *K niektorým otázkam vzťahu Čechov a Slovákov v politike Komunistickej strany Československa in Historický časopis*, Jg. 16 (1968), S. 354–406.
- GOSZTONY, Peter: *Die Auswirkungen des ungarischen Volksaufstandes und aktuelle Reflexionen darüber*, in: HEINEMANN, W. (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*. Oldenbourg: München 1999, S. 501–514.
- GOSZTONYI, Péter; HOFER, Walther: *Der Ungarische Volksaufstand in Augenzeugenberichten*. Dt. Taschenbuch Verl.: München 1981.
- GOUGH, Roger: *A Good Comrade. János Kádár, Communism and Hungary*. Tauris: London 2006.
- GRANVILLE, Johanna Cushing: *Hungarian and Polish Reactions to the Events of 1956. New Archival Evidence in Europe-Asia Studies*, Nr. 7, Jg. 53 (Nov. 2001a), S. 1051–1076.
- GRANVILLE, Johanna Cushing: *Hungarian and Polish Reactions to the Events of 1956. New Archival Evidence in Europe-Asia Studies*, Nr. 7, Jg. 53 (2001b), S. 1051–1076.
- GRANVILLE, Johanna Cushing: *Josip Broz Tito's Role in the 1956 'Nagy Affair' in The Slavonic and East European Review*, Nr. 4, Jg. 76 (Oct, 1998), S. 672–702.
- GRANVILLE, Johanna Cushing: *Radio Free Europe's Impact on the Kremlin in the Hungarian Crisis of 1956. Three Hypotheses in Canadian Journal of History/Annales canadiennes d'histoire*, Jg. XXXIX (2004b), S. 515–546.
- GRANVILLE, Johanna Cushing: *Soviet Decision-Making. A Comparative Analysis of the Interventions in Hungary (1956), Czechoslovakia (1968), and Afghanistan (1979)*. PhD Dissertation: The Fletcher School at Tufts University 1992.
- GRANVILLE, Johanna Cushing: *The First Domino. International Decision Making during the Hungarian Crisis of 1956*. Texas A&M Univ. Press: College Station 2004a.
- GREBING, Helga: *Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum "Prager Frühling"*. Beck: München 1977.
- GRIES, Rainer: *Produktkommunikation. Geschichte und Theorie*. Facultas.wuv: Wien 2008.

- GROTHUSEN, Klaus-Detlev (Hg.): *Ungarn. Hungary 1987*.
- GUNTHER, Richard; MUGHAN, Anthony (Hg.): *Democracy and the Media. A Comparative Perspective*. Cambridge University Press: Cambridge, New York 2000.
- GYÁNI, Gábor: *Socio-Psychological Roots of Discontent. Paradoxes of 1956 in Hungarian Studies*, Nr. 1, Jg. 20 (2006), S. 65–73.
- GYÖRGY, Péteri: *Purge and Patronage. Kádár's Counter-Revolution and the Field of Economic Research in Hungary 1957–1958 in Contemporary European History*, Nr. 1, Jg. 11 (Feb 2002).
- GYÖRKEI, Jenő; HORVÁTH, Miklós (Hg.): *Soviet Military Intervention in Hungary 1956*. Central European University Press: Budapest 1999.
- GYÖRKEI, Jenő; HORVÁTH, Miklós: *Szovjet katonai intervenció 1956*. Argumentum Kiadó: Budapest 1996.
- HÄDER, Sonja; WIEGMANN, Ulrich (Hg.): "Am Rande des Bankrotts . . .". *Intellektuelle und Pädagogik in Gesellschaftskrisen der Jahre 1953, 1956 und 1968 in der DDR, Ungarn und der ČSSR*. Schneider-Verl. Hohengehren: Baltmannsweiler 2004.
- HADJIISKY, Magdalena: *Jak analyzovat „spontánnost“ mobilizace během sametové revoluce?*, in: ÚSTAV PRO SOUDOBÉ DĚJINY AV ČR; HEINRICH BÖLL STIFTUNG PRAHA (Hg.): *1989-2009. Společnost – Dějiny – Politika*: Praha 2010.
- HAHN, Hans Henning; OLSCHOWSKY, Heinrich (Hg.): *Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa*. Akademie Verlag: Berlin 1996.
- HAJDU, Tibor: *Ungarn und Tschechoslowakei 1956*, in: HAHN, H. H.; OLSCHOWSKY, H. (Hg.): *Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa*. Akademie Verlag: Berlin 1996, S. 67–72.
- HALKO, Jozef: *Ohlas maďarskej revolúcie roku 1956 v katolíckej cirkvi v Československu*, in: IVANIČKOVÁ, E.; ATTILA, S. (Hg.): *Az 1956-OS magyar forradalom és Szlovákia*. Historický ústav SAV: Šamorín, Bratislava 2006, S. 83–92.
- HANLEY, Eric: *A Party of Workers or a Party of Intellectuals? Recruitment into Eastern European Communist Parties, 1945-1988 in Social Forces*, Nr. 4, Jg. 8 (Jun 2003), S. 1073–1105.
- HARNA, Josef (Hg.): *České a československé dějiny III. Dokumenty a materiály*. Fortuna: Praha 1992.
- HASLINGER, Peter (Hg.): *Staat, Loyalität und Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa. 1918 - 1941*. Oldenbourg: München 2007.
- HAUNER, Milan: *Wir wollen Licht. . . Mehr Licht. . . [Chceme světlo. . . Více světla. . .]*, in: MAIER, R. et al. (Hg.): *Zweierlei 1968? Die Umbruchjahre 1968 und 1989 in deutschen und tschechischen Geschichtsschulbüchern*. V&R unipress: Göttingen 2008, S. 73–84.

- HAUNSS, Sebastian: *Identität in Bewegung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2004.
- HAUPT, Heinz-Gerhard; KOCKA, Jürgen (Hg.): *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*. Campus: Frankfurt a. M. 1996.
- HÄUSER, Iris; SCHENKEL, Michael; THAA, Winfried: *Legitimitäts - und Machtverfall des DDR- Sozialismus. Zum plötzlichen Ende einer einheitsverkörpernden Öffentlichkeit*, in: MEYER, G. (Hg.): *Lebensweise und gesellschaftlicher Umbruch in Ostdeutschland*. Palm und Enke u.a.: Erlangen 1992, S. 59–101.
- HAVEL, Václav: *Spisy: Eseje a jiné texty z let 1970-1989. Dálkový výslech*. Torst: Praha 1999.
- HEGEDŰS, András B. (Hg.): *Die neue Linke in Ungarn*. Merve-Verl.: Berlin 1974.
- HEGEDŰS, András B.: *The Petöfi Circle. The Forum of Reform in 1956 in Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Nr. 2, Jg. 13 (1997), S. 108–133.
- HEGEDŰS, András B.; RAINER, János M. (Hg.): *A Petöfi Kör vitái híteles jegyzőkönyvek alapjan*: Budapest 1991.
- HEGEDŰS, András B.; WILKE, Manfred (Hg.): *Satelliten nach Stalins Tod. Der "neue Kurs" ; 17. Juni 1953 in der DDR, Ungarische Revolution 1956*. Akademie Verlag: Berlin 2000.
- HEGEDŰS, András B.; ZSILLE, Zoltán; PAETZKE, Hans-Henning: *Im Schatten einer Idee*. Ammann: Zürich 1986.
- HEINEMANN, Winfried (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*. Oldenbourg: München 1999.
- HEJZLAR, Zdeněk: *Reformkommunismus. Zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei*. Europa-Verlag: Köln; Frankfurt/M. 1976.
- HELLER, Ágnes: *1968 in Beszélő* (Nov. 1997).
- HELLER, Ágnes: *Der Affe auf dem Fahrrad. Eine Lebensgeschichte bearbeitet von János Kőbányai*. Philo: Wien 1999.
- HELLER, Mária; NÉMEDI, Dénes; RÉNYI, Ágnes: *Populist Discursive Strategies under State Socialism. The Demographic Debates in Journal of Popular Culture*, Nr. 2, Jg. 29 (Fall 1995), S. 129–141.
- HENKE, Klaus-Dietmar (Hg.): *Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung*. Links: Berlin 1995.
- HERMANN, Konstantin: *Sachsen und der "Prager Frühling"*. Sax: Beucha 2008.
- HERZBERG, Guntolf: *Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisen-jahren 1956/58*. Links: Berlin 2006.

- HEUMOS, Peter: *Arbeitermacht im Staatssozialismus. Das Beispiel der Tschechoslowakei 1968*, in: EBBINGHAUS, A. (Hg.): *Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr*. VSA-Verlag: Hamburg 2008, S. 51–60.
- HEUMOS, Peter: *Die große Camouflage? Überlegungen zu Interpretationsmustern der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Februar 1948*, in: SCHMIDT-HARTMANN, E. (Hg.): *Kommunismus und Osteuropa. Konzepte, Perspektiven und Interpretationen im Wandel*. Oldenbourg: München 1994, S. 221–242.
- HEUMOS, Peter: *Grenzen des Sozialistischen Produktivismus. Arbeitsinitiativen und Arbeitsverhalten in Tschechoslowakischen Industriebetrieben in den fünfziger Jahren in Arbeit im Sozialismus - Arbeit im Postsozialismus* (2004), S. 199–218.
- HEUMOS, Peter: *Zum Verhalten von Arbeitern in industriellen Konflikten. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich bis 1968*, in: ENGELMANN, R. et al. (Hg.): *Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2008, S. 409–428.
- HISTORICKÝ ÚSTAV AV ČR (HG.): *Vojenská opatření Československa v souvislosti s maďarským povstáním 1956*. Historický ústav AV ČR: Praha 1994.
- HLAVIČKOVÁ, Zora: *Czech Historiography on Hungary*, in: ROUBAL, P. et al. (Hg.): *The History of East Central Europe and Russia*. Národní knihovna: Praha 2004, S. 123–141.
- HOENSCH, Jörg Konrad: *A History of Modern Hungary, 1867-1994*. Longman: London, New York 1996.
- HOENSCH, Jörg Konrad: *Geschichte BöhmenS. Von der slawischen Landnahme bis zur Gegenwart*. Beck: München 1997.
- HOENSCH, Jörg Konrad: *Geschichte der Tschechoslowakei*. Kohlhammer: Stuttgart 1992.
- HOERDER, Dirk: *Transnational, Transregional, Transcultural. Social History and Labor Migrants' Networks in the 19th and 20th Centuries*, in: UNFRIED, B. et al. (Hg.): *Transnationale Netzwerke im 20. Jahrhundert. Historische Erkundungen zu Ideen und Praktiken, Individuen und Organisationen*. AVA Akademische Verlagsanstalt: Leipzig 2008, S. 81–98.
- HOFER, Tamás: *Harc a rendszerváltásért szimbolikus mezőben. 1989 március 15-e Budapest* in *Politikatudományi Szemle*, Nr. 1 (1992), S. 29–51.
- HOLBA, Pavel (Hg.): *KAN 1968-2003: 35 let úsilí o polidštění politiky. Sborník textů a dokumentů*. GID: Praha 2003.
- HOLLÓS, Ervin; LAJTAI, Vera; HEGEDŰS, András B.; BECK, Tibor; GERMUSKA, Pál; BARTH, Bernd-Rainer: *1956 Kézikönyve. Kronologia*. Kossuth: Budapest 1996.
- HOLT, Robert T.: *Radio Free Europe*. University of Minnesota Press: Minneapolis 1958.

- HOLÝ, Jiří: *Writers under Siege. Czech Literature since 1945*. Sussex Acad. Press: Brighton 2008.
- HOPPE, Jiří (Hg.): *Pražské jaro v médiích. Výběr z dobové publicistiky*. Ústav pro soudobé dějiny AV ČR; Doplněk: Praha, Brno 2004.
- HOPPE, Jiří; BARTA, Miloš (Hg.): *Úloha Alexandra Dubčeka v moderních dějinách Československa. Sborník z konference konané 19. listopadu 2001 v Praze*. Masarykova dělnická akademie: Praha 2002.
- HOPPE, Jiří; SUK, Jiří: *Dvojitá identita Klubu angazovaných nestraníků. Před invazí 1968 a po pádu komunismu 1989*. Euroslavica: Praha 2008.
- HORVATH, Ágnes: *Tricking into the Position of the Outcast. A Case Study in the Emergence and Effects of Communist Power in Political Psychology*, Nr. 2, Jg. 19 (Jun, 1998), S. 331–347.
- HORVÁTH, Miklós: *Die ungarische Volksarmee und die Revolution von 1956*, in: HISTORICKÝ ÚSTAV AV ČR (HG.): *Vojenská opatření Československa v souvislosti s maďarským povstáním 1956*. Historický ústav AV ČR: Praha 1994, S. 19–25.
- HORVÁTH, Miklós: *Die ungarische Volksarmee und die Revolution von 1956*, in: FOITZIK, J. (Hg.): *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953 - 1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand*. Schöningh: Paderborn 2001, S. 113–137.
- HORVÁTH, Miklós; MALÉTER, Pál: *Maléter Pál*. H & T K.: Budapest 2002.
- HORVÁTH, Sándor: *Hooligans, Spivs and Gangs. Youth Subcultures in the 1960s*, in: RAINER, J. M.; PÉTERI, G. (Hg.): *Muddling through in the Long 1960s. Ideas and Everyday Life in High Politics and the Lower Classes of Communist Hungary*. Institute for the History of the 1956 Hungarian Revolution: Budapest 2005, S. 199–223.
- HORVÁTH, Sándor: *Myths of the Great Tree Gang. Constructing Urban Spaces and Youth Culture in the 'Socialist' Budapest*, in: RODGER, R.; HERBERT, J. (Hg.): *Testimonies of the City. Identity, Community and Change in a Contemporary Urban World*. Ashgate: Aldershot 2007, S. 73–93.
- HÖSCH, Edgar; NEHRING, Karl; SUNDHAUSSEN, Holm; CLEWING, Konrad (Hg.): *Lexikon zur Geschichte Südosteuropas*. Quelle & Meyer: Heidelberg 2004.
- HÜBNER, Peter; HÜBNER, Christa; BOYER, Christoph: *Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968 - 1976*. Böhlau: Köln 2008.
- HUSZÁR, Tibor: *1968 - Prága, Budapest, Moszkva. A döntés és következményei* in *História*, Nr. 1 (1999), S. 12–15.
- HUSZÁR, Tibor: *1968 - Prága, Budapest, Moszkva. Kádár János és a csehszlovákiai intervenció*. Szabad Tér: Budapest 1998.
- HUSZÁR, Tibor: *Kádár. A hatalom éve, 1956 - 1989*. Corvina: Budapest 2006.

- IMHOF, Kurt: *Die Diskontinuität der Moderne. Zur Theorie des sozialen Wandels*. Campus: Frankfurt a. M. 2006.
- IMHOF, Kurt: *Theorie der Öffentlichkeit als Theorie der Moderne*, in: WINTER, C. et al. (Hg.): *Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Grundlegende Diskussionen, Forschungsfelder und Theorieentwicklungen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2008, S. 65–89.
- IMHOF, Kurt; ROMANO, Gaetano: *Die Diskontinuität der Moderne. Zur Theorie des sozialen Wandels*. Campus: Frankfurt a. M.; New York 1996.
- in: *Soudobé dějiny*, Nr. 4, Jg. 4 (1996).
- INSTITUT SLAVJANOVEDENIJA: *Sovetskij Sojuz i vengerskij krizis 1956 goda. Dokumenty*. ROSSPEN: Moskva 1998.
- IRMANOVÁ, Eva: *KádárismuS. Vznik a pád jedné iluze*. Karolinum: Praha 1998.
- IRMANOVÁ, Eva: *Maďarská menšina na Slovensku a její místo v zahraniční politice Slovenska a Maďarska po roce 1989*. Albis International: Ústí nad Labem 2005.
- IVANIČKOVÁ, Edita; ATTILA, Simon (Hg.): *Az 1956-OS magyar forradalom és Szlovákia*. Historický ústav SAV: Šamorín, Bratislava 2006.
- IZSÁK, Lajos (Hg.): *1956 plakátjai és röplapjai. Október 22.-november 5*. Zrínyi: Budapest 1991.
- IZSÁK, Lajos; SZABÓ, József: *1956 vidéki sajtója*. Korona Kiadó: Budapest 1996.
- JANÁČEK, František; MICHÁLKOVÁ, Marie: *Příběh zvacího dopisu in Soudobé dějiny*, Nr. 1 (1993), S. 87–101.
- JARAUSCH, Konrad Hugo (Hg.): *Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2002.
- JARAUSCH, Konrad Hugo: *Die Krise der nationalen Meistererzählung*, in: JARAUSCH, K. H. (Hg.): *Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2002, S. 140–162.
- JARAUSCH, Konrad Hugo; DUFFY, Eve (Hg.): *Dictatorship As Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR*. Berghahn Books: New York, NY 2006.
- JAWORSKI, Rudolf; LUFT, Robert (Hg.): *1848/49 - Revolutionen in Ostmitteleuropa. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 30. November bis 1. Dezember 1990*. Oldenbourg: München 1996.
- JECH, Karel; KUKLÍK, Jan; MIKULE, Vladimír: *Nemci a madari v dekretch prezidenta republiky. Studie a dokumenty 1940 - 1945*. Brno, 2003.
- JEZDINSKY, Karel: *Mass Media and Their Impact on Czechoslovak Politics in 1968*, in: KUSÍN, V. V. (Hg.): *The Czechoslovak Reform Movement, 1968*. ABC-Clio: Santa Barbara Calif. 1973, S. 258–280.

- JOPPKE, Christian: *Revisionism, Dissidence, Nationalism. Opposition in Leninist Regimes* in *The British Journal of Sociology*, Nr. 4, Jg. 45 (Dez, 1994), S. 543–561.
- JUDT, Tony: *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*. Hanser: München 2006.
- JÜTTEMANN, Gerd (Hg.): *Komparative Kasuistik*. Asanger: Heidelberg 1990.
- KÁDÁR, János: *Internacionalizmus, szolidaritás, szocialista hazafiság*. Kossuth Könyvkiadó: Budapest 1977.
- KAELBLE, Hartmut: *Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert*. Campus: Frankfurt a. M. 1999.
- KAELBLE, Hartmut: *Die interdisziplinären Debatten über Vergleich und Transfer*, in: KAELBLE, H.; SCHRIEWER, J. (Hg.): *Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften*. Campus: Frankfurt a. M. 2003, S. 469–493.
- KAELBLE, Hartmut: *Vergleichende Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. *For- schungen europäischer Historiker*, in: HAUPT, H.-G.; KOCKA, J. (Hg.): *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*. Campus: Frankfurt a. M. 1996, S. 91–130.
- KAELBLE, Hartmut; SCHRIEWER, Jürgen (Hg.): *Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften*. Campus: Frankfurt a. M. 2003.
- KAJÁRI, Erzsébet: *A magyar belügy és a csehszlovákiai bevonulás 1968-ban* in *Társadalmi Szemle*, Nr. 8–9 (1998), S. 204–221.
- KALMÁR, Melinda: *An Attempt at Optimization. The Reform Model in Culture, 1965-1973*, in: RAINER, J. M.; PÉTERI, G. (Hg.): *Muddling through in the Long 1960S. Ideas and Everyday Life in High Politics and the Lower Classes of Communist Hungary*. Institute for the History of the 1956 Hungarian Revolution: Budapest 2005, S. 53–83.
- KALMÁR, Melinda: *Ennivaló és hozomány. A kora kádárizmus ideológiája*. Magvető: Budapest 1998.
- KALOUS, Jan: *Reakce československého obyvatelstva na polskou účast v intervenci 1968*, in: BLAŽEK, P. et al. (Hg.): *Polsko a Československo v roce 1968. Sborník příspěvků z mezinárodní vědecké konference, Varšava, 4–5. září 2003. Ústav pro soudobé dějiny AV ČR: Praha 2006, S. 172–201.*
- KANZLEITER, Boris: *Yugoslavia*, in: KLIMKE, M.; SCHARLOTH, J. (Hg.): *1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956-1977*. Palgrave Macmillan: New York 2008, S. 219–228.
- KAPILLER, Imre (Hg.): *'56 vidéken*. Zala Megyei Levéltár: Zalaegerszeg 1992.
- KAPLAN, Karel: *Československo v letech 1953-1966*. Státní pedagogické nakladatelství: Praha 1992a.

- KAPLAN, Karel: *Die Ereignisse des Jahres 1956 in der Tschechoslowakei*, in: HAHN, H. H.; OLSCHOWSKY, H. (Hg.): *Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa*. Akademie Verlag: Berlin 1996, S. 31–45.
- KAPLAN, Karel: *Die politische Krise in der Tschechoslowakei 1956*, in: BOCK, I.; BEYRAU, D. (Hg.): *Das Tauwetter und die Folgen. Kultur und Politik in Osteuropa nach 1956*. Temmen: Bremen 1988, S. 72–90.
- KAPLAN, Karel: *Kořeny československé reformy 1968*. Doplněk: Brno 2000.
- KAPLAN, Karel: *Kronika komunistického Československa. Doba tání 1953-1956*. Barrister & Principal: Brno 2005.
- KAPLAN, Karel: *Sociální souvislosti krizí komunistického režimu v letech 1953 - 1957 a 1968 - 1975*. Ústav pro soudobé dějiny AV ČR: Praha 1993.
- KAPLAN, Karel: *Staat und Kirche in der Tschechoslowakei. Die kommunistische Kirchenpolitik in den Jahren 1948 - 1952*. Oldenbourg: München 1990.
- KAPLAN, Karel: *Zpráva o zavraždění generálního tajemníka*. Mladá Fronta: Praha 1992b.
- KAPLAN, Karel; TOMÁSEK, Dusan: *O cenzuře v Československu v letech 1945 - 1956*. Studie. Ústav pro soudobé dějiny AV ČR: Praha 1994.
- KAPOSI, Zoltán: *Die Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft in Ungarn. 1700-2000*. Schenk Verlag: Passau 2007.
- KARNER, Stefan (Hg.): *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968*. Böhlau: Köln 2008b.
- KARNER, Stefan: *Der kurze Traum des "Prager Frühlings" und Moskaus Entscheid zu seinem Ende*, in: EBBINGHAUS, A. (Hg.): *Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr*. VSA-Verlag: Hamburg 2008, S. 28–44.
- KAUPPERT, Michael: *Wie erschließt sich der Erfahrungsraum? Zur Transformation des Lebenswelttheorems*, in: RAAB, J. et al. (Hg.): *Phänomenologie und Soziologie. Theoretische Positionen, aktuelle Problemfelder und empirische Umsetzungen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2008, S. 244–252.
- KEMPERS, Frans: *Communist Information Policy in Practice. Reporting of Events in Czechoslovakia and Poland by the Party Press of 'Friendly Nations' in International Communication Gazette*, Nr. 14 (1968), S. 271–292.
- KENDE, Péter: *Ungarn 1956. Sozialistischer Volksaufstand - nationaler Befreiungskampf - oder antitotalitäre Revolution?*, in: KENDE, P. et al. (Hg.): *Der Ungarnaufstand. Das Jahr 1956 in der Geschichte des 20. Jahrhunderts*. Akadémiai Kiadó: Budapest 2007.
- KENDE, Péter; WOLGAST, Eike; MAKAI TÓTH, Mária (Hg.): *Der Ungarnaufstand. Das Jahr 1956 in der Geschichte des 20. Jahrhunderts*. Akadémiai Kiadó: Budapest 2007.

- KENNEY, Padraic: *A Carnival of Revolution. Central Europe 1989*. Princeton University Press: Princeton 2003.
- KENYERES, István: *A superman hippik és a tanácstalan rendőrök*, in: MAJTÉNYI, G.; RING, O. (Hg.): *Közel-Múlt*: Budapest 2002, S. 135–154.
- KIPKE, Rüdiger (Hg.): *Ungarn 1956. Zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006b.
- KIPKE, Rüdiger: *Die Volkserhebung. Chronologie der Ereignisse*, in: KIPKE, R. (Hg.): *Ungarn 1956. Zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006, S. 29–43.
- KISS, József: *A szlovákiai magyar kisebbség a reformfolyamat első szakaszában (1964-1967)* in *Fórum Társadalomtudományi Szemle*, Nr. 1, Jg. 1 (1999), S. 99–108.
- KISS, József; RIPP, Zoltán; VIDA, István (Hg.): *Top Secret: Magyar-jugoszlav Kapcsolatok, 1956 Dokumentok*. MTA Jelenkor-kutató bizottság: Budapest 1997.
- KISS, Lajos; KELLNER, Ludvík: *Jak jsem okupoval Československo :. Rozhovor s jedním z velitelů maďarských invazních jednotek* in *Reportér*, Nr. 14, Jg. 5 (1990), S. 17.
- KISS, Sándor M.: *Restoration und Repression zur Zeit der Revolution und des Freiheitskampfes von 1956*, in: KIPKE, R. (Hg.): *Ungarn 1956. Zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006, S. 116–136.
- KLANDERMANS, Bert; GOSLINGA, Sjoerd: *Media, Movement Publicity and the Generation of Collective Action FrameS. Theoretical and Emperical Exercises in Meaning Construction*, in: MCADAM, D. et al. (Hg.): *Comparative Perspectives on Social MovementS. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge University Press: Cambridge 1999, S. 312–337.
- KLESSMANN, Christoph; STÖVER, Bernd (Hg.): *1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa*. Böhlau: Köln 1999.
- KLICPEROVÁ-BAKER, Martina: *Demokratická kultura v Ceske republice. Obcanská kultura, étos a vlastenectví ze srovnávacího pohledu*. Academia: Praha 2007.
- KLIMKE, Martin; SCHARLOTH, Joachim (Hg.): *1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956-1977*. Palgrave Macmillan: New York 2008.
- KLIMÓ, Árpád v.: *Nation, Konfession, Geschichte. Zur nationalen Geschichtskultur Ungarns im europäischen Kontext (1860 - 1948)*. Oldenbourg: München 2003.
- KLIMÓ, Árpád v.: *Ungarn seit 1945*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2006.

- KLIMÓ, Árpád v.: *Zeitgeschichte als moderne Revolutionsgeschichte. Von der Geschichte der eigenen Zeit zur Zeitgeschichte in der ungarischen Historiographie des 20. Jahrhunderts*, in: NÜTZENADEL, A.; SCHIEDER, W. (Hg.): *Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2004, S. 283–306.
- KLIMÓ, Árpád v.: *Zwischen Beat und Kommunismus. Katholische Jugendgruppen in Ungarn 1968*, in: EBBINGHAUS, A. (Hg.): *Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr*. VSA-Verlag: Hamburg 2008, S. 108–120.
- KLIMÓ, Árpád v.; KUNST, Alexander M.: *Krisenmanagement und Krisenerfahrung. Die ungarische Parteiführung und die Systemkrisen 1953, 1956 und 1968*, in: BISPINCK, H. et al. (Hg.): *Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus*. Links: Berlin 2004, S. 287–307.
- KLUB ANGAŽOVANÝCH NESTRANÍKŮ: *Programové prohlášení Klubu angažovaných ne-straníků (duben 1968)*, in: HOLBA, P. (Hg.): *KAN 1968-2003: 35 let úsilí o polidštění politiky. Sborník textů a dokumentů*. GID: Praha 2003, S. 8–10.
- KNABE, Hubertus: *Neue soziale Bewegungen im Sozialismus. Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR* in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 40 (1988), S. 551–569.
- KOHOUT, Pavel: *Maďarská revoluce a reformní komunisté*, in: LOUŽEK, M. (Hg.): *Maďarské povstání 1956 – padesát let poté*. Centrum pro Ekonomiku a Politiku: Praha 2007, S. 11–17.
- KOLÁŘ, Pavel: *Die nationalgeschichtlichen master narratives in der tschechischen Geschichtsschreibung der zweiten Hälfte des 20. JahrhundertS. Entstehungskontexte, Kontinuität und Wandel*, in: BRENNER, C. (Hg.): *Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert. Wissenschaftstraditionen, Institutionen, Diskurse*. Oldenbourg: München 2006, S. 209–241.
- KOLEJKA, Josef: *Der Slawenkongreß in Prag im Juni 1848. Die slawische Variante einer österreichischen Revolution*, in: JAWORSKI, R.; LUFT, R. (Hg.): *1848/49 - Revolutionen in Ostmitteleuropa. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 30. November bis 1. Dezember 1990*. Oldenbourg: München 1996, S. 129–148.
- KOMISIA VLÁDY SLOVENSKEJ REPUBLIKY PRE ANALÝZU HISTORICKÝCH UDALOSTÍ ROKOV 1967 – 1970 A POLITOLOGICKÝ KABINET SAV (HG.): *Slovenská spoločnosť v krízových rokoch 1967-1970*. Politologický kabinet SAV: Bratislava 1992.
- KONTLER, László (Hg.): *Dějiny Maďarska*. Nakladatelství Lidové noviny: Praha 2002.
- KONTLER, László: *Millennium in Central Europe. A History of Hungary*. Atlantisz Publ. House: Budapest 1999.

- KOPEČEK, Michal (Hg.): *Past in the Making. Historical Revisionism in Central Europe after 1989*. Central European University Press: Budapest, New York 2008b.
- KOPEČEK, Michal: *In Search of "National Memory" The Politics of History, Nostalgia and the Historiography of Communism in the Czech Republic and East Central Europe*, in: KOPEČEK, M. (Hg.): *Past in the Making. Historical Revisionism in Central Europe after 1989*. Central European University Press: Budapest, New York 2008, S. 75–96.
- KOPEČEK, Michal; KOLÁŘ, Pavel: *A Difficult Quest for New ParadigmS. Czech Historiography after 1989*, in: ANTOHI, S. (Hg.): *Narratives Unbound. Historical Studies in Post-Communist Eastern Europe*. Central European University Press: New York 2007, S. 173–225.
- KOPEČEK, Michal; SPURNÝ, Matěj: *Dějiny a paměť komunismu v Česku*, Lidové noviny, 9.1.2010, S. 24.
- KŐRÖSI, Zsuzsanna; STANDEISKY, Éva; RAINER, János M. (Hg.): *Évkönyv 8. Magyarország a jelenkorban. 1956-os Intézet: Budapest 2000*.
- KÓSA, László; VALUCH, Tibor; SZEGEDY-MASZÁK, Mihály: *A Cultural History of Hungary. II. In the Nineteenth and Twentieth Centuries*. Corvina: Budapest 2000.
- KOSCHMAL, Walter; NEKULA, Marek; ROGALL, Joachim (Hg.): *Deutsche und Tschechen. Geschichte, Kultur, Politik*. C.H. Beck: München 2001.
- KOSELLECK, Reinhart (Hg.): *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Suhrkamp: Frankfurt a. M. 1979.
- KOSELLECK, Reinhart (Hg.): *Zeitschichten. Studien zur Historik*. Suhrkamp: Frankfurt a. M. 2000.
- KOSELLECK, Reinhart: "Erfahrungsraum" und "Erwartungshorizont" – zwei historische Kategorien, in: KOSELLECK, R. (Hg.): *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Suhrkamp: Frankfurt a. M. 1979, S. 349–375.
- KOSELLECK, Reinhart: *Erfahrungswandel und Methodenwechsel. Eine historisch-anthropologische Skizze*, in: KOSELLECK, R. (Hg.): *Zeitschichten. Studien zur Historik*. Suhrkamp: Frankfurt a. M. 2000, S. 27–77.
- KOSELLECK, Reinhart; SPREE, Ulrike; STEINMETZ, Willibald; DUTT, Carsten: *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*. Suhrkamp: Frankfurt a. M. 2006.
- KOSTA, Jiří: *Die tschechische/tschechoslowakische Wirtschaft im mehrfachen Wandel*. Lit: Münster 2005.
- KOSTA, Jiří: *Prag 1968-1988. Vervollkommnung oder Reform?*, in: MILLER, T.; KOSTA, J. (Hg.): *Prager Frühling und Reformpolitik heute. Hintergründe, Entwicklungen und Vergleiche der Reformen in Osteuropa*. Olzog: München 1989, S. 33–43.

- KÓSZEG, Ferenc: 1956. *Eine Revolution, geprägt nach unserem eigenen Bild*, in: BOCK, P. (Hg.): *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 1999, S. 143–155.
- KOTT, Sandrine; KULA, Marcin; LINDENBERGER, Thomas: *Socjalizm w życiu powszednim. Dyktatura a społeczeństwo w NRD i PRL*. "Trio": Warszawa 2006.
- KOUDELKA, Frantisek; SUK, Jiří (Hg.): *Ministerstvo vnitra a bezpečnostní aparát v období Pražského jara 1968. Leden-srpen 1968*. Doplněk: Brno 1996.
- KOUDELKA, Josef: *Invaze 68*. Torst: Praha 2008.
- KOVÁCS, Gábor: *Revolution, Lifestyle, Power and Culture. Features of Political Thought in the Sixties*, in: RAINER, J. M.; PÉTERI, G. (Hg.): *Muddling through in the Long 1960S. Ideas and Everyday Life in High Politics and the Lower Classes of Communist Hungary*. Institute for the History of the 1956 Hungarian Revolution: Budapest 2005, S. 27–52.
- KOZÁK, Gyula: *Szervezetek az 1956-os forradalomban*, in: KŐRÖSI, Z. et al. (Hg.): *Évkönyv 8. Magyarország a jelenkorban. 1956-os Intézet: Budapest 2000*, S. 219–237.
- KRÁL, Václav: *Od ledna do srpna 1968*. Levá fronta: Praha 1970.
- KRÁL, Václav: *Teoretické problémy historie*. Academia: Praha 1972.
- KRAMER, Mark: *Entstalinisierung und die Krisen im Ostblock in Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 17-18 (2006), S. 8–15.
- KRAMER, Mark: *Soviet-Polish Relations and the Crisis of 1956. Brinkmanship and Intra-Bloc Politics*, in: ENGELMANN, R. et al. (Hg.): *Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2008, S. 61–126.
- KRAMER, Mark: *The Soviet Union and the 1956 Crises in Hungary and Poland. Reassessments and New Findings in Journal of Contemporary History*, Nr. 2, Jg. 33 (Apr, 1998), S. 163–214.
- KRAPFL, James: *The Rhetoric of the Velvet Revolution in Center for Slavic and East European Studies Newsletter*, Nr. 3, Jg. 19 (2002), S. 3–17.
- KŘEN, Jan: *Dokumenty StB jako pramen poznání minulosti in Soudobé dějiny*, Nr. 3-4, Jg. 7 (2005), S. 708–725.
- KRYSTLÍK, Tomáš: *Zamlčené dějiny. 1918 - 1938 - 1948 - 1968*. Beta Books: Praha 2008.
- KUČERA, Jaroslav: *Zwischen „kapitalistischem“ und „sozialistischem“ Weltmarkt. Die tschechoslowakische Wirtschaftsreform der 1960er Jahre und der RGW*, in: BOYER, C. (Hg.): *Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich*. Klostermann: Frankfurt a. M. 2007, S. 179–200.

- KUN, Miklós: *Pjotr Seleszt 1968-ról. "Beszélgetés a keserű múlttól"* in *História*, Nr. 1 (1999b), S. 16–19.
- KUN, Miklós: *Prágai tavasz, prágai őszi. 1968 fehér foltjai*. Akadémiai Kiadó: Budapest 1998.
- KUN, Miklós: *Prague Spring, Prague Fall. Blank Spots of 1968*. Akadémiai Kiadó: Budapest 1999a.
- KUNŠTAT, Miroslav; PEŠEK, Jiří; LEMBERG, Hans: *Der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit und ihren Opfern seit 1989*, in: FAULENBACH, B. (Hg.): *"Transformationen" der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989*. Klartext: Essen 2006, S. 165–188.
- KURAL, Václav: *Československo roku 1968*. Parta: Praha 1993.
- KUSBER, Jan: *Zwei Lösungen eines Problems. Die Sowjetunion und das Jahr 1956 in Polen und Ungarn in Osteuropa*, Jg. 51 (2006), S. 87–97.
- KUSÍN, Vladimír V. (Hg.): *The Czechoslovak Reform Movement, 1968*. ABC-Clio: Santa Barbara Calif. 1973.
- KUSIN, Vladimir V.: *The Intellectual Origins of the Prague Spring*. Cambridge University Press: Cambridge 2002.
- KYROW, Aleksandr; ZSELICKY, Béla: *Ungarnkrise 1956. Lagebeurteilung und Vorgehen der sowjetischen Führung und Armee*, in: HEINEMANN, W. (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*. Oldenbourg: München 1999.
- LACHMANN, Hannes: *Das Jahr 1968 in Ungarn. Gab es einen Budapester Frühling?*, in: EBBINGHAUS, A. (Hg.): *Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr*. VSA-Verlag: Hamburg 2008, S. 121–133.
- LACHMANN, Hannes: *Der "Prager Frühling" und die ungarische Gesellschaft. Reaktionen und transnationale Einflüsse jenseits der Partieliten im ostmitteleuropäischen Kontext*, in: EBBINGHAUS, A. et al. (Hg.): *1968. Ein Blick auf die Protestbewegungen 40 Jahre danach aus globaler Perspektive*. AVA Akademische Verlagsanstalt: Leipzig 2009, S. 45–64.
- LACHMANN, Hannes: *Die Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre in Ungarn und der ČSSR. Parallelen, Einflüsse und Auseinanderentwicklung zweier staatssozialistischer Reformversuche*, in: STELLNER, F.; SOBĚHART, R. (Hg.): *Die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der Meilensteine 1848 - 1968*. Oeconomica; Vysoká škola Ekonomická: Praha 2010, S. 195–212.
- LACKO, Martin: *Slovenské národné povstanie 1944*. Slovart: Bratislava 2008.

- LACZÓ, Ferenc: *The Many Moralists and the Few CommunistS. Approaching Morality and Politics in Post-Communist Hungary*, in: KOPEČEK, M. (Hg.): *Past in the Making. Historical Revisionism in Central Europe after 1989*. Central European University Press: Budapest, New York 2008, S. 145–168.
- LEIKERT, Jozef: *Slovenskí spisovatelia roku 1956 a ich reakcie na udalosti v Maďarsku*, in: IVANIČKOVÁ, E.; ATTILA, S. (Hg.): *Az 1956-OS magyar forradalom és Szlovákia*. Historický ústav SAV: Šamorín, Bratislava 2006, S. 93–106.
- LENDVAI, Paul: *Der Ungarnaufstand 1956. Die Revolution und ihre Folgen*. Bertelsmann: München 2006.
- LENK, Kurt: *Theorien der Revolution*. Fink: München 1991.
- LEPEUPLE, Anne-Chantal: "Radio Free Europe" et "Radio Liberty" (1950-1994) in *Vingtième Siècle. Revue d'histoire*, Nr. 48 (Oct. - Dec, 1995), S. 31–45.
- LESSING, Erich; FEJTŐ, Ferenc: *Budapest 1956. A forradalom*. 1956-os Intézet: Budapest 2006.
- LEVY, Alan: *Verlorener Frühling. Ein Amerikaner in Prag 1967 - 1971*. Vitalis: Prag 1998.
- LEWIS, Paul G. (Hg.): *Eastern Europe. Political Crisis and Legitimation*. St. Martin's Press: New York 1984.
- LIEHM, Antonin J.: *Anmerkungen zur tschechischen Kultur und Politik 1956-1968*, in: BOCK, I.; BEYRAU, D. (Hg.): *Das Tauwetter und die Folgen. Kultur und Politik in Osteuropa nach 1956*. Temmen: Bremen 1988, S. 107–122.
- LINDEMANN, Mechthild: *Anfänge einer neuen Ostpolitik? Handelsvertragsverhandlungen und die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblock-Staaten*, in: BLASIUS, R. A. (Hg.): *Von Adenauer zu Erhard. Studien zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*. Oldenbourg: München 1994, S. 45–79.
- LIPSCHER, Ladislav: *Die magyarischen, polnischen, ruthenischen und jüdischen Parteien in der ČSR*, in: BOSL, K. (Hg.): *Die erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat. Vorträge der Tagungen des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 24.-27. November 1977 und vom 20.-23. April 1978*. Oldenbourg: München 1979, S. 217–240.
- LISKA, Otakar: *Tresty smrti vykonané v Československu v letech 1918-1989. Úřad dokumentace a vyšetřování zločinů komunismu SKPV PČR*: Praha 2006.
- LITVÁN, György: *Az 1956-os magyar forradalom. Reform, felkelés, szabadságharc, megtorlás*. Tankönyvkiadó: Budapest 1992.
- LITVÁN, György: *Die ungarische Revolution 1956. Reform, Aufstand, Vergeltung*. Passagen-Verl.: Wien 1994.
- LITVÁN, György; BAK, János M.; LEGTERS, Lyman Howard: *The Hungarian Revolution of 1956. Reform, Revolt and Repression, 1953-1963*. Longman: London 1996.

- LIU, Xiaoyuan: *Reins of Liberation. An Entangled History of Mongolian Independence, Chinese Territoriality, and Great Power Hegemony, 1911 - 1950*. Woodrow Wilson Center Press: Washington, DC 2006.
- LOBKOWICZ, N.: *Philosophy in Czechoslovakia since 1960* in *Studies in Soviet Thought*, Nr. 1, Jg. 3 (Mar, 1963), S. 11–32.
- LOMAX, Bill: *Hungary 1956*. Allison & Busby: London 1979.
- LOMAX, Bill: *Hungary. The Quest for Legitimacy*, in: LEWIS, P. G. (Hg.): *Eastern Europe. Political Crisis and Legitimation*. St. Martin's Press: New York 1984, S. 68–110.
- LOMAX, Bill: *The Hungarian Revolution in Retrospect* in *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Nr. 2, Jg. 13 (1997), S. 152–158.
- LOUŽEK, Marek (Hg.): *Maďarské povstání 1956 – padesát let poté*. Centrum pro Ekonomiku a Politiku: Praha 2007.
- LUKÁCS, Georg; LUDZ, Peter: *Schriften zur Ideologie und Politik*. Luchterhand: Neuwied 1973.
- LUKÁCS, György; LEVINE, Norman: *The Process of Democratization*. State University of New York Press: Albany 1991.
- MACEK, Josef: *Sedm pražských dnů. 21.-27. srpen 1968*. Academia: Praha 1990.
- MACHOS, Csilla: *Wem gehört '1956'?*, in: BOCK, P. (Hg.): *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 1999, S. 114–142.
- MACK, Karlheinz (Hg.): *Revolutionen in Ostmitteleuropa 1789-1989. Schwerpunkt Ungarn*. Verlag für Geschichte und Politik; R. Oldenbourg: Wien; München 1995.
- MADRY, Jindřich: *Entscheidungsfindung in der Tschechoslowakei nach Stalins Tod*, in: FOITZIK, J. (Hg.): *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953 - 1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand*. Schöningh: Paderborn 2001, S. 215–238.
- MADRY, Jindřich: *Reflexe maďarského povstání v jednání ústředních politických orgánů Československa*, in: HISTORICKÝ ÚSTAV AV ČR (Hg.): *Vojenská opatření Československa v souvislosti s maďarským povstáním 1956*. Historický ústav AV ČR: Praha 1994, S. 26–32.
- MAIER, Robert; HELMEDACH, Andreas; LÄSSIG, Simone (Hg.): *Zweierlei 1968? Die Umbruchjahre 1968 und 1989 in deutschen und tschechischen Geschichtsschulbüchern*. V&R unipress: Göttingen 2008.
- MAJTÉNYI, György; RING, Orsólya (Hg.): *Közel-Múlt*: Budapest 2002.

- MANNOVÁ, Elena: "Sie wollen keine Loyalität lernen!". *Identitätsdiskurse und lokale Lebenswelten in der Südslowakei 1918-1938*, in: HASLINGER, P. (Hg.): *Staat, Loyalität und Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa. 1918 - 1941*. Oldenbourg: München 2007, S. 54–67.
- MARKO, Augustín; MARTINICKÝ, Pavol: *Slovensko-maďarské vzťahy. História a súčasnosť vo faktoch*. Slovenská spoločnosť na obranu demokracie a humanity: Bratislava 1995.
- MARUŠIAK, Juraj: *Slovakia and the 1956 Hungarian Revolution. A Comparison with Slovak Perceptions of the Polish October*, in: RAINER, J. M.; SOMLAI, K. (Hg.): *The 1956 Hungarian Revolution and the Soviet Bloc Countries. Reactions and Repercussions*. The Institute for the History of the 1956 Hungarian Revolution: Budapest 2007, S. 79–96.
- MARUŠIAK, Juraj: *Slovenskí študenti a inteligencia v roku 1956*, in: BLAHA, A. (Hg.): *Pyžamová revolúcia*. Nebojsa: Bratislava 2007, S. 7–64.
- MASÁR, Jan: *Plnit plán ještě není všechno*: Praha 1958.
- MASTNY, Vojtech: *A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact, 1955 - 1991*. Central European University Press: Budapest 2005.
- MATTHEWS, John P. C.: *Tinderbox. East-Central Europe in the Spring, Summer, and Early Fall of 1956*. Fenestra Books: Tucson Ariz. 2003.
- MAUCH, Christof; PATEL, Kiran Klaus (Hg.): *Wettlauf um die Moderne. Die USA und Deutschland 1890 bis heute*. Pantheon: München 2008.
- MCADAM, Douglas: *Conceptual Origins, Current Problems, Future Directions*, in: MCADAM, D. et al. (Hg.): *Comparative Perspectives on Social MovementS. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge University Press: Cambridge 1999, S. 23–40.
- MCADAM, Douglas; MCCARTHY, John D.; ZALD, Mayer Y. (Hg.): *Comparative Perspectives on Social MovementS. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge University Press: Cambridge 1999b.
- MCADAM, Douglas; MCCARTHY, John D.; ZALD, Mayer Y.: *Opportunities, Mobilizing Structures, and Framing Processes. Toward a Synthetic, Comparative Perspective on Social Movements*, in: MCADAM, D. et al. (Hg.): *Comparative Perspectives on Social MovementS. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge University Press: Cambridge 1999, S. 1–22.
- MCCARTHY, John D.; ZALD, Mayer Y.: *Resource Mobilization and Social MovementS. A Partial Theory in American Journal of Sociology*, Jg. 82 (1977), S. 1212–1241.
- MCCAULEY, Martin (Hg.): *Khrushchev and Khrushchevism*. Indiana University Press: Bloomington 1987.

- MERGEL, Thomas: *Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik in Geschichte und Gesellschaft*, Nr. 4, Jg. 28 (2002), S. 574–606.
- METZLER, Gabriele: *Einführung in das Studium der Zeitgeschichte*. Schöningh: Paderborn, München 2004.
- MEYER, Gerd (Hg.): *Lebensweise und gesellschaftlicher Umbruch in Ostdeutschland*. Palm und Enke u.a.: Erlangen 1992.
- MEZEI, István: *Chances of Hungarian-Slovak Cross-Border Relations*. Centre for regional studies of HAS: Pécs 2006.
- MICHIE, Allan: *Voices through the Iron Curtain. The Radio Free Europe Story*. Mead: New York 1963.
- MICHNIK, Adam; LESSER, Gabriele: "Wir kämpften für die Freiheit". *Adam Michnik im Gespräch mit Gabriele Lesser über das Jahr 1968*, in: EBBINGHAUS, A. (Hg.): *Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr*. VSA-Verlag: Hamburg 2008, S. 46–83.
- MILLER, Tilly; KOSTA, Jiří (Hg.): *Prager Frühling und Reformpolitik heute. Hintergründe, Entwicklungen und Vergleiche der Reformen in Osteuropa*. Olzog: München 1989.
- MINK, András: *The Kádár of History* in *Budapest Review of Books*, Nr. 1-4, Jg. 11 (2001), S. 37–47.
- MINK, András: *The Revisions of the 1956 Hungarian Revolution*, in: KOPEČEK, M. (Hg.): *Past in the Making. Historical Revisionism in Central Europe after 1989*. Central European University Press: Budapest, New York 2008, S. 169–178.
- MLYNÁŘ, Zdeněk: *Nachtfrost. Erfahrungen auf dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus*. Europa-Verlag: Köln 1978.
- MOHARRAM, Mohamed Reda: *Die Suezkrise 1956. Gründe - Ereignisse - Konsequenzen*, in: HEINEMANN, W. (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*. Oldenbourg: München 1999, S. 197–217.
- MOLNÁR, János: *Ellenfóradalom Magyarországon 1956-ban. A polgári magyarázatok bírálata*. Akadémiai Kiadó: Budapest 1967.
- MOLNÁR, János; LIESKA, Jozef: *Kontrarevolúcia v Maďarsku roku 1956. Kritika buržoáznych interpretácií*. Pravda: Bratislava 1972.
- MOLNÁR, Miklós; MAGYAR, Anna: *A Concise History of Hungary*. Cambridge University Press: Cambridge 2001.
- MORITSCH, Andreas; KRAHWINKLER, Harald (Hg.): *Der Prager Slavenkongress 1848*. Böhlau: Wien 2000.

- MÜHLE, Eduard: *Der „ungarische Herbst“ 1956 und die Ablösbarkeit. kommunistischer Herrschaft in Ostmitteleuropa.* in *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Nr. 1, Jg. 47 (1999), S. 38.
- MÜLLER, Klaus: *Modernisierung und Weltsystem. Immanuel Wallersteins globalistische Wende der Modernisierungstheorie*, in: STARK, C.; LAHUSEN, C. (Hg.): *Theorien der Gesellschaft. Einführung in zentrale Paradigmen der soziologischen Gegenwartsanalyse.* Oldenbourg: München 2002, S. 203–236.
- MURBER, Ibolya; FÓNAGY, Zoltán: *Die ungarische Revolution und Österreich 1956.* Czernin: Wien 2006.
- MUSILOVÁ, Dana: *Měnová reforma 1953 a její sociální důsledky. Studie a dokumenty.* Ústav pro soudobé dějiny AV ČR: Praha 1994.
- NAVRÁTIL, Jaromír: *The Prague Spring 1968. A National Security Archive Documents Reader.* Central European University Press: Budapest 1998.
- NELSON, Michael: *War of the Black Heavens. The Battles of Western Broadcasting in the Cold War.* Syracuse, New York 1997.
- NIKLASSON, Tomas: *Regime Stability and Foreign Policy Change. Interaction between Domestic and Foreign Policy in Hungary 1956 - 1994.* Dep. of Political Science: Lund 2005.
- NOIRIEL, Gérard: *Une histoire sociale du politique est-elle possible?* in *Vingtième Siècle*, Nr. 24 (1989), S. 81–96.
- NOTI, Stephen: *The Shifting Position of Hungarian Trade Unions amidst Social and Economic Reforms in Soviet Studies*, Nr. 1 (Jan.), Jg. 39 (1987), S. 63–87.
- NÜTZENADEL, Alexander; SCHIEDER, Wolfgang (Hg.): *Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa.* Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2004.
- NYERS, Rezső: *Feljegyzések 1968-ból, a csehszlovákiai intervencióról* in *História*, Jg. 9-10 (1993), S. 35–50.
- NYERS, Rezső: *Gazdaságpolitikánk és a gazdasági mechanizmus reformja.* Kossuth Könyvkiadó: Budapest 1968.
- NYSSÖNEN, Heino: *Der Volksaufstand von 1956 in der ungarischen Erinnerungspolitik* in *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Nr. 10, Jg. 47 (1999), S. 915–937.
- O. A.: *Die Entwicklung des ungarischen Fremdenverkehrs* in *Osteuropa-Archiv*, Nr. 10 (1975), S. 517–521.
- O. A.: *Magyarische Minderheiten in Ost- und Südosteuropa* in *Osteuropa*, Nr. 6 (1973), S. 411–427.

- OBERSCHALL, Anthony: *Opportunities and Framing in the Eastern European Revolts of 1989*, in: MCADAM, D. et al. (Hg.): *Comparative Perspectives on Social MovementS. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge University Press: Cambridge 1999, S. 93–121.
- ODDĚLENÍ PROPAGANDY A AGITACE ÚV KSČ: *K událostem roku 1968*: Praha 1978.
- OIKARI, Raija: *Discursive Use of Power in Hungarian Cultural Policy during the Kádár Era in Hungarologische Beiträge*, Nr. 14 (2002), S. 133–162.
- OKVÁTH, Imre: *Die Repressalien nach der Revolution in Ungarn von 1956 bis 1963*, in: HEINEMANN, W. (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*. Oldenbourg: München 1999, S. 485–500.
- OLSON, Mancur: *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*. Harvard Univ. Press: Cambridge, MasS. 1971.
- ORLOW, A.: *Der Polnische Oktober. Sieg der Vernunft über die Gewalt*, in: HEINEMANN, W. (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*. Oldenbourg: München 1999, S. 43–58.
- ORMOS, Mária: *A konszolidáció problemái 1956 és 1958 között in Társadalmi Szemle*, Nr. 44, Jg. 8/9 (1989), S. 48–65.
- OSTERHAMMEL, Jürgen: *Transferanalyse und Vergleich im Fernverhältnis*, in: KAEUBLE, H.; SCHRIEWER, J. (Hg.): *Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften*. Campus: Frankfurt a. M. 2003, S. 439–468.
- OSTERHAMMEL, Jürgen: *Transnationale Gesellschaftsgeschichte. Erweiterung oder Alternative?* in *Geschichte und Gesellschaft*, Nr. 3, Jg. 27 (2001).
- OSTRÝ, Antonín: *Československý problém*. Index: Köln 1972.
- PÁLLINGER, Zoltán Tibor: *Die politische Elite Ungarns im Systemwechsel 1985 - 1995*. Haupt: Bern 1997.
- PATAKY, Iván: *A vonakodó szövetségeS. A Magyar Népköztársaság és a Magyar Néphadsereg közreműködése Csehszlovákia 1968. évi megszállásában*. Zrínyi: Budapest 1996.
- PATAKY, Iván: *Zatiahnutie Maďarska a Maďarskej ľudovej 3-34. armády do agresie proti Československu v roku 1968 in Historie a vojenství*, Nr. 5, Jg. 42 (1993), S. 54–70.
- PAUER, Jan: *Der Streit um das Erbe des Prager Frühlings*, in: KARNER, S. (Hg.): *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968*. Böhlau: Köln 2008, S. 1203–1216.
- PAUER, Jan: *Die historische Bedeutung des "Prager Frühlings" 1968*, in: AGETHEN, M.; BUCHSTAB, G. (Hg.): *Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock*. Herder: Freiburg 2003.

- PAUER, Jan: *Geschichtsdiskurse und Vergangenheitspolitik in der Tschechischen und Slowakischen Republik nach 1989*, in: CORBEA-HOISIE, A. et al. (Hg.): *Umbruch im östlichen Europa. Die nationale Wende und das kollektive Gedächtnis*. Studien-Verl.: Innsbruck 2004, S. 93–107.
- PAUER, Jan: *Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes*. Edition Temmen: Bremen 1995.
- PAUER, Jan: *Praha 1968: Vpád varšavské smlouvy. Pozadí - plánování - provedení*. Argo: Praha 2004b.
- PAULMANN, Johannes: *Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts in Historische Zeitschrift*, Jg. 267 (1998), S. 649–685.
- PAŽOUT, Jaroslav: *1968 - osmičky v dějinách českých zemí. Publikace k výstavě archivních dokumentů z cyklu Osmičky v dějinách českých zemí*. Národní archiv: Praha 2008a.
- PAŽOUT, Jaroslav: *Mocným navzdory. Studentské hnutí v šedesátých letech 20. století*. Prostor: Praha 2008b.
- PEČENKA, Marek: *Encyklopedie moderní historie*. Nakladatelství Libri: Praha 1999.
- PECKA, Jindřich (Hg.): *Spontánní projevy Pražského jara. 1968 - 1969*. Doplněk: Brno 1993.
- PECKA, Jindřich; BELDA, Josef; HOPPE, Jiří (Hg.): *Občanská společnost 1967–1970. Sociální organismy a hnutí Pražského jara 1967–1970*. Doplněk: Brno 1998.
- PEHE, Jiří: *The Prague Spring. A Mixed Legacy*. Freedom House; Distributed by UPA Inc.: New York, N.Y, Lanham, MD 1988.
- PELIKÁN, Jiří: *Das Echo des XX. Parteitages der KPdSU in der Tschechoslowakei*, in: CRUSIUS, R. (Hg.): *Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen*. Suhrkamp: Frankfurt a. M. 1977, S. 165–176.
- PELIKÁN, Jiří: *Ein Frühling, der nie zu Ende geht. Erinnerungen eines Prager Kommunisten*. S. Fischer: Frankfurt a. M. 1976.
- PELIKÁN, Jiří: *Tanky proti sjezdu. Protokol a dokumenty 14. Sjezdu KSČ*. Europa-Verlag: Wien 1970.
- PERNAU, Margrit: *Bürger mit Turban. Muslime in Dehli im 19. Jahrhundert*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2008.
- PERNES, Jiří: *České vnímání roku 1956*, in: LOUŽEK, M. (Hg.): *Maďarské povstání 1956 – padesát let poté*. Centrum pro Ekonomiku a Politiku: Praha 2007.
- PERNES, Jiří: *Československý rok 1956. K dějinám destalinizace v Československu* in *Soudobé dějiny*, Nr. 4 (2000), S. 594–618.

- PERNES, Jiří: *Dělnické demonstrace v Brně v roce 1951* in *Soudobé dějiny*, Nr. 1, Jg. 3 (1996a), S. 23–41.
- PERNES, Jiří: *Die ČSR. Von der verschleppten Reform zum beschleunigten Wandel*, in: ENGELMANN, R. et al. (Hg.): *Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2008, S. 137–147.
- PERNES, Jiří: *Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung*, in: KLESSMANN, C.; STÖVER, B. (Hg.): *1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa*. Böhlau: Köln 1999, S. 93–103.
- PERNES, Jiří: *Krise komunistického režimu v Československu v 50. letech 20. století*. Centrum pro Studium Demokracie a Kultury: Brno 2008c.
- PERNES, Jiří: *Ohlas maďarské revoluce roku 1956 v české veřejnosti. Z interních hlášení krajských zpráv ministerstva vnitra* in *Soudobé dějiny*, Jg. 4 (1996b), S. 512–526.
- PERNES, Jiří: *Snahy o upevnění komunistického režimu v Československu na přelomu 50. a 60. let*, in: TŮMA, O.; VILÍMEK, T. (Hg.): *Historik v soudobých dějinách. Milanu Otáhalovi k osmdesátým narozeninám*. Ústav pro soudobé dějiny AV ČR: Praha 2008, S. 177–200.
- PEŠEK, Jan: *Maďarské udalosti roku 1956 a Slovensko* in *Historický časopis*, Nr. 41, Jg. 4 (1993), S. 430–442.
- PÉTERI, György (Hg.): *Intellectual Life and the First Crisis of State Socialism in East Central Europe, 1953-1956*. Program on East European Cultures and Societies: Trondheim, Norway 2001.
- PÉTERI, György: *New Course EconomicS. The field of economic research in Hungary after Stalin, 1953-1956*, in: PÉTERI, G. (Hg.): *Intellectual Life and the First Crisis of State Socialism in East Central Europe, 1953-1956*. Program on East European Cultures and Societies: Trondheim, Norway 2001, S. 47–79.
- PÉTERI, György: *Purge and Patronage. Kádár's Counter-Revolution and the Field of Economic Research in Hungary, 1957-1958* in *Contemporary European History*, Nr. 1, Jg. 11 (2002), S. 125–152.
- PFEIL, Ulrich: *Die "anderen" deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949-1990*. Böhlau: Köln 2004.
- PIEKALKIEWICZ, Jaroslaw: *Public Opinion Polling in Czechoslovakia, 1968-1969. Results and Analysis of Surveys Conducted during the Dubcek Era*. Praeger: New York, Washington, London 1972.
- PILÁT, Vladimír: *Československá materiální pomoc orgánům maďarské bezpečnosti po potlačení povstání*, in: HISTORICKÝ ÚSTAV AV ČR (HG.): *Vojenská opatření Československa v souvislosti s maďarským povstáním 1956*. Historický ústav AV ČR: Praha 1994, S. 60–64.

- PILÁT, Vladimír: *Der antikommunistische Aufstand in Ungarn aus der Sicht der tschecho-slowakischen Kommunisten*, in: HEINEMANN, W. (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*. Oldenbourg: München 1999, S. 339–352.
- PINCZÉSI, Pál; BOGNÁR, Károly: *A Csehszlovákiai eseményekről*. Kossuth Könyvkiadó: Budapest 1968.
- PITHART, Petr: *Osmádesátý*. Rozmluvy: Praha 1990.
- PITTAWAY, Marc: *The Social Limits of State Control. Time, the Industrial Wage Relation and Social Identity in Stalinist Hungary, 1948-1953* in *Journal of Historical Sociology*, Nr. 3, Jg. 12 (Sept. 1999), S. 271–301.
- PLAGGENBORG, Stefan: *Experiment Moderne. Der sowjetische Weg*. Campus: Frankfurt a. M. 2006.
- PLASCHKA, Richard Georg (Hg.): *Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948. Aktuelle Forschungen*. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Wien 1997.
- PÓK, Attila: *Ungarische Intellektuelle vor und nach 1956*, in: KENDE, P. et al. (Hg.): *Der Ungarnaufstand. Das Jahr 1956 in der Geschichte des 20. Jahrhunderts*. Akadémiai Kiadó: Budapest 2007, S. 59–72.
- POKORNÝ, Jiří: *Der Prager Slavenkongreß und die Tschechen*, in: MORITSCH, A.; KRAHWINKLER, H. (Hg.): *Der Prager Slavenkongress 1848*. Böhlau: Wien 2000, S. 63–70.
- POLLACK, Detlef; WIELGOHS, Jan (Hg.): *Dissent and Opposition in Communist Eastern Europe. Origins of Civil Society and Democratic Transition*. Ashgate: Aldershot 2004.
- POPÉLY, Árpád: *1968 és a csehszlovákiai magyarság*. Fórum Kisebbségkutató Intézet: Somorja 2008.
- PRAŽÁK, Richard: *Česko-maďarské vzťahy*, in: KONTLER, L. (Hg.): *Dějiny Maďarska*. Nakladatelství Lidové noviny: Praha 2002, S. 434–506.
- PREČAN, Vilém: *Britské velvyslanectví v Praze o Československu 1956* in *Soudobé dějiny*, Nr. 4, Jg. IV (1996), S. 564–582.
- PREČAN, Vilém: *Rekonstituierung der bürgerlichen Gesellschaft als Hoffnung und Programm. Opposition und Dissent in der kommunistischen Tschechoslowakei*, in: CINK, P.; ROSS, S. (Hg.): *Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit. Deutsche und tschechische Wege nach 1989 - ein Vergleich*. BWV: Berlin 2008, S. 43–52.
- PRONKO, Walentin A.: *Ungarn - UdSSR. Herbst 1956*, in: HEINEMANN, W. (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*. Oldenbourg: München 1999, S. 75–94.
- PRUCHA, Milan: *Zum Tode von Karel Kosik* in *Das Argument*, Nr. 250 (2003), S. 293–294.

- PUDDINGTON, Arch: *Broadcasting Freedom. The Cold War triumph of Radio Free Europe and Radio Liberty*. Univ. Press of Kentucky: Lexington, Ky. 2003.
- PÜNKÖSTI, Árpád: *Rákosi, Sztálin legjobb tanítványa*. Európa Könyvk.: Budapest 2004.
- PÜTZ, Wilhelm: *Charakteristiken zur vergleichenden Erd- und Völkerkunde. In abgerundeten Gemälden, für Schule und Haus*. DuMont-Schauberg: Köln 1859.
- PUKANSZKY, Béla: *Schulpolitische und pädagogische Debatten am Vorabend der Oktoberrevolution in Ungarn 1956*, in: HÄDER, S.; WIEGMANN, U. (Hg.): *"Am Rande des Bankrotts ...". Intellektuelle und Pädagogik in Gesellschaftskrisen der Jahre 1953, 1956 und 1968 in der DDR, Ungarn und der ČSSR*. Schneider-Verl. Hohengehren: Baltmannsweiler 2004, S. 93–105.
- PULLMAN, Michal: *Sociální dějiny a totalitněhistorické vyprávění in Soudobé dějiny*, Nr. 3–4, Jg. XV (2008), S. 703–717.
- PUTTKAMER, Joachim v.: *Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert*. Oldenbourg: München 2010.
- PUTTKAMER, Joachim v.: *Zur Logik repressiver Gewalt in Kommunistischen Regimen. Die Tschechoslowakei und Ungarn im Vergleich in Osteuropa*, Nr. 6, Jg. 50 (2000), S. 672–682.
- RAAB, Jürgen; DREHER, Jochen et al. (Hg.): *Phänomenologie und Soziologie. Theoretische Positionen, aktuelle Problemfelder und empirische Umsetzungen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2008.
- RACZ, Barnabas: *Political Changes in Hungary after the Soviet Invasion of Czechoslovakia in Slavic Review*, Nr. 4, Jg. 29 (Dec, 1970), S. 633–650.
- RAINER, János M.: *Der "Neue Kurs" in Ungarn 1953*, in: KLESSMANN, C.; STÖVER, B. (Hg.): *1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa*. Böhlau: Köln 1999, S. 71–92.
- RAINER, János M.: *The Sixties in Hungary. Some Historical and Political Approaches*, in: RAINER, J. M.; PÉTERI, G. (Hg.): *Muddling through in the Long 1960S. Ideas and Everyday Life in High Politics and the Lower Classes of Communist Hungary*. Institute for the History of the 1956 Hungarian Revolution: Budapest 2005, S. 4–26.
- RAINER, János M.: *Ungarn 1953-1956. Die Krise und die Versuche ihrer Bewältigung*, in: HEGEDŰS, A. B.; WILKE, M. (Hg.): *Satelliten nach Stalins Tod. Der "neue Kurs" ; 17. Juni 1953 in der DDR, Ungarische Revolution 1956*. Akademie Verlag: Berlin 2000, S. 137–217.
- RAINER, János M.; PÉTERI, György (Hg.): *Muddling through in the Long 1960S. Ideas and Everyday Life in High Politics and the Lower Classes of Communist Hungary*. Institute for the History of the 1956 Hungarian Revolution: Budapest 2005.

- RAINER, János M.; SOMLAI, Katalin (Hg.): *The 1956 Hungarian Revolution and the Soviet Bloc Countries. Reactions and Repercussions*. The Institute for the History of the 1956 Hungarian Revolution: Budapest 2007.
- RÁKOSI, Mátyás; FEITL, István; GELLÉRINÉ LÁZÁR, Márta; SIPOS, Levente: *Visszaemlékezések, 1940-1956*. Napvilág: Budapest 1997.
- RASCHKE, Joachim; TILS, Ralf: *Politische Strategie. Eine Grundlegung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2007.
- REICHERTZ, Jo: *Objektive Hermeneutik und Hermeneutische Wissenssoziologie*, in: FLICK, U. et al. (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Rowohlt 2004, S. 514–524.
- RENNER, Hans; SAMSON, Ivo: *Dejiny Československa po roku 1945*. Slovak Academic Press: Bratislava 1993.
- RÉV, István: *The Necronym in Representations*, Nr. 64 (1998), S. 76–108.
- RÉVÉSZ, Sándor: *Aczél és korunk*. Sík Kiadó: Budapest 1997.
- RIGBY, Thomas H.: *Introduction. Political Legitimacy, Weber and Monoorganisational Systems*, in: RIGBY, T. H.; FEHÉR, F. (Hg.): *Political Legitimation in Communist States*. St. Martin's Press: New York 1982, S. 1–25.
- RIGBY, Thomas H.; FEHÉR, Ferenc (Hg.): *Political Legitimation in Communist States*. St. Martin's Press: New York 1982.
- RISSE-KAPPEN, Thomas (Hg.): *Bringing Transnational Relations Back in. Non-State Actors, Domestic Structures, and International Institutions*. Cambridge University Press: Cambridge 2003.
- RISSE-KAPPEN, Thomas: *Introduction*, in: RISSE-KAPPEN, T. (Hg.): *Bringing Transnational Relations Back in. Non-State Actors, Domestic Structures, and International Institutions*. Cambridge University Press: Cambridge 2003, S. 3–33.
- ROBERTS, Andrew: *The State of Socialism. A Note on Terminology in Slavic Review*, Nr. 2, Jg. 63 (Summer, 2004), S. 349–366.
- ROBINSON, William F.: *The Pattern of Reform in Hungary. A Political, Economic and Cultural Analysis*. Praeger: New York 1973.
- RODGER, Richard; HERBERT, Joanna (Hg.): *Testimonies of the City. Identity, Community and Change in a Contemporary Urban World*. Ashgate: Aldershot 2007.
- ROKSANDIC, Drago: *1948 - Revolution oder Rebellion in Ungarn*, in: MACK, K. (Hg.): *Revolutionen in Ostmitteleuropa 1789-1989. Schwerpunkt Ungarn*. Verlag für Geschichte und Politik; R. Oldenbourg: Wien; München 1995, S. 70–82.
- ROMSICS, Ignác: *Economic Reforms in the Kádár Era* in *The Hungarian Quarterly*, Nr. 187, Jg. 48 (2007), S. 69–79.
- ROSDY, Pál: *A katolikus egyház 1956-ban*. Új Ember: Budapest 2006.

- RÖSLER, Jörg: *Reaktionen der politischen Eliten der realsozialistischen Länder auf den Prager Frühling. Ein wirtschaftshistorischer Überblick*, in: EBBINGHAUS, A. (Hg.): *Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr*. VSA-Verlag: Hamburg 2008, S. 196–207.
- ROTH, Peter; RUCHT, Dieter (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945*. Campus: Frankfurt a. M.; New York 2008.
- ROUBAL, Petr; VEBER, Václav; SLAVÍK, Jan (Hg.): *The History of East Central Europe and Russia*. Národní knihovna: Praha 2004.
- RUCHT, Dieter: *The Impact of National Contexts on Social Movement StructureS. A Cross-Movement and Cross-National Comparison*, in: MCADAM, D. et al. (Hg.): *Comparative Perspectives on Social MovementS. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge University Press: Cambridge 1999, S. 185–204.
- RUPNIK, Jacques: *Promeškané setkání. Rok 1956 v pohledu z Prahy* in *Soudobé dějiny*, Jg. 4 (1996), S. 535–539.
- RUPNIK, Jacques: *Un rendez-vous manquée. L'année 1956 vue de Prague* in *L'autre Europe*, Jg. 11-12 (1986).
- RUŽIČKOVÁ, Silvia: *Postavenie cirkví a náboženských spoločností na Slovensku v rokoch 1968 – 1970*, in: KOMISIA VLÁDY SLOVENSKEJ REPUBLIKY PRE ANALÝZU HISTORICKÝCH UDALOSTÍ ROKOV 1967 – 1970 A POLITOLOGICKÝ KABINET SAV (HG.): *Slovenská spoločnosť v krízových rokoch 1967-1970*. Politologický kabinet SAV: Bratislava 1992, S. 185–233.
- SABROW, Martin: *Sozialismus als Sinnwelt. Diktatorische Herrschaft in kulturhistorischer Perspektive* in *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien*, Nr. 40-41 (2007), S. 9–23.
- SCHENK, Michael: *Medienwirkungsforschung*. Mohr Siebeck: Tübingen 2007.
- SCHEUFELE, Bertram: *Frames - Framing - Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion*. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden 2003.
- SCHMIDL, Erwin A.; RITTER, László; DENNIS, Peter: *The Hungarian Revolution 1956*. Osprey: Oxford 2006.
- SCHMIDL, Erwin A: *Die Ungarnkrise 1956 und Österreich*. Böhlau: Wien 2003.
- SCHMIDT-HARTMANN, Eva (Hg.): *Kommunismus und Osteuropa. Konzepte, Perspektiven und Interpretationen im Wandel*. Oldenbourg: München 1994.
- SCHMOLLER, Hildegard: *Der Gedächtnisort "Münchener Abkommen" als Manifestation tschechischer Selbstbildnisse*, in: FRITZ, R. et al. (Hg.): *Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa*. Wallstein-Verl.: Göttingen 2008, S. 90–108.

- SCHÖPFLIN, George: *Opposition and Para-Opposition. Critical Currents in Hungary, 1968-1978*, in: TÓKÉS, R. L. (Hg.): *Opposition in Eastern Europe*. Macmillan: London 1979, S. 142–186.
- SCHRIEWER, Jürgen: *Comparative Social Science. Characteristic Problems and Changing Problem Solutions in Comparative Education*, Nr. 3, Jg. 42 (August 2006), S. 299–336.
- SCHRIEWER, Jürgen: *Problemdimensionen sozialwissenschaftliche komparatistisch*, in: KAELBLE, H.; SCHRIEWER, J. (Hg.): *Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften*. Campus: Frankfurt a. M. 2003, S. 9–54.
- SCHULZ, Anneliese: *Auch Ungarn hat seine Jugendprobleme in Osteuropa*, Jg. 11 (1970), S. 776–782.
- SCHULZE WESSEL, Martin: *Zeitgeschichtsschreibung in Tschechien. Institutionen, Methoden, Debatten*, in: NÜTZENADEL, A.; SCHIEDER, W. (Hg.): *Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa*. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2004, S. 307–328.
- SCHWARZ, Wolfgang: *Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 1961 - 1968*. Oldenbourg: München 2004.
- SCHWARZ, Wolfgang: *DDR und ČSSR. Eine sozialistische Vernunfttete mit Beziehungskrisen*, in: KOSCHMAL, W. et al. (Hg.): *Deutsche und Tschechen. Geschichte, Kultur, Politik*. C.H. Beck: München 2001, S. 408–416.
- SEGERT, Dieter: *Mitglied im kommunistischen Lager in Informationen zur politischen Bildung*, Nr. 276, Jg. 3 (2002), S. 14–19.
- SEGERT, Dieter; COUDENHOVE-KALERGI, Barbara; REIMAN, Michal: *Prager Frühling. Gespräche über eine europäische Erfahrung*. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn 2008.
- SHAFIR, Michael: *Eastern Europe*, in: MCCAULEY, M. (Hg.): *Khrushchev and Khrushchevism*. Indiana University Press: Bloomington 1987, S. 156–179.
- SHARMAN, Jason Campbell: *Repression and Resistance in Communist Europe*. Routledge-Curzon: London 2003.
- ŠIK, Ota: *A szocialista áruviszonyok*. Kossuth Könyvkiadó: Budapest 1968a.
- ŠIK, Ota: *Plán a trh za socialismu*. Academia: Praha 1968b.
- ŠIK, Ota: *Prager Frühlingserwachen. Erinnerungen*. Busse Seewald: Herford 1988.
- ŠIK, Ota: *Wirtschaftsreformen in der ČSSR der 60er Jahre*, in: MILLER, T.; KOSTA, J. (Hg.): *Prager Frühling und Reformpolitik heute. Hintergründe, Entwicklungen und Vergleiche der Reformen in Osteuropa*. Olzog: München 1989, S. 21–32.

- SIKORA, Stanislav: *Die Wirkung der ungarischen Ereignisse von 1956 auf die Tätigkeit der KPTsch-Führung. Schwerpunkt Slowakei*, in: HAHN, H. H.; OLSCHOWSKY, H. (Hg.): *Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa*. Akademie Verlag: Berlin 1996, S. 73–79.
- SKILLING, Gordon H.: *Czechoslovakia's Interrupted Revolution*. Princeton University Press: Princeton 1976.
- SLÁNSKÁ, Josefa: *Zpráva o mém muži. Vzpomínky na R. Slánského*. Nakladatelství Svoboda: Praha 1990.
- SLAPNICKA, Harry: *Chronik: Tschechoslowakei. September-Dezember 1963 in Osteuropa*, Nr. 7/8 (1964), S. 575–584.
- SNOW, D. A.; ROCHFORD, E. B.; WORDEN, S. K.; BENFORD, R. D.: *Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movement Participation in American Sociological Review*, Nr. 4, Jg. 54 (1986), S. 464–481.
- SOERGEL, Wolfgang: *Arbeiterselbstverwaltung oder Managersozialismus? Eine empirische Untersuchung in jugoslawischen Industriebetrieben*. Oldenbourg: München 1979.
- SOMORJAI, Ádám; ZINNER, Tibor: *Majd' halálra ítélve. Dokumentumok Mindszenty József élettörténetéhez*. Magyar Közlöny Lap- és Könyvk.: Budapest 2008.
- ŠPANKOVÁ, Maria: *Die Archive in der Tschechischen Republik in Europäische Archivnachrichten*, Nr. 10 (Sommer 2005), S. 8; 10.
- SPIRITOVÁ, Markéta: *"Im Inland begann eine Hexenjagd". Die Auswirkungen der Niederlage auf den Alltag von Intellektuellen*, in: EBBINGHAUS, A. (Hg.): *Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr*. VSA-Verlag: Hamburg 2008, S. 61–75.
- SPIRITOVÁ, Markéta: *Formen der Repression in der Tschechoslowakei nach 1968. Das Alltagsleben tschechischer Intellektueller zur Zeit der "Normalisierung"*, in: BRENNER, C. (Hg.): *Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR, 1948 - 1968 ; Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 22. bis 24. November 2002 ; [Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, Band 27]*. Oldenbourg: München 2005, S. 337–354.
- ŠTAIGL, Jan: *Die militärstrategische Stellung der Slowakei und die militärischen Sicherheitsmaßnahmen auf ihrem Territorium im Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn und Ägypten im Herbst 1956*, in: HEINEMANN, W. (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*. Oldenbourg: München 1999, S. 163–180.
- ŠTAIGL, Jan: *Vojenská opatření na teritoriu Slovenska*, in: HISTORICKÝ ÚSTAV AV ČR (HG.): *Vojenská opatření Československa v souvislosti s maďarským povstáním 1956*. Historický ústav AV ČR: Praha 1994, S. 33–40.

- STANDEISKY, Éva: *Antisemitismus in Ungarn zur Zeit der Revolution*, in: KIPKE, R. (Hg.): *Ungarn 1956. Zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006, S. 97–111.
- STANDEISKY, Éva: *Ideen und Ideale der ungarischen Revolution*, in: KIPKE, R. (Hg.): *Ungarn 1956. Zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006, S. 66–96.
- STARK, Carsten; LAHUSEN, Christian (Hg.): *Theorien der Gesellschaft. Einführung in zentrale Paradigmen der soziologischen Gegenwartsanalyse*. Oldenbourg: München 2002.
- ŠTEFANSKÝ, Michal (Hg.): *Slovensko v rokoch 1967-1970*. Komisia vlády Slovenskej republiky pre analýzu historických udalostí z rokov 1967-1970: Bratislava 1992.
- STELLNER, František; SOBĚHART, Radek (Hg.): *Die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der Meilensteine 1848 - 1968*. Oeconomica; Vysoká škola Ekonomická: Praha 2010.
- STONE, Norman; STROUHAL, Eduard (Hg.): *Czechoslovakia. Crossroads and crises, 1918-88*. St. Martin's Press: New York 1989.
- STRAUB, Jürgen: *Interpretative Forschung und komparative Analyse. Theoretische und methodologische Aspekte psychologischer Erkenntnisbildung*, in: JÜTTEMANN, G. (Hg.): *Komparative Kasuistik*. Asanger: Heidelberg 1990, S. 168–183.
- STRMISKA, Zdenek: *The Prague Spring as a Social Movement*, in: STONE, N.; STROUHAL, E. (Hg.): *Czechoslovakia. Crossroads and crises, 1918-88*. St. Martin's Press: New York 1989, S. 253–267.
- STRUCK, Bernhard; GANTET, Claire: *Revolution, Krieg und Verflechtung. 1789 - 1815*. WisS. Buchges.: Darmstadt 2008.
- STÜRMER, Stefan; SIMON, Bernd: *Collective Action. Towards a Dual-Pathway Model in European Review of Social Psychology*, Nr. 3, Jg. 15 (2004), S. 59–99.
- SÜKÖSD, Miklós: *Democratic Transformation and the Mass Media in Hungary: from Stalinism to Democratic Consolidation*, in: GUNTHER, R.; MUGHAN, A. (Hg.): *Democracy and the Media. A Comparative Perspective*. Cambridge University Press: Cambridge, New York 2000, S. 122–164.
- SUK, Jiří: *Labyrintem revoluce. Aktéři, zápletky a křižovatky jedné politické krize – od listopadu 1989 do června 1990*. Prostor: Praha 2003.
- SUK, Jiří; CUHRA, Jaroslav; KOUDELKA, František (Hg.): *Chronologie zániku komunistického režimu v Československu 1985–1990. 1985 - 1990. Ústav pro Soudobé Dejiny CSAV: Praha 1999.*

- ŠUTAJ, Štefan: *Die ungarische Minderheit in der Slowakei während der Nachkriegsentwicklung*, in: PLASCHKA, R. G. (Hg.): *Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948. Aktuelle Forschungen*. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Wien 1997, S. 81–87.
- ŠUTAJ, Štefan; SZARKA, László: *Magyarok Csehszlovákiában 1945-1948 között. Tanulmányok a beneši dekrétumokról, a csehországi deportálásokról és a lakosságcseréről*. Lucidus: Budapest 2008.
- SVAŠEK, Maruška: *The Politics of Artistic Identity. The Czech Art World in the 1950s and 1960s*, in: PÉTERI, G. (Hg.): *Intellectual Life and the First Crisis of State Socialism in East Central Europe, 1953-1956*. Program on East European Cultures and Societies: Trondheim, Norway 2001, S. 133–154.
- SVITÁK, Ivan: *Lidský smysl kultury. Eseje*. Československý spisovatel: Praha 1968.
- SZABARI, Vera: *Krátké dějiny maďarské sociologie v letech 1948–1989 in Sociologický časopis/Czech Sociological Review*, Nr. 4 (2005), S. 659–673.
- SZABÓ, Máté: *Hungary*, in: KLIMKE, M.; SCHARLOTH, J. (Hg.): *1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956-1977*. Palgrave Macmillan: New York 2008, S. 209–219.
- SZABÓ, Rezső (Hg.): *A Csemadok és a Prágai Tavasz. Beszélgetések, cikkek, előadások, dokumentumok*. Kalligram: Pozsony (Bratislava) 2004.
- SZALAY, Hanna: *1956 sajtója. Október 23.-november 4. válogatás*. Kolonel Lap-és Könyvkiadó Kft.: Budapest 1989.
- SZANI, Ferenc: *The Hungarian People's Army, 1957-1989*, in: VESZPRÉMY, L. (Hg.): *A Millennium of Hungarian Military History*. Social Science Monographs: Boulder, Colo. 2003, S. 583–627.
- SZCZYGIEL, Mariusz: *Gottland*. Dokořán; Máj: Praha 2007.
- SZEREDA, Vjacseszlav; RAINER, János M.; SEREDA, Vjaceslav (Hg.): *Döntés a Kremlben, 1956. A szovjet pártelnökség vitái Magyarországról*. 1956-os Intézet: Budapest 1996.
- SZÓNYEI, Tamás: *Kept on File. The Secret Service and the Hungarian Rock Scene, 1960–1990 in The Hungarian Quarterly*, Jg. 179 (2005), S. 80–90.
- TAMAS, Gáspár Miklós: *Farewell to the Left in East European Politics and Societies*, Nr. 1, Jg. 5 (1991), S. 102–103.
- TARIFA, Fatos: *The Quest for Legitimacy and the Withering Away of Utopia in Social Forces*, Nr. 2, Jg. 76 (Dec. 1997), S. 437–473.
- TARROW, S.: *Power in Movement*. Cambridge University Press: Cambridge 1994.
- THAA, Winfried: *Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989*. Leske + Budrich: Opladen 1996.
- TILLY, Charles: *Die europäischen Revolutionen*. Beck: München 1999.

- TINSCHMIDT, Alexander: *Die Außenpolitik der Regierung Imre Nagy. Ziele – Chancen – Grenzen* in *UTOPIE kreativ*, Nr. 84 (Oktober 1997), S. 69–80.
- TISCHLER, János: "Hogy megcsendüljön minden gyáva fül". *Lengyelország és Magyarország a két nemzet sorsfordító történelmi eseményeinek idején, 1956-ban és 1980-81-ben*. Jelenkor: Pécs 2003.
- TISCHLER, János: *Az 1956-os magyar forradalom lengyel dokumentumai*. Windsor: Budapest 1996.
- TOCQUEVILLE, Alexis de: *The Old Régime and the French Revolution*. Doubleday: Garden City N.Y. 1955.
- TÓKÉS, Rudolf L. (Hg.): *Opposition in Eastern Europe*. Macmillan: London 1979.
- TÓKÉS, Rudolf L.: *Hungarian Intellectuals' Reaction to the Invasion of Czechoslovakia*, in: CZERWIŃSKI, E. J.; PIEKALKIEWICZ, J. (Hg.): *The Soviet Invasion of Czechoslovakia. Its Effects on Eastern Europe*. Praeger: New York 1972, S. 139–158.
- TÓKÉS, Rudolf L.: *Hungary's Negotiated Revolution. Economic Reform, Social Change, and Political Succession, 1957-1990*. Cambridge University Press: Cambridge 1998.
- TÓTH, István György: *A Concise History of Hungary. The History of Hungary from the Early Middle Ages to the Present*. Corvina: Budapest 2005.
- TÓTH, László; FILEP, Tamás Gusztáv: *A (cseh)szlovákiai magyar művelődés története 1918-1998*. Ister: Budapest 2000.
- TŰMA, Oldřich: *Czech Historiography of Contemporary History (1945-1989)* in *Historica*, Jg. 9 (2002), S. 125–154.
- TŰMA, Oldřich: *Czechoslovakia*, in: POLLACK, D.; WIELGOHS, J. (Hg.): *Dissent and Opposition in Communist Eastern Europe. Origins of Civil Society and Democratic Transition*. Ashgate: Aldershot 2004, S. 29–50.
- TŰMA, Oldřich: *Maďarská revoluce 1956 a Československo*, in: TŰMA, O.; VILÍMEK, T. (Hg.): *Historik v soudobých dějinách. Milanu Otáhalovi k osmdesátým narozeninám. Ústav pro soudobé dějiny AV ČR: Praha 2008, S. 217–225*.
- TŰMA, Oldřich: *Maďarské povstání za svobodu 1956*, in: LOUŽEK, M. (Hg.): *Maďarské povstání 1956 – padesát let poté*. Centrum pro Ekonomiku a Politiku: Praha 2007, S. 45–67.
- TŰMA, Oldřich; DRÁPALA, Michal: *Nad archivy StB a historickou etikou* in *Soudobé dějiny*, Nr. 1-2, Jg. 13 (2006), S. 239–268.
- TŰMA, Oldřich; VILÍMEK, Tomáš (Hg.): *Historik v soudobých dějinách. Milanu Otáhalovi k osmdesátým narozeninám. Ústav pro soudobé dějiny AV ČR: Praha 2008*.

- UNFRIED, Berthold; MITTAG, Jürgen; LINDEN, Marcel van der (Hg.): *Transnationale Netzwerke im 20. Jahrhundert. Historische Erkundungen zu Ideen und Praktiken, Individuen und Organisationen*. AVA Akademische Verlagsanstalt: Leipzig 2008.
- UNGER, Gabriella: *A magyar sajtó a csehszlovákiai bevonulásról* in *Magyar Napló*, Jg. 8 (1998), S. 34–38.
- URBAN, Rudolf: "Revisionistische" Tendenzen in der Tschechoslowakei in *Osteuropa*, Nr. 5/6 (1959), S. 382–388.
- ÚSTAV PRO SOUDOBÉ DĚJINY AV ČR; HEINRICH BÖLL STIFTUNG PRAHA (HG.): *1989-2009. Společnost – Dějiny – Politika*: Praha 2010.
- VALENTA, Jiří: *Revolutionary Change, Soviet Intervention, and "Normalization" in East-Central Europe in Comparative Politics*, Nr. 2, Jg. 16 (1984), S. 127–151.
- VARES, Vesa: *Foes Who Grew Better with Time. The Image of János Kádár and Urho Kekkonen in the West from 1956 to the End of the 1960s* in *Hungarologische Beiträge*, Jg. 14 (2002), S. 15–60.
- VARGA, György T.: *Zur Vorgeschichte der ungarischen Revolution*, in: FOITZIK, J. (Hg.): *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953 - 1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand*. Schöningh: Paderborn 2001.
- VARGA, Zsuzsanna: *Political Trials against the Leaders of Cooperatives in the 1970s* in *Hungarologische Beiträge*, Jg. 17 (2005), S. 159–187.
- VASS, Henrik (Hg.): *A Magyar Szocialista Munkáspárt Határozatai és dokumentumai, 1956-1962*. Kossuth Könyvkiadó: Budapest 1968.
- VASS, Henrik; SÁGVÁRI, Ágnes (Hg.): *A Magyar Szocialista Munkáspárt Határozatai és dokumentumai, 1956-1962*. Kossuth Könyvkiadó: Budapest 1979.
- VASS, Henrik; SÁGVÁRI, Ágnes (Hg.): *Magyar Szocialista Munkáspárt határozatai és dokumentumai 1956–1962*. Kossuth Könyvkiadó: Budapest 1973.
- VERDERY, Katherine: *National Ideology under Socialism. Identity and Cultural Politics in Ceausescu's Romania*. University of California Press: Berkeley, CA 1991.
- VESZPRÉMY, László (Hg.): *A Millennium of Hungarian Military History*. Social Science Monographs: Boulder, Colo. 2003.
- VIDA, István (Hg.): *1956 és a politikai pártok: politikai pártok az 1956-os forradalomban. 1956. október 23-november 4.*: MTA Jelenkor-kutató bizottság: Budapest 1998.
- VIDA, István (Hg.): *Feljegyzés Kádár János és J.V. Andropov 1968 december 6-7-i beszélgetéséről*. Társadalmi Szemle 1995 (1).
- VIDA, István: *Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse im Herbst 1956*, in: FOITZIK, J. (Hg.): *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953 - 1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand*. Schöningh: Paderborn 2001, S. 79–111.

- VIDA, István: *János Kádár and the Czechoslovak Crisis of 1968* in *The Hungarian Quarterly*, Nr. 135, Jg. 35 (1994), S. 108–121.
- VIDA, István: *Magyarország részvétele az 1968-as katonai invázióban. Kádár János és a csehszlovák vezetés* in *História*, Nr. 1 (1999), S. 20–24.
- VIDA, István: *Vorgeschichte der ungarischen Revolution und des Freiheitskampfes von 1956*, in: KIPKE, R. (Hg.): *Ungarn 1956. Zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006, S. 11–29.
- VODIČKA, Karel: *Das politische System Tschechiens*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2005.
- VOJENSKÝ HISTORICKÝ ÚSTAV (HG.): *Historie a vojenství*, Nr. 42, Jg. 5 (1993).
- VONDROVÁ, Jitka (Hg.): *Komunistická strana Československa. Konsolidace (květen-srpen 1968)*. Doplněk: Praha, Brno 2000.
- VONDROVÁ, Jitka; NAVRÁTIL, Jaromír (Hg.): *Komunistická strana Československa. Kapitulation (srpen - listopad 1968)*. Ústav pro soudobé dějiny AV ČR: Praha 2001.
- VONDROVÁ, Jitka; NAVRÁTIL, Jaromír (Hg.): *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967-1970. Červenec - srpen 1968*. Doplněk: Praha, Brno 1996.
- VONDROVÁ, Jitka; NAVRÁTIL, Jaromír: *Komunistická strana Československa. Normalizace (listopad 1968 - září 1969)*. Ústav pro soudobé dějiny AV ČR: Praha 2003.
- VONDROVÁ, Jitka; NAVRÁTIL, Jaromír; MORAVEC, Jan (Hg.): *Komunistická strana Československa. Pokus o reformu (říjen 1967 - květen 1968)*. Doplněk: Praha 1999.
- VONDROVÁ, Jitka; NAVRÁTIL, Jaromír; PATON, Derek (Hg.): *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967 - 1970. Září 1968 - květen 1970*. Doplněk: Brno 1997.
- VONDROVÁ, Jitka; NAVRÁTIL, Jaromír; PATON, Derek (Hg.): *Mezinárodní souvislosti československé krize 1967- 1970. Prosinec 1967-červenec 1968*. Doplněk: Brno 1995.
- VYKOUKAL, Jiří; LITERA, Bohuslav; TEJCHMAN, Miroslav: *Východ. Vznik, vývoj a rozpad sovětského bloku 1944-1989*. Libri: Praha 2000.
- WEBER, Max; WINCKELMANN, Johannes: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Mohr-Siebeck: Tübingen 2002.
- WERNER, Michael; ZIMMERMANN, Bénédicte (Hg.): *De la comparaison à l'histoire croisée*. Seuil: Paris 2004.
- WERNER, Michael; ZIMMERMANN, Bénédicte: *Beyond Comparison. Histoire Croisée and the Challenges of Reflexivity in History and Theory*, Jg. 45 (2006), S. 30–50.
- WERNER, Michael; ZIMMERMANN, Bénédicte: *Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen in Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 29 (2002), S. 607–636.

- WILLEMS, Helmut: *Jugendunruhen und Protestbewegungen. Eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern*. Leske + Budrich: Opladen 1997.
- WILLIAMS, Kieran: *The Prague Spring and Its Aftermath. Czechoslovak Politics, 1968 - 1970*. Cambridge University Press: Cambridge 1997.
- WINTER, Carsten; HEPP, Andreas; KROTZ, Friedrich (Hg.): *Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Grundlegende Diskussionen, Forschungsfelder und Theorieentwicklungen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2008.
- WIRZ, Albert: *Für eine transnationale Gesellschaftsgeschichte in Geschichte und Gesellschaft*, Nr. 3, Jg. 27 (2001), S. 489–498.
- WOLFRUM, Edgar: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt 1999.
- WOLLE, Stefan: *Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968*. Links: Berlin 2008.
- WRANGEL, Georg v.: *Wird der Ostblock kapitalistisch? Die kommunistischen Wirtschaftsreformen und ihre Bedeutung*. MVG: München 1966.
- ZALD, Mayer Y.: *Culture, Ideology and Strategic Framing*, in: MCADAM, D. et al. (Hg.): *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge University Press: Cambridge 1999, S. 261–274.
- ZANK, Wolfgang: *Die Wahrheit über den Genossen Stalin*, Die Zeit, Nr. 8, 16.02.2006.
- ZDRAVOMYSLOVA, Elena: *Opportunities and Framing in the Transition to Democracy. The Case of Russia*, in: MCADAM, D. et al. (Hg.): *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge University Press: Cambridge 1999, S. 122–137.
- ZEMAN, Pavel: *Tři pohledy na cenzurní praxi a kulturní politiku KSČ v letech 1945-1971 in Iluminace* (1995), S. 130–132.
- ZIMMERMANN, Volker: *Eine sozialistische Freundschaft im Wandel. Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und der Tschechoslowakei (1945-1969)*. Klartext: Essen 2010.

Zeitgenössische Zeitungsartikel

- AMBROŽ, Jan; LUSTIG, Drahoš: *Hovoříme s ministrem Pavlem. O aktuálních otázkách minsterstva vnitra*, Rudé právo, Jg. 48, Nr. 120, 1.5.1968, S. 9.
- CHLUP, Otokar: *O dobrý prospěch všech žáků*, Literární noviny, 27.10.1956, S. 3.

- CÍSAŘ, Čestmír: *Marxův myšlenkový odkaz je záštitou, oporou a inspirací. Záznam projevu tajemníka ÚV KSČ Č. Císaře*, Rudé právo, 7.5.1968, S. 1; 3.
- GAFRIK, Michal: *My, podnájomníci vo vlastnej krajine*, Kulturný život, Jg. 23, Nr. 16, 19.4.1968, S. 6.
- GLAZAROVÁ, Jarmila: *Chléb štěstí*, Literární noviny, Jg. 5, Nr. 47, 10.11.1956, S. 1.
- GOLDSTÜCKER, Eduard: *Domluvme se, přátelé*, Literární listy, 16.5.1968, S. 10.
- GOSZTONYI, János: *A be nem avatkozók beavatkozásai, prágai beszélgetések. Hogyan ösztönözték Nyugatról a csehszlovákiai ellenforradalmi erőket?*, Népszabadság, 21.3.1968, S. 2.
- HAVEL, Václav: *Na téma opozice*, Literární listy, Jg. 1, Nr. 6, 4.4.1968, S. 4.
- HENDRYCH, Jiří: *Některé současné otázky ideologické práce strany. Referát soudruha Jiřího Hendrycha na zasedání Ústředního výboru KSČ 13. června 1957*, Rudé právo, 19.6.1957, S. 12.
- HIRŠ, Peter, Práca, 16.6.1968.
- KAPLAN, Karel: *Zamyšlení nad politickými procesy*, Nová mysl, Nr. 7, 1968, S. 914–915.
- KLÍMOVÁ, Helena: *Co si myslíme u nás doma*, Listy, Jg. 2, Nr. 6, 13.2.1969, S. 3.
- KOLEKTIV REDAKCE RUDÉHO PŘÁVA: *Stanovisko komunistů redakce Rudého práva*, Rudé právo, Jg. 48, Nr. 79, 20.3.1968, S. 1–2.
- KONITZER, Hanni: *Die Revolution der ungarischen Jugend. Budapest möchte an Wiens Seite treten*, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.11.1956, S. 10.
- KONITZER, Hanni: *Eine Nacht an der rettenden Grenze. Bericht unserer Korrespondentin Hanni Konitzer*, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.12.1956, S. 4.
- KONITZER, Hanni: *Rußlands moralische Hiedertage*, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.11.1956, S. 1.
- KONITZER, Hanni: *Ungarn laviert vorsichtig*, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.6.1968.
- KOTYK, Václav: *Politika J. Kádára vychází z podmínek a potřeb země*, Rudé právo, Jg. 48, Nr. 189, 10.7.1968, S. 7.
- KUBKA, František: *Výpočty nepřátel se nikdy neuskuteční*, Rudé právo, Nr. 26.10.1956, S. 1.
- LEDERER, Jiří: *Připsáno politickým stranám*, Literární listy, Jg. 1, Nr. 4, 21.3.1968, S. 2.
- MACHATKA, Oswald: *Také jedno výročí*, Literární listy, Jg. 1968/1, Nr. 16, 13.6.1968, S. 13.
- MIKEŠTÍK, Alois; MÜLLER, Adolf; SYNEK, Ivan: *Jak dál v československé zahraniční politice? Mezinárodní souvislosti našeho vývoje. Úvahy k akčnímu programu strany*, Rudé právo, 22.3.1968, S. 7.

- MTI: *A csehszlovák párt és kormányservek intézkedési a rendelésre. Befejeződött a szlovák KP kongresszusa Népszabadság, Népszabadság, 30.8.1968, S. 1–2.*
- MTI: *Smerkovsky: A kormánynak különleges hatalmát kell biztosítani, Népszabadság, 30.8.1968, S. 2.*
- MÜLLER, Rudolf: *Jménem občanů německé národnosti, Rudé právo, Jg. 37, Nr. 308, 4.11.1956, S. 1.*
- NOVÝ, Karel: *Adenauer promluvil - je jasno!, Literární noviny, Jg. 5, Nr. 47, 10.11.1956, S. 7.*
- O. A, *Práce, 16.6.1968.*
- O. A, *Práca, 7.11.1956, S. 2.*
- O. A, *Pravda, 20.11.1956, S. 1.*
- O. A.: *„Csehszlovák vita“ a BT-ben, Esti Hírlap, 24.8.1968, S. 1; 5.*
- O. A.: *A „be nem avatkozók“ beavatkozásai. Hogyan ösztönözték Nyugatról a csehszlovákiai ellenforradalmi erőket?, Népszabadság, 31.8.1968, S. 6.*
- O. A.: *Bděle čelit všem pokusům nepřátel, v nerozborné jednotě kupředu, k socialismu!, Rudé právo, 28.10.1956, S. 1–2.*
- O. A.: *Bojové soudružské pozdravy našeho lidu maďarským dělníkům a rolníkům, Rudé právo, 5.11.1956, S. 1–2.*
- O. A.: *Celá země stojí v jednom šiku pod vedením strany, Rudé právo, 26.10.1956, S. 1.*
- O. A.: *Celostátní seminář k otázkám boje proti soudobému revizionismu, Rudé právo, Jg. 39, Nr. 288, 17.10.1958, S. 1.*
- O. A.: *Dopis vlády ČSR vládě MLR. ÚV Národní frontě ÚV Vlastenecké lidové fronty MLR, Rudé právo, Jg. 37, Nr. 303, S. 1.*
- O. A.: *Előre tör a magyarországi reakció - veszélyben a nép érdeke. A helyzet megköveteli, hogy a nép határozottan szembeszálljon a Horthy-fasiszta elemekkel, Új Szó, 3.11.1956.*
- O. A.: *Fašisté odvlékli maďarské studenty do Rakouska, Rudé právo, 29.11.1956, S. 3.*
- O. A.: *Fock Jenő beszédei az MTESZ közgyűlésen. A gazdasági reform tapasztalatairól és nemzetközi kérdésekről, Népszabadság, 21.9.1968, S. 1; 2.*
- O. A.: *K událostem v Maďarsku, Rudé právo, 26.10.1956, S. 1; 4.*
- O. A.: *Kapcsolatainkban az internacionalizmus eszméit tartjuk szem előtt. Németh Károly beszéde a Ganz MÁVAG AG-ban, Magyar Nemzet, 31.8.1968, S. 1–2.*
- O. A.: *Maďarský pracující lid zvítězil nad kontrarevolucí. Nová revoluční dělnicko-rolnická vláda, Rudé právo, 5.11.1956, S. 1.*
- O. A.: *Magyar dolgozók a csehszlovák eseményekről, Magyar Hírlap, 25.8.1968, S. 3.*

- O. A.: *Nekalé manévry proti zájmům míru*, Rudé právo, 25.11.1956, S. 1.
- O. A.: *Nepřátelé socialismu neprojdou*, Rudé právo, 29.10.1956, S. 1.
- O. A.: *Nezdolná jednota našeho lidu*, Rudé právo, 31.10.1956, S. 1.
- O. A.: *Öt szocialista ország kormányának felhívása*, Magyar Hírlap, 24.8.1968, S. 1.
- O. A.: *Pevně cestou socialismu*, Rudé právo, Jg. 37, Nr. 297, 24.10.1956, S. 1.
- O. A.: *Podepsána nová smlouva o přátelství, spolupráci a vzájemné pomoci*, Rudé právo, 15.6.1968, S. 1; 7.
- O. A.: *Přípravný výbor Československé strany sociálnědemokratické ústřednímu výboru Národní fronty. Dopis, který oficiálně oznamuje obnovení činnosti sociálnědemokratické strany*, Student, Jg. 4, Nr. 24, 12.6.1968, S. 6.
- O. A.: *Prohlášení Kruhu nezávislých spisovatelů*, Literární listy, Nr. 19, 4.7.1968, S. 3; 7.
- O. A.: *Prohlášení zástupců vědeckých pracovišť ČSAV shromážděných na ustavující schůzi celoakademického výboru ROH ČSAV, dne 5. dubna 1968 v Praze*, Literární listy, Nr. 8, 18.4.1968, S. 3.
- O. A.: *Rechtfertigungsversuche der Invasoren*, Süddeutsche Zeitung, 24./25.8.1968, S. 9.
- O. A.: *Rozhodně a s jistotou*, Rudé právo, 25.10.1956, S. 1.
- O. A.: *Rozhodně a s jistotou*, Rudé právo, 25.10.1956, S. 1.
- O. A.: *Svědectví anglického listu*, Rudé právo, 6.11.1956, S. 2.
- O. A.: *Tak řádila reakce v Maďarsku*, Rudé právo, 8.11.1956, S. 4.
- O. A.: *Tak řádily kontrarevoluční bandy v Maďarsku*, Rudé právo, 29.11.1956, S. 3.
- O. A.: *Text smlouvy o přátelství, spolupráci a vzájemné pomoci mezi Československou socialistickou republikou a Maďarskou lidovou republikou*, Rudé právo, Jg. 48, Nr. 165, 16.6.1968, S. 11.
- O. A.: *Usnesení ÚV KSČ a vlády ČSR o snížení maloobchodních cen spotřebního zboží*, Rudé právo, Jg. 37, Nr. 333, 29.11.1956, S. 1.
- O. A.: *Vasárnap folytatják a szovjet-csehszl. tárgyalásokat. Beszámoló a csehszlovákiai helyzetről*, Magyar Hírlap, 25.8.1968, S. 1.
- O. A.: *Vážné události v Maďarsku. Kontrarevoluční živly vyvolaly krvavé nepokoje*, Rudé právo, Jg. 37, Nr. 298, 25.10.1956, S. 1; 4.
- O. A.: *Velká radost našich pracujících nad porážkou kontrarevoluce v Maďarsku. Naši pracující pomohou Maďarskému lidu*, Rudé právo, 6.11.1956, S. 1.
- O. A.: *Velké vítězství maďarského lidu*, Rudé právo, 5.11.1956, S. 1.
- O. A.: *Z redakční pošty*, Práce, 16.5.1968, S. 5.
- O. A.: *Zpráva o zasedání ÚV Svazu čs. spisovatelů*, Literární noviny, Jg. 5, Nr. 46, 3.11.1956, S. 6.

- O. A.: *Zpráva ze zasedání vlády. Vláda projednala návrh nového trestního řádu a návrh na změnu trestního řádu*, Rudé právo, 29.11.1956, S. 1–2.
- OBORSKÝ, Stanislav: *Oheň, který nezhasíná*, Rudé právo, 5.11.1956, S. 2.
- PROCHÁZKA, Antonín: *A co si o tom myslíte vy?*, MY 68, Jg. 5, Nr. 7, 11.6.1968, S. 6–8.
- SEDLÁK, Jaromír: *O čistotu marxistického myšlení*, Rudé právo, 10.6.1958, S. 3.
- ŠÍMA, Václav: *Případ Šejna ve světle skutečnosti*, Mladá fronta, 22.3.1968.
- SMRKOVSÝ, Josef: *Oč dnes jde*, Práce, 21.1.1968, S. 1.
- ŠTOLL, Vladislav: *K otázce vědy a ideologie*, Rudé právo, 21.11.1958, S. 2–3.
- SUCHÝ, Čestmír: *K historii pokusu o kontrarevoluční zvrát v Maďarsku. Po stopách příčin*, Rudé právo, 26.11.1956, S. 3.
- SUCHÝ, Čestmír: *Nový obrat ve vývoji událostí v Maďarsku*, Rudé právo, 31.10.1956, S. 3.
- SVEŘČINA, Otakar: *Kontrarevoluce v Maďarsku zblízka. Zkušenosti čs. novináře z posledních 14 dnů*, Rudé právo, Jg. 37, Nr. 311, 7.11.1956, S. 6.
- SYNEK, Ivan: *O specifické cestě k socialismu. K některým aspektem proletářského internacionalismu*, Rudé právo, 19.4.1968, S. 7.
- SZABÓ, László: *Humanitás és erély*, Népszabadság, 19.2.1966, S. 5.
- VACULÍK, Ludvík: *2000 slov. 2000 slov, která patří dělníkům, zemědělcům, úředníkům, umělcům a všem*, Literární listy, Jg. 1, Nr. 18, 27.6.1968, S. 1.
- VAJDA, Péter: *Szocialista úton*, Népszabadság, 4.6.1968, S. 1.
- VARNAI, Ferenc: *Jan Palach halála és az uszítók felelőssége*, Népszabadság, 25.1.1969, S. 4.
- VITÍK, Bohuslav: *Čím je nám SSSR?*, Rudé právo, 7.11.1956, S. 3.
- ZALA TAMÁS: *Párhuzamos életrajzok. Csehszlovákia napjainkban Magyar Nemzet 30.6.1968 2-3*, Magyar Nemzet, 30.6.1968, S. 2–3.
- ZÁPOTOCKÝ, Antonín: *V pevné jednotě půjdeme dále cestou socialismu a lepšího života. Projev prezidenta republiky soudruha A. Zápotockého*, Rudé právo, Nr. 306, 4.11.1956, S. 1.

Internetseiten

- A Közép és Kelet-európai Történelem és Társadalom Kutatásáért Közalapítvány Felügyelő Bizottsága: *TerrorHaza.hu*. URL: <http://www.terrorhaza.hu> (Zugriff: 08.03.2010).
- A Magyar Tudományos Akadémia Honlapja: *Történész vegyesbizottságok magyar tagozatai*. URL: <http://www.mta.hu/index.php?id=1748> (Zugriff: 06.04.2010).

- ArchivNet: *XX. századi történeti források – online*. URL: <http://www.natarch.hu/archivnet/old/rovat/cikkepnagy.phtml?kepkod=93&cikkod=50>; <http://www.natarch.hu/archivnet/old/rovat/cikkepnagy.phtml?kepkod=94&cikkod=50>; <http://www.natarch.hu/archivnet/old/rovat/cikkepnagy.phtml?kepkod=95&cikkod=50> (Zugriff: 30.07.2011).
- GYÓRI, László: *1956-ról szóló bibliográfia*. URL: http://www.rev.hu/portal/page/portal/rev/bibliografia/tartalom_56 (Zugriff: 25.11.2009).
- Historický ústav akademie věd České republiky: *Zahraniční spolupráce. Práce v oborových komisích a národních komitétch*. URL: <http://www.hiu.cas.cz/cs/zahranicni-spoluprace/prace-v-oborovych-komisich-a-narodnich-komitetech.ep/> (Zugriff: 14.05.2010).
- Index.hu Zrt.: *1968: Megérkezik a kóláspalackba zárt szabadság*. URL: http://index.hu/belfold/tegnapiujsg/2008/06/17/1968_megerkezik_a_kolaspalackba_zart_szabadsag (Zugriff: 17.07.2008).
- KIRCHGESSNER, Kilian: *Neuer Blick auf die gemeinsame Geschichte. Eine slowakisch-ungarische Historikerkommission soll Verhältnis zwischen beiden Ländern verbessern*. URL: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/756078/> (Zugriff: 14.05.2009).
- KOPEČEK, Michal: *Socialist Democracy or Revolutionary Consciousness? The Prospects and Limits of 'Revised' Marxism in Central Europe in the 1950s and 1960s*. URL: http://users.ox.ac.uk/~oaces/conference/papers/Michal_Kopecek.pdf (Zugriff: 16.02.2009).
- Magyar Országos Levéltár: *DigitArchiv. Internetes kereső rendszer*. URL: <http://www.digitarchiv.hu/> (Zugriff: 04.06.2010).
- MAJTÉNYI, György: *Torwächter. Die Herrschaftselite in Ungarn in den 1950er und 1960er Jahren*. URL: <http://www.kakanien.ac.at/beitr/wende/GMajtenyi1.pdf> (Zugriff: 22.07.2008).
- MATTHEWS, John P. C.: *Majales: The Abortive Student Revolt In Czechoslovakia in 1956*. URL: <http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/ACFB31.pdf> (Zugriff: 09.08.2008).
- MUHLE, Susanne: *Tagungsbericht: Zwischen Tauwetter und neuem Frost. Entstalinisierungskrise 1956 und die Folgen*. URL: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1394> (Zugriff: 22.09.2007).
- RICHTER, Hedwig: *Tagungsbericht: Der Prager Frühling 1968. Zivilgesellschaft – Medien – Politische und kulturelle Transferprozesse*. URL: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2210> (Zugriff: 30.03.2009).
- SZÁNTÓ, Miklós: *A MAGYAR SZOCIOLÓGIA 1960 ÉS 1968 KÖZÖTT*. URL: <http://www.mtapti.hu/mszt/19953/szanto.htm> (Zugriff: 29.04.2008).

- Ungarn 1956 - Geschichte und Erinnerung. Chronik der Ereignisse in Ungarn 1956.*
URL: <http://www.ungarn1956.de/site/40208538/default.aspx#oktober> (Zugriff: 28.02.2010).
- University of Oxford: *Around1968*. URL: <http://www.history.ox.ac.uk/research/projects/Around1968.htm> (Zugriff: 08.05.2010).
- Ústav pro soudobé dějiny AV ČR: *Články z deníků a týdeníků vydané v letech 1990-2008.*
URL: http://www.68.usd.cas.cz/files/bibliografie/Clanky_deniky_tydeniky_90_08.pdf (Zugriff: 15.05.2009).
- Ústav pro soudobé dějiny AV ČR: *Výběrová bibliografie k Pražskému jaru a počátkům normalizace. Monografie, sborníky a články vydané v letech 1967-1989.* URL: http://www.68.usd.cas.cz/files/bibliografie/Monografie_sborniky_clanky_67_89.pdf (Zugriff: 03.06.2009).
- Ústav pro soudobé dějiny AV ČR: *Výběrová bibliografie k Pražskému jaru a počátkům normalizace. Monografie a sborníky vydané v letech 1990-2008.* URL: http://www.68.usd.cas.cz/files/bibliografie/Monografie_sborniky_90_08.pdf (Zugriff: 03.06.2009).
- Ústav pro studium totalitních režimů: URL: <http://www.ustrcr.cz/> (Zugriff: 29.03.2010).

Abkürzungsverzeichnis

ABS	Archiv bezpečnostních složek (Archiv der Sicherheitsdienste)
AMV	Archiv Ministerstva vnitra (Archiv des Innenministeriums)
AMZV	Archiv Ministerstva zahraničních věcí, Praha (Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten)
Anm.	Anmerkung (in einer Fuß- bzw. Endnote)
APV	Archiv předsednictva vlády (Archiv des Regierungsvorsitzes)
ÁVH	Belügyminisztérium Államvédelmi Hatósága (Staatsschutzbehörde des ungarischen Innenministeriums)
ÁVO	Magyar Államrendőrség Államvédelmi Osztálya (Staatsschutzabteilung der Ungarischen Staatspolizei)
CIA	Central Intelligence Agency (Auslandsnachrichtendienst der Vereinigten Staaten)
ČSAV	Československá akademie věd bzw. Československá akadémia vied (Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften)
Csemadok	Csehszlovákiai Magyar Dolgozók Kultúregyesülete (Kulturverband der ungarischen Arbeiter in der ČS(S)R)
ČSFR	Česká a Slovenská Federativní Republika bzw. Česká a Slovenská Federatívna Republika (Tschechische und Slowakische Föderative Republik [1990–1992])
ČSLA	Československá lidová armáda (Tschechoslowakische Volksarmee)
ČSM	Československý svaz mládeže (Tschechoslowakischer Jugendverband)
ČSR	Československá republika (Tschechoslowakische Republik [1945-1960])
ČSSR	Československá socialistická republika (Tschechoslowakische Sozialistische Republik [1960-1990])
ČTK	Česká tisková kancelář (Tschechische Presseagentur)
DISZ	Dolgozó Ifjúság Szövetsége (Verband der arbeitenden Jugend [Ungarn])
Doc.	Document (Dokumentennummer [in englischsprachigen Quellen/ Editionen])
Dok.	Dokument číslo (Dokumentennummer)
Inf.	Information (in Berichtform für politisches Gremium)

kart.	Karton (Archiv)
Kčs	Koruna československá (Tschechoslowakische Krone [Währung])
KISZ	Magyar Kommunista Ifjúsági Szövetség (Ungarischer Kommunistischer Jugendverband)
KOR	Krajská odborová rada (Bezirksgewerkschaftsrat)
KP	Kommunistische Partei
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KS	Kulturná správa (Kulturbericht [der tschechoslowakischen Botschaft])
KSČ	Komunistická strana Československa (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei)
KSS	Komunistická strana Slovenska (Kommunistische Partei der Slowakei)
KV	Krajský výbor (Bezirksausschuss)
KV ČSFR	Komise vlády ČSFR pro analýzu událostí let 1967-1970 (Regierungskommission der Tschechoslowakischen Föderation für die Analyse der Ereignisse 1967-1970)
KZ	Kulturní zpráva (Kulturbericht [der tschechoslowakischen Botschaft])
MDP	Magyar Dolgozók Pártja (Ungarische Arbeiterpartei)
MEFESZ	Magyar Egyetemisták és Főiskolások Szövetsége (Verband der Universitäts- und Hochschulstudenten [Ungarn])
MHKI	A Magyar Honvédség Központi Irattára (Ungarisches militärisches Zentralarchiv)
MIT	Magyar távirati iroda (Ungarische Presseagentur)
MKZ	Mimořádná kulturná zpráva - tajná (Außerplanmäßiger geheimer Kulturbericht [der tschechoslowakischen Botschaft])
MLR	Maďarská lidova republika (Ungarische Volksrepublik)
MO	Mezinárodní oddělení (Internationale Abteilung [im Gewerkschaftsarchiv])
MOL	Magyar Országos Levéltár (Ungarisches Staatsarchiv)
MPZ-T	Mimořádná politická zpráva-tajná (Außerplanmäßiger geheimer politischer Bericht [der tschechoslowakischen Botschaft])
MSzMP	Magyar Szocialista Munkáspárt (Ungarische Sozialistische Arbeitspartei)
NA	Národní archiv ([Tschechisches] Nationalarchiv)
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NYKP	Nyilaskeresztes Párt (Pfeilkreuzlerpartei)
OS	Odborový svaz (Gewerkschaftsbund)
OSA	Open Society Archiv

PB	Politikai Bizottság (Politbüro)
PZ-T	Politická zpráva - tajná (Geheimer politischer Bericht [der tschechoslowakischen Botschaft])
RFE	Radio Free Europe (Radio Freies Europa)
RGW	Rat gegenseitiger Wirtschaftshilfe
ROH	Revoluční odborové hnutí (Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung)
RPZ-T	Řádná politická zpráva - tajná (Planmäßiger geheimer politischer Bericht [der tschechoslowakischen Botschaft])
Sb.	Sbírka zákonů a nařízení státu československého (Sammlung der Gesetze und Verordnungen des tschechoslowakischen Staates)
Sig.	Signatur
SNA	Slovenský národný archív Bratislava (Slowakisches Nationalarchiv)
StB	Státní bezpečnost (tschechoslowakische Staatssicherheit)
TO-T	Teritoriální oddělení – tajné (Territorialhauptabteilung – geheim)
TZ	Tisková zpráva bzw. Tlačová správa (geheim)
ÚRO	Ústřední rada odborů (Zentralrat der Gewerkschaften)
ÚSD AV ČR	Ústav pro soudobé dějiny Akademie Věd České republiky (Institut für Zeitgeschichte der tschechischen Akademie der Wissenschaften)
ÚV	Ústřední výbor (Zentralkomitee)
ÚVOS	Ústřední výbor odborového svazu (Zentralkomitee des Gewerkschaftsverbands)
VB	Veřejná bezpečnost (Öffentliche Sicherheit [Schutzpolizei])
VOA	Všeodborový archiv Českomoravské konfederace odborových svazů (Gesamtgewerkschaftliches Archiv der böhmisch-mährischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände)
ZK	Zentralkomitee
ZÚ	Zastupitelský úřad (Vertretungsbehörde [Tschechoslowakische Botschaft])

Danksagung

Ich bedanke mich herzlich bei meinem Doktorvater Prof. Dr. Thomas Wunsch für die intensive Betreuung und wertvolle Beratung während des gesamten Planungs- und Ausarbeitungsprozesses dieser Dissertation. Zudem danke ich meinem Zweitgutachter PD. Dr. Volker Zimmermann sowie Herrn PD. Dr. Jiří Vykoukal für die bereichernden Gespräche zum Gesamtkonzept und die jederzeit mögliche Konsultation in Prag. Außerdem danke ich allen Mitgliedern des Graduiertenkollegs „Sozialistische Diktatur als Sinnwelt“ für die Seminare, Vorlesungen und lebhaften Diskussionen, die meine Forschungsperspektive wesentlich erweitert haben.

Mein Dank gilt darüber hinaus Thomas Szerecz und Máté Zombory, die mich bei der Ersterschließung ungarischer Texte unterstützt haben. Meiner Mutter und Sebastian Mancuso danke ich herzlich für die Durchsicht des Manuskripts.

Zu größtem Dank verpflichtet bin ich auch der Gerda Henkel Stiftung, deren großzügige finanzielle Förderung diese Forschungsarbeit erst ermöglichte. Ganz besonders möchte ich schließlich meiner Frau Jana für ihre Unterstützung, ihr Verständnis und ihre Geduld danken, mit denen sie den mehrjährigen Entstehungsprozess dieser Arbeit begleitet hat.

Passau, den 24. Februar 2012

Hannes Lachmann

Erklärung

Hiermit versichere ich, die Dissertation selbstständig angefertigt, außer den im Schriftenverzeichnis sowie den Anmerkungen genannten Hilfsmitteln keine weiteren benützt und die Herkunft der Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Werken übernommen sind, bezeichnet zu haben. Gleichmaßen versichere ich, dass die Dissertation nicht bereits in derselben oder einer ähnlichen Fassung an einer anderen Fakultät oder einem anderen Fachbereich zur Erlangung eines akademischen Grades eingereicht wurde und dass ich nicht schon an einer Hochschule der Bundesrepublik den philosophischen Doktorgrad erworben oder den Erwerb dieses Grades erfolglos versucht habe.

Passau, den 24. Februar 2012

.....
Hannes Lachmann